This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Geſchichte Tirols

von

den älteſten Zeiten bis in die Neuzeit.

Geſchichte Tirols

von

den älteſten Zeiten bis in die Neuzeit

von

Dr. Joſef Egger.

II. Band.

Innsbruck.

Druck und Verlag der Wagner'ſchen Univerſitäts-Buchhandlung.

1876.

DB
775
.E32

v.2

648039-128

Inhaltsverzeichniß.

Neuntes Buch.

Tirols Verbindung mit allen österr. Erblanden. (1490—1563).

Kaiser Maximilian I.

		Seite
§ 1.	Der Engadiner-Krieg	1
§ 2.	Der bairische Erbfolgekrieg	23
§ 3.	Der venetianische Krieg	30
§ 4.	Innere Verhältnisse	47

Karl V. und Ferdinand I.

§ 5.	Der Bauernrebell	69
§ 6.	Die Franzosen- und Türkenkriege	120
§ 7.	Der Einfall der Schmalkaldner u. des Moritz v. Sachsen	153
§ 8.	Neue Türkenkriege. Innere Verhältnisse	172

Zehntes Buch.

Die zweite tirolisch-österreichische Regentlinie (1563—1565).

Erzherzog Ferdinand II.

§ 1	Ferdinand II. und die Landschaft	195
§ 2.	Der Landesfürst und die Landesbischöfe. Die Gegenreformation	226
§ 3.	Gesetzgebung, Verwaltung, Hofhaltung	245
§ 4.	Das Interregnum	264

Erzherzog Maximilian III. der Deutschmeister.

§ 5.	Maximilian III. als Gubernator	277
§ 6.	Maximilian III. als Landesfürst	298

Europas vollendet. In Folge deſſen ward Italien vor allem berufen, die Pflegſtätte claſſiſcher Studien und antiker Kunſt zu werden und es erfüllte dieſen Beruf nun mit regſtem Eifer. Von da aus verbreitete ſich die Pflege der Künſte und Wiſſenſchaften auch nach den übrigen Ländern Europas, namentlich nach Deutſchland. Die Erfindung und ſchnelle Verbreitung der Buchdruckerkunſt erleichterte dies ſehr; ſie hatte einen gewaltigen Umſchwung des geiſtigen Lebens zur Folge und weckte und nährte den Drang des Wiſſens und Disputirens in allen Schichten der Bevölkerung. Noch folgenreicher, als alle dieſe Begebenheiten, wurden die Entdeckung Amerikas, die Auffindung eines neuen Seeweges nach Oſtindien und die Kirchenreformation. Handel und Verkehr nahmen eine andere Richtung, bald war nicht mehr das Mittelländiſche Meer, ſondern der Atlantiſche Ocean der Tummelplatz europäiſcher Seefahrer. Die alten Handelsſtaaten Venedig, Genua u. a. ſanken, neue, wie Portugal, Spanien, Holland, Frankreich und England ſchwangen ſich zu einer Höhe empor, die bisher noch keiner erreicht. Unermeßliche Schätze an Gold und Silber, Producte aller Art floſſen aus den neuen Erdtheilen nach Europa und gewannen unberechenbaren Einfluß auf alle Lebensverhältniſſe; Hunderttauſende von Europäern wanderten aus und gründeten ſich jenſeits der Oceane eine neue Heimat. Ein reger Geiſt ergriff alle Schichten der Geſellſchaft, neue Anſchauungen brachen ſich überall Bahn, in geiſtlichen und weltlichen Dingen, auf kirchlichem und politiſchem Gebiete. Hiezu trug ganz beſonders die Reformation bei. Hatten ſchon die vielen Kämpfe zwiſchen Kirchen- und Staatsgewalt im 14. und 15. Jahrhundert, die religiöſen Bewegungen und Reformbeſtrebungen dieſer Zeit, die alten Anſichten von Kirche und Staat erſchüttert, ſo gab ihnen die Reformation den Todesſtoß.

Im Mittelalter durchdrangen ſich Staat und Kirche völlig, die neuere Zeit ſtrebt deren Trennung an; jenes ordnet den Staat den Zwecken der Kirche unter, dieſe trachtet wo möglich die Kirche dem Staate unterzuordnen oder will wenigſtens beide gleichberechtigt nebeneinander gedeihen laſſen. Beide Gegenſätze haben entſchiedene Wichtigkeit erlangt, ſowohl in den Beziehungen der chriſtlichen Staaten zu einander, als für die inneren Verhältniſſe jedes einzelnen. Das Mittelalter betrachtet alle chriſtlichen Staaten als einen großen politiſchen Organismus, deſſen geiſtliches Haupt der Papſt, deſſen welt-

liches der Kaiser war. An die Stelle dieses christlichen Universalstaates, der nie sich vollkommen zu entwickeln vermochte, trat das sogenannte europäische Staatensystem, in dem gleich selbstständige Glieder zur Aufrechthaltung des anerkannt rechtmäßigen Besitzstandes sich verbanden. Nach der Ansicht des Mittelalters war der Staat religiösen Ursprungs, der Landesfürst Gottes Stellvertreter; daher sollte der Staat der Kirche mit seinen Mitteln dienen und jene strafen, welche ihr nicht gehorchen: daraus folgte nothwendig Glaubenseinheit. Der Protestantismus erschütterte diese Ansicht, man lernte allmählich den Staat als eine menschliche Institution auffassen und Duldung gegen Andersgläubige üben; sowol in katholischen als in protestant. Ländern beseitigte nach und nach die Staatsgewalt die Schranken die ihr bisher die Kirche gesetzt hatte. Und mit diesen brachen noch viele andere Schranken ein, die im Mittelalter die Angehörigen eines und desselben Staates von einander trennten. Denn damals baute sich das Staatswesen in vielen Abstufungen auf, von der vollsten Rechtslosigkeit bis zu den ausgedehntesten Befugnissen. Corporationen, Gemeinden und Stände waren viel wichtiger, als der Staat selbst, das Privatrecht überwog und nicht einmal der Landesfürst durfte ohne Zustimmung der Mitglieder in jene Sphären eingreifen. Der moderne Staat hob diese Unterschiede auf, brach die Macht der Stände und benützte die erlangte absolute Gewalt über alle Staatsangehörigen, um allen Individuen gleiche Freiheit zu gewähren; nimmer sollte ein Theil der Knecht des andern sein. Als dies geschehen, bildete sich ein neue Schranke gegen den Absolutismus, die auf der breiten Grundlage aller Staatsangehörigen ruht: es entstand so die constitutionelle Monarchie unserer Tage. Sie ist offenbar die angemessenste und gerechteste Regierungsform gebildeter Völker.

So bekam Europa im Laufe der Neuzeit ein ganz anderes Gesicht. Und hätte da jenes Land, das im Herzen des Welttheils liegt, unverändert bleiben sollen! Mußte Tirol nicht vermöge seiner Lage mehr als viele andere vom Strom der Zeitereignisse überflutet werden? Erbebten doch seine scheinbar unbeweglichen Berge wiederholt in ihren Grundfesten, wie hätten deren Bewohner, Glieder des wandelbaren Menschengeschlechts, immer sich gleich bleiben sollen! Die folgenden Blätter werden zeigen, daß alle eben angeführten Umwandlungen mehr oder weniger auch in Tirol eintraten.

Man theilt nicht selten die Geschichte der Neuzeit in folgende

Hauptperioden: 1. Das Zeitalter der Entdeckungen und der Reformation. 2. Das Zeitalter der Religionskriege oder der Reaction und des dreißigjährigen Krieges. 3. Das Zeitalter Ludwigs XIV. und des Uebergewichts Frankreichs. 4. Das Zeitalter der Cabinetspolitik. 5. Das Zeitalter Friedrich's II. von Preußen und des aufgeklärten Despotismus. 6. Das Revolutionszeitalter. 7. Das Zeitalter des französischen Kaiserreichs; und daran schließt sich die neueste und allerneueste Geschichte, deren Gränze das Jahr 1848 bildet. Es ist auffallend, wie sehr die Eintheilung der Geschichte Tirols dieser Eintheilung der allgemeinen Geschichte entspricht. Der erste Zeitraum jener fällt beinahe ganz mit dem Zeitalter der Entdeckungen und der Reformation zusammen, denn er umfaßt die Regierungen Maximilians I. (1490—1519) und Ferdinands I. (1519 oder 1522—1563). Die welterschütternden Ereignisse dieses Zeitalters haben mächtigen Einfluß auf die Geschichte unseres Vaterlandes genommen, der wenig gestörten Ruhe, welche es in den letzten Decennien von Erzherzog Sigmund's Regierung genossen, folgte eine Bewegung und Aufregung, wie seit den Tagen der Völkerwanderung kaum mehr eine Tirol ergriffen. Die veränderte Handelsrichtung machte sich bald in empfindlicher Weise fühlbar; die Rivalität zwischen Frankreich und Habsburg, die vorzüglich im Kampfe um den Besitz Italiens sich zeigte, zog das Land stark ins Mitleid, die Türkenkriege brachten viele seiner Söhne ins Grab, verschafften andern Ruhm und Auszeichnung, die Reformation entfachte die innere Gährung zum Aufruhr, führte äußere Feinde in unsere Berge und gab denselben ein Schauspiel blutiger Verfolgung, wie sie es weder bisher noch seitdem wieder geschaut. Dagegen ruhten die Streitigkeiten und Kämpfe zwischen dem Landesfürsten und den Bischöfen von Brixen und Trient völlig, beide Theile standen im besten Einvernehmen, ja die Bischöfe erscheinen als die ersten Diener und vertrautesten Rathgeber der Kaiser Max I. und Ferdinand I., namentlich die Trientiner und diese erlangten dadurch den größten Einfluß auf die ersten Ereignisse der Zeit, so daß sie welthistorisches Interesse gewinnen. Sonst ganz ähnlich, nur in viel geringerem Maße verhielt es sich mit dem Adel des Landes. Durch Maximilian wurde Tirol auch wieder seit langer Trennung mit allen übrigen österreichischen Erblanden verbunden und theilte durch das ganze Reformationszeitalter bald mehr bald weniger deren

Geſchicke. Dieſe Verbindung war viel enger als die frühern, es erwachte zum erſten Male die Idee eines ſtaatlichen Ganzen und fand in gemeinſamen Regierungskörpern und Generallandtagen ihren Ausdruck. Leider zerſtörte allzu große Kindesliebe das im beſten Gedeihen begriffene Werk.

Maximilian's I. Regierung[1]) bildet einen Wendepunkt in Tirols Geſchichte. Die Verbindung mit den übrigen Erblanden wirkte bald auf unſeres Vaterlandes Geſchicke beſtimmend ein. Noch mehr that dies aber des Landesfürſten Stellung im deutſchen Reiche. Da dieſer zugleich römiſcher König und Kaiſer war, ſo wurde natürlich das Land von den allgemeinen Reichsangelegenheiten mehr als je bisher in Mitleidenſchaft gezogen. Maximilians Reichskriege wurden auch tiroliſche Kriege, ja Tirol ward die eigentliche Operationsbaſis für ſeine Kämpfe in Italien, wo er das Anſehen des alten Kaiſerthums wiederherſtellen wollte. Aber dieſe Kriege ſind für unſer Vaterland nicht blos eine Laſt, ſondern auch ein Segen geweſen. Nur dadurch erhielt dasſelbe ſeine heutigen Gränzen. Erſt Maximilian hat nämlich den letzten Schlußſtein zu dem Bau geſetzt, an dem ſo viele ſeiner Vorfahren mit rüſtiger Kraft gearbeitet; er hat Ober-Puſterthal, das er durch Erbſchaft erworben, die drei Herrſchaften Unterinnthals: Rattenberg, Kufſtein und Kitzbühel, die er im bair. Erbfolgekriege gewonnen, die vier Vicariate, Roverebo, Riva und andere Theile, die er den Venetianern abgenommen, zu dem Lande Tirol geſchlagen und für immer mit demſelben vereint. Nicht weniger beſtimmend als für die äußere Geſtaltung des Landes iſt Maximilians Regierung für deſſen innere Einrichtung geworden. Er brachte die landesfürſtliche Macht in allen Theilen Tirols zur vollen Anerkennung, er gab demſelben die erſte wahre und eigentliche Regierung, er rief die erſten allgemeinen Geſetze ins Leben und beſchenkte durch das Landlibell vom Jahre 1511 Tirol mit einer Inſtitution, die an Einfluß auf ſein Geſchick alle andern weit übertrifft.

„Es gibt in der Geſchichte eines jeden Volkes gewiſſe Perſönlichkeiten, an denen man mit ſichtbarer Vorliebe hängt; in der öſterreichiſchen Geſchichte ſind beſonders die Namen der Kaiſer Rudolf von Habsburg, Max I. und Joſef II. dem Volke unvergeßlich und tief in das Herz gewachſen." Bei den Tirolern iſt nach Friedrich mit der leeren Taſche keiner beliebter als Max I. Schon bei ſeinem

Regierungsantritte mochten sie mit großer Freude auf ihn blicken, denn Maximilian stand damals im blühendsten Mannesalter und war mit den glänzendsten Gaben des Körpers und Geistes geschmückt; er hatte damit auch schon schöne Erfolge errungen. Geboren am 22. März 1459 zu Wiener-Neustadt, zeigte er als Kind wenig Begabung, er konnte mit eilf Jahren noch nicht geläufig sprechen. Aber unter der Anleitung braver Erzieher machte er von nun an wunderbare Fortschritte, sowol in seiner körperlichen als in seiner geistigen Ausbildung. In den körperlichen Uebungen übertraf er bald seine Altersgenossen weit und suchte seinesgleichen in den Ritterspielen wie als kühner, unverdroßener Jäger. Die Armbrust auf dem Rücken, den Speer in der einen, den Falken in der andern Hand, zog er, seinen Jägern voran, mit seinen Hunden durch Wald und Flur und scheute weder Anstrengung noch Gefahr. Dadurch stählte sich sein Körper, bewährte sich sein Muth; sein lebhafter Geist aber fand Nahrung an den Studien. Nicht für theoretische, wol aber für alle praktischen Künste und Wissenschaften legte er schon als Jüngling entschiedenen Sinn an den Tag. Er lernte mehrere Sprachen, entwickelte frühzeitig einen reichen Kunstsinn und warf sich mit besonderer Wißbegierde auf das Studium technischer Kenntnisse. Dabei bezauberte er durch seine körperliche Schönheit, seine geistige Liebenswürdigkeit und sein leutseliges Wesen Aller Herzen. Seine körperlichen und geistigen Vorzüge verschafften ihm auch die Hand der reichsten Erbin Europas, der Maria v. Burgund, mit der er sich im Jahre 1477 vermählte, nachdem ihr Vater Herzog Karl v. Burgund am 5. Jan 1477 in der Schlacht v. Nancy gefallen war. Maria brachte ihm die reichsten und blühendsten Länder Europas, 4 Herzogthümer, 7 Grafschaften und mehrere Herrschaften, als Mitgift zu. Damit begann aber für Max eine schwere Zeit, eine harte Schule, in der sein Muth, seine Entschlossenheit, seine Thatkraft sich bewähren konnten; nur mit Mühe gelang es ihm, den neuen Erwerb gegen seine innern und äußern Feinde zu behaupten, selbst mit persönlicher Gefangenschaft blieb er nicht verschont. Doch dadurch wurden der Welt seine vortrefflichen Eigenschaften offenbar und darum wählten ihn die Kurfürsten auf dem Reichstag zu Frankfurt i. J. 1486 einstimmig zum römischen König.[2])

Der Uebergang Tirols an den Kaiser Friedrich III. und seinen Sohn, die Verbindung des Landes mit den übrigen österreichischen

Erbländern, der Verlust seiner politischen Selbständigkeit machte sich sogleich geltend. Das Herzogthum Nieder-Oesterreich lag damals in den Händen der Ungarn und diese unternahmen fortwährend Streifzüge nach Steiermark, Kärnten und Krain; der Kaiser befand sich in der bedrängtesten Lage. Max wünschte sehnlichst, ihn daraus zu befreien und darum zog er, sobald König Mathias gestorben war (6. April 1490), mit einem Heere nach Oesterreich. Als er das Land von den Feinden gesäubert hatte, rückte er in Ungarn vor, um seine Ansprüche auf die ungarische Krone zur Geltung zu bringen. Doch hiebei war er nicht glücklich, die Ungarn erwählten Wladislav II. v. Polen zu ihrem König. Max sah sich genöthigt, mit diesem (am 7. November 1491) ein friedliches Uebereinkommen zu treffen, wodurch ihm und seinen Nachkommen für den Fall des Aussterbens der polnischen Dynastie die Nachfolge gesichert wurde. Wegen dieses Feldzuges nach Oesterreich und Ungarn kam Maximilian im Herbste 1490 zum zweiten Male nach Tirol, hielt zu Innsbruck einen Landtag und ließ sich von den Tirolern ein Hilfsgeld von 50,000 fl. gewähren. Ueber eine weitere Hilfe von 25,000 fl. ward im Sommer des folgenden Jahres auf einem Landtage zu Brixen beratschlagt. Zu diesen Hilfen wurden auch die beiden Bischöfe herangezogen, der Brixner zeigte sich eifrig, die Unterthanen des Trientiners hingegen mußten durch Drohungen zur Bezahlung verhalten werden.[3])

Dem ungarischen Kriege folgte ein Krieg mit Frankreich auf dem Fuße. Der französische König Karl VIII. kränkte nämlich Maximilian als Vater, Menschen und Fürsten aufs tiefste. Er schickte ihm nicht nur seine Tochter Margaretha, die als künftige Königin Frankreichs bereits neun Jahr am französischen Hof verlebt hatte, wieder zu, sondern beraubte ihn auch seiner Braut, indem er Anna v. Bretagne, die Max durch Procuration sich bereits hatte antrauen lassen, seine eigene Gemahlin zu werden zwang. Maximilian war darüber sehr empört und dachte an strenge Rache für die erlittene Schmach. Er rüstete sich darum zum Kriege und forderte vom Reiche wie von den Erblanden Hilfe. Tirols Stände mußten im Jahre 1493 auf einem Landtage zu Sterzing eine doppelte Steuer versprechen, so daß die Geistlichkeit den fünften Pfennig von allen Einkünften zu erlegen hatte. Doch erhielt Maximilian vom Reiche nur geringe Unterstützung und deshalb schloß er schon am 23. Mai 1793 mit Frankreich den Frieden zu Senlis.[4])

Diese Kriege und diplomatischen Verhandlungen ließen Maximilian wenig Zeit, sich mit den innern Angelegenheiten Tirols zu befassen. Das voraussehend, hatte er sogleich beim Regierungsantritt einem Collegium von „Statthaltern und Räthen" die Verwaltung des Landes übergeben. Als solche erscheinen Paul v. Lichtenstein, Degen Fuchs v. Fuchsberg, Dr. Konrad Stürzel, Oswald v. Hausen, Walter v. Stadion u. a. Die Regierung Tirols bot übrigens in diesen Jahren keine besondern Schwierigkeiten, denn sowol mit den Nachbarn als mit den Bischöfen des Landes lebte man im Frieden und in guten Beziehungen. Bischof Melchior v. Brixen wie Bischof Ulrich von Trient begrüßten den neuen Landesfürsten mit Freuden. Auch als der Papst in dem Streite um die Schlösser Nomi und Ivano zu Gunsten desselben entschied und Max von den Castelbarkern Georg und Mathias ihre Rechte auf Castell und Jurisdiction Nomi an sich brachte, trübte sich das Verhältniß zu Trient nicht. Nach dem Tode Ulrich III. (14. Aug. 1493) erneuerte sein Nachfolger Ulrich IV. von Lichtenstein die Compactaten aus den Jahren 1454 und 1468 und erhielt dann ohne Anstand die Regalien und den Besitz des Bisthums. So gestalteten sich die Beziehungen zwischen ihm und dem Landesfürsten ebenfalls gut.

Doch hatten die Bischöfe wieder einmal mit ihren Vasallen und Unterthanen Fehden und Streitigkeiten Bischof Melchior von Brixen gerieth mit dem Kloster Sonnenburg und dem Grafen Leonhard von Görz in Zerwürfniß. Brixen und Sonnenburg zankten sich wegen der Vogtei des Schloßes Buchenstein über Enneberg, Abtei und Wengen. König Maximilian vermittelte bei Gelegenheit des Landtages im Jahre 1491; er sprach Brixen die gewöhnlichen Vogteizinsen und die höhere Gerichtsbarkeit zu. Viel langwieriger und hartnäckiger war der Streit, den Görz bald mit dem Bischofe von Brixen, bald mit dem Kloster Sonnenburg führte. Es handelte sich um die Vogtei über Sonnenburg, um Ansprüche auf den See Prags, die Pfarre Gais und das Hochgericht zu Brunecken und Anraß. Der Streit drohte im Jahre 1493 in einen förmlichen Krieg auszubrechen, indem K. Max und Erzherzog Sigmund für den Bischof eintraten. Doch wußte des Grafen Gemahlin Paula, eine geborne Gräfin von Mantua, die Betheiligten zu weitern Friedensunterhandlungen zu bewegen. Sigmund und seine Gemahlin übernahmen nun die Vermittlung der

ſtreitenden Theile; die Biſchöfe von Augsburg und Chur, der Markgraf von Baden und andere unterſuchten die Händel. Der Schiedsſpruch fiel zu Gunſten des Biſchofes und Kloſters aus; der Graf ſollte die eingeführten Neuerungen abthun. Als ſich derſelbe damit nicht zufrieden gab, machten die kaiſerlichen Statthalter einen neuen Vergleich, der im weſentlichen vom frühern ſich nicht unterſchied, und dabei verblieb es.[5]) Biſchof Ulrich IV. von Trient hatte zuerſt einen Streit mit dem Cardinal Urſinus, der während der kurzen Sedisvacanz von dem Papſte eine Rente von 500 Dukaten aus den Einkünften der Trientiner Diöceſe ſich zu erwerben gewußt, und vermochte ſich nur mit Mühe im Beſitze ſeiner Würde zu behaupten, da man dieſe zu Rom einem andern zugedacht. Doch mit Hilfe des Kaiſers und ſeines Sohnes ging er aus dieſen Bedrängniſſen ſiegreich hervor. Zum Danke dafür wäre er gern ſeinen Verflichtungen gegen den Landesfürſten nachgekommen, aber ſeine Unterthanen wollten von den tiroliſchen Steuern nichts wiſſen und zeigten ſich unbotmäßig, die Bewohner von Tenno empörten ſich ſogar. Dieſe mochten kaum durch Andreas von Arco, Johann von Weineck und andere zum Gehorſam zurückgeführt ſein, als die Grafen Anton und Oderich von Arco unter ſich zerfielen. Die Innsbrucker Regierung verſuchte vergeblich, ſie zu verſöhnen; da trug der Kaiſer dem Biſchof dieſes Geſchäft auf und es gelang ihm, wie es ſcheint, in kurzem. Damit war der Friede wieder in beiden Bisthümern hergeſtellt.[6])

Bald nach dem Frieden von Senlis, am 19. Auguſt 1493, ſtarb Kaiſer Friedrich III. Des Vaters Tod eröffnete Maximilian einen erweiterten Wirkungskreis. Als Kaiſer ſtellte er ſich eine dreifache Aufgabe: Bekriegung der Türken, Wiederherſtellung des kaiſerlichen Anſehens in Deutſchland und Italien und Vermehrung der öſterr. Hausmacht. Zuerſt wandte er ſeine Blicke nach Italien, wo das kaiſerliche Anſehen tief geſunken war. Noch vor dem Tode ſeines Vaters hatte er ſich mit Blanka, der ſchönen Nichte des mailändiſchen Herzogs Ludwig Sforza, verlobt, die Vermählung wurde am 16. März 1494 zu Innsbruck gefeiert, wobei es ſehr feſtlich zugieng. Zu dieſem Schritte hatte Maximilian weit weniger die Neigung ſeines Herzens als die Ausſicht auf die Stärkung ſeines Einfluſſes in Italien und die reiche Mitgift von 400,000 Ducaten beſtimmt. Aber in demſelben Jahre drohte das kaiſerliche Anſehen in Italien völlig vernichtet zu werden, denn Karl VIII. von Frankreich durchzog die ganze

Halbinsel wie im Siegeslaufe und nahm das Königreich Neapel in Besitz. Das drängte Maximilian, in Italiens Geschicke einzugreifen, er schloß daher im März 1495 mit Papst Alexander VI., Ferdinand von Aragonien und Isabella von Castilien, dem Herzoge von Mailand und dem Dogen von Venedig ein Bündniß zur Vertreibung der Franzosen aus Italien. Schon waren die ersten deutschen Hilfstruppen, wahrscheinlich Tiroler und Schwaben, unter Herzog Erich von Braunschweig, Kappeler von Pfirt und Georg v. Wolkenstein über die Alpen hinabgestiegen; da kehrte Karl VIII. eiligst nach Frankreich zurück. Allein die Furcht vor den Franzosen schwand damit noch nicht, und deshalb hatte Maximilian noch im Frühling 1496 mit dem Herzog von Mailand eine Zusammenkunft zu Mals im Vintschgau; nach Venedig schickte er den Bischof von Trient als Unterhändler. Der König beschloß, selbst nach Italien zu ziehen und stieg in der That wenige Monate nachher (im August) mit einem Heere über das Wormser Joch in die lombardische Ebene hinab. Dieser Feldzug fiel aber unglücklich aus; Ende December stand der König wieder auf tirolischem Boden, ohne etwas ausgerichtet zu haben. Allein deshalb gab Maximilian seine Pläne auf Italien durchaus nicht auf, er schloß sich vielmehr im folgenden Jahre sehr enge an den Herzog von Mailand. Am 14. Sept. hatte er, von zahlreichem Gefolge begleitet, abermals eine Zusammenkunft mit Ludwig, welcher mit seiner Gemahlin und seinem Schwiegersohne Galeazzo Sanseverino über das Wormser Joch nach Münster kam. Doch einen weiteren Zug nach Italien hinderten vorläufig Unruhen in den Niederlanden und dann der sogenannte Schwaben- und Engadiner-Krieg.[7])

Daß Maximilians Unternehmungen in Italien so schlechten Erfolg hatten, daran war vorzüglich die Lässigkeit der deutschen Reichsstände schuld. Diese kümmerten sich um seine italienische Politik wenig und verlangten vor allem, daß er im Reiche selbst Ordnung schaffe. Maximilian zeigte sich dazu bereit und berief im Jahre 1495 einen Reichstag nach Worms. Hier wurde bekanntlich ein ewiger Landfrieden verkündet und die Schlichtung der Streitigkeiten, die Reichsstände mit einander hatten, einem ständischen Gerichtshof, dem Reichskammergerichte, übertragen; außerdem wurde der gemeine Pfennig, eine allgemeine Reichssteuer, eingeführt. Auf dem Reichstage zu Lindau (1496) kam eine Kleiderordnung zu Stande, auf dem Reichs-

zu Ilanz mit den sieben Orten der Eidgenossen ein enges Bündniß. Diese Hinneigung zu den Franzosen wie der Abschluß des Bündnisses mit den Schweizern brachte den König und seine Regierung zu Innsbruck sehr gegen die Bündner auf. Ersterer hätte indeß noch gern den Ausbruch des Krieges vermieden, weil er im September 1498 in die Niederlande verreisen mußte, aber letztere ließ sich durch ihren kriegerischen Sinn fortreißen und mahnte noch in demselben Monat den schwäbischen Bund zur Kampfbereitschaft auf.[9])

Tirol hatte schon oft an Reichskriegen sich betheiligt, aber noch nie so hervorragenden Antheil genommen wie am Schwaben- und Engadiner-Kriege. Hierin zeigte sich wiederum seine veränderte Stellung zum Reiche. Aber nicht allein darin unterscheidet sich der Engadinerkrieg von dem zuletzt geführten Tirolerkriege, dem venetianischen, daß er zu einem Reichskriege sich erweitert, sondern auch dadurch, daß Tirol in dessen Verlauf eine ebenso schreckliche Niederlage erleidet, als es bei Calliano einen glänzenden Sieg erfocht. Im übrigen zeigen beide Kriege viele Aehnlichkeiten. Beide sind der Abschluß längerer Streitigkeiten und Spannung, beide wurden vorzüglich durch die Unbesonnenheit und den Uebermuth der Innsbrucker Regierung veranlaßt, beide verwüsten die fruchtbarsten Thäler Tirols, beide zeigen die Tiroler vertraut mit der neuen Kriegführung, beide verändern zwar Tirols Gränzen nicht, gewinnen aber auf seine innern Verhältnisse weitgreifenden Einfluß.

Die tirolische Regierung rüstete zuerst und gab damit das Signal zum Kampfe. Sie ertheilte im December 1498 an den Landeshauptmann Gaudenz von Matsch und an den zu seinem Nachfolger designirten Leonhard von Völs, Salzmair zu Hall, Befehl, Vorkehrungen zum Kriege mit den Bünden zu treffen. Darauf erließ Gaudenz wiederholte Aufgebote an alle Pfleger und Richter und ermahnte den Hauptmann von Trient, Adam von Weineck, zur Wachsamkeit gegen die Venetianer, welche die Bünde zu gewinnen suchten. Als Leonhard von Völs im Jänner 1499 wirklicher Landeshauptmann geworden, sammelte er sogleich im Vintschgau eine bewaffnete Macht von 2—3000 Mann um sich. Doch wurde vor Beginn der Feindseligkeiten auf den Wunsch der Bündner und des Bischofs v. Chur noch ein neuer Ausgleichsversuch gemacht. Vertreter beider Theile tagten am 10. Januar zu Feldkirch. Von österreichischer Seite erschienen: Johann Greiderer, Domprobst von Brixen, Degen

Fuchs v. Fuchsberg, Salzmair zu Hall, Hans v. Königsegg, Vogt zu Feldkirch und Hans Getzner, beider Rechte Doctor. Der vom Biſchof Friedrich von Augsburg und den andern Schiedsrichtern vermittelte Vergleich und Waffenſtillſtand ward aber unbegreiflicher Weiſe von der Innsbrucker Regierung verworfen. Dieſe ertheilte nun Leonhard von Völs, Walter von Stadion und Sigmund von Welsberg, die zu Hauptleuten des tiroliſchen Kriegsvolkes ernannt waren, den Auftrag, ſogleich ins Lager bei Glurns zu ziehen und ohne ihre Einwilligung weder einen Waffenſtillſtand noch einen andern Vertrag abzuſchließen. Vintſchgau wurde in Vertheidigungszuſtand geſetzt und die Aufgebote aus allen Gegenden dahin abgeſchickt. Als im Felde von Glurns bei 4000 Mann ſich angeſammelt, begannen die Feindſeligkeiten mit dem Kampf um das Frauenkloſter im Münſterthale. Allein ſchon nach wenigen Tagen erſchien Biſchof Hugo von Conſtanz auf dem Kampfplatze und bewog den Biſchof von Chur und die Hauptleute am 2. Februar zum Abſchluß eines Vergleiches, der entſchieden zu Gunſten des Königs lautete. In der ſichern Erwartung, die Innsbrucker Regierung werde dieſen Vertrag anerkennen, entließen dann die Hauptleute die tiroliſche Mannſchaft bis auf ein Obſervationscorps von 400 Mann, ebenſo ſchickten ſich die Bündner und ihre Bundesgenoſſen zur Heimkehr an. Doch die Regierung zu Innsbruck billigte den abgeſchloſſenen Vergleich nicht, ſie ertheilte vielmehr deshalb am 9. Februar dem Landeshauptmann einen ſcharfen Verweis und gab ihm Befehl, die 400 Mann beiſammen zu halten, das Frauenkloſter Münſter, falls es gefährdet, zu beſetzen, neue Zuzüge aufzubieten und mit dem Biſchofe v. Chur wegen Uebergabe des Schloſſes Fürſtenburg zu unterhandeln. Als dann die Zuzüge langſam erfolgten, berief ſie ihn zur Verantwortung nach Innsbruck und ernannte an Stelle des erkrankten Sigmund von Welsberg: Ulrich von Habsberg zum oberſten Feldhauptmann; jedoch blieb Leonhard mit den ihm beigegeben Räthen in ſeinen Handlungen von ihm unabhängig.[10])

Der Glurnſer Waffenſtillſtand wurde ſchon nach wenig Tagen gebrochen; aber nicht an der Etſch, ſondern am Rheine loderte diesmal zuerſt die Kriegsfackel empor. Der ſchwäbiſche Bund hatte nämlich auf einem Bundestage in Conſtanz am 20. Januar 1499 dem König bereitwilligſt Hilfe zugeſagt und dann in Folge dieſes Beſchluſſes gemeinſchaftlich mit den Vorlanden die Gränze gegen die

Schweizer besetzt. Das bewog auch die Schweizer zu allgemeiner Rüstung und zur Bewachung der Gränze. Als jedoch ihre Landsleute vom Münsterthale heimzogen, schlossen sich ihnen viele an. Da wollte es das unselige Verhängniß, daß die Besatzung des Schlosses Gutenberg eine Schaar solch heimkehrender Schweizer beschoß und beschimpfte. Sogleich entbrannte der Kampf auf der ganzen Gränzlinie von Hard bis Maienfeld. Die Schweizer schlugen die Schwaben bei Balzers und Triesen, brachten die Festen Maienfeld und Vaduz in ihre Gewalt und zwangen das Rheinthal und die 10 Gerichte im Prätigau zu ihnen zu schwören. Dann siegten sie abermals bei Hard und Höchst und unternahmen Streifzüge ins Hegau und in den Bregenzer Wald.[11])

Während dieser Vorgänge suchte die Innsbrucker Regierung sorgfältigst den Wiederausbruch der Feindseligkeiten mit den Bündnern zu verhüten, um womöglich den Vorlanden aus Tirol Hilfe schicken zu können; doch es gelang nur für kurze Zeit. Während dieser wurde eifrig im ganzen Lande gerüstet. Die Regierung erwirkte sich vom König die Erlaubniß, alle Einkünfte des Landes darauf verwenden zu dürfen und veranlaßte ihn durch ihren Bericht über die Haltung des Bischofs von Chur diesen in Bann und Acht zu thun (15. Febr.) Nun gab sie dem Landeshauptmann Befehl, sich Fürstenburgs und des Bischofs um jeden Preis zu bemächtigen, das Münsterthal von den Feinden zu säubern und dessen Bewohner dem Landesfürsten huldigen zu lassen. Durch stets neu eintreffende Züge verstärkt, überfiel Leonhard von Völs das Kloster, steckte es in Brand und schickte die Aebtissin nach Innsbruck. Noch ein härteres Loos traf den Bischof von Chur. Seine Residenz Fürstenburg wurde in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar erstürmt, er selbst gefangen und in Haft nach Innsbruck gebracht, während die Bündner ihn für einen Verräther hielten und alle bischöflichen Besitzungen in Beschlag nahmen. Doch entkam der Bischof durch die Flucht der Innsbrucker Gefangenschaft und begab sich nach Straßburg, wo er seine letzten Lebenstage verbrachte.[12])

Trotz ihrer Bemühungen hatte die Regierung bisher keine bedeutende Macht aufzubieten vermocht, weil ihre Geldmittel unzureichend waren. Deshalb berief sie die Landstände auf den 28. Febr. zu einem Landtage zusammen. Derselbe zeigte den besten Willen, das Land aus der drohenden Gefahr zu retten; die Stände verpflich-

teten ſich, 9000 Mann binnen acht Tagen ins Feld zu ſtellen. Allein die That entſprach ihren Worten nicht, die Zuzüge kamen langſam zuſammen, am 31. Februar hatte ſich noch nicht viel über die Hälfte eingefunden; auch herrſchte unter ihnen ein unbotmäßiger Geiſt, Mangel an Lebensmitteln und Geld lockerten die Disciplin. Nur die Thatkraft und Opferwilligkeit des Landeshauptmannes verhinderte die völlige Auflöſung des Lagers bei Glurns. Und doch bedrohten gerade jetzt die Feinde das Land mehr als je bisher; ein Theil von ihnen rückte gegen Nauders vor, ein anderer brach ins Münſterthal ein. Leonhard eilte zuerſt Nauders zu Hilfe (3. März); als er aber hier keinen Feind mehr fand, zog er in das Münſterthal und wartete hier auf ihn. Indeß drangen die Bündner zum zweiten Male durchs Innthal vor, brannten am 9. März Nauders nieder und bemächtigten ſich des Paſſes Finſtermünz. Da brach Leonhard eiligſt nach Nauders auf, vertrieb die Feinde von der Brandſtätte und kehrte am 11. März nach Glurns zurück. Nun riſſen aber wieder die alten Uebel unter den Landesvertheidigern ein. Der Mangel an Geld und Lebensmitteln ſtieg noch höher, die Unbotmäßigkeit der Schaaren wurde täglich größer. Leonhard ſah ſich von der Innsbrucker Regierung völlig im Stiche gelaſſen und faſt ganz auf ſeine eigenen Mittel angewieſen. Doch neue Gefahren von Außen ſtellten die Eintracht zwiſchen dem Kriegsvolk und ſeinen Führern wieder her; als die Bündner am 18. März abermals ins Münſterthal einfielen, wurden ſie kräftig zurückgewieſen; dieſer Sieg, wie die Nachricht von der baldigen Ankunft des Königs erzeugte eine gehobene Stimmung. Die neue Kampfbegeiſterung benützten die Hauptleute, um am 24. März einen denkwürdigen Zug ins Engadin auszuführen. Bei 8000 Mann ſtark, drangen ſie zu Fuß und Roß in das Unterengadin ein und rückten plündernd und verheerend bis Pontalt vor. Hier bewog ſie die Nachricht vom Anzuge eines bündneriſchen Heeres zur Umkehr. Sie ſchleppten große Beute an Vieh (11,000 Stück!) und viele Gefangene mit ſich. Aus letztern wählten ſie 30 Geißeln als Bürgen für die Bezahlung einer Brandſchatzungsſumme von 2000 fl., die ſie den Engadinern auferlegt hatten; die Unglücklichen wurden nach Meran gebracht. Half die gemachte Beute auch dem Mangel an Lebensmitteln ab, ſo löſten ſich nach der Rückkehr doch wieder alle Bande der Ordnung, die Kriegsknechte verliefen, am 7. April waren von den 8000 nur mehr 2000 vorhanden. Aber gerade jetzt hatte

man einen feindlichen Einfall, einen Rachezug der Bündner sehr zu fürchten.[13])

Die Gefahr war für die Tiroler um so größer, als indeß die Eidgenossen in den Vorlanden weitere Siege erfochten, weitere Vortheile errungen hatten. Am 20. April gewann das 17,000 Mann starke Schweizerheer einen glänzenden, blutigen Sieg über die 15,000 Oesterreicher, die sich ihm bei Frastanz entgegenstellten. Bei dieser Sachlage konnten die Tiroler nicht wol sobald von daher Hilfe erwarten; allerdings war inzwischen Maximilian von den Niederlanden zurückgekehrt und schon seit einigen Wochen mit umfassenden Rüstungen im Breisgau beschäftigt, allein er hatte sie noch nicht beendet und dann mußte er sich zunächst gegen die Eidgenossen in den Vorlanden wenden. So blieb den Tirolern nichts übrig, als sich selbst möglichst zu rüsten, um den ersten Andrang der Feinde durch eigene Kraft abwehren zu können. Darum entboten die Bürgermeister der zunächst bedrohten Städte Meran und Bozen die Abgeordneten aller Städte, Dörfer und Gerichte von Trient bis Nauders und Sterzing auf den 22. April zu einem Landtage nach Meran, um daselbst die Landesvertheidigung mit allem Ernst zu betreiben. Es ward beschlossen, daß jeder sein Contingent um ein Drittel erhöhe und daß alle Ungehorsamen an Leib und Gut bestraft werden. Gleichzeitig mit den Städten Meran und Bozen erließ der Landeshauptmann an beide Bischöfe, alle Prälaten und den Adel die Aufforderung, sich in Bozen zu versammeln. Sie tagten daselbst in den letzten Tagen des April und faßten den gleichen Beschluß. Dieses Vorgehen des Landeshauptmannes und der beiden Städte war allerdings eigenmächtig und die Trennung des Landtags in zwei Theile nicht ohne Bedenken für die Zukunft, aber es ist jedenfalls ein Beweis patriotischer Gesinnung und mag durch die Noth der Zeit hinreichend entschuldigt erscheinen. Die Regierung zu Innsbruck hätte jedenfalls besser gethan, darüber mit Stillschweigen hinwegzugehen als sich beim König zu beklagen. Die von ihm erwirkte Rüge konnte nur dazu dienen, den Eifer der Stände abzuschwächen. Außerordentliche Zeiten erfordern auch außerordentliche Mittel, es läßt sich in der Geschichte nicht Alles nach dem Leisten bestehender Gesetze oder des Herkommens formen.[14])

Der Aufruf der Landtage verfehlte seine Wirkung nicht. Ueberall eilte man zu den Waffen; besonders eifrig zeigte sich wieder der

Biſchof von Brixen, der bisher immer mit beſtem Beiſpiele vorangegangen war; die Stadt Brixen wurde ſo von aller wehrhaften Mannſchaft entblößt, daß ſelbſt die Domherrn Wache halten mußten. Zu Bozen ſammelten ſich zahlreiche Schaaren. Ohne Vertrauen zu dem oberſten Feldhauptmann Ulrich von Habsberg, wollten ſie ſich unter das Commando des Landeshauptmannes ſtellen, aber die Regierung zu Innsbruck wies ſie jenem zu und befahl dieſem, ſich nur mehr mit den Geſchäften der Landeshauptmannſchaft zu befaſſen. In den erſten Tagen des Mai fanden ſich im Felde vor Glurns bei 8000 Kriegsknechte ein. Die Päſſe im Oberinnthal und am Arlberg wurden gut beſetzt, eine Schaar nach Veltlin verlegt und am Eingang ins Münſterthal, woher die größte Gefahr drohte, eine ſtarke Schanze erbaut. Es war eine hohe Wehr mit Baſteien, Bollwerken und Geſchützlöchern und ſperrte den Paß an der engſten Stelle, wo der Böſchawald den Rambach in plötzlicher Krümmung von Oſt nach Nord unter die ſteilen Felſen des Latſcher Berges hindrängt, ſie lehnte ſich alſo links an den Böſchawald, rechts an den Latſcher Berge Unmittelbar davor und dahinter breiteten ſich kleine Ebenen, in weiterer Entfernung dann auf der Vintſchgauer Seite die Orte Latſch und Glurns, thaleinwärts der Calvawald und die Calvawieſen aus. Hier ſtellte Ulrich von Habsberg die bei 8000 Mann ſtarke Hauptmacht der Tiroler auf. Leider vergaß er aber die Bergübergänge beſetzen und die Brücken abtragen zu laſſen, auf welchen der Feind in ſeinen Rücken kommen konnte. Er war überhaupt nicht der Mann für eine ſo ſchwierige Stellung; ohne Einſicht und Kraft, ohne Zutrauen und Anſehen bei den Kriegsſchaaren, ſo daß der Adel vor ſeinen Augen mit dem Fußvolk in Hader lag.[15])

Nach einem mißglückten Verſuche, über den Berg Buffalora in Oberengadin einzufallen, ſtellte ſich das Kriegsvolk in folgender Weiſe auf. Die Schanze ſelbſt bewachten 2000 Scharfſchützen aus dem Etſchlande und Vorarlberg, links ober ihnen im Böſchawalde lagen vier Fähnlein neapolitaniſches Kriegsvolk, der ſteile Bergabhang rechts von der Schanze war faſt unbewacht. 2000 Tiroler ſtanden zwiſchen dieſer und der Marenger Brücke, weitere 2000 auf den Feldern zwiſchen Glurns, Matſch und Latſch. Hier lagerte auch die Reiterei. Die Zuzüge von Landeck, Imſt und Ehrenberg wie die Meraner erwartete man noch; ebenſo das königliche Heer unter Maxens eigener Führung. Den Bündnern, die bei Münſter ſich geſammelt

hatten, lag vor allem daran, vor des Königs Ankunft mit den Tirolern sich zu schlagen; sie beschlossen daher im Kriegsrath vom 21. Mai, sofort anzugreifen und schickten noch in derselben Nacht eine Heeresabtheilung von 2000 Mann auf einem Bergweg hoch über der Schanze, den Habsberg zu besetzen versäumt, nach Latsch, den Tirolern in den Rücken. Als jene nach glücklicher Uebersteigung des Latscher Berges am nächsten Tage (22. Mai) gegen die bei Latsch gelegenen tirolischen Kriegshaufen anrückten, zogen sich diese, durch ein falsches Gerücht, das die Zahl der Feinde auf 30,000 angab, getäuscht, in der Richtung gegen die Schanze zurück. Die Bündner folgten und gaben durch Abbrennen eines Heustadels ihren Landsleuten hinter der Schanze das Zeichen zum Angriff. Erst bei der Marenger Brücke fanden sie ernstlichen Widerstand; sie wurden blutig empfangen und wären erdrückt worden, hätte die tirolische Reiterei einen Fuß gerührt. Fünf volle Stunden mußten sie um den Uebergang kämpfen. Indeß hatte sich auch der Kampf bei der Schanze entschieden. Er war nicht weniger heftig gewesen. Vier Stunden lang verwehrten die Neapolitaner, die den anrückenden Feinden entgegengezogen, den Uebergang über den Rambach. Als sie endlich vor der Uebermacht sich zur Schanze zurückziehen mußten, entspann sich an dieser selbst ein mörderischer Kampf. Lange schwankte der Sieg. Da versuchen die Bündner an der schwächsten Stelle zur Rechten der Schanze durchzubrechen, die Gotteshausleute fliehen und der Kampf ist entschieden. Bald reichen sich die beiden feindlichen Heeresabtheilungen die Hand. Nun gibt es für die tirolischen Kriegerschaaren kein Heil mehr als die Flucht. Alle Bande des Gehorsams sind zerrissen; Verwirrung überall, nirgends mehr ein Widerstand. Die Einen eilen nach Latsch und Glurns und dann weiter durch das Vintschgau hinab, die andern flüchten über Mals und Nauders dem Innthal zu. Die Feinde folgen wüthend; Hunderte von Tirolern werden erschlagen, viele finden in den Wellen ihr Grab. Groß ist die Beute des Siegers: 8 Kanonen, 7 Feldschlangen, das tirolische Hauptbanner mit 6 andern Fahnen, Gewehre und Rüstungen, Munition und Lebensmittel in schwerer Menge. Fürstenburg wird rein ausgeplündert, Glurns, Latsch, Mals, Schluderns, Lichtenberg, Prad und alle übrigen Dörfer bis Schlanders gehen in Flammen auf, nur Schloß Churburg hält sich. So rächten die Bündner den verwüstenden Einfall der Tiroler ins Engadin. Doch kam ihnen diese

Rache theuer zu ſtehen. Sie hatten große Verluſte, dieſe zählten jedenfalls nicht nach Hunderten, ſondern nach Tauſenden. Das tiroliſche Kriegsvolk, welches ſich nach Meran gerettet, metzelte in ſeiner Raſerei auch alle 30 daſelbſt verhafteten Geißeln nieder. Viel größer waren aber die Verluſte der Tiroler; ſie werden von einem Zeitgenoſſen auf 5000 geſchätzt. Schwerlich iſt die Zahl um viel zu hoch gegriffen. Wurden doch zu Meran allein an dem Unglückstage der Calver Schlacht 150 Frauen zu Witwen, in ganz Vintſchgau 944.[16])

Die Tiroler hatten bisher ſchon viel Kriegsunglücksfälle erlitten, aber eine ſolche Niederlage hatte ſie noch nicht getroffen. Darum verbreitete die Nachricht hievon im ganzen Lande Schrecken und Beſtürzung; aus Meran und Bozen flohen die meiſten Familien nach Trient oder auf die Berge. Um der allgemeinen Furcht entgegen zu treten und Maßregeln zur Rettung des Vaterlandes zu ergreifen, beriefen allſogleich Gaudenz von Botſch, Verweſer der Landeshauptmannſchaft, und die Bürgermeiſter und Räthe von Meran und Bozen den Landtag ein. Die Stände eilten, die beiden Biſchöfe voran, ohne Zögern herbei. Sie bewilligten 8000 Mann und im Nothfalle das Doppelte, beſchloſſen den Wiederaufbau der Schanze und beſtellten Leonhard von Völs anſtatt Ulrichs von Habsberg, der ſich vor dem aufgebrachten Kriegsvolke hatte flüchten müſſen, zum Feldhauptmann. Die Regierung beklagte ſich diesmal nicht mehr über die Eigenmächtigkeit der Stände, ſondern beſtätigte unverzüglich den Landeshauptmann in ſeiner neuen Würde. Der König, welcher am Tage der Unglücksſchlacht zu Feldkirch weilte, erließ ſogleich Befehle zu neuen Rüſtungen und zum Wiederaufbau der Schanze. Dann brach er mit 8000 wolgerüſteten Kriegern nach Glurns auf. Noch am Tage ſeiner Ankunft, am 29. Mai, beſuchte er das Schlachtfeld, der Anblick der vielen Erſchlagenen rührte ihn zu Thränen. Das tiroliſche Kriegsvolk, welches ſich inzwiſchen geſammelt hatte, empfing den kriegskundigen Herrn mit großer Freude und hoffte von ſeiner Umſicht und Thatkraft Hilfe und Rettung. Leider konnte Maximilian die Erwartungen der Tiroler nicht erfüllen. Es herrſchte ſolcher Mangel im Vintſchgau, daß in einem Dorfe unweit des Schlachtfeldes alte Weiber die Kinder wie Gänſe aufs Feld trieben, um Gras zu eſſen; und auch in den übrigen Landestheilen gab es keinen Ueberfluß. So war es dem König unmöglich, die nöthigen Lebensmittel

aufzubringen. Aus diesem Grunde mußte er von einem Streifzuge ins Engadin, den er gleich anfangs unternahm, bald wieder umkehren, ebenso konnte er später nichts weiteres versuchen. Da endlich furchtbarer Mangel seine Soldaten zu bedrohen anfieng und die Nachricht anlangte, die Bündner gefährdeten von Davos aus das Wallgau, zog er über Nauders ab und überschritt drei Wochen nach seiner Ankunft in Tirol wieder den Arlberg.[17])

Nach Maximilians Abzug war das Land wieder ganz auf seine eigenen Kräfte verwiesen. Tirol bot damals ein düsteres Bild. Auf dem Kriegsschauplatze löste sich alle Ordnung. Die mit ungeheuerer Anstrengung gesammelten Schaaren liefen wieder auseinander; der kaum begonnene Bau der Schanze unterblieb. Der eindringende Feind fand keinen ernstlichen Widerstand; die Hauptleute der wenigen Kriegsknechte, die noch beisammen waren, hatten weder Muth noch Selbstvertrauen. Der Mangel an Lebensmitteln stieg auf eine schreckliche Höhe; die Straßen waren unsicher. Die Feinde mochten von diesem traurigen Zustande wol unterrichtet sein, denn eben jetzt, Ende Juni, brachen sie wieder in das Land ein. Sie wollten diesmal selbst bis Meran vordringen. Alles floh auf die Nachricht von ihrer Ankunft, selbst Innsbruck zitterte. Zwiespalt hinderte die Feinde jedoch an der Ausführung ihres Vorhabens; die Eidgenossen, Züricher, Urner u. a. weigerten sich auf einmal, über Mals hinaus zu ziehen Die Bündner rückten nun allerdings allein bis Castelbell vor; aber hier blutig empfangen, kehrten auch sie um und vollzogen unter Verwüstungen den Rückzug, wobei Schlanders mit seiner schönen Kirche in Flammen aufgieng.[18])

Dieser neue Einfall spornte zu größerer Thätigkeit an; man kam nun den Aufforderungen der Regierung, sich schleunigst zu rüsten, mit mehr Eifer nach. Bald fanden sich im Lager bei Glurns Zuzüge aus verschiedenen Landestheilen ein. Der Landeshauptmann bewährte neuerdings seine unermüdliche Thätigkeit und unerschöpfliche Opferwilligkeit. So konnte man am 20. Juli, als 1500 Mann des Königs von Pfunds aus über den Samaun ins Engadin einfielen, ebenfalls vom Glurnser Lager aus einen Streifzug dahin unternehmen. Freilich blieb er wie die frühern erfolglos und nun trat das alte Schauspiel ein: die Kriegsknechte nahmen aufs neue Reißaus, obwol indeß für Lebensmittel hinlänglich gesorgt worden. Der Landeshauptmann befand sich bald in der größten Verlegenheit.

Der König drängte ihn nämlich wiederholt, Truppen nach Vorarlberg zu ſchicken und die wenigen, die man hatte, brauchte man doch zur Vertheidigung Tirols ſehr nothwendig; auch weigerten ſich die Tiroler entſchieden, über den Arlberg zu ziehen. Erſt als Leonhard bat, ihn von dem dornenvollen Amte eines Feldhauptmannes zu entheben, verſchonte ihn Maximilian mit weitern Befehlen. Gelang es ſo dem Feldhauptmann, eine weitere Verminderung ſeines Heeres zu verhindern, ſo hatten doch alle Bemühungen, dasſelbe zu vergrößern, wenig Erfolg. Zwar bewilligte ein neuer Landtag, der um die Mitte Auguſt zu Meran tagte, 4000 Mann und im Nothfalle das Doppelte; auch erließ er eine neue Feldordnung, die dem zuchtloſen Treiben der Kriegsknechte ſteuern ſollte, aber es wollte niemand mehr ausziehen, außer in dringender Gefahr, die Knechte waren ſchwer aufzubringen und manche Zuzüge nicht beweglich zu machen. Bei dieſer Sachlage mußte ſich Leonhard auf Streifzüge beſchränken. Einen ſolchen machte man am 20. Auguſt wiederum ins Engadin. Die Engadiner rächten ſich dafür am 25. Auguſt durch einen Verwüſtungszug ins Vintſchgau, wobei ſie Reſchen, Graun und Haid verbrannten und Burgeis plünderten. Dies war der letzte feindliche Einfall.[19])

Unterdeſſen hatten ſchon längere Zeit Friedensunterhandlungen ſtattgefunden, denn beide Theile ſehnten ſich um ſo mehr nach Frieden, einen je düſterern Charakter der Krieg bekam. Der Maximilian befreundete Herzog von Mailand übernahm auf Anſuchen der Bündner und Schweizer die Vermittlung. Von Frankreich bedroht, beſtrebte er ſich eifrigſt, die Streitenden zu verſöhnen, damit ihm dieſelben gegen ſeinen Feind Hilfe leiſten könnten. Lange wollte dies aber nicht gelingen; Verhandlungen im Juli zu Zürich und anfangs Auguſt zu Schaffhauſen blieben reſultatlos. Bei den Schweizern ſchürte Frankreich die Flamme des Haſſes; Maximilian konnte den Gedanken, die Schweizer als Rebellen gegen das Reichsoberhaupt zu züchtigen, noch immer nicht fahren laſſen. Erſt als hiezu die Ausſichten immer mehr ſchwanden und die Franzoſen bereits den Herzog von Mailand bekriegten, ward er zum Frieden geneigter. Man ſchloß zunächſt einen Waffenſtillſtand und ſetzte dann die Friedensunterhandlungen zu Baſel fort. Hier kamen dieſelben endlich, am 22. Sept., zum Abſchluß. Die Nachricht hievon überraſchte die Tiroler um ſo freudiger, je weniger man noch in letzter

Zeit an das Zuſtandekommen des Friedens geglaubt und deshalb noch am 19. Sept. das allgemeine Aufgebot erlaſſen hatte. Von den neun Artikeln des Baſeler Friedens haben nur folgende nähern Bezug auf Tirol: Die ſechs Gerichte im Prätigau, die Max vom Grafen Gaudenz v. Matſch gekauft, ſchwören wieder zu Tirol, dürfen aber mit den Bündnern im Bunde bleiben; die beiden Gerichte Caſtels und Schiers ſowie Alle, welche noch nicht geſchworen, leiſten den Unterthaneneid; die Späne zwiſchen dem Biſchof von Chur und der Grafſchaft Tirol entſcheidet der Biſchof von Augsburg; alle Eroberungen werden zurückgegeben, alle noch nicht bezahlten Brandſchatzungen erlaſſen, alle Gefangenen in Freiheit geſetzt.[20])

Mit dieſem Kriege nahmen die Fehden zwiſchen den Bünden, dem Biſchofe von Chur und dem Landesfürſten von Tirol, die ſich ſo unzählige Male wiederholt hatten, für lange Zeit ein Ende. Der ſchiedsrichterliche Spruch des Biſchofes von Augsburg erfolgte bald darauf zu Latſch und galt fortan als Richtſchnur für beide Theile. Kurz vor ſeinem Tode, am 15. Dec. 1518, ſchloß Maximilian die ewige Erbeinigung mit dem Biſchof und den Bünden, die das Verhältniß Tirols zum Bündnerlande für immer regeln ſollte. Beide Theile gelobten, ſich gute Nachbarſchaft zu halten, Mißhelligkeiten durch Schiedsrichter austragen zu laſſen und in allem, was des Lebens Nothdurft erfordere, ſich gegenſeitig freien Durchzug zu geſtatten. In Kriegszeiten ſollte jeder in dem Gebiete des andern werben dürfen. Die Bündner verzichteten auf die halbe Zollbefreiung, die ſie bisher genoſſen; dagegen verſprach ihnen der Landesfürſt jährlich 600 fl. zu zahlen. Für die Schweiz hatte aber dieſer Friede noch viel wichtigere Folgen, denn mit ihm beginnt ihre Exiſtenz als ſelbſtändiger Staat; nur dem Namen nach gehörte ſie noch ein und ein halbes Jahrhundert zum deutſchen Reich. Dieſe ſelbſtſtändige Stellung gibt ſich gleich ſchon in den folgenden Jahren kund, namentlich in den italieniſchen Kriegen; doch richteten die vier Orte Zürich, Bern, Uri und Unterwalden im Jahre 1500 den alten Vertrag mit Erzherzog Sigmund v. J. 1474 wieder auf; 1511 wurde dieſe Erbeinigung von den Eidgenoſſen auf Maxens Lebensdauer erneuert.[21])

Der blutige Krieg hatte acht Monate gedauert, von Meran bis Baſel die Landſchaften verwüſtet, 2000 Schlöſſer, Dörfer, Flecken und Städte in Aſche gelegt und in 13 Schlachten 20,000 Menſchen

das Leben gekoſtet. Es war der blutigſte Krieg, den Tirol bisher geführt hatte, und that mehr als alle frühern die Unzulänglichkeit der tiroliſchen Landesvertheidigung dar.

§ 2. Der bairiſche Erbfolgekrieg.

Inhalt: Flucht, Rückkehr und Gefangenſchaft des Herzogs von Mailand. Friede mit Frankreich. Plan und Vorbereitungen zu einem Feldzuge gegen die Türken. Tod des Grafen Leonhard v. Görz. Der bairiſche Erbfolgekrieg. Maximilians Betheiligung an demſelben. Die Belagerung und Eroberung von Kufſtein. Erwerbungen.

Auf das ſturmbewegte Jahr 1499 folgte in Tirols Geſchichte ein Zeitraum größerer Ruhe, aber ganz fern blieb das Land auch in dieſen Jahren dem Getöſe des Krieges nicht. König Max war ein zu lebhafter Geiſt, als daß er die Stille eines erſchlaffenden Friedens lange ertragen hätte; ſeine Natur drängte ihn vielmehr, ſich von einer Unternehmung in die andere, von einem Kampf in den andern zu ſtürzen; er liebte die Aufregung der Gefahr, ein ruheloſes Daſein. Kaum war der Schweizerkrieg vollendet, ſo wäre er ſchon wieder gern nach Italien gezogen. Zunächſt galt es, daſelbſt Frankreich zu bekämpfen. Der neue König von Frankreich, Ludwig XII., machte nämlich nicht bloß, wie ſein Vorgänger, auf das Königreich Neapel, ſondern, als Urenkel der Valentine Visconti, auch auf das Herzogthum Mailand Anſprüche geltend. Und in der That gelang es ihm, dieſes im Sommer 1499, während Maximilian mit dem Schwabenkriege beſchäftigt war, zu erobern. Der vertriebene Herzog flüchtete ſich im September mit ſeiner Familie und ſeinen Schätzen nach Innsbruck und rüſtete ſich, um im günſtigen Moment nach Italien zurückzukehren. Der Baſeler Friedensſchluß führte ihm viele Schweizer und deutſche Landsknechte zu. Der König gedachte ihn kräftig zu unterſtützen und berief darum auf den Februar einen Reichstag nach Augsburg ein, um von den Reichsſtänden gegen Frankreich Hilfe zu verlangen. Doch bevor dieſer entſchieden, bevor die Rüſtungen fertig, zog Lodovico Sforza, von ſeiner Partei gerufen, nach Italien. Aber ſein Zug dahin nahm ein ſchlimmes Ende. Anfangs ſiegreich vordringend, wurde er am 9. April von den Schweizern, die ihn begleitet, an die Franzoſen verrathen und als Staatsgefangener in das franzöſiſche Schloß Loches gebracht, in deſſen Thurm er den Reſt ſeines Lebens verbringen ſollte († 1510). Das Unglück ſeines Verwandten und Bundesgenoſſen, deſſen mißglückter Ver-

ſuch, die Franzoſen aus Italien wieder hinauszuwerfen, mußten Maximilian noch mehr zu einem Zuge dahin reizen. Aber der Reichstag von Augsburg wollte davon nichts wiſſen. In vier Kriegen nacheinander unterlegen, war der König nicht im Stande, ihm zu imponiren, er mußte vielmehr es ſich gefallen laſſen, daß ihm derſelbe ein ſtändiſches Reichsregiment an die Seite ſtellte. Dieſes bewog den franzöſiſchen König zum Abſchluß des Waffenſtillſtandes von Blois (13. Dec. 1500), der am 13. Oct. 1501 in den Frieden zu Trient verwandelt wurde. Maximilian verſprach den franzöſiſchen König auf dem nächſten Reichstag zu Frankfurt mit dem Herzogthum Mailand zu belehnen, auch ward eine Doppelheirat zwiſchen ſeinen Enkeln, den Kindern ſeines Sohnes Philipp, und den Kindern Ludwigs XII. ausgemacht. Wie von dem Kriege gegen Frankreich, mußte Maximilian auch von dem beabſichtigten Römerzuge abſtehen, obwol er bereits Biſchof Melchior v. Brixen vorausgeſchickt hatte, um mit dem Pabſte und den Fürſten Italiens zu unterhandeln, obwol Fürſt Rudolf von Anhalt mit dem Vortrab, 1000 Pferden und 6000 Fußgängern, ſchon bis Roveredo gekommen war.[1])

Gleichzeitig mit dem Kriege gegen die Franzoſen plante der König einen Feldzug gegen die Türken. Hiezu zeigten ſich die Reichsſtände geneigter. Der Reichstag zu Augsburg bewilligte eine Steuer. Auch die Tiroler ſollten ihren Beitrag geben. Darum berief Maximilian im Advent 1500 einen Landtag nach Bozen. Die Prälaten und Adeligen gelobten von ihren Gütern den zehnten Pfennig, die Städte und Gerichte von jeder Feuerſtatt vier Pfund beizuſteuern. Zur Befeſtigung des Vaterlandes wollten erſtere von ihren Gülten noch ſechs Jahre hindurch den vierzigſten Pfennig reichen, alle andern Unterthanen aber, je vierhundert zuſammen, einen Kriegsknecht halten. Der Kriegszug gegen die Türken fand aber bald große Hinderniſſe, wie der gegen die Franzoſen. Das Reichsregiment nahm ſich der Sache nicht an, die Kurfürſten machten Schwierigkeiten. Allein der König gab darum ſeinen Plan nicht auf. Er wandte ſich direct an das deutſche Volk und ſuchte ein Heer von Freiwilligen zuſammen zu bringen; dann gieng er ſeine Erblande um Beiſtand an. Seine Bemühungen blieben nicht erfolglos. Mancher deutſche Fürſt und Ritter rückte aus, am Beginne des J. 1502 zogen der Herzog von Kleve, der Fürſt von Anhalt und viele Ritter durch Tirol an

die türkiſche Gränze. Der tiroliſche Landtag tagte am Bartlmä-Abend zu Sterzing in Gegenwart der königlichen Commiſſäre Philipps Grafen von Naſſau, Hanſens Caſpar von Lauenberg und Herrn Math. Khuen. Die Stände beſchloſſen, im Falle eines Krieges 425 Pferde und 7815 Mann Fußvolk zu ſtellen; Prälaten und Adel verpflichteten ſich den zehnten Pfennig, Städte und Gerichte für die Feuerſtatt 48 kr. zu bezahlen. Trotz aller dieſer Vorbereitungen ſah jedoch Maximilian zuletzt ſich genöthigt, vorläufig auf die Ausführung ſeines Planes zu verzichten.[2])

Es iſt ein ſehr bekannter Spruch, das Haus Habsburg ſei durch glückliche Heiraten groß geworden; richtiger würde man ſagen: durch glückliche Todfälle. Das bewährte ſich gerade um dieſe Zeit auffallend. Im Jahre 1496 vermählte ſich Maximilians Sohn Philipp mit der ſpaniſchen Infantin Johanna, Tochter Ferdinands v. Aragonien und Iſabellens von Caſtilien. Damals hatte Johanna noch keine große Ausſicht, eine Krone zu erben, aber ſchon im Jahre darauf ſtarb ihr einziger Bruder Johann, der mit Philipps Schweſter Margaretha verheiratet war, und i. J. 1498 ihre älteſte Schweſter Iſabella, Gemahlin des Königs Emanuel v. Portugal, endlich 1500 der letztgenannten Sohn Michael. So wurde Johanna vorausſichtliche Erbin zweier Königreiche. Ein Todfall desſelben Jahres 1500 brachte auch Maximilian einen anſehnlichen Erwerb und dem Gebiete der Grafſchaft Tirol eine erhebliche Vergrößerung. Es war nämlich das Hinſcheiden des Grafen Leonhard v. Görz, der am 12. April 1500 ſein Leben beſchloß. Da er der letzte ſeines Stammes war, ſo fiel das ganze Gebiet der Görzer Grafen in Folge des natürlichen Erbrechts und wiederholt geſchloſſener Erbverträge an den König. Dieſer ergriff deshalb ſogleich durch die Grafen von Naſſau, Zollern und Fürſtenberg von der Grafſchaft Görz und dem übrigen Erbe Leonhards Beſitz. Davon ſchlug er die Landgerichte Lienz, Virgen, Heunfels, Welsberg, Raſen, Uttenheim, Michaelsburg und Schöneck, welche die Grafen von Görz als Lehengüter der Bisthümer Brixen und Freiſingen beſaßen, zur Grafſchaft Tirol, deſſen integrirender Beſtandtheil ſie hiemit wurden. Doch mußte Maximilian noch in demſelben Jahre die Schlöſſer und Gerichte Michaelsburg, Schöneck, Uttenheim und Heunfels aus Geldnoth an Brixen verpfänden, in deſſen Beſitz ſie nun viele Jahre verbleiben ſollten. Dieſe Geldnoth zwang den König auch, im nächſten Jahre einen ähnlichen Schritt

zu thun, wie einst König Heinrich von Böhmen und dann Sigismund. Er übergab nämlich alle Gefälle und Einkommen der Grafschaft auf drei Jahre an Georg Goſſenbrot von Augsburg, der bereits mehr als 20 Jahre die Pflege Ehrenberg treu verwaltete Goſſenbrot diente in dem neuen Amte ſeinem Herrn ſo gut, wie bisher, er ſah den Gefällsbeamten ſtreng auf die Finger und machte Betrug und Diebſtahl unmöglich. Das zog ihm aber den ganzen Haß der Ungetreuen zu, ſo daß ſie ihn durch eine Wurſt vergiftet haben ſollen; er ſtarb jedenfalls ſchon um die Mitte des Jahres 1502.[3])

König Maximilian hatte bisher eine entſchiedene Vorliebe für Tirol an den Tag gelegt. Er hatte ſich häufig darin aufgehalten und dasſelbe auf Koſten eines andern Erblandes, Kärnten, durch einen Theil der Görziſchen Erbſchaft erweitert. Das Land ſpielte eben eine zu wichtige Rolle bei allen ſeinen Plänen, namentlich bei jenen, die auf Italien gerichtet werden. Im Jahre 1503 bedachte Maximilian Tirol mit einer neuen Auszeichnung; er wollte nämlich dasſelbe zum Kurfürſtenthum erheben und ſeinem Sohne Philipp die neue Würde übertragen. Doch dieſer Plan ſcheiterte an dem feſten Willen der Kurfürſten, die ſich beharrlich weigerten, ein neues Mitglied in ihr Collegium aufzunehmen. Mußte ſo auch Maximilian am Beginne des Jahres 1504 dieſes Vorhaben aufgeben, ſo fand er gerade in der nächſten Zeit abermals Gelegenheit, ſeine Vorliebe für Tirol zu bethätigen; es bot ſie der bairiſche Erbfolgeſtreit. Die Urſache dieſes Streites war folgende. Herzog Georg v. Baiern-Landshut, der Reiche, hatte mit ſeinem Vetter Albrecht von Baiern-München einen Vergleich getroffen, infolge deſſen, wenn einer von beiden ohne männliche Erben ſtürbe, der andere ihn beerben ſollte. Dieſem Vergleich zuwider vermachte er aber im Jahre 1496 in einem Teſtamente alle ſeine Lande ſeinem Schwiegerſohne, Pfalzgraf Ruprecht, dem Sohne des Pfalzgrafen Philipp, und ſeiner geliebten Tochter Eliſabeth, deſſen Gemahlin. Als Herzog Albrecht davon hörte, bat er Maximilian um Beſtätigung ſeines auf jenen Vergleich gegründeten Succeſſionsrechtes und erlangte ſie um ſo mehr, als auch nach dem allgemeinen Reichsgeſetze ihm und ſeinem Bruder Wolfgang die Nachfolge gebührte. Dagegen rüſtete ſich H. Georg, um mit Gewalt ſein Teſtament aufrecht zu erhalten. Nach ſeinem Tode (1. Dec. 1503) nahm Pfalzgraf Ruprecht ſogleich von ſeinem Nachlaſſe Beſitz. Aber

Maximilian entſchied auf dem Reichstage, den er im Februar 1504 zu dieſem Behufe nach Augsburg einberufen hatte, zu Gunſten Albrechts und Wolfgangs und ſetzte am 20. April dieſe als nächſte geſippte Schwerterben in das erledigte Herzogthum ein, während er über Ruprecht und ſeine Anhänger, die bereits den Krieg begonnen hatten, die Acht verhängte. Ruprecht fand an den Biſchöfen von Bamberg, Würzburg und Eichſtädt, an den Königen von Frankreich, von Böhmen, und an ſeinem Vater Bundesgenoſſen und hatte den reichen Schatz ſeines vorſtorbenen Schwiegervaters zur Verfügung; die Herzoge Albrecht und Wolfgang unterſtützten H. Ulrich v. Würtemberg, Landgraf Wilhelm v. Heſſen, Markgraf Friedrich von Baden, die Stadt Nürnberg und der ſchwäbiſche Bund. Auch K. Maximilian ſchloß ſich ihnen an, nachdem alle ſeine Vermittlungsverſuche fruchtlos geweſen. Er hatte es nämlich auf die Gerichte Rattenberg, Kufſtein und Kitzbühel abgeſehen und hoffte ſie nebſt Anderm als Lohn für ſeine Hilfe von den Herzogen zu erwerben, um Tirols Grenzen im Nordoſten gehörig abzurunden. Bereits im März hatte er einen Landtag nach Brixen einberufen und 1000 Fußknechte auf 3 Monate ſich bewilligen laſſen.[4])

Der furchtbare Krieg, der nun ein volles Jahr einen großen Theil Deutſchlands verheerte und entſetzliche Gräuel zu Tage förderte, war ein doppelter und der Mittelrhein und die Donaugegenden die Hauptſchauplätze desſelben. Pfalzgraf Ruprecht kämpfte glücklich, ward jedoch ſchon nach den erſten Monaten, am 28. Auguſt, eine Beute des Todes. Nun ſetzten aber ſeine heldenmüthige Gemahlin und ſeine Feldherrn den Krieg fort. Maximilian kämpfte zuerſt in Schwaben, von da wandte er ſich im Juni nach Tirol. Es gelang ihm, Kufſtein, Kitzbühel, Rattenberg, Traunſtein und Anderes in ſeine Gewalt zu bekommen. Darauf ſchickte er dem Commandanten von Kufſtein, Hans Pienzenauer, damit er Stadt und Feſte beſſer vertheidigen könne, einige Geſchütze und begab ſich wieder auf den ſchwäbiſchen Kriegsſchauplatz. Von hier drang er dann bis ins Elſaß vor und ließ ſich alle pfälziſchen Unterthanen im Sund-Breisgau und an andern Orten Treue ſchwören. Anfangs September vereinte er ſich mit dem Herzoge Albrecht und zog mit ihm gegen die Böhmen, die bei Regensburg ſtanden. Er ſiegte zwar in der Schlacht bei Menzesbach am 12. Sept., gerieth aber dabei in Lebensgefahr. Vom Pferde herabgeworfen, wäre er zu

Tode geſchleift worden, wenn nicht H. Erich von Braunſchweig ihm zu Hilfe geſprungen. Von Regensburg zog der König, von Albrecht ſich wieder trennend, über München nach Kufſtein, vor deſſen Mauern er Ende September ſich lagerte.[5])

Inzwiſchen hatten nämlich die Feinde in Tirol Eroberungen gemacht. Georg Wisböck, Feldherr Ruprechts, war nach deſſen Tode gegen das Gebirge gezogen und hatte Roſenheim, Reichenhall, Kitzbühel und andere Orte, zuletzt auch Kufſtein genommen Denn Pienzenauer ließ ſich, ſo wird erzählt, durch ein Geſchenk von 30.000 fl. zur Uebergabe bewegen. Am 1. October machte Maximilian ernſtliche Anſtalten, die verlorene Feſte wieder zu gewinnen und nahm davor ſeine Stellung. H. Erich von Braunſchweig, die Markgrafen Kaſimir und Georg von Brandenburg, Markgraf Chriſtof von Baden, die Biſchöfe von Würzburg und Freiſingen und viele Edle befanden ſich in ſeinem Heere. Die Bürger der Stadt waren ſogleich zur Uebergabe bereit, aber Pienzenauer hielt ſie durch Drohungen davon zurück und beantwortete des Königs Aufforderung zur Uebergabe mit Salven aus ſeinen Geſchützen. Mit Lebensmitteln und Munition wol verſorgt, pochte er auf die Feſtigkeit ſeiner Mauern. Max begann nun die Feſtung aus 5 Feldſchlangen zu beſchießen, aber ſeine Geſchoſſe prallten machtlos an dem Mauerpanzer ab. Zum Hohne ließ Pienzenauer in ſeinem frevelhaften Uebermuthe allemal mit einem Beſen die Stellen abkehren, wo die Kugeln aufgefallen. Der König verbiß den Zorn über ſolchen Hohn und ſagte zu ſeiner Umgebung: „Bei Gott, ſehet ein neues Reiterſtückel, dieſer Kriegsmann will die wunden Mauern mit einem Beſen heilen; wir fürchten aber, es möchte aus dieſen Ruthen ein Beil werden, ihm den Schädel abzuhauen.“ Da er aber mit ſeinen Feldſchlangen nichts ausrichtete, gieng er mit Pienzenauer einen dreitägigen Waffenſtillſtand ein. Inzwiſchen wurden neue Geſchoſſe, zwei ungeheure Karthaunen, Purlepauß und Weckauf genannt, vom Innsbrucker Zeughaus den Inn herabgeführt und dann ſetzte Maximilian mit verdoppeltem Eifer die Beſchießung fort. Er hatte beſchloſſen, keinem von den Widerſtehenden das Leben zu ſchenken und drohte jedem, der Fürbitte einzulegen wage, mit einer Maulſchelle. Die neuen Geſchoſſe durchbohrten die 14 Fuß dicken Mauern ganz und drangen noch ein und ein halb Fuß tief in den Felſen ein. Da ſank dem übermüthigen Pienzenauer der Muth. Er ſandte zwei Edelknaben ins königliche Lager

und erbot ſich, gegen freien Abzug die Feſte zu übergeben. Maximilian ließ ihm ſagen, er wolle mit einem ſolchen Spottvogel keinen Vergleich eingehen, er ſolle des Schloſſes Trümmer nur ſelber behalten. Nun ergriffen Pienzenauer und ſeine Geſellen die Flucht, aber die Belagerer erſtiegen noch frühzeitig genug die Wälle und nahmen alle gefangen. Die Unglücklichen wurden in des Königs Lager geführt, das bei Zellerburg ſtand, und ſämmtlich zum Tode verurtheilt. Der erſte der Hingerichteten war Pienzenauer, ein ſchöner Mann von 36 Jahren; zehn folgten ihm in den Tod. Dann aber legte H. Erich von Braunſchweig trotz des Verbotes Fürbitte ein. Maximilian gab ihm, um ſein Wort zu halten, einen leiſen Backenſtreich, aber gewiß ſelbſt froh, das blutige Schauſpiel enden zu können, ſchenkte er allen Uebrigen das Leben. Reiche Beute, große Vorräthe und ein Schatz von 30,000 fl. lohnte die Anſtrengungen einer vierzehntägigen Belagerung.

Nach der Eroberung Kufſteins nahm Maximilian Kitzbühel und was ſonſt noch von den drei Herrſchaften in Feindeshand lag, ein. Damit kehrte in die tiroliſchen Berge wieder der Friede zurück, draußen aber, an der Donau und am Rhein, wüthete die Furie des Krieges noch lange. Endlich, am 19. April 1505, ſchloß man den Waffenſtillſtand zu Hagenau. Darauf berief der König einen Reichstag nach Köln und that hier am 30. Juli einen Schiedsſpruch, den zuletzt alle Betheiligten anerkannten. Dem gemäß kamen die drei Herrſchaften Rattenberg, Kitzbühel und Kufſtein mit einem Theil des Zillerthales an Oeſterreich und wurden untrennbar mit Tirol vereint. Es war dies für das Land ein ebenſo erfreulicher Gewinn als für Baiern ein ſchmerzlicher Verluſt; erſt dadurch bekam Tirol ſeine natürliche Grenze gegen Nordoſten. Allerdings war das erworbene Gebiet noch durchbrochen von ſalzburgiſchen Enklaven, wie das Brixenthal, der Bezirk Fügen, Schloß und Burgfrieden Kropfsberg, Probſtei Zell u. a. Beſitzungen im Zillerthal; da aber auf dem genannten Reichstage Maximilian die alten Anſprüche der öſterreichiſchen Herzoge auf die Vogteien der Stifte Salzburg und Paſſau zur Geltung brachte, ſo gerieten doch dieſe Enklaven in eine gewiſſe Abhängigkeit vom Landesfürſten und es ward dadurch der freilich erſt viel ſpäter eintretende (1803) Anfall vorbereitet.[6])

§ 3. Der venetianiſche Krieg.

Inhalt: Antritt des Römerzuges. Der venetianiſche Krieg und ſeine Bedeutung. Römerhilfen. Vereitelung des Römerzuges. Marens Angriffe auf Venedig. Die Niederlage bei Pleif. Tirols Gefährdung, Seine Rüſtungen. Waffenſtillſtand i. J. 1508. Die Liga von Cambray. Erneuerung des Krieges und Eroberungen der Verbündeten. Venedigs Politik. Maximilians Feldzug nach Italien i. J. 1509. Neue Allianzverträge. Neue Gefahren für Tirol und deſſen Rüſtungen. Maximilians Vorbereitungen zu einem zweiten italieniſchen Feldzug. Kämpfe und Eroberungen an Tirols Grenzen. Die heilige Liga 1511. Neue Allianzen, Rüſtungen und Kämpfe in den Jahren 1512 und 1513. Landtagshilfen und Rüſtungen im Jahre 1514. Franz I. von Frankreich und die Venetianer i. J. 1515. Maximilians Rüſtungen. Sein zweiter italieniſcher Feldzug im Jahre 1516. Wiederholte Belagerung Verona's. Verträge v. Noyon und Brüſſel. Waffenſtillſtände und Erwerbungen. — Heiratsverträge i. J. 1515. Maximilians letzter Aufenthalt in Tirol und Tod. Verhältniß der Grafſchaft Tirol zu den Bisthümern von Trient und Brixen. Die gleichzeitigen Biſchöfe von Trient und Brixen.

Durch den ſiegreichen Kampf mit den Pfalzgrafen Ruprecht und Philipp ſtieg des Königs Anſehen in Deutſchland bedeutend, zwei glückliche Feldzüge in den Jahren 1505 und 1506, der eine in die Niederlande, der andere nach Ungarn, hoben es noch mehr. Maximilian dachte nun ernſtlich daran, auch in Italien das kaiſerliche Anſehen wieder herzuſtellen. Es war dazu auch höchſte Zeit, denn die italieniſchen Staaten hatten ſich ſchon die Vertreibung aller Fremden, der Deutſchen wie der Franzoſen und Spanier, zum Ziele geſetzt; Papſt Julius II. war ſeit ſeinem Regierungsantritte von der Idee begeiſtert, jeden ausländiſchen Einfluß zu verbannen. Maximilian beſchloß daher die baldigſte Ausführung des ſchon lange geplanten Römerzuges. Vor allem mußte er aber die Franzoſen aus Italien zu verdrängen trachten, die daſelbſt das nämliche Ziel verfolgten wie er ſelbſt; der franzöſiſche König hatte ihn auch durch Vertragsbrüchigkeit gereizt. Um gegen ihn mit Nachdruck auftreten zu können, berief Max im Frühling 1507 einen Reichstag nach Conſtanz und verlangte Hilfe. Nachdem er den Ständen die Lage der Dinge in Italien geſchildert, bewilligten ſie die anſehnliche Hilfe von 3000 Reitern und 9000 Fußgängern. Die Leiſtungen blieben freilich weit hinter den Verſprechungen zurück; aber Maximilian hatte eine beträchtliche Anzahl Truppen aus ſeinen Erblanden zuſammengebracht, auch einige Tauſend Schweizer in Sold genommen und ſo konnte er trotzdem im December 1507 ſeinen Zug nach Italien antreten.[1])

Die Macht der Umstände führt uns nicht selten zu einem ganz andern Ziel, als wir uns ursprünglich setzten. So ergieng es auch Maximilian; er wollte die Franzosen bekämpfen und ward wider Erwarten in einen langwierigen Krieg mit Venedig verwickelt, der abgesehen von einigen kürzern Unterbrechungen neun Jahre dauerte. Dieser Krieg hat bekanntlich große europäische Bedeutung; hiebei gelangte zum ersten Male das System des politischen Gleichgewichts entschieden zu praktischer Geltung. Für Tirol gewann derselbe aber noch besondere Wichtigkeit. Unser Vaterland hatte noch keinen so langedauernden, so wechselvollen, so verderblichen Krieg mitgemacht; es mußte, obwol er ein Reichskrieg war, doch die größte Last desselben tragen, sein Gebiet war öfter, seine Grenzen stets Schauplatz der Kämpfe; es mußte Jahre lang die größten Opfer an Geld und Mannschaft bringen und viele beschwerliche Truppendurchzüge erdulden; der venetianische Krieg legte den Grund zur Zerrüttung der tirolischen Finanzen, die bald dem Landesfürsten wie den Ständen soviel zu schaffen gab. Aber nicht bloß schlimme, sondern auch gute Folgen brachte er mit sich. Vor allem verdankt ihm Tirol eine geordnete Landesvertheidigung, indem er zur Abfassung des berühmten Landlibells vom Jahre 1511 führte, und überhaupt Fortschritte im Verfassungsbaue, dann auch eine beträchtliche Grenzerweiterung.

Bevor Maximilian nach Tirol kam, hatte er auch hier von zwei Landtagen zu Bozen sich eine ansehnliche Römerhilfe gewähren lassen. Im Land angelangt, hielt er anfangs des Jahres 1508 einen dritten Landtag in derselben Angelegenheit und dieser bewilligte für den Römerzug 1000 Mann auf drei Monate; entstünde ein Krieg, so wollte man 5000, ja selbst 10,000 unterhalten. Darauf setzte er seinen Zug nach Italien fort, als er aber nach Trient kam, fand er alle Pässe dahin von den Venetianern versperrt. Die Inselstadt hatte schon auf dem Constanzer Reichstag erklären lassen, sie könne Maximilian nur dann unbehinderten Durchzug gestatten, wenn er ohne Heer, bloß mit geringer Begleitung wie sein Vater komme, und diese Erklärung im November 1507 noch wiederholt; die Thaten zeigten nun Max, daß ihr damit voller Ernst war. Nur durch Gewalt konnte er sich den Weg nach Italien bahnen. Er war dazu entschlossen. Damit er aber um so nachdrucksvoller gegen die Venetianer auftreten konnte, nahm er zu Trient den Titel eines erwählten römischen Kaisers an und ließ sich am 4. Februar 1508 in der Domkirche

von dem päbſtlichen Legaten Bernardinus Tusculanus feierlich krönen. Die Fürſten von Brandenburg, Mecklenburg, Braunſchweig, Liegnitz, Würtemberg, Anhalt und die Biſchöfe von Trient und Gurk wohnten der Feier bei. Nach der Krönung ſprach er als Kaiſer über das hochmüthige Venedig die Reichsacht aus. Damit war der Krieg unvermeidlich geworden.[2])

Schon am Tage nach der Krönung ließ Maximilian ſein Heer gegen die Grenzen Tirols vorrücken und zwar auf drei Wegen. Er ſelbſt begleitete Rudolf von Anhalt mit einem Haufen ins Valſugan, bei 2000 Landsknechte unter Karl Trapp und Georg von Lichtenſtein ſchickte er über die Berge ins Vicentiniſche, Friedrich v. Brandenburg führte 2000 zu Fuß und 500 zu Roß durch das Lagerthal gegen Roveredo. Gleichzeitig rückte von anderer Seite Erich v. Braunſchweig mit 5000 zu Fuß und 400 zu Pferde ins Friaul vor. Doch kehrten die Truppen im Valſugan bald um, Max ſelbſt ſchon in den nächſten Tagen, die Herrn von Trapp und Lichtenſtein entkamen| nur mit Hilfe Georgs von Freundsberg, der ihnen vom Schloſſe Scala her zu Hilfe eilte, den Bauernhaufen, die ſie auf den Höhen von Vicenza umzingelt hatten. Friedrich von Brandenburg forderte vergeblich Roveredo zur Uebergabe auf; da der venetianiſche Feldherr Giorgio Emo die Clauſe, Serravalle, Chizzola und andere Orte ſehr befeſtigt hatte, mußte er ſich in die feſten Poſitionen bei Calliano und Pietra zurückziehen und Schloß Calliano befeſtigen. Nur Caſtelbarco eroberte er, ein Angriff auf Brentonico mißlang, als er Riva bedrohte, griff ihn die venetianiſche Armee, die ſich indeß bei Ala geſammelt hatte, an und zwang ihn zur Rückkehr in ſeine alte Stellung.[3])

Da der Feind mit ſeiner ganzen Macht hier den Durchbruch nach Italien verwehrte, beſchloß Maximilian, ihn durch einen Angriff vom Puſterthale aus zur Theilung ſeiner Streitkräfte zu zwingen. Er begab ſich daher in der zweiten Hälfte des Februar ſelbſt dahin, um dieſen Angriff vorzubereiten, und ſchickte dann den Ritter Sixt Trautſohn, dem Rudolf von Ems und Hans Sprenger als Unterfeldherrn beigegeben waren, mit ungefähr 1300 der tapferſten Knechte ins Thal Cadore; ebenſo ordnete er Mannſchaft nach Buchenſtein und Primör ab. Toblach wurde als Sammelplatz weiterer Zuzüge, Erich von Braunſchweig zum oberſten Commiſſär und Obercommandant aller Truppen beſtimmt und zugleich ſämmtlichen Führern

gemeſſene Inſtructionen ertheilt. Nach dieſen Anordnungen verließ Maximilian Tirol und ſuchte zu Ulm die Hilfe des ſchwäbiſchen Bundes. Er hatte aber noch nicht ſeinen Fuß über des Landes Grenzen geſetzt, da begegnete dem verwaisten Heere ein großer Unfall. Sixt Trautſon war anfangs ſiegreich durch Ampezzo vorgerückt und hatte die Schlöſſer Peutelſtein und Blasburg beſetzt; aber er verſäumte, ſich in ſeiner Stellung zu befeſtigen, wie es Max ihm befohlen, und ließ ſich gegen die Warnungen des erfahrenen Marx Sittich von Ems zu einem Angriff auf das venetianiſche Heer verleiten, das ihn über ſeine Stärke zu täuſchen wußte. Von drei Seiten angegriffen, erlagen die Kaiſerlichen zuletzt dem überlegenen Feinde, Hunderte wurden erſchlagen, worunter Trautſon ſelbſt; viele gefangen, wie Marx Sittich von Ems, Georg Goldegger und andere Hauptleute. Die Schlacht fiel in der Nähe von Pleif, am 10. März, vor.[4])

Von dieſem Unglückstage an geſtalteten ſich die Verhältniſſe Tirols immer trauriger; die Wehrfähigkeit des Landes wurde täglich geringer, die Gefahren größer. Bald ſah ſich das Land ganz auf ſeine Kräfte verwieſen. Mit ihrer Lage bisher unzufrieden, zogen die Reichstruppen ab, der Kaiſer weilte fern in den Niederlanden und darum konnte man von ihm keine Hilfe hoffen. Uneinigkeit, ja ſelbſt Verrath lähmte die wenigen Streitkräfte. All das ſowie die eifrige Unterſtützung der Franzoſen ermuthigte die Feinde, ſie griffen jetzt Tirol an drei Punkten an. Ihre Hauptmacht, 4000 Reiter und 16,000 Fußvolk, ſchickten ſie gegen das Schloß Stein am Callian; es ward dermaßen beſchoſſen, daß mehrere Theile einſtürzten. Doch ſchlug die muthige Beſatzung einen Sturm zurück und zwang die Feinde von der Belagerung abzulaſſen. Bei 8000 Venetianer drohten mit einem Einfalle über den Kreuzberg und durch Ampezzo und eroberten Peutelſtein; eine weitere Schaar bemächtigte ſich des Schloſſes Oſſana im Sulzthale. Auch Trient ſuchten ſie im Einverſtändniſſe mit einigen dortigen Stadträthen durch einen Handſtreich zu gewinnen, doch die Tapferkeit des Stadtcommandanten Caſimir von Brandenburg vereitelte es. Um dieſelbe Zeit fiel in Friaul, wohin die Venetianer noch größere Heermaſſen geſchickt, eine Stadt nach der andern in ihre Gewalt.[5])

In ſolcher Bedrängniß hatte ſich das Land noch nicht befunden; aber verloren iſt nur, wer ſich ſelbſt aufgibt. Die Tiroler thaten es

nicht. Die Regierung zu Innsbruck verlangte vom ſchwäbiſchen Bunde Hilfe und berief auf den 18. Mai einen Landtag nach Bozen ein. Während jener ſich nicht rührte, beſchloß die Landſchaft in patriotiſcher Begeiſterung 10,000 Mann auf drei Monate auszurüſten und für die Lieferung ſelbſt zu ſorgen, da der Kaiſer dazu nicht in der Lage war. Bei dem gänzlichen Mangel an baarem Geld ſollte jeder den dritten Theil ſeines Silbergeſchirres darſtrecken; wer ein Vermögen von 5—700 fl. aber kein Silbergeſchirr habe, ſollte nach dem Ermeſſen der verordneten Commiſſäre ein Darlehen geben. Damit wollte man etliche Tauſend Schweizer und Bündner oder andere Dienſtleute beſtellen. Zugleich wurden Commiſſäre zum Abſchluß eines Waffenſtillſtandes und Geſandte an den Kaiſer erwählt. Das tiroliſche Kriegsvolk ſammelte ſich ſofort in einem Lager, aber Uneinigkeiten zwiſchen dem Adel und gemeinen Mann wirkten hemmend und darum drängte Paul von Lichtenſtein, Marſchall der Innsbrucker Regierung, zum Frieden. Der Feind, durch die tiroliſchen Aufgebote überraſcht, war auch hiezu bereit. So ſchloſſen die kaiſerlichen Commiſſäre Paul von Lichtenſtein und Biſchof Georg III. von Trient mit dem venetianiſchen Geſandten im Kloſter St. Maria delle Grazie zwiſchen Riva und Arco am 11. Juni einen dreijährigen Waffenſtillſtand, auf Grundlage der eben beſtehenden Beſitzverhältniſſe.[6])

Die neue Zeit, die mit dem Jahrhundert angebrochen, kündigte ſich in der Politik bereits an; eine ſo wechſelvolle, wie ſie in den italieniſchen Verhältniſſen ſich zeigt, war noch kaum dageweſen, wenn man gleich im Mittelalter nicht minder leichtfertig Verträge ſchloß und brach. Sowol Ludwig von Frankreich als Maximilian waren mit dem geſchloſſenen Waffenſtillſtande nicht zufrieden. Der Schmerz über die Verluſte im Friaul beſiegte des Kaiſers alte Feindſchaft gegen Frankreich; er ſchloß mit König Ludwig am 10. December 1508 die Liga von Cambray; Ferdinand, König von Aragonien und beider Sicilien, und Pabſt Julius II. traten ihr in den folgenden Monaten bei. Ihr Zweck war, Venedig tief zu demüthigen; die Verbündeten machten ſich anheiſchig, die Republik zur Herausgabe aller Eroberungen, die ſie ſeit einem Jahrhundert gemacht hatte, zu zwingen; die Städte Padua, Vicenza und Verona ſollte ſie dem Reiche, die Städte Roveredo, Treviſo und das Friaul dem Hauſe Oeſterreich, Brescia, Bergamo, Crema, Cremona und die Ghiaradadda dem König von Frankreich als Herzog von Mailand, alle

Plätze in der Romagna dem Pabſte und alle Küſtenſtädte in Süditalien an Ferdinand von Aragonien ausliefern. Da Venedig damals die erſte Seemacht und der reichſte Staat Europa's war, konnte es ſelbſt gegen eine ſolche Coalition den Kampf aufzunehmen wagen. So entſtand ein Krieg, der, wie er reich an Wechſelfällen war, ſo durch ungewöhnliche Ereigniſſe und die Geſchicklichkeit der Führer hervorragt.[7])

Frankreich griff, dem Vertrage gemäß, im April 1509 zuerſt Venedig an, während um dieſelbe Zeit der Pabſt den Bann gegen die Republik ſchleuderte. Die franzöſiſche Armee ſchlug am 14. Mai bei Agnadello die venetianiſche aufs Haupt und eroberte im raſchen Siegeslaufe die ihrem Herrn im Vertrage von Cambray zugeſprochenen Gebiete. Der Pabſt und Ferdinand folgten dem Beiſpiele Ludwigs von Frankreich und ſahen ſich ebenfalls nach kurzer Zeit im Beſitze der gewünſchten Eroberungen. Nur der Kaiſer zögerte noch, die niederländiſchen Angelegenheiten wie der Mangel an Geld hemmten ſeine Vorbereitungen. Indeß griffen aber ſeine Freunde zu den Waffen. Der Biſchof von Trient bemächtigte ſich der Stadt Riva, die Grafen von Arco der Ortſchaften Torbole und Nago und des Caſtelles Penede, die Grafen von Lodron der andern venetianiſchen Orte am Gardaſee. Gleichzeitig rückte der rührige Erich von Braunſchweig an der Spitze kärntneriſcher, ſteiriſcher und öſterreichiſcher Truppen ins Friaul ein und eroberte Feltre, Belluno und andere Orte. Dieſe Erfolge ſowie des Kaiſers eifrige Rüſtungen bewogen die Bewohner des Lagerthales, ſich ihm zu ergeben. Am 1. Juni nahm Georg von Lichtenſtein in Maximilians Namen von Roveredo Beſitz, das am Tage vorher gegen Belaſſung ſeiner alten Freiheiten und Rechte ſich zu unterwerfen beſchloſſen hatte. Sowie der Kaiſer nach Tirol gekommen, beſuchte er dieſe neuen Erwerbungen in Südtirol und hielt ſich hier faſt den ganzen Juni auf, theils um ihre Angelegenheiten zu ordnen, theils mit Rüſtungen beſchäftigt.[8])

Als Venedig eine Hiobsbotſchaft nach der andern bekam, war es aufs eifrigſte bemüht, die feindliche Allianz zu ſprengen und ſchickte darum nach Neapel, Rom und an den Kaiſer Geſandte; namentlich hoffte ſie letztern zu gewinnen. Das Angebot, das ſie ihm machte, war allerdings lockend genug. Nach gewöhnlicher Annahme im Schloſſe Weiherburg oder wahrſcheinlicher in Südtirol empfangen, er-

klärte der venetianiſche Geſandte: die Republik verzichte auf alle feſtländiſchen Beſitzungen und zahle noch 5000 Duc. Tribut, wenn Max ihr gegen die Franzoſen beiſtehe. Doch des Kaiſers Erbitterung gegen Venedig war zu groß, ſeine Verhältniſſe ſchienen zu günſtig, als daß er auf den venetianiſchen Antrag hätte eingehen können. Viele deutſche Reichsſtände hatten ſchon am 29. Mai Venedig den Krieg erklärt, die Truppen, welche bereits nach Italien gezogen, glänzende Erfolge erzielt, Verona, Vicenza und Padua ſowie alle übrigen Städte bis ans Meer mit Ausnahme Treviſo's, waren ſogleich in ihre Hände gefallen; während des Monats Juni ſammelte Maximilian ein ſtattliches Heer von 12,000 Mann. Umgeben von vielen Fürſten, konnte er voll Hoffnungen den italieniſchen Feldzug unternehmen. Er wies daher Venedigs Anerbieten zurück und brach dann am letzten Juni durchs Valſugan nach Italien auf.[9])

Indeß hatte ſich in Italien eine Wendung der Dinge vorbereitet, die Franzoſen waren unter Zurücklaſſung eines kleinen Hilfscorps heimgekehrt, die Italiener der deutſchen und franzöſiſchen Herrſchaft müde geworden, die Venetianer hatten ſich von ihrem erſten Schrecken erholt und tüchtig gerüſtet. So konnten dieſe ſelbſt nach des Kaiſers Ankunft es wagen, zum Angriff vorzugehen und brachten, da er verſäumte, die ſchwachen deutſchen Beſatzungen ſogleich zu verſtärken, durch einen glücklichen Handſtreich am 17. Juli Padua wieder in ihre Gewalt. Dieſe Stadt befeſtigten und verſahen ſie nun auf das beſte. Als dann Maximilian um die Mitte des Auguſt davor erſchien, vermochte er nicht, ſie ihnen zu entreißen, obwol ſein Heer inzwiſchen durch weitere Zuzüge und die Hilfscorps ſeiner Bundesgenoſſen auf 50,000 Mann angewachſen, obwol die Belagerung ſechs Wochen dauerte; er mußte am 3. Oct. unverrichteter Dinge abziehen. Kaum war er nach Tirol zurückgekehrt, eroberten die Venetianer Vicenza, Baſſano, Feltre u. a. Orte; nur ihr Angriff auf Verona ſcheiterte, deſſen Statthalter der neue Biſchof von Trient Georg IV. von Neideck (1514), deſſen Commandant Nicolaus von Firmian war. Die Feindſeligkeiten gegen Tirol hatten ſie ſchon im Auguſt begonnen, damals bedrohten 300, bald hernach 3000 Mann Buchenſtein; der neue Biſchof von Brixen Chriſtof von Schrofenſtein (1509—1521) mußte im Auguſt und September wiederholte Aufgebote erlaſſen.[10])

Was die Venetianer ſeit den Tagen ihrer Bedrängniß angeſtrebt, die Sprengung der feindlichen Allianz, gelang ihnen endlich.

Im Februar 1510 machte Pabſt Julius II. mit ihnen Frieden und kehrte ſeine Waffen, nun im Bunde mit der Inſelſtadt, gegen Frankreich und ſeine Bundesgenoſſen in Italien. Den Kaiſer, die deutſchen Fürſten hoffte man durch diplomatiſche Künſte zu gewinnen. Allein man verrechnete ſich. Der Reichstag von Augsburg (Februar 1510) bewilligte Maximilian eine anſehnliche Hilfe, obwol im Jahre vorher der Reichstag zu Worms erklärt, die Ligue von Cambray gehe ihn nichts an. Maximilian ſchloß ſich noch enger an Frankreich. Noch vor ſeiner Reiſe nach Augsburg verhandelte er hierüber zu Innsbruck mit Ludwigs Geſandten, im Spätherbſt ſchickte er dann ſeinen Kanzler Mathäus Lang, Biſchof von Gurk, an den franzöſiſchen Hof nach Tours und verſprach gegen Vorſtreckung von 100,000 Duc. im nächſten Frühjahr 13,000 Mann ins Feld zu ſtellen. Ja er folgte ſelbſt Ludwigs extremen Schritten gegen den Pabſt, nachdem er noch einen vergeblichen Verſuch gemacht, ſich mit dieſem und den von ihm beſchützten Venetianern zu einigen. Beide Fürſten beſchloſſen, ein Concil nach Piſa zu berufen und Julius, der ſich durch ſein kriegeriſches Auftreten des Pabſtthums unwürdig gezeigt, abſetzen zu laſſen; Maximilian wollte ſogar ſelbſt Pabſt werden. Doch die Thaten entſprachen dieſen großen Plänen nicht; der Kaiſer konnte ein und ein halb Jahr lang nichts Bedeutendes weder gegen die Venetianer noch gegen den Pabſt unternehmen, der Kampf in Italien blieb faſt ganz den Franzoſen überlaſſen. Nicht einmal ſeine Erblande gehörig zu ſchirmen war Max in der Lage.

Tirol mußte nicht bloß für die Vertheidigung der eigenen Grenzen meiſt ſelbſt ſorgen, ſondern auch die wenigen Beſitzungen in Italien, namentlich Verona, dem Kaiſer erhalten helfen. Die beiden Biſchöfe wie die Stände ermüdeten in ihrem Eifer für die kaiſerliche Sache nicht. Noch im December 1509 bewilligte ein zu Bozen gehaltener Landtag 4590 Mann auf neun Monate. Im folgenden Jahre fanden nicht weniger als vier Landtage wegen der Landesvertheidigung ſtatt: zu Sterzing, Bozen, Lienz und Toblach und die Regierung forderte nicht allein Stellung von Knechten, ſondern auch Lieferung des Proviantes; man gewährte Alles. Dieſe bereitwillige Hilfe war aber auch ſehr nöthig; denn die Gefahr wurde im Verlaufe des Jahres immer größer. Im Frühjahr machte das deutſch-franzöſiſche Heer von Verona aus noch einige Eroberungen, wie Vicenza, Feltre und andere Orte, aber dann mußte es ſich nach

Verona zurückziehen und die Venetianer griffen diese Stadt zweimal mit überlegener Macht an, im Sommer und Winter, eroberten alle im Frühjahr verlorenen Plätze zurück und bedrohten die tirolischen Pässe. Im November gefährdeten sie die Feste Kosl aufs äußerste, im December erschienen sie mit 10,000 Mann Fußvolk und 500 Pferden sammt Geschütz an der Laiter und diesmal bemächtigten sie sich wahrscheinlich des Kosls. Selbst während der Waffenruhe, die zum Zwecke von Friedensverhandlungen in den ersten Monaten des Jahres 1511 eintrat, belästigten sie Tirol und machten ein neues Aufgebot nöthig.[11])

Nachdem die Friedensunterhandlungen gescheitert waren, rüstete Maximilian sich ernstlich zu einem italienischen Feldzuge. Von den Reichsständen, welche die früher versprochene Hilfe sehr säumig geleistet, ganz im Stiche gelassen, wandte er sich an den schwäbischen Bund, die Schweiz und seine Erblande. Der schwäbische Bund gelobte, der Grafschaft Tirol, die ein Mitglied war, mit 300 Reitern und 3000 Fußknechten beizuspringen, wenn sie angegriffen würde; die Schweiz erneuerte die alte Erbeinigung und gestattete Werbungen; die Erblande zeigten sich hilfbereit, unter ihnen besonders wieder Tirol. Hieher kam der Kaiser in der ersten Hälfte des Juni. Vor allem wollte er die Landesvertheidigung ordnen, denn die bisherige, planlose Art, die Feinde abzuwehren, hatte sich längst und namentlich in letzter Zeit, wo ein paar wichtige Grenzfesten in die Hände der Feinde fielen, als ungenügend erwiesen; sie hatte viele Klagen über ungleiche Vertheilung der Lasten hervorgerufen, da bei der Saumseligkeit eines Theiles der Landschaft der andere um so mehr zu tragen hatte; diesen Uebelständen sollte alsbald abgeholfen werden. Darum berief Max noch im Juni einen Landtag nach Innsbruck und auf diesem kam das sogenannte Landlibell zu Stande, dessen Bestimmungen im wesentlichen die Grundzüge des tirolischen Landesvertheidigungswesens bildeten, bis in unser Jahrhundert herab. Ein weiterer Landtag, der bald darauf zu Brixen statt fand, bewilligte 5000 Mann auf vier Monate.[12])

Bevor Maximilian den Kampf begann, forderte er als Kaiser das Volk von Venedig auf, sich gegen seine Herrn und Bedränger, die Edelleute, welche die Herrschaft usurpirt hätten, zu erheben und ihm anzuschließen. Dann suchte er vom Valsugan aus die Operationen der deutsch-französischen Armee in Italien zu unterstützen.

Dieſe rückte nämlich, nachdem ſie einen neuen Angriff der Venetianer auf Verona glücklich abgewehrt und Verſtärkung erhalten, gegen Vicenza und Padua vor. Ins Valſugan beorderte Max auch den Landeshauptmann mit den tiroliſchen Contingenten. Derſelbe beſetzte gemäß der erhaltenen Weiſung Cividale und die Dörfer im Gebirge, erhob Brandſchatzungen und griff dann (im September) die Feſte Kofl an. Nachdem er Verſtärkung an ſich gezogen, capitulirte die venetianiſche Beſatzung. Gleichzeitig bereitete Max einen Angriff auf die Feſte Peutelſtein vor; dahin ließ er im October auch Leonhard von Völs kommen. Dieſer zwang mit Hilfe des ſchweren Geſchützes ſchon am 18. October die Feſte zur Uebergabe. Nun liefen aber die von der Landſchaft bewilligten Knechte, deren Dienſtzeit vorüber war, in großer Anzahl davon, nur die Reiſigen blieben zur Sicherung der Grenze und wegen des Baues einer Klauſe unter St. Martin bis December im Felde. So waren zwei wichtige Punkte wieder in den Händen der Kaiſerlichen, dagegen hatte Maximilian auf den Feldzug nach Italien ganz verzichten müſſen. Wegen Geldmangel brachte er kein genügendes Heer zuſammen, ja er konnte es nicht einmal wagen, zu ſeinen Truppen in Italien ſich zu begeben, aus Furcht durch Soldforderungen beläſtigt zu werden.[15])

Ende des Jahres 1511 vollzog ſich wieder ein gewaltiger Umſchwung in der Politik; Pabſt Julius II. ſchloß mit Venedig, Ferdinand von Aragonien und England die ſogenannte heilige Ligue und gewann die Schweizer für ſeine Pläne. Schutz des römiſchen Stuhles gegen Frankreichs Anmaßungen, gänzliche Vertreibung der Franzoſen aus Italien war der Zweck der neuen Verbindung Das zu deſſen Erreichung aufgeſtellte Heer unterlag zwar der Tapferkeit und dem Feldherrntalente des Gaſton de Foix in der Schlacht v. Ravenna (11. April 1512), aber nach deſſen Tode löste ſich ſein Heer auf und die Ligiſten errangen das Uebergewicht. Der Abſchluß der Liga, die Haltung der Schweizer und die erſten Erfolge der ligiſtiſchen Armee brachten auch Maximilian auf andere Gedanken. Er ließ das Concilium von Piſa fallen und gewährte am 9. April auf Julius Vermittlung den Venetianern einen Waffenſtillſtand auf zehn Monate. Dieſer Waffenſtillſtand mag die Tiroler um ſo freudiger überraſcht haben, je kriegeriſcher am Beginn des Jahres 1512 die Ausſichten waren. Doch blieb darum das Land von Drangſalen nicht verſchont. Einmal mußte es ſich den Durchzug der Schweizer und Bündner,

die ſich in Chur geſammelt hatten, gefallen laſſen, es waren bei 20,000 Mann; dann litten einzelne Gegenden ſtark durch Seuchen und Ueberſchwemmungen.[14])

In der zweiten Hälfte des Jahres 1512 und erſten des folgenden traten in den politiſchen Verhältniſſen Italiens wieder große Veränderungen ein, die auf Tirol ihre Rückwirkung übten. Bald nach der Schlacht bei Ravenna vertrieben das ligiſtiſche Heer und die Schweizer die Franzoſen aus Italien und ſetzten Maximilian Sforza zum Herzog von Mailand ein. Der Kaiſer erkannte ihn an, ebenſo das allgemeine Concil, welches Julius nach Rom einberufen hatte, und nahm die Friedensunterhandlungen mit Venedig unter des Pabſtes Vermittelung wieder auf. Als ſie aber neuerdings ſich zerſchlugen, ſchloſſen die Venetianer ſich den Franzoſen, der Kaiſer der Liga an. Im Frühjahr 1513 rückte Ludwigs XII. Heer ſiegreich im Mailändiſchen, die Venetianer gegen die Etſch vor. Das ſchreckte die Tiroler aus ihrer Ruhe; neue Rüſtungen hoben an. Es ward im März ein Landtag nach Brixen berufen. Die kaiſerlichen Commiſſäre Mathias Chuen von Belaſy, Kaſpar von Laubenberg, oberſter Feldhauptmann in Tirol, Georg von Freundsberg und Dr. Ulrich von Schallenberg rühmten die Landſchaft Tirols als die erſte und trefflichſte unter den öſterreichiſchen und verlangten 5000 Mann auf vier oder wenigſtens drei Monate, welche auf 80,000 oder 60,000 fl. veranſchlagt wurden; die Landſchaft verdoppelte aber nur die ſchon früher bewilligten 20,000 fl. Im April befürchtete man bereits Angriffe auf das Land, im Mai erließ der Landeshauptmann wiederholte Aufgebote im ganzen Land und ermahnte unverweilt auszurücken; es verbreitete ſich das ſchreckliche Gerücht, die Kaiſerlichen hätten Verona, Etſchlands Bollwerk, verlaſſen. Das war nun nicht der Fall, wol aber war es den Venetianern gelungen, ſiegreich bis an die Adda vorzudringen. Doch die unglückliche Schlacht v. Novara (6. Juni) vereitelte Ludwigs Verſuch, Mailand wieder zu erobern, ſein Heer zog heim und die Venetianer mußten an die Etſch zurück. Da wollten ſie durch Eroberung von Bergamo, Brescia und Verona ſich entſchädigen; aber zum Glück kam Brescia Anton von Lodron noch rechtzeitig mit 2000 Deutſchen zu Hilfe und eroberte auch das verlorene Bergamo wieder, das bedrohte Verona retteten 2000 tiroliſche Knechte und 1500 Spanier. Die Venetianer wurden mit großem Verluſte zurückgeſchlagen und zum Abzug gegen Vicenza ge-

zwungen. Darauf vereinigte sich das Heer Ferdinands von Aragonien mit den durch neue Zuzüge verstärkten Kaiserlichen in Verona und streifte bis Mestre. Da verlegten ihnen die Venetianer den Rückweg nach Tirol und nach Verona. Aber die Deutschen und Spanier schlugen sie am 7. October nahe bei Vicenza, tödteten mehrere Tausende und machten große Beute; dann wandten sie sich nach Verona. Trotz des Rückzuges der Venetianer mußten die Tiroler auch noch in der zweiten Hälfte des Jahres lange unter Waffen bleiben; es wurden darum noch drei weitere Landtage gehalten, der erste Ende Juli zu Innsbruck, der zweite um Lorenzi zu Bozen, auf dem auch beide Bischöfe erschienen, und der dritte im September zu Sillian. Geld, Mannschaft und Lieferung von Lebensmitteln bildeten immer die Gegenstände der Verhandlungen. Erst die glückliche Schlacht bei Vicenza brachte Tirol die Ruhe wieder.[15])

Indeß war Pabst Julius gestorben und sein Nachfolger Leo X. hatte sich mit Frankreich ausgesöhnt; auch England that es. Nur der Kaiser konnte sich mit den Venetianern nicht einigen, obwol neue Friedensunterhandlungen unter Vermittlung des Pabstes im Winter 1513/14 statt fanden. Bei den geringen Friedensaussichten berief er noch im December 1513 einen Landtag und forderte eine Steuer von 80,000 oder wenigstens 60,000 fl. Die Stände beschwerten sich über den langwierigen Krieg, die Unerschwinglichkeit solcher Ausgaben und bewilligten nur 20,000 fl., mit der Bitte, der Kaiser möge sich an die andern Erblande und an das Reich mit größerem Ernste wenden. Mit dieser Bewilligung wahrscheinlich nicht zufrieden, berief Max um hl. Dreikönigen 1514 wieder einen Landtag nach Innsbruck; er verlangte durch seine Commissäre 3000 Fußknechte auf drei Monate oder 50,000 fl., es wurden aber nur 24,000 gewährt. Da der Kaiser auch von anderer Seite keine ansehnliche Hilfe bekam, konnte er seine Truppen in Italien nicht verstärken und so giengen die Eroberungen, welche sie anfangs im Friaul machten, bald wieder verloren, und dazu noch Brescia. Verona ward abermals bedroht; die Feinde erschienen wieder an den Grenzen Tirols; neue Aufgebote ergiengen; Max selbst kam ins Land und hielt im December einen Landtag. Da er fest entschlossen war, den Krieg gegen Venedig mit größerem Ernste zu führen, zeigten sich die Stände etwas bereitwilliger als auf den letzten Landtagen; sie bewilligten 3000 Mann auf drei Monate (36,000 fl.) und überdies 12,000 fl.

zur Ausbeſſerung und Einhaltung der Grenzſchlöſſer. Doch unternahm Maximilian in nächſter Zeit nichts gegen die Venetianer und da auch dieſe in den erſten Monaten des Jahres 1515 ſich ruhig verhielten, wandte er andern hochwichtigen Angelegenheiten ſeine ganze Aufmerkſamkeit für einige Zeit zu.[15])

Das Jahr 1515 brachte abermals einen Umſchwung der politiſchen Lage Italiens, der für Tirol verhängnißvoll werden konnte. Der neue König von Frankreich, Franz I., rüſtete ſich ſogleich nach ſeinem Regierungsantritte zur Rückeroberung Mailand's. Zu dieſem Zwecke erneuerte er ſeines Vorgängers Bündniß mit Venedig (am 27. Juni) und ſchickte im Auguſt ein Heer über die Alpen; die venetianiſche Armee zog ihm entgegen, an Verona vorüber. Der Hilferuf des Vicekönigs von Neapel, der mit ſeinen Truppen bei dieſer Stadt lagerte, jagte Tirol wieder in Schrecken; der Landeshauptmann forderte allſogleich die Hauptleute, Pfleger und Richter auf, ihre Contingente möglichſt ſchnell nach Verona zu ſchicken; der Kaiſer unterſtützte ihn hiebei durch nachdrucksvolle Befehle und kam ſelbſt anfangs September ins Land. Doch die Venetianer ließen diesmal Verona ungeſchoren und eilten, ſich mit den Franzoſen zu vereinigen. Vereinigt ſchlugen ſie die Schweizer am 14. September bei Marignano. Dann eroberten die Franzoſen das Herzogthum, die Venetianer nahmen Bergamo und bedrängten das noch 1514 von den Spaniern zurückeroberte Brescia. Dadurch ſteigerte ſich neuerdings die Gefahr für die kaiſerlichen Beſitzungen in Italien und für Tirol, das jene bisher vorzüglich beſchützt hatte. Dies bewog Max zu umfaſſenden Rüſtungen. Er berief auf Micheli (29. Sept.) einen Landtag ein und erhielt eine ergiebige Unterſtützung; dann forderte er wiederholt von dem ſchwäbiſchen Bunde, er ſoll zur Vertheidigung Tirols gegen die Franzoſen und Venetianer eine viermonatliche Hilfe gewähren. Als derſelbe nur 20,000 fl. votirte, begab er ſich ſelbſt in die Vorlande, um die Sache zu betreiben und dort zu rüſten. Der Bund ließ ſich aber trotz allen Drängens ſchließlich nur zur Bezahlung von 30,000 fl. herbei und knüpfte daran noch die Bedingung, daß man ihn von der Reichsſteuer befreie. Verhältnißmäßig bereitwilliger zeigten ſich die übrigen Reichsſtände. Da Max zudem von den Königen von England und Spanien Subſidien erhielt und ſeine Kammergüter nicht ſchonte, ſo brachte er diesmal ein ſehr ſtattliches Heer, über 30,000 Mann zuſammen, davon ge-

hörte die Mehrzahl den tapferſten Truppen jener Zeit an, den Landsknechten und Schweizern.[17])

Als Max mit ſeinem Heere um die Mitte März in Italien erſchien, wichen die Franzoſen über den Mincio und Oglio zurück; anſtatt aber ihnen raſch zu folgen, hielt ſich der Kaiſer mit der Belagerung von Aſola auf und ließ den Feinden Zeit, ſich zu ſammeln und durch 10,000 Schweizer zu verſtärken. Erſt Ende März zog er vor Mailand, um die Stadt zu belagern. Da weigerten ſich ſeine Schweizer, gegen ihre Landsleute im franzöſiſchen Heere zu kämpfen und einzelne Schaaren verließen das Lager; die Landsknechte murrten über ſchlechte Bezahlung; es fehlte an Geld; überdies machte ein täuſchendes Schreiben, das der franzöſiſche Feldherr dem Kaiſer in die Hände geſpielt, dieſen um ſeine Freiheit beſorgt, er befürchtete ein ähnliches Loos, wie Ludovico Moro im Jahre 1500 erfahren. Das Alles bewog Max nach wenigen Tagen plötzlich das Lager zu verlaſſen und über unwegſame, ſtark beſchneite Gebirge, von wenigen Getreuen begleitet, nach Tirol zurück zu eilen. Nach ſeiner Flucht zerſtreute ſich das verwaiste Heer, nur ein Theil zog ſich nach Tirol zurück. Die Feinde ergriffen aber wieder die Offenſive und ſetzten bald Tirol abermals in Schrecken. Sie eroberten zuerſt (am 24. Mai) das von 700 Deutſchen herzhaft vertheidigte Brescia und kehrten dann ihre Waffen gegen Verona. Um der Stadt jede Hilfe abzuſcheiden, machten ſie Anſtalten, die Etſchklauſe zu nehmen und bedrohten des Landes Grenzen. Da beſetzten die Tiroler eiligſt die Klauſe mit 6000 Knechten und rüſteten aus allen Kräften. Nun zog ſich der Feind zurück und gab, durch das Gerücht, daß 15,000 Schweizer zum Entſatze Verona's heranziehen, erſchreckt, die Belagerung auf. Aber kaum begann man in Tirol abzurüſten, da erſchien er (im Auguſt) abermals vor Verona's Mauern und beſtürmte ſie aufs heftigſte. Tirol mußte neue Anſtrengungen zur Rettung des wichtigen Punktes machen, es wurden 10,000 Mann aufgeboten. Bis Mitte October belagerten die Feinde die Stadt, obwol die tapfere Beſatzung unter Georg v. Freundsberg, Marc. Anton Colonna und Sittich von Ems jeden Sturm ritterlich abſchlug; erſt als neue Gerüchte ſie ſchreckten, als ein Hilfscorps und eine Menge von Lebensmitteln und Munition glücklich in die Stadt gelangt, als 5000 deutſche Knechte die von ihnen beſetzte Klauſe zurückerobert, zogen ſie endlich mit einem Verluſte von 4000 Mann ab und endeten damit für dies Jahr die Feindſeligkeiten.[18])

Unterdessen hatte man schon lange über einen Frieden unterhandelt; die Könige von Spanien und Frankreich schlossen endlich den Tractat von Noyon (13. August 1516), worin die Hauptbedingungen des Friedens bereits enthalten waren. Maximilian stand der Beitritt offen, wenn er für 200,000 Ducaten auf Verona verzichtete; aber er traute der Aufrichtigkeit Frankreichs und Venedigs nicht, hätte Verona gern Tirol einverleibt und wollte darum mit Hilfe des Königs Heinrich VIII. von England und seines Enkels, Karls von Spanien, den Krieg fortsetzen. Er berief deshalb auf den December 1516 einen Landtag nach Innsbruck und verlangte eine Steuer von 70,000 fl. Die Landschaft rieth ihm jedoch ernstlich vom Kriege ab, indem sie nachdrücklichst auf die Erschöpfung aller Erblande, namentlich Tirols, auf die Unzuverlässigkeit der Bundesgenossen und die zu befürchtende neue Gefährdung und Verwüstung des Landes hinwies. Indeß hatte sich Maximilian eines andern besonnen und trat am 4. December nach längern Verhandlungen zu Brüssel dem Vertrage von Noyon bei. Mit Venedig schloß er aber nicht einen förmlichen Frieden, sondern nur einen Waffenstillstand von 18 Monaten, und auch die Verhandlungen, die während desselben statt fanden, führten am 31. Juli 1518 nur zu einer Verlängerung der Waffenruhe auf weitere 5 Jahre. Doch ward der Krieg nie mehr, weder unter Maximilian selbst noch unter seinen Nachfolgern, fortgesetzt und so erlangten die Bedingungen beider Waffenstillstände dauernde Geltung. Maximilian behielt alle Eroberungen auf venetianischem Gebiete mit Ausnahme Veronas, das bereits am 23. Januar 1517 unter Venedigs Herrschaft zurückkehrte; es waren mehrere Plätze in Friaul, Ampezzo, Riva, Roveredo und die vier Vicariate: Ala, Avio, Mori und Brentonico; sie wurden für immer Tirol einverleibt und damit bekam das Land auch im Süden seine heutige Grenze.[19])

Bevor Maximilian diese Erwerbungen machte, bahnte er eine andere viel bedeutendere Vergrößerung der Macht seines Hauses an. Im Sommer 1515 schloß er nämlich zu Wien auf einer Zusammenkunft mit den Königen von Polen und Ungarn zwei sehr folgenreiche Heiratsverträge; Ludwig, Sohn des Königs Wladislav von Ungarn und Böhmen, sollte mit seiner Enkelin Maria, er selbst oder einer seiner beiden Enkel, Karl und Ferdinand, mit Anna, Ludwigs Schwester, vermählt werden; beide Heiraten kamen, wie die

Folge zeigen wird, zu Stande und verschafften dem Hause Habsburg neue Rechtstitel auf die Königreiche Böhmen und Ungarn. Damit noch nicht zufrieden, wollte Max seinem Hause auch die Kaiserwürde noch vor seinem Tode sichern. Er gab sich darum auf dem Reichstag zu Augsburg im Jahre 1518 viele Mühe, die Kurfürsten zur Wahl seines Enkels zu vermögen; aber es gelang ihm leider nicht. Mißgestimmt über das Scheitern dieses und anderer Pläne, reiste der Kaiser von Augsburg nach Tirol. Er betrat es zum letzten Male; trotzdem sollte er zu Innsbruck eine neue Kränkung erfahren. Er hatte nämlich im vorigen Jahre während eines längern Aufenthaltes bei den Wirten der Landeshauptstadt 24,000 fl. Schulden gemacht, die Regierung aber bei seiner Abreise sie bezahlen heißen. Allein diese hatte es noch nicht gethan und so wollten die Innsbrucker Wirte das große kaiserliche Gesinde nicht beherbergen, bevor die Schulden getilgt wären. Eine solche Schmach mußte den alten und schon kränkelnden Mann schwer treffen. Seine Ende nahen fühlend, verließ er das Land und starb wenige Wochen darauf, am 12. Januar 1519, zu Wels in Oberösterreich.[20])

Nicht so wichtig, wie für die äußere Gestaltung des Landes, aber immerhin von großer Bedeutung ist Maximilians Regierung für die Entwicklung des Verhältnisses der Grafschaft Tirol zu den beiden Bisthümern. Die Abhängigkeit dieser von jener vergrößerte sich abermals, die Macht der Landesfürsten gegenüber den Bischöfen erhielt neuerdings einen erheblichen Zuwachs. Da Maximilian nicht bloß Graf von Tirol, sondern auch Herr aller übrigen österreichischen Erblande, ja Reichsoberhaupt und Kaiser war, so waren die Bischöfe als Reichsfürsten ihm nicht bloß bei, sondern auch untergeordnet. Die gemeinsame Gefahr im Engadiner und venetianischen Kriege nöthigte sie, ihm sich enge anzuschließen, die Erwerbungen, die er machte, stärkten Tirols Stellung gegen die Bisthümer sehr; denn nun umschloß die Grafschaft das Brixner Bisthum ganz, und umgrenzte das Trientner wenigstens zum großen Theil. Ueberdieß sorgte Maximilian eifrigst dafür, daß nur ihm ergebene Männer die Bischofssitze erhielten. So erklärt es sich leicht, daß in dieser Zeit die Streitigkeiten zwischen dem Landesfürsten und den Bischöfen, die früher alle Blätter der tirolischen Geschichte färbten völlig verstummen, daß beide Theile in größter Eintracht walten Die Bischöfe erscheinen als die ersten und vorzüglichsten Diener des

Kaisers, sie eilen als seine Gesandten nach Italien, sie besuchen mit ihm die deutschen Reichstage, sie finden sich auch auf den tirolischen Landtagen ein, sie betheiligen sich eifrigst an seinen Kriegen, namentlich an dem venetianischen. Für das Bisthum Trient war dies um so folgenreicher, als bisher seine Bischöfe nur mit großem Widerstreben auf ihre alte Selbständigkeit verzichtet und bei jeder Gelegenheit sie wieder zu erlangen gestrebt hatten.

Und dabei waren die tirolischen Bischöfe, welche mit Maximilian gleichzeitig regierten, nichts weniger als schwache Fürsten; im Gegentheile, sie zählen entschieden zu den kräftigsten. So war Ulrich IV. v. Lichtenstein, ein Tiroler von Geburt, ein tüchtiger Regent des Bisthums Trient und gut deutsch und kaiserlich gesinnt. Letzteres bezeugt namentlich sein Streben: von Rom zu erlangen, daß Trient als zum deutschen Reiche gehörig behandelt werde und daß alle Domherrn, auch die Italiener, Reichs- oder österreichische Unterthanen seien. Ulrichs unmittelbare Nachfolger, Georg IV. und Bernhard II. bewährten sich als noch tüchtiger. Der erstere war ein Edler von Neideck aus Oesterreich, Sohn des Martin von Neideck, der 1483 als Schloßhauptmann von Pergine erscheint, und bekleidete die Würde eines Kanzlers der österreichischen Erblande. Am 24. September 1505 Bischof geworden, unterstützte er Maximilian kräftig im venetianischen Kriege, gab seine Zustimmung zum Landlibell auf dem Innsbrucker Landtag im Jahre 1511 und übernahm um diese Zeit die Verwaltung Verona's, die er bis an sein gewaltsames Lebensende mit großer Klugheit und Umsicht führte. Bernhard II. stammte von Cles auf dem Nonsberg und stand bei seiner Erwählung am 12. Juni 1514 ebenfalls bereits in kaiserlichen Diensten, nämlich als Regierungsrath zu Innsbruck. Die Erhebung zur Bischofswürde minderte seine Anhänglichkeit an Oesterreich nicht, vielmehr sollte er sich um dies Haus größere Verdienste erwerben, als je bisher ein Bischof gethan. Auch er unterstützte den Kaiser im venetianischen Kriege und übernahm (1516) gleich seinem Vorgänger die Statthalterschaft von Verona, die er bis zur Uebergabe der Stadt an die Franzosen und Venetianer besorgte. Er besuchte persönlich mehrere Landtage und begleitete den Kaiser auch im Jahre 1518 auf den Reichstag nach Augsburg. Dieser wollte ihn nicht mehr von seiner Seite lassen und ernannte ihn noch kurz vor seinem Tode zu seinem geheimen Rathe.

Wenn auch an Bedeutung und Einfluß, an Eifer für die Sache des Landesfürsten standen die Bischöfe von Brixen ihren südlichen Nachbarn nicht nach. Melchior von Meckau wurde wahrscheinlich schon bei Maxens Regierungsantritt Mitglied der Innsbrucker Regierung und leitete vorzüglich die Finanzgeschäfte; er streckte auch dem immer geldbedürftigen Kaiser öfters ansehnliche Summen vor und zeigte sich unermüdlich in der Eintreibung der Landes- und Reichssteuern. Seiner Verdienste um die Landesvertheidigung im Engadiner-Krieg wurde schon gedacht; auch am bairischen Erbfolgekrieg betheiligte er sich. Der Kaiser erwirkte ihm zum Danke für seine treue Anhänglichkeit schon 1503 die Cardinalswürde. Melchiors Nachfolger Christof von Schrofenstein, ein Oberinnthaler, stund schon vor seiner Erwählung (im März 1509) als Regierungsrath zu Innsbruck in kaiserlichen Diensten. Der venetianische Krieg gab auch ihm vielfach Gelegenheit, seinen Eifer für die Sache des Landesfürsten zu bethätigen und des Kaisers Geldnoth veranlaßte ihn, wie seinen Vorfahren, zu öftern Darlehen. Wie gut das Verhältniß zwischen dem Kaiser und den Bischöfen von Brixen gewesen sein muß, erhellt besonders daraus, daß ersterer mehrmals in ihrer Residenzstadt Landtage hielt. So waren es diesmal also weder Schwäche und Bedrängnisse auf der einen Seite, noch Uebergriffe und Gewaltthaten auf der andern, sondern die Macht der Verhältnisse die zur Unterordnung der Bischöfe unter den Landesfürsten und zum engern Anschluß ihrer Bisthümer an die Grafschaft Tirol führte.[21])

§ 4. Innere Verhältnisse.

Inhalt: Maximilians Thätigkeit für innere Organisation. Allgemeine landesfürstliche Behörden. Das Regiment und die Reitkammer zu Innsbruck. Mittelalterliches Rechtswesen und die Bedürfnisse der Neuzeit. Tirols Rechtszustand. Maximilians erste Verordnungen. Die Maximilianische Halsgerichtsordnung. Deren Competenzbezirk. Rechtsverfahren und Strafe. Entwürfe zu einer Landesordnung. Rechtsunsicherheit. Klagen der Stände. Maximilians Verbesserungen im Kriegswesen. Das eilfjährige Landlibell. Financielle Bedrängnisse. Die Entwicklung Tirols und Oesterreichs. Einberufung des Generallandtags. Dessen Berathungsgegenstände. Sitz und Dauer des Generallandtags. Beschlüsse über den Feldzug gegen die Türken, den venetianischen Krieg und die gegenseitige Hilfe. Bewilligung einer außerordentlichen Geldhilfe. Errichtung des Hofrathes und Ordnung der Regimente. Beschwerden und Klagen der Stände. Schluß des Generallandtags. Maximilians Stellung zu den tirolischen Ständen. Seine Verdienste um Kunst und Wissenschaft. Charakteristik seiner Person und Regierung.

Bedeutende Herrscher entwickeln nicht bloß nach außen eine rastlose Thätigkeit, sondern auch nach innen. Dies war bei Maxi-

milian im hohen Grade der Fall. So sehr er auf Vermehrung seiner Hausmacht und auf Herstellung des kaiserlichen Ansehens bedacht war, so rastlos sorgte er auch für die innere Organisation seiner Länder. Das Reich verdankt ihm nicht allein das Reichskammergericht, den ewigen Landfrieden und eine allgemeine Reichssteuer, sondern auch die bekannte Eintheilung in 10 Kreise (1512), welche die Ausführung der Beschlüsse des Reichskammergerichts und des Reichstages wesentlich erleichterte und zwischen einzelnen Reichstheilen eine festere Verbindung schuf. Was die österreichischen Erblande betrifft, so wurde er geradezu der Begründer des heutigen Oesterreichs, eines wirklichen staatlichen Organismus. Vor ihm hatten die österreichischen Erblande nichts miteinander gemein, zeitweise nicht einmal die Person des Regenten und seine Kanzlei; Max that die ersten dauernden Schritte, um sie zu einem Ganzen zu vereinen und suchte aus dem Conglomerat von Ländern einen wahren Staat zu machen. Sein Weg war, wie das in der Natur der Sache lag und liegt, kein anderer als der der Centralisation; er schuf gemeinsame Verwaltungs-, Justiz- und Finanzorgane für alle oder wenigstens für einzelne Gruppen; am Ende seiner Laufbahn auch eine gemeinsame Vertretung, den Generallandtag. Legte er dadurch sein glänzendes Organisationstalent an den Tag, so bewährte er sich anderseits durch zahlreiche Verordnungen auch als vortrefflichen Gesetzgeber, der Willkür und Barbarei aus einem Gebiete verbannte, wo sie bisher nicht selten ihr Scepter geschwungen. Auch im Heerwesen rief er eine völlige Umgestaltung hervor und namentlich that er für die Vertheidigung und Befestigung der einzelnen Erblande viel. Zugleich weckte er in ihnen als warmer Freund der Künste und Wissenschaften ein regeres Geistesleben und erleichterte durch die Einführung der Posten deren materiellen wie geistigen Verkehr.

Da es bisher mit der Verwaltung der einzelnen Länder nicht am besten stand, so gab Maximilian zuerst jedem Lande seine eigenen Behörden, doch schon im Jahre 1496 ordnete er alle landesfürstlichen Gefällsämter einer gemeinsamen Schatzkammer unter, die zu Innsbruck ihren Sitz hatte. Diesem gemeinsamen Finanzorgane folgte bereits im nächsten Jahre ein justicielles, ein ständiges Hofrathscollegium, die oberste Instanz in Rechtshändeln. Damit entsagte er der bisherigen Gepflogenheit, nach Belieben diesen oder jenen Rath einzuvernehmen und verpflichtete sich, jederzeit das von vorne herein

gebildete Collegium zu hören. Der Hofmeister, Hofmarschall, Hofkanzler und der Präsident waren darin die wichtigsten Persönlichkeiten. Im Jahre 1498 errichtete Maximilian eine Hofkammer die wie der Hofrath dem Hoflager folgte, und gestaltete die in Innsbruck verbliebene Schatzkammer in eine Controlbehörde (Raitkammer) um. Dadurch unterwarf er sich bezüglich der Finanzgebahrung ähnlichen Beschränkungen wie im Justizwesen. Doch der Hofrath gieng, wie es scheint, nach kurzem Bestande ein und taucht später nur mehr hie und da auf, die eine Hofkammer spaltete sich schon im Jahre 1501, indem eine besondere Hofkammer zu Linz errichtet ward und für die oberösterreichischen Lande die zu Innsbruck befindliche Raitkammer zugleich die Functionen der Hofkammer übernahm. So blieb also nur mehr die gemeinsame Controlsbehörde bestehen. Dafür aber vereinigte der Kaiser alle Erblande zu drei Gruppen, von denen jede ihre eigene Regierung hatte. Die erste bildeten die fünf Herzogthümer Nieder-, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain mit dem Regierungssitze Wien; die zweite die sogenannten oberösterreichischen Lande, nämlich Tirol, Vorarlberg und die Gebiete des östlichen Schwabens mit dem Regierungssitze Innsbruck; die dritte die übrigen Vorlande mit dem Regierungssitze Ensisheim. Jedes Regiment war zusammengesetzt aus einem Hofmeister, Marschall, Kanzler und 9 Regenten oder Räthen und war nicht bloß oberste Verwaltungs-, sondern auch Justizbehörde für die genannten Gebiete, nur dem Hofrath untergeordnet.[1])

Als Maximilian die Regierung Tirols antrat, gab es am Hofe zu Innsbruck noch keine Behörden, sondern nur einen die politischen und Justizgeschäfte referirenden Kanzler mit mehreren Secretären und einzelne Räthe, die bei der Feststellung wichtiger Entschließungen nach Belieben und Bedarf zu Rathe gezogen wurden. Die Regierung, welche der neue Landesfürst sogleich einsetzte, war noch nicht ständig, sondern wechselnd und mit beschränkten Vollmachten ausgestattet. Als aber die Stände darüber auf dem Landtage zu Sterzing im October 1499 Klage erhoben, entschloß er sich zur Errichtung eines definitiven stäten Regimentes und setzte sie im August 1501 ins Werk. Damals ernannte er Mich. Frhn. v. Wolkenstein zum Hofmeister, Paul v. Lichtenstein zum Hofmarschall und Oswald v. Harpfey zum Kanzler und diesen gab er als Statthalter und Regenten bei: Dögen Fuchs v. Fuchsberg, Salzmair zu Hall, Walther von Stadion, Pfleger zu Bellenberg,

Caſpar von Laubenberg, Oberſtfeldzeugmeiſter, Marquart Breiſacher, Vogt zu Bregenz und Georg Goſſenbrot, Pfleger zu Ehrenberg. In beſonders wichtigen Fällen ſollten ſie noch: Johann Greudner, Dompropſt zu Brixen, Chriſtof von Schrofenſtein, Dommherrn zu Augsburg, Brixen und Trient, Johann Dieperskircher, Dr. Joh. Getzner, Sigmund Zwickauer und wenn nöthig, einige aus der Landſchaft beiziehen, ebenſo die von der Raitkammer. Die genannten acht ſtändigen Regierungsmitglieder, welche ihren Sitz zu Innsbruck aufſchlagen mußten, hatten die geiſtlichen und weltlichen Lehenſchaften nebſt allen übrigen politiſchen Geſchäften zu beſorgen und jährlich viermal, zu den vier Quatemberzeiten, Gericht zu halten. Der Kaiſer trug ihnen beſonders unparteiiſche und ſchnelle Juſtiz auf. Die Verleihung größerer geiſtlicher Lehen und die Einberufung des Landtages behielt er ſich vor. Als Mitglieder der Raitkammer ſetzte er im genannten Jahre ein: Georg Goſſenbrot, als deren Haupt, Florian Waldauf von Waldenſtein, Rudolf Harber, Hauskämmerer, Bartlmä Käßler, tiroliſchen Kammermeiſter, Peter und Chriſtof Stecher, Buchhalter und zwei Kanzleiſchreiber. Regiment und Kammer erlitten, wie dies ſich wol vorausſetzen läßt, im weitern Verlauf von Maxens Regierung manchen Wechſel, wenn auch der Kaiſer das einmal geſchenkte Vertrauen nicht ſo leicht zurücknahm und gern an alten treuen Dienern feſthielt. Als Hofmeiſter erſcheint ſpäter öfter Wilhelm Herr von Rapoltſtein, als Marſchall Leonhard Rauber, als Kanzler Konrad Stürzel, Mathias Khuen von Belaſy und Ciprian von Sarntein; Caſpar von Laubenberg bekleidet neben ſeiner Rathswürde noch außerdem das ſehr wichtige Amt eines oberſten Feldhauptmanns des Landes. Beim Tode des Kaiſers iſt Michael von Wolkenſtein Landhofmeiſter, Georg von Firmian Marſchall, Ciprian v. Sarntein Kanzler; außer ihnen ſind im Regimente: Caſpar von Laubenberg, Karl Trapp, Wilhelm von Wolkenſtein, Georg Botſch, Sigmund v. Thun und Dr. Hieron. Baldung.[2])

Wie Maximilian in die Verwaltung der Erblande Ordnung zu bringen ſuchte, ſo that er es auch auf dem Gebiete des Rechtsweſens; und wie er dort den Grund zu einheitlicher Organiſation legte, ſo ſtrebte er hier eine einheitliche Geſetzgebung an. Denn ſein klarer Kopf erkannte bald die großen Gebrechen, an denen das mittelalterliche Rechtsweſen litt. Mochten ſeine Formen trotz ihrer Mangelhaftigkeit früher den beſtehenden Verhältniſſen entſprochen

haben, ſo war dies doch im Beginn der Neuzeit um ſo weniger der Fall, als die mittelalterliche Juſtiz nicht bloß ihre guten Keime nicht weiter ausgebildet hatte, ſondern häufig zu einer völligen Rechtsbarbarei ausgeartet war. Sollte nicht eine völlige Anarchie einreißen, ſo that wahrlich eine ſtrenge geordnete Juſtiz ſehr noth. Nur gute Polizei und Strafgeſetze konnten dem Fauſt- und Fehderecht ein Ende machen, den Landfrieden aufrecht erhalten, Mord- und Todſchlag verhindern, Meineid, Fälſchung und andern Arten des Betruges ſowie überhaupt allen Laſtern, die damals beſonders die menſchliche Geſellſchaft mit dem Untergange bedrohten, Einhalt thun. Das Gewohnheitsrecht und Herkommen reichte unter den veränderten Zeitverhältniſſen nicht mehr aus, auch wenn durch Aufzeichnung desſelben der willkürlichen Anwendung ein Damm geſetzt worden; bei dem regern Verkehr, der ſich zwiſchen einzelnen Landestheilen und ganzen Ländern entwickelt, und bei der Verallgemeinerung der Lebensanſchauungen, bei der Bildung größerer ſtaatlicher Organismen und bei der Hebung der landesfürſtlichen Macht konnte unmöglich mehr jedes Thal, jeder Bezirk, ja ſelbſt jeder Ort ſeine eigenen Rechte, ſein eigenes Rechtsverfahren u. ſ. w. haben, es mußten vielmehr dieſelben Rechte und dasſelbe Verfahren für ganze Länder und Reiche Geltung erlangen. Unter dieſen Verhältniſſen iſt es ſehr begreiflich, wenn das römiſche Recht, das in Deutſchland bereits zu den Zeiten der Hohenſtaufen Eingang gefunden, immer mehr ſich verbreitete und die einheimiſchen altgermaniſchen Rechte verdrängte. Maximilian, wie alle großen Herrſcher, war ſehr für dasſelbe eingenommen und zog es überall als Hilfsmittel heran, wo die frühern Rechtsnormen nicht genügten.

In Tirol war es mit den Rechtsverhältniſſen bei Maximilians Regierungsantritt eher noch ſchlimmer beſtellt, als in den andern Erblanden; denn hier herrſchte auf allen Rechtsgebieten noch faſt ausſchließlich das Herkommen und Gewohnheitsrecht und damit die größte Verſchiedenheit und viel Unſinn; es gab wohl zahlreiche geſchriebene Particularſtatute, aber noch kein geſchriebenes Landrecht und überhaupt nur zwei Rechtsdocumente, die für die ganze Grafſchaft Geltung hatten, nämlich die Landesordnung vom Jahre 1404 und den ſtändiſchen Freiheitsbrief vom Jahre 1406. Die geſetzgeberiſche Thätigkeit, welche bisher die Landesfürſten entfaltet, war ſehr gering geweſen. Maximilian trat ſogleich nach ſeinem Regierungsantritte als eifriger Geſetzgeber auf und erließ mehrere Polizeivorſchriften ſowie Ver-

ordnungen zur Regelung des Gerichtswesens. Als ein Landtag zu Bozen sich über die hohen Gerichtskosten beklagte, bestimmte er im Jahre 1491 durch eine Verordnung genau die Entlohnung des Richters, Redners (Anwalts) und Schreibers. In demselben Jahre gebot er allen Pflegern, Richtern und Amtleuten, arbeitslose ledige Gesellen wie Bettler nach drei Tagen aus ihren Gebieten auszuweisen und verbot infolge weiterer Klagen des Landtages den Vorkauf an Lebensmitteln, besonders Getreide. Zwei Jahre darauf erließ er hinsichtlich der Bäcker, Müller, Fleischer und Fischhändler, dann wegen des Weinschankes und Futtermaßes sowie der „Wurffpetzel" und Müßiggeher halber verschiedene Polizeivorschriften. Diese wurden auf dem im Jahre 1496 gehaltenen Landtage durch die Stände und landesfürstlichen Beamten theils erneuert, theils erläutert, auch mit ganz neuen Bestimmungen insbesondere über die Absager (Friedenskünder) und Todschläger, dann über mehrere Gegenstände des Gerichtswesens bereichert. Wir haben hier die erste vaterländische Polizeiordnung. Der Abschied des Innsbrucker Landtags vom genannten Jahre sollte, wie der Wormser Reichstagsabschied des vorhergehenden, dem Faustrechte und der Selbsthilfe den Todesstoß geben; denn es wurden nicht nur alle Fehdebriefe und Absagungen für unwirksam und widerrechtlich erklärt, sondern auch auf Ergreifung und gerichtliche Verhaftung aller Friedensstörer sehr bedeutende Geldbelohnungen gesetzt; auch ward die Privatsühne der deutschen Blutrache gänzlich entkräftet. Der Zeugenbeweis erhielt eine bestimmtere Richtschnur, indem nicht bloß bestimmt wurde, daß beide Theile, sondern auch, wo und wie sie vorgeladen werden sollen. In der Executionsordnung wurde genau der Gang der Execution festgesetzt. Diese erste Polizeiordnung verbot auch den Savoyarden und andern Ausländern das Hausiren und erneuerte die frühern Bestimmungen wegen Weinschank, Fleischverkauf, lediger Gesellen u. s. w. Auf dem Landtage zu Meran 1499 ergiengen Verordnungen gegen die Gauner und Landzwinger, auch Zigeuner. Der Landtag zu Bozen 1500 verschärfte diese und setzte eine heilsame Kleiderordnung fest, um dem überhand nehmenden Luxus zu steuern.[3])

Diese Verordnungen sollten nur die Vorläufer einer umfassendern Gesetzgebung sein; am Andreastag 1499 erließ Maximilian nach Berathung der Landschaft und „auf ihr unterthäniges und demüthiges Bitten" bereits ein einheimisches Strafgesetz. Es war unter allen

deutſchen dieſer Art das erſte und half wahrlich einem dringenden Bedürfniß ab; denn die bisherige peinliche Rechtspflege wollte durchaus nicht mehr genügen. Die großen Volksverſammlungen in denen bisher Recht geſprochen worden, wurden eine um ſo drückendere Laſt, die Koſten um ſo größer, je häufiger die Rechtsfälle; das ſubjective Ermeſſen der Rechtſprecher reichte um ſo weniger aus, je mehr die Zahl neuer ungewöhnlicher Verbrechen zu-, die Gewiſſenhaftigkeit abnahm, je verwickelter die Verhältniſſe ſich geſtalteten. Die Liederlichkeit mit der man in letzter Zeit Verbrechen begnadigte, reizte zu neuen und ſo mehrten ſich trotz obiger Verordnungen die Morde und Todſchläge. Die Maximilianiſche Halsgerichtsordnung ſchuf eine wolfeilere und raſchere Rechtspflege, verbannte die Willkür, brachte in die Anwendung der bisher üblichen Strafen Regel und Syſtem, ergänzte ſie durch neue, ſchreckte durch fürchterliche Todesarten und durch die Tortur vor Verbrechen zurück und ſuchte der Rohheit und Verdorbenheit des damaligen ſittlichen Zuſtandes bei allen Claſſen entgegen zu wirken. Dadurch wurde ſie eine Wohlthat für das Land, ſo ſehr uns ihre barbariſche Grauſamkeit mit Schauder und Entſetzen erfüllen mag.

Ungeachtet ihres allgemeinen Charakters, ungeachtet ſie der Landesfürſt kraft ſeiner fürſtlichen Macht erließ, erſtreckte ſich die Maximilian'ſche Halsordnung nicht auf ganz Tirol; nicht bloß die beiden Bisthümer Trient und Brixen, ſondern auch die Herrſchaft Pergine, die Gerichte auf dem Nonsberg und zu Kaltern, die neu erworbenen Gebiete im Puſter-, Unterinn- und Lagerthal waren ausgenommen und hatten ihre beſondern Statuten bis auf Brixen, wo die Geſetzgebung der Grafſchaft Tirol imitative galt; die Bergwerke, die ſchon früh eigene Rechtsordnungen bekommen, blieben gleichfalls exemt; auch den Gerichtsherrn, welche ihre eigenen Gerichte hatten, ſollte das neue Strafgeſetz an ihren Freiheiten nicht ſchaden. So war alſo deſſen Geltung ſehr beſchränkt. Unſer vaterländiſches Kriminalrecht beſtimmt vor allem die Zahl der Rechtſprecher für die Städte Meran, Hall, Sterzing, dann Bozen mit dem Landgerichte Gries und Innsbruck mit dem Landgerichte Sonnenburg und ebenſo die Zahl der Geſchworenen für alle Herrſchaften und Gerichte, die Bann und Acht hatten. Hiernach beſtand das peinliche Gericht aus dem Richter und 12 verſtändigen Männern als Rechtſprechern, die nicht ohne wichtige Urſache abgeändert werden durf-

ten. Der Richter hatte wol das Recht, verdächtige Personen zu verhaften, aber nicht, sie ohne Zustimmung der Geschwornen zu foltern. Ein Recurs vom Urtheilsspruche letzterer an die Oberbehörde fand nicht statt, man übergab den Verurtheilten sogleich dem Scharfrichter; in zweifelhaften Fällen suchte man bei Nachbargerichten Bescheid. Das Gesetz drang auf mäßige Gerichtskosten und bestimmte folgende Strafen. Der Mörder wird gerädert, der Hochverräther geschleift und geviertheilt, der Räuber, Verletzer einer Urfehde oder eines gelobten Friedens und der Todschläger mit dem Schwerte hingerichtet, der Kirchenräuber, Brandleger, Ketzer und Münzfälscher verbrannt, der Bigamist ertränkt, der große Dieb gehängt, die Kindsmörderin lebendig begraben und durchpfählt u. s. w. Die meisten dieser Strafen waren ebenso wenig neu als die Tortur, mit der schon die Römer ihre Sklaven quälten. Die mittelalterliche Strafjustiz schwelgte aber nicht nur in schauderhaften Todesurtheilen, sie liebte das Verstümmeln ebenfalls außerordentlich, indem sie im reichlichsten Maße: Stäupung, Blendung, Abschneiden der Nase und Ohren, Abhauen von Hand oder Fuß, Ausreißen der Zunge, Brandmarkung und Entmannung verhängte und Maximilians Gesetz unterscheidet sich hierin noch nicht wesentlich.[4])

Wie Max Tirol mit einer peinlichen Gerichtsordnung beschenkte, so ließ er sich auch sehr angelegen sein, demselben ein einheimisches bürgerliches Gesetzbuch zu geben und darum legte er den Ständen auf mehrern Landtagen Entwürfe vor. Allein einerseits fand er bei seinen vielen Geschäften nicht Zeit, die Sache mit dem nöthigen Ernst zu betreiben, anderseits gefielen seine Entwürfe der Landschaft nicht, weil sie nach den Grundsätzen und Formen des römischen Rechtes ausgearbeitet waren; man ertrug lieber den alten Schlendrian, die allgemeine Rechtsunsicherheit, die bei dem Wirrwarr der vielen sich oft widersprechenden Particularrechte nothwendig eintreten mußte, sobald der Verkehr der Landestheile untereinander lebhafter, der Wechsel der Verhältnisse häufiger wurde. Ebenso ungerne wie das römische Recht sahen die tirolischen Stände die römischen Rechtsgelehrten und Doctoren. Dessenungeachtet nahm Maximilian viele in seine Dienste und verschaffte ihnen Richterstellen und andere Aemter und Würden. Diese gienzen nun nicht selten nach römischem Rechte vor und verursachten dadurch noch größere Rechtsunsicherheit und Verwirrung. Darum wurden hierüber

auf dem Landtage zu Bozen i. J. 1508 Klagen laut und die Stände verlangten, die Herrn vom Regimente ſollen den Uebergriffen der Richter durch Mandate entgegentreten; da ſie aber noch manche andere Beſchwerde, wie wegen der Kaufmannsgeſellſchaften, wegen des Rothwildes, des Mangels und der Verſchlechterung der Münzen, wegen neuer Zölle u. ſ. w. hatten, ſo beſchloſſen ſie alle Freiheiten des Landes, alte und neue, genau aufzeichnen zu laſſen, den Kaiſer um deren Beſtätigung zu bitten und ſie dann in fünf Libellen aufzubewahren, wovon jeder Stand eines erhalten und das fünfte nach der alten Landeshauptſtadt Meran kommen ſollte. Max verſprach drei Jahre darauf, als ſich einzelne Klagen widerholten, auf dem Landtage zu Innsbruck 1511, niemand ſoll wider ſeine Freiheiten beſchwert werden; aber es blieb noch lange beim bloßen Verſprechen; er that nichts, um ihre Wünſche zu erfüllen.[5])

In Maximilians Zeit fällt die Verdrängung der Feudalkriegsverfaſſung durch ſtehende Heere und Söldner, die ſchon während des ganzen 15. Jahrhunderts vorbereitet war. Der Kaiſer führte viele Verbeſſerungen ein, namentlich beim Fußvolk und bei der Artillerie. Die Landsknechte ſind weſentlich ſeine Schöpfung; er wendete zum erſten Male große Karthaunen zu Feſtungsbelagerungen an und gab dem Feldgeſchütz größere Beweglichkeit. Bei all ſeinen militäriſchen Reformen ſpielte unter den Erbländern Tirol die wichtigſte Rolle; denn aus dem tiroliſchen Adel nahm er vorzüglich ſeine Hauptleute, tiroliſche Fußknechte bildeten den Kern ſeiner Landsknechte; zu Mühlau goß er ſeine großen Geſchütze. Max that auch viel für die Befeſtigung und Vertheidigung des Landes. Er legte neue Befeſtigungen an oder renovirte die alten, wie auf dem Wormſer Joch, im Münſterthal, an der Ehrenberger Klauſe u. ſ. w. Die Würden eines ſtändigen tiroliſchen Feldhauptmanns, die 1510 zum erſten Male erſcheint, und eines Feldzeugmeiſters, verdanken wol ebenfalls ihm ihr Daſein. Ein ganz beſonderes Verdienſt aber erwarb er ſich um Tirol durch Ordnung ſeiner Landesvertheidigung, durch das ſogenannte Landlibell; denn ſeine Beſtimmungen blieben im weſentlichen nicht nur 300 Jahre für die Landesvertheidigung maßgebend, ſondern wurden auch die Grundlage für alle ſtändiſchen Hilfen und Steuern. Hatten ſchon die Türkenkriege und der Engadinerkrieg die Nothwendigkeit einer ſolchen Ordnung herausgeſtellt, ſo deckte der venetianiſche Krieg erſt recht die bisherigen Mängel auf und machte

ſowol den Landesfürſten, als auch die tiroliſchen Stände und Biſchöfe für deren Beſeitigung geneigt und zu Opfern bereit. Daher benützte Maximilian die große Gefahr, welche im Jahre 1511 dem Lande drohte, um dem Uebel gründlich abzuhelfen und berief zu dieſem Behufe im Juni einen Landtag nach Innsbruck. Die beiden Biſchöfe und die vier Stände ließen ſich, unbeſchadet ihren alten Freiheiten, zu folgenden Beſtimmungen herbei. Wenn die Grafſchaft Tirol, die Stifter Trient und Brixen, die Herrſchaft Lienz, das Puſterthal und die Städte und Gerichte Kitzbühel, Kufſtein und Rattenberg von einem Feinde angegriffen werden, ſo ziehen ſie dem bedrohten Theile nach der Größe und Beſchaffenheit der Gefahr mit 1—5000 oder 5—10,000, oder 10—15,000 oder 15,000—20,000 Mann zu Hilfe. Die Höhe des jeweiligen Aufgebotes beſtimmt die Regierung. Zu dem erſten Aufgebote von 5000 ſtellen die Biſchöfe, Prälaten und der Adel 1800, die Städte und Gerichte 2400, die Herrſchaft Lienz und das Puſterthal 500, Rattenberg, Kufſtein und Kitzbühel 300 Mann. Der höchſte Anſchlag darf 20,000 nicht überſteigen. können dieſe bei plötzlicher Gefahr nicht ſchnell genug zu Hilfe kommen ſo eilen auf den Glockenſtreich und die Kreidenfeuer alle wehrfähigen Männer zum bedrohten Punkt. Die beiden Biſchöfe und der Landcomtur werden für dieſe Hilfe von der Reichshilfe frei, die Mannſchaft der erſteren behält aber ihre eigenen Fähnlein. Die Prälaten und Adeligen dürfen beim Mangel an Knechten auch eine entſprechende Geldſumme zahlen. Ein wolgerüſteter Reiter wird für 2½ oder 3 Fußknechte gerechnet und erhält 1 fl. 15 kr. Wochenſold, während letztere je ½ fl. bekommen. Ausländiſche Prälaten und Adelige, die im Lande Beſitzungen haben, tragen nach Maßgabe derſelben zur Landesvertheidigung bei; die Burgfrieder geben nur den halben Anſchlag. Die Vertheilung der Anſchläge unter die einzelnen Mitglieder jedes Standes nehmen die Stände ſelbſt oder von ihnen erwählte Commiſſäre vor; nach Maßgabe des jeweiligen Beſitzſtandes. Die Ungehorſamen im Innthal ſtraft die Regierung, die an der Etſch der Landeshauptmann und die Muſtermeiſter, (landſchaftliche Commiſſäre, die für die Zuzüge zu ſorgen hatten.) Während die Biſchöfe und Stände dieſe Verpflichtungen nur für den Fall eines Angriffes übernahmen, mußte der Landesfürſt geloben, keinen Krieg ohne ihr Wiſſen anzufangen, für Gewehre, Munition und Proviant zu ſorgen und der Landſchaft eine Hilfe von höchſtens 5—600 Pferden

zu gewähren. Dafür sollten ihm alle neuen Eroberungen zufallen, doch sollte er sie mit der Grafschaft Tirol vereinigen. Für angerichteten Schaden und erlittene Verluste wurde den Beschädigten Ersatz versprochen.[6])

So tüchtig Max in allen andern Zweigen der Verwaltung war, gut zu wirtschaften verstand er nicht. Er befand sich während seiner ganzen Regierung in Geldnöthen und sah sich gar oft zu Anleihen, Verpfändungen und Verkäufen gezwungen. Dabei kam der Kaiser meist sehr zu kurz und die Käufer oder Pfandherrn bereicherten sich auf das unverschämteste. Das war namentlich bei den Gewerken der Fall, aber auch einzelne Adelige, wie Leonhard v. Völs und der kluge Michael von Wolkenstein, wußten viele Pfandschaften in ihre Hände zu bringen. So minderten sich die landesfürstlichen Einkünfte von Jahr zu Jahr; wie weit es endlich kam, zeigt uns eine Notiz des gleichzeitigen Chronisten Kirchmair. Er schreibt im Todesjahr des Kaisers: in diesem Land ist Alles versetzt, was Geld trägt, die Fugger von Augsburg haben das große Gut aus dem Bergwerke zu Schwaz inne und ziehen daraus jährlich 200,000 Gulden; das Pfannhaus zu Hall ist fast ganz vertheilt; die Zölle zu Lueg, am Kuntersweg und zu Bozen gehören den Provisoren; alle einträglichen Herrschaften und Gerichte sind verpfändet, nicht ein einziges im ganzen Lande steht dem Landesfürsten zu; nur einige wenig einträgliche, wie Runkelstein, Laimburg, Leuchtenburg sind sein! Und doch waren ursprünglich die landesfürstlichen Einkünfte nicht gering und dazu kamen die vielen Geldhilfen der Landtage, Münzverschlechterung, neue Zölle und die Erträgnisse der neuen Erwerbungen. Allerdings verschlangen die vielen Kriege große Summen und die neue Verwaltung und Hofhaltung war viel kostbarer. Diese finanziellen Bedrängnisse, das Streben, sich die nöthigen Mittel für seinen Hofstaat und für den venetianischen Krieg wie für einen Feldzug gegen die Türken zu verschaffen, wurden die Veranlassung zu einem sehr wichtigen Schritt, den Maximilian im Jahre 1517 that, zur Einberufung eines Generallandtags.[7])

Ueberblicken wir Tirols Geschichte bis zum Schlusse des Mittelalters, so gewahren wir einen stätigen Fortschritt in der Einigung der einzelnen Theile, aus denen es erwachsen, zu einem organischen Ganzen. Um 1200 gehorcht das heutige Tirol noch mehrern Herrn, die alle von einander unabhängig sind, gegen

Ende der Regierung Maximilians finden wir nur mehr drei und von diesen sind zwei, die beiden Bischöfe, von dem einen, dem Landesfürsten, schon vielfach abhängig und das Land hat eine gemeinsame Vertretung in seinem Landtage; die Macht der Verhältnisse zwang die einzelnen Theile ihre Selbständigkeit aufzugeben und sich zu einer politischen Individualität zu gestalten. Um 1500 verhielten sich die einzelnen Länder, die jetzt die österreichische Monarchie bilden, ganz ähnlich, wie die einstigen Theile Tirols; aber auch jene mußten wie diese, um zum heutigen Oesterreich zu werden, auf ihre Selbständigkeit verzichten und sich enger aneinander schließen und werden es noch mehr müssen, soll das Reich ein wahrhaft staatlicher Organismus werden. Das ist das Ziel, welches alle österreichischen Herrscher und gerade die tüchtigsten am meisten angestrebt haben und immer wieder anstreben werden; denn es liegt in der Natur der Sache. Als Maximilian die Regierung antrat, erfreuten sich die einzelnen österreichischen Erbländer der vollsten Autonomie; wollte er von ihnen Geld oder Mannschaft, so mußte er sich an jeden Landtag besonders wenden. Allein diese Organisation hatte sich schon früher als unzulänglich erwiesen, da die gemeinsamen Interessen der Erblande hiebei wenig zur Geltung kamen, und sie wurde es um so mehr, je stärker diese gemeinsamen Interessen hervortraten. Der bisherige Uebelstand zeigte sich recht auffallend in Maximilians Kriegen, namentlich im venetianischen und Tirol litt am meisten darunter; denn die andern Erblande kümmerten sich wenig um Kriege, die ihre Grenzen nicht bedrohten, und so fiel fast die ganze Last derselben auf unser Vaterland; bewilligten aber auch die inner- oder niederösterreich. Landtage einmal eine Hilfe, so war es, bis dies auf allen geschehen, sicherlich zu spät. Maximilian erkannte wol schon früh, daß diesen Uebelständen abgeholfen wäre, wenn er statt mit den einzelnen Landtagen über dieselbe Angelegenheit zu verhandeln, Abgeordnete aus allen an einen Ort zusammen rief und da mit ihnen die Sache verhandelte; aber zur Ausführung dieser Idee kam er erst kurz vor seinem Lebensende; erst im October und Nov. d. J. 1517 that er den epochemachenden Schritt und berief die einzelnen Landtage, um sie Abgeordnete zu einem Ausschußlandtage wählen zu lassen. Als Ort der Versammlung bestimmte er das schwäbische Wörth, wo er zugleich einen Reichstag halten wollte, als Versammlungstag den 16. November. Niederösterreich wählte 8, Oberöster-

reich 7, Steiermark 8, Kärnten 7, Krain 5, Görz, Friaul, Ober- und Unterkarst 2, die Vorlande 22, Tirol mit der Herrschaft Lienz und dem Pusterthal 11. Die gewählten Tiroler waren: die Bischöfe von Brixen und Trient, Michael von Wolkenstein, Landhofmeister der vordern und innerösterreichischen Lande, Leonhard v. Völs, Landeshauptmann an der Etsch und Burggraf von Tirol, Ulrich v. Wang von Meran, Wendelin Ibhofer von Innsbruck, Hans Renn von Völs, Ciprian Moser von Sarntein; die Pusterthaler: Lucas von Graben, Simon Permatin und Peter Troyer. Alle Landtage vollzogen die Wahl ohne Anstand, rüsteten die Abgeordneten mit unbedingter Vollmacht aus und ein Theil davon schickte sie sogleich zur Vorversammlung nach Wels; nur die Tiroler hatten ein Bedenken, nämlich gegen den Versammlungsort Wörth, und schlugen statt dessen Innsbruck vor.[8])

Die Angelegenheiten, die der Kaiser auf dem Ausschußlandtage zur Sprache bringen wollte, waren theils allgemeine, theils specifisch österreichische. Vor allem lag ihm daran, Rath und Beistand zu einem Feldzug gegen die Türken von den Abgeordneten zu erhalten, denn er hatte bereits einen großartigen Plan zur Bekämpfung des Erbfeindes der Christenheit entworfen und war darüber mit dem Pabste und den Königen von Ungarn und Polen in Unterhandlung getreten. Als die nächst dringende Angelegenheit erschien ihm der venetianische Krieg, denn der im Jahre 1516 abgeschlossene Waffenstillstand dauerte bloß bis zum Sommer 1518 und da wollte er die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, jedenfalls dazu gerüstet sein, wenn die Friedensunterhandlungen indeß zu keinem Abschluß geführt hätten. Für den Fall eines Krieges war dann eine weitere Angelegenheit nicht minder wichtig, nämlich daß die einzelnen Erblande eine Vereinbarung träfen, wie sie sich bei einem feindlichen Angriffe gegenseitig Hilfe brächten; es sollte genau bestimmt werden, wann und wie viel jedes Land in solchem Fall dem andern zu leisten hätte; auch mußte man Vorsorge für die Aushebung, Organisirung und Führung der Truppen einzelner Lande wie des Gesammtaufgebotes treffen. Die vierte wichtige Angelegenheit war die Ordnung der zerrütteten Finanzen, ohne die an keine wirksame Kriegführung zu denken war. Die fünfte und letzte Angelegenheit endlich, in der Max den Rath der Stände hören wollte, betraf die Wiedererrichtung des eingegangenen Hofrathes und die Her-

ſtellung guter Ordnung in der Verwaltung der einzelnen Länder. Außerdem ſprach er in den Einberufungsſchreiben ſeine Geneigtheit aus, etwaige Beſchwerden der Stände anzuhören und ihnen Rechnung zu tragen.[9])

Während die Abgeordneten zu Wels verhandelten, entſchloß ſich Max aus mehrern Gründen, dem Drängen der Innsbrucker Regierung und der tiroliſchen Stände nachzugeben und berief den Generallandtag nach Innsbruck. Die Abgeordneten der nieder- und inneröſterreichiſchen Erblande folgten, wenn auch ungern, da ſie das neutrale Salzburg vorgezogen hätten, ſeinem Rufe und ſo fanden ſich, da auch die Vertreter der Vorlande erſchienen, um die Mitte des Januar 1518, in der Landeshauptſtadt Tirols die Ausſchüſſe aller Erblande, 60 an der Zahl, zuſammen. Der Kaiſer ließ ſich in der erſten Zeit durch ſeine Commiſſäre: Wilhelm von Rapoltſtein, Landvogt im Elſaß, Georg von Firmian, Marſchall des Regimentes zu Innsbruck, Ciprian von Sarntein, Hof- und tiroliſchen Kanzler u. A. vertreten. Der Generallandtag dauerte vier volle Monate, über einzelne Punkte der Berathungsgegenſtände konnten ſich die Länder weder unter ſich noch mit den kaiſerlichen Commiſſären einigen, und die Verhandlungen mußten ſich noch mehr in die Länge ziehen, da die Stände im Verlaufe derſelben eine Reihe von Beſchwerden vorbrachten; erſt als der Kaiſer ſelbſt vor den Abgeordneten erſchien, kam man raſcher zum Abſchluß.

Zu einer Expedition gegen die Türken wollten die Abgeordneten nichts bewilligen, bevor nicht der Kaiſer für ſeinen Plan die Kurfürſten und übrigen Reichsſtände, den Pabſt und andere abendländiſche Fürſten gewonnen hätte; alle Bemühungen der kaiſerlichen Commiſſäre und des Kaiſers ſelbſt ſcheiterten an ihrer Kurzſichtigkeit. Auch von der Fortſetzung des venetianiſchen Krieges wollten ſie nichts wiſſen, ſie riethen Max dringend davon ab, indem ſie auf die bisher gebrachten Opfer und die Erſchöpfung aller Erblande hinwieſen, und gaben ihm den Rath zur Erhaltung des Friedens und zum Schutze der Erblande im Falle eines unvermeidlichen Krieges Bündniſſe mit Nachbarfürſten zu ſchließen, wie mit Baiern, Würtemberg, den Biſchöfen von Augsburg, Paſſau u. A. Maximilian mußte verſprechen, in Bezug eines Friedens oder eines neuen Waffenſtillſtandes mit Venedig keine Mühe zu ſparen, und die Folge war der früher erwähnte fünfjährige Waffenſtillſtand. Auch um die

durch die jüngsten Ereignisse in Ungarn gefährdeten Ansprüche des Hauses Habsburg auf dieses Land aufrecht zu erhalten, wurde nichts bewilligt.[10])

Traten in diesen Angelegenheiten die Abgeordneten aller Länder gemeinsam dem König entgegen, so drohte die Berathung der gegenseitigen Hilfe sie völlig zu entzweien. Diese ist gewiß kein Ehrenblatt in Oesterreichs Geschichte, aber sehr lehrreich für alle, welche von der Vergangenheit lernen wollen. Denn sie zeigt recht schlagend, was wir von einem scharf ausgeprägten Föderalismus zu erwarten hätten. Jedes Land hatte nur das eine Ziel, möglichst wenig, am liebsten gar nichts, den andern leisten zu müssen. Erst nach langen Verhandlungen, nach entschiedenem Auftreten der kaiserlichen Commissäre und des Kaisers einigte man sich endlich. Diese Einigung sollte fünf Jahre Gültigkeit haben, aber nur für den Fall eines Angriffes. Es wurde ausgemacht: jedes Land wählt 6 Kriegsräthe und einen Feldhauptmann; mit diesen berath sich im Falle der Gefahr der Verweser des Landes; erscheint dasselbe allein zu schwach um dem Feinde erfolgreich zu widerstehen, dann sucht es die Hilfe der andern nach. Zugleich wurde auch die Größe dieser Hilfe, die Art des Zuzugs, die Dauer derselben und andere gegenseitige Verpflichtungen genau festgestellt.[11])

Der vierte Berathungsgegenstand hieng mit den frühern eng zusammen: die Bewilligung einer außerordentlichen Geldhilfe zur Rücklösung der verpfändeten Krongefälle. Der Kaiser verlangte anfangs nebst einer Türkenkriegssteuer jährlich 100,000 fl. bis zum Abschluß eines Friedens oder Waffenstillstandes mit Venedig, später, als jede Aussicht auf eine andere Hilfe geschwunden, ein für alle Male 400,000 fl., wovon Tirol 120,000, Ober- und Niederösterreich ebensoviel, Steiermark, Kärnten und Krain 100,000 fl. und die Vorlande 60,000 zahlen sollten. Diese Summe bewilligten endlich die Abgeordneten, als Max durchaus nicht davon abgieng, doch nur unter mehrern wichtigen Bedingungen: Die 400,000 fl. sind in vier Jahresterminen zahlbar, ein Drittel davon bekommt der Kaiser zur Unterhaltung des Hofes und seiner Regierungen, die andern zwei Drittel hingegen werden zur Ablösung der Bergwerke und anderer Kammergüter verwendet; eigene mit einer genauen Instruction versehene Commissäre des Generallandtags wachen hierüber; die Stände sind von jeder weitern Hilfe befreit; auch bei Erneuerung

des venetianiſchen Krieges, in welchem Falle die eben bewilligte Hilfe zur Beſtreitung der Kriegskoſten dienen ſoll; es dürfen die wohlhabenden Perſonen in Städten und Gerichten nicht bloß nach den Feuerſtätten, ſondern auch nach dem Vermögen beſteuert werden; der Kaiſer muß alle Artikel, die auf dem Landtage ausgemacht worden ſind, zur Ausführung bringen und die gewährte Hilfe darf ihren Freiheiten keinen Ertrag thun.[12])

Unter dieſen Artikeln war auch die Errichtung eines Hofrathes und die Ordnung der Regimente. Bezüglich des Hofrathes wurde man nicht ſchwer eins; der Kaiſer verſprach ſchließlich denſelben aus 18 Mitgliedern zuſammenzuſetzen; 5 ſollten aus dem Reich, Adelige und Doctoren, 5 aus den 5 niederöſterreichiſchen Landen, 2 aus Tirol, 2 aus den Vorlanden ſein und dazu noch der Hofmeiſter, Marſchall, Kanzler und Schatzmeiſter kommen. Neben dieſen 18 Räthen wollte er zur Ordnung des Kammerweſens noch 6 außerordentliche, Reformirer genannt, anſtellen. Weiter verpflichtete er ſich, von den rückgelösten Pfandſchaften nichts ohne die landſchaftlichen Commiſſäre wieder zu verſetzen und alle überflüſſigen Ausgaben zu vermeiden; auch gab er den Ständen die Verſicherung, er werde die Erbſchaftsangelegenheit ſeiner Enkel ordnen.[13])

Der Einladung des Kaiſers folgend, knüpften die Ausſchüſſe, bereits an die erſte Antwort auf ſeine Vorlagen eine Reihe von Beſchwerden. Sie wiederholten einmal die ſchon öfter vorgebrachte Klage über Verſchlechterung der Münze an den Münzſtätten zu Wien, Hall und beſonders zu St. Veit in Kärnten und baten, für ordentliche Münze zu ſorgen. Der Kaiſer antwortete auf dieſen Punkt ſogleich günſtig und verſprach ſchließlich, bis Martini 1518 eine neue Münzordnung aufzurichten, ſowie die Sache auf dem nächſten Reichstag zu betreiben. Eine weitere Beſchwerde betraf das Geleitgeld und die Kaufmannsgeſellſchaften. Der Kaiſer hatte nämlich während des venetianiſchen Krieges einen Zoll (Geleitgeld) auf Salz, Wein, Getreide und andere Waaren geſetzt und trotz wiederholter Bitten der Stände bisher nicht abgeſchafft. Die Ausſchüſſe wieſen auf deſſen Schädlichkeit ſowol für die Intereſſen des Landesfürſten als für die der Bevölkerung hin und warfen den privilegirten Kaufmannsgeſellſchaften vor, daß durch ſie die allernothwendigſten Lebensmittel ungemein vertheuert würden und der arme Kaufmann ganz um ſein Brod komme. Sie erſuchten dringend um

Beseitigung beider Uebelstände. Ihre Bitten fanden Gehör. Maximilian beschränkte das Geleitgeld, indem er die zum Hausgebrauch nöthigen Waaren davon befreite, und schaffte die Gesellschaften für Vieh- und Seifenhandel ab. Auch über die Gerechtigkeitspflege und die Gebahrung mit den Vater- und Ritterlehen beschwerte man sich. Die Bitte, daß jeder bei seinen Freiheiten belassen, jeder Rechtshandel in erster Instanz von den ordentlichen Gerichten entschieden, daß Hoftaidigung und Landsrecht nach Gebrauch jedes Landes geübt werde, billigte der Kaiser vollkommen; auf die Forderung hingegen, die Vater oder Ritterlehen bloß einheimischen Herrn, Rittern und Knechten zu verleihen, gieng er nicht ein, sondern wahrte sich die Freiheit, dieselben auch an Ausländer oder Nichtadelige zu vergeben, die sich Verdienste erworben, „davon doch aller Adel herkommt.“[14])

Diesen Klagen ließen die Stände im Verlaufe der Verhandlungen eine Reihe anderer folgen: über das allgemein eingerissene Schwören, Fluchen und Gotteslästern, über das Zutrinken; über ihren Rechten zuwiderlaufende Freiheitsbriefe, über Fiscalprocesse, über Mißbräuche bei Gerhabschaften, über Annullirung rechtsgültiger Testamente, über Heiratszwang, über die Vermehrung der Abjager und Todschläger u. s. w. Sie verlangten strengste Bestrafung aller Schuldigen. Auch die Betrügereien der Kaufleute, der herrschende Luxus und insbesondere die vielen Schäden und Gebrechen der Geistlichkeit bildeten einen Hauptgegenstand der ständischen Beschwerden. Maximilian anerkannte die meisten dieser Beschwerden, billigte den zu deren Abhilfe ertheilten Rath und versprach für dieselbe zu sorgen; doch sollten die, welche sich auf weltliche Gegenstände bezögen, auf einer von allen Ländern beschickten Zusammenkunft noch näher untersucht werden; bezüglich der gegen den Klerus gerichteten wollte er mit den geistlichen Behörden in Unterhandlung treten.[15])

Am Schlusse des Generallandtags stellte der Kaiser die gewünschten Versicherungsbriefe aus und erfreute den tirolischen Adel noch durch Bestätigung seiner Zollfreiheit und durch Verleihung einer Begünstigung betreffs heimfälliger Lehen. Jene Adeligen nämlich, die vor 60—70 Jahren den Adel erlangt, waren für ihren Hausbedarf von den Zöllen zu Bozen, in Passeir, zu Sigmundskron, Unterrain und an der Töll befreit. Die neue Begünstigung sicherte den Verwandten des Erblassers ein Viertel des Geldwertes der fällig ge-

wordenen Lehen zu und gestattete ihnen, durch Zahlung der übrigen drei Viertel, dieselben an sich zu bringen. Auch das Verbot, vor Georgi Trientiner Weine nach Deutschtirol zu führen, erneuerte Max. Vor oder bald nach seiner Abreise auf den Reichstag zu Augsburg berief er dann die Landtage ein, damit sie von den Beschlüssen des Generallandtags in Kenntniß gesetzt würden; der tirolische tagte und wahrscheinlich sehr zahlreich Ende Juli zu Innsbruck. Es war der vorletzte in Maximilians Leben, aber der letzte um Martini nach Toblach berufene blieb fruchtlos.[16])

Die Erwähnung des letzten Landtages veranlaßt mich, *Maximilians Stellung zu den tirolischen Ständen* noch kurz zu charakterisiren. War Sigmund in der letzten Zeit ein Spielball derselben geworden, so stand ihnen Max als Herr aller österr. Erblande, als Kaiser ganz anders gegenüber. Er gieng zwar nicht darauf aus, sie ihrer Rechte und Freiheiten zu berauben, aber factisch kamen dieselben doch wenig zur Geltung. Wenn auch die vielen Landtage, die der Kaiser einberief, die Entwickelung der ständischen Verfassung förderten, so vermochten doch die Stände ihren Willen selten durchzusetzen; sie mußten meist bewilligen, was er verlangte, mit dem Antheil an der Gesetzgebung zufrieden sein, den er ihnen gern einräumte. Erst der Generallandtag des Jahres 1518 konnte entschiedener auftreten und setzte durch, was die Einzellandtage nie vermocht haben. Was sie damals nicht gekonnt, werden sie auch jetzt nicht können; der Föderalismus wird so gut, wie damals und immer, dem schlimmen wie guten Absolutismus Thür und Thor öffnen; das lehrt die Geschichte. Dieser Generallandtag hat aber für Tirol eine noch größere Wichtigkeit als für die übrigen Erblande. In seiner Hauptstadt tagte er, sein Ausschuß spielte die erste Rolle, dessen Mitglieder wurden als Commissäre aller Ausschüsse bestellt, sein Landeshcuptmann erwarb sich durch eifrige und hervorragende Betheiligung an den ständischen Berathungen den Dank aller Kronländer. Die Einberufung des Generallandtags wurde auch die Veranlassuug, daß die Vertretung der einzelnen Gerichte in den Ausschüssen geregelt wurde. Die hierüber entstandenen Irrungen wurden durch die Entscheidung der drei andern Stände dahin beglichen: Haben die Gerichte zwei Ausschüsse zu wählen, so stellen den einen die fünf Viertel an der Etsch, den andern das Innthal; bei dreien wird einer aus dem Viertel ober der Etsch, der zweite aus dem Viertel am Ei-

ſak und der dritte aus dem Ober- oder Unterinnthal genommen . . . bei 10, der höchſten Zahl, wählt jedes Viertel an der Etſch einen, Oberinnthal 2, Unterinnthal 2 und die drei Herrſchaften einen.[17])

Als begeiſterter Freund aller Wiſſenſchaften und ſchönen Künſte, war er auch der unermüdliche Förderer derſelben; er that viel, um in Beziehung auf wiſſenſchaftliche Cultur ſeine Länder zu jener Höhe zu erheben, auf der das übrige Deutſchland ſtund. Zu dieſem Behufe förderte er vor allem die Univerſität Wien, die unter ſeinem Vater ſehr geſunken war; er bedachte ſie mit neuen Begünſtigungen, ſchuf neue Lehrkanzeln und berief die bedeutendſten Profeſſoren aus Deutſchland dahin, wie Konrad Celtes, Cuſpinian u. A. Und wie er Wien zu einer Stätte der Wiſſenſchaft machte, ſo Innsbruck zu einer Stätte der Kunſt. Die Kunſtwerke, die er entweder ſelbſt hier ausführen ließ, oder zu denen er ſeine Nachfolger veranlaßte, erregen noch heute die Bewunderung der Welt. Das gilt namentlich von ſeinem prachtvollen Grabmal, einer Zierde der Hofkirche. Die meiſten der großen Erzfiguren giengen aus der berühmten Erzgießerei hervor, die zu er Mühlau errichtete; denn dieſe goß nicht bloß Donnerbüchſen und Karthaunen, ſondern auch die großartigſten Kunſtwerke. Zu deren Ausführung ließ Maximilian berühmte Künſtler aus München und Nürnberg kommen; ſo berief er die Meiſter Gilg Seßſchreiber und Stefan Godl; ſie, des erſtern Sohn Chriſtof und Schwiegerſohn Seb. Aeußerer, ſowie der berühmteſte Erzgießer Deutſchlands, Peter Viſcher v. Nürnberg, ſchufen die erſten und beſten der genannten Standbilder. Max dachte ſogar einmal daran, eine förmliche Kunſtſchule der Erzgießerei für Tiroler zu errichten. Gleichzeitig verfertigten die Arbeiter in der Plattnerei zu Innsbruck ſo prachtvolle Harniſche und Helme, daß ſelbſt die Könige von England und Spanien dort Beſtellungen machten. Maximilians vorzüglichſte Harniſchſchläger waren die beiden Seuſenhofer, Vater und Sohn. Außer den Gießern in Mühlau und den Plattnern in der Neuſtadt beſchäftigte er eine große Menge von Bildhauern und Malern. Die bedeutendſten waren: Sebaſtian Schöl, Paul Dax, Hans Perkhamer, Degen Pirger, Jörg Kölderer, Hans Knoderer, (beide letztern wie Gilg Seßlſchreiber, Hofmaler) Tiefenbrunner u. A. Der vorzügliche Meiſter Chriſtof Geiger ſchuf die ſchönen Grabmale des Leonhard von Görz und der Freifrau Barbara von Wolkenſtein zu Lienz. Nicht minder als für Malerei und Bildhauerei war Max für

die Baukunst eingenommen. Er ließ in Innsbruck eine neue Burg, einen schönen Thurm am Ausgang der Stadt in die Vorstadt bauen, die Häuser mit Zinnen versehen und die Straßen pflastern. Burgen und Schlösser, die er von Sigismund ererbt, renovirte und befestigte er; auch gab er manchen Beitrag zum Baue von Kirchen und zu deren Ausstattung. Seine Bauluſt und ſein Kunſtſinn regten ſehr an; unter ſeiner Regierung wurde eine Menge prachtvoller Kirchen und Gotteshäuſer aufgeführt oder vollendet, z. B. die Schwazer, die Sterzinger, die Seefelder, die Nauderſer Kirche, der berühmte Thurm zu Bozen. Auch der erhabenſten aller Künſte, der Poeſie, huldigte der Kaiſer; er ſelbſt entwarf den Plan zu den Romanen Theuerdank und Weiß-König, die ſein Leben und ſeine Thaten in allegoriſchem Gewande darſtellen, und ließ durch den tirol. Kammerſchreiber Johann Ried das Heldenbuch abſchreiben, eine Sammlung von 23 Dichtungen aus dem 13. und 14. Jahrhundert, die eine ſehr werthvolle Zierde der Ambraſer Sammlung wurde. Sein Sammeleifer ſpornte auch Adel und Geiſtlichkeit an; es entſtanden die erſten größern Privatbibliotheken.[18])

Maximilian war überhaupt ein ſehr vielſeitiger Geiſt. Alles hatte für ihn Intereſſe: ein ſeltener Stein, eine heiltüchtige Peliſtenzwurzel ſo gut, wie ein Gemälde, eine Chronik u. dgl.; die einfachſten Lebensverhältniſſe wie die höchſten Ziele und Ideale ſeiner Politik. So war er auch ein trefflicher Gärtner, Obſt- und Weinzüchter; in Hötting, beim Taurer Schloß und unter Schloß Fragenſtein bei Zirl pflanzte er ſchöne Weingärten. Bei ſeiner großen Wißbegierde, bei ſeinem ſtarken Gedächtniſſe verſchaffte er ſich ausgebreitete Kenntniſſe in allen Zweigen des Wiſſens, mit beſonderer Vorliebe betrieb er Geſchichte und Genealogie. Obwol er aber ſich ſeiner Abkunft von Carlo Magno rühmte, obwol er die höchſte Meinung von ſeiner Würde hatte, ſo war ſein Weſen doch durch und durch volksthümlich, herzlich und leutſelig, voll geſunden Mutterwitzes. Einen Spötter, der zur Verſpottung ſeiner genealogiſchen Studien die Verſe:

„Da Adam hackte und Eva ſpann,
Wo war da der Edelmann",

an die Innsbrucker Hofburg ſchrieb, trumpfte er mit der treuherzigen Erwiderung ab:

„Ich bin ein Mann wie ein anderer Mann,
Nur daß mir Gott die Ehre gann (gönnte)."

Das franzöſiſche Weſen charakteriſirte er treffend mit den Worten: „Sie ſingen höher als genotirt iſt, ſie leſen anders als geſchrieben iſt, ſie reden anders als es ihnen im Herzen iſt.“ Gern betheiligte er ſich an den Beluſtigungen des Volkes, an den Tänzen und Schützenfeſten der Bürger; ſelten fehlte er bei den Faſchingsunterhaltungen der reichen und luſtigen Haller; dann tanzte er wacker mit den Bürgersfrauen und ließ ſich's wol auch gefallen, wenn ſie ihm die Sporen abſchraubten, um ihn am Weiterreiten zu verhindern. Seine Leutſeligkeit, ſein frommer Sinn, ſeine Freigebigkeit, ſein gerades, offenes Weſen, ſein Muth und ſein Selbſtvertrauen machten ihn zum Liebling des Volkes.

Unter allen Vergnügungen ſtellte er keines höher, als das der Jagd. Er war der kühnſte und gelehrteſte Jäger ſeiner Zeit und ein ſehr gewandter Schütze. Zahlreich ſind ſeine Jagdabenteuer, man könnte ein ganzes Buch darüber ſchreiben. Allbekannt iſt Maxens Gefahr und wunderbare Rettung an der Martinswand bei Zirl ober Innsbruck. Die Freuden der Jagd waren es vor allem auch, die ſein Herz ſo ſehr an Tirol feſſelten. Denn hier gab es Wild in Menge und er wußte noch durch fleißige Pflege den Wildſtand zu mehren; die Jagd Tirols ſtand zu ſeiner Zeit in der höchſten Blüte. Trotz ſeiner ſonſtigen Milde war der Kaiſer gegen Jagfrevler ſehr ſtreng; er wurde um nichts, wie um des Wildprets willen zornig, ſagt der Chroniſt Kirchmair; nicht einmal kleine Hunde erlaubte er den Bauern gerne, um ihre Saaten vor Verwüſtungen des Wildes zu ſchützen. Alle Bitten der Landtage, das ſchädliche Wild zu mindern, blieben unerhört. Zur Erhaltung ſeiner Jagden in Tirol und den andern Erbländern hielt er ſich: 14 Forſtmeiſter, 105 Forſtknechte, 2 Meiſterjäger und 30 Jagdknechte und 1500 Jagdhunde. Lieblingsorte und Gegenden, in denen der Kaiſer gern dem Vergnügen der Jagd ſich hingab, waren: Schloß Fragenſtein bei Zirl, Schloß Vellenberg, Gleirſchthal, Hallthal, Lafatſch, Karwendel, St. Sigmund im Sellrain, Navis, Gnitſch, Achenthal, Inner- und Außerfern und Imſt. Er veranſtaltete oft großartige Jagden, an denen 300 vornehme Ritter Theil nahmen, wobei Hunderte von Gemſen, Steinböcken und anderm Hochwild erlegt wurden. Die glänzendſte von allen dieſen Jagden iſt wol die um Jakobi 1497 im Jagdbezirk des Kloſters Stams abgehaltene denn damals waren die Geſandten des Pabſtes, des türkiſchen Kaiſers, des Königs von Spanien und der Republik Venedig, die Bi-

ſchöfe von Augsburg und Brixen, der Weihbiſchof von Gurk, die Herzoge Friedrich und Johann von Sachſen, Georg von Baiern und viele Grafen, Freiherrn und Ritter zugegen. Wie die Jagd, ſo blühte auch die Fiſcherei unter Max; er hob ſie ſo, daß alle ſtehenden und fließenden Gewäſſer von Fiſchen wimmelten. Ueber Jagd und Fiſcherei hat er ein eigenes Buch geſchrieben.[19])

Die großen Vorzüge des Jägers ſind aber zu Schattenſeiten des Staatsmannes und Feldherrn geworden, denn ſeine Abenteuerluſt, ſeine Unbeſtändigkeit im politiſchen Leben, ſeine abſpringende Vielgeſchäftigkeit, ſeine kühne Verachtung der Gefahren, ſeine Unterſchätzung der materiellen Güter tragen vorzüglich ſchuld an dem Scheitern vieler ſeiner Pläne. Das alles ſind aber Eigenſchaften, die wir auch bei den alten Rittern finden; mit Recht hat man ihn darum „den letzten Ritter" genannt; er erinnert durch ſeine guten wie ſeine ſchlechten Eigenſchaften an die Blütezeit des Ritterthums. Eben weil er zu ſehr Ritter war und den Zwieſpalt moderner und veralteter Anſchauungen in ſich nicht zu löſen vermochte, richtete er trotz der großartigen Anläufe verhältnißmäßig ſo wenig aus. Seine Regierung iſt für Tirol nicht ſo ſehr wolthätig als glanzvoll geweſen. Unter ihm erſcheint unſer Vaterland allerdings als das Hauptland der öſterreichiſchen Erblande; ſeine Krieger erlangen Weltruf; ſeine Bergwerke ſtehen in höchſter Blüte, locken von allen Seiten Gewerke und Knappen heran, die vermögendſten aus den fremden Handelsleuten ſchätzen ſich glücklich, in die Bergwerksgeſellſchaft zu Schwaz zu treten; neue Flecken und Dörfer entſtehen, die alten nehmen an Bevölkerung und Wolhabenheit zu, prächtige Kirchen erheben ſich als Zeugen des ſteigenden Reichthums. Allein die vielen Kriege zerrütten den landesfürſtlichen Haushalt ganz, erzeugen ein militäriſches Proletariat, verderben die Sittlichkeit der Bevölkerung, bringen in ſie den Geiſt der Unzufriedenheit und Unruhe; ſie benehmen dem Kaiſer die nöthige Zeit, um die begonnenen Reformen durchzuführen und bewirken, daß Vieles unvollendet bleibt; der Bergſegen wird nur Einzelnen zu Theil und dieſe ſowie die durch die kaiſerliche Gunſt reichgewordenen Mitglieder des Adels und der Regierung erregen den Neid und Haß des Volkes; mit den Knappen zieht zwar ein ſehr rühriges, aber auch ſehr neuerungsſüchtiges Element in das Land; die den Saaten verderblichen Wildgehege des Kaiſers ſowie die harten Strafen der Jagdfrevel erbittern den Landmann auf's höchſte.[20])

Karl V. und Ferdinand I. (1519—1564)[1]

§ 5. Der Bauernrebell.[2]

Inhalt: Charakteriſtik der Regierung Ferdinand's I. Urſachen der reformatoriſchen und revolutionären Bewegungen in Tirol. Die politiſchen und kirchlichen Zuſtände Deutſchlands. Luther's Auftreten. Reichstag zu Worms. Erhebung der Reichsritterſchaft. Die Bauernrevolution. Die politiſchen und kirchlichen Zuſtände Tirols. Sittenverfall. Regiment und Landtag i. J. 1519. Die erſten Bauernunruhen. Erbhuldigungs-Landtag i. J. 1520. Fortdauer der Aufregung, Geſandtſchaft an die Landesfürſten. Karls Ankunft in Deutſchland und Ferdinand's in Oeſterreich. Unglückliche Vorfälle. Die Reformation, ihre erſten Verkünder und Anhänger in Tirol. Ferdinand, Gabriel v. Salamanca und der Landtag v. J. 1523. Verfolgung der Lutheraner und Wiedertäufer. Michael Gaißmayr und die radicale Partei. Die Unruhen der Schwazer Knappen. Beſchlüſſe des Landtages vom März 1525. Strenge der Regierung. Thätigkeit der radicalen Partei. Aufruhr zu Brixen und Neuſtift, in der Bozner und Meraner Gegend, im Vintſchgau, Puſterthal, Wippthal und Innthal. Rebellion im Nons- und Sulzberge. Gefährdung der Stadt Trient durch die Bauern der Umgebung. Hemmniſſe des Aufſtandes. Die Maßregeln des Erzherzogs und deren Wirkung. Suplicationen. Klagen der Ausſchüſſe. Ferdinands Antworten. Innsbrucker Abſchied. Haltung der radicalen Partei. Einberufung des Vorparlamentes zu Meran. Die 106 Meraner Artikel in kirchlicher und politiſcher Beziehung. Landtagswahlen. Macht des Bauernſtandes. Eröffnung des Innsbrucker Landtags. Erſte Sitzung. Ferdinands Antwort. Zweite und dritte Sitzung; Haltung des Erzherzogs, des Adels und der Bauern. Die Landesordnung. Die Ordnung des geiſtlichen Standes und die Empörungsordnung. Annahme des Landtagsabſchieds in Deutſchtirol. Fortſetzung der Empörung im Nons- und Sulzberg, im Lagerthal, Valſugan und in der Gegend von Trient. Rüſtungen der Innsbrucker Regierung und des Biſchofs von Trient. Belagerung der Stadt Trient. Unterwerfung der Bauern um Trient, im Valſugan, Lagerthal und Nons- und Sulzberg. Beſtrafung der Verurtheilten. Gaißmayr's Plan. Sein Programm. Sein Einfall in's Puſterthal.

Wie für ganz Deutſchland, für ganz Europa, ſo war auch für Tirol die Regierung beider Enkel des Kaiſers Maximilian, Karl V. und Ferdinand I., epochemachend. Der Strom der Ereigniſſe, welcher damals Europa und namentlich Deutſchland überflutete, warf ſeine wilden Wogen auch in unſere friedlichen Thäler und dreimal brach ſich die Wuth des Elementes an Tirols Felſendämmen. Die Bewegung, die ſeit dem Jahre 1517 Deutſchland erſchütterte, ergriff auch das Felſenland; die Bauernrevolution, in dem ſie gipfelte, fand in ſeinen Bergen kräftigen Widerhall; aber die meiſten Tiroler kehrten bald wieder zur Ruhe zurück und verhinderten dadurch, daß ein allgemeiner Umſturz in Deutſchland erfolgte. Die Kämpfe, die zwiſchen dem Kaiſer und der proteſtantiſchen Oppoſition entſtunden, führten zweimal die feindlichen Heere in unſer Vater-

land; wäre es in ihre Hände gefallen, so würde die Entwickelung Deutschlands, ja Europens eine andere geworden sein. Auch von den Franzosen- und Türkenkriegen wurde Tirol stark in Mitleidenschaft gezogen; es half Karl V. seinen Rivalen, Franz I., bekämpfen und die habsburgische Macht in Italien erweitern und behaupten; es half Ferdinand I. die Türken bekriegen und die neu erworbenen Besitzungen im Osten vertheidigen; es half dadurch die europäische Cultur vor asiatischer Barbarei schützen.

Die eben erwähnten Ereignisse übten auf Tirols innere Verhältnisse den größten Einfluß, brachten eine völlige Umgestaltung hervor. Die Reformation und der Bauernaufstand zeigen den tirolischen Bauernstand auf dem Gipfel seiner Macht, bereiten aber dessen Verfall vor. Die gewaltsame Unterdrückung des Bauernrebelles und der religiösen Bewegung, die vielen Hinrichtungen und Auswanderungen, die Reaction der Gesetzgebung haben seine Kraft sehr geschwächt, wenn auch nicht gebrochen, sie haben seine Macht und sein Ansehen erheblich gemindert und seine Abhängigkeit vom Adel und von der Geistlichkeit zum Theil vermehrt, zum Theil erst neu begründet; sie haben zu einer bisher unbekannten geistigen Bevormundung des ganzen Volkes geführt, seinen Wissensdurst abgestumpft, seinen Freiheitssinn ertödtet, seine Rührigkeit gelähmt; sie haben zugleich mit den Franzosen- und Türkenkriegen den finanziellen Ruin des Landes zur Folge gehabt und Tirol vom zahlungsfähigsten zum ärmsten aller Erblande gemacht. Vergeblich suchte Ferdinand I. die Finanzcalamität zu heben, nur mit Mühe und nur zum Theil gelang es ihm, schließlich die Gemüther auf dem Wege der Milde für die Rückkehr der alten Zustände zu gewinnen und für die unabweisbaren Veränderungen die nöthigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Erst mit dem Concile von Trient tritt die entschiedene Wendung ein.

Manche suchen die Bewegungen, die in Tirol mit dem Jahre 1519, mit dem Tode des Kaisers Maximilian begannen, als reine Folgen demagogischer und politischer Umtriebe, als alleinigen Ausfluß des Ehrgeizes und der Gewinnsucht einiger Volksführer hinzustellen. Aber sie gerathen dadurch mit ihrem eigenen Grundprincip, mit der ganzen geschichtlichen Vergangenheit des Landes in Widerspruch und machen die Erscheinung zu einem unlösbaren Räthsel. Wie hätte ein Volk, das nach ihrer Anschauung fortschritts- und freiheitsfeindlich war, durch wenige Hetzer so aufgeregt werden können,

als die Tiroler es damals waren? Und ſind die Tiroler wirklich ſolche unerſchütterliche Anhänger alter und veralteter Zuſtände, ſolche Feinde der Freiheit geweſen, wie man ſie häufig ſchildert? Man erinnere ſich an folgende Thatſachen. Adel und Geiſtlichkeit haben in Tirol bis ins 16. Jahrhundert nie die Macht erlangt, wie in andern deutſchen Ländern. Die Tiroler Bauern ſind nie ſo gedrückt geweſen, wie die des ganzen übrigen Europa, ſie haben einen größern Reſt urgermaniſcher Freiheit bewahrt, als die übrigen Deutſchlands, ſie haben in den zahlreichen Gemeinde- und Dorfrechten ihren mächtigen Zug nach einem Selfgouvernement und ihren urwüchſigen Sinn für perſönliche Selbſtändigkeit geoffenbart, ſie haben wiederholt die Uebergriffe des Adels mit gewaltſamer Hand abgewehrt und dem Bevormundungsſyſtem desſelben öfters ſich zu entziehen geſucht; ſie haben die Landesfürſten in ihren Kämpfen mit den Vaſallen und Biſchöfen aufs nachdrücklichſte unterſtützt und ſchon früh einen Platz in den Landtagen ſich errungen; ſie ſind den geheimen Verbindungen in Baden, Würtemberg, in Allgäu und Oberbaiern und den Volksaufſtänden und Volksbewegungen im Oſten der Schweiz, am Bodenſee, im Schwarzwalde, in Salzburg, Kärnten, Steiermark und Krain, die im 15. und anfangs des 16. Jahrhunderts eintraten, nicht fremd geblieben und haben ein paarmal nicht übel Luſt verſpürt, ſchweizeriſch zu werden. Ich frage: kann ein ſolches Volk freiheits- und fortſchrittfeindlich genannt werden? Allerdings haben bei den ſeit 1519 in Tirol eintretenden Bewegungen auch materielle Mittel und unlautere Motive mitgewirkt; bei welchem gewaltigen Ereigniß hätten ſie das nicht gethan? aber ſie ſind nicht die Haupturſachen; dieſe müſſen wir vielmehr in den politiſchen und religiöſen Zuſtänden Tirols insbeſondere wie Deutſchlands überhaupt ſuchen. Die politiſchen und ſittlichen Zuſtände Tirols waren dem geſunden Sinn des Volkes unerträglich geworden, die Sehnſucht nach einer Beſſerung hatte ſich ſchon bei Maximilian's Tod zu einer allgemeinen Gährung in den untern Volksclaſſen geſteigert, eine Reihe von unglücklichen Zwiſchenfällen verſtärkte nun dieſe, die Reformation, die damit ſich ſteigernden Einflüſſe von Außen und die erſten gewaltſamen Gegenmaßregeln der Regierung führten zum Ausbruch des Rebelles. Die Erbitterung wendet ſich mehr gegen die Geiſtlichkeit als gegen den Adel, weil dieſer der Bewegung weniger feindlich entgegentritt als jene; weil die Bedrückungen des Klerus, ſeine Bevormundung um ſo unerträg-

licher waren, je mehr er seinem hohen Berufe untreu geworden und in Schande und Laster verfallen; weil die Reformation in Deutschland anfangs einen rein kirchlichen Charakter trug und erst im Verlaufe ihrer Entwicklung auf politisches Gebiet übergriff. Wie aber der Ursprung der reformatorischen und revolutionären Bewegungen Tirols in dieser Zeit vorzüglich in den Zuständen des Landes zu suchen ist, so geben diese auch deren Verlauf und Abschluß ihr eigenthümliches Gepräge. Weil die Tiroler Bauern nicht unter einem solchen Drucke seufzten, wie andere, bedurfte es längerer Zeit und einer Reihe von Zwischenfällen und Mißgriffen, bis sie endlich rebellirten, und weil die Landesfürsten sie bisher häufig gegen Bedrückungen in Schutz genommen, weil der Bauernstand bereits Antheil an der Verfassung hatte, hörten die meisten Bauern Ferdinands I. beruhigenden Ruf und suchten auf verfassungsmäßigem Weg Abhilfe ihrer Beschwerden. Nach dem Gesagten ist zum Verständniß der ganzen Bewegung die Kenntniß der allgemein deutschen und der tirolischen Verhältnisse nöthig; wir wollen zuerst jene und den Verlauf der reformatorischen Bewegung in Deutschland ganz kurz betrachten.

Beim Tode Kaiser Maximilian's herrschte in Deutschland eine allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen und religiösen Zuständen. Ganz mit dem venetianischen Kriege beschäftigt, hatte der Kaiser in letzter Zeit sich wenig um Deutschland gekümmert, auch der Reichstag zu Augsburg i. J. 1518 blieb resultatlos und die früher geschaffenen Institutionen genügten nicht, im Reiche Friede und Ordnung zu begründen; vielmehr lagen alle Stände miteinander in Kampf und Hader. Die Fürsten bekriegten sich untereinander und befehdeten die Reichsstädte und die Reichsritterschaft, die sie unter ihre Herrschaft bringen wollten; dadurch ward aber die Erbitterung dieser Stände gegen sie immer größer. Auch Städte und Ritterschaft standen sich oft feindlich gegenüber und unter den niedern Classen städtischer Bevölkerung wie unter dem Bauernstande begannen bedrohliche Bewegungen gegen alle bevorrechteten Stände; über den ganzen deutschen Boden hin war das gemeine Volk in Aufregung und schon hatte man einzelne Empörungen, wie in Würtemberg und Kärnten, mit Gewalt unterdrücken müssen. Die religiösen und kirchlichen Zustände boten in ganz Europa ein schreckliches Bild dar. Die Päbste hielten wol mit großer Beharrlichkeit an

allen einmal errungenen Vorrechten feſt und ſtrebten mit maßloſer Begierde nach iroiſcher Macht und irdiſchem Beſitz, aber ſie thaten nichts, um den Verfall der Sitten zu hemmen, die vielen Mißbräuche und Laſter der Kirche zu beſeitigen; ſie trugen vielmehr durch ihr laſterhaftes Leben zur Verſchlimmerung des ſittlichen Zuſtandes weſentlich bei. Man denke nur an einen Alexander VI., der an Laſterhaftigkeit faſt alle Zeitgenoſſen übertraf, an einen Julius II., der mit Luſt in das Kriegsgetümmel ſich ſtürzte und durch die Verheißung von Raub und Plünderung ſeine Soldaten anfeuerte! Durch ſolche Inhaber der päbſtlichen Würde mußte das Anſehen des Pabſtthumes, das ſeit dem Anfang des 14. Jahrhunderts ſtätig geſunken, noch geringer werden und Leo X., der ihnen 1513 nachfolgte, war nicht der Mann, es wieder herzuſtellen. Ueber die religiöſen Zuſtände Deutſchlands waren alle Stände noch mehr verſtimmt als über die politiſchen. Allgemein waren die Klagen, daß die Päbſte Deutſchland durch Annaten, Pfründenverleihung an auswärtige Prälaten, durch Vermehrung der Diſpenſationsfälle, Sportelerhebung und mancherlei Sammlungen materiell ausbeuteten. Die Fürſten und die Reichsſtädte waren über die verderblichen Eingriffe der geiſtlichen Gerichte in ihren Rechtsgang, über die Aſylrechte, über die mancherlei Exemptionen des Klerus, namentlich von allen Steuern und Abgaben, ungehalten. Ebenſo erboſte die deutſchen Prälaten die Beeinträchtigung ihrer Rechte durch die römiſche Curie. Die niedere Geiſtlichkeit ſah mit Neid auf die Mönche, denen Rom große Vorrechte verlieh, auf den Reichthum und die Ueppigkeit, in denen ſie lebten. Die Frommen nahmen Aergerniß an dem weltlichen Treiben der Prälaten und der Sittenloſigkeit vieler Geiſtlicher; ſie ſahen mit Entrüſtung auf die Weichlichkeit, Arbeitsſcheu und ſchändliche Unordnung mancher Klöſter. Die Aufgeklärten waren empört über den Aberglauben, den man abſichtlich beim gemeinen Mann nährte. Die Gelehrten verachteten die Geiſtlichkeit, weil viele Mitglieder derſelben grenzenloſe Unwiſſenheit und geiſtige Trägheit verriethen; mit den Waffen des claſſiſchen Alterthums ausgerüſtet, führten ſie mächtige Hiebe gegen die ausgeartete ſcholaſtiſche Philoſophie und Theologie ihrer Zeit. Die Volksliteratur richtete ebenfalls ihre kräftigen Angriffe gegen den Klerus und das ganze kirchliche Syſtem, deckte deſſen Gebrechen dem gemeinen Mann ſchonungslos auf und überſchüttete viele ſeiner mächtigſten Anhänger mit Spott und Hohn. Es bedurfte nur mehr eines An-

ſtoßes, um bei der allgemeinen Erregung eine gewaltige Bewegung hervorzurufen, und dieſen gab Martin Luther, der Vater der Reformation; bald erkannten alle der Kirche und dem Pabſtthum feindlichen Elemente in ihm ihren Vorkämpfer.

Pabſt Leo X. ſchrieb, um Geld für den koſtbaren Bau der Peterskirche zu erhalten, einen Ablaß aus, den man gegen eine Beiſteuer und die üblichen Ablaßwerke erlangen konnte. Dieſen verkündete der Dominicaner Tetzel in der Provinz Sachſen mit großer Frechheit, indem er ihn förmlich feilbot. Darüber entrüſtet, ſchlug M. Luther (1483—1546) am Abend vor Allerheiligen 1517 die bekannten 95 Theſes oder Lehrſätze an die Schloßkirche zu Wittenberg, worin er die Wirkſamkeit des Ablaſſes ohne Reue und Buße beſtritt. Da man ſeinen tiefreligiöſen Ernſt erkannte, zollten ihm Viele, namentlich die gebildete jüngere Generation, Beifall; ſeine Widerſacher vermehrten durch ihre Angriffe noch ſeinen Anhang. Vom Cardinal Cajetan im October 1518 nach Ausgsburg vorgeladen, widerrief er ſeine bisherigen Behauptungen nicht. Sein Landesherr Kurfürſt Friedrich von Sachſen ſchützte ihn und konnte dies um ſo mehr, als er nach Maximilians Tode Reichsverweſer geworden. So durfte Luther ungehindert ſeinen Weg gehen. Bei einer Disputation mit dem berühmten Theologen Johann Eck, Profeſſor zu Ingolſtadt, verwarf er bereits den Primat des Pabſtes und die Unfehlbarkeit der Concilien. Darum vom Pabſte in Bann gethan, verbrannte er am 10. Dec. 1520 an der Spitze der ganzen Studentenſchaft vor dem Elſterthore von Wittenberg die Bannbulle und das kanoniſche Recht und ſagte ſich damit von der alten Kirche los. Je kühner er auftrat, deſto mehr fand er Anklang; die Reichsritterſchaft, der berühmte Humaniſt und Ritter U. v. Hutten an ihrer Spitze, und alle andern Gruppen und Fractionen der Oppoſition gegen Rom ſchloſſen ſich ihm an. Als Ende des Jahres 1520 endlich der neuerwählte Kaiſer Karl V., Enkel Maximilians, nach Deutſchland kam, lud er Luthern auf den anfangs 1521 nach Worms berufenen Reichstag vor und forderte ihn zum Widerruf auf. Luther ließ ſich nicht dazu bewegen. Da ward über ihn und alle ſeine Anhänger die Reichsacht ausgeſprochen und ſeine Schriften zum Feuer verdammt. Um aber die gerechten Wünſche des deutſchen Volkes nach politiſchen und kirchlichen Reformen zu befriedigen, geſchah nichts auf dem genannten Reichstage; vergeblich hatte Hutten Karl V. aufgefordert, an die

Spitze der Reichsritterſchaft und der ganzen Oppoſition ſich zu ſtellen. Doch auch zur Durchführung des Wormſer Reichstagsabſchiedes und zur Bewältigung der immer heftigern Bewegung that man in nächſter Zeit nichts. Karl V. verließ Deutſchland bald wieder, das eingeſetzte Reichsregiment, an deſſen Spitze ſein Bruder ſtand, war in ſich geſpalten und machtlos; Luther, auf die Wartburg in Sicherheit gebracht, ſetzte in ſeinem Verſtecke, ſeine Freunde und Anhänger offen ihre Thätigkeit fort. Was ſie in Wort und Schrift leiſteten, war geradezu ungeheuer. Sie zogen, theils Geiſtliche, theils Laien, in ganz Deutſchland umher, um das Volk für die neue Lehre zu gewinnen; ihre und Luthers zahlloſe Schriften drangen ſelbſt in die entfernteſten Gegenden. Es tauchten neue Secten auf, darunter erlangten die Wiedertäufer die größte Bedeutung; ſie verlangten die Wiedertaufe der Erwachſenen und predigten communiſtiſche Lehren, die den Staat nicht weniger als die Kirche bedrohten. In ihren Hoffnungen auf Karl getäuſcht, rüſtete ſich die Reichsritterſchaft, um mit Gewalt dem unerträglichen Zuſtand ein Ende zu machen; als ſie meinte, auch einen großen Theil der Bauern und Bürger gewonnen zu haben, ſchlug ſie unter Führung des Franz Sickingen im Jahre 1523 los. Doch ihr Kampf mißlang, ihre Macht wurde gebrochen, ſie zerſtob in alle Winde. Da erhoben ſich, durch die flüchtigen Ritter noch mehr aufgereizt, auch die Bauern; die ſchreckliche Bauernrevolution begann. Die Bauern in Salzburg empörten ſich ſchon im Jahre 1522, die im Hegau 1523, vereinzelnte Haufen längs der Schweizergränze und am Bodenſee 1524; allgemein ward die Rebellion aber erſt 1525. Im Januar rebellirten die Bauern des Abtes von Kempten, im Februar und März alle Leute zwiſchen dem Schwarzwalde, dem Lech, der Donau und dem Bodenſee. Die einzelnen Haufen vereinten ſich und ſtellten die ſogenannten 12 Artikel als gemeinſames Programm auf; ſie forderten darin: freie Wahl der Pfarrer, die das reine Evangelium verkünden ſollten, Abſchaffung der Leibeigenſchaft, aller Zehnten mit Ausnahme des Kornzehnten, einiger neuer Laſten, Freiheit der Jagd und Fiſcherei u. ſ. w. Dieſe Artikel verbreiteten ſich mit Blitzesſchnelle über ganz Deutſchland, ebenſo die Empörung über den größern Theil des Reiches; denn im April erhoben ſich auch die Bauern in Franken, Heſſen, am Rhein, in Thüringen und im Mai in Salzburg und Oeſterreich. Da die Tiroler Bauern ſich lange ſcheuten, den Weg der Revolution

zu betreten und dann größern Theils bald wieder auf die Bahn des Gesetzes zurückkehrten, so wurde die Verbindung der rebellischen Bauern im Osten und Westen Süddeutschlands unterbrochen und so konnten die zerstreuten Haufen hier so gut, wie am Rhein, in Hessen, Thüringen und Franken mit Gewalt unterworfen werden. Die Gräuel und Verwüstungen, welche die Bauern angerichtet, waren furchtbar, aber nicht minder die Grausamkeit, womit sie bestraft wurden.*)

Wie die politischen und kirchlichen Zustände Deutschlands überhaupt, waren auch die Tirols trostlos. Der frühe Tod hatte Kaiser Max gehindert, die vielen Uebelstände, welche auf dem Generallandtage vom Jahre 1518 zur Sprache kamen, zu heben; sie bestanden fast alle noch. Die Finanzen waren zerrüttet, die Bergwerke und alle bessern Kammergüter versetzt, eine Münz-, eine Polizei-, eine Landesordnung noch nicht aufgerichtet, die Mißbräuche im Gerichtsgange nicht beseitigt, viele Aemter im Besitze von Ausländern, Handel und Verkehr in den Händen privilegirter Gesellschaften, durch neue Zölle gehemmt, die Festen und Pässe des Landes baufällig und gar nicht oder nicht genügend besetzt. Die Regierung befand sich in größter Geldnoth; schlechte Münzen cursirten zahlreich im Lande und verursachten viele Verluste. Vagabunden durchzogen ungehemmt die Thäler und schädigten die Bevölkerung; Mord- und Todschlag war an der Tagesordnung und blieb ungestraft; die fremden Richter verdrängten die einheimischen Satzungen durch das römische Recht, verwirrten die Rechtsbegriffe der Bevölkerung, forderten hohe Sporteln, richteten wol auch parteiisch und genossen wenig Ansehen; die Kaufmannsgesellschaften steigerten die Preise der Waaren und brachten die ärmern Händler um ihren Verdienst; der Wildstand war nicht gemindert worden. Unter allen diesen Uebelständen litt von allen Bevölkerungsclassen der gemeine Mann am meisten. Je mehr die landesfürstlichen Finanzen sich zerrütteten, desto höhere Steuern mußte er zahlen, er wurde am meisten von Landstreichern belästigt, am ehesten durch schlechte Münzen, durch falsches Maß und Gewicht betrogen, er war um so mehr den Bedrückungen seiner Herrn ausgesetzt, je weniger die alte Landesordnung für die veränderten Zeitverhältnisse genügte, je mehr sie voller Willkür Platz machte; er fand zuletzt bei den parteiischen Richtern sein Recht und wurde am schwersten von der großen Theurung, von der Hemmung des Verkehres und überhaupt vom Mangel an Ordnung und Ruhe, an einem starken

Regimente betroffen; ganz beſonders ſchadete und erbitterte ihn das zahlloſe Wild. Die herrſchenden Claſſen Adel und Geiſtlichkeit waren gegen viele Mißbräuche durch ihre Privilegien geſchützt und meiſt Hammer, nicht Amboß. Aber die Tiroler Bauern konnten eine ſolche Lage um ſo weniger erträglich finden, je mehr ſie ihrer Bedeutung ſich bewußt geworden. Dazu trug gerade die Regierung Maximilians viel bei, denn in ſeinen Kriegen ſpielten ſie als tapfere Landsknechte die erſte Rolle; im Beſitz von Waffen, wol vertraut mit ihnen, waren ſie auch dem ſtahlbewehrten Adel furchtbar. Die zahlreichen Knappen der tiroliſchen Bergwerke, durch Geburt, Lebensweiſe und ähnliche Intereſſen ihnen befreundet, vermehrten ihre Macht und waren, an Intelligenz ſie überragend, geeignet ihren Beſtrebungen Ziel und Wege zu weiſen.[4])

Mit den kirchlichen Zuſtänden ſtund es nach dem eigenen Bekenntniſſe des Landesfürſten noch ſchlimmer als im übrigen Deutſchland. Die Biſchöfe von Brixen und Trient traten ſchon ſeit langem vielmehr als weltliche denn als geiſtliche Fürſten auf und lagen allen Geſchäften und Vergnügungen jener mit Eifer ob, vernachläſſigten aber die kirchlichen Angelegenheiten. Sie fanden wol Zeit, im Dienſt des Landesfürſten ihren Staat zu zeigen und ſich Schätze zu ſammeln, doch nicht, die großen Uebelſtände ihrer Kirchen zu heben. Dazu machten ſie nur geringe Anſtrengungen; Melchior von Meckau berief 1489 eine Diöceſanverſammlung, Biſchof Chriſtof von Schrofenſtein 1511; letzterer betheiligte ſich auch 1512 an der Provincialverſammlung zu Salzburg, begann 1517 mit der Reformation des Kloſters Neuſtift und zeigte auf dem Landtage 1518 ſich zur Reformation auf kanoniſchem Wege bereit; doch dieſe Anläufe halfen ſo wenig, daß es noch immer ſchlimmer wurde. Die Biſchöfe v. Trient haben aber nicht einmal ſoviel gethan. In der Brixner Diöceſe und wol auch in der Trientiner herrſchte großer Prieſtermangel, denn es fehlte an den nöthigen Erziehungsanſtalten. Deshalb zog man Geiſtliche aus allen Nachbardiöceſen: Augsburg, Freiſingen, Conſtanz, Mailand u. ſ. f. herbei; ſo kamen Leute, die man anderswo nicht brauchen konnte, die mit allen Verhältniſſen unbekannt waren, ins Land. Viele drängten ſich ohne Wiſſen der Biſchöfe ein; die beſten Pfründen behandelte die römiſche Curie als Commenden und vergab ſie nach Willkür, ſelbſt mit ſchreiender Verletzung des landesherrlichen Patronatsrechtes. Die Stifter, Prälaturen und vortrefflichen Pfarreien

ſollten als Spitäler des Adels dienen. Bei der Ertheilung der Prieſterwürde gieng man leichtſinnig vor. Oft lagen mehrere Pfründen in einer Hand. Man kann ſich leicht vorſtellen, wie es ſo um Seelſorge und Gottesdienſt beſtellt war. Die Seelſorger reſidirten nicht wirklich am Seelſorgsorte, ſondern verzehrten anderswo die Einkünfte ihrer fetten Pfründen und überließen den Dienſt kärglich beſoldeten Vicaren. Den Gottesdienſt ſuchte man ſich möglichſt zu erleichtern; man änderte die Jahrtagsbücher nach Belieben und hielt ältere Stiftungen nicht mehr. Die Mehrzahl der Prieſter betrachtete ihr heiliges Amt überhaupt nur mehr als „Geſchäft", haſchte nur nach Gewinn und gab ſich rückhaltslos ſinnlichen Genüſſen hin. Bei der Beſetzung einer Pfründe war die erſte Frage: wie viel trägt ſie in absentia (in Abweſenheit)? An einigen Orten verlangten die Prieſter für die Begräbniß eines Mannes einen „Sterbeochſen" und für die einer Frau eine „Sterbekuh", auch wenn nicht mehr Vieh auf den Gütern war; ſonſt beraubten ſie die Perſonen des geweihten Erdreichs. Sie ſteigerten die Preiſe für Meſſen und andere gottesdienſtliche Verrichtungen, ſie drängten Sterbende zu kirchlichen Vermächtniſſen, ſie abſolvirten um Geld und ſtraften die Sünden im Säckel, wie die Stände auf dem Generallandtage 1518 klagen; ſie errichteten Weinſchänke, worin viel Rumor und ſelbſt Todſchläge vorkamen; ſie lebten zu Hauſe mit ihren Dirnen, als wenn ſie ihre Weiber wären, kleideten ſie mit Luxus und erſchienen mit ihnen ſelbſt bei öffentlichen Feſten, wie bei Hochzeiten; ja ſie ſchlugen und rauften ſich ſelbſt untereinander. Die Klöſter beraubten die Pfarren, die ſie zeitweiſe zu verſehen hatten, und wollten, daß ihre Mitglieder bei Todfällen wie verwandte Laien miterben. Darf man ſich wundern, wenn vor einem ſolchen Prieſterſtande die Tiroler Bauern keine Achtung hatten?[5])

Die Sitten des geſammten Tiroler Volkes waren überhaupt tief geſunken, Glauben und Treue, Wahrheit und Redlichkeit aus allen Ständen geſchwunden; keiner traute dem andern. Der Adel ſah mit Neid auf die, welche durch landesfürſtliche Gunſt mächtig und reich geworden, und mit Entrüſtung auf die wachſende Macht des Bürger- und Bauernſtandes; dieſe Stände ertrugen mit Widerwillen ſeine bevorrechtete Stellung, ſeine eigene Gerichtsbarkeit, ſeine Zollfreiheiten u. ſ. w.; alle Laien blickten mit Neid auf den Reichthum der Klöſter und waren über die pflichtvergeſſene Haltung des Klerus aufgebracht. Im Handel und Verkehr betrog man ſich, ſoviel man

nur konnte, verfälſchte die Waare, verringerte das Gewicht. Eine erſchreckliche Genußſucht, eine verderbliche Kleiderpracht, eine furchtbare Sittenrohheit hatte in allen Claſſen eingeriſſen. Das Volltrinken war an der Tagesordnung; mit offenem Meſſer begegnete man ſich in den Straßen der Städte, Todſchläge wurden immer häufiger.[6])

Kaiſer Maximilian hinterließ keine Kinder; die ſeiner erſten Gemahlin Maria von Burgund waren ſchon vor ihm geſtorben, die zweite Blanca Sforza hatte ihm keine geſchenkt. So machte er ſeine beiden Enkel Karl und Ferdinand, Söhne des im Jahre 1506 in Spanien verſtorbenen Philipp I., zu ſeinen Erben. Nach ſeiner letztwilligen Anordnung ſollten die von ihm eingeſetzten Behörden bis zu deren Ankunft die Länder verwalten; aber nicht alle Länder gehorchten ihnen. Das Regiment zu Innsbruck, die Schwierigkeit ſeiner Stellung erkennend, berief alsbald nach des Kaiſers Tod den Landtag ein und bat zugleich die Republik Venedig, die Eidgenoſſen, die Graubündner und andere Nachbarn um gute Nachbarſchaft, denn bei der Gährung im Innern war deren feindliche Haltung doppelt zu fürchten. Die am 9. Febr. 1519 zu Innsbruck ſich verſammelnden Stände verſprachen, des Kaiſers Enkeln, ihren rechtmäßigen und natürlichen Erbherrn, die Huldigung zu leiſten und ließen ſich bis auf deren weitere Verordnung Maximilians Regiment und Amtleute gefallen. Um Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten und es gegen äußere Angriffe zu ſchützen, beſchloſſen ſie: „Alle dem Landesfürſten und Lande ſchädlichen Bündniſſe, jede Ruheſtörung iſt bei ſtrenger Strafe unterſagt, das Roth- und Schwarzwild läßt die Regierung mehr jagen, als bisher, aber Jagdfrevel werden mit 10 Mark oder einmonatlichem Gefängniß gebüßt; die ſchlechten Münzen werden bis zur Errichtung einer Münzordnung durch Erlaß von Generalbriefen beſeitigt, die Zollfreiheiten eingehalten; beim Glockenſtreich müſſen Alle zur Vertheidigung des Landes ausziehen; die Regierung nimmt mit Hilfe des großen (40 Perſonen) und kleinen (8) Ausſchuſſes Geld auf und ſorgt für Ausrüſtung von Reiſigen, Beſetzung der Päſſe u. ſ. w.; man ſucht mit den Nachbarn Frieden und Freundſchaft zu erhalten, ſetzt die übrigen Erblande durch Geſandte von den ergriffenen Maßregeln in Kenntniß, ebenſo die Erbherrn und bittet dieſe um eine anſehnliche Unterſtützung.“ Bei der gemeinſamen Zuſammenkunft, welche alle öſterreichiſchen Erblande auf den 27. März 1519 zu Bruck an der Mur anberaumten, war Tirol ſeitens der Landſchaft durch Hein-

rich v. Knöringen, Landcomtur a. d. Etsch und Oswald Frhr. v. Wolkenstein, seitens der Regierung durch Dr. Jakob Frankfurter vertreten. Die Gesandtschaft, die infolge hier gefaßten Beschlusses im Juni nach Spanien abgieng, kehrte erst im Februar 1520 nach Wien zurück.[7])

Wie Deutschland die Abwesenheit des Kaisers, so gereichte Tirol die des Landesfürsten zum Verderben und wie die Reichsregierung, war auch die Innsbrucker in sich gespalten, ohne Ansehen und Macht. Als die Nachricht vom Tode Maximilians sich über das Land verbreitete, erhob sich aller Orten Jung und Alt, ja selbst Jungfrauen und Mägde, und jagten und fischten in den landesfürstlichen Forsten und Seen nach Vermögen. Auf die Befehle des Regimentes achtete man nicht viel. Oefters hörte man die Bauern äußern: sie hätten keinen Landesfürsten mehr, König Karl sei fern und werde nicht in das Land kommen; darum wollen sie sich der so mannigfachen Beschwerungen, die ihnen auferlegt worden, entledigen. Trotz aller Verbote hielten die Bauern große Versammlungen und drohten jedem, der gegen die Erlegung der Hirsche sprach, mit Erwürgen. In dieser Noth berief die Regierung die Landesausschüsse zu sich; man beschloß, Abgeordnete nach Ober- und Unterinnthal zu schicken, um die Leute unter Hinweis auf die Landtagsbeschlüsse zu beruhigen. Als aber der Abt von Stams, der Bürgermeister von Innsbruck und Jakob Konzet gegen Imst kamen, retteten sie nur mit Noth das Leben vor den bewaffneten Bauernhaufen; ein Mann, der nicht zur aufrührerischen Rotte gehörte, wurde bloß deshalb beinahe todtgeschlagen, weil er einem Edelmanne ähnlich sah. Die Leute ließen sich nicht beruhigen; sie klagten, man hätte ihnen auf allen Landtagen viel zugesagt, aber nichts gehalten. Mag die Nachricht von Karl's Erhebung auf den deutschen Kaiserthron die Innthaler ein wenig beruhigt haben, so ward es dagegen im Wipp-, Eisak und Pusterthal noch ärger. Die Gerichte Steinach, Sterzing, Roddeneck, Schöneck und die des Bischofs von Brixen erlegten, begünstigt durch den großen Schnee, der die Thiere bis zu den Hütten herantrieb, eine unglaubliche Zahl von Hirschen und anderem Wild. Man machte Bündnisse; in Mühlbach entstand ein Auflauf, weil der Richter einen Bauern strafte, der mit brennendem Zündstock und geladenem Gewehr in dem Markte umhergieng; der kluge Sigmund Prandisser vermochte nur mit Mühe das Schloß Rodeneck, das dem Michael von Wolkenstein gehörte, vor Erstürmung zu schützen. Auch im südlichen Tirol gab es

Unruhen; die Bäcker, Müller, Schneider und Bauleute von Bozen traten schon in den ersten Monaten des Jahres 1519 in eine Verbindung und wählten einen weißen Schuh zum Abzeichen. Bei der herrschenden Aufregung wagte es der Landeshauptmann nicht, zur früher erwähnten Ausschußversammlung nach Innsbruck sich zu begeben. Die Regierung berief im Herbste abermals den kleinen Ausschuß ein und beschloß mit ihm die Einberufung des zweiten Landtages für den Beginn des Jahres 1520; er begann am 22. Jan.[8])

Auf diesem Landtage sollten die Stände vor allem Karl V. und Ferdinand I. die Erbhuldigung leisten, denn diese hatten inzwischen hiezu die nöthigen Anordnungen getroffen. Erherzog Ferdinand ertheilte bereits am 12. Juli 1519 zu Brüssel seinem königl. Bruder volle Gewalt, in den österreichischen Erblanden die Erbhuldigung durch seine Bevollmächtigten vorzunehmen. Kraft dieser Vollmacht ernannte Karl am 27. Juli zu Barcelona den Cardinal Mathäus, Erzbischof von Salzburg, Bernhard Bischof v. Trient und noch neun aus dem Adel und aus Rechtsgelehrten zu seinen Statthaltern, Regenten und Räthen seines Geheimrathes und obersten Regimentes aller ober- und niederösterreichischen Erblande; es war die erste gemeinsame Regierung aller österreichischen Fürstenthümer. Auf dem Tiroler Landtage erschienen als königliche Commissäre Cardinal Mathäus und Bischof Bernhard, Wilhelm von Rapoltstein, weiland Maximilians Hofmeister und Ciprian von Sarntein, tirolischer Kanzler. Die Stände waren bereit, die Erbhuldigung zu leisten; die beiden Bischöfe, die alten Verträge mit Oesterreich zu erneuern; doch sollten ihnen dafür die neuen Landesfürsten ihre alten Freiheiten und Rechte bestätigen und eine Reihe von weitern Wünschen erfüllen. Sie baten, die Landesfürsten möchten bald in das Land kommen, eine Regierung wie zu Maxens Zeiten errichten, diese und den „hohen Rath", worin sich einige ihnen nicht angenehme Persönlichkeiten befänden, mit angesehenen Landleuten besetzen, eine Münzordnung aufrichten, die fremden Münzen nach ihrem Gehalte bewerten und den Gerichten im Innthal Holz zu ihrer Hausnothdurft auszeichnen lassen; sie verlangten Abstellung der fremden Kaufmannschaften, Aufhebung der neuen Zölle, und strenge Bestrafung der Jagdfrevler; das erste Mal mit 10 Mark oder zweimonatlichem Arrest, im Wiederholungsfalle mit dem Doppelten. Außerdem sollte die von der Landschaft mit Rath der Regierung verfaßte Polizeiordnung bestätigt und eine Landesordnung aufgerichtet

werden; zu letzterm Zwecke wie wegen der geistlichen Beschwerden sollten von jedem Stande vier und von jedem Stifte zwei Ausschüsse zu Bozen zusammen kommen und ihre Beschlüsse dann an die Regierung zur Begutachtung, an die Landesfürsten zur Bestätigung gelangen. Nachdem die Bischöfe und Stände ihre Gelöbnisse gethan, wurde dem Landeshauptmann die Vornahme der Erbhuldigung jenseits des Brenners, dem Innsbrucker Regimente diesseits desselben aufgetragen. Der große Ausschuß faßte dann am 28. Februar folgende Beschlüsse: Ausländische Münzen werden von Johanni an nur mehr nach dem befundenen Gehalt genommen; die schlagenden Gewehre (Selbstzünder) sind verboten; die Juden müssen das Land verlassen, schuldige Zinsen, Vogteien und Dienste geleistet werden; bekannte inländische Erben brauchen kein „Zulaß"- und Siegelgeld zu zahlen; andere entrichten nur 1 fl. Die von den Ständen geforderte Bestätigung der Landesfreiheiten ertheilte König Karl am 12. April zu St. Jago de Compostella.[9])

Mit der Vornahme der Erbhuldigung wurde in den einzelnen Landestheilen, wie es scheint, bald nach Schluß des Landtages begonnen; sie stieß jedoch auf große Schwierigkeiten, namentlich am Eisak und a. d. Etsch, denn viele Bauern glaubten noch immer nicht, daß der Landesfürst jemals ins Land komme, und wollten von Zinsen und Steuern frei sein. Am widersetzlichsten zeigten sich die Leute von Rodeneck und Sarntein. Gelang es nun auch der Geschicklichkeit, Umsicht und Thatkraft des Landeshauptmannes und seiner Commissäre, die meisten Gerichte noch in den ersten Monaten des Jahres 1520 zur Huldigung zu bewegen, so dauerte doch die Aufregung fort. „Die Gutgesinnten, klagt der Chronist Kirchmair, waren in der Minderzahl und durften sich nicht rühren; es gab kein Vorrecht, Zucht, Gottesliebe und Gehorsam. Auf den Straßen und bei den Städten wurden die Leute erstochen, erwürgt, erschlagen; niemand war mit den andern im Frieden, die Edeln trauten den Bauern, die Bauern den Pfaffen und Handwerkern nicht; es war gar keine Ordnung; die Gerichtsleute traten allenthalben zusammen und machten große Bündnisse." Ein anderer Zeitgenosse sagt, das Land habe einer Mördergrube geglichen, man habe bei 2900 der Erschlagenen aufgeschrieben. In der Stadt Brixen fanden sich in der Karwoche bei 500 Bauern mit wehrhafter Hand ein, doch zogen sie abends wieder ruhig fort. Am Pfingstmontag sollten 5000 zusammen kommen,

aber es versammelten sich nur 800 in 5 Fähnlein, Leute aus den Gerichten Sterzing, Taufers, Sarnthal, Villanders, Gufidaun, Rodeneck und Brixen, und auch diese zogen, durch zwei landesfürstliche und zwei bischöfliche Räthe beschwichtigt, zuletzt wieder ruhig ab; Brixen kam mit der bloßen Furcht vor einer Plünderung davon, Ebenso schadlos verliefen weitere Versammlungen zu St. Albeins, Tschetsch, Varn und Schabs, weil die Bauern sich nicht einigen konnten, wie sie die Empörung anheben wollten. Der Bischof berichtete damals an das Innsbrucker Regiment, das die Gefahr dieser Bewegungen nicht genug erkannte, man habe sich von den Bauern nichts gutes zu versehen. Die Hindernisse, welche die Erbhuldigung fand, und diese drohenden Bewegungen bewogen wahrscheinlich den Landesausschuß, schon anfangs April wieder zu Innsbruck zusammen zu treten. Man beschloß eine Gesandtschaft an beide fürstliche Brüder. Diese sollte bitten: daß eine Regierung wie zu Maxens Zeit eingesetzt, gute Kammerordnung aufgerichtet, die Bergwerke abgelöst, Land- und Polizeiordnung zu Ende gebracht, die der Geistlichen wegen gefaßten Beschlüsse vollzogen, daß mit den Nachbarfürsten Bündnisse geschlossen, das Land mit Proviant und Munition versehen und dessen Festen Landsleuten übergeben; daß mit der päbstlichen Heiligkeit wegen Haltung der deutschen Compactaten gehandelt und fernere schädliche Eingriffe der römischen Curie, namentlich in das Stift Trient, verhindert würden.[10])

Die Nachricht von der Ankunft Kaiser Karls in Deutschland, der am 1. Juni zu Vließingen landete, brachte endlich viele Bauern zur Ruhe und Besinnung. Zwar wollte man dieselbe anfangs nicht glauben; als aber Freudenfeuer, Freudenschüsse und Processionen das Ereigniß dem Lande verkündeten, als viele Männer in reicher Rüstung und 45 der schönsten Pferde aus Neapel dem Kaiser entgegenzogen, als Georg von Firmian, des Regimentes Marschall, Karl Trapp und andere Tiroler zur Kaiserkrönung nach Aachen sich aufmachten, da konnte an deren Wahrheit niemand mehr zweifeln; die flüchtige Durchreise des kaiserlichen Bruders im November 1521 mußte jeden davon vollends überzeugen. Noch mehr aber war Erzherzog Ferdinands Ankunft und erstes Beginnen in Oesterreich geeignet, vor weitern Unruhen abzuschrecken. Kaiser Karl trat ihm nämlich Ende April 1521 Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain für immer, am 7. Februar

1522 auch Tirol und die Besitzungen in Schwaben auf Lebensdauer ab; doch sollte der letztere, zu Brüssel geschlossene Vertrag noch 6 Jahre geheim bleiben und Ferdinand nur als Statthalter seines Bruders gelten. Kaum nach Oesterreich gelangt, begann er den Proceß gegen die Häupter der Bewegung, die das alte Regiment beseitigt und sich selbst der Regierung bemächtigt; am 10. Juli 1522 hielt er strenges Gericht, infolge dessen wurden 10 hingerichtet und selbst ihre Vertheidiger auf 3 Jahre des Landes verwiesen. Doch gerade in diese und die nächstfolgende Zeit fiel eine Reihe von Begebenheiten, die neuerrings die Gemüther erregen und die herrschende Unzufriedenheit noch steigern mußten. Es war, als hätten sich alle Elemente gegen Tirols Ruhe verschworen, als hätte ein unerbittliches Schicksal die Bevölkerung zum Aeußersten treiben wollen. In den Jahren 1521 und 1522 gab es ungeheure Schneemassen und infolge dessen verheerende Ueberschwemmungen; Theuerung trat ein, die Lebensmittel erreichten unerhörte Preise (1 St. Roggen 2 fl., Weizen 3 fl. 30 kr. Gerste 1 fl. 36 kr.); eine unbeschreibliche Hungersnoth und eine schreckliche Seuche griffen in Stadt und Land immer mehr um sich; dazu kam noch im Jahre 1522 ein furchtbares Erbeben, das das ganze Land erschütterte und viele schöne Gebäude über den Haufen warf. Zugleich schreckten Kriegsnachrichten von Ungarn, Italien, ja selbst der Fall der Insel Rhodus die Bewohner. Der Tod des Bischofs Christof v. Schrofenstein († 29. März 1521) und die Wahl des Nachfolgers vermehrte noch die Spannung zwischen dem Landesadel und dem Regimente. Der Adel war erbost, daß das Capitel den kaiserlichen Candidaten, einen Fremden, Sebastian Sprenz aus Dinkelsbühel in Schwaben, wählte (9. April); man meinte es wären adelige und andere gelehrte Personen genug im Lande; man hätte keinen Ausländer gebraucht. Noch weit höher aber, als diese Begebenheiten steigerte die Bekanntschaft der neuen Lehre die Aufregung der Gemüther.[11])

Es ist sehr begreiflich, wenn unter den eben geschilderten Verhältnissen die Reformation in Tirol einen fruchtbaren Boden fand. Die Frommen suchten in der neuen Lehre Trost in ihren Bedrängnissen, alle Unzufriedenen ein Heilmittel für die Gebrechen der Zeit, die Hetzer und Agitatoren eine wirksame Handhabe zur Erreichung ihrer egoistischen Ziele. Wie in ganz Deutschland ärntete auch bei uns Luther's Lehre gerade beim rührigsten und besten Theil der

Bevölkerung den meisten Beifall, denn gerade er empfand die Schäden der alten Zeit am lebhaftesten. Handelsleute, die vom Norden ins Land kamen, Knappen, welche von Sachsen und Thüringen einwanderten, Landsknechte, die zum Kriege nach Italien zogen, machten ohne Zweifel zuerst die Tiroler mit Luthers Lehre näher bekannt; es geschah wol kaum vor dem Jahre 1521, vor dem Wormser Reichstag. Bald beschäftigten sich alle Stände, Geistliche und Laien, Herren und Bauern mit dem hochwichtigen Ereigniß; in den Kirchen, auf den Gassen und wo immer man zusammenkam, wurde darüber mit Leidenschaft debattirt. In dem Jahre 1521 erschien auch der erste Verkünder dieser Lehre, Dr. Jakob Strauß, ein Mönch aus Bertholdsgaden. Er begann in Hall zu predigen. Die zündende Beredsamkeit, womit er die neue Lehre vortrug, die Leidenschaft, mit der er die Gebrechen der alten Kirche schilderte, fanden großen Beifall. Von allen Seiten strömten Leute zu seinen Predigten heran; 30—40 Bürger gaben ihm das Ehrengeleit von seiner Wohnung bis zum Predigtorte und schützten ihn vor seinen Feinden. Als am 2. März 1522 zwei Priester ihm eine bischöfliche Citation, überreichten, entgiengen sie mit Noth den Mißhandlungen des darüber aufgebrachten Volkes; als er am 4. Mai, dem Drängen der Innsbrucker Regierung weichend, sich verabschiedete, da ward die Bevölkerung von Zorn und Haß gegen die Priesterschaft erfüllt, die man als Urheberin seiner Verbannung ansah. Umsonst bemühte sich nun Stefan Seligmann, ein katholischer Caplan, die Haller wieder für die alte Lehre zu gewinnen; er mußte auf seine Stelle verzichten und dem Urban Regius Platz machen. Dessen Strenge, seine Strafpredigten wider ihr ausgelassenes Leben gefiel allerdings der Bürgerschaft nicht, wol aber seine reformatorischen Ansichten. Der Bischof von Brixen wußte nun zwar auch Regius' Ausweisung endlich durchzusetzen, damit war aber um so weniger geholfen, als er gar nichts Erhebliches that, der immer weiter um sich greifenden Sittenlosigkeit zu steuern und nicht einmal Zeit fand, an der Synode in Mühldorf theil zu nehmen. Dem Beispiele der ausländischen Prediger folgten bald Inländer. Mathias Messerschmied, Chorherr zu Innichen, verbreitete im Thale Vilgratten und in der Umgebung von Innichen lutherische Schriften; die Vilgrattener empörten sich gegen ihren alten Seelsorger und wollten ihn zum Thale hinausjagen, da er wider die Irrlehre warnte. Ein Weltgeistlicher machte die Mönche zu Stams mit Luthers

Lehre bekannt, Frühmesser Eustachius von Heiterwang predigte sie im Zillerthal, ein Franziscaner zu Hall. Dieser dingte sich dann als Knappe zu Schwaz ein, um sein Brot nach dem Worte Gottes im Schweiße seines Angesichtes zu essen. Schwaz zählte 1523 schon 800 Wiedertäufer. Ein Schneidergeselle von Niedervintel, genannt Hans, wagte es sogar, zu Brixen auf offenem Platze wider die geistliche und weltliche Obrigkeit zu predigen und die lutherische Lehre zu verkünden. Die Bürgerschaft der Städte Brixen, Hall und Bozen zeigte sich den neuen Lehren sehr zugänglich; zu Hall verkaufte man lutherische Bücher öffentlich. Sowol in den Städten als auf dem Lande gewann die Secte der Wiedertäufer immer mehr Anhang. Bald traten drei scharf gezeichnete Menschenclassen als vorzügliche Träger des neuen Evangeliums auf, die erste bildeten die Schriftgelehrten: Amtleute, Zollaufseher, Gerichtsdiener, Schullehrer, Organisten, Musikanten; die zweite die Leute des Verkehrs: Wirte, Händler, Fuhrleute, Hausirer u. A.; die dritte die Knappen.[12])

Um die Mitte des Monats März 1523 kam endlich Erzherzog Ferdinand zum ersten Male auf längere Zeit ins Land, aber seine Anwesenheit brachte Tirol nicht das erwartete Heil. Geboren am 10. März 1503 zu Alcala in Spanien, war Ferdinand viel zu jung für eine so schwierige Regierung und in einem ganz anders gearteten Lande erzogen und aufgewachsen, gar nicht bekannt mit den Verhältnissen und Bedürfnissen deutscher Länder. Zu seinem Unglück folgte er mehr dem Rathe seiner spanischen Umgebung, als dem erprobter deutscher Staatsmänner, namentlich schenkte er Michael Gabriel aus Salamanca, seinem Generalschatzmeister, das größte Vertrauen. Als er nach Tirol kam, war es leider auch schon zu spät; überdies that seiner Wirksamkeit Eintrag, daß er nicht als Landesfürst, sondern bloß als Statthalter seines Bruders auftreten konnte. Bald nach seiner Ankunft um die Mitte Aprils versammelte der Erzherzog die Landschaft um sich. Die Stände erschienen in großer Anzahl und mit großer Pracht; die Bevölkerung sah dem Landtage erwartungsvoll entgegen und hoffte von ihm Heil und Rettung; aber kein Landtag, sagt Kirchmair, ist seit 100 Jahren gewesen, wo so wenig ausgerichtet worden. In der That geschah nichts, um die herrschenden Uebelstände zu beseitigen, nicht einmal die schon durchberathene Landes- und Polizeiordnung wurde zum Abschluß gebracht; die Beschlüsse und Haltung des Landtags sowie der maßgebenden

Persönlichkeiten an Ferdinands Seite mußten vielmehr die Aufregung und Unzufriedenheit im Lande noch steigern. Dem einflußreichen Salamanca, der glaubte, er dürfe die Deutschen wie die Spanier behandeln, war es nur um die Füllung seines Säckels, um Befriedigung seiner Herrschsucht zu thun. Er wollte vom Landtage vor allem Geld. Die beiden Bischöfe konnten ihm nicht widerstreben, weil sie seiner und des Landesfürsten Gunst bedurften. Bernhard v. Trient, der bisher in seinem Stift schlecht gehaust hatte, und dem sein heimischer Wirkungskreis zu eng war, hoffte im Dienste des Fürsten materiellen Gewinn, Ruhm und Ehre; Sebastian von Brixen suchte am Hofe Unterstützung gegen seine Feinde im Capitel und Adel des Landes. Die Herren des Innsbrucker Regimentes schlossen sich ebenfalls Salamanca an, denn sie wollten ihre Aemter, die Schlösser und Gerichte, die sie inne hatten, nicht verlieren und fürchteten die Anklagen ihrer Feinde, die in einem offenen Briefe sie der Pflichtverletzung beschuldigt hatten. Mit ihnen hielt ein Theil des Adels; der andere schloß sich dem Landeshauptmann an, der mit den Regimentsherren in Zwiespalt war; aber auch er suchte des Hofes Gunst. Nur Herrn und Prälaten niedrigen Grades und den Städten und Gerichten war es wahrhaft um des Landes Wohl zu thun; doch auf sie hörte man nicht. So hatte Salamanca leichtes Spiel; durch Uneinigkeit gelähmt, mußte die Landschaft ganz seinen Willen thun. Man verlangte von ihr 150,000 fl.; 145,000 zur Ablösung des Kammergutes und 5000 als Geschenk für die Erzherzogin, gegen Verzicht auf die größtentheils noch nicht bezahlte Steuer vom Jahre 1518 und Bestätigung der Privilegien; sie wurden bewilligt, eine bisher unerhörte Summe. Aber damit war Salamanca nicht zufrieden; er wollte auch in Zukunft das Land seinem Willen unterwerfen. Deshalb mußte Ferdinand die bisherige Regierung entlassen, obwol er sie erst kurz vorher seiner Huld versichert, und an ihre Stelle trat ein ganz neues Regiment, das den Titel Hofrath führte. Von den alten Räthen blieben darin nur Ciprian von Sartein, Kanzler, Ritter Christof Fuchs, Dr. Hieronimus Baldung und Ritter Belasy Helzl; zu diesen kamen: Rudolf Graf von Sulz, Statthalter, Sigm. Freiherr von Wolkenstein, Wilhelm v. Reichenbach, Hildebrand v. Spaur, Anton von Brandis, Dr. Beatus Widmann und Balthasar v. Cles. So saßen also mehrere Ausländer in diesem Hofrathe und dann hatte er trotz des hochklingenden Titels weit weniger Macht als das

frühere Regiment, denn alle wichtigen Händel mußten dem herrschsüchtigen Salamanca nachgesandt werden, in allen sprach er das letzte Wort. Wer sich seinem Willen nicht fügte, gerieth in große Gefahr. Michael von Neuhaus wurde darum gefänglich eingezogen, weil er das Schloß Tolmezzo nicht herausgab, auf das er Brief und Siegel hatte. Zudem beutete Salamanca die Gunst des Landesfürsten gehörig aus; in kurzer Zeit erwarb er sich schöne Besitzungen und einen reichen Schatz an Silber und Kleinodien. Als er Ende Juli 1523 sich mit der Gräfin Elisabet von Eberstein vermählte, gab Ferdinand dieser 4500 fl. als Brautschatz und überließ jenem hiefür, wie für schuldige 4000 fl. Schloß und Gericht Ehrenberg. Die Hochzeit wurde mit großer, ja fürstlicher Pracht gefeiert, Sammt, Seide und goldene Stoffe kamen hiezu in Menge aus Venedig und Augsburg nach Innsbruck; ein großes Turnier fand statt; auf allen Plätzen und Gärten wurde getanzt, gesprungen und gesungen. Ferdinand nahm, eben von seiner kurzen Rundreise im Lande heimgekehrt, persönlich daran theil.[13])

Die Haltung des Landtags, namentlich der Egoismus der Bischöfe und der Großen des Landes, die Willkür Salamancas, seine Geldgier und Prunksucht, die Eintreibung der hohen Steuer machten böses Blut. Die Erbitterung stieg, als Ferdinand auch gegen die Anhänger der neuen Lehren strenge auftrat. Zu diesem Zwecke wahrscheinlich berief er Bischof Sebastian als Kanzler nach Innsbruck und nahm Dr. Faber, einen eifrigen Katholiken, in das Innsbrucker Regierungs-Collegium auf. Der Erzherzog wollte nämlich das Wormser Edict, weitere kaiserl. Mandate und die Beschlüsse, welche von mehrern kathol. Fürsten zu Regensburg im Juni 1524 gefaßt worden waren, zur Ausführung bringen. Zu Regensburg hatten sich die Verbündeten vereinbart, sie wollten in ihren Ländern den religiösen Neuerungen Einhalt thun, obwol kurz vorher der Reichstag zu Nürnberg erklärt, man wolle das Wormser Edict nur „insoweit möglich" durchführen. Ferdinand fand nicht bloß an dem Brixner, sondern auch an dem Trientiner Bischofe und selbst an dem Landeshauptmann, der bisher reformationsfreundlich gewesen, eifrige Unterstützung. Ein solcher Verfolgungseifer der Bischöfe mußte die Anhänger der neuen Lehren um so mehr erbittern, je weniger diese geistlichen Herren in kirchlichen Dingen bisher pflichteifrig, je weltlicher ihr Treiben gewesen und noch war, je geringere Opferwilligkeit für das allgemeine Wohl der Klerus überhaupt zeigte. Davon gab gerade die Gegen-

wart ein glänzendes Zeugniß. Während die Prieſterſchaft in der früher geſchilderten Weiſe die Laien ausſog, wehrte ſie ſich mit aller Macht gegen die Türkenſteuer, die ihr der Reichstag von Nürnberg auferlegte; ſie ſchickte zwei Geſandte aus Brixen und Trient an den Erzherzog zur Abwendung dieſes Uebels, der einmaligen Zahlung des Drittels ihrer Jahreseinkünfte. Die Regierung zu Innsbruck hatte aber nicht Kraft genug, ihre Befehle durchzuführen. Die Städte und Gerichte kehrten ſich nicht an die bewilligte Steuer; die Unordnung und Mißachtung der Obrigkeit wurde ſtets größer, die Anhänger der neuen Lehren mehrten ſich trotz der Verbote; in wenigen Wochen trat eine merkliche Anzahl von Männern und Weibern zu den Wiedertäufern über, eine Perſon allein verführte 400 Seelen. Bewaffnete Bauernhaufen nahmen mehrere Stamſer Mönche, die der Reformation anhiengen, in Schutz, als die Regierung gegen ſie einſchritt; die Hitzigern ſtießen die ärgſten Drohungen aus. Peter Paßler und der Venuswirt erhoben im Puſterthal förmlichen Aufruhr und trieben hier ſowie in andern Landestheilen ganz offene Fehde, bis ſie endlich zu Schlanders gefangen genommen wurden. Der Chroniſt Kirchmair verſichert, daß derlei Friedensbrecher „gar wohlfeil“ geweſen. Zu all dem kam noch um dieſe Zeit die Agitation von außen ins Land; denn die Bauerſchaften in den Nachbarländern, die ſich ſchon empört, oder es zu thun im Begriffe ſtanden, ſuchten Fühlung mit gleichgeſinnten Tirolern.[14])

Da die innere Entwickelung einen ſo unglücklichen Verlauf nahm, ſo mußte naturgemäß, ſobald noch ſchlimme äußere Einflüſſe einwirkten, die radicale Partei im Lande die Oberhand erlangen. An ihre Spitze ſtellte ſich Michael Gaißmayr, ein Knappenſohn aus Sterzing. Als Schreiber des Landeshauptmannes, dann Secretär des Biſchofes von Brixen und zuletzt Zolleinnehmer zu Klauſen, hatte er alle Verhältniſſe des Landes, alle ſeine Uebelſtände genau kennen gelernt. Er verband ungemeine Klugheit mit raſtloſer Thätigkeit und zeigte in der Ausführung des einmal gefaßten Planes eine ſeltene Thatkraft; überall verbreitete er ſeine Grundſätze, warb er Anhänger. Sein Blick war ein vielumfaſſender, er hatte ein richtiges Verſtändniß für die Wünſche und Bedürfniſſe des Volkes ſeiner Zeit und auch ein Herz dafür. Der Chroniſt Kirchmair nennt ihn einen leichtfertigen, aufrühreriſchen, böſen, aber ſchlauen Mann. Gaißmayr hielt ſich lange zurück und wirkte im Stillen; ſeine Geſinnungsgenoſſen hin-

gegen waren um so kühner. Sie hetzten offen das Volk gegen die Obrigkeiten und die höhern Stände auf und stifteten Zwietracht und Uneinigkeit zwischen den Ständen.[15])

Kaiser Karls erster Krieg mit König Franz I. von Frankreich in Italien und die Bauernunruhen in Schwaben bewogen Ferdinand I. Ende Nov. 1524 nach Tirol zu reisen. Er wollte anfangs selbst sich am italienischen Kriege betheiligen; der Connetable Karl von Bourbon, kaiserlicher Oberfeldherr über die italienische Armee, suchte ihn darum zu Innsbruck auf, um den Kriegsplan mit ihm zu besprechen. Allein Ferdinand mußte sich begnügen, Hilfsvölker nach Italien zu schicken, denn er selbst konnte Tirol nicht mehr verlassen, da der Bauernaufstand Tirols Grenzen immer näher rückte und im Lande selbst bereits die Bewegung begann. Die Knappen von Schwaz geriethen nämlich mit ihren Schmelzherrn wegen einiger abgebrachter Feiertage in Zwiespalt, rotteten sich zusammen und brachen am 22. Jan. 1525 nach Innsbruck auf, um dem Landesfürsten ihre Beschwerden vorzubringen. Ferdinand gieng ihnen nach Hall entgegen und gab auf ihre ruhig vorgetragenen Klagen eine tröstliche Antwort; beschwichtigt kehrten sie nun heim. Da es aber bei bloßen Versprechungen blieb, wiederholte sich das Schauspiel nach 3 Wochen. Die Sturmglocke ertönte, die waffenfähige Knappschaft griff nach dem Gewehr, rottete sich zusammen und brach abermals nach Innsbruck auf. Ferdinand kam den Knappen wieder bis Hall entgegen, begleitet vom Brixner Bischof und mehrern Herrn der Regierung. Er besänftigte die Aufgeregten durch das Versprechen, allen ihren Beschwerden solle abgeholfen werden.[16])

Der italienische Krieg und die Bauernunruhen veranlaßten Ferdinand auch zur Einberufung des Tiroler Landtags. Als die Stände anfangs März sich versammelten, war zwar der italienische Krieg durch die siegreiche Schlacht der Kaiserlichen bei Pavia (25. Febr.) glücklich entschieden, aber der Bauernaufstand hatte noch größere Dimensionen angenommen und bereits Tirols Nordwestgrenze erreicht. Der einberufene Landtag entsprach seiner Aufgabe nicht. Zur Erhaltung der Ruhe bedurfte es vor allem einer Heeresmacht und dazu Geld, aber davon wurde nichts bewilligt. Die übrigen zur Beruhigung des Landes gefaßten Beschlüsse kamen theils zu spät, theils genügten sie nicht oder bewirkten sogar das Gegentheil. Die Landschaft verlangte eine Zusammenkunft aller Erblande zur Berathung

der gemeinſamen Angelegenheiten, aber ſie ward erſt auf den St. Martinstag anberaumt und einem am 30. October zu haltenden Landtag die Wahl des Ausſchuſſes überlaſſen. Für den Fall von Kriegsläufen übertrug der Erzherzog auf Anſuchen der Landſchaft, einem Statthalter und vier Landleuten, je zweien aus Regierung und Kammer, in ſeiner Abweſenheit die Leitung der Landesangelegenheiten; auch ließ er ſich's gefallen, daß fortan die Regierung nicht nach geſchriebenen Rechten, ſondern nach dem Gebrauch der fürſtlichen Grafſchaft die Proceſſe führe, und verſprach, den Advocaten ungebührliche Beläſtigung der Parteien zu verbieten. Dagegen wollte die Landſchaft auf Begehren des Landesfürſten den kaiſerlichen Mandaten betreffs der katholiſchen Religion gehorchen; diejenigen, welche von der katholiſchen Religion abgefallen, ſollten nach der Malefizordnung beſtraft, die Geiſtlichen vor den Laien durch Regierung und Biſchöfe beſchirmt, hingegen aber auch nach den kaiſerlichen Mandaten ermahnt werden, ihre Pfarrkinder nicht zu beſchweren. Bezüglich der „unordentlichen Empörung" beſchloß die Landſchaft, alle jene, die die Stände oder Einzelne gegen einander oder gegen die Obrigkeit hetzen, an Leib und Gut zu beſtrafen, und man verpflichtete ſich, zum Vollzug des Rechtes ſich gegenſeitig beizuſtehen. Mord und Todſchlag wollte man durch Verbot unberechtigter Weinſchänke, ſtrenge Verpflichtung der rechtmäßigen Wirte und Einziehung aller Müßiggänger verhindern. Um andern Beſchwerden mannigfacher Art zu begegnen, faßten Fürſt und Stände den Entſchluß, endlich mit der Aufrichtung einer Landesordnung Ernſt zu machen, und beauftragten den Statthalter, die Hofräthe und einen eigens gewählten Stände-Ausſchuß von 16 Mitgliedern mit deren Abfaſſung; die Beſchwerden des Viertels a. d. Etſch wegen des Ab- und Aufzugs der Bauleute überwies man dem Statthalter und ſeinen Räthen.[17])

Die Regierung war alſo durch förmlichen Landtagsbeſchluß ermächtigt, gegen die Anhänger der neuen Lehre und die Aufwiegler mit aller Strenge vorzugehen und ſie that's nun auch. Viele wurden verhaftet, aus dem Lande vertrieben oder hingerichtet. In der Stadt Brixen allein übergab man in drei Wochen 47 Perſonen dem Scharfrichter, vom Gerichte Rodeneck wurde Gabriel Krapf und im Gebiete von Neuſtift die zwei reichen Bauern Balthaſar Keferer und Paul Pfefferer lebendig auf's Rad geflochten. Die Richter giengen dabei ſehr ſummariſch zu Werke; ſie zogen auch viele Unſchuldige ein

und entließen sie erst nach wochenlanger Haft, nach schwerer Folterung. Diese Strenge erzeugte eine allgemeine Aufregung unter der Bevölkerung, niemand fühlte sich nunmehr sicher. Die Anhänger der neuen Lehren waren zahlreich und über das ganze Land, selbst in Wälschtirol, verbreitet; der Ruf nach dem reinen Evangelium unter der deutschen Bevölkerung schon sehr häufig. Viele Prediger reizten durch Auslegung des Wortes Gottes zum Aufruhr. Der rechte Zeitpunkt für die radicale Partei war gekommen; sie entfaltete jetzt die rührigste Thätigkeit. Vor allem wandte sie ihre Angriffe gegen die Regierung, sie stellte diese in ihren Reden und Flugblättern im schwärzesten Lichte dar. Namentlich auf folgende Männer suchte sie des Volkes Haß zu wälzen: Gabriel von Salamanca, Dr. Fabri, die beiden Bischöfe und Fugger von Augsburg. Sie sollten dem gemeinen Mann als die verderblichste Camarilla erscheinen, die den Fürsten verführe und zu ihrem eigenen Vortheil ausbeute. Man ergieng sich in den ärgsten Schmähungen gegen sie. So wurde Salamanca in einem Schreiben an die Gemeinden Niederösterreichs „der stinkendt, ketzerisch asarianisch Jud und Pöswicht" genannt; es heißt darin weiter, er habe sich in drei Jahren aus ihrem blutigen Schweiß ein Fürstenthum errichtet, eine Herrschaft in Burgund um 10,000 fl. gekauft, eine merkliche Anzahl Silber und viele fürstliche Kleinode von Innsbruck weggeschickt. Gegenüber so gewissenloser Ausbeutung durch eigennützige Höflinge, gegenüber der Beeinträchtigung durch die Uebergriffe des Klerus und Adels gaben sich die Häupter der Revolution als die Hüter der landesfürstlichen Rechte, als Beförderer des Landeswohles aus. Ihre Angriffe mußten um so erfolgreicher sein, als die angegriffenen Männer theils als Fremde, theils als Geistliche verhaßt, als sie von Eigennutz durchaus nicht frei waren und durch ihre Verschwendung und Prunksucht das arme Volk reizten. Uebertreibung, Verleumdung, Lug und Trug wurden bald Hauptmittel der Agitation. Die Heftigsten unter den Radicalen giengen immer weiter; zuletzt wollten sie von keiner Obrigkeit mehr etwas wissen; es sollten nicht nur alle geistlichen und weltlichen Herrschaften im Lande aufhören, sondern selbst das landesfürstliche Regiment; sie verlangten alle Gewalt für den Bauernstand, der von nun an sich selbst regieren wolle. Ihre Aussichten wuchsen stets; denn in dem benachbarten Schwaben gewann auch die radicale Partei immer wieder die Oberhand und so ward trotz der abgeschlossenen Waffenstillstände

der Kampf stets von neuem begonnen. Im Lande selbst hatte sich bereits Levico erhoben. Der Landesfürst befand sich in der bedrängtesten Lage. Er war mit der ganzen bewaffneten Macht in Schwaben beschäftigt. Gelang es ihm auch anfangs April durch Besetzung Füssens die Verbindung der schwäbischen Bauern mit den tirolischen vorläufig zu hindern, so liefen doch die 1000 Mann, die er mit Mühe zum Schutze dieses wichtigen Punktes zusammengebracht, bald wieder auseinander und die kleine Besatzung der Stadt war wieder auf sich selbst angewiesen. Im Lande Kriegsvolk aufzunehmen durfte er bei der herrschenden Stimmung kaum wagen, auch stand das beste noch in Italien; als er aber aus Burgund Kriegsleute heranzog, zeigte sich unter den Bauern so heftiger Widerwille gegen das fremde Militär, daß er von seinem Vorhaben abstehen mußte. Und gerade jetzt hätte er es so nöthig gehabt, denn anfangs Mai rückte ein großer Bauernhaufen gegen Füssen und überschritt am 13. Mai bei Steingaden den Lech; die Erhebung der Salzburger Bauern stand nahe bevor. Damit war auch für die Tiroler Umsturzmänner der günstigste Zeitpunkt eingetreten, wiederholt aufgereizt von den Nachbarn, versäumten sie nicht, ihn zu ergreifen.[18])

Der Aufruhr begann am 10. Mai in der Stadt Brixen. Als Peter Paßler, den die Geschwornen zuerst zum Feuertode verurtheilt, dann aber zum Schwerte begnadigt hatten, auf den Richtplatz geführt wurde, da stürmten mehrere Bauern von Rodeneck, Leonhardsberg, Andreasberg und andern benachbarten Orten heran, befreiten ihn aus den Händen des Richters, Henkers und der Schergen und jagten diese in die Flucht. Der Glockenstreich, der nach Verabredung am nächsten Tage auf allen benachbarten Kirchthürmen erschallte, rief Bauern aus allen Thälern und Bergen in Brixens Umgebung herbei; sie versammelten sich in der Mühlander Au und beschlossen, mit Gewalt ihre Beschwerden und großen Auflagen abzuthun. Unerschrocken begab sich Sigmund Prandisser, Pfleger von Rodeneck, zu ihnen und suchte sie zu beschwichtigen. Obwol sie aber ihm zusagten, nichts Thätliches zu unternehmen, so griffen sie doch noch am selben Abend Brixen an. Ihre Feindseligkeiten waren aber nur gegen Priesterschaft und Adel gerichtet, deren Häuser sie plünderten und verwüsteten, deren Frauen und Töchter sie schändeten, nicht gegen die Bürgerschaft, die sie freundlich aufnahm und durch Zutrinken zu ihrem Vorhaben ermunterte. Nach Plünderung der Brixner Pfarr- und

Adelshäuser wählten Bauern und Bürger sich Hauptleute, worunter Mich. Gaißmayr, und trugen sich, durch fortwährenden Zulauf zur erheblichen Anzahl von 5000 angewachsen, mit dem Plane, den Klerus ganz zu berauben, den alten Glauben abzuschaffen und eine demokratische Republik zu errichten. Zunächst wandte sich ihre Feindseligkeit gegen das Kloster Neustift. Vergeblich suchte dessen Probst, Georg Kirchmair, durch Zahlung von 5000 fl. die Plünderung abzuwenden, die Empörer überfielen am 12. in voller Anzahl das Kloster, mißhandelten die noch anwesenden Priester, raubten was sie fanden, zerstörten selbst heilige Gefäße und Gerätschaften und übten viel Unfug. Nur durch List gelang es Kirchmair, die Urbarbücher, auf die sie es besonders abgesehen hatten, zu retten. Das Kloster erlitt einen Schaden von fast 25,000 fl.[19])

Am nächsten Tage wählten die Aufständischen Michael Gaißmayr zu ihrem Obersten. Nun verbreitete sich die Empörung wie ein Lauffeuer über das ganze Land; die Rädelsführer stachelten durch allerlei Vorspiegelungen, Lug und Trug eine Gemeinde nach der andern auf. Die Priester wurden überall geplündert, selbst die ärmsten kamen um das Ihrige; der eingeschüchterte Adel verlor Schloß auf Schloß an die rebellischen Bauern. Raub und Plünderung, Zerstörung und Verwüstung von Gebäuden, Mißhandlung von Personen wurden namentlich im Lande a. d. Etsch allgemein; ruhige Leute wagten sich fast nicht aus den Häusern. Von Brixen trug ein Theil der Empörer den Aufruhr zunächst in die Bozner Gegend. Die Deutschordenshäuser zu Bozen und Leugmoos auf dem Ritten wurden am 13. Mai geplündert und verheert; Landcomtur Heinrich v. Knöringen mußte sich flüchten, drei oder vier Ordenspriester, die sich des Concubinates schuldig gemacht, wurden so mißhandelt, daß sie daran starben. Dann überfielen die Aufständischen das Stift Gries und die Juden zu Bozen und zerrissen oder verschleppten alle Urkunden. Die Fleimser nahmen die Güter des Pfarrers und der Deutschordensherrn in Beschlag, die Neumarkter besetzten, doch mit Vorwissen des Gerichtsherrn, die Schlösser Königsberg und St. Michael, die Kalterer trugen denen von Tramin die Wegnahme der Urbarien des Trientiner Capitels auf. Am 14. Mai brachen 2000 Bauern in das Klarissenkloster zu Meran und stießen die Nonnen aus demselben. Die Geräthe, Kostbarkeiten und Lebensmittel wurden verschleppt oder zerstört, der Wein gesoffen oder ausgelassen. Mehrere

Nonnen ſtarben infolge des Schreckens und der erlittenen Mißhandlungen. Viel ſchlimmer ergieng es den Nonnen des Dominicanerinnenkloſters zu Steinach: alle bis auf eine, die der Zufall verſchonte, ſchlachtete die blinde Wuth der Bauern dahin. Die Pfarrhäuſer zu Tirol, Algund, Schönna, Mais, Lana, Tiſens und Ulten wurden am ſelben Tage verwüſtet, während der Nacht das deutſche Haus zu Lana, am 15. und 16. die Schlöſſer Mayenburg und Zwingburg erſtürmt und ausgeraubt. Von der Meraner Gegend drang die Empörung auch ins Vintſchgau. Leute aus dem Burggrafenamte, Caſtelbell und Schlanders plünderten das Kloſter Schnals; das Kloſter Marienberg erlitt daſſelbe Schickſal und überdies mußte der Abt noch 2500 fl. Brandſchatzung zahlen. Wie nach Süden verbreitete ſich zu gleicher Zeit von Brixen aus die Erhebung nach Oſten und Norden, ins Puſterthal und Wippthal. Es wurden von den Bauern im Puſterthal etliche Klöſter, Pfarrhäuſer und Schlöſſer erſtürmt und verbrannt; das Kloſter Sonnenburg raubten die eigenen Unterthanen aus. Faſt gleichzeitig mit dem Rebell im Etſchlande begannen die Unruhen im Innthale. Die Oberinnthaler überfielen das Kloſter Stams, vertrieben die Mönche und beſetzten es ſtark mit Bauernknechten; das Kloſter Wilten mußte ſich mit 17 Yhren Wein vom Schaden loskaufen. Als Heimrat Raimer am 14. Mai mit einigen Reiſigen in Hall einrückte und da übernachtete, rotteten ſich die Leute der Gerichte Thaur und Rettenberg zuſammen und zogen dahin, doch wußte der Stadtrath ſie von größern Gewaltthaten abzuhalten; auch in den Gerichten Sonnenburg, Abſams und Stubai und in der Probſtei Amras begannen bedenkliche Bewegungen; die Sonnenburger hielten mit denen von Taur und Freundsberg eine große Verſammlung um Innsbruck, die Stubaier plünderten ſelbſt die Waldraſtcapelle.[20])

Als in Deutſchtirol bereits an allen Ecken und Enden die Flamme des Aufruhr emporloderte, zündete ſie auch in Wälſchtirol. Von Meran zog das verheerende Element nach dem Nons- und Sulzberg, vom mittlern Etſchlande drang es in das untere vor. Am 15. Mai überfiel eine Rotte von aufſtändiſchen Bauern aus dem obern Etſchlande, beſonders aus Lana, Nals und Tiſens den Widum zu Senale und plünderte ihn rein aus. Da ſie beabſichtigten, dem Widum und Schloſſe zu Caſtelfondo daſſelbe Los zu bereiten, ſo entſchloß ſich Bernardin von Thun, Pfandinhaber der Herrſchaft Caſtel-

fondo, Schloß sammt Zugehör seinen Gerichtsleuten bedingungsweise zu übergeben, um es so vor Plünderung durch Fremde zu retten; sie nahmen es in Besitz und lohnten ihm durch Beraubung und andere Unbilden. Von Castelfondo verbreitete sich der Aufstand wie ein Laufseuer durch Nons- und Sulzthal; es erhoben sich auf der linken Seite der Noce die Bewohner der Orte Vigo, Tora, Tajo, Smaran, Dambel, Cloz, der Pfarren Revò, Livo und Malè, der Dörfer Pejo, Cogolo, Celadiz, Pelizano, Camezadura und Comasen sowie der Pfarre Volsana; auf dem rechten Noceufer nur wenige, die von Flavon, Neuspaur und Mechel nebst einigen aus den Pfarren Cles und Denno. Die rabiatesten Umsturzmänner traten an die Spitze der Bewegung, Geistliche und Adelige wurden überfallen, ihre Schlösser und Häuser geplündert und besetzt, die landesfürstlichen und bischöflichen Beamten beseitigt und neue gewählt, wer mit diesem Treiben nicht einverstanden war, verbannt; den noch ruhigen Gemeinden drohten Emissäre, wenn sie selbst nicht die Schlösser und Widum plündern, werden es die Etschländer oder andere thun. Diesem tollen Treiben gegenüber benahm sich der Adel völlig rathlos; die Herren Balthasar und Jakob von Cles beeilten sich, das Beispiel Bernadins von Thun nachzuahmen und übergaben das Schloß Cles. Auf ähnliche Weise giengen die Schlösser Flavon und Neuspaur in die Hände der Gerichtsleute über. Die glänzenden Erfolge ermuthigten die Empörer auf dem einmal betretenen Wege fortzuschreiten. Die Sulzberger raubten am 22. Mai das Hospital und Priorat zu Campiglio aus; die Leute von Volsana dürsteten zur selben Zeit, Adel und Geistlichkeit zu Grunde zu richten. Eine große Versammlung in Banco faßte den Beschluß, dem Bischof den Gehorsam aufzusagen und durch Gesandte aus ganz Nons- und Sulzberg dem Landesfürsten die Herrschaft anzutragen. Damit waren freilich viele Nons- und Sulzberger nicht einverstanden und eine Reihe von Ortschaften erklärte sich ausdrücklich gegen diesen Beschluß; aber die Aufständischen ließen sich dadurch nicht abschrecken und verharrten im Aufruhr. Um sich zu stärken, suchten sie Verbindungen mit den benachbarten Thälern, namentlich mit dem Etschland und Judicarien, anzuknüpfen. Nach Bozen sandten sie wiederholt Boten, bekamen aber immer abschlägigen Bescheid; die Bewohner Judicariens wankten in ihrer Treue nicht; selbst auf die Hilfe und den Anschluß der sonst zur Rebellion so geneigten Stadt Trient rechneten die Nons- und Sulzberger Revolutionäre vergebens. Ein Haupt-

hinderniß fand aber ihre Rebellion an der Planloſigkeit ihrer Unternehmungen und am Mangel jeder Leitung.[21])

Gleichzeitig mit den Nonsbergern, wenn nicht ſchon früher, erhoben ſich die Bauern in der Umgebung Trients, im Lagerthal und Valſugan. Zu den Beſchwerden über Bedrückungen der Herrſchaften, über die Strenge der Caſtellane, über das Verbot der Jagd und Fiſcherei u. dgl. kamen hier noch andere. Die Leute um Trient klagten ganz beſonders über die Quälereien der Advocaten und Notare und über das Verbot der Weinausfuhr nach Deutſchtirol, das ſie für die Urſache ihres Ruins hielten. Sie waren ſo aufgebracht, daß ſie lieber ſterben als in den bisherigen Verhältniſſen leben wollten, und zogen ſchaarenweiſe gegen Trient heran, das der Hauptſitz ihrer Quäler war, denn da lebten die adeligen Herrn, die Advocaten und Notare. Biſchof Bernhard, der im Monat vorher von ſeinen langwierigen Reiſen zurückgekehrt, traf raſch Anſtalten zur Vertheidigung der Stadt. Zu ſeinem Glück hatten ſich noch vor dem Ausbruch der Empörung die kriegserfahrenen Herren Graf Franz von Lodron und Franz von Caſtelalt ihm zur Verfügung geſtellt; dazu brachte noch Georg von Freundsberg, der eben von Italien kam, anſehnliche Hilfe. Allein Bernhards Verſuche, die empörten Bauern mit Güte zu beſchwichtigen, blieben vergebens; ſie waren feſt entſchloſſen, Trient zu erobern und es zu zerſtören oder mit deſſen Bewohnern ſich in die Herrſchaft über das Bisthum zu theilen. In Trient ſelbſt gab es eine radicale Partei, die gern mit den Bauern gemeinſame Sache machte und mit Gewalt darnieder gehalten werden mußte. Die Stimmung gegen die Geiſtlichkeit und den Adel wurde in den untern Bevölkerungsſchichten immer erbitterter. Bei dieſer Sachlage verließ Bernhard mit vielen Adeligen die Stadt und begab ſich nach Riva. Franz von Caſtelalt, Georg von Freundsberg und Chriſtof v. Thun übernahmen die Leitung und Vertheidigung der Stadt. Ihre Aufgabe wurde eine außerordentlich ſchwierige; denn je zahlreicher die äußern Feinde wurden, deſto frecher erhoben die innern ihr Haupt; es bedurfte der äußerſten Vorſicht und Wachſamkeit, um die Verbindung beider zu hindern. Doch nachdem die Commandanten neue Hilfe aus dem getreuen Judicarien und andern verläßlichen Orten herbeigezogen, gelang es ihnen, die Ruhe im Innern aufrecht zu erhalten; die Conſuln, Viertelhauptleute und beſſern Bürger bewährten ſich nicht bloß als treu, ſondern mahnten auch andere Ge-

meinden von der Empörung ab und zerſtreuten die falſchen Gerüchte, mit denen die Rädelsführer die Leute zur Gewaltthat reizten. Die äußern Feinde, die von allen Seiten, beſonders aber vom Lagerthal, von Rendena, von den Herrſchaften der Lodron und aus den Bergwerken von Pergine, herbeigeſtrömt, richteten beim Mangel an Belagerungswerkzeugen gegen die feſten Mauern nichts aus und verliefen ſich, wie es ſcheint, wieder allmählich. Doch an Ruhe dachten ſie darum noch nicht, vielmehr wuchs ihre Erbitterung, namentlich auch gegen den Biſchof, den ſie zu ermorden drohten. Von einer geiſtlichen Herrſchaft wollten die Empörer nichts mehr wiſſen. Weil ſie aber ſelber nicht im Stande waren, Trient zu erobern, forderten ſie den Landesfürſten auf, es in Beſitz zu nehmen. Auf deſſen Ermahnung, ſich ruhig zu verhalten, ſchloſſen ſie ſich den rebelliſchen deutſchen Bauern an und ſannen auf eine allgemeine Inſurrection.[22])

Indeſſen waren nämlich die meiſten deutſchen Gemeinden wieder zu größerer Ruhe gekommen; wenigſtens hatten ſie von Gewaltthaten abgelaſſen. Der Grund hiefür iſt einerſeits in der Haltung einzelner Landgemeinden und der Städte, anderſeits in den weiſen Maßregeln des Landesfürſten zu ſuchen. Die treuen Gemeinden auf dem Lande ſowie die Städte traten der Bewegung ſehr hemmend entgegen; ſie hinderten nicht nur die Verbindung der rebelliſchen Gemeinden, ſondern wirkten auch durch ihr Beiſpiel beruhigend. Beim Ausbruch der Revolution war der Erzherzog faſt von jeder Truppenmacht entblößt und ſomit in peinlicher Lage. Eben kurz vorher hatte er unter Grafen Ludwig von Helfenſtein und Leonhard v. Völs vier Fähnlein Knechte dem Erzbiſchof von Salzburg zu Hilfe geſchickt. Die aus Italien, Burgund und andern Gegenden ihm zuziehenden Truppen hatten Weiſung zur Umkehr erhalten; im Lande Kriegsvolk zu werben war noch gefährlicher geworden. Auch fehlten Ferdinand zu Rüſtungen die Mittel, er mußte ſogar, um nur einiges Bargeld ſich zu verſchaffen, die Regierung ermächtigen, Anlehen zu machen, Erbſtücke und Güter zu verſetzen, Kleinodien und Silbergeſchirr einzuſchmelzen. Doch er verlor die Beſinnung und den Muth nicht. Um die Gefahren von außen zu vermindern und die Verbindung der Tiroler und Allgäuer Bauern zu hintertreiben, ſuchte er vor allem mit letztern ſich zu vereinbaren und ſchloß den Vertrag v. Füſſen. War dieſer für ihn auch ſehr ungünſtig, ſo erreichte er damit doch, daß die Allgäuer vorläufig nichts weiter unternahmen und die Tiroler

und Salzburger Rebellen im Stiche ließen. Während dieſer Verhandlungen mit den Allgäuern ſuchte er auch die aufſtändiſchen Tiroler mit den Waffen der Milde zu beruhigen. Da die Erbitterung der meiſten nicht gegen ihn, ſondern gegen ſeine Regierung, namentlich Salamanca, Dr. Fabri, und die Biſchöfe von Brixen und Trient, ſich wandte, ſo war ſchon viel gewonnen, als die erſt genannten drei vor dem bedrohlichen Volksunwillen aus dem Lande flüchteten und Bernhard ſich nach Riva zurückzog; jetzt konnten ſeine Ermahnungen bei der Mehrzahl Gehör finden, da die Scheu vor dem Landesfürſten nur Wenigen entſchwunden war. Ferdinand bemühte ſich ſogleich beim Beginne der Empörung durch Commiſſäre wie durch Schreiben beſchwichtigend zu wirken. Die Commiſſäre erhielten den Auftrag, mit den Aufſtändiſchen zu unterhandeln und ihnen zu verſprechen: es werde ſobald möglich ein Landtag einberufen werden, dort ſollen ihre Beſchwerden Abhilfe finden; bis dahin aber möge ſich jedermann ruhig verhalten. In den Schreiben belobte er die bisher treu gebliebenen Gemeinden und ermunterte ſie in der Treue zu verharren oder mahnte aufſtändiſche von Gewaltthaten ab. Wegen ihrer Treue belobt wurden die Bürger von Sterzing und Lienz, die Gerichtsleute von Ehrenberg und Sarnthal und die Knappen von Schwaz; dagegen wurden die Oberinnthaler ermahnt, die Schlöſſer Starkenberg und Fernſtein ja nicht zu ſtürmen; die Leute an dem Eiſak und der Etſch den Schlöſſern Rodeneck, Prösſels und Salurn keine Gewalt anzuthun. Nach Brixen, dem Herde der Verſchwörung, und ins Puſterthal beorderte Ferdinand Kaſpar Künigl und Sigm. Brandiſſer zur Herſtellung der Ruhe. Die nach Trient geſchickten Commiſſäre erhielten die Inſtruction, allen Fleiß anzuwenden, daß die Stadt Trient mit den dazu gehörigen Communen ihm perſönlich als Fürſten von Oeſterreich und Grafen von Tirol huldige; den vor Trient lagernden Bauern wurde befohlen, den Ausgang der Unterhandlungen ruhig abzuwarten.

Ließen ſich auch die Bauern in der Trientiner und Brixner Gegend und andere rabiate Geſellen nicht beſchwichtigen, ſo erzielten dieſe Maßregeln beim ruhigern Theil der Bevölkerung gute Erfolge, namentlich im Innthale und im Gerichte Sterzing. Viele Bauern ließen von Gewaltacten ab und ſuchten auf verfaſſungsmäßigem Wege Abhilfe ihrer Beſchwerden. Es liefen nun von allen Theilen des Landes Supplicationen und Beſchwerdeſchriften ein. Sie be-

treffen entweder alle oder einen Theil der früher geſchilderten Uebelſtände, wozu noch einzelne Localbeſchwerden kamen. Einen der Hauptpunkte darunter bildet in vielen das Evangelium. So verlangen z. B. die Leute der Gerichte Rettenberg und Taur im erſten Punkte: Das Wort Gottes ſoll lauter und klar, ohne menſchlichen Zuſatz verkündet, die um des Evangeliums willen Verhafteten ſollen befreit, die Vertriebenen zurückberufen, den Geiſtlichen ihre weltliche Gewalt benommen werden und die Gemeinde nach Rath der verſtändigſten Pfarrleute ihre Prediger ſelbſt einſetzen und wieder entlaſſen. Die Supplication ſtimmt in dieſen Forderungen oft faſt wörtlich mit dem erſten jener 12 Artikel überein, die das allgemeine Programm der ganzen Bauerſchaft wurden. Indeß hatte Ferdinand auch einen Theil des Landesausſchuſſes, nämlich die Ausſchüſſe der Städte und Gerichte des Inn- und Wippthales nach Innsbruck einberufen, um ihren Rath zu vernehmen. Dieſe gaben folgende vier als Haupturſachen des Aufſtandes an: 1. Die Furcht des gemeinen Mannes, daß das Evangelium nicht lauter und klar, wie das der Text anzeigt, gepredigt werde; 2. der Glaube des Volkes, daß die Geiſtlichkeit ihre Gewalt mehr zu ihrem Nutzen als zur Förderung des Wortes Gottes gebraucht habe; 3. der Verdacht gegen die Geiſtlichen bei der Regierung und gegen den Schatzmeiſter, der wenig zum Nutzen des Landes regiert, aber ſich gewaltig bereichert; 4. endlich das Gerücht, daß Ferdinand auf den Rath des Schatzmeiſters Kriegsvolk in das Land kommen laſſen. Der Erzherzog antwortete ſowol auf dieſe Klagen der Ausſchüſſe als auf die Supplicationen der Gemeinden durchweg begütigend. Den Ausſchüſſen erwiderte er: ihr Begehren wegen des Evangeliums ſoll geſchehen; wegen der Geiſtlichkeit und Regierung wolle er ſich halten, daß ſie ſich billiglich nicht beklagen ſollen; das fremde Kriegsvolk werde nicht mehr durchs Land, ſondern auf andern Straßen in die Vorlande geſchickt werden. Ueber den erſten und letzten Punkt erklärte er ſich gegen die Leute von Taur und Rettenberg in ähnlicher Weiſe; zudem geſtattete er ihnen das Rothwild aus den Gründen zu jagen; ſonſt verwies er ſie auf die künftige Landesordnung und den Landtag. Dann erließ er gemeinſam mit den verſammelten Ausſchüſſen einen Abſchied, worin einige der dringendſten Punkte ſofort bereinigt, die Erledigung der übrigen dem nächſten Landtage anheimgeſtellt, jede weitere Ruheſtörung aber ſtreng unterſagt wurde. Das Gerücht, als wollte er

das Land verlaſſen und Soldaten in dasſelbe ſchicken, um es zu züchtigen, wurde durch eigene Schreiben an die einzelnen Gerichte widerlegt, zugleich aber Verbote gegen jede Art von Verſammlung erlaſſen. Nun bewilligten die Ausſchüſſe das Aufgebot von 5000, 10,000 oder 15,000 Mann zur Dämpfung des Aufruhres. Ferdinand wartete aber gar nicht bis zur Eröffnung des auf den 16. Juni ausgeſchriebenen Landtages, ſondern beſchloß noch vorher einen „eilenden Tag" vorzunehmen, nämlich am 23. Mai. Dazu wurden je zwei aus den Landgerichten im Ober- und Unterinnthal, den drei Herrſchaften Kufſtein, Kitzbühel und Rattenberg, dem Wipptthal, Stadt und Landgericht Sterzing und den Bergwerken zu Schwaz, Schneeberg und Goſſenſaß entboten. Auf dieſem Tag wurde jedoch, wenn er überhaupt zu Stande gekommen, nichts Neues erzielt, die meiſten Beſchwerden blieben auf den eigentlichen Landtag verwieſen.[23])

Die Erläſſe des Landesfürſten und des Ausſchuſſes, neuerdings ausgeſandte Commiſſäre trugen viel zur Beruhigung des Landes bei. Die beſſer Geſinnten ermannten ſich, einzelne Gemeinden, wie die Leute von Ehrenberg, die Knappen von Schwaz, auch die Puſterthaler bezeigten dem Erzherzog ihre Ergebenheit und erklärten ſich zur Hilfe bereit. Doch die Wiederkehr vollkommener Ruhe lag noch ferne. In einzelnen Gegenden Unterinnthals begannen ſogar neue Bewegungen; ſo in dem Gerichte Rettenberg, im Burgfrieden Kropfsberg, in der Herrſchaft Kufſtein. Wurden dieſe aber auch bei der Treue der übrigen Gerichte und der Städte Hall und Innsbruck leicht unterdrückt, ſo waren jenſeits des Brenners die Schwierigkeiten viel größer. Die Leute in der Gegend von Brixen hatten zwar am 19. Mai den erzherzoglichen Geſandten Frieden gelobt, aber ſie brachen ihn noch öfters und erneuerten die Angriffe auf das Schloß Rodeneck trotz der ergangenen Abmahnung. Im eigentlichen Etſchland, auf dem Nons- und Sulzberg und in andern italieniſchen Bezirken behauptete noch die radicale Partei das Feld. Zwar enthielt auch dieſe vorläufig ſich weiterer Gewaltthaten, aber an das Verbot von Verſammlungen und andere Beſtimmungen des Innsbrucker Abſchiedes kehrte ſie ſich nicht. Die revolutionirten Gerichte an der Etſch betrieben vielmehr mit großem Eifer eine allgemeine Bauern-Verſammlung zu Meran und zwangen auch die Städte zur Theilnahme; ſie ſollte ſelbſt die beiden Bisthümer umfaſſen. Da wollte man die Beſchwerdeartikel der Bauerſchaft an der Etſch,

die bereits am 15. Mai zu Papier gebracht worden, nochmals durchberaten und Tirol eine ganz neue Verfassung geben, zu deren Annahme dann der Landtag zu Innsbruck gedrängt werden sollte. Die Ausschüsse des Burggrafenamtes erließen daher am 22. Mai eine förmliche Einladung an alle Städte und Gerichte Tirols zu diesem Vorparlament, mit der Aufforderung, je zwei mit Vollmachten versehene Vertreter zu senden. Von dieser Versammlung wollte natürlich der Landesfürst und der Trientiner Bischof nichts wissen, sie erließen daher Verbote und Abmahnungsschreiben gegen dieselbe; doch dieselben hielten nur die Pusterthaler von der Betheiligung ab. Der Erzherzog und die zu Innsbruck versammelten Ausschüsse mußten sich schließlich damit begnügen, durch eine Gesandtschaft der Meraner Versammlung ihr eigenmächtiges Vorgehen zu verweisen und sie zur Annahme des Innsbrucker Abschiedes zu drängen; ja Ferdinand sah sich sogar genöthigt, die Privilegien und Freiheitsbriefe der Landschaft bis zum nächsten Landtag ihren Händen anzuvertrauen.[24])

Auf dem Meraner Vorparlament wurden die Beschwerdeartikel der Bauerschaft an der Etsch zu einer Magna carta für Tirol erweitert, die, in 106 Artikeln abgefaßt, nach dem allgemeinen Bauernprogramm das merkwürdigste Actenstück der Zeit ist. In kirchlicher Beziehung huldigt sie ganz dem lutherischen Geist. Wie die Beschwerdeschrift der Leute von Taur und Rettenberg, stellt sie auch den über Deutschland dahinbrausenden Revolutionssturm als eine von Gott verhängte Strafe hin, durch welche die Vorsehung einen „gleichhelligen christlichen Verstand" erzielen wolle; dem Landesfürsten zu zeigen, wie dies geschehen, wie die eigennützigen Prediger beseitigt werden können, hielt die Meraner Versammlung für ihre erste Aufgabe. Zur Erreichung dieses Zieles müßte vor allem die Grafschaft Tirol mit ihren Bisthümern, Klöstern und Schlössern dem Landesfürsten und sonst niemanden zugehörig sein und dürften keine Zinsen und Gülten außer Landes gehen; doch solle der Landesfürst ohne Wissen und Willen des Landes weder etwas zu versetzen noch zu verschenken das Recht haben und fortan die „Gesellschaft Tirol" frei sein. Die Versammelten wollten keinen Bischof, kein Bettel-, kein Frauenkloster, überhaupt nicht mehr als höchstens drei Klöster mit einer beschränkten Anzahl Mönche dulden; von den aufgenommenen Ordens- oder Laienpriestern verlangten sie, daß sie das reine Evangelium verkünden und sich eines ehrbaren priesterlichen Wandels be-

fleißen. Kein Ordensmann ſollte Pfarrer werden, kein Geiſtlicher mehr als eine Pfründe erhalten und da reſidiren müſſen, jedes Gericht und jede Stadt ihren Prieſter ſelbſt wählen dürfen. Weiter forderten ſie die Abſchaffung aller Stolgebühren und das Verbot aller Schenkungen an Geiſtliche; den Ueberfluß reich dotirter Pfarren und Pfründen beſchloß man für die Errichtung von Spitälern, in jedem Gerichts- oder Stadtbezirke eines, zu verwenden.

Weniger radical waren die Meraner Artikel in politiſcher Beziehung, ja wir begegnen darunter manch weiſen Reformvorſchlägen und Aeußerungen edler Loyalität; doch verlangen im ganzen auch ſie einen völligen Bruch mit der Vergangenheit, mit den bisherigen Rechtsverhältniſſen. An die Stelle der verſchiedenen Statuten und Gebräuche ſetzte man Ein Recht für alle Bewohner des Landes, für Geiſtliche wie Weltliche, Adelige wie Bürger und Bauern; ſämmtliche Bewohner eines Gerichtes ſollten vor demſelben Stab Recht nehmen, die Adels- und Geiſtlichengerichte ganz aufhören. Die Wahl, Ein- und Abſetzung der Richter, Gerichtsſchreiber und Frohnboten wurde den Gemeinden und nur die der Finanzbeamten zur Erhebung der Zinſen, Renten und Gülten dem Landesfürſten zugeſprochen. Das Amt eines Landeshauptmannes beſeitigte man ganz und bezüglich der Innsbrucker Regierung traf man die Beſtimmungen, daß ſie nur aus ehrlichen Landleuten, nicht aus Fremden, Geiſtlichen und Doctoren, beſtehen und alle Handlungen ſogleich und mündlich vornehmen ſollte. Gegen den bisherigen Landeshauptmann Leonhard von Völs war das Volk faſt ebenſo aufgebracht wie gegen Salamanca; darum drang man auf beider Entfernung; letzterer ſollte mit ſeinem ganzen Anhange aus dem Lande gewieſen und ſeine Beſitzungen dem Erzherzog überantwortet werden. Ebenſo wurde die Beſeitigung jeglicher Kaufmannsgeſellſchaft, großer wie kleiner verlangt, damit die Waaren wieder einen billigen Preis bekämen; überhaupt ſollte fremdes Volk nur mit Erlaubniß der Ortsobrigkeit in einer Gegend ſich aufhalten dürfen. Zur Erleichterung des Verkehrs und Verhinderung des Betruges beſtand man auf Einführung gleicher Maße und Gewichte. Eine der hauptſächlichſten Forderungen war ſchließlich Abſchaffung der Leibeigenſchaft, der Roboten, Holzfuhren, Vogtei- und Schaltjahrzinſen, des Siegelgeldes, der neuen Zölle, der Finanz- und Fiscalhandlungen und Freigebung der Jagd und Fiſcherei. Den Bürgern band man noch insbeſondere auf, den Eid der Treue ihrem

Fürſten neuerdings zu ſchwören und die Widerſpenſtigen nicht mehr zu dulden.[25])

Konnte der Erzherzog auch die Meraner Verſammlung und deren extreme Beſchlüſſe nicht verhindern, ſo war es doch ſchon ein großer Gewinn, daß ſie den Innsbrucker Abſchied annahm, ſich und ihre Anhänger zur Einhaltung der Ruhe verpflichtete und auf verfaſſungsmäßigem Wege ihr Ziel zu erreichen ſtrebte. Alle Theile Tirols beruhigten ſich nun wenigſtens inſoweit, als es zur Vornahme der Landtagswahlen nöthig war. Dabei mag es freilich manchmal ſehr ſtürmiſch zugegangen und ein ſchrecklicher Terrorismus ausgeübt worden ſein; jedenfalls errangen die radicalen Elemente meiſt den Sieg; die Sulz- und Nonsberger ſchickten z. B. gerade die ärgſten Schreier nach Innsbruck. Dagegen zeigten ſich die Trientiner ſehr loyal; ſie luden nicht nur den Biſchof zur Rückkehr in die Stadt ein, ſondern ſandten auch einen Vertreter nach Innsbruck, der ſich ſeiner Sache ſehr warm annahm, und ſuchten die Nonsberger zu beruhigen.

Der Landtag zu Innsbruck, der vom 11. Juni bis 21. Juli dauerte, bezeichnet den Höhepunkt der Macht des Bauernſtandes. Hundert Schlöſſer und Burgen, zahlreiche geiſtliche und adelige Beſitzungen, eine Menge von Koſtbarkeiten und baarem Gelde lag in ſeiner Gewalt. Die Bürger hatten ſich ihm anſchließen und ſeinen Raub theilen müſſen, der Adel war eingeſchüchtert, die Geiſtlichkeit um allen Einfluß und alles Anſehen gekommen, in tiefſter Verachtung. Der Landesfürſt ſah ſich von allen Seiten bedroht und nirgends einen Ausweg. Die ſchwäbiſchen Bauern waren trotz des Füſſener Vertrags nicht zur Ruhe gekommen, weil ihm die übrigen Mitglieder des ſchwäbiſchen Bundes nicht beitraten, und ſtrebten nach Vereinigung mit den aufſtändiſchen Tirolern; noch mehr thaten dies die Salzburger Rebellen und die Tiroler drängten Ferdinand, den verhaßten Erzbiſchof ſeines Landes zu berauben. Die Herzoge von Baiern waren auf ihn mißtrauiſch, weil er die Stadt Füſſen ſich huldigen laſſen, und mußten ſeine Feinde werden, ſobald er ſich Salzburgs bemächtigte. Um dies wie einen Einfall der Tiroler in ihr Gebiet, der ohne Zweifel dort die Revolution entzündet, zu verhindern, ſandten ſie ſelbſt Botſchafter nach Innsbruck und warben um die Freundſchaft der revolutionären Landſchaft. Aber auch ihre Feinde, die Allgäuer und Salzburger Bauern, ſchickten Geſandte. So

ſahen ſich die Bauern nicht nur als Herrn des Landes, ſondern auch bei den Nachbarn gefürchtet und geachtet, während der Landesfürſt völlig hilfslos daſtand.

Die Bauern verſäumten nicht, ihre Macht auf dem Innsbrucker Landtage geltend zu machen. Die Geiſtlichkeit ſchloſſen ſie von vornherein ganz aus, den Adel ließen ſie, nach zweitägiger Verhandlung, nur unter dem Verſprechen zu, daß er in allen ziemlichen und billigen Sachen zu ihnen halten wolle. Von der Wahl der Ausſchüſſe und der Abſtimmung nach Curien (Ständen) giengen ſie ganz ab und führten das Einkammerſyſtem ein, wodurch ſie für immer das entſcheidende Wort erlangen mußten. Vergebens nahm ſich der Erzherzog der Geiſtlichkeit und des Adels an; man achtete auf ſeine Verbote nicht. Ja er ſah ſich ſelbſt gezwungen, auf die Forderung des Landtags, das Stift Brixen und die Beſitzungen des Deutſchordens bis auf gemeine Reformation zu beſetzen, einzugehen und entzog ſich nur mit Mühe der Säculariſation des Erzſtiftes Salzburg. Die Bauern hätten dieſe Gebiete gern mit der tiroliſchen Landſchaft vereint und wollten insbeſondere durch die Eroberung Salzburgs ſowie der nächſt gelegenen baieriſchen Gebietstheile die Verbindung mit den öſterreichiſchen Standesgenoſſen herſtellen. Der Allgäuer mußte ſich Ferdinand noch immer gegen die baieriſchen Herzoge und den ſchwäbiſchen Bund annehmen, wollte er ihre Verbindung mit den Tirolern hintertreiben.

Am 22. Juli fand die erſte feierliche Sitzung des Landtags ſtatt, zu der Ferdinand mit ſeiner Gemahlin, die Botſchafter des ſchwäbiſchen Bundes und der baieriſchen Herzoge erſchienen. Der Bürgermeiſter von Innsbruck las die bekannten Meraner Artikel vor und bat den Erzherzog, ſie allein oder gemeinſchaftlich mit den fremden Geſandten in Erwägung zu ziehen; nur von der Einmiſchung des Kaiſers wollte man nichts wiſſen. Schließlich trug der Sprecher noch mündlich auf eine allgemeine Amneſtie an. Dies alles wurde zwar in einem unterwürfigen Tone vorgebracht, aber die Gemüther waren ſehr erregt, die Bauern reizte vor allem des Erzherzogs fortdauernde Verbindung mit Salamanca, der ſich in Schmiehen einer Fuggeriſchen Herrſchaft in Baiern, verſteckt hielt, und die Beibehaltung einzelner mit Salamanca einverſtandener Räthe. Die Hitzigſten drohten ſogar, wenn er dieſe Räthe nicht entferne und eine abſchlägige Antwort ertheile, einige Gerichte aufzubieten und ſie

festzusetzen. Obwol aber seine Lage sich täglich verschlimmerte, so wagte Ferdinand es doch, am 27. Juni in einem strengen Tone zu antworten. Er schlug gerade die wichtigsten und specifisch lutherischen Punkte rundweg ab. Er warf den Städten und Gerichten vor, daß sie, trotz gegebener Zusagen, in seine fürstlichen Rechte eingriffen und alle Stände gleich machen wollten. Er tadelte entschieden ihre Vorgehen gegen den geistlichen Stand, der seit Menschengedenken mit den andern treuliches Mitleid getragen hätte. Ohne Vorwissen des Kaisers könne er keine neuen Statuten und Ordnungen machen und die Bischöfe von Trient und Brixen, sowie die auswärtigen Fürsten und Stifter nicht ihrer Besitzungen berauben; die Hebung der Gebrechen des Klerus sei nicht Sache eines Landes. Schließlich rieth er, des Kaisers Ankunft abzuwarten oder Gesandte an ihn zu schicken. Eine allgemeine Amnestie versprach er nur für den Fall, daß man die aufrührerischen Bündnisse aufgebe, die Feindseligkeiten einstelle und die eingenommenen Schlösser und Güter räume.

Die feste Haltung des Erzherzogs imponirte der Revolutionspartei; sie suchte sich nun mit dem Adel, den sie letzthin völlig bei Seite geschoben, auf freundlichern Fuß zu setzen. Noch immer voll Furcht vor ihr, folgte der Adel bereitwillig der Einladung, gemeinsam über die Antwort des Landesfürsten zu berathschlagen; er erklärte sich mit den von Ferdinand zurückgewiesenen Säcularsirungsplanen einverstanden und nahm selbst mehrere Artikel an, die ihm sehr beschwerlich waren. Die drei vereinten Stände dankten in der Erwiderung dem Erzherzog für den gnädigen Nachlaß der Strafen, verlangten aber nochmals die Abstellung der Beschwerden, die durch den letzten Abschied nicht behoben wären. Da er Gubernator sei, müsse das doch in seiner Macht liegen und niemand werde es ihm wehren, in seinem Lande bis auf ein allgemeines Concil oder die Entscheidung der Reichsstände Ordnung zu machen. Es zieme ihm als Schirmherrn der beiden Bisthümer, sich deren Bewohner, die von ihren Herren verlassen seien, anzunehmen; Besitzungen auswärtiger Geistlicher könne man nicht mehr dulden, weil sie sich der weltlichen Gerichtsbarkeit entzögen und ein gemeinsames Recht unmöglich machten. Zur Rückstellung der besetzten Schlösser und Güter, zur Entlassung der Hauptleute und Auflösung der Bündnisse erklärten sie sich erst nach Erledigung aller Beschwerden bereit; das Stift Brixen jedoch wollten sie dem Herzog bis

zur weitern Austragung geistlicher Sachen überlassen. Der Erzherzog war fest entschlossen, die radicalen Reformen der Landschaft, namentlich die kirchlichen, nicht anzunehmen. Er trachtete daher durch die Flucht seiner unerträglichen Lage zu entrinnen und dann mittels auswärtiger Hilfe heimzukehren und die Revolutionäre zu bändigen. Aber die Bauern hielten alle Wege besetzt, und als man seinen Plan erfuhr, entstand große Aufregung, namentlich auf einer Versammlung zu Taur; sein Bemühen, den Adel auf seine Seite zu ziehen, war bisher auch vergeblich gewesen. So sah sich Ferdinand genöthigt, in der zweiten feierlichen Sitzung vom 3. Juli Zugeständnisse zu machen, aber diese waren nur politischer Natur, in geistlichen Dingen lautete seine Antwort wiederum ablehnend. In diesem Widerstande bestärkten ihn auch die baierischen Gesandten, die im Interesse ihrer Stifter gegen die Säcularisation protestirten; auch hoffte er noch immer den Adel zu gewinnen und aus dem Lande entfliehen zu können. Doch darin täuschte er sich. Der Adel schloß sich zuletzt ganz den niedern Ständen an; die Gefahr einer Verbindung der Allgäuer und Salzburger mit den Tirolern wurde größer als je, seitdem gegen erstere der schwäbische Bund energisch vorgieng; die baierischen Gesandten riethen zur Mäßigung. Da blieb Ferdinand nichts mehr übrig, als die Landesordnung, welche die Bauern indeß auf Grundlage der Meraner Artikel entworfen hatten, anzunehmen, so sehr ihm auch viele Bestimmungen, namentlich jene gegen die Geistlichkeit, zuwider waren. Doch bezüglich der Säcularisation der Stifte und des Lutherthums gab er auch in der dritten feierlichen Sitzung vom 16. Juli eine abschlägige Antwort, obwol selbst sein Leben auf dem Spiele stund. Mag man auch seine Ansichten nicht billigen, ein solcher Mannesmuth, eine solche Ueberzeugungstreue verdient alle Anerkennung. Und es erwahrte sich an ihm das Sprichwort: Gott verläßt die Tapfern nicht. Gerade das ward ihm zum Heil, was er bisher am meisten gefürchtet. Er hatte nämlich seit dem Füssener Vertrag um jeden Preis mit den Allgäuern den Frieden zu erhalten gesucht und sich es nicht wenig kosten lassen, auch die schwäbischen Bundesgenossen dazu zu bewegen; denn er glaubte, ein Angriff auf die Allgäuer würde allsogleich deren Verbindung mit den Tirolern und Salzburgern zur Folge haben. Allein der schwäbische Bundeshauptmann zwang die Rebellen rascher, als er selber hoffen mochte, zur Unterwerfung und dies verfehlte nicht einen gehörigen Rückschlag

auf die Tiroler zu üben; sie wagten es nicht mehr, den Erzherzog weiter zu drängen und begnügten sich mit seinen Concessionen.[26])

Die neue Landesordnung ist ein Nationalgesetzbuch, das alle Zweige der Gesetzgebung, wenn auch unvollständig, umfaßt. Sie beruht, insofern sie Vorschriften über das gerichtliche Verfahren gibt, im Gegensatz zum Kaiserrecht und zum verhaßten römischen Rechte, auf der Maximilianischen Halsgerichtsordnung, Gebrauch und Herkommen. Man ließ sogar den Adeligen, die kein Gewerbe trieben, ihre Hofgerichte zu Meran, Bozen und Innsbruck; nur die Geistlichkeit wurde verpflichtet, in Unzucht, Erbschulden, Zins, Zehent und dergleichen weltlichen Dingen vor der weltlichen Obrigkeit ihres Wohnsitzes Recht zu nehmen. Für Malefizsachen wurden im wesentlichen nur die Vorschriften der Maximilianischen Halsordnung erneuert. Dagegen trug man in Sachen der öffentlichen Verwaltung und der Grundlasten dem Drang nach Reformen volle Rechnung. Man bestimmte für das ganze Land mit Einschluß der beiden Bisthümer gleiche Maße und Gewichte, verbot den Vorkauf von Eß- und andern Waaren, schaffte gemeinschädliche Freiheits- und Begnadbriefe ab und setzte strenge Strafen auf den Geldwucher. Der gewerbtreibende Adel sollte fortan ebenfalls zu den Gemeindelasten beisteuern. Die neuen Zölle im Pusterthale wurden aufgehoben. Die bisher geltenden Bestimmungen über Grund und Boden änderte man großentheils im Einklange mit den Artikeln der Bauerschaft an der Etsch um; alles was dem Bauernstande lästig war, wurde beseitigt und zu seinem Vortheile abgeändert. Eine gerichtliche Untersuchung sollte die Ueberbürdung der Bauerngüter erheben und die Abgaben zeitweilig oder für immer vermindern. Die Verleihungen der Grund- und Zinsgüter sollten fürderhin nur nach Landesrecht, und nicht mehr nach den einseitigen Aufzeichnungen (Zinsregistern) der Herrn geschehen. Der sogenannte Auf- und Abzug (Ehrung, Laudemium) wurde auf den Käufer des Zinsgutes und auf ein Pfund Pfeffer, als Maximum der Leistung, beschränkt; die Weisaten (Abgaben an Kälbern, Lämmern u. s. w.) erhielten einen sehr geringen Geldanschlag; Roboten, die nicht seit 50 Jahren verbrieft, zwiefache oder Wispelzinsen und der kleine Feldzehnt für Rüben, Grünmahd, Obst und Hühner wurden abgeschafft. Den großen Zehent sollte man nach örtlicher Gepflogenheit reichen, Afterzinsen ablösbar sein. Für Fehljahre wurde ein bestimmter Nachlaß festgesetzt. Auch bezüglich Jagd und Fischerei

machte man dem Bürger- und Bauernstande Zugeständnisse. Sie durften fortan ihre Felder einzäunen, Hunde halten und außer Roth- und Schwarzwild, Fasanen, Falken und Habichten, alles Wild jagen; ebenso zu eigener Nothdurft fischen.[27])

Außer der allgemeinen Landesordnung beschloß der Innsbrucker Landtag noch eine besondere Ordnung für den geistlichen Stand und eine sogenannte Empörungsordnung, die beide bloß interimistischer Natur waren. Zur Annahme der erstern, welche den Beschwerden wider die Geistlichkeit vorläufig, bis zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse durch ein Concil oder einen Reichstag, abhelfen sollte, konnte Ferdinand nur durch die äußerste Noth gedrängt werden und sicherlich war er vom Anfange an entschlossen, deren Durchführung zu hintertreiben. Einige Artikel verletzten allerdings die Rechte der Bischöfe und die katholischen Anschauungen; Kirchmair meint, es seien Sachen wider die Vernunft und die guten Sitten. Die Geistlichen wurden, dem früher erwähnten Artikel der Landesordnung gemäß, in weltlichen Dingen auch den weltlichen Gerichten unterworfen, die Laien, außer in Eheangelegenheiten und Sachen der Kirchenpolizei, vom geistlichen Gerichtszwang befreit. Städte und Gerichte erhielten bei Besetzung ihrer Pfarren und Benefizien das Recht des Ternavorschlages, der Landesfürst sollte aus den Dreien den tauglichsten wählen und mußte auf Verlangen der Gemeinden mißliebige Priester absetzen. Den Pfarrern ward der strenge Auftrag, auf ihren Pfarren zu residiren, niemanden bei Seelenmessen zu übernehmen, die übrigen priesterlichen Functionen umsonst zu thun und kein Gewerbe zu treiben. Pensionen und Reservate wurden für den Türkenkrieg bestimmt, durch Kauf oder Stiftung an die Geistlichkeit gefallene Rechte und unbewegliche Güter für ablösbar erklärt, Klosterangehörige von Erbschaften ausgeschlossen und auf ein jährliches Deputat beschränkt. Die Geistlichen sollten ihre Renten, Zinsen, Gülten und Güter nach dem auf dem Bozner Landtag i. J. 1500 erlassenen Artikel besteuern und auch zu Wasserbauten und anderer Nothdurft beitragen. Die Verhandlung über den Nachlaß der Geistlichen wurde den weltlichen Gerichten zugewiesen und für den Fall des Mangels natürlicher Erben die eine Hälfte des Erbes dem Landesfürsten, die andere der Kirche und den Armen zugesprochen. Die Empörungsordnung hatte den Zweck, der Regierung als Waffe für die Unterdrückung des Aufruhres zu dienen. Sie weist auf die Erledigung der allgemeinen

Beschwerden durch die Landesordnung hin und stellt zur Hebung der Particularbeschwerden um Micheli einen neuen Landtag zu Bozen in Aussicht. Denen, welche die Landesordnung annehmen, verspricht sie volle Amnestie für das Geschehene und verlangt nur, daß sie neuerdings huldigen und schwören, sich in keine weitern Verbindungen einlassen und wegen des angerichteten Schadens Ersatz leisten. Neue Empörung dagegen bedroht sie mit strenger Untersuchung und Bestrafung, die rebellischen Gemeinden mit dem Verluste der ständischen Rechte, alle Theilnehmer mit Bußen bis zu 4% des Vermögens, die Rädelsführer mit dem Tode; den Flüchtigen sollten Weib und Kinder nachgeschickt und das Vermögen entzogen werden, man erklärte sie für vogelfrei. Zur Vollstreckung der Empörungsordnung wurden für die einzelnen Landestheile eigene Commissäre ernannt und zur Bewältigung allfälligen Widerstandes zugleich das erste Aufgebot (5000) beschlossen.[28])

Während der Dauer des Landtags hielten sich die meisten deutschen Gemeinden innerhalb der durch den Meraner Abschied gezogenen Schranken, nur die Gegend von Brixen sollte nicht zur Ruhe kommen. Brixen und viele Schlösser des Stiftes hatten die Aufständischen besetzt. In der fürstlichen Burg lag Gaißmayr selbst, das Haupt der Revolution, mit 200 Knechten und regierte von hier aus, im Besitze eines aufgefundenen Silberschatzes, gewaltiglich. Seine rabiatesten Anhänger gedachten sogar den Landesfürsten zu vertreiben und selbst zu herrschen; von der Herrschaft des Krummstabes wollten auch die Mäßigern nichts wissen. Als Bischof Sperantius von Buchenstein aus, wo er seit der Mitte Juni weilte, die Brixener von dem mit den landesfürstlichen Städten und Gerichten geschlossenen Bündniß abmahnte, gaben sie ihm eine frostige Antwort. Aber auch die landschaftlichen Commissäre, die den Landtagsabschied überbrachten, fanden anfangs kein Gehör; die Revolutionäre weigerten sich, ihn anzunehmen und kündigten trotz desselben eine neue große Versammlung an. Die Gerichte Steineck, Deutschofen, Völs, Castellrutt, Pfefferberg u. a. ahmten dies schlimme Beispiel nach. Doch die Brixner besannen sich bald eines Bessern; sie fügten sich den Beschlüssen des Landtags und dem Erlasse Ferdinands vom 21. Juli, womit er die förmliche Besitzergreifung des Stiftes verkündete, und gehorchten Georg von Firmian und Anton von Brandis, denen er die Verwaltung und den Schutz des Bisthum übertragen hatte. In

Neuſtift und Klauſen that man desgleichen, Bruneck huldigte ſchon am 25. Juli. Endlich verſtanden ſich auch die Gerichte um Brixen zu der lange verweigerten Herausgabe der eingenommenen Schlöſſer und Güter und ebenſo nahmen die Gerichte am Eiſack nach längerer Zögerung ſchließlich den Landtagsabſchied an. Nun wagten auch Gaißmayr und ſeine Hauptleute keinen weitern Widerſtand. Sie legten ihre Stellen nieder und erſterer folgte ſeiner Vorladung nach Innsbruck. Damit war in Deutſchtirol der Landtagsabſchied zu faſt allgemeiner Geltung gelangt. Zu dieſem günſtigen Erfolge trugen ſowol die äußern Verhältniſſe, die Niederlagen und Hinrichtungen der Bauern im übrigen Deutſchland, als die feſte Haltung der guten Gemeinden, namentlich der Städte Bozen und Meran, und die Energie der Regierung bei.[29])

Viel ſchlimmer als in Deutſchtirol entwickelten ſich während des Landtags und nach deſſen Schluſſe die Verhältniſſe in Wälſchtirol. Die Nons- und Sulzberger bewährten ihren zu Aufruhr geneigten Sinn und ihr heftiges Weſen, die ſie ſo oft ſchon in der Geſchichte gezeigt, auch diesmal wieder, obwol ſie von den lutheriſchen Ideen viel weniger ergriffen und ihre Beſchwerden weder zahlreich noch bedeutend waren. Vom Beginne des Aufſtandes an die Heftigſten, ſetzten ſie auch zur Zeit des Landtages ihren Ungehorſam gegen den Biſchof fort und achteten nicht auf den Meraner Abſchied, während ihre Abgeordnete zu Innsbruck unter allen Vertretern des Bisthums Trient ſich gegen ihren Fürſten am treuloſeſten benahmen. Die Beſchlüſſe, welche der Landtag zur Beruhigung des Nons- und Sulzberges gleich anfangs faßte, wurden von den Aufſtändiſchen nicht reſpectirt, die Geſandtſchaft, die ſie überbrachte, kurz abgefertigt. Doch hatten jene Beſchlüſſe dieſe gute Folge, daß jetzt die ruhigen Gemeinden ſich ermannten und durch eigene Abgeordnete ſowohl gegen die frühere Landtagswahl, wobei ſie terroriſirt worden, als gegen das Auftreten der damals Gewählten proteſtirten. Da nur ihre Abgeordneten von der Majorität der Bevölkerung ordnungsgemäß gewählt waren, ſo erkannten Regierung und Landtag dieſe als die eigentlichen Vertreter des Nons- und Sulzberges an und thaten die andern wegen ihres frechen Gebahrens in Haft. Allein dies Alles machte auf die Rebellen keinen Eindruck; eben zu dieſer Zeit entſetzten die aufrühreriſchen Caſtelfonder ihren Gerichtsherrn Bernardin von Thun. Auch nach dem Schluſſe des Landtags kehrten die Rebellen

nicht zum Gehorsam zurück. Aufgehetzt von ihren Abgeordneten Simon von Padello und Nicolaus del Victor, die, obwol auf ein Jahr verbannt, doch sogleich von Innsbruck nach Hause gegangen waren, machten sie neuerdings Bündnisse, hielten Versammlungen, wählten Hauptleute und entsetzten fürstliche Beamte. Dies geschah besonders von den Leuten der Pfarre Malè; viele Gemeinden des Sulzberges faßten den förmlichen Beschluß, keinen Zehent mehr zu geben. Als die landschaftlichen Commissäre um die Mitte August's auf den Nonsberg kamen und die Gemeinden gemäß dem Landtagsbeschlusse in Eid und Pflicht nehmen wollten, da fanden sie anfangs selbst bei den ruhigern Widerstand; nach dem Sulzberg vorzudringen durften sie gar nicht wagen, da in den bewaffneten Volksversammlungen, die in der Nacht vom 19. auf den 20. August statt fanden, der Beschluß gefaßt wurde, alle welche sich ins Sulzthal begeben, zu ermorden. So mußten sie unverrichteter Dinge umkehren.

Wie der Nons- und Sulzberg kamen auch das Lagerthal, Valsugan und die Umgebung von Trient noch längere Zeit nicht zur Ruhe. Als die Bauern von Nomi nach der Einberufung des Innsbrucker Landtages ihre Empörung fortsetzten, suchte sie ihr Gerichtsherr, Pietro Busio, zu beschwichtigen; da nahmen sie ihn gefangen, sperrten ihn in einen Taubenschlag und gaben ihn den Flammen preis. Die Furcht vor Bestrafung bewog sie nun zum offenen Abfalle vom Bischofe; auch die von Cavedine wollten die Herrschaft des Krummstabs nicht mehr dulden. Sie traten in Verbindung mit ihren Gesinnungsgenossen im Valsugan und beide Theile beschlossen sich der Adeligen zu bemächtigen und dann einen eigenen Landtag in Bozen zu halten. Um ihre Anhänger zu befestigen und zu vermehren, verbreiteten sie nun das Gerücht, der Bischof von Trient sei wie der von Brixen seiner Herrschaft beraubt worden. Daher gehorchten auch die Leute im Valsugan den landschaftlichen Commissären nicht, sondern verbanden sich vielmehr mit den rebellischen Nons- und Sulzbergern und begannen die Ausführung der genannten Beschlüsse. Michael Gaißmayr, der wider seine Zusage bei Nacht und Nebel aus Innsbruck floh und sich zu ihnen begab, schürte eifrig die Flamme der Empörung; sie loderte bald hell empor. Die rebellischen Bauern von Strigno belagerten und erschlugen ihren Castellan Johann Pichler im Schlosse Ivano; Sigmunden von Welsberg, dem sie, vereint mit seinen aufrührerischen Gutsunterthanen,

dasselbe Loos zugedacht hatten, rettete nur die Schnelligkeit seines Pferdes. Auch die Leute von Primiero erhoben sich gegen ihren Dynasten. Ihnen schlossen sich die Bauern in der ganzen Umgebung Trients an. So hatte sich in Wälschtirol wieder eine weitverzweigte Insurrection gebildet und drohte das Land in den Strudel des Verderbens zu stürzen. Das nächste Ziel der Insurgenten war die Eroberung der Stadt Trient. Denn diese Stadt war ihnen besonders verhaßt, weil sie der Sitz des Bischofs und vieler anderer ihnen mißliebiger Personen war. Dann hofften sie beim Angriff auf dieselbe die Unterstützung der Etschländer, denn diese grollten über die Trientiner wegen deren Ausfuhr wälscher Weine nach Deutschtirol.[30])

Daß die Revolution sich so lange ungehemmt von neuem in Wälschtirol entwickeln und einen so bedrohlichen Charakter annehmen konnte, daran waren die Abwesenheit des Landesfürsten, seine bedrängte Lage überhaupt sowie die der Innsbrucker Regierung insbesondere und die Hilflosigkeit des Bischofs von Trient vorzüglich schuld. Ferdinand, der sogleich nach dem Schlusse des Landtags nach Augsburg und dann nach Tübingen verreist, ließ zwar nie das Land aus den Augen; da aber zunächst die Bewältigung des Bauernaufstandes in den Vorlanden und in Oberösterreich ihn ganz in Anspruch nahm, konnte er für Tirol nichts thun und so blieb die Durchführung der Landtagsbeschlüsse ganz seiner Regierung überlassen. Diese wäre gern energisch vorgegangen, aber es fehlten ihr dazu die Mittel. Den Aufgeboten der 5000 und 10,000 Mann, die sie erließ, folgten wenige; der Landesausschuß, den sie einberief, vermochte in dieser Hinsicht ebenfalls nichts auszurichten. Doch half er der Regierung aus der drückenden Geldnoth. Man beschloß beim Mangel an barem Gelde das Silbergeschirr der Edelleute und Bürger und die silbernen und goldenen Kirchengeräthe gegen Verschreibungen einzufordern, um darauf Geld zu leihen. Damit nahm die Regierung 1500 Knechte auf. Hievon entsandte sie 500 unter dem Hauptmann Wittenbach nach Trient. Zugleich trug sie dem Grafen Gerhard von Arco und den Grafen von Lodron auf, Truppen zu werben. Auch der Bischof von Trient wurde ersucht, seine getreuen Unterthanen in Judicarien, Rendena, Tenno und Riva aufzubieten. Konradin Spergs von Glurns, der eben im Vintschgau eine Anzahl Knechte für den Kaiser in Italien warb, wurde wiederholt gedrängt, seinen Weg durch das Nons- und Sulzthal zu nehmen und beim Durch-

zug daselbst den Aufstand zu bändigen. Er ließ sich endlich dazu herbei; allein er hielt zuletzt das gegebene Wort nicht und da die Regierung sich auf ihn verlassen, so brachte sie dann eine genügende Menge Kriegsvolk trotz ihres Eifers nicht so bald zusammen. Doch dem nicht minder eifrigen Bischof gelang es schließlich, nach manchen vergeblichen Versuchen, die Besatzung Trients noch vor dem Anmarsch der Bauern gehörig zu verstärken. Außer Wittenbach führten ihm ein gewisser Spaniolus 300 Fußgänger, sowie die Grafen v. Arco und Lodron, Franz Breisacher, Präfect Roveredo's, und Andreas Burgus kleinere Schaaren aus dem Süden zu.[31])

Diese Rüstungen schreckten aber die Bauern nicht von ihrem Vorhaben ab. Am 28. August thaten die im Valsugan einen entscheidenden Schritt, da kamen bei 4000 aus den Ortschaften Levico, Caldonazzo, Civezzano, Meano u. a. auf der Ebene des Weilers Ciré (bei Pergine) zusammen und verschworen sich gegen Bischof und Stadt. Am nächsten Tage zogen sie in militärischer Ordnung, mit Büchsen, Wurfspießen, Keulen, Aexten oder andern landwirtschaftl. Geräthen bewaffnet, nach Cognola und lagerten sich auf dem Bergabhange alle Laste, dem Schlosse gegenüber. Von hier aus gaben sie durch Waffenlärm und Hörnerschall ihren Freunden innerhalb der Stadtmauern das Zeichen ihrer Ankunft und beschossen mit ihren Handbüchsen die fürstliche Burg. Am folgenden Tage (30. August) drangen auch die Rebellen des rechten Etschufers, die Leute von Castelnuovo, Castelcorno, Nomi, Pomarolo, Nogaredo, Isera, Baselga, Supramonte, Cadine, Cavedine, Terlago u. a. bis im Angesichte Trients vor. Die Stadt wird von beiden Seiten her umzingelt und förmlich belagert. Die Belagerer harren noch des Zuzuges aus dem Nons- und Sulzberge und dem Etschlande. In der That machen sich am 31. August die Bewohner von Tajo und die der benachbarten Pfarreien, 3000 Mann stark, nach Trient auf; doch als sie zum Rochettapasse kommen, hören sie, der kaiserliche Feldherr Konrad Spergser sei vom Vall Tellina her mit einer bedeutenden Anzahl Fußvolk im Anzuge, und das bewegt sie zu eiliger Rückkehr, um ihren eigenen Herd gegen rauhe Feindeshand zu schützen. Vom obern Etschlande brachen aber nur 30 Bewaffnete nach Trient auf. Um die Zeit bis zur Ankunft der erwarteten Bundesgenossen nicht müssig zu verbringen, nahen die Bauern vom linken Etschufer noch am 31. August im tollen Uebermuthe bis auf Rufweite der

Stadt und fordern die Wachtpoſten mit frecher Keckheit zur Uebergabe auf. Dieſe jedoch täuſchen die Rebellen und brennen dann auf die Sorgloſen ihre Kanonen ab, die viele niederſchmettern. Die Bauern brüllen furchtbare Rache. Dadurch gereizt, machen Bürger und Soldaten am 1. Sept. einen Ausfall auf die am rechten Etſchufer lagernden Schaaren und jagen ſie in die Flucht. Indeß haben die am linken Ufer ſich abermals in der Ebene von Cirè verſammelt und beſchloſſen, den Markt Pergine zu plündern. Als aber die Knappen der nahen Bergwerke zur Unterſtützung der Bürger erſcheinen, ziehen ſich die Rebellen, mit einigen Lebensmitteln zufrieden, nach Cognola und Cadine zurück. Da überfallen ſie die Grafen v. Lodron und Arco und Franz von Caſtelalt, jagen die angegriffenen Haufen in die Flucht, treiben ſie in den Fluß oder hauen ſie nieder, und die ſiegreichen Hauptleute hätten alle Bauern vernichtet, wenn nicht ein mißverſtandenes Zeichen aus der Stadt ſie zur Rückkehr dahin bewogen.[32])

Dieſe Schlappen, das Ausbleiben der Nons- und Sulzberger, die Nachricht vom Anzuge bedeutender Truppenmaſſen, die Haltung der erſchienenen Etſchländer, die ſie zum Gehorſam mahnten, entmuthigten die Rebellen. Die einzelnen Haufen liefen auseinander, zogen heim und bald unterwarf ſich einer nach dem andern. Den Anfang machten die Bauern der Prätur Trient; dieſe legten ſchon am 2. Sept. die Waffen nieder und leiſteten dann, am 4. und 6. theils auf der piazza fiera, theils auf der Wieſe neben der Abtei St. Lorenz den Treueid. Die Bauern vom Val Lagarina, die ſich in die von ihnen beſetzten Schlöſſer und Burgen zurückgezogen, wurden am 8. September von dem Grafen G. von Arco und Franz Caſtelalt überfallen und zur Unterwerfung gezwungen; den Bauern des Valſugan folgten am 11. September die Grafen Ludwig von Lodron und Gerard v. Arco und nöthigten ſie gleichfalls zur Ergebung. Alle mußten die Waffen abliefern, Treue ſchwören, die Landtagsbeſchlüſſe annehmen, den verhängten Strafen ſich fügen und die Rädelsführer ausliefern. Dieſe wurden theils ſogleich hingerichtet, theils zur Unterſuchung nach Trient geſchleppt; mehrere entkamen jedoch durch die Flucht nach Venedig.[33])

Die Furcht vor dem kaiſerlichen Feldherr Spergſer machte die Nons- und Sulzberger anfangs zu Unterhandlungen geneigt; als ſie aber von deſſen Abzug nach Mailand Gewißheit bekamen und die Regierung vor Unterwerfung der übrigen Rebellen gegen ſie keine

Truppen aufbringen konnte, wurden sie wieder übermüthig, zwangen das Schloß Volsana zur Ergebung, bedrohten Caldes. Doch nicht lange sollten sie mehr ihr Unwesen treiben! Gegen die Mitte Septembers langten Thomas von Freundsberg und Sigmund Brandisser mit neuen Truppen zu Trient an und schon am 14. brachen sie mit den frühern Schaaren unter Wittenbach, Castelalt, Breisacher, den Grafen v. Arco und Lodron nach dem Nonsberg auf. Die einen zogen über Terlago und Molveno dem rechten Noceufer entlang, die andern von Schiffbruck aus das linke hinan. Uneinigkeit hatte die Feinde gehindert, rechtzeitig den Rocchetta-Paß zu besetzen. So konnten die beiden Corps ohne großen Widerstand rasch vorrücken. Die Bewohner von Tajo, die widerspenstigsten von allen, flüchteten bei ihrer Annäherung, die Zusammenrottungen lösten sich auf und schon am 19. September flehten mehrere Dörfer, die bisher sehr unbotmäßig gewesen, um Gnade. Der Vorladung nach Revò auf den 21. folgte der größte Theil der Leute von den Gemeinden Vigo, Tora, Tajo, Smaran, Dambel, Cloz, Revò und Livo, Pejo, Cogolo, Celadiz, Pelizan, Comezadura und Comasen, der Pfarren Malè, Volsana, Cles, Mechel und Denno und der Grafschaft Castelfondo. Die Leute der Grafschaft Spaur und die der übrigen Gerichte im untern Nonsberg mußten sich am selben Tage in Kleinspaur einfinden. Alle fügten sich den harten Strafen, die ihnen die Hauptleute und Civilcommissäre dictirten, ohne ernstlichen Widerstand, schwuren dem Landesfürst und Bischof Treue, legten die Waffen ab, verpflichteten sich zur Zahlung der Geldbußen (4400 fl.), gaben Geiseln und lieferten die Rädelsführer aus, die nicht, wie viele ihrer Genossen, so glücklich gewesen, vor Anbruch des Ungewitters sich aus dem Staube zu machen. Geiseln und Rädelsführer wurden nach Trient escortirt; der letztern waren weit über fünfzig. Da man der Ruhe des Nons- und Sulzberges nicht recht traute, so blieben 2000 Mann, die besten der gesammten Mannschaft, unter dem Befehle des Thomas von Freundsberg zurück; doch konnten sie schon nach wenigen Wochen abziehen, weil jede Gefahr einer Erneuerung der Unruhen geschwunden. Nach der Unterwerfung des Nons- und Sulzberges verharrten nur mehr wenige Gemeinden im Widerstand und Ungehorsam, wie die Leute des Gerichtes Tisens und die von Fleims, von denen erstere anfangs October, letztere aber erst im December sich den landesfürstlichen Anordnungen fügten.[34])

Nachdem die Soldaten und Hauptleute ihre Aufgabe gelöst, kamen die Richter und Henker an die Reihe. Mehrere Rädelsführer und Haupttheilnehmer der Rebellion, deren Schuld offen zu Tage lag, waren sogleich nach ihrer Gefangennahme hingerichtet worden, den übrigen machte man erst den Proceß. Die Regierung hatte zu diesem Zwecke am 15. September eine eigene Strafordnung erlassen; doch bediente man sich in Deutschtirol zur Fällung des Urtheils meist der ordentlichen Gerichte; der Vollzug der Urtheile erfolgte vorzüglich im October. Die Strafen waren hart, grausam, ja wahrhaft barbarisch. Ueber die zu Trient verhängten berichten Augenzeugen: Etlichen hat man die Nase, Etlichen die Ohren, die Finger oder Hände abgeschnitten; Andere sind geviertheilt, geköpft, gehängt, gespießt, verbrannt worden; Einigen schnitt man das Herz aus dem Leibe, schlug's ihnen um den Mund und zerstückte hernach ihren Körper. Gar Viele wurden mit Ruthen gestrichen, des Vermögens beraubt und des Landes verwiesen; keiner kam ohne Brandmal an der Stirne davon. Einem Steinmetz, Meister Philipp genannt, stach man auf dem Schloßplatze beide Augen aus, da er den Bauern versprochen, er wolle sich dies thun lassen, wenn er nicht innerhalb drei Tagen das Schloß niederreiße. Durch solche „gesetzliche" Greuel richtete man zu Trient die „milde" Herrschaft des Bischofs wieder auf; zu Brixen verfuhr man kaum menschlicher, denn Schwert, Galgen und brennende Holzstöße warteten auch hier der Unglücklichen und dabei übte man doch die Barbarei und zwang Väter, Weiber, Kinder, dem schrecklichen Schauspiel beizuwohnen. Gelinder gieng man zu Bozen und Meran vor; im Pusterthal und Innthal wurde niemand mit besondern Strafen belegt. Den Flüchtigen schickte man Weib und Kind nach und zog ihr Vermögen ein; zugleich forderte man die benachbarten Länder auf, sie zur Bestrafung auszuliefern. Später gestattete man solchen, die sich nicht grob vergangen, gegen Geldbußen die Rückkehr. Zur völligen Beruhigung des Landes trat Ende October noch der schon im Frühlinge anberaumte Landtag in Bozen zusammen, auf dem Ferdinand selbst erschien; seine Hauptaufgabe war, wie es scheint, die Wahl des Ausschusses für den Generallandtag. Dieser tagte kurz darauf zu Augsburg, wohin Ferdinand auch die Reichsstände, doch vergeblich, berufen hatte; die daselbst gefaßten Entschlüsse sind nicht bekannt.[35])

Unter den Flüchtigen befand sich auch Gaißmayr, er war

nach Klösterlein in der Schweiz entronnen. Allein er hatte noch nicht seine Pläne aufgegeben, er gedachte vielmehr von der Schweiz aus Tirol zu erobern. Zu diesem Zwecke trat er mit den Venetianern und Franzosen in Unterhandlung; aber die diplomatischen Künste führten ihn zu langsam ans Ziel; er beschloß, vertrauend auf seine zahlreichen Anhänger in allen Landestheilen, mit mehrern Bauern aus Prätigau, Davos und flüchtigen Schwaben noch im Frühling 1526 in Tirol einzufallen. Er wollte das Städtlein Glurns überrumpeln, des dort verwahrten Pulvers, Waffenvorraths und Geschützes sich bemächtigen und dann durch Vintschgau vordringen; die Sturmglocken sollten Alles neuerdings in Aufruhr setzen. Um die Tiroler Bauern auf sein Unternehmen vorzubereiten und für dasselbe zu gewinnen, schickte er einen Aufruf in 28 Artikeln voraus. Darin fordert er Alle zum festen Zusammenhalten und zum Gehorsam gegen ihre Führer auf und entwirft sein Programm, das in kirchlicher und politischer Beziehung Tirol eine ganz neue Gestalt geben sollte. Man müsse vor allem die Ehre Gottes und den gemeinen Nutzen suchen, die Gottlosen, welche das Wort Gottes verfolgen, ausreuten und eine ganz christliche Satzung, allein auf Gottes Wort gegründet, einführen. Alle Bilder, Bildstöcke und Capellen, die nicht Pfarreien seien, und die hl. Messe, „ein Gräuel vor Gott und ganz unchristlich" sollen abgethan werden. Freiheiten wollte er keine mehr dulden, alle Ringmauern der Städte, alle Schlösser und Befestigungen niederreißen, nur Dörfer bestehen lassen. Pfarren und Gerichte sollten besser eingetheilt, in jeder Gemeinde acht Geschworne bestellt, jährlich neu gewählt, alle Montage Gerichte gehalten und das Gerichtspersonale vom Lande besoldet werden. Brixen wurde, weil im Mittelpunkt Tirols gelegen, zum Sitze der Regierung bestimmt, die aus allen Vierteln und den Bergwerken gewählt werden sollte. Weitere Bestimmungen lauten: Am Regierungssitz besteht eine Hochschule, die drei des Gottes Wortes kundige Männer für die Regierung stellt. Ueber Zinsen von Grund und Boden und alle Bauernlasten verfügt die „gemeine" Landschaft. Die Zölle im Innern des Landes gehen ein, an den Grenzen verzollt man nur die Ausfuhr. Der Zehent dient zur Unterhaltung der Pfarrer und Armen. Die Kaufmannschaften werden abgeschafft, dafür eine Niederlage im Lande errichtet und die Leitung des ganzen Verkehrs- und Gewerbewesens einem Amtmann übertragen. Aus den Gütern der vertriebenen Edelleute und andern

Banngütern, aus den eingezogenen Bergwerken und der Saline zu Hall bestreitet man die Erhaltung der Aemter und Gerichtskosten; nur in besonderer Noth wird ein Zinspfennig eingetrieben. Den Mangel an Getreide wollte Gaißmayr durch Austrocknung der Sümpfe zwischen Meran und Trient wie durch Zufuhr aus der Lombardei decken. Ein so verlockendes Programm mußte verführerisch wirken und ohne Zweifel wären ihm viele Bauern zugefallen, wenn er seinen Plan hätte ausführen können. Aber seine Verbindungen mit den Tirolern, namentlich sein Briefwechsel mit seinem Bruder Hans, wurden von der Regierung entdeckt und dann fielen die Davoser von ihm ab. Als er Ende April mehrere Flüchtlinge zu einer Versammlung nach Trogen beschied, nahmen die Appenzeller die meisten im Auftrage Ferdinands gefangen und er selbst entrann nur mit Noth dem gleichen Loos.

Dessenungeachtet ließ Gaißmayr seinen Plan noch nicht fahren. Da von Westen her Tirol nicht zu gewinnen, versuchte er es von Osten. Gerade damals waren die Salzburger Bauern wieder im Aufstande gegen ihren Erzbischof. Gaißmayr zog ihnen mit drei Fähnlein zu Hilfe und wurde bald ihr Anführer. Als die Salzburger Bauern aufs Haupt geschlagen und der Aufstand der Unterdrückung (Ende Juni) nahe war, da führte er die Hauptschuldigen und übrig gebliebene Kriegsknechte, bei 1600 Mann, über den Rauriser Tauern nach Tirol. Zum Glück hatte die Regierung die Vorgänge im benachbarten Salzburg aufmerksam verfolgt und war nicht unvorbereitet. Bei der Ankunft des Feindes hatte der Landeshauptmann das Aufgebot an der Etsch schon in Bereitschaft; Kaspar Künigl konnte sogleich mit Kriegsvolk Gaißmayr entgegenziehen. Mußte er sich auch vor dem dreimal überlegenen Feind nach Bruneck zurückziehen, so vermochte doch Gaißmayr mit seinem Freunde Pet. Paßler gegen diese Stadt nichts und ebenso wenig gelang es ihnen, die Mühlbacher Klause zu nehmen. Ja als Künigl die Gerichtsleute von Pusterthal gegen sie zu den Waffen rief und Georg v. Freundsberg zu seiner Unterstützung heranzog, mußten sie trachten, schnell den tirolischen Boden zu verlassen. Sie eilten von Niedervintel über den Hachelstein gegen Rodeneck und von da durch Lüsen, Enneberg, Abtei und Buchenstein in das venetianische Gebiet. Georg v. Freundsberg und Kaspar Künigl verfolgten sie bis Buchenstein. Die Venetianer nahmen Gaißmayr mit seinen Schaaren gut auf und setzten

ihm einen ſo reichen Jahresgehalt aus, daß er ſich bei Padua ein Landgut kaufen und „glänzend wie ein Cardinal“ leben konnte. Bald ſollte er hier eine wichtige Rolle ſpielen![36])

§ 6. Die Franzoſen- und Türkenkriege.

Inhalt: Die Bedeutung der Franzoſen- und Türkenkriege für die äußern und innern Verhältniſſe. Der zweite Krieg zwiſchen Karl V. und Franz I. (1527—29); Rüſtungen und Landtage in Tirol; Gaißmayrs Umtriebe. Die Erwerbung von Böhmen und Ungarn und die Türkenkriege. Erſte Landtagshilfe für den Türkenkrieg. Landtage und Türkenhilfen im Jahre 1529. Landtage und Türkenhilfen in den Jahren 1530 und 1531. Türkengefahr und Truppendurchzüge im Jahre 1532. Der Reichstag zu Augsburg und Karls V. Aufenthalt in Tirol im Jahre 1530. Verluſt des Herzogthums Würtemberg. Der dritte Franzoſenkrieg (1536 - 38). Erneuerung des Türkenkrieges. Neue Landtage und Türkenhilfen. Generallandtag im Jahre 1541 und weitere Türkenhilfen. Waffenſtillſtand. Der vierte Franzoſenkrieg. (1542—44). Die Bewilligungen der Landtage von den Jahren 1545 und 1546. Die Brixner Biſchöfe Georg von Oeſterreich, Bernhard von Cles, Chriſtof Fuchs und Chriſtof von Madrutſch. Charakter und Regierung des Biſchofs Bernhard von Cles. Seine Erwerbungen Biſchof Chriſtof von Madrutſch. Der Biſchöfe, Prälaten und Adeligen Stellung zum Landesfürſten. Die Entſtehung der neuen Landesordnung und deren Zweck und Inhalt. Das fünfte Buch. Folgen der neuen Landesordnung. Anlage und Vertheilung der Steuern. Neue Anſchläge. Steuerverweigerungen und Steuerrückſtände. Der Landtag vom Jahre 1544. Ständiſche Beſchwerden. Ferdinands Beweiſe der Liebe und Sorge für Tirol. Die Ketzer-Verfolgungen. Der Charakter der Alttiroler überhaupt und der Anhänger der neuen Lehren insbeſondere. Die Ausbreitung der Secte der Wiedertäufer. Die erſten landesfürſtlichen Mandate gegen ſie und Hinrichtungen. Weitere Ausbreitung der Secte in den Jahren 1528—30. Neue landesfürſtliche Mandate und neue Hinrichtungen. Deren Erfolge. Ferdinands weitere Maßregeln und weitere Hinrichtungen. Wendung in der Haltung der Verfolger und Verfolgten. Verfall des geſammten Klerus. Des Landes Noth.

Nach der Beendigung des Bauernrebells beſtimmen durch zwei Jahrzehnte die Franzoſen- und Türkenkriege vorzüglich Tirols äußere wie innere Geſchicke. Die Rivalität zwiſchen Frankreich und Oeſterreich, die ſchon unter Kaiſer Max erwacht war, ſteigerte ſich unter ſeinem Nachfolger Karl V. und erzeugte vier erbitterte Kriege zwiſchen beiden Mächten. Man kämpfte zwar zunächſt um den Principat in Italien, im letzten Grunde aber ſuchte Frankreich ſeine Selbſtändigkeit und Unabhängigkeit gegen das Haus Habsburg zu wahren, das den Principat in Europa, eine Univerſalmonarchie anſtrebte. Die Allianzen, welche Franz I. von Frankreich mit der Pforte ſchloß, brachten dieſe Kriege mit den Türkenkriegen in Verbindung. Die

Folgen dieſer Kämpfe waren ſowol für die betheiligten Länder insbeſondere als für das europäiſche Staatenſyſtem überhaupt von großer Wichtigkeit. Tirol wurde einmal durch ſie noch mehr aus der bisherigen Iſolirung herausgeriſſen. Die Franzoſenkriege verflochten ſeine Geſchicke mit denen Italiens; die Türkenkriege mit denen der öſtlichen Erblande. Wo es ein habsburgiſches Intereſſe galt, da mußte Tirol Opfer bringen; es ſandte ſeine tapfern Söhne gegen den allerchriſtlichſten König ſo gut, wie gegen den Beherrſcher der Ungläubigen. Es mußte ſich zu gemeinſamer Abwehr der Feinde mit den übrigen Erblanden vereinen, zu gemeinſamen Berathungen ſeine Vertreter ſchicken, ſich immer mehr als ein Theil eines größern ſtaatlichen Organismus fühlen lernen. Die Idee der Zuſammengehörigkeit aller öſterreichiſchen Erblande fand nicht bloß mehr in gemeinſamen Kriegsunternehmungen, ſondern auch in Generallandtagen wiederholt ihren Ausdruck. Außer dieſer guten Folge hatten aber die Franzoſen- und Türkenkriege dann noch eine ſchlimme für Tirol; ſie erleichterten die politiſche und kirchl. Reaction, und halfen den Bauernſtand um all ſeine Errungenſchaften v. J. 1525 bringen. Denn ſie lenkten die Blicke des Volkes von den innern Zuſtänden ab, ſie machten es bei der Furcht vor äußern Feinden, bei der häufigen Anweſenheit fremder Krieger williger; ſie wurden gerade für die Muthigſten und Kühnſten das Grab; ſie vernichteten namentlich den Wolſtand der untern Claſſen und damit auch ihren Muth; hingegen hoben ſie das Anſehen des Adels und des Landesfürſten. Auch inſofern gewannen dieſe Kriege für die innere Entwickelung noch Bedeutung, als die vielen Landtage, die ſie nöthig machten, zur Ausbildung und Befeſtigung der Verfaſſungsformen beitrugen.

Der Friede von Madrid (14. Jan. 1526), welcher den erſten Krieg zwiſchen Karl V. und Franz I. (1521—25) beendigte, trug bereits die Keime weiterer Kämpfe in ſich; denn wie hätte der franzöſiſche König deſſen harten Bedingungen ſich aufrichtig fügen können? In der That ſchloß er ſchon wenige Monate nachher mit dem Pabſte, Venedig und Mailand das Bündniß von Cognac (22. Mai 1526), um Italien von der ſpaniſchen Herrſchaft zu befreien; es begann der zweite Krieg zwiſchen Karl und Franz (1527—29). Die Truppen der Ligiſten brachten bald die Kaiſerlichen unter dem Connetable K. v. Bourbon, Ant. de Leyva und Kaſpar von Freundsberg ins Gedränge, ſo daß dieſe ſich nach Deutſchland um Hilfe wandten.

Die Gefahr eines feindlichen Einfalles wurde für Tirol um so größer je mehr zu diesem Zwecke M. Gaißmayr thätig war. Daher beschloß der Landtag, den Ferdinand selbst im September 1526 zu Innsbruck hielt, das Land eiligst in Vertheidigungszustand zu setzen. Es wurden Viertelhauptleute und Kriegscommissäre gewählt, um im Nothfalle selbst mit dem vierten Aufgebote bereit zu sein. Die Stände baten den Erzherzog, im Falle der Gefahr persönlich die Landesvertheidigung zu leiten und den schwäbischen Bund zur Hilfeleistung aufzumahnen. Gleichzeitig lärmte in den deutschen Städten die Kriegstrommel; Georg von Freundsberg warb eifrigst im Namen des Kaisers Landsknechte; er verpfändete alle seine Habe, seine Herrschaft Mindelheim, seine Schlösser in Tirol, sogar seine Bergrechte zu Gossensaß, um das nöthige Geld aufzubringen. Da es gegen den Pabst zu kämpfen galt, eilten Tausende von lutherisch Gesinnten herbei und zogen nach Tirol. Denn die Städte Meran, Bozen und Trient waren ihnen als Sammelplätze angewiesen. Als 35—38 Fähnlein sich angesammelt, trat Georg von Freundsberg den Marsch nach Italien an; als er mit seinen Schaaren in die italienische Ebene hinabgestiegen, wandte sich das Blatt. Wenige Monate darauf stunden die Kaiserlichen vor Rom. Es ist nicht meine Sache zu erzählen, wie sie die ewige Stadt erstürmt nnd geplündert, wie sie den Pabst in der Engelsburg belagert; nur das will ich bemerken, daß im kaiserlichen Heere viele Tiroler waren, daß Ludwig von Lodron und Konrad Spergser von Glurns, Tirols größte Kriegshelden in jener Zeit, sich bei der Erstürmung der Stadtmauern rühmlichst hervorthaten.[1])

Das Schicksal Roms und des Pabstes erweckte dem Kaiser neue Feinde und spornte die alten zu größerer Thätigkeit an. In kurzem stellten sich den kaiserlichen Truppen in Oberitalien drei stattliche Heere entgegen, 12,000 Schweizer, 15,000 Venetianer und 16,000 Franzosen, während die kaiserliche Armee zu Rom allmählich sich auflöste. Antonio de Leyva und Kaspar von Freundsberg suchten abermals in Deutschland und zwar bei der Innsbrucker Regierung Hilfe. Der Innsbrucker Regierung mußte sehr daran liegen, der Lage in Italien eine glückliche Wendung zu geben; denn sonst hatte sie einen Angriff auf das Land selbst zu fürchten. Trug sich doch M. Gaißmayr noch immer mit dem Gedanken, durch einen Ueberfall in Tirol neuerdings einen Aufruhr zu erregen. Er hätte dies schon

im letzten Winter ins Werk gesetzt, wenn er bei Venedig Unterstützung gefunden. Nun hoffte er über den Nonsberg ins Land bringen, es besetzen und dann auch das Erzstift Salzburg einnehmen zu können. Darum trug die Innsbrucker Regierung nicht bloß dem Landeshauptmanne die größte Wachsamkeit auf, sondern berief den Landtag ein und verlangte Hilfe. Die im November zu Innsbruck versammelten Stände beschlossen 100,000 fl. aufzuleihen und für zwei Jahre an sichern Orten zu hinterlegen, um im Falle der Noth mit Geld versehen zu sein; auch erklärten sie sich zur Leistung der Zuzüge bereit. Dagegen sollte der Landesfürst Alles thun, wozu ihn das Landlibell verpflichte, den schwäbischen Bund aufmahnen, während der zwei Jahre sie mit weitern Geldforderungen verschonen und die bewilligte Summe nur zur Landesvertheidigung verwenden lassen. Die Ereignisse der ersten Monate des Jahres 1528 rechtfertigten diese Maßregeln vollkommen. Die Franzosen und Venetianer waren in Italien siegreich; erstere eroberten in wenigen Wochen fast das ganze Königreich Neapel. Tirol schien ernstlich gefährdet; darum schlugen im Frühling der Landeshauptmann Leonhard v. Völs, Sigmund von Brandis und die Kriegscommissäre zu Trient der Innsbrucker Regierung vor, für Erhaltung des kaiserlichen Kriegsvolks in Italien zu sorgen, die tirolischen Pässe zu besetzen und das allgemeine Aufgebot zu erlassen. Bei der herrschenden Stimmung im Lande und den Umtrieben Gaißmayr's wagte jedoch die Regiegierung letzteres nicht und zog es darum vor, statt des allgemeinen Aufgebotes, nur „ehrbare, gehorsame" Kriegsleute zu eiligem Zuzug aufzumahnen. Die ergriffenen Maßregeln erwiesen sich aber diesmal als unnöthig. Denn da eine Pest das französische Heer in Italien dahinraffte und der Seeheld Andreas Doria, Herr v. Genua, von Frankreich abfiel, so wurde Franz I. zu Unterhandlungen geneigt und schloß mit Karl V. zuerst einen Waffenstillstand und dann am 5. August 1529 den Frieden von Cambray. Damit war für Tirol die größte Gefahr beseitigt; die Venetianer, obwol nicht in den Frieden eingeschlossen, wagten allein nicht den Kampf fortzusetzen. Michael Gaißmayr gab nun allerdings auch jetzt noch nicht seine Pläne auf, er wandte sich deshalb nach der Schweiz und suchte abermals von hier aus Tirol zu überfallen. In der That gelang es ihm, etliche Fürsten und Potentaten für seine Sache zu gewinnen; man kam überein, in drei Haufen in das Land einzu-

brechen. Bei der Erbitterung, die damals unter den proteſtantiſch gewordenen Kantonen gegen Ferdinand herrſchte, weil er den 5 katholiſchen gegen ſie Beiſtand verſprochen, würde der unermüdliche Revolutionär ohne Zweifel ſein Vorhaben endlich auch haben ausführen können, wenn nicht ſpaniſche Meuchelmörder, durch den Preis, den man auf ſeinen Kopf geſetzt, angelockt, im Jahre 1530 ſeinem Leben ein Ende gemacht hätten.[2])

Während die habsburgiſche Macht in Italien zuſammenzubrechen drohte, war Erzherzog Ferdinand ſo glücklich, dieſelbe nach Oſten hin, durch die Erwerbung der Königreiche Böhmen und Ungarn anſehnlich zu erweitern. Aber dieſe Vermehrung der öſterreichiſchen Hausmacht brachte für die alten Erblande neue Pflichten, neue Opfer. Denn mit der Erwerbung Ungarns übernahm Oeſterreich einen langwierigen, oft ſich wiederholenden Kampf gegen die Türken, der von den übrigen Erblanden unzählige Leiſtungen an Geld und Mannſchaft forderte. Doch das vergoſſene Blut, die Gemeinſamkeit ſo lang dauernder Gefahren und Anſtrengungen wurden ein feſter Kitt zwiſchen den einzelnen Reichstheilen und ſtärkten die Idee der Zuſammengehörigkeit. Da die deutſchen Erblande bei dieſen Kämpfen weitaus am meiſten leiſteten und ſich die größten Verdienſte um die Dynaſtie und den öſterreichiſchen Erbbeſitz erwarben, ſo mußten ſie nothwendig die hervorragende Stellung in der Geſammtmonarchie, die ſie vom Anfange an eingenommen, behaupten und können die Deutſchen auch in unſern Tagen noch, wo ſie durch geiſtige und materielle Güter alle andern Nationalitäten hoch überragen, nach Recht und Billigkeit die erſte Stelle beanſpruchen. Das ſollten gerade diejenigen, die auf das hiſtoriſche Recht ſo hohes Gewicht legen, am wenigſten überſehen! Tirol hat an den Türkenkriegen rege ſich betheiligt. Anfangs zeigten ſich die Stände zu Opfern ſehr bereit; als aber dieſelben immer größer wurden und ſtets wiederkehrten, da fiengen ſie an zu widerſtreben. Sie wollten keine Ausſchüſſe mehr zu den Ausſchußlandtagen ſchicken, wo man ſich über die gemeinſamen Kriegsleiſtungen berieth, und erklärten geradezu, ſie wären nicht verpflichtet außer Landes Kriegsdienſte zu thun, die andern Erblande giengen ſie nichts an. Doch ließen ſie ſich nach ſolchen Aeußerungen meiſt wieder zur Hilfe herbei und ſo blieb im ganzen das Verhältniß zwiſchen Ständen und Landesfürſten ungetrübt.

Als Erzherzog Ferdinand im September 1526 vom Speierer Reichstag zum Innsbrucker Landtag ritt, erhielt er zu Zirl die Nachricht von der unglücklichen Schlacht bei Mohacz, und dem Tode seines Schwagers, König Ludwigs II. von Ungarn. Er beschloß sogleich, die gerechten Ansprüche, die er auf die erledigten Kronen von Böhmen und Ungarn hatte, zur Geltung zu bringen und verlangte deshalb vom erwähnten Landtag 6000 Mann als einjährige Hilfe zur Bekämpfung der Türken, die bereits Ungarns Hauptstadt eingenommen hatten. Die Stände versprachen 5000 Mann auf vier Monate, wohin Ferdinand wolle, zu stellen; ja sie erklärten sich sogar bereit, Ferdinand alle mögliche Hilfe zur Erlangung der Königreiche Böhmen und Ungarn zu leisten. Sie bewilligten in der That noch weitere 1000 Knechte, obwol sie gerade zu dieser Zeit gegen die Franzosen und Venetianer ihr Land in Vertheidigungszustand setzen und die durchziehenden kaiserlichen Truppen versorgen mußten. Als der Erzherzog am 24. Februar 1527 zum König von Böhmen gekrönt wurde, fanden sich außer dem Bischof von Trient noch der Landeshauptmann Leonhard von Völs, Georg Freiherr von Firmian, Jakob Fuchs von Fuchsberg und Kaspar Künigl als Vertreter des Landes ein und empfiengen zu Prag den Dank des Königs für Tirols große Bereitwilligkeit zur Hilfeleistung.[3])

Von dieser Bereitwilligkeit mußte Ferdinand bald den ausgedehntesten Gebrauch machen. Denn eine Gegenpartei in Ungarn wählte nach dem Abzug der Türken Johann Zapolya, Woiwoden von Siebenbürgern, zum König, dem ein großer Theil des Landes anhieng. Gelang es nun auch Ferdinand nach seiner Krönung zum König von Ungarn, Zapolya zu vertreiben, so wußte dieser doch mit Hilfe seiner ungarischen Anhänger und des Sultans Suleiman, sich den Rückweg zu bahnen. Ferdinands Stellung schien aufs äußerste bedroht, als auch der Sultan im Jahre 1529 mit einem Heere von 300,000 Mann gegen ihn anrückte. Diese Gefahr voraussehend wandte sich der König schon am Beginn des Jahres 1529 und dann wiederholt an alle Landtage um Hilfe. Der tirolische tagte in diesem Jahre dreimal. Das erste Mal, im Januar zu Innsbruck. Ferdinand, der persönlich vor den Ständen erschien, verlangte 5000 Mann auf 6 Monate oder 120,000 fl. Die Stände bewilligten 3000 Knechte, 200 Pferde und dann weitere 1000 Hackenschützen. Der König war mit ihnen so zufrieden, daß er Tirol das

Herz Oesterreichs nannte. Der drohende Anzug des Feindes veranlaßte Ferdinand, den tirolischen Landtag im September zum zweiten Male einzuberufen. Derselbe erklärte zuerst, er wolle, falls es mit den Türken zu einer Schlacht komme, 4000 Mann auf 2 Monate stellen, reducirte dann aber, als man diese Summe nicht leicht aufbrachte, die Zahl auf 3000. Der Schrecken vor den Türken wurde um diese Zeit so groß, daß man sich selbst im Lande nicht sicher glaubte. Die Regierung ließ daher die Pässe gegen Baiern, Kärnten und Salzburg, besonders die Lienzer Klause, besichtigen und traf Vorkehrungen für das allgemeine Aufgebot. Es wurden Kundschafter ausgeschickt, an wichtigen Posten Wachen aufgestellt und Kreidenfeuer in Bereitschaft gehalten. Man fühlte sich zu um so größerer Vorsicht verpflichtet, da es die in Innsbruck weilende Familie des Königs zu schützen galt. Als der türkische Sultan nach längerer vergeblicher Belagerung Wiens wieder den Rückzug antrat, schwand zwar die Gefahr vorläufig, aber man befürchtete mit Grund dessen baldige Wiederkehr. Darum berief der König noch i. J. 1529 einen Generallandtag nach Linz, um die Mittel zu gemeinsamer Abwehr des Feindes und andere gemeinsame Angelegenheiten von den Vertretern aller Erblande besprechen zu lassen. Die Wahl der Ausschüsse veranlaßte den dritten tirolischen Landtag im November, der der königlichen Familie ein Geschenk von 8000 fl. machte.[4])

Die Fortdauer der Kämpfe mit den Türken nöthigte Ferdinand, auch in den folgenden Jahren zu wiederholter Einberufung des tirolischen Landtages und neuen Forderungen. Hatten aber bisher die Tiroler bereitwilligst Hilfe geleistet, so fanden sie im Jahre 1530 auf dem im Mai zu Hall abgehaltenen Landtag die neue Forderung des Königs schon sehr beschwerlich. Dieser verlangte nämlich 3000 Mann auf 3 Monate. Sie hielten ihm die großen Lasten entgegen, die sie seit 30 Jahren wegen der vielen Kriege erdulden müssen, bewilligten aber doch die ganze Forderung. Auf dem zweiten Landtag zu Bozen im September brachten sie dieselben und neue Klagen über Theuerung des Weines und Getreides vor und gewährten, wie es scheint, nichts. Im folgenden Jahre kamen wegen des Türkenkrieges wieder drei Landtage zu Stande. Auf dem ersten, im Januar 1531 zu Innsbruck, forderte die Königin im Namen ihres Gemahles, nachdrücklichst 3000 Mann auf 6 Monate. Die Stände votirten aber nur 2000 und betheuerten, nicht mehr

thun zu können. Sie knüpften dann an die Bewilligung noch zwei Bedingungen: es müßte von Seiten des Reiches eine ansehnliche Expedition unternommen und die Grafen von Lodron und Arco sowie die Herren von Gresta, die sich bisher mitzusteuern geweigert, dazu verhalten werden. Der zweite Landtag, der um Jakobi zu Innsbruck tagte, betraf wieder einmal die Wahl von Ausschüssen für einen Generallandtag. Ferdinand wollte nämlich die durch einen Waffenstillstand erlangte Ruhe zu weitern Rüstungen benützen und darum die Vertreter aller Erblande einvernehmen. Die tirolischen Stände wählten für den Fall, daß der Versammlungsort in Tirol sei, sechs, sonst 3 Ausschüsse mit voller Gewalt. Des Königs Furcht vor baldigem Wiederausbruch des Krieges veranlaßte den dritten Landtag, der im November, ebenfalls zu Innsbruck, abgehalten wurde. Die Stände ließen sich zu einer Steuer von 40,000 fl. herbei, welche im Falle der Erneuerung des Türkenkrieges für diesen, sonst zur Verpflegung der königlichen Prinzessinen verwendet werden sollten.

Was Ferdinand gefürchtet, trat wirklich ein; im Jahre 1532 ward die Türkengefahr wieder sehr groß, denn Suleimann selbst brach mit 250,000 Mann in Ungarn ein. Der Feindeseinfall verursachte den Tirolern natürlich neue Opfer; sie mußten nicht bloß Ferdinand 3000 Mann auf 4 Monate Mitte Juli unter dem Obersten Sigmund Brandisser zu Hilfe senden, sondern auch die zahlreichen Durchzüge des kaiserlichen Hilfsvolks, 75 Fähnlein Spanier, Italiener und Niederländer, ertragen, mit denen Karl diesmal seinem Bruder beisprang. Das war keine kleine Last! Denn die wälschen Soldaten benahmen sich sehr zuchtlos. Sie bezahlten häufig nichts, brachen mit Gewalt in Gewölbe und Keller, nahmen, was ihnen in die Hände fiel, jagten wol auch die Leute aus ihren Häusern und trieben mit den Weibern ihren Muthwillen. Der Uebermuth einer Schaar Italiener, die anfangs September unter dem Hauptmann B. Coronel nach Brixen kam, gieng so weit, daß sie aus reiner Bosheit selbst einen Theil der Stadt niederbrannte. Nur mit Mühe vermochte die Regierung Ordnung zu schaffen. Doch waren dies für einige Zeit die letzten Opfer und Lasten, die der Türkenkrieg den Tirolern auferlegte. Da der Sultan schon auf dem Zuge bis zur Festung Günz und bei deren Eroberung merkliche Verluste erlitt, so wagte er es nicht, die 80,000 Mann starke christliche Armee anzu-

greifen und zog heimwärts. Im nächsten Jahre schloß Ferdinand dann mit ihm eine mehrjährige Waffenruhe.[5])

Während dieser Kriege wurde Tirol von den Ereignissen Deutschlands wenig berührt; auch Kaiser Karl V. und König Ferdinand standen ihnen ziemlich ferne und fanden nicht Zeit und Gelegenheit, in die innern Reichsangelegenheiten tiefer einzugreifen. So konnte sich der Protestantismus immer weiter ausbreiten. Je mächtiger er aber wurde, desto mehr drängte es den Kaiser, den Neuerungen entgegen zu treten und dem Wormser Reichstags-Abschied wie seinen Mandaten endlich volle Geltung zu verschaffen. Nach dem Frieden von Cambray schien hiefür der Augenblick gekommen; Karl trat in enge Beziehungen zu dem ihm bisher feindlichen Pabste Clemens VII. und berief einen Reichstag nach Augsburg, um hier der katholischen Sache zum Siege zu verhelfen. Dies führte ihn im Frühjahre 1530 nach Tirol und veranlaßte seinen mehrwöchentlichen Aufenthalt zu Innsbruck; hier konnte er sich leicht und sicher von den Reichsverhältnissen informiren und darnach seine Vorkehrungen treffen. Ferdinand eilte eigens von Oesterreich zu seinem Empfange nach Tirol; noch jetzt bezeichnet ein Denkmal am Passe Lueg diesseits des Brenners die Stelle, wo sich die beiden Brüder begegneten. Die Tiroler empfingen das Reichsoberhaupt mit allen Ehren; die Städte Trient, Bozen, Brixen und Innsbruck bereiteten ihm einen festlichen Empfang, die beiden Bischöfe gaben ihm sogar von Italien aus das Geleite. Die Liebe des Volkes zu dem fürstlichen Brüderpaar war so groß, daß fast jedermann ihr Bildniß oder ihr Wappen bei sich tragen wollte. Die Schmelzer und Bergleute von Schwaz überreichten Karl beim Abschied im feierlichen Aufzug eine große Silbermedaille von 1700 fl. Wert, auf welcher der österreichische Stammbaum geprägt war; eine kunstreiche Arbeit. Als der Hof nach Augsburg verreiste, bildeten die beiden Bischöfe, viele tirolische Adelige und Rechtsgelehrte sein Gefolge; in ihrer und vieler anderer Fürsten und Herrn Gegenwart belehnte dann auf österreichischem Boden, vor dem Schlosse Wellenburg in Burgau, Karl seinen Bruder mit allen österreichischen Lehen, die vom Reiche herrührten, auch mit dem Herzogthum Würtemberg. Der Reichstag von Augsburg führte nicht zum gewünschten Ziele. Wol ward, nach der Entfernung der protestantischen Fürsten, über die Anhänger der neuen Lehre die Reichsacht ausgesprochen, aber sie kam nicht zur Ausführung. Die

protestantischen Fürsten schlossen zu ihrem Schutze das Bündniß von Schmalkalden (1531), verweigerten jede Hilfe gegen die Türken und erkannten die von den katholischen Kurfürsten vollzogene Wahl Ferdinands zum römischen König nicht an. Als im Jahre 1532 der türkische Sultan mit großer Heeresmacht auf Wien losrückte, mußten sich Kaiser und König zum Nürnberger Frieden bequemen, worin beide Theile gelobten, bis zur Einberufung eines Concils sich nicht feindlich anzufallen.[6])

Bei der großen Macht des Hauses Habsburg fühlten sich aber die Schmalkaldener Verbündeten trotz des Nürnberger Friedens nicht sicher; sie suchten daher an Frankreich einen Rückhalt und trachteten auf alle mögliche Weise, die habsburgische Macht in Deutschland zu schmälern. Die Auflösung des schwäbischen Bundes bot hiezu erwünschte Gelegenheit; es schien der günstige Zeitpunkt gekommen, um Oesterreich das Herzogthum Würtemberg zu entreißen und es dem Herzog Ulrich, einem eifrigen Protestanten, zu verschaffen. Zur Ausführung dieses Vorhabens schloß Philipp von Hessen, das rührigste Mitglied des Schmalkaldener Bundes, zu Anfang des Jahres 1534 einen neuen Vertrag mit Frankreich und rüstete sich. König Ferdinand, in die Angelegenheiten seiner übrigen Lande vertieft, bekam erst spät von dieser Gefahr Kenntniß. Er bereitete sich sogleich zur Gegenwehr vor. Tirol, mit dem die bedrohten Vorlande in engerer Verbindung standen, wurde zuerst und vorzüglich zur Hilfe aufgefordert. Da es diesmal ebenso sehr ihr eigenes als das Interesse des Landesfürsten zu verfechten galt, so zeigten sich die Tiroler bereitwilliger als in letzter Zeit. Sie schlugen von den geforderten 100,000 fl. Hilfsgeld (5000 Mann auf 5 Monate) wol 40,000 ab, (statt 5 Monate 3), erklärten aber zugleich, sie wollten, falls ein anderes Erbland gefährdet würde, dem Feinde ein gewaltiges Feuer im Rücken erwecken, und käme Tirol in Gefahr, mit ganzer Macht zu dessen Rettung herbei eilen. Um ihre geringere Hilfeleistung zu entschuldigen, erinnerten sie an die vielen feindlichen Nachbarn, die von allen Seiten Tirol umgeben; es sei zu befürchten, daß Oesterreichs Feinde es besonders auf Tirol abgesehen, weil es bisher seinem Fürsten stets treuliche Hilfe geleistet; man dürfe es daher nicht ganz von Bewaffneten entblößen. An die Bewilligung dieser Hilfe knüpften sie die dringende Bitte, der Landesfürst möge die Grenzfesten und Pässe im Norden und Westen in gehörigen Stand setzen und für

Proviant, Munition und Geſchütze ſorgen. Doch trotz der Eile, mit der die Stände diesmal die Rüſtungen betrieben, kam man zu ſpät. Philipp von Heſſen drang raſch in Würtemberg ein und ſchlug ſchon am 13. Mai den öſterreichiſchen Statthalter bei Laufen. Das Herzogthum war für Oeſterreich auf immer verloren; im Frieden zu Cadan, am 28. Juni, mußte es Herzog Ulrich als öſterreichiſches Afterlehen überlaſſen werden.[7])

Nach Befreiung von dieſer Kriegsnoth bedrohte unſer Vaterland bald wieder eine. Es brach nämlich der dritte Krieg zwiſchen Kaiſer Karl V. und König Franz I. von Frankreich aus (1536 bis 1538). König Ferdinand hielt ſich für verpflichtet, ſeinem Bruder, der ihm ſeine Hilfe im Türkenkriege nicht verſagt, Beiſtand zu leiſten und verlangte darum von den Landtagen abermals Geld und Mannſchaft. Vor den Ständen Tirols, das dem Kriegsſchauplatz am nächſten lag, erſchien er in eigener Perſon. Er hoffte, der Tiroler Landtag werde in Rückſicht auf die gefährdete Lage des Landes um ſo eher den andern mit gutem Beiſpiele vorangehen. Die Stände brachten aber neuerdings ihre alten Klagen und Entſchuldigungen vor und erklärten, nicht mehr als 3500 Mann auf 4 Monate bewilligen zu können. Ferdinand gab ſich damit zufrieden und ſtellte keine weitern Forderungen; auch hatte dieſer Krieg, von einzelnen Durchzügen abgeſehen, für Tirol keine andern Folgen. Die Liga, welche der Kaiſer, Ferdinand, der Pabſt und Venedig miteinander ſchloſſen, gewährte dem Lande vollen Schutz, bis mit dem Waffenſtillſtand von Nizza (18. Juni 1538) die Feindſeligkeiten überhaupt endeten.[8])

Gleichzeitig mit dem franzöſiſchen Kriege begann auch der Türkenkrieg, der trotz des Waffenſtillſtandes nie ganz erloſchen war, wieder heftiger zu entbrennen; denn der allerchriſtlichſte König von Frankreich ſcheute ſich nicht, der ganzen chriſtlichen Welt das unerhörte Schauſpiel einer Allianz mit dem Beherrſcher der Ungläubigen zu geben. Tirol glänzte in dieſen neuen Kämpfen mit den Türken mehr als bisher. Leonhard von Völs, Landeshauptmann a. d. Etſch, der zum General in Ungarn ernannt worden, focht i. J. 1536 mit vielem Glück gegen die türkiſchen Oberſten; Graf Ludwig v. Lodron, der bei Eſſek an Stelle des kaiſerlichen Feldherrn Katzianer den Oberbefehl über das in der Auflöſung begriffene Heer übernahm (1537), ſtarb den Heldentod und viele Tiroler mit ihm. Indem jedoch Ferdinand mit Joh. Zapolya am 24. Febr. 1538 Frieden ſchloß, trat

eine zweijährige Ruhe ein. Aber schon im Beginn des Jahres 1540 waren neue Kämpfe mit den Türken zu fürchten. Dies bewog Ferdinand zur Einberufung neuer Landtage. Vom tirolischen, der im März zu Sterzing sich versammelte, wurde eine große Türkenhilfe verlangt, aber vorläufig jede abgeschlagen; beim wirklichen Ausbruch des Krieges wollte man seinen Beistand nicht versagen. Die Erneuerung der Feindseligkeiten ließ nicht lange auf sich warten; der Tod Johann Zapolya's (27. Juli 1540) gab hiezu die Losung. Denn die Vormünder seines Sohnes Johann Sigismund hielten die Friedensbedingungen nicht; Ferdinand mußte sich bereit machen, diesen mit Waffengewalt Geltung zu verschaffen. Darum berief er im September den Tiroler Landtag neuerdings ein; diesmal bewilligten die Stände nach Wiederholung der alten Klagen über gänzliche Erschöpfung die kleine Beisteuer von 20,000 fl. Als der König den Krieg gegen Johann Sigismunds Vormünder anhub, flehten diese den Sultan um Hilfe an. Suleimann ließ den guten Vorwand, Ferdinand von neuem zu bekriegen, nicht ungenützt vorübergehen und rüstete sich zum Feldzuge nach Ungarn. Das drängte auch den römischen König zur Eile; er wollte wenigstens Ungarns Hauptstadt noch vor des Feindes Ankunft erobern. Deshalb forderte er anfangs 1541 wiederum von den Landtagen eine Türkenhilfe. Tirol sollte 1500 Knechte auf 6 Monate stellen. Die im März zu Bozen versammelte Landschaft gewährte ungeachtet ihrer Klagen über ihre Armuth und Geldmangel die ganze Forderung, aus besonderem Gehorsam, wie sie sagte, und aus Neigung und Liebe zu den übrigen Erblanden. Von den 4 Fähnlein tirolischer Krieger, die unter den Hauptleuten Aliprand von Madrutz, A. Schenk, Hans Teiß und von Grünstein nach Ungarn zogen, sollten nur ganz wenige mehr zurückkehren; die andern fielen vor Ofens Mauern. Der Sultan entsetzte diese Stadt und machte sie zum Sitze eines türkischen Pascha. Deutschlands Grenzen schienen abermals von den Türken bedroht.[9])

Die erhöhte Gefahr nöthigte Ferdinand zu kräftigern Mitteln der Abwehr, zu gemeinsamer Vertheidigung der Erblande; er berief wieder einmal einen Generallandtag ein. Linz wurde als Versammlungsort bestimmt. Die Tiroler Stände traten im Herbste 1541 in Bozen zur Wahl des Ausschusses zusammen, sie erkoren Hans Gaudenz Freiherrn von Madrutz, Avio und Buentonico, obersten Kämmerer der Söhne des Königs und Trautson Freiherrn v. Sprechen-

ſtein, Erbmarſchall, zu ihren Bevollmächtigten. Zugleich ertheilten ſie Ferdinand den Rath, wenn er ſelbſt nicht nach Tirol kommen könne, wenigſtens ſeine Gemahlin und übrigen Kinder der Sicherheit wegen hieher zu ſenden; ſie ſeien ſehr begierig, Sr. Majeſtät größten Schatz zu wahren. Der Generallandtag von Linz kam aber nicht zu Stande oder man konnte die wichtigen Angelegenheiten daſelbſt nicht erledigen. Daher ſah ſich Ferdinand zur Einberufung eines weitern Ausſchußlandtages auf den 4. December ins Kronland Böhmen gezwungen; es ſollte daſelbſt über eine dreijährige Türkenhilfe berathen und beſchloſſen werden. Demnach mußte ſich der tiroliſche Landtag nochmals, Mitte November zu Innsbruck, verſammeln. Die Stände fanden es diesmal zum höchſten beſchwerlich, daß ſie wieder Geſandte mit voller Gewalt außer Landes abfertigen ſollten; ſie meinten dazu wie zum Kampfe außerhalb ihrer Landesgrenzen nicht verpflichtet zu ſein; es ſei eigentlich nicht ihre Sache, das Ungarland zu gewinnen. Weil aber die übrigen Erblande ſchon mit gutem Beiſpiele vorangegangen, wagten ſie doch nicht zurückzubleiben und erkoren nebſt den frühern beiden noch den Landeshauptmann zu ihrem Vertreter. Die Bevollmächtigten erhielten die Erlaubniß, für 3 Jahre eine jährliche Hilfe von 2400 Mann zu bewilligen; davon ſollten ein Drittel die Vorlande, die zwei Drittel Tirol beſtreiten; ſomit traf es auf unſer Vaterland jährlich 92,160 fl., im ganzen 276,480 fl. Da die übrigen Erblande und das Reich noch ergiebigere Hilfe leiſteten, ſo konnte Ferdinand im Jahre 1542 dem Feinde ein ſtattliches Heer gegenüberſtellen. Allein es kämpfte nicht glücklich und löste ſich bald wieder auf. So ſah ſich Ferdinand, als im Jahre darauf der Sultan mit einer großen Armee gegen ihn anrückte, neuerdings genöthigt die Landtage um Unterſtützung anzugehen. Der tiroliſche bewilligte ihm in dieſer Noth eine weitere Hilfe von 20,000 fl. oder 1200 Mann auf 3 Monate. Die Hilfe der Erblande kam aber viel zu ſpät; indeß hatte Suleimann im raſchen Siegeslauf ſchon Fünfkirchen, Gran und Stuhlweißenburg genommen. Die Nachricht von dem ſiegreichen Vordringen des Feindes erweckte in Tirol großen Schrecken; man ſah im Geiſte die unmenſchlichen Türken ſchon an den Grenzen des Landes. Es wurden darum eilends die Päſſe befeſtigt nnd Klauſen und Verhaue angelegt. Doch wider Erwarten kehrte Suleimann vor Stuhlweißenburg um und ſchloß dann einen Waffenſtillſtand mit Ferdinand. Damit war die Gefahr im Oſten für ein paar Jahre beſeitigt.[10])

Zu den neuen Türkenkämpfen gesellte sich bald wieder ein Krieg gegen Frankreich; König Franz I. trat zum zweiten Male mit dem Sultan in ein Bündniß. Als er im Juli 1542 die Feindseligkeiten gegen Karl V. anfieng, gerieth Tirol in große Furcht, denn es verbreitete sich das Gerücht, er ziehe mit 36,000 Mann gegen das Herzogthum Mailand; auch fürchtete man die Schweizer und Engadiner. Es ward allenthalben gerüstet; tirolische Kriegsknechte zogen nach Mailand und Marano. Doch die gehegten Befürchtungen erwiesen sich als irrig; Tirol kam nicht in Gefahr. Der Krieg spielte sich größtentheils im nördwestlichen Deutschland, in den Niederlanden und Nordfrankreich ab. Dagegen hatte das Land wieder neue Durchzüge spanischer und italienischer Kriegsvölker zu ertragen, wobei die Städte Bruneck, Klausen und Brixen hart mitgenommen wurden; auch fiel in der Schlacht von Ceresoles (15. April 1544) die Mehrzahl der mitkämpfenden Tiroler mit ihrem Commandanten Hildebrand von Madrutz, der sie dahin geführt hatte. Weitere Verluste verhinderte der Friede von Crespy (18. September 1544).[11])

Während des Waffenstillstandes unterhandelte Ferdinand mit dem türkischen Sultan wegen eines Friedens, da aber die Aussichten zu dessen Erlangung gering waren, mußte er auf neue Rüstungen denken. Der zu diesem Behufe i. J. 1545 einberufene Tiroler Landtag versprach eine zweijährige Hilfe von 120,000 fl., doch unter der Bedingung, daß von Seiten des Reiches ein Feldzug unternommen werde. Aber hiezu war am Beginn des Jahres 1546 noch keine Aussicht vorhanden; darum verlangte der König von dem Landtage, den er im Februar 1546 nach Bozen berief, die bewilligte Türkenhilfe zur Befestigung von Pässen, Orten und Flecken, zur Erhaltung des bisherigen Kriegsvolkes und zur Bezahlung der wegen desselben gemachten Anlehen verwenden zu dürfen. Der Landtag überließ ihm die bereits eingezahlte Hälfte zur freien Verfügung, die andere sich vorbehaltend. An die Verwilligung knüpfte er die Bitte, Ferdinand möge nach Kräften für einen Offensivkrieg des Reiches gegen die Türken wirken; die Erblande allein würden sich stets umsonst anstrengen. Dieser Landtag war für längere Zeit der letzte, der sich mit einer Türkenhilfe zu befassen hatte; denn Ferdinands Verhandlungen erzielten endlich einen Waffenstillstand von fünf Jahren. (1547—52).[12])

Die Franzosen- und Türkenkriege haben, wie einst die Kämpfe Kaiser Maximilians I., günstig auf das Verhältniß der Grafschaft Tirol zu beiden Bisthümern gewirkt; die Bande, welche sie aneinander knüpften, festigten und mehrten sich. Die Bischöfe schließen sich eng an den Landesfürsten und seinen Bruder und bewähren sich als die eifrigsten Diener und mächtige Stützen des Hauses Habsburg. Ihr Diensteifer geht soweit, daß sie darüber ihre Pflichten als Bischöfe und Fürsten vernachlässigen und die geistliche und die weltliche Regierung ihrer Stifte Stellvertretern überlassen. Das Stift Brixen blieb sogar noch einige Zeit nach dem Bauernrebell in den Händen des Landesfürsten, denn nach dem Tode des Bischofs Sebastian (3. Oct. 1525) postulirten die Domherrn, auf dringende Empfehlung Ferdinands, Georg von Oesterreich, einen natürlichen Sohn des Kaisers Maximilian. Georg übernahm erst im November 1527 die Regierung. Ohne Freude an geistlichen Geschäften, verweilte er auch nach seinem Regierungsantritte meist außerhalb Tirols. Indeß war die Verwaltung der Diöcese nicht den besten Händen anvertraut. Es trug sich viel Unrats zu, sagt der Chronist Kirchmair; ja im Jahre 1538 wurde die Wirtschaft so arg, daß die Innsbrucker Regierung einen Aufruhr, wie im Jahre 1525, befürchtete. Da suchte man Georg zum Verzicht auf das Bisthum zu bewegen. Er trat am 18. Januar 1539 zurück, als er Erzbischof von Valencia geworden. Nun wirkte die Innsbrucker Regierung dahin, daß die Domherrn einhellig Cardinal Bernhard von Cles, Bischof von Trient, wählten. Als dieser sogleich nach seinem Regierungsantritte starb (30. Juli 1539), stellten sich viele Bewerber ein und sowol die Innsbrucker Regierung, als auch der tirolische Adel bot seinen ganzen Einfluß zur Erzielung eines günstigen Wahlergebnisses auf. Der Adel erschien zu Brixen am Wahltage in großer Anzahl und wollte durchaus einen aus seiner Mitte den Bischofsstuhl besteigen sehen. Es ward Christof Fuchs gewählt, ein Sprosse einer uralten tirolischen Familie, die bei Meran und in Passeier begütert war. Christof stand auch beim Landesfürsten in Gnaden, da er vor seinem Eintritt in den geistlichen Stand längere Zeit, unter Max I., Karl V. und Ferdinand I., als fürstlicher Rath und Statthalter zu Innsbruck gedient hatte. Bald nach seiner Erhebung, im Jahre 1540, trat er abermals als Statthalter in landesfürstliche Dienste und erwarb sich in dieser Stellung nicht minder

das Vertrauen der Stände, denn das Ferdinands. Nach seinem Tode (im October 1542 zu Innsbruck) verursachte die Neubesetzung des erledigten Bischofssitzes neue Aufregung im Lande. Die Regierung suchte nach Kräften die Wahl des Bischofs von Trient, Christof von Madrutz, zu hintertreiben, weil sie wußte, daß die Vereinigung zweier Bisthümer in einer Hand beim Volke böses Blut erzeuge; aber der Egoismus der Priesterschaft und des Adels siegte über ihre weise Politik und der heilige Vater nahm keinen Anstand, Christof die zweite Bischofsmütze aufzusetzen; ja Paul III. schmückte den Erwählten bald darauf sogar mit dem Cardinalshute.[18])

Bernhard von Cles, Bischof von Trient, verließ bald nach dem Bauernrebell das Land und kam, der vertrauteste Minister des Königs geworden, bis zum Jahre 1536 immer nur auf kurze Zeit in sein Bisthum zurück. Er hielt sich meist am königlichen Hofe auf oder reiste in Diensten Ferdinands umher. Dieser ehrte ihn wie seinen Vater, holte in allen wichtigeren Dingen seinen Rath ein und betraute ihn mit den ehrenvollsten und schwierigsten Missionen. Es gab überhaupt kaum ein bedeutendes Geschäft in den deutschen, böhmischen und ungarischen Angelegenheiten und besonders in den kirchlichen Streitigkeiten seiner Zeit, an dem sich Bernhard nicht betheiligt hätte. Er war einer der hervorragendsten Männer jenes an außerordentlichen Männern so reichen Zeitalters und verdient unstreitig unter allen Bischöfen Trients einen der ersten Plätze; das Hochstift nannte ihn mit Recht seinen zweiten Stifter. Denn er vergrößerte dessen Gebiet beträchtlich und brachte die bischöflichen Rechte gegen jedermann zur Geltung. Er trat auch als weltlicher Fürst und Bischof gesetzgeberisch auf; das Fürstenthum verdankt ihm die Reform und Erweiterung des Trientiner Statutes, das Bisthum die Synodal-Constitutionen. Wie die gleichzeitigen Landesfürsten hatte er viel Sinn für Kunst und Wissenschaft und förderte beide nach Kräften. Ein prachtliebender Fürst, erbaute er mehrere Schlösser und Kirchen nach dem guten Geschmacke, der damals in Italien herrschte, und stattete diese Gebäude reich aus; besonders viel that er für Verschönerung der Stadt Trient. Große Verdienste um das Bisthum erwarb er sich durch Ordnung und Erweiterung des Archives und Vermehrung der Bibliothek. Von seiner Urbanität und Menschenkenntniß legt der Umstand das glänzendste Zeugniß ab, daß er bei allen Religionsparteien und Nationen, Protestanten und Katholiken,

Deutschen, Tschechen, Ungarn, Italienern und Franzosen beliebt war und bis an sein Lebensende des trefflichen Königs Ferdinand Gunst bewahrte.

Der Landesfürst lohnte seinen Diensteifer durch sehr wichtige Zugeständnisse. Obwol die Jurisdiction von Bozen schon lange im factischen Besitze der Grafen von Tirol war, so erkannte er doch des Bisthums Rechte darauf an und gab Bernhard zum Ersatz die landesfürstliche Burg und Jurisdiction von Pergine (1531). Ebenso befriedigte er i. J. 1532 die bischöflichen Ansprüche auf die einst castelbarkischen Besitzungen, die Kaiser Max I. den Venetianern entrissen; er gab sie alle dem Stifte zurück, nur knüpfte er daran die Bedingungen, daß die Unterthanen wie andere die landesfürstlichen Steuern entrichten, daß die bischöflichen Hauptleute oder Vasallen dieser Gebiete ihm schwören, daß es nur Trientiner oder Oesterreicher sein dürften und daß ihm außer den alten trientinischen Lehen auch Roveredo sammt Zugehör verliehen würde. Zugleich ließ sich Ferdinand auch mit allen trientinischen Lehen namentlich belehnen. Es waren die Castelle und Jurisdictionen von Altenburg, Greifenstein und Enn mit dem Thale Truden, Castell Fondo, Gericht Kaltern, die Castelle Pietra (im Lagerthal) und Firmian, Castell und Stadt Roveredo mit einer Reihe zugehöriger Ortschaften. Von den noch im Jahre 1531 genannten Schlössern Altspaur und Nomi ist bei dieser Belehnung nicht mehr die Rede, auf die Caldonazzo'schen Lehen leistete Ferdinand ausdrücklich Verzicht.[14])

Nach dem Tode des Cardinals Bernhard von Cles wählten die Trientiner Domherrn am 4. August Christof von Madrutz zum Bischof. Dieser stammte aus der berühmten Familie der Madrutz und war der jüngste Sohn des durch Ferdinand I. in den Freiherrnstand erhobenen Gaudenz von Madrutz, der bisher die Würde eines kaiserlichen Rathes und obersten Kämmerers mit der Stelle eines Hofmarschalls und Feldhauptmanns des Stiftes Trient vereint hatte; seine beiden ältern Brüder Nicolaus und Aliprand hatten dem Hause Habsburg in verschiedenen Feldzügen schon ausgezeichnete Dienste geleistet. Christofs erste Sorge nach seiner Erhebung galt seinen Verwandten; er belehnte sogleich seinen Vater mit den vier Vicariaten. Er kam aber auch den Pflichten gegen den Landesfürsten unweigerlich nach und leistete ohne Rückhalt am 12. Aug. 1539 den Eid auf die alten Compactaten zwischen dem Landesfürsten

und Bischof von Trient. Sein Verhältniß zu Ferdinand gestaltete sich überhaupt ganz gut, was um so wichtiger wurde, als er gegen den Willen der Innsbrucker Regierung auch den Brixner Bischofssitz erhielt.[15])

Mögen auch persönliche Anhänglichkeit an Ferdinand, Liebe zu Staatsgeschäften, das Bedürfniß eines größern Wirkungskreises und die Aussicht auf Ruhm bei diesem engen Anschluß der Bischöfe an den Landesfürsten viel mitgewirkt haben, noch mehr drängte sie hiezu ohne Zweifel die Schwierigkeit ihrer Stellung als geistliche und weltliche Fürsten, das Streben, dem Klerus die im Revolutionsjahre verlorene Stellung wieder zu gewinnen. Das war nur mit Hilfe des Landesfürsten möglich, daher mußten sie seine ganze Gunst zu erwerben und maßgebenden Einfluß auf ihn zu erlangen suchen. Beides ist ihnen im hohen Grade gelungen. Ihnen schlossen sich natürlich alle Prälaten des Landes an und ihre Haltung wurde auch für den Adelstand bestimmend. Der Adel hatte nur aus Noth, nicht aus innerer Ueberzeugung sich den untern Ständen angeschlossen und deren Bestrebungen getheilt; sobald er sie nicht mehr zu fürchten hatte, wandte er sich wieder dahin, wo er sein Standesinteresse und seinen Vortheil besser gewahrt sah. Prälaten und Adelige, namentlich aber erstere, drangen nun in den König, ihnen ihre alten Rechte und Freiheiten wieder zu verschaffen. Ferdinand, der ganz unter ihrem Einflusse stand und Alles nur in ihrem Lichte schaute, mußte ihre Ansprüche für vollberechtigt halten und wartete nur die günstige Gelegenheit ab, sie zur Geltung zu bringen. Diese brachte einerseits die Gunst der äußern Verhältnisse, anderseits die Uneinigkeit unter den untern Ständen selbst. Es gab nämlich noch immer Gerichte, welche, verblendet vom Geist des Separatismus, ihre mangelhaften alten Satzungen der ihnen so günstigen neuen Landesordnung vorzogen und darum die Annahme der letztern verweigerten. Diese hätten allerdings die harte Strafe verdient, die sie bald traf, nur Schade, daß mit ihnen auch alle andern leiden mußten!

Am Landtage des Jahres 1526 betheiligte sich der Prälatenstand noch nicht, aber im folgenden (1527) erschien er wieder und brachte bereits folgende Supplik ein: 1. Man soll die im Jahre 1525 verfaßte Ordnung für den geistlichen Stand abthun und beim Regensburger Abschied verbleiben; 2. Die in der Landesordnung der geistlichen Immunität und den Rechten des Klerus zuwiderlaufenden Artikel

besonders wegen des aufgehobenen Kleinzehents, sollen beseitigt werden. Darauf setzte Ferdinand die Landesordnung, soweit sie den geistlichen Stand betraf, auf Grund des Speirer Reichstagsabschiedes (1526) sogleich außer Kraft und verordnete, daß man bei deren Reform auf diese Beschwerden, die alten Rechte und Herkommen der Geistlichkeit sowie auf obigen Reichstagsabschied Rücksicht nehme. Als auf dem Landtage im Januar 1529 die beiden Bischöfe dem Könige vorstellten, wie viel Schaden dem Klerus durch die Verordnungen des Landtages vom Jahre 1525 zugefügt worden, da bestätigte er ihre alte Immunität und die Wiedereinsetzung in ihre alten Rechte. Zugleich wurde auch eine Commission niedergesetzt, um das 1525er Libell zu reformiren; sie bestand aus einigen Regimentsräthen und 8 ständischen Deputirten, aus jedem Stande zwei. Unter erstern befand sich Dr. Frankfurter, Rath und oberösterreichischer Kammerprocurator; letztere waren: Joh. Rieper, Dombecan von Brixen und der Abt von Marienberg; Leonhard von Völs und Frhr. Georg von Firmian; die Bürgermeister von Meran und Innsbruck; Leonhard Mayer von Taufers und Hans Moy von Igels.

Die neue Landesordnung wurde auf dem November-Landtage des Jahres 1531 angenommen und vom Landesfürsten bestätigt Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die zweite Landesordnung manche Vorzüge vor der ersten hat. Sie ist viel reichhaltiger, gibt treffende Erläuterungen zu alten Bestimmungen und bringt eine Reihe neuer über Rechtsverhältnisse, die bisher nur nach Gebrauch und Herkommen entschieden worden. So bestimmt sie die Förmlichkeiten unter denen man die Erbhuldigung leisten sollte, gibt eine bündigere Eidesformel für Advokaten und Gerichtsredner, um ihre Uebergriffe zu verhindern, und ertheilt in der Prozeßordnung ausführlichere und genauere Vorschriften; sie trifft eine Reihe ganz neuer Bestimmungen über das Personen- und Erbrecht: über Eheverlöbnisse, eheliche Verträge, Nutzgenuß, Morgengabe, Scheidung, Versorgung der Witwen u. s. w. und schafft hiemit eine Erbfolge-Ordnung, die mehr dem Geiste der Nation entsprach, als Justinians hundertachtzehnte Novelle. Aber so hoch man diese und andere Vorzüge anschlagen mag, so war doch der Hauptzweck der neuen Landesordnung, den Bauernstand in jene Stellung zurückzudrängen, die er vor dem Jahre 1525 inne gehabt, ihn um alle Errungenschaften des Revolutionsjahres zu bringen. Mag er immerhin damals Manches ertrotzt haben, was

wider Recht und Billigkeit war, ſicherlich war es nicht minder wider Recht und Billigkeit, ihm ſo Vieles bis dahin vorzuenthalten, und noch mehr verſtieß dagegen, wenn man ihm jetzt wieder faſt Alles raubte. Das fünfte Buch der Landesordnung machte den Freiheitsbrief der Bauern aus; es wurde völlig ausgelöſcht, nur die in der Zwiſchenzeit über Grund und Zinsgüter abgeſchloſſenen Vergleiche blieben ſtehen. Von einer gerichtlichen Unterſuchung überbürdeter Güter war natürlich keine Rede mehr; die Schaltjahr- und „zwiſpiligen" Zinſe wurden wieder eingeführt; der große und kleine Zehent ſollte überall wie von altersher gegeben werden. Die Laudemialſteuer (bei Auf- nnd Abzug) mäßigten die Grundherrn allerdings ein wenig und erließen ſie für den Fall der nahen Verwandtſchaft (bis ins 5. Glied) ganz. Auch ſchützte man durch einzelne neue Gewerbeordnungen das Volk vor Uebervortheilungen. Aber man legte dafür durch Beſeitigung der einheitlichen Maße und Gewichte, durch Herſtellung der meiſten alten Maßereien dem Handel und Verkehr hemmende Feſſeln an. Auch verbannte man den nützlichen Einfluß des römiſchen Rechtes; obwol die Landesordnung ſelbſt einzelne Beſtimmungen demſelben entlehnt hat und den Antheil römiſcher Rechtsgelehrten nicht verkennen läßt, ſo ſchließt ſie doch dasſelbe ausdrücklich ſogar als Subſidiarquelle von allen Gerichtshöfen aus.[16])

So hatte man alſo das Landlibell d. J. 1525 zu Grabe getragen. Der Bauernſtand hatte wieder in die alte Unterthänigkeit zurück müſſen; ſeine politiſche Macht war gebrochen und ſein materielles Gedeihen ungemein erſchwert. Es ſollte Jahrhunderte dauern, bis er von den Feſſeln frei wurde, die man ihm damals wieder anlegte; ja er hat ſelbſt in unſern Tagen noch nicht jene Selbſtändigkeit gewonnen, die er in den Jahren von 1519—25 an den Tag legte! Auch der Bürgerſtand verlor an Einfluß und wurde in ſeiner Entwicklung gehemmt. Es verdient hier nochmals beſonders hervorgehoben zu werden, daß dies Libell ſo recht eigentlich das Werk der untern Stände ganz Tirols war; denn weder vorher noch nachher bis in unſere Zeiten waren jemals wieder alle Landestheile durch eigene Abgeordnete vertreten; die Gebiete der Biſchöfe ſandten ſpäter nie mehr eigene Vertreter, ihre Anliegen wahrten allein die Biſchöfe und die Geſandten der Capitel. Dasſelbe war mit den Ländereien der Grafen von Arco und Lodron und der Herrn von Agreſta der Fall. Der Landesfürſt verſäumte ſelbſt den

einſt Caſtelbarkiſchen Beſitzungen, die er eben um dieſe Zeit an den Biſchof Bernhard überließ, das Recht der Vertretung auf dem Landtage zu erwirken, welches doch die bereits unter Kaiſer Max gemachten Erwerbungen im Unterinnthal und Puſterthal ſogleich erhielten und übten. Das iſt von großem Nachtheile geweſen, denn weil auf dem Landtage nicht vertreten, wollten die biſchöflichen Gebiete, ſowie die der Grafen von Arco und Lodron und der Herrn von Agreſta auch nicht mit der Landſchaft mitſteuern, ſie fühlten ſich nicht als Theil Tirols und man wird ihnen das kaum verargen können; denn es iſt nicht mehr als billig, daß wer mitzahlt, auch mitredet.

Die Steuerverweigerung dieſer Bezirke und überhaupt die Anlage und Vertheilung der Steuern gab den Landtagen viel zu ſchaffen. Es hätte zwar hiefür das eilfjährige Landlibell maßgebend ſein ſollen, es kam aber nie zur vollen Durchführung. Schon im Jahre 1526 ſtellte ſich ein ſtarker Abgang an den 5000 Mann des erſten Aufgebotes (oder der entſprechenden Geldſumme, wobei der Monatsſold eines Mannes auf 4 fl. veranſchlagt wurde) heraus. Man beließ Puſterthal und die drei Herrſchaften Unterinnthals, mit Inbegriff des Adels und Klerus, bei den alten Anſätzen der 500 und 300 Mann, beſchloß aber, das Einkommen des Adels und der Geiſtlichkeit zu Roveredo, Avio, Mori, Penede, Torbole, Riva, Vilgreit und Haiden zu beſteuern, jede Feuerſtatt auf 300 fl. veranſchlagend; keine Freiheit ſollte vor dieſer Steuer ſchützen. Da trotz dieſer Beſchlüſſe wieder Rückſtände blieben, ſo erklärte ſich der Landtag im Jahre 1527 ausdrücklich für die bisherige Steuervertheilung; nur ſollte dabei eine Feuerſtätte durchweg nicht mehr auf 150 fl., ſondern auf 300 fl. veranſchlagt werden und je 1 fl. bezahlen, oder vier Feuerſtätten einen Mann ſtellen. Damit war der Uebelſtand noch keineswegs beſeitigt, nun wollten die Stände demſelben gründlich abhelfen und ſetzten deshalb im Jahre 1529 ganz neue Anſchläge feſt; auch nahmen ſie diesmal Perſonen in den Anſchlag auf, die bisher ſteuerfrei geweſen. Alle größern Gewerbs- und Handelsleute ſollten von 1 fl. Einkommen je 3 kr., alle Krämer, Capellane und Geſellprieſter, alle Pfleger, Schreiber und Offiziere (Beamten) von 1 fl. Einkommen 2 kr., alle Bedienten und Knechte von 1 fl. Lohn 2 kr., ja ſelbſt alle Handwerker, Geſellen und Tagwerker oder Tagwerkerinnen jährlich 12 oder 6 kr. bezahlen. Um einen Streit, der zwiſchen Sterzing

und den Gerichten am Eisack und an der Etsch seit einigen Jahren bestand, zu beseitigen, schuf man ein neues Viertel, Wippthal genannt, zu dem die Gerichte Sterzing, Steinach und Matrei gehörten.

Doch die neuen Steueranschläge konnten nicht durchgeführt werden; die Städte Bruneck und Klausen, die Gerichte um Brixen meinten dadurch zu hoch beschwert zu sein; die Unterthanen des Bisthumes Trient und der Grafen von Lodron und Arco und der Herren von Agresta (wälschen Confinen) setzten ihren beharrlichen Widerstand fort und zu ihnen gesellten sich nun auch die Herrschaften im Pusterthal und Innthal. Der Landtag sah sich wiederholt veranlaßt, die Ungehorsamen mit Pfändung zu bedrohen und die Regierung zu deren Bestrafung aufzufordern; ja er machte die Bestrafung derselben sogar zur Bedingung weiterer Hilfen. Da aber in der Regierung die Herrn dieser Bezirke saßen oder wenigstens auf sie und den Landesfürsten großen Einfluß übten, so gieng man gegen sie nie ernstlich vor und so konnten sie ihren Ungehorsam ungestraft fortsetzen. Dadurch wuchs das Uebel stets, die Rückstände mehrten sich, ja selbst die Zahl der ungehorsamen Bezirke nahm zu. Die Herrschaften im Unterinnthal fügten sich zwar, wie es scheint, bald wieder, aber in den Bisthümern wurden der widerstrebenden Gerichte und Orte immer mehr. Im Jahre 1543 zählten zu ihnen bereits: Roveredo, Nago, Torbole, Riva, die 4 Vicariate, das Fleimsthal und Levico, das Nonsthal, Judicarien und Tenno, Vilgreit, Haiden, Peutelstein, die Gerichte Anraß, Bruneck, Antholz, Buchenstein, Enneberg, Abtei und Navis, endlich die Herrschaften Arco, Lodron und Gresta. Auch die Bischöfe waren mit den Steuern, die sie von dem unmittelbaren Besitze zahlen sollten, sehr im Rückstand. Zur Beseitigung dieser Uebelstände berief endlich Ferdinand im März 1544 einen Landtag nach Bozen. Um die Stände von vornherein zu gewinnen, ließ er durch seine Commissäre ausdrücklich erklären, es soll ihnen an ihren Freiheiten kein Abbruch geschehen. Die Stände antworteten mit der Versicherung ferneren Gehorsams und weiterer Bereitwilligkeit zu Steuern. Dann riethen sie zur Verhinderung künftiger Rückstände dem Landesfürsten, sich genau an das eilfjährige Libell zu halten und es streng durchzuführen. Die ungehorsamen bischöflichen Unterthanen sollten zuerst die Bischöfe zur Zahlung anhalten, und wenn dies nicht fruchte, sollten Regierung und Landschaft ein-

ſchreiten. Mit den Grafen von Lodron und Arco möge man zuerſt in Güte verhandeln; falls aber damit nichts erreicht werde, mit Pfändung und Arreſt vorgehen. Für die Laſten, die den genannten Gebieten zugemuthet wurden, bot man ihnen den gleichen Schutz wie den übrigen; das hielt man für genügend, ihnen auch Antheil an dem Landtag zu verſchaffen, daran dachten die Stände nicht. Die Klagen wegen Ueberbürdung und ungleichmäßiger Vertheilung der Steuern veranlaßten die Landſchaft zwei Commiſſionen, eine mit 8 Mitgliedern vom Prälaten- und Adelſtand, und eine mit 12 Mitgliedern von Städten und Gerichten zu wählen, welche die Steuerantheile neu bemeſſen und beſtimmen ſollten. Dieſe Austheilung machte aber viele Schwierigkeiten; es tagte darüber ein weiterer Landtag im November zu Toblach und es wurden viele Schriften gewechſelt. Deſſenungeachtet wurden die Mißſtände, wie die Folge zeigt, nicht dauernd gehoben.[17])

Da der König ſchon im Jahre 1536 die Abſchaffung einiger Uebelſtände verſprochen, im Jahre 1541 neuerdings ſich ſehr bereit gezeigt, ihren Klagen gerecht zu werden und durch mehrere Erläſſe, wie über Käufe und Anleihen bewieſen hatte, daß es ihm mit ſeinen Verſprechungen Ernſt ſei, ſo verſäumten die Stände es nicht, die Landtage der Jahre 1544 und 1545, wo man bei der herrſchenden äußern Ruhe, den Blick mehr auf die innern Verhältniſſe richten konnte, zur Vorbringung mehrerer Beſchwerden zu benützen und um deren Abhilfe zu bitten. Die erſte Klage bezog ſich auf die Münzen. Die guten (Ducaten, Kronen ꝛc.) ſeien hoch geſtiegen und viel ſchlechtes Geld (venetianiſche und andere wälſche Münzſorten) ins Land gedrungen. Man möge erſtere auf den Reichsmünzfuß herabſetzen und letztere, wenn man ſie beim Mangel tiroliſcher Münzen nicht entbehren könne, zu den Quatemberzeiten oder wenigſtens dreimal jährlich valviren. Doch fügten ſie hinzu, ſtellt eine ehrſame Landſchaft dieſe Dinge an ihrer Majeſtät gnädigſten Willen und Wohlgefallen. Einen weitern Gegenſtand der Beſchwerden bildete die Ausfuhr von Weingart- und Reifholz; die Stände erſuchten, man ſoll dieſe gemäß den betreffenden Artikeln der Landesordnung verbieten. Ebenſo beſchwerten ſie ſich über die Viehausfuhr nach Italien. Obwol dieſe früher verboten war, hatte die Regierung ſie doch gegen Erlag von 2 fl. Zoll für das Stück erlaubt. Die Folge war eine ſehr ſtarke Ausfuhr und Steigerung der

Viehpreise. Die Stände baten um Erneuerung des frühern Ausfuhrverbotes, damit das Fleisch nicht zum Nachtheil des gemeinen Mannes so vertheuert werde. Weitere Klagen betrafen den Ueberfluß des Wildes, die Strenge der Forstknechte, den Muthwillen der Gartknechte (dienstloser Kriegsknechte, die bettelnd das Land durchzogen) und andere Mißstände. Gar oft schon hatte man sich gegen die vielen Durchzüge beschwert, ohne daß bisher ernstliche Abhilfe geschehen wäre.[18])

Es ist kaum zu bezweifeln, daß König Ferdinand eifrig um das Wol seiner Länder bemüht war, und daß er sie gern in den besten Zustand versetzt hätte; aber wegen der vielen auswärtigen Geschäfte und namentlich wegen der Türkenkriege ward es lange Zeit ihm unmöglich, deren innern Verhältnissen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Für Tirol, das durch die Türken nicht unmittelbar gefährdet war, konnte er gar wenig thun. Daß er aber unser Vaterland den andern Erblanden nicht hintansetzen wollte, dafür sprechen manche Beweise. Als die sechs Jahre verflossen waren, während welcher der Brüsseler Vertrag geheim bleiben sollte, kam er persönlich nach Innsbruck, um die Erbhuldigung vorzunehmen. Damals entschied er auch in dem Streite zwischen den Ständen Tirols und Kärntens bezüglich Oberpusterthals für erstere; auch erfüllte er den Wunsch der tirolischen Stände, die Verbindung ihres Landes mit den Vorlanden die bisher alle Zeit mit Tirol gesteuert hatten, aufrecht zu erhalten. Im Jahre 1536 hielt er sich längere Zeit in unsern Bergen auf; er benützte dieselbe vorzüglich, um Tirols zerrüttete Finanzen in Ordnung zu bringen. Dann bereiste er fast das ganze Land und hielt persönlich zu Bozen einen Landtag. Derselbe bewilligte ihm, um seinen Finanzen etwas aufzuhelfen, für sechs Jahre jährlich 50,000 fl., wovon aber 20,000 fl. auf die Vorlande fielen. Einen besondern Beweis der Liebe und des Vertrauens gab Ferdinand den Tirolern dadurch, daß er zur Zeit der Türkengefahr seine Gemahlin und seine Kinder ihrem Schutze anvertraute und einen Theil der Kinder dauernd nach Innsbruck übersiedelte. Freilich erwuchsen hiedurch dem Lande neue Unkosten, indem es zu deren Hofhaltung beisteuern mußte. Auf den Wunsch der Stände reformirte er auch die tirolische Regierung. Dieselben beklagten sich nämlich im Jahre 1531, daß die bisherigen Regenten allzeit nur auf ein und das andere Jahr angestellt worden, und baten

um eine ständige Regierung. Da zog er im Jahre 1533 Regiment und Kammer in eine Behörde zusammen, die das oberösterreichische Wesen hieß. Das neue Regiment bestand aus dem Statthalter, Vicestatthalter, Regenten und 7 Räthen, wovon 3 Doctoren der Rechte sein sollten. Die Würde des Statthalters blieb aber nach dem Tode des Bischofs Christof von Brixen (1542) längere Zeit unbesetzt. Diese Reform brachte indeß, wie es scheint, dem Lande nicht den erwarteten Nutzen; in sich uneinig, kurzsichtig und wol auch von egoistischen Interessen beherrscht, entwickelte das neue Regiment für des Landes Wohl weder die nöthige Thatkraft noch den erforderlichen Eifer.[19])

In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts waren die politischen Verhältnisse noch enge mit den kirchlichen verbunden und darum konnte eine Wendung auf dem einen Gebiete nicht ohne entschiedene Folgen für das andere bleiben. Bei dem innigen Anschluß des Klerus an den Landesfürsten mußte dies um so mehr der Fall sein; mit der politischen Reaction gieng daher die Verfolgung der neuen Lehren Hand in Hand; alle Neuerungen sollten verschwinden, Alles in den alten Stand zurückgeführt werden. Diese Aufgabe war auf kirchlichem Gebiete noch viel schwieriger als auf politischem; sie konnte nur durch die härteste Verfolgung gelöst werden. Es bedurfte jahrelanger Anstrengungen, es bedurfte der äußersten Strenge, es bedurfte Ströme Blutes. Ja Ströme von Blut flossen, die Zahl derer, die geköpft, gehängt, verbannt wurden, übersteigt jedenfalls tausend weit und doch entzogen sich viele, die nach Hunderten zählen mögen, der Hinrichtung durch die Flucht. Tirol hat viele und sehr blutige Kriege geführt, aber wenige haben solche Opfer an Menschenleben gefordert, wenige, vielleicht keiner, hat dem Lande solche Wunden geschlagen. Denn wie überall in Deutschland, so waren es auch in Tirol vorzüglich die rührigsten und kräftigsten Elemente des Volkes, die fähigsten, muthigsten und tüchtigsten Köpfe, die sich den neuen Lehren zuwandten; mußten ja doch diese mehr als die andern die verkommenen kirchlichen und politischen Zustände unerträglich finden und nach deren Verbesserung streben. Diejenigen, welche die tirolische Revolution als ein Werk demagogischer Umtriebe erklären, werden freilich auch in den Anhängern der neuen Lehren nur den Auswurf Tirols erkennen wollen. Aber damit leisten sie ihrem Vaterlande einen sehr schlechten Dienst. Denn wie hätte es um ein Land

beſtellt ſein müſſen, deſſen Bevölkerung zum großen Theil ein ſolcher Auswurf war? und ſind nicht ſehr viele unſerer frommen Tiroler Nachkommen dieſes Auswurfes? Solche Behauptungen wären unmöglich, wenn man die Vergangenheit nicht nach der Gegenwart zurecht legen wollte. Weil jetzt Tirol als das Land der Glaubenseinheit gilt und gerühmt wird, ſo müſſen die Tiroler immer freiheitsfeindlich, immer clerical und ultramontan geweſen ſein. Können aber die Tiroler des Mittelalters ſo genannt werden? Ja, wenn man einem Volke dieſe Namen beilegen will, das die heftigſten Gegner des Pabſtthums, einen Heinrich IV., Friedrich Barbaroſſa, Friedrich II. und andere eifrigſt unterſtützt; einem Volke, das Grafen Meinhard II., Markgrafen Ludwig v. Brandenburg in ihren Kämpfen mit den Biſchöfen trotz Bann und Inderdict redlich geholfen; einem Volke, das Erzherzog Sigmund in ſeinem Streite mit Cuſanus und dem Pabſte mit beiſpielloſer Treue angehangen; einem Volke, das die neuen Lehren ſo begierig ergriffen und ihnen aus ſo inniger Ueberzeugung ſich hingegeben! Von letzterem wird ſich jeder überzeugen können, der mit Unbefangenheit die Proceßacten der Wiedertäufer lieſt. Es iſt wahrhaft rührend zu leſen, wie die Wiedertäufer Alles, was einem Menſchen theuer iſt, Heimat und Vaterland, Haus und Hof, Weib und Kind verließen, um ihrer Ueberzeugung zu folgen. Daß die Anhänger der neuen Lehren kein Auswurf, kein revolutionäres Geſindel waren, ſondern im allgemeinen zu den beſten des Volkes zählten, bezeugt auch vorzüglich die Mäßigung, mit welcher ſie die wiedertäuferiſchen Lehren auffaßten. Waren dieſe ſonſt der weltlichen Gewalt ebenſo gefährlich wie der geiſtlichen, ſo traten doch die tiroliſchen Wiedertäufer gegen erſtere nur ausnahmsweiſe auf, erkannten ſie vielmehr als ſolche an und wollten nur in ihren religiöſen Anſichten unbeirrt ſein. Wenn aber gerade die wiedertäuferiſchen Lehren in unſern Thälern mehr Anklang fanden, als die mildere Lehre Luthers, ſo wird das niemanden befremden, der den Charakter der Bauern überhaupt und namentlich den der Gebirgsbewohner kennt.

Da in der erſten Zeit die religiöſe Bewegung innigſt mit der politiſchen zuſammenhieng, ſo mußte der Ausgang des Bauernrebelles auch auf ſie beruhigend einwirken. In der That gab es Ende des Jahres 1525 nur mehr an einzelnen Orten Verkünder der neuen Lehre, wie zu Meran, Sterzing, Klauſen und im Thale Lüſen. Aber

bald kam in die ſcheinbar dem Ausſterben nahe religiöſe Bewegung neues Leben und es waren jetzt vorzüglich die wiedertäuferiſchen Lehren, die immer mehr Anhang gewannen. Die Erſcheinung ſteht nicht vereinzelnt da, in den Nachbarländern war dasſelbe der Fall und die heftigen Verfolgungen, welche hier die Wiedertäufer trafen, mögen manche nach Tirol getrieben haben. Thatſache iſt, daß ihre Erſcheinung um dieſe Zeit in einzelnen Thälern Tirols eine faſt allgemeine ward. Im Jahre 1526 treffen wir ſogar einen der erſten und Hauptvertreter der extremen Richtung in religiöſen Dingen, Dr. Karlſtadt, als Prediger zu Klauſen und die Klausner nahmen ihn zu ihrem Seelſorger an. Um Jakobi gieng zu Hall das dunkle Gerücht, daß die Wiedertäuferlehre auch hier bei Vielen Eingang gefunden. Welchen Umfang die Gährung im Jahre 1527 bereits genommen, das bezeugen am beſten die Ausſagen des Kuhhirten Wolfgang aus Sarnthal. Wegen ſeiner Predigten vor das Brixner Gericht gezogen, bekannte er, zu St. Jörgen, Klauſen, Säben, Lorenzen, Stegen, Bruneck, Oberperfuß, Inzingen, Zirl und zu Montan ſeine Lehre verkündet zu haben, und nicht bloß Bauern, ſondern auch Adelige, ja ſelbſt Prieſter waren unter ſeinen Zuhörern geweſen. Jörg, ein gewiß in dieſen Dingen unverdächtiger Gewährsmann, ſchreibt: man wagt nichts, wenn man annimmt, daß etwa um das Jahr 1527 ſämmtliche lutheriſche Fürſten und Herrn in Deutſchland kaum ſo viel Wiedertäufer unter ihren Unterthanen zählten, als z. B. die Grafſchaft Tirol allein. Da trat Ferdinand, unterſtützt von den beiden Biſchöfen, mit aller Strenge gegen die Anhänger der neuen Lehren und beſonders gegen die Secte der Wiedertäufer auf, die ſeine landesfürſtliche Macht nicht minder als die des Klerus zu untergraben ſchien; er erließ am 20. Aug. 1527 zu Ofen ein ſtrenges Mandat gegen ſie. Alle Ketzer wurden je nach dem Grade ihres Vergehens mit Strafen an Leib und Leben, durch Feuer und Schwert, mit Verluſt der Güter, Rechte und der Freiheit bedroht. Im folgenden Jahre erſchienen in kurzer Zeit vier landesfürſtliche Mandate gegen die Secte der Wiedertäufer. Darin wurden die Verführten aufgefordert, bis zu einem beſtimmten Termine ihrem Irrthum abzuſchwören; thäten ſie das nicht, ſo ſollten ſie den geſetzlichen Strafen verfallen; die Verführer wurden ohne weiteres zum Tode durch das Schwert oder Feuer verdammt. Die Häuſer, wo die Zuſammenkünfte ſtatt fanden, ſollten zerſtört

werden. Niemand durfte Ketzer beherbergen und die Obrigkeiten wurden unter Androhung ſchwerer Strafe verpflichtet, alle gegen Ketzer erlaſſenen Mandate ſtrengſtens zu vollziehen. Am Beginne des Jahres 1529 wurden die bereits erlaſſenen Edicte neuerdings eingeſchärft; darnach ſollten auch jene, welche wiederriefen, an Leib und Leben und nicht mehr bloß durch Gefängniß oder am Gute geſtraft werden. Infolge dieſer Mandate fanden viele Hinrichtungen ſtatt. Der Chroniſt Kirchmair ſagt; „In dieſer Zeit giengen wider die lutheriſche „Materi" viele Befehle aus und beſonders wider die Secte der Wiedertäufer, es wurden viele Leute um ihres Irrthums willen verbrannt und ſonſt beſtraft." Im Innthale wurden viele Wiedertäufer eingezogen, zu Rattenberg und Schwaz ſcharfe Executionen vollzogen. Beſonders zahlreich müſſen die Hinrichtungen im Jahre 1529 geweſen ſein. Die Wiedertäufer-Chronik erzählt, eine große Anzahl von Gläubigen ſei in den Gerichten von Gufidaun, Klauſen, Brixen, Sterzing, Bozen, Neumarkt, Kaltern, Steinach, Imſt, Petersberg, Stams, Innsbruck, Hall, Schwaz, Rottenburg, Kufſtein und Kitzbühel durch Feuer und Schwert umgebracht worden, und dieſe Angabe erhält theilweiſe aus Urkunden und andern Belegen ihre Beſtätigung.[20])

Dieſe Strenge erzielte aber nicht die gewünſchten Erfolge. Die Zahl der Wiedertäufer nahm nicht ab, ſondern wuchs. Trotz aller Verfolgung breitete ſich die Secte durch das ganze Innthal, beſonders jedoch im Unterinnthal aus. In Schwaz lebten unter einer Bevölkerung von 1200 Seelen 800 Wiedertäufer. Nach dem Berichte der Haller Chronik traten im Jahre 1528 viele Haller, Mann und Weib, Alt und Jung in die Secte; ſelbſt der Salzmair Ant. Stoß hieng ihr an. Doch wiederriefen die vom Stadtrichter W. Waltenhofer gefänglich eingezogenen alle bis auf zwei, die dann hingerichtet wurden. Von drei Wiedertäufern, die man zu Innsbruck in Haft nahm, hatte einer allein 400 Perſonen für ſeine Lehre gewonnen. Auch zu Klauſen und im Puſterthal griff das wiedertäuferiſche Weſen immer mehr um ſich, ja ſelbſt in entlegene Thäler, wie ins Oetzthal, und auf Berge, wie auf den Ritten, drang ſie bereits. Im Jahre 1528 erſchien auch ein verwegenes und fanatiſches Haupt der ſchweizeriſchen Täufer in Tirol, „Georg vom Hauſe Jakob", und knüpfte die erſten Verbindungen mit den Geſinnungsgenoſſen in Mähren an. Es begann der erſte Verkehr der tiroliſchen

Wiedertäufer mit den mähriſchen. Von nun wanderten Tiroler immer häufiger nach Mähren, um ſich den einheimiſchen Verfolgungen zu entziehen, und umgekehrt erſchienen mähriſche Sendlinge in unſerm Lande, um neue Anhänger zu werben. Ein gewiſſer Huter von Welsberg, der zu Moos eine kleine Wiedertäufer-Gemeinde geſtiftet, war unter den erſten Flüchtlingen, ſein Beiſpiel fand bald Nachahmung. Die mähriſchen Sendlinge wirkten mit Erfolg; die Knappen zu Klauſen traten auf ihre Seite, in Bruneck mehrte ſich ihr Anhang, in Pflaurenz nahm er ſo überhand, daß der Pfleger von Michelsburg ihm nicht mehr Einhalt zu thun vermochte.

Die immer weiter um ſich greifende Verbreitung der Wiedertäufer bewog Ferdinand im J. 1530 zu noch entſchiedenern Schritten. Er ſchärfte den Obrigkeiten nochmals die Publication und den Vollzug der erlaſſenen Mandate ein; er gab ihnen eigene Inſtructionen, wie die Secte auszurotten ſei, und befahl, ein beſonderes Augenmerk auf die Vorſteher zu richten; er ſetzte Preiſe von 20—40 fl. für Angeberei und Spionage aus und vertauſchte gegenüber den Wiedertäufern den öffentlichen Rechtsgang mit dem hinter verſchloſſenen Thüren; er erließ Vorſchriften über die Behandlung der confiscirten Güter, die den Eifer der Obrigkeiten anſpornen mußten, weil ſie ihnen Ausſicht auf Gewinn brachten. Die Biſchöfe theilten ſeinen Verfolgungseifer. Tirols Berge ſchauten ein ſchreckliches Schauſpiel; aller Orten loderten Scheiterhaufen empor, baumelten menſchliche Körper an Bäumen oder Pfählen oder wogten in den Fluthen, blitzte das Richtbeil! Im Puſterthal und Innthal, namentlich in den Gerichten Michelsburg, Altraſen, Mühlbach, zu Kufſtein und Rattenberg wurden die Wiedertäufer maſſenhaft eingezogen und größtentheils hingerichtet; auch im Landgerichte Bozen, auf dem Ritten, in den Gerichten Altenburg und Kaltern wurden Tod, Gefängniß und andere Strafen über Einzelne verhängt. Der gleichzeitige und ſehr verläßliche Chroniſt Kirchmair ſchreibt hierüber: „Auch hier in dieſem Lande ward es mit den Ketzern, beſonders mit den Wiedertäufern, je länger, je ärger, und ich glaube, daß allein im Lande der Grafſchaft Tirol und Görz (Oberpuſterthal) wol 1000 darum verbrannt, geköpft und ertränkt worden ſind.“ Der gewiſſenhafte Sinnacher bemerkt, das Brixner Protokoll ſtrotze von dergleichen Nachrichten. Das Statthalterei-Archiv enthält mehrere große Bände ſolcher Proceſſe. Die Zahl der Flüchtigen war aber wahrſcheinlich

noch größer, als die der Hingerichteten; Viele ließen Alles, Weib und Kind, Eltern und Verwandte, Hab und Gut im Stiche, um sich den grauenvollen Verfolgungen zu entziehen.[21])

Man sollte meinen, nach einer so blutigen Strenge hätte die Secte der Wiedertäufer mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein müssen; es war aber in der That nichts weniger als dies der Fall. Schwächten auch die ergriffenen Maßregeln an den bisherigen Hauptsitzen die Macht der Ketzer, so vermochten sie doch nicht zu verhindern, daß dieselben anderwärts neuen Boden gewannen. Dies geschah besonders im Pusterthal; in den Gerichten Michelsburg, Schöneck, Neuhaus, Gais wuchs ihre Zahl fortwährend; auch nach Enneberg und Taufers verbreitete sie sich. In den höhern Schichten der Gesellschaft fanden die neuen Lehren immer mehr Beifall und Eingang. Eberhard Zimmermann, Pfleger von Neuhaus, z. B. gab den Wiedertäufern Unterkunft; Sigmund v. Wolkenstein trat ihrer Lehre förmlich bei; in der Meraner Gegend zählte unter dem Adel das Lutherthum viele Anhänger. Nach Vintschgau drangen die Lehren des Reformators Zwingli aus Graubünden ein. All dies thut unwiderleglich dar, daß die neuen Lehren in Tirol einen sehr empfänglichen Boden fanden, daß ein großer Theil der Bevölkerung ihnen sich zuwandte und mit vollster Ueberzeugung anhieng und daß die übrigen Bewohner die Sectirer oft gegen die Verfolgungen schirmten oder wenigstens, trotz allen Verboten, nicht feindlich gegen sie auftraten. Eben weil die katholisch gebliebene Bevölkerung bisher nicht mitgewirkt und die ihr angehörigen Behörden sogar oft lau gewesen, hatten alle Mandate bisher die Ketzer nicht ausrotten können. Ferdinand sah dies wol ein und darum suchte er vom Jahre 1532 an durch strenge Mandate und Maßregeln die Mitwirkung der Bevölkerung zu erzwingen. Er forderte Alle auf, die Wiedertäufer anzuzeigen, verbot unter Androhung schwerer Strafen ihnen Vorschub zu leisten und befahl alle, die dies thaten, sogleich gefangen zu nehmen und unter Tortur zu verhören, ob sie nicht auch angesteckt seien. Die Unterthanen im Pusterthal wurden vorgefordert und ausdrücklich ermahnt, den Mandaten Folge zu leisten. Auch erhöhte man die Preise für Einbringung von Sectirern, namentlich von Vorstehern, und nahm Kriegsknechte auf, um die Gerichte in ihrem schrecklichen Amte unterstützen zu lassen. Die Folge dieser Maßregeln waren neue Hinrichtungen in verschiedenen Gegenden

Tirols, namentlich im Pusterthal, zu Brixen, Sterzing, Innsbruck, im Unterinnthal und Brixenthal. Im Jahre 1533 ruft Kirchmair erschüttert aus: o des Blutvergießens ist eine Zeitlang viel gewesen! Mit welch raffinirter Grausamkeit man manchmal dabei verfuhr, zeigt die Hinrichtung des Huter, der wieder nach Tirol zurückgekehrt war. Zu Klausen ergriffen, wurde er auf einem Pferde mit einem Federbusch auf dem Haupte und einem Knebel im Munde nach Innsbruck abgeführt. Hier setzte man ihn zuerst in Eis, dann in heißes Wasser, verwundete seinen Leib, goß Branntwein in die Wunden und zündete ihn an (1535). Trotz aller Verfolgung tauchten aber an einzelnen Orten immer wieder neue Wiedertäufer auf; so besonders in Sarnthal, in Hall, Schwaz und in den andern Bergwerksorten. Die Bergknappen gehörten überhaupt zu den eifrigsten Anhängern der neuen Lehren. Sie hatten sich zuerst ihnen hingegeben und blieben denselben am längsten treu. Im Thale Lüsen bei Brixen ward eine förmliche Gemeinde organisirt, deren Vorsteher H. Griesenfelder war; Onuphrius Griesstetter hielt zu Klausen, Gufidaun, Velturns, Pfeffersberg, Rodeneck, Schöneck, Michelsburg, und Salurn mit seinen Anhängern Zusammenkünfte, bis er im J. 1537 zu Brixen auf dem Scheiterhaufen endete; der Priester L. Lochmayr predigte ebenfalls an verschiedenen Orten ketzerische Lehren, bis er eingefangen und zum Wiederrufe gezwungen wurde (1537).[22])

Gegen Ende der dreißiger Jahre trat eine Wendung ein; die Mandate gegen die Ketzer wurden seltener und waren sie auch nicht viel minder streng als die frühern, so machte sich in der Praxis eine mildere Richtung geltend; man wendete die strengsten Strafen nicht so häufig an, begünstigte die Flucht und suchte durch Belehrung die Leute zum Katholicismus zurückzuführen. Von Hinrichtungen verlautet immer seltener. Ausgetilgt waren aber die Wiedertäufer noch keineswegs, die Secte lebte vielmehr noch im Stillen fort und hatte noch zahlreiche Anhänger; doch waren diese durch die heftigen Verfolgungen eingeschüchtert und verbargen deshalb ihre Ansichten. Darum unterließ es auch die Regierung nicht, immer wieder die alten Mandate zu erneuern. Selbst im Jahre 1544, also nach achtzehnjähriger Verfolgung, wurden noch die strengen Bestimmungen gegen die Vorsteher der Wiedertäufer wiederholt nnd auf Grundlage des Speirer Reichtagsabschieds (1544) erließ Ferdinand für alle

ſeine Länder gültige Edicte gegen die Secte, welche die Obrigkeit in die geſpannteſte Thätigkeit verſetzte. Doch kamen gleichzeitig, namentlich ſeit dem Jahre 1539, mildere Mittel, Belehrung und Ueberredung immer häufiger in Anwendung. Das erſte königliche Mandat, das dieſe verlangt, reicht ſchon in das Jahr 1534 zurück, aber damals hatten die Biſchöfe viel zu ſehr mit weltlichen Dingen zu thun, als daß ſie den geiſtlichen hätten gehörig obliegen können. Erſt im J. 1539 gieng Biſchof Bernhard mit Ernſt an eine Reform des kirchlichen Lebens. Allein der bald darauf erfolgte Tod unterbrach ſeine Thätigkeit, und ſein Nachfolger Chriſtof Fuchs ließ ſich leider nur zu ſchnell wieder durch die Geſchäfte der Innsbrucker Regierung von ſeiner erſprießlichen reformatoriſchen Thätigkeit ablenken.[23])

Ein erfolgreiches Auftreten der Prieſterſchaft gegen die Laien war aber nicht denkbar, ſo lange ſie nicht mit der Reform bei ſich ſelbſt begann; denn gerade der Verfall des Klerus war eine Haupturſache der ſo raſchen Ausbreitung neuer Lehren. Das Uebel erſtreckte ſich über alle Grade der Prieſterſchaft. Die Biſchöfe waren noch immer ganz in weltliche Händel verſtrickt, und überließen ſich weltlichen Vergnügungen; um dazu die Mittel zu haben, verſchafften ſie ſich zwei und auch mehr Bisthümer, gegen das ausdrückliche Verbot der Kirche. Ihrem Beiſpiele folgten die meiſt adeligen Domherrn, Pröbſte und Aebte, die wir häufig auch mit zweien und mehreren Pfründen ausgeſtattet und weltlichen Luſtbarkeiten hingegeben ſehen. Große Unwiſſenheit ſchändete nicht ſelten den hohen wie den niedern Klerus. Die Geiſtlichen beider tiroliſchen Diöceſen ſchwankten in ihren dogmatiſchen Grundſätzen; weltliche und Kloſtergeiſtliche predigten da und dort proteſtantiſche Lehren; andere entſchuldigten ſich vor ihrer Gemeinde, daß ſie die Wahrheit nicht ſagen dürften. Noch ſchlimmer als mit dem Wiſſen war es mit der Sittlichkeit der Geiſtlichkeit beſtellt. Ein großer Theil lebte in der ſogenannten Prieſterehe und machte ſich der größten Sorgloſigkeit gegenüber dem Allerheiligſten ſchuldig, Mönche und Nonnen entflohen den Klöſtern. Dies thaten z. B. 1526 einige Nonnen des Haller Kloſters, ſpäter alle Nonnen des Schwazer Kloſters bis auf vier, 1528 mehrere regulirte Chorherrn v. Neuſtift. Die Auguſtiner zu Rattenberg führten einen äußerſt ärgerlichen Lebenswandel; ihr Convent mußte von einer eigenen Regierungscommiſſion reformirt werden. Nicht viel beſſer ſah es in Marienberg aus und in Wilten mußte auch

der Prälat bei der Reform abdanken. Vom Stifte Stams brachte die Unterſuchung drei Mönche in ewiges Gefängniß, die Dominicaner in Steinach bei Meran mußten ganz verjagt und das Kloſter mit andern Mönchen beſetzt werden. Bei dieſem Zuſtande des katholiſchen Klerus darf man ſich nicht wundern, daß er ohne Einfluß beim Volke war und die Prediger der neuen Lehren geneigtes Gehör fanden; daß gerade jene, die noch ernſtlich um Religion ſich kümmerten, faſt allenthalben dem Lutherthum oder der Secte der Wiedertäufer anhiengen, daß lutheriſche Bücher und Tractate viel gekauft und geleſen wurden. Ohne kräftige Unterſtützung des Klerus konnte aber auch der Landesfürſt trotz aller Beſtrebungen, Religion und Sittlichkeit im Lande zu heben, nichts Erſprießliches ausrichten; um ſeine Beichtregiſter und Faſtenpatente, um ſeine Verordnungen bezüglich des Betläutens und anderer religiöſer Uebungen kümmerte man ſich wenig; ſeine Verbote gegen Gotteslästerung und Völlerei, Ehebruch, Wucher und andere Laſter blieben völlig unbeachtet; im Eſſen und Trinken z. B. wurde im ſechzehnten Jahrhunderte ganz Unglaubliches geleiſtet. Den Mangel an Glauben und Sittlichkeit erſetzte der kraſſeſte Aberglauben; überall ſah und wähnte man Unholde und Zaubereien, Hexen und Geſpenſter.

An dieſen geiſtigen und ſittlichen Verirrungen war allerdings die Noth der Zeiten viel Schuld. Die vielen Kriege verarmten und entvölkerten das Land, brachten viel Geſindel in dasſelbe und verminderten Handel und Verkehr. Die politiſche Reaction und die Ketzerverfolgungen erzeugten überall Elend und Jammer; beim Mangel eines feſten Regimentes ward durch Gartknechte, Banditen, Zigeuner und Landfahrer die öffentliche Sicherheit fortwährend geſtört; der Waffen ſeit dem Revolutionsjahr beraubt, konnte ſich der Bauer vor ihnen ſo wenig als vor den Brutalitäten durchziehender Soldaten ſchützen und mußte ſelbſt das immer zahlreicher werdende Wild ſeine Saaten abfreſſen laſſen. Zu all dem kam noch eine Reihe von Elementarunglücksfällen. Mehrmals verheerten Seuchen und Krankheiten einzelne Theile des Landes; auch Erdbeben erſchütterten dasſelbe; wiederholt verwüſteten Ueberſchwemmungen die fruchtbarſten Fluren und trat infolge deſſen Mißwachs und Theuerung ein. Was wunder, wenn da das Volk im Taumel ſinnlicher Genüſſe ſein Elend zu vergeſſen ſuchte![24])

§. 7 Der Einfall der Schmalkalden und des Moritz von Sachsen.[1])

Inhalt: Die Proteſtanten Deutſchlands. Pläne Schärtlin's v. Burtenbach. Tirols Zuſtand. Fall Ehrenbergs. Das Lager bei Martinsberg. Schärtlin's Rückzug. Lager bei Naſſereit. Die Durchzüge der italieniſchen Kriegsvölker. Maßregeln zur Wiedergewinnung Ehrenbergs. Rückeroberung der Feſte und Klauſe. Abzug der Feinde. Verſchwinden der Gefahren. Ende des Krieges. Landtag im März 1547 zu Bozen. Bewilligung, Bitten und Beſchwerden. Zeit der Ruhe; vornehme Durchreiſen. Sorgloſigkeit der Regierung und Stände. Neue Zuzugsordnung. Landtag im Dec. 1551 zu Bozen. Verſchwörung deutſcher Fürſten gegen Karl. Bund mit Frankreich. Täuſchung des kaiſerl. Hofes, K. Ferdinands und der Innsbrucker Regierung, Rüſtungen zur Abwehr. Niederlage bei Reute, Fall der Ehrenberger Klauſe. Moritzens Zug nach und Aufenthalt zu Innsbruck. Abzug der Feinde. Aufruhr der Schwazer Knappſchaft. Rüſtungen, Paſſauer Vertrag und Augsburger Religionsfrieden. Durchzüge.

Während die Wiedertäufer in Tirol auf Leben und Tod verfolgt und alle Anhänger neuer Lehren bedrängt wurden, gewann der Proteſtantismus im übrigen Deutſchland immer weitere Verbreitung und ſeine Macht wuchs zuſehends. Eine Reihe von nord- und mitteldeutſchen Fürſten und mehrere der wichtigſten freien Reichsſtädte, wie Augsburg und Regensburg, warfen ſich ihm in die Arme; auch unter dem Adel und der Bürgerſchaft Oeſterreichs vergrößerte ſich die Zahl ſeiner Anhänger von Jahr zu Jahr. Da ſo der ſchmalkaldiſche Bund immer mächtiger wurde, ſtellte der kaiſerliche Kanzler Held demſelben im Jahre 1538 einen Bund katholiſcher Fürſten entgegen. Damit nahm aber die gegenſeitige Spannung noch mehr zu und nur die Ausſicht, die beſtehenden Differenzen durch ein allgemeines Concil auszugleichen, verhinderte noch einige Jahre den Ausbruch der Feindſeligkeiten. Allein dieſe Ausſicht ſchwand, als das langerſehnte Concil endlich im Jahre 1545 zu Trient zuſammentrat; denn die Proteſtanten wollten ein Concil, das ganz unter dem Einfluſſe des Pabſtes ſtund, nicht beſchicken, weil ſie im voraus wußten, es werde ihre Grundſätze verdammen; ſie verwarfen es als unfrei und parteiiſch. Der Kaiſer aber ſah in ihrer Weigerung nur Ungehorſam und Trotz. Als er ſich nun entſchloſſen zeigte, mit Waffengewalt die widerſtrebenden Reichsſtände zu zwingen, bot ihm der Pabſt ſogleich hilfreiche Hand; doch zog Karl es vor, nochmals in Güte eine Einigung zu verſuchen und erſt, nachdem die Gegner auf dem Reichstag von Regensburg nicht erſchienen waren und ihre Rüſtungen bereits begonnen hatten, gab er dem Drängen Paul's III. nach und ſchloß

mit den geiſtlichen Kurfürſten und den Herzogen von Baiern ein Bündniß zur Bekämpfung der Proteſtanten; Herzog Moritz von Sachſen, obwol Proteſtant, ließ ſich durch die Ausſicht auf die Kurwürde der andern ſächſiſchen Linie, deren Haupt an der Spitze der Schmalkalden ſtand, gewinnen.[2])

Die Schmalkalden eröffneten im Sommer 1546 den Krieg mit 40.000 Mann, als der Kaiſer mit ſeinen Rüſtungen noch lange nicht zu Ende war. Die oberländiſchen Städte ſtellten den Schärtlin von Burtenbach, den tüchtigſten Schüler des Georg von Freundsberg, der ſich in den italieniſchen und Türkenkriegen ſchon vielfach hervorgethan, an die Spitze von 84 Fähnlein. Als die Häupter des ſchmalkaldiſchen Bundes ſeinen Plan, den noch ungerüſteten Kaiſer in Regensburg zu überfallen, verworfen hatten, wandte er ſein Augenmerk auf Tirol; er wußte wol, wie wichtig der Beſitz dieſes Landes für den ganzen Verlauf des Krieges werden mußte, und war mit deſſen Verhältniſſen nicht unbekannt, da er auf ſeinen italieniſchen Feldzügen öfters in deſſen Berge gekommen. Sein Plan gieng dahin: Tirol durch Ueberrumpelung zu nehmen, dadurch dem Kaiſer alle Zuzüge aus Italien abzuſchneiden, das zu Trient verſammelte Concil zu ſprengen und dann in den Gefilden Italiens, wo er bereits heimliche Verbindungen mit der Republik Venedig und dem Herzog v. Ferrara angeknüpft hatte, ſeinen Scharen reichliche Beute und dem ſchmalkaldiſchen Bunde neue ergiebige Mittel zur Fortſetzung des Krieges zu verſchaffen.

Wenn auch kühn, war ſein Plan doch wol berechnet. Tirol litt an allem Mangel, was zu einer kräftigen Vertheidigung gehört. Es fehlte an wehrfähigen, geübten Vertheidigern, an Proviant und Munition und an Geld. Die Franzoſen- und Türkenkriege ſowie die Ketzerhinrichtungen hatten die Wehrkraft des Landes ſehr geſchwächt und viele Unzufriedene geſchaffen. Gerade der wehrfähigſte Theil der Bevölkerung, die Knappen, war wegen ſeiner Hinneigung zum Lutherthum am unzuverläßlichſten. Ueberſchwemmung, Trockenheit und Heuſchreckenſchwärme hatten die Ernten der letzten Jahre ſehr verkümmert. Durch die vielen Hilfeleiſtungen in den Franzoſen- und Türkenkriegen war alles bare Geld der Kammer aufgebraucht, die Kammergüter verſchuldet und die feſten Plätze und die Zeughäuſer von allen Vorräthen an Wehren und Munition entblößt worden. Zu all dem erkannte die Regierung zu Innsbruck lange nicht die

drohende Gefahr und als dies der Fall, ſah ſie ſich zugleich durch die Durchzüge der italieniſchen Kriegsvölker und durch die Anwerbung kaiſerlichen Kriegsvolkes in der Landesvertheidigung gehemmt. Sie that wol Manches zur Befeſtigung der Päſſe und zum Schutze des Landes, aber eben für jenen Punkt, auf den Schärtlin es vor allem abgeſehen, die Feſte Ehrenberg, viel zu wenig. Auch der Commandant derſelben, Jakob v. Thun, merkte die Abſichten der Feinde nicht und ſchlug darum die Hilfe, welche ihm Hilprand von Madrutz, der in der Gegend von Füſſen für den Kaiſer Truppen warb, anbot, unvorſichtiger Weiſe aus. Die ſchlimmen Botſchaften, die in den erſten Tagen des Monats Juli einliefen, veranlaßten nun allerdings die Regierung für Ehrenberg beſſer zu ſorgen, ſie befahl dem Pfleger von Ehrenberg, 200 vertraute Knechte in ſeinem Bezirke aufzunehmen, ſchickte 400 Schwazer Knappen zu Hilfe und mahnte die benachbarten Gerichte Hörtenberg, Petersberg und Imſt auf; allein es war ſchon zu ſpät.

Schärtlin von Burtenbach brach am 1. Juli mit 26 Fähnlein Knechten und 14 ſchweren Geſchützen von Augsburg gegen Süden auf, um zunächſt das bei Füſſen ſich ſammelnde kaiſerliche Kriegsvolk anzugreifen. Während ihm dieſes aber auf bairiſches Gebiet entkam, zwang er die aller Hilfe entblößte Stadt Füſſen ſogleich (10. Juli) zur Ergebung, worauf er als eifriger Anhänger Luther's den proteſtantiſchen Gottesdienſt einführte. Noch am ſelben Tage ſchickte Schärtlin ſeinen Lieutenant Marcell Dietrich mit 2000 Hackenſchützen gegen Schloß und Klauſe Ehrenberg, die nur mit 71 Mann beſetzt waren, um ſie zu überrumpeln. Die Vorrückenden fanden weder auf dem Marſche noch beim Schloſſe ernſtliche Hinderniſſe; der überraſchte Commandant Jak. v. Thun übergab bereits am folgenden Tage um 10 Uhr Vorm. Schloß und Klauſe. Marcell Dietrich beſetzte ſie mit 60 Hackenſchützen und etlichen Büchſenmeiſtern, indem er zugleich das Commando dem Hauptmann Balthaſar Füeger von Nördlingen anvertraute; am dritten Tage rückte er dann auf Schärtlin's Befehl mit ſeinen Fähnlein bis Lermoos vor, wo er ſein Lager ſchlug. Nach dem raſchen Falle Ehrenbergs mochte Schärtlin mit Sicherheit erwarten, in kurzem ganz Tirol in ſeinen Händen zu haben. Seine Armee hatte ſich indeß durch täglichen Zuzug bedeutend vermehrt; auch konnte er in Tirol zahlreiche Freunde zu finden hoffen; denn die Schmalkalden hatten, ſeit ſie ſich für den

Krieg entſchieden, durch eine Menge von Schriften und Tractätlein, in denen ſie auf Kaiſer und Papſt ſchmähten und große Verſprechungen machten, die Tiroler zu gewinnen geſucht.

Die Nachricht vom Anzug der Schmalkalden, deren Zahl das Gerücht bedeutend erhöhte, ſpornte die Innsbrucker Regierung zu verdoppelter Thätigkeit an; ſie nahm ſogleich 800 Knappen in Sold und mahnte die drei Gerichte Petersberg, Hörtenberg und Imſt nochmals ernſtlich auf. Als ſie von dem Falle der Stadt Füſſen hörte, erließ ſie am 11. Juli das allgemeine Aufgebot an alle Gerichte, mit Ausnahme von Vintſchgau und den wälſchen Confinen, die ſelbſt bedroht ſchienen. In wenigen Tagen ſammelten ſich beim Schlößchen Martinsberg unweit Zirl die Contingente der Städte Innsbruck und Hall, der Gerichte Taur, Sonnenburg, Steinach, Rettenberg und Freundsberg, die Knappen von Schwaz, Goſſenſaß und Schneeberg; der Feldobriſt Franz v. Caſtelalt ließ Verſchanzungen aufwerfen und beſetzte den gegenüberliegenden Abhang, Ranggen genannt. Die weitern Zuzüge von den Gerichten Rothholz, Rattenberg und Kitzbühel erfolgten jedoch ſehr langſam, die Leute vom Gericht Landeck wagten aus Furcht vor den Engadinern nicht vorzurücken, die Puſterthaler zögerten wegen Mangels an Waffen und gutem Willen; die Knappen von Schwaz, welche, 6000 Mann ſtark, allein zahlreicher waren als alle vor Martinsberg erſchienenen Contingente zeigten ſich unbotmäßig und unzuverläßlich. So war man zum erſten Widerſtand ſehr ſchlecht gerüſtet und hätte Schärtlin ſchwerlich verhindern können, bis ins Herz Tirols vorzudringen. Doch zum größten Glücke des Landes erhielt der feindliche Feldherr noch am Tage nach Ehrenberg's Fall von den ſchmalkaldiſchen Kriegsräthen Befehl, allſogleich mit allem Kriegsvolk nach Günzburg zu ziehen; es drohte nämlich der Stadt Augsburg von Seiten der kaiſerlichen Truppen Gefahr. Damit war Tirol gerettet. Ehrenberg blieb allerdings noch in den Händen des Feindes, der eine Beſatzung von 50 Mann unter Hauptmann Füeger zurück ließ; auch hatte Schärtlin ſeinen Plan noch nicht aufgegeben, ſondern wollte gerade durch die Beſetzung Ehrenbergs und der Stadt Füſſen, des Schlüſſels zu Tirol, ſich die Möglichkeit erhalten, ihn zu gelegener Zeit zu verwirklichen.

Da mit dem Abzug des Feindes die größte Gefahr beſeitigt war, ſo ſandte die Regierung die aus dem Eiſack, Puſterthal und Etſchlande heranziehenden Landesvertheidiger wieder heim, doch hieß

ſie dieſelben jederzeit gewärtig ſein und ſuchte das Feldlager bei der Martinswand zu ordnen und zu erhalten. Aber ſie brachte das für eine ſo große Truppenmaſſe nöthige Geld trotz aller Bemühungen nicht auf und ſo mußte ſie ſchon am 21. Juli einen großen Theil der Contingente in die Heimat entlaſſen. Deſſenungeachtet wagte es der Feldobriſt Caſtelalt mit dem Reſte ſeiner Truppen am ſelben Tage ſeine feſte Stellung zu verlaſſen und der Feſte Ehrenberg bis Naſſereit näher zurücken. Aber hier mußte er Halt machen, denn ſein Heer war durch noch weitere Abzüge bis auf 2500 Mann zuſammengeſchmolzen und mit dieſen konnte er, wenn er auch noch 1000 Mann aus den Gerichten Landeck und Laudeck zur Verſtärkung heranzog, unmöglich einen Angriff auf die Feſte und Klauſe Ehrenberg wagen, da deren Commandant ſogleich die bei Füſſen liegenden Fähnlein der Schmalkalden zu Hilfe rufen konnte. So ſah ſich Caſtelalt vorläufig zu unfreiwilliger Muße genöthigt; während dieſer ſchwand ſein Heer ſogar bis auf 900 Mann zuſammen und vergebens hoffte er wochenlang, durch ein paar Freifähnlein einigen Erſatz für die heimgekehrten Landesvertheidiger zu erhalten.

An der ſo raſchen Heimkehr des meiſten Landvolks trugen der Mangel an Geld, die Feldarbeit und namentlich die Durchzüge der italieniſchen Kriegsvölker ſchuld. Dieſe beſchäftigten nicht nur eine große Anzahl Menſchen, da ſie diesmal auf 40.000 Mann ſich beliefen, ſondern machten auch das Land weit und breit unſicher und jeden Landesvertheidiger um Hab und Gut, um das Schickſal der Seinen beſorgt. Denn die wilde Soldateſca hauste in Tirol ſo arg, daß ſie es, nach dem eigenen Geſtändniß der Regierung, in Feindesland nicht ärger hätte treiben können; man vermochte ſie trotz aller Vorſichtsmaßregeln nicht in Schranken zu halten. Einzelne Schaaren brachen mit Gewalt in die Proviantläden, vertrieben die Leute aus ihren Wohnungen, mißhandelten Mann und Frau und verdarben, was ſie nicht mitſchleppen konnten. Die Sterzinger Pfarrkirche wurde in einen Stall verwandelt; das Kirchlein auf dem Brenner, der Kirchhof zu Ampaß geplündert. Bei der Anwerbung der Caſtelalt verſprochenen Freifähnlein fand die Regierung große Schwierigkeit; hauptſächlich erſchwerte ihre Aufgabe der Umſtand, daß gleichzeitig mehrere Männer, befugt und unbefugt, im Namen des Kaiſers im Lande warben. So mußte ſie Caſtelalt lange vergeblich warten laſſen.

Unterdeſſen hatte aber die Regierung ſchon wiederholt verſucht, auf dem Wege der Unterhandlung die Feſte Ehrenberg in ihre Hände zu bringen; aber die Schmalkalden wollten ſie nur unter der Bedingung herausgeben, daß die Regierung den päbſtlichen und ſpaniſchen Truppen den Durchzug verſage, worauf ſie natürlich nicht eingehen konnte. So blieb ihr nichts übrig, als ſich umzuſehen, wie ſie mit Waffengewalt ſich Ehrenbergs bemächtigen könne. Anfangs Auguſt ſchien ſich einmal hiezu eine gute Gelegenheit zu bieten. Oberſt Bernhard v. Schaumberg, der durchs Oberinnthal dem Kaiſer 11 Fähnlein aus Vorarlberg zuführte, verſprach Franz v. Caſtelalt bei ſeinem Angriff auf Ehrenberg zu unterſtützen. Doch kaum bis Naſſereit vorgerückt, kehrte er wieder um und zog durch das Innthal ab, unter dem Vorwande, er habe vom Kaiſer Befehl, ſogleich nach Regensburg zu marſchiren. Das war um ſo ſchlimmer, als die Schmalkalden auf die Nachricht von ſeinem Abmarſche gegen Ehrenberg 16 Fähnlein in die Gegend von Reute verlegt, die den Auftrag hatten, die Fernſteiner Klauſe zu nehmen. In der That rückten ſie auch bis Bichelbach vor, doch hier kehrten ſie wieder um und als den Schmalkalden von dem kaiſerlichen Kriegsheer Gefahr drohte, da wandten auch ſie ſich wieder dem Hauptkriegsſchauplatz zu. Regierung und Caſtelalt dachten nun ernſtlich an die Rückeroberung der Feſte und Klauſe Ehrenberg. Erſtere ſchickte dem Feldobriſt zwei Fähnlein geworbenenen Kriegsvolkes und bot die Städte Innsbruck und Hall, die Gerichte Sonnenburg, Taur, Hörtenberg, Petersberg, Landeck und Laudeck, 1000 Knappen von Schwaz und und die von Kitzbühel auf. Obwol nun letztere, von ihren Weibern aufgefordert, auf dem Marſche umkehrten, ſo brachte ſie doch eine Macht von 3000 Mann zuſammen. Der nach Innsbruck einberufene kleine Landesausſchuß erbot ſich mit ihr für Aufbringung des zur Erhaltung dieſer Mannſchaft nöthigen Geldes zu ſorgen und gab Ausſicht, daß man bei einem künftigen Landtage eine anſehnliche Hilfe erlangen werde. Alle Ausſchüſſe erklärten ſich bereit, Gut und Leben für die kaiſerliche Majeſtät und des Landes Rettung zu opfern.

Indeß war ein günſtiger Zeitpunkt zum Angriff auf Ehrenberg gekommen. Die Schmalkalden hatten zwar die Beſatzung um 46 Mann verſtärkt und 4 neue Fähnlein in die Gegend von Füſſen und Reute gelegt; allein weitere Hilfe zu ſenden wurde ihnen ſehr

ſchwer, weil ſie ſich bereits im eigenen Lande vom kaiſerlichen Heere bedroht ſahen. Darum brach Caſtelalt am 27. Auguſt mit 3 Freifähnlein, 4 Fähnlein ausgeſchoſſenen Landvolkes und 7 Stück großen Geſchützes über den Fern nach Ehrenberg auf. Er beſchloß die Feſte von dem gegenüberliegenden Bergvorſprung zu beſchießen. Mit unſäglicher Mühe wurden die ſchweren ungefügen Geſchütze auf den mit Bäumen und Geſtrüpp überwachſenen Berg gebracht und aufgeſtellt. Als das ſchwierige Werk vollendet, begann ſogleich die Beſchießung der Feſte. Balthaſar Füeger, deren Commandant, der die Aufſtellung der Geſchütze und die Anlegung der Verhaue vergeblich zu ſtören geſucht, wandte ſich an ſeine Freunde um Hilfe. Die Stadt Augsburg ſandte ihm am 31. Aug. 2 Fähnlein ihres eigenen Kriegsvolkes mit 4 Falkonen und 30 Handrohren; auf Befehl des Kurfürſten von Sachſen und des Landgrafen von Heſſen eilten Anfangs September Hans Keller von Konſtanz und Jörg Brandlin v. Ravensburg mit 2 Fähnlein Landsknechten, Hans Wieland von Isni mit beiläufig 500 Mann der bedrohten Beſatzung zu Hilfe. Die Tiroler ließen ſich jedoch durch dieſe Zuzüge nicht in Furcht jagen; günſtige Nachrichten von Verſtärkungen, die ihnen aus dem Trientiniſchen, Puſter- und Lechthale zukommen ſollten, ſowie die Ankunft von 2 Fähnlein italieniſcher Hackenſchützen, die der patriotiſche Cardinal Chriſtof von Madrutz geſchickt hatte, hoben vielmehr ihren Muth und ihre Kampfesluſt. Berg und Thal erdröhnten von dem wechſelſeitigen Geſchützfeuer. Die Tiroler trafen gut; ſchon am 5. Sept. ſah ſich Balthaſar Füeger gezwungen, mit ſeinen Leuten aus den Trümmern der Feſte zu entfliehen und ſich den übrigen ſchmalkaldiſchen Hauptleuten anzuſchließen, die umſonſt ſich bemüht, durch die Verhaue zum Belagerungsgeſchütz vorzudringen und die Tiroler zu vertreiben. Caſtelalt wußte die Feinde durch täuſchende Verhandlungen hinzuhalten, während ihre Fuhrleute mit den Geſchützen und jenem Theil des Fußvolks, der noch zu Reute lag, infolge eines Mißverſtändniſſes nach Baiern abzogen. Als die ſchmalkaldiſchen Commiſſäre die Argliſt der Tiroler merkten, ertheilten ſie allſogleich Befehl, mit allem Kriegsvolk nach Füſſen zu marſchiren. So war der tiroliſche Boden wieder vom Feinde geſäubert.

Mit der Rückeroberung Ehrenbergs war aber keineswegs jede Gefahr von Tirol abgewandt. Die feindlichen Schaaren, die bis auf 3000 Mann angewachſen, blieben in nächſter Zeit noch größten-

theils in Füssen beisammen, ja sie wurden sogar um die Mitte Septembers durch neue Zuzüge 18 Fähnlein stark. Gleichzeitig liefen vom Westen Tirols ungünstige Nachrichten über die Haltung der Bündner und der benachbarten Tiroler Bauern ein, man besorgte einen Einfall der erstern und einen Aufstand der letztern. Ueberdies fehlte es an den für eine Landesvertheidigung nothwendigsten Mitteln, an Proviant, Munition und Geld. Die Festen des Landes waren zum Theil schlecht versehen, Ehrenberg lag in Schutt und Trümmern. Doch besserte sich schon in der zweiten Hälfte September die Sachlage erheblich. Die Schmalkalden mußten alle Gedanken, nochmals in Tirol einzufallen, fahren lassen, als das kaiserliche Heer ihre Truppen an der Donau bedrängte, und schlossen darum am 27. Sept. mit den Tirolern einen Waffenstillstand. Inzwischen waren die nothwendigsten Reparaturen an der Feste Ehrenberg vollendet und dieselbe gehörig besetzt. Gegen die Mitte Octobers zog dann das schmalkaldische Kriegsvolk von den Gränzen Tirols ab, obwol man den Waffenstillstand nicht verlängert hatte. Da kehrte auch Castelalt nach Heiterwang zurück und entließ, als wieder günstige Berichte von den Bünden einliefen, alles Kriegsvolk bis auf 3 Fähnlein. Ende October und Anfangs November, wo bereits Schnee die Gebirge deckte, schickte man auch von diesen den größten Theil heim und es blieben nur 100 Mann als Besatzung der Klause und Feste zurück. Im Frühjahr 1547 war jede Gefahr verschwunden, die Macht des schmalkaldischen Bundes in Süddeutschland hatte sich völlig zersplittert und der Krieg nach Mitteldeutschland gezogen. Bekanntlich machte ihm die siegreiche Schlacht Kaiser Karls bei Mühlberg am 24. April, wo der Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen gefangen wurde, ein Ende. Damit war das Ansehen und die Macht Karl's V. in Deutschland nicht bloß hergestellt, sondern größer als bisher geworden und so hatten auch König Ferdinand und seine Lande von dessen Feinden nichts mehr zu fürchten. Die unzufriedenen Tiroler suchte Ferdinand durch Milde zu gewinnen; die Knappen von Schwaz, die Bewohner von Reute und der Kammerprocurator Dr. B. Precht, die sich während der Feindesgefahr vergangen, wurden, wie es scheint, nach kurzer Untersuchung begnadigt.

Noch während der Dauer des schmalkaldischen Krieges berief die Regierung, auf den 26. März, einen Landtag nach Bozen ein. Es sollten Mittel und Wege berathen werden, wie die Wunden,

welche bisher der Krieg dem Lande geschlagen, geheilt und neuen Gefahren und Uebeln vorgebeugt werden könne. War auch der Verlust an Menschenleben kaum nennenswert, so waren die materiellen Verluste um so größer, die die Verwüstungen der Feinde, die Ausrüstung des Landvolkes, die Durchzüge der italienischen Truppen, die Störung von Handel und Verkehr mit sich brachten. Die Stände klagten, sie hätten einen Schaden von mehr als 100.000 fl. erlitten; die landesfürstliche Kammer war durch die vielen außerordentlichen Ausgaben völlig erschöpft und nicht in der Lage, für die Vertheidigung des Landes etwas Weiteres zu thun. Bei der Fortdauer des schmalkaldischen Krieges und der mehr als zweideutigen Haltung der Franzosen, Bündner und Venetianer konnte man sich aber im März 1547 noch keineswegs vor jeder Gefahr gesichert glauben. Daher verlangten die königlichen Commissäre Cardinal Christof v. Trient, Beatus Widmann, Kanzler der oberösterreichischen Länder und Wilhelm Schurf von den versammelten Ständen zu hören, wie die Grafschaft Tirol vor neuem Schaden bewahrt und die bereits aufgeliehenen Gelder bezahlt werden könnten. Die Landschaft meinte, die Städte Ulm, Augsburg, Kempten und andere, welche den Schmalkaden angehangen, sollten Tirol den erlittenen Schaden ersetzen, da der Kaiser bei ihrer Begnadigung die Ansprüche und Rechte aller, die sie beschädigt, sich vorbehalten habe. Man sollte daher von ihnen die 100.000 fl. Unkosten fordern und davon ein Drittel dem Landesfürsten, zwei Drittel den Ständen zufallen. Damit könnten jene Unterthanen, die durch den Krieg Schaden genommen, entschädigt und die Landespässe befestigt werden. Weil die Landschaft auf den Einlauf dieser Summe nicht so bestimmt und so bald rechnen konnte und weil sie sich nicht bei einem etwaigen neuen feindlichen Einfall ebenso unvorbereitet treffen lassen wollte, wie beim letzten, so bewilligte sie vorsichtiger Weise zugleich 100.000 fl., in drei jährigen Terminen zahlbar, mit der ausdrücklichen Bedingung, daß diese Summe nicht anders, als zu eiliger Kriegsrüstung bei Landesgefahr, verwendet werden dürfe; für den Nothfall wollte sie selbst ihr Silbergeschirr und ihre Kleinodien angreifen, wenn sonst das Geld nicht rechtzeitig beschafft werden könnte. Um die Nordgrenze des Landes besonders zu schützen, riethen die Stände dem Landesfürsten den E.werb der Stadt Füssen und eines Platzes in der Scharnitz, um auch da eine Feste und Klause anzulegen; auch legten sie den Wiederaufbau und

die Befeſtigung Ehrenbergs der Regierung dringend ans Herz. Da ſie in der letzten Kriegsnoth bei der allgemeinen Ueberraſchung und Unordnung ihre Schuldigkeit nicht gethan, ſo baten ſie deshalb um Entſchuldigung und verſicherten, indem ſie den König im Falle längerer Andauer des Krieges um ſeine kräftige Unterſtützung erſuchten, für ihren natürlichen geliebten Erbherrn und Landesfürſten und zur Errettung des Vaterlandes Gut und Blut hingeben zu wollen. Zum Schluſſe des Landtages brachte die Landſchaft noch einige Anliegen und Beſchwerden vor. Regierung und Kammer waren damals ohne Haupt, ohne Statthalter, auch ſonſt nicht vollzählig und im Geſchäftsgange vollſtändig getrennt; die Stände baten, einen angeſehenen erfahrenen Landmann zum Statthalter zu machen, die Lücken in Regierung und Kammer mit tauglichen Perſonen auszufüllen und beide Weſen miteinander handeln zu laſſen. Die weitern Bitten betrafen die Abſchaffung des Viehzolls und der Holzzölle. Die Regierung hatte nämlich einen Viehzoll zu Toblach errichtet, der das Fleiſch im Lande ſehr vertheuerte und namentlich den Knappen und überhaupt dem gemeinen Mann ſehr beſchwerlich fiel. Ebenſo hatte ſie auf alles Holz, das nach Venetien ausgeführt wurde, einen Zoll gelegt, was die dadurch erbitterten Venetianer mit einem Aufſchlag auf das Getreide und alle nach Tirol gehenden Waaren erwiederten. Da damals die Landſchaft wol ein Drittel ihres Getreidebedarfes vom Auslande und zwar größtentheils von Italien beziehen mußte, ſo verurſachte ihr dieſer Waarenaufſchlag die ſehr hohe und empfindliche Mehrausgabe von jährlichen 70.000 fl. Darum bat ſie dringend um Abſchaffung des Vieh- und Holzzolles, erklärte dieſelben für eine Verletzung ihrer Freiheiten und wollte durchaus nichts von ſo verderblichen Steuerungen wiſſen. Auf dieſem Landtage wurden auch wieder einmal und zwar ſeitens der drei Herrſchaften im Unterinnthale Klagen wegen der Wildſchäden laut. Die meiſten ihrer Beſchwerden und Bitten ließ die Landſchaft durch Dr. Wolfg. Baumgartner vor den Stufen des königlichen Thrones niederlegen.[3])

Nach dem Ende des ſchmalkaldiſchen Krieges genoß Tirol einige Jahre voller Ruhe. Die Wiederherſtellung der kaiſerlichen Macht in Deutſchland, noch mehr aber die Bewältigung des böhmiſchen Aufſtandes durch König Ferdinand und der mit den Türken abgeſchloſſene Waffenſtillſtand bewahrten vorläufig alle Erblande vor weitern Opfern. Die neue Gährung, welche das Augsburger Interim

im Reiche hervorrief, berührte Tirol nicht; denn wie die übrigen katholiſchen Fürſten, verſtatteten ihm auch Ferdinand und die beiden Biſchöfe in ihren Gebieten keine Anwendung. Da auch das Concil ſeit ſeiner achten Sitzung nicht mehr zu Trient verſammelt, ſondern nach Bologna verlegt war, ſo gieng in unſern Bergen Alles den einförmigen Gang des Alltagslebens, den nur einige vornehme Durchreiſen ein paarmal unterbrachen. Im Jänner 1549 nahm Erzherzog Philipp, der Sohn des Kaiſers, ſeinen Weg durch unſer Land. Da ſah dies zum erſten Male das Schauſpiel ſpaniſchen Prunkes, ſpaniſcher Verſchwendung. Die an 1000 Pferden zählende Begleitung des jungen Prinzen zeigte überall ihre Hoffahrt. Der ſchlichte Chroniſt Kirchmair meint, es wäre nicht möglich zu beſchreiben, welcher Aufwand, welche Pracht und Herrlichkeit auf dieſer Reiſe von Genua bis Brüſſel bei Banketten und Gelagen, in Kleidern, Schau- und Ritterſpielen zu ſehen war; man hätte mit dem verſchwendeten Gelde eine Schlacht liefern und einen Heereszug thun können. Die Tiroler empfiengen des Kaiſers Sohn mit allen Ehren. Die Innsbrucker Regierung und der Cardinal Chriſtof kamen ihm mit 400 Pferden entgegen, zu Trient und Innsbruck wurden außerordentliche Feſtlichkeiten veranſtaltet; die Landſchaft machte ihm einen großen ſilbernen Pfennig im Werte von 370 Mark zum Geſchenke. In demſelben Jahre geleitete Erzherzog Ferdinand die Erzherzogin Katharina durch Tirol nach Mantua. Zwei Jahre darauf wurde neuerdings das Concil von Trient eröffnet und es erſchienen diesmal unter den Concilsvätern auch die Kurfürſten von Mainz, Trier und Köln; Melanchthon und andere Proteſtanten hielten ſich damals einige Zeit zu Salurn im Etſchlande auf und verbreiteten hier ihre Lehre. Am Allerſeelentag des Jahres 1551 hielt der Kaiſer laut- und prunklos ſeinen Einzug in Innsbruck, wohin er den gefangenen Kurfürſten Johann Friedrich v. Sachſen ſchon früher geſchickt. Durch kein außerordentliches Ereigniß in Anſpruch genommen, hätten Regierung und Landſchaft während dieſer Zeit der Ruhe vor allem die Schäden, die ſich im ſchmalkaldiſchen Kriege herausgeſtellt, zu heilen trachten ſollen, es geſchah aber nicht. Die wichtigſten Klauſen und Feſten, wie die Stadt Glurns, Finſtermünz, Ehrenberg, waren am Beginn des Jahres 1551 noch nicht hergeſtellt und genügend verſichert; Ehrenberg baute man erſt in dieſem Jahre aus, wobei die umliegenden Gemeinden zu harten Robotarbeiten gezwungen

wurden. Von den 100.000 fl., die für den Zweck der Landesvertheidigung im J. 1547 hinterlegt worden, verwendete der Landtag, der im Aug. 1549 tagte, die größere Hälfte, 60.000 fl., zu einem Brautgeschenke für die Erzherzogin Katharina. Eben die Verhandlungen dieses Landtages zeigen, daß nicht bloß die alten schon i. J. 1547 gerügten Uebelstände zum Theile fortbestanden, sondern noch neue hinzukamen. Die Landschaft klagte unter anderm über Abweichung vom ordentlichen Rechtsgange bei Processen und über die Verleihung von Wappenbriefen seitens der Pfalzgrafen.[4])

Das Jahr 1551 rüttelte Regierung und Stände aus dem vertrauensseligen Schlummer; man fühlte sich im Lande nicht mehr ganz sicher und besorgte seitens der Venetianer und der deutschen Protestanten, namentlich aber seitens der Bündner und Schweizer einen Ueberfall. Diese Furcht bewog für eine kräftigere Landesvertheidigung zu sorgen und zu solchem Behufe kam bereits im Jänner eine neue Zuzugsordnung zu Stande. Dieselbe theilte das Land in folgende Viertel: Nonsberg, Judicarien, oberes, unteres Etschland, Burggrafenamt, Vintschgau, Oberinnthal, Unterinnthal, die drei Herrschaften, Wippthal, Bisthum Brixen und Pusterthal. Jedes Viertel erhielt einen Viertelhauptmann als Commandant und sollte sich zunächst selbst vertheidigen. Zu diesem Zwecke hatte der Viertelhauptmann Gewalt, im Falle der Gefahr 2000 Mann aufzumahnen. Die Leistungen der einzelnen Theile wurden nach dem Anschlage der 10.000 genau festgesetzt. Reichte dieses Aufgebot nicht hin, dann rief der Viertelhauptmann die benachbarten Viertel zu Hilfe; im Falle großer Gefahr erließ der tirolische Feldobrist, der über die gesammten Streitkräfte des Landes verfügte, das allgemeine Aufgebot; in solchem Falle sollte ihm auch ein Kriegsrath von 10 Personen, 2 von der Regierung und ebenso viele von jedem Stande, zur Seite stehen. Immer hatte er aber die Aufgabe, sogleich sich an den bedrohten Punkt zu begeben, um das Weitere dann verfügen zu können.[5])

Die befürchteten Gefahren traten indeß im Jahre 1551 nicht ein und so hielt man sich wieder für ganz sicher. Wie wenig der Landesfürst an eine Gefährdung Tirols dachte, das bezeugen klar die Vorlagen, die er dem auf den 17. Dec. nach Bozen einberufenen Landtag machte. Er verlangte darin durch seinen Sohn Maximilian, den er an seinerstatt nach Tirol geschickt hatte, nicht

weniger als 4000 guter Knechte (jährl. bei 200.000 fl.) für den Türkenkrieg, der unterdessen wieder ausgebrochen war; von Befestigung der Tiroler Pässe gieng nur nebenher die Rede. Allerdings erschien die Gefahr von Seiten des Erbfeindes der Christenheit diesmal ungewöhnlich groß. König Maximilian legte darum den Ständen die Forderung dringend ans Herz, erinnerte sie, daß sie durch fünf Jahre mit jeder weitern Hilfe verschont worden, und brachte einen Weinaufschlag zur Deckung der Ausrüstungskosten in Vorschlag. Zugleich legte er dem Landtag eine neue Polizeiordnung zur Mehrung oder Minderung vor und forderte die Erneuerung des Ausschusses. Auf Letzteres gieng die Landschaft rückhaltslos ein, die Polizeiordnung hingegen lehnte sie ab, weil die meisten Artikel schon in der Landesordnung enthalten seien, und von der verlangten Hilfe bewilligte sie nur 3500 Mann auf 7 Monate mit dem gewöhnlichen Vorbehalt für den Fall der Landesgefahr. Wie wenig aber auch die Landschaft an eine solche Gefahr ernstlich dachte, beweist der Umstand, daß man zur Befestigung der Klausen und Festen nichts bewilligte. Im übrigen kam das Land dem Erzherzog bestens entgegen, man bedauerte zwar, daß sein Vater nicht selbst hatte den Landtag besuchen können, bereitete aber nichts desto weniger dem jungen Fürsten einen würdigen Empfang und die Landschaft überreichte ihm zu Bozen einen prächtigen Ehrenpfennig im Silberwerte von 4000 fl., der in Gregor Löfflers Werkstätte gegossen worden war.[6])

So hatte weder der Landesfürst noch die Landschaft die geringste Ahnung von der großen Gefahr, in die Tirol bald gerathen sollte. Diese entstand auf folgende Art. In den Jahren 1550 und 1551 entwickelte sich eine Verschwörung mehrerer deutscher Fürsten gegen das Reichsoberhaupt. Die Verbündeten suchten, da sie allein gegen den mächtigen Kaiser nicht aufzukommen glaubten, einen Rückhalt an Frankreich. Moritz v. Sachsen war anfangs nicht dabei, aber die Aussicht auf materiellen Gewinn, die Furcht vor des Kaisers Uebermacht, persönliche Kränkung seitens desselben und die Zureden seiner Glaubensgenossen bewogen ihn bald zum Beitritt. Ja er stellte sich an die Spitze der Verschwörung und trat mit Frankreich in Verbindung. Man legte dem französischen König ein herrliches Stück deutschen Landes, Metz, Toul und Verdun, zu Füßen und erlangte dessen Hilfe gegen Karl V. Die weitern Abmachungen erstreckten sich wahrscheinlich auch darauf, daß Tirol mit

Gewalt erobert und dem Kurfürsten Moritz überlassen werde und daß Frankreich ihn mit den Waffen in dessen Besitz schütze. Es war wol derselbe Plan, den schon Schärtlin von Burtenbach gefaßt; man konnte diesmal durch glückliche Ausführung desselben nicht bloß mit den befreundeten Mächten Italiens sich in Verbindung setzen, dadurch neue Hilfsquellen gewinnen und dem Kaiser die wichtigsten abschneiden, sondern geradezu ihn selbst gefangen nehmen und die Friedensbedingungen dictiren. Nachdem König Heinrich II. von Frankreich mit den deutschen Fürsten sich verständigt, erließen sie Manifeste an das deutsche Volk. Der König betheuerte darin, er ziehe nur für den Schutz, die Einheit und Ehre des deutschen Reiches sein Schwert; die protestantischen Fürsten warfen dem Kaiser vor, er bedränge die Gewissen, halte noch immer wider alles Recht den Kurfürst Johann Friedrich und den Landgrafen Philipp v. Hessen gefangen und wolle die ganze deutsche Nation in schmachvolle Knechtschaft bringen. Zu Rottenburg an der Tauber versammelten sich im Frühjahr 1552 die Kriegsvölker der verbündeten deutschen Fürsten, des jungen Landgrafen Wilhelm von Hessen, des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg und des Kurfürsten Moritz v. Sachsen; am 4. Apr. hielten sie ihren Einzug in Augsburg, während gleichzeitig die Franzosen die Landschaften und Städte überfielen, die sie sich als gute Beute auserkoren.[7])

Während die Franzosen und Moritz v. Sachsen mit seinen deutschen Bundesgenossen zum Angriff auf den Kaiser in Tirol sich vorbereiteten, geschah von dieser Seite fast gar nichts zu dessen Abwehr. Karl V. und sein stolzer Minister Granvella, Erzbischof v. Arras, ahnten lange nicht das Mindeste von den Absichten des Kurfürsten; das Vertrauen des kaiserlichen Hofes in Moritz v. Sachsen schien unerschütterlich. Und wie der Kaiser die deutschen Verhältnisse ganz verkannte, so waren anfangs auch König Ferdinand und die Innsbrucker Regierung darüber in Täuschung befangen. Um die Mitte des Jänner 1552 noch hegte Ferdinand nur Besorgnisse vor den Franzosen und ließ darum seinen damals in Tirol anwesenden Sohn Max und die Räthe der oberösterreichischen Regierung berathschlagen, wie man deren Anschlägen auf die kaiserliche Majestät und Tirol begegnen könne. Aber auch diese Gefahr schlug er nicht sehr hoch an, und deshalb forderte er von der Regierung dringend, daß sie baldigst die vom Landtage für den Türkenkrieg

bewilligten Fähnlein abſchicke. Erſt Ende Februar bekam der König Nachrichten von den Umtrieben des Kurfürſten Moritz. Indeß hatte aber auch ſchon die Innsbrucker Regierung davon Kentniß erhalten und die aus Furcht vor den Franzoſen bereits begonnenen Vorkehrungen zur Vertheidigung des Landes mit größerem Eifer fortgeſetzt; auch hatte ſie Ferdinand dringend gebeten, 2 von den nach Ungarn beſtimmten 5 Fähnlein zurückbehalten zu dürfen und ſich zugleich an den Kaiſer um Hilfe gewandt. Dieſer ließ ſich jedoch zu nichts herbei und Ferdinand beharrte auf der Forderung, daß ihm ſämmtliche Fähnlein zugeſchickt werden. Doch ertheilte er der Regierung eine Generalvollmacht, alles vorzunehmen, was des Landes Rettung erfordere, und erlaubte ihr insbeſonders mit den Bünden wegen Aufrechthaltung der alten Erbeinigung in Unterhandlung zu treten. Dagegen gab der kaiſerliche Hof abermals abſchlägigen Beſcheid. In dieſer Noth wandte ſie ſich an den Cardinal Chriſtof v. Trient; er verſprach nicht bloß zu den Berathungen nach Innsbruck zu kommen, ſondern auch 300 Hackenſchützen zu ſchicken. Die Nachricht, daß die Feinde bereits in Augsburg angekommen, ſpornte die Regierung zu verdoppelter Thätigkeit an. Sie machte die größten Anſtrengungen, Geld und andere Vertheidigungsmittel herbeizuſchaffen und erwirkte endlich vom König, daß die 5 bereits abgeſandten Fähnlein umkehren durften. Nachdem ſie noch Ferdinands Töchter, die zu Hall wohnten, nach Bruneck in Sicherheit gebracht, richtete ſie ihre ganze Aufmerkſamkeit darauf, die Zuzüge nach dem Anſchlage von 5—20.000 Mann in Bereitſchaft zu ſetzen und die Päſſe gehörig zu verſehen. Bei dem großen Mangel an Geld, Waffen, Munition und Proviant war das keine kleine Sache; es war unmöglich, alle genügend zu verſichern und indem die Regierung überallhin Beſatzungen und Kriegsmaterial verlegte, verblieb ihr gerade für den am meiſten gefährdeten Punkt zu wenig übrig. Die Macht, die zur Vertheidigung Ehrenbergs aufgeſtellt wurde, reichte bei weitem nicht hin. Man verſah wol Schloß und Klauſe mit weiterm Geſchütz und Munition, ſtellte 13 Fähnlein Kriegsvolk in und um dieſelbe auf und zog aus den umliegenden Ortſchaften 800 Mann zuſammen; wie hätte aber dieſe Mannſchaft dem anſehnlichen Heere der deutſchen Fürſten mit Erfolg widerſtehen ſollen? Kaiſer Karl mochte die Gefahr vorausgeſehen haben und darum verſuchte er, als er von den feindlichen Abſichten Moritzens Gewißheit hatte,

nach den Niederlanden zu entfliehen; doch es war ſchon zu ſpät, er mußte noch innerhalb Tirols Grenzen umkehren, wollte er nicht in die Hände der Feinde fallen.

Als ſchon der Feind den Thoren des Landes ſich näherte, fiel noch ein Lichtſtrahl des Friedens durch das finſtre Gewölk des Krieges. Moritz v. Sachſen hielt nämlich mit König Ferdinand eine bereits vor Beginn des Feldzuges verabredete Zuſammenkunft zu Linz, von der die Tiroler Regierung ſich viel verſprach. Es ward allerdings ein Waffenſtillſtand verabredet, aber Moritzens Verbündete genehmigten ihn erſt vom 26. Mai an; ſo hatten bis dahin die Kriegsoperationen ihren Gang. Dies gereichte unſerem Vaterlande zum Verderben, denn Moritz beſchloß die Zwiſchenzeit zu einem Einfalle in dasſelbe zu benützen, um wo möglich den Kaiſer gefangen zu nehmen. Er brach daher aus ſeinem Lager zu Gundelfingen am 10. Mai auf und ſtand am 18. bereits bei Füſſen; noch am ſelben Tag rückte er ins Tiroliſche vor. Ein Haufe der kaiſerlichen Truppen, die Karl in den letzten Tagen zum Schutze des Landes nach Ehrenberg beordert, vermochte trotz ſeiner feſten Stellung an der Grenze dem Angriff der Uebermacht nicht zu widerſtehen und zog ſich nach Reute zurück, wo ſich die Hauptmacht gelagert hatte. Moritz griff auch dieſe, im Bewußtſein der eigenen Uebermacht, ohne Zögern an. Die Tiroler ließen ſich trotz der Abweſenheit des oberſten Feldhauptmannes Conrad v. Hanſtein und des Oberſten der Kaiſerlichen in einen Kampf ein; ſie wurden aber durch ein glückliches Manöver des Feindes getheilt und dann völlig geſchlagen. Die Meiſten geriethen in Gefangenſchaft oder kamen ums Leben, theils im Kampfe, theils in den Wellen des Lech; nur Wenige retteten ſich nach der Ehrenberger Klauſe. Moritz folgte ihnen unmittelbar auf dem Fuße. Als am nächſten Morgen, 19. Mai, der Herzog v. Mecklenburg mit einer auserleſenen Schaar Schützen die Feſte glücklich umgegangen hatte und im Rücken die Klauſe angriff, ſtürmte der Kurfürſt von vorne auf ſie los. Von Ueberraſchung und Schrecken gelähmt, wurde die Beſatzung nach kurzem Widerſtande überwältigt, die Klauſe genommen und zerſtört. So war innerhalb weniger Stunden faſt die ganze zur Vertheidigung dieſes wichtigen Paſſes aufgeſtellte Mannſchaft theils gefallen, theils gefangen, theils zerſtreut und nur Gregor Löffler, der berühmte Erzgießer und Kanonier, und Friedrich von Hauſen, Pfleger v. Ehrenberg, behaupteten ſich noch mit ihrer

Schaar in der Feſte, ungeachtet der heftigſten Belagerung. Moritz v. Sachſen meinte, ohne die beſondere göttliche Gnade hätte er in ſo kurzer Zeit und unter ſo ſchwierigen Verhältniſſen unmöglich ſolche Erfolge erzielen können!

Die Nachricht vom Falle der Ehrenberger Klauſe bewog den Kaiſer, über den Brenner und durch's Puſterthal nach Kärnten zu fliehen. Kurfürſt Johann Friedrich mußte ihm folgen, König Ferdinand, der inzwiſchen nach Innsbruck gekommen, begleitete ihn. Die Regierung hingegen raffte alle ihre Kräfte zur Abwehr des Feindes zuſammen. Der Feld- und Hauszeugmeiſter Eitlhans Gienger, ein alter Kriegsmann, bot, von ihr beauftragt, eilends den Landſturm im Oberinnthal auf und rückte mit demſelben an die Fernſteiner Klauſe, die Beſatzung von Kufſtein und 6 Fähnlein, die nach Vorarlberg beordert waren, erhielten Befehl, ſich im Laufmarſche eben dahin zu begeben. Es kam aber trotzdem zu keinem gewaltſamen Zuſammenſtoß an dieſer Klauſe; denn auf Ferdinands Befehl eröffnete geradezu die Regierung dem Kurfürſten Moritz den Paß, als er ſich bei ſeinem kurfürſtlichen Worte verpflichtete, allen Proviant zu bezahlen und ſoviel möglich ohne des Landes Schaden durchzuziehen. Der Kaiſer war allerdings darüber ſehr ungehalten, aber der König und die Regierung wollten den Feind, den man ohnehin nicht mehr hätte abhalten können, zu möglichſter Schonung des Landes bewegen. So marſchirte Moritz, nachdem er eine gefährliche Meuterei unter ſeinen Leuten gedämpft, ungehindert mit den 2 Regimentern Teifenberg und Tiefſtätter, zuſammen 18 Fähnlein, und mit 400 Reitern gegen Innsbruck. Am 23. Mai um 2 Uhr Nachm. hielt er mit dem Herzoge Johann Albrecht v. Mecklenburg und dem jungen Landgrafen Wilhelm v. Heſſen ſeinen Einzug in die Landeshauptſtadt. Doch wurden die Kriegsknechte nicht in der Stadt ſelbſt, ſondern die Reiter jenſeits des Inn, das Fußvolk auf den Feldern v. Wilten untergebracht. Dafür entſchädigten ſich dieſelben durch ununterbrochene Ausflüge aufs Land, wobei ſie die Bauern rein ausplünderten. Ihre Herrn machten es indeß nicht viel beſſer. Sie wandten ihre begehrlichen Blicke vor allem auf das zu Innbrück und Hall vorhandene Eigenthum des Kaiſers und ſeines Gefolges, zu deſſen Schonung ſie ſich nicht verpflichtet hatten, und da ihrem Späherauge nichts entgieng, ſo machten ſie reiche Beute an Geſchützen und andern Gegenſtänden, namentlich zu Büchſenhauſen. Der Herzog

v. Mecklenburg und der junge Landgraf von Heſſen konnten ſich ſelbſt nicht enthalten, auch vom Eigenthum des Königs einige vergoldete Rapiere, ein Sattelzeug, 3 Kanonen und eine Menge Munition einzuſacken. Die Regierung mußte zum böſen Spiele gute Miene machen; ſie opferte ihnen noch herwärts einige Fäſſer edlen Weines aus dem kaiſerlichen Keller und der Statthalter Abt Wolfgang v. Grünenſtein lud ſie ſogar am 24. Mai zur Tafel. Da verſprach Moritz von Sachſen, am nächſten Tage abzureiſen. Wirklich ritt er am 25. Mai mit dem Herzog v. Mecklenburg durch das Unterinnthal nach Paſſau, während das Kriegsvolk unter dem Landgrafen von Heſſen durch das Oberinnthal abzog.

Das abziehende Kriegsvolk marſchirte an beiden Seiten des Inn; der Marſch gieng ſehr langſam und unter großen Verheerungen vor ſich. Die Beuteluſt und Grauſamkeit der feindlichen Schaaren wuchs mit jedem Schritt ihres Weitermarſches. Sie raubten nicht bloß Privathäuſer aus, ſondern plünderten auch Kirchen, zerſtörten die Kirchenzierden, traten das Allerheiligſte mit Füßen und trieben ſonſt Unfug aller Art mit Perſonen und Sachen. Zu Miemingen wurden 15 Häuſer verbrannt, das Schloß Klamm und das Schlößchen Freundsberg arg zugerichtet. Eine Abtheilung bog ſogar von der Heerſtraße ab, um das Kloſter Stams zu plündern. Kirche und Kloſter wurden von der rohen Soldatesca ſchrecklich verwüſtet, ſelbſt die Gruft, wo die irdiſchen Reſte der Landesfürſten ruhten, nicht verſchont. Bei der Klauſe Fernſtein endeten die Raubzüge, denn in dem jenſeits des Fern liegenden Landestheil war nichts mehr zu finden, da hatten die zu Ehrenberg zurückgelaſſenen Fähnlein Alles verheert und dadurch 4000 Leute in die ärgſte Noth gebracht, ſo daß ſie kaum dem Hungertode entgiengen. Am 29. Mai endlich ward Tirol von den ſchrecklichen Horden des Moritz v. Sachſen und ſeiner Verbündeten erlöst, denn an dieſem Tage zog die ganze Macht zu Roß und Fuß nach Füſſen ab.

Die Anweſenheit der Feinde im Lande war um ſo gefährlicher geweſen, als gerade damals die Schwazer Knappen ſich empört hatten. Das angebliche Motiv trägt den Stempel patriotiſcher Entrüſtung, denn dasſelbe ſoll nichts anders geweſen ſein als die Furcht, die Feinde ſeien durch Verrath ins Land gekommen. Wahrſcheinlich bedienten ſich aber die Rädelsführer nur dieſes Schlagwortes, um ganz andere Zwecke zu verfolgen. Die Aufregung war am Tage

der Ankunft Moritzens zu Innsbruck bereits ſoweit gediehen, daß die Haller aus Furcht vor den Knappen ihre Thore ſperrten. Am Tage als die Feinde von Innsbruck abzogen, verwüſteten die Aufrührer das Gerichtshaus und riſſen ſelbſt das tiroliſche Wappenſchild herab. Der Bergrichter und der Landrichter wurden am ſelben Tage inſultirt. Da ſchickte die Regierung zu deren Schutz 25 Trabanten nach Schwaz, die aufrühreriſche Menge kehrte zur Ruhe zurück, die Rädelsführer entflohen oder wurden dem Gerichte zur Beſtrafung überantwortet.

Der Abzug der Feinde befreite Tirol noch nicht von jeder Kriegsgefahr, darum ſetzte die Regierung ihre Rüſtungen eifrig fort. Sie berief abermals den Landesausſchuß zur Berathung der Vertheidigungsangelegenheit ein und machte die größten Anſtrengungen, das Land in wehrhaften Zuſtand zu ſetzen. Der Paß an der Martinswand wurde durch Gräben, Bollwerke und zahlreiche Geſchütze befeſtigt und mehrere Fähnlein Landsknechte nach Zirl verlegt. Doch gleichzeitig gab ſich die Regierung alle Mühe, den König zum Abſchluß eines Friedens zu vermögen, und ein ſolcher kam wirklich am 16. Juli 1552 zu Stande. Es iſt der Paſſauer Vertrag, dem drei Jahre darauf der Augsburger Religionsfrieden folgte. Durch viele bittere Erfahrungen waren beide Religionsparteien zur Ueberzeugung gekommen, daß der Friede im Reiche nur durch gegenſeitige Anerkennung der Glaubensfreiheit zu ſichern ſei. Die proteſtantiſchen Stände erhielten nun nicht nur völlige Gewiſſens- und Religionsfreiheit, ſondern auch politiſche Rechtsgleichheit mit den katholiſchen. Für die Unterthanen galt allerdings dieſer Freibrief nicht, doch wurde für jene, die der Religion der Obrigkeit nicht folgten, wenigſtens der freie Abzug oder wenn ſie im Lande blieben, freie Duldung ausbedungen. Leider aber hielten ſich daran weder Proteſtanten noch Katholiken; es kam vielmehr der empörende Grundſatz allmählich zur vollen Geltung, daß der Unterthan dem Bekenntniſſe ſeines Herrn folgen müſſe. So hart war dieſe Zeit!

Da mit den Bündnern ſchon früher die alte Erbeinigung erneuert worden und Oeſterreich auch mit allen andern Nachbarn Frieden hatte, ſo konnte Ferdinand nach dem Paſſauer Vertrag wieder dem Türkenkriege ſeine vorzügliche Aufmerkſamkeit zuwenden. Karl beſchäftigte zunächſt der Krieg mit den Franzoſen, die Rückeroberung der von ihnen beſetzten Gebiete. Zu ſolchem Zwecke zogen ihm auf

beiden Straßen Tirols, über die Finſtermünz und den Brenner, noch im Jahre 1552 Tauſende von Hilfsvölkern zu; von dieſen Durchzügen hatten die Bewohner, wie gewöhnlich, viel zu leiden; denn trotz aller kaiſerlichen und königlichen Befehle konnten nicht alle Unzukömmlichkeiten hintan gehalten werden.[8])

§. 8. Neue Türkenkriege. Innere Verhältniſſe.

Inhalt: Ruhigerer Charakter der Geſchichte Deutſchlands überhaupt und Tirols insbeſ. Landtage und Türkenhilfen i. d. J. 1552 und 1553. Der Landtag d. J. 1554. Beſchwerden der Stände. Der große Landtag d. J. 1555. Bewilligungen und Klagen der Stände. Vorſchläge. Weitere Verhandlungen. Abſchaffung einzelner Uebelſtände. Fortdauer der Finanznoth. Landtage und Bewilligungen i. d. J. 1556 und 1557. Landtag d. J. 1559. Bewilligungen, Beſchwerden und Bitten. Der projectirte Bauernrebell. Die ſocialen, politiſchen und kirchlichen Verhältniſſe Tirols. Ermuthigung der tirolliſchen Proteſtanten. Die Häupter der Verſchwörung. Pläne und Vorbereitungen derſelben. Gegenmaßregeln der Regierung. Beſtrafung der Rädelsführer. Das Concilium von Trient. Dauer, Zuſammenſetzung. Gang der Verhandlungen. Seine Wichtigkeit für Tirol. Erbfolgeordnung Ferdinands. Landtag im J. 1563. Propoſitionen. Antwort der Stände. Bewilligungen. Verhältniß des Cardinals Chriſtof v. Madrutz zum Hauſe Habsburg. Ueberblick über Ferdinands Regierung: Aeußere Verhältniſſe. Verhältniß des Landesfürſten zur Landſchaft. Macht des Prälaten- und Adelſtandes. Geſetze und Verordnungen. Juſtizpflege und Verwaltung. Finanzcalamität. Ferdinand's Charakter. Seine Kinder.

Mit dem Paſſauer Vertrag und dem Augsburger Religionsfrieden nimmt die Geſchichte ganz Deutſchlands und auch Tirols einen ruhigern Charakter an. In den Jahren zwiſchen dieſen beiden Verträgen gieng es allerdings noch ziemlich tumultuariſch her; als aber Moritz v. Sachſen in der Schlacht bei Sieversshauſen gefallen (1553) und im Heidelberger Verein ein Bund friedfertiger Fürſten dem kriegeriſchen Markgrafen Albrecht von Brandenburg und andern Ruheſtörern ſich gegenübergeſtellt hatte, da zog größere Ruhe in das Reich ein. Kaiſer Karl hatte mit dem Augsburger Religionsfrieden dem Plane, die Proteſtanten in die katholiſche Kirche zurückzuführen, für immer entſagt und legte im Jahre 1556 ſeine kaiſerliche Würde nieder, um ſich in das Kloſter San Juſte in Spanien zurückzuziehen, wo er am 21. Sept. 1558 ſtarb; ſein Nachfolger Ferdinand, von jeher den Proteſtanten freundlicher geſinnt, bemühte ſich redlich, beide Parteien im Frieden zu erhalten und trat dem weitern Umſichgreifen des Proteſtantismus nicht gewaltſam entgegen; ſeine Aufmerkſamkeit war in den erſten Jahren vorzüglich auf die

Bekämpfung der Türken gerichtet. Die Türkenkriege spielen auch in der Geschichte Tirols seit dem Passauer Vertrage eine wichtige Rolle; sie veranlassen mehrere Landtage und bilden den Hauptgegenstand der Berathung; sie steigern die finanziellen Bedrängnisse und verursachen, daß nun Stände und Landesfürst ernstlicher sich mit der Ordnung des Haushaltes beschäftigen. Mit diesen zwei Hauptgegenständen sehen wir alle Landtage bis zum Schlusse der Regierung Ferdinands beschäftigt und sie werden in völliger Ruhe abgethan; von den stürmischen Auftritten, welche die Religionsfrage auf den Landtagen des benachbarten Baiern hervorruft, finden wir dabei keine Spur. Doch zeigt der projectirte Bauernrebell, daß auch in Tirol noch genug Gährungsstoffe vorhanden und die religiöse Frage nicht eingeschlummert war. Aber das Trientiner Concil gab den freiern Regungen in unserem Vaterlande den Todesstoß und führte einen völligen Umschwung in den Anschauungen und in der Haltung aller Classen, namentlich aber der untern, herbei; es gab den Landesfürsten den Muth, die Kraft und die Waffen zur Gegenreformation; die Jesuiten wurden deren eifrigste Förderer und Werkzeuge.

Noch im Jahre 1552 wandte sich Ferdinand wegen des wiederausgebrochenen Türkenkrieges an die Tiroler um Hilfe und berief zu diesem Zwecke im October den Ausschuß der Landschaft ein. Hochherzig erklärte dieser, das Land wolle nicht gedenken der drückenden Last der Truppendurchzüge, der Theuerung und seiner schon gebrachten Geldopfer; es denke jetzt nur daran, dem Könige einen neuen Beweis der Treue, der Liebe und des Gehorsams zu geben und ihn im Kampfe mit dem Erbfeinde der Christenheit nicht zu verlassen; es stand neuerdings als Bürge für 200.000 Kronen ein. Diese Stimmung hielt aber nicht an, das zeigte schon das folgende Jahr. Der König bedurfte zur Fortführung des Krieges in Ungarn, namentlich zur Behauptung des eben erworbenen Siebenbürgen, neue Geldmittel und stellte darum auf dem Mittfasten 1553 nach Innsbruck berufenen Landtag die Forderung, für drei Jahre nacheinander 250.000 fl. zu bewilligen, wovon 100.000 fl. zur Nothdurft des Landes verwendet werden sollten. Umsonst bemühten sich die königlichen Commissäre: Ludwig von Madrutz, Stellvertreter seines Oheims, des Cardinals Christof, der Abt Wolfgang v. Kempten, Statthalter und Mathias Alber, Kanzler, diese Forderung durchzusetzen, die Stände entschuldigten sich diesmal mit des Landes Armuth

und bewilligten nur 140.000 fl. in zwei Terminen. Aus demselben Grunde ließ sich ein weiterer Landtag, der wahrscheinlich noch in diesem Jahre zusammentrat, zu gar nichts herbei.[1])

Finanzielle Bedrängnisse nöthigten Ferdinand auf den Juni 1554 schon wieder einen Landtag einzuberufen. Die Unruhen im Reiche und der Türkenkrieg, besonders die Rückeroberung des indeß verlorenen Siebenbürgen, verursachten ihm viele Auslagen. Der König hatte diesmal persönlich den Tiroler Landtag eröffnen wollen, aber die vielen Geschäfte erlaubten es ihm nicht. Das bedauerte die Landtschaft sehr, indem sie erklärte, sie hätte nichts Lieberes gesehen, als wenn der König oder ein Sohn den Landtag besucht hätte. Weil Ferdinand sie im letzten Jahre mit Durchzügen verschont und sein Kammergut nicht gespart, zeigte sie sich nun zur Hilfe bereitwilliger und gewährte sogleich 150.000 fl. in drei Terminen, Weihnachten 1554, Georgi und Weihnachten 1555; doch knüpfte sie daran die Bedingung, der König müsse bis zum zweiten Termin ins Land kommen, dessen Noth erfordere seine persönliche Gegenwart, nur dadurch sei es bei diesen gefährlichen Läufen vor unwiederbringlichem Schaden zu bewahren und die vielen nothwendigen Sachen zu erledigen, die man bisher immer verschoben. Einige der dringendsten Uebelstände brachten die Stände sogleich vor. Sie baten vor allem, die Mandate, die gegen die Einfuhr fremder Weine ergangen, strenger handzuhaben, da sie sonst ihre eigenen Weine nicht verschleißen könnten. Die zweite Beschwerde richtete sich gegen den Zöllner zu Neumarkt, der die Zollfreiheit des Adels nicht respectirt und seine Stellung für egoistische Zwecke ausgebeutet hatte. Viel wichtiger als diese und alle andern weitern Beschwerden, die sie vorbrachten, war aber die, welche sie gegen die oberösterreichische Regierung richteten. In allen Fällen, wo die tirolische Landesordnung keine ausdrückliche Bestimmung enthalte, hieß es, wolle dieselbe nach dem geschriebenen kaiserlichen Rechte und nicht mehr nach den löblichen alttirolischen Gebräuchen und Herkommen urtheilen und handeln; das adeliche Hofgericht zu Bozen hätte dagegen schon eine Bittschrift an seine Majestät gerichtet. Sie glauben, weil diese Neuerung erst jetzt vorfalle, müsse sie daher rühren, daß die Regierung vorzüglich mit Rechtsgelehrten und nicht mit tirolischen Landleuten besetzt sei. Da aber eine solche Neuerung eine Zerstörung der althergebrachten

tiroliſchen Landesgebräuche ſei und viel „Unrath“ gebe, bitten ſie die Regierung zu deren Einſtellung zu verhalten.[2])

Nach dem Schluſſe des Reichstages von Augsburg (Sept. 1555) gedachte König Ferdinand endlich den heißen Wünſchen der Stände Tirols zu willfahren und in ihrer Mitte zu erſcheinen; er kam Ende Sept. 1555 in Begleitung ſeines Sohnes Karl ins Land und eröffnete ſelbſt den auf Anfang October nach Innsbruck einberufenen Landtag. Dieſer Landtag iſt einer der wichtigſten während Ferdinand's mehr als 40jähriger Regierung. Der König machte die Stände durch ſchriftlichen und mündlichen Vortrag mit ſeinen großen Auslagen und mit der Erſchöpfung der Kammergüter bekannt und verlangte von ihnen Mittel und Wege kennen zu lernen, wodurch den herrſchenden Uebelſtänden abgeholfen werden könnte. Er erwartete auch eine ergiebige Geldhilfe, namentlich die Bereithaltung eines Vorrathsgeldes, bei den gefährlichen Läufen, die in Deutſchland und Italien vorkamen, und bei den ſchlimmen Praktiken der Franzoſen; die geforderten Steuern beliefen ſich für jedes der beiden nächſtfolgenden Jahre auf 225.000 fl. Dagegen zeigte ſich Ferdinand ſehr bereit, allen Beſchwerden abzuhelfen; insbeſondere hob er hervor, er wolle die Regierung mit Landleuten und andern geſchickten Perſonen hinreichend beſetzen und für ſchnelle und gute Pflege der Juſtiz ſorgen.

Die Stände verliehen in ihrer Antwort vor allem der Freude über die Ankunft des Königs und ſeines Sohnes, über ihr Wohlbefinden und beſonders darüber Ausdruck, daß jener ſo ernſtlich des Landes Wolfahrt bedenken und ihre Klagen anhören wolle. Sie erklärten, es wäre ihnen nichts lieber, als daß ſeiner Majeſtät in allen Obliegen geholfen werde, aber dies überſteige weit des Landes Kräfte, ſie wüßten ihr nichts anderes als das Mittel anzurathen, nach dem man im Jahre 1536 gegriffen, wo die Weſen nicht ſo beſchwerlich beladen geweſen. Sie waren nämlich der Meinung, die hohe Noth erfordere, daß alle Erbländer ſich die Hand reichen und gemeinſame Wege ſuchen, und riethen darum dem König, aus allen Provinzen geſchickte und erfahrene Perſonen, denen das Wohl der Länder und des Landesfürſten am Herzen liege, zu ſich nach Wien zu entbieten, ſie mit der ganzen Sachlage bekannt zu machen und über die Beſeitigung der Finanzcalamität berathſchlagen zu laſſen. Jetzt werden die Uebelſtände noch zu heben ſein, laſſe man ſie noch

länger beſtehen, dann gebe es ſchwerlich eine Abhilfe. Weil ſich aber die Einberufung dieſes „Reichsrathes“ noch lange verzögern konnnte, bewilligten ſie 200.000 fl., in vier Halbjahrterminen bis Ende 1557 zahlbar, wovon die eine Hälfte zur Unterhaltung des Hofes und der Regierung, die andere zur Abzahlung von Schulden, Erbauung der Päſſe, Ausſtattung der Zeughäuſer dienen ſollte. Um zu beweiſen, daß ſie nicht mehr zu thun in der Lage, entwarfen ſie ein düſteres Bild von dem Zuſtande Tirols. Sie klagten über des Landes Unfruchtbarkeit, über die letzten Mißjahre, den Aufſchlag der unentbehrlichſten Lebensmittel, die Zahlungsunfähigkeit der Unterthanen und die völlige Erſchöpfung aller Stände durch die hohen Steuern; die landesfürſtlichen Steuern hätten ſich ſehr vergrößert, man habe in letzter Zeit in Landesnöthen etwa drei- bis viermal mehr verlangt als früher. Da ſie nicht im Stande zu ſein glaubten, noch ein Vorrathsgeld für den Fall der Landesgefahr zuſammen zu legen, ſo baten ſie den König, er möge dem Kaiſer und dem König von England, die gegen Frankreich und ſeine Anhänger verbündet wären, die Wichtigkeit Tirols zu Gemüthe führen und ſie zur Hilfe bewegen.

Sprachen die Stände und der Cardinal von Trient es aber auch unumwunden aus, daß ein ſo ſchwieriges Werk, wie die Ordnung der zerrütteten Verhältniſſe, über „ihren Verſtand gehe“, ſo wollten ſie doch eine Reihe von Vorſchlägen dem Könige nicht vorenthalten. Sie riethen ihm, alle Confiscations- und Bußgefälle zum Nutzen der Kammer einzuziehen, die unnöthigen Proviſionen, Dienſtgelder und andere überflüſſige Ausgaben abzuſtellen, die Silber- und Kupferwerke zu Schwaz und an andern Orten, die Wechſelgelder in der Münze zu Hall und das Hutwerk zu Rattenberg nach Ablauf der beſtehenden Verträge nicht mehr zu verſchreiben, alles im Lande gewonnene Silber in Hall vermünzen zu laſſen und alle weitern Verſetzungen zu vermeiden. Sie wünſchten, daß Kammer und Regierung, wie früher, gemeinſam handeln und erſtere ohne der letztern Einvernehmen keine ſchwierige Finanzſache entſcheide, und verlangten ſogar, daß weitere Verpfändungen abgelöster Kammergüter nicht ohne Wiſſen des Landesausſchuſſes geſchehen. Die Erhaltung der Bergwerke, welche die wichtigſte Finanzquelle des Landesfürſten waren, lag ihnen beſonders am Herzen und darum machten ſie eine Reihe darauf bezüglicher Vorſchläge. Man ſollte bei denſelben nur geſchickte Perſonen anſtellen und Vorkehrungen treffen, damit die Knappen

nicht zu Hunderten verlaufen, wie beim letzten Krieg in den Gerichten Rottenburg und Rattenberg; man sollte durch Verehrungen die Baulust wecken und die Waldungen nicht nutzlos verschwenden lassen. Auch riethen sie die Anstellung eines obersten Bergmeisters über alle tirolische Bergwerke. Gegen die Regierung hatten sie dieselben Klagen vorzubringen, wie im vorigen Jahre, darum wiederholten sie die damalige Bitte, dieselbe zum größern Theile mit tirolischen Landleuten zu besetzen; es sei von altersher und auch in den ersten Jahren von Ferdinands Regierung Sitte gewesen, wenigstens zwei Drittel der Regierungsräthe aus dem tirolischen Adel zu nehmen, zu denen dann wegen der Vorlande einige ausländische Adelige und wegen der Reichssachen und wälschen Confinanten einige Doctoren oder andere der gemeinen Rechte kundige Männer gekommen. Unter den weitern Beschwerden fällt besonders die Unzufriedenheit mit dem 18. Artikel des 3. Buches der tirolischen Landesordnung auf. Er widerspräche, erklärten sie, ganz dem Herkommen und alten Rechtsgebrauche und darum habe man auch bei den Hofrechten nie danach gehandelt; sie verlangten dessen Abänderung nach den alten Normen und zugleich auch die Aufnahme eines weitern Artikels, durch welchen den Competenzstreitigkeiten zwischen Gerichten und Gemeinden vorgebeugt würde. Schließlich brachten sie eine Reihe von Particularbeschwerden vor und erneuerten den Ausschuß mit der Vollmacht des Jahres 1547.

In der Antwort, die der König dem Landtag auf diese Vorschläge und Beschwerden gab, zeigte er sich bereit, fast allen ihren Bitten und Wünschen gerecht zu werden, dagegen forderte er die Bewilligung einer höhern Summe und beharrte auf seinem Verlangen wegen des Vorrathsgeldes. Die Stände bedankten sich für die gegebenen Versprechungen, namentlich freute es sie, daß seine Majestät die Regierung mit Landsleuten vom Adel besetzen und den betreffenden Artikel der Landesordnung abändern wolle. Sie bewilligten nun zu den frühern 200.000 fl. noch 100.000 fl., nur auf das Vorrathsgeld ließen sie sich nicht ein. Da gab sich Ferdinand mit den bisherigen Bewilligungen zufrieden und erklärte in dieser zweiten Antwort (Triplic) den 11. Artikel des 4. Buches der Landesordnung, der die Wilddiebe betraf, durch andere Bestimmungen ersetzen zu wollen. Der Landtag erwiederte, die Reform der Landesordnung solle nicht anders als nach tirolischen Landesgebräuchen geschehen,

und ergänzte die vom Könige ihm mitgetheilten neuen Bestimmungen durch ein paar Zusätze. Ein Punkt, die vielen Steuerrestanten, veranlaßte Ferdinand zu einer nochmaligen Entgegnung. Er meinte, die bisher vorgeschlagenen Mittel genügten nicht, eine Commission aus königlichen Räthen und Abgeordneten des Landtages sollte darüber weiter berathen; man möge die Grenzbewohner wegen größerer Feindesgefahr etwas geringer und hingegen die im Lande Wohnenden etwas höher veranschlagen. Aber die Landschaft bat, sie mit einer weitern Reformirung des eilfjährigen Landlibelles und der Landtagsabschiede zu verschonen, die Berathungen lieber mit Einigen aus den Ausschüssen und den Steuercommissären fortzusetzen, sie aber heimziehen zu lassen. Der König behelligte die Stände nun nicht länger und reiste selbst am 16. October ab.[8])

Die Stände mochten mit den besten Hoffnungen vom Landtage heimgekehrt sein, denn es war dem König mit der Abschaffung der vorgebrachten Beschwerden wirklich Ernst. Bald nach der Rückkehr in seine Residenz (1556) erwirkte er sich eine kaiserliche Declaration gegen die Grafen v. Arco und Lodron und die Herrn von Agresta, die bisher hartnäckig mit den Ständen Tirols zu steuern sich geweigert; darin befahl ihnen Karl V. nachdrücklich, wie die übrigen Stände Tirols dem Landesfürsten in allen Nöthen mit Steuern und Reisen sich gehorsam zu erweisen. Auch vervollständigte Ferdinand die Innsbrucker Regierung und ertheilte ihr bezüglich Lehnsachen erweiterte Vollmacht. Dann brachte er einen Antheil des Schwazer Bergwerkes (am Falkenstein) an sich und gewährte den Schmelzern und Gewerken besondere Hilfe; er suchte durch eine Waldordnung der weitern Verwüstung der Wälder vorzubeugen und das Land durch eine Ordnung wegen der Musterung vor weitern Excessen zu sichern; er erneuerte die Mandate gegen die Savoyarden und andere fremde Krämer und die Maßregeln zum Schutze der Felder gegen das Wildpret; er berief die von den Ständen angerathene Versammlung von Landleuten aller Erblande, den Reichsrath, im Herbste 1556 ein und man berathschlagte über die Ordnung der Finanzen. Doch die Finanznoth Tirols, der größte aller Uebelstände, wurde nicht behoben. Die Rathschläge des Wiener Reichsrathes erlangten für unser Vaterland keine Geltung. Ein anderes Mittel, das Ferdinand zur Aufbesserung der tirolischen Kammer ergriff, machte das Uebel nur noch größer. Es war nämlich

ein Aufſchlag auf alle Waaren, die aus Italien durch das Land gefährt wurden. Dadurch geriethen Handel und Verkehr ins Stocken, die Zolleinkünfte ſanken herab, die Leute verdienten nichts mehr mit dem Fuhrwerk, das ein Haupterwerbszweig war, die Bozner Märkte blieben leer, nach den Klagen der Stände auf dem Landtage des J. 1559 ſchwand die Anzahl der Händler auf den zehnten Theil zuſammen. Trotz all dem aber ſah ſich König Ferdinand durch die Türkenkriege zu immer neuen Forderungen gedrängt und in der Ergreifung anderer Maßregeln zur Ordnung der Finanzen verhindert.

Da die Friedensunterhandlungen mit dem Sultan und mit der Königin Iſabella bisher vergeblich geweſen, befürchtete Ferdinand im Frühjahr 1556 einen neuen Angriff der Feinde und dies veranlaßte ihn zur Einberufung der Landtage. Die im Mai zu Bozen tagenden tiroliſchen Stände bewilligten auf den Antrag der königlichen Räthe 5000 Mann auf 4 Monate oder 80.000 fl., baten aber den König bei den Reichsſtänden und der ganzen Chriſtenheit Hilfe zu ſuchen, da die Erblande allein zu ſchwach ſeien. Den Vorſchlag, eine allgemeine Muſterung anzuſtellen, lehnten ſie wegen Theuerung und Mißwachs ab. Dieſem Landtage folgte noch vor Ablauf eines Jahres, im April 1557, aus derſelben Urſache ein zweiter. Die Kämpfe gegen die Türken verliefen zwar im J. 1556 günſtig, waren aber nicht entſcheidend. Da wollte Ferdinand, der nun auch die Würde eines römiſchen Kaiſers trug, einen Hauptſchlag gegen den Erbfeind der Chriſtenheit führen und wandte ſich an das Reich und ſeine Erblande um Hilfe. Der Reichstag verſprach 8000 Mann zu Roß und 4000 zu Fuß, die niederöſterreichiſchen Stände bewilligten eine Steuer von Wein, Getreide und andern Waaren. Um ſo mehr hoffte Ferdinand von den bisher ſehr bereitwilligen Tirolern; aber er täuſchte ſich diesmal, ſie gewährten nur 80.000 fl. für die beiden Jahre 1557 und 1558, unter der Bedingung, daß nicht bloß die niederöſterreichiſchen Erblande, ſondern auch das Reich die verſprochene Hilfe leiſte. Die verlangte Steuer auf Wein, Brantwein, Honig, Tuchwaaren; auf Roſſe und Fiſche; auf Geldverleiher, Hauſirer, Handwerker und ledige Knechte ſchlugen ſie rundweg ab, weil ſie wider des Landes Freiheiten, eine unleidliche Steuerung und theils dem Handel ſehr ſchädlich, theils uneinträglich ſei.[4])

Viel wichtiger als dieſe beiden Landtage wurde der vom Jahre 1559. Nicht in der Lage, ihm perſönlich beizuwohnen,

ſandte Ferdinand ſeinen Sohn Karl nach Tirol, dem er eine Reihe von Reſolutionen und Forderungen mitgab. Der Kaiſer hatte nämlich im Sinne, ein ſtändiges Kriegsvolk an der ungariſchen Grenze aufzuſtellen und endlich einmal an die Ablöſung der Kammergüter zu gehen. Für beides brauchte er den Rath, noch mehr aber die Geldhilfe der Stände. Karl machte die im April zu Innsbruck tagende Landſchaft mit der ganzen Sachlage bekannt und ſtellte ſeine Poſtulate. Dieſelbe zeigte ſich ſehr darüber erfreut, daß der Kaiſer ſeinen Sohn in ihre Mitte geſandt, und erklärte gern die verlangte Hilfe gewähren zu wollen, wenn es möglich wäre. Zum Beweiſe der Unmöglichkeit wieſen ſie auf die letzten Mißärnten und namentlich auf den Verfall von Handel und Gewerbe hin, den die neuen Aufſchläge verurſacht hätten. Doch wollten ſie ſich, ſo erklärten ſie weiter, aus „ſonderlichem chriſtlichen Gemüth und gehorſamſter Unterthänigkeit", die ſie zur kaiſerlichen Majeſtät, als ihrem geliebten Erbherrn, und deren Söhnen und Töchtern hegen, ſowie aus Zuneigung, die ſie zu den übrigen Erblanden als ihren Mitgliedern tragen, über ihr Vermögen angreifen. Sie bewilligten für die nächſten 4 Jahre 400.000 fl., nämlich jährlich 60.000 fl. zum Widerſtande gegen die Türken unter der Bedingung, daß ein Feldzug gegen ſie unternommen werde, und 40.000 fl. zur Bezahlung der Kammerſchulden. Doch verlangten ſie dafür die Abſchaffung der neuen Aufſchläge. Die Reſolutionen des Königs auf die letzten Landtagsbeſchwerden nahmen ſie mit Dank entgegen, nur erlaubten ſie ſich um einzelne Abänderungen zu erſuchen, womit ſie wieder einige neue Bitten und Beſchwerden verbanden. Dieſe betrafen die Milderung der Waldordnung, die Aufrechterhaltung des Weineinfuhr- und des Viehausfuhrverbotes, den Erlaß von Mandaten gegen die Gartknechte, die Wahrung der Adelsfreiheiten und Verhinderung von Uebergriffen mancher Bergrichter. Um den Erzherzog für die erbetene Verwendung bei ſeinem Vater für ſich günſtig zu ſtimmen, überreichten ſie ihm mit dieſer Antwort ein Geſchenk von 5000 fl. Karl war aber mit ihren Bewilligungen nicht zufrieden und forderte ergiebigere Hilfe; in der Antwort auf ſeine Replik ließen ſie die früher geſtellte Bedingung für die jährlichen 60.000 fl. fallen. Als der Erzherzog außer dieſen Bewilligungen in ſeiner Triplik noch jährlich 50.000 fl. begehrte, legten ſie zu den frühern 400.000 noch 60.000 fl. hinzu und erklärten ſich zugleich zur Entſendung einer

Deputation für Reformirung der Landes- und Polizeiordnung bereit. Damit begnügte ſich Erzherzog Karl und ſchloß den Landtag.[5])

Die in dieſem Landtage bewilligte Türkenhilfe ſollte für längere Zeit die letzte ſein, denn bald darauf ſchloß Ferdinand mit dem Sultan Suleiman einen achtjährigen Waffenſtillſtand. Erlangte Tirol dadurch nach außen Ruhe, ſo wäre bald in ſeinem Innern eine furchtbare Kataſtrophe erfolgt; Bartlmä Doſſer, ein alter Landsknecht, plante einen neuen Bauernrebell. Die Zeitverhältniſſe waren hiefür nichts weniger als ungünſtig. Wir haben gehört, wie die Stände auf den letzten Landtagen wiederholt über des Landes Noth klagten. Durch eine Reihe von Jahren war im Etſchlande der Wein und in den rauhern Orten das Getreide mißrathen und viele Reben ſogar ausgeſtorben. Handel und Verkehr hatten ſehr empfindlich abgenommen, wodurch Hunderte von Leuten entweder um all ihren Verdienſt oder um einen großen Theil desſelben kamen. Die Theuerung ſtieg von Jahr zu Jahr, die Zinſen und Steuern mehrten ſich; die Bauern hatten bei den ſich immer ſteigernden Abgaben an den Landesfürſten und die Herrſchaften, bei der Höhe der Arbeitslöhne und Theuerung des Weinbauholzes kaum mehr zu leben. An vielen Orten, ſo klagen die Stände auf dem Landtage des Jahres 1559, ſei das Land ſo unfruchtbar und des Volkes ſoviel, daß die Leute nur Brod aus Kleien oder Griſchen, aus Hafermehl und Heublumen genößen, und auf dem Landtage des Jahres 1563 heißt es ſogar, im Jahre 1560 ſeien viele Menſchen wegen Hungers erkrankt, verdorben und geſtorben. Der Abſchluß des Waffenſtillſtandes mit den Türken machte viele tiroliſche Landsknechte brodlos. Erregte dieſe materielle Noth große Unzufriedenheit im Volke, ſo thaten es gewiß nicht minder religiöſe Gründe. Noch dauerten die religiöſen und moraliſchen Folgen der erſten Reformationsjahre fort, die Jahre 1546 und 1552 hatten die kaum vernarbten Wunden neuerdings aufgeriſſen. Trotz aller Verfolgungen gab es in Tirol noch immer einen ſehr erheblichen Theil der Bevölkerung, der von den religiöſen Neuerungen nicht laſſen wollte, in allen Ständen, namentlich aber unter den Knappen, im Bürger- und Bauernſtande. Der Kaiſer bekennt ſelbſt im Jahre 1562, er habe mit Betrübniß vernommen, daß die beiden untern Stände in der wahren chriſtlichen Religion etwas abfällig geworden. Da man zur Zeit der feindlichen Einfälle nicht gegen ſie aufzutreten wagte und der Paſſauer Vertrag

ihnen Muth gab, so wagten sie nach demselben sich allenthalben wieder aus ihrer Zurückgezogenheit hervor. An vielen Orten, besonders da, wo Bergwerke waren, wurden die Ohrenbeichte, die letzte Oelung, das Fastengebot und die Ehelosigkeit der Priester öffentlich verworfen, in vielen Kirchen statt der bisher lateinischen Gesänge deutsche Lieder und Psalmen gesungen; Alles griff nach lutherischen Büchern, die massenhaft eingeführt wurden, und viele Priester theilten die Communion unter beiderlei Gestalt aus, denn der Regular- und Säcularklerus war nicht bloß völlig verweltlicht und verwildert, sondern auch häufig von ketzerischen Lehren angesteckt; der Mangel an brauchbaren Priestern sehr groß.

Die Machtentfaltung der Protestanten Deutschlands nach dem Augsburger Religionsfrieden, die Haltung der tirolischen Behörden und des Kaisers mußten den Muth der protestantisch Gesinnten in unserem Vaterlande heben und in ihnen sogar die Hoffnung auf freie Religionsübung erwecken. Die Behörden schritten nämlich gegen die Anhänger der neuen Lehren nicht mehr ein, weil viele selbst denselben zugethan waren. Ferdinand gab in den letzten Jahren seiner Regierung theils aus angeborner Herzensgüte, theils aus Rücksicht für die protestantischen Fürsten den Weg der Strenge völlig auf und suchte vorzüglich durch Belehrung die Abtrünnigen in den Schoß der Kirche zurückzuführen. Darum war er vor allem bedacht, dem Priestermangel abzuhelfen und an die Stelle der vielen untauglichen Seelsorger geeignetere zu bringen. Schon im Jahre 1549 hatte er den Plan gefaßt, zu Innsbruck eine Schule für Heranbildung eines tüchtigen Klerus zu gründen und ein Collegium von 20 Priestern und ebenso vielen Schülern zu stiften sich vorgenommen. Die Ausführung des Vorhabens verzögerte sich aber, weil Ferdinand weder in den Niederlanden noch anderswo die gewünschte Anzahl von Regular-Canonici aufbringen konnte; da ließ er im Jahre 1562 vier und zwanzig Barfüßer aus Trient kommen und ihnen durch den Bischof v. Arras das Colleg übergeben. Aus demselben Grunde zog er auch im J. 1560 die Jesuiten nach Innsbruck und erbaute ihnen hier eine Kirche und ein Collegium, wo sie im Jahre 1562 ihre Wirksamkeit begannen. Begünstigte auch die Lässigkeit der Behörden und die Milde des Landesfürsten die Ausbreitung des Protestantismus, so waren doch die entschiedensten Anhänger der

neuen Lehren damit noch lange nicht zufrieden, da ſie keine Bürgſchaft für die Zukunft hatten.[6])

Wenn aber gleich die Zeitverhältniſſe einer politiſchen und religiöſen Umwälzung ſehr günſtig ſich zeigten, ſo hatten doch die Männer, die ſie herbeiführen wollten, keineswegs den Beruf dazu, denn es ſtanden ihnen weder eigentliche noch geiſtige Waffen, weder materielle noch moraliſche Mittel zu Gebote; es waren meiſt ſittlich verkommene, abgehauste arme Schlucker ohne beſondere Befähigung. Doch fehlte es ihnen nicht an Rührigkeit und Kühnheit. Seit ſeiner Verabſchiedung zog B. Doſſer unermüdlich als Gartknecht umher und ſuchte für ſeine revolutionären Ideen Anhänger zu werben. Mehr als ein Jahr befand er ſich auf der Wanderſchaft durch Tirols Thäler; er fand an vielen Orten Anklang, namentlich im Vintſchgau bei Algund, im Oberinnthal und Puſterthal, im Tauferer- und Ahrenthal. Beſonders gefielen ſeine Verheißungen, daß alle ſeine Anhänger von den unerſchwinglichen Steuern und Zinſen frei und reiche Männer werden, daß ſie, wie die Leute in der Schweiz und in Graubünden, in Zukunft leben ſollten. Mehrere Hunderte ſchloſſen ſich ihm an, viele Andere billigten ſein Unternehmen und warteten auf den günſtigen Zeitpunkt zum Anſchluß. Georg Ruſtner, Veit Schnegg und Jörg Ulrich von Algund, Philipp Mayr, Wirt am Schnalſerbach, Peter und Nikolaus Thaler, bei Algund angeſiedelte Engadiner, Thomas Weber im Oberinnthal, Jörg Mayr und Chriſtian Wachtlechner von Puſterthal waren ſeine entſchiedenſten Genoſſen. Dieſe Männer faßten keinen geringern Plan, als den einer politiſchen und religiöſen Umwälzung Tirols; ſie wollten die Schlöſſer und Städte allenthalben im Lande plündern und zerſtören, Mönche und Weltprieſter ausrauben, alle Obrigkeit, geiſtlich und weltlich, Prieſterſchaft und Adel, wenn ſie ſich widerſetzten, völlig ausrotten, ja den Kaiſer ſelbſt angreifen, wenn er ihr Unternehmen nicht gut heiße; in Zukunft ſollten alle Steuern und Zinſen aufhören, nur mehr Prädicanten geduldet werden und überhaupt eine Ordnung wie im Engadin herrſchen. Die Revolutionäre beſtimmten Puſterthal, Vintſchgau und Oberinnthal als die Gegenden, wo zugleich die Erhebung beginnen ſollte. Während Doſſer, Mayr und Wachtlechner ſich der Schlöſſer Taufers, Bruneck, Ehrenburg, Peutelſtein und anderer bemächtigten, ſollte Ruſtner mit den beiden Thaler das Kloſter Marienberg überfallen, Weber Th. das Schloß Rauders wegnehmen.

Man erwartete, daß nach glücklichem Beginn Tausende von Bauern sich anschließen würden, wenn die Kreidenfeuer die Erhebung nach allen Seiten verkündeten. Um die Leute zu ermuthigen, sprengte man das Gerücht aus, Tausende von Engadinern werden den aufständischen Tirolern zu Hilfe kommen; auch suchte man fremde Landsknechte ins Land zu locken und zum Anschluß zubewegen. Als Zeit des Beginnes der Erhebung wurden schließlich die Tage zwischen Weihnachten und dem Feste Christi Erscheinung 1561—62 festgesetzt; B. Dosser sollte das Zeichen zum allgemeinen Losbruch geben.

Um die Mitte des Monates December 1561 gelangte die erste Kunde von dem geplanten Aufstande in Form vager Gerüchte an die Regierung zu Innsbruck, sie legte aber kein Gewicht darauf; erst als ihr Ciprian v. Thun, Pfandherr von Castelfondo und die Statthalter und Räthe von Brixen verläßlichere Nachrichten mittheilten, traf sie Vorkehrungen, den Ausbruch der Verschwörung zu verhindern. Sie suchte vor allem den Anstifter derselben unschädlich zu machen und es gelang ihr. Bartlmä Dosser wurde mit seiner Concubine am 24. oder 25. Dec. zu Klausen gefangen genommen, als er eben nach Pusterthal gehen wollte, um dort das Signal zum Aufruhr zu geben. Die Verhöre, welche man mit beiden Gefangenen zu Klausen und Brixen anstellte, setzten die Brixner Statthalter in die Lage, einen ausführlichen Bericht über die Absichten, Anstalten und Haupttheilnehmer des ruchlosen Beginnens an die Regierung in Innsbruck zu übersenden. Dieser Bericht wie andere bereits eingelaufene Nachrichten, namentlich von verdächtigen Rüstungen der Bündner und Schweizer, erfüllten die Regierung mit Furcht und spornten sie zur äußersten Thätigkeit an. Sie sandte überallhin Kundschafter, ließ die bedrohtesten Punkte, wie Marienberg und Glurns, sogleich besetzen, andere verbessern, Streifungen auf Gartknechte unternehmen und ersuchte den Erzbischof von Salzburg und den Herzog von Baiern um gleiche Wachsamkeit. Von ihr aufgefordert, entfaltete auch der Landeshauptmann eine umsichtige und rege Thätigkeit. Da man durch die Aussagen der ersten Gefangenen bald alle Fäden der Empörung in die Hand bekam, so gelang es in kurzem, die größere Zahl der daran Betheiligten in sichere Gewahrsam zu bringen. Gleichzeitig liefen beruhigende Nachrichten über die Rüstungen der Bündner und Schweizer ein, die nicht Tirol, sondern dem spanisch-französischen Kriege galten, und so konnte die Regierung

ungeſtört die Verhaftungen und die Beſtrafung der Eingezogenen vornehmen. Sie beantragte beim Kaiſer die Hauptheilnehmer lebendig zu viertheilen und die Viertel an den Straßenecken aufzuſtecken; für die weniger Betheiligten ſchlug ſie mildere Todesſtrafen vor. Ferdinand gieng auf erſtern Antrag wahrſcheinlich ganz ein, letztern milderte er jedoch dahin, daß diejenigen, die bloß um die Verſchwörung wußten und ſie nicht anzeigten, mit Geldbußen oder Gefängniß abgeſtraft werden ſollten. Bartlmä Doſſer wurde am 26. Febr. 1562 zu Innsbruck auf offenem Platze vor dem Rathshauſe geviertheilt; dasſelbe Schickſal erfuhren die andern Rädelsführer zu Brixen und Meran. Das Wirtshaus am Schnalſerbach wurde, als Hauptſitz der Conventikel der Verſchwornen, von Grund aus niedergeriſſen.

So wäre alſo bald durch einen innern Aufruhr das Trientiner Concil nach ſeinem dritten Zuſammentritte in ähnlicher Weiſe gefährdet worden, wie die frühern beiden Male durch äußere feindliche Einfälle; es ſcheint faſt, als ob dieſem kirchlichen Unternehmen der Segen von Oben gefehlt hätte! In der That erreichte es den Hauptzweck nicht, die Vereinigung der beiden Religionsparteien, der Katholiken und Proteſtanten, ja die Kluft zwiſchen beiden wurde nur viel größer und unausfüllbar. Wie es an der Grenze zwiſchen der romaniſchen und germaniſchen Welt tagte, ſo errichtete es auch eine geiſtige Scheidewand zwiſchen Romanismus und Germanismus, die bisher die ſiegreiche Macht der Wiſſenſchaft noch nicht niederzuwerfen vermocht hat. Ueber den Sitz dieſes Conciles hatten der Pabſt, der Kaiſer und Reichstag ſich lange nicht einigen können, und erſt drei Jahre, nachdem man darüber ſchlüſſig geworden, im Dec. 1545 trat es zum erſten Male zu Trient zuſammen. Doch ſchon nach der achten Sitzung, am 11. März 1546, wurde es nach Bologna verlegt, worauf es bald auseinander gieng. Die äußere Veranlaſſung und den Vorwand zu dieſer Verlegung gab eine anſteckende Krankheit, die eigentliche Urſache war aber das Streben des Pabſtes, das Concil ganz in ſeine Gewalt zu bringen. Die Wiedereröffnung desſelben erfolgte zu Trient am 1. Mai 1551; Ende April 1552, nach der ſechzehnten Sitzung, trat jedoch ſchon die zweite Suſpenſion ein, die der Einfall des Moritz v. Sachſen veranlaßte. Nach vielen Bemühungen des Kaiſers und einzelner deutſcher Fürſten verſammelten ſich endlich die Concilsväter im Jänner 1562 zum dritten Male in Trient, die letzte Sitzung hielten ſie am 3. Dec. 1563. So hatte

das weltberühmte Trientiner Concil mit großen Unterbrechungen 18 Jahre gedauert. Obwol dieſer Kirchenverſammlung der Charakter einer ökumeniſchen oder allgemeinen im eminenten Sinne zugeſchrieben wird, ſo war doch die Vertretung der einzelnen katholiſchen Nationen eine ſehr ungleiche; die deutſche Nation, die gebildetſte und in jeder Beziehung bedeutendſte, hatte, ungeachtet es ſich vorzüglich um eine deutſche Angelegenheit handelte, am wenigſten Einfluß. Die Proteſtanten hatten von vornherein von einem Concile nichts wiſſen wollen, das ſo ſehr in den Händen des Pabſtes war, und der Verlauf der erſten Sitzungen war nur geeignet, ſie in ihrem Widerſtande zu beſtärken. Aber auch viele katholiſche Reichsſtände, ja ſelbſt die deutſchen Biſchöfe weigerten ſich darauf zu erſcheinen oder es zu beſchicken. So kam es, daß unter den 233 Prälaten, die das Trientiner Concil zur Zeit des ſtärkſten Beſuches zählte, nur zwei, ſage zwei deutſche ſich befanden, von denen der eine, Leonhard Haller von Eichſtädt, bloß Weihbiſchof, der andere, der Biſchof von Trient, ein halbwälſcher war; aber Italiener gab es 150, Spanier 31, Franzoſen 26, während alle andern Nationen auch ſehr ſchwach vertreten waren. Kaiſer Ferdinand und ſein Nachbar Herzog Albrecht von Baiern ließen ſich durch Geſandte vertreten, allein deren Bemühungen erzielten geringe Erfolge, nicht einmal die Bewilligung der Prieſterehe und des Laienkelches vermochten ſie für die Länder ihrer Herren zu erwirken. Wie die jüngſt veröffentlichten Berichte des kaiſerlichen Geſandten bezeugen, war der fromme, um den Katholicismus ſo verdiente Ferdinand mit dem Verlauf der Trientiner Verhandlungen ſehr unzufrieden. Das Trientiner Concil hat für Tirol außer der großen Bedeutung, die ihm betreffs aller katholiſchen Länder zukommt, noch eine ganz beſondere Wichtigkeit. Es verſchaffte einmal der weitaus reichſten und mächtigſten aller tiroliſchen Städte einen Weltruf und machte des Landes Namen allen Völkern und Ländern bekannt. Noch weit wichtiger iſt aber ein anderer Umſtand. Tirol hatte bisher ein echt deutſches Gepräge, ein echt germaniſcher Freiheitsgeiſt wehte durch ſeine Berge, beherrſchte das Volk wie ſeine Fürſten. Mit dem Trientiner Concil zog ein wälſcher, unfreier Geiſt ein. Der Innsbrucker Hof ſieht in den folgenden Jahrzehnten den italieniſchen viel ähnlicher als den deutſchen, die Fürſten blicken vor allem nach dem Süden, nach Rom, die Biſchöfe werden auch viel päbſtlicher geſinnt, als ſie es bisher waren, und unter dem

Einfluß fanatiſcher und bigotter Regierungen und Obrigkeiten und des immer zahlreicher werdenden Säcular- und Regularklerus nimmt allmählich das ganze Volk dieſelbe Richtung an.[7])

Das Trientiner Concil hatte Kaiſer Ferdinand veranlaßt, nach Innsbruck zu reiſen; er verweilte vom 1. Febr. 1563 bis Ende Juni daſelbſt, um den Trientiner Verhandlungen näher zu ſein. Außer der Concilsangelegenheit bewogen ihn diesmal aber noch die Durchführung der Erbfolgeordnung und andere politiſche Verhältniſſe zu längerem Aufenthalte in Tirol. Für die Erbfolgeordnung hatte Ferdinand ſchon vor mehreren Jahren Sorge getragen und in ſeinem Teſtamente (1. Juni 1543) und in dem dazu gehörigen Codicille (4. Febr. 1547) ſowie in der ſogenannten Hausordnung (25. Febr. 1554) aus Vorliebe für ſeine jüngern Söhne eine neue Theilung der öſterreichiſchen Erblande verordnet. Darnach ſollte die Grafſchaft Tirol ſammt allen außer- und vorderöſterreichiſchen incorporirten Ländern ſeinem zweitälteſten Sohne Ferdinand zufallen, während Ungarn und Böhmen, deren Nebenländer und Oeſterreich der älteſte, Maximilian, Inneröſterreich (Kärnten, Steiermark, Krain und das Küſtenland ſammt der Grafſchaft Mitterburg) der jüngſte, Karl, erhielt. Puſterthal und die Herrſchaft Lienz, welche Theile die Stände von Kärnten einſt für ihr Kronland beanſprucht hatten, wurde ausdrücklich zu Tirol geſchlagen. Nachdem Maximilian bereits zum König v. Böhmen und Ungarn erwählt und ſeit 24. Dec. 1562 auch als deutſcher König gekrönt war, wollte Ferdinand auch ſeinen beiden andern Söhnen die ihnen zugewieſenen Gebiete ſichern und ſie den betreffenden Ländern als künftige Herrn vorſtellen. Dies war die nächſte Veranlaſſung der Einberufung des tiroliſchen Landtages im Jahre 1563; dann wollte aber der Kaiſer von demſelben die Mittel zur Ordnung der finanziellen Verhältniſſe erlangen. Dieſe hatten ſich nämlich ſeit dem letzten Landtage eher verſchlimmert als verbeſſert, jedenfalls hatte man bisher an die ernſtliche Ablöſung der Kammergüter nicht gehen können.

Der Kaiſer ſchilderte den Ständen, die im April ſich zu Innsbruck eingefunden, die Finanznoth und gab ihnen die neue Erbfolgeordnung bekannt. Er verlangte, daß ſie zur Ablöſung der Kammergüter und Bezahlung der Schulden ſowie zur Erhaltung des Hofes und der Regierung eine Eidſteuer und einen Schankpfennig, 15 kr. für die Bozner Ihren, bewilligen und ſich noch überdies für

eine ſtattliche Summe verſchreiben ſollten. Weiter forderte er von ihnen, daß ſie geloben, nicht bloß nach ſeinem Tode, ſondern ſobald man es verlange, ſeinem Sohne Ferdinand die Erbhuldigung zu leiſten. Denn er hatte im Sinne, Ferdinand noch bei Lebzeiten die Regierung des Landes zu übertragen und war darüber bereits mit ihm in Unterhandlung getreten. Um die Stände zu den verlangten Bewilligungen geneigter zu machen, wies er auf die Hilfen der andern Erblande hin und verhieß im vorhinein alle jene Wünſche, die die frühern Landtage vorgebracht, die aber noch größern Theils nicht waren berückſichtigt worden, zu erfüllen. Das oberöſterreichiſche Weſen ſollte ſoviel möglich mit Landleuten und andern geſchickten Perſonen beſetzt, gutes Gericht und gute Hauswirtſchaft eingeführt, für kräftige Landesvertheidigung geſorgt werden. Die Stände zeigten ſich aufs höchſte erfreut, daß der Kaiſer in eigener Perſon den Landtag beſuchte und giengen mit größter Bereitwilligkeit auf ſeine Forderung bezüglich der Erbfolgeordnung ein. Sie ſagten ihm „gehorſamen, unterthänigſten, hochfleißigen und herzlichen Dank", daß er noch bei Lebzeiten an die Durchführung der Erbfolgeordnung gegangen; ſie dankten ihm noch insbeſondere, daß er einen ſolchen „tugendſamen mit hohem Verſtande begabten und wolerzogenen Fürſten" zu ihrem Herrn beſtimmt, und wünſchten dieſem Glück zu ſeiner Regierung. Bezüglich der Finanzcalamität erklärten ſie, ſie wüßten wol, daß die große Schuldenlaſt nur aus Noth gemacht und alle Gelder zum Schutz und Schirm der Erbländer verwendet worden ſeien; ſie wollten gern das Aeußerſte thun, doch ſie ſeien, da infolge der Mißärnten und hohen Steuern das Land in Armuth geraten, nicht mehr im Stande ſoviel wie bisher zu leiſten. Sie bewilligten zur Unterhaltung des Hofes und der Regierung für die nächſten 5 Jahre 500.000 fl. und waren bereit ſich gemeinſam mit Regierung und Kammer für 200.000 fl. zu verſchreiben; auch wollten ſie die Bozner Ihren Wein mit 10 kr. verſteuern; doch knüpften ſie an dieſe Bewilligungen nebſt andern Bedingungen auch die, daß die 200.000 fl. nur zur Ablöſung der Schulden verwendet und die Weinſteuer zu ihren Handen eingehoben werden ſollte. Die Eidſteuer hingegen lehnten ſie, als eine beſchwerliche Neuerung, entſchieden ab. Für die vom Kaiſer verſprochenen Reformen bedankten ſie ſich und bevollmächtigten die Mitglieder des continuirten großen Ausſchuſſes, die Reformation der Landes-Polizeiordnung zu berathſchlagen. Ferdinand

ließ in ſeiner Replik die Eidſteuer fallen und nahm die bewilligten 500.000 fl. an, verlangte aber frühere Termine und einen höhern Schankpfennig; auch forderte er die Landſchaft auf, die Steuercommiſſäre und einige aus dem Ausſchuſſe zur Berathung über Einbringung der Steuerrückſtände zu bevollmächtigen. Der Landtag gieng nur theilweiſe auf dieſe Forderungen ein, die gewünſchte Vollmacht ward ertheilt, die Weinſteuer auf 12 kr. erhöht, doch die frühern Termine abgeſchlagen. Erſt als der König nochmals den Andreastag 1563 als Beginn der Zahlungen verlangte, gieng man darauf ein, und nun ſchloß Ferdinand den Landtag. Es war der letzte unter ſeiner Regierung, denn am 25. Juli 1564 ſchied der Kaiſer bereits aus dieſem Leben.[8])

Für das Verhältniß der Grafſchaft Tirol zu den beiden Bisthümern geſtaltete ſich die Entwicklung auch in den letzten Regierungsjahren Ferdinands günſtig. Chriſtof v. Madrutz, der beide Biſchofsſitze inne hatte, war wie ſeine Vorgänger dem Hauſe Habsburg ſehr zugethan und wurde von dieſem hochgeehrt und mit den wichtigſten Aufgaben betraut. Beſonders hoch ſchätzte ihn Kaiſer Karl; er verwendete ihn wiederholt zu ſehr wichtigen Miſſionen an den römiſchen Hof und nach Spanien. Im Jahre 1546 wies er ihm als König von Spanien für ſeine Dienſte eine jährliche Penſion von 2000 Dukaten aus den Erträgniſſen der erzbiſchöflichen Menſa zu Compoſtell an. Sein Sohn Philipp, den Chriſtof i. J. 1549 von Spanien in die Niederlande geleitete und während ſeines Aufenthaltes zu Trient durch außerordentliche Feſtlichkeiten ehrte, ernannte ihn 1555 zu ſeinem Statthalter in Mailand. Ferdinand I. ſchenkte dem Cardinal kaum geringeres Vertrauen. Schon vor ſeiner Erwählung betraute er Chriſtof mit einer Geſandtſchaft nach Venedig und ernannte ihn zu ſeinem Rathe; er empfahl ihn nachdrücklich für den Stuhl zu Trient und übertrug ihm 1548 das ehrenvolle Geſchäft der Trauung ſeines Sohnes Maximilian mit der ſpaniſchen Prinzeſſin Maria, einer Tochter ſeines Bruders Karl; er benützte ihn mehrmals als ſeinen Botſchafter auf deutſchen Reichstagen und 1554 als ſeinen Commiſſär auf dem Tiroler Landtage. Dagegen gab auch Chriſtof vielfache Beweiſe ſeiner Anhänglichkeit an das Haus Habsburg. Er wußte während ſeiner ganzen Regierungszeit immer mit dem Landesfürſten Tirols und der Regierung zu Innsbruck im beſten Einvernehmen zu bleiben. Zweimal erſchien er perſönlich mit

den Ständen auf dem Landtage und immer sandte er einen Stellvertreter, zuletzt seinen Neffen Ludwig v. Madrutz. Im Jahre 1560 unterstützte er Ferdinands I. Gesandten zu Rom nachdrücklichst und suchte den Kaiser mit dem Pabste zu versöhnen. Im Jahre 1551 schloß er mit Ferdinand I. einen Vergleich wegen der Grenzen zwischen Gufidaun, Villanders, Klausen, Latzfons, Verdings und Albeins ingleichen wegen der daselbst befindlichen Buchwerke. Diese gegenseitige Zuneigung zwischen dem Landesfürsten und dem Inhaber beider Bisthümer war aber vielleicht gerade insofern schädlich, als es darum nicht zu einer entscheidenden Auseinandersetzung bezüglich des Verhältnisses zwischen der Grafschaft und den Bisthümern kam; es ward dasselbe zwar mehrmals Gegenstand von Comitial-Erörterungen und im J. 1548 anerkannte der deutsche Reichstag nach reiflicher Erwägung der Gründe das Exemptionsrecht des Hauses Oesterreich und das Libell v. J. 1511, demzufolge die Bisthümer von der Reichssteuer frei und zur Landessteuer pflichtig wurden; doch genauere Bestimmungen wurden nicht getroffen und so blieb der Samen für weitern Streit.[9])

Ueberblicken wir schließlich noch die Entwickelung und Gestaltung der äußern und innern Verhältnisse unter Ferdinands Regierung, so müssen wir sagen, daß wir kein befriedigendes Bild erhalten. Mehrmals hat Ferdinand nur mit Mühe das Land Tirol gegen die äußern Feinde zu schützen vermocht und dies würde ihm schwerlich gelungen sein, wenn ihm nicht der Zufall günstig gewesen. Zu dessen Vergrößerung hat er nichts beigetragen, nur sicherte er die Vereinigung Oberpusterthals und der Herrschaft Lienz mit dem Lande. Fesselte er auch die Bischöfe von Trient und Brixen an seine Person, so wußte er doch nicht dieses persönliche Band zur festern Verbindung der Bisthümer mit der Grafschaft Tirol zu erweitern und verzichtete sogar zu Gunsten des Bischofs v. Trient auf bereits von Maximilian I. errungene Vortheile durch Ueberlassung der kastelbarkischen Besitzungen. Gegenüber den Ständen sank die landesfürstliche Macht eher, als sie stieg. Da Ferdinand persönlich zur Milde und Nachgiebigkeit geneigt, da er selten im Lande anwesend war und oft die Hülfe der Landschaft brauchte, so gelang es dieser ihren Einfluß zeitweise weiter auszudehnen. Sie griff häufiger, als unter Kaiser Maximilian auf das Gebiet der Gesetzgebung über und nahm namentlich an der Abfassung der Landesordnung vom J. 1525 wesentlichen Antheil; sie

wagte es auch öfter die vom Landesfürſten geforderten Steuern abzuſchlagen oder herabzuſetzen und beſchränkte ihn in der Ausnützung der Kammergefälle, indem ſie ſich gegen neue Zollaufſchläge und andere beſchwerte und dadurch deren Abſchaffung mitunter erzielte. Selbſt auf die Verwaltung und Juſtizpflege wirkte ſie ein, denn ihre Bitten veranlaßten Ferdinand die oberöſterreichiſche Regierung neu zu organiſiren und zu beſetzen. Doch kann man nicht behaupten, daß der Landesfürſt den Ständen alle dieſe Befugniſſe wirklich eingeräumt hätte; er kam nur ihren Wünſchen und Bitten bereitwillig entgegen, wenn ſie ihm billig erſchienen, ſcheute ſich aber anderſeits durchaus nicht, dieſelben zurückzuweiſen, ſobald er ſie für unerfüllbar hielt. Dagegen vermochten die Stände im ernſten Momente ihm die begehrte Hilfe nicht abzuſchlagen. Uebrigens verdient beſonders hervorgehoben zu werden, daß dieſe Vergrößerung des ſtändiſchen Einfluſſes nur dem Prälaten- und Adelſtand zu gute kam, denn ſie hatten ſeit dem Jahre 1526 in dem Lande entſchieden wieder das Uebergewicht, und wie ſie dies benützten, davon geben uns einzelne Aeußerungen der ſpätern Landesfürſten unzweifelhaften Aufſchluß. Nach den Aeußerungen der Landtage möchte man freilich ſchließen, als ob den höhern Ständen das Loos der untern Claſſen ganz beſonders am Herzen gelegen wäre. Unter Ferdinand I. Regierung hat die ſtändiſche Verfaſſung auch eine feſtere Geſtalt angenommen. Die häufigen Landtage führten die Gliederung in den vollen Landtag, den großen und kleinen Ausſchuß herbei, wozu als weitere Ausſchüſſe der Landſchaft die Steuercommiſſarien und die Landräthe kamen.

Ein Freund des Friedens, ſuchte Ferdinand vorzüglich durch Geſetze und Verordnungen den innern Uebelſtänden ſeiner Erblande abzuhelfen. Tirol verdankt ihm vor allem ſeine Landesordnung (1532), die noch zu ſeinen Lebzeiten durch ein paar Artikel verbeſſert wurde, aber trotzdem am Ende nicht mehr genügte, dann eine neue Zuzugsordnung, welche die Leiſtungen der einzelnen Landestheile und die Art des Auszugs und der Kriegführung genauer beſtimmte, eine Waldordnung und eine Reihe minder wichtiger Verordnungen und Geſetze. Namentlich war Ferdinand in ſeiner ſpätern Regierungszeit bemüht durch Erläſſe und durch Vereinbarungen mit den kirchlichen Behörden, durch Ermahnungen zu Reformen und Viſitationen der kirchlichen Auflöſung in ſeinen Erblanden zu ſteuern. Er griff viel mehr als irgend einer ſeiner Vorfahren in das geiſtliche Gebiet

ein; ſo erließ er häufig Mandate, die zur Befolgung des Beicht-, des Faſtengebotes und anderer kirchlicher Gebote aufforderten und die Uebertreter mit Strafen bedrohten, und führte die Beichtzettel ein. Unter ſeiner Regierung drang dieſer ſtreng kirchliche Geiſt ſogar in die Dorfrechte ein. Durch die Begünſtigung des Concils, von dem er Conſolidirung der kirchlichen Verhältniſſe erwartete, durch die Einführung der Jeſuiten und anderer eifriger Männer wollte er beſonders für Erneuerung der Religion und Hebung der Sittlichkeit thätig ſein.

Sowie der Kaiſer feſte geſetzliche Grundlagen zu ſchaffen bemüht war, ſo ließ er ſich auch eine geregelte Juſtizpflege und Verwaltung angelegen ſein und ſuchte geeignete Organe dafür zu ſchaffen. Bekundete er auch dabei ſeine Gerechtigkeitsliebe und ſeinen milden Sinn, ſo nöthigten ihn doch die außerordentlichen Zeitverhältniſſe mehrmals zu ungewöhnlichen Maßregeln und ſelbſt zu großer Strenge. Daß er mit der Innsbrucker Regierung öfters Veränderungen vorgenommen, daß er ſie zeitweiſe ſehr lückenhaft beſetzte, wurde bereits erwähnt. An letzterem mögen wol vorzüglich die zerrütteten Finanzen Schuld geweſen ſein. Deren Ordnung gab ihm am meiſten zu ſchaffen, denn hatte Kaiſer Max auch viel für eine geordnete Verwaltung gethan, ſo hinterließ er doch den Staatshaushalt im ſchlimmſten Zuſtande. Ungeachtet, daß ihm die Stände während ſeiner Regierung beinahe 2 Millionen Hilfsgelder gewährt, waren bei ſeinem Tode die meiſten Kammergüter verpfändet und verſetzt. Alle Verſuche Ferdinand's, dieſe Finanzcalamität zu heben, blieben fruchtlos, und ſo beſtand, obwol er während ſeiner Regierung von den Ständen über 3 Millionen Geldhilfen (faſt ſoviel wie von Niederöſterreich) erhalten hatte, noch eine Million Schulden und mit der Einlöſung der verſetzten Kammergüter war kaum der Anfang gemacht. Man darf aber nicht vergeſſen, daß nicht eine verſchwenderiſche Hofhaltung, ſondern Kriege mit auswärtigen Feinden vorzüglich dieſe Verſetzungen, Verpfändungen und Schulden verurſacht haben.

Gleich ſeinem Großvater, war auch Ferdinand ein Freund der Wiſſenſchaften und Künſte; er hatte ſelbſt bedeutende Kenntniſſe und guten Geſchmack und verkehrte gern mit Männern, die durch geiſtige Begabung ſich auszeichneten. Doch war ſeine Vorliebe nicht ſo groß, daß er bei ſeinen vielen andern Geſchäften ſoviel Zeit und Mittel, wie Maximilian, für die Wiſſenſchaften und Künſte hätte

verwenden können. Außer dem Baue der genannten Collegien zu Innsbruck verdankt ihm Tirol vor allem die Fortsetzung des Denkmals Maximilians I. Ueber Ferdinand's Charakter herrscht unter seinen Zeitgenossen nur eine Stimme, alle preisen seine Friedensliebe, Gerechtigkeit, Frömmigkeit, Leutseligkeit, Weisheit, Ausdauer, Furchtlosigkeit, strenge Keuschheit, Arbeitslust u. s. w. Seine nicht gewöhnliche Bildung bezeugt die Kenntniß der deutschen, lateinischen, italienischen, spanischen und ungarischen Sprache. Obwol in Spanien geboren und erzogen, nahm er im Laufe seines Lebens in dem Grade deutsche Art und Sitte an, als sein in den Niederlanden geborener und aufgewachsener Bruder denselben entfremdet wurde. Es gelang ihm, das volle Vertrauen der Deutschen sich zu erwerben. Er hieng zwar mit voller Ueberzeugung an der Religion seiner Väter und war sehr besorgt, auch seine Kinder darin zu erziehen; doch war er deshalb nicht unduldsam. „An seinem Hofe, in seinem Hause selbst hatte er Lutherische; er schien es nicht zu bemerken. Es war ihm genug, wenn man von reinen Sitten und unbescholtenem Wandel war: darüber aber hielt er." Was in seinen frühern Jahren Leidenschaftliches, Hartes oder Gewaltsames in ihm erschien, löste sich nach und nach ab; der ursprüngliche Grund einer guten, reinen Natur trat immer unverhüllter hervor. Die Härte, mit welcher er gegen die Rebellen und Wiedertäufer in Tirol auftrat, war mehr ein Fehler seiner Zeit als seiner Persönlichkeit und fällt wol hauptsächlich seinen Rathgebern zur Last, die den jungen, unerfahrenen Fürsten zu solcher Grausamkeit drängten. Ferdinand war der zärtlichste Gatte und Familienvater; sein häusliches Leben verdient als Muster ehelicher Liebe, Treue und Glückseligkeit aufgestellt zu werden. Seine Gemahlin Anna, die im Jahre 1547 starb, hatte ihn mit 15 Kindern beschenkt: 4 Söhnen: Maximilian, Ferdinand, Karl und Johann, und 11 Töchtern: Elisabeth, Anna, Maria, Magdalena, Katharina, Eleonora, Margaretha, Barbara, Ursula, Helena und Johanna. Elisabeth wurde mit dem Sohne des Königs v. Polen, Sigismund, Anna mit Herzog Albrecht v. Baiern, Maria mit Herzog Wilhelm v. Jülich und Cleve, Katharina zuerst mit Herzog Franz Gonzaga v. Mantua, nach dessen und ihrer Schwester Elisabeth Absterben aber mit Sigismund von Polen, Eleonora mit Herzog Wilhelm v. Mantua, Barbara nach des Vaters Tode mit Herzog Alfons v. Ferrara und Johanna mit Großherzog Franz v. Toscana ver-

mählt. Magdalena, Margaretha und Helena beſchloſſen ſich dem geiſtlichen Stande zu widmen, Urſula und Johann ſtarben als Kinder. Es wurde ſchon angedeutet, daß ſeit dem Jahre 1528 die Kinder Ferdinands, vorzüglich die Töchter von Anna angefangen, zu Innsbruck erzogen und daß für ſie eine eigene Hofhaltung angeordnet worden.[10])

Zehntes Buch.

Die zweite tirolisch-österreichische Regentenlinie.

Erzherzog Ferdinand II.

§. 1. Ferdinand II. und die Landschaft.

Inhalt: Allgemeiner Charakter der Zeit. Aeußere Politik. Innere Entwickelung Tirols. Geistiger und materieller Verfall. Einfluß der Jesuiten. Der Sieg der Reaction. Glänzende Hofhaltung. Der finanzielle Ruin. Der Verfall der ständischen Macht und Charakter der Landtage. Prälaten und Adelige. Verhältniß zu den Bischöfen v. Trient und Brixen. — Ferdinand's II. Regierung. Die Landtage während derselben. Rovereto's Haltung. Der erste Landtag. Ferdinand's Regierungsantritt. Ferdinand's Vorleben. Philippine Welser. Ferdinand's Versöhnung mit seinem Vater. Der Huldigungslandtag. Die Forderungen der Stände. Der Landtag v. J. 1568. Forderungen des Landesfürsten und Bewilligungen der Stände. Der Landtag v. J. 1569. Ferdinand's Auslagen von 1569—73. Der wichtige Landtag d. J. 1573. Forderungen des Erzherzogs. Ursprung der ständischen Schuldenlast und der ständischen Selbstbesteuerung. Verhandlungen des Landtags v. J. 1577. Der Landtag des J. 1582. Die landesfürstliche Proposition, weitere Forderungen und die Antworten der Landschaft. Landtag v. J. 1590. Beschwerden und Bewilligungen der Stände. Die Verhandlungen des Landesausschusses i. J. 1592. Der letzte Landtag in Ferdinand's Regierung. Die wiederholten Forderungen Ferdinand's und die Bewilligungen der Landschaft. Die Resolutionen des Landesfürsten auf die von den Ständen vorgebrachten Beschwerden. Schlußbetrachtung.

Mit der Mitte des 16. Jahrhunderts beginnt die zweite Periode der neuern Geschichte, die mit dem westfälischen Frieden (1648) oder mit dem zu Oliva (1660) endet. Die allgemein europäischen Ereignisse dieser Zeit, welche eine der traurigsten in der ganzen

Geſchichte iſt, ſpiegeln ſich auch in den Geſchicken Tirols wieder. Wie in allen Ländern Europa's ſind auch hier Politik und Religion innig miteinander verflochten, Ketzer und Rebellen wurden gleichbedeutende Worte und die tiroliſchen Landesfürſten ſtanden keinem katholiſchen Fürſten in dem Beſtreben nach, durch Ausrottung derſelben die Glaubenseinheit wieder herzuſtellen. Das Trientiner Concil machte ſich nach und nach mit allen ſeinen Folgen geltend; die Gegenreformation entfremdete Tirol den übrigen deutſchen Ländern, namentlich den proteſtantiſchen, immer mehr; der finſtere Geiſt, der von Spanien aus ſich über Europa verbreitete, drang auch in unſere Thäler und ebenſo ein anderer Zug der romaniſchen Völker und Höfe, das verſchwenderiſch üppige Leben. Die Hugenottenkriege in Frankreich, der Freiheitskampf der Niederländer mit den Spaniern, der Verfall der italieniſchen Handelsſtaaten und das gleichzeitige Aufblühen des ſpaniſchen, portugieſiſchen, holländiſchen und engliſchen Handels ſowie die Spannung zwiſchen den Katholiken und Proteſtanten in Deutſchland, die feindlichen Beziehungen zu den proteſtantiſchen deutſchen Handelsſtädten verminderten den Tranſito durch Tirol, verödeten die tiroliſchen Märkte und ſchlugen dem Lande unheilbare Wunden. Noch viel verderblicher wurde demſelben aber der dreißigjährige Krieg. Zwar überſchritten die Feinde kaum des Landes Grenzen, aber die Tiroler mußten ſich doch häufig zu deren Vertheidigung rüſten und auch den Vorlanden zu Hilfe eilen und dann übte die allgemeine Noth, das unſägliche Elend, das dieſer verderblichſte aller Kriege über viele Gegenden Deutſchlands brachte, ihren Rückſchlag auf unſer Vaterland. Doch wurde Tirol im allgemeinen von den deutſchen und öſterreichiſchen Intereſſen weniger berührt als bisher und ſtand mit den italieniſchen Staaten in regerem Verkehr. Das kam daher, daß Tirol während dieſer Periode (1564—1665) ſein eigenes Fürſtengeſchlecht hatte.

Mit Erzherzog Ferdinand II. beginnt die Herrſchaft der zweiten tiroliſch-öſterreichiſchen Regentenlinie. So waren ein Jahrhundert hindurch Tirols Landesfürſten nicht auch zugleich deutſche Kaiſer und Erbherrn der übrigen öſterreichiſchen Länder, ſondern beherrſchten nur noch die Vorlande. Das konnte natürlich nicht ohne weſentlichen Einfluß auf die äußere und innere Politik des Landes bleiben. Die äußere Politik wurde nothwendig eine Politik des Friedens. Tirols Landesfürſten hatten um ſo weniger

Noth ſich in Kriege zu ſtürzen, als ſeine nächſten Nachbarn meiſt Ruhe hielten und die übrigen öſterreichiſchen Habsburger ebenfalls eine friedliche Politik befolgten, bis zum Ausbruch des dreißigjährigen Krieges, und daß Tirol an dieſem nur möglichſt geringen Antheil nahm, war nicht minder eine Gunſt ſeiner Lage als ein Gebot ſeines Intereſſes. Wenn aber trotzdem, daß Tirol durch ſo lange Zeit eines wenig unterbrochenen Friedens ſicher freute, dieſe Periode für unſer Vaterland keine glückliche war, ſo lag die Schuld außer in den allgemeinen Zeitverhältniſſen vorzüglich in ſeiner innern Entwickelung, in der Politik ſeiner Fürſten. Der politiſche und religiöſe Freiheitsſinn, die Thatkraft und der Unternehmungsgeiſt, die rege Theilnahme an den allgemeinen Reichsangelegenheiten, Eigenſchaften, in denen bisher die Tiroler jedem andern deutſchen und wälſchen Stamm gleichgekommen, giengen entweder ganz verloren oder wurden abgeſchwächt. Beſonders auffallend iſt, wie dem einſt ſo kriegs- und fehdeluſtigen, ſo energiſchen und ſelbſtbewußten tiroliſchen Adel alle Spannkraft dahinſchwand, daß er am Ende des 16. Jahrhunderts lendenlahm daſteht und in ſeiner kriegeriſchen Untüchtigkeit einen jämmerlichen Eindruck macht. Mit dem Freiheitsſinn und kriegeriſchen Geiſt des Volkes nahm aber auch ſeine Arbeits- und Lebensluſt, ſeine Geſangesliebe, ſein Sinn für Kunſt und Wiſſenſchaft ab. Dieſe fanden wol am landesfürſtlichen Hofe eine künſtliche Pflege und Blüte, aber die größere Menge des Volkes beſchäftigte ſich mit ihnen viel weniger, zum Theil gar nicht mehr. Tirol, ein wahres Land des Geſanges im Mittelalter, das viele und darunter vielleicht den größten Minneſänger erzeugte, hat in den letzten Jahrzehnten des ſechzehnten und im ſiebzehnten Jahrhundert nicht einen nennenswerten Dichter aufzuweiſen und von Volksgeſängen iſt keine Spur zu finden. Ein kleinlicher Geiſt erfaßte alle Schichten der Bevölkerung; die Sorge für des Lebens Nothdurft verſchlang allmählich alle andern Intereſſen. Von dem großen deutſchen Vaterlande, von den übrigen Erblanden, ſelbſt von den mit Tirol vereinten Vorlanden wollten die Tiroler immer weniger wiſſen und jedes Opfer für ſie, ſogar das kleinſte, wurde ihnen zu ſchwer. Eine ſolche Kirchthurmspolitik, ein ſolch kleinlicher Geiſt, ein ſolcher Mangel an Thatkraft mußte das Volk um ſeine politiſchen Freiheiten bringen und dem Abſolutismus die Wege öffnen. In der That geht es in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts mit der ſtändiſchen Macht

merklich abwärts und noch mehr ist dies im siebzehnten der Fall. Noch schneller aber verfiel der materielle Wolstand des Landes; am Schlusse dieser Periode war nicht bloß die landesfürstliche Kammer tief in Schulden und um allen Credit gekommen, sondern auch die Landschaft und das Land hatten ihre frühere Wolhabenheit völlig eingebüßt, obwol man während so langer Zeit keinen einzigen Krieg geführt hatte. Es geschah nichts, um diesen Uebelständen entgegenzuwirken. Man beratschlagte immer und immer wieder über größere Reformen, aber keine einzige wurde durchgeführt, man fieng stets wieder von neuem an und kam zu keinem Ende. Das alles waren zweifelsohne vorzüglich Folgen des engherzigen Geistes der höhern Stände, der verkehrten Politik des Hofes und der reactionären Strömung, die seit dem Trientiner Concil immere mächtigere Wogen warf. Oder sollten wirklich so wichtige historische Erscheinungen, die Jahrzehnte hindurch neben und nacheinander sich entwickeln, ohne innern Zusammhang gewesen sein? Glaube es, wer es glauben kann! Mag auch in politischer Beziehung Glaubenseinheit damals ein nicht zu unterschätzender Vorzug gewesen sein, Tirol hat ihn wahrlich theuer genug bezahlen müssen!

Die tirolischen Landesfürsten dieser Periode waren persönlich durchaus keine harten Männer, einzelne sogar liebenswürdig, aber von dem finstern Geist spanischer Unduldsamkeit und von einer in Bigotterie ausartenden Frömmigkeit beherrscht, sahen sie nur in der engsten Verbindung mit Rom, im Ultramontanismus, in der Ausrottung der Ketzer und vollständigen Wiederherstellung des Katholicismus ihr Heil. Um dieses Ziel zu erreichen, schreckten sie vor keinem Mittel, auch dem härtesten nicht, zurück. Diese Richtung erklärt sich aus dem allgemeinen Zeitcharakter, der ja in Unduldsamkeit und Religionsverfolgung sich vorzüglich ausprägt, aus ihrer Erziehung und Umgebung vollkommen. Ihre Erzieher, ihre Beichtväter, ihre geheimen Räthe waren die Jesuiten; ist damit nicht schon genug gesagt? Sind diese nicht überall und allezeit die Seele aller reactionären Bestrebungen, des politischen und kirchlichen Absolutismus gewesen? Sie hat auch die Reinheit der tirolischen Luft nicht zu ändern vermocht! Wenn das tirolische Volk ganz dem Fanatismus und der Bigotterie, dem Aberglauben und der Wundersucht verfiel und seinen natürlich gesunden Sinn, seine Lebensluft und Thatkraft, seine echte Religiosität einbüßte, so ist das nicht zum geringen Theil ihr Werk; denn sie

erlangten bald im ganzen Land maßgebenden Einfluß und der einheimiſche Klerus gerieth völlig in ihre Abhängigkeit. Die immer zahlreicher auftretenden andern Mönche wurden ihre Leibknappen und überwachten mit ihnen den Seelſorgsdienſt oder verſahen ihn auch ſelbſt. Durch das Beiſpiel der Landesfürſten angeſpornt, wurden auch die Biſchöfe eifriger als bisher und zogen ſich nach und nach einen gleichgeſinnten Klerus heran. Die landesfürſtlichen Beamten folgten, gern oder ungern, der Strömung des Hofes und thaten ſich bald nicht minder durch katholiſchen Eifer hervor; Nichtkatholiken fanden keine Anſtellung. Den adeligen Beamten ſchloß ſich der übrige Adel an, der ſeine Söhne nur mehr auf katholiſchen Univerſitäten erziehen laſſen durfte, und damit bekam der neue Geiſt in der Landſchaft das Uebergewicht. Das zeigte ſich ſogleich. Während früher nie ein Sterbenswörtchen von Katholicismus auf den Landtagen vorkam, ward am Schluſſe des 16. Jahrhunderts zum erſten Male desſelben als eines Motives gedacht, das die Stände zu Geldbewilligungen willfähriger machen ſollte, aber noch ſchüchtern. Von da an wurde der Schutz der katholiſchen Intereſſen der beſte Trumpf, den die Landesfürſten immer ausſpielten, um die Landtage zu Geldhilfen geneigt zu machen. Denn endlich wurden auch die Bürger und die Bauern dem herrſchenden Geiſte völlig unterthan, doch gab es unter ihnen auch in ſpätern Zeiten noch immer eine Anzahl freiſinnigerer Elemente.

Es iſt merkwürdig, daß die Landesfürſten mit dieſer ſpiritualiſtiſchen Richtung und dieſem religiöſen Eifer die größte Weltluſt vereinbar fanden. Nie hat Tirol, weder vorher oder noch nachher, einen ſolchen Luxus und eine ſolche Pracht wie damals entfalten ſehen! Wie an den Höfen Italiens, an dem Hofe Spaniens wurden zu Innsbruck und Trient viele glänzende Feſte gefeiert, Turniere, Ritterſpiele, Schauſpiele, großartige Umzüge veranſtaltet, Triumphbögen errichtet, Thiergärten angelegt und Hetzjagden gegeben. Oft zogen auch die Landesfürſten mit prächtigem Gefolge an benachbarte Fürſtenhöfe, um dort das Gaſtrecht zu genießen. Mit dieſer Glanz- und Prachtliebe ſteht die Kunſtliebe der tiroliſchen Landesfürſten im innigen Zuſammenhang. Alle waren Freunde der Künſte und Wiſſenſchaften und auf dieſen Gebieten zeigten ſie ſich weniger intolerant und engherzig als ſonſt. Für Ankauf von Kunſtgegenſtänden, für Aufführung von Schauſpielen, für koſtbare Bauten und Dergleichen

wurden große Summen ausgelegt. Die Verſchwendungsſucht des Hofes ergriff auch den Adel. Er machte nicht bloß die glänzenden Spiele und die koſtbaren Reiſen mit, ſondern entfaltete auch auf ſeinen Schlöſſern einen ähnlichen Luxus und ruinirte ſich ſo, indem er zugleich ſeine materiellen Intereſſen vernachläſſigte. Die untern Claſſen ſuchten in der Befriedigung ihres Hanges zu ſinnlichen Genüſſen, durch Schmauſereien und Gelage, die Noth der Zeit zu vergeſſen. Und das Alles geſchah zu einer Zeit, wo Tirols Hilfsquellen immer mehr verſiegten, ſeine Einnahmen ſich von Jahr zu Jahr minderten, ſeine Schulden ſtets anwuchſen! Die verkehrte Politik der Landesfürſten, die Tirol, um es vor dem Proteſtantismus zu ſchützen, nach außen völlig abſperrten, beförderte den ſchon durch die veränderte Handelsrichtung und die europäiſchen Kriege herbeigeführten Verfall des Tranſitos, dadurch geriethen Gewerbe, Handel und Verkehr ganz ins Stocken und die Zölle fielen auf die Hälfte, ja ein Drittel des frühern Ertrages herab. Die Vertreibung der lutheriſchen Knappen beſchleunigte den Eingang und Ruin der Bergwerke und bereitete den landesfürſtlichen Einnahmen einen neuen Ausfall. Die Stände mußten immer häufiger zur Hilfe herangezogen werden, ſie gewährten in den Jahren von 1573—1640 nicht weniger als acht Millionen Steuern und das mußte auch ihren Ruin zur Folge haben.

Da die Landesfürſten dieſer Periode die Steuerkraft der Stände ſo ſehr in Anſpruch nahmen, ſo hätte man eine Vergrößerung der ſtändiſchen Macht erwarten ſollen, aber es iſt, wie bemerkt, das gerade Gegentheil eingetreten. Allerdings hatte die tiroliſche Landſchaft einem Fürſten gegenüber, der außer Tirol nur noch ein kleines Gebiet beherrſchte, einen ganz andern Stand, als gegenüber einem Herrn, der nicht bloß über alle öſterreichiſchen Erblande, ſondern ſogar über das ganze deutſche Reich gebot. Aber gerade in der Größe des vom Landesfürſten beherrſchten Beſitzthums lag anderſeits wiederum ein für die ſtändiſche Macht günſtiges Moment. Denn mit den Angelegenheiten ſo vieler Länder beſchäftigt, konnte ſich der Graf von Tirol dieſem Lande weniger widmen und ſelten darin aufhalten; mit ſeiner Regierung hatten aber die Stände ein viel leichteres Spiel als mit einem im Lande reſidirenden Fürſten, der jeden ihrer Schritte zu verfolgen in der Lage war. Beſonders verderblich wurde der ſtändiſchen Macht aber die Gegenreformation und die

damit zuſammenhängende Heranbildung eines jeſuitiſch geſchulten Beamtenſtandes, der, dem Beiſpiel ſeiner Lehrer folgend, in der Wahl der Mittel nicht ſonderlich bedenklich war. Daß die Gegenreformation die Macht der untern Stände brach, wurde ſchon hervorgehoben. Aber auch die höhern Stände verloren durch ſie ein gutes Stück ihrer alten Unabhängigkeit und Selbſtändigkeit; denn der Prälatenſtand mußte, um die Glaubenseinheit zu retten, dem glaubenseifrigen Hofe möglichſt zu Willen ſein und iſolirt nach allen Seiten, vermochte auch der Adelſtand demſelben bald um ſo weniger zu widerſtreben, als er deſſen Gunſt brauchte und allmählich auch demſelben Geiſte ſich hingab. Unter dieſen Verhältniſſen waren die Landtage nie in der Lage mit Entſchiedenheit aufzutreten und mußten ſich meiſt mit leeren Verſprechungen abſpeiſen laſſen. Wie oft haben ſie in den Landesfürſten gedrungen, eine gute Hauswirtſchaft anzuſtellen und daran ihre Bewilligungen geknüpft; wie oft iſt ihnen dieſes auch verſprochen worden, aber gehalten wurde es nie und doch mußten ſie immer wieder neue Hilfen bewilligen; wie oft haben ſie die Abſchaffung neuer Zölle oder Zollaufſchläge verlangt und um die Beſeitigung anderer Uebelſtände dringend gebeten, aber die Zölle und Zollaufſchläge blieben meiſt, oder wurden gar noch erhöht und die andern Uebelſtände entweder gar nicht oder erſt ſehr ſpät behoben; wie oft haben ſie über die Uebergriffe der Beamten und namentlich über die Anwendung des römiſchen Rechtes ſich beklagt, und dieſe Urſachen ihrer Klagen kamen immer wieder vor! Die Landtage vermochten ſelbſt nicht einmal ganz neue Auflagen, wie den Schankpfennig, abzuwehren. Was jedoch die Stände an Macht behielten, das verwandten ſie nicht ſo ſehr zum allgemeinen Wohle, als zur Befriedigung ihrer ſelbſtſüchtigen Intereſſen. Die Landesfürſten ſchlugen den Landtagen wiederholt die Einführung einer allgemeinen Vermögensſteuer vor, weil ſie gerechter war und die ungleiche Belaſtung aufgehoben hätte, aber die Prälaten und der Adel, die in der Landſchaft den Ausſchlag gaben, wehrten ſich mit Händen und Füßen dagegen, denn dieſelbe hätte ſie ja mehr belaſtet, als ſie es bisher waren, und den überbürdeten Bürgern und Bauern, auf die man alle Laſten ſchob, eine Erleichterung gebracht! Die Landtage jener Zeit bieten nur zu oft das widrige Schauſpiel, daß Fürſt und Stände um geringfügige Dinge mäckeln und ſich zanken und das große Ganze aus dem Auge verlieren. Und nach einer ſolchen Ver-

faſſung ſollten ſich die Bürger und Bauern unſerer Tage ſehnen; für eine ſolche ſucht man ſie zu begeiſtern! Welch wahre Volksliebe! Welcher Eifer, welche Sorge für ſein Wohl!

Auch für das Verhältniß der Landesfürſten zu den Biſchöfen von Trient und Brixen war dieſe Zeit der Trennung Tirols von den übrigen Erblanden nicht günſtig. Sehen wir letztere mit den Kaiſern Maximilian und Ferdinand im ſchönſten Einklange, ſo beginnen mit dem Regierungsantritte Erzherzog Ferdinands II. wieder die alten Streitigkeiten, denn gegenüber einem Erzherzog, der zu Innsbruck reſidirte, wagten die Biſchöfe wieder mit ihren veralteten Rechten hervorzutreten und verſuchten es die Entwickelung Tirols um ein Jahrhundert zurückzuſchrauben. Sie wollten um jeden Preis die enge Verbindung der Bisthümer mit der Grafſchaft Tirol lockern und ihre frühere reichsfreie Stellung gewinnen. Zwar ſcheuten ſie diesmal den offenen Kampf, aber ſie thaten alles Mögliche, um durch den Einfluß des Papſtes, des Kaiſers und der Kurfürſten zu ihrem Ziele zu kommen. Hätte nicht in dieſem Punkte die Landſchaft zu den Landesfürſten gehalten, wären dieſe nicht ebenſo beſorgt um ihre weltliche Macht als eifrige Diener der Kirche geweſen, hätten nicht die Kaiſer das Intereſſe der tiroliſchen Landesfürſten als das ihrige betrachtet oder wären andere als Habsburger Kaiſer geweſen: ſo wäre eine mehrhundertjährige Entwicklung in Frage geſtellt worden, ſo gäbe es wahrſcheinlich das heutige Tirol nicht! Die Lostrennung Tirols von den übrigen Erblanden hatte aber auch noch den Nachtheil, daß ſie den Landesbiſchöfen und dem Adel des Landes ihren frühern großen Wirkungskreis raubte und ihnen den großen Blick benahm, durch den ſie ſich bisher ausgezeichnet. Daraus wie aus all dem früher Bemerkten ergibt ſich die unbezweifelbare Thatſache, daß unſerem Vaterlande nur Glück blühte, wenn es mit den übrigen Erblanden und dem deutſchen Reiche in engem Verbande war. Da gewann es eine weit über ſeine Grenzen hinausreichende Bedeutung und ſeine Söhne erwarben ſich im fernen Kriegs- und Staatsdienſt Ruhm und Beſitz.

Die Regierung Erzherzog Ferdinand's II. kennzeichnet ein vollſtändiger Frieden nach außen. Der Erzherzog ſtand mit allen Nachbarn in freundſchaftlichen oder wenigſtens in leidlichen Verhältniſſen. Mit ſeinen Brüdern und Vettern im Oſten lebte er ſtets in beſter Eintracht, die Herzoge von Baiern und der Markgraf

von Baden gehörten zu ſeinen Freunden, mit dem Herzoge von Würtemberg, den Schweizern und Graubündnern gerieth er nie in Conflict, die Beziehungen zu Venedig trübten ſich wol zeitweiſe, man rüſtete ſelbſt ein paarmal, aber immer wurde das drohende Kriegsgewitter wieder verſcheucht und machte der Sonne des Friedens Platz. Nicht ganz ſo ruhig blieb das Land im Innern. Die Streitigkeiten mit den Landesbiſchöfen erneuerten ſich gleich anfangs und Ferdinand ſah ſich ſogar genöthigt das Bisthum Trient zu beſetzen, doch kam es nicht zu einem förmlichen Waffengange zwiſchen beiden Gegnern, ſondern der zehnjährige Streit wurde mit der Feder ausgefochten. Auch gegen die Grafen v. Arco und Herrn v. Caſtelbarco mußte der Landesfürſt mit Waffengewalt einſchreiten und die wälſchen Banditen, die durch ſie und ſonſt ins Land kamen und die Ruhe ſtörten, nöthigten ihn wiederholt zu ſtrengen Maßregeln. Allein dieſe Ruheſtörungen waren nicht ſo bedeutend, daß er zu deren Bewältigung ſtändiſcher Hilfe bedurft hätte. Wol aber ſah er ſich wegen ſeiner glänzenden, verſchwenderiſchen Hofhaltung und ſeiner ſchlechten Finanzwirtſchaft genöthigt, immer wieder an die Landſchaft um Geldhilfen ſich zu wenden und ſo war es ihm allerdings nicht möglich, die Feſſeln, die ihm die Stände bei ſeinem Regierungsantritte angelegt hatten, ganz abzuſtreifen. Indeß wußte er die Landſchaft ſtets nach ſeinem Willen zu lenken und allmählich ſie mit ſeinem Geiſte zu erfüllen. Die obern Stände gewann er ſchließlich ganz, die Prälaten durch ſeinen katholiſchen Eifer und ſeine Frömmigkeit, die Herren von Adel durch ſein ritterliches Weſen, ſeine glänzende Hofhaltung und Gaſtfreundſchaft. Um die Bürger und Bauern, denen die Landesverfaſſung einen weit geringern Einfluß gönnte, brauchte er ſich nicht viel zu kümmern. Es iſt ſehr bezeichnend, daß von ſeinem Hauptwerk, das gerade gegen viele aus dieſen Ständen gerichtet war, der Gegenreformation, auf den Landtagen nie die Rede geht. Da der Landesfürſt die Prälaten und einen großen Theil des Adels auf ſeine Seite brachte, konnten ſich eben die Bürger und Bauern nicht rühren; wäre ja doch jede Abwehr umſonſt geweſen! Unbehindert von allen Seiten betrieb Ferdinand vom Beginne ſeiner Regierung an das Werk der Gegenreformation mit größtem Eifer und war ſo glücklich es bis zu ſeinem Tode der Vollendung nahe zu bringen.

Unter dieſen Verhältniſſen hielten die tiroliſchen Landtage

in Ferdinand's II. Regierungszeit ein ganz anderes Bild als die gleichzeitigen in den andern Erblanden und im benachbarten Baiern. Diese sind von hoher politischer Bedeutung und die religiöse Frage spielt darauf die erste Rolle; die inner-österreichischen Stände ersteigen den Gipfelpunkt der Macht und zwingen den Landesfürsten Erzherzog Karl zu folgenreichen Concessionen, da die Türkengefahr und die verschwenderische Hofhaltung ihn wiederholt nöthigen, sie um ihre Hilfe anzugehen. Dadurch werden diese Landtage sehr mannigfaltig und bewegt und gewinnen ein hohes Interesse. Alle zehn tirolischen Landtage hingegen, die während Ferdinand II. Regierung gehalten wurden, und die wenigen Ausschußsitzungen tragen beinahe dasselbe Gepräge der Einförmigkeit; denn die Verhandlungen betreffen meist nur den einen Gegenstand, die Gewährung von Hilfsgeldern für den erzherzoglichen Hofhalt und die Beseitigung der Schuldenlast, nur ein paarmal handelt es sich um Türkenhilfen. Doch zwei Ereignisse, die auf denselben vorkamen, haben eine weiterreichende Bedeutung erlangt, nämlich die Begründung des ständischen Steuerwerkes und die Reformation der Landesordnung.[1])

Beim Tode Ferdinand's I. weilte sein Sohn Ferdinand II. zu Prag; nach Tirol sollte er erst zwei und ein halb Jahr später kommen. Doch ergriff er sogleich nach seines Vaters Ableben die Zügel der Regierung und wurde von den meisten Bewohnern Tirols mit Freuden als neuer Landesfürst begrüßt; nur die Stadt Rovereto und einige Nachbarorte wollten von ihm nichts wissen, denn sie behaupteten, sie haben sich Maximilian I. und Ferdinand I. nicht als Landesfürsten, sondern als Kaisern unterworfen, sie protestirten gegen die landesfürstliche Vorladung und baten den Kaiser um Bestätigung ihrer alten Freiheiten. Da ließ der Erzherzog ein in Mailand geworbenes Regiment, das eben durch Tirol zog, in Rovereto einquartiren und den Syndicus mit den Provedítoren der Stadt einsperren. Zugleich sandte er Niclas Freiherrn v. Madrutz, obersten Hauptmann der Grafschaft Tirol, Balthasar Trautson, Freiherrn v. Sprechenstein und Schrofenstein, Erbmarschall Tirols und Hauptmann v. Rovereto, Jakob v. Boimont und Heinrich Schenk v. Schenkenstein als seine Commissäre dahin, um der Stadt und den Ortschaften den Proceß zu machen. Nach längern Verhandlungen bequemte sich Rovereto endlich zur Leistung des Treueides, am 13. März 1565 folgten seinem Beispiele auch die Nachbarorte.[2])

Der Türkenkrieg, der bald nach dem Regierungsantritte des Kaisers Maximilian II. ausbrach und wozu die deutschen und italienischen Reichsfürsten Hilfe gewährten, nöthigte Ferdinand II. schon im Frühjahr 1566 den ersten Landtag nach Bozen einzuberufen. Vor demselben erschienen Philipp Graf zu Eberstein und Christof Philipp Zott v. Pernegg als kaiserliche, Sigmund v. Thun und Franz v. Wähingen als erzherzogliche Gesandte. Diese schilderten den Ständen die vom Sultan Suleimann drohende Gefahr und verlangten Hilfe. Die Stände bewilligten, unter Hinweis auf des Landes Noth, die herrschende Pestilenz und den Mangel an Bargeld, 60.000 fl., zahlbar in den letzten 5 Monaten des Jahres. Im Juli zogen dann unter Anführung des Hauptmanns Franz Hendel und des Landcomturs Lucas Römer 5000 Mann nach Ungarn und im nämlichen Monat marschirten auch zahlreiche Schaaren aus Italien über den Brenner und die Malserhaide dahin. Als der Erzherzog durch ein Schreiben vom 15. Mai den auf genanntem Landtage erwählten großen Ausschuß nach Innsbruck berief und eine ausreichende Summe forderte, um seine Schulden in Böhmen tilgen und Hofstaat und Beamten bezahlen zu können, streckte man ihm 32.000 fl. in vier Monatsfristen aus dem Ertrage des Schankpfennigs vor. Bis zur Ankunft des Erzherzogs in Tirol bildeten der Statthalter Graf Georg v. Helfenstein, der Vicestatthalter Christ. Freiherr v. Wolkenstein und der Kanzler Dr. Klöckler und 10 Räthe die Innsbrucker Regierung.[3])

Am 2. Januar 1567 brach Ferdinand von seinem bisherigen Aufenthaltsorte Prag auf und reiste über Baiern nach Tirol, um die Regierung dieses Landes förmlich anzutreten. Am 17. Januar hielt er seinen Einzug in den Städten Hall und Innsbruck; der Cardinal Christof v. Madrutz, Bischof v. Trient, der Weihbischof Blasius Alliprandini v. Brixen, die Prälaten, Jesuiten, Barfüßer und andere Klerisei, die Herren von der Regierung, Abgeordnete aus der Landschaft und 8 Fähnlein Kriegsvolk aus Innsbruck, Hall und deren Umgebung bewillkommten den neuen Herrscher und bereiteten ihm festlichen Empfang; Jubel erfüllte das ganze Land. Ferdinand's erster Gang war in die St. Jakobskirche und erst dann begab er sich in die fürstliche Burg; ein gewiß bezeichnender Zug für seine Richtung und den Charakter seiner Regierung!

Bei seinem Regierungsantritte befand sich Ferdinand im

rüſtigſten Mannesalter; er vereinigte mit einer ungewöhnlichen Körperskraft und Gewandtheit in ritterlichen Uebungen einen ſcharfen Geiſt, feſten Willen und hatte ſich in ſeinem bisherigen Lebenslaufe viele Kenntniſſe und Erfahrungen geſammelt. Zu Linz am 14. Juni 1529 geboren, hatte er ſeine Jugendzeit und die erſte Hälfte ſeines Mannesalters größtentheils in Böhmen verlebt. Seine Erziehung war ſorgfältig; er genoß nicht bloß in den ritterlichen Uebungen und in der Religion, ſondern auch in Künſten und Wiſſenſchaften Unterricht und dieſer war in den letztern ſo nachhaltig, daß ihn die Liebe hiezu durch ſein ganzes Leben nicht verließ. Einige Zeit leitete ein Tiroler, Johann Gaudenz, Freiherr v. Madrutz, als Oberhofmeiſter, ſeine Erziehung. Schon früh zeichnete ſich Ferdinand durch Wißbegierde und einen liebenswürdigen Charakter aus, wodurch er die Herzen der Böhmen um ſo leichter gewann, als er auch deren Verhältniſſe und Sprache kannte. Das bewog ſeinen Vater, ihn am Ende des Jahres 1547, nachdem der Jüngling im ſchmalkaldiſchen Kriege die erſten Proben ſeiner Tapferkeit abgelegt hatte, zum Statthalter von Böhmen zu beſtellen. Dieſe unter den damaligen Verhältniſſen doppelt ſchwierige Stelle bekleidete Ferdinand mit geringen Unterbrechungen 19 Jahre. Im Jahre 1556 commandirte er das kaiſerliche Herr auf dem Feldzuge gegen die Türken, eroberte mehrere wichtige Punkte und wußte ſich die Liebe und das Vertrauen der Ungarn in ſolchem Grade zu erwerben, daß ſie ihn zu ihrem Könige machen wollten. Das Jahr 1566 rief ihn abermals ins Feld, er führte ſeinem kaiſerlichen Bruder ein Regiment von 1000 Pferden zu, das er auf eigene Koſten geworben. Noch vor dieſem Feldzuge, am 6. Jan. 1566, hatte er mit ſeinen Brüdern Maximilian und Karl auf Grundlage des väterlichen Teſtamentes vom J. 1543 und der Hausordnung vom J. 1554 ein Uebereinkommen getroffen. Von den Schulden, die Kaiſer Ferdinand hinterlaſſen, übernahm jeder der Brüder den dritten Theil, Ferdinand noch überdies die Ausſtattung der beiden Schweſtern Barbara und Johanna, die eben nach Italien geheiratet hatten, und den Hofhalt der drei noch zu Innsbruck anweſenden Magdalena, Margaretha und Helena. Weiter verpflichtete er ſich noch ein Drittel der geſammten Reichsſteuern, die auf die öſterreichiſchen Erblande fielen, und dem Kaiſer eine jährliche Erbgült von 16,333⅓ fl. zu entrichten, auch mußte er auf eine große Summe des rückſtändigen Deputates, das er als Statthalter von Böhmen genoſſen, verzichten. Dagegen

erhielt er aus dem Idrianer Bergbau ein jährliches Deputat von 50.000 fl. und aus den böhmischen Einkünften 10.000 (wahrscheinlich von den Herrschaften Komotau und Bürglitz.)[4])

Als Ferdinand II. seine Residenz zu Innsbruck aufschlug, war er schon mehrere Jahre vermählt. Seine Gattin, die allbekannte Philippine Welser, war die Tochter des Franz Welser und der Anna Adler und im J. 1527 zu Augsburg geboren. Sie gehörte also jenem berühmten Patriziergeschlechte der ersten Handelsstadt Deutschlands an, dem selbst Kaiser und Könige schuldeten, das Kriegsschiffe zur Eroberung überseeischer Länder aussandte. Ihr Vater wurde mit seinen beiden Brüdern, den großen Handelsherren Anton und Bartlmä Welser, durch Diplom Kaiser Karl's V. i. J. 1532 in den Stand rittermäßiger Edelleute erhoben. Ferdinand lernte Philippine Welser wahrscheinlich auf dem Reichstage zu Augsburg im Winter 1547/48 kennen; sie folgte ihm dann nach Böhmen, indem sie sich zu ihrer Tante Katharina Adler, die mit dem schlesischen Ritter Georg v. Loxan vermählt war, auf dessen Schloß Brzesnitz begab. Dort mag das Liebesverhältniß zwischen beiden Liebesleuten sich fortgesponnen haben, jedoch gewiß in der ehrenhaftesten Weise, denn beide Theile zeichneten sich durch Tugend und Sittsamkeit aus. Erst im Jahre 1557, nach fast zehnjähriger Bekanntschaft, konnten Ferdinand und Philippine ihren Liebesbund mit dem Segen des Priesters besiegeln, aber selbst jetzt noch mußte de Cavalleriis, des Erzherzogs Beichtvater, die Trauung ganz im geheimen vollziehen, während nur Katharina Loxan zugegen war. Am 15. Juni 1558 gebar Philippine auf dem Loxan'schen Schlosse ihren ersten Sohn, namens Andreas, im Jahre 1560 auf dem Schlosse Bürglitz ihren zweiten, namens Karl, im Jahre 1562 die Zwillinge Maria und Philipp, die früh starben. Alle Kinder wurden ausgesetzt und dann den Eltern wieder als Findelkinder gebracht; der Vorsicht halber ließ jedoch Ferdinand die Urkunden über die Geburt sämmtlicher Kinder von mehreren Zeugen unterschreiben, damit kein Makel an ihrer Abkunft klebe.

Als der Kaiser von dem folgenschweren Schritte seines Sohnes erfuhr, ward er schmerzlichst berührt, weil er dadurch seine Pläne gekreuzt und seine väterlichen Rechte verletzt sah, und anfangs zürnte er dem jungen Ehepaare wol ernstlich. Allein sein Unmuth schwand bald, und es kam zu Unterhandlungen zwischen ihm und dem Sohne

wegen Anerkennung der Ehe; doch gelangten diese erst im Jahre 1561 zum Abschluß, als man auch die Zustimmung der beiden andern Söhne eingeholt hatte. In der am 6. Sept. 1561 ausgestellten Urkunde verpflichteten sich Ferdinand und Philippine ihre Verbindung zeitlebens niemanden außer jenen, die schon darum wußten, mitzutheilen; sie gaben zu, daß ihre Kinder zur Succession in den Erbfürstenthümern nicht gelangen sollten und mit den verliehenen geistlichen Dignitäten und Benefizien sowie mit dem zugewiesenen Deputat sich begnügen mußten. Dieselben sollten auch keine königlichen und fürstlichen Titel, sondern nur den Titel „von Oesterreich" und die Titel und Wappen der erworbenen Herrschaften führen. Für Philippinen wurde ein Witwengehalt von 3000 fl., für die Töchter ein Heiratsgut von 10.000 fl. ausbedungen. Kaiser Ferdinand bestätigte am 13. Sept. zu Wien aus väterlicher Milde und kaiserlicher Machtvollkommenheit diese Urkunde und erweiterte sie durch folgende Punkte. Die Söhne weltlichen Standes sollten mitsammen ein jährliches erbliches Einkommen von 30.000 fl. erhalten, sammt ihren Nachkommen im römischen Reich und in Oesterreich steuerfrei sein und falls der Mannsstamm des Erzhauses ausstürbe, das Successionsrecht auf alle vom h. römischen Reich verliehenen Fürstenthümern und Lande, mit Ausnahme der Königreiche Böhmen und Ungarn, erlangen. Den Töchtern hingegen sollten 10.000 fl. Heiratsgut mit einer ehelichen Abfertigung von den Fürstenthümern und Ländern verabfolgt werden. Dem Erzherzoge sollte gestattet sein, außer jenen, die um die Ehe schon wüßten, dieselbe noch etlichen Personen, nämlich seinem jeweiligen Obersthämmerer, dem Hofmeister seiner Gemahlin, der Hebamme und einer Kammerfrau bekannt zu machen. Schließlich erklärte der Kaiser, daß er seinen Sohn, dessen Gemahlin Philippine und deren Kinder zu Gnaden aufgenommen und daß auch seine beiden andern Söhne, ihm zum Gehorsam und ihrem Bruder zu Liebe, in Alles eingewilligt. Zwei Tage darauf bestätigten diese auch wirklich die getroffene Uebereinkunft. Damit waren die Verhältnisse Philippinens und ihrer Kinder geordnet; doch mußte die Ehe noch 15 Jahre geheim gehalten werden, bis endlich die päbstliche Absolution das Siegel der Verschwiegenheit löste. Noch bei Lebzeiten seines Vaters, am 3. März 1564, beschenkte Ferdinand seine vielgeliebte Gemahlin mit Schloß und Herrschaft Amras; bald darauf wahrscheinlich begab sich Philippine hieher, um da fortan zu wohnen. In dem ersten Halb-

jahr nach ſeinem Regierungsantritt erhob der Erzherzog dann durch Diplom vom 5. Mai 1567, Franz Welſer, ſeinen Rath, ſammt deſſen Söhnen Karl und Hans Georg und allen ehelichen Nachkommen in den Freiherrnſtand mit dem Titel Freiherrn von Zinnenburg. Von dieſer Zeit an nannte ſich Philippine Freiin von Zinnenburg.[5])

Bald nach ſeiner Ankunft in Tirol hielt Ferdinand zu Innsbruck einen Landtag, um ſich von den Ständen als neuem Landesfürſten huldigen zu laſſen. Am 18. Jänner 1567 empfieng er ſeinen Treueid, am 23. beſtätigte er ihre Privilegien. Die Landſchaft ließ die günſtige Gelegenheit, ihre Macht zu erweitern, nicht ungenützt verſtreichen und ſuchte Ferdinand durch eine Reihe von Verſprechungen für die Zukunft zu binden. Die vorgebrachten Forderungen und Beſchwerden enthielten zwar nichts weſentlich neues, aber gerade die meiſten der wichtigern davon waren doch bisher nie mit ſolcher Entſchiedenheit und Beſtimmtheit geſtellt worden, wenn auch ein und die andere unter außerordentlichen Verhältniſſen zu praktiſcher Geltung gelangt war. Die Stände proteſtirten gegen das gemeine (römiſche) Recht und verlangten, daß man in Tirol nur nach der Landesordnung und den Landesfreiheiten, und wo dieſe nicht ausreichten, nach dem Herkommen oder dem Ausſpruche der Gerichtsbeiſitzer Urtheile fälle. Der Landesfürſt ſollte ohne ihr Wiſſen und ihre Zuſtimmung keinen Offenſivkrieg anfangen, nichts vom Lande veräußern und ſich insbeſondere verpflichten, das Puſterthal und alles was bisher Tirol incorporirt geweſen, dabei zu erhalten. Dann forderten die Stände, daß in peinlichen Sachen niemand ohne vorhergehende rechtliche Erkenntniß gerichtlich verfolgt und beſtraft, daß in bürgerlichen Sachen um Recht niemand außer Landes oder vor andere als die gewöhnlichen Obrigkeiten gezogen werde. Bezüglich der Regierung wiederholten ſie die alte Bitte, dieſelbe möge aus tiroliſchen Landleuten zuſammengeſetzt ſein, fügten aber hinzu, es ſolle keiner im Hofrathe und in der Kammer verwendet werden, der einer Handels- und Gewerbegeſellſchaft angehöre, und verlangten noch weiter, daß in beſonders wichtigen Fällen die Regierung noch die ſieben vornehmſten eigens dazu beſtimmten Landleute beziehe. Mit Pfandſchaften wollten ſie nur Landleute, mit erledigten Benefizien dieſelben vor allen andern bedacht ſehen; es ſollten keine Exſpectanzen auf Aemter gegeben und wichtigere nie durch einen Subſtituten ver-

ſehen werden. Trachteten die Stände ſo unliebſame Neuerungen abzuwehren, ihnen ſchädliche Gebräuche zu beſeitigen und ihren Einfluß auf die Landesregierung ſich zu ſichern, ſo waren ſie anderſeits bemüht, den Landesfürſt zu den nöthigen Reformen zu drängen. Er ſollte die Zuzugsordnung durch erfahrene Landleute berathſchlagen, die ſchon begonnene Berathung der Landesordnung fortſetzen und zugleich eine Polizei- und Kleiderordnung aufrichten laſſen; er ſollte vor allem aber den zerrütteten Haushalt ordnen. Zu dieſem Behufe ſchlugen ſie ihm vor, Regierung und Kammer mit einem Ausſchuß der Stände darüber gründliche Nachforſchungen und Berathſchlagungen anſtellen zu laſſen und meinten, alle ſchädlichen Monopolien müßten abgeſchafft, alle Confiscations- und Penfälle zum Nutzen der Kammer eingezogen und alle unnöthigen Schenkungen, Proviſionen und Dienſtgelder eingeſtellt werden. Doch wollte man in den Einſchränkungen nicht ſoweit gehen, daß das landesfürſtliche Anſehen darunter litte. Weitere Beſchwerden und Forderungen, die die Stände dem Landesfürſten vorbrachten, betrafen die Ergreifung ſtrenger Maßregeln gegen die Banditen, die Ausſtattung des Innsbrucker Zeughauſes, die Befeſtigung der Päſſe und Grenzſchlöſſer u. A. Um Ferdinand geneigt zu machen, auf ihre Wünſche einzugehen, bewilligten ſie ihm ſofort 60.000 fl. zum Unterhalt der Regierung und des Hofes und 100.000 fl. zur Schuldentilgung. Ferdinand ſchloß aber, wie es ſcheint, dieſen Landtag, bevor er auf die erwähnten Forderungen und Beſchwerden den Ständen geantwortet.

Nach Schluß des Landtages gieng Ferdinand an die Ordnung des Staatshaushaltes. Dieſe ſchien um ſo dringender nöthig, als er in den letzten Jahren die von ſeinem Vater übernommenen Schulden noch bedeutend vermehrt hatte. Die Abfertigung des Hofgeſindes ſeines Vaters, die Ausſtattung ſeiner beiden Schweſtern Barbara und Johanna (135.000 fl.), der Feldzug nach Ungarn und die Reiſe nach Tirol hatten große Summen gefordert, und zu neuen Anleihen genöthigt, da die Kammereinkünfte nicht einmal zur Bezahlung der Zinſen für die alten Schulden und für den regelmäßigen Hofhalt und die Regierung auslangten. Um ſo mehr mußte der Erzherzog die große Schuldenlaſt, die ſich nun auf eine Million belief, abzulebigen ſuchen, und da blieb ihm kein anderer Weg übrig, als ſich an die Stände zu wenden. Er verſammelte daher ſchon im März 1568 die tiroliſchen Stände wieder zu einem

Landtag, nachdem ihm ein paar Monate vorher die Landschaften der Vorlande den Schenkpfennig auf fünf weitere Jahre bewilligt. Er gab den versammelten Ständen seinen Entschluß kund, mit ihrem Rath und ihrer Hilfe das sehr erschöpfte Kammerwesen wieder empor zu bringen und vergaß nicht darauf hinzuweisen, wie die Schulden nur aus Noth und größtentheils nicht durch ihn gemacht worden seien. Die Forderungen, die er dann an die Landschaft stellte, waren sehr hoch; sie sollte ihm die ganze Schuldenlast abnehmen und noch überdies jährlich zum Hofhalte 150.000 fl. beisteuern. Zur Schuldentilgung schlug er die Einhebung des Schenkpfennigs und anderer Steuern vor. Um die Landschaft geneigter zu machen, diese Forderungen zu bewilligen, ertheilte er ihnen zugleich eine sehr gnädige Antwort auf ihre frühern Beschwerden; er versprach in allen bereits erledigten Punkten die möglichste Abhilfe, über die nicht erledigten wollte er sich noch während ihres Beisammenseins entschließen. Die Stände hielten den hohen Forderungen des Landesfürsten die große Armuth des Landes, die infolge der hohen Steuern, Mißwachs u. s. w. eingetreten, entgegen und bewilligten nur auf zehn Jahre jährlich 100.000 fl. und statt des Schenkpfennigs weitere 30.000 fl., wovon 80.000 fl. für die Hofhaltung, 50.000 zur Schuldentilgung verwendet werden sollten. Da machte Ferdinand geltend, daß er persönlich die Regierung übernommen habe und jederzeit zur Hilfe bereit sei, daß weit weniger bewilligt worden, als im Jahre 1563, obwol die Schuldenlast inzwischen um vieles sich vergrößert habe, daß andere Länder ihren Fürsten viel mehr bewilligten, ungeachtet sie nicht solche Ursache dazu hätten. Doch verzichtete er auf die Forderung, die Schuldenlast zu übernehmen und überließ für diesmal den Ständen die Einhebung der Steuern gegen dem, daß sie auch die Einhebungskosten trügen; aber bei der Forderung des Schenkpfennigs und der 150.000 fl. beharrte er; auch verlangte er, die Landschaft soll dem großen und kleinen Ausschuß eine allgemeine unbedingte Vollmacht ertheilen, da man nicht wegen jedes Falles den Landtag einberufen könne. Die Landschaft erklärte hierauf sich nochmals zur Bezahlung von 130.000 fl. bereit, verweigerte jedoch den Schenkpfennig, weil er unbeliebt und wenig einträglich, und ebenso die Ertheilung der verlangten Generalvollmacht. Als nun Ferdinand betonte, daß dies die erste Hilfe sei, die er als Landesfürst von ihnen verlange, bewilligten sie 140.000 fl. auf 5

tiv das Recht der Selbſtbeſteuerung; auch wurde damals die verbeſſerte Landesordnung zum Abſchluß gebracht. Das Recht der Selbſtbeſteuerung haben ſie durch dreihundert Jahre unzählige Male geübt; die verbeſſerte Landesordnung bildete wieder für lange die Grundlage der Verwaltung und Rechtspflege Tirols. Im Jahre 1573 trat Ferdinand mit weit größern Forderungen vor die Stände, als je ein Landesfürſt bisher: er verlangte nichts Geringeres, als die Stände ſollten die ganze Schuldenlaſt der Kammer zur Verzinſung und Abzahlung übernehmen. Zu dieſem Zwecke brachte er wieder den Schenkpfennig und eine Vermögensſteuer in Vorſchlag. Um die Landſchaft dafür zu gewinnen, wies er auf die Leiſtungen anderer Länder, namentlich Niederöſterreichs, hin, verſicherte ausdrücklich, es ſoll dieſe Uebernahme den ſtändiſchen Freiheiten keinen Eintrag thun und machte bekannt, daß die Landes- und Polizeiordnung bereits druckfertig ſei, daß er ſie aber auf die beſondere Bitte des kleinen Ausſchuſſes einer ſtändiſchen Deputation noch vorher zur Meinungsäußerung vorlegen wolle. Die Stände antworteten, ſie wollten gern in die Fußſtapfen ihrer Vorfahren treten und nach Kräften helfen, aber ſolche Hilfen ſeien unerſchwinglich. Sie ſuchten dieſe Behauptung mit dem Hinweis auf des Landes Noth zu kräftigen. Würde man, erklärten ſie unter Anderem, die Steuern raſch einfordern, ſo müßten Viele Haus und Hof verlaſſen, hätten doch ſchon viele Gutsunterthanen dem Grundherrn ihre Güter und Baurechte freiwillig anheim geſtellt! Die Gerichte ſeien mit Einforderungen und Verpfändungen überladen. Während Niederöſterreich alle Bedürfniſſe ſeiner Bewohner ſelbſt decke, müßten die Tiroler Alles bis auf den Wein von außen ins Land bringen. Trotz dieſer großen Noth wollten ſie jedoch dem Landesfürſten die Hälfte der Schulden 1,200.000 fl. abnehmen, doch ſollte das, was ſie zur Schuldentilgung bereits bezahlt, eingerechnet und die i. J. 1569 gegebene Bürgſchaft für die 250.000 fl. ihnen erlaſſen werden; auch begehrten ſie, daß die eingelösten Kammergüter nicht ohne Wiſſen und Willen des großen und kleinen Ausſchuſſes wieder verpfändet, bis zur Tilgung der übernommenen Schuldenlaſt keine weitere Steuer erhoben, die Erhebung der Steuern ihnen für immer überlaſſen und das Haller Salzkammergut und andere Aemter als Pfand übergeben werden. Dagegen wollten ſie von dem Schenkpfennig und der Vermögensſteuer nichts wiſſen, letztere nannten ſie eine dem Lande ſchädliche Neuerung.

Für Ferdinands Willfährigkeit bezüglich der Landes- und Polizeiordnung bedankten sie sich „ganz unterthänigst und zum höchsten." Nach dieser Antwort gab Ferdinand dem Landtag unter Wiederholung seiner frühern Forderungen nochmals ernstlich die Noth der Kammer zu bedenken, doch verzichtete er auf die Bürgschaft um die 250.000 fl. und versprach, sie mit fernern Steuern bis zur Abzahlung der überbundenen Schulden zu verschonen. Jetzt ließen sich die Stände zur Uebernahme weiterer 400.000 fl. herbei; sie wollten die ganze Schuld in 20 Jahren tilgen und zu diesem Behufe jährlich 180.000 fl. für Verzinsung und Abzahlung erheben. Dabei wurde jeder Steuerknecht statt auf 4 fl., wie bisher, auf 36 fl. veranschlagt. Zur Aushilfe sollte eine Steuer von den Afterzinsen und Interessen dienen (3 kr. von 1 fl.) und reichten diese Mittel nicht zu, dann wollte man auf weitere denken. Sie zogen somit auch die ausständigen Steuerknechte in ihren Anschlag und übernahmen es sie hereinzubringen oder für sie zu bezahlen. In der Triplic verlangte der Landesfürst, daß sie wenigstens noch 200.000 fl. Schulden ihm abnehmen, die ganze Schuldenlast in 15 und nicht erst in 20 Jahren tilgen und dem Ausschuß mehr Gewalt ertheilen. Allein die Landschaft gieng auf alle diese Forderungen nicht ein, sondern bat, sie ihr zu erlassen und bestimmte, da ihr der Landesfürst die Selbstbesteuerung zugestanden, die Steuercommissäre und Steuerbeamten. Ferdinand gab sich damit zufrieden, ernannte die zwei Räthe, die mit den Steuercommissären das Steuerwerk berathschlagen sollten, und schloß am 2. Febr. den Landtag. Zwei Monate später übernahmen auch die Vorlande auf einem Landtage zu Ensisheim, den der Erzherzog persönlich besuchte, einen Theil der Kammerschulden.[8])

Ungeachtet dieser beispiellosen Verminderung der Kammerschulden sah sich Ferdinand schon nach vier Jahren wieder genöthigt, in Finanzbedrängnissen die Zuflucht zur Landschaft zu nehmen. Die landesfürstlichen Einkünfte sanken fortwährend herab, um diese Zeit beschleunigten namentlich die Kriege in Frankreich und den Niederlanden den Verfall des tirolischen Gewerbes, Handels und Verkehres. Die außerordentlichen Auslagen für Reisen, Hoffeste, Bewirtung von fremden Gästen u. dgl. dauerten fort. Dazu kamen noch neue. Um den Unruhen in Wälschtirol zu steuern, mußte Ferdinand einen Feldzug gegen den Grafen Avogrado und seine Banditenschaar unter-

nehmen und die Schlösser Arco und Penede besetzen, was mit erheblichen Unkosten verbunden war. Der Reichstag zu Regensburg vom J. 1576 bewilligte eine Türkenhilfe, zu der Ferdinand ein Drittel des auf die österreichischen Erblande entfallenden Betrages zu leisten hatte. Da er den von seinem Vater geschlossenen Landsberger Schirmverein bestätigte, so mußte er eine bestimmte Summe für den Nothfall in Vorrath haben, um den Bedingungen desselben zu genügen; die Unruhen in den Nachbarländern ließen Vorbereitungen für den Fall der Gefahr als nothwendig erscheinen und dazu brauchte es Geld. Die ganze Sachlage drängte Ferdinand bereits im Sommer 1577 zur Einberufung des Landtages. Der Erzherzog wies auf die außerordentlichen Auslagen hin und versicherte die Stände, er habe Hofstaat und Regierung auf's äußerste eingeschränkt, weiter könne er als ältester Lehensträger des Hauses Oesterreich ohne Schädigung seiner Würde nicht mehr gehen. Er versprach zugleich zum Wole des Landes gute Hausordnung zu halten, die Rechte der Stände väterlichst zu wahren, ihre Beschwerden anzuhören und insbesondere alles zu leisten, wozu er sich im letzten Landtag erboten. Die Stände entgegneten, sie könnten um so weniger weitere Hilfe gewähren, als sie mit den bisherigen Mitteln die Schulden nicht zu bezahlen vermöchten. Da es bis an die 1000 ausständige Knechte (= 36.000 fl.) gebe und die ausländischen Kriege, Sterbefälle, Elementarschäden u. dergl. ihr Steuerwerk verhinderten, so hätten sie bisher, in drei und ein halb Jahr, nur 49.699 fl. abzahlen können, die Hälfte dessen, was man in einem Jahre habe zahlen wollen. Ueberdies klagten sie über die Einfuhr wälscher Weine und Ausfuhr von Holz, über die Strenge der Waldmeister und die neue Ordnung des Regimentes. Ferdinand hatte nämlich verordnet, daß die Gemeinsachen und Supplicationen, die bisher die Regierung entschieden, zuerst ihm und seinem Hofrathe und dann erst der Regierung vorgelegt werden sollten; dadurch aber zog sich die Entscheidung in die Länge. Auf diese Antwort erklärte Ferdinand, es sei ihm unmöglich ohne ihre Hilfe das erschöpfte Kammerwesen zu erhalten, und appellirte nachdrücklichst an ihr patriotisches Gefühl; ihre Vorfahren seien immer unter allen österreichischen Ständen am meisten zur Hilfe bereit gewesen. Sie sollten, meinte er, das Schuldenablösungswerk auf sechs Jahre einstellen, und was über die Zinsen eingehe, ihm zukommen lassen. Zur Vermehrung des ständischen Einkommens

brachte er abermals den Schenkpfening in Vorſchlag. Die Stände entſchuldigten ſich nun wegen ihrer erſten abſchlägigen Antwort, bewilligten den Schenkpfennig auf die fünf nächſten Jahre und wollten davon jährlich 20.000 fl. der landesfürſtlichen Kammer zukommen laſſen, unter den Bedingungen, daß ihre Beamten das Schenkgeld einheben dürften und daß Ferdinand bis dahin von jedem ihnen ſchädlichen Zollaufſchlag abſtehe. In die Reichscontributionen und in die Landsberger Schirmvereinigung etwas zu leiſten lehnten ſie ab. Schließlich baten ſie, das Hofweſen möglichſt einzuſchränken und thaten dabei die ſehr bezeichnende Aeußerung: obwol Durchlaucht gnädigſt vermelden, daß ihre Hofhaltung allbereits eingeſchränkt worden ſei, ſo befände doch eine ehrſame Landſchaft, daß die Ausgaben ſich nur mehren, nicht mindern. Nun verlangte der Landesfürſt die Verdoppelung der verwilligten Summe; da gaben ſie zu den 20.000 fl. noch 10.000 hinzu. Hierauf erneuerte Ferdinand ſein Verſprechen, ſie nicht mit fernern Hilfen und Landtagen zu behelligen und ſchloß den Landtag. In demſelben Jahre bewilligten die Stände noch dem Cardinal Andreas, dem ältern Sohne Ferdinands, 15.000 fl. zu ſeiner Reiſe nach Rom.[9])

Die Erſparungen in der Hofhaltung und Verwaltung des Landes ließen auch in den nächſten Jahren auf ſich warten. Obwol die Fortdauer des niederländiſchen Krieges und die Sterbefälle in der Schweiz und in Graubünden den weitern Verfall des Handels und Verkehres und ſomit eine weitere Abnahme der landesfürſtlichen Gefälle bewirkten, machte Ferdinand doch wiederholt Reiſen an die benachbarten Fürſtenhöfe und lud die Nachbarfürſten zu ſich nach Innsbruck ein, um mit ihnen ſich zu unterhalten und die Freuden des Lebens zu genießen, die mit dem Schweiße des Unterthanen bezahlt wurden. Da langten natürlich ſeine Einnahmen wieder nicht aus, aber man hatte noch etwas zu verpfänden und zu verſetzen, was brauchte man ſich um die den Ständen gemachten Verſprechungen zu kümmern! Die vier Herrſchaften im Puſterthal, die kaum abgelöst waren, wurden ſchon im Jahre 1581 wieder um 98,400 auf 25 Jahre an den Biſchof v. Brixen verpfändet. Aber trotzdem reichte man nicht aus und es blieb Ferdinand nichts übrig als ein zweites Wort zu brechen und auf den März des Jahres 1582 abermals die Stände nach Innsbruck einzuberufen. Die nächſte Veranlaſſung bot wol ſeine bevorſtehende zweite Vermählung. Seine

Gemahlin Philippine war im Jahre 1580 gestorben und der Erzherzog stand eben im Begriffe sich mit Anna Catharina, seiner leiblichen Schwester Eleonora und des Herzogs Wilhelm v. Mantua Tochter, zu verheiraten. Ferdinand drückte den versammelten Ständen sein gnädigstes Wohlgefallen ob ihres zahlreichen Erscheinens aus, schilderte seine Finanzlage und gab ihnen zu bedenken, wie sie durch sein Zuthun bisher immer in Ruhe und Frieden verblieben wären; er ermahnte sie, die im Jahre 1573 gewährten Bewilligungen wirklich zu vollziehen und verlangte auf eine ersprießliche Anzahl Jahre eine jährliche Hülfe von 120.000 fl.; dann wolle er eine so gute Hauswirtschaft anstellen, daß beiden Theilen damit geholfen wäre. Zum Behufe dieser neuen Hilfeleistung brachte er eine Aufbesserung des Schenkpfennigs und die Einhebung einer Vermögenssteuer in Vorschlag. Der Schenkpfennig sollte nämlich nicht allein von den Wirten, sondern von jedermann und eine Vermögenssteuer wie sonst allenthalben im Reiche erhoben werden. Es läßt sich denken, mit welchem Verdruß und Kummer der Landtag die Proposition des Landesfürsten vernahm! Man hatte wegen des niederländischen Krieges und des Verfalles der Bergwerke am Schenkpfennig in den letzten vier Jahren 40.000 fl. eingebüßt und an den ordentlichen Steuern fand sich wegen der Ungehorsamen, die nicht zahlten, ein jährlicher Abgang von 60.000 fl., einem vollen Drittel des Einkommens, und nun sollte man sich wieder auf eine so hohe Summe einlassen! Die Stände erklärten sich außer Stande, eine solche neue Bürde sich aufzuladen und bewilligten nur 30.000 fl. auf fünf Jahre, woran sie die Bitten fügten, der Landesfürst möge die Säumigen zur Zahlung verhalten, weitere Verpfändungen vermeiden, die im Landtag 1577 übergebenen Beschwerden erledigen und Tiroler bei Dienstbesetzungen vor allen bedenken. Ferdinand konnte die von dem Landtage geschilderte Noth des Landes, die große Bedrängniß nicht in Abrede stellen, er vertröstete aber die Landschaft damit, daß dies eine allgemeine Strafe des Himmels sei, und daß andere Fürstenthümer sich in einer viel schlimmern Lage befinden. Er wolle ihnen übrigens, fügte er beruhigend hinzu, nichts zumuthen, „als was redliche, ritterliche, ruhmwürdige Landleute und Unterthanen gehorsamst wol leisten können." Dabei hielt er fest an der Forderung des Schenkpfennigs und der Vermögenssteuer, und begehrte, man solle ihm statt der 120.000 fl. wenigstens 60.000 gewähren und weitere

400.000 fl. Kammerſchulden übernehmen. Die Intereſſenſteuer, führte er aus, habe wenig ertragen und falle vorzüglich den Schuldnern, nicht den Gläubigern zur Laſt, da dieſelbe „bei der jetzigen Untreue der Welt und ganz erkalteten chriſtlichen Liebe" von dieſen jenen eingebunden werde. Seine Forderungen begleitete Ferdinand mit dem Verſprechen, die Stände bei der Steuerexecution möglichſt zu unterſtützen und bei Hof und andern Dienſten die Landleute vor allen zu berückſichtigen. In der Antwort auf dieſe Replik klagte die Landſchaft, ſie hätte Ferdinand ſeit ſeinem Regierungsantritt mehr leiſten müſſen, als irgend einem ſeiner Vorfahren und bat mit Zollaufſchlägen und namentlich mit der Vermögensſteuer verſchont zu werden. Letztere ſei eine ganz unerträgliche Neuerung, die ſie um allen Credit bringen würde, da dieſelbe ihre ſchlimmen Vermögensverhältniſſe aufdeckte. Sie bewilligte noch jährliche 10.000 fl. Nun eröffnete Ferdinand, daß er nächſtens ſich vermählen werde und verlangte zu dieſem Behufe eine anſehnliche Summe. Die Stände nahmen von dieſem Entſchluß mit Freuden Kenntniß und präſentirten ihm 20.000 fl., ſeiner Braut 5000 fl. als Hochzeitsgeſchenk. Damit ſchloß der Landtag.[10])

Mit der neuen Vermählung ſteigerten ſich die Ausgaben für die Hofhaltung erheblich. Der glanzvollere Hofſtaat der Erzherzogin Anna, die raſch nacheinander folgenden Geburten dreier Prinzeſſinen, der Hofhalt der indes herangewachſenen Söhne Philippinens, Neubauten, neue Feſte und Reiſen erſchöpften Ferdinands Caſſen ſo, daß er bereits im Jahre 1586 wieder einen Landtag einberufen mußte. Die Stände bewilligten ihm auf weitere fünf Jahre den Fortbezug der jährlichen Nebenhilfe von 30.000 fl. und für Reiſen und Gebäude 70.000 fl. mit der Bitte, ſie mit dieſen unerſchwinglichen außerordentlichen Hilfen doch etwas zu verſchonen. Allein dieſe Bewilligungen genügten nicht, die Schritte, welche Ferdinand zur Befreiung ſeines in polniſche Gefangenſchaft gefallenen Neffen Maximilian that, und die eigene Bewerbung um die Krone Polens, brachten ihn in ſolche Bedrängniſſe, daß er im Jahre 1590 abermals bei den Ständen Hilfe ſuchte. Er forderte von der zu Innsbruck tagenden Landſchaft, daß ſie noch 800.000 fl. Kammerſchulden ihm abnehme, die nächſtfolgenden fünf Jahre für ſeinen Hofſtaat je 40.000 fl., für Regierung und Kammer je 20.000 bewillige, 40.000 fl. für das Bergwerk zu Schwaz reiche oder es in eigene Verwaltung nehme,

die auf Beſetzung, Ausrüſtung und Befeſtigung der Caſtelle Arco und Penede aufgelaufenen Unkoſten erſetze und endlich eine ſtattliche Summe für Verproviantirung des Landes erlege. Als Mittel zur Beſchaffung dieſer Hilfen empfahl er wiederum den Schenkpfenning und die Vermögensſteuer. Da wagten es einmal die Stände etwas mit der Sprache herauszurücken und hielten ihm ſeine wiederholte Wortbrüchigkeit vor: wie er wider ſein Verſprechen vielfache Landtage gehalten, immer wieder neue Hilfen gefordert, neue Zollaufſchläge gemacht, die eingelösten Kammergüter wieder verpfändet u. ſ. w. Dann ſtellten ſie eine Reihe von Forderungen: es ſollten 1. die Weinzölle zu Kollmann und auf der Töll, die Aufſchläge am Fernſtein, zu Zirl und Rattenberg aufgehoben, 2. nicht ſo häufig Commiſſäre angeordnet, 3. die Pfandſchaften nicht geſteigert, 4. Ritter und Adelige nicht auf eigene Koſten zu reiſen genöthigt, 5. die Salzaufſchläge abgethan, 6. die Weinpatente vermindert, 7. die Zollſteigerungen aufgelaſſen, 8. Zigeuner und Gartknechte nicht geduldet, 9. jedem Gerichte gegen ein anderes freier Kauf gewährt, 10. die Anzeige verheirateter Pflegkinder abgethan, 11. Roth- und Schwarzwild mehr zu ſchießen erlaubt, 12. nicht ſo viele in den Adelſtand verſetzt, 13. der von Cameralgütern bei Fremden und Erben begehrte Abzug (eine beſtimmte Geldſumme) beſeitigt und 14. mit den Waldmeiſtern und der Waldordnung eine beſſere Einrichtung getroffen werden. Sie bewilligten diesmal dem Landesfürſten nur die bisher genoſſene Jahreshilfe von 30.000 fl. und dieſe unter der Bedingung, daß ſie bezüglich Abzahlung der übernommenen Kammerſchulden an keinen Termin gebunden ſein ſollten; für die Verproviantirung des Landes wollten ſie gemeinſam mit Ferdinand ſorgen. Da mäßigte dieſer ſeine Forderungen bedeutend und nun übernahmen die Stände noch 200.000 fl. Kammerſchulden, auf die Vermögensſteuer und den Schenkpfennig ließen ſie ſich nicht ein; auch mußte Ferdinand ihnen ſpecielle Kammergüter zur Ablöſung zuweiſen und die Erledigung der vorgebrachten Beſchwerden geloben.[11])

Um dieſe Zeit beſchloß der Kaiſer die Türken, die fortwährend Ungarn und die benachbarten Erblande bedrohten, ernſtlich zu bekämpfen und wandte ſich darum an das Reich und insbeſondere an ſeine Verwandten und die öſterreichiſchen Stände um Hilfe. Ferdinand verſprach ihm für den Feldzug ein Regiment zu Fuß und eine Anzahl Reiter zu ſtellen. Da er aber das hiezu erforderliche

Geld nicht aufbrachte, so berief er, gedrängt durch die Kürze der Zeit, statt des Landtages den großen Landesausschuß im Juli 1592 nach Innsbruck und begehrte vom ihm die nöthigen Mittel. Er gab dabei den Ausschüssen zu bedenken, wozu sie die Liebe zur christlichen Religion, zu den gefangenen Mitbrüdern und zum Vaterlande verpflichte, und daß die gefährdeten Lande ebenfalls zum Hause Oesterreich gehören und gleichsam mit den übrigen einen Körper ausmachen. Die Ausschüsse entschuldigten sich mit dem Mangel an Vollmacht für eine solche Bewilligung und wiesen auf die Erschöpfung der Stände hin. Hierauf stellte ihnen Ferdinand nochmals die Nothwendigkeit und Dringlichkeit der Hilfe vor Augen, er könne den Kaiser nicht im Stiche lassen, da er durch die brüderliche Vergleichung vom Jahre 1566 zur Hilfe verpflichtet sei. Hätten sie auch keine Vollmacht, so stünden sie doch bei der ganzen Landschaft in solchem Ansehen, daß diese gewiß Alles gutheißen würde. Da äußerten die Ausschüsse, sie wollen hoffen, die brüderliche Vergleichung werde den alten, löblichen, wolhergebrachten Privilegien und Landesfreiheiten nicht zuwider sein, und bewilligten, weil kein Aufschub möglich, im Namen und auf Ratification der Landschaft, 66.000 fl. zur Ausrüstung des Regimentes Fußvolk. Sie knüpften aber daran mehrere Bedingungen, darunter auch die, daß er in Zukunft ohne Wissen der Landschaft kein ähnliches Versprechen mehr mache. Zugleich ersuchten sie ihn mit dem Bischof von Trient wegen der vielen Steuerrückstände (30.000 fl.) und der fleimsischen Holzausfuhr sich zu begleichen, und baten dringend, endlich einmal die vielmals versprochene gute Hauswirtschaft einzuführen und die vielen unnöthigen Auslagen zu vermeiden. Ferdinand zeigte sich dazu wie immer sehr bereit, that hernach aber nichts. Als er sich Raths erholte, ob er mit Baiern und Salzburg oder mit etlichen wälschen Fürsten Allianz suchen soll, riethen sie ihm ab.[12])

Im Februar 1594 hielt Ferdinand den letzten und zweitbedeutendsten aller Landtage, zu dem die Türkengefahr Veranlassung gab. Diese bewog den Kaiser, sich an die deutschen und italienischen Fürsten um Hilfe zu wenden und auf das genannte Jahr einen Reichstag einzuberufen. Als Ferdinand ihm keine weitere Hilfe zusagen konnte, verlangte er wenigstens die Reichshilfe, die für den Erzherzog nicht weniger als 180.000 fl. betrug, da zu den neuen Anschlägen noch rückständige alte kamen. Zudem forderte der Kaiser

noch Ferdinand auf, den Oberbefehl im Kampfe gegen die Türken zu übernehmen, was mit neuen Auslagen verbunden war. Außer Stande dies Alles mit den überladenen Kammergütern zu leisten, berief der Erzherzog die Landschaft anfangs Februar 1594 nach Innsbruck, legte ihr seine Noth dar und begehrte Hilfe. Sie sollte im Laufe des Jahres statt seiner die 180.000 fl. Reichshilfe bezahlen, für die beiden folgenden Jahre je 25.000 fl. zum Türkenkrieg bewilligen und eine ersprießliche Summe in Bereitschaft halten, damit davon im Falle der Gefahr zu eiligem Widerstand ein freies Kriegsvolk aufgenommen, die Pässe besetzt und befestigt und die nöthigen Proviantvorräthe herbei geschafft werden könnten, die man für die nächst zu erwartenden Durchzüge italienischer Kriegsvölker bedurfte; außerdem wünschte er noch für die nächsten 5 Jahre eine jährliche Nebenhilfe von 40.000 fl. zum Hofhalte. Zugleich forderte er sie auf, an andere Mittel zu denken, das bisherige Steuerwerk sei unzureichend, es belaste die Steuerzahler ungleichmäßig, rufe dadurch zahlreiche Beschwerungen hervor und habe sonst noch viele Mängel, Arm und Reich sollte nach Gebühr besteuert werden. Er brachte zum vierten Male die Vermögenssteuer und den Schenkpfennig in Vorschlag. Obwol Ferdinand die schmeichelhafte Versicherung aussprach, die Stände werden die verlangten Hilfen gewiß gewähren, da sie den Ruhm genössen, niemals ihren Landesfürsten verlassen zu haben, so zeigten sie sich diesmal hiezu gar wenig geneigt. Sie ratifizirten wol die vom Ausschusse i. J. 1592 bewilligte Hilfe, verwahrten sich aber entschieden, daß an denselben zukünftig ähnliche Zumuthungen gestellt würden, und drückten ihre große Betrübniß aus über eine Aeußerung Ferdinands betreffs Uebernahme weiterer Kammerschulden. Sie brachten dann die üblichen Klagen über die Beschwerlichkeit so vieler Hilfen und kostspieliger Landtage vor und wiesen auf ihre Schuldenlast und die Uebelstände hin, die ihnen deren Tilgung vorläufig unmöglich machten. Daran schlossen sie die dringende Bitte, doch endlich einmal die oft verheißene gute Wirtschaft einzuführen; sonst könne man nimmer mit einander hausen und werde Landesfürst und Landschaft alles Vertrauen verlieren. Die Reform des Steuerwerks lehnten sie ab mit der Bemerkung, daß eine Neuerung schlimmer wäre als eine oder die andere Unzukömmlichkeit. Solchen Eifer zeigten damals die herrschenden höhern Stände den niedern gerecht zu werden! Natürlich wollten sie auch vom Schenkpfennig und der

Vermögenssteuer wiederum nichts wissen. Sie bewilligten nur eine einmalige außerordentliche Hilfe von 100.000 fl. für dies und das folgende Jahr und den Fortbezug der bisherigen 30.000 Nebenhilfe auf 5 Jahre und knüpften daran die Forderung, daß die in letzter Zeit vorgenommenen Wein- und Salzaufschläge abgethan und die überreichten Beschwerden erledigt werden. Die Abschaffung dieser Aufschläge verweigerte Ferdinand in seiner Entgegnung rundweg, auch war er mit den Bewilligungen der Stände gar nicht zufrieden und schrieb die Widerspenstigkeit des Landtags hauptsächlich der Wirksamkeit einer Clique zu, die in den Ausschüssen und im Hause dominirte; die Mehrheit, meinte er, hätte gewiß seine Forderungen für billig erkannt. Er hielt darum diese größtentheils aufrecht. Da replicirte der Landtag: man habe schon das Aeußerste gethan, Ferdinand hingegen sei seinen Versprechungen untreu geworden und habe ihnen zum Trotz die erledigten Kammergüter wieder versetzt, neue Nebenhilfen begehrt, neue Landtage gehalten; sie gewährten nur noch weitere 20.000 fl. außerordentlicher Hilfe. Der kleine Ausschuß, der sich von der erhobenen Anschuldigung vor allem getroffen fühlte, suchte sich noch insbesondere dagegen zu rechtfertigen, indem er den Gang der landschaftlichen Verhandlungen darlegte. Nun mäßigte Ferdinand seine Forderungen abermals und verlangte noch weitere 40.000 fl. außerordentliche und 40.000 jährliche Nebenhilfe, worauf die Landschaft die bewilligte Summe der 120.000 fl. um 30.000 erhöhte, aber nur zur bisherigen Nebenhilfe sich bereit erklärte. Auf Weiteres ließ sie sich nicht mehr ein, obwol der Erzherzog sie mit der Mittheilung erfreute, daß er zum dritten Male beim Kaiser wegen Uebernahme des Oberbefehles sich habe entschuldigen lassen.

Am Schlusse des Landtages eröffnete Ferdinand den Ständen seine Resolutionen auf ihre Beschwerden, welche sie theils früher, theils eben eingebracht hatten. Dieses Actenstück ist sehr bezeichnend sowol für den Geist, in dem er regierte, als für sein Verhältniß zu der Landschaft und für die Beziehungen der Stände zu einander; es thut das Erstarken der landesfürstlichen Macht und das Uebergewicht der höhern Stände unwiderleglich dar; der Landesfürst darf es wagen fast alle Beschwerden zurückzuweisen und diese betreffen beinahe ausschließlich die Vortheile des Adelsstandes. Auf die Bitte der Landschaft, sie bei ihren Freiheiten zu lassen, erwidert Ferdinand

er habe ſtets geſtrebt ſie dabei zu erhalten, es befremde ihn deshalb dieſe Beſchwerde ſehr, man ſolle ihm doch einzelne Fälle nennen, wo er ihre Freiheiten geſchmälert oder irgend jemanden von ſeinen Privilegien gedrängt. Da die Stände über die hohen Gerichtskoſten geklagt hatten, erklärte er, ſie ſeien ſelbſt am meiſten Schuld daran, er habe ſchon dagegen Mandate erlaſſen, aber gerade die Stände, die obrigkeitliche Gewalt beſäßen, hielten ſich am wenigſten darnach; er wolle gerne thun, was gleiches Recht und Gericht erfordere und große Unkoſten vermeidlich mache. Die Beſchwerde wider zu häufige Anſtellung von Commiſſionen nannte er ganz unbegründet, nur auf Wunſch der Parteien und im Nothfalle gehe man von den ordentlichen Gerichten ab. Die Stände hatten auch gebeten, ſie bei ihren Pfandſchaften zu erhalten und dieſe nicht zu ſteigern. Darauf gab der Erzherzog zur Antwort: es hätte zwar die Nothwendigkeit erfordert, die zu geringen Pfandſchaften zu ſteigern, wie es die andern öſterreichiſchen Fürſten gethan, aber es ſei ſeines Wiſſens nicht geſchehen, namentlich nicht an der Etſch, und zwar darum, damit die Zinsleute und Unterthanen nicht überbürdet würden; die Stände ſollten aber erwägen, daß er, wenn ſie nicht ein Gleiches thäten, ſondern aus Eigennutz in ihren Herrſchaften fortwährend zu Aufſchlägen und Theurung Anlaß gaben oder ſonſt die Unterthanen mit allerlei ungebührlichen Beſchwerungen bedrückten, dann nicht umhin könnte, die Pfandſchaften abzulöſen oder den Pfandſchilling zu erhöhen. Welch ein Glück hätte da den armen Unterthanen ſeitens des frommen Landesfürſten und ihrer gottesfürchtigen Herrſchaften geblüht, wenn jener noch länger gelebt! Sehr charakteriſtiſch für die Lebensweiſe des tiroliſchen Adels iſt die Erwiderung Ferdinands auf die Bitte der Stände, ſie bei den Hofämtern vor andern zu bedenken. Ferdinand erklärte, er wollte gern Landleute in ſeine Dienſte nehmen, aber viele ſeien dazu nicht tauglich, andere hätten die an ſie ergangene Aufforderung nicht angenommen, wieder andere zögen den Dienſt fremder Fürſten vor; die Knaben, welche zur Ausbildung an den Hof kämen, nähmen die Eltern oft jung fort und verheirateten ſie; wollten ſie ihre Kinder das Nöthige lernen laſſen, ſo würde er ſich ihrer gerne bedienen. Die Klage der Landleute, daß man ihnen häufig Reiſen ins Ausland und an ſeinen Hof nach Innsbruck zumuthe, bezeichnete der Erzherzog für ganz unbegründet, da er ſelten ins Ausland reiſe und die an ſeinen Hof Beſchiedenen alle daſelbſt

gastliche Aufnahme fänden. Aehnlich lauteten die Antworten auf eine Reihe weiterer Beschwerden, welche die Salzfuhren, den Salzaufschlag, die Weineinfuhr, die Gartknechte und Banditen, das Roth- und Schwarzwild betrafen. Die erste Klage gibt einen trefflichen Beleg für den Sondergeist und Neid der Alttiroler, die Stände betrachteten die Leute von Ehrenberg und Tannheim noch als Fremde und beschwerten sich, daß dieselben sich auch einen Kreuzer bei den Salzfuhren durch das Innthal und über den Fern zu verdienen suchten. Aber nicht minder bezeichnend für die Anschauung des Landesfürsten ist es, wenn er den Salzaufschlag ein „altes löbliches" Herkommen nennt und damit rechtfertigt. Was in diesen Zeiten nicht Alles ein löbliches Herkommen wurde! Ebenso charakteristisch für die Weinkultur des Landes ist seine Aeußerung auf die Beschwerde über Einfuhr fremder Weine: die wenigen Patente, die für Einfuhr süßer wälscher Weine ertheilt würden, könnten den Verschleiß der tirolischen Weine nicht hemmen; wenn diese nicht abgiengen, seien vielmehr die Stände selbst schuld, denn sie machten viel zu hohe Preise und ließen die Trauben nicht einmal reifen, so daß ihre Weine Contractionen, Podagra und andere Krankheiten erzeugten, dadurch seien sie in Verruf gekommen. Ueber die geringe Steigerung der Weinzölle dürfe man sich wahrlich nicht beklagen. Auch die Unsicherheit des Landes wegen der vielen Gartknechte, Banditen und andern Gesindels legte er der Landschaft zur Last; die Obrigkeiten handhaben seine Mandate und die Landesordnung sehr nachlässig, die Stände hätten um Abschaffung des Landesprofosenamtes gebeten, das er eigens der Gartknechte wegen errichtet, man sollte es wiederherstellen; man könne nicht länger durch die wälschen Banditen die Straßen gefährden lassen. Die Klage wegen des Roth- und Schwarzwildes lehnte er mit der Bemerkung ab, daß er schon Verordnungen erlassen, es da, wo es schade, niederzuwerfen. Schließlich hatten die Stände wegen der Mandate über die Spital- und Pupillenrechnungen, die Gerhabschaft und Verheiratung der Pupillen, wegen der Waldordnung und Ertheilung von Adelsfreiheiten sich beschwert; diese Beschwerden wies er ganz zurück. Durch die genannten Mandate habe er nur dem Eigennutz der Verwalter und Vormünder steuern wollen, bei der Waldordnung müsse es verbleiben, Adelsfreiheiten seien erst nach reiflicher Erkundigung an Würdige ertheilt worden. Ferdinand schloß seine Resolutionen mit der Aufforderung, die Land-

Beim Regierungsantritt Ferdinand's II. lagen die beiden Bisthümer Brixen und Trient noch in den Händen des Christof v. Madrutz, doch weilte er schon seit längerer Zeit meist in Italien und hatte darum die Verwaltung beider Bisthümer Coadjutoren übertragen. Verweser des Stiftes und Fürstenthumes Trient wurde mit Beistimmung des Capitels bereits i. J. 1549 sein damals noch nicht 18 Jahre alter Neffe Ludwig v. Madrutz, der am 30. Mai 1550 die päbstliche Bestätigung und i. J. 1561 den Purpur von Rom erhielt. Nachdem Christof den Regierungswechsel glücklich benützt hatte, um am 2. August 1564 von dem neuen Kaiser ein Privilegium de non appellando sich ertheilen zu lassen, entsagte er am 14. Nov. 1567 dem Bisthum Trient und am selben Tage noch wurde sein Neffe als wirklicher Bischof zu Rom anerkannt. Noch vorher war aber Ludwig v. Madrutz mit dem Landesfürsten schon in ein Zerwürfniß gerathen. Ferdinand wollte nämlich bei seinem Regierungsantritte das Verhältniß der Grafschaft Tirol zum Bisthum Trient klar und bestimmt gestalten. Er verlangte daher vom Cardinal, bevor er ihm die Temporalien seines Stiftes einräumte, die Bestätigung aller seit 1363 zwischen dem Bisthum Trient und der Grafschaft Tirol abgeschlossenen Verträge und legte ihm zu diesem Behufe eine Urkunde zur Bestätigung vor, welche dieselben insgesammt ihrem Inhalte nach anführte, die dadurch dem Landesfürsten gemachten Zugeständnisse entschieden betonte und auch die daraus folgenden nothwendigen Consequenzen zog. Die wichtigsten Punkte waren folgende vier: 1. Das Bisthum ist der Grafschaft Tirol incorporirt und dem Grafen steht die landesfürstliche Obrigkeit über das Stift zu, der Bischof soll sich darum des Titels „Fürst" nicht mehr bedienen; 2. mit den Appellationen soll es zwar wie bisher gehalten werden, doch jedem, der sich von bischöflichen Gerichten beschwert glaube, der Regreß an den Grafen v. Tirol offen stehen; 3. die Stiftsunterthanen können auch in ihren eigenen Privatangelegenheiten ihre Zuflucht zum Grafen v. Tirol nehmen; 4. die Stadt Trient muß sich von jedem regierenden Landesfürsten ihre Privilegien bestätigen lassen. An diesen Punkten vorzüglich stieß sich Cardinal Ludwig und weigerte sich darum anfangs die Urkunde zu unterfertigen. Doch gab er dem Drängen des Erzherzogs nach und unterschrieb dieselbe am 11. Oct. 1567 zu Innsbruck. Als er aber nach Hause kam und das Capitel sich weigerte, seinen Vertrag

mit dem Landesfürſten zu unterzeichnen, da ergriff er bereitwilligſt die günſtige Gelegenheit, um ihn für erzwungen zu erklären und band ſich nicht mehr daran. Zugleich verklagte er Ferdinand bei Kaiſer und Pabſt. Allein der Erzherzog ließ ſich nicht einſchüchtern; er ſandte vielmehr, um ſeine landesfürſtlichen Rechte zu behaupten und weitere Gefahren zu verhindern, unter Franz Hendl Kriegsvolk nach Trient, um die Stadt zu beſetzen. Ludwig aber begab ſich nach Rom. Da die biſchöflichen Beamten ſich mancherlei Bedrückungen erlaubt, ſo begrüßte ein Theil der Bürgerſchaft Ferdinand's Herrſchaft mit großem Jubel; man malte ſeine Wappen an die Häuſer und ſetzte die Worte darunter: Domine, tu nos salvasti! (Herr, du haſt uns gerettet!). Ein Theil der Bevölkerung hielt aber treu zum Biſchof und ſo entſtand große Entzweiung in der Stadt. Die Verwaltung des Bisthums übertrug der Erzherzog ſeinen Civilcommiſſären Nicolaus Freiherrn v. Polweiler, Lucas Römer, Landcomtur an der Etſch und Dr. Anton Schrottenberger. Der Pabſt nahm ſich begreiflicherweiſe eifrigſt der Sache Ludwigs an, mahnte den Erzherzog von ſeinem Vorgehen ab und erſuchte den Kaiſer und den Herzog Albert von Baiern um ihre Intervention; ja er trug ſogar dem Cardinal Borromäus v. Mailand, der im Geruche der Heiligkeit ſtand, auf, ſich nach Innsbruck zu begeben, um den frommen Erzherzog eines andern zu belehren. Allein Ferdinand blieb feſt und wartete ruhig die Entſcheidung des Kaiſers ab, der allein in der Sache competent war.

Maximilian II. fand es für gut, noch im Jahre 1568 das Stift in Sequeſter zu nehmen und ernannte Franz Hendl zu ſeinem Commiſſär. Dann brachte er im Jahre 1571 auf dem Reichstage zu Speier den Streit vor das Forum der Reichsfürſten. Die Verhandlungen führten zu dem Vertrag, der unter dem Namen Natula Spirensis bekannt iſt. Damit wurden dem Landesfürſten alle Rechte zugeſprochen, von denen in den bisherigen Verträgen ausdrücklich die Rede iſt, oder die daraus gefolgert werden können, nur obige vier Punkte, allerdings die Grundpfeiler des ganzen Gebäudes, waren einer weitern gütlichen oder rechtlichen Behandlung vorbehalten. Der Cardinal wollte nun aber auch nicht einmal die durch ſo viele Verträge anerkannten Punkte genehmigen; er ſtieß ſich namentlich an den dreien: daß er das Schloß Trient dem Landesfürſten einantworten, daß er ihm außer Landes Hilfe leiſten, daß bei einer Sedisvacanz die biſchöflichen Beamten demſelben Gehorſam ſchwören ſollten.

Daher übergab Ludwig auf dem Reichstage zu Regensburg allerlei Beschwerden. Der Kaiser entschied diesmal am 1. Oct. 1576, der Bischof soll die Verträge seiner Vorgänger mit dem Landesfürsten erneuern; dagegen soll der Erzherzog den Bischof in sein Fürstenthum einsetzen; dann wolle man die weitern Ansprüche Ferdinand's, auf die völlige Souveränität über Trient, in reife Erwägung ziehen. Nach manchen Verhandlungen kam es endlich am 20. Februar 1578 zu einer Verständigung, die dem Bischof in den Besitz des Bisthums brachte und damit die Rückkehr in die Heimat eröffnete. Der Cardinal anerkannte alle von seinen Vorfahren, namentlich von den Bischöfen Georg (1454 und 1460) und Johann (1468) mit dem Grafen v. Tirol geschlossenen Verträge als gültig und übernahm alle Verpflichtungen, die sie eingegangen. In den vier noch strittigen Artikeln sollte, wofern sie sich nicht selbst darüber einigen, innerhalb Jahresfrist nach Einräumung der Temporalien der Kaiser einen gütlichen Vergleich oder rechtlichen Entscheid treffen, dem sie sich beide fügen müßten; doch bedung sich Ferdinand ausdrücklich, daß der Kaiser in nichts zu sprechen haben soll, was schon in den Verschreibungen der genannten Bischöfe enthalten, und Ludwig mußte mit seinem Capitel noch einen Revers ausstellen, daß dieser Vergleich der Verschreibung von Bischof Georg in keiner Weise Abbruch thun soll. Die weitern Verhandlungen am kaiserlichen Hofe stießen jedoch bald wieder auf Schwierigkeiten; in den Besitz des Bisthumes gelangt, bedauerte der Cardinal, daß er soweit nachgeben müßte und erklärte geradezu, sein Eid könne seinen Nachfolgern nicht präjudicirlich sein, er könne sie nicht binden. „Der Cardinal hatte die Theologie der Eide während seines römischen Aufenthaltes wol studirt"! Bei solcher Stimmung wurden natürlich bald alle Verhandlungen abgebrochen; es findet sich keine Spur, daß sie wieder aufgenommen worden und ein Vergleich zwischen beiden Theilen erfolgt wäre. Ferdinand erlahmte, wie es scheint, in dem Kampfe, und beharrte nicht weiter auf den früher gestellten Forderungen; vielleicht mochte er sich von Kaiser Rudolf II. nicht viel versprechen, da dieser im Jahre 1577 das Privilegium de non appellando dem Stifte bestätigt hatte. Der Cardinal hingegen weigerte sich nicht die Verpflichtungen zu erfüllen, zu denen ihn das getroffene Uebereinkommen verband. Er beschickte regelmäßig die Landtage, und bewilligte die von denselben gewährten Summen. Mit der Bezahlung der auf ihn

entfallenden Quote beeilte er ſich freilich nicht, im Jahre 1592 ſchuldete er einen Rückſtand von ungefähr 30.000 fl. Obwohl das Bisthum noch 1585 in die allgemeine Reichsanlage eingeſetzt wurde, ſo hatte es ſich doch in die Verbindung mit Tirol ſchon ſo hineingelebt, daß der trientiniſche Geſandte auf dem Landtag vom Jahre 1594 die Forderung des Landesfürſten, die allgemeine Reichsſteuer zu bezahlen, eine unerhörte Neuerung nannte. So war ſeit 1579 das Verhältniß zwiſchen Erzh. Ferdinand und Cardinal Ludwig ein leidliches bis zu des erſtern Tod; daran änderte auch ein kleiner Streit wegen der Holzausfuhr in Fleims nichts. Von Ludwigs weltlicher Regierung iſt wenig bekannt, darunter eine Verordnung gegen die Wucherer und eine andere für die Pflege gerechter Juſtiz. Viel bedeutender war jedenfalls ſeine Wirkſamkeit als Biſchof. Er ſtarb im April 1600. [1])

Die Würde eines Coadjutors des Stiftes Brixen hatte Cardinal Chriſtof ſeinem Nepoten Thomas Spauer ebenfalls ſchon früh, im Jahre 1552, verſchafft; er ſicherte ihm 1566 ein Einkommen von 1000 fl. und erwirkte ihm vom Pabſte die Erlaubniß, ſich zum Biſchofe weihen zu laſſen. Doch ſetzte Chriſtof ſeine Sorge für Brixen noch fort, als er ſchon dauernd ſeinen Aufenthalt in Rom genommen, bis an ſeinen Tod, der im Juli 1578 eintrat. Cardinal Chriſtof war ohne Zweifel ein ſehr bedeutender Mann und wahrte dem Bisthume Trient den Glanz und Ruhm, den ihm ſeine Vorgänger bereits verſchafft hatten; wenn aber ſein Lobredner G. de' Baſtioni ihm lauter Vorzüge zuſchreibt und rühmt, er habe das Bisthum Trient auf den Gipfel des Glanzes erhoben, er habe der Chriſtenheit mehr als viele Päbſte genützt, ſo übertreibt er wol ſtark. Chriſtof war wolthätig und mitleidig, aber nicht frei von Habſucht und andern menſchlichen Leidenſchaften, das bezeugt die Anhäufung ſo vieler kirchlicher Würden in ſeinen Händen; das bezeugt eine zwei Jahre nach ſeinem Tode erſchienene Schmähſchrift. Daß er einer der gelehrteſten Prälaten ſeiner Zeit geweſen, beweiſt die Achtung und Verehrung, die ihm viele Schriftſteller durch Zueignung ihrer Werke bezeigen. Nach ſeinem Tode wurde Thomas Spaur wirklicher Biſchof. Von ſeiner weltlichen Regierung verdient nur ſein gutes Einvernehmen mit dem Landesfürſten hervorgehoben zu werden. Er ſtarb am 25. Februar 1591 und nun folgte Ferdinand's älterer Sohn aus erſter Ehe, Andreas v. Oeſterreich, der ſeit 1576 Cardinal-Diacon,

ſeit 1580 Coadjutor des Stiftes war. Hätte man von ihm um ſo mehr die Fortſetzung der Politik ſeines Vorgängers erwarten ſollen, ſo war gerade das Gegentheil der Fall; er hatte nicht umſonſt die römiſche Schule durchgemacht! Sogleich bekam er mit ſeinem Vater einen langwierigen Proceß, der ſich weit über ſeine Regierung hinaus erſtreckte. Der Gegenſtand des Streites war allerdings nicht ganz neu; es handelte ſich nämlich um das Verhältniß des im Bisthum anſäßigen Adels zum Biſchof, Landtag und Landesfürſten. Bereits im Jahre 1562 hatten ſich darüber Differenzen herausgeſtellt, als Valentin v. Teutenhofen aus dem Gerichte Rodeneck, der einen Bauernknecht erſchlagen hatte, gerichtet werden ſollte. Damals galt es aber nur die Exemption des Adels von der biſchöflichen Gerichtsbarkeit, in dem Streit zwiſchen Andreas und ſeinem Vater hingegen kamen hiezu noch die Fragen: wer in Todfällen Hab und Gut der Herrn vom Adel, die im Stifte hausten, zu inventariſiren, Gerhaben zu ſetzen und über ihre Sachen Recht zu ſprechen hätte, und wie es mit dem Huldigungseid jener Adeligen gehalten werden ſollte, die durch Amt oder Lehen beiden Theilen verpflichtet waren. Der junge Cardinal anerkannte, wie einſt der Hitzkopf Cuſanus, die ganze bisherige Entwicklung nicht, ſondern nahm jede höhere und niedere Gerichtsbarkeit für ſich in Anſpruch und forderte die förmliche Huldigung vom geſammten in ſeinem Fürſtenthum anſäßigen Adel, wenn er auch wegen ſeiner Aemter oder ſeiner öſterreichiſchen Lehen ſchon dem Landesfürſten gehuldigt hatte. Die Adeligen nannten dieſe Forderung eine unerhörte Neuerung, der Landeshauptmann beklagte ſich darüber beim Landesfürſten. Ferdinand mahnte den ehrgeizigen Sohn von ſeinem unſeligen Vorhaben ernſtlich ab, aber der Cardinal blieb gegen jede Vorſtellung taub und bedrohte die Widerſtrebenden mit Zwangsmaßregeln. Dazu fehlte ihm nun freilich die Macht und ſo dauerte der unerquickliche Streit unentſchieden fort. [2])

Außer an den beiden Biſchöfen fand die landesfürſtliche Macht noch an den Grafen v. Lodron und Arco und den Herrn v. Caſtelbarco und Greſta beharrlichen Widerſtand. Dieſe Feudalherrn weigerten ſich noch immer die landesfürſtlichen Steuern zu bezahlen und den Landtag zu beſuchen; ſie betrachteten ſich als reichsunmittelbar, obwol ſie keine Reichsumlage zahlten, und anerkannten die Landeshoheit der Grafen v. Tirol nicht, ſondern geberdeten ſich wie ſelbſtſtändige Königlein. Ferdinand forderte ſie wiederholt zum

Gehorſam auf, aber ſie kümmerten ſich um ſeine Mandate nicht. Da trat ein Umſtand ein, der ihn endlich zu energiſchem Einſchreiten gegen die Caſtelbarker und Arker veranlaßte. Um dieſe Zeit hatte ſich nämlich in Italien aus dem alten Condottiereweſen bei dem langen Friedenszuſtand das neuere italieniſche Räuber- und Banditenweſen herausgebildet. Solche Banditen erſchienen ſchon zu Anfang von Ferdinands Regierung in Tirol, und ſie blieben während deren ganzer Dauer eine wahre Plage des Landes. Namentlich ſammelten ſie ſich in den Gebieten der genannten Dynaſten zahlreich, denn dieſe begünſtigten ſie, da ſie an ihnen willkommene Helfer in ihren gegenſeitigen Fehden fanden. So blieben alle Maßregeln Ferdinands gegen dies Geſindel anfangs völlig fruchtlos; im Jahre 1576 ward das Uebel ärger als je. Damals flüchtete ſich ein gewiſſer venetianiſcher Graf Avogrado, aus Brescia vertrieben, mit ſeiner Banditenſchaar nach Tirol zu ſeinen Verwandten, den Grafen v. Arco und Herrn v. Caſtelbarco. Mit Hilfe dieſer Banditen wie andern aus- und inländiſchen Kriegsvolkes nun befehdeten ſich die genannten Herrn gegenſeitig, machten die Gegend unſicher und ſtörten Handel und Verkehr. Da gebot ihnen Ferdinand bei höchſter Pen und Ungnade von ſolchen Gewaltthaten abzuſtehen und ihre Streitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten auszutragen, wie die übrigen Landleute; er gab Avogrado freies Geleite und forderte ihn nach Innsbruck vor. Allein die Grafen v. Arco und die Herrn v. Caſtelbarco beachteten ſeine Befehle nicht, und Avogrado's Schaar ſetzte ihr Unweſen fort, während er ſelbſt zu Innsbruck ſich aufhielt. Ferdinand verſuchte nochmals mit Mandaten die Ruhe herzuſtellen; er verwies Avogrado des Landes und unterſagte ſtreng, ſeinem Gefolge Unterhalt zu gewähren. Doch Avogrado ſchloß ſich nur um ſo enger an den Grafen Anton v. Arco und an Friedrich v. Caſtelbarco, welche mit Horaz v. Arco in Fehde lagen, und unterſtützte ſie gegen dieſen; ſie verſetzten das ganze Land und namentlich das Stift Trient in große Unruhe. Avogrado überfiel mit ſeinen Banditen die Schlöſſer Arco und Penede, nahm die Citadelle v. Arco und ließ Horazio v. Arco und 50 Perſonen jämmerlich umbringen. Da riß endlich Ferdinands Lammesgeduld gegen dieſe Raubritter, die um ihren wilden Leidenſchaften zu fröhnen, Tauſende unglücklich machten, und die mittelalterliche Fehdezeit heraufzubeſchwören drohten; der Erzherzog ließ durch eine Anzahl Kriegsvolk die beiden Schlöſſer Arco und Penede

besetzen und nahm die Bewohner der gräflichen Gebiete in Eid und Pflicht. Wurde es damit auch ruhiger, so hörte doch das Banditenwesen nicht auf, und Ferdinand mußte im Jahre 1586 neuerdings scharfe Mandate gegen dasselbe erlassen. Aber auch diese halfen nicht; im folgenden Jahre waren die Straßen noch ganz unsicher, und im Jahre 1588 machte Avogrado sogar einen Einfall in's Land, der mit Mordthaten begleitet war, doch trieb ihn Gaudenz v. Madrutz zurück. Diese Unruhen im Süden des Landes waren um so gefährlicher, als gerade um dieselbe Zeit gespannte Beziehungen mit Venedig bestanden, die selbst zur Befestigung einzelner Grenzfesten und andern Rüstungen führten. Die besetzten Gebiete gab Ferdinand zeit seines Lebens nicht mehr heraus, er trat wohl mit den Grafen v. Arco in Unterhandlung, ließ sogar den unschuldigen Mitgliedern des gräflichen Hauses ihre Gefälle verabfolgen, und war geneigt die Schlösser anzukaufen. Sie förmlich zu restituiren wurde ihm mißrathen, ebenso gegen die Schuldigen den Rechtsweg zu betreten. So blieb die Angelegenheit bis zu seinem Tode unerledigt. [3])

Es ist Thatsache, daß der Protestantismus die landesfürstliche Macht bedeutend hob. Das gilt aber nicht bloß von den protestantischen Fürsten, die durch ihn die Häupter der Landeskirchen wurden, sondern auch von den katholischen, namentlich in jenen Ländern, wo die alte Lehre nur durch ihren Schutz aufrecht erhalten werden konnte. Das war auch in Tirol der Fall. Die Geistlichkeit unseres Landes vermochte mit ihren Mitteln nicht, die neuen Lehren siegreich zu bekämpfen, die Landesfürsten sind es vorzüglich gewesen, die in Tirol den Katholicismus zur alleinigen Geltung brachten. Da es eine geistliche Sache zu vertheidigen galt, so konnte es nicht ausbleiben, daß der Landesfürst auch in das geistliche Gebiet eingriff und in solchen Dingen Verordnungen und Befehle erließ und Maßnahmen traf, die bisher als kirchliche Domäne betrachtet worden waren. Solche Eingriffe in ihren bisherigen Wirkungskreis mußten sich die Bischöfe und der gesammte Klerus um so eher gefallen lassen, als sie ihrer eigenen Lässigkeit sich wol bewußt waren und ohne die kräftige Hilfe mit ihren Bestrebungen durchzudringen keine Aussicht hatten. Dies Verhältniß zwischen dem Landesfürsten und Klerus entwickelt sich schon unter Kaiser Ferdinand I., gelangt aber erst unter seinem Sohne zur vollen Ausbildung. Ferdinand II. ließ allerdings der Kirche den wirksamsten Schutz angedeihen, ja er

betrachtete ihr Intereſſe geradezu als das ſeine; allein um ſo weniger ſchied er bei ſeiner Regierung das geiſtliche und weltliche Gebiet, um ſo öfter nahm er ſich gegen die Geiſtlichkeit große Freiheiten heraus. Er veranlaßte öffentliche Gebete und Proceſſionen, ordnete Viſitationen von Kirchen und Klöſtern an, ließ die Einhaltung der Feſttage, der Jubiläen, den Empfang der Sacramente durch ſeine weltlichen Organe überwachen und ſelbſt die Beichtzettel einfordern. Er befahl den Biſchöfen die Abſtellung des Concubinates und überhaupt des ärgerlichen Lebens der Geiſtlichkeit, die Entfernung ſchlechter Geiſtlicher von ihren Pfründen; er trat durch Erläſſe gegen verdächtige Prieſter auf und dictirte, daß die Pfründen mit tauglichen Prieſtern beſetzt werden; er gab den Geiſtlichen Weiſungen über die Ertheilung des Religionsunterrichtes und verlangte von ihnen die Aufhebung des Bannes; er errichtete Schulen und Lehranſtalten, ſelbſt zur Heranziehung eines tüchtigern Klerus; er verhielt die Seelſorger, auch ſeine weltlichen Edicte von den Kanzeln zu verkünden und that noch ſo Manches, was in die kirchliche Sphäre gehörte. Daß er es auch mit den weltlichen Rechten des Klerus nicht ſonderlich genau nahm, haben wir früher geſehen. Bei ſeiner hohen Meinung von der Würde eines Landesfürſten mochte er ſich zu all dieſen Schritten wol berechtigt glauben und vielleicht ſind ſeine Beamten oft weiter gegangen, als ihm lieb war. Zu andern Zeiten würde darüber die ganze Kleriſei laute Klage erhoben haben, damals wagte ſie kaum, ſich über ſolche Uebergriffe ſehr zu beſchweren. So beklagt ſich einmal der Coadjutor von Brixen gegen den Landesfürſten, daß gegen die Eingriffe in ihre Rechte wenig Abhilfe geſchehe. Ein ander Mal erſcheint ein päbſtlicher Geſandte an Ferdinands Hof, wie an dem der Herzoge v. Baiern, um die Zwiſtigkeit wegen Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit beizulegen. Entſchiedener trat die Diöceſanverſammlung vom Jahre 1570 auf.[4])

Ferdinand's Sorge für die Hebung des katholiſchen Lebens war nichts weniger als überflüſſig, denn mit dieſem ſtand es bei ſeinem Regierungsantritt noch ſchlimm genug. Die Biſchöfe hatten noch keine Zeit gefunden, ſich ernſtlich mit den geiſtlichen Angelegenheiten ihrer Diöceſen zu befaſſen. Die Domherrn bemühten ſich wol ſehr eifrig, neue Pfründen und Benefizien zu erwerben, hatten aber durchaus keine Eile, ſich die Weihen zu verſchaffen und die kirchlichen Functionen zu üben. Für Heranbildung des Klerus war faſt gar

nicht geſorgt, es vergiengen Jahre, daß nicht ein Prieſter geweiht wurde, und darum herrſchte noch immer ein großer Prieſtermangel. Unter den wenigen Geiſtlichen befanden ſich manche Fremde und die Mehrzahl war zu ihrem Amte völlig untauglich. Viele beſaßen nicht die allernothwendigſten Kenntniſſe und nicht den gewöhnlichſten Eifer in ihrem Berufe. Daß Geiſtliche im Concubinate lebten und von ihren ſchlechten Weibsbildern ſich nicht trennen wollten, gehörte durchaus nicht zu den Seltenheiten; einen ärgerlichen Lebenswandel führten ſehr Viele. Einzelne waren auch den neuen Lehren zugethan. Mit ihrer materiellen Lage ſtand es ebenfalls ſchlimm genug. Ein ſolcher Klerus hätte die Tiroler nicht zu bekehren vermocht, auch wenn ſie den neuen Lehren weniger anhänglich geweſen; wie tief aber dieſe in ihrem Blute ſtacken, das zeigt die Thatſache, daß die blutigen Verfolgungen und alle andern Maßregeln Ferdinand's I. nicht ſie auszurotten vermocht hatten. Wir finden bei ſeinem Tode faſt noch in allen Theilen Tirols Wiedertäufer oder Anhänger Luthers und lutheriſche oder andere ketzeriſche Bücher waren zu Tauſenden im Lande verbreitet. Hatten früher vorzüglich die untern Claſſen den neuen Lehren angehangen, ſo fanden ſie jetzt auch in den höhern Ständen vielen Anklang, ſo manche obrigkeitliche Perſon war ihnen eifrigſt ergeben. An vielen Orten wurden die Gottesdienſte ſchlecht oder faſt gar nicht beſucht, die Sacramente höchſt ſelten empfangen, die Communion unter beiden Geſtalten verlangt; die Faſtengebote hielt man trotz aller landesfürſtlichen Erläſſe ſehr häufig nicht. Einzelne fanatiſche Glaubensboten ſchlugen noch immer ihren Weg nach Tirol ein und hatten ſelbſt die Kühnheit, auf offener Straße in den Städten ihre Lehren zu verkünden.[5])

Ferdinand I. hatte in ſeinem Teſtamente vor allem ſeinen Söhnen aufgetragen, an den katholiſchen Lehren feſtzuhalten und die Irrlehren aus ihren Ländern zu verbannen. Wie Kaiſer Maximilian II. ganz entſchieden zum Proteſtantismus hinneigte, ebenſo entſchieden war Ferdinand II. Katholik und mußte es darum für eine Gewiſſenspflicht halten, ſeines Vaters Willen zu erfüllen und ſeine Lande katholiſch zu machen und zu erhalten. Zu demſelben Ziele mochten ihn aber auch politiſche Erwägungen führen. Er hatte in Böhmen geſehen, wie gefährlich proteſtantiſche Unterthanen einem katholiſchen Fürſten werden konnten, namentlich mußte ihm die Secte der Wiedertäufer, die in Tirol ja ſolchen Anklang gefunden, ganz revolutionär

und mit einer geordneten Regierung völlig unverträglich erſcheinen. Zahlreiche Beiſpiele zeigten ihm, wie bedenklich das Vorhandenſein mehrerer Confeſſionen bei dem herrſchenden Fanatismus ſeiner Zeit für die Ruhe und den Frieden eines Landes war; bei ſeiner religiöſen Ueberzeugung mußte ihm aber der Gedanke, daß Tirol ganz proteſtantiſch werden könnte, ſehr ferne liegen. Auch hätte die Förderung des Proteſtantismus wegen der Nachbarn im Norden und Süden, die katholiſch waren, nicht opportun erſcheinen können. Unter dieſen Verhältniſſen wird man es ſehr begreiflich finden, wenn Ferdinand II. ſchon bei ſeinem Regierungsantritt feſt entſchloſſen war, Tirols Glaubenseinheit wiederherzuſtellen. Er glaubte damit nur dem Lande und ſeiner Dynaſtie die größte Wohlthat zu erweiſen und mochte die Aufgabe für leichter halten, als ſie wirklich war. Der Eifer der bairiſchen Fürſten und die Ermunterungen und Lobſprüche des Pabſtes mußten ihn in ſeinem Vorhaben beſtärken. Noch vor ſeiner Ankunft in Tirol gab er deſſen Bewohnern ſeine Geſinnung betreffs der religiöſen Frage durch ein öffentliches Edict kund. „Demnach, ſagt er darin, die kaiſ. Majeſtät, unſer allergnädigſter geliebteſter Herr und Vater, in der väterlichen Dispoſition unter andern vermelt, daß ihr Willen ſei, uns vor dieſer Zeit ſchwebenden und allen künftigen Secten und verführeriſchen Lehren zu hüten, bei der Gehorſam, Einigkeit und Gemeinſchaft der heil. allgemeinen chriſtl. römiſchen Kirchen beſtändiglich zu bleiben, auch treulich zu befleißen, die darwider einreiſſende Secten, ſchädlich Opinion und zerrüttliche Lehren ſammt ihren Ausbreitern und Lehrern aus unſern Landen und Gebieten auszureuten, die Sachen der ſtrittigen Religion zu chriſtlicher Einigkeit unſeres beſten Vermögens zu befördern; daß wir hierauf in Antretung unſer Regierung uns nicht höchers angelegen ſein laſſen, dan ihr kaiſ. Mjt. väterlichen Willen förderlich ins Werk zu richten, und derowegen entſchloſſen ſein in unſern Landen allenthalben die alte wahre katholiſche Religion zu erhalten iſt demnach unſer gnädiger und endlicher Befehl, daß ihr euer fleißiges Aufſehen habet ꝛc.“ Das gemeinſame Intereſſe in der kirchlichen Frage bewog ihn zweifelsohne auch zum engen Anſchluſſe an die bairiſchen Herzoge und an ſeinen jüngern Bruder Karl, die ſeine Beſtrebungen theilten, und machte ihn gegenüber den tiroliſchen Biſchöfen nachgiebiger, als er ſonſt geweſen wäre; wie hingegen dieſe aus demſelben Grunde mit ihm in gutem Einvernehmen zu ſtehen trachten mußten. Dadurch erleich-

terte er sich seine Aufgabe wesentlich. Noch mehr kamen ihm aber die Beschlüsse des Trientiner Concils zu gute, denn es gab die Mittel an die Hand für die Bekämpfung der neuen Lehren und Ferdinand versäumte nicht sie fleißig anzuwenden; vor allem fand er in den Jesuiten, Franciscanern, Capucinern und andern Ordensleuten taugliche Werkzeuge zur Ausführung seines Planes und darum begünstigte er auch das Klosterwesen sehr. Da es nun an Belehrung und Ermahnung nicht mehr fehlte, brauchte er seltener als sein Vater die ganze Strenge der Ketzeredicte walten zu lassen, die untern Classen hatten schon die blutigen Hinrichtungen seines Vaters genügend eingeschüchtert und den bessern Ständen mangelte die sittliche Kraft und Ueberzeugungstreue, um dem so entschieden ausgesprochenen Willen des Landesfürsten ernstlich zu widerstreben. Bald fehlte ihnen auch völlig die Gelegenheit mit den neuen Lehren sich näher bekannt zu machen und mit Gesinnungsgenossen zu verkehren, da Ferdinand Tirol vor dem Protestantismus des Auslandes hermetisch abschloß und im Innern des Landes jeden Verkehr streng überwachte.[6])

Wie die oben citirte Urkunde andeutet, gab Ferdinand II. sogleich bei seinem Regierungsantritt für Erhaltung des Katholicismus seinen Beamten die gemessensten Befehle. Sie erhielten den strengsten Auftrag, alle Ausbreiter und Anhänger neuer Lehren und alle Ungehorsamen der Regierung namhaft zu machen. Die Verführer sollten sogleich abgestraft, die Irrenden, wenn sie sich nicht durch Unterricht innerhalb einer bestimmten Zeit eines Bessern belehren ließen, des Landes verwiesen werden. Diese mildere Praxis galt aber nur für die Lutheraner; die Wiedertäufer wurden ohne Nachsicht bestraft. Verdächtige Personen überfiel man selbst während der Nachtruhe, um ihre Bücher zu durchforschen oder sie zu verhaften. Alle Amtleute mußten eidlich geloben, für Ausrottung der Irrlehren und Erhaltung des Katholicismus Sorge zu tragen. Sie mußten sich insbesondere verpflichten, nicht bloß selbst alle bezüglich der jährlichen Beicht, des Empfangs des Altarssacramentes, des Fastens u. s. w. ergangenen Mandate getreu zu halten, sondern auch die Unterthanen zur Befolgung derselben zu nöthigen und fleißig auf ketzerische Bücher zu fahnden. Keiner sollte Stadtrath oder Gerichtsgeschworner werden, der nicht all diese landesfürstlichen Mandate genau zu befolgen gelobte. Noch im J. 1564 erließ Ferdinand ein Edict gegen die rebellischen

Unterthanen in Arco und gegen verdächtige Prieſter; im Aug. 1567 ein ſtrenges Mandat gegen die Wiedertäufer. Im Januar 1568 verbot er den Beſuch verdächtiger auswärtiger Univerſitäten, ein Jahr darauf ordnete er die Viſitation der Klöſter und Pfründen an, mahnte dringend zur Einhaltung der Feiertage und erließ die Aufforderung, die Juden thunlichſt aus dem ganzen Lande zu entfernen. Ein weiteres Mandat vom 19. Aug. 1570 befahl die thätige Abſtellung der Religionsſecten im Unterinnthal und im Salzburgiſchen, beſonders bei den Bergarbeitern; es ſollten nur mehr katholiſche Beamte und Arbeiter geduldet, verdächtige Bücher weggenommen, dagegen gute durch eine katholiſche Buchdruckerei verbreitet werden. In den Jahren 1569 und 1570 hatten bereits die erſten größern Viſitationen und Streifzüge nach ketzeriſchen Büchern ſtatt, wobei aus geiſtlichen und weltlichen Perſonen gemiſchte Commiſſionen thätig waren. In Rattenberg fanden die Viſitatoren faſt Alles ketzeriſch, beſonders die Obrigkeiten der Stadt und die Bergleute, und bei 455 ketzeriſche Bücher. Zu Kitzbühel mußten 227 ketzeriſche Bücher mit Gewalt confiscirt werden, denn die Bürger und Knappen wollten ſie nicht herausgeben und bei der augsburgiſchen Confeſſion verharren. Auch die Bürger von Kufſtein lieferten die 265 entdeckten verdächtigen Bücher mit Widerſtreben aus. Die Viſitationen im Oberinnthal, Puſterthal und Wippthal ergaben ähnliche Reſultate; in der Pfarre Sterzing z. B. entdeckte man ſo viele ketzeriſche Bücher, daß deren Verzeichniß im Protokoll mehr als 8 Folioſeiten einnimmt, eine obrigkeitliche Perſon behauptete, 70 fl. auf ſolche Bücher ausgegeben zu haben. Kaum war die erſte Unterſuchung geſchloſſen, lief die Anzeige ein, daß von gar Vielen ſchlechte Bücher zurück behalten worden; daher wurde im Jahre 1572 eine zweite ſtrengere Fahndung auf Bücher angeordnet; die Viſitatoren erhielten den Auftrag, wo möglich alle Bücher und ſelbſt mit Gewalt wegzunehmen. Bei dieſer Viſitation wurden im Gerichte Rattenberg 649, in Kufſtein 340, in Kitzbühel 261 Druck- und Handſchriften aller Art mit Beſchlag belegt. Das Verzeichniß der confiscirten Bücher faßte viele Folioſeiten und enthielt Schriften von Luther, Melanchthon, Spangenberg und andern berühmten Reformatoren, aber auch viele andere, nämlich hiſtoriſche Werke, Chroniken, Spruchſammlungen, die beſonders beliebt waren, und dergl. m. Die „paſſirlichen“ Bücher ließ der Erzherzog im

Einverſtändniß mit den Biſchöfen zurückſtellen, für die übrigen wurden i. J. 1574 katholiſch religiöſe Bücher, die man von Augsburg hatte kommen laſſen: Poſtillen, Katechismen, Gebetbücher u. dergl. vertheilt. Die Leute zeigten ſich aber ſehr unzufrieden mit dieſem Tauſch und forderten mit Ungeſtüm die früher ihnen entriſſenen Bücher; man hörte Viele äußern, der Landesfürſt habe zur Bücherconfiscation kein Recht. Für dieſen unermüdlichen Eifer wurde Ferdinand durch ein beſonderes Lobſchreiben des Pabſtes belohnt.[7])

Damit mochte Ferdinand für Ausrottung der Ketzer hinlänglich geſorgt zu haben glauben und richtete deßhalb in dem folgenden Decennium ſeine Thätigkeit vorzüglich auf Belebung des Katholicismus und Hebung der Sittlichkeit. Der October des Jahres 1572 brachte eine landesfürſtliche Verordnung an die biſchöfliche Adminiſtration in Trient, dem ärgerlichen Leben der Prieſter Einhalt zu thun und der November deſſelben Jahres eine Aufforderung an den Weihbiſchof Nas in Brixen, die vorarlbergiſchen Klöſter zu viſitiren. Im Jahre 1574 ermunterte Ferdinand den Coadjutor von Brixen zur Errichtung eines Prieſterſeminars und im Jahre darauf räth er den Jeſuiten und anderen Klöſtern, Studierende zur weiteren Ausbildung nach Rom zu ſenden. Im Jahre 1575 befahl der Erzherzog dem Landeshauptmann zu ſorgen, daß auf die fleißige Einhaltung der Faſten und den Empfang der Sacramente bei dieſen ſchweren Zeiten geſehen werde; im Jahre darauf beſtimmte er für die, welche an Faſttagen Fleiſch eſſen oder die Feiertage nicht halten, 1—5 fl. Strafe; der October des J. 1575 brachte abermals einen Befehl betreffs des Prieſterconcubinates. In den Jahren 1577 und 1578 hatten wiederum Viſitationen ſtatt, wobei im Puſterthale viele ſectiſche Bücher aufgefunden wurden; im Jahre 1579 forderte Ferdinand ſeine Obrigkeiten auf, der päbſtlichen Commiſſion bei der Reformation des Klerus hilfreich an die Hand zu gehen. 1582 wurde den Münzarbeitern zu Hall mit der Excommunication gedroht, wenn ſie die religiöſe Sectirung nicht ließen; in den beiden folgenden Jahren nahmen geiſtliche und weltliche Commiſſäre die Viſitation und Reformation der Klöſter zu Wilten, Bozen und St. Michael vor. Im J. 1583 ermahnte Ferdinand ſeine Unterthanen abermals zu bußfertigem Leben und das Jahr darauf legte er in einem Schreiben dem Biſchof von Trient an's Herz, die Pfründen fleißig zu viſitiren, geiſtliche Stellen nicht unbeſetzt zu laſſen und

das Concubinat nicht zu dulden. Nebenbei förderte der Erzherzog das katholiſche Schulweſen nach Kräften. Er unterhielt an ſeinem Hofe eine eigene Schule für die Edelknaben, die von Jeſuiten geleitet wurde; die bereits von ſeinem Vater angelegte Jeſuitenſchule zu Innsbruck ließ er ſich ſehr angelegen ſein, ſo daß die Patres ſchon im J. 1571 ihr neues Collegium beziehen konnten; er reichte ihnen jährlich ein bedeutendes Deputat aus ſeinen Kammergütern. Seine Schweſtern unterſtützten ſeine Beſtrebungen, indem ſie zu Hall eine Jeſuitenſchule für Heranbildung von Geiſtlichen und zum Unterricht von Edelknaben in's Leben riefen. Ferdinand war auch der erſte Landesfürſt, der eine förmliche Schulordnung (1586) erließ, die die Unterrichtszeit, den Lohn des Schulmeiſters, die Schulaufſicht und zum Theil auch die Schulgegenſtände beſtimmte. Selbſtverſtändlich wurde darin auf den Unterricht in der Religion und die religiöſen Uebungen ein beſonderes Gewicht gelegt, auffallend iſt aber, daß Ferdinand nur den ſonn- und feſttäglichen Meſſebeſuch verlangte und mit einem jährlich dreimaligen Empfang der Sacramente ſich begnügte.

Aber alle dieſe Verordnungen und Maßregeln thaten nicht die gehörige Wirkung. Der Hauptgrund hiefür lag in der Läſſigkeit und dem Ungehorſam der Obrigkeiten. Selbſt zum Theil den Neuerungen anhängig, kehrten ſie ſich an die landesfürſtlichen Mandate nicht. Trotz aller Verbote wurden noch immer die Faſtengebote gebrochen, die Feiertage nicht eingehalten, die Communion unter beiden Geſtalten verlangt und gereicht, lutheriſche Traktätlein und Bücher, Schmähſchriften, Paſquille, Kalender, Gemälde u. ſ. w. auf öffentlichem Markte verkauft oder heimlich den Leuten zugeſteckt. Die hutteriſchen Brüder erneuerten ſelbſt ungeachtet einzelner Hinrichtungen ihre Verſuche, aus ihren Zufluchtsorten in Mähren in Tirol einzudringen, um hier neue geſinnungstüchtige Kräfte zu gewinnen und es gelang ihnen zum Theil. Nicht bloß da, wo bisher Wiedertäufer geweſen, auch in davon weitentfernten abgelegenen Orten regte es ſich wieder. Da erneuerte Ferdinand am 7. Januar 1585 ſeine früheren Ketzeredicte und Strafmandate in verſchärfter Form und trug den Obrigkeiten deren Befolgung in aller Strenge auf. Sie mußten dieſelben viermal im Jahre in der Kirche bekannt machen laſſen. Beſonders befahl er ihnen, nach verdächtigen Büchern zu fahnden. Sie ſollten nicht bloß die Zölle und Mauten, die Läden und öffentlichen Märkte überwachen, ſondern auch öfter Hausdurchſuchungen anſtellen.

Wer binnen drei Monaten verbotene Bücher nicht herausgab, wurde bestraft. Welche Bevormundung eines ganzen Volkes! Mit besonderem Ernst befahl Ferdinand den Obrigkeiten die Prüfung und Ueberwachung der lateinischen und deutschen Schullehrer. Diese verschärften Maßregeln scheinen einen förmlichen Aufruhr erregt zu haben, aber Ferdinand schlug ihn siegreich nieder und führte nun mit vollkommener Billigung seines kaiserlichen Vetters Rudolf II. die Gegenreformation vollends durch. Pabst Sixtus V. hatte alle Ursache, ihm zu seinen Erfolgen Glück zu wünschen und für seinen Eifer hohes Lob zu zollen [8]).

Die Beschlüsse des Tridentiner Concils und das Beispiel des Landesfürsten spornten auch die Bischöfe zu reformatorischen Bestrebungen an. Sie beriefen nun fleißig Diöcesansynoden ein und unternahmen öfter Visitationsreisen, um dadurch die Uebelstände im Klerus kennen zu lernen und wo möglich zu beheben. Zu Brixen fanden in kurzer Zeit noch unter Cardinal Christof drei solche Versammlungen der Priesterschaft statt und außerdem betheiligte man sich an zwei Provinzialsynoden zu Salzburg. Auf der ersten dieser beiden Versammlungen wurden die Bestimmungen des Tridentinums, doch mit einigen Ausnahmen, acceptirt. Die Visitationsreisen begannen im Jahre 1567, zuerst hielt sie Christof Andrä v. Spaur, der eigens zu diesem Zwecke vom Cardinal abgeordnet war, und dann folgte seinem Beispiele der viel minder eifrige Coadjutor Thomas v. Spaur. Im Jahre 1567 traf man auch die ersten Anstalten zur Errichtung eines Priesterseminars, das erst 200 Jahre später zu Stande kommen sollte. Die fortwährenden Ermahnungen der Päbste, die diese Thätigkeit aufmerksamst überwachten, trieben immer zu neuem Eifer an und ihre vielen Jubelablässe übten mächtigen Einfluß auf das Volk, das hiedurch immer fleißiger im Besuche des Gottesdienstes und Empfang der Sacramente wurde. Doch trotz all' dem war am Ende der Regierung Ferdinands der kirchliche Zustand des Brixner Bisthums kein erfreulicher, das beweist deutlich die Visitation, die Cardinal Andreas im J. 1594 anstellte. Obwol Andreas bei dem noch immer herrschenden Priestermangel sehr nachsichtig war, so mußte er doch gar manchen Priester wegen seines ärgerlichen Lebens und gänzlicher Unbrauchbarkeit absetzen. Es stellte sich heraus, daß der Unterricht in der Religion und die Ausspendung der Sacramente sehr vernachlässigt worden waren. Auch fand man wiederholt

Spuren von Wiedertäufern, wie im Pusterthal und Innthal, und nicht selten wurden ketzerische Bücher entdeckt. In dem Bisthum Trient nahmen die Dinge einen ähnlichen Verlauf. Auch Cardinal Ludwig versammlte zweimal den Diöcesanrath um sich und unternahm Visitationsreisen; auch er ließ sich die Errichtung eines Seminars angelegen sein. Wie hier sich der kirchliche Zustand gestaltet hatte, bezeugen am besten die Beschlüsse der Synode vom J. 1593. Demnach stand es mit den Sitten der Priesterschaft eher noch schlimmer als in der Brixner Diöcese und Häresien und häretische Bücher waren weit verbreitet. Cardinal Ludwig wäre sicherlich der Mann gewesen, um eine gründliche Besserung herbeizuführen, aber er fand hiezu ebensowenig Zeit, wie sein Oheim Christof. Hochangesehen in der kirchlichen Welt, diente er den Päbsten häufig als Werkzeug bei ihren großen Plänen und Unternehmungen. Er betheiligte sich in hervorragender Weise am Tridentiner Concil, erlangte vom Kaiser die Erlaubniß zur Publication von dessen Beschlüssen und fungirte seit 1581 als päbstlicher Legat in Deutschland; als solcher erlangte er maßgebenden Einfluß in dem Handel des Gebhard Truchseß v. Waldburg, Erzbischofs von Mainz, der zum Protestantismus übergetreten war. In seinen letzten Jahren weilte er zu Rom und versah als Protector der deutschen Nation deren Angelegenheiten, nachdem er die einstimmige Erwählung zum Pabste (1592) abgelehnt hatte[9]).

Den vereinten Bemühungen der geistlichen und weltlichen Gewalt gelang es endlich nach siebenzigjähriger Thätigkeit, Tirols Bewohner zum größten Theile wieder katholisch gesinnt zu machen; aber gerade die vielen Anstrengungen und die lange Zeitdauer, die zur Bekehrung nöthig waren, sind der schlagendste Beweis, daß die religiösen Neuerungen in unserem Vaterlande tiefe Wurzeln gefaßt. Wäre man denselben nicht mit solcher Gewalt hinderlich entgegengetreten, so würde Tirol wol so gut, wie manches andere deutsche Land, protestantisch geworden sein, es hätte dazu kaum einer Förderung des Protestantismus durch die Landesfürsten bedurft, wie in vielen deutschen Fürstenthümern. Daß aber die geistliche und weltliche Gewalt endlich Alles aufbot, Tirol für den Katholicismus zu retten, wird man sehr begreiflich finden. Das Pabstthum hatte daran das höchste Interesse, denn gieng ihm dies mächtige Bollwerk verloren, so sah es seine Macht selbst in Italien bedroht und auch für das Kaiserthum war es, so lange dasselbe sich auf den Katholicismus

ſtützen mußte, von unſchätzbarer Wichtigkeit, daß Tirols Volk und Fürſt mit ihm die gleiche Geſinnung theilten. Nicht minder entſprach es aber dem Intereſſe aller fürſtlichen Nachbarn des Landes, ja aller Fürſten überhaupt, daß nicht im Herzen Europa's, in ſeinen Grundfeſten gleichſam, ein mächtiges Gemeinweſen von freieſtem religiös-politiſchen Charakter ſich bilde, das allen Völkern Europa's zum Ideale, zum Ziele ihrer Beſtrebungen werden konnte. Wenn aber Tirol ſchließlich ſo gründlich bekehrt wurde, ſo wird auch dies nicht wunder nehmen dürfen. Bei der großen Entfernung von den Ausgangspunkten der neuen Lehren, die in Tirol Anklang fanden, hatten die Tiroler ſchon vom Anfange an wenig Gelegenheit, ſich mit denſelben vertraut zu machen und dieſe wurde immer ſeltener und gefährlicher und hörte zuletzt, bei der hermetiſchen Abſchließung nach Außen, völlig auf. In demſelben Grade aber, in dem ſich dieſe Schwierigkeiten ſteigerten, ſank auch gleichzeitig das Selbſtbewußtſein und die Kraft des Volkes. Dazu trugen nicht nur die Türkenkriege, Hinrichtungen und Auswanderungen bei, ſondern auch der materielle Verfall des Landes und die Noth der Zeit. Dieſe Bedrängniſſe weckten jedoch anderſeits die religiöſen Bedürfniſſe der Tiroler um ſo mehr, und da ſie dieſelben nicht anders als in der Form des Katholicismus befriedigen konnten, ſo kehrten ſie zu demſelben um ſo leichter zurück; ſie folgten um ſo mehr dem Rufe der Landesfürſten, je eifriger dieſe beſtrebt waren, die tiefgeſunkene Sittlichkeit zu heben und an die Stelle ſittenloſer Prieſter würdigere Diener der Kirche zu bringen. Unleugbar haben ſich durch dieſe Beſtrebungen die Landesfürſten nicht bloß um die Kirche, ſondern um die Menſchheit überhaupt große Verdienſte erworben und man wird, ohne der Wahrheit Eintrag zu thun, nicht in Abrede ſtellen können, daß daran ihre Hauptwerkzeuge, die Jeſuiten und andere Ordensbrüder, nicht geringen Antheil hatten. Ganz ſich ſelbſt überlaſſen, ohne geiſtliche Führung und aller Mittel zur religiöſen Belehrung beraubt, hätte das tiroliſche Volk wol einer völligen Unwiſſenheit in Religionsſachen und damit einer noch ſchlimmeren ſittlichen Entartung anheimfallen müſſen, wenn nicht dieſe Männer durch ihre aufopferungsvolle Thätigkeit, durch ihre Predigten und Unterweiſungen auf Miſſionen und ſonſt und durch den Unterrricht in den Schulen, die Sittlichkeit des Volkes gehoben und religiöſe Bildung verbreitet hätten. Und es iſt nun wieder ganz dem Charakter eines kräftigen

Bergvolkes, das die Extreme liebt, entsprechend, wenn es so sehr auf ihre Lehren eingieng. Doch die Sittlichkeit hat sich lange nicht in dem Grade gebessert, als der religiöse Fanatismus gewachsen ist.

§. 3. Gesetzgebung, Verwaltung, Hofhaltung.

Inhalt: Ferdinand's II. Thätigkeit auf dem Gebiete der inneren Verhältnisse. Die reformirte Landesordnung und die Polizei- und Sittenordnung. Fischer- und Schulordnung. Verordnungen zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit des Landes. Kriegs- und Schützenwesen. Finanzwesen. Neue und alte Finanzquellen. Stand der Bergwerke und Haller Münze. Einnahmen und Ausgaben. Verwaltungs- und Justizbehörden. Hofstaat und Hofbeamte. Erzämter. Hoftafel. Hoftracht. Einrichtung. Das Schloß Amras und seine Herrlichkeiten. Glänzende Feste. Das Schützenfest vom Jahre 1574. Das große Fest vom J. 1580. Ferdinand's zweite Hochzeit. Kunst und Wissenschaft. Die Ambraser Sammlung. Ferdinand's Gemahlinnen und Söhne. Karl v. Burgau. Ferdinand's Testamente. Sein Verhältniß zu den andern Verwandten. Sein Charakter, seine Ziele und Erfolge.

Sieht man von der Gegenreformation ab, so erreicht Ferdinand's II. Thätigkeit auf dem Gebiete der inneren Verhältnisse bei weitem nicht die Bedeutung des Wirkens seiner Vorgänger. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung begegnen wir nur zwei Erscheinungen von größerer Wichtigkeit, nämlich der reformirten Landes- und Polizeiordnung und der Schulordnung. Im übrigen beschränkte sich Ferdinand auf einzelne Verordnungen, die herrschenden Uebelständen vorübergehend Abhilfe schaffen sollten; sie betreffen die verschiedenen Zweige gesetzgeberischer Thätigkeit: das Justizwesen, die Polizei, das Finanzwesen, die Schule und besonders die Kirche. Die Entstehungsart der Gesetze und Verordnungen ist im wesentlichen dieselbe, wie unter Max I. und Ferdinand I., nur nimmt Ferdinand das Gebiet der Gesetzgebung für sich noch viel entschiedener in Anspruch als seine Vorgänger und prägt ihm noch mehr den spezifisch katholischen Charakter auf. In ersterer Beziehung ist eine Aeußerung Ferdinands auf dem Landtag v. J. 1573 sehr bezeichnend. Der Erzherzog, der eben den Ständen eröffnet, daß die Landesordnung druckfertig sei, erklärt nun, er hätte zwar für unnöthig gehalten, dem Landtage diese Ordnung zur weiteren Berathung vorzulegen, da dieselbe eigentlich eine Sache des Landesfürsten sei, doch wolle er sie auf unterthänigstes Bitten des kleinen Ausschusses einer eigens verordneten Ständedeputation zur Durchsicht zustellen. Darauf bitten

die Stände, dieſelbe ihren Ausſchüſſen vorzulegen, denen ſie hiezu volle Gewalt gegeben hätten. Im vollen Landtag kamen überhaupt nie geſetzgeberiſche Acte vor, derſelbe wählte nur die Deputirten, welche gemeinſam mit den erzherzoglichen Verordneten derlei Gegenſtände beriethen, um ihre Rathſchläge dann dem Landesfürſten zu unterbreiten.

Schon unter Ferdinand I. hatten die tiroliſchen Stände um Reformirung der Landesordnung gebeten, da viele Artikel einer verſtändlicheren Faſſung oder der Erläuterung bedurften und manche Lücken zu ergänzen waren. Der Kaiſer war ihrem Wunſche bereitwillig entgegengekommen und hatte gegen Ende ſeiner Regierung die Ordnung durch ſeine Räthe und die landſchaftlichen Abgeordneten nochmals durchberathen laſſen. Dieſe Berathungen ließ Ferdinand II. fortſetzen, bis ſie im J. 1573 endlich zum Abſchluß gelangten und ihre Ergebniſſe im Jahre 1574 vom Regierungsſecretär Joh. Ernſtinger in Druck erſchienen. Die reformirte Landesordnung unterſcheidet ſich nicht weſentlich von der alten, die Reform beſteht vorzüglich in erläuternden Zuſätzen. Das erſte der neun Bücher wurde um 2, das dritte und ſiebente um einen, das ſechste hingegen um 40 Titel vermehrt. Die Bereicherung des letzten machte hauptſächlich die Müller- und Bäckerordnung aus. Der neue Artikel des ſiebenten Buches iſt gegen die Gartknechte und Landſtreicher gerichtet. Der Artikel 54 im dritten Buch, der die Kirchpröbſte und frommen Fonde betrifft, wurde viel ausführlicher und der zwölfte des ſechsten Buches zeichnet ſich durch eine vortreffliche Apothekenordnung aus. Die mit der Landesordnung vereinigte Polizei- und Sittenordnung iſt ein ganz neues und intereſſantes Geſetz. Dasſelbe hatte die Beſtimmung, der trotz aller Mandate immer zunehmenden Sittenverderbniß einen Damm zu ſetzen. Wie weit es bereits gekommen, bezeugen Ferdinand's Klagen in der Einleitung der Ordnung. Alle wahre Gottesfurcht und Andacht, alle chriſtliche Liebe und Gewiſſenhaftigkeit im Handel und Wandel, heißt es darin, ſeien völlig erloſchen, wol aber höre man überall Gotteslästerung, Fluchen, Schwören u. dgl.; unordentlicher Pomp und Pracht in Eſſen, Trinken und Kleidung, leichtfertiges Spiel, Todſchlag, Ehebruch, Hurerei und andere Unkeuſchheit, Wucher und Betrug, Neid, Haß und andere Laſter ſchänden das Menſchengeſchlecht in einer Weiſe, wie es früher nie erhört worden. Wenn er hiemit den Zuſtand ſeiner Zeit ohne Uebertreibung

ſchildert, ſo wird man die Urſachen eines ſo tiefen ſittlichen Verfalles nur darin ſuchen dürfen, daß das Volk für den Mangel religiöſer Freiheit in dem Taumel ſinnlicher Genüſſe ſich zu entſchädigen ſuchte; gibt es ja doch nichts, was den Menſchen mehr corrumpirt, als wenn er gegen ſeine Ueberzeugung leben und handeln muß! Ferdinands Sittenordnung nun tritt vor allem den Läſterungen Gottes, Mariens und der Heiligen, dem Schwören und Fluchen, der Zauberei und Wahrſagerei entgegen; auch wider die Völlerei und die böſe Sitte des Zutrinkens, wider die Glücks- oder Wagſpiele eifert ſie heftig. Für alle dieſe Laſter werden hohe Strafen feſtgeſetzt und nicht minder ſtreng tritt das Geſetz gegen den Kleiderluxus auf. Es beſtimmt genau die Kleiderſtoffe, den Schmuck u. dgl. der einzelnen Stände und ahndet jede Ueberſchreitung, das erſte Mal mit einem Zehntel, das zweite Mal mit einem Drittel und das dritte Mal mit dem vollen Werthe des betreffenden Stückes. Die Grafen, Herren, Ritter und ihre Frauen durften natürlich am koſtbarſten gekleidet ſein, dem einfachen Adel waren die Doctoren und ihre Frauen gleichgeſtellt, ihnen zunächſt kamen die Bürger und Bürgersfrauen in den Städten und Märkten, die kein Handwerk trieben, in der einfachſten und wohlfeilſten Kleidung mußten die Kleinbürger, Krämer, Handwerker und das Landvolk gehen. Die pünktliche Befolgung dieſer Kleiderordnung wurde allen Volksclaſſen zur heiligen Pflicht gemacht und namentlich den Vornehmen an's Herz gelegt, mit gutem Beiſpiele voranzugehen. Für die Hochzeiten und ſonſtigen Mahle ſetzt die Sittenordnung die Zahl der Gäſte, die Zahl der Gänge und die Höhe des Preiſes feſt, die Kinds- und Todtenmahle ſchafft ſie ganz ab. Mit beſonderer Sorgfalt behandelt dieſelbe auch die Wucherverträge. Sogar für ärztliche Hilfe und gute Hebammendienſte iſt ſie beſorgt und zum Schluſſe bringt ſie eine zweckmäßige Dienſtboten- und Handwerkerordnung[1]).

Von den weiteren Geſetzen und Verordnungen, die Ferdinand II. erließ, wollen wir nur der Wald-, Fiſcher- und Schulordnung gedenken. Die erſte veranlaßten die Klagen der Stände, die ſie bereits auf dem Landtage des Jahres 1567 gegen die Waldmeiſter vorbrachten; die Fiſcher- und Schulordnung gab der Landesfürſt aus eigenem Antriebe und ſie zeigen ihn als völlig unabhängigen, ſelbſtſtändigen Geſetzgeber. Die Fiſcherordnung iſt eine Erweiterung und Einſchärfung der in der Landesordnung enthaltenen Be-

züglichen Bestimmungen und gewährt besonderes Interesse, weil Ferdinand II. darin eine eingehende Kenntniß der Lebensweise und Natur der Thiere an den Tag legt. Der Erzherzog bestimmt die Werkzeuge zum Fischfang genau nach Größe und Gestalt, eifert gegen schonungsloses Verfahren und ergreift treffende Maßregeln, um die Ausrottung oder auch nur merkliche Verminderung der Thiere zu verhüten; dabei nimmt er alle Seeen und Fischwässer als landesfürstliches Regal in Anspruch, erlaubt aber in gewissen, wie in dem Inn, Etsch und Eisack, den freien Fang mit den vorgeschriebenen Werkzeugen und in beschränkter Anzahl. Wie für die Blüte der Fischzucht war Ferdinand, als leidenschaftlicher Jäger, auch für Erhaltung des Wildstandes eifrig bemüht, so daß er selbst die grausame Verordnung erließ, allen Hunden in Innsbruck und Amras einen Fuß abzuhauen, damit sie dem Wild nicht nachlaufen könnten. Die bereits früher erwähnte Schulordnung sowie einige andere in dieses Feld einschlägige Verordnungen liefern den unwiderleglichen Beweis, daß damals der Landesfürst das Schulwesen ganz allein organisirte und die Stände sich nicht im geringsten daran betheiligten oder darum kümmerten. Schulgegenstände waren: Gesang, Katechismus, Schreiben, Lesen und etwas Rechnen; Schulstunden im Sommer Vormittags 6—9½, im Winter 7—10, Nachmittags durchaus 12—4 Uhr. Der Lehrer erhielt als Entlohnung für das Quartal per Kopf 24 kr. Die Handhabung der Schulordnung überwachten die (staatlichen) Schulscholarchen oder Schulherren. Im J. 1586 verordnete Ferdinand die Errichtung dreier Schulen in und bei Innsbruck, eine in der Stadt selbst, eine in St. Nicolaus und eine am Graben[2]).

Zahlreich waren Ferdinands Verordnungen zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit des Landes im Innern und zum Schutze der Grenzen gegen auswärtiges Gesindel. Wie arg damals das Banditenwesen in Tirol hauste, bezeugt außer dem, was über die italienischen Banditen bereits gesagt wurde, besonders der Bestand der Gesellschaft „Meußköpf“ und das Auftreten großer Zigeunerschaaren. Jene Gesellschaft, eine zahlreiche Diebs- und Räuberbande, bestund großentheils aus jungen Leuten unter 20 Jahren, die in ihren Verkleidungen und Vermummungen den friedlichen Bewohnern große Angst und Furcht einjagten. Ferdinand trug den Obrigkeiten wiederholt auf, gegen Landstreicher, Banditen, Zigeuner und anderes verdächtiges Volk

einzuſchreiten, er errichtete, um wirkſamer dies Uebel zu bekämpfen, das Landprofoſenamt mit 80 berittenen Mann, traf öfters Anordnungen zur genauen Bewachung der Grenze und vereinbarte ſich mit Venedig wegen Ausrottung der Banditen und Maleficanten; auch erließ er Verbote gegen das Waffentragen und Zuſammenrottungen und eine neue Bettelordnung, wornach die Gemeinden für ihre Armen zu ſorgen verpflichtet wurden. Alle dieſe Maßregeln vermochten aber nicht dem Uebel zu ſteuern; ſelbſt als Ferdinand das Profoſenamt, welches er auf den Wunſch der Stände abgeſchafft hatte, mit verſtärkter Gewalt wiederherſtellte, wurde es nicht behoben; der Landesfürſt wäre in ſeiner Reſidenzſtadt bald kaum des Lebens ſicher geweſen. Das iſt der glänzendſte Beweis vom tiefen Verfall des Kriegsweſens im Lande. Man goß zu Mühlau wol noch einzelne Geſchütze, Rüſtungen und Harniſche, aber ſonſt that Ferdinand nichts für die Wehrfähigkeit des Landes, will man nicht die Förderung des Schützenweſens dazu rechnen. Dieſes blühte allerdings unter Ferdinand II.; die tiroliſchen Büchſen- und Stachel-Schützengeſellſchaften hatten jährliche Schießübungen, wozu ſie von den Landesfürſten beſondere Gnadengaben erhielten, und feierten auch große Schützenfeſte; aber Alles trägt mehr den Charakter des Spieles als des Ernſtes an ſich. Solche Geſellſchaften beſtanden in Innsbruck, Hall, Schwaz, Rattenberg, Kufſtein, Imſt, Pfunds, Landeck, Sterzingen, Reute, Bozen, Meran, Feldkirch, Bregenz, Bludenz und Hohenegg. Die Gaben beſtanden in „lindiſchem“ Tuch. [3])

Die wichtigſte Rolle unter den innern Angelegenheiten ſpielte, das hat uns ſchon §. 1 gezeigt, das Finanzweſen. Wir haben geſehen, wie ſchlimm die Finanzlage bei Ferdinand's II. Regierungsantritt war, wie er immer mit neuen Forderungen vor die Stände trat und mit den Bewilligungen nie auslangte, wie der Staatshaushalt ſtets mehr ſich zerrüttete und die von Ferdinand verſprochene gute Hauswirtſchaft nie verwirklicht wurde. Wenn aber auch Ferdinand nie zu einer durchgreifenden Reform des Hofſtaates kam, ſo führte er doch manche Erſparungen ein und hielt ſtreng auf Ordnung und Controle. Freilich reichte das bei weitem nicht hin, das Gleichgewicht zwiſchen Einnahmen und Ausgaben herzuſtellen und anderſeits fruchteten die Maßregeln, die er zur Eröffnung neuer Hilfsquellen ergriff, gar wenig. Er machte z. B. einen Aufſchlag auf Salz, erhöhte einige Zölle und errichtete ein paar neue; allein

dadurch wurden Handel und Verkehr noch mehr gehemmt, der Absatz verringert, und dann baten ihn die Stände solche schädliche Neuerungen abzuthun. Die Einlösung einiger Kammergüter, die mit Hilfe der landschaftlichen Bewilligungen geschah, fruchtete auch nicht viel, denn sie mußten bald wieder versetzt werden. Finanznöthen zwangen Ferdinand wahrscheinlich auch die böhmischen Herrschaften Komotau und Bürglitz zu verkaufen. So blieben Ferdinands Einnahmen im wesentlichen auf die alten Einnahmsquellen beschränkt und diese verringerten sich größern Theils. Die Zölle waren schon lange nicht mehr so einträglich wie früher. Auch das Bergwesen kam im ganzen herab. Es wurden zwar neue Erzadern aufgefunden und dem Baue übergeben und einzelne Bergwerke zeigten sich ergiebiger als bisher; so das Rattenbergische, am Geier genannt, das in den Jahren 1588—95 die hohe Summe von 498.733¾ Staar Silber und Kupfererz abwarf, dann das Bergwerk am Röhrer Bühel (bei Kitzbühel), das in den Jahren 1563—1607 bei 310.375 Zentner Kupfer ergab. In dem Berggerichte Kitzbühel wurden damals etliche zwanzig Bergwerke gezählt und es hatte anfangs noch sehr ansehnliche Gewerke: die Grafen Fugger, die Rosenberger v. Roseneck, die v. Trübenbach, v. Lassereck, die Behaim v. Nürnberg u. a. Allein das vorzüglichste aller tirolischen Bergwerke, das zu Schwaz, gieng mit raschen Schritten seinem Verfalle entgegen, der bereits unter Kaiser Ferdinand begonnen. Während es früher eine ganz außerordentliche Menge Brandsilber und Kupfer geliefert hatte, trug es i. J. 1564 nur mehr 17.518 Mark und in den folgenden Jahren nicht einmal 2000. Es giengen infolge dessen alle Gewerke ein bis auf das Fugger'sche und das landesfürstliche. Der Landesfürst mußte sich, wie erwähnt, des verfallenen Bergwerkes ernstlich annehmen, um dessen völligen Untergang zu verhüten. Von dem Bergwerke auf dem Kühberg heißt es, es sei an einem Tage „zergangen"; die Erzgruben zu Persen giengen sehr zurück und endlich, die Vitriolgrube ausgenommen, ganz ein; die Bergwerke in Primör waren ebenfalls im Rückgange. Dessenungeachtet aber blieben die tirolischen Bergwerke noch lange ein Muster ihrer Art und ein Gegenstand der Bewunderung. Auch die Münze zu Hall genoß einen Weltruf; ließ doch i. J. 1584 König Philipp II. v. Spanien sich eigens Tiroler Münzmeister nach Segovia kommen, um daselbst eine Münze zu errichten.[4])

Das Erträgniß dieſer Einnahmsquellen reichte nicht einmal zur Beſtreitung der gewöhnlichen Auslagen hin; denn dieſe waren, wenn auch im Laufe der Zeit einige Erſparungen eingeführt wurden, immer noch ſehr bedeutend für jene Zeit und ein ſolches Fürſtenthum, wie Tirol und die Vorlande ausmachten. Für Regierung und Kammer wurden z. B. i. J. 1567 im ganzen 19.002 fl., i. J. 1582 noch 17.185 fl. verausgabt. Die geſammte Hofhaltung kam i. J. 1581 auf 252.325 fl. und i. J. 1585 über 231.826 fl. Davon entfielen auf die Kammer ſeiner fürſtl. Durchlaucht 36.595 fl. 59 kr., auf Beſoldungen für den Hofſtaat 43.192 fl. 46 kr., auf den Hofſtaat der Erzherzogin 3967 fl., auf Küchenausgaben 32.199 fl., auf Kellerausgaben 19.880 fl. (!), auf den Marſtall 28.636 fl., Dazu kamen dann noch die Verzinſung der aufgeliehenen Capitalien, die ſpeciellen Verwaltungskoſten der Vorlande u. A. Im J. 1595 betrugen die Geſammteinnahmen der fürſtlichen Kammer 323.399 fl. und die Geſammtausgaben 347.474 fl., ſohin beſtand ein Defizit von 24.075 fl. Unter den Ausgaben waren folgende Poſten die wichtigſten: 40.193 fl. für den kaiſerlichen Hofſtaat, 135.045 fl. für des Erzherzogs Hofhaltung, 6000 fl. Deputat für den Cardinal Andreas, 26.240 fl. Regierungskoſten, 7511 fl. Proviſionen, 5120 fl. für das Zeughausperſonale, 31.207 fl. Capitalzinſen, 12.707 fl. Bezahlung von Zinsbriefen. Unter den Einnahmen ſtehen oben an: der Kundler Kupferbau (8343 fl.), das Pflegamt zu Salurn (51.013 fl.), die Münze in Hall (29.240 fl.), der Zoll in Kuntersweg (8502 fl.), das Kaſtenamt in Hall (5122 fl.), der Zoll und Wechſel in Rattenberg (5862 fl.), der Zoll am Fernſtein (8508 fl.) der Zoll in Primör (8502 fl.), der Zoll in Grimb (8405 fl.), der Zoll in Zirl (7767 fl.), der Zoll in Sacco (7296 fl.). Danach war die erſte Einnahmsquelle des Landesfürſten, das Salzamt zu Hall, ganz durch Anweiſungen in Anſpruch genommen und warf für die Kammer nichts mehr ab und ebenſo viele andere Aemter. Trotz dieſer beengenden Finanzverhältniſſe hinterließ Ferdinand II. bei ſeinem Tode doch in der Ruheluſt und zu Amras einen Barſchatz an Thalern, Ducaten, Sechſern, Dreiern und Batzen von nicht weniger als 99.891 fl.

In den Behörden des Landes trat während Ferdinand's II. Regierung keine weſentliche Veränderung ein, nur ſcheint deren Zahl größer geworden zu ſein. Dem Fürſten zunächſt ſtand der

Hofrath oder die geheimen Räthe. Die Regierung war 1567 aus dem Statthalter Graf Georg v. Helfenſtein, Viceſtatthalter Chriſtian v. Wolkenſtein, dem Kanzler Dr. Klöckler und 10 Räthen zuſammengeſetzt, welch letztere den Familien Spaur, Fuchs Zott, Mellinger, Scheck, Hochſtetter, Heidenreich, Brandis, Welsberg und Sarnthein angehörten. Die Regierung zählte noch weiter 6 Secretäre, 5 Regiſtratoren und 9 Ingroſſiſten. Die Kammer beſtand aus 6 Kammerräthen, den Familien Khuen, Füeger, Wähingen, Brandis, Kaſtner und Peninger angehörig, aus 8 Reiträthen, 4 Kammerſecretären, 3 Copiſten, 5 Regiſtranten und 11 Ingroſſiſten. Im J. 1581 wurde wahrſcheinlich das Perſonale beider Weſen etwas reducirt. Die Stelle eines Statthalters bekleidete 1577 Georg Graf v. Thurn, 1579 Andreas v. Oeſterreich, des Erzherzogs Sohn, der im nächſten Jahre Gouverneur der Vorlande wurde. Daß es trotz dieſer bedeutenden Anzahl von Regierungsbeamten mit der Erledigung der Amtsſachen langſam hergieng, bezeugen die wiederholten Klagen der Stände; Ferdinand ſcheint perſönlich geringen Antheil an der Verwaltung genommen zu haben, wie die Beſetzung des Statthalterpoſtens ſchließen läßt. [5])

Wie die ihm befreundeten italieniſchen Fürſten und die ſpaniſchen Könige liebte auch Ferdinand einen glänzenden Hofſtaat. Unter ihm wurde die Stadt Innsbruck zum erſten Male nach 70 Jahren wieder der dauernde Aufenthaltsort des Landesfürſten, ſeine Reſidenz, und nahm dadurch einen bedeutenden Aufſchwung; es ſtand als Fürſtenſitz wenig deutſchen Städten nach und näherte ſich vielen italieniſchen Reſidenzen. Schon unter Ferdinand entfaltete ſich in Tirols Landeshauptſtadt das Hofleben zu hoher Blüte; noch mehr war dies unter ſeinen Nachfolgern der Fall. Ferdinand reducirte zwar bei ſeiner Ankunft ſeinen Hofſtaat etwas, doch derſelbe blieb noch immer ſehr anſehnlich, wie der ſeines Bruders Karl es war. Er war mit muſterhafter Strenge geordnet, jedes Einzelnen Rechte und Pflichten genau bemeſſen. Die für das große Hofperſonal erlaſſenen Inſtructionen ſind der beſte Beweis von der Sorgfalt, das Anſehen des Kaiſerhauſes durch ſtrenge Sittlichkeit und ehrerbietigen Lebenswandel des ganzen Hofſtaates zu erhalten. Nichts ſollte verwahrlost, Alles gehörig verwaltet, über Alles Rechnung gelegt werden. Alle Mitglieder des Hofes mußten Katholiken ſein und den Geſetzen der Kirche Folge leiſten. Muthwillen, Lärmen, Freveln und Gottes-

läſtern waren ſtreng unterſagt; der Verkehr zwiſchen dem männlichen und weiblichen Hofperſonal ſehr beſchränkt. Die vorzüglichſten unter den Hofbeamten waren: der Oberſthofmeiſter, der die Aufſicht über alle Hofbeamten hatte, der Oberſtkämmerer, dem die Ueberwachung der fürſtlichen Gemächer oblag, der Oberſtſtallmeiſter, der die Aufſicht über den Marſtall, die Geſchirre und Rüſtungen führte, der Hofmarſchall, deſſen Aufgabe es war, Frieden und Ordnung zu erhalten und die Hofwache zu beaufſichtigen, der Hofmeiſter der Edelknaben, der Hofleibarzt, der Stäblmeiſter, der Hofcontrollor, der Trabantenhauptmann, der Hofcapellmeiſter u. A. Unter den Hoffrauen nahmen den erſten Rang ein: die Oberſthofmeiſterin und die Hofmeiſterin der Hoffräulein. Waren Regierung und Kammer großentheils mit Tirolern beſetzt, ſo fanden ſich unter dem Hofperſonal verſchiedene Nationen und Länder vertreten, namentlich aber Böhmen und Italien. Im Jahre 1590 z. B., wo der Hofſtaat vollſtändig war, erſcheint als oberſter Hofmeiſter (mit 2000 fl. Sold) der geheime Rath Marq. de Lora, als Hofkanzler der geheime Rath Dr. Moſer, als Oberſtkämmerer (800 fl. S.) Graf Nagarol, als Kämmerer (7 mit je 480 fl.): Graf Kollowrat, Baron Molart, Baron v. Spaur, Maximilian Hendel, Karl Trapp, von Sternberg, Markgraf Maleſpina, als Leibarzt v. Willenbrock (1000 fl.), als oberſter Stäblmeiſter v. Kollowrat (600 fl.), als Hofpfennigmeiſter v. Sattlberger. Nicht bloß die Erzherzogin, auch die beiden Söhne hatten, ſobald ſie erwachſen waren, ihren eigenen Hofſtaat. Ferdinand gab auch den alten fünf Erzämtern (Erbhofmeiſter-, Erbmarſchall-, Erbkämmerer-, Erbſchenk- und Erbtruchſeßamt) wieder größere Bedeutung und vermehrte dieſelben gleich im Anfang ſeiner Regierung durch drei neue: das Erbſtallmeiſter-, das Erbſtäbl- und Küchenmeiſter- und das Erbjägermeiſteramt. Während die alten Erbämter in den Händen der Familien Trapp, Trautſon, Cles, Spaur und Zwingenburg lagen, erhielten die neuen die Wolkenſtein, Welsberg und Schurf.

Die Hoftafel war reichlich, doch etwas beſchränkter als unter Kaiſer Ferdinand, wo nach ſpaniſcher Sitte an Fleiſchtagen Mittags 12, Abends 9—10 Speiſen und an Faſttagen Mittags 24 (!) und Abends 12—14 aufgetragen wurden. Mit Tafelſachen wurde ein ziemlicher Luxus getrieben; der Erzherzog hatte einen großen Vorrath von Silberbeſtecken, Pokalen, Kannen, Aufſätzen und Schüſſeln, ſowie an geſchliffenen Gläſern. Eine noch viel größere Pracht wurde

in Kleidern entfaltet. Die Hoftracht war spanisch. Der Erzherzog trug Röcke von schwarzem Sammt, Damast und Atlas. Die Erzherzogin besaß einen reichen Staat an Kleidern und Juwelen, an Diademen, Hals- und Armbändern mit Diamanten, Perlen, Rubinen, Smaragden und Saphiren, an Ringen mit Diamanten, Goldketten und Gürteln, an Zobelpelzen mit Edelsteinen, silbernen und goldenen Röcken und Unterröcken, an Atlasröcken mit Gold- und Silberverbrämung u. s. w. Der Bedarf an Kleiderstoffen für den Hofstaat bezifferte sich auf eine hohe Summe. Die Einrichtung in den Zimmern war schon reichhaltig, die Gefäße von Silber oder Gold, Tische, Kästen, Sessel u. dgl. von hartem oder Ebenholz, die Wände reich tapezirt, die Draperien von schweren Stoffen[6]).

Schon die alte Hofburg war glänzend ausgestattet und nicht minder die Ruheluſt, eine hölzerne Burg im Hofgarten, welche der Erzherzog im Jahre des großen Erdbebens (1572) errichtete. Seine ganze Sorge und Aufmerksamkeit aber verwendete der Erzherzog auf sein Lieblingsschloß Amras, den Wohnsitz seiner geliebten Philippine, wo er gewöhnlich in der bessern Jahreszeit residirte. Er ließ dasselbe umbauen und bedeutend erweitern. Rings um das stattliche Gebäude, das mit seinen Nebenbauten stolz auf dem Hügel thronte, wurden herrliche Anlagen gemacht. Da gab es an den Abhängen und in den Thälern Weiher, Seeen und Teiche mit seltenen Fischen; dort Weingärten, Obstanger, Wälder, Hasengehäge, Wildplätze und Thiergärten; sogar eine Rennbahn, ein Ballhaus und dergleichen Uebungsplätze für die ritterliche Jugend fanden sich unter diesen Anlagen. In den auf's beste gepflegten Gärten erblickte man Paradiese, Labyrinthe, allerlei Grotten, den Wassernymphen geheiligt, künstliche Quellen und kräftige Springbrunnen, die mit ihren herrlichen Wasserstrahlen die Luft abkühlten und den Blumen reichlich Wasser spendeten. Die im Freien angebrachten Speisesälchen waren besonders niedlich; vor allem aber sehenswert jene Rotunde, in deren Mitte ein runder Tisch aus Ahorn stund. Unter diesem waren Räder angebracht, die, vom Wasser getrieben, den Tisch sammt den Leuten bald sachte, bald rasch in die Runde drehten. Die größte Merkwürdigkeit war aber das Heiligthum des Gottes Bacchus, eine finstere Höhle tief im Felsen, zu der man auf einer steinernen Stiege hinabstieg. Wer aus der Zauberhöhle wieder herauskommen wollte, mußte vorher versuchen, den gewaltigen Humpen, voll von gutem, lauterem

Weine, in einem Zuge zu leeren und seinen Namen in das Trinkbuch schreiben. Das Schloß selbst hatte viele Gemächer, Höfe, Hallen und Speisesäle, die mit Teppichen, Statuen und Gemälden geschmückt waren. Vor allem zog die sehr geräumige Rüstkammer die Blicke des Beschauers auf sich, da sie eine große Menge Kriegsrüstungen und Waffen aller Art enthielt[7]).

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts kamen glänzende Feste an den Fürstenhöfen, namentlich an den italienischen, zu Mantua, Ferrara, Florenz u. s. w., sehr in die Mode. Ferdinand II. war ebenfalls ein großer Freund derselben; darum besuchte er nicht nur bei festlichen Gelegenheiten seine fürstlichen Nachbarn oft, sondern lud sie auch an seinen Hof nach Innsbruck und veranstaltete hier ähnliche Feste. Ein Freund des Ritterwesens und gewandt in den Ritterspielen, zog er diese allen anderen vor und gab deßhalb solche mehrmals in seiner Residenz zu Innsbruck und auf dem Schlosse Amras. Mit diesen Festlichkeiten wurden dann auch häufig größere Jagden verbunden, da Ferdinand, gleich seinen Vorfahren, das edle Waidwerk sehr liebte. Zu den Ritterspielen und Festjagden gesellten sich ferner noch die Schützenfeste, die im 16. Jahrhundert besondern Anklang fanden. So entfaltete sich am Hofe zu Innsbruck ein heiteres, fröhliches Leben, wie bisher noch nie; der lebenslustige Fürst und der Adel gaben sich rauschenden Vergnügungen hin, während der Landmann in Noth und Elend schmachtete und sich abplagte, um ihre hohen Forderungen befriedigen zu können. Die erste Festlichkeit fand bei des Erzherzogs Einzug und der Landeshuldigung statt. Bald darauf feierte man die Grundsteinlegung zur Stiftskirche in Hall und den Eintritt der Erzherzoginnen Magdalena, Margaretha und Helena in's Kloster. Am 16. Febr. 1574 gab der Erzherzog zu Innsbruck ein großes Freischießen. Joh. Jak. Khuen v. Belasy, Erzbischof von Salzburg, Herzog Albrecht von Baiern mit seiner Gemahlin und seinen Söhnen Wilhelm und Ferdinand, die Grafen Wilhelm v. Rosenberg aus Böhmen, Ulrich v. Montfort, Karl und Eitelfried v. Zollern, Schweikhard v. Helfenstein, Wilhelm v. Zimmern und Franz v. Thurn, die Freiherren Wolfdietrich v. Maxelrain, Balth. Trautson, Georg v. Freundsberg und noch viele andere Herren und Ritter beehrten dieses Fest mit ihrer Gegenwart; es kamen in allem vom Herren- und Ritterstande 210 Schützen zusammen, darunter aus Böhmen allein 43, aus

Baiern und Schwaben 21. Außerdem erſchienen von den ausländiſchen Städten: Augsburg (17), München (11), Ulm (7), Conſtanz (6), Feldkirch (6), Salzburg (5), Zürich (2), Landshut, Waſſerburg, Paſſau, Greifenberg, Berchtholdsgaden und den tiroliſchen ſo viele Gäſte, daß die Geſammtzahl der Schützen ſich auf 350 belief. Der Hofſtaat der Herzoge von Baiern allein zählte 416 Perſonen und 800 Pferde. Jeder Stand, Adel und Bürgerſchaft, hatte ſein eigenes Schießen mit eigenen Beſten und dasſelbe war zweifacher Art, mit dem Stahl (Armbruſt) und mit der Büchſe. Unter Trommelſchlag und Pfeifen zog man von der Burg zum Schießſtand. Das Einladungsſchreiben enthielt die Schießordnung und unter anderem den bezeichnenden Zug, daß nicht geflucht oder geſcholten werden dürfe. Die Beſte beſtanden in Kleinodien, Goldkronen, Fahnen und zwei Kränzen, das Hauptbeſt des Adels war 500 fl., das der Bürger 100 Kronen wert. Am meiſten Glanz und Pracht wurde bei dem Feſte entfaltet, welches Ferdinand im Jahre 1580 zu Ehren ſeiner Gemahlin Philippine Welſer gab. Die Veranlaſſung wurde die Hochzeit ſeines Kammerherrn Joh. Freiherrn v. Kollowrat, eines Neffen ſeiner Gemahlin, mit dem Edelfräulein Katharina v. Boimont und Pahrsberg, einer der Hofdamen Philippinens. Dieſes Hochzeitsfeſt ward durch allerlei prächtige Schau- und Ritterſpiele verherrlicht, dergleichen in wenig Städten Deutſchlands zu ſehen waren. Den Hauptſchauplatz bildete die jetzige Neuſtadt, die zu dieſem Zwecke durch eine Menge grüner, mit rothen, weißen und ſelbſt vergoldeten Bändern umwundener Bogen geſchmückt war. Ein Ringelrennen in drei Aufzügen eröffnete am 14. Febr. 1580 die Feier. Schon der erſte Aufzug, die in rothen und weißen Taffet gekleidete Dienerſchaft, war prächtig. Weit übertraf ihn aber der zweite, die Ritterſchaft, welche die vier Jahreszeiten und die vier Elemente, ſowie des Aeneas und ſeiner Genoſſen Fahrt nach Latium darſtellte. Die Gewande des Adels waren aus den koſtbarſten Stoffen, aus Sammt und Atlas, gefertigt und ſtrotzten von Silber-, Gold- und Edelſteinverzierungen. Nicht minder prachtvoll waren Pferde und Wagen ausgeſtattet. Ferdinand, der den Jupiter darſtellte, fuhr, in Goldkleidern und eine Goldkrone mit köſtlichen Edelſteinen auf dem Haupte, in einem reich vergoldeten Wagen; den dritten Aufzug machte das Ringelrennen ſelbſt. Nicht minder pracht- und glanzvoll war das Turnier, das am 15. Febr. in neun Aufzügen ſtattfand,

und den würdigen Schluß des Feſtes bildeten, am 16. Februar, dreizehn Vorſtellungen von Zweikämpfen verſchiedener Nationen, die auf dem Rennplatze vor der fürſtlichen Burg aufgeführt wurden. Wer all dieſe Pracht ſah, hätte glauben mögen, Tirol ſei ein wahres Eldorado! Von den folgenden Feierlichkeiten gedenke ich nur der Hochzeit des Erzherzogs mit ſeiner Nichte, Prinzeſſin Anna Katharina von Mantua. Das Beilager fand am 14. Mai 1582 zu Innsbruck ſtatt, und anweſend waren Erzherzog Karl von Steiermark und ſeine Gemahlin, die Mutter der Braut, die Herzoge Wilhelm und Ferdinand von Baiern ſammt der alten und jungen Herzogin, Anna und Maximiliana, lauter nahe Verwandte, ferner Markgraf Philipp von Baden, Georg Landgraf von Leuchtenberg, Vincenz Herzog von Mantua und Montferrat und viele anſehnliche Grafen, Freiherren und Adelsperſonen. Zu den ſonſt üblichen Feſtlichkeiten kamen diesmal noch Declamationen und theatraliſche Vorſtellungen ſeitens der Jeſuitenzöglinge. Fürſtliche Beſuche fanden faſt alle Jahre und oft mehrere in einem Jahre ſtatt, und dabei gab es immer mehr oder weniger Feierlichkeiten [8]).

Wie die italieniſchen Fürſten, mit denen Ferdinand häufig in Berührung und Verkehr kam, zog auch er Wiſſenſchaft und Kunſt zur Verherrlichung ſeines Hofes und ſeiner Hoffeſte heran; er war ein eifriger Beförderer dieſer beiden Blüten des geiſtigen Lebens, beſchenkte großmüthig Gelehrte und Künſtler und hatte deren ſtets um ſich. So lebten an ſeinem Hofe oder wurden von ihm freigebig unterſtützt: Gerardus de Roo, Agricola, Schrenk, Giulimani, Caſſiander, Putſch, Weyſenberg, Fankhauſer, Abel, Collin, Löffler, Hufnagel, Tertius u. A. In ſeinem Auftrage ſchrieb Gerardus de Roo, ſein Bibliothekar und Rath, außer andern unbedeutenden Schriften die beſte Geſchichte Oeſterreichs in 12 Büchern, ſein gelehrter Secretär Jakob Schrenk von Nozing erwarb ſich nicht unanſehnliche Verdienſte um das Archivweſen durch Ordnung, Zuſammenſtellung und Sichtung der Archive, Wilhelm Putſch verfaßte in Form von Jahrbüchern eine Geſchichte Tirols, die aber immer Manuſcript blieb. Unter ſeiner Regierung vollendeten die Künſtler Abel und Collin das herrliche Grabmal ſeines Großvaters in der Franziscanerkirche zu Innsbruck. Ferdinand gründete auch zu Innsbruck eine beliebte Druckerei. Einen weltberühmten Namen aber machte er ſich durch die Anlage der Ambraſer Sammlung,

einer Sammlung von Gegenſtänden aus dem Gebiete der Natur, der Wiſſenſchaft und Kunſt. Sie enthält einmal: Harniſche, Spieße, Schilder, Pferdedecken, Ritterkleider, Schwerter, Streitäxte, Lanzen und anderes Kriegsgeräth von 158 der berühmteſten Helden des 15. und 16. Jahrhunderts; dann verſchiedene Hau- und Stichwaffen, Armbrüſte, Bogen und Pfeile, Feuergewehre; weiter eine große Anzahl Bildniſſe von fürſtlichen und andern Perſonen, hiſtoriſche Gemälde und Landſchaften; ferner viele naturgeſchichtliche Gegenſtände aus dem Thierreich, Pflanzenreich und Mineralreich, Gefäße und Bildwerke aus Metall (Gold, Silber), Holz, Wachs, Elfenbein und Perlmutter, Glasgemälde und Glasarbeiten, muſikaliſche Inſtrumente und geſchnittene Steine, und endlich eine Bibliothek, beſtehend aus Handſchriften, Büchern, Kupfern und Holzſchnitten. In ſeiner Sammlung von Rüſtungen herrſcht keine Parteilichkeit, die Rüſtungen des Kaiſers wie des Ritters, des Freundes wie des Feindes, des Gläubigen wie des Ungläubigen hängen und ſtehen nebeneinander; dasſelbe iſt bei den Abbildungen der Fall, die Kunſtbildwerke und Gefäße gehören verſchiedenen Zeiten und Völkern an. Die Rüſtungen und Kriegsgeräthe haben nicht nur culturhiſtoriſchen Wert, ſind nicht bloß Zeugniſſe der ungemeinen Muskelkraft und Größe unſerer Väter, ſondern ſie beſitzen auch nicht geringen Kunſtwert. Unter den Gemälden und Kupferſtichen finden wir Werke ſelbſt der berühmteſten niederländiſchen, deutſchen und italieniſchen Meiſter (Van Dick, Breughel, Rubens, Holbein, Lucas Cranach, Dürer, Tizian, Correggio, Palma, Salvator Roſa, Paolo Veroneſe). Das Naturaliencabinet zeichnet ſich durch eine ſehr ſchöne Korallenſammlung, durch Büſten in weißem Marmor und eine Sammlung von mehr als 2000 Gemmen aus. Die Bibliothek enthält ganz einzige Handſchriften, wie die der deutſchen Heldengedichte. Bei der Waffenſammlung war es Ferdinand nicht um die Waffen als ſolche, ſondern vielmehr um diejenigen zu thun, die ſie geführt hatten. „Selbſt Feldherr waren ihm die Denkmale des Muthes und der Tapferkeit theuer, darin vergegenwärtigte er ſich ihre Thaten; er wandelte gleichſam unter ihnen, wenn er durch die Sammlung wandelte.“ Ferdinand ertheilte auch ſeinem Geheimſchreiber Schrenk von Nozing den Auftrag, Lebensbeſchreibungen der in ſeiner Waffenſammlung vertretenen Männer zu verfaſſen; er erlebte aber die Ausführung dieſes Werkes nicht, das erſt im J. 1602 unter dem

Titel Armamentarium Ambrasianum erſchien und 125 Biographien umfaßte [9]).

Gleich ſeinem Vater führte Ferdinand ein muſterhaftes Familienleben. Nur wahre Liebe zu Philippinen kann ihn bewogen haben, über alle Standesrückſichten ſich hinweg zu ſetzen, und dieſes Gefühl verband beide Gatten durch ihr ganzes Leben aufs innigſte; es machte Philippinen allein die vielen Leiden erträglich, die ihre ſo lange geheimgehaltene Verbindung mit Ferdinand mit ſich brachte. Philippine war aber auch ein hehres Frauenbild, ihre körperliche Schönheit hat Weltruf erlangt, nicht minder groß ſcheinen jedoch ihre geiſtigen Eigenſchaften geweſen zu ſein: ihre Klugheit und Beſcheidenheit, ihre ſtrenge Tugend und Sittſamkeit, ihre Herzensgüte und Menſchenliebe. Dem Volke von Tirol wurde ſie eine wahre Landesmutter und ihr Andenken lebt noch heute bei ihm mächtig fort. Die Verehrung des Volkes mochte ihr großen Troſt gewähren in den langen Leidenstagen, wo der Druck des Ehegeheimniſſes auf ihr laſtete; als Papſt Gregor ſie durch die Abſolution vom Auguſt 1576 davon befreite und ihre Ehe öffentlich anerkannt war, genoß ſie dieſes Glück nicht mehr volle 4 Jahre, denn ſie ſchied ſchon am 24. April 1580 aus dieſem Leben. Die ihr treu ergebene Tante und Oberſthofmeiſterin Katharina Loxan war wenige Tage vorher ins Jenſeits vorangegangen, am 13. April d. Js. Philippine wurde in der ſogenannten ſilbernen Kapelle in der Hofkirche, die Erzherzog Ferdinand kurz vorher für ſich und ſeine Gemahlin hatte erbauen laſſen, beigeſetzt, und Ferdinand verherrlichte ihr Andenken durch ein ſchönes Grabmal aus Kollin's Meiſterhand. Daß von den vier Kindern Philippinens zwei ſchon in der Jugend ſtarben, wurde bereits erwähnt; die beiden andern, Andreas und Karl, überlebten auch den Vater. Ferdinands zweite Ehe mit ſeiner Baſe Katharina von Mantua war allem Anſcheine nach ebenfalls eine glückliche. Dieſe gebar ihm drei Töchter: Anna Eleonora, die ſchon in der Kindheit ſtarb, Maria und Anna. Letztere wurde nachmals des Kaiſers Mathias Gattin, Maria trat mit ihrer Mutter in das von derſelben zu Innsbruck geſtiftete Kloſter der Dienerinnen Mariä, gewöhnlich Regelhaus genannt. Papſt Gregor XIII. zeichnete Ferdinands zweite Gemahlin durch Verleihung der geweihten goldenen Roſe aus [10]).

Mit den nichtebenbürtigen Söhnen blieb Ferdinand meiſt in

beſtem Einvernehmen. Den erſtgebornen Andreas hatte er für den Dienſt der Kirche beſtimmt und früh zu hohen Kirchenwürden gebracht. Noch vor ſeiner Erwählung zum Biſchofe von Brixen war er Adminiſtrator der fürſtlichen Stifter Murbach und Lüders (1587) und Biſchof von Conſtanz (1589) geworden. Seit 1580 bekleidete er auch die Würde eines Statthalters der vorderöſterreichiſchen Lande. Der jüngere Sohn Karl wählte das Kriegshandwerk zu ſeinem Berufe, „denn munter, feurig, kriegeriſch war ſein Geiſt; Pferde, Waffen und alle jene körperlichen Uebungen, die den kühnen und ausdauernden Krieger bilden, waren ſeine Lieblingsbeſchäftigungen.“ Sein Thatendurſt trieb ihn ſchon in ſeinem 18. Jahre nach den Niederlanden; an der Spitze eines ſelbſtgeworbenen Reiterregimentes nahm er unter der Leitung des Al. Farneſe an der Eroberung Wachtendonks und Belagerung Bergopzooms theil; der König von Spanien lohnte ſeine Tapferkeit durch einen anſehnlichen Jahresgehalt auf Lebenszeit. Zurückgekehrt in ſeine Heimat, half er dem Vater die Regierungsgeſchäfte beſorgen, bis ihm Kaiſer Rudolf II. i. J. 1594 das oberſte Feldmarſchallamt in Ungarn antrug. Er zog noch in demſelben Jahre mit einem in Tirol geworbenen Regimente dahin und verbrachte nun 10 Jahre faſt ununterbrochen im Felde. Ferdinands Beziehungen zu ſeinen Brüdern und ſeinen Vettern waren gleichfalls Zeit ſeines Lebens gut. Da das Wohl ſeines Hauſes ihm ſehr am Herzen lag, ſo war er jederzeit bereit, ihnen mit Rath und That beizuſtehen, und ſie wandten ſich auch gern in ihren Bedrängniſſen an ihn. Am engſten ſchloß er ſich an ſeinen jüngern Bruder Karl von der Steiermark. Konnte er ihn auch bei der Unzulänglichkeit ſeiner Mittel nicht im Türkenkriege ernſtlich unterſtützen, ſo gab er demſelben doch öfters Rathſchläge in ſeinen Händeln mit den proteſtantiſchen Ständen. Nach Karl's Tode ſtand er ſeiner Gemahlin als treuer Freund und Rathgeber zur Seite. Auch mit ſeinem kaiſerlichen Bruder Maximilian war Ferdinand auf gutem Fuße. Doch noch freundlicher geſtaltete ſich ſein Verhältniß zu deſſen Sohne und Nachfolger Rudolf II., denn mit dieſem theilte er die ſtrengkatholiſche Geſinnung. Ebenſo waren Ferdinand's Beziehungen zu den Erzherzogen Maximilian, Ernſt, Albrecht und Mathias; dies bezeugt deutlich ihre öftere Anweſenheit an ſeinem Hofe, ſeine Gegenbeſuche und ſein Teſtament [11]).

Erzherzog Ferdinand hatte ſchon 1563 zum erſtenmal, dann

1566 und 1570 teſtamentirt. In dem Teſtamente vom 30. März 1570 beſtätigte er ſeiner Frau Philippine ihre Morgengabe von 15000 Thalern, die Schenkung des Schloſſes Amras und alle andern an Kleidungen, Kleinodien, Gold- und Silbergeſchirren u. ſ. w. Die Söhne verweist er mit dem Deputat von 30,000 fl., das in der Linzer Vergleichung für ſie im Falle ſeines Ablebens ausgeſetzt worden, auf einige vorländiſche und etliche Herrſchaften an den wälſchen Confinen und vermachte ihnen nebſt einem Guthaben von 200,000 fl. noch die Herrſchaften Commotau und Bürglitz in Böhmen und ſeinen ganzen Nachlaß an Kleinodien, Barſchaft und die Harniſchkammer. Nach ſeines Bruders Maximilians Tode traf Ferdinand mit ſeinem Bruder Karl, Kaiſer Rudolf und deſſen Brüdern in dem Wiener Vertrag vom 20. Mai 1578 neue Verfügungen bezüglich ſeines Erbes. Acht Jahre nach dem Tode ſeiner Gemahlin Philippine vereinbarte er ſich mit ſeinen indeß herangewachſenen Söhnen über die mütterliche Vermögenstheilung im Vertrage vom 15. Mai 1588. Er erhielt für die Herrſchaft Immetzhofen und Günzburg, Schloß und Herrſchaft Amras zurück, dagegen verſicherte er den Söhnen das ausgeworfene Deputat von 30,000 fl. auf die Pfandſchaft Saluru, Vogtei Bludenz und Sonnenburg, auf die Gerichte Hörtenberg und Stubai und auf die Freundsbergiſchen Herrſchaften Sterzingen, Guſidaun und Villanders; für ihre Hofhaltung erhielten ſie bei ſeinen Lebzeiten 10,000 fl. zugewieſen. Sein Codizill vom 18. Juni 1594 verbeſſerte und ergänzte das Teſtament vom J. 1570. Darin gibt er eingangs genaue Vorſchriften über ſeine Beiſetzung und ſeine Begräbnißſtätte. Dann bittet er den Kaiſer, die Erzherzoge und den künftigen Regenten Tirols, die Leiche Kaiſer Maximilian's I., wie dieſer ſelbſt gewünſcht und Ferdinand I. es befohlen, von Wiener Neuſtadt nach Innsbruck zu überbringen, und die beiden auf dem Saggen und bei Hall (Loretto) erbauten Kirchen gehörig auszuſtatten. Die Herrſchaft Amras mit der Amraſer Sammlung vermacht er ſeinem Sohne Karl, doch ſollte Amras Lehen des Landesfürſten bleiben und die Sammlung nicht zerſtreut oder getheilt werden. Die ſchon im Teſtamente vom J. 1570 erwähnten 200,000 fl., ein Kaiſer Maximilian vorgeſtrecktes Anlehen von 100,000 fl. ſammt Zinſen (90,000 fl.), und die Barſchaft ſollten die Söhne brüderlich theilen, die ausſtändigen Zinſen der erſtern aber (60,000 fl.) Karl allein bekommen. Bezüglich ihres Deputates von 30,000 fl. blieben ſie auf die obgenannten Herr-

ſchaften verwieſen, bis der Kaiſer und die Erzherzoge den Verpflichtungen des Vertrages v. J. 1578 nachgekommen wären. Außerdem erhielten ſie noch die von den Schurfen zurückgelöste und verbeſſerte Herrſchaft Rottenburg als Pfand (Pfandſchilling von 20,000 fl.) Die beiden Töchter ſeiner zweiten Gemahlin ſollten bis zu ihrer Verheiratung bei dieſer bleiben, und dann mit 45,000 fl. bar als Heiratsgut und 15,000 in Kleinodien abgefunden werden. Für ſeine Gemahlin Anna Katharina beſtimmte der Teſtamentator die Ruheluſt ſammt Garten als Witwenſitz und nebſt den Zinſen (9940 fl.) ihres Heiratsgutes (128,800 fl.) und ihrer Morgengabe (70.000 fl.) noch einen Witwengehalt von mehr als 10,000 fl., ſo daß ſie ein jährliches Geſammteinkommen von 20,000 fl. hatte. Zudem mußte die tiroliſche Kammer für ihre Hofhaltung 20 Ihren Neckarwein, 350 Ihren guten weißen und rothen Etſchwein, und 3 Saume friauliſchen Wein, 400 Staar Weizen, 700 Staar Roggen, 4000 Staar Hafer, Salz und Brod nach Bedarf umſonſt liefern. Soviel bedurfte damals eine fromme Fürſtin zu ihrer beſcheidenen Hofhaltung! Zu Schiedsrichtern in Streitigkeiten ſeiner Söhne mit den übrigen Mitgliedern ſeines Hauſes ernannte Ferdinand den Pfalzgrafen Wilhelm, Herzog von Ober- und Niederbaiern und deſſen Nachkommen, zu Schiedsrichtern in Streitigkeiten zwiſchen ſeinen Söhnen, Töchtern und ſeiner Gemahlin den Erzherzog Ernſt von Oeſterreich oder den nächſtälteſten des Hauſes, und Herzog Wilhelm; zum Vormund ſeiner Töchter und zum Executor ſeiner letztwilligen Verfügungen erbat er ſich den Kaiſer Rudolf und deſſen Brüder Ernſt, Max und Mathias [12]).

Alle bisherigen Geſchichtſchreiber haben Erzherzog Ferdinand hohes Lob geſpendet und ihn gleich vorzüglich als Menſch und als Fürſt gefunden. Sie haben ſich von dem Schimmer blenden laſſen, den ſeine romantiſche Vermählung, ſeine Feldzüge gegen die Türken und ſein Eifer für den Katholicismus, ſeine glänzende Hofhaltung, ſeine Freude an prächtigen Feſten und Schauſpielen, ſein Sinn für Kunſt und Wiſſenſchaft, ſein ritterliches Weſen und ſeine ſtattliche Erſcheinung um ſein Charakterbild woben. Daß wir nicht der gleichen Anſchauung ſein können, haben bereits die bisherigen Ausführungen dargethan. Sehen wir ab von ſeinem romantiſchen Jugendſtreich, der jedenfalls mehr für ſein leidenſchaftliches Gemüth, als für ſeinen ſtaatsmänniſchen Sinn zeugt, ſo können wir ſeine

Feldzüge in Ungarn wol für Beweise persönlicher Tapferkeit, kaum aber eines großen Feldherrntalentes sehen, da er ja keine bedeutenden Erfolge erzielt. Sein katholischer Eifer und seine Unduldsamkeit gegen andersgläubige Unterthanen mögen in den Verhältnissen seiner Zeit und in seiner Politik Entschuldigung finden und wir wollen ihm das Lob nicht streitig machen, das er darum von den Gleichgesinnten jeder Zeit geerntet hat und noch ernten wird, aber dieselben stechen doch gewiß sehr unvortheilhaft ab von der bescheidenen Mäßigung seines kaiserlichen Vaters und der duldsamen Gesinnung seines kaiserlichen Bruders und erfüllen jeden Mann humaner Gesinnung mit Widerwillen, wenn sie sich selbst zu blutigen Hinrichtungen steigern. Man braucht nicht zu bezweifeln, daß seine Frömmigkeit ungeheuchelt war, so wird man doch nicht Anstand nehmen, in manchen Aeußerungen derselben Ausartung in Frömmelei und Mangel an geläutertern Religionsbegriffen zu erkennen, die manchen Zeitgenossen, namentlich auch seinen Bruder Maximilian, zierten. Ferdinand besuchte nicht blos täglich die hl. Messe, er machte auch öfter größere Wallfahrten, wie nach Seefeld, Altöttingen, und hegte zu Reliquien eine abergläubische Verehrung. Und seltsam genug! trotz dieser Büßergesinnung konnte er sich den rauschendsten weltlichen Freuden hingeben. Doch solche Widersprüche mögen im Charakter der Zeit gelegen gewesen sein, aber nicht übersehen darf werden, daß seine glänzende Hofhaltung und seine Lustbarkeiten einen sehr dunkeln Hintergrund hatten; sie mußten mit dem harten Schweiß des Landmannes bestritten werden und versetzten die Stände in Schulden, an denen sie bis in unser Jahrhundert laborirten. Ferdinand II. hat zwar das Verdienst, dem Lande während seiner ganzen Regierung den Frieden erhalten zu haben; aber die Opfer, die er den Ständen zumuthete, waren weit größer, als die, welche sie in der Folge zur Zeit des schrecklichsten aller deutschen Kriege zu bringen hatten. Man kann nicht bestreiten, daß Ferdinand II. bedeutende Geistesfähigkeiten und Kenntnisse besaß; schon sein Kunstgeschmack, die Kenntniß mehrerer Sprachen, der deutschen, lateinischen, italienischen, böhmischen und polnischen Sprache bezeugen dies hinlänglich; allein ein hervorragender Staatsmann war er sicherlich nicht, wenigstens als Graf von Tirol hat er außer der Herstellung der Glaubenseinheit keine bedeutende politische That aufzuweisen; er benützte die Friedenszeit nicht zur Heilung der vielen Schäden und Gebrechen, an denen das

Land litt, sondern ließ das Meiste gehen, wie es eben gieng. Wir wollen nicht mehr länger unsere eigenen Worte gebrauchen, um seine Mißwirtschaft zu kennzeichnen, sondern den Landtag vom J. 1597 sprechen lassen. Sie hätten, so äußern sich die Stände am 27. Febr., in der Antwort auf die landesfürstliche Proposition, mit nicht geringen Schmerzen diesem leidigen, verthunlichen Wesen gleich mit offenen Augen zusehen müssen, treuherzige Warnungen und Bitten hätten nie statt haben wollen; ob fürstl. Durchlaucht des Landes und der Leute Gefahr, Noth und Anliegen nicht habe anhören wollen, oder ob ihm diese seine Räthe nicht dringend genug vorgebracht, könne die Landschaft nicht wissen; aber soviel sei unverborgen, daß diejenigen, die es treuherzig gemeint und gern wolgehaust hätten, wenig Gehör und Gunst gefunden und stark verfolgt worden. Das wagten die Stände dem eigenen Sohne des verstorbenen Erzherzogs, dem Cardinal Andreas, zu sagen! An der Herzensgüte Ferdinand's im höheren Alter zweifelt man billig, wenn man liest, daß er den Hunden um Innsbruck einen Fuß abzuhauen befahl, damit sie nicht seine Jagdfreude verderben; daß er es über sich brachte, das zahllose Wild die Felder der armen Unterthanen verwüsten zu lassen; daß er einem Bauern im Gerichte Tauer die Zunge herausreißen ließ, weil er eine beleidigende Aeußerung über ihn gethan. Er muß jedoch ein angenehmer Gesellschafter gewesen sein und im Umgange mit Seinesgleichen viel Freundlichkeit entwickelt haben, da sein Hof so gesucht war. Schrenk von Nozing rühmt von ihm seinen zierlichen Anstand in all seinem Betragen und sein aufgeräumtes Wesen. Seine körperlichen Vorzüge waren entschieden bedeutender als seine übrigen Herrschereigenschaften. Ferdinand war ein schön gebildeter, stattlicher Herr, seine außerordentliche Körperskraft und Gewandtheit machten ihn zu einem der trefflichsten Reiter und kühnsten Jäger seiner Zeit. Seine Miene war nach Schrenk von Nozings Aussage offen und heiter, nach seinen Porträts eher düster und finster. Im höhern Alter wurde er jedoch dickleibig und schwere Krankheiten schwächten seine Gesundheit und Leibeskräfte [13]).

§ 4. Das Interregnum.

Inhalt: Charakter des Interregnums. Verschiedene Ansprüche und Wünsche. Financielle und politische Gründe. Tirols Zustand. Prager Gewaltsbrief. Landtag vom J. 1596. Proposition. Deren Aufnahme und die Antwort des Landtags. Allgemeine Bitten und Beschwerden. Mathias' Replik und Forderungen. Mißliebige Begebenheiten und Maß-

regeln. Landtag d. J. 1597. Propoſition. Antwort der Stände. Weitere Verhandlungen und Schluß. Die Wiener Zuſammenkunft. Verhandlungen. Tirols Beruhigung Ausſchußtage. Dritter offener Landtag 1601. Prager Vergleich 1602.

Nach dem Tode des Erzherzogs Ferdinand II. trat ein mehrjähriges Interregnum ein; Tirol hatte durch ſieben und ein halbes Jahr weder einen eigenen Landesfürſten noch einen Gubernator, ſondern ſtand unmittelbar unter der kaiſerlichen Regierung in Prag. Das charakteriſtiſche Zeichen dieſes Zeitraumes iſt die vorübergehende Hebung der ſtändiſchen Macht. Die Ausgleichsverhandlungen, die während desſelben zwiſchen den einzelnen Gliedern des Hauſes geführt wurden, boten den tiroliſchen Ständen Gelegenheit, kräftiger mit ihren Beſchwerden und Forderungen aufzutreten, und die Landſchaft Tirols hat weſentlich dazu beigetragen, wenn das Erbe Ferdinands II. nicht aufgetheilt wurde und Tirol und die Vorlande noch länger beiſammen blieben.

An dieſem Interregnum waren die verſchiedenen Anſprüche ſchuld, die nach dem Tode Ferdinands II. bezüglich Tirols und der Vorlande erhoben wurden. Nach den Beſtimmungen der Habsburgiſchen Hausordnung und nach der teſtamentariſchen Anordnung Kaiſer Ferdinand's I. war es zwar unzweifelhaft, daß bei unbeerbtem Erlöſchen des einen Zweiges die Nachkommen der andern beiden in den Beſitz der ledig gewordenen Länder gemeinſam eintreten ſollten; allein darüber giengen die Anſichten auseinander, wie für deren Regierung weiter geſorgt werden ſollte. Die darauf bezüglichen Unterhandlungen, die ſchon zu Lebzeiten des Erzherzogs Karl geführt worden waren, hatte deſſen Tod unterbrochen; jetzt mußte die bereits während Ferdinands II. letzter Krankheit wieder angeregte Frage zur Entſcheidung kommen. Kaiſer Rudolf II. nahm als der Aelteſte des Hauſes das erledigte Erbe ausſchließlich für ſich in Anſpruch; dagegen verlangten Ferdinand von Steiermark und ſeine Mutter die Auftheilung des heimgefallenen Erbes. Dieſes Verlangen widerſprach aber ſowol den Forderungen der Brüder des Kaiſers, der Erzherzoge Ernſt, Mathias, Maximilian und Albrecht, die einen aus ihrer Mitte als Statthalter im Namen aller Uebrigen eingeſetzt wiſſen wollten, als auch den Wünſchen der Länder, die einer Trennung ernſtlich widerſtrebten und einen eigenen Fürſten begehrten. Ihren Standpunkten entſprechend, mußten der Kaiſer und ſeine Brüder bereit ſein, auch die Stimmen der Länder bei Entſcheidung der Frage zu hören, wäh-

rend die steiermärkische Linie Alles von der Disposition der Fürsten abhängig machen wollte [1]).

Hatten Privatvortheile und persönliche Neigungen das Princip der Theilungen in dem Hause Habsburg in frühern Jahrhunderten zur Geltung gebracht, so fußten diesmal die Bestrebungen der verschiedenen Mitglieder des Hauses vorzüglich in höhern *financiellen und politischen Gründen*. Sowol der Kaiser als auch die steiermärkische Linie mußten den Besitz der erledigten Länder, namentlich Tirols, das eine reiche Finanzquelle schien und unter Ferdinand I. so viele Krieger zu den Kämpfen in Ungarn geliefert hatte, bei ihren beständigen Kriegen mit den Türken und ihren zahllosen financiellen Verlegenheiten für sehr wünschenswert halten, und den Erzherzogen Mathias und Maximilian wird man um so weniger verargen können, daß sie nach der Regierung derselben strebten, je mehr sie damit den Wünschen der Länder entgegen kamen. Daß diese aber auch in Zukunft ungetrennt beisammen bleiben wollten, hatte anderseits in alter Gewohnheit und in ihrer *Finanzlage*, in ihrem ganzen *Zustand* seinen Grund. Vereint und in isolirter Stellung konnten sie hoffen, wie bisher von den Lasten des Türkenkrieges und der kaiserlichen Hofhaltung meist verschont zu werden und hatten eher Aussicht, die gemeinsamen Kammerschulden, über deren Theilung man sich bei einer allfalsigen Lostrennung der Vorlande von Tirol sehr schwer hätte einigen können, und die besondern Landschaftsschulden nach und nach abzulebigen. Es schien dazu in der That höchste Zeit, denn die verbrieften Capitalschulden der Innsbrucker Hofkammer waren auf 3,841,967 fl. gestiegen, wozu noch 300,000 fl. Currentschulden und 200,000 fl. für Widerlage und Morgengabe der Erzherzogin-Witwe kamen; die jährlichen Schuldenzinsen betrugen 206,733 fl., während die Einnahmen nicht höher als 350,000 fl. veranschlagt werden konnten, und im ganzen ein erhebliches Deficit blieb. Die Tiroler Stände hatten 1,100.000 fl. von den Schulden noch nicht getilgt, die sie 1573 vom Landesfürsten übernommen. Aus Geldmangel hatte Ferdinand II. in letzter Zeit die Zinsen der Stiftscapitalien und die Besoldungen der Beamten nicht mehr ordentlich bezahlt und alle mit Auslagen verbundenen Maßnahmen, die zur Hebung des Wolstandes und der Sicherheit des Landes nötig gewesen wären, möglichst vermieden, ja sogar durch schonungslose Aushackung der Wälder und Erhöhung [2]verkehrsschäd-

licher Zölle den Ruin des Landes Tirol befördert. Zu dieſen und den übrigen Uebelſtänden des Landes, die dringende Abhilfe forderten, kam aber bei Ferdinand's Tod noch ein neuer. Derſelbe gab, wie das jeweilige Ableben ſeiner Vorfahren, ebenfalls das Signal zu innern Unruhen. Erbittert über das zahlloſe Wild, das ihre Saaten verheerte, fielen die Bauern des Inn- und Wippthales ſogleich über daſſelbe her, kaum hatte Ferdinand die Augen geſchloſſen; einige Leute tödteten nach eigenem Geſtändniſſe 70—100 Stück; an manchen Orten wurden Luſtjagden angeſtellt, und die landesfürſtlichen Jäger mißhandelt. Auch die Knappen von Schwaz fiengen wieder einmal Händel an [2]).

Bei dieſem Zuſtande der erledigten Erblande erſchien die Notwendigkeit, die Erbhuldigung in denſelben aufzunehmen, um ſo dringender. Das Recht hiezu konnte dem Kaiſer als Aelteſten des Hauſes kaum ſtreitig gemacht werden; da er aber ſich nicht entſchließen konnte, dieſes Geſchäft ſelbſt zu vollziehen, ſo ſuchte er ſeinen Bruder Mathias zu deſſen Uebernahme zu bewegen. Das gab dieſem Gelegenheit, den Kaiſer zur Anerkennung der Gleichberechtigung ſeiner Verwandten, wenigſtens ſeiner Brüder, zu nötigen. Nach ſeiner Forderung ſollten die Stände dem Kaiſer nur mit Vorbehalt des allen Erzherzogen gebührenden Gehorſams und mit Anerkennung der Erzherzoge als Landesfürſten die Erbhuldigung leiſten. Davon wollten jedoch weder die Stände noch der Kaiſer etwas wiſſen; doch führten des letztern Unterhandlungen mit den Erzherzogen zu dem Prager Gewaltbrief vom 10. April 1596. Darin übertrugen die Erzherzoge Mathias, Maximilian und Albrecht und Herzog Wilhelm von Baiern als Vormund des minderjährigen Erzherzogs Ferdinand von Steiermark Rudolf II. die Vollmacht zur zeitweiligen Verwaltung Tirols und der Vorlande, indem ſie zugleich auf's ſchärfſte ihre Rechtsanſprüche wahrten [3]).

Um die Stände Tirols zur Anerkennung der vollzogenen Abmachung zu vermögen und von ihnen die Erbhuldigung auf Grund der vereinbarten Eidformel zu empfangen, berief Rudolf auf den 2. Auguſt 1596 einen offenen Landtag nach Innsbruck und ſandte an ſeiner Stelle Mathias mit Inſtruction und Vollmacht dahin ab. Die im Einverſtändniß mit allen Mitintereſſenten vom Kaiſer ausgeſtellte Vollmacht gab Mathias Gewalt, ganz die Perſon Rudolfs II. zu vertreten; die Inſtruction bezog ſich auf verſchiedene

Gegenſtände, namentlich auch auf die Schwierigkeiten, die wegen des Erbhuldigungseides entſtehen könnten. Der Erzherzog kam am 24. Juli nach Innsbruck und wurde am 29. von einer zahlreichen ſtändiſchen Deputation unter Führung des Landeshauptmannes Jakob Freiherrn von Khuen begrüßt. Die Stände verſicherten die Mitintereſſenten ihres Gehorſams und überreichten Mathias ein Geſchenk von 4000 neuen Thalern. Nachdem Mathias mit den Innsbrucker Regierungsräthen ſich hinlänglich beſprochen, eröffnete er, der Ausſchreibung gemäß, den 2. Auguſt die zahlreiche Ständeverſammlung und ließ ihr die kaiſerliche Propoſition vorleſen. Darin erinnerte Rudolf II. die Stände an den eingetretenen Erbanfall, machte ihnen bekannt, daß er vorläufig die Verwaltung des Landes übernommen, bis der endgültige Ausgleich mit ſeinen Brüdern und Vettern erfolgt wäre, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieſer Vergleich noch innerhalb des laufenden Jahres zu Stande kommen werde. Er forderte zugleich von der Landſchaft die Erbhuldigung und verſprach ihr für den Fall, daß ſie nach der vorzulegenden Eidformel den Gehorſam gelobe, alle Privilegien zu beſtätigen. Er wollte ſolche Maßregeln ergreifen, daß Land und Leute bei Frieden, Recht, guter Ordnung und Polizei verbleiben und nach Außen kräftig geſchützt werden ſollten; er wollte insbeſondere eine gute Hausordnung einführen und die Schuldenlaſt möglichſt vermindern.

Wie hätte dieſe Propoſition die Stände befriedigen ſollen? Sie hatten erwartet, daß die Vereinbarung unter den Erben der Erbhuldigung vorausgegangen ſein werde, und hofften deren Ergebniß zu hören; ſtatt deſſen vertröſtete man ſie auf die Zukunft und ſie mußten befürchten, nicht einen eigenen Landesfürſten, ſondern nur einen Statthalter zu bekommen. Beſonders verſtimmt waren die Städte und Gerichte, die unter Ferdinands Mißwirtſchaft am meiſten gelitten hatten; auch ein Theil des Adels wurde ſchwierig. Nur mit Mühe gelang es einigen ihres Alters wegen angeſehenen Mitgliedern des Herren- und Ritterſtandes, die Aufgeregten, welche die Erbhuldigung verweigern wollten, zu beſchwichtigen und eine ruhige Antwort auf die Propoſition zu erzielen. Darin erklärt ſich der Landtag für ſich und alle abweſenden Glieder der Landſchaft bereit, unter nachſtehenden Bedingungen die Erbhuldigung zu leiſten: es ſollte dieſe Huldigung dem Kaiſer und den Erzherzogen nur als Grafen von Tirol, nicht aber als Erzherzogen von Oeſterreich geſchehen und

allen Kauf- und Pfandherren an ihren Rechten keinen Eintrag thun; der Kaiſer und die Erzherzoge müßten die Privilegien beſtätigen und die Landſchaft dabei handhaben; ſie ſollten die Hauptvergleichung eheſtens vornehmen und dabei Tirol nicht von den incorporirten Ländern trennen; wenn bereits etwas von Ferdinand's II. Ländern abgegeben worden, ſo ſollte es durch Tauſch oder auf andere Weiſe wieder gewonnen werden. Dieſe Antwort begleiteten die Stände mit einer ausführlichen Auseinanderſetzung ihrer mannigfachen Bitten und Beſchwerden. Betreffs der erſten Bitte, der Confirmation der althergebrachten Freiheiten und Rechte, verlangten ſie noch insbeſondere, daß den beiden Weſen Regierung und Kammer jeder Eingriff in dieſelben verboten, daß keine Exſpectanzen auf Lehen, Aemter und Würden ertheilt und nicht bloß die feſten Grenzſchlöſſer, ſondern auch alle andern Feſten, Lehen und Pfandſchaften nur Landleuten anvertraut, und daß niemand ohne Gutachten der tiroliſchen Landſchaft in die Landtafel aufgenommen werde; der Ritterſtand bat noch insbeſondere, ſeine im Gebiete des Bisthums Brixen begüterten oder anſäßigen Mitglieder bei ihrer alten Immunität zu erhalten und nicht zu dulden, daß ſie der Biſchof zur Huldigung zwinge, nachdem ſie ſchon ſich dem Landesfürſten und Landeshauptmann verpflichtet haben. Eine andere allgemeine Bitte bezog ſich auf die Erhaltung der katholiſchen Religion und die Ausrottung des Ketzerthumes, auf den Schutz und Schirm für Klöſter, Pfarreien und Benefizien. Aber nicht minder lag den Ständen die Regulirung der Landesregierung am Herzen; Regierung und Kammer ſollten zur Förderung der Juſtiz und Verwaltung wol beſetzt ſein, die Urtheile nach tiroliſchem Recht und auf dem gewöhnlichen Rechtswege gefällt, die Landeshauptmannſchaft und das adelige Hofgericht in ſeinem Wirkungskreiſe nicht beirrt werden; auch begehrten ſie, daß die Regierung in wichtigen Fällen wie in früheren Zeiten einige Landleute zur Berathung heranziehe. Weitere Bitten und Beſchwerden beſchlugen die Anſtellung guter Hauswirtſchaft, die Schuldentilgung, die Verſchonung der Wälder, die Abſtellung von Mißbräuchen bei der Salzabgabe, die Abſchaffung neuer Zölle und Aufſchläge, das Verbot der Einfuhr fremder Weine, die Freigebung der Viehausfuhr und die Ausrottung ſchlechter und Erhaltung der guten Münzſorten. Ferner erſuchten die Stände die Grafen von Arco und Lodron, die Herren von Agreſta und andere renitente wälſche Confinanten zur Steuerzahlung zu

zwingen und die zum Schutze des Landes im September 1593 beratſchlagte, aber nicht ausgeführte Landesvertheidigungs-Ordnung ins Werk zu richten. Sie ſchloſſen mit der Bitte, man möge die zwiſchen dem Bisthum Trient und Tirol beſtehenden Verträge erneuern und den bald ablaufenden Vertrag mit den Engadinern ebenfalls erneuern oder erſtrecken.

Auf dieſe Bitten und Beſchwerden ſowol als auf die Antwort der Stände gab Mathias am 7. Auguſt eine vollbefriedigende Replik. Er hob die altbewährte Treue der Tiroler, die gerade jetzt wieder recht zu Tage trete, rühmend hervor, dankte für ihre Bereitwilligkeit zur Leiſtung der Erbhuldigung und beſtimmte den 8. Auguſt für deren Vornahme; er wiederholte die bezüglich der Confirmation der Privilegien und Anſtellung guter Hauswirtſchaft gegebenen Verſicherungen und erklärte ſich bereit, alle ihre Wünſche beim Kaiſer und den andern Mitintereſſenten zu befürworten. Ueber die Bitte um Erhaltung der katholiſchen Religion ſprach er ſeine beſondere Freude aus. Dann ermahnte er aber auch die Stände, die im J. 1594 bewilligten Hilfen abzuliefern, da man deren zur Abfertigung des Hofgeſindes, zur Beſtreitung der Funeralien und anderen unvermeidlichen Auslagen nicht entbehren könne, ohne jedoch eine neue Forderung zu ſtellen. Dieſe Mahnung führte eine Differenz zwiſchen ihm und den Ständen herbei; letztere erachteten ſich nicht für verpflichtet, die zu Ferdinand's Hofhaltung bewilligte Nebenhilfe nach ſeinem Ableben noch weiter zu bezahlen und wollten nur die noch rückſtändigen 60.000 fl. von der außerordentlichen Geldhilfe erlegen und noch weitere 25.000 fl. dazu thun; ſie verwahrten ſich ausdrücklich gegen jede andere Forderung, da ſie jetzt auf Schuldentilgung bedacht ſein müßten. Auch als der Erzherzog ihnen dieſe Aeußerung verwies und ſeine Forderung wiederholte, gaben ſie nicht nach. Da ſchloß Mathias am 12. Auguſt unter neuer Belobung der im In- und Auslande geprieſenen Treue der Tiroler Landſchaft den Landtag [4]).

Von den vielen Verſprechungen, welche Mathias den Ständen gemacht, wurden in nächſter Zeit gar wenig erfüllt; die nun eintretenden Begebenheiten und Maßregeln waren überhaupt nichts weniger als geeignet, die Tiroler zu befriedigen und zu beruhigen. Gegen die Ketzer wurde allerdings noch im October 1596 ein Generalmandat erlaſſen, und die Wildfrevler und Wilddiebe zur Ruhe gebracht, auch gegen die renitenten wälſchen Confinanten wurden

Schritte gethan. Allein man trat dem Biſchof von Brixen nicht energiſch entgegen, als er dem Adel und den Gerichten Tiers und Schenkenberg die Huldigung abverlangte, und man zog die Vornahme der Erbhuldigung in den einzelnen Landestheilen ſehr in die Länge hinaus. Viele zu ordnende Landesſachen brachte Mathias während ſeiner Anweſenheit noch mehr in Verwirrung und erbitterte noch überdies dadurch, daß er die Landräthe zu den Berathungen gar nicht beizog; durch deren endliche Verweiſung an den oberſten Gerichtshof in Prag wurden dieſelben dem Einfluſſe der Tiroler ganz entrückt und ihre Erledigung in unabſehbare Ferne geſchoben. Dieſe Berathungen verurſachten eine Vermehrung des Beamtenperſonals und damit neue Beſchwerung der Kammergüter. Die immer beſtimmter auftretende Ausſicht, den unbeliebten Cardinal Andreas als Statthalter des Landes zu bekommen, erzeugte ſo böſes Blut, daß ſich die Regierung veranlaßt ſah, bei Hofe dagegen ernſtliche Vorſtellungen zu machen. Noch mehr all dies ſteigerte aber die Verſchleppung des Hauptvergleiches die im Lande bereits herrſchende Aufregung. Dieſelbe war ſchon hoch gediehen, als plötzlich die Kunde anlangte, der Kaiſer habe die Erzherzoge zu einer Zuſammenkunft nach Wien einberufen. Das überraſchte die Stände ſehr unangenehm, weil man ſie nicht eingeladen, bei der Erledigung einer Angelegenheit ſich vertreten zu laſſen, die ſie am meiſten berührte. Darum baten die eben zu Meran verſammelten Ausſchüſſe den Kaiſer um die Bewilligung einer ſolchen Vertretung. Dem Kaiſer blieb nichts anders übrig, als die Bitte zu gewähren, um ſo mehr, als ihn gerade damals der Türkenkrieg neue Forderungen an die Landſchaft zu richten und einen neuen Landtag einzuberufen drängte, deſſen Zuſammentritt auf den 25. Februar anberaumt war [5]).

Der Landtag des Jahres 1597 ſteht in vieler Beziehung einzig da in der Geſchichte Tirols. Die Stände führten über den verſtorbenen Landesfürſten eine kühne Sprache und widerſtanden beharrlich den von Rudolf II. geſtellten Forderungen. Die Einberufungsart und die Wahl des Regierungsvertreters hatte ſie offenbar noch mehr aufgeregt; der Kaiſer hatte ſie nämlich nicht einzeln, ſondern im allgemeinen zum Erſcheinen aufgefordert und den unbeliebten Cardinal Andreas als ſeinen Vertreter geſchickt. Die Anforderungen, die dieſer zu ſtellen hatte, waren hoch; er verlangte, daß die Stände für die nächſten drei Jahre 4—5000 Mann geübten deutſchen Kriegs-

volkes auf eigene Koſten im Türkenkriege unterhalten, daß ſie die Verfaſſung einer Zuzugsordnung und die geſammte Landesvertheidigung berathen und die Koſten hiefür beſtreiten, und daß ſie eine ergiebige Summe von den landesfürſtlichen Schulden übernehmen und eine jährliche Nebenhilfe von 30—40,000 fl. auf eine Anzahl Jahre leiſten. Da das bisherige Steuerſyſtem ſich als ungenügend und die Steuervertheilung als ungerecht erwieſen, ſo machte er noch die weitere Forderung, daß ſie die bisherige Steuerordnung beſeitigen und neue Hilsquellen zur Bezahlung der verlangten Hilfen gewähren. Dafür verſprach er: die ſtändiſchen Beſchwerden ſollten erledigt, die Privilegien beſtätigt, die Zeughäuſer gehörig ausgerüſtet und eine beſſere Wirtſchaft eingerichtet werden. Dieſe Forderungen gaben den Ständen Gelegenheit, einmal ihrem Herzen Luft zu machen. Sie beklagten ſich bitter über die abermalige Einberufung eines ſo koſtbaren Landtages, über die neue Einberufungsart, über die unerhörten Begehren; ſie erinnerten an die großen Opfer, die ſie dem Erzherzoge Ferdinand gebracht, namentlich an die vielen Geldhilfen (mit Einrechnung der Zinſen und der bereits i. J. 1563 bewilligten Hilfen faſt 6 Millionen), an die Uebernahme der Verproſiantirung des Landes, an die durch Muſterplätze und Durchzüge letzthin erlittenen Schäden u. ſ. w. und ſprachen von völliger Erſchöpfung des Landes. Dabei thaten ſie die im vorigen § angeführte Aeußerung über Ferdinand's II. Mißwirtſchaft. Sie baten den Kaiſer und die Mitintereſſenten nochmals, für gute Hauswirtſchaft zu ſorgen und dabei nicht allein mit den Hofräthen, ſondern auch mit vertrauten tiroliſchen Räthen und Landleuten ſich zu beratſchlagen, da ja das Werk Tirol vorzüglich betreffe. Die Verbeſſerung des Steuerſyſtems lehnten ſie mit dem Bemerken ab, daß in Tirol ſchon alle Stände die gleichen Laſten trügen; und von den geforderten Hilfen bewilligten ſie nur eine dreijährige Geldhilfe von 150,000 fl. ſtatt der Stellung der verlangten 4—5000 Mann. Die Hilfe ſollte aber nicht abgeführt werden, bevor die Privilegien beſtätigt worden. Nach dieſer Antwort entſchuldigte der Cardinal die neue Einberufungsart mit der Kürze der Zeit und gab für die Zukunft beruhigende Verſicherungen. Dagegen verwies er den Ständen die Aeußerung über die Regierung ſeines Vaters und erklärte die gewährte Hilfe für ganz ungenügend; die Gefahr ſei drohend und die Tiroler müßten den andern Erblanden um ſo mehr ein gutes Beiſpiel geben, als ſie in den letzten

Jahrzehnten mit ſolchen Hilfen ſehr verſchont werden. Obwol er aber ſeine Forderungen diesmal bedeutend herabſtimmte, ließ ſich der Landtag doch zu nichts weiterem herbei. Auf den erhaltenen Tadel erwiderte er, man habe nicht unterlaſſen können, dem Kaiſer rund heraus zu ſagen, wie die Sache im Grunde beſchaffen ſei, und bat, die kaiſerl. Majeſtät und Durchlaucht möge ihm ſeine freie Sprache nicht in Ungnaden verdenken. Da mäßigte der Cardinal abermals ſeine Forderungen und wollte zufrieden ſein, wenn die Stände wenigſtens 3000 Mann auf 16 Monate unterhalten würden, betonte aber dabei ausdrücklich, daß nur eine Unterſtützung mit Mannſchaft ein Anſehen habe, und daß er eine geringere Hilfe nicht annehmen dürfte, ohne vorher beim Kaiſer angefragt zu haben. Dieſe letzte Bemerkung veranlaßte die Stände zu einer bittern Klage über die lange Dauer des Landtags; es ſei für ſie ſehr beſchwerlich zu warten, bis Nachrichten von Prag kämen, man möge ſie mit einer ſolch unerhörten Neuerung verſchonen. Zugleich beſchwerten ſie ſich, daß man die Confirmation der Privilegien ſo lange hinausſchiebe und von der Erfüllung des geſtellten Begehrens abhängig machen wolle. Sie beharrten hartnäckig auf der erſten Verwilligung und den daran geknüpften Bedingungen. Auch eine weitere Mäßigung der geſtellten Forderungen fruchtete nichts und noch weniger wollten ſich die Stände die Erlaubniß heimzukehren mit Zurücklaſſung einer Deputation erkaufen, ſie beſchwerten ſich vielmehr über eine ſolche Zumuthung höchlichſt. Indeß war aber eine Antwort vom kaiſerlichen Hof angelangt, wohin Andreas ſogleich nach der erſten Antwort der Stände einen Courier geſchickt hatte. Der Kaiſer beharrte bei ſeiner Forderung, daß Tirol wenigſtens 3000 Mann auf 3 Jahre ſtelle und eine Küchenhilfe von 30—40,000 fl. gewähre. Dies eröffnete Andreas den wenigen noch anweſenden Ständen, aber ſelbſt jetzt noch beſtanden ſie auf ihrer erſten Bewilligung. Da beſchied der Cardinal am 14. März den engern Landesausſchuß zu ſich, erklärte ihm, daß er ihre Beſchlüſſe nur ad referendum annehmen könne, und verſprach, die kaiſerliche Reſolution durch den Landeshauptmann der Landſchaft zukommen zu laſſen. Die noch anweſenden Stände überreichten nun eine Entſchuldigungsſchrift an den Kaiſer, die ſie dem Regierungsberichte beizulegen baten, und giengen auseinander. Der Kaiſer mußte ſich mit dem Bewilligten begnügen [6]).

Noch vor dem Zuſammentritt des Landtages hatte die Landſchaft

Karl Schurf, oberſten Erblandjägermeiſter in Tirol und Rath Sr. kaiſerl. Majeſtät, Mathias v. Annenberg und Dornsberg, und Hans Egen, Bürger und Rath von Meran nebſt dem Landſchaftsſecretär Oswald Mornſaler zu ihren Abgeordneten für die Wiener Zuſammenkunft gewählt, aber dieſelben reisten erſt zu Anfang Mai dahin ab, nachdem die Ausgleichsverhandlungen bereits über einen Monat gedauert hatten. Die Inſtruction, welche ihnen von den Ständen mitgegeben wurde, enthielt alle Wünſche und Beſchwerden, die die letzten beiden Landtage vorgebracht hatten, in ausführlicher Darſtellung; beſonders waren zwei Punkte darin hervorgehoben. Einmal ſollten die Abgeordneten auf die Hintanhaltung der Theilung und die Einſetzung eines eigenen Landesfürſten dringen und jedenfalls dem vorbeugen, daß das Land den Cardinal oder deſſen Bruder Carl als Statthalter bekomme; dann ſollten ſie erwirken, daß endlich einmal die Kammerſchulden abgelebigt und gute Hauswirtſchaft eingeführt werde. An der Spitze aller Bitten ſtand wiederum die um Erhaltung der katholiſchen Religion. Die Unterhandlungen, die bis zur Ankunft der Tiroler zwiſchen den Geſandten des Kaiſers, ſeiner Brüder, der ſteiermärkiſchen Linie und der beiden Söhne Ferdinand's II. geführt worden, waren noch zu keinem Abſchluſſe gelangt; die Geſandten der ſteiermärkiſchen Linie drangen durchaus auf die Theilung der erledigten Erblande, worauf die Geſandten des Kaiſers und ſeiner Brüder nicht eingehen wollten. Die Tiroler ſchloſſen ſich auch dieſen näher an und bemühten ſich um die Gunſt der Erzherzoge Mathias und Maximilian, da ſie dabei ihre Intereſſen beſſer gewahrt fanden. Als am 23. Mai die Hauptverhandlung ſtattfand, legten ſie ihre Inſtruction vor. Der Beſcheid, den ſie darauf am 3. Juni bekamen, enthielt die Verſicherung, daß ſowol der Kaiſer als auch die Erzherzoge, ihrer treugemeinten Erinnerungen eingedenk, Beſchlüſſe faſſen werden, die den ober- und vorderöſterreichiſchen Landen und Leuten zum Beſten gedeihen ſollen. Dadurch befriedigt, kehrten die tiroliſchen Abgeordneten ſchon am 6. Juni wieder nach Tirol zurück; die Geſandten des Kaiſers und der Erzherzoge hingegen ſetzten die Verhandlungen noch längere Zeit fort. Allein man kam deßungeachtet zu keiner definitiven Verſtändigung. Der Kaiſer und ſeine Brüder ſtrebten noch immer den Geſammtbeſitz aller ledigen Erblande an, während die ſteiermärkiſche Linie bei ihrer Theilungsforderung beharrte und Tirol zu erwerben

hoffte. Die Stände der Vorlande wie Tirols anderseits proteſtirten nochmals gegen die Trennung. Auch in den nächſtfolgenden Jahren konnten ſich die Intereſſenten nicht einigen und ebenſo wenig gelang dem Kaiſer und den Erzherzogen die Verſtändigung mit den Söhnen Ferdinand's II. ſel.; Carl, Titularmarkgraf v. Burgau, bekam mehrere Jahre hindurch von allen Vermächtniſſen und Anwartſchaften wenig oder gar nichts, obwol er für Kaiſer und Reich im Felde lag. Da iſt es begreiflich, wenn ihm der Faden der Geduld riß und ſein Unmuth ſich äußerte: Tirol werde unter den Herren von Oeſterreich Urſache zum Kriege werden [7]).

Trotz dieſer neuen Verſchleppung des Hauptvergleichs legte ſich die Aufregung in Tirol wieder ganz; die beruhigenden Verſicherungen der zurückgekehrten Abgeordneten und die Confirmation der Privilegien (9. Auguſt) haben dazu wol am meiſten beigetragen. Die übrigen Beſchwerden wurden zwar nicht abgethan, ſie vermehrten ſich vielmehr durch ein paar neue, aber die guten Ernten machten ſie weniger fühlbar und da Rudolf II. zunächſt keinen Landtag mehr einberief, fehlte auch die rechte Gelegenheit zu neuen Klagen. Der nach Ablauf der dreijährigen Nebenhilfe i. J. 1600 beſchriebene engere Ausſchuß bewilligte ohne Anſtand deren Fortbezug auf ein weiteres Jahr; eine Verſammlung von Mitgliedern des kleinen und großen Ausſchuſſes, die der Landeshauptmann im Jänner 1601 zu Meran hielt, gewährte dieſelbe zu Gunſten des Erzherzogs Ferdinand von Steiermark noch für ein Jahr. Auch als der Kaiſer, damit nicht zufrieden, gegen den Rath der Verſammelten den dritten offenen Landtag auf den Mai nach Innsbruck berief und wieder hohe Forderungen ſtellte, verloren die Stände ihre Ruhe und Mäßigung nicht. Allerdings war er diesmal in der Wahl ſeines Vertreters vorſichtiger geweſen und hatte nicht mehr den Cardinal, ſondern ſeinen Bruder Maximilian, den ſich die Tiroler zum Landesfürſten wünſchten, als Commiſſär geſchickt. Die Veranlaſſung dieſes Landtages war wieder der Türkenkrieg; der Verluſt der Feſtung Kaniſcha nöthigte zu neuen Rüſtungen und dazu fehlte, wie immer, in den Staatskaſſen das Geld. Der Erzherzog verlangte darum von der Landſchaft, daß ſie ein Regiment von 4000 Mann auf 7 Monate gänzlich unterhalte; zum Schutze Tirols ſchlug er die Beſetzung der Päſſe und Muſterung des Landvolks vor. Die Kriegskoſten ſollten durch eine Umlage von 1% auf das nichtverſteuerte Vermögen und

den Schenkpfennig gedeckt, die koſtſpielige und zeitraubende Einberufung von Landtagen dadurch vermieden werden, daß der Landtag den Ausſchüſſen größere Gewalt ertheile. Die Stände konnten ſich zwar nicht entſchließen, auf dieſe Forderungen und Vorſchläge einzugehen, auch als Maximilian ſie zum Theil mäßigte, aber ſie brachten ihre Klagen wider dieſelben und ihre anderen Beſchwerden diesmal mit aller Ruhe vor und bewilligten ſchließlich doch die nicht unanſehnliche Geldhilfe von 110,000 fl., außerdem machten ſie noch dem Erzherzog ein Geſchenk von 1500 doppelten oder 3000 Species-Thalern. Unter den vorgetragenen Bitten befand ſich wieder die um Erhaltung der katholiſchen Religion und Ausrottung ketzeriſcher Bücher, unter den Beſchwerden eine wider einen neuen Salzaufſchlag und die Klage, daß der Kaiſer ſo viele Perſonen in den Adelſtand erhebe.

Bald nach dem Schluſſe dieſes Landtages erhielten die Tiroler vom Kaiſer die erfreuliche Nachricht, daß er im Einverſtändniß mit ſeinen Brüdern und Vettern den Erzherzog Maximilian zur Uebernahme des Gouverments vermocht habe. Doch die Verhandlungen, die in dieſem Jahre wieder lebhafter aufgenommen wurden, kamen erſt im folgenden zum Abſchluſſe, durch den Prager Vergleich vom 5. Februar 1602. Dieſer ſprach die Untheilbarkeit ſämmtlicher Landſchaften aus und ſetzte eine Vertheilung der Einkünfte nach Köpfen feſt. Davon ſollten fünf Theile auf die maximilianiſche Linie, vier auf die karolingiſche fallen; der Verweſer der Landſchaften, der ſie zu verwalten und deren Ertrag zu vertheilen hätte, ſollte abwechſelnd aus beiden Linien genommen werden und Katholik ſein. Der Vertrag verpflichtete denſelben, lauter Katholiken in die Aemter einzuſetzen und bei allen wichtigeren Angelegenheiten das Gutbefinden ſämmtlicher Erben einzuholen. Die Rechte der Landſchaften ſollten unverkürzt bleiben und kein Rechtsfall aus denſelben gezogen werden Die Ernennung Maximilians zum erſten Verweſer wurde am 3. Juli 1602 der oberöſterreichiſchen Regierung kundgethan, und am 8. Juli trat er die Regierung an. Es wurden dem Erzherzog von Seiten des Kaiſers und ſeiner Brüder Ludwig v. Molart, Frhr. zu Reineck und Droſendorf und Dr. Friedr. Altſtätter und von Seiten der karolingiſchen Linie Karl Schurf Frhr. v. Schönwert nebſt dem Dr. Manicor Frhr. zu Caſetz als geheime und Aſſiſtenzräthe beigegeben [9]).

Erzherzog Maximilian der Deutschmeister.

§ 5. Maximilian als Gubernator.

Inhalt: Ueberblick über Maximilians Regierung. Maximilians Vorleben. Friedensbestrebungen. Beilegung der Grenzstreitigkeiten mit Venedig, Salzburg, Freising und Baiern. Karl v. Madruz, Bischof v. Trient. Cardinal Andreas. Andre v. Spaur, Bischof v. Brixen. Streitigkeiten und Verhandlungen zwischen Brixen und der Grafschaft Tirol. Vergleich über die Jurisdiction der Geistlichkeit. Weiteres Verhältniß zwischen Maximilian und Bischof Andre. Beilegung des Erbschaftsstreites mit Markgr. Karl v. Burgau. Landtag v. J. 1605. Forderungen, Bewilligungen, andere Beschlüsse und Beschwerden. Landesdefension. Die Zuzugsordnung v. J. 1605. Türkenhilfen, Gefahren v. Seiten Venedigs und der Bünde. Zerwürfnisse im Hause Habsburg und Unruhen in dessen Landen. Maximilians Frieden. Friedenspolitik und Gunst f. Ferdinand v. Steiermark. Entstehung der Bündnisse: Union und Liga und der Jülich-Cleve'sche Erbfolgestreit. Neues Zerwürfniß zwischen Rudolf II. und Mathias. Die Gefahren v. Seiten des Passauer Kriegsvolkes und Vorkehrungen zur Abwehr. Die Durchführung der Zuzugsordnung. Verbesserungen derselben. Beschlüsse des Ausschusses v. J. 1611. Vergleich mit dem Bisthum Trient v. J. 1613. Das Finanzwesen und andere Verwaltungszweige. Gutes Einvernehmen zwischen Landesfürst und Landschaft. Rudolfs II. Tod und Mathias' Vermählung. Neue Vereinbarungen.

Wie Ferdinands II. Regierung, so ist auch die Maximilians des Deutschmeisters eine Periode des Friedens. Aber die Ruhe des Landes bleibt nicht mehr so ungestört; der Krieg der Venetianer mit dem Erzherzoge Ferdinand v. Steiermark, die Unruhen in Graubünden und in den andern deutschen Nachbarlanden nötigen zu wiederholten Rüstungen; es kündigen sich bereits die Stürme des dreißigjährigen Krieges an. Die Zeit ist vorüber, wo die Landtage und Ausschußversammlungen sich meist mit Hilfen für den landesfürstlichen Hofhalt zu befassen haben, nun bildet die Landesvertheidigung, die Grenzbefestigung und Ausrüstung von Kriegsvolk den Hauptgegenstand. Maximilians Thätigkeit ist auch diesem Gegenstand vorzüglich zugewendet, und er hat denselben durch Ordnung des Zuzugswesens wesentlich gefördert. Er glaubte aber noch in anderer Weise das Land auf die kommenden Stürme vorbereiten zu müssen. Er war eifrigst bestrebt, die Streitigkeiten, die mit den Landesbischöfen und mit andern Nachbarn seit langem bestanden, zu schlichten, jeden Anlaß zum Streite zu beseitigen und das Land vor jedem innern Zwiespalt zu wahren und es gelangen ihm die meisten dieser Bestrebungen. Er hatte mit allen Nachbarn Frieden und das Verhältniß zu den Ständen gestaltete sich aufs beste. Die Sorge für des Landes Frieden sowie sein Eifer für den Katholicismus

drängten ihn auch zur Ausrottung des Protestantismus, dessen letzte Reste er, wenn nicht ganz so doch größtentheils vertilgt hat. Mehr oder weniger glücklich in allen diesen Unternehmungen, vermochte er jedoch des Landes Haushalt nicht zu ordnen. Maximilians Regierung zerfällt naturgemäß in zwei Hauptabschnitte. Während des ersten steht er bloß als Gubernator an der Spitze Tirols und hängt noch in allen wichtigeren Anliegen von seinen Brüdern und Vettern ab; mit Rudolfs Tode tritt er als förmlicher Landesfürst die Regierung an.

Maximilian war am 12. Oct. 1558 zu Wiener-Neustadt geboren und wuchs unter der Obhut seines trefflichen Vaters heran. Schon früh zeichneten ihn dessen Tugenden aus: wolwollende Herzensgüte, emsiges Streben nach Recht und Billigkeit und unermüdeter Fleiß in den Geschäften. Dadurch gewann er bald Einfluß auf die Anliegen seines Hauses und bei Hofe und dieser Einfluß wuchs von Jahr zu Jahr. Seine vortrefflichen Eigenschaften wurden aber auch bald außerhalb Oesterreich anerkannt. Im Jahre 1585 wählten ihn die Deutschordensritter einstimmig zu ihrem Haupte und zwei Jahre darauf erhob ihn eine Partei des polnischen Adels auf den Thron von Polen. Doch brachte ihm diese neue Würde kein Glück; als er seine Ansprüche anf den polnischen Thron geltend machte, wurde er geschlagen und gerieth zu Pitschin in die Gefangenschaft des Hofkanzlers Zamoiski, der mit einer mächtigen Adelspartei den Prinzen Sigmund von Schweden sich zum König erkoren hatte. Als es dem großen Eifer seiner Brüder gelungen, ihn zu befreien, übertrug ihm der Kaiser die vormundschaftliche Regierung Innerösterreichs (1593), da sein Bruder Ernst, der bisherige Regent dieser Gebiete, nach den Niederlanden abgegangen war. Im März 1595 wurde Maximilian auch zum Feldobersten in Oberungarn ernannt. In dieser Stellung zeigte er sich zwar als einen tapfern und unermüdeten, aber nicht als glücklichen Feldherrn; außer der Eroberung von Papa gelang ihm nichts. An den Verhandlungen über die erbfällig gewordenen Lande nahm er regen Antheil und erwarb sich dabei die Gunst der Stände Tirols. Es wurde bereits erwähnt, daß er während Ferdinand's II. Regierung öfters nach Innsbruck gekommen, und daß er den Landtag vom J. 1601 im Namen des Kaisers gehalten habe. Als er die Regierung antrat, war er unbestritten das hervorragendste Mitglied seines Hauses [1]).

Die frühern Blätter haben dargethan, in welchem Zuſtand Erzherzog Ferdinand II. Tirol hinterlaſſen; dieſer hat ſich während des Interregnums eher verſchlimmert als gebeſſert. Jedenfalls gab es beim Regierungsantritte Erzherzog Maximilians eine Menge zu ſchlichten und zu ordnen. Maximilian erkannte ſogleich die Mängel und Gebrechen, an denen das Land litt, und war vom ernſten Beſtreben beſeelt, denſelben abzuhelfen. Vor allem trachtete er mit den Nachbarfürſten gute Beziehungen herzuſtellen und die vielen Streitigkeiten über einzelne Punkte, die mit ihnen ſeit Jahren beſtanden, auf friedlichem Wege zu löſen. Denn obwol er ein Feldlager mit der Aufſchrift militemus (Laßt uns kämpfen) in ſeinem Symbole und Wahlſpruch führte und mit Ausdauer gegen die Türken in Ungarn gekämpft hatte, ſo war er doch wie ſein Vorgänger äußerſt friedliebend, nur daß ſeine Friedensliebe nicht aus der Gemächlichkeit des Alters, ſondern aus der vollen Ueberzeugung entſprang, durch ſie beſſer als durch Streit und Kampf für das Wol der Länder zu ſorgen.

Bei ſeinen Friedensunterhandlungen machte Maximilian mit dem gefährlichſten Nachbar, der Herrſchaft Venedig, den Anfang. Mit dieſer beſtanden nämlich ſeit mehr als 200 Jahren Grenzſtreitigkeiten, welche die im Süden Valſuganas gelegenen Berge Frizon und Marceſina und die Almen Vezena und Coſta betrafen. Zur Ausgleichung dieſer Streitigkeiten wurde eine gemiſchte Commiſſion beſtellt; der Commiſſär ſeitens Tirol war Joh. Gaudenz Frhr. v. Madrutz, ſeitens der Republik Niclas Contarenus, denen mehrere Rechtsgelehrte beigegeben waren. Die Verhandlungen fanden unter großen Feierlichkeiten zu Rovereto ſtatt und daſelbſt wurde auch deren Ergebniß am 20. Oct. 1605 bekannt gemacht; die Ausmarkung geſchah im folgenden Jahre. Bei dieſer Gelegenheit wurde auch der langwierige Streit in Cadover ausgetragen, den die venetianiſchen Unterthanen von Oberentſch mit dem geiſtlichen Stifte Innichen und der Gemeinde Haiden wegen der Schwabalm und des Berges Sommariva führten. Nach Beilegung dieſer Streitigkeiten ſetzte ſich der Landesfürſt mit dem Erzbiſchof Dietrich von Salzburg wegen der zwiſchen Tirol und Salzburg beſtehenden Grenzſtreitigkeiten auseinander. Es handelte ſich um den Bannwald in der Strub und den Urwald zu Waidring, die ſchon ſeit vielen Jahren ein Zankapfel zwiſchen der öſterr. Herrſchaft Kitzbühel und

dem ſalzburgiſchen Landgerichte Lofers geweſen waren. Bei der Haupthandlung fungirte Andre Frhr. v. Brandis, bei der Ausmarkung Johann Georg Khuen und M. Burglechner als öſterreichiſche, Ott Heinr. Frhr. v. Gravenegg und Dr. Georg Khuel als ſalzburgiſche Commiſſäre. Nach dieſem Vertrage wurden die Streitigkeiten mit dem Stifte Freiſing wegen des Erwaldes und mit dem Herzog v. Baiern wegen der Grenzen, Bergwerke und Waldungen der Herrſchaften Hohenſchwangau und Erenberg beigelegt [2]).

Wie Maximilian in der gefahrdrohenden Zeit ſich beſtrebte, den Nachbarn der Grafſchaft Tirol jeden Anlaß zum Streite zu nehmen, ſo war er nicht weniger bemüht, die Beziehungen zu den im landesfürſtlichen Territorium gelegenen Bisthümern zu regeln und die obwaltenden Streitigkeiten zu ſchlichten. Beide Biſchofsſtühle Trient und Brixen waren bald nach Ferdinands II. Tod erledigt worden, und kurz vor Maximilians Regierungsantritt in andere Hände übergegangen. Der Stuhl von Trient fiel nach dem Tode des Cardinals Ludwig v. Madrutz an Karl Frhr. v. Madrutz, den die Domcapitulare auf die warme Empfehlung Kaiſer Rudolfs II. bereits im J. 1595 zum Bisthumsverweſer erwählt und der Pabſt am 23. Oct. desſelben Jahres beſtätigt hatte. Carl v. Madrutz war der zweite Sohn des Joh. Friedr. Frhr. v. Madrutz, ſpäter Marquis von Challant und Graf v. Avio und im J. 1562 zu Iſſogne in Savoyen geboren. Er ſtudirte auf den hohen Schulen zu Ingolſtadt und Pavia und wurde ſchon früh mit mehreren Pfründen bedacht und in das Domcapitel von Trient aufgenommen. Rudolf II. bezeigte ihm auch als Bisthumsverweſer ſeine Gunſt; er verlieh ihm am 28. Auguſt 1597 das Privilegium de non appellando für alle Rechtsfälle unter 400 Goldgulden und warb für ihn beim Pabſte um den Purpur. Da er dem Hauſe Habsburg ſo genehm war, ſo fand ſeine Einſetzung in die Temporalien keine Schwierigkeiten; dieſelbe erfolgte im März 1603 durch den Landeshauptmann Jak. Frhr. v. Khuen und einige andere Commiſſäre, nachdem ihm Erzherzog Maximilian in ſeinem und ſeiner Brüder und Vettern Namen das feierliche Gelöbniß auf die alten Verträge zwiſchen Tirol und Trient, namentlich jene aus den Jahren 1454 und 1468 abgenommen hatte. Am 14. April 1603 hielt Karl, begleitet von zahlreichen Edelleuten, ſeinen feierlichen Einzug in die Reſidenz; zu ſeinen Ehren wurden drei Triumphbogen mit vielen Inſchriften und Emblemen, einer ſchöner

als der andere, errichtet und große Feſtlichkeiten veranſtaltet. Karls Verhältniß zu Maximilian blieb, von einzelnen kleinern Irrungen abgeſehen, fortan gut. Zwar war auch Karl mit den Beiträgen zu den Landesſteuern ſäumig, doch weigerte er ſich nicht, an den Landtagsverhandlungen ſich zu betheiligen und leiſtete zur Landesvertheidigung die vertragsmäßige Hilfe. Wie wir hören werden, gieng er auch mit Maximilian einen auf letztere bezüglichen wichtigen Vertrag ein [3]).

In dem Todesjahre des Cardinals Ludwig ſtarb auch Cardinal Andreas, Biſchof v. Brixen. Andreas hatte alle ſeine geiſtlichen Sprengel, die Bisthümer Conſtanz und Brixen, die Abtei Reichenau am Bodenſee und die Probſteien Murbach und Lüders, bis zu ſeinem Ableben inne. Als Cardinal hatte er an den Wahlen der Päbſte Sixtus V., Gregor XIV., Innocenz IX. und Clemens VIII. Theil genommen. Es wurde bereits angedeutet, daß er eifrig bemüht war, in ſeinem Sprengel Gottesfurcht und Sittlichkeit zu pflanzen, die katholiſche Lehre nach Kräften zu fördern und die Irrthümer auszurotten. Darauf zielten auch ſeine Bemühungen um Einführung der römiſchen Liturgie und Verbeſſerung des Kirchengeſangs hin. Aber noch mehr lagen Andreas die weltlichen Geſchäfte am Herzen. Davon zeugt ſein Streit mit den Landesfürſten wegen des Brixner Adels; davon zeugt auch, daß er auf einige Zeit die Verwaltung der Niederlande übernahm und nach der Regierung Tirols und der Vorlande ſtrebte. Er liebte Glanz und Pracht eines Herrſchers und vermochte nicht mit dem beſchränkten Wirkungskreis eines Biſchofs von Brixen ſich zu begnügen. Sein Geſchick ereilte ihn zu Rom im 43. Lebensjahre, wo er von dem Pabſte Clemens VIII. mit den größten Ehrenbezeigungen aufgenommen worden war. Pabſt Pius VII. rühmt bei Gelegenheit der Erhebung des Erzherzogs Rudolf zum Cardinal (1819) ſeine hohe Frömmigkeit; die Geſchichte meldet uns, daß er einen Sohn, Namens Georg Albizi, hinterlaſſen habe [4]).

Nach ſeinem Tode befürworteten der Kaiſer und Erzherzog Ferdinand von Steiermark des letzteren Bruder Karl zur Wahl, aber die Domherrn kehrten ſich diesmal nicht an Oeſterreichs Wünſche und poſtulirten Andre v. Spaur, bisher Biſchof von Gurk. Er war der Sohn des Ulrich Frhr. v. Spaur. Geboren im J. 1543, erzogen von den Jeſuiten zu Löwen wurde er, noch Jüngling, 1559 Domherr von Brixen, dann Adminiſtrator, Generalcommiſſär zur

Reform des Klerus, 1570 Dekan und 1574 Bischof von Gurk. Als solcher wirkte er im reformatorischen Sinne, er vermehrte die Schulen, errichtete ein Priesterseminar, führte den römischen Ritus ein. Auch auf politischem Gebiete war er thätig und öfter Statthalter der Steiermark, Commissär bei wichtigen Landtagen und anderen Verhandlungen. Vom Pabste bestätigt, hielt er im März 1601 seinen Einzug in Brixen; sogleich nahm er die Erbhuldigung und Lehenbelehnung vor. Daß auch der Kaiser als Landesfürst von Tirol für sich und die Mitinteressenten mit den Brixener Lehen namentlich sich belehnen ließ, erstrebte er vergeblich; Rudolf schlug dies Ansinnen mit harten Worten ab und Andre mußte sich mit der Belehnung in alter Form begnügen. Bei Andre's Regierungsantritt bestand der alte Streit mit dem Landesfürsten wegen der Jurisdiction und Huldigung des Brixener Adels noch fort. Rudolf hatte auf eine Beschwerde der Regierung vom J. 1598 dem Adel streng untersagt, dem Bischof von Brixen die Huldigung zu leisten und die Ungehorsamen der Rechte und Freiheiten tirolischer Adeliger verlustig erklärt. Darauf hatte der Cardinal eine Gegenvorstellung an ihn als Kaiser eingereicht, worin er auf seinen Ansprüchen beharrte. Die von ihm abhängigen Adeligen folgten seiner Aufforderung und Regierung und Landschaft blieben ebenfalls bei ihren Ansprüchen. Maximilian war keineswegs gewillt, dieselben fahren zu lassen, wie er gleich in seinem ersten Schreiben an den Bischof zeigte. Zu diesem Streitobjecte kam bald ein neues. Die gefährlichen Zeitläufe bewogen nämlich den Erzherzog, im J. 1604 eine allgemeine Musterung und Beschreibung der waffenfähigen Mannschaft im Lande vorzunehmen. Auch im Stifte Brixen sollte dieselbe geschehen und den wehrfähigen Stiftsunterthanen für den Fall eines Krieges ein landesfürstlicher Befehlshaber gesetzt werden. Dagegen aber erklärte sich der Bischof und verlangte die Ausgleichung der obschwebenden Streitigkeiten durch Schiedsrichter. Dieselbe schien um so nötiger, als die Erblaßhandlung der im November 1605 verstorbenen Dorothea v. Andrian, gebornen v. Welsberg, den Jurisdictionsstreit wieder heftiger anregte. Maximilian war zu gütigen Handlungen sehr bereit; so trat nach einigen Zwischenverhandlungen im Herbste eine Commission von landesfürstlichen und bischöflichen Räthen zusammen; allein man konnte sich, wie es scheint, gar nicht einigen. Da trug der Erzherzog am 18. October dem Landes-

hauptmann auf, mit den Freiherren v. Wolkenſtein, Brandis und Lichtenſtein die Anſprüche des Biſchofs und der Ritterſchaft wol zu prüfen. Ihr Gutachten vom 6. December fiel ganz zu Gunſten der letztern und des Landesfürſten aus; doch ertheilten ſie Maximilian den Rath, noch einmal den Weg der Güte einzuſchlagen. Aber auch die weitern Verhandlungen führten zu keiner definitiven Einigung, weder in dem einen noch in dem andern Streite. Maximilian ließ es bei Drohungen bewenden und beſtand nicht auf zwangsweiſer Durchführung ſeiner Rechte; der Biſchof feſſelte den Adel durch Lehen und Hofämter an ſich und beharrte bei ſeiner Weigerung, einem landesfürſtlichen Commiſſär die Muſterung in ſeinem Stifte zu geſtatten. Dagegen gelang es Maximilian bei dieſen Verhandlungen im Herbſte 1605 einen andern wichtigen Vergleich mit Brixen zu erzielen, der dem kirchlich-politiſchen Gebiet angehört. Es gab nämlich wie mit andern Biſchöfen, ſo auch mit dem von Brixen Streitigkeiten wegen der Jurisdiction der Geiſtlichkeit; denn dieſe wollte weder bei Erblaßfällen noch bei Amtsantritten oder in andern weltlichen Angelegenheiten, die ſie betrafen, die Intervention der landesfürſtlichen Behörden dulden und ſuchte ſich ganz deren Jurisdiction zu entziehen. Der dadurch entſtandenen Rechtsunſicherheit ſollte obiger Vergleich abhelfen, deſſen Hauptpunkte folgende ſind: 1. In Perſonal-, Kirchen-, Kloſter-, Widum-, Pfründen- und ähnlichen Sachen, iſt die Prieſterſchaft dem geiſtlichen Gerichte in andern der weltlichen Obrigkeit unterworfen. 2. Die Abhandlung der geiſtlichen Hinterlaſſenſchaft wird von geiſtlicher und weltlicher Obrigkeit gemeinſam vorgenommen. 3. Landesfürſtliche Mandate, die geiſtliche Sachen betreffen, mögen durch die Seelſorger in der Kirche publicirt werden. 4. Die Einſetzung der Prälaten und Pfarrer in die Temporalien ſteht dem Landesfürſten oder andern weltlichen Patronen zu. 6. Die Kirchen-, Spital- und derlei Rechnungen nehmen beide Obrigkeiten auf. 10. Das Jägergeld bleibt dem Landesfürſten vorbehalten. In der Folge blieb das Einvernehmen zwiſchen dem Biſchofe und Landesfürſten ein gutes; Andre proteſtirte wol gegen Steuern, die nicht die Landesdefenſion betrafen, aber er betheiligte ſich doch wieder an den Landtagen und Landtagshilfen; er klagte auch über Verletzung ſeiner Hoheitsrechte und verlangte im J. 1611 gemeinſam mit ſeinem Amsbruder zu Trient eine Erläuterung des eilfjährigen Libelles, aber das trübte die Beziehungen nicht weſentlich.

Mehr verſtimmte den Biſchof die Rücklöſung der vier dem Bisthum verpfändeten Herrſchaften: Heimfels, Michelsburg, Schöneck und Uttenheim. Andre klagte darüber bitter beim Capitel und beim Pabſte, er veranlaßte ſogar letztern, ein ernſtliches Mahnſchreiben an Maximilian zu richten. Als aber dieſer ſich nicht einſchüchtern ließ und im J. 1612 den Pfandſchilling (98.000 fl.) erlegte, wurde die Herausgabe nicht länger verweigert. Der Biſchof überlebte dies ſchmerzliche Ereigniß nicht lange; am 10. Jänner 1613 war er eine Leiche [5]).

Bei Maximilians Regierungsantritt war die Erbhandlung noch immer nicht zum vollen Abſchluß gelangt, ein Glied, Markgraf Karl, noch immer nicht befriedigt. Deſſen endliche Zufriedenſtellung mußte dem Erzherzog ſehr anliegen. Denn die Herrſchaften, die demſelben ſein Vater zugewieſen hatte, gehörten natürlich alle zu Ober- und Vorderöſterreich und waren zum Theil in unmittelbarer Nähe ſeiner Reſidenz gelegen, wie die Herrſchaften Amras und Rottenburg; Karl hatte ſogar in der Vorſtadt Innsbrucks eine eigene Hofhaltung. Das konnte um ſo leichter zu Verdrießlichkeiten mit ihm führen, je mehr derſelbe Urſache hatte, ſeinen Verwandten wegen Vorenthaltung des ihm gebührenden Erbes zu zürnen. Wol auf Maximilians Drängen entſchloß ſich Kaiſer Rudolf endlich, den Wünſchen ſeines Vetters gerecht zu werden und übertrug jenem in ſeinem und der Mitintereſſenten Namen die gütige Beilegung des mehrjährigen Erbſchaftsſtreites. Die Verhandlungen fanden zu Anfang des J. 1605 in Innsbruck ſtatt. Die kaiſerlichen Räthe Martin Biſchof v. Seckau und Hans Chriſt. v. Stadion und die andern Commiſſäre einten ſich auf folgende Punkte: Der Markgraf verzichtet auf Feldkirch, Bregenz und andere vor dem Arlberg gelegene Herrſchaften und erhält dafür die Markgrafſchaft Burgau, die Landgrafſchaft Nellenburg mit beiden Vogteien Ach und Tengen, die Grafſchaft Hochberg mit allen Regalien und Rechten zu Manns- und Afterlehen. Er genießt die Freiheiten der öſterreichiſchen Erzherzoge, und ſeine Leute dürfen weder vor das Reichskammergericht noch vor andere Gerichte gezogen werden. Er empfängt ſeine Lehen vom Aelteſten des Hauſes, die Reiſen und Steuern derſelben gehören aber dem Landesfürſten von Oberöſterreich. Er darf ohne Bewilligung ſeines Lehensherrn auf ſeine Lande keine neuen Laſten legen, und geht er ohne Erben mit Tod ab, ſo fallen ſie an das

Haus Oesterreich zurück. Da wegen der darauf lastenden Schulden seine Besitzungen nicht 30.000 fl. abwerfen, wird ihm das Lehen Cronburg sammt Zugehör und die Exspectanz auf Erpach ertheilt; auch bei andern fälligen Lehen soll er bedacht werden. Dagegen verzichtet er auf die Herrschaften Amras und Rottenburg sammt Zugehör um die Summe von 170,000 fl.; dieselbe wird theils zur Ablösung der Herrschaft Seifriedsberg verwandt, die er als Mannslehen erhält, theils bar bezahlt. Die von W. Zimmer herstammenden Lehen und Pfandschaften sollen ihm unter Wahrung der Ansprüche des Markgr. v. Baden eingeräumt werden. Die Barschaft seines Vaters, den Nachlaß seines Bruders (100.600 fl.), die Schuld Kaiser Maximilians II. (200.000 fl.) und weitere 40.000 fl. hat er vom Kaiser Rudolf II. zu fordern. Einige Punkte bleiben in der Schwebe. Die Immission in die genannten Herrschaften, wie in das Schloß und die Herrschaft Schramberg im Schwarzwald erfolgte jedoch erst vier Jahre später im J. 1609 durch Mathias, das damalige Haupt des Hauses. Karl genoß seine mit so viel Mühe erreichten Besitzungen nur kurze Zeit; denn er starb, nachdem er die letzten Jahre zurückgezogen auf denselben gelebt hatte, am 30. October 1618 zu Ueberlingen, ohne von seiner Gemahlin Sybille, der jüngsten Tochter des Herzogs Wilhelm von Jülich-Cleve, Kinder zu hinterlassen [9]).

Während all dieser Verhandlungen vergaß Maximilian der *innern Angelegenheiten* nicht. Zunächst kam er den Wünschen der Stände entgegen und erließ die Resolution vom 24. März 1603. Sie war die Antwort auf die Beschwerden, welche die Landschaft beim Erbhuldigungslandtage und hernach wiederholt vorgebracht hatte, welche aber bisher noch nicht berücksichtigt worden waren. Einige andere Maßregeln zeigten seinen ernstlichen Willen, vorhandene Mißbräuche abzuschaffen. So glaubte Maximilian auch auf ein entschiedenes Entgegenkommen der Stände rechnen zu können und hoffte mit ihrer Hilfe, wie einst Ferdinand, die zwei dringendsten Anliegen zu erledigen; es waren die Herstellung eines geordneten Haushaltes und die Aufrichtung des verfallenen Landesvertheidigungssystems. Beide kamen im Jahre 1605 zu gründlicher Erörterung. Der Türkenkrieg nötigte Maximilian am 7. Februar einen *offenen Landtag* einzuberufen und auf diesem brachte er erstere zur Sprache. Die Stände erkannten die Notwendigkeit dieses Landtages und erschienen in großer Anzahl; es sollen nicht weniger als 16

Prälaten, 200 Adelige, die Vertreter der 12 Städte und von 92 Gerichten, im ganzen 320 Personen, beisammen gewesen sein. Der Erzherzog entwarf ein trauriges Bild von dem Zustand der Kammer. Ein landschaftlicher Congreß hatte im März 1604 eine Hilfe von 50.000 fl. auf 3 Jahre gewährt und doch war das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben noch nicht hergestellt. Das schien nur durch eine außerordentliche Hilfe der Stände möglich und darum stellte Max ungewöhnlich hohe Anforderungen an den Landtag. 1. Sollte derselbe alle auf das Salzamt Hall verschriebenen Schulden übernehmen; 2. auf drei Jahre eine jährliche Reichshilfe von 12.000 fl. gewähren; 3. auf 6 Monate 1000 Bogenschützen für den Türkenkrieg stellen; 4. 150.000 fl. Türkenhilfe für die nächsten drei Jahre bewilligen und endlich 5. 12.000 fl. für den Hofhalt der alten und jungen Erzherzoginnen spenden; sämmtliche Forderungen beliefen sich auf 2,230.000, also über zwei und ein viertel Million. Zur Deckung dieser Auslagen brachte er einen zehnjährigen Schenkpfenning in Vorschlag. Aber diesmal waren die Stände nicht so freigebig, wie im J. 1573, obwol ihre Freigebigkeit viel besser gefruchtet hätte; sie bewilligten in ihrer Antwort nur 330.000 fl. In der Replik mäßigte Maximilian seine ersten Forderungen dahin, daß sie wenigstens 600,000 fl. Schulden übernehmen und 400.000 fl. in drei Jahren für den Hofstaat und die Hofkammer darreichen sollten. Nun bewilligte die Landschaft im ganzen 400.000 fl., nämlich 150.000 fl. Türkenhilfe, 200.000 zur Ablebigung der Salzgülten, Verbesserung der Grenzhäuser und für die Hofhaltung, und 50.000 für die Landesdefension. Als der Landesfürst in seiner Triplik die Uebernahme noch weiterer Schulden verlangte, entschuldigten sie sich mit der Unmöglichkeit, und so wurde der Landtag am 18. Februar geschlossen. Dieser Landtag faßte auch einen Beschluß, um den vielen Steuerrückständen (es gab deren bereits 160.000 fl.) vorzubeugen; alle Veränderungen im Besitz wie alle unversteuerten Effecten sollten binnen 2 Monaten angezeigt werden und keine Abhandlung oder Erblaßtheilung vor sich gehen, bevor die Schulden bezahlt worden, widrigenfalls der Commissär oder Obmann zu bestrafen wäre. Selbstverständlich fehlte es an Klagen beim Landtage nicht. Man hatte über Steigerung der Preise des Eisens und anderer Sachen, über das Verbot des Bischofs von Brixen Victualien zu verkaufen, über Anwendung ausländischer Processe in Landessachen, über das

Unweſen der Gartknechte ſich zu beſchweren. Die Stadt Hall beklagte ſich gegen den Ankauf ſteuerbarer Güter durch die ſteuerfreien Bergwerkgeſellſchaften. Der Landesfürſt verſicherte, die Beſeitigung der Urſachen dieſer Beſchwerden bereits angeordnet zu haben [7]).

Auf dieſem Landtage gelangte auch die andere Angelegenheit, die Aufrichtung des verfallenen Landesdefenſionsſyſtems zu eingehender Verhandlung. In Vorausſicht der kommenden Stürme wandte Maximilian dieſem Zweige der Landesverwaltung vom Anfange an die größte Aufmerkſamkeit zu und fand dabei auch die Stände viel bereitwilliger. Es that wirklich dringend noth, denn ſeit der letzten Zuzugsordnung vom J. 1562 war nichts geſchehen, die meiſten der damaligen Deputirten waren geſtorben, und die Zeitverhältniſſe vielfach andere geworden. Schon auf dem Landtag des J. 1601 beantragte Maximilian eine allgemeine Muſterung und im J. 1604 führte er ſie wirklich durch. Die Beſchreibung ſoll 80.000 wehrfähige Mann ergeben haben. Auf dem Landtage d. J. 1605 verlangte Maximilian, daß die Landſchaft für den Fall einer Gefahr mit dem Aufgebot von 8—32.000 (!) Mann gewärtig ſei und zur Beſtreitung der Koſten den Schenkpfennig, bewillige. Die Landſchaft verwahrte ſich gegen den Schenkpfennig, gegen eine Verpflichtung außerhalb der Landesgrenzen Kriegsdienſte zu leiſten, aber die weitern Verhandlungen führten zur berühmten Zuzugsordnung vom J. 1605. Sie beſtimmte Gaudenz v. Madrutz, Avio und Brentonico, Rath und Oberſten des Kaiſers, des Königs von Spanien und des Erzherzogs zum Feldhauptmann und Jak. Frhr. v. Khuen, Landeshauptmann, G. Merl v. Mülen, Landcomtur, Chriſtof Frhr. v. Wolkenſtein-Rodenegg, Sigm. Frhr. zu Welsberg und Primör, Joh. Arbog. Frhr. zu Thun, Math. Frhr. v. Annenberg, Georg und Ludwig Fieger zu Hirſchberg, Andreas v. Fels, Chriſt. Sigm. von Hendl zu Goldrain und Hauptmann Hans Joach. Prack von Aſch als ſeine Beiräthe. Außerdem wurden die Hauptleute für die einzelnen Landes-Viertel ernannt und jedem eine eigene Inſtruction ertheilt, wie das Kriegsvolk geübt, beſoldet, mit Wehren verſehen u. ſ. w. werden ſoll. Weitere Hauptbeſtimmungen dieſer Ordnung waren: 1. Aus der ganzen Mannſchaft werden drei verſchiedene Anſchläge gemacht, der erſte zu 10.000, der zweite zu 15.000 und der dritte zu 20.000 Mann. Dieſe müſſen für den Fall der Gefahr bereit ſein und dann in Fähnlein ausrücken. 2. Ein Zehntel davon erhält lange Lanzen, ein Zehntel kurze Wehren, vier Zehntel sind

Hackenschützen und ebensoviel Musketiere. 3. Jedes Viertel vertheidigt sich unter seinem Hauptmanne zunächst selbst im Falle eines Angriffes. Reichen seine Kräfte nicht aus, so kommen ihm die nächst gelegenen Viertel mit den bestimmten Contingenten zu Hilfe. Wird das Land mit großer Macht bedroht oder an mehrern Seiten zugleich gefährdet, so veranstaltet der Feldhauptmann ein allgemeines Aufgebot in einzelnen Vierteln oder im ganzen Lande; er mag übrigens auch fremdes Kriegsvolk werben. Diese Zuzugsordnung bestimmt zugleich genau, wie viel jedes Viertel und jedes Gericht an den obigen Anschlägen der 10, 15 und 20.000 zu leisten habe, und fügt ausdrücklich bei, daß auch der Prälaten- und Ritterstand mit ihrer Gebühr concurriren müßten, nämlich bei 10.000 Mann 3600; doch wie die Auswahl der Mannschaft zu besorgen, wer nach Stand, Alter und Beschäftigung pflichtig sei, bleibt unklar. Jedenfalls war damit für die Landesvertheidigung viel besser als bisher gesorgt; die Zuzüge wurden nicht erst im Falle der Gefahr ausgehoben, sondern jederzeit bereit gehalten; dem Feldhauptmann standen 2000 Mann zur Bewachung der Grenzen stets zur Verfügung [8]).

Wie sehr die Aufrichtung des verfallenen Landesvertheidigungswesens an der Zeit war, wurde bald klar. In den ersten Jahren von Maximilians Regierung blieb allerdings die Gefahr dem Lande noch ferne, aber es wurde doch vom Türkenkrieg in's Mitleid gezogen. Auf einer Ausschußversammlung zu Bozen im April 1603 wurden hiefür 50,000 fl. votirt. Wir haben gehört, daß derselbe den Anlaß zum Landtage von 1605 gab, und daß die Stände dabei 150.000 fl. zu diesem Zwecke bewilligten. Noch im November desselben Jahres tagte zu Innsbruck aus gleichem Anlaß eine engere Ausschußversammlung. Der Landesfürst wünschte seinem von den Türken bedrängten Vetter in Steiermark ein Fähnlein von 500 Mann zur Besetzung des Schlosses Graz auf 3—4 Monate zu Hilfe zu schicken. Die Stände entschuldigten sich Anfangs mit dem Mangel an Vollmacht, bewilligten dann aber 15.000 fl. für die nächsten drei Monate. Alle höheren Forderungen wurden abgeschlagen, doch der Beschluß gefaßt, daß ein Prälat und einer vom Adel 30—50 fl., ein angesessener Bürger oder Bauer 10—20 fl. in Silber oder Getreide bereit halten solle, um es dem Landesfürsten im Falle der Not vorzustrecken. Im Sommer d. Js. 1606 forderten die kaiserlichen und landesfürstlichen Commissäre von der ständischen Ver-

sammlung zu Bozen, daß man 4000 Mann ausrüste und vier Monate zum Schutze Ungarns und Oesterreichs unterhalte; aber die Stände schlugen in Anbetracht ihrer Schulden jede weitere Hilfe ab. Diese war jedoch auch nicht mehr nötig, denn am 11. November 1606 kam zwischen Oesterreich und der Türkei eine zwanzigjährige Waffenruhe zu Stande [9]).

Indeß dies fernere Kriegswetter sich verlief, umzog sich in den Nachbarländern der politische Horizont mit düstern Wolken. In Italien drohte ein gewaltsamer Bruch zwischen dem Pabste und der Republik Venedig. Ersterer sprach über die Inselstadt das Interdict aus und rüstete zum Kampfe, die Republik trat gleichfalls in Waffen und zog eine große Menge Kriegsvolk theils aus, theils durch Graubünden heran, mit dem es zu diesem Behufe 1603 ein Bündniß geschlossen. Das erregte aber Spaniens Eifersucht und der Statthalter von Mailand stachelte seine Anhänger in Graubünden auf, gegen das venetianische Bündniß, gegen die Offenhaltung der Pässe nach Venedig zu agitiren. Aber die Freunde Venedigs behaupteten i. J. 1607 das Uebergewicht und verfolgten die spanisch-österreichische Partei. Deren Hauptcoryphäen, der österreichische Landvogt Georg Beli von Belfort und Hauptmann Caspar Baselga wurden gefangen genommen und hingerichtet. Der Bischof von Chur mußte sich flüchten. In Tirol verbreitete sich das Gerücht, die bündischen Fähnlein werden mit Gewalt durch das Münsterthal und Vintschgau den Weg nach Italien nehmen. Die Rüstungen Venedigs und des Pabstes und die Unruhen in den Bünden bewogen Maximilian im März 1607 den kleinen Ausschuß einzuberufen; er verlangte, daß man ihm 4 Fähnlein Landsknechte und ein weiteres, im ganzen 3500 Mann, zur Besetzung der Grenzen gegen Italien und Graubünden stelle, die Landschaft bewilligte jedoch nur 300 Mann auf 2—3 Monate. Zum Glück wurde der Streit zwischen dem Pabst und der Republik im Sommer 1607 durch Frankreichs Vermittelung friedlich beigelegt; doch in Graubünden dauerten die Unruhen noch fort; eine Rotte Bündner brach sogar aus dem Münsterthale hervor und raubte das Schloß Fürstenburg aus. Darum stellte Maximilian 100 Musketiere an der Grenze Vintschgaues auf und forderte von dem im April 1608 zu Bozen tagenden Ausschuß, daß er 80—100,000 fl. für den Fall der Gefahr bereit halte, wozu dieser sich auch herbeiließ. Indeß kehrte in diesem Jahre auch in den Bünden die Ruhe wieder [10]).

Noch viel bedenklicher für Tirols Frieden waren die Vorgänge in den übrigen Erblanden und in Deutschland. Kaiser Rudolf war den Schwierigkeiten, welche die politischen und religiösen Wirrnisse im deutschen Reich und in seinen Erblanden mit sich brachten, nicht gewachsen, und daher die Lage des Hauses Oesterreich unter seiner Regierung immer gefährlicher geworden. Die Wiedereröffnung des Türkenkrieges, die Strenge, mit der Rudolf die Evangelischen in Ungarn und Siebenbürgen behandelte, der Bruch der ungarischen Verfassung brachten diese Länder gegen ihn auf, und die Unzufriedenen fanden an Stefan Bocskai, den die Siebenbürger sich zum Fürsten erkoren, einen tüchtigen Führer. Auch in den andern Erblanden regte sich der Geist der Widersetzlichkeit immer mehr. Das Gesammtinteresse des Hauses Habsburg schwebte in großer Gefahr. Dies veranlaßte die Brüder und Vettern des Kaisers zur Zusammenkunft in Wien. Daselbst erklärten sie am 25. April 1606 den Erzherzog Mathias zum Oberhaupte des Hauses und verpflichteten sich, ihm in allen Stücken willfährig zu sein. Mathias schloß bald darauf mit den Ungarn eine Uebereinkunft, worin er ihnen für ihre bisherigen religiösen und politischen Freiheiten Gewähr leistete, trat Siebenbürgen an Bocskai ab und machte auch mit den Türken Frieden. Diese Haltung des Erzherzogs Mathias vermehrte aber noch die Spannung, die schon längere Zeit zwischen ihm und dem Kaiser bestand; letzterer wollte darum die Verträge mit Bocskai und der Pforte nicht ratificiren und schickte nicht Mathias, sondern seinen Vetter Ferdinand von Steiermark i. J. 1608 als seinen Vertreter auf den Reichstag nach Regensburg; er mißbilligte auch das Schutz- und Trutzbündniß, das die ungarischen mit den österreichischen Ständen auf seines Bruders Vermittlung am 1. Febr. 1608 schlossen; ja er dachte ernstlich daran, nicht diesem, sondern Ferdinand die Nachfolge im Reiche und in den Erblanden zu verschaffen. Dadurch verfeindete er aber nicht nur die genannten beiden Erzherzoge mit einander, sondern drängte auch Mathias, gegen ihn aufzutreten. Noch in der ersten Hälfte des J. 1608 brach der Erzherzog mit einem Heere gegen seinen kaiserlichen Bruder auf, rückte vor Prag und erzwang den Vertrag vom 25. Juni 1608. Rudolf mußte ihm Oesterreich, Mähren und Ungarn abtreten und die Anwartschaft auf Böhmen zugestehen. Nun gewährte Mathias den Protestanten in Oesterreich, die ihn im Kampfe wesentlich unterstützt hatten, ähnliche Frei-

heiten und Rechte, wie den Ungarn, und dem Kaiser rangen die Utraquisten in Böhmen noch größere Zugeständnisse ab; die böhmischen protestantischen Stände erhielten im Majestätsbriefe v. J. 1609 freie Religionsübung und das Recht, neue Kirchen und Schulen anzulegen. Das geschah zur selben Zeit, als Ferdinand von Steiermark sich mit allem Eifer auf die Ausrottung des Protestantismus warf. Erzherzog Maximilian, Tirols Regent, trat zwischen diese Gegensätze als versöhnendes Element. An dem Frieden zwischen Rudolf und Mathias hatte er nicht geringen Antheil, und die Versöhnung des letztern mit Ferdinand von Steiermark war vorzüglich sein Werk. Seiner religiös-politischen Ueberzeugung nach neigte er aber entschieden zum letztgenannten. Das Gedeihen des Katholicismus lag ihm vor allem am Herzen; er wünschte nichts sehnlicher als seinen Vetter im Kampfe gegen die Protestanten kräftigst zu unterstützen. Zu seinem Verdrusse dachten die Stände Tirols nicht so; die Ausschüsse der Landschaft zeigten sich in Worten als viel eifrigere Katholiken denn in der That. Ein Hilfsersuchen vom April 1609 schlugen sie ab; als Ferdinand im Herbste ein Regiment Knechte zu 3000 Mann begehrte, wagte Maximilian gar nicht, sie darum einzuberufen. Eine Versammlung vertrauter Landleute, die der Landesfürst im folgenden Jahre nach Bozen beschrieb, zeigte sich nicht freigebiger; es ward die Stellung des geforderten Regiments (3000 Mann auf 3 Mon.) unter Hinweis auf die Landesfreiheiten abgelehnt. Ferdinand vollendete jedoch das unternommene Werk trotz des Mangels aller äußern Hilfe und gab damit die Entscheidung für den Verlauf aller folgenden Ereignisse [11]).

Unterdessen hatte sich die Kluft zwischen den protestantischen und katholischen Reichsständen, die mit der Gegenreformation und katholischen Reaction begonnen, immer weiter aufgethan und zugleich hatten sich die erstern unter einander in zwei Lager gespalten, in die strengen Lutheraner und die Calvinisten. Doch die gemeinsame Gefahr, die beiden Theilen von der Offensive der Katholiken drohte, bewog sie endlich nach langen vergeblichen Versuchen der Einigung zur Union von Ahausen (4. Mai 1608); sie fanden auch an Frankreich einen kräftigen Rückhalt; denn der damalige französische König Heinrich IV. hatte sich die Bekämpfung des Hauses Habsburg zur Lebensaufgabe gemacht. Dieser Union stellte aber der Herzog Maximilian von Baiern ein Bündniß katholischer Fürsten

unter dem Namen Liga entgegen (10. Juli 1609). Der Streit um das Erbe, welches Herzog Joh. Wilh. v. Jülich-Cleve nach seinem kinderlosen Abgang zurückließ, hätte bald zum blutigen Kampf beider Parteien Deutschlands geführt. Der Kaiser erklärte es für eine Verletzung der Reichsgesetze, als die beiden nächsten Erben, Brandenburg und Pfalz-Neuburg, sich eigenmächtig in den Besitz der strittigen Länder setzten; er schickte seinen Vetter Erzherzog Leopold dahin, um bis zur Entscheidung des Streites, die er für sich in Anspruch nahm, dieselben unter seine Verwaltung zu stellen. Die Liga ergriff seine Partei, die Union aber die der Prätendenten. Ihre Macht rückte, während Leopold Jülich eroberte, in den Elsaß vor und Frankreich rüstete sich, um ihr mit 40.000 Mann zu Hilfe zu kommen. Das Haus Habsburg stand in großer Gefahr. Da änderten zwei Todfälle plötzlich die Situation, der des König's Heinrich IV. und der des Pfalzgrafen Friedrich IV., des Hauptes der Union. Man schloß den Frieden zu Willstädt und vertagte den Erbschaftsproceß (10. Aug. 1610). Das drohende Kriegswetter veranlaßte Maximilian eine Beratschlagung zu Sterzing zu halten. Die vorderösterreichischen Stände hatten sich nämlich einen Geldvorschuß erbeten, um das Kriegsvolk, das in ihrem Lande stationirt war, bezahlen und entlassen zu können, da es sich die größten Ausschweifungen erlaubte. Das Ergebniß dieser Beratschlagung ist nicht bekannt, war aber aller Wahrscheinlichkeit nach negativ [12]).

Inzwischen hatten sich neue Zerwürfnisse in dem Hause Oesterreich vorbereitet und für Tirol nicht geringe Gefahren heraufgeführt. Kaiser Rudolf konnte dem König Mathias sein feindliches Auftreten nicht vergessen; darum trug er sich ernstlich mit dem Plane, ihn von der Thronfolge in Böhmen auszuschließen und die verlorenen Provinzen wo möglich wieder zu gewinnen. Dabei hatte er sich Erzherzog Leopold als sein Werkzeug ausersehen. Dieser warb für ihn heimlich in Elsaß und Schwaben ein beträchtliches Kriegsvolk, das sich dann daselbst und bei Passau lagerte. Doch erfolgte eine nochmalige Annäherung beider Brüder; nach dem Vertrage, den Mathias im Sept. 1610 mit Rudolf schloß, sollte das Passauer Kriegsvolk entlassen werden. Allein dasselbe verschwur sich, nicht auseinander zu gehen, bevor ihm nicht der rückständige Sold bezahlt worden, und beinahe dasselbe thaten die noch im Elsaß befindlichen 8000 Mann. Von beiden Scharen drohte den Landen Maximilian's

Gefahr; darum hielt er im Jahre 1610 eine Generalmusterung; das wiederholte Hilfsersuchen der vorderösterreichischen Stände bewog ihn, im Herbste eine Zusammenkunft einiger Stände zu veranstalten. Diesen trug er die Bitte der Vorderösterreicher vor, die auf eine Anleihe von 100.000 fl. zur Bezahlung der lästigen Söldner Erzherzog Leopold's gieng. Die Landschaft erklärte, sie sei zwar nicht durch Compactaten mit dem Elsaß conföderirt, aber aus guter Nachbarschaft und Gehorsam gegen das Haus Oesterreich wolle sie 50.000 fl. vorstrecken. Bald nach diesem Particularcongresse verbreitete sich die Nachricht, das Passauer Kriegsvolk solle mit etwas Geld abgefertigt und dann nach Tirol in die Winterquartiere verlegt werden. Diese Nachricht theilte der Erzbischof von Salzburg und der Herzog von Baiern durch eigene Schreiben Maximilian mit und zugleich begehrten sie Hilfe, um den wilden Kriegern den Durchzug versperren zu können. Da berief der Landesfürst den kleinen Ausschuß im December 1610 nach Innsbruck und brachte die eingelaufenen Schreiben zu dessen Kenntniß. Die Stände sollten auf ihre Kosten die Grenzorte Kufstein und Kitzbühel mit 2 Fähnlein Kriegsvolk auf 1—3 Monate versehen und zur Unterstützung Baierns und Salzburgs 50.000 fl. Hilfgeld zahlen. Sie bewilligten Anfangs nur 5300 fl. monatliches Hilfgeld zur Aufstellung der Fähnlein und erboten sich zum Zuzug für den Fall der Gefahr. Hierauf stellte ihnen Maximilian vor, welchen Schaden Elsaß durch das Kriegsvolk erlitten (600,000 fl.) und forderte sie auf, 50.000 fl. zusammen zu richten und für eine weitere Summe Sorge zu tragen. Nun verstanden sich die Stände zu ersterer Summe von 50.000 fl. Damit schien die Gefahr von Tirol noch nicht abgewandt, denn es langte Ende des Jahres die Nachricht an, das Passauer Kriegsvolk wolle, weil Baiern und Salzburg den Durchzug versagten, durch Kärnten in Tirol einfallen. Eilends bot deßhalb Maximilian das Landvolk auf und beschied es in das Lager von Lienz. Doch diese Furcht erwies sich als unbegründet, die Passauer brachen in Oberösterreich ein und zogen nach Böhmen, wo sie bekanntlich unter schrecklichen Greueln die Kleinseite von Prag eroberten [18]).

Diese wiederholten Rüstungen drängten zur Durchführung der Zuzugsordnung vom J. 1605, zu mancherlei Verbesserungen derselben. Bereits im Febr. 1606 fanden darüber Commissionsberathungen

ſtatt. Deren Gegenſtände waren: Einübung, Bewaffnung der Mannſchaft, Bezahlung der Hauptleute und Feldweibel, Errichtung von vier Getreidekäſten u. A. Damals erklärten ſich die Biſchöfe von Trient und Brixen mit dem Prälaten- und Adelſtande bereit, drei Corneten (Compagnien) Arkebuſierreiter von 300 Mann Stärke zum erſten Zuzug auszurüſten und die ganze Landſchaft übernahm die Bezahlung der Hauptleute, Feldweibel und Büchſenmeiſter. Der Landesfürſt hielt für billig, daß die Koſten der Defenſion von den vier Ständen nach den Steueranſchlägen des eilfjährigen Libelles getragen werden. Nach dem Wunſche der Landſchaft ſollten zu den Zuzügen nicht bloß Hausgeſeſſene, ſondern auch dienſtthuende Handwerker und andere müßige Leute herangezogen werden. Im April desſelben Jahres fanden zu Bozen noch weitere Berathungen über das Defenſionsweſen ſtatt. Auf einer Ausſchußverſammlung im April 1608 brachten die Städte und Gerichte bittere darauf bezügliche Klagen vor. Man belaſte ſie höher als Adel und Geiſtlichkeit, man verhalte ſie die Waffen ſich ſelbſt anzuſchaffen und die Regierung habe ihnen ganz untaugliche um hohe Preiſe geliefert. Da bewilligte die Verſammlung 50.000 fl. zur Ausrüſtung und die beiden höhern Stände zeigten ſich bereit, mit den andern Mitleid tragen zu wollen. Die Ausſchußverſammlung vom Juni 1609 beklagte ſich, daß die Leute, wie namentlich im Innthal, zu oft und zu ungelegener Zeit mit der Muſterung beſchwert werden.

Ungeachtet all dieſer Beratſchlagungen und Beſchlüſſe war aber das Landesdefenſionsweſen noch immer nicht in vollkommener Ordnung. Dieſe ſollte der im Frühjahr 1611 nach Bozen beſchriebene kleine Ausſchußtag bringen. Die landesfürſtlichen Commiſſäre Engelhart Dietrich Frhr. v. Wolkenſtein, Karl Fieger von Friedberg und Dr. Michael Faber ſtellten den Verſammelten vor, was für Gefahren das Land bedrohen, und welche Aufmerkſamkeit die Erhaltung und Ergänzung der Landmiliz, die Befeſtigung der Grenzen und anderer wichtiger Päſſe, die Auswahl der Befehlshaber und die Einübung des Landvolks erfordern. Die Stände anerkannten die Notwendigkeit, die Anordnungen des J. 1605 in einigen Punkten weiter auszuführen, und wünſchten namentlich mit den Stiftern des Defenſionsweſens halber einen Vergleich abgeſchloſſen. Sie ſchlugen einen neuen Feldzeugmeiſter ſtatt des kranken Chriſt. Zenet, nämlich Maximilian Hendl oder wenn kein Tiroler Landmann tauglich, den

Hauptmann Gallas und einige Hauptleute vor. Dann einigten sie sich über folgende Punkte. Jährlich wird in allen Vierteln zu gelegener Zeit eine Generalmusterung gehalten und das Landvolk in allerlei Waffenübungen, besonders im Schießen, abgerichtet. Die Befehlshaber müssen sich mit dem Volke bescheiden verhalten, es dürfen nur Katholiken sein. Kraut und Lunten zur Musterung gibt die landesfürstliche Kammer. Die Auslagen in die 10, 15 und 20.000 Mann machen in den Städten die städtischen Obrigkeiten und Räthe, in den Gerichten die Gerichtsobrigkeiten und die Kriegsgeschwornen. Ausgenommenen von der Musterung sind alle, die mit Kirchen-, Gemeinde- oder andern öffentlichen Aemtern beladen. Alle vier Jahre wird der halbe Theil der Einberufenen entlassen und durch andere taugliche Personen ersetzt; die Auswechslung der Milizen geschieht auf der Viertelhauptleute und Obrigkeiten Gefallen. In Kriegszeiten herrscht das Kriegsrecht. An Besoldung und Lieferung erhalten in Kriegszeiten die Hauptleute monatlich je 180 fl., die Fähndriche je 90 fl., die Lieutenants 30 fl., die Feldweibel 30, der gemeine Weibel 15 fl., aufgebotene Soldaten und Doppelsöldner 8 fl., Musketiere 7 fl., Schützen 6 fl. Der Proviant wird von den Soldaten nach der Taxe bezahlt. Die Rüstung bekommen die Soldaten gegen Rückstellung und Entgeld. Arkebusierreiter sind wegen Mangels an Proviant dem Lande nicht nützlich. Nichtimmatrikulirte Adelige, die keine Pferde haben, werden unter die Fähnlein eingereiht. Diese Beschlüsse zur Verbesserung der Landesdefension werden in eine neue Beschreibung gebracht. Zu solchem Defensionswerk bewilligten die Stände auf ein Jahr 20.000 fl.

Der gewünschte Vergleich mit den Stiftern kam bei dieser Versammlung nicht zu wege, doch folgte nach zwei Jahren, am 4. Jän. 1613, ein sehr wichtiger Vergleich in Zuzugssachen mit dem Bisthum Trient. Derselbe enthielt nachstehende Hauptbestimmungen. Der Bischof hat die Befugniß, über die gesammte Streitmacht seines Stiftes einen dem Grafen von Tirol genehmen tirolischen Edelmann zu setzen, der zu Beider Ehren Alles vollziehen soll. Die Viertelhauptleute und die ihnen beigegebenen Hauptleute sind in Stiftungsbestallung, dienen aber dem Landesfürsten und leisten dem Feldobersten im Beisein eines Stiftscommissärs das Gelübde. Nur in Kriegsgefahr kann der Landesfürst die entstandenen Lücken, doch allein mit qualificirten Stiftspersonen besetzen. Der Feldoberst hat die Pflicht,

im Falle der Musterung rechtzeitig zu avisiren, damit der Bischof die betreffenden Mandate an die untergeordneten Obrigkeiten erlassen kann. Im Felde führen die Bischöflichen ihr eigenes Fähnlein. Mit Brixen kam leider ein ähnlicher Vertrag nicht zu Stande und diese Zuzugsfrage bot immer wieder Stoff zu neuen Streitigkeiten [14]).

So günstig die kriegerischen Zeiten der Entwickelung des Landesvertheidigungswesens waren, so wenig kamen sie den Finanzen und den andern Verwaltungszweigen zu gute. An der Ungunst der Zeit scheiterten Maximilian's Bemühungen, auch hierin Ordnung zu schaffen. Die Grenzberichtigungen, die Befestigung der Ortspässe, die Reformation der Landmiliz, wiederholte Reisen verursachten der landesfürstlichen Kammer große Auslagen; die Türkenhilfen und das Landesdefensionswesen nahmen die Stände wenigstens soweit in Anspruch, daß sie die geringe bisherige Bereitwilligkeit zu Beisteuern für Verwaltung und Hofhalt verloren. Ihre Hilfen flossen sehr spärlich. Als Maximilian im Juni 1609 die Fortsetzung der auf dem Landtage 1605 bewilligten Nebenhilfe begehrte, bewilligte der Ausschuß nur 30.000 fl.; vergeblich hob der Fürst hervor, daß ihm die Vorlande 50.000 fl. gewährt. Auch in den folgenden Jahren verblieb es bei dieser geringen Hilfe. Die Ausschußversammlung von 1611 votirte nur bedingungsweise 30.000 fl. zur Bezahlnng der Kammerschulden. Die alten Einnahmen der landesfürstlichen Kammer minderten sich, da in den unruhigen Zeiten Handel und Verkehr litten und die Bergwerke verfielen; ein neuer einträglicher Weinaufschlag wurde auf Bitten der Stände bald wieder aufgehoben. Unter diesen Verhältnissen war es natürlich dem Erzherzoge nicht möglich, die alten Schulden zu vermindern. Doch suchte er wo möglich neue zu vermeiden. Er schränkte seinen Hofhalt sehr ein und sorgte für gute Verwaltung. Für Regierung und Kammer erließ er eine strenge Instruction. Ueberflüssige Ausgaben sollten verhütet und die Aemter durch Eifer und Fleiß der Beamten zu höherem Ertrage gebracht werden. Dann war Maximilian bemüht, durch Pflanzung von Maulbeerbäumen, Austrocknung der Sümpfe, Verwertung der Mineralquellen des Landes Cultur zu erhöhen; er hat wol hierin die erste nachdrucksame Anregung gegeben. Gesetzgeberische Acte sind wenig von ihm bekannt. Sogleich bei seinem Regierungsantritte erließ er eine Bettlerordnung, Rovereto verdankt ihm sein Statut. Dem Münzwesen wurde unter seiner Regierung wieder größere

Aufmerksamkeit zugewendet. Die Erhöhung der Gold- und Silbersorten in den Nachbarländern machte dieselbe auch in Tirol notwendig. Der Ausschußtag vom Juni 1609 befürwortete darum die Regulirung der Tiroler Münzen. Man beschloß, Ducaten und Zeichinen fortan für 2 fl. 15 kr., Thaler für 1 fl. 24 kr., Silberkronen für 1 fl. 36 kr., vierfache Justine für 48 kr. zu nehmen; die bessern fremden Münzsorten sollten valvirt, die schlechteren aber mit Zulassung eines halbjährigen Termines verrufen werden [15]).

Nach dem Gesagten hatten die Stände alle Ursache, mit Maximilian's Regierung zufrieden zu sein. In der That war auch das Einvernehmen beider Theile sehr gut. Dies bewährte sich unwiderleglich auf dem Ausschußtage d. J. 1611. Der Erzherzog forderte nämlich die Stände auf, ein kaiserliches Schreiben, das ihm durch den Erzbischof von Salzburg zugekommen, zu beantworten. Darin ward den Ständen und indirect auch dem Landesfürsten zum Vorwurf gemacht, als ob sie in Handlungen, die nicht ohne Vorwissen des Kaisers geschehen sollten, eigenmächtig vorgegangen. Maximilian hatte sich über dieses Schreiben mit dem Erzherzog Ferdinand von Steiermark ins Einvernehmen gesetzt, und beide sprachen nun gegenüber der Landschaft die Erwartung aus, daß sie dem erstern in ihrer Antwort an den Kaiser bezeugen werde, er habe immer nur nach Recht und Gerechtigkeit gestrebt. Die Stände säumten nicht, ihrem Wunsche zu entsprechen; sie versicherten in ihrer Antwort den Kaiser ihrer unverbrüchlichen Treue, betheuerten aber zugleich, sie hätten von Seiten des Erzherzogs Maximilian, ihres Gubernators, nie etwas beobachtet, was dem Kaiser und den andern Mitinteressenten nachtheilig sein könnte. Damit gab sich Rudolf vorläufig zufrieden und kurze Zeit darauf war er nicht mehr unter den Lebenden. Von seinem Bruder Mathias auch noch des letzten Erblandes Böhmen beraubt und in Gefahr, selbst die Kaiserkrone zu verlieren, starb der unglückliche Fürst am 20. Jän. 1612 zu Prag. Da weder er noch seine jüngeren Brüder Maximilian und Albrecht Kinder hatten, so entschloß sich Mathias zur Ehe und feierte dieselbe mit der Erzherzogin Anna, Tochter des Erzherzogs Ferdinand II. von Tirol, am 4. Dec. 1611 zu Wien. Ein im J. 1612 zu Sterzing versammelter Ausschuß gewährte hiezu eine außerordentliche Geldhülfe von 19.000 fl. und eine Verehrung von 6000 fl. Es war die letzte Anforderung, die Maximilian als

Gubernator ſtellte. Des Kaiſers Tod machte bezüglich Tirols und der Vorlande zwiſchen den überlebenden Mitgliedern des Hauſes eine neue Vereinbarung nötig. Dieſe wurde im Juli 1612 zu Prag getroffen. Erzherzog Maximilian erhielt Tirol und die Vorlande als wirklicher Landesfürſt mit allen Hoheitsrechten. Ein drei Wochen vor Rudolf's II. Ableben geſchloſſener Vertrag hatte die Beſtimmung, die einzelnen Glieder des Hauſes gegenüber den Beſtrebungen der Feinde Oeſterreichs feſter als bisher zu einigen [16]).

§ 6. Maximilian III. als Landesfürſt

Inhalt: Zweiter offener Landtag i. J. 1613. Propoſition. Antwort der Stände. Bitten und Beſchwerden. Replik Maximilian's. Duplik, Triplik und Quadruplik. Schluß. Karl von Steiermark, Biſchof von Brixen. Erfolgloſe Verhandlungen mit ihm. Beendigung des Streites mit den Grafen v. Arco. Vergleichungspunkte. Kriegsgefahren ſeitens Venedigs. Die Verſammlungen des kleinen Ausſchuſſes im April und October 1615 zu Bozen und des groß. Ausſchuſſes im Mai 1616 zu Innsbruck. Spannung zwiſchen Tirol und den Bünden. Maximilian's Eingreifen in die deutſchen Angelegenheiten und in die der Erblande überhaupt. Ausſchußtag im April 1614 zu Bozen. Generallandtag zu Linz. Maximilian's weitere Bemühungen und Erfolge. Kleſl's Sturz. Finanzwirtſchaft. Die Verbreitung des Ketzerthums. Maximilian's Mittel zur Ausrottung desſelben. Fortdauer des Uebels. Neue Mandate und deren Erfolge. Apoſtel des Ketzerthumes. Endlicher Stillſtand der religiöſen Bewegung. Würdigung der Regierung Maximilian's und ſeines Charakters.

Nach ſeinem förmlichen Regierungsantritte fertigte Maximilian als Graf von Tirol neue Lehensberufungen aus, viſitirte die kammeraliſchen Aemter, gab neue Inſtructionen und heilſame Ordnungen in Civil- und Criminalſachen. Wahrſcheinlich reformirte er damals auch ſeine Regierung. Sie beſtand (1613) aus einem Präſidenten (Engelhart Dietrich Frhr. v. Wolkenſtein mit 800 fl. Sold), einem Kanzler (Melchior Beuer mit 1000 fl. Sold) und neun Räthen aus den Häuſern Brandis, Spaur, Kollowrat, Fieger, Payr, Heidenreich, Hallweil, Strauß und Coſteda. Nun glaubte er auch die Stände mit Abhaltung eines zweiten offenen Landtags nicht länger verſchonen zu können und berief noch im J. 1612 denſelben auf den 2. Febr. 1613 nach Innsbruck. In der Propoſition belobte der Erzherzog die Stände wegen ihres fleißigen Erſcheinens und wegen der bisher bereitwillig geleiſteten Hilfen. Dann hob er hervor, wie er ſie bisher geſchont habe, und entſchuldigte ſich, daß er die Einberufung eines Landtages nimmer habe verſchieben können. Die Urſache hievon ſei die Finanzlage. Die landesfürſtlichen Herr-

schaften, Zölle und Aemter, fuhr er fort, seien seit den Zeiten Ferdinand's I. und besonders seit Ferdinand's II. Regierung mit Schulden belastet, versetzt, verpfändet. Schon die Beahlung der Zinsen gebe der Kammer viel zu schaffen. Werde nicht eine außerordentliche Hilfe gewährt, so müsse aller Credit verloren gehen, es gebe kein anderes Hilfsmittel mehr. Zum Beweise dessen wies er auf die vielen außerordentlichen Auslagen während seines Gouvernements und auf den Verfall der landesfürstlichen Einkünfte hin. Daran knüpfte er den Ausdruck seiner Hoffnung, die Stände werden sein bisheriges gedeihliches Wirken, namentlich seine Verdienste um das Landesdefensionswesen mit dem entsprechenden Entgegenkommen lohnen, und bezeichnete einige der wichtigsten Gegenstände der Berathungen. Er halte es für sehr nötig, das noch immer nicht vollendete Landesdefensionswerk zur vollen Ausführung zu bringen und wünsche dringend, daß dem großen und kleinen Ausschuß, den Steuercompromissarien oder andern Deputirten für den Fall der Gefahr volle Gewalt ertheilt werde, damit das Verhandelte sogleich ausgeführt werden könne und man sich nicht wegen Mangel an Gewalt entschuldigen müsse. Zum Schlusse der Proposition stellte er nachstehende Forderungen: 1. Die Landschaft soll 400.000 fl. Kammerschulden übernehmen, 2. zur Bezahlung rückständiger Zinsen des Haller Pfannhauses 60—70.000 fl. verabfolgen, 3. für die unentbehrliche Notdurft der Kammer auf vier Jahre je 50.000 fl. gewähren, 4. den Bergwerken mit 60.000 fl. zu Hilfe kommen und endlich 5. das ganze Defensionswesen, alle Unkosten für Besoldung der Hauptleute und Befehlshaber, für Pulver, Blei, Lunten und Säuberung der Gewehre dauernd bestreiten, nur die hohen Befehlshaber wolle der Landesfürst besolden. Zur Bestreitung dieser Auslagen dürfen sie auf andere Mittel denken, die dem gemeinen Manne nicht schädlich. Für diese Bewilligungen versprach er ihnen, sie in allen ihren Anliegen väterlich anzuhören und in Gefahr treuen Beistand zu leisten [1]).

Die Antwort des Landtags auf diese landesfürstliche Proposition ist ein ebenso schönes Zeugniß für Maximilian's bisherige Regierung als für die Gutmütigkeit, aber Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit der Stände. Er erklärte, man hätte es im Werke genugsam verspürt, wie gnädigst und treuherzig Durchlaucht bei ihrem Regimente es gegen Stifter und Stände vermeinen, und bedankte sich

für sein die Zukunft betreffendes Anerbieten. Dann ergieng er sich in weitläufigen Klagen über des Landes Not, wobei die Mißwirtschaft Erzherzog Ferdinand's II. abermals zur Sprache kam. Die regelmäßige Jahressteuer habe nur 130—135.000 fl. (statt 180.000) getragen, da die Knechte an den wälschen Confinen noch nie eingebracht worden; davon habe man 70.000 fl. auf Verzinsung der übernommenen Schulden und auf das Steuerwerk verwenden müssen. Könne die Landschaft in ruhigen Zeiten keine Schulden ablebigen, so werde sie bald nicht mehr die Zinsen zu erschwingen vermögen und alles Vertrauen verlieren. Durch Wassergüsse, Landbrüche, Brände, Hochgewitter, durch das Absterben der Reben, die Seuche im Inn- und Wippthal, durch den Verfall der Bozner Märkte und des Straßengewerbes und durch die Aufgebote wegen des Passauer Kriegsvolkes sei des Landes Zustand schlimmer als je geworden und man habe vielfach nur Armuth halber die Steuern nicht einbringen können. Werde das Kammerwesen nicht aus der Wurzel remedirt, so sei mit allen Hilfen nicht geholfen. Das Verlangen, auf andere Mittel zu gedenken, wie auf den Schenkpfenning und die Eidsteuer, nannten die Stände ein überschwängliches Begehren; doch um ihren guten Willen zu zeigen, bewilligten sie 250.000 fl., nämlich 100.000 zur Ablebigung von Kammerschulden, 100.000 als vierjährige Kammernebenhilfe, 40.000 für die Landesdefension und 10.000 fl. für die Bergwerke, wobei sie bemerkten, daß diese sie eigentlich nichts angiengen. Mit diesen Bewilligungen verbanden sie die Bitte, Max möge die vielen überflüssigen fremden Befehlshaber entlassen; auch beklagten sie sich über zu häufiges Exerciren, wodurch nur die Gewehre zertrümmert, Pulver und Blei verschwendet werden. Eine ein- bis zweimalige Musterung würde im Jahre genügen und diese sollte nicht generaliter, sondern von Gericht zu Gericht stattfinden. Die bisherigen Besoldungen zu bezahlen, auch dem Kriegsvolk Munition zu reichen waren sie bereit, hingegen erwarteten sie vom Landesfürsten, daß er auf eigene Kosten die Grenzschlösser befestige, die Hauptleute und höhern Officiere bezahle. Die Antwort schloß mit den Bitten: der Landesfürst möge die Lehensleute mit der besondern Aufforderung zur Kampfbereitschaft verschonen, da sie schon als tirolische Landleute für ihre Lehen wie für ihre Eigengüter ins Mitleid gezogen würden; er möge die Landschaft nicht weiter mit dem Verlangen behelligen, den Ausschüssen größere Gewalt zu ertheilen;

er möge dieſe nicht mehr ſo häufig zuſammenberufen, wie in letzter Zeit, und ihnen nichts Unverantwortliches zumuthen.

Der Regierungsantritt Maximilian's bot den Stiftern und Ständen wieder erwünſchte Veranlaſſung, ihre Beſchwerden vorzutragen. Es ſeien, ſo begannen ſie die Reihe der Klagepunkte, derlei Beſchwerden ſchon bei frühern Landtagen vorgebracht worden, aber man finde doch, daß denſelben nicht, wie die Not erheiſche, abgeholfen worden. Die erſte Beſchwerde richtete ſich gegen die Abweichung vom ordentlichen Rechtsgange, gegen Inhibitionen, Suſpenſionen der Proceſſe, gegen zu häufige Appellationen und Reviſionen, gegen die langſame Erledigung der obern Inſtanzen. Daran knüpften ſie die oft wiederholte Bitte, auf die Wahl guter Räthe zu ſehen und die beiden Weſen mit Landleuten zu beſetzen. Im zweiten Beſchwerdepunkt klagte man über die ungewöhnlichen Fiscalproceſſe, im dritten über den rechtswidrigen Bezug von Penen und Bußen ſeitens der Pflegverweſer und Richter und über ſchlechte Juſtizpflege, im vierten über die Reviſion der Urtheile des Bozner Hofgerichtes; im fünften wurde erſucht, die Beiſitzer desſelben beſſer als mit einem Taggeld von 3 Pfd. Bern. zu bezahlen. Die Beſchwerden der Punkte 6 und 7 betrafen kirchliche und religiöſe Gegenſtände. Die Stände tadelten die Irrungen und Scandale zwiſchen Pfarrherrn und Unterthanen und die Vernachläſſigung der Kinderlehre; erſtere ſollten durch eine Generalcommiſſion beſeitigt werden, die auch auf Ausrottung der etwa vorhandenen ſectiſchen Bücher zu ſehen hätte; an der fleißigen Unterweiſung der Jugend in der katholiſchen Religion, erklärte die Landſchaft, ſei deren höchſter Wolſtand und Seelenheil gelegen. Die weitern Beſchwerden bezogen ſich auf Oekonomie, Polizei und financielle Verhältniſſe. In Punkt 8 verlangte die Landſchaft beſſere Unterſuchung der Mineral- und Wildbäder, deren Reſultat durch den Druck bekannt gegeben werden ſollte, in Punkt 9 Austrocknung der Möſer an der Etſch; in Punkt 10 beſchwerten ſie ſich, daß man Anlehen nur in Geld verzinſen könne, man ſollte für 100 fl. Hauptanlehen auch 2½—3 Ihren Wein, 6—7 Staar Getreide, 70—80 Pfd. Schmalz als Zins reichen dürfen. Die Punkte 11, 12 und 14—17 richteten ſich gegen übermäßiges Ausborgen bei Krämern, gegen den übertriebenen Preis des Eiſens, gegen die Steigerung der Zölle und die Salzaufſchläge, gegen Verhackung und Verführung des Holzes, beſonders an den Confinen, gegen die Einfuhr

fremder Weine und gegen die beſchwerliche und ungewöhnliche Weintaxirung bei den Wirten. Der Punkt 13 enthielt die Klage, daß die in Bezug auf die Armeen erlaſſenen Inſtructionen nicht eingehalten werden. Den Schluß der Beſchwerdenreihe bildeten die Bitten, die Grafen v. Lodron und Herren v. Agreſt, auch andere wälſche Confinanten zum ſchuldigen Gehorſam und zur Mitcontribution in Steuerſachen zu bringen, den langwierigen und höchſt beſchwerlichen Streit der Ritterſchaft mit dem Stifte Brixen zu Ende zu führen und mit Austheilung von Adels- und Wappenbriefen nicht ſo freigebig zu ſein. Zu dieſen allgemeinen Beſchwerden kam noch eine große Anzahl von Particularbeſchwerden aus allen Theilen des Landes [2]).

Die Replik des Landesfürſten war für den Landtag beſchämend und doch zugleich wolwollend. Er erklärte die bewilligte Summe für ungenügend und äußerte mit prophetiſchem Blicke, die ohnehin ſchon ſehr gemäßigten Forderungen müßten ganz bewilligt werden, wenn nicht noch größeres Verderben entſtehen ſolle. Die Wiederholung der alten Klagen hielt er für unnötig und tadelte die Entgegnung auf das Hilfserſuchen betreffs der Bergwerke. Auch machte er den Ständen den Vorwurf, daß ſie das Landesdefenſionswerk viel zu wenig berückſichtigen. Doch verſprach er ihnen zugleich, die Beſchwerden bald möglichſt ganz zu erledigen und ertheilte ſchon jetzt auf jeden einzelnen Punkt eine Erwiderung. Damit konnten die Stände wol zufrieden ſein, denn Maximilian gab ihnen wegen der meiſten Punkte volle Beruhigung und nur ein paar Bitten beſchied er ablehnend. So verwahrte er ſich, als ob das Privilegium des adeligen Hofgerichtes durch die Reviſion ſeiner Urtheile beeinträchtigt werde; demſelben ſei die Gerichtsbarkeit nicht privative, ſondern nur cumulative verliehen, daher könne man auf die Reviſion nicht verzichten und überhaupt in rein landesfürſtlichen Sachen ſich nichts beſtimmen laſſen. Auch die Klagen wegen der Zölle und Salzaufſchläge wies er ab; die Aufſchläge ſeien durch die größern Erzeugungskoſten gerechtfertigt. Die Weintaxirung überwies er der Beratſchlagung des Landtags. Die Entgegnung des Landesfürſten blieb nicht ohne Wirkung. Der Landtag bewilligte in der Duplik 350.000 fl.; nämlich für den Unterhalt des Erzherzogs 120.000 fl. und zur Bezahlung der auf das Salzamt angewieſenen Capitalszinſen ſowie zur Unterſtützung der Bergwerke 90.000 fl. Es verſteht ſich von ſelbſt,

daß er die ihm gewachten Vorwürfe nicht ruhig auf ſich ſitzen ließ, ſondern ſich nach Kräften rechtfertigte; die Klage über Beeinträchtigung des Hofgerichtes entſchuldigte er mit dem Bemerken, die Landſchaft hätte damit nicht die Autorität des Landesfürſten ſchmälern, ſondern nur ein uraltes, in den tiroliſchen Satzungen und Magiſtraten wol fundirtes Inſtitut und damit ihre Freiheiten erhalten wollen. Maximilian erklärte in der Triplik auch dieſe Hilfe für unzureichend und forderte, daß ſie wenigſtens noch 50.000 dazu legen, wovon 30.000 fl. zur Bezahlung der Kammerſchulden und 20.000 für die Landesdefenſion verwendet werden ſollen. Das Defenſionswerk müſſe, fügt er zur Begründung hinzu, in eine gewiſſe Form und Ordnung gebracht werden und dazu reichten die ſchon bewilligten 40.000 fl. nicht aus. Die beſtehende Beſteuerungsart hielt er zur Einbringung ſolcher Hilfen ſelbſt für unzulänglich, „aber wenn mehr Gleichheit und Billigkeit, meinte er, gehalten würde, ſo hätte man von Gott viel mehr Segen.“ Schließlich ſtellte er den Beiſitzern des Bozner adel. Hofgerichtes ein Taggeld von 5 Pf. Bern. in Ausſicht. In der Quadruplik bewilligten die Stände die volle Summe der 400.000 fl., baten aber dafür, daß man ſie mit weitern Landtagen und Bewilligungen um ſo eher verſchone, als ſeit 1605 ihre Schulden abermals um 250.000 geſtiegen wären. Zum Schluſſe gaben ſie noch ihrer Freude Ausdruck, daß Maximilian nun förmlicher Landesfürſt geworden, und flehten um Schutz und Schirm für ihre Freiheiten. Am 19. Febr. brachte der kleine Ausſchuß noch ſeine beſondere Gratulation dar und Maximilian erneuerte ſein Verſprechen, den Ständen ein gnädiger Landesfürſt ſein zu wollen. Damit war der Landtag zu Ende gekommen [3]).

Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Brixen und hiemit zur Erfüllung der wichtigſten Bitte des Landtages bot die Neuwahl des Biſchofs von Brixen erwünſchte Gelegenheit. Maximilian ließ ſich natürlich ſehr angelegen ſein, dieſe Wahl nach ſeinem Wunſche zu lenken und ſeine Beſtrebungen fanden an dem Kaiſer und Erzherzog Ferdinand von Steiermark kräftigſte Unterſtützung. Alle drei wollten nämlich des letztern Bruder Karl von Steiermark zum Nachfolger des Biſchofs Andre gewählt wiſſen. Von Kindheit an zum geiſtlichen Stande beſtimmt, war Karl faſt noch als Knabe Domherr von Salzburg und Paſſau und als achtzehnjähriger Prinz Biſchof von Breslau geworden. Dieſes Bisthum

trug zwar sehr reichliche Einkünfte (100.000), aber es war nicht Fürstenthum und darum wollten die genannten drei Mitglieder des Hauses Karl'n um jeden Preis noch das Bisthum Brixen verschaffen, damit der Erzherzog als Reichsfürst eine kräftige Stütze der kathol. Partei werde. Die Brixner Domherrn widerstrebten diesmal nicht mehr und so wurde Karl am 12. März 1613, noch nicht 23 Jahre alt, einstimmig zum Bischof von Brixen postulirt. Wenn aber Maximilian meinte, mit seinem Vetter die alten Streitigkeiten zwischen den Grafen von Tirol und den Bischöfen von Brixen schnell und leicht beilegen zu können, so irrte er sich gewaltig. Karl gedachte nicht eines von den vermeintlichen oder wirklichen Rechten seiner Diöcese zu vergeben. Das zeigte sein erstes Auftreten; er ließ wie sein Vorgänger sogleich den Adeligen, die im Bezirke seines Bisthums ansässig oder begütert, aber der Landesmatrikel einverleibt waren, durch seinen Bevollmächtigten Ulrich Frhr. v. Spaur die Erbhuldigung abfordern und damit wurden die alten Händel wieder aufgeweckt. Als er gegen Ende des J. 1614 nach Tirol kam, war es allerdings seine erste Sorge, diese Händel zu schlichten. Noch in demselben Jahre schickten beide Theile ihre Räthe zu Verhandlungen nach Sterzing, aber man konnte sich nicht einigen. In dem folgenden Jahre wurden die Verhandlungen wiederholt, allein man gieng abermals unverrichteter Dinge auseinander und die brixnerischen Commissäre waren bald darauf froh, auf den Vergleich der landesfürstlichen nicht eingegangen zu sein. Denn nach der Rückkehr von Sterzing glaubte man im brixnerischen Archive solche neue Documente gefunden zu haben, daß keine Ursache mehr vorhanden, sich fürder überhaupt auf einen Vergleich einzulassen. Im J. 1616 erneuerte sich auch der Streit wegen der Zuzugsordnung wieder. Der Landesfürst wollte nicht zugeben, daß Brixen seine Mannschaft unter eigene Führung und Fahne stelle, weil er daraus Verwirrung besorgte; er verlangte daher die volle Vereinigung des brixnerischen Contingentes mit dem Heere der Grafschaft Tirol. Das Capitel wagte in Abwesenheit des Bischofs auf dieses Ansinnen nicht einzugehen, aber Karl befahl ihm für diesmal nachzugeben und durch Protest die Rechte der Kirche zu wahren. Auf des Capitels Drängen schickte dann Erzherzog Karl eine tapfere Resolution in beiden Streitigkeiten an Maximilian. Dabei verblieb es aber bis zu des Landesfürsten Tod [4]).

Dagegen gelang es Maximilian um dieſe Zeit, einen andern langwierigen Streit, den er ebenfalls von ſeinem Oheim Ferdinand II. übernommen hatte, endlich beizulegen: ich meine den archiſchen. Die Verhandlungen in der archiſchen Sache hatten ſeit dem Tode des eben genannten Erzherzog's faſt gar nicht aufgehört. Unter Kaiſer Rudolf's Verwaltung hatten Regierung und Stände ſich dieſe Sache ſehr angelegen ſein laſſen und letztere darüber im J. 1597 ſogar Deputirte nach Wien geſandt, aber man kam mit allen Bemühungen keinen Schritt vorwärts. Die Grafen von Arco wollten durchaus nicht auf die Bedingungen eingehen, die die oberöſterreichiſche Regierung und die Tiroler Landſchaft für unerläßlich anſahen, und fanden immer wieder Fürſprecher am kaiſerlichen Hofe. Erzherzog Maximilian nahm ſich der Sache noch eifriger an. Gleich bei ſeinem Regierungsantritte verlangte er von dem adel. Hofgerichte zu Bozen ein ausführliches Gutachten. Daraus war zu entnehmen, daß die Grafen ſich vor allem gegen das juramentum fidelitatis et homagii ſträubten, ſie hielten dasſelbe mit ihrer Würde unvereinbar, da ſie auch reichsunmittelbare Lehen beſaßen; auch die Bezahlung der rückſtändigen Steuern und der aufgelaufenen Unkoſten (über 108.000 fl.) bereiteten große Schwierigkeiten. Das hofrechtliche Gutachten trat mit aller Entſchiedenheit für die landesfürſtlichen Rechte ein, und widerriet geradezu, die ſequeſtrirten Schlöſſer den Grafen zurückzuſtellen, da zu befürchten ſei, daß ſie dieſelben den Venetianern überlaſſen. Im J. 1604 fand eine Conferenz zu Innsbruck ſtatt, ſie blieb aber erfolglos. Da forderte Rudolf durch das Reſcript vom 5. Dec. 1605 Maximilian auf, nochmals den Weg gütiger Unterhandlung zu betreten; er verlangte dabei, daß man unparteiiſche Richter heranziehe und auf den einzelnen Punkten nicht ſo ſtreng beharre; ſo könnte, meinte er, das juramentum homagii von den Grafen nicht wol gefordert werden. Allein mit dieſem Reſcripte war Maximilian ſehr unzufrieden und in der That blieben auch dieſe Verhandlungen ohne allen Erfolg. Von nun an ſcheint die Sache bis zu Rudolf's Tode geruht zu haben. Als aber mit dem Ableben des Kaiſers die Grafen ihre Hauptſtütze verloren und Maximilian Landesfürſt geworden, ſuchte er die Angelegenheit raſch ins Reine zu bringen. Die Grafen kamen ihm jetzt viel mehr entgegen, ſchon im März 1613 erklärten ſie ſich zum Treueid bereit und willigten noch in mehrere andere Bedingungen. Eine

landesfürſtliche Commiſſion ſetzte nun eine Vergleichspunktation feſt und auf einer Conferenz im Frühjahre 1614 zu Innsbruck wurde eine vollkommene Vereinigung erzielt. Die Grafen erhielten ihre Schlöſſer und Herrſchaften unter 55 Punktationsbedingungen wieder zurück. Die wichtigſten darunter waren: 1. Alle Grafen von Arco, deren Erben und Nachkommen erkennen den jeweiligen regierenden Landesfürſten von Tirol als ihren natürlichen Erbherrn an und leiſten ihm nicht bloß das juramentum fidelitatis (Treueid), ſondern auch das homagium subjectionis (Erbhuldigung), wie ſolches ihre Voreltern auch gethan, unbeſchadet ihrer Pflichten gegen den Kaiſer. 4. und 5. Alle bis 1573 rückſtändigen Steuern und alle ſeitdem verfallenen ſind ihnen erlaſſen. 6. Von jetzt an haben ſie jährlich dem Landſchaftſteuereinnehmer (für obige Beſitzungen) 7 Steuerknechte zu entrichten und ſind künftigen Steuerbereitungen unterworfen. 40. Alle Appellationen in Sachen, wo die Grafen, nicht mitintereſſirt ſind, gehen von den gräflichen Richtern zunächſt an ſie ſelbſt, dann an den Landesfürſten oder deſſen Regierung. 41. Alle Unterthanen der Herrſchaften und Schlöſſer Avio und Penede leiſten, wie die andern tiroliſchen Unterthanen, bei jeder Erbhuldigung den Unterthaneneid, aber auch den Grafen von Arco bei ihrem Regierungsantritte. 51. Wenn die Grafen ihre Schlöſſer und Herrſchaften veräußern wollen, müſſen ſie dieſelben zuerſt dem Landesfürſten antragen. 52. Hingegen gewährt der Landesfürſt den Grafen, wie allen andern Landſtänden und Unterthanen, Schutz und ſind ſie aller Freiheiten und Exemtionen nach Landesrecht theilhaftig. Ein weiterer Vergleich ſetzte in 8 Punkten die Jurisdictionsverhältniſſe und die Leiſtungen der Unterthanen bei der Landesdefenſion genauer auseinander [5]).

Der Ausgleich mit den Grafen von Arco war um ſo wichtiger als gerade um dieſe Zeit die Beziehungen zu Venedig immer geſpannter wurden. Nach hundertjährigem Frieden drohte wieder einmal ein Krieg mit der Republik. Schon im J. 1612 erlaubte ſich der venetianiſche Graf Caldogna von Vicenza aus mehrere Feindſeligkeiten gegen die Grenzfeſte Kofel. Gleichzeitig wirkte der venetianiſche Geſandte in Graubünden gegen Oeſterreich und Spanien und ſuchte durch Erneuerung des 1603 geſchloſſenen Bündniſſes deſſen Hilfe gegen dieſe Mächte zu gewinnen. Dieſe Vorgänge veranlaßten Maximilian zu ſtrenger Wachſamkeit, namentlich in Vintſchgau und an den welſchen Confinen; beiderſeits wurden die Wachen ver-

stärkt. Doch sah Maximilian gleichzeitig sehr darauf, den Bündnern und Venetianern jeden Grund zur Klage und zu Thätlichkeiten zu benehmen. Dessenungeachtet trübten sich die Aussichten zur Erhaltung des Friedens immermehr. Dazu trugen besonders die Streitigkeiten bei, die Ferdinand von Innerösterreich mit der Republik wegen der Uskoken hatte. Die Venetianer traten bereits mit den Herren v. Trapp in Unterhandlung, um ihnen die Feste Beseno, diesen wichtigen Punkt in der Vertheidigungslinie Südtirols, abzukaufen. Das bewog Erzherzog Maximilian die südlichen Grenzfesten wol zu versichern. Schleunig ließ er Munition und Proviant nach Trient und in die Schlösser Penede, Beseno und Peutelstein bringen, verstärkte deren Besatzungen und empfahl allen Hauptleuten doppelte Wachsamkeit. Im April 1615 berief er den kleinen Ausschuß nach Bozen, stellte ihm die von Venedig drohende Gefahr und namentlich den Nachtheil, den der Uebergang der Feste Beseno an die Republik mit sich brächte, lebhaft vor und verlangte, daß die Landschaft 80—100 Knechte auf etliche Monate zum Schutze der Landesgrenzen erhalte. Der Ausschuß bewilligte 90 Mann auf vier Monate. Nach deren Ablauf war die Gefahr noch größer geworden und darum trat im October eine zweite Ausschußversammlung zu Bozen zusammen. Die fürstlichen Commissäre lasen die über die unruhige Haltung der Venetianer eingelaufenen Berichte vor und forderten von der Landschaft, daß eine bereits bewilligte, aber noch nicht bezahlte Hilfe von 50.000 fl. sogleich erlegt werde. Die Stände beschlossen sogleich 20.000 fl. zur Versicherung der Grenzen zu verabfolgen. Im Spätjahre 1615 kam es zwischen Ferdinand von Steiermark und der Herrschaft Venedig zum förmlichen Bruche. Damit wuchs die Gefahr für Tirol neuerdings. Deshalb ermahnte der Landeshauptmann alle Viertelhauptleute an der untern und obern Etsch und im Vintschgau, auf ein allgemeines Aufgebot gefaßt zu sein; denselben Befehl erhielt auch das Domcapitel von Brixen. Ebenso befürchteten anderseits die Venetianer einen Einfall der Tiroler. Dieselbe Gefahr herrschte auch noch im folgenden Jahre. Die Tiroler hätten aber in diesem Jahre nicht bloß auf den Schutz ihrer eigenen Grenzen bedacht sein, sondern auch noch dem Erzherzog Ferdinand Hilfe leisten sollen; denn dieser schickte einen eigenen Gesandten, H. Sigm. v. Schrattenbach, nach Innsbruck, um vom Erzherzoge und den Ständen Beistand zu erwirken. Maximilian berief darum

den großen Ausschuß auf den 9. Mai 1616 nach Innsbruck und brachte ihm seines Neffen Begehren vor. Aber die Tiroler hatten, seitdem sie unter Ferdinands II. Regierung von den übrigen Landen getrennt gewesen, vergessen, was sie dem Interesse ihrer Dynastie schuldeten, und zeigten nun bei jeder solchen Gelegenheit ihre Engherzigkeit und ihre Kurzsicht. Es half Ferdinand wenig, daß er ihnen die eigene Gefahr mit lebhaften Farben schilderte, daß er betheuerte, ohne ihr Wissen und ihren Willen keinen Krieg anzufangen. Die Stände wollten keine Gefahr erkennen. Die vom Erzherzog verlangte Aufstellung eines Regimentes an der Grenze hielten sie für ebenso bedenklich als unerschwinglich; noch weniger zeigten sie sich zu der vorgeschlagenen Geldhilfe von 200.000 fl. bereit. Gegen den Schenkpfenning machten sie die gewöhnliche Einwendung; als Maximilian ihnen vorschlug, eine Deputation aus ihrer Mitte zu wählen, der die Ausfindigmachung anderer Mittel aufgetragen werden sollte, entschuldigten sie sich mit dem Mangel an Vollmacht. Erst die Nachricht, die Venetianer beabsichtigten Folgaria zum Abfall von der österr. Herrschaft und zum Anschluß an sie zu bewegen, scheint sie etwas nachgiebiger gemacht zu haben; sie fanden sich jetzt bereit, ein Darlehen von 150.000 fl. aufzunehmen und davon 60.000 fl. für den Fall einer Kriegsgefahr zu hinterlegen, von dem Rest und 40.000 fl. früher bewilligter Hilfe dem Erzherzog ein Geschenk von 40.000 fl. zu machen und 2 Fähnlein von je 300 Mann zur Vermehrung der Besatzung auszurüsten. Zugleich baten sie aber den Landesfürsten, nicht bloß keinen Krieg ohne ihr Wissen zu beginnen, sondern auch die Differenzen, welche mit Baiern wegen des neuen Salzvertriebes, wegen Ausfuhr des Weines und Einfuhr des Getreides nach Tirol entstanden waren, baldmöglichst auszugleichen. Das sicherte Maximilian bereitwillig zu. Nach diesem Ausschußtage hörte für Tirol die venetianische Kriegsgefahr bald auf, zwischen Erzherzog Ferdinand und der Republik jedoch dauerte der Kampf mit abwechselndem Glücke fort, bis sie am 26. Dec. 1617 unter Vermittlung Spaniens den Frieden zu Madrid schlossen [6]).

Kaum war Tirol von dieser Kriegsgefahr befreit, drohte ihm eine andere, von Seiten Graubündens. Hier hatte im J. 1617 die venetianische Partei das Uebergewicht erlangt; die Bündner verwarfen einen neuen Bündnißantrag Spaniens und erneuerten trotz Frankreichs Intriguen das Bündniß mit der Republik. Die

Prädicanten wiegelten das Volk gegen die ſpaniſch-öſterreichiſche Partei auf; der Biſchof von Cur mußte abermals ſich flüchten. Im J. 1618 wurde zu Tuſis ein Strafgericht niedergeſetzt, das die Verräter entdecken ſollte, von denen die Bündner ſich umgeben glaubten. Darunter verſtand man Männer, die im Verdacht öſterreichiſcher oder ſpaniſcher Geſinnung ſtanden. Eine der erſten Thaten dieſes Gerichtes war ein grauſames Edikt gegen Rudolf und Pompejus Planta, die man beide der Verbindung mit Oeſterreich beſchuldigte; ſie ſollten ohne weiteren Proceß, wenn ſie ergriffen würden, vom Scharfrichter geviertheilt werden. Der Biſchof wurde ſeines Amtes entſetzt und gleichfalls zum Tode verdammt. Da auch die Planta ſich in Maximilian's Lande geflüchtet und da Hilfe fanden, ſo lag der Ausbruch von Feindſeligkeiten zwiſchen Tirol und den Bünden ſehr nahe und ſo war bei des Erzherzog's Tode die gegenſeitige Spannung eine ſehr bedenkliche [7]).

So ſehr dieſe Gefahren die Aufmerkſamkeit des Landesfürſten verdienten, ſo waren ſie doch nicht ausſchließlich, nicht einmal vorzüglich jene Angelegenheiten, die Maximilian's Thätigkeit um dieſe Zeit in Anſpruch nahmen; das waren vielmehr die Anliegen des deutſchen Reiches und der Erblande überhaupt; immer den Blick auf das Große richtend, hielt er ſich für berufen, in das Chaos mit ordnender Hand einzugreifen. Das kaiſerliche Anſehen ſollte wieder hergeſtellt, die Proteſtanten gedemüthigt und der katholiſchen Reichspartei unter Oeſterreichs Führung die Herrſchaft wieder gegeben werden. Dazu hielt er vor allem den Beitritt zur Liga nöthig; er wollte ſie dadurch ſtärken, ſich ihrer Hilfe verſichern und Oeſterreich dabei wo möglich den maßgebenden Einfluß verſchaffen. Aber bei dieſem Beſtreben fand er an den Tirolern ſtatt Hilfe nur Widerſtand, denn ihre Blicke reichten nie über des Landes Grenzen, ſelten über das laufende Jahr hinaus. Die landesfürſtlichen Commiſſäre Chriſtof Frhr. v. Wolkenſtein und Dr. Leonhard Bernhardt ſchilderten den im April 1614 zu Bozen verſammelten Ausſchüſſen weitläufig die Gefahren, welche dem Hauſe Habsburg und der katholiſchen Religion drohten, die Praktiken, welche die Feinde zur Zerrüttung und Entzweiung der Erblande vornähmen. Vergebens. Die Stände hielten es für unnötig, daß Max ſich in eine dem Lande fremde Union einließ, ſie entſchuldigten ſich mit dem Mangel an Vollmacht und meinten, er ſolle nur an die Befeſtigung

des Landes denken. Sie bewilligten nur 40—50,000 fl. zur Landesvertheidigung. Da drohten die Commissäre mit Einberufung eines offenen Landtags, aber sie bewirkten nur, daß die Stände nun 50,000 fl. für des Landes Sicherung und 10,000 zum Ankaufe von Munition bewilligten.

Mußte so Maximilian auch auf den Beitritt zur Liga verzichten, er ließ dessenungeachtet das große Ziel nicht aus den Augen. Ein Generallandtag, den der Kaiser auf den August nach Linz berufen hatte, gab zu einem neuen Anlauf Gelegenheit. Die Gefahren drängten zum Handeln: Siebenbürgen war in Aufruhr, alle Erblande in Bewegung, die Haltung der Türken beunruhigend; düstere Wolken umlagerten den Horizont der Zukunft. Weise Vorsicht gebot, auch auf Abwendung fernerer Gefahren Bedacht zu sein. Maximilian erschien wie sein Vetter Ferdinand als Vertreter seiner Länder zu Linz, er begnügte sich aber nicht mit den vom Kaiser vorgelegten Berathungsgegenständen, sondern erinnerte diesen ernstlich an die Regelung einer noch viel wichtigern Angelegenheit. Das war die Erbfolge. Mathias hatte damals noch keine Erben und geringe Aussicht deren zu erhalten. Da entstanden die großen Fragen: Wer sollte ihm als Kaiser von Deutschland und Herr der Erblande folgen; wie könnten beide Würden dem Hause Habsburg erhalten und zu dessen Nutzen und zum Vortheile des Katholicismus vergeben werden? Maximilian war darüber mit sich schon lange einig geworden; ihm schien von allen Mitgliedern des Hauses zur Nachfolge niemand tauglicher als sein Vetter Ferdinand von Steiermark. Der war ein Mann, von dem das entschiedenste Auftreten zu Gunsten des Katholicismus, zur Wiederherstellung des katholischen Kaiserthums, zur Erhaltung der Erblande zu erwarten stand. Der kaiserliche Hof war aber nicht so entschlossen und Maximilian's Anregung auf dem Linzer Tage blieb zunächst ohne Erfolg. Des Kaisers einflußreichster Minister Cardinal Clesl u. A. wirkten dagegen; zu diesem Hinderniß kamen die Ansprüche der spanischen Dynastie, die Wirrnisse des Reiches. Doch Maximilian ließ sich nicht abschrecken. Noch im Spätherbste 1615 reiste er, obwol kränkelnd, nach den Niederlanden, um seinen Bruder Albrecht zum Verzicht zu bewegen. Als er dies glücklich durchgesetzt und auch die Kurfürsten von Köln und Trier für seinen Plan gewonnen, reiste er an den kaiserlichen Hof und legte ihm seine Pläne für Hebung des kaiserlichen Ansehens,

Stärkung der katholiſchen Partei und Regelung der Erbfolge vor. Aber der Plan, mit Unterſtützung der Höfe von Madrid und Brüſſel eine wolgeordnete Heeresmacht auf deutſchem Boden aufzuſtellen, erregte die höchſte Unzufriedenheit des Hauptes der Liga, die dadurch ihre Macht verloren hätte, und Cardinal Clesl bot ſeinen ganzen Einfluß gegen des Erzherzogs Beſtrebungen auf. Maximilian erlahmte nicht; ſeine Ausdauer ſiegte wenigſtens in einer Angelegenheit, der Regelung der Erbfolge in den Erblanden. Ferdinand wurde am 29. Juni 1617 in ſeiner Gegenwart zum König von Böhmen und im Jahr darauf, auch zum König von Ungarn gekrönt. Allerdings ſtellte die am 23. Mai 1618 zu Prag ausgebrochene Revolution dieſe Erfolge wieder in Frage; doch gelang es Maximilian im Verein mit ſeinem Vetter noch bei ſeinen Lebzeiten ihren gemeinſamen Widerſacher den Cardinal Clesl unſchädlich zu machen. Sie ließen ihn bekanntlich am 20. Juli 1618 plötzlich in der Wiener Burg verhaften und von den Oberſten Dampierr und Collalto mit einer Bedeckung von 200 Dampierr'ſchen Cüraſſieren durch Steiermark und Kärnten nach Tirol bringen, wo er zuerſt im Schloſſe Amras, dann im Kloſter St. Georgenberg bis zu ſeiner Freilaſſung am 24. Oct. 1622 gefangen ſaß. Maximilian überlebte dieſen Sieg nicht lange mehr, denn er ſtarb am 2. Nov. 1618. Sein Leichnam wurde von Wien nach Innsbruck überführt und in der Pfarrkirche feierlich beigeſetzt [8]).

Die eben berührten Bemühungen und die Vorbereitungen für die Landesdefenſion verhinderten Maximilian ſich mit den andern inneren Angelegenheiten ſeiner Länder eingehender zu befaſſen, ſie hinderten ihn namentlich die financiellen Uebelſtände zu beſeitigen. Ein Verſuch, durch Erzielung eines größern Salzvertriebes die Einkünfte zu erhöhen, mußte bald wieder aufgegeben werden, um nicht die gute Nachbarſchaft mit Baiern zu verderben; ein mit dieſem zu Günz geſchloſſener Vergleich nämlich nötigte, denſelben wieder einzuſchränken. Die unruhigen Zeiten verurſachten neue Ausfälle in den Einnahmen, neue Ausgaben; die Zollerträgniſſe ſanken, die Defenſionskoſten giengen in die Höhe und die großen Reiſen Maximilian's verlangten erhebliche Summen. Trotz ſeiner ſparſamen Hofhaltung war die Vermehrung der landesfürſtlichen Schulden nur durch fortwährende ſtändiſche Hilfen zu verhindern. Dadurch ward aber die Landſchaft genötigt, ihre Schuldenlaſt in den Jahren

1613—18 um 359.000 fl. zu vermehren. So war bei Maximilian's Tode weder der landesfürſtliche noch der landſchaftliche Haushalt geordnet [9]).

So wenig aber auch Maximilian in den letzten Regierungsjahren mit den innern Angelegenheiten des Landes überhaupt ſich befaſſen konnte, einer ſchenkte er doch ſtets die größte Aufmerkſamkeit ſowol in dieſer Zeit als in den frühern Jahren: das war die Erhaltung der katholiſchen Religion, die Ausrottung der Ketzerei. Es war ein merkwürdig hartnäckiges Uebel, dieſer Drang der Tiroler nach der neuen Lehre, alle ſtrengen Maßregeln Erzherzog Ferdinand's, hatten das tiroliſche Volk davon noch nicht vollkommen zu heilen vermocht. Es kamen immer wieder Ketzer zum Vorſchein; die Viſitationen, die während des Interregnums angeſtellt wurden, hatten recht deutlich gezeigt, daß ſich in allen Landestheilen Anhänger Luthers fanden und ſectiſche Bücher allgemein verbreitet waren; ſelbſt die Wiedertäufer hatte man an einzelnen Orten, wie Aspach, Steinberg, Sterzing, nicht ausrotten können. Biſchof Andre von Brixen mußte ſelbſt in einem Schreiben an den Cardinal Paravizini, Protector in Deutſchland, erklären, daß er den Zuſtand der Diöceſe äußerſt traurig und beklagenswert gefunden; „alles Uebel", ruft er aus, „kommt vom Klerus, die Unwiſſenheit iſt hier groß, die Frömmigkeit gering, Seeleneifer keiner." Viele Leute giengen nicht zur öſterlichen Beicht, der Genuß von Fleiſchſpeiſen an Faſttagen kam häufig vor. Maximilian wandte im ganzen dieſelben Mittel an, wie ſeine Vorgänger. Er ließ den Leuten die ſectiſchen Bücher abnehmen und ſuchte durch ſtrenge Ueberwachung der Kaufleute und der Grenzzölle die Einſchleppung weiterer zu verhindern. Er verhielt Bürger und Bauer ſtreng zur Ablegung der öſterlichen Beicht und Einhaltung der Faſttage, ſtrafte die Widerſtrebenden mit hohen Geldbußen (50—100 fl.) und drang überhaupt auf genaue Befolgung der Kirchengebote. Die Ungehorſamen und Unverbeſſerlichen verwies er des Landes und verbot den Einwohnern des Erwerbes wegen ins Ausland zu wandern. Er unterſtützte auf jede Weiſe die Beſtrebungen der geiſtlichen Obrigkeiten und trug ſeinen Beamten insbeſondere auf, denſelben namentlich bei den Viſitationen an die Hand zu gehen. Wie Ferdinand bediente auch Maximilian zu ſeiner Gegenreformation ſich vorzüglich der Jeſuiten, auch anderer Orden, namentlich der Capuciner. Außerdem fand er aber an den Landesbiſchöfen eine viel kräftigere Stütze

als ſein Vorgänger. Der Biſchof Andre von Brixen hielt wiederholte Viſitationen, der Biſchof von Chur im J. 1605, der von Trient im J. 1606. Deſſenungeachtet verlautete immer wieder von Ketzern und ketzeriſchen Büchern, ſo in Hall und Schwaz, auch in Toblach, Taiſten und Niederdorf. Sectiſche Bücher wurden trotz aller Wachſamkeit immer neuerdings ins Land gebracht, beſonders während Maximilian's längerer Abweſenheit im J. 1608. Alle Verbote halfen wenig, denn es herrſchte eine förmliche Wuth nach ketzeriſchen Büchern. Da erließ der Erzherzog ſogleich nach ſeiner Rückkehr zwei Mandate, das eine an ſeine Beamten, das andere an alle Unterthanen. Den Beamten befahl er, 1. die Faſtenmandate wieder öffentlich zu verkünden und genau auf deren Befolgung zu ſehen, 2. den ins Ausland Ziehenden den Aufenthalt an lutheriſchen Orten keineswegs zu geſtatten und 3. von den Geiſtlichen die Beichtzettelliſten einzufordern und einzuſenden. Das Mandat an die Unterthanen ſchärfte Punkt 2 ein und trug ihnen auf, bei der Rückkehr Ausweiſe über die Ablegung der öſterlichen Beicht und den Empfang der hl. Communion mitzubringen. Am 7. Sept. 1609 erneuerte er dann die Religionsedikte aus den Jahren 1585 und 1596 und am 8. Sept. gebot er ausdrücklich bei allen Verpflichtungen und Amtseiden oder Gelöbniſſen auch jenes zur katholiſchen Religion einzuſchalten. Ueberhaupt ſollte keine akatholiſche Perſon in Dienſt und Pflicht genommen werden, das erfordere, fügte er erklärend bei, nicht allein die Ruhe des Landes, ſondern auch das Seelenheil der Unterthanen. Das geſchah zur ſelben Zeit, als Ferdinand von Steiermark den Proteſtantismus in ſeinen Ländern vernichtete und gegen die Widerſtrebenden Maximilian's Hilfe ſuchte [10]).

Aber auch dieſe Erläſſe hatten nicht den gewünſchten Erfolg. Der Biſchof von Brixen beklagt ſich am 20. Febr. 1610, daß allenthalben von Edlen und Unedlen, von Bürgern und Bauern lutheriſche, calviniſche und andere Bücher, Schriften, Kalender und Lieder gegen alle Ermahnung und ohne Scrupel geleſen und behalten würden, daß man das Faſtengebot nicht befolge und die öſterliche Beicht nicht verrichte. Sogar in Innsbruck fand man ſectiſche Bücher und in Volders und Hall, ſelbſt in Prutz und Ried legten viele Leute die Oſterbeicht nicht ab. Faſt in jedem der folgenden Regierungsjahre Maximilian's liefen von verſchiedenen Landestheilen Anzeigen vom Vorhandenſein ſectiſcher Bücher ein, ſo z. B. im J.

1614 aus Axams und Schwaz, im J. 1615 aus Kitzbühel, im J. 1616 aus Zell am Ziller, Hart und Mairhofen, im J. 1618 aus Hippach im Zillerthal. Die Osterbeicht und Communion wurde noch immer von Vielen vernachläſſigt und die Faſtengebote nicht gehalten, wie in Hall, in den drei Gerichten Kitzbühel, Kufſtein und Rattenberg. Einzelne wagten ſogar als Apoſtel des Ketzerthums aufzutreten. Ein gewiſſer Feigenbuſch verleitete in Salurn Viele zum Abfall; in Stubai verkündete ein Bindergeſelle aus Mieders, Namens Paul Löderer ein neues Evangelium und fand großen Anhang. Viele Unterthanen zogen ins Ausland nach proteſtantiſchen Orten auf Arbeit. Bei den Bergwerken in Köſſen und Pillerſee bekannten ſich Knappen offen zur augsburgiſchen Confeſſion. Doch Maximilian wurde nicht müde in Verfolgung des Proteſtantismus; er erneuerte und verſchärfte die frühern Mandate, die Uebertreter wurden unbarmherzig mit hohen Bußen belegt, die der Ketzerei Verdächtigen nach Innsbruck geführt und den Jeſuiten zur Belehrung übergeben; die ganz Unverbeſſerlichen und Rückfälligen des Landes verwieſen. Es braucht wol nicht beſonders hervorgehoben zu werden, daß dadurch Tirol wieder ſo manche ſeiner rührigſten Bewohner verlor. Die lutheriſchen Knappen in den genannten Bergwerken mußten bis auf den letzten Mann das Land verlaſſen, obwol ſie die beſten Arbeiter und treue Diener des Landesfürſten waren, obwol ihre Obrigkeiten für ihre Haltung ſich verbürgten. Feigenbuſch und ein gewiſſer Ant. Brunner von Mareit wurden mit 1000 fl. gebüßt, Löderer zuerſt nach mehrmonatlichem Gefängniſſe des Landes verwieſen, und als er ſich wieder an den Grenzen erblicken ließ, ergriffen und zu Innsbruck mit dem Schwert gerichtet. Dieſe ſyſtematiſche, unaufhörliche Verfolgung ſcheint endlich doch die religiöſe Bewegung in Tirol zum völligen Stillſtand gebracht zu haben; es hat zwar ſicherlich noch manchen Anhänger der neuen Lehren gegeben, aber ſie blieben wol meiſt geheim und gaben ſo den Landesfürſten keine Veranlaſſung mehr zu weitern Mandaten [11]).

Ueberblickt man die ganze Regierungsthätigkeit Maximilian's, ſo wird man ihm den Ruhm eines der tüchtigſten Fürſten unſeres Vaterlandes kaum abſprechen können. Seine Friedensliebe, ſeine Weisheit und Mäßigung, ſeine raſtloſe Thätigkeit haben dem Lande Tirol, wie dem Hauſe Habsburg überhaupt, große Vortheile gebracht. Wäre ſeine Wirkſamkeit nicht vorausgegangen, ſo würde

unſer Vaterland vom dreißigjährigen Krieg ſicherlich vielmehr ins Mitleid gezogen worden ſein. Wenn Maximilian Manches unerledigt zurück ließ, ſo lag die Schuld davon weniger an ſeinem Charakter als den allgemeinen Zeitverhältniſſen und dem beſonderen Zuſtande Tirols. An der Vollendung des Defenſionswerkes und der Regelung der Finanzen hinderten ihn vor allem die Unruhen der Zeit und der Widerſtand der Landſchaft. Die eifrige Verfolgung des Lutherthumes und die Ausrottung der Ketzerei wird man ihm weniger zum Vorwurf machen können, als ſeinen Vorgängern, weil zu ſeiner Zeit für einen katholiſchen Fürſten die Vernichtung der proteſtantiſchen Elemente ſeiner Unterthanen als ein Gebot politiſcher Notwendigkeit erſchien und die proteſtantiſchen Stände der andern Erblande gegen ſeine Dynaſtie feindſelig auftraten. Auch war Maximilian von der Alleinberechtigung des Katholicismus mehr als andere katholiſche Fürſten überzeugt, denn er hieng mit Leib und Seele an ihm. Die Erhaltung des alten angeſtammten Glaubens betrachtete er als die Lebensaufgabe, welche die Vorſehung ſeinem Hauſe geſtellt; darum begünſtigte er auch die Jeſuiten und Capuziner ſo ſehr, jene Orden, die vorzüglich für die Gegenreformation thätig waren. Den Jeſuiten ließ er das dermalen noch beſtehende Gymnaſium erbauen und den Capuzinern lieferte er Beiträge zur Stiftung ihrer Klöſter zu Mals und Bozen. Maximilians perſönliche Frömmigkeit bezeugt noch heutzutage die von ihm bei den Capuzinern errichtete Eremitage, wo er zu gewiſſen Zeiten ſeinen frommen Andachtsübungen oblag, ſowie ſeine Vermächtniſſe. Bei der tiroliſchen Landſchaft hinterlegte er 26.000 fl. für Jahrtage und Gottesdienſte und zur Unterhaltung mehrerer armen Männer, die für ihn beten ſollten. Die Beſtimmungen ſeines Teſtamentes (v. 1. Juli 1615), daß ſein Leichnam in tiroliſcher Erde zur Ruhe gelegt und ſein Bild an der Wand des Oratoriums der Pfarrkirche angebracht werden ſolle, beweiſen ſeine Anhänglichkeit an Tirol. Iſacius Paniſod, Doctor der Medicin, rühmt von ihm in ſeiner Leichenrede, alle Tugenden ſchienen in dem Erzherzoge zu wetteifern. Der franzöſiſche Geſchichtſchreiber J. A. de Thou ſchreibt von Max: er ſei ein ſehr guter Fürſt geweſen, den Katholiken und ſelbſt aufgeklärte Proteſtanten geliebt hätten [12]).

Erzherzog Leopold V.

§. 7. Erzherzog Leopold als Gubernator.

Inhalt: Charakteriſtik des Zeitraumes. Leopold's Vorleben. Ausſchußverſammlungen. Lage des Hauſes Habsburg. Offener Landtag d. J. 1619. Propoſition. Antwort der Stände. Replik, Duplik und Triplik. Bitten und Beſchwerden. Leopold's Beſcheid. Verſchlimmerung der Lage des Hauſes Habsburg. Aufruhr in Graubünden. Ausſchußverſammlungen. Zweiter offener Landtag im J. 1620. Deſſen Verhandlungen. Die Parteiungen in den Bünden. Spannung zwiſchen ihnen und Tirol. Einfall in das Münſterthal. Zuſammenkunft zu Meran im Auguſt 1620. Leopold's und der Bündner Haltung. Veränderte Lage des Kaiſers. Leopold's Beziehungen zu den Bünden. Dritter offener Landtag im J. 1621. Deſſen Charakter. Propoſition. Antwort der Stände. Weiterer Schriftenwechſel und Schlußreſultate. Erſter Imſter Congreß. Klagepunkte Oeſterreichs. Erwiderung der Bündner. Zweite Zuſammenkunft. Unterwerfung der Bünde. Der Mailänder Doppelvertrag und die Vereinbarung mit Leopold V. Bedrückung der Prättigauer. Ihre Erhebung und Vertreibung der Oeſterreicher. Einbruch in Vorarlberg und Tirol. Ausſchußverſammlung im Auguſt 1622 zu Innsbruck. Zweiter Einfall der Oeſterreicher in die Bünde. Lindauer Friedensverhandlungen, Vertrag. Neue Religionsverfolgung. Verfall des Münzweſens und Geldſteigerung. Theuerung. Gegenmittel und deren Erfolge. Kaiſer Ferdinand's II. Hochzeit zu Innsbruck. Verhandlungen über Erbtheilung. Erbverträge von den J. 1625 und 1630.

Die Regierungszeit Erzherzog Leopold's V. fällt mit den beiden erſten Perioden des dreißigjährigen Krieges, dem böhmiſch-pfälziſchen und däniſch deutſchen Krieg, und mit der einen Hälfte der dritten, des ſchwediſch-deutſchen Krieges, zuſammen. Damit iſt deren Charakter im allgemeinen ſchon bezeichnet: es war ein ſtürmiſcher. Waren unter Maximilian die Grenzen nur zeitweiſe gefährdet worden, ſo wurden ſie jetzt zweimal, im Weſten und Norden, von den Feinden wirklich überſchritten und die Gefährdung derſelben hörte nie auf. Daher waren Landesfürſt und Landſchaft faſt immer mit Rüſtungen und andern Maßnahmen zu deren Schutze beſchäftigt. Aber Leopold verhielt ſich nicht bloß defenſiv, er ergriff auch zweimal gegen die Bünde die Offenſive und überzog dieſen Nachbar mit Krieg, was ſeit den Tagen Maximilians I. nicht mehr geſchehen war. Der ſtürmiſche Verlauf der äußern Verhältniſſe ſpiegelt ſich in dem bewegtern Charakter der innern wieder. Stifter und Stände ſtehen weder unter einander noch mit den Landesfürſten in ſo freundlichen Beziehungen, wie während Maximilian's Regierung. Wie nach außen tritt Leopold auch gegen die Stände entſchiedener auf und ſcheut ſich nicht, die Rechte zu verletzen, die ſie für ſich beanſpruchen. Dabei iſt er viel weniger beſorgt, die Uebelſtände zu beſeitigen; ſeine

Unternehmungen nach Außen wie ſeine glänzende Hofhaltung ſtürzen die landesfürſtliche Kammer und die Landſchaftscaſſe in neue Schulden. Dagegen hat er mit den widerſpänſtigen Stiftern große Nachſicht und verhält ſie nicht mit der nötigen Thatkraft zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen. Gleich der Regierung ſeines Vorgängers zerfällt auch die ſeine in zwei Perioden; bis zum Jahre 1625 iſt er bloß Gubernator, von da an aber ſelbſtändiger Herrſcher. Erzherzog Leopold V. war der zweite Sohn Erzherzog Karl's von Steiermark und Bruder König Ferdinand's II. von Ungarn und Böhmen. Geboren am 9. Oct. 1586, hatte er, weil von jugendauf zum Dienſte des Altars beſtimmt, in Judenburg Philoſophie und in Graz bei den Jeſuiten Theologie ſtudirt. Seine Geſchicklichkeit und ſeine Kenntniſſe, durch die er ſchon als Student ſich den Beifall ſeiner Zeitgenoſſen erwarb, noch mehr aber der große Einfluß ſeines Hauſes verſchafften ihm früh hohe Kirchenwürden. Schon im J. 1598 erlangte er durch die Verwendung des Kaiſers Rudolf und des Pabſtes Gunſt das Bisthum Paſſau, obwol ein Theil des Capitels einem Sohne des Herzogs von Baiern ſeine Stimme gab; im folgenden Jahre wurde er Coadjutor des Bisthums Straßburg. In der Folge erhielt er auch noch dieſes Bisthum und wurde zugleich Adminiſtrator der Stifter Murbach und Lüders. Sein katholiſcher Eifer und ſeine Entſchiedenheit gewannen ihm die Gunſt Kaiſer Rudolf's und ſeines Hofes in hohem Grade. Es wurde bereits erwähnt, welch wichtige Aufgaben ihm der Kaiſer anvertraute und wie er ſogar daran dachte, ihn zu ſeinem Nachfolger zu machen. Nach Rudolfs Tode blieb Leopold, wie es ſcheint, dem Hofe fern und widmete ſich vorzugsweiſe den geiſtlichen und weltlichen Angelegenheiten ſeiner Stifter; er machte daſelbſt paſſende Einrichtungen und Anſtalten zur Erhaltung der katholiſchen Religion, zur Herſtellung der Kirchenzucht und zur Beförderung von Kunſt und Wiſſenſchaft. Der Tod Maximilian's des Deutſchmeiſters eröffnete ihm wieder einen größeren Wirkungskreis; Kaiſer Mathias beſtimmte ihn nun im Einverſtändniß mit den übrigen Mitgliedern des Hauſes zum Gubernator Tirols und der Vorlande, deren Verwaltung er im März 1619 antrat. Leopold hatte ſich bis zu dieſem Moment als einen entſchloſſenen, thatkräftigen, unternehmenden, aber auch leidenſchaftlichen, ehrgeizigen und länderſüchtigen Fürſten bewährt [1]).

Bis zur Ankunft des Erzherzogs Leopold hatten die von Maxi-

milian hinterlassenen Räthe die Verwaltung des Landes im Namen des Kaisers und der übrigen Mitglieder des Hauses zu besorgen. Dieselben beriefen noch im Dec. 1618 eine Particularversammlung nach Bozen und verlangten von den anwesenden Ständen 20—25.000 fl. zur Bestreitung der Funeralien; es wurde aber nichts bewilligt. Da beschrieben die Räthe eine zweite Versammlung im Januar 1619 nach Innsbruck; diese sollte nicht bloß darüber, sondern auch über die Maßregeln berathen, die man gegen den Unfug des Wildschießens zu dem sich nach Maxens Tode die Bauern berechtigt glaubten, ergreifen sollte. Es wurde jedoch abermals nichts gewährt und was man wegen des Wildschießens beschloß, ist mir unbekannt. Wenige Wochen darauf hielt Leopold seinen feierlichen Einzug in die Landeshauptstadt. Regierung und Kammer, die Vertreter der Landschaft und der Bürgermeister von Innsbruck mit etlichen Fähnlein empfingen ihn unter Gewehrsalven auf der langen Wiese, die Klerisei unter einem Triumphbogen an dem sogen. Neubau (Hofkirche) [2]).

Erzherzog Leopold V. übernahm gleich Maximilian die Verwaltung Tirols unter bedeutenden Beschränkungen. Er durfte ohne Wissen und Willen der übrigen Erzherzoge keinen Landtag halten, nichts von Land und Leuten veräußern, fällige Lehen nicht wiederverleihen, keine Verpfändungen und Versetzungen vornehmen, die bereits verschriebenen nicht prolongiren, erblose Güter nicht confisciren und selbst nicht einmal die hohen Aemter besetzen. Der Kaiser gab ihm einen Geheimrath bei. Diese Beschränkungen waren aber um so bedenklicher, je mehr die schwierigen Zeitläufe und eintretenden Gefahren ein rasches und entschiedenes Vorgehen, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit im Handeln erforderten. Schon bei Leopold's Regierungsantritt befand sich das Haus Oesterreich in schwieriger Lage. Die Empörung der Böhmen, die Bewegungen in Schlesien, Mähren und Oesterreich, die feindselige Haltung mancher Reichsfürsten warfen düstere Schatten in die Zukunft. Tirol bedrohte noch insbesondere der Aufruhr in den Bünden. Diese allseitigen Gefahren und die Bedrängnisse der landesfürstlichen Kammer drängten Leopold, sofort nach seinem Eintritt in Innsbruck einen allgemeinen offenen Landtag zu halten, der am 11. März 1619 begann [3]).

Leopold machte die Landschaft mit seiner Ermächtigung zur Re-

gierung Tirols bekannt und schilderte ihr im Eingange der Proposition die Notlage seines Hauses und der katholischen Religion; er forderte sie auf, wenigstens 60.000 fl. für den böhmischen Krieg zu votiren, da so viele deutsche Fürsten und andere Potentaten dafür Hilfe leisteten. Dann stellte er unter Hinweis auf die Erschöpfung der Kammer noch folgende Forderungen: 1. Die Stände sollen das bisherige Deputat für den Hofstaat der Erzherzogin Anna Juliana (ehevor Katharina) und die Nebenhilfe für die landesfürstliche Hofkammer noch weiter reichen, 2. für die Reparatur und Erhaltung des Zeughauses 15.000 fl., 3. für die Landesdefension 100.000 fl., 4. für die Bergwerke 10.000 fl. bewilligen und endlich 5. 400.000 fl. Kammerschulden übernehmen. Daran knüpfte er folgende charakteristische Aeußerung: schon bei Erledigung der im letzten Landtage von 1613 vorgebrachten Beschwerden sei angedeutet worden, daß dergleichen Landtage und „gemeine Versammlungen" nicht an dem bestehen, daß jedesmal sowol Gemein- als Privatbeschwerden, welche bereits mehrmals erledigt worden, und anders schwerlich gerichtet werden könnten, von neuem auf die Bahn gebracht werden. Ein guter Theil der Generalbeschwerden hätte nicht anders beschieden werden können, weil die Stände das Steuerwerk noch nie in Ordnung gebracht hätten. Mit dieser Aeußerung verband er die ausdrückliche Ermahnung, die Stände möchten dieses Werk dergestalt vornehmen, daß der gemeine Mann, der ohnedies durch die Ordinaristeuer genugsam belegt sei, nicht weiter beschwert, sondern hierin die Bürde gleich vertheilt werde, damit man Gottes Segen um so eher erwarten könne. Als Hilfsmittel brachte er den Schenkpfenning und die Häusersteuer in Vorschlag [4]).

Obwol Leopold nicht Landesfürst, sondern nur Gubernator war, so drückten die Stände in der Antwort doch ihre höchste Zufriedenheit mit der getroffenen Vereinbarung aus. Auf seine hohen Forderungen jedoch einzugehen, hatten sie gar wenig Lust. Sie wiesen auf ihre Steuerfreiheit und auf ihre Schuldenlast hin, empfahlen eine bessere Haushaltung und bewilligten nur 185.000 fl., davon 90.000 fl. als dreijährige Nebenhilfe, 45.000 fl., für Ordinarilandesdefension und 50.000 fl. zur Entschädigung einiger Gemeinden und für Ausgaben des Salzamtes. Dafür verlangten sie, es sollten die überflüssigen Befehlshaber abgeschafft und wegen des Roth- und Schwarzwildschießens Bestimmungen getroffen werden. Die vorge-

ſchlagenen Steuermittel lehnten ſie natürlich ab. Schmerzlich berührte ſie die Abweiſung ihrer Beſchwerden und ſie äußerten, ſie könnten doch ihre Klagen nirgends anders vorbringen; aber ſie ließen ſich darum nicht abhalten, dieſelben vorzutragen und um deren baldige Erledigung zu bitten. Zugleich überreichten ſie dem Erzherzog unter Gratulation zu ſeinem Regierungsantritt ein Geſchenk von 6000 öſterr. Thalern. Der Erzherzog beharrte in ſeiner Replik auf ſeinen Forderungen, nur verlangte er jetzt die Hilfen für 5 Jahre ſtatt auf unbeſtimmte Zeit. Doch gab er der Landſchaft zugleich die beruhigende Erklärung, ihre Steuerfreiheit wahren und ſie in ihren Anliegen hören zu wollen. Auf die fünfjährigen Hilfen für den Hofſtaat und die Landesdefenſion giengen die Stände bereitwillig ein; ſie bewilligten hiezu in der Duplik um 115.000 fl. mehr, die weitern Hilfen lehnten ſie jedoch unter ausführlicher Schilderung der Verarmung und Verödung des Landes ausdrücklich ab oder übergiengen ſie, wie das vorige Mal, mit Stillſchweigen. Da drohte ihnen Leopold mit des Kaiſers Ungnade und äußerte, er müßte ſelbſt auf Mittel zur Ablebigung der Kammerſchulden denken, wenn ſie keine namhaft machten. Das bewog ſie noch weitere 25.000 fl. für die Landesdefenſion zu gewähren, und als ihnen Leopold des Kaiſers Tod mittheilte und die dadurch noch verſchlimmerte Lage ſeines Hauſes ſchilderte, bewilligten ſie ihm abermals 25.000 fl. zu freier Dispoſition. Zur böhmiſchen Hilfe ließen ſie ſich jedoch um keinen Preis herbei. So engherzig waren ſie ſchon geworden; nicht einmal in der äußerſten Not wollten ſie den andern Mitgliedern des Hauſes und den andern Ländern beiſpringen! Manche Reichsſtände, die es als ſolche viel weniger angieng, beſchämten ſie hierin.

Die Beſchwerden und Bitten, welche die Stände bei Gelegenheit dieſes Landtages vorbrachten, ſind von hoher Wichtigkeit: denn ſie umfaſſen nicht nur faſt alle Klagepunkte aus den Jahren 1596 und 1613, ſondern auch manche neue und dieſe ſind ſehr bezeichnend für die Anſchauungen, mit denen die Stände dem neuen Regenten entgegenkamen. Sie verlangten, daß Landleute von dem geheimen Rathe nicht ausgeſchloſſen und die Würde eines Regimentsraths-Präſidenten mit der eines Geheimrathes nicht vereint werde; daß Arreſtationen der Landleute und Unterthanen in bürgerlichen Sachen nicht angeordnet, daß die Lehensleute mit beſondern Kriegsrüſtungen verſchont werden. Der Erzherzog ſollte keinen Krieg ohne

Wiſſen der Landſchaft anfangen, kein Kriegsvolk in das Land führen oder lagern laſſen, keine Verträge machen, nichts vom Lande vergeben und mit den Confinanten gute Nachbarſchaft halten; die Soldaten, welche wegen des venetianiſchen Krieges zu Beſeno, im Puſterthal und ſonſt an den wälſchen Confinen liegen, ſollte man abdanken. Weitere Bitten betrafen die Verleihung von Pfarreien und Pfründen, die Freilaſſung der Heiraten, die Verbeſſerung der Polizei-Ordnung, die Verſchonung mit Durchzügen u. ſ. w. Daß Durchlaucht wie ſeine Vorfahren an der katholiſchen Religion allen Ernſtes halten würden, daran wollten die Stände nicht im mindeſten zweifeln. Wegen der landesfürſtlichen Jagdbarkeit und des Roth- und Schwarzwildſchießens thaten ſie eine beſondere Bitte; man ſollte nämlich um ähnliche Unruhen und Bündniſſe unter den Bauern zu vermeiden, deren Rechtsanſprüche durch eine Commiſſion unterſuchen und beſtimmen laſſen.

Der Erzherzog gab den Ständen auf dieſe Beſchwerden einen ſehr gnädigen Beſcheid; er zeigte ſich bereit, die meiſten derſelben zu beheben, einige behielt er weiterer Erwägung vor und nur wenige beſchied er ganz abſchlägig. Darunter befand ſich die Bitte wegen Beſetzung des Geheimrathes; er rügte es, daß die Stände deſſen Mitglieder als Fremde betrachteten, trotzdem ſie öſterreichiſche Edelleute und Vaſallen ſeien, und ſich damit in eine Angelegenheit des Kaiſers mengten. In Fällen, wo das tiroliſche Recht nicht ausreichte, an das gemeine Recht zu recurriren wollte er ſich nicht verwehren laſſen. Die beſondern Kriegsrüſtungen der Lehensleute hielt er für billig, den Salzaufſchlag wegen der höhern Productionskoſten für wolberechtigt, die neuen Zollaufſchläge für unſchädlich. Von dieſem Beſcheide war er auch durch eine weitere Vorſtellung und Bitte der Stände nicht abzubringen, wobei die Stände die merkwürdige Aeußerung thaten, es habe das Anſehen, als hätte der Kaiſer die Verordnung wegen der Geheimräthe gleichſam aus Mißtrauen gegen die Landſchaft gethan, was ſie ſehr ſchmerze. Auf die Beſchwerde wegen der landesfürſtlichen Jagdbarkeit und des Wildſchießens erfolgte ein beſonderer Beſcheid. Der Erzherzog verſprach, die Unterthanen möglichſt vor Schaden zu bewahren und ertheilte allen Wildfrevlern ſeit Maximilian's Tode unter der Bedingung Amneſtie, daß ſie fortan ſich gebührlich halten [5]).

Dieſem Landtage ſollte ſchon nach Jahresfriſt ein zweiter folgen.

Nach dem Tode des Kaisers Mathias (20. März 1619) verschlimmerte sich die Lage des Hauses Habsburg zusehends; sein Nachfolger Ferdinand von Steiermark hatte noch viel mehr innere und äußere Feinde. Die aufständischen Böhmen erwiderten seine friedlichen Versicherungen mit feindseligen Worten, die schlesischen Stände lehnten jede Hilfe gegen sie ab, die ober- und niederösterreichischen weigerten sich, ihn als Herrscher anzuerkennen. Der feindliche Anführer Graf Thurn lagert mit 16.000 Mann vor Wien, die rebellisch-gesinnten Häupter der Stadt erscheinen drohend in der königl. Burg; nur die plötzliche Ankunft eines Truppes Dampierr'scher Reiter rettet den König aus der äußersten Gefahr. Zwar müssen die Böhmen aus Oesterreich wieder abziehen, aber sie entsetzen noch im Sommer 1619 Ferdinand der Würde eines Königs von Böhmen und übertragen die Krone auf Friedrich V. von der Pfalz; nur mit Mühe vermag Ferdinand gegen ihre und andere feindliche Einflüsse die deutsche Kaiserkrone zu erkämpfen. Seine Reise zur Wahl und Krönung nach Frankfurt beraubt die treuen Erblande in so gefahrvoller Zeit seines Schutzes, Tirol der kräftigen Leitung Leopold's V., da dieser bis zur Rückkehr seines Bruders die Verwaltung Oesterreichs übernehmen muß. Das war für unser Vaterland um so bedenklicher, als gerade damals in Graubünden der Aufruhr immer höhere Wogen warf. Während seiner Abwesenheit war Leopold wegen dieser Gefahren zweimal zur Einberufung des kleinen Ausschusses genötigt; die erste Versammlung im August bewilligte eine Geldhilfe von 80.000 fl., wovon 30.000 fl. dem Kaiser überlassen, 50.000 für die Landesdefension reservirt wurden, die andere im Januar 1620 berieth über das Landesdefensionswesen. Der Erzherzog hatte zwar auf letzterer durch die Regierung das Ansinnen stellen lassen, daß dem Kaiser zwei Regimenter Fußvolk gewährt und im ganzen Lande eine Einkommensteuer von 1% erhoben werde; allein der Ausschuß lehnte das entschieden ab und bat dringend das Land gegen die von den unruhigen Nachbarn, Venetianern und Bündnern, drohenden Gefahren zu versichern. Als Leopold unter großen Schwierigkeiten wieder nach Tirol zurückgekehrt war, da nötigten ihn die neuen Gefahren, die seinem kaiserlichen Bruder aus einem Bündniß zwischen seinen Gegnern in Ungarn, Böhmen, Mähren, Schlesien und Oesterreich erwuchsen, sofort einen offenen Landtag einzuberufen, auf den 30. März 1620.

Der Erzherzog legte den versammelten Ständen das an sie gerichtete kaiserliche Hilfsersuchen vor und forderte sie auf, zum Schutze des Thrones und des katholischen Glaubens eine ergiebige Geldhilfe zu votiren. Doch die Stände wollten, wie immer, von einer solchen auswärtigen Kriegshilfe anfangs nichts wissen; sie beriefen sich auf ihre große Schuldenlast, klagten über den vom Erzherzog provisorisch eingeführten Weinaufschlag und einige Zollerhöhungen und erklärten sich nur zur Sorge für die Landesvertheidigung bereit. Allein Leopold gab nicht sogleich nach, er ließ es zu einem mehrmaligen Schriftenwechsel kommen und schließlich bewilligte die Landschaft doch dem Kaiser eine außerordentliche Hilfe von 150.000 fl.; hiezu sollte jeder Stand dem Lande den Betrag der jährlichen Ordinaristeuer vorstrecken und außerdem noch die Bezahlung der Durchzüge ohne vorläufige Caution geleistet werden. Mit diesen Bewilligungen verband aber die Landschaft die Forderung, daß der Weinzoll abgethan und ohne ihr Wissen und Wollen niemand in die Landesmatrikel aufgenommen werde. Das bald darauf tagende Steuercompromiß richtete die weitere Forderung an Leopold: er möge zur Steuerbereitung keine Commissäre bestellen; diese hätten bloß bei Aufnahme und Schluß der Rechnungen, in andern Landschaftssachen aber nicht gegenwärtig zu sein. Die Landtagsverhandlungen hatten den Ständen wieder Gelegenheit geboten, die alten Klagen vorzubringen; die letzte Abwesenheit Leopold's bewog sie daran den Wunsch zu knüpfen, er möchte dauernd seine Residenz in Tirol nehmen. Der Kaiser dankte ihnen am 16. Mai für die ihm bewilligte Geldhilfe. Die Klage über Ausschluß tirolischer Edelleute vom Geheimrathe veranlaßte Leopold dem Landeshauptmann Andre v. Brandis diese Würde zu verleihen [6]).

Vom böhmischen Krieg lenkten bald die Gefahren, welche seitens der Bünde dem Lande drohten, die Aufmerksamkeit völlig ab. Hier hatten die Parteiungen im J. 1618 den höchsten Grad erreicht. Die Ursachen hievon lagen tief; sie waren die Frucht einer mehr als hundertjährigen unheilvollen innern und äußern Politik und des Einflusses ausländischer Mächte. Seit Beginn ihrer Rivalität hatten Frankreich, Spanien und Oesterreich in dem unglücklichen Lande maßgebenden Einfluß zu erlangen gestrebt und mit Drohungen und Bestechungen nicht gespart. Oesterreich und Spanien wollten dadurch den Verbindungsweg durch's Veltlin, das den Bünden ge-

hörte, ſich offen halten, um ſich jederzeit gegenſeitige Hilfe leiſten zu können. Das wollte aber gerade Frankreich verhindern. Außer dieſen Mächten hatte noch Venedig hohes Intereſſe am Einfluſſe auf die Bünde. Jede dieſer drei Mächte hatte im Lande ihre Anhänger und bald ſtand die eine Partei, bald die andere oben an. Die ſpaniſch-öſterreichiſche Partei enthüllte ſich immer mehr als extrem-katholiſche, daher ließ ſich das früher erwähnte Strafgericht von Tuſis, das ganz unter dem Einfluſſe fanatiſcher Paſtoren ſtand, zur größten Leidenſchaftlichkeit gegen ſie hinreißen. Die Spannung, welche dadurch zwiſchen Oeſterreich und den Bünden entſtand, wuchs nach Maximilian's Tode. Mißmuthig darüber, daß die flüchtigen Häupter der ſpaniſch-öſterreichiſchen Partei in Oeſterreich gute Aufnahme und Unterſtützung gefunden, verſagten einige Gemeinden der Innsbrucker Regierung die Durchfuhr einer gewiſſen Quantität Pulver und anderer Munition, die italieniſche Fürſten dem Kaiſer zuſandten. Dagegen geſtatteten Leopold's Räthe den landesverwieſenen Bündnern, namentlich P. Planta und Steiger, Kriegsvolk im Oberinnthal und zu Trient, bei 500 Mann, zu ſammeln, um dann in die Bünde einzubrechen. Auf die Anfrage der Bündner, zu welchem Zwecke dies Kriegsvolk dienen ſolle, antworteten die öſterreichiſchen Landvögte an der Grenze, es ſei zur Beſtrafung der Bauern beſtimmt, die ſo viel Hirſche geſchoſſen. Als ſich der Bundestag ſelbſt in dieſer Angelegenheit an die Innsbrucker Regierung wandte, erwiderte dieſe, das Kriegsvolk ſei zum Dienſte des Kaiſers und des abweſenden Erzherzogs beſtimmt.

Oeſterreich beobachtete eine zuwartende Politik; obwol erbittert auf die Bünde, wollte es doch erſt angreifen, wenn in ihrem Lande ſelbſt ein Umſchwung eingetreten. Da kam das ſchreckliche Blutbad in Veltlin; die katholiſchen Veltliner erſchlugen im Sommer 1620 alle unter ihnen wohnenden Proteſtanten und ſchüttelten die Herrſchaft der Bünde ab. Nun ſchien der geeignete Moment eingetreten zu ſein und alsbald ertheilte Oeſterreich dem Kriegsvolke im Vintſchgau und Innthal, das bereits nach Böhmen aufgebrochen, den Befehl in ſein früheres Lager zurückzukehren. Noch am 17. Juli 1620 gab der öſterreichiſche Hauptmann den Bündnern eine beruhigende Antwort, aber ſchon am nächſten Tage brach R. v. Planta, der ſich an die Spitze des Steiger'ſchen Freifähnleins geſtellt, in das Münſterthal ein und beſetzte es unter Mord und Brand. Die

Einwohner mußten dem kaiſerlichen Oberſt und Generalcommiſſär Baldironi, einem Fleimſer, den Eid der Treue ſchwören [7]).

Dieſer Einfall beunruhigte die tiroliſchen Stände nicht wenig. Darum kamen am 4. Auguſt mehrere Mitglieder des Landesausſchuſſes mit dem Landeshauptmann und dem Feldoberſt Niclas v. Lodron in Meran zu Berathſchlagungen zuſammen. Man beſchloß, die Grenzen durch die Landeszuzüge zu beſetzen, zugleich aber ein Schreiben an die Bündner und an den Erzherzog zu richten. Den Erzherzog bat man, er möchte das Steiger'ſche Kriegsvolk zurückrufen und den Bündnern erklären, daß dieſer Einfall ohne Wiſſen der Regierung geſchehen ſei, und ſtreng geahndet werde; alle beſtehenden Differenzen ſollten durch eine Zuſammenkunft im Wege der Güte ausgeglichen werden. Zugleich verlangte die Verſammlung, daß der Oberſt Baldironi, der ſich übel gehalten und eine der Landesordnung widerſtrebende Inſtruction bekommen habe, durch einen geeignetern Mann, auf den man beſſeres Vertrauen haben könne, erſetzt werde. Leopold ſchrieb vom Elſaß aus, wo er ſich aufhielt, wirklich den Bündnern einen beruhigenden Brief und verſicherte, die Erbeinigung halten zu wollen, erklärte aber auch, die Grenzen beſetzt halten zu müſſen, weil Züricher, Berner und Bündner in großer Zahl gegen ſie heranzögen, den Ständen aber ertheilte er einen Verweis wegen ihres Schreibens an die Bündner. In der That blieben die tiroliſchen Zuzüge bis gegen October beiſammen und ein kleiner Theil wurde auch jetzt noch nicht entlaſſen. Die Innsbrucker Regierungsräthe fürchteten, wie es ſcheint, noch immer einen Rachezug der Bündner. Allein dieſe mußten ihr nächſtes Augenmerk auf die Rückeroberung Veltlins richten, und als ſie hier ſiegreich vorgedrungen, lähmten ſie eine Zeit lang innere Uneinigkeiten und dann nahm das Geſchick ihres Bundesgenoſſen und Freundes, des Winterkönigs von Böhmen, eine ſo ſchlimme Wendung, daß ſie nimmer wagten, gegen das ſiegreiche Haus Habsburg feindlich aufzutreten [8]).

Inzwiſchen hatte ſich nämlich des Kaiſers Lage ſehr gebeſſert. Während die meiſten proteſtantiſchen Stände Friedrich V. von der Pfalz nach Annahme der böhmiſchen Krone im Stiche ließen, ſicherte ſich Ferdinand II. durch einen Vertrag mit Herzog Maximilian von Baiern den Beiſtand der Liga im Kampfe gegen ſeine rebelliſchen Unterthanen. In wenigen Monaten lagen Böhmen, Mähren, Schleſien und Oeſterreich zu ſeinen Füßen; die einſtündige

Schlacht am weißen Berge bei Prag vernichtete die Macht ſeines Hauptgegners, des Winterkönigs. Aber ſeine Widerſacher im deutſchen Reiche waren damit noch keineswegs bezwungen; Ferdinand mußte befürchten, daß ſie, vom Ausland unterſtützt, zu Gunſten des geächteten und ſeiner Länder beraubten Pfalzgrafen Schild und Schwert erhüben; es galt auch das tiefgeſunkene Anſehen des Reichsoberhauptes herzuſtellen. Darum wollte er ſich rüſten und verlangte neuerdings in einem Schreiben von den tiroliſchen Ständen Hilfe. Aber auch Erzherzog Leopold bedurfte ihrer. Nicht nur, daß ſeine Vorlande bedroht waren, auch für Tirol wuchſen die Gefahren eines Conflictes mit den Bünden wieder. Bündneriſches Kriegsvolk überfiel im Frühjahre 1621 das Schloß Razüns und plünderte es; auch bedrohte dasſelbe Tarasp und machte einen Streifzug ins Münſterthal. Ein Bündnißantrag Spaniens wurde abermals abgeſchlagen. Dafür übten Spanien und der Erzherzog Repreſſalien; ſie beſetzten die Grenzen der Bündner von allen Seiten noch ſtrenger und ſchnitten den Bündnern alle Zufuhr ab. Der Erfolg fehlte nicht; die Bünde ſchickten Geſandte nach Innsbruck, um die vorgefallenen Ereigniſſe zu entſchuldigen und die beſtehenden Mißhelligkeiten auszugleichen. Doch nach der günſtigen Wendung der Geſchicke ſeines Hauſes war Leopold nicht mehr ſo friedlich geſtimmt, wie vorher; ſeine den Bündnern feindlich geſinnten Räthe drängten zum Krieg. Es ſchien die Gelegenheit gar ſo günſtig, ſich mit Waffengewalt in die Bünde einzumiſchen und da dem ſpaniſch-öſterreichiſchen Einfluß und der katholiſchen Religion den Sieg zu verſchaffen, wo nicht gar jene zu annexiren. Die Bündner erhielten darum den Beſcheid: wenn ſie nicht dafür ſorgten, daß bald Alles ſich zum Frieden wende, werde der Erzherzog andere Maßregeln zur Erlangung und zum Schutze ſeines Rechtes ergreifen. Es liegt klar; Regierung und Erzherzog wollten den Krieg, ſo unwillkommen er den Ständen war. Doch bewilligte man den Bündnern noch eine weitere Zuſammenkunft, für die als Ort Imſt und als Zeitpunkt der 6. Juli angeſetzt wurden. Das Bedürfniß der landſchaftlichen Hilfe für den Fall eines Krieges und das kaiſerliche Hilfserſuchen veranlaßten Leopold den dritten offenen Landtag auf den 25. Juni 1621 nach Innsbruck einzuberufen [9]).

Der Landtag des Jahres 1621 verlief ſehr bewegt. Noch hatte Leopold nicht drei Jahre regiert und ſchon den dritten offenen

Landtag einberufen. Die bisherige Regierungsweise fand keineswegs durchaus den Beifall der Stände, sie glaubten vielmehr über manche Verfassungs- und Rechtsverletzungen sich beklagen zu müssen und der Erzherzog reizte sie durch die bittern Vorwürfe, die er ihnen ins Gesicht schleuderte. Darunter war der besonders empfindlich, daß sie, voll Eigennutz, den Privatnutzen dem allgemeinen vorzögen und alle Bürden auf den gemeinen Mann wälzten. Das mußten die Stände hören, die sich so gern mit ihrer Sorge für des Volkes Wol brüsteten, und sie konnten nichts Schlagendes erwidern! Ja sie bestätigten vielmehr neuerdings durch die That die Wahrheit der bittern Worte des Erzherzogs. Anstatt auf das von ihm dringend empfohlene Steuerreformationswerk einzugehen, beharrten sie bei ihrem Verbesserungsplane, und da sie denselben sogleich ins Werk setzen weder wollten noch konnten, halfen sie sich mit Einführung der Doppelstener, die die Ungleichheit auch verdoppelte.

Die erzherzogliche Proposition legte dar, wie dringend der Kaiser zur Erhaltung der katholischen Religion und der Reichsverfassung der Hilfe bedürfe, und begründete damit die Forderung: die Landschaft soll dem Kaiser 50.000 fl., den Rest der im J. 1619 gewährten 80.000 fl., abliefern. Dann wies Leopold auf die feindselige Haltung der Bünde hin, verlangte zum Schutze seiner Person eine Leibwache und forderte die Stände zu ernster Beratung des Defensionswesens auf. Das Landlibell, meinte er, genüge für die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr, sondern müsse auf den jetzigen Stand regulirt werden. Zum Schlusse seiner Proposition warf er den Ständen die Verzögerung des Steuerreformationswerkes vor und stellte an sie das dringende Ansinnen, daß sie auf andere Mittel denken, der herrschenden Finanzcalamität zu steuern; auch machte er sie mit der nach Imst anberaumten Tagsatzung bekannt. Die Antwort der Stände lautete gar nicht günstig. Sie schlugen die Hilfe für den Kaiser, den Beitrag für die Leibwache rundweg ab. Zur Entschuldigung mußten ihnen wieder ihre Schuldenlast, die Theuerung und der herrschende Geldmangel dienen; die ärmern Stände seien dermaßen erschöpft, daß sie weder Zins noch Steuern zahlen könnten, und die bessern litten ebenfalls Mangel. Sie bewilligten nur 60.000 fl. in drei Terminen. Wegen des Steuerverbesserungswerkes versprachen sie, noch während des Landtages den auf dem vorigen beschlossenen Plan vom kleinen Ausschuß oder dem Steuer-

compromiß gründlich durchberaten und dann sogleich ins Werk richten zu lassen; alle steuerbaren Realitäten sollten neu beschrieben, die zu niedrig angeschlagenen höher, die zu hoch niedriger belastet, und die bisher steuerfreuen Güter zur Besteuerung herangezogen werden. Die Mittheilung über den Imster Congreß veranlaßte sie zur Beschwerde, daß man die Landschaft zu so wichtigem Werke nicht beiziehe. Daran schlossen sie die Erklärung, die beste Sicherung der Grenzen sei gute Nachbarschaft mit den Nachbarn zu halten. Zur Reform des Libelles wollten die Gesandten der Bischöfe und Capitel, der Städte und Gerichte keine Gewalt haben und dabei beklagten sie sich bitter, daß dasselbe mehrfach verletzt worden. So habe man ohne ihr Wissen Krieg angefangen, ihnen mancherlei Leistungen zugemuthet, die sie nicht schuldig seien, und dem Feldobersten trotz der Abwesenheit des Landesfürsten keine Landräthe beigegeben. Schließlich baten sie, man wolle ihre auf den frühern beiden Landtagen vorgetragenen Beschwerden erledigen, die harten Münzmandate letzter Zeit mäßigen und sie jetzt nicht drängen, neue Mittel zur Ablediguug ihrer Schulden zu ergreifen.

Der weitere Schriftenwechsel stieg bis zur Octuplik und die Stände blieben bis gegen Mitte August beisammen. Kein Theil wollte nachgeben. Der Erzherzog forderte wiederholt die Hilfe für den Kaiser, die Landschaft sich ließ wol zu einem kleinern Schuldennachlaß, aber zur verlangten Hilfe durchaus nicht herbei. Leopold drang immer wieder auf eine andere Reform des Steuerwesens. Er that dabei die charakteristischen Erklärungen: durch die Verdoppelung der Ordinaristeuer werde der gemeine Mann doppelt beschwert, denn da nur die unbeweglichen Güter, nicht aber die auf Zinsen oder Interessen liegenden Capitalien und Barschaften oder anderweitiges Vermögen, „so sich auf ein mehr beläuft", besteuert werde, so träfe die Steuer vorzüglich die armen Gemeinden und Bauerschaften, die im Besitze der meisten liegenden Güter seien; wer keine solchen besitze, zahle wenig oder nichts, wenn er auch noch so reich. Er brachte wiederholt den Schenkpfenning und die Eidsteuer in Vorschlag. Doch die Landschaft gieng darauf durchaus nicht ein; sie betheuerte, durch ihre Steuerreform werde schon die nötige Gleichheit hergestellt werden; es soll dieselbe nicht allein in den Ausschüssen, wie sonst gebräuchlich, sondern auch zugleich durch die Stiftsgesandten und eines jeden Standes Mitinteressenten mit getreuem Fleiß beratschlagt werden.

Sie wollte nicht einmal zugeben, daß der Durchführung dieſes Werkes ein landesfürſtlicher Commiſſär beiwohne. Aber darin gab ihr der Erzherzog nicht nach; er bezeichnete den ganzen Vorgang als einen actus jurisdictionalis, wozu die landesfürſtliche Autorität erforderlich ſei, und ſie mußte ſich bequemen; ja er behielt ſich ſogar für den Fall künftiger Beſchwerden über Ungleichheit der Belaſtung eine entſprechende Moderation vor. Die Reform des Landlibelles lehnte die Landſchaft ebenfalls ab; ſie verſtand ſich nur zur Erneuerung der Zuzugsordnung vom J. 1605. Die urſprünglich gewährte Hilfe erhöhte ſie nur um 20.000 fl., trotzdem ihr mitgetheilt wurde, daß die Imſter Tagſatzung zu keinem beſtimmten Reſultate geführt habe und darum die Ausſichten nichts weniger als friedlich ſeien. Die Stände antworteten darauf mit der dringenden Bitte, Frieden mit den Bündnern zu ſchließen [10]).

Zum Imſter Congreß, welcher bald nach Eröffnung des Landtages zu Stande kam, erſchienen von Seiten der Bünde: Julius Meiſſen, Fort. v. Juvalt, Fort. Sprecher v. Berneck und Rud. v. Salis nebſt Joh. V. Travers als Boten; die öſterreichiſchen Commiſſäre waren: der Hofkanzler Dr. Lintner, Konrad Frhr. v. Bemmelberg, H. Ulr. Hemmerli, M. Burglechner und Albrecht Libſtenzki v. Kollowrat. Während erſtere gekommen, um gegen die vertragswidrige Beſetzung des Münſterthales und die Sperrung der Zufuhr zu klagen, trat ihnen jetzt der öſterr. Hofkanzler mit einem Bündel von Beſchwerdepunkten entgegen. Dieſe betrafen theils die einzelnen Bünde, theils alle insgeſammt. Wider den Grauen Bund beſchwerte ſich Oeſterreich wegen Plünderung des Schloſſes Razüns und Verletzung der Jurisdictionsrechte des Herrſchaftsinhabers. Gegen den Gotteshausbund lagen ſieben Klagepunkte vor, die alle das Unterengadin beſchlugen. Oeſterreich nahm die Gerichtsbarkeit von Martinsbruck bis Pontalt für ſich in Anſpruch und hatte ſich darum über mehrfache Verletzungen derſelben zu beſchweren, wie über Einführung der Reformation, Vertreibung der Prieſter, u. A. Gegen den Zehngerichtsbund wurden eilf Klagepunkte vorgebracht. Oeſterreich beanſpruchte über die acht Gerichte im Prättigau ein unumſchränktes Herrſchaftsrecht und fand, daß dasſelbe vielfach verletzt worden. So hätten die Prättigauer z. B. den öſterreichiſchen Landvogt zu Caſtels, G. Beli, zum Tode verurtheilt, im J. 1616 die Einkünfte der Vogtei ſequeſtrirt, die katholiſche Religion verlaſſen und

an die Stelle der vertriebenen katholiſchen Geiſtlichen Prädicanten geſetzt, die Klöſter zu Kurwald und St. Jakob geplündert; die Verbindung der Gerichte mit den beiden andern Bünden ſei nur mit Vorbehalt der Rechte der Herrſchaft geſchehen. Den geſammten Bünden machte endlich Oeſterreich den Vorwurf, daß ſie die alten Verträge zwiſchen der Grafſchaft Tirol, dem Biſchofe und Gotteshauſe und die beſtehende Erbeinigung vielfach verletzt hätten. Zu ſolchen Vertragsverletzungen wurden namentlich gerechnet: die Vertreibung und Beraubung des Biſchofes, des Abtes v. Diſſentis und anderer Verbündeter Oeſterreichs, die Unterſtützung der Venetianer, die Verweigerung des Durchpaſſes kaiſerlicher Kriegsvorräthe, die freundliche Haltung gegen den Winterkönig. Die bündneriſchen Boten bemühten ſich, alle Klagepunkte weitläufig zu widerlegen und zu entkräften. Was die Rechte Oeſterreichs in den acht Gerichten anbelangt, ſo behaupteten ſie, es könne keine andern beſitzen als die Frhrn. v. Vaz und deren Nachfolger daſelbſt gehabt hätten, und dieſe blieben weit hinter den öſterreichiſchen Anſprüchen zurück. Sie erklärten, alle alten Verträge hätten durch die Erbeinigung ihre Endſchaft erreicht; daß dieſe aber beiderſeits genau beobachtet werde, ſei ihr dringender Wunſch. Zugleich ſtellten ſie in Abrede, daß der Erzherzog irgend welchen Grund gehabt, das Münſterthal zu beſetzen, und zu behalten und den Tranſit zu ſperren, und erſuchten um Aufhebung dieſer Verfügungen. Aber die öſterreichiſchen Commiſſäre giengen von ihren hohen Forderungen nicht ab und ſo blieb den Bündnern nichts übrig, als dieſe ad referendum anzunehmen. Man einigte ſich, auf einer weitern Zuſammenkunft nach 3 Wochen die Verhandlungen fortzuſetzen. Doch dieſe kam erſt Anfangs October zu Stande und die Verhandlungen wurden nach kurzer Dauer plötzlich abgebrochen. Die Schuld lag an der extremſten Partei in Bünden. Dieſe griff während der Friedensverhandlungen zu den Waffen und unternahm einen Kriegszug gegen Worms, um aus Veltlin die wieder eingedrungenen Spanier zu vertreiben. Das erbitterte den Erzherzog und ſeine Räthe und ſie weigerten ſich noch länger mit den Vertretern eines ſo eidbrüchigen Volkes zu tractiren. Die bündneriſchen Boten wurden in Ungnaden entlaſſen und beſchloſſen, im Verein mit Spanien den ſchon länger geplanten und vorbereiteten Angriff auf die Bünde auszuführen. Der Zeitpunkt erſchien um ſo günſtiger, als der Zug der Bünd-

ner nach Worms, ein völlig kopfloſes Unternehmen, kläglich mißglückte [11]).

Kaum hatte die Conferenz aufgehört, da griffen die Oeſterreicher und Spanier die Bünde von drei Seiten an, der Reiteranführer Erhard v. Brion aus dem Montaſoner Thal, der Herzog Feria von Mailand vom Süden her, Baldironi vom Münſterthale aus. Bald war Unter- und Oberengadin unterworfen, entwaffnet, das Bündniß mit den acht Gerichten geſprengt. Die Oeſterreicher fühlten ſich als unbeſchränkte Herren aller drei Bünde. Hart laſtete die eiſerne Hand der rauhen Kriegsherren auf den Bewohnern des Landes, namentlich den proteſtantiſchen; tyranniſche Gewalt ward geübt. Ein Kriegsgericht confiscirte die Güter der zahlreichen Flüchtlinge; Baldironi enthob ſämmtliche Prediger Unterengadins ihres Amtes und traf trotz des Verſprechens der Religionsfreiheit Anſtalten zur Gegenreformation. Seine Drohungen und Gewaltmaßregeln machten die Bünde ſehr gefügig; ſie beeilten ſich mit Spanien und Oeſterreich Frieden zu ſchließen; es erfolgte der berüchtigte Mailänder Doppeltractat vom 25. Febr. 1622 mit dem Herzog Feria und ein weiterer mit Erzherzog Leopold. Die Bündner verzichteten zu Gunſten Spaniens auf das Veltlin und die Herrſchaft Worms; ſie ſchloſſen mit dieſer Krone ein ewiges Friedensbündniß, worin ſie gelobten, den katholiſchen Cultus in allen drei Bünden frei zu laſſen. Dasſelbe verſprachen der graue und obere Bund mit der Herrſchaft Maienfeld auch in der beſondern Vereinbarung mit dem Erzherzoge Leopold; dieſe beſtätigten außerdem noch die Erbeinigung vom J. 1518, entſagten dem Bunde mit Unterengadin und den acht Gerichten und geſtatteten dem Erzherzog, auf 12 Jahre hinaus, und wenn nötig noch länger, eine Beſatzung in den Städten Chur und Maienfeld, doch auf ſeine Koſten und ohne Schädigung der Einwohner zu unterhalten.

Nach dieſen Friedenstractaten wurde die Bedrückung der Prättigauer noch ſchlimmer. Baldironi verbot den acht Gerichten den Cultus des evangeliſchen Glaubens, die Prädicanten mußten fliehen und an ihrer Stelle wanderten Capuziner in das Land, erhielten Kirchen und Klöſter. Vergeblich ſuchten die Bedrängten gegen ſolche Bedrückung zu Innsbruck Hilfe; die mißwollenden, fanatiſchen Räthe verlangten von ihnen, daß ſie die Meſſe hören. Das ermunterte Baldironi, den eingeſchlagenen Weg weiter zu verfolgen,

er beſchenkte die unglücklichen Prättigauer mit 10 Religionsartikeln, worin den Unterthanen die Ausübung jedes akatholiſchen Bekenntniſſes und die Lectüre von ketzeriſchen Büchern unterſagt war. Die Mittel, welche ſich in Tirol erprobt, ſollten auch hier zur Durchführung der Gegenreformation ihre Verwendung finden. Aber Ueberzeugungstreue war wächtiger als rohe Gewalt. Die wackern Prättigauer zogen den Tod dem Verrath am Glauben der Väter vor. Sie erhoben ſich am 24. April 1622 gegen ihre Dränger, die übermüthige öſterreichiſche Soldateſca. Das Glück begleitete ihre Fahnen; ſie beſiegten die feindlichen Schaaren in mehreren Gefechten, ſäuberten davon das flache Land und belagerten Caſtels und Maienfeld. Erſteres fiel bald in ihre Hände, letzteres widerſtand zwar den ganzen Mai, aber nach einem mißlungenen Verſuch Baldironi's es zu entſetzen und nach neuen ſiegreichen Gefechten bemächtigten ſich die Prättigauer auch Maienfeld's; ja ſie zwangen, von den andern Bünden unterſtützt, ſogar die Stadt Chur zur Ergebung und warfen die Oeſterreicher ganz aus ihren Bergen hinaus. Nun wurde die alte Verbindung der drei Bünde wieder hergeſtellt und die renitenten Hochgerichte des obern Bundes zum Gehorſam gebracht. Dann beſchloß man einen Einfall in Tirol, denn Erzherzog Leopold hatte das Angebot, die Erbeinigung fortan ſtreng zu halten, mit der Erklärung beantwortet: die Prättigauer hätten ihn dermaßen beleidigt, daß er nichts Friedliches mit ihnen verhandeln, ſondern mit Waffengewalt ſie zum Gehorſam zwingen wolle. Was anders war da zu erwarten, als eine neue Invaſion der Oeſterreicher? Man wollte ihr zuvorkommen. In der zweiten Hälfte des Juli brach der Oberanführer der Bündner nach Martinsbruck auf; es kam zu einem Gefechte oberhalb Nauders. Am 28. Juli gelang es den Bündnern, die beiden der St. Martinsbrücke gegenüber liegende Blockhäuſer zu zerſtören. Kurz vorher hatten dieſelben auch einen Rachezug ins Montafon unternommen [12]).

Der Einbruch der Feinde verbreitete in Tirol und Vorarlberg großen Schrecken. Der Erzherzog eilte perſönlich aus dem Elſaß nach Feldkirch, um die Vertheidigungsanſtalten zu leiten. Die Geheimräthe boten alsbald das Ober- und Unterinnthal, das Wippthal und Viertel Bozen auf, um die Grenzen zu beſetzen; dann beriefen ſie auf den 8. Auguſt eine Ausſchußverſammlung nach Innsbruck, um von den Ständen Hilfe zu erlangen. Die landesfürſt-

liche Propoſition lautete: die Landſchaft ſollte ſtatt des verſtorbenen Niclaus v. Lodron einen andern geeigneten Feldoberſten vorſchlagen und ſtatt der abgängigen Hauptleute andere bezeichnen; ſie ſollte Landräthe anordnen und die Zuzüge bereit halten; endlich ſollte ſie das nötige Geld zum Ankauf von Munition und Mundvorrath bewilligen. Die Stände brachten für das Amt eines Feldoberſten Mehrere in Vorſchlag, aber gegen den Oberſten Baldironi legten ſie ausdrücklich Verwahrung ein; er habe ſich durch ſeine Trunkſucht und ſein übermüthiges Benehmen nicht nur in Bünden, ſondern auch in Tirol verhaßt gemacht. Das Zuzugsweſen ordneten ſie, um die bisherige Unregelmäßigkeit zu beſeitigen. Doch Geld wollten ſie nicht bewilligen, ſie beklagten ſich vielmehr laut über die Fortdauer des Krieges. Schon drei Jahre habe das Landvolk aus mehreren Vierteln Zuzüge thun müſſen; die Bündner hätten tiroliſche Beſatzungen maſſacrirt und beim letzten Einfall etliche Dörfer und Kirchen verbrannt, nun bedrohe das Land noch die unter dem Kriegsvolk entſtandene Seuche und Hungersnot. Die Landſchaft faßte nur den Beſchluß, die in der Caſſa befindlichen 50.000 fl. durch eine Anleihe von 70.000 fl. zu vermehren und bat den Kaiſer dringend: das „nichtwertige" Engadin und Prättigau fahren zu laſſen und mit den Bündnern Frieden zu ſchließen. So abgeneigt waren ſie jedem Opfer, das ſie dem Intereſſe der Dynaſtie bringen ſollten! [13])

Die Furcht vor einem weitern Einbruch der Feinde erwies ſich als eitel. Die Bündner verließ nach dem Erfolge bei Martinsbruck das Glück, innere Uneinigkeit und Lauheit hemmten ihre weitern Fortſchritte. Dagegen geſtattete es Leopold ſeine Lage, die im Elſaß liegenden Truppen nach Vorarlberg und Tirol zu verlegen und er rüſtete ſich nun eilig zu einem zweiten Einfall in das Bündnerland. Zwar war bereits auf den 4. September der Beginn eines Waffenſtillſtandes anberaumt, aber der Erzherzog wollte die kurze Friſt noch beſtmöglich ausnützen. Am 20. Auguſt drang der Graf Alvic von Sulz in das Montafon ein; zu ihm ſtießen Baldironi mit ſeinem Regiment, Robuſtelli mit Veltliner Hilfsmannſchaft, Boläſtra mit einer Reiterſchwadron und 3500 Tiroler unter Chriſt. Jak. Lichtenſtein und Joh. Chriſt. Fuchs. Dann ſetzten ſie gemeinſam den Marſch über die Gebirge fort. Einem ſolchen Invaſionsheere vermochten natürlich die uneinigen Bündner nicht zu widerſtehen. Sie zogen ſich immer weiter zurück, ihr Kampf löste ſich in eine

Reihe von Einzelngefechten auf. Am 5. Sept. leisteten zwischen Laas und Klosters die letzten Haufen Widerstand; auch sie wurden besiegt. In 8 Tagen waren alle Bünde unterworfen. Die Folge war wieder eine allgemeine Auswanderung der Patrioten, namentlich der evangelischen Prediger.

Unterdessen hatten zu Lindau bereits Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich und den Bünden begonnen. Da die vermittelnden Eidgenossen letztere völlig im Stiche ließen und Frankreich seine Hilfe bloß auf Ratschläge beschränkte, so mußten die bündnerischen Boten bei der Not ihres Landes auf die ihnen angebotenen harten Bedingungen eingehen und der Vertrag ward am 23. October 1622 ratifizirt. Darin entsagten die Unterengadiner allen Bündnissen, mit Ausnahme des eidgenössischen und französischen, und gelobten dem Hause Oesterreich als natürlichen Erbherrn wieder zu huldigen. Ebenso verzichteten die beiden Bünde und die Herrschaft Maienfeld auf jede Gemeinschaft mit den Unterengadinern und den acht Gerichten. Katholischen Geistlichen wurde erlaubt, aller Orten in den Bünden zu wohnen und Klöster zu stiften. Die Erbeinigung blieb, soweit sie den Artikeln dieses Vertrages nicht widersprach, aufrecht erhalten, nur das österreichische Jahrgeld von 600 fl. wurde abgethan. Nach dem Lindauer Tractate zogen zwar die Soldaten bis auf die Besatzungen ab, allein die Religionsverfolgung begann von neuem. Der Erzherzog ließ sich vom Pabste Kapuziner als Missionäre schicken und suchte auf jede Weise den massenhaften Uebertritten zur evangelischen Lehre Schranken zu setzen; sämmtliche Kirchen sowol im Prättigau als im Unterengadin wurden diesen Bettelmönchen überantwortet. Für den Abzug der Besatzungen mußten die Bündner noch 20.000 fl. Kriegskosten zahlen. Infolge dieser Schicksalsschläge befanden sich dieselben am Schlusse des J. 1623 in einer geistigen und politischen Ohnmacht, wie niemals zuvor [14]).

Der Lindauer Vertrag bestund nicht lange in Kraft. Frankreich, Venedig und Savoyen gewannen im Sommer 1624 die Eidgenossen für ihr Bündniß, das sie am 17. Febr. 1623 zu Paris geschlossen hatten. Eben zur Zeit als Erzherzog scharfe Mandate betreffs Rückkehr zum Katholicismus an die Leute im Unterengadin und in den acht Gerichten erließ, trafen die Verbündeten die Vorbereitungen zum Einfall in das Bündnerland. Kaum hatte sich die französische Armee unter dem General Marquis de Coevres am

Luzienſteig aufgeſtellt (Ende October 1624), ſo fielen die Prättiganer neuerdings von Oeſterreichs Herrſchaft ab. Die mailändiſchen und lindauiſchen Tractate wurden für null und nichtig erklärt und der Bund der drei Bünde wieder aufgerichtet. Doch ſollten Oeſterreich die Rechte, die es vor vier Jahren in den acht Gerichten beſeſſen, gewahrt bleiben; für Unterengadin erkannte man ſolche nicht an. Das Vordringen der Franzoſen und der Abfall der Prättigauer bewog Leopold im November einen Ausſchußtag in Innsbruck zu halten. Er forderte auf demſelben ſchnelle und ergiebige Hilfe. Die Stände jedoch gaben ihm den Rath, ſich in keinen offenen Krieg einzulaſſen und lieber auf das Unterengadin und Prättigau zu verzichten. An Marquis de Coevres wollten ſie eine Deputation ſchicken, um ihr Befremden über ſeinen Anzug auszudrücken. Auch riethen ſie, für den Kriegsfall bei Baiern und Salzburg Hilfe zu ſuchen. Zum Schutze der Grenzen bewilligten ſie eine halbe Jahresſteuer von 60.000 fl.; davon ſollten drei Fähnlein Soldaten zu je 300 Mann angeworben und nach Glurns, Nauders und Landeck oder Pfunds verlegt werden. Als der Ausſchuß hörte, die Franzoſen hätten ſich nach Veltlin gewandt, reducirten ſie die Hilfe auf zwei Fähnlein und ließen ſich trotz eines Mahnſchreibens des Erzherzogs aus Habsheim zu nichts Weiterem herbei. So mußte dieſer ſtille ſitzen, die Beſitzungen in den Bünden und Veltlin waren für das Haus Habsburg verloren, da die Franzoſen die Spanier aus Veltlin vertrieben; doch hatte Tirol vorläufig von dieſer Seite nichts mehr zu fürchten [15]).

In dieſen erſten Jahren der Regierung Leopold's und des dreißigjährigen Krieges wurde Tirol außer von Kriegsnot auch noch von andern Plagen heimgeſucht. Die völlige Stockung des Handels und Verkehres, welche der Krieg verurſachte, ſchlug dem Lande ſchwere Wunden; noch viel tiefere aber der gänzliche Verfall des Münzweſens und die daraus entſprungene allgemeine Theurung und Not. Das erſtere Uebel erreichte in dieſer Zeit eine Höhe und einen Umfang, wie ſie bisher unbekannt waren, wenn es ſchon vielmals Tirol geplagt hatte. Man kann ſich heute kaum mehr eine Vorſtellung von dem damaligen traurigen Zuſtande machen; die Zeit iſt bekannt unter dem Namen Kipper- und Wipperzeit und das Uebel erſtreckte ſich mehr oder weniger über ganz Deutſchland. In Tirol waren neben den guten groben Münzen, Thalern und Gulden,

ſchon ſeit langer Zeit auch verſchiedene Scheidemünzen im Umlaufe. Dieſe wurden immer wieder verſchlechtert; gewinnſüchtige Leute beſchnitten ſie, oder führten ſie aus dem Lande und brachten dafür neue in dasſelbe. Es gab bei uns bairiſche Guldenſtücke, die nicht mehr als 16 kr. wert waren, falſche Sechsbatzenſtücke, blechene Einpfündner und eine Menge wertloſes Kupfergeld, obwol in Tirol nur Silbergeld geprägt wurde. Dieſe ſchlechten Münzſorten erhielten einen ganz willkürlichen Curs und wurden bei Steuer- und anderen Kammerämtern nur in geringer Taxe angenommen. Die zahlreichen und ſtets veränderten Mandate, die deren Ausrottung bezweckten, vermehrten noch die Unſicherheit. Der immer fühlbarer werdende Mangel an guten Geldſorten ſteigerte deren Wert zu einer unglaublichen Höhe. Der Reichsthaler ſtieg von ſeinem normalen Wert per 1 fl. 30 kr. im October 1621 auf 2 fl. 30 kr., im November auf 3 fl. 15 kr., im December auf 5 fl. 30 kr., im Jänner 1622 auf 7 und 8 fl., im Februar auf 8 fl. 30 kr., im März auf 9 fl. 30 kr. und dieſen Curs behielt er bis in den Monat September 1623. Zu dem Uebel der Geldſteigerung kam noch der verſchiedene Geldcurs im Lande ſelbſt. Während in dem unter der Innsbrucker Regierung ſtehenden Tirol der Thaler die ebengenannten Werte erreichte, wurde er in Riva und in den Vicariaten nur um 3 fl. 15 kr. und im Fürſtenthum Trient die in Hall geprägten Goldgulden gar nicht genommen. Mit dieſer Münzſteigerung ſtund eine außerordentliche Erhöhung der Lebensmittelpreiſe in natürlichem Zuſammenhang. Die Willkür und der Eigennutz der Gewerbsleute, die Erſchwerung der Einfuhr, der große Verbrauch in Folge des Engadinerkrieges trugen auch viel dazu bei. Die Bäcker und Wirte trieben den ſchändlichſten Wucher und dies vergalten wieder die Bauersleute durch unverſchämte Preiſe. Im J. 1621 koſtete ein Pfund Kalbfleiſch noch 3 kr., 1622 aber 10—12 kr., im erſtern Jahre das Staar Weizen 1 fl. 36 kr., in letzterem 4 fl. 12 kr. So wurden die Preiſe der Lebensmittel um mehr als 100—200% erhöht und ſtanden außer allem Verhältniß mit den Arbeitslöhnen. Dieſer Zuſtand hatte einen allgemeinen Jammer und die äußerſte Not in den untern Claſſen der Bevölkerung zur Folge. Das gemeine Volk wurde völlig zur Verzweiflung gebracht. Der Mangel hatte im Auguſt 1622 eine ſolche Höhe erreicht, daß man für Bargeld weder Getreide noch Fleiſch, Wein, Schmalz oder andere Victualien bekam. Nur mit Mühe

vermochte die Obrigkeit die empörte Menge von Gewaltthaten abzuhalten; ja einzelne wurden nicht verhindert.

Die Regierung erkannte das Uebel der Geldsteigerung sogleich, aber ihre Hilfsmittel reichten bei weitem nicht aus; doch ließ sie keines unversucht. Man muß zu Ehren der damaligen Beamten, namentlich des Landeshauptmannes Andre Frhr. v. Brandis, bekennen, daß ihnen in dieser Hinsicht das Wol des Vaterlandes und des Landesfürsten sehr am Herzen lag. Man überwachte strenge die Geldauswechslung, man ließ die schlechten Münzen umprägen und verbot sie wiederholt. Falschmünzer und Einschmuggler schlechter Münzsorten büßten schwer. Der Erzherzog war mehrmals bemüht, mit den Nachbarfürsten Münzconventionen abzuschließen. Allein beim Mangel an Bargeld mußten die Münzverbote auf Bitten der Landstände wieder zurückgenommen oder gemildert werden; die Verhandlungen mit den Nachbarfürsten führten zu keinem Resultate. Auch den schlimmen Folgen dieser Geldsteigerung suchte die Regierung kräftigst entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke wurde eine Commission von Mitgliedern aller drei Wesen aufgestellt, welche bei täglichen Vorfällen betreffs des Getreidemangels und der davon zu befürchtenden Hungersnot zusammen treten und Abhilfe schaffen sollte. Dann suchte man in Baiern Getreide aufzukaufen, und als der Herzog Schwierigkeiten machte, wandte man sich nach Oesterreich und Kärnten. Um den Herzog von Baiern umzustimmen, wurden der tirolische Vicekanzler M. Burglechner und der Geheimrath Frhr. v. Brandis nach München geschickt, und die Aufhebung des Ausfuhrzolles für Wein u. A. bewilligt, der jenen so gereizt hatte. Man nötigte auch einzelne Private ihre Vorräthe herzugeben und setzte Taxen auf die notwendigen Lebensmittel, wie auf Wein, Malzeiten bei Wirten, Fleisch u. s. w. Der Erzherzog besorgte auf eigene Kosten und mit erheblichen Verlusten die Einfuhr von Lebensmitteln. Man wandte sich ein zweites Mal an Baiern um Erlaubniß zu Getreideankäufen. Doch die Geldsteigerung und die Theuerung dauerten so lange, bis der Erzherzog nach langem Zaudern und vielen Vorbereitungen endlich sich entschloß, durch ein Radicalmittel Abhilfe zu schaffen. Er gab am 15. Juli 1623 eine ganz neue Münzordnung heraus, wornach der Thaler wieder auf seinen ursprünglichen Wert von 1 fl. 36 kr. herabgesetzt wurde. Diese Maßregel brachte freilich Viele um ihr ganzes oder einen großen Theil ihres Vermögens und versetzte

ſie in Armut und Not; aber die unnatürliche Theuerung hörte auf und damit war dem Ganzen doch ungleich mehr genützt, als was der Schaden Einzelner betrug [16]).

Während das Land in ſolchem Elend ſchmachtete, feierte Kaiſer Ferdinand II. in deſſen Hauptſtadt ſeine zweite Hochzeit mit einer Pracht, die gar ſeltſam gegen dieſen Jammer abſtach. Ferdinand erhob ſich am 18. Jänner 1622 von Wien nach Innsbruck; mit einem kleinen, jedoch ſtattlichen Gefolge. Unter ſeinen Begleitern waren Fürſt Chriſtian v. Anhalt d. j., Hans Ulrich Fürſt v. Eggenberg, kaiſerl. Geheimrath und oberſter Hofmeiſter, Hans Ludwig von Ulm, Reichsvicekanzler, Georg Friedrich v. Hohenzollern, Reichshofpräſident u. A. Am 30. Jänner kam Se. Majeſtät nach Schwaz, wo ſie in die Berggruben einfuhr, und Tags darauf nach Innsbruck. Hier wurde Ferdinand II. von 3000 Milizen in Parade mit Generalſalven aus großen und kleinen Geſchützen empfangen. Um dieſelbe Zeit langte ſeine Braut, Prinzeſſin Eleonora des Herzogs Vincenz von Mantua Tochter, an der Grenze Südtirols an. Hier wurde ſie von Konrad v. Bemmelberg im Namen Leopold's, dann von den Grafen v. Avio und Lodron bewillkommt, zu Trient vom Biſchof mit hohen Ehren empfangen. Beim Kloſter Wilten kamen ihr alle fremden Cavaliere, der Tiroler Adel, die kaiſerlichen Grenadiere und Trabanten und eine Compagnie Reiter entgegen. Von da bis zur Triumphpforte ſtanden bei ihrer Einfahrt zu beiden Seiten der Straße Musketiere und begrüßten ſie mit ihren Salven. In der Neuſtadt und am Stadtplatze waren zu ihrem Empfange Triumphbögen mit paſſenden Inſchriften errichtet. Die feierliche Trauung fand am 2. Februar in der Hofkirche unter großem Gepränge ſtatt, das Hochzeitsmahl wurde mit verſchwenderiſcher Pracht gehalten. Am 4. Febr. präſentirten die tiroliſchen Stände der Kaiſerin in einer rothſeidenen, mit Silber beſchlagenen Schatulle ein Hochzeitsgeſchenk von 18.000 fl. An dieſem Tage führten die Jeſuiten ein Schauſpiel auf und Abends war Hofball. Am 7. Februar verließen die allerhöchſten Herrſchaften wieder die Stadt [17]).

Leopold hatte bisher Tirol und die Vorlande als Gubernator im Namen aller Mitintereſſenten verwaltet, allein dieſe Stellung befriedigte den ehrgeizigen Mann nicht; er trachtete nach dem vollen Beſitze der verwalteten Länder. Auf dem Fürſtentage zu Regensburg (Nov. 1622 bis April 1623) brachte er zum erſten Male die

Frage einer Erbtheilung zwiſchen den Brüdern in Anregung. Der Kaiſer erklärte ſich bereit, die Forderung Leopold's und Karl's an ſeinem Hoflager im Herbſte d. J. 1623 entgegen zu nehmen. Sie forderten vollſtändige Theilung der Erblande und zu dieſem Zwecke genaue Ausweiſe über Einkünfte, Schulden und überhaupt über den Geſammtzuſtand derſelben. Der Kaiſer erklärte ſich im Verlaufe der Verhandlungen bereit, auf eine Theilung der ober- und vorderöſterreichiſchen Länder einzugehen; dagegen wollte er die Erzherzogthümer ob und unter der Ens, Böhmen, deſſen Nebenländer und Ungarn ganz für ſich behalten, und davon den Brüdern nur ein jährliches Deputat von 100.000 fl. verabreichen. Damit waren aber dieſe nicht zufrieden; doch gelang es dem Kaiſer mit Karl am 29. Oct. 1623 ſich abzufinden. Ferdinand überließ ihm die Grafſchaft Glatz, die Fürſtenthümer Opeln und Ratibor, die Herrſchaft Nachod, die Herrſchaften Freudenthal, Uhlersdorf und Piſenberg, letztere beide käuflich, und die Herrſchaft Burgau mit Zugehör; dafür mußte Karl allen weitern Anſprüchen entſagen. Schwieriger war die Einigung zwiſchen Ferdinand und Leopold. Da der Erzherzog zu heiraten gedachte, ſo konnte ſich der Kaiſer ſchwer entſchließen, mit ihm eine Ländertheilung einzugehen, wodurch die habsburgiſche Macht in Deutſchland vorausſichtlich auf die Dauer zerriſſen wurde. Leopold hingegen war es gerade um Erwerbung von Land und Leuten zu thun, die er ſeinen Nachkommen hinterlaſſen konnte. Darum drohte er die Unterhandlungen ganz abzubrechen, als der Kaiſer ſich hiezu nicht geneigt zeigte. Das bewog Ferdinand II. zu größerer Nachgiebigkeit. Nach längern Verhandlungen ſchloſſen die Beiden unter ausdrücklicher Zuſtimmung Karl's die Concordaten vom 15. Nov. 1623. Leopold erhielt zwei Drittel der ober- und vorderöſterreichiſchen Länder als Eigenthum mit dem Erbrechte für ſeine Nachkommen, das dritte Drittel zu lebenslänglicher Adminiſtration in des Kaiſers Namen, an deſſen Linie es nach ſeinem Tode zurückfallen ſollte. Der Kaiſer beſtimmte die Drittel, Leopold aber hatte die [redacted]. Gegen dieſe Zugeſtändniſſe entſagte Leopold ſeinem Deputate aus den Einkünften Ungarns, Böhmens und ſeiner Nebenländer und der beiden Erzherzogthümer Oeſterreich und geſtattete unter Zuſtimmung Karl's die Ausdehnung der Primogenitur auf letztere. Die factiſche Erbtheilung ſtand noch einige Zeit an. Darüber ſtarb Karl und nun führten die beiden

noch lebenden Brüder die Verhandlungen allein bis zum letzten Abschluß. Der neue Erbvertrag ward endgültig am 14. September 1625 zu Wiener-Neustadt aufgerichtet. An diesem Tage forderte der Kaiser die Bewohner der Vorlande auf, ihm als Erbherrn die Erbhuldigung zu leisten, da diese ihm zugefallen, dem Erzherzog aber als ihrem Administrator Gehorsam zu erweisen; die Bewohner der Lande, die Leopold's Antheil ausmachten, entband er etwas später der ihm geschworenen Pflicht. Als sich bald herausstellte, daß die Einnahmen Leopold's für seine Hofhaltung nicht auslangten, ließ sich der Kaiser am 6. Juni 1626 dazu herbei, daß alle Unterthanen, die ihm den Eid geleistet, auch Leopold huldigen dürften, damit er mit um so größerer Auctorität neue Auflagen machen konnte. Leopold's Wunsch aber, auch Erbherr der Vorlande zu werden, wurde erst am 24. September d. J. 1630 erfüllt. Damals erhielt er gegen Verzicht auf das maximilianische Legat die gesammten ober- und vorderösterreichischen Lande als erbliches Eigenthum. Hatte bis zum J. 1625 zwischen dem Erzherzog und dem Kaiser öfters eine große Spannung geherrscht, so blieben sie seitdem immer im besten Einvernehmen. Von einer Betheiligung der Stände bei all diesen Erbverhandlungen oder einer andern Einflußnahme auf dieselben ist nichts zu bemerken [18]).

§ 8. Erzherzog Leopold V., als Landesfürst.

Inhalt: Reise nach Italien. Leopold's Hochzeit. Einzug, Trauung und Mahl. Kopfrennen und andere Festlichkeiten. Zerrüttung des landesfürstlichen Haushaltes. Vierter offener Landtag i. J. 1626. Proposition. Differenz zwischen Ständen und Stiftern. Antwort der Stände und Schluß des Landtages. Bescheid auf die Beschwerden. Erhebung des Schenkpfennings. Ereignisse in den Bünden. Dritte Besetzung durch Oesterreich-Spanien. Der mantuanische Krieg. Streit mit Salzburg. Ausschußversammlungen in den Jahren 1630, 1631 und 1632. Der Verlauf des dreißigjährigen Krieges. Gustav Adolf's Auftreten. Schwedenhilfen im J. 1631. Der fünfte offene Landtag im J. 1632. Dessen Charakter. Proposition. Antwort der Stände. Leopold's Replik, Triplik, Quadruplik und Quintuplik. Alte und neue Beschwerden. Berathungen und Maßregeln zur Landesdefension, Vertheidigung Ehrenbergs. Erfolglose Angriffe und Abzug des Feindes. Ausschußversammlung im August 1632. Leopold's Tod. Innere Verhältnisse. Verordnungen. Glänzende Hofhaltung. Leopold's Charakterbild. Körper- und Geisteseigenschaften. Frömmigkeit und Gunst für die Kirche. Familienverhältnisse. Leopolds Testament. Die mit Leopold gleichzeitig regierenden Bischöfe von Brixen: Erzh. Karl, H. O. Agricola, D. Zen und W. v. Welsberg. Die Bischöfe von Trient: Karl und Emanuel Frhrn. v. Madruz.

Nach der Vereinbarung mit dem Kaiser gieng Leopold ernstlich daran, den schon lange gefaßten Plan der Vermählung zu verwirk-

lichen. Ferdinand II., der ihn bisher nach Kräften hievon abzuhalten gesucht hatte, erklärte sich jetzt selbst bereit, ihn dabei zu unterstützen. Der Erzherzog resignirte also auf seine geistlichen Würden und sah sich um eine Braut um; er warf sein Auge auf Claudia v. Medici, des Großherzogs Ferdinand Tochter und des letzten Herzogs von Urbino jugendliche Witwe. Zu seiner Vermählung bedurfte er aber noch früher der Dispens des Pabstes. Um diese zu erhalten und seine erwählte Braut kennen zu lernen, machte er Ende des J. 1625 eine Reise nach Italien. Während sein Geheimrath Konrad v. Bemmelberg zu Florenz wegen der Heirat unterhandelte, besuchte Leopold die Liebe Frau zu Loretto, alle Kirchen und hl. Stätten zu Rom, die Wallfahrer damals zu besuchen pflegten, warf sich dem Pabste zu Füßen und legte die geistlichen Würden in seine Hände. Urban VIII. empfieng den frommen Erzherzog freundlichst, lud ihn zu Gaste, ertheilte ihm die gewünschte Dispens und beschenkte ihn noch vor seiner Abreise mit kostbaren Reliquien. Den Rückweg nahm Leopold über Florenz. Nach seiner Ankunft in Innsbruck traf er sogleich die Anstalten zur Vermählung. Seine Braut reiste ihm bald nach.

Der Empfang der Braut und die darauf folgende Hochzeit wurden mit einem Glanze und einem Prunke gefeiert, wie man in Tirol noch nie gesehen. Von allen Theilen des Landes strömten zur Feier Edelleute zusammen, die Zahl sämmtlicher Gäste stieg auf 2400, worunter 150 Grafen und Freiherrn, die in Kleidern, Kleinodien und andern Manns- und Ritterzierden eine unerhörte Pracht zur Schau trugen. Die Braut gelangte am 18. April 1626 mit ihren zwei Brüdern, dem Cardinal v. Medici und dem Prinzen Lorenzo als kaiserl. Botschafter, nebst vielen andern Cavalieren und Damen nach Matrei. Am folgenden Tage ritten ihr der Erzherzog, der Graf J. Ernst Fugger, königl. spanischer Botschafter, der Markgraf von Baden, der Erzbischof von Salzburg, der kurbairische Gesandte, Fürst Joh. v. Zollern und alle übrigen Herren auf 500 Pferden bis Wilten entgegen. Als die fürstliche Braut in einer prächtigen Sänfte, von zwei weißen Maulthieren getragen, ankam, begrüßten sie gewaltiger Kanonendonner und mächtige Gewehrsalven; denn man hatte bei Wilten auf dem Berge beiderseits der Straße 50 große Stücke auf Rädern, 4 Mörser und 2000 Doppelhacken aufgestellt. Von da bis in die Ebene stunden 2600 Mann bewaffneten Land-

volks von den nähern und fernern Gerichten des Innthals in Schlachtordnung und die Leute von Sterzing, Steinach und Matrei waren der Großherzogin bis auf den Bergisel gefolgt. Der Einzug in die Stadt fand in genau bestimmter, aber malerischer Ordnung statt. Zu dessen Verherrlichung waren zu beiden Seiten der Straße Bogen von Tannenreisern und drei prachtvolle Triumphpforten errichtet worden. Die erste haushohe Triumphpforte mit 3 Thoren erhob sich beim jetzigen Landhaus, die zweite am Spitalthor, die dritte beim Rathshause. Alle waren kunstvoll erbaut, mit Figuren, Wappen, Emblemen und Inschriften geschmückt, aber ganz verschieden in Anlage und Ausführung. Unter ihnen hindurch bewegte sich der Zug in die Hofkirche, wo die feierliche Trauung stattfand. Die ganze Kirche, namentlich aber der Hochaltar, war auf's prächtigste decorirt, und die anwesenden Herrschaften glänzten in den herrlichsten Gewändern, besonders Bräutigam und Braut. Nach Verrichtung der Trauceremonien folgte das Hochzeitsmahl in der erzherzoglichen Burg. Speisen wie Geräthe waren gleich kostbar; vornehme Adelige und Edelknaben aus den ersten Häusern bedienten; vierzig Tonkünstler würzten das Mahl mit ihren harmonischen Klängen. Auch am folgenden Tage wurde große Tafel gehalten, wobei Schalksnarren aus fremden Ländern ihre Possen spielten. Am 21. April gab der Erzherzog auf dem Rennplatze ein Kopfrennen in zwei Aufzügen, den ersten bildeten Mohren unter seiner eigenen Führung, den andern Türken unter Führung des Markgrafen von Baden. Zum Ziele dienten drei ausgestopfte Männer mit nummerirten Augen, Ohren und Bund (Turban), von denen der erste auf einem hölzernen Rosse ritt, der zweite stand und der dritte lag. Dem ersten sollte der Kopf mit der Lanze herabgestochen, dem zweiten mit dem Wurfpfeil herabgeschossen und dem dritten mit dem Schwerte herabgehauen werden; Alles im Carrière ohne Einhalten. Den ersten Preis mit der Lanze erhielt Frhr. Ferdinand Geizkofler von Augsburg, den zweiten mit dem Wurfpfeil Hans Ulrich v. Kageneck, des Markgrafen Stallmeister, den dritten Sigm. Frhr. zu Firmian von Schwaz. Am 22. April wurde eine Gemsenjagd unternommen; bei der Rückkehr wurden die Herrschaften durch ein hier noch nie gesehenes Schauspiel, die erste Stadtbeleuchtung, erfreut. Am nächsten Tage brannte auf den Höhen beim Schlosse Weiherburg, wie auch in der Ebene beim fürstlichen Lusthaus am Inn ein prächtiges Feuerwerk,

das eine Festung vorstellte. Die nächstfolgenden Tage bis zum 29. April füllten verschiedene Schauspiele aus, als Kübelrennen, Katzenrennen, Bärenhatze. Die Abende verkürzten Bälle oder dramatische Darstellungen. Den Schluß der Festlichkeiten bildete ein Besuch der Schwazer Bergwerke [1]).

Noch ehe der Erzherzog seine Einladungen zu seinem Hochzeitsfeste ergehen lassen, hatte er die Stände Tirols zum vierten offenen Landtag nach Innsbruck entboten; derselbe wurde aber, wol wegen der Hochzeitsfeierlichkeiten, bis auf den Anfang des Mai verschoben. Dessen Hauptzweck war die Erbhuldigung und die Regelung des Finanzwesens. Der letztere war ein sehr dringender Gegenstand. Die Zerrüttung des landesfürstlichen Haushaltes hatte sich in den bisherigen Jahren der Regierung Leopold's sehr gesteigert. Die Stände hatten wol nach Ablauf der 5 ersten Jahre die Nebenhilfe von 30.000 fl. auch für die Jahre 1624 und 1625 bewilligt und noch andere außerordentliche Hilfen, wie zum Engadinerkrieg gewährt, wodurch sie ihre Schuldenlast auf 2,100.000 fl. vermehrt; allein all dies reichte zur Deckung der vielen ordentlichen und außerordentlichen Auslagen nicht hin, die erzherzogliche Kammer mußte neue Schulden contrahiren. Dadurch erreichten allein die Capitalschulden die damals sehr ansehnliche Höhe von vier Millionen, und wenn man die Verpfändungen dazu rechnet, 7,068.000 fl. Die Einkünfte von Tirol hingegen betrugen nur 399.083 fl., von denen 203.272 fl. allein für Zinsen und 186.650 fl. für die Landesverwaltung aufgiengen. Der geringe Reinertrag der tirolischen, arlbergischen und schwäbischen Aemter wurde durch den Mindererertrag der Vorlande am Rhein (34.906 fl.) fast aufgewogen, und es blieben nur einige Tausend Gulden für den Hofhalt übrig. Eine Abhilfe that um so dringender not, als voraussichtlich in der nächsten Zeit die Ausgaben sich nicht vermindern, sondern nur vermehren konnten. Weil mit den Engadinern kein Friede zu Stande gekommen und der dreißigjährige Krieg Deutschland noch beunruhigte, so mußten immer einige Freifähnlein im Lande erhalten und die Milizen geübt und mit Waffen und Munition versehen werden. Die Heirat Leopold's machte einen größeren Hofstaat und Vermehrung der Hofhaltungskosten unvermeidlich, auch wenn er nicht die verschwenderische Pracht fortsetzte, mit der er seine Vermählung gefeiert.

Der Landtag begann mit der feierlichen Erbhuldigung. Am 11. Mai verſammelten ſich zur feſtgeſetzten Stunde die Stände im Neubau (Hofkirche) zum Gottesdienſt, dann zogen ſie in den großen Saal der Burg. Hier wurde ihnen die Formel des Treuſchwures vorgeleſen. Die Prälaten beſchwuren dieſelbe mit der rechten Hand auf der Bruſt, die Grafen, Herren und Adeligen mit dem Handgelübde, die Städte und Gerichte mit aufgehobenen drei Fingern. Bei dieſer Gelegenheit ſicherte der Erzherzog den Ständen mündlich zu, ihre Privilegien zu wahren und die auf frühern Landtagen vorgelegten Beſchwerden zu erledigen. Dieſelbe Zuſicherung enthielt die Landtagsproposition. Ueberdies verſprach er darin eine nützliche Wirtſchaft mit Abſchaffung alles Unnotwendigen einzurichten, Land und Leute bei Frieden und Einigkeit zu erhalten, auch ihnen ſchleunige Juſtiz zu gewähren. Durch dieſe Verſprechungen wollte er die Landſchaft für ſeine hochgeſpannten Forderungen gewinnen. Er verlangte nämlich: ein entſprechendes Deputat für ſeine Hofhaltung, eine anſehnliche Hilfe für die Landesvertheidigung und für Erhaltung der Leibwache und die Uebernahme der Koſten für die Freifähnlein. Zur Begründung dieſer Forderungen entrollte er ihnen das traurige Bild des zerrütteten Kammerweſens. Daran knüpfte er den Ausdruck des vollen Vertrauens in ihre Hilfe; ſie würden neue Mittel für ihre eigenen und die Kammerſchulden ausfindig machen. Schließlich forderte er ſie auf, die Verbeſſerung der Land- und Polizeiordnung und die Verbeſſerung und Beſchleunigung des Rechtsganges bei Landgerichten und Criminalproceſſen zu überlegen; auch ſollten ſie auf Befeſtigung der Ortspäſſe und Grenzfeſtungen und auf Ausrüſtung der Zeughäuſer denken. Zur Deckung dieſer Auslagen ſchlug er wiederum Vermögenſteuer und Schenkpfenning vor [2]).

Als die Stände dieſe Propoſition in Berathung zogen, entſtand zwiſchen ihnen und den Geſandten der Stifter und Capitel eine folgenreiche Differenz. Dieſe hatten ſchon im J. 1621 von einer Steuerreform und neuen Auflagen nichts hören wollen; jetzt weigerten ſie ſich geradezu, in eine außerordentliche Hilfe zu willigen, indem ſie ſich entſchuldigten, dazu keine Gewalt zu haben; namentlich der trientiniſche Geſandte Bernhard Merl wollte ſich zu nichts verſtehen. Sie gaben vor, das Landlibell verpflichte die Stifter nur zur Landesvertheidigung, aber nicht zu ſolchen Hilfen für den Landesfürſten; ohne Einwilligung des römiſchen Stuhles könnten ſie

nichts weiter bewilligen. Ihre Haltung widerſprach aber der ganzen Vergangenheit; bisher hatten die Stifter ſich an allen Hilfen betheiligt und bis zum Beginn des laufenden Jahrhunderts waren die Biſchöfe ſogar perſönlich auf den Landtagen erſchienen. Darum beklagten ſich die Stände am 14. Mai bitter beim Landesfürſten über die Renitenz der Stifter und Capitel und erklärten, dieſelbe ſei wider alles Herkommen. Auch Leopold war über dieſe Neuerung ſehr aufgebracht; er verwies die Geſandten auf die Compactaten, das Landlibell, das Herkommen; ja er ſprach es rundweg aus, er ſei nicht gewillt, eine ſolche Separation zu geſtatten oder die Entſcheidung der römiſchen Curie zu überlaſſen, derlei weltliche Sachen gehörten nicht vor den Pabſt, ſondern vor den Kaiſer. Zugleich forderte er die Geſandten auf, ohne Zögerung das Berathungswerk befördern zu helfen, und drang auf Bezahlung der rückſtändigen Steuern. Doch trotz dieſer entſchiedenen Sprache des Landesfürſten und des Unwillens der Stände ließ ſich der Geſandte von Trient nur unter der Bedingung in die Berathungen ein, daß die gefaßten Beſchlüſſe von ſeinem Principale ratifizirt würden, und für das Capitel und die übrige Kleriſei übernahm er keine Verpflichtung.

Dieſe Uneinigkeit verzögerte die Antwort der Stände auf die landesfürſtliche Propoſition und machte ſie noch ſchwieriger. Die Landſchaft ſtellte, wie gewöhnlich, dem Landesfürſten ihre eigene bedrängte Lage vor und wies auf ihre Schulden wie auf den Mangel neuer Einnahmsquellen hin; die vom Erzherzog vorgeſchlagenen Mittel lehnte ſie wiederum ab. Dagegen beharrte ſie auf den früheren Beſchlüſſen über Reform des bisherigen Steuerwerkes. Was die zu leiſtenden Geldhilfen anbelangt, ſo verſtand ſie ſich endlich nach längern Unterhandlungen, Leopold zu ſeinem Hofhalt auf drei Jahre 150.000 fl. und für Zuzug und Landesdefenſion überhaupt (Beſoldungen der Viertelhauptleute, Befehlshaber und Spielleute, Wartgelder, Pulver, Blei, Säuberung der Gewehre u. ſ. w.) 45.000 fl. zu bezahlen. Außerdem bewilligte ſie noch 72.000 fl. zur Unterhaltung von drei Freifähnlein und ſah zwei Kammerſchulden im Betrage von 55.000 fl. nach. Da zur Beſtreitung dieſer Auslagen die Ordinariſteuer bei weitem nicht ausreichte, ſo beſchloß die Landſchaft, noch eine ganze Jahresſteuer nach Gefallen eines jeden Ortes einzubringen und legte auf die Capitalien eine Steuer von ¼%. Gleichzeitig gelobte ſie die bereits im J. 1621 berathene Steuer-

reformation ernstlich durchzuführen und bat um Abhilfe ihrer Beschwerden. Unter diesen befanden sich einige neue. So wünschten die Stände, daß das Geld im Lande denselben Curs habe, wie in den angrenzenden Ländern, daß die Zollsteigerungen oder neuen Zölle zu St. Lorenzen und Lienz, Taufers, Nauders und Laas, Reute, Bozen und an der Talfer, sowie der Salzaufschlag abgethan werden. Damit verbanden sie die inständige Bitte, der Erzherzog möge die alte Einmüthigkeit mit den Stiftern und Capiteln wieder herstellen; sie könnten doch nicht die Last auf sich nehmen, die bisher Trient getragen, und in diesem Falle unmöglich auf weitere Landtage eingehen, sie seien schon diesmal durch die Gesandten zu ihrem Schaden länger aufgehalten worden. Der Erzherzog gab sich mit dieser Antwort zufrieden und schloß am 15. Juni 1626 den Landtag, obwol es wegen der Verbesserung der Polizei- und Gerichtsordnung zu keinem bestimmten Antrag gekommen [3]).

Noch in demselben Jahre, am 23. Oct., erfolgte die landesfürstliche Entschließung über die Bitten und Beschwerden der Stände, die diesmal und auf den frühern Landtagen vorgebracht worden. Wären es nicht bloße Verheißungen gewesen, so hätten die Stände damit recht zufrieden sein können; denn Leopold wiederholte nicht nur die Versicherung, ihre Privilegien nicht kränken zu wollen, die er dann im J. 1629 durch die wirkliche Bestätigung derselben bekräftigte, sondern er gab auch auf fast alle Klagepunkte eine trostreiche Antwort und wies nur zwei, die Bitte um Abschaffung der Zoll- und Salzaufschläge und die Klage der Lehensleute über doppelte Kriegsleistung, zurück. Allein noch bevor er diese Entscheidung traf, hatte der Erzherzog schon einen Schritt gethan, den die Landschaft als eine entschiedene Verletzung ihrer Freiheiten auffaßte. Obwol sie die Bewilligung des Schenkpfennings ausdrücklich abgeschlagen, so kündigte Leopold doch schon im Juli 1626 die Erhebung desselben an; er entschuldigte sich in seinem Ausschreiben mit dem Hinweis auf die ungenügenden Bewilligungen des letzten Landtages und indem er erklärte, er habe gerade dies Mittel ergriffen, weil es den Landmann nicht berühre und dem Commerz am wenigsten beschwerlich falle. Die Erhebung begann im Oct.; es wurde für die Bozner Yhren Wein 1 fl. 30 kr., für die Yhren Meth ebensoviel, für die Yhren Bier 45 kr. und für die Pazeide Branntwein 15 kr. gefordert. Ueberdies machte Leopold einen neuen Salzaufschlag von 2 fl. per Fuhr [4]).

Nach seiner Vermählung zeigte sich Erzherzog Leopold viel weniger unternehmungslustig und mehr friedliebend. Obwol der Verlauf der Ereignisse in den Bünden zur Einmischung reizte, so sah er denselben doch lange ziemlich ruhig zu, und vermied auch später alle Feindseligkeiten. Die Bündner waren mit dem Vertrage von Monzone (5. März 1626), den ihnen die französisch-päbstliche Politik aufdrang, sehr unzufrieden, weil das Veltlin abermals als Depositum in des Pabstes Hände kam, trotzdem, daß zu dessen Aufhebung Frankreich mit Venedig und Savoyen Allianz geschlossen hatten. Um so weniger ließen sich die protestantischen Bündner, nachdem die Oesterreicher und Spanier von den Franzosen verdrängt worden, durch diese an der Verfolgung der Katholiken hindern. Die Capuciner litten den äußersten Mangel und mußten zuletzt als Feinde des Vaterlandes die Bünde verlassen. Erzherzog Leopold, der sie ins Land gebracht, beschränkte seine Hilfe auf Empfehlungs- und Aufmunterungsschreiben. Als die Bündner, unzufrieden mit den Franzosen, sich wieder zu Oesterreich und Spanien hinneigten und die alte Erbeinigung zu erneuern Lust zeigten, kam er ihnen freundlich entgegen. Die Verhandlungen fanden im Winter 1628/29 zu Innsbruck statt, wohin die Bündner ihre Boten gesandt; Leopold gestand dabei zu, daß die acht Gerichte und das Unterengadin mit in die Erbeinigung aufgenommen wurden, und verstand sich auch zu den andern Punkten derselben; nur die freie Religionsübung ließ er nicht zu, und es mußte ihm darum in dem Vertrage vom 8. Aug. 1629 in Religions- und Polizeisachen im Unterengadin und in den acht Gerichten volle Gewalt überlassen werden. Doch die zur Ausweisung der Prädicanten erlassenen Edicte blieben anfangs unausgeführt; zu deren Vollzug kam es erst bei der dritten Besetzung der Bünde durch Oesterreich-Spanien, die der Krieg wegen des Erbes des Herzogs von Matua Vincenz v. Gonzaga veranlaßte. Mit dem zahlreichen kaiserlichen Heere, das im J. 1629 in die Bünde einrückte, zog auch die volle Reaction wieder ein; Rudolf v. Planta, österr. Commissarius, wandte offene Gewalt an. Das Land litt schrecklich, da sich zur Religionsverfolgung und zur Last des fremden Kriegsvolkes noch Mißernten und Hungersnot gesellten. Doch nachdem die Kaiserlichen in die italienische Ebene hinabgestiegen, gewann Frankreich den verlorenen Einfluß wieder und nun trieben es die Prädicanten in Verfolgung der Katholiken, namentlich der Capuciner,

noch ärger, als je vorher. Umsonst baten die Verfolgten Leopold um Schutz, er wies sie an den kaiserlichen Gesandten in den Bünden. Zu dieser Zurückhaltung des Erzherzogs mögen wol auch seine financiellen Bedrängnisse beigetragen haben; während der Jahre 1627 und 1628 bekam er von der Landschaft keine weitere Hilfe außer Geschenken bei Gelegenheit der Geburt zweier Kinder [5]).

Der mantuanische Krieg war für Tirol nicht ohne Gefahr. Die Venetianer schlossen sich den Franzosen und dem Herzog v. Nevers an, und so hatte man von ihrer Seite Feindseligkeiten zu befürchten. Dies bewog den Erzherzog im März 1629 den großen Ausschuß nach Innsbruck zu berufen. Es wurde demselben nebst den Verhandlungen mit den Bünden die Kriegsvorbereitungen der Venetianer bekannt gegeben und Beratschlagung wegen Sicherung der Grenzen und des Durchzuges der kaiserlichen Kriegsvölker begehrt. Die Stände beschlossen, einen ganzen Steuertermin für den Fall der Gefahr in Bereitschaft zu halten. Dieselbe Kriegsgefahr veranlaßte noch eine zweite Versammlung des großen Ausschusses im October zu Bozen. Die landesfürstlichen Commissäre theilten den Ständen die inzwischen mit den Bünden erneuerte Erbeinigung mit und verlangten, daß zur Besetzung der Confinen zwei Fähnlein von 500—600 Mann geworben und unterhalten würden. Die Landschaft berieth über Zuzug und Landesdefension, bewilligte aber nur 200 Mann in aller Stille zu werben und durch fünf Monate zu unterhalten (10.000 fl.) Von weiteren Kriegsrüstungen blieb zwar Tirol verschont, aber es litt unter den Durchzügen des Kriegsvolkes, wenn gleich bei weitem nicht so wie die dadurch völlig ruinirten vorarlbergischen Herrschaften. Solche Truppendurchzüge waren damals eine schreckliche Plage. Leopold beschwerte sich darüber bitter beim Kaiser. Solchen Muthwillen, solche Tyrannei, wie die kaiserlichen Soldaten üben, versichert er, habe er auf seinen Feldzügen nie gesehen; Brennen, Morden, Todtschlagen, Schänden, Nasen- und Ohrenabschneiden, Fenster- und Oefeneinschlagen könnten doch wol verhindert werden [6]).

Noch bevor der Friede von Chierasco den mantuanischen Krieg beendigte, drohte Tirol Gefahr, mit Salzburg in Fehde zu gerathen. Die Ursache war ein neuentdecktes Goldbergwerk im Zillerthal, das der Erzbischof anbauen ließ, Leopold aber für sich beanspruchte. Letzterer brachte diese Angelegenheit auf einer Ver-

ſammlung des großen Ausſchuſſes im Nov. 1630 zu Innsbruck zur Sprache und verlangte von der Landſchaft Rath und Hilfe. Die Stände wollten nicht, daß der Erzherzog ſeine Rechte fahren laſſe, aber ſie riethen ihm dringend zu einem gütigen Vergleich und ſchlugen den Herzog von Baiern oder den Kaiſer als Vermittler vor. Zu einer Eventualnotdurft wurde beſchloſſen, einen ganzen Termin anzulegen. Der Erzherzog wandte ſich hierauf an den kaiſerlichen Hof um Interceſſion; Ferdinand II. nahm ſich ſeiner bereitwilligſt an und mahnte den Erzbiſchof in zwei Schreiben von ſeinem Beginnen dringend ab; allein der Erzbiſchof achtete nicht darauf. Darum berief Leopold im Mai 1631 den kleinen Ausſchuß nach Innsbruck. Er legte den verſammelten Ständen dar, wie all ſein Bemühen bisher fruchtlos geweſen, und begehrte abermals Rath und Hilfe; die Stände ſollten ihm erklären, ob ſie ihm beiſpringen würden oder nicht, wenn er mit Gewalt ſich ſeine Rechte erhalten wollte; der Erzbiſchof ſtelle nicht nur die Grenzen Tirols in Zweifel, ſondern laſſe ſich auch gelüſten, eine neue Landſtraße durch das Unterinnthal herauf anzulegen. Die Stände waren auch diesmal nicht für Gewalt; ſie riethen dem Erzherzoge ab, zum Schutze ſeiner Bergarbeiter ein Kriegsvolk aufzuſtellen. Sich mit Salzburg ganz zu verfeinden, hielten ſie beim gegenwärtigen Zuſtand des Reiches für ſehr bedenklich. Sie machten Leopold den Vorſchlag, den Rechtsweg zu betreten, doch erklärten ſie ſich bereit, im Falle der Gefahr den ihnen durchs Libell auferlegten Verpflichtungen nachzukommen. Ihr Vorſchlag erſchien jedoch Leopold für ſeines Hauſes Rechte präjudicirlich und darum wollte er von den Ständen wiſſen, welche Hilfe ſie ihm leiſten wollten, wenn man ihn mit Gewalt von ſeinem Beſitze drängte. Als die Stände neuerdings unter Hinweis auf ihre völlige Erſchöpfung eine ablehnende Antwort gaben, that er die herbe Aeußerung: er habe nicht gewußt, daß die Landſchaft in ſolchem Ruin ſich befinde, um ihm und ſeinen Nachkommen nicht mehr ſichern Aufenthalt gewähren zu können. Zugleich theilte er ein kaiſerliches Schreiben mit, worin Ferdinand II. erſucht, dem römiſchen Reich und namentlich der katholiſchen Religion gegen die Schweden Hilfe zu leiſten. Dabei hob er hervor, wie billig es ſei, daß die Stände eine anſehnliche Hilfe gewährten; ſeien ſie doch unter ſeiner milden Regierung bisher von den Greueln und Laſten des dreißigjährigen Krieges völlig verſchont geblieben. Des Erzherzogs

Tadel traf die Stände empfindlich; sie erwiderten, sie hätten gethan, was ihre Lage erlaubt, votirten aber nur 24.000 fl. zur Sicherung des Landes. Leopold nahm jedoch diese geringe Hilfe um so weniger an, als gerade damals ihn der Kaiser aufforderte, für das aus Italien durchziehende Kriegsvolk zu sorgen. Da legte die Landschaft noch 10.000 fl. hinzu und zeigte sich bereit, wenn er nach 3 Monaten noch weitere Hilfe nötig habe, 15—20.000 fl. zu bezahlen. Nun entließ sie der Erzherzog. Der Streit mit Salzburg kam aber nicht sobald zum völligen Austrag; im Mai des folgenden Jahres bildete er wiederum den Gegenstand einer Ausschußversammlung. Der Erzherzog machte dieselbe mit den bisher gethanenen Schritten bekannt, mit des Kaisers Vergleichsvorschlag und seiner inzwischen ergangenen Manutentionsordnung. Die Stände versprachen, auch mit Waffengewalt zur Erhaltung der landesfürstlichen Rechte zu helfen, und bewilligten 30.000 fl. Doch die von Seiten der Schweden für alle katholischen Fürsten eingetretene Gefahr drängte diese minderwichtige Angelegenheit in den Hintergrund [7]).

Während dieser Jahre hatte sich bereits die zweite Periode des dreißigjährigen Krieges, der sogen. dänisch-deutsche Krieg (1625—29), abgespielt. Ihr Ende war noch glücklicher, als das des böhmisch-pfälzischen Krieges. Das kaiserliche und ligistische Heer unter den berühmten Feldherrn Tilli und Wallenstein hatte den dänischen König Christian IV. besiegt, seiner meisten Länder beraubt und zum Frieden von Lübeck gezwungen (20. Mai 1629), worin er gegen Rückgabe seiner Länder aller Theilnahme an den deutschen Händeln entsagen und seine deutschen Verbündeten, besonders die Herzoge von Mecklenburg, aufopfern mußte. Durch dies ausgezeichnete Waffenglück stieg die kaiserliche Macht so hoch, daß Oesterreich und Spanien den Protestantismus völlig zu unterdrücken und die deutsche und niederländische Freiheit zu stürzen unternahmen. Der Kaiser erließ, von den Jesuiten gedrängt, das Restitutions-Edict, wornach die Protestanten alle seit dem Passauer Vertrage eingezogenen geistlichen Güter zurückstellen und der Religionsfriede nur für die Lutheraner, nicht auch für die zahlreichen Reformirten gelten sollte, und der kaiserliche Feldherr Wallenstein führte dasselbe in empörendster Weise aus. Allein unter dem Drucke seiner Heerschaaren litten auch die katholischen Länder sehr und die vielen Klagen gegen ihn auf dem Kurfürstentag zu Augsburg (Juni 1630) nötigten Kaiser Ferdinand,

ihn zu entlaſſen. Das geſchah gerade zu einer Zeit, als ein ſehr gefährlicher Feind gegen Ferdinand heranzog. Das wachſende Kriegsglück Oeſterreichs hatte nämlich Frankreich, England und Holland beſorgt und eiferſüchtig gemacht, und war ſchon der däniſch-deutſche Krieg vorzüglich ihr Werk geweſen, ſo ſuchte jetzt der franzöſiſche Miniſter Richelieu Oeſterreich-Spanien in dem Könige Guſtav Adolf v. Schweden einen neuen Feind zu erwecken, und es gelang. Der Schwedenkönig landete bereits am 29. Juni 1630 auf der Inſel Uſedom an der pommer'ſchen Küſte. Die glückliche Schlacht von Breitenfeld (17. Sept. 1631) eröffnete ihm den Weg nach Mittel- und Süddeutſchland; die Liga fiel auseinander und Guſtav Adolf war in kurzem Herr der Länder von der Oſtſee bis Baiern und vom Rhein bis Böhmen. Im Frühjahr 1632 drang der König in die ligiſtiſchen Länder vor und einen Monat nach dem Treffen am Lech (15. April), worin Tilli tödtlich verwundet wurde, rückte er in Baierns Hauptſtadt ein. Damit war er unſerem Vaterlande ſchon ſehr nahe gekommen.

Der däniſch-deutſche Krieg hatte Tirol nur in ſoweit etwas ins Mitleid gezogen, als der mantuaniſche Erbfolgekrieg damit im Zuſammenhange ſtand; mit dem Einbruch der Schweden in das deutſche Reich wurde es anders. Die Fortſchritte der Waffen Guſtav Adolf's und die Rüſtungen der proteſtantiſchen Fürſten veranlaßten den Kaiſer ſchon im Frühjahre 1631 von den tiroliſchen Ständen eine Hilfe zu verlangen; ſie ſollten die kaiſerliche Armee in den Vorlanden unterſtützen. Die im Mai zu Innsbruck verſammelte Landſchaft bewilligte 30.000 fl. und beſchloß, einen Steuertermin für den Notfall in Bereitſchaft zu halten. Die Niederlage von Breitenfeld bewog Leopold noch im October 1631 den großen Ausſchuß nach ſeiner Reſidenzſtadt einzuberufen. Angeſichts der drohenden Gefahren verlangte er von demſelben, daß zur Erhaltung der katholiſchen Religion und Defenſion des Vaterlandes ein Regiment Fußvolk angeworben und 80.000 fl. zu weiterer Kriegsnotdurft bewilligt werden. Allein die Landſchaft wollte die Gefahr nicht erkennen, ſie bewilligte nur 30.000 fl. und begehrte, weil viele Beſchwerden noch nie erledigt, die Einberufung eines offenen Landtages. Dieſe beiden Hilfen wurden großentheils für das Wolkenſteiniſche Regiment verwandt. Die immer näher rückende Schwedengefahr, die bedenkliche Haltung der Venetianer und Bündner drängten Leopold an das im

Jänner 1632 zu Innsbruck verſammelte Steuercompromiß hohe Forderungen zu richten. Da aber dieſes ſich darauf nicht einließ, berief der Erzherzog auf den 8. März 1632 den fünften offenen Landtag ein [8]).

Dieſer Landtag bietet hohes Intereſſe. Er wirft grelle Schlaglichter auf das Verhältniß zwiſchen Ständen und Landesfürſten. Der Sieg der landesfürſtlichen Macht über die ſtändiſche, der ſich in den andern deutſchen Erblanden eben vollzogen, blieb nicht ohne Rückſchlag auf Tirol. Die Stände bemühen ſich vergeblich, die bisherige Macht zu behaupten. Der Streit zwiſchen ihnen und dem Landesfürſten führt zum erſten Male zu einer ſcharf zugeſpitzten Rechtsfrage. Dabei zeigt ſich zwiſchen beiden Theilen eine ganz entgegengeſetzte Auffaſſung über die Giltigkeit und Rechtskraft früherer Landtagsverhandlungen und Landtagsabſchiede. Beide Theile beharren bei ihrer Meinung; aber die Frage entſchieden vorläufig nicht die hiſtoriſchen Beweiſe, ſondern die Macht der Thatſachen und die Bedürfniſſe der Gegenwart. Auf ſie geſtützt, erringt Leopold um ſo leichter den Sieg über die Landſchaft, je weniger ſie in ihrer Kurzſichtigkeit und Engherzigkeit dieſelben gehörig zu würdigen verſteht.

Als den erſten Gegenſtand der Beratſchlagung bezeichnet die erzherzogliche Propoſition die unterbrochenen Landtagsacten vom J. 1626. Damals habe er, bemerkt Leopold, zur Beſeitigung der landesfürſtlichen und landſchaftlichen Schuldenlaſt außerordentliche Mittel ergreifen wollen, aber auf Bitten der Stände davon Umgang genommen und ihnen zur Erwägung und Ausführung ihrer Steuerbereitung, ſowie zur Berathung der Land- und Polizeiordnung Zeit gelaſſen; er erwarte jetzt ihr endliche Erklärung. Den zweiten Punkt bildete das Defenſionsweſen. Der Landesfürſt berichtete den Ständen von den allſeitigen Kriegsgefahren, zeigte, wie alle Intentionen auf die Vertilgung der katholiſchen Religion und des Hauſes Oeſterreich abzielen, und erklärte, in ſolcher Gefahr müſſe man die äußerſten Mittel ergreifen, wolle man nicht Land und Leute, Weib und Kind, Leib und Leben, Religion und Seelenheil gefährden. Er mahnte die Stände dringend auf die unumgänglichen Defenſionsmittel zu denken, namentlich auf Herbeiſchaffung von Kriegsrequiſiten und Sicherung der Feſte Ehrenberg.

Auf dieſe Propoſition antworteten die Sände: im größern

Theile der eigentlichen Grafschaft Tirol sei die Steuerbereitung vorgenommen worden, das Bisthum Brixen hätte allerdings erst begonnen und Trient wegen der Sterbeläufe und anderer Hindernisse noch nicht den Anfang machen können. Die Berathungen über die Land- und Polizeiordnung hätten darum nicht zum Abschlusse gelangen können, weil trotz aller Mandate von den Obrigkeiten erst 2—3 Gutachten an die Landschaft eingelangt und ein Theil der landesfürstlichen und landschaftlichen Commissäre gestorben sei. Die Ansicht Leopold's, als ob dieser Landtag nur eine Fortsetzung des vorigen, wollten sie bloß in Bezug auf die ebengenannten Gegenstände, nicht aber bezüglich des Schuld- und Steuerwerkes gelten lassen, wol aus Furcht, man möchte ihnen abermals die Uebernahme von Kammerschulden zumuthen. Die Erhebung des Schenkpfennings gab ihnen zu bittern Klagen Veranlassung. Sie behaupteten, derselbe gehöre ihnen, sie hätten dabei jus quaesitum und nur wider alles Recht und alle Landesfreiheiten habe ihn der Landesfürst erheben können. Sie baten unter Hinweisung auf ihre bisherige Hilfsbereitwilligkeit inständig, den Schenkpfenning wie den Salzaufschlag und die neuen Zölle abzuthun. Aber sie boten dem Landesfürsten hiefür keinen Ersatz an, ihre Hilfen flossen sehr spärlich. In der Hoffnung auf den göttlichen Beistand und die Hilfe des Kaisers und der getreuen Reichsfürsten wollten sie nur die im Lande befindlichen Fähnlein des Wolkensteinischen Regimentes noch drei weitere Monate erhalten; die Befestigung Ehrenbergs, die Ausrüstung der festen Plätze und Versorgung der Zeughäuser erklärten sie für eine Sache des Landesfürsten. Darauf replicirte Leopold: er habe mit Bedauern ersehen, daß ihre Antwort so wenig auf die Hauptsache gerichtet sei, und mit Befremden gehört, daß die Steuerbereitung, die Landes- und Polizeiordnung in so vielen Jahren nicht habe richtig gemacht werden können; man solle ihm die Säumigen bekannt geben, damit er an ihnen ein Exempel statuiren könne. Die ständische Beschwerde über die Erhebung des Schenkpfennings berührte ihn sehr empfindlich. Er bestritt das jus quaesitum der Landschaft und stellte in Abrede, daß derselbe eine Landessteuer sei, und daß er durch dessen Erhebung die Privilegien der Stände verletzt habe; er nahm den Schenkpfenning vielmehr als landesfürstliches Regal für sich in Anspruch und erklärte die Auslegung der Stände für eine solche, die der gesunden Vernunft wie dem klaren

Wortlaut der älteren Landtagsverhandlungen widerstrebe; er müsse doch, fügte er hinzu, standesgemäß leben und könne sich nicht „bei seinen Regalien so coerciren und das Mark angreifen lassen." Die von den Ständen angebotene Hilfe hielt er für ganz ungenügend; wenn sie nichts weiter gewährten, so werde er die schwäbischen Erblande dem Feinde überlassen müssen und sich an dem Tage nicht betheiligen können, den der Kurfürst von Baiern auf den 15. März nach Mindlheim beschrieben habe, wo die schwäbischen geistlichen und weltlichen Reichsstände über einmüthige Vertheidigung beratschlagen wollen; bei der Landesdefension müsse man nicht allein auf das Landlibell, sondern auch auf den jetzigen Stand des Kammerwesens schauen. Zu größerer Aufmunterung theilte er dem Landtage mit, die Feinde gedächten in wenigen Tagen sich des Bodensee's und der Pässe nach Italien zu bemächtigen.

Der im Eingang der Replik enthaltene Vorwurf traf die Stände auf's empfindlichste; sie erwiderten darum in der Duplik: die Landtage werden doch nicht bloß deshalb angestellt, damit der Landesfürst seine Propositionen vorbringe, sondern auch, damit die Landstände und Unterthanen um Abwendung ihrer Beschwerden bitten könnten. Sie wiesen auf ihre im J. 1626 gebrachten Geldopfer hin und beharrten bei dem damals und schon 1621 beschlossenen Steuerreformwerk. Noch empfindlicher nahm der Landtag die Aeußerung wegen des Schenkpfennings auf; die Stände wollten sich zwar aus Respect vor dem Landesfürsten in einen weitern Disput nicht einlassen, sprachen sich aber nochmals entschieden für ihre frühere Meinung aus und legten zu deren Beweise eine weitläufige historische Deduction über den Schenkpfenning vor; zugleich erinnerten sie an das am 24. März 1627 eigens übergebene Memorial und an die bei den letzten Ausschußtagen vorgebrachten Klagen. Die Hilfe, zu der sie sich diesmal erboten, war wenig erheblicher; sie wollten jedes der 5 Fähnlein des Wolkensteinischen Regimentes auf 300 Mann verstärken, und wenn es not thue, nach Ablauf des ersten Vierteljahres noch weiter Monat für Monat, aber nur im Beisein eines landschaftlichen Commissärs, die Soldaten bezahlen. Die Triplik des Erzherzogs lautete ruhiger. Nach den gepflogenen Nachforschungen befinde er nicht, daß den Ständen das jus quaesitum gebühre; übrigens könnten die von ihnen angezogenen Landtagsacten seinen Rechten keinen Eintrag thun, diese beschränkten nur ausdrückliche

Privilegien. Doch habe er, ſetzte er begütigend hinzu, niemals im Sinne gehabt, den Weinaufſchlag beſtändig zu continuiren, ſondern nur ſo lange laufen laſſen wollen, bis endlich andere Mittel ihm zu Gebote ſtünden. Er erbiete ſich daher, ſowol den Weinpfenning als Salzaufſchlag abzuſtellen, wenn man ſeinen Bedürfniſſen mit andern erſprießlichen Mitteln entgegenkomme. Nach dieſen Erklärungen forderte er die Stände auf, die Unterhaltung des ganzen Wolkenſteiniſchen Regimentes zu übernehmen, auch jener 5 Fähnlein, die nach den Vorlanden geſchickt worden. Dabei theilte er ihnen mit, er habe ſich auf dem Mindlheimer Tag mit dem Kurfürſten von Baiern und andern katholiſchen Fürſten zu gemeinſamer Vertheidigung der Donaulinie verpflichtet und müſſe hiefür innerhalb zwei Monaten 25.000 fl. erlegen, die er von den Vorlanden zu erlangen hoffe, wenn ſie indeß nicht in Feindeshand fielen. Das Verlangen der Stände, nur in Gegenwart eines landſchaftlichen Commiſſärs auszahlen zu dürfen, wies er als eine ungebührliche Zumuthung zurück. Gegen die ſtiftiſchen Geſandten, die wieder ſich von der Landſchaft ſepariren wollten, wiederholte er die bereits in einer beſondern Audienz gegebene Ermahnung, ihre Pflicht zu thun. Das half aber wenig, denn in der Quadruplik beſchwerte ſich die Landſchaft bitter wider die beiden Stifter, daß ſie keine andere Hilfe als für Landesdefenſion zahlen wollten, und baten Durchlaucht das alte Herkommen zu handhaben. Darauf drückte Leopold in der Quintuplik vom 21. April ſein Bedauern aus über die Störung des guten Einvernehmens zwiſchen beiden Theilen und nannte es ein undankbares und pietätloſes Verfahren, wenn die ſtiftiſchen Geſandten ihre Vorgänger, die in allem mit der Landſchaft gehalten, der Pflichtverletzung anklagten. Doch kam es weder in dieſer noch in den frühern Angelegenheiten zu einer beſtimmten Entſcheidung. Da der Feind bereits den Grenzen des Landes nahte, ſo wollte Leopold den Landtag entlaſſen und mit dem kleinen Ausſchuß weiter verhandeln; er verlangte daher von jenem für dieſen volle Gewalt. Aber dazu ließen ſich die Stände nicht herbei; dafür mußten ſie die Forterhebung des Schenkpfennings dulden und konnten nur die beruhigende Verſicherung Leopold's mit ſich nach Hauſe nehmen: der Erzherzog werde nicht ohne äußerſte Not das Aufgebot erlaſſen [9]).

Dieſer Landtag gab den Ständen Gelegenheit, dem Erzherzog für den günſtigen Beſcheid, den er ihnen auf ihre Beſchwerden

und Klagen im J. 1626 ertheilte, zu danken und mit dieſem Danke erneuerten ſie einen Theil ihrer alten Bitten betreffs der Punkte, die zum Theil oder ganz gegen ihren Wunſch erledigt worden. Unter der erſtern Claſſe befand ſich die Entſcheidung, daß Fälle, die in der Landesordnung nicht vorgeſehen worden, nach dem gemeinen Rechte beurtheilt werden ſollen; dagegen erklärte die Landſchaft, ſie habe ſich nie an das gemeine Recht binden laſſen; auch ſprach ſie den erzherzoglichen Räthen das jus avocandi domum ab. Unter den ganz wider ihren Wunſch ausgefallenen Entſcheidungen war die Antwort auf die Beſchwerde der Lehensleute über doppelte Ausrüſtung. Die Landſchaft bat abermals, ſie dieſer Doppelbelaſtung zu entheben. An dieſe alten Bitten ſchloß ſie noch eine neue, nämlich bezüglich der Münzen. Der Landesfürſt ſollte die ausländiſchen Münzen abſchaffen, den Wechſel mit groben Münzſorten abſtellen, den Thaler auf 1 fl. 30 kr., den Ducaten auf 2 fl. 45 kr. feſtſetzen und zur Erleichterung des Verkehrs ¼, ⅙ und 1/9 Thalerſtücke prägen laſſen, die Contracte aber nicht in Thalern, ſondern nur in Gulden geſtatten; den Goldſchmieden, die bisher die Mark Silber auf vierzehnlöthig verarbeiten mußten, ſollte von nun an erlaubt ſein, weil die Augsburger und Münchner auf dreizehnlöthig verarbeiten, es gleichfalls zu thun.

Gleichzeitig mit den Verhandlungen des Landtages fanden Verhandlungen zwiſchen dem Landesfürſten und dem kleinen Ausſchuß ſtatt, die bloß die dringende Angelegenheit der Landesdefenſion zum Gegenſtande hatten. Sie betrafen einmal die Befeſtigung und Beſetzung der Grenzorte, namentlich von Ehrenberg und Kufſtein, Seefeld und Achenthal, Mals und Glurns, Iſchgl und Galtür und die Verproviantirung des Landes. Es wurde beſchoſſen, die fünf außerhalb des Landes weilenden Fähnlein des Wolkenſteiniſchen Regimentes herein zu ziehen und nebſt den im Lande befindlichen im Innthal und Vintſchgau zu vertheilen; davon ſollte die Beſatzung von Ehrenberg durch zwei Fähnlein, die von Kufſtein durch eines verſtärkt und nach Seefeld 50 Mann verlegt werden. Ein weiterer Gegenſtand der Verhandlungen war das Landlibell und die Zuzugspflicht. Der Landesfürſt verlangte außerordentliche Mittel und ſchlug vor, ſtatt der Zuzüge, die ſo viele untaugliche Elemente enthielten, drei Regimenter auszuheben. Die Stände hingegen baten, *ſie beim Libell* bleiben zu laſſen und nicht allein bloß reiche, ſondern

auch arme in die Auslagen aufzunehmen. Nach wiederholtem vergeblichen Drängen gab Leopold nach und als die Nachricht über den Fall Augsburgs anlangte, beschloß er die Zuzüge des Innthals und der drei Herrschaften zur Deckung Reutes und Ehrenbergs aufzubieten. Um die nötigen Mittel zur Rüstung aufzubringen, faßte die Landschaft den Beschluß, ein Zwangsanlehen von 200.000 fl. zu machen; wer dazu nichts beitragen wollte, sollte der Landesfreiheiten und Landesmatrikel verlustig gehen, und zugleich in des Fürsten Ungnade verfallen. Zum Feldobersten wurde Hieron. Graf v. Lodron, zu Landräthen der Prälat von Wilten, G. Ludw. Fieger Salzmair zu Hall, Paul Attlmair, Rathsbürger von Innsbruck und Paul Schluderbacher, Landgerichtsschreiber von Sonnenburg, gewählt [10]).

Nach Beendigung des Landtags waren der Erzherzog und die Landräthe eifrigst auf den Schutz des Landes bedacht. Die Pässe wurden möglichst stark besetzt und versehen, die Aufgebote im Lande erlassen und vom kaiserl. General Aldringer Succurs geholt. Das besondere Augenmerk richtete man auf Ehrenberg. Hier wurden in aller Eile Vorwerke und andere Befestigungsbauten aufgeführt; um die Feste zu decken, besetzten am 15. Mai zwei tirolische Fähnlein das Städtchen Füssen. Leopold begab sich in eigener Person nach Ehrenberg und leitete die Defensionsanstalten. Am 14. Juni langten die Schwazer Knappen und 12.000 Mann des tirolischen Aufgebotes an. Es war in der That hiezu die höchste Zeit. Der feindliche Feldherr Herzog Bernhard von Weimar war inzwischen mit 16.000 Mann bereits bis Füssen vorgerückt und hatte die kleine Besatzung angegriffen; in einer Stunde lag sie in seiner Gewalt. Nun stand ihm der Weg in's Tirol offen und wirklich überfiel er in den nächsten Tage Reute und attaquirte Ehrenberg. Indeß die tirolische Besatzung wehrte sich tapfer; der Feind mußte unverrichteter Sache nach Füssen zurückkehren, und am 1. Juli verließ er auch diese Stadt; doch blieb eine kleine Besatzung zurück. Gegen diese wandte sich Leopold am 17. Juli, sie ward gefangen, ihr Oberst erschossen und Füssen von 800 Tirolern besetzt. Allein nicht lange dauerte die Freude der Sieger; der Herzog von Weimar rückte zum zweiten Male vor und nahm an der Spitze von 6000 Mann die Stadt Füssen; die tirolische Besatzung wurde theils getödtet, theils floh sie nach Ehrenberg. Der Feind folgte den Flüchtlingen auf dem Fuße, erstürmte die Confinschanzen, besetzte Reute,

und ſuchte von da aus die Feſte zu erobern. Ein anderer Haufe zog ins Lechthal hinauf. Wüthend war der Angriff auf Ehrenberg, aber die Beſatzung, angefeuert durch den Landesfürſten, erwiderte eben ſo kräftig. Der Feind mußte zum zweiten Male die Hoffnung weiter ins Land vorzudringen aufgeben, er zog am 27. Juli unverrichteter Dinge von Ehrenberg ab und da die ins Lechthal geſchickte Truppe ſich auch nicht den Weg über die Gebirge zu bahnen vermochte, verließ er wieder das Land..

Dieſe große Kriegsgefahr bewog den Erzherzog, im Auguſt den kleinen Ausſchuß einzuberufen; denn er brauchte Geld, da die Anleihe von 200.000 fl. ſchon ausgegeben war. Der Außſchuß ſagte in dieſer Not bereitwillig weitere Hilfe zu und bewilligte im ganzen 172.000 fl., nämlich 150.000 fl. als dreimonatlichen Unterhalt der angeworbenen 4000 Mann Fußvolk und 200 Reiter und noch weitere 16.000 fl., weil der Erzherzog der Landſchaft den Schenkpfenning abgetreten hatte. Die Stände beſchloſſen zur Deckung dieſer Auslagen eine Kopfſteuer und Leopold hieß ſie gut, aber die ſtiftiſchen Geſandten nahmen die Sache nur ad referendum an und legten abermals Verwahrung ein. Die landesfürſtlichen Räthe erklärten ihre Gründe für eitlen Vorwand. Es war das letzte Mal, daß der Erzherzog die Stände um ſich verſammelt hatte; wenige Tage darauf befand er ſich nicht mehr unter den Lebenden. Schon längere Zeit unpäßlich, wurde er auf einer Jagd im Achenthale von einem heftigen Fieber überfallen und zur Rückkehr nach Schwaz gezwungen, wo er am 13. Sept. 1632 unter dem Beiſtande einiger Jeſuiten und Franciscaner ſeinen Geiſt aushauchte. Sein Leichnam wurde nach Innsbruck überführt und daſelbſt anfangs in der St. Leopold's Capelle in der Ruheluſt beigeſetzt, dann aber in der h. Dreifaltigkeitskirche in der eigens erbauten erzherzoglichen Gruft beſtattet [11]).

Die noch nicht berührten innern Verhältniſſe laſſen ſich kurz abthun, die unruhigen Zeiten erlaubten größere Reformen nicht und Leopold entwickelte in ſolchen Angelegenheiten nicht die erforderliche Thatkraft. Von einer gründlichen Reform des Steuerwerks und des eilfjährigen Libelles gieng er bekanntlich den Ständen zu lieb ab und begnügte ſich mit dem ſtändiſchen Steuerverbeſſerungswerk und der Erneuerung der Zuzugsordnung vom J. 1605, die für ſo dringend gehaltene Polizeiordnung kam nicht zu Stande. Zur Regelung des Schulweſens wiederholte Leopold einfach die Schulord-

nung Ferdinand II. und dasselbe ist wol mit der Bettlerordnung der Fall. Zahlreich sind die Erlässe zur Regelung des Münzwesens, aber trotzdem war dasselbe bei Leopold's Tod nicht vollkommen geregelt. Viele Verordnungen erflossen auch zur Regelung der Lebensmittelpreise und zur Verhinderung des Eintrittes in fremde Kriegsdienste, doch gerade ihre große Anzahl beweist, wie wenig die einzelnen ausrichteten. Im Verwaltungsorganismus nahm Leopold, obwol einzelne Zweige in stark verrottetem Zustande sich befanden, die einzige erhebliche Aenderung vor, daß er die Trennung der Räthe in eine Herrenbank und in eine Bank der Graduirten, die Maximilian 1610 einführte, wieder aufhob und nur mehr den Altersunterschied gelten ließ; auch gestattete er in Gerichtssachen nur die deutsche oder lateinische Sprache als Amtssprache, nicht aber die italienische. Der Innsbrucker Beamtenstatus zählte im J. 1624 nebst dem Oberstjägermeister Frhr. Fortunat v. Wolkenstein, Oberstzeugmeister Christ. v. Lichtenstein und Oberstpostmeister Andre v. Taxis noch 4 Geheimräthe: Konrad v. Bemmelberg, Friedr. v. Altstätter, Joh. Lintner, Hofkanzler und Konrad Strebele, 14 Regierungsräthe, 10 Secretäre, 5 Advocaten, 9 Kammerräthe und 14 Kammerschreiber, deren Besoldung 49.773 fl. betrug [12]).

Das größte Uebel, an dem die Landesverwaltung krankte, die Zerrüttung des Staatshaushaltes vermochte natürlich Leopold noch weniger zu heben als sein Vorgänger; ja obwol er von den Ständen in allem 1,840.109 fl. Extrahilfen bekam, verschlimmerte es sich unter seiner Regierung doch bedeutend. Wol begreiflich, denn zu den vielen Kriegsauslagen kamen noch die der verschwenderischen, prächtigen Hofhaltung. Leopold übertraf in dieser Beziehung Ferdinand II. Im Jahre 1620 bestand der Hofstatus aus 176 Personen und man glaubte deren bisherige Besoldung von 207,291 fl. auf 125.500 fl. reduciren zu können, aber im J. 1628 zählte der Hofstaat des Erzherzogs nicht weniger als 300 und der Claudia's 48 Personen, die wol das Doppelte kosteten. Wir finden nicht nur alle Würden und Aemter, die Leopold bereits eingeführt, sondern noch manche neue, wie z. B. das Amt eines Silberkämmerers. Alle Künste zog Leopold zur Verschönerung und Belebung seines Hofes heran. Er hielt sich eine Capelle von 48 Mann; unter seinem Hofpersonale findet sich ein Kammermaler (M. Theophili), ein Hofmaler (T. Springer), Kammerdrechsler u. a. Auf seine Anordnung ver-

fertigte im J. 1628 Kaſpar Gras ſein Standbild auf dem Rennweg, das durch die naturgetreue Schönheit des Pferdes ſich auszeichnet. Theatraliſche Aufführungen wurden zu ſeiner Zeit in Innsbruck immer häufiger. Wie alle öſterr. Erzherzoge ein Freund der edlen Waidkunſt, hielt ſich Leopold nicht bloß einen großen Thiergarten, ſondern auch einen Faſanengarten und einen Thierzwinger, der einer Löwin, einem ſchönen Tiger, mehrern Bären, einem Leoparden, ſeltſamen großen Geiern, indianiſchen Raben u. a. zur Wohnung diente. Außerordentlichen Feſtlichkeiten begegnen wir zwar in Leopold's Regierung nicht ſo häufig, wie in Ferdinand's II.; daß erſterer jedoch auch hierin bei beſondern Gelegenheiten ſeinen Oheim übertraf, bezeugt hinlänglich ſein Hochzeitsfeſt [13]).

Leopold's äußere Erſcheinung imponirte: er war kräftig, groß und ſtark beleibt, ſo daß er im J. 1627 180 Pfd. wog. Er hatte ein fettes, rothes, aber anmuthvolles Geſicht, etwas ſtark aufgeworfene, aber ſchön gefärbte Lippen, ziemlich große, offene Augen und einen mit Ernſt und Freundlichkeit gemiſchten Blick. Dieſer äußern Erſcheinung entſprachen ſeine Charaktereigenſchaften, einerſeits ſein entſchloſſener Sinn, ſeine Unabhängigkeit im Handeln und Denken, ſeine Thatkraft, ſeine Herrſch- und Länderſucht, anderſeits ſeine Leutſeligkeit, ſein einnehmendes, herablaſſendes Weſen und ſeine Freigebigkeit gegen Arme. Er beſaß einen großen Verſtand, einen klaren Geiſt; wen er einmal geſehen, den erkannte er ſogleich wieder. Damit vereinte er reiche Kenntniſſe; er ſprach mehrere Sprachen: deutſch, lateiniſch und italieniſch, auch etwas franzöſiſch und ſpaniſch. Unter den Fürſten des Reiches wurde er für einen der geiſtreichſten gehalten, der bei vorkommender Gelegenheit zu jedem großen Unternehmen bereit ſtünde. Doch mit zunehmendem Alter gab er ſeine weit ausſehenden Pläne auf, ſeine jugendliche Streitluſt wich beſonnener Ueberlegung und an die Stelle der frühern Thatkraft trat eine ruhige Gemächlichkeit. Dagegeu nahm ſein frommer Sinn mit der Anzahl der Jahre zu. Er hörte täglich die h. Meſſe, ſprach täglich, ſelbſt im Drang der Geſchäfte, die prieſterlichen Tageszeiten und verſäumte ſelten eine Predigt. Die Faſttage hielt er ſtreng und an den Kirchenfeſten oblag er mit großem Eifer den kirchlichen Andachten. Am grünen Donnerſtag vollzog er eigenhändig an 13 alten Männern die Fußwaſchung; ja er ſchloß ſich ſogar, mit einem Sack bekleidet und ein ſchweres Kreuz auf den Schultern, dem Zuge der

Bettler und armen Leute an. Der katholischen Kirche war er treu ergeben und deren Erhaltung lag ihm sehr am Herzen. Wenn uns trotzdem während seiner Regierung keine Ketzeredicte begegnen, so ist das nur ein Beweis, wie sehr Maximilian mit den Anhängern der neuen Lehren im Lande aufgeräumt hatte und wie sehr die wenigen noch übrigen sich den Blicken des eifrigen Herrschers zu entziehen suchten und wußten. Zur Hebung des kirchlichen Lebens hat Leopold viel gethan. Die hohe Schule zu Molsheim, die Collegien zu Hagenau, Ensisheim, Freiburg, Schlettstadt und Passau sind davon Zeugen; sie sind auch Zeugen von der außerordentlichen Gunst und dem ungewöhnlichen Vertrauen, die er dem Jesuitenorden schenkte, da alle diese Schulen in seine Hände gelangten. Er bevorzugte diesen Orden so sehr, daß ihm in einer Broschüre, die bald nach seinem Tode erschien, der Vorwurf gemacht werden konnte: er hätte sich den Schmeicheleien der Jesuiten, mit denen sie ihn von jugendauf genährt, mehr als billig hingegeben; er hätte sogar seinen Hofleuten verboten, einen andern Geistlichen als sie zum Beichtvater zu gebrauchen. Er führte den Bau der neuen Jesuitenkirche zu Innsbruck, zu dem bereits Maximilian alle Anstalten getroffen, zum größten Theile aus. Auch den andern Orden war Leopold sehr geneigt; die Serviten verdanken ihm Kirche und Kloster zur Waldrast [14]).

Leopold's Ehe mit Claudia von Medici scheint ganz glücklich gewesen zu sein; der Erzherzog stellt ihr wenigstens in seinem Testamente das schöne Zeugniß aus, daß er nur alles Liebe von ihr erfahren, und empfiehlt seinen Kindern sehr, sie zu achten und zu schützen. Claudia gebar ihrem Gemahle 5 Kinder, 2 Söhne Ferdinand Karl und Sigmund Franz, und 3 Töchter: Maria Eleonora (geb. 9. Febr. 1627, gest. 1629), Isabella Clara (geb. 2. Aug. 1629) und Maria Leopoldina (geb. 28. Novbr. 1632). Mit den Mitgliedern seines Hauses, die in seiner unmittelbaren Nähe wohnten und auf seinen Schutz und seine Kammer angewiesen waren, stand er in gutem Einvernehmen. Doch war es eine merkliche Erleichterung für seine verschuldeten Aemter, daß fast alle in seinen ersten Regierungsjahren starben. Am 3. Aug. 1621 schied Ferdinands II. Witwe Anna Julianna aus diesem Leben, die das versperrte Kloster, das Regelhaus und das Kloster der Servitinnen gegründet und in dem zweiten seit 1612 mit ihrer Tochter Maria gelebt hatte. Um dieselbe Zeit entschliefen auch seine

beiden Schweſtern Chriſtina und Eleonora im Stifte zu Hall für immer.

Das ſprechendſte Zeugniß für Leopold's Verhältniß zu Gattin und Kindern, für ſeine Anhänglichkeit an die Kirche, für ſeinen Wolthätigkeitsſinn gibt ſein Teſtament, das er am 25. Juli 1629 abfaßte. Sein Inhalt iſt folgender: Im Eingang erklärt der Erzherzog ausdrücklich, daß er auch künftighin nur der katholiſchen Religion und keiner andern anhängen wolle, und widerruft von vorneherein, was er etwa aus Geiſtesſchwachheit wider dieſelbe reden oder handeln möchte. Er will in der Innsbrucker Jeſuitenkirche begraben ſein und einen Grabſtein mit goldner Grabſchrift erhalten. Dem Kloſter Altötting in Baiern vermacht er 7000 fl. für weißes Wachs, dem Kloſter Schnals ein Legat von 10.000 fl. und 60.000 fl. beſtimmt er zur Errichtung eines Hoſſpitals für alte kranke Hofdiener. Sein Nachfolger in der Regierung ſollte, wie es das Teſtament ſeines Vaters Karl v. Steiermark (1. Juni 1584) forderte, ſein Erſtgeborener ſein, eine Theilung des Erbes will er vermieden wiſſen; hingegen weist er den andern Söhnen gleichen Antheil an den Fahrniſſen und jedem ein Deputat von 20.000 fl. zu; wenn aber ein Sohn zu einträglichen geiſtlichen Würden gelangte, ſollte er zu Gunſten des Landesfürſten darauf verzichten. Für die Töchter beſtimmt Leopold eine Abfertigung von 45.000 fl. und noch 15.000 fl. zur Ausſteuer, wenn ſie einen Katholiken heirateten. Von allen Kindern verlangt er, daß ſie bei der katholiſchen Religion bleiben, und enterbt ſie für den Fall, als ſie dieſelbe verließen. Zu ihren Vormündern erwählt er den Kaiſer und ſeinen Sohn und ſeine Gemahlin als Mitvormünderin; da erſterer weit entfernt, ſo gibt er letzterer einen Regierungsrath aus ſeinen tüchtigſten Räthen zur Seite, die bis auf ihre und der andern Vormünder weitere Verfügung die Geſchäfte zu leiten hätten. Dieſem Regierungsrathe legt er beſonders die Ringerung der Schuldenlaſt ans Herz; er hofft, daß ihm dabei die Stände und der Kaiſer beſonders an die Hand gehen werden. Seiner Gemahlin Claudia empfiehlt er vorzüglich die Erhaltung der katholiſchen Religion und die Ausrottung der Secten; ſie ſollte keine akatholiſchen Diener und Beamten annehmen. Zu Vollſtreckern ſeines Teſtamentes erbittet er ſich außer dem Landeshauptmann und den Geheimräthen den Biſchof von Brixen und den Abt von Stams [15]).

Die mit Leopold gleichzeitig regierenden Biſchöfe von

Brixen waren: sein Bruder Karl, Hieronimus Otto Agricola, Daniel Zen und Wilhelm v. Welsberg. Erzherzog Karl befand sich meist auf Reisen und gedachte anfangs gar nicht in Brixen, sondern in Breslau zu residiren. Seine Regierung war für das Stift nicht sonderlich wolthätig. Bei seiner beständigen Abwesenheit mußte er die Verwaltung den Beamten überlassen, und dann vermehrte sein bedeutender Hofstaat des Stiftes Schuldenlast. Nach den Ansprüchen, die sein Nachfolger beim Kaiser erhob, hätte er nicht weniger als 59.943 fl. anders als zu des Stiftes Notdurft angewandt; im J. 1620 betrugen die Rückstände der Landschaftsteuer 12.000 fl. Karl starb auf einer Reise nach Spanien am 27. Dec. 1624 zu Madrit. Zu seinem Nachfolger wählten die Domcapitulare nicht den vom Kaiser empfehlenen Cardinal v. Zollern, sondern den Dekan Hieron. Agricola, einen Mann von bürgerlicher Abkunft und geboren zu Villingen. Bald nach seiner Erwählung bat Agricola den Kaiser um Rückerstattung der oberwähnten Ausgaben seines Vorgängers. Die meisten Forderungen wurden auf einer Conferenz anerkannt, aber die Bezahlung ließ noch lange auf sich warten. Des Erzherzogs Leopold Hochzeit besuchte Agricola mit 60 Personen und 40 Pferden. Ein Jahr darauf, am 7. März, endete er schon seine Lebenstage. Agricola war ein frommer und berufseifriger Hirt seiner Gläubigen gewesen, der dem Bisthum viel genützt. Durch weise Sparsamkeit und Einbringung der ausstehenden Guthaben suchte er die große Schuldenlast der bischöfl. Hofkammer zu mindern; durch Wahl guter Priester, Beförderung der Capuciner, Visitation der Seelsorger, Ausrottung ketzerischer Bücher und Verfechtung der kirchlichen Freiheiten den Zustand seiner Diöcese zu heben. Nach seinem Tode erkor das Capitel nach mehrern vergeblichen Scrutinien, den Domherrn Daniel Zen zum Nachfolger, einen geborenen Fassaner, der in Dillingen bei den Jesuiten studirt hatte und Domherr zu Brixen (seit 1613), Breslau und Passau war, seit 1616 auch die Würde eines päbstlichen Kämmerers und Domprobstes bekleidete. Während seines langjährigen Aufenthaltes zu Krems in Niederösterreich, wo er Dekan war, reich geworden, vermochte er wol die hohe Auslage von 14.000 fl. für die päbstliche Bestätigung zu bestreiten und konnte noch auf seinem Todbette der Kirche reiche Geschenke an kostbaren Gefäßen machen. Er starb am 24. Sept. 1628. Nach seiner kurzen Regierung wurde Wilhelm v. Welsberg am

22. Nov. zum Biſchof von Brixen erwählt. Er war der Sohn des Chriſtof Frhrn. v. Welsberg und Primör, hatte ſeine Studien im Collegium zu Rom gemacht und 1604 ein Canonicat zu Brixen, 1627 das Dekanat im Capitel zu Salzburg erhalten. Alle dieſe vier Biſchöfe ſtanden im ganzen mit Leopold auf gutem Fuße. Zwar fehlte es nicht an ſtrittigen Punkten zwiſchen beiden Theilen, zu dem alten Streite wegen des Brixner Adels kam noch der Contributionsſtreit, aber der Erzherzog trat gegen die Biſchöfe nie entſchieden auf, er verhielt ſie nicht energiſch zur Bezahlung der rückſtändigen Steuern noch zur Anerkennung ſeiner Rechte. Da hatten auch die Biſchöfe keine Urſache zum Schutze ihrer Freiheiten weitere Schritte zu thun und begnügten ſich auf ſeine oder der Landſchaft Forderungen und Erklärungen mit Proteſten und Verwahrungen zu antworten [16]).

Während Leopold's Regierung ſaßen auf dem Stuhle zu Trient die Biſchöfe Karl Freiherr v. Madrutz (geſt. 19. Aug. 1629) und Karl Emanuel Frhr. v. Madrutz. Wie ſeine Vorfahren ſtand erſterer an dem römiſchen, kaiſerlichen und ſpaniſchen Hofe in großem Anſehen. Paul V. ſandte ihn im April 1613 als Legaten a latere zum Reichstag in Regensburg. Daß ihm die Kaiſer Rudolf und Mathias ſehr geneigt waren, wurde bereits hervorgehoben. Ferdinand II. und König Philipp von Spanien ſchickten ihn im J. 1620 als ihren Bevollmächtigten und erſterer zugleich als Protektor der deutſchen Nation nach Rom. Die frühern Blätter haben dargethan, mit welchem Eifer der Cardinal für die Erhaltung des Katholicismus in Tirol wirkte; unter ſeiner Regierung zogen die Jeſuiten auch in Trient ein, um hier einem ihnen vermachten Legate von 8700 fl. gemäß Caſuiſtik und Logik zu lehren. Aber nicht bloß die Einheit des Glaubens lag ihm am Herzen, er unterſtützte überhaupt jedes gute Unternehmen. Unter ſeinem Schutze bildete ſich im J. 1628 in Trient eine gelehrte Geſellſchaft mit dem Namen Academia degli Accesi; er war eifrig bemüht, die päbſtliche Bulle, die auf Milderung der Hexenproceſſe drang, in ſeinem Stifte durchzuführen. Nachdem er ſeinen dauernden Aufenthalt in Rom genommen, erwählten die Domherrn auf ſeinen Wunſch ihren Collegen, den Canonicus Karl Emanuel v. Madrutz, am 2. Juli 1622 zu ſeinem Coadjutor, der nach ſeines Oheims Reſignation am 4. Jän. 1629 wirklicher Biſchof wurde. Karl Emanuel war der jüngere von den zwei Söhnen des Frhrn. Emanuel Renatus v. Madrutz, Marquis

v. Challant und hatte zu München, Ingolstadt und Perugia studirt. Am 12. Mai 1630 nahm er von seiner Kirche feierlich Besitz. Auch diese beiden Bischöfe unterhielten mit Erzherzog Leopold gute Beziehungen, wenn gleich ihre Separationsgelüste noch viel größer waren, als die ihrer Amtsgenossen in Brixen [17]).

Erzherzogin Claudia.

§ 9. Claudia und Kaiser Ferdinand II.

Inhalt: Particularcongreß im Nov. 1632. Ausschußversammlung im Jän. 1633. Neue Gefahr. Regierungscolleg. Offener Landtag im J. 1633. Forderungen und Bewilligungen. Rüstungen und Durchzüge. Ausschußversammlungen im Herbst 1633 und März 1634. Uebergewicht der Kaiserlichen. Frankreichs offene Theilnahme am Kriege. Ausschußversammlungen im März und April 1635. Neue Steuern. Die Kämpfe um das Veltlin. Rüstungen und Verhandlungen. Reformirung des Landesvertheidigungssystems auf dem Ausschußtage im Frühjahr 1636 zu Sterzing. Contributionsstreit zwischen den Stiftern und der Landesfürstin. Entscheidung des Kaisers. Ausschußtag im Spätherbst 1636 zu Sterzing. Beschlüsse. Sequestration. Deren nächste Folgen. Vorläufiger Ausgleich zwischen den streitenden Parteien.

Der Charakter der Regierung Claudia's hat mit dem der Regierung ihres Gemahles große Aehnlichkeit. Auch ihre Regierungsjahre fallen ganz in die Zeit des dreißigjährigen Krieges und sind darum eine stürmische Periode. Die Hauptaufgabe der Landesfürstin und der Landschaft bleibt somit dieselbe: der Schutz des Landes nach Außen. Außer den Gefahren, welche die Heerschaaren des genannten Krieges dem Lande bringen, sind es wieder jene seitens der Bünde, die unsere Vorfahren beunruhigen, und wie zu den Zeiten Leopold's droht auch in dem vorliegenden Zeitraum von dieser Seite einmal das heftigste Kriegswetter. Doch betritt während aller vierzehn Jahre kein Feind den Landesboden und werden im Verlaufe der Zeit die unmittelbaren Gefahren immer seltener und geringer. Aber nichts desto weniger leidet das Land unter Claudia's Regierung sehr, und sein Wolstand schwindet zusehens; der durch diesen verderblichen Krieg herbeigeführte allgemeine Verfall Deutschlands übt auch auf Tirol immer mehr seinen Rückschlag und dieser Einfluß wirkt um so unheilvoller, je weniger das Land in sich selbst die Gegenmittel findet. Claudia's Regierung zeigt recht deutlich, wie ohnmächtig und rathlos die Landesbehörden und die Landschaft allgemeiner Not gegenüber-

ſtehen und auf welch ſchiefe Bahn letztere ſchon gerathen. Die Kurzſichtigkeit der Stände und die Selbſtſucht der einflußreichſten Geſchlechter vermag wol alle notwendigen Reformen zu verſchleppen oder zu hintertreiben, aber das Wachsthum des Abſolutismus können ſie nicht hemmen. Doch nicht allein gegenüber den Ständen, ſondern auch gegenüber den Landesbiſchöfen erſtarkt die landesfürſtliche Macht, indem der zwiſchen der Landesfürſtin und den Bisthümern entbrannte Kampf zu Gunſten der erſtern einen vorläufigen Abſchluß findet. Claudia's Regierung zerfällt, wie die ihrer beiden Vorgänger, naturgemäß in zwei Abſchnitte; in dem erſten führt ſie dieſelbe gemeinſam mit Kaiſer Ferdinand II. und im zweiten mit deſſen gleichnamigen Sohne Ferdinand III.

Nach dem Tode des Erzherzogs führten deſſen Räthe und ſeine Gemahlin, die Erzherzogin Claudia, die Verwaltung des Landes bis zur Entſcheidung des Kaiſers über das Teſtament fort. Die Kriegsgefahren ſeitens der Schweden nötigten ſie, noch im November einen Particularcongreß zu halten. Dabei berieth man ſich, wie die läſſig eingehenden letzten Hilfen beſchleunigt werden könnten und was es mit der Forderung der Bauern, nach dem Ableben des Landesfürſten das Hochwild ſchießen zu dürfen, für eine Bewandtniß habe. Das Begehren für das Lichtenſteiniſche Regiment Quartier und Unterhalt zu gewähren wurde abgeſchlagen. Bald nach dieſer Verſammlung trat, am 26. Jän. 1633, der engere Ausſchuß in Bozen zuſammen. Joh. Lintner, geh. Rath und oberſter Hofkanzler und Jak. Khuen von Belaſi Graf zu Lichtenberg, Kammer- und oberöſterr. Regimentsrath unterhandelten als kaiſerliche und erzherzogliche Commiſſäre mit den Ständen wegen Errichtung dreier neuer Regimenter und verlangten für den Hofſtaat und Abdankung des Hofgeſindes 60.000 fl. Die Landſchaft bewilligte Quartier und Unterhalt für das ehevorige Wolkenſteiniſche und die beiden neu errichteten Regimenter Lichtenſtein und Arco unter den Bedingungen, daß jedes nur 2200 Mann ſtark ſei, und daß die Portion für den Mann zu Fuß auf 15 kr. und für den Reiter auf 18 kr. veranſchlagt werde [1]).

Bald nach dem Tode Leopold's fiel des Kaiſers größter Feind, Guſtav Adolf, in der Schlacht bei Lützen und damit ſchien für Deutſchland der erſehnte Friede wiederzukehren; aber es kam anders. An die Spitze der Gegenpartei trat nun der ſchwediſche Kanzler Oxen-

ſtierna, der im Verein mit dem franzöſiſchen Geſandten die vier oberrheiniſche Kreiſe zum Heilbronner Bündniſſe zu bewegen wußte (am 23. April 1633). Die Herzoge Bernhard von Weimar und Georg von Sachſen führten die feindlichen Heere an. Bernhard verwüſtete im April und Mai 1633 gemeinſam mit den Generalen Horn und Torſtenſon Baiern. Nach Eroberung von Abensberg rückten die Feinde über den Lech nach Schöngau. Dieſe wachſende Feindesgefahr drängte den Kaiſer, die tiroliſchen Verhältniſſe zu regeln und die Stände um Hilfe anzugehen. Das Erſte, was er that, war natürlich die Einſetzung einer Regierung. Er hielt ſich dabei ganz an das Teſtament ſeines Bruders und ſtellte demgemäß der Erzherzogin, da er ſelbſt nicht das Land verwalten konnte, ein Rathscollegium von 5 Männern an die Seite. Darunter waren: Graf Fortunat v. Wolkenſtein-Rodenegg, Olivarius Schinkelli Graf zu Caſalpudano, Ritter des Ordens St. Jakob v. Schwert, oberſter Hofmeiſter der Erzherzogin; Dr. Joh. Lintner, oberſter Hofmeiſter; Ulrich v. Stotzingen zu Edelmeſtingen; W. Binner wurde als tiroliſcher Kanzler eingeführt. Außerdem bekleideten noch die Präſidenten des Regimentes und der Hofkammer, Berchthold Graf v. Wolkenſtein-Troſtburg und Marquard Schiller von Herdern, die Geheimrathswürde. In der Inſtruction vom 8. April 1633 trug der Kaiſer den Geheimräthen insbeſonders auf, der Erzherzogin den geziemenden Reſpect nicht zu verſagen, die Reinerhaltung der katholiſchen Religion und Sitte, den Schutz der Kirchen, Spitäler und Klöſter und die Tilgung der Schulden ſich vor allem angelegen ſein zu laſſen. Gleichzeitig berief der Kaiſer auch einen offenen Landtag nach Innsbruck. Ferdinand begab ſich aber nicht ſelbſt dahin, ſondern ſchickte den Adminiſtrator des Hochmeiſterthums in Preußen, Kaſpar v. Stadion und den Grafen Ernſt Fugger als ſeine Commiſſäre [2]).

Die kaiſerlichen Commiſſäre forderten gemeinſam mit der Erzherzogin von der Landſchaft vor allem die Leiſtung der Erbhuldigung. Dagegen verlangten die Stände vorläufig Mittheilung des Teſtamentes Leopold's und nachdem dieſes im Auszug mitgetheilt worden, die Beſtätigung der Privilegien und die Aufhebung des Schenkpfennings. Als beides zugeſagt worden, leiſteten ſie die Erbhuldigung ohne weitern Anſtand. Die Beſtätigung der Landesfreiheiten erfolgte ſchon am 14. Juli 1633 und der Schenkpfenning wurde

noch früher aufgehoben. Die kaiserliche Proposition enthielt aber noch eine Reihe weiterer Begehren. 1. Sollten die Stände einen Theil der auf Millionen sich belaufenden Kammerschulden übernehmen; 2. auf Mittel denken, wie sie ihre eigenen Schulden tilgen könnten; 3. zum Unterhalt der Erzherzogin und ihrer Kinder einen jährlichen Beitrag von 50.000 fl. gewähren; 4. zur Abdankung des Hofstaates ein für alle Male 100.000 fl. vorstrecken und endlich 5. zur Landesdefension, zum Unterhalt der Kriegsvölker u. s. w. die nächsten sechs Monate 52.000 fl. bewilligen. Die Gesammtforderung an Baargeld betrug demnach ohne die zu übernehmenden Kammerschulden 462.000 fl. Die Landschaft zeigte sich diesmal, weil man den Schenkpfenning erlassen, viel bereitwilliger. Zwar übernahm sie keine Kammerschulden, aber von der hohen Baarsumme bewilligte sie 352.000 fl. und für den Nachlaß des Schenkpfennings noch 16.000 fl., nämlich 50.000 fl. für den Hofstaat, 40.000 fl. zur Abdankung des Hofgesindes, 60.000 fl. zur Verpflegung der angeworbenen Regimenter und ein Zwangsanlehen von 200.000 fl. zur Landesdefension. Außerdem verehrte sie noch dem kaiserl. Principal-Commissär v. Stadion 5000 fl. Die Abledigung der Landschaftschulden wurde wol beratschlagt, aber nichts hievon in Angriff genommen. Die Beiträge für die Hofhaltung und Abledigung des Hofstaates gaben abermals Veranlassung zum Streit zwischen den Stiftern und Ständen; erstere wollten sich den Beschlüssen der Mehrheit nicht fügen und verweigerten hierin jede Mithilfe [3]).

Die bewilligte Hilfe wurde sogleich zur Befestigung der Grenzpässe und zur Anwerbung von Soldaten verwandt. Damals ließ Claudia die Schanze in der Scharnitz erbauen, die nach ihrem Namen benannt wurde. Doch verschwanden die Gefahren für Tirol bald. Das feindliche Hauptheer an der Donau wurde durch einen Aufstand gelähmt und indeß zog der bisherige Statthalter von Mailand Olivarez de Figueron, Herzog von Feria, mit 12.000 Mann Fußvolk und 1500 Reitern heran, um die österr. Vorlande zu retten und dem hartbedrohten Lothringen beizuspringen. Doch für die Kosten dieser Durchmärsche, für die Anwerbung und Erhaltung der längere Zeit im Lande befindlichen drei Regimenter und andere Defensionsauslagen reichten die 200.000 fl. nicht hin, und darum wurde noch im Herbste 1633 der engere Ausschuß nach Bozen beschrieben. Der kaiserl. Commissär theilte der Landschaft die inzwischen

eingelaufenen Kriegsnachrichten mit und verlangte außer der Verproviantirung weiterer Durchzüge noch 50.000 fl., die, wie es scheint, bewilligt wurden. Damals wurde der berühmte General Josef v. Werth zweimal an den Hof nach Innsbruck berufen, um die Besetzung der Klausen Ehrenberg, Kufstein und Scharnitz zu berathen, die von den tirolischen Ständen geworbenen Regimenter aufzustellen und die Märsche mit dem Herzog Feria zu verabreden. In der ersten Hälfte des Jahres 1634 stieg die Gefahr noch höher als im Vorjahre. Die Rheingrafen Otto und Josef Philipp schlugen die Kaiserlichen bei Thann und eroberten Freiburg und Rheinfelden; der schwedische Feldmarschall Horn bedrohte die Seestädte Constanz, Ueberlingen und Lindau und fiel ins Allgäu ein. Man hatte einen Angriff auf die vorarlbergischen Herrschaften zu befürchten. Zur selben Zeit wurden auch die Verhältnisse in Graubünden bedenklicher. Der Duc de Rohan schien mit den Bünden und akatholischen Orten Anstalten gegen Tirol zu treffen. Die Verschwörung des Herzogs von Friedland brachte nahe und fern dem Hause Oesterreich Gefahr. Diese Fährlichkeiten hatten nach einem kurzen Particularconvente im Febr. schon im März wieder den Zusammentritt des engern Ausschusses zur Folge. Claudia richtete an die Landschaft die Aufforderung, auf Mittel zu denken, wie nicht allein das noch im Lande weilende Regiment Wolkenstein, sondern auch andere Mannschaft ein Jahr lang erhalten und Tirols Grenzen gegen Westen und Norden, im Vintschgau und Innthal, geschützt werden könnten. Darauf gab die Landschaft eine fünfmonatliche Beisteuer von je 40.000 fl. Zur Einbringung dieser Summe beschloß sie ein Umgeld von 1 fl. per Yhren in der Grafschaft Tirol und in den Bisthümern zu erheben und auf Behausungen und Feuerstätten eine Extraanlage zu legen. Da diese aber nicht die Genehmigung der Fürstin erhielt, vertauschte sie dieselbe mit einer Personalsteuer. So mußte also die Landschaft im Drange der Not selbst zu jenen Mitteln greifen, die sie den Landesfürsten bisher immer versagt hatte [4]).

In der zweiten Hälfte des J. 1634 trat in der Kriegsgeschichte eine entschiedene Wendung ein. Nach der Ermordung Wallensteins übernahm des Kaisers gleichnamiger Sohn Ferdinand, König von Ungarn, den Oberbefehl über die kaiserliche Armee und begann seine siegreiche Laufbahn mit der Eroberung der Städte Landshut und Regensburg. Ihm zog im Sommer der Cardinalinfant Don Fer-

nando von Mailand aus durch Tirol zu Hilfe. Damit war vorläufig für unſer Land jede Gefahr beſeitigt und deshalb baten die Stände auf einer Zuſammenkunft zu Innsbruck im Juni um Remedirung der harteinbringlichen Verwilligungen und Abführung der noch im Lande liegenden ſpaniſchen Völker. Die darauffolgenden Ereigniſſe waren der Erfüllung dieſer Bitte günſtig, denn die Lage der Kaiſerlichen geſtaltete ſich immer beſſer. Mit Ferdinand's Sieg bei Nördlingen (6. Sept. 1634) kam ganz Süddeutſchland in ihre Gewalt und die Macht der Feinde ſchien gebrochen. Doch mit dieſer Niederlage der Schweden veränderte ſich die ganze politiſche Situation; ſie rief Frankreich, das ſich bisher am dreißigjährigen Krieg nur indirect betheiligt, auf den Kriegsſchauplatz. Der franzöſiſche Miniſter Richelieu ſchloß am 28. April 1635 einen neuen Vertrag mit Schweden auf wechſelſeitige Unterſtützung und im Juni erklärte er an Spanien und hiemit indirect auch an Oeſterreich den Krieg. Damit beginnt eine neue, die ſchwediſch-franzöſiſch-deutſche Periode des großen Krieges, der von nun ganz den Charakter eines Religionskrieges verliert. Dieſelbe ſchien für Tirol verhängnißvoll zu werden. Die Franzoſen ſtrebten vor allem dahin, dem Kaiſer weitern Succurs aus Italien abzuſchneiden und beeilten ſich daher, das Veltlin in ihre Hände zu bringen. Zu dieſem Zwecke führte der Herzog Rohan ſogleich ſeine Armee vom Elſaß nach Graubünden und bemächtigte ſich noch Ende April des genannten Thales. Die Haltung der Bündner und das Vorrücken der Franzoſen beunruhigte die Innsbrucker Regierung; man beſorgte einen Einbruch der letztern ins Land. Darum ward vom 25. Febr. bis 21. März eine Verſammlung des kleinen Ausſchuſſes zu Bozen gehalten, wohin ſich Claudia der Peſt wegen begeben hatte. Dieſe forderte von der Landſchaft Hilfe zum Schutze des Landes und zum Unterhalt der Erbprinzen und legte ihr wieder einmal die Ablediguug ihrer Schulden ans Herz. Die Stände beſchloſſen zur Erhaltung des landſchaftlichen Credites den Weinpfenning auf 1½ fl. zu erhöhen, einen Fleiſchpfenning in allen Metzbänken zu erheben und eine Extrafteuer anzulegen; für den Hofhalt votirten ſie 40.000 fl., gegen welche Hilfe jedoch die Stifter wieder proteſtirten; die Erhöhung der frühern Defenſionsbewilligungen ſchlugen ſie ab. Dieſer Mangel an Opferwilligkeit wurde bald durch eine neue Einberufung beſtraft. Claudia verlangte von dem Ende April in Bozen verſammelten engern Ausſchuß, daß man

600 Mann für die Vertheidigung des Vaterlandes anwerbe und unterhalte und das Landvolk aufbiete; sie zeigte zugleich an, daß andern Falls der Kaiser 12.000 Mann ins Land rücken und die Grenzen besetzen lassen würde; er habe bereits darauf bezügliche Befehle an die Regimenter Wolkenstein, Truchseß und Arco ergehen lassen. Die Landschaft bat, bloß 600 Mann ins Land zu bringen, und bewilligte für die nächsten vier Monate je 30.000 fl. als Landesdefensionshilfe. Nun versprach ihr die Erzherzogin, den gewünschten Gegenbefehl vom Kaiser zu erwirken. Es war aber hiezu schon zu spät, die commandirten (10.000) Mann rückten in unsere Berge und lagerten sich im Vintschgau und Innthal [5]).

Dem Kaiser war es nicht so sehr um dem Schutz Tirols als um die Wiedereroberung des Veltlins zu thun. Darum beschränkte sich die kaiserliche Armee nicht auf die Bewachung der Grenzen, sondern drang Anfangs Juni durch das Münsterthal in die Herrschaft Worms ein, um den Spaniern die Hand zu reichen; aber der Herzog Rohan besiegte beide Feinde in zwei Gefechten, zwang die Kaiserlichen zum Rückzug nach Tirol und bedrohte dies Land vom Münsterthale aus. Die Gefahr war um so größer, weil er, als Bundesgenosse der Bündner, im Lande selbst Anhang hatte. Es ist das unsterbliche Verdienst des Kanzlers W. Bienner, durch seine gewandte Politik, durch seine geheimen Unterhandlungen mit hervorragenden Bündnern unser Vaterland vor feindlicher Ueberschwemmung gerettet zu haben. Aber vor den Brutalitäten der eigenen Leute vermochte er es nicht zu schützen. Die zurückkehrenden kaiserlichen Soldaten ließen ihren Groll über die Niederlagen an den armen Bewohnern des Landes aus und hausten wie wilde Horden. Ober- und Unterinnthal wurde gänzlich ausgeplündert und zudem die Pest eingeschleppt. Dabei kamen 16.000 Leute ums Leben, worunter viele streitbare Männer. Noch im Juli baten die Stände um Abführung der zuchtlosen Schaaren, aber erst auf einem weitern Convent im September konnten sie dieselbe gegen Bewilligung von 20.000 fl. erwirken. Denn inzwischen hatten die Franzosen und Bündner abermals zwei Siege erfochten und damit war den Kaiserlichen und Spaniern alle Aussicht benommen, sich des Veltlins zu bemächtigen; daher zogen erstere bis auf das Prisingelli'sche Regiment ab, das zum Schutze Tirols zurückblieb. Bald schien auch dies überflüssig. Die Franzosen überwarfen sich mit den Bündnern,

weil ſie ihnen die ſogen. Tusner Artikel aufdrängen wollten, die ihre Gewalt über das Veltlin ſehr einengten. Darum traten letztere mit der Erzherzogin Claudia in Unterhandlung, um die Aufhebung des Vertrages vom J. 1629 und die Erneuerung der Erbeinigung von 1518 zu erzielen und Hilfe zur Vertreibung der Franzoſen zu erlangen. Die Stände Tirols fühlten ſich ſchon ſo ſicher, daß ſie auf einem Particularcongreß zu Meran im Mai 1636 ſich weigerten, noch länger obgenanntes Regiment zu erhalten und ſchließlich nur eine Hilfe von 30.000 fl. gewährten. So gefahrlos war nun allerdings die Lage noch nicht. Da die Verhandlungen zwiſchen den Bündnern und der Erzherzogin ſich zerſchlugen, ſo einigten ſich jene mit den Franzoſen. Doch zogen in Folge deſſen die Franzoſen im J. 1637 aus dem Veltlin und Bündnerlande ab und die Bündner traten jetzt mit Spanien in Unterhandlungen. Am 3. Sept. 1639 ſchloſſen beide Mächte wegen des Veltlin's Frieden. Damit war auch zu einem Vertrage mit Oeſterreich der Boden geebnet, es begannen neuerdings die Verhandlungen wegen der Erbeinigung und ſchon am 23. Febr. 1640 kam ein vorläufiger Vertrag zu Stande [6]).

Die eben geſchilderten auswärtigen Gefahren waren in dieſen Jahren für Tirol um ſo größer, als deſſen Vertheidigungsſyſtem ſich völlig unzulänglich erwies und der ſchon ſeit längerer Zeit beſtehende Conflict zwiſchen den Stiftern und der Landesfürſtin ſich immer mehr verſchärfte. Wir haben geſehen, wie die Erzherzoge Ferdinand II., Maximilian und Leopold auf eine gründliche Reform des Landlibelles drangen, wie aber die Stände derſelben immer widerſtrebten, wobei der Hang zum Alten und die Furcht vor neuen Laſten ebenſo mächtig geweſen ſein mögen als der Eigennutz und die Kurzſichtigkeit der herrſchenden Geſchlechter. So war Alles, was auf dieſem Gebiete bis zur Regierung Claudia's ſeit Ferdinand I. geſchehen, die Zuzugsordnung vom J. 1605 und der Vertrag mit Trient vom J. 1613. Aber die Kriege mit den Bünden und der Schwedenkrieg hatten deutlich gezeigt, daß man mit den bisherigen Zuzügen nicht ausreiche; man hatte wiederholt zu theils im Land geworbenen, theils ausländiſchen Söldnerregimentern die Zuflucht nehmen müſſen. Lieber als fremde Truppen im Lande haben und bezahlen oder einheimiſche Söldner unterhalten, wollte die Landſchaft doch ſich zur Reform des Landlibelles bequemen. Der Gegenſtand

kam auf der Versammlung des kleinen Ausschusses, den Claudia im Februar und März 1636 zu Sterzing hielt, zwischen ihren Commissären Joh. Werner von Reitenau, oberösterr. Kriegsrathspräsidenten und Leo Marquard Schiller von Herbern, Kammerpräsidenten und der Landschaft zu ernster Beratung. Der Hof kam mit den Stiftern und Ständen überein, daß das Land anstatt des bisher verfassungsmäßigen, auf das Maximum von 20.000 Mann festgesetzten Zuzuges vier ordentlich organisirte Regimenter aufstelle. Die wichtigsten der damit verknüpften Modalitäten waren folgende: Die Stände treffen die Vereinbarung nur unter Vorbehalt der Landesfreiheiten, auf Ratification eines offenen Landtages und einsweilen auf drei Jahre. Das Hochstift Trient beruft sich auf den Vertrag von 1613 und Brixen behält sich seine eigene Fahne vor. Die Hochstifter, Städte und Gerichte wollen einsweilen, weil sie sich mit den Prälaten und Adeligen in Betreff der Differenzen wegen des Anschlages nicht einigen konnten, die Zahl ergänzen, doch muß diese Angelegenheit auf dem nächsten offenen Landtag ins Reine gebracht und die Vergütung vom Prälaten- und Adelstande geleistet werden. Die vier Regimenter werden mit Rücksicht auf den Anschlag der Viertel in möglichst gleicher Anzahl gebildet; zwei Drittel der Mannschaft erhalten Musketen und beinahe ein Drittel Springstöcke. Jedes Regiment hat einen Oberst, Oberstlieutenant, Oberstwachtmeister, drei Stabscapitaine und drei andere Hauptleute und besteht aus sechs Compagnien. Die Wahl der Mannschaft geschieht jeden Ortes durch die Obrigkeiten im Beisein der Officiere; statt der Erwählten können andere taugliche Personen gestellt werden. Nach drei Jahren werden die Einrollirten überhaupt ausgewechselt. Die Zuzugsmannschaft steht in Kriegszeiten unter dem Kriegsgerichte. Dem Landtagsabschiede vom J. 1632 gemäß wird auch einer von den Städten und einer von den Gerichten zu den Landräthen beigezogen; die Prälaten behalten sich die bezüglichen Rechte vor. Die Landschaft erhöht ihren bisherigen Beitrag zur Aufrechthaltung des Milizwesens (15.000 fl.) auf 20.000 fl.; eine weitere Erhöhung und die Entscheidung über Erhaltung und Reparirung der Gewehre wird dem offenen Landtag anheimgestellt; wegen des Landsturmes bleibt es beim Alten. Obwol zunächst nur für drei Jahre in Aussicht genommen, dauerte dieser reformirte Plan des Milizwesens doch bei 30 Jahre, aber es bildeten die unentschiedenen Punkte den Gegenstand fortwährender

Streitigkeiten. Dieſe Ausſchußverſammlung bewilligte auch eine Hilfe von 24.000 fl. zum Unterhalt des Priſingelli'ſchen Regimentes und 3000 für Befeſtigungen und Ausrüſtungen. Dabei entſchuldigten ſich die landesfürſtlichen Commiſſäre wegen des Einrückens der kaiſerl. Armee ins Land, die Stände hingegen erhoben bittere Klage über die durch dieſelbe angerichteten Verwüſtungen. Auf einer Particularzuſammenkunft im Monat Mai wurden 30.000 fl. zur Erhaltung obigen Regimentes votirt [7]).

Der zweite Ausſchußtag des J. 1636, der in den Monaten October und November zu Sterzing gehalten wurde, war gleichfalls von hoher Wichtigkeit. Hiebei trat in den Streitigkeiten zwiſchen dem Landesfürſten und den beiden Stiftern eine entſchiedene Wendung ein. Trient und Brixen hatten nämlich auch unter Claudia's Regierung ihre Separationsgelüſte fortgeſetzt und bisher ſtets ſich geweigert, an den Contributionen der Stände, die nicht die Landesdefenſion betrafen, ſich zu betheiligen. Die Landſchaft wurde darüber ſchon im erſten Jahre ſo erbittert, daß ſie die Stifter mit gewaffneter Hand zu überziehen drohte. Aber Claudia zog anfangs den Weg der Güte vor und ſchloß mit Trient einen Vergleich. Als ſie jedoch bemerkte, daß man ſie nur täuſchen wolle, ſchickte ſie ſogleich zwei Compagnien in das trientiniſche Gebiet und die rückſtändigen Steuern wurden bezahlt. Allein das genügte ihrer weiſen Sorge noch nicht, ſie wollte auch für die Zukunft die alten Rechte und das Herkommen ſicher ſtellen und wandte ſich zu dieſem Behufe an den Kaiſer. Ferdinand II. ſchickte noch im J. 1633 eine eigene Commiſſion nach Tirol, die, als die Stifter bei ihrer Abſonderung verharrten, ihnen executoriſche Handhabung der Rechte der jungen Landesfürſten ankündigte. Die Stifter übergaben dagegen eine weitläufige Vorſtellung, worin ſie erklärten, ſie wollten den Rechtsweg betreten. Brixen ſandte im folgenden Jahre Jeſſe Perghofer, Dekan von Flaurling und Conſiſtorialrath, nach Rom und bald darauf Georg Walter nach Wien, das Hochſtift Trient ordnete Dr. F. Pilati an den kaiſerlichen Hof ab. Perghofer erwirkte vom Pabſt ein Breve, worin er die Landesfürſtin ernſtlich von Gewaltacten gegen die Stifter abmahnte; daſſelbe thaten die Geheimräthe Kaſpar v. Stadion und H. Jak. Graf Fugger. Der Hofkanzler Bienner hingegen rieth ihr, ſie ſollte die eben zur Schlacht bei Nördlingen durchziehenden ſpaniſchen Kriegsvölker benützen, um das Stift

Brixen zu beſetzen und den Biſchof als heimlichen Feind des Kaiſers gefangen zu nehmen. Allein die Erzherzogin ſchenkte den beſchwichtigenden Räthen mehr Gehör und wartete des Kaiſers Beſcheid ab. Dieſer überſandte ihr die Vorſtellung der Biſchöfe zur Gegenäußerung und drückte den Wunſch aus, daß ſie vorläufig alle Thätlichkeiten vermeide. Dazu ermahnten ſie auch ein abermaliges Breve des Pabſtes im Januar 1635 und ein dringliches Schreiben des päbſtlichen Nuntius Malaſpina in Wien. Hiemit trat ein längerer Stillſtand im Streite ein, während deſſen Dauer die Beziehungen zwiſchen den Stiftern und dem Innsbrucker Hofe ganz leidlich waren. Beide Theile rüſteten ſich durch Nachforſchungen in den Archiven zu weiterem Federkampfe. Anfangs 1636 überſchickte die Fürſtin dem Wiener Hofe eine ſummariſche Deduction der Rechte des Landesfürſten Tirols. Darauf erklärte der Kaiſer am 17. Mai nicht als Richter, ſondern auf dem Wege der Güte: er könne nicht zulaſſen, daß die ſeit undenklichen Zeiten zwiſchen den beiden Fürſtenthümern und der tiroliſchen Landſchaft im Steuerweſen ausnahmslos beſtehende Harmonie dermalen getrennt werde, und begehre von den Stiftern, daß ſie ſich wie bisher zum Steuerweſen bequemen. Allein die Biſchöfe hatten ſich indeß ſchon in der Vorausſicht einer ungünſtigen Entſcheidung an den Kurfürſtentag zu Regensburg gewandt und erklärten darum am 27. und 29. Juni dem Kaiſer, ſie werden alle Rechtsmittel ergreifen, um ſich gegen weitere Anmaßungen und Gewaltthätigkeiten der Erzherzogin zu ſchützen und ihren Kirchen ihre rechtmäßige Freiheit zu erhalten. Da trat Ferdinand entſchiedener auf; er tadelte ſie, daß ſie ſeine frühere Reſolution mit allerlei bedenklichen Argumenten anfechten und noch nie erhörte Wege einſchlagen, und gebot, es ſoll beim alten Herkommen verbleiben. Eine damals im Lande graſſirende Seuche gab Anlaß zu den erſten Gewaltthätigkeiten. Der Richter von Salern und der Sohn des Gerichtſchreibers zerſtörten nämlich im Auftrage der brixneriſchen Räthe eine Wachthütte und einen Schlagbaum, die das Landgericht Sterzing an der Grenze, aber auf brixneriſchem Gebiete errichtet hatte. Dafür überfielen ſie 150 bewehrte Männer und ſchleppten ſie nach Innsbruck. Als der Biſchof von Brixen deren Freilaſſung verlangte, antwortete die Erzherzogin ſehr heftig. Da ſuchte er ſie zu begütigen, aber die Gefangenen erhielten erſt im December ihre Freiheit. Nach Empfang des zweiten kaiſerlichen Schreibens

erbat ſich der Biſchof von Brixen eine Friſt von wenigſtens ſechs Wochen, um die Ruraldekane einzuberufen und darüber zu befragen. Claudia wollte aber von dieſem Aufſchub nichts wiſſen und drängte den Biſchof zur Entſcheidung. Zugleich berief ſie auf denſelben Tag, auf den die Ruraldekane nach Brixen geladen waren, die Stände ohne die Stifter und Capitel, nach Sterzing und ſandte den Reichshofrath und oberöſterreichiſchen Regimentskanzler W. Bienner und den oberöſterr. Regimentsrath Frhrn. v. Fels als ihre Commiſſäre dahin [8]).

Die Commiſſäre machten die Stände mit beiden Schreiben des Kaiſers bekannt und begehrten, daß ſie die Mittel zu deren Ausführung beratſchlagten. Die Stände beſchloſſen, an den Biſchof von Trient durch Dominik Vigil. Graf v. Spaur, Landeshauptmann, und an den Biſchof v. Brixen durch Frhrn. Veit Künigl die kaiſerl. Reſolutionen nebſt mündlichem Vortrag zu inſinuiren und hierüber kategoriſche Erklärung zu fordern. Sollten dann die Biſchöfe ſich noch nicht bequemen, ſo wollte man alle den Stiftern gehörigen aber auf landesfürſtlichem Territorium gelegenen Mittel und Einkünfte unter Sequeſter legen und nach Ablauf der feſtgeſetzten Zeit an den Meiſtbietenden verkaufen; auch alle Durchfuhr ſperren. Die Biſchöfe fügten ſich nicht und ſo kam es zur Sequeſtration ihrer Güter, wozu der Kaiſer ſelbſt Claudia in einem Schreiben aufforderte. Als der Biſchof von Brixen ſeine Antwort vom 21. October wieder zurück erhielt und die Stimmung des Ausſchuſſes kennen lernte, reiste er zu den Kurfürſten nach Regensburg und darauf nach Wien, um perſönlich ſeine Sache zu vertreten. Er bekam in den Audienzen bei den kaiſerl. und königl. Majeſtäten, bei den anweſenden Kurfürſten gute Vertröſtung. Die Kurfürſten verſprachen Interceſſion und Fürbitte beim Kaiſer, damit er der Erzherzogin Einſtellung der Sequeſtration befehle und den Contributionsſtreit einer unparteiiſchen Commiſſion oder dem Kammergerichte überweiſe. Allein Ferdinand II. war dazu um ſo weniger geneigt, als die reſpectloſen und heftigen Aeußerungen, die ſich der Biſchof in ſeinen Schriften erlaubt hatte, ihn verſtimmten. Er befahl darum der Erzherzogin gerade das Gegentheil, mit der Execution fortzufahren. Claudia hatte aber keinen Grund, mildere Saiten aufzuziehen; die Haltung des Brixener Capitels und des Biſchofes mußte ſie eher zum Gegentheil reizen. Das Capitel ließ *nämlich* das von Perghofer erwirkte Monitorium um dieſe Zeit an

mehrern Orten der Diöceſe publiciren. Das erbitterte Claudia ſehr; ſie antwortete am 12. Febr. 1637 mit einer heftigen Proteſtation, die ſie an allen Orten ihres Gebietes und ſelbſt im Bisthum Brixen unter Trommelſtreich an Sonntagen auf offenen Plätzen kundmachen ließ, und machte Anſtalt, Brixen mit Gewalt zu überziehen. Da beſchwichtigte der Biſchof vorläufig den Sturm, indem er ſeinen Weihbiſchof mit verſöhnlichen Anträgen nach Innsbruck ſchickte, nahm aber gleichzeitig wieder ſeine Zuflucht zu den Kurfürſten, zu den Erzbiſchöfen von Salzburg und Prag und zum päbſtlichen Nuntius in Wien. Dieſe ſollten ſeine Beſchwerdeſchrift mit ihren Vorſtellungen unterſtützen [9]).

Alle dieſe Bemühungen fruchteten aber wenig; weder Ferdinand II. noch ſein Sohn Ferdinand III. beeilten ſich, die vorgebrachten Beſchwerden und Vorſtellungen zu beantworten. Das machte den Biſchof von Brixen nachgiebiger. Als Claudia ſeine Weigerung, ſich an der im J. 1637 von den Ständen bewilligten Defenſionshilfe zu betheiligen, heftig erwiderte, ſuchte er ſie mit vieler Gelaſſenheit zu begütigen. Im Sommer 1638 knüpfte er durch ſeinen Weihbiſchof Unterhandlungen an und erklärte ſich bereit, die Hilfen für die Privatnotdurft des Landesfürſten als freie Beiträge zu leiſten, was aber nicht angenommen wurde. Das Capitel zeigte ſich um dieſelbe Zeit noch mehr entgegenkommend und erlangte dadurch die Aufhebung des auf ſeine Güter gelegten Arreſtes. Die Entſcheidung Ferdinand's III. vom 23. December 1638, worin er ſich ganz der Erklärung ſeines Vaters anſchloß, bewog auch den Biſchof zu größerem Entgegenkommen. Aller Ausſichten vorläufig beraubt, erbot er ſich am 17. Jän. 1639 an Landſchaftſteuerrückſtänden für diesmal, doch mit Vorbehalt ſeiner Rechte, 15.000 fl. zu erlegen; der im März zu Innsbruck verſammelte Ausſchuß nahm ſein Angebot an, als er dasſelbe auf 17.000 fl. erhöhte. Nun wurde das über ſeine Güter verhängte Sequeſter aufgelaſſen. Einen ähnlichen Verlauf nahm der Streit mit dem Bisthum Trient, das diesmal ſtets Brixens Bundesgenoſſe war; auch er endete mit einem Vergleich, indem ſich das Stift zur Zahlung der rückſtändigen Steuern, des Fleiſch- und Weinpfennings gegen Auflaß des Arreſtes verſtand. Aber dauernd waren mit dieſen Vergleichen die Contributionsſtreitigkeiten nicht beſeitigt, da die Biſchöfe ihre Rechte ſich vorbehalten hatten und ſie bei jeder Gelegenheit wieder verfechten konnten [10]).

§ 10. Claudia und Ferdinand III.

Inhalt: Weiterer Verlauf des dreißigjährigen Krieges. Ausschußversammlungen in den Jahren 1637 und 1638. Die Versammlung des großen Ausschusses im März 1639 zu Innsbruck. Allianz mit Spanien. Trauriger Zustand des Landes Tirol im J. 1640. Vandalismus der Soldaten. Pest. Hohe Steuern. Mißwirtschaft der Stände. Verschleppung der Reformen. Offener Landtag d. J. 1640. Proposition. Antwort der Landschaft. Replik der Landesfürstin. Vorwürfe und Forderungen. Resolution. Vorschlag über die Consultationsart im Landtag. Duplik und Triplik. Bewilligungen. Antwort der höhern Stände im Zuzugsstreit. Mitglieder der Commissionen. Bedeutung des Landtages. Neue Gefahren. Landtag des J. 1643. Ausschußtag im J. 1645. Einigung mit den Bünden. Streitigkeiten mit Brixen und Trient. Deren Tragweite. J. Platzgumer, Bischof von Brixen. Fortdauer innerer Uebelstände. Finanzwirtschaft. Justizpflege. Wahrung der landesfürstlichen Rechte. Nachsicht gegen Höflinge und Beamte. Hofkanzler W. Biemner. Characteristik der Claudia Felicitas und ihrer Regierung.

Mit dem Tode Ferdinand II., der am 15. Febr. 1637 erfolgte, trat in der Verwaltung Tirols keine wesentliche Veränderung ein. Es wurden wol, wie es scheint, einige neue Regiments- und Geheimräthe ernannt, aber die Instruction, die Ferdinand III. am 21. Mai ertheilte, lautet wörtlich der seines Vaters gleich und sein Verhältniß zu Claudia trägt keinen andern Charakter als das Ferdinands II.

Es war ein Glück für Tirol, daß es, während die Streitigkeiten mit den Bischöfen immer heftiger entbrannten, von dem französisch-deutschen Kriege nichts zu fürchten hatte. Nach dem Siege bei Nördlingen und dem bald darauf zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen geschlossenen Prager Frieden bekamen für einige Zeit die Kaiserlichen entschieden das Uebergewicht; doch der Sieg Banér's bei Wittstock vom 4. Oct. 1636 verschaffte den Schweden wenigstens in Norddeutschland wieder die Vorderhand und bald darauf errang auch Bernhard von Weimar, der seit October 1635 in französischem Solde stand, am Oberrhein neue Erfolge. Die kaum von Feindeshand befreiten Vorlande ja selbst Tirol schienen in neuer Gefahr zu sein. Dies die Veranlassung zur ersten Ausschußversammlung in Ferdinand III. Regierung, die im Juli 1637 zu Innsbruck tagte. Claudia verlangte 12.000 fl. zur Erbauung der Feste Ehrenberg, 40.000 fl. für weitere Landesdefension und eine ergiebige Summe zur Erhaltung und Einrichtung des neuen Hofstaates. Die Stände bewilligten davon nur wenig. Da zog Claudia den Schenkpfenning wieder an sich, den in letzter Zeit die Landschaft genossen hatte, trotz deren energischer Protestation. Tirol

wurde allerdings um dieſe Zeit nicht weiter bedroht, aber die Vorlande giengen in der That verloren. Im Verlaufe des Jahres 1638 ſchlug Bernhard von Weimar die Kaiſerlichen in zwei Schlachten und brachte nacheinander die drei Waldſtädte, Freiburg und die wichtigſte Feſtung Breiſach in ſeine Gewalt. Dieſe Hiobsposten ſchreckten die Stände und ſie bewilligten auf einem Ausſchußtag dieſes Jahres 20.000 fl. für den Zuzug der Landmilizen, 8000 fl. für Fortificationen, 3000 fl. zur Ausrüſtung des Innsbrucker Zeughauſes und 8000 fl. zum Ankaufe von 4000 Armeepferden, die zum Entſatze von Breiſach beſtimmt waren, alſo im ganzen 39.000 fl. Auch mußten ſie für den Durchzug der kaiſerlichen Armee ſorgen, die unter dem Feldmarſchalllieutenant Götz den Vorlanden aus Italien zu Hilfe eilte; weshalb eine Particularzuſammenkunft nach Neumarkt einberufen wurde [1]).

Solche Hilfen waren jedoch zu gering, um weitere Verluſte zu verhindern, geſchweige denn das Verlorene wieder zu erobern. Darum flehte Claudia den Kaiſer und den König von Spanien um Hilfe an und drängte die Stände Tirols zu größern Opfern. Der Kaiſer hätte aber ſelbſt eher der Hilfe bedurft, Spanien hingegen zeigte ſich hiezu geneigt, deſſen Geſandter bot am 21. Februar 1639 eine Allianz an, vermöge welcher der König von Spanien dem Lande Tirol in Kriegsgefahren mit 3000 Mann zu Fuß und 300 Pferden auf eigene Koſten beiſpringen und noch monatl. 12000 fl. Subſidien zahlen wollte, wenn 6000 tiroliſche Milizen zu ſeinem Dienſte bereit ſtünden und im Falle eines Krieges in Italien ihm dahin zu Hilfe zögen. Der im März 1639 zu Innsbruck tagenden Verſammlung des großen Ausſchuſſes ſchilderte die Erzherzogin den elenden Zuſtand des Reiches und ihre Bedrängniſſe in lebhaften Farben. Es ſei Mangel an Volk, Geld, Munition und allen Kriegsrequiſiten; die Armee ſei ruinirt, die Soldaten ohne Kleidung, die Reiter ohne Pferde; die öſterr. Vorlande und Feſtungen ſeien ſämmtlich bis auf Konſtanz in Feindeshand, keine Hilfe zu hoffen und der Feind in der Nähe. Sie forderte zum Schutze der Seeſtädte, beſonders Konſtanz und Zell, 50.000 fl., zur Reparirung der tirol. Grenzorte 20.000 fl. und zur Immediatdefenſion des Landes die Erhaltung eines Regimentes von 3000 Mann, deſſen Unkoſten auf 300.000 fl. veranſchlagt wurden. Die Stände hingegen wollten, wie gewöhnlich, für die Vorlande keine Opfer bringen, auch für die

Grenzbefestigung und Landesvertheidigung möglichst wenig verausgaben. Sie bewilligten daher nur noch 2000 fl. zu den vorigjährigen 8000 fl. für die Befestigungen und die Anwerbung des Ascher'schen Regimentes von 2000 Mann, für das sie nebst dem Werb- und Laufgeld einen sechsmonatlichen Unterhalt bezahlen wollten; im Nothfalle sollte dieses Regiment zur Rettung der Seestädte und Vorarlberg's verwendet werden dürfen. Den Tractat mit Spanien lehnten sie ganz ab, mit den Bemerkungen, daß die Milizen durch die Landesfreiheiten bloß bis zur Landesgrenze zu ziehen verbunden seien und Aenderungen darin vor den Landtag gehörten. Zur Bestreitung der bewilligten Hilfen wurde ein Extrasteuertermin und ein Anlehen von 100.000 fl. beschlossen. Die Hälfte des obigen Regimentes wurde wirklich in die Vorlande geschickt; als aber Claudia im September eine Particularzusammenkunft in Neumarkt hielt, um sich die Transferirung der noch übrigen 5 Compagnien und die Verpflegung des Regimentes auf weitere Monate bewilligen zu lassen, entschuldigten sich die Versammelten mit dem Mangel an Vollmacht. Indeß hatte sich aber die Lage der Vorlande noch verschlimmert. Nach dem plötzlichen Tode des Herzogs Bernhard von Weimar hatten sich nämlich die Franzosen seiner Armee und seiner Eroberungen bemächtigt. Darum achtete Claudia nicht länger auf den Widerspruch der Stände gegen die Allianz mit Spanien und schloß mit diesem, gemeinsam mit dem Kaiser, ein Bündniß zur Wiedergewinnung der Vorlande. Spanien versprach 11.000 Mann zu stellen, die Erzherzogin dagegen 4000 Mann für Spanien zu unterhalten. Hievon machte Claudia den im October zu Bozen zusammentretenden Ständen die Mittheilung und verlangte zugleich eine erkleckliche Summe zur Anwerbung und Erhaltung der versprochenen Hilfstruppen. Allein die Landschaft war weit entfernt, etwas hiezu zu votiren, sie ließ sich nicht einmal darauf ein, 1000 Mann vom Ascher'schen Regimente noch 5 Monate zu unterhalten, und gewährte nur 40.000 fl. für die noch im Lande liegenden Compagnien. Bezüglich des abgeschlossenen Bündnisses sprach sie die Hoffnung aus, es werde davon das Landlibell nicht berührt werden [2]).

Die weise Vorsicht Claudia's und ihrer Räthe hatte zwar bisher den Krieg von Tirol fern zu halten gewußt, der über die Vorlande und die meisten andern deutschen Gaue seine furchtbare Geißel schwang; allein nichts desto weniger waren diese Jahre für unser

Vaterland wahre Leidensjahre und befand sich dasselbe im J. 1640 in einem traurigen Zustande. Wir haben bereits gehört, wie furchtbar die 1635 in Tirol gelegenen kaiserlichen Regimenter hausten; die darauf durchziehenden Truppen führten sich nicht besser auf, sie hätten es in Feindesland nicht ärger treiben können. Wohin sie kamen, rissen sie Thüren und Fenster auf, hackten Kisten und Kästen zusammen, plünderten Kammer und Keller, traten die Speisen mit Füßen, schlachteten das Vieh oder trieben es weg, nahmen auf Feld und Flur oder in Haus und Hof die Feldfrüchte weg oder verdarben sie, brannten Haus- und Hofwerke nieder. Selbst die Gotteshäuser blieben nicht verschont. Die Sacristeien und Tabernakel wurden erbrochen, Monstranzen, Kelche und andere kostbare Geräthe oder Kirchenzierden geraubt. Die Leute litten Unsägliches. Die entmenschten Soldaten schlugen sie mit Stöcken, folterten ihren Leib, gossen ihnen heißes Wasser in den Mund, luden sie mit Pulver und sprengten sie auseinander oder zündeten sie an; sie schändeten Weib und Kinder im Angesicht des Mannes und Vaters auf die grausamste Weise. Von Bezahlung des Lebensunterhaltes war natürlich keine Rede, die Städte und Gerichte des Inn- und Wippthales hatten nicht weniger als 708.100 fl. zu fordern. Ueber all dies brachten die Soldaten noch die Pest ins Land, die vom J. 1634 bis 1637 in unsern Thälern wüthete, fast über alle sich verbreitete und manche Orte, wie Pfaffenhofen, Oberhofen, Pollingen völlig verödete. Zu den genannten Plagen kamen noch Mißernten, fortwährende Schwankungen im Geldwesen und gänzliche Stockung im Handel und Verkehr. So versiegten einerseits die wichtigsten Erwerbsquellen des Landes, während anderseits die Ansprüche an die Steuerkraft des Volkes immer größer wurden. Claudia vermied zwar solche glänzende und kostbare Hoffeste, wie ihr Gemahl gegeben, aber die Kosten der Hofhaltung und der Landesverwaltung steigerten sich trotzdem; die Zahl der Beamten wurde immer größer, weil man immer mehr regierte, die Besoldungen höher, weil der Lebensunterhalt theuerer. Zu den ordentlichen Ausgaben kamen dann noch die hohen Summen, welche die Kämpfe in den Vorlanden und die Landesdefension verschlang. Infolge dessen vermehrten sich die landesfürstlichen Schulden, Claudia mußte den Schenkpfenning wieder an sich ziehen, neue Zölle errichten und an die Stände immer neue und höhere Forderungen stellen; dieselben zahlten ihr in den wenigen Jahren 1.054.221 fl.

34 kr. Solche Hilfen wurden der Landschaft in diesen Zeiten der Not um so verderblicher, als die einflußreichsten Familien, die in den Ausschüssen und sonst die landschaftlichen und Landesinteressen zu vertreten berufen waren, vielmehr von Egoismus als Gemeinsinn sich leiten ließen, an einer unglaublichen Kurzsichtigkeit litten und keinen schöpferischen Gedanken zu fassen vermochten. Die landschaftliche Finanzwirtschaft war schlecht bestellt. Anstatt die Steuerrückstände eifrig einzutreiben, gewährte man entweder aus Parteigunst oder übertriebener Nachsicht immer neue Nachlässe und ließ so die Ordinaristeuer von 180.000 fl. auf 110.000 fl. herabsinken; anstatt durch neue Einnahmsquellen die erhöhten Auslagen zu decken, nahm man immer wieder neue Anlehen auf und brachte so die Landschaftschuld bis zum J. 1640 auf 2.834.715 fl. und das jährliche Deficit auf 47.719; anstatt die größte Sparsamkeit einzuführen, vergrößerte man die Saläre und Liefergelder für die landschaftlichen Beamten, Landesausschußmitglieder und Steuercommissarien, so daß dieselben jährlich schon die hohe Summe von 26.000 fl. erreichten. Dabei dachte man gar nicht daran, die zur Zeit der Münzsteigerung aufgenommenen Capitalien auf ihren wahren Wert zu reduciren. Da man die Zinsen öfter nicht mehr bezahlte, sondern zum Capital schlug, so stand die Landschaft bereits in Gefahr, allen Credit zu verlieren. Dies wäre Grund genug gewesen, das Steuerreformwerk möglichst zu beschleunigen und doch rückte es nicht weiter. Zur Erklärung dessen genügt der Hinweis auf die unruhigen Zeiten nicht; man kann sich kaum des Gedankens enthalten, daß die maßgebenden Familien absichtlich dasselbe verschleppten und jede Aenderung hintertrieben, weil sie dabei nur verlieren konnten. Aehnliche Hindernisse mögen auch der Reform der Justiz- und des Polizeiwesens im Wege gewesen sein. Die Spitzfindigkeiten der Advocaten, denen das mangelhafte tirolische Landrecht hinreichenden Spielraum gab, sollten noch länger das Recht biegen; die unsinnige Verschwendung in Kleidung, im Essen und Trinken, die in allen Zeiten kaum ihres gleichen findet, trotz solcher Not fortdauern! Die Reform des Milizsystems verkümmerte ganz in der mangelhaften Ausführung; es wurden ganz unverständige Officiere angestellt und an mehrern Orten nur die ärmsten Classen in die Auslagen genommen. Beides wol einflußreichen Familien zu gefallen, die einerseits ihren Günstlingen Stellen verschaffen, anderseits sich und verwandte Familien der Lasten

des Dienſtes entheben wollten. Eine Quartier- und Durchzugsordnung fehlte ungeachtet der vielen Durchzüge noch immer. Die Landesgrenzen waren ungenügend befeſtigt und für die Landesdefenſion ſchlecht geſorgt. Durch vielfache Bande und Intereſſen mit dem Beamtenſtande verknüpft, vermochten die maßgebenden Geſchlechter der Landſchaft auch nicht den abſolutiſtiſchen Beſtrebungen der Erzherzogin und der Geheimräthe erfolgreichen Widerſtand zu leiſten, ſo ſehr ſonſt die Zeit hiezu günſtig war, da man ſo oft die Hilfe der Landſchaft brauchte. Obwol die landesfürſtliche Gewalt in dieſen Tagen nicht in den Händen eines kräftigen Mannes, ſondern in denen einer Frau ruhte, ſo wuchs ſie doch. Claudia hatte den Ständen für alle Bewilligungen noch keine Recognition ertheilt und widerſtand lange ihrem Rufe nach einem allgemeinen Landtag, in dem das Land nun noch das einzige Heil erkannte; erſt im Frühjahr 1640 berief ſie denſelben auf den 7. Mai nach Innsbruck.

Die landesfürſtliche Propoſition begann mit den außerordentlichen Verdienſten, die Claudia ſich um das Vaterland erworben, worunter namentlich die Rettung Tirols vor dem franzöſiſch-bündneriſchen Einfall; darum müſſe ihr nicht bloß Tirol, ſondern das ganze Reich Lob ſpenden, da es um die Freiheit der deutſchen Fürſten geſchehen geweſen wäre, wenn die Franzoſen Tirol genommen hätten. Dabei deutete ſie auf die im Lande von Manchen dem Feinde entgegen gebrachten Sympathien hin. Dann verlangte ſie die Beihilfe der Stände zur Unterſtützung des römiſchen Reiches, zur Wiedereroberung der verlorenen Vorlande und zur tiroliſchen Landesdefenſion. Als weitere Gegenſtände der Verhandlung bezeichnete die Propoſition die Reform des Juſtiz- und Polizeiweſens und Declarirung des Landesgeſetzes, die Einführung durchgängiger Gleichheit im Steuerweſen, die Abſchaffung der übermäßigen landſchaftlichen Saläre und Liefergelder, der ſchädlichen Schenkungen und Nachläſſe, die Beſeitigung der ungeheuern Gemeindewuſtungen, die Beendigung des Zuzugsſtreites und Ordnung des Milizweſens, die Grenzbefeſtigung und Fortification von Conſtanz. Auch ſollte der Landtag berathen, wie die Kammergefälle vermehrt, der landſchaftliche Credit gehoben, die Aufnahme neuer Capitalien vermieden, die ſäumigen Parteien zur Bezahlung verhalten; wie der Commerz empor gebracht, dem Geldmangel und hohen Agio vorgebeugt, die übermäßigen Gerichtsſporteln abgeſtellt und bei den Nachbarn Nachlaß der Zollſteigerungen er-

wirkt werde. Die landschaftliche Antwort hob an mit Klagen über den Abgang so vieler Steuerknechte, über die großen Auslagen, das erhebliche Deficit und den Verfall des Landschaftscredites, über den Salzaufschlag und die Entziehung des Schenkpfennings und über die Herabsetzung der Münzen. Ebenso beschwerte sich die Landschaft, daß die General- und Particularbeschwerden noch nicht erledigt und für die letzten Bewilligungen keine Recognitionen gegeben worden, und entschuldigte ihr Drängen zur Einberufung eines Landtages mit der Trostlosigkeit ihrer Lage; auch verlangte sie Bestrafung jener, die mit dem Feinde einverstanden gewesen, wovon sie nichts zu wissen vorgab. Zu den einzelnen Punkten der Berathschlagung übergehend, lehnte sie jede Reichshilfe ab, für die Vermehrung der Kammergüter wußte sie gar keines, für die Hebung des landschaftlichen Credites nur das eine Mittel: Einbringung der Steuerrestanten. Die Reform des Justiz- und Polizeiwesens und Declarirung des Landesgesetzes wurde einer Deputation überwiesen, die auch wegen Hebung des Commerzes berathen sollte. Daß die Landschaft eine schlechte Wirtschaft führe, wollte man nicht zugeben. Bezüglich des Zuzugsstreites verlangten die höhern Stände die Mittheilung der Beschwerden der mindern und diese eine billige Entscheidung nach dem eilfjährigen Libell. Von dem bevorstehenden Steuersystem erwartete die Landschaft auch eine gleichmäßige Vertheilung der Einquartirungslasten. Das Milizwesen wollte sie durch einige Abgeordnete gemeinsam mit dem landesfürstlichen Kriegsrathe erwägen lassen, konnte aber nicht verhehlen, daß sie für den alten Modus mehr als für die Reform des J. 1636 eingenommen sei. Eine beständige Münzordnung hielt sie für eine dringende Notwendigkeit und bat um Einsicht in die bezüglichen Verhandlungen mit den Nachbarfürsten. Für noch dringender erklärte sie die Durchzugsordnung. Die Abschaffung der hohen Gerichtssporteln hoffte sie von der Polizeiordnung. Zum Beschlusse beschwerte sie sich über die neue Judicatur zu Bozen, welche zu Gunsten der Marktbesucher eingeführt worden, und forderte insbesondere Abstellung der von derselben aufgebrachten gambia sicca. Wegen Einbringung der Steuern wiederholte sie die bereits im Februar gestellte Forderung, daß den Steuercommissarien die volle Gewalt, wie sie ihnen 1573 übertragen worden, zurückgegeben werde. Zugleich überreichte sie eine Bittschrift um Erledigung der Landesbeschwerden.

Die Replik der Landesfürstin vom 24. Mai wirft ein grelles Licht auf den damaligen Zustand der Landschaft und zeigt, wie sehr die allgemeinen Landesanliegen zur Parteisache geworden. Claudia erklärt geradezu, sie sollte eigentlich auf eine so mangelhafte Antwort gar nicht erwidern. Statt der ganzen Landschaft habe bloß der Landesausschuß geantwortet, es wäre nicht nötig gewesen, einen allgemeinen Landtag einzuberufen, wenn nicht die Stimme jedes Einzelnen gehört und alle Vota gesammelt würden; es genüge nicht, daß der Beschluß des Ausschusses bei voller Versammlung in aller Eile abgelesen werde, wobei die Kürze der Zeit und die Furcht den Einzelnen nicht zu Worte kommen lassen. Verschiedene Stände hätten sich beklagt, daß Etliche gleichsam semper et perpetuo et per omnia et in omnibus (zu jeder Zeit und in allen Dingen), den Landtagsabschieden von 1543, 47, 63, 73 gänzlich entgegen, alle Gewalt sich aneignen. Der Landesausschuß habe nur den Vollzug der Beschlüsse und seine Mitglieder müssen aus dem vollen Hause gewählt und vom Landesfürsten gutgeheißen werden; er dürfe nicht beliebig irgend jemanden in sein Collegium ziehen. Etliche Familien würden geradezu beschuldigt, daß sie dieses Amt erblich machen wollten. Bei der gegenwärtigen Antwort habe man sich weder um das Wahlrecht des Landtags noch um die Bestätigung des Fürsten gekümmert. Nach dieser höchst beschämenden Aeußerung, die der schuldbewußte Landesausschuß ruhig hinnehmen mußte, that sie dar, wie die Landschaft nicht bloß keine Schulden, sondern sogar einen Ueberschuß haben müßte, wenn sie die ursprünglich angesetzte Steuersumme richtig eingehoben. Sie hieß den ganzen Landtag die Ursache dieses Unwesens und die Mittel zur Abhilfe erforschen, da es ja Alle berühre. Die Beschwerde der Stände wegen Einfuhr fremder Weine fertigte sie mit der treffenden Erklärung ab, die Trientiner Weine, die man meine, seien doch keine fremden und die Mehrzahl der Tiroler, wie die Inn- und Wippthaler und die Vintschgauer, zögen daraus Nutzen. Und dann machte sie den für das Wachsthum des Absolutismus recht bezeichnenden Zusatz: übrigens müsse es den Landesfürsten überlassen bleiben, von Privilegien, die sie gegeben haben, zu dispensiren, wenn die veränderten Zeitverhältnisse es fordern. Die Beschwerde über Münzherabsetzung erklärte sie schlechthin für einen Eingriff in die landesfürstlichen Rechte. Die Erhebung des Schenkpfennings rechtfertigte sie damit, daß man ihr für den

Verzicht keinen genügenden Ersatz geboten, und strafte die übertriebene Klage der Stände mit der beißenden Aeußerung: als die Landschaft den Schenkpfenning eingezogen, habe weder das Kind im Mutterleibe, noch sonst jemand geschrieen. Von der in Angriff genommenen Reform des Steuerwesens erwartete Claudia so wenig als ihre Vorgänger die Beseitigung der bestehenden Uebelstände, die Herstellung der gewünschten Gleichheit; sie mußte vielmehr der Commission den Vorwurf machen, daß die Güter des gemeinen Mannes nach dem gegenwärtigen Verkaufspreise, die Grundgülten und Zinse aber nach dem alten (viel niedrigern) Anschlage geschätzt werden; auch sie hielt die Vermögenssteuer für die gerechteste und das beste Mittel. Zugleich wies sie den Ständen ihre bisherige schlimme Wirtschaft ziffernmäßig nach und bemerkte dabei, ihr Steuerwesen sei deßhalb in solchen Verfall gerathen, weil sie auf die Ahndungen der landesfürstlichen Commissäre nie gehört. Von den höhern Ständen verlangte sie eine Antwort auf die Beschwerde der niedern bezüglich des Zuzugsstreites. Sie schloß ihre Replik mit folgenden Forderungen: 1. als Hilfe zur Fortsetzung des Krieges in Verbindung mit Spanien und zur Wiedereroberung der verlorenen Vorlande drei Extraordinari-Steuern, in drei Jahren zahlbar; 2. zur Befestigung der Stadt Constanz in derselben Zeit 60.000 fl.; 3. zur Rüstung gegen die durch die Franzosen aufhetzbaren Engadiner und zur Grenzbefestigung eine ergiebige Summe in Bereitschaft zu halten. An diese Replik schloß sich eng die Resolution auf die Landtagsbeschwerden, indem sie meist auf dieselbe verwies. Mit diesen beiden Schriftstücken verband Claudia einen hochinteressanten Vorschlag über die Consultationsart im Landtag. Sie wollte nämlich, um die Berathungen zu erleichtern und jedem die gebührende Theilnahme zu ermöglichen, die bisherigen Ausschüsse beseitigen und aus der ganzen Landschaft drei besondere Collegien bilden. Das erste sollte aus den Gesandten der Stifte und Capitel und aus den übrigen Prälaten bestehen und unter der Direction des Landeshauptmannes seine Beschlüsse fassen, das zweite, unter der Leitung des Landmarschalles, hätten Ritter und Adelige auszumachen; das dritte wäre aus den Vertretern der Städte und Gerichte zusammenzusetzen, mit dem Landeshauptmannschafts-Verwalter oder dessen Substituten an der Spitze. Jedem Mitglied eines Colleges würde freie Abstimmung gesichert und der Vorsitzende hätte die Aufgabe, die Vota

einzuſammeln. Die protokollariſch vorliegenden Beſchlüſſe aller drei Körper ſollten wo möglich vereinbart und wenn nicht, dem Landesfürſten zur Entſcheidung vorgelegt werden. Offenbar hatte dieſer Vorſchlag den Zweck, die Macht der bisher herrſchenden Clique zu brechen und den Beeinträchtigten die gebührende Geltung zu verſchaffen, insbeſondere den Bürgern und Bauern, die nach dem alten Abſtimmungsmodus bei den vollen Landtagsverſammlungen von dem viel zahlreichern Adel immer weit überſtimmt werden mußten und auch in den Ausſchüſſen nie gegen die höhern Stände aufkamen; doch dieſelben waren ſo an das Alte gewöhnt, ſo kurzſichtig, daß ſie, trotz der wiederholten Mahnung ihres Präſidenten Joſef Gröbmer, gleich den Prälaten und Adeligen den neuen Abſtimmungsmodus ſich verbaten; nur die wälſchen Confinen und die Stadt Trient ſprachen ſich dafür aus; aber dieſen hielt man entgegen, die Sache berühre ſie gar nicht, weil ſie bisher weder im kleinen noch im großen Ausſchuß Sitz und Stimme gehabt.

Die landſchaftliche Duplik drückt vor allem den Schmerz aus über die ungnädigſte Affection, die aus der Replik zu vernehmen war. Dann wiederholt ſie mehrere Bitten und Beſchwerden und ſucht die frühern Aeußerungen zu rechtfertigen, ſo namentlich auch die Klage über Einfuhr fremder Weine, wobei ſie bemerkt, dieſelbe ſchade gerade den vornehmſten Gliedern der Landſchaft, den Prälaten und Adeligen und den drei Vierteln Etſch, Burggrafenamt und Eiſack. Zuletzt bietet ſie eine Hilfe von 100.000 fl. an und beſchließt zu deren Zahlung wie zur Berichtigung anderer Poſten eine Intereſſen- und Gewerbeſteuer: von 100 fl. Zins 15 kr., von 100 fl. Gewerbeeinkommen 20 kr. anzulegen. Die Stifter jedoch weigerten ſich, zu etwas Anderem als zur Landesdefenſion beizutragen. Allein dieſe Hilfe erklärte die landesfürſtliche Triplik für unannehmbar und verwies dabei auf die Verpflichtung, den Vorlanden beizuſpringen und auf die Verbindlichkeiten der Allianz mit Spanien. Claudia verlangte außer den 100.000 fl. noch vier volle Extraſteuertermine, erklärte den Stiftern ihre Separation nicht dulden zu können und forderte ſie auf, den Beitritt zum Prager Frieden nicht länger zu verweigern. Auf dieſes neue Verlangen bewilligten die Stände noch 100.000 fl., nämlich 150.000 fl. Steuerreſtanten und 50.000 aus der Landſchaftscaſſa, übertrugen die Beilegung des Zuzugsſtreites den Commiſſionen für Juſtiz-, Polizei- und Militär-

weſen, ernannten eine eigene für Reduction der „langen Gelder“ und baten um Schluß des langwierigen Landtages; die Stifter hingegen proteſtirten gegen die Forderungen der Landesfürſtin. Die größere Vereitwilligkeit der Stände lohnte Claudia mit Ausſtellung der ſo ſehr gewünſchten Recognitionen, die Halsſtärrigkeit der Stifter hingegen beantwortete ſie mit der Drohung, man werde ſich an ſie halten müſſen, wenn Oeſterreich wegen ihrer Weigerung, den Prager Frieden anzunehmen, Krieg bekomme. In der Schlußſchrift verſprach die Landesfürſtin auch, bei den Zöllen in Nauders und Taufers möglichſt milde zu verfahren, doch den höhern Ständen erließ ſie ihre Antwort wegen des Zuzugsſtreites nicht. Darin ſtellen dieſe in Abrede, als ob ſie den andern Ständen die beſchwerliche Laſt des Zuzugs ganz aufbürden wollten und hiebei wider altes Herkommen handelten; ſie behaupten, ihren Verpflichtungen ſtets nachgekommen zu ſein und meinen, man könne von ihnen unmöglich verlangen, daß ſie die Mannſchaft, zu der ſie das Libell verpflichte, aus ſich ſelbſt ſtellen oder auf ihre Unkoſten werben und unterhalten. Zu erſterem reiche ihre Zahl bei weitem nicht hin, auch wenn ſie Alle unter Waffen treten, und das letztere vermögen ſie um ſo weniger zu erſchwingen, je mehr ihre Vermögensverhältniſſe ſich verſchlimmert haben. Die andern Stände möchten erwägen, daß die Laſt nicht allein der Perſon, ſondern auch der Sache gelte. Die für die verſchiedenen Deputationen gewählten landſchaftlichen Abgeordneten waren: für die Landmilizreform: der Landeshauptmann und P. Recordin, F. Marſtaller, Stadtſchreiber von Hall und J. P. Schluderbacher, Landgerichtsſchreiber von Sonnenburg; für Juſtiz- und Polizeiweſen: V. Beno von Brandis, G. L. Fieger, Salzmair zu Hall, Tob. Zigler, Geſandter der Stadt Meran und P. Schluderpacher; zur Reduction der Landſchaftscapitalien: der Prälat von Georgenberg, G. L. Fieger, F. Marſtaller und J. B. Walcher, Geſandter von Unterinnthal. Die Stifter behielten ſich vor, den Verhandlungen, welche die Landesmiliz und Landſchaftscaſſe betrafen, auch als Committenten beizuwohnen; bezüglich der Juſtiz- und Polizeiſache aber ſprachen ſie bloß den Wunſch aus, daß nichts gegen die geiſtliche Immunität publicirt werde.

Was alle dieſe Comités geleiſtet, iſt nicht erſichtbar; doch ſteht feſt, daß im Weſentlichen Alles beim Alten blieb. Sohin war ihre Thätigkeit eine erfolgloſe und überhaupt die des ganzen Land-

tages trotz seiner mehr als zwei- und einhalbmonatlichen Dauer eine sehr unbefriedigende. Man hatte lange hin- und hergestritten und zu diesem Zwecke viel Archivstaub aufgewirbelt und damit doch nichts ausgerichtet. Merkwürdig bleibt dieser Landtag nur, weil er den Verfall des Ständewesens und das Wachsthum des Absolutismus recht deutlich zeigt [3]).

Die Wiedereroberung der Vorlande, der Hauptzweck der Allianz mit Spanien, ließ auf sich warten, doch traten in den Jahren 1641 und 1642 wenigstens keine neuen Verluste ein. Indeß ohne Furcht blieb man nicht. Darum verlangte die Erzherzogin im März 1642 von dem zu Bozen versammelten engern Ausschuß neue Hilfe für die völlig erschöpften Vorlande. Derselbe bewilligte aber nur 36.000 fl. Diese genügten jedoch um so weniger, als mit dem Siege Torstenson's bei Breitenfeld (2. November 1642) und dem siegreichen Vorrücken des Marschalles Guebriant die Gefahr von neuem stieg. Da man von letzterem, nach der Einnahme der Stadt Ueberlingen, Tirol selbst bedroht sah, berief Claudia im Februar 1643 eilig einen allgemeinen Landtag nach Innsbruck. Sie beklagte sich bei demselben, daß die letzte Ausschußversammlung so geringe Hilfe gewährt; die Bewilligung der Stände sei geringer gewesen, als die Summe, welche die Markgrafschaft Burgau monatlich während eines Winters dem Feinde bezahlt hätte. Diese Zusammenkunft sei unumgänglich nötig gewesen. Die Proposition gedachte hiebei des kaiserlichen Schreibens, worin Ferdinand III. die Landschaft ermahnt, ihre Schuldigkeit zu thun, und erinnerte an das Schicksal der Stadt Ueberlingen. Die Landschaft möge sich daran ein Beispiel nehmen; diese Stadt habe auch die Defension so lange verweigert, bis sie unter das Joch der Feinde gerathen. Die Landesdefension bestehe nicht bloß in der Vertheidigung der eigenen Landesgrenzen, man müsse vielmehr auch die Vormauern derselben vertheidigen. Zugleich wies Claudia auf die gegenseitigen Hilfen in den Jahren 1500 und 1518 hin und verlangte schließlich eine eilende Hilfe, für das laufende Jahr zwei Extrasteuertermine und hernach auf Kriegsdauer jährlich einen Steuertermin. Diese Sprache der Landesfürstin hatte doch einigen Erfolg, besonders da Tirol wirklich nicht außer Gefahr war; die Stände bewilligten vier Steuertermine; davon wurden 200.000 fl. für die Landesdefension bestimmt, der Ueberrest aber für weitere Disposition vorbehalten. Eine Verpflichtung zur Reichshilfe stellten sie jedoch in

Abrede; auch baten ſie um Aufhebung des Schenkpfennings. Im weitern Verlauf des Jahres 1643 ſchwand indeß die Gefahr in Süddeutſchland völlig; um ſo größer wurde ſie hingegen im folgenden; da ſandte Frankreich ſeinen beſten Feldherrn, den Vicomte Turenne, gegen Schwaben und Baiern und der kühne ſchwediſche Feldherr Torſtenſon brach in Böhmen ein und bedrohte nach dem Siege bei Jankau ſelbſt Wien. Dieſe ſiegreichen Fortſchritte der Feinde ſetzten den Innsbrucker Hof in große Beſorgniß, man befürchtete den Verluſt der Städte am Bodenſee. Wie der Kaiſer entwickelte auch Claudia eine raſtloſe Thätigkeit. Allſogleich ward der kleine Ausſchuß (auf den 27. März 1645) nach Innsbruck beſchrieben und neue Hilfe verlangt. Er bewilligte 100.000 fl. bar für die Landesdefenſion und 20—30.000 Staar Getreide. Das Geld hiezu ſollte durch eine Perſonalſteuer aufgebracht werden. Bei dieſem Congreſſe verlangte Claudia auch ein Gutachten wegen der im ſalzburgiſchen Zillerthal entſtandenen Unruhen und ſetzte auf Bitten der Stände das Fuder Salz von 6 Gulden auf 5 fl. herab. Beſonders zu bemerken iſt, daß die Stände den Landeshauptmann, der zugleich Geheimrath war, ſeiner perſönlichen Verpflichtung gegen den Landesfürſten für die Dauer des Landtages entbunden wiſſen wollten, und daß Claudia ihrer Forderung entſprach. Dieſes war die letzte Gefahr in Claudia's Regierungszeit, in der zweiten Hälfte des Jahres 1645 erhob ſich Oeſterreich wieder etwas von ſeinem tiefen Verfall und die Feinde zogen ſich zurück. Die bereits ſeit längerer Zeit dauernden Friedensunterhandlungen ſtellten eine ruhigere Zukunft in Ausſicht und ſo konnte Claudia ernſtlich daran denken, die ſchwere Bürde der Regierung auf die jungen Schultern ihres Sohnes Ferdinand Karl zu legen, der bereits majorenn geworden. Es war ihr letzter wichtiger Regierungsact, als ſie am 10. Febr. 1646 einen offenen Landtag zur Erbhuldigung einberief [4]).

Außer den eben geſchilderten Gefahren beunruhigten Tirol in den letzten Regierungsjahren Claudia's keine weitern. Die Furcht vor den Bündnern, welche die Landesfürſtin auf dem Landtage des Jahres 1640 geäußert, erwies ſich als unbegründet. Als ſie ſich zur größeren Nachgiebigkeit entſchloß und die eben abgebrochenen Verhandlungen die Bünde wieder aufzunehmen bewog, einigte man ſich auf einer weitern Zuſammenkunft zu Feldkirch bald und es kam ſchließlich der Tractat vom 20. März 1642 zu Stande, deſſen

Hauptpunkte folgende waren: Kaiſer Ferdinand, Claudia und die Bünde erneuern die Erbeinigung vom J. 1518, den am 9. Auguſt 1641 zu Feldkirch aufgerichteten Receß, auch alle andern vor 1620 ratificirten Verträge, beſ. vom 20. Juli 1573 und 10. Juni 1574 und den Statutenvertrag von 1600 bis zum Ablauf der darin feſtgeſetzten Jahre; dagegen ſind alle andern ſeit 1620 geſchloſſenen Verträge aufgehoben. Der genannte Feldkircher Receß enthält außer den angeführten Punkten noch die wichtigen Beſtimmungen, daß die Capuciner in Unterengadin reſtituirt werden und die acht Gerichte den üblichen althergebrachten Treuſchwur Oeſterreich leiſten ſollen. Die gleichzeitigen Streitigkeiten mit den Bisthümern Brixen und Trient fanden zwar nicht einen ſo gedeihlichen Abſchluß, ſie dauerten vielmehr endlos fort, aber auch ſie führten zu keinen weitern Verwickelungen. Im J. 1641 trat Trient im Namen beider als Kläger vor den zu Regensburg verſammelten Reichstag; es beſchwerte ſich insbeſondere, daß Claudia die Unterthanen des Stiftes wie die eigenen behandle, die Gerichtsbarkeit über alle Deutſchredenden im Stifte und in der Stadt ſich anmaße, die Hauptleute in den biſchöflichen Schlöſſern ſetze und ihnen einen beſondern Eid abnehme, Werbungen veranſtalte, zum Behufe der Beſteuerung die Güter abſchätzen laſſe, neue Zölle errichte u. ſ. f.; es bittet die Reichsſtände ſeiner und des Hochſtiftes Brixen ſich anzunehmen und derartige Ereigniſſe abzuwehren. Dieſe Beſchwerden zeigen deutlich, daß beide Theile über die bisherigen Verträge und den alten Stand hinausſtrebten: die Biſchöfe wollten ſich von den alten Verbindlichkeiten loslöſen und eine freiere Stellung gewinnen, die Landesfürſtin die Bisthümer in noch größere Abhängigkeit bringen; ja Claudia wollte dem Biſchof von Trient nicht mehr den Titel eines Fürſten zugeſtehen und behandelte die Vertreter der Stifter auf den Landtagen trotz ihrer wiederholten Proteſte wie andere Landtagsmitglieder. Eine Hofreſolution vom Jahre 1644 erklärte, die Bisthümer Trient und Brixen ſeien der landesfürſtlichen Superiorität unterworfen, weil vor mehr denn 100 Jahren die Biſchöfe und deren Vorfahren der Landesmatrikel einverleibt worden. Die Biſchöfe mußten ſich fügen und mit den thatſächlichen Verhältniſſen ſich abfinden, denn der Kaiſer achtete nicht auf die warme Befürwortung, womit die Kurfürſten ihm die biſchöflichen Beſchwerden vorlegten, ſondern verwies einfach auf den im J. 1636 abgegebenen Beſcheid. Dagegen,

gelang es der Claudia nicht, den durch Bischof Wilhelms Tod bereits am 27. März 1641 wieder erledigten Brixner Bischofsstuhl in die Hände ihres noch nicht 12 Jahre alten Sohnes Sigmund Franz zu bringen, die Domherren wählten statt dessen den Dekan Joh. Platzgumer, der 1565 zu Castelbell in Vintschgau geboren war und in dem deutschen Collegium zu Rom seine Studien gemacht hatte. Platzgumer wandte seine vorzügliche Aufmerksamkeit vom Anfange an dem zerrütteten Haushalt seines Stiftes zu, er befliß sich nicht nur der äußersten Sparsamkeit, sondern ließ auch sogleich nach seinem Regierungsantritt genaue Erhebungen über Einnahmen und Ausgaben, Schulden und Guthaben pflegen, um letztere eintreiben, erstere bezahlen und eine geregelte Wirtschaft führen zu können; er fand aber bei seinem Streben viele und zum Theil unüberwindliche Schwierigkeiten [5]).

Die eben gemachten Ausführungen thun dar, daß in den letzten sechs Jahren von Claudia's Regierung die politischen Zeitereignisse nicht mehr in demselben Maße wie früher die Aufmerksamkeit der Regierung und der Landschaft in Anspruch nahmen und daß somit mehr Zeit für die Ordnung der innern Angelegenheiten blieb. Trotzdem geschah auf diesem Gebiete nichts Erhebliches; die meisten der Reformen, die der Landtag des Jahres 1640 als notwendig erkannt und beschlossen hatte, kamen nicht zur Ausführung und die alten Uebelstände dauerten fort. Man wird es daher begreiflich finden, wenn die Landschaft von Jahr zu Jahr verarmte und viele ihrer Mitglieder sich gezwungen sahen, Güter an Fremde zu verkaufen. Da das landschaftliche Steuerreformwerk wol sehr hohe Summen verschlang, aber fast gar keine Fortschritte machte und die Einkünfte nur wenig erhöhte (125.000 fl.), so dauerte natürlich das Deficit (40.057 fl. 55 kr.) fort und mußten neue Schulden gemacht werden. Anfangs des J. 1646 schuldete die Landschaft 2.421.798 fl. an 5% Capitalien und 478.406 fl. an rückständigen Zinsen und an Wechseln und andern kleinen Posten 93.472 fl., im ganzen 2.938.678 fl. (sic). Sie hatte während der ganzen Regierung Claudia's an außerordentlichen Hilfen 1.643.221 fl. gewährt. Noch schlimmer stand es mit den landesfürstlichen Finanzen. Die landesfürstlichen Einnahmen hatten sich seit dem Jahre 1632 um 94.429 fl. vermindert und betrugen im Jahre 1646 381.982 fl., wozu noch der Schenkpfenning kam, der von 83.000 fl. auf 55.980 fl. herabge-

ſunken war. Die Zölle hatten ſich um nicht weniger als 70.000 fl. vermindert. Von den Geſammteinnahmen waren an Capitalszinſen 168.066 fl. (nach deren Reduction); an Beſoldungen für Regierung und Kammer 38.317 fl., an Sold, Wart- und Dienſtgeldern 10.648 fl. u. ſ. w., im ganzen an Verwaltungsauslagen 204.745 fl. zu entrichten; die erzfürſtliche Hofhaltung koſtete 184.750 fl. Es blieb ein jährliches Deficit von 132.603 fl. Die der elſäſſiſchen Regierung und Kammer incorporirten Länder waren ſchon vor den feindlichen Angriffen in viel ſchlimmern Finanzverhältniſſen als Tirol. Die verſchiedenen landesfürſtlichen Schulden beliefen ſich auf 4.170.329 fl. Die großen außerordentlichen Auslagen machen dieſen Zuſtand leicht erklärlich. Betrugen doch während Claudias Regierung die Kriegsauslagen allein 2.748.074 fl., um 1.250.853 fl. mehr, als die Stände im ganzen hiefür bewilligt hatten. Was etwa von der Regierung zur Förderung von Handel und Gewerbe geſchah, wurde von den herrſchenden Familien der Landſchaft, die das Land für ihre Zwecke ausbeuten wollten, noch angefeindet, wie das Bozner Handelsgericht, neue Bier- und Branntweinbrauereien; keinen Anſtand mag die Trockenlegung und Cultivirung der Haller Au gefunden haben [6]).

Beſſer als mit der Finanzverwaltung war es während Claudia's Regierung mit der Juſtizpflege beſtellt. Es wurde zwar, wie wir gehört, das mangelhafte tiroliſche Landrecht nicht verbeſſert, aber Claudia wehrte ihren Beamten nicht, wo dies im Stiche ließ, an das gemeine Recht ſich zu halten und war eifrigſt auf Wahrung der landesfürſtlichen Rechte und Gerichtsbarkeit bedacht. Dieſes zeigte ſie namentlich in dem oben erzählten Streite mit den Biſchöfen von Trient und Brixen, aber auch noch in andern Maßregeln gegen die Uebergriffe der Geiſtlichkeit und die Anforderungen der Stände. Der Brixner Biſchof wollte die Interceſſion der landesfürſtlichen Behörden bei Einſetzung von Aebten umgehen, er nahm ſich heraus, für Ehebruch ſelbſt Geldſtrafen (50 fl.) einzufordern; aber Claudia trat ſolchen Uebergriffen immer energiſch entgegen und ließ ſich das Recht, die Prieſter zu beſteuern, nicht rauben, ja ſie forderte ſogar von den Prälaten, Dekanen und Pfarrern das Jagdgeld wieder ein. Die Landtagsverhandlungen haben gezeigt, wie entſchieden, ja geradezu herriſch ſie gegen die Stände manchmal auftrat. Ihre Bitten und Beſchwerden blieben unerledigt, wenn ſie das landesfürſtliche Inter-

esse kreuzten oder mit dem Wole des ganzen Landes unvereinbar waren. Wie sie das Recht behauptete, die Klöster und Kirchen in weltlichen Dingen zu visitiren, so verzichtete sie auch auf die Ueberwachung der landschaftlichen Steuereinnehmer nicht. Die Gesetzgebung betrachtete sie gleich ihren Vorgängern als ihre Prärogative und nur aus gutem Willen ließ sie die Stände daran Antheil nehmen. Ganz aus eigener Machtvollkommenheit erließ sie z. B. die Instruction für die Hexenprozesse vom J. 1637, eine Stadtpolizeiordnung, das Privileg der Bozner Judicatur vom J. 1635, obwol alle diese Erlässe die Landschaft sehr berührten. Bei der Wahl ihrer Beamten beschränkte sie sich durchaus nicht auf tirolische Adelige [7]).

Nicht dieselbe Entschiedenheit legte Claudia gegen ihre nächste Umgebung an den Tag. An ihrem Hofe, der vorwiegend italienischen Charakter trug, duldete sie eine Menge Müßiggänger. Die Zahl der Italiener, die sie mit sich aus Italien gebracht, mehrte sich nach und nach und da die meisten dieser Leute nichts zu thun hatten, so verlegten sie sich zum Schaden der Landwirtschaft auf Vogelfang und Jagd. Den Intriguen ihrer Höflinge trat die Erzherzogin nicht entschieden genug entgegen oder durchschaute sie nicht immer. Ein Hauptintriguant, der Vicekanzler Girardi, der ihre vertrautesten Diener, den Hofkanzler Lintner, die Geheimräthe Schlegel, Fort. Graf v. Wolkenstein und den Grafen Schinkelli, den Oberstthofmeister Montecuculi und den Hofkanzler Bienner bei ihr in Mißcredit zu bringen und zu stürzen suchte, behauptete sich trotzdem in seiner Stellung, und erst als er mit dem Grafen Montecuculi gegen die Erzherzogin selbst zu conspiriren begann, wurde er in Pension gesetzt. Unter dem Beamtenstande herrschte überhaupt eine gar schlechte Wirtschaft. Die meisten steckten hohe Besoldungen ein, ließen sich wol auch noch besondere Geschenke von den Partein verabreichen, arbeiteten aber wenig und brachten die Leute durch ewigen Aufschub der Erledigungen in große Unkosten; sie sahen auch den Kniffen und Pfiffen der Advocaten häufig durch die Finger. Gegenüber der Landschaft und den Landschaftsbeamten erlaubten sie sich manche Uebergriffe. Claudia hatte jedoch auch das Glück, einige vorzügliche Räthe zu besitzen; darunter glänzten vor Allem der Kammerpräsident Isak Vollmar und der Hofkanzler Bienner. Diese beiden haben europäischen Ruf erlangt, ersterer durch seine

Theilnahme an den Verhandlungen des weſtphäliſchen Friedens als kaiſerlicher Geſandter, letzterer durch ſeine intimen Beziehungen zu Claudia, ſeinen großen Einfluß auf Tirols Geſchicke und ſein tragiſches Ende. Geboren 1588 zu Amberg in der Oberpfalz, war Bienner im Jahre 1630 als Regierungskanzler nach Innsbruck gekommen und ſpäter Geheimrath und oberſter Hofkanzler geworden. Claudia verwandte ihn vom Anfange an gerade zu den ſchwierigſten Geſchäften. Bienner zeichnete ſich dabei durch ungewöhnliche Thatkraft aus und ſtrebte mit rückſichtsloſer Energie dem vorgeſteckten Ziele zu. Er ließ nur zu gern die Ueberlegenheit ſeines Scharfblickes und ſeiner Kenntniſſe und die Ironie ſeiner Beobachtungsgabe fühlen und von der Macht des Augenblickes beherrſcht oder von Leidenſchaft verblendet, ſich zum Uebermuthe verleiten; er trat mit aller Strenge gegen das ſchlimme Gebahren ſeiner Untergebenen auf. All' dieß machte ihm viele Feinde ſowol unter den Ständen, beſ der Geiſtlichkeit, als namentlich auch unter dem Beamtenſtande. Viele fühlten ſich von ihm verletzt und gekränkt und lauerten auf eine Gelegenheit zur Rache. Er aber im Bewußtſein ſeiner Kraft und der Reinheit ſeiner Zwecke, durch den fortwährenden Erfolg in Selbſttäuſchung und Sicherheit eingeſchläfert, dachte an keine Gefahr und bemühte ſich nicht, ſeine Schattenſeiten den Gegnern zu verbergen, worunter ſein zerrütteter Haushalt die ſchlimmſte war; er reizte vielmehr noch manche durch die beißendſten Satiren. Es bildete ſich ſo unter ihnen nach und nach ein förmlicher Bund gegen ihn, deſſen Grund- und Schlußſtein J. Vollmar und der Kammerpräſident Dr. J. M. Schmaus wurden. So lange Claudia lebte, vermochten ſie ihm nichts anzuhaben; aber nach derem Tode begann die offene Verfolgung. Der ſorgloſe Mann wurde plötzlich ſeines Dienſtes entlaſſen, der Unterſchlagung von Staatsgeldern und des Majeſtätsverbrechens angeklagt, verhaftet und in das Schloß Rattenberg gefangen geſetzt. Der mit Verletzung jedes Rechtsganges geführte Proceß hatte ſeine Verurtheilung zum Endergebniß und das Todesurtheil wurde am 17. Juli 1651 im Schloßhofe zu Rattenberg vollzogen, obwol der Verurtheilte noch in letzter Stunde die ihm zur Laſt gelegten Hauptverbrechen nicht eingeſtand und ſeine Unſchuld betheuerte. Es war ein Juſtizmord, der um ſo ſchrecklicher erſcheint, je größer die Verdienſte des Mannes um das Vaterland geweſen. Das geſchah in den vielgerühmten Tagen des guten alten

Rechtes! Mit Bienner ſchwand für lange Zeit alle Rührigkeit und Thatkraft und aller Sinn für zeitgemäße Reformen aus dem tiroliſchen Beamtenſtande [8]).

Claudia Felicitas war eine ſehr bedeutende Fürſtin. Sie hat unter den ſchwierigſten Verhältniſſen die Regierung des Landes mit feſter Hand geführt. Konnte ſie auch die Vorlande nicht von feindlichen Einfällen retten, ſo bewahrte ſie doch unſer Vaterland vor der Geißel des dreißigjährigen Krieges und erhöhte die landesfürſtliche Macht. Gegen die Biſchöfe von Trient und Brixen trat ſie viel entſchiedener auf als ihr Gemahl und auch die Stände Tirols erhielt ſie in reſpectvoller Unterwürfigkeit. Sie wußte nicht nur ſehr tüchtige Räthe zu gewinnen und zu erhalten, ſondern war ſelbſt für das Wol des Landes unermüdlich thätig. Die hohe Frau zeichnete ſich nämlich durch raſtloſen Eifer und beharrliche Ausdauer aus; weder die Schwierigkeit noch die Langwierigkeit der Geſchäfte ſchreckte ſie ab, ihrem männlichen Geiſt war vielmehr Anſtrengung Bedürfniß. Nichts gewährte ihr größere Luſt, als ſich mit erfahrenen Männern über hochwichtige Staatsgeſchäfte in lange Verhandlungen einzulaſſen; nie hat ſie ſich über die Menge der Geſchäfte beklagt, kaum einmal denſelben zum Behufe der Erholung während ihrer vierzehnjährigen Regierung ſich entzogen. Im Rathe überraſchte ſie durch die Klarheit ihres Verſtandes und die Treue ihres Gedächtniſſes und zwang ihre Räthe in den allerſchwierigſten Fragen ihrer Meinung beizupflichten. Reiche Lebenserfahrung und fleißige Lectüre lehrreicher Bücher verſchaffte ihr ſolche Kenntniſſe, daß viele fremde Gäſte bekannten, ſie hätten nie ein geſcheidteres Weib geſehen. Sie war nicht bloß der italieniſchen, ſondern auch der franzöſiſchen, ſpaniſchen und lateiniſchen Sprache mächtig und in der deutſchen wenigſtens ſo geübt, daß ſie mit ihren Unterthanen verkehren konnte. Aber nicht bloß Geiſtesvorzüge, ſondern auch Tugenden des Herzens ſchmückten ſie. Sie hegte warme Liebe zu ihren Unterthanen und brachte der Sicherheit des Landes die theuerſten Kleinodien zum Opfer. Noch mehr lagen ihr ihre Kinder am Herzen; ſie wollte ihnen eine vortreffliche Erziehung geben; aber in der Wahl der Erzieher war ſie nicht glücklich und wol auch zu nachſichtig mit den ſchwachen Seiten des Erſtgebornen. Wie ihr Gemahl war ſie auch fromm und der katholiſchen Kirche ergeben. Sie machte jährlich Wallfahrten nach Seefeld, Mülß und auf die Waldraſt, ließ ſich in

Bruderſchaften aufnehmen und vollzog am grünen Donnerstag an dreizehn armen Frauen die Fußwaſchung; ſie ſah auch ſtreng auf Erhaltung des Katholicismus. Aber ſie bedachte Klöſter, Kirchen und kirchliche Inſtitute nicht mit ſo verſchwenderiſcher Freigebigkeit, wie Leopold, denn das Bedeutendſte, was ſie in dieſer Beziehung that, war die Vollendung der Dreifaltigkeitskirche zu Innsbruck; auch ſcheint ſie ſich dem Einfluß der Jeſuiten weniger hingegeben zu haben; wenigſtens iſt nur dann ihr energiſches Auftreten gegen Biſchöfe und Klerus erklärbar [9]).

§ 11. Erzherzog Ferdinand Karl.

Inhalt: Allgemeine Charakteriſtik. Erbhuldigungslandtag vom Jahre 1646. Propoſition. Antwort. Replik und Duplik. Triplik und Quadruplik. Quintuplik und Schluß. Bitten und Beſchwerden der Geſammtſtände und des Adels. Feindesgefahr. Rüſtungen in Tirol. Ausſchußverſammlungen in den Jahren 1646 und 1647 und Rüſtungen. Offener Landtag im Jahre 1647. Propoſition und Antwort. Heftige Replik. Duplik und Triplik. Quadruplik und Quintuplik. Klagen. Sextuplik, Septuplik und Schlußſchrift. Reſolution a. d. Beſchwerden. Erneuerung der Gefahren. Ausſchußverſammlungen i. d. J. 1648, 49, und 50. Der weſtphäliſche Frieden. Der ſpaniſch-franzöſiſche Krieg und der Türkenkrieg. Kaufverträge mit den Bünden i. d. J. 1649 und 1652. Weitere Verträge. Uebereinkommen mit den Grafen v. Lodron. Streitigkeiten mit den Bisthümern Trient und Brixen. Verwendung der Kurfürſten. Die Wahlcapitulationen von d. J. 1658 und 1658. Erbitterung des Streites mit Trient. Vertrag mit Sigmund Franz im J. 1662. Biſchof Karl Emanuel v. Madrutz. Sein Geſchlecht. Johann Platzgumer v. Brixen. Landſchaft und Landesfürſt. Die Berathungen und Beſchlüſſe des Ausſchußtages v. J. 1653 zur Hebung der Landeseinkünfte. Landſchaftlicher Haushalt. Die Haltung der Regierung. Finanzverwaltung. Lebens- und Regierungsweiſe des Erzherzogs Ferdinand Karl. Erziehung und Charakter. Einflußreiche Perſönlichkeiten. Hofhaltung und Hoffeſte. Reiſen. Freigebigkeit. Töchter und Schweſtern.

Die erſten Regierungsjahre Ferdinand Karls ſind zugleich die letzten des dreißigjährigen Krieges und brachten dem Lande nochmals ernſtliche Gefahr. Aber mit dem weſtphäliſchen Frieden tritt dauernde Ruhe für dasſelbe ein und der franzöſiſch-ſpaniſche wie der Türkenkrieg ſind nur fern leuchtende Kriegswetter. Doch wird die eine Hälfte der Vorlande durch den genannten Frieden für immer vom Hauſe Habsburg und dem Lande Tirol, mit dem es mehrere Menſchenalter unter gleicher Leitung geſtanden, losgetrennt. Den herrſchenden Frieden benützt der Landesfürſt zur Beilegung alter Streitigkeiten. Während er aber durch Verkauf ſeiner Rechte und Beſitzungen in den Bünden mit dieſen freundliche Beziehungen anbahnt,

gelingt es ihm nicht, mit den Stiftern Trient und Brixen einen dauernden Vergleich zu ſchließen. Ebenſo wenig iſt Ferdinand Karl's Regierung trotz der herrſchenden Ruhe geeignet, den zerrütteten landesfürſtlichen Haushalt zu ordnen, vielmehr häufen ſich infolge ſeiner verſchwenderiſchen Hofhaltung und Freigebigkeit die Kammerſchulden ungeachtet der außerordentlichen Einnahmen und es droht ein Bankerott, während die landſchaftlichen Finanzen und des Landes Einkünfte unerheblich ſich beſſern. Deſſenungeachtet bezeichnet dieſelbe eine Steigerung des Abſolutismus und ein weiteres Sinken der ſtändiſchen Macht.

Die Regierung Erzherzog Karl's begann mit dem Erbhuldigungslandtag, der am 9. April 1646 zu Innsbruck ſich verſammelte. Claudia gab in der Propoſition der Landſchaft den im Einvernehmen mit dem Kaiſer gefaßten Entſchluß kund, ihrem eben vogtbar gewordenen Sohne Karl die Regierung abzutreten, entband ſie des ihr ſchuldigen Gehorſams und forderte ſie auf, dem neuen Erbherrn die Erbhuldigung zu leiſten; wogegen ſie in ſichere Ausſicht ſtellte, daß dieſer ihre Privilegien beſtätigen und ſie in Frieden und nach Recht regieren werde. Als die weitern wichtigſten Gegenſtände der Ständeverſammlung bezeichnete ſie Beratſchlagungen über Landesdefenſion und Ordnung der zerrütteten Finanzverhältniſſe. Die Stände erklärten ſich hierauf zur Erbhuldigung bereit und leiſteten ſie auch, nachdem man ihre Bedenken über einige Worte in der Eidesformel beſchwichtigt hatte. Zur Verbeſſerung des Defenſionsweſens hielten ſie die Rückkehr zum alten Libell vom J. 1511 für notwendig und zur Ordnung des Staatshaushaltes riethen ſie beſſere Sparſamkeit, indem ſie zugleich durch Hinweis auf ihre eigenen Schulden die Unmöglichkeit weiterer Hilfe darzuthun ſuchten. War der Erzherzog mit der Rückkehr zum Libell einverſtanden, falls die bedeutenden Mängel gehoben werden, ſo beleidigte ihn die Mahnung zu größerer Oekonomie, denn er ſah darin einen indirecten Tadel gegen die Finanzwirtſchaft ſeiner Eltern. Er erinnerte daher die Stände ausdrücklich an die namentlich von ſeiner Mutter vollzogenen Maßregeln zur Verminderung der Ausgaben und Vermehrung der Einnahmen und forderte ſie auf, auch ihre Schuldigkeit durch Vollendung des Steuerreformwerkes und Einbringung der Reſtanten zu thun und ernſtlich auf Tilgung ihrer Schulden zu denken. Darauf geben die Stände in der Duplik

die Mittel an, die der hochbelaſteten Kammer eine Erleichterung zu bringen geeignet wären. Nach ihrer Meinung könnte dem Lande vorzüglich geholfen werden durch Reduction der Ausgaben, Hebung des Bergbaues und der einheimiſchen Induſtrie, Förderung des Viehhandels und Schaffung von Bargeld, Austrocknung der Möſer, Errichtung der montes pietatis (eine Art Leihanſtalten) und einer Univerſität, Begünſtigung der Landſchaft, Anſtellung einer Kleiderordnung und Verbot der Einfuhr franzöſiſcher und niederländiſcher Waaren. Um den Erzherzog zu begütigen, erklärten ſie ausdrücklich, daß an dem Verfalle der Landſchaft die Unruhen im Reiche die größte Schuld trügen, verſprachen die Reduction der landſchaftlichen Capitalien zu Ende zu führen und erbaten ſich zur Eintreibung der Steuerrückſtände ſeine kräftige Unterſtützung. Dabei theilten ſie die Renitenten in drei Claſſen, in ſolche, die aus Unvermögenheit nicht zahlen konnten, in ſolche, die zu ſehr belaſtet zu ſein glaubten, und endlich in ſolche, die zur Zahlung nicht verpflichtet ſein wollten, wie die Herren an den wälſchen Confinen. Der Erzherzog erklärte ſich in der Triplik mit den meiſten zur Förderung des Landeswoles gemachten Vorſchlägen einverſtanden und verſprach alle darauf bezüglichen Maßregeln zu unterſtützen; auch gab er ihnen die Verſicherung, die ſtändiſche Gewalt in Steuerſachen nicht zu beſchränken. Dafür erwartete er aber von den Ständen, daß auch ſie ihn bei ſeinem Regierungsantritte durch eine erkleckliche Hilfe unterſtützen werden. Darauf wiederholten die Stände nochmals mehrere ihrer Anliegen, namentlich die Klage wider die ſeit 1612 und 1620 zu Nauders und Taufers, zu Corvara und Schloßbruck errichteten Zölle, die den Verkehr ſo beeinträchtigten, und baten um Erledigung aller vorgelegten General- und Particularbeſchwerden. Aber wegen der begehrten Hilfeleiſtung wollten ſie ſich erſt erklären, wenn ſie des Erzherzogs Reſolutionen empfangen. Als jedoch Ferdinand Karl einige ſeiner frühern Zuſagen durch die Quintuplik der Landſchaft erneuerte, ſie ſeiner kräftigen Mitwirkung bei Ordnung der Landesdefenſion verſicherte, Unterſuchung ihrer Beſchwerden verſprach und ihre ſanguiniſchen Friedenshoffnungen zerſtörte: da bewilligte der Landtag 100.000 fl. für Landesdefenſion und beſtimmte zu deren Einbringung zwei Extratermine in den J. 1646 und 1647; doch ließ er ſich auf kürzere Termine nicht ein, obwol der Erzherzog in der Septuplik den Preis des Fuder Salzes auf 4 fl. 30 kr. herabſetzte.

Der Landtag endete am 18. Mai. Es hatten sich dazu die Gesandten der beiden Bisthümer und Capitel, 13 Grafen, 7 Prälaten, 20 Freiherrn, 120 Ritter und Adelige und die Vertreter von 12 Städten und 90 Orten, im ganzen nahe an 300 Personen eingefunden.

Wie bereits angedeutet wurde, versäumten die Stände auch bei diesem Regierungsantritte nicht, ihre Bitten, Klagen und Beschwerden vorzubringen. Diese waren zahlreicher als je. Die Landschaft legte 29 allgemeine und 33 Privatbeschwerden vor und diesen fügte der Adel noch 13 bei, die nur oder vorzüglich ihn betrafen. Von den allgemeinen Bitten und Beschwerden waren viele schon wiederholt, mehrere ein oder das andere Mal vorgekommen und nur einige waren ganz neu. In den ersten sieben und in den Punkten 9 und 15 baten die Stände, sie mit der fernern Forterhebung des Schenkpfennings und mit der Einfuhr fremder Weine zu verschonen, von Trient nicht mehr als 650 Fuder einführen zu lassen, das immer häufigere Branntweinbrennen und Bierbrauen abzustellen, die ungewöhnlichen Weinzölle und Aufschläge, besonders zu Nauders und Taufers im Münsterthale, aufzuheben, den Salzpreis herabzusetzen, die drei Wesen und andere Aemter mit der gebührenden Anzahl von Landleuten zu versehen und Pfarreien und Benefizien tauglichen landesgebürtigen Personen zu verleihen. Der Punkt 8 richtete sich gegen Eingriffe in die landschaftliche Steuergewalt, der Punkt 10 gegen Beeinträchtigung des adeligen Hofgerichtes, der Punkt 11 gegen Eingriffe in den Wirkungskreis des Landeshauptmannes, der Punkt 12 gegen die Saumseligkeit der Revisions- und Appellationsbehörden, der Punkt 13 gegen die Abweichung von den ersten Instanzen und der Punkt 14 gegen die besondere Gerichtsbarkeit und Strafgewalt des Kammerprocurators. In den Punkten 16 und 17 ersuchte die Landschaft den Landesfürsten, den Anmaßungen des Bischofs von Chur, der die Verlassenschaften verstorbener Priester an sich zu ziehen wage, kräftig entgegen zu treten und die ungehorsame niedere Clerisei im Bisthum Trient, sowie die Particularen an den wälschen Confinen zur Steuerzahlung durch Execution zu zwingen. Die Punkte 18 und 19 enthalten zwei wichtige neue Gegenstände, in dem ersten verlangt die Landschaft, daß Orden und Klöster mit den ausbezahlten Deputaten sich zufrieden geben und keinen Anspruch auf Erbschaft machen sollen, in dem zweiten fordert sie, daß Anverwandten oder andern benachbarten Landleuten innerhalb Jahresfrist

der Rückkauf von Gütern, die Ausländer an sich gebracht, gestattet sei. Mit den Punkten 20 und 25 baten die Stände, in Executionssachen sich nach der Landesordnung zu richten und mit dem grundherrlichen Consens bei Grundveräußerungen es überall gleich zu halten. Die Punkte 20 und 22 betrafen die Wahrung von Wildschäden und Münzverluste, die Punkte 23 und 24 die Verleihung von Geldern und die Handelschaft ausländischer Krämer. In den Punkten 26 und 27 wurde ersucht, beim herrschenden Geldmangel die Bezahlung mit Wertschaften zu gestatten und die Mandate Leopold's gegen Heiraten Armer, die nicht 100 fl. besitzen, zu erneuern; in den Punkten 28 und 29 gebeten, den Landesausschüssen nichts wider ihre Gewalt zuzumuthen und bei Durchzügen rechtzeitige Vorkehrungen zu treffen. Die Bitten und Beschwerden des Adels bezogen sich vorzüglich auf die Erhaltung und Bestätigung ihrer alten Privilegien und Freiheiten; interessant und neu ist nur die Bitte, daß diejenigen Landtagsmitglieder, welche durch Aemter und Würden dem Landesfürsten besonders verpflichtet, für die Dauer der Landtage oder Ausschußtage dieser Verpflichtung enthoben werden möchten [1]).

Zur Erledigung dieser Beschwerden und Behebung der innern Mißstände gab es in den nächsten Zeiten keine Gelegenheit; denn nicht die Friedenshoffnungen der kurzsichtigen und vertrauensseligen Stände, sondern des Erzherzogs Befürchtungen vor Vergrößerung der Feindesgefahr giengen in Erfüllung. Tirol gerieth in eine ganz ähnliche Lage, wie beim Beginn der vormundschaftlichen Regierung; der Feind bedrohte abermals ernstlich die Landesgrenzen. Im Sommer 1646 vereinigte sich die französische und schwedische Armee und dann rückten sie erobernd in Schwaben und Baiern vor, ohne daß die Oesterreicher und Baiern ihren Verwüstungszügen Einhalt zu thun wagten. Gegen das Ende des Jahres wandte sich Wrangel mit seinen Schaaren gegen den Bodensee, eroberte am 4. Jänner 1647 das fast für unüberwindlich gehaltene Bregenz und belagerte Lindau; einen Monat früher war auch Füssen in Feindesgewalt gefallen. Die immer näher rückende Gefahr weckte endlich die Tiroler aus ihrem Friedensschlummer. Es wurde eifrig gerüstet und die Zuzüge an die Landesgrenzen geschickt. Der Erzherzog hielt noch im December eine Versammlung des kleinen Ausschusses, die 20.000 fl. Restanten und was an den im Frühjahre

gewährten Hilfen über 100.000 fl. eingienge, bewilligte. Der Verluſt der Stadt und Feſte Bregenz und der Marſch der Feinde gegen den Arlberg bewogen ihn, im Jänner 1647 abermals den engern Ausſchuß einzuberufen. Da die Päſſe Tirols in ſo augenſcheinlicher Gefahr waren, ſo beſchloſſen die Stände, 1000 Mann auf Landſchaftskoſten zu werben und ſechs Monate zu unterhalten, desgleichen 1500 Jäger und Schützen aufzuſtellen und zu bewehren. Zur Deckung der Unkoſten beſtimmte man ein Zwangsanlehen von 100.000 fl.; auch führte man auf 4 Jahre den Fleiſchpfenning und eine Doctoren-, Advocaten- und Krämerſteuer ein. Hingegen verbat ſich die Landſchaft den landesfürſtlichen Vorſchlag, eine Wochencollecte zu veranſtalten oder nach den Kirchenſchätzen zu greifen. Auf dieſem Ausſchußtage wurde bekanntlich die Erbauung der Mariahilfkirche zu Innsbruck und die Stiftung eines Beneftziums daſelbſt gelobt. Nach dem Ausſchußtage wurde eifrig gerüſtet; man nahm dabei ſelbſt den Fall äußerſter Gefahr in Ausſicht. Dies bezeugt, daß der Erzherzog im Februar eine eigene Inſtruction wegen der Kreidenfeuer, Schuß- und Loſungszeichen erließ. In der That war hiezu Grund genug. In den erſten Monaten des Jahres 1647 ſtieg die Gefahr noch höher, denn die Baiern ſchloſſen mit den Franzoſen und Schweden einen Waffenſtillſtand und ſo ſah Oeſterreich ſich ganz auf ſeine eigenen geringen Kräfte angewieſen. Dieſe Verſchlimmerung der Sachlage drängte den Erzherzog im April bereits den dritten Ausſchußtag innerhalb eines halben Jahres zu halten. Weitere Hilfe ſchien um ſo dringender nötig, als die letztbewilligte nicht hinreichte, um die beſchloſſenen 1000 Mann anzuwerben und auszurüſten. Daher verlangte Ferdinand Karl von den Verſammelten, daß ſie zur Fortſetzung und Verdoppelung der Rüſtungen für jedes zu mahlende Staar Getreide einen Mahlpfenning, ein Umgeld vom Haustrunk und noch eine Collectio alla minuta bewilligen. Allein die Stände ſchlugen alle dieſe Abgaben trotz der Größe der Gefahren ab, ſich mit dem Mangel an Vollmacht entſchuldigend. So blieb dem Erzherzog, da ſich in dem nächſten Monate die Lage nur noch verſchlimmerte, nichts anders übrig, als einen offenen Landtag auszuſchreiben[2]).

Der neue Landtag begann am 25. Juni. Die erzherzogliche Propoſition legte die Gefahren dar, die dem Hauſe Oeſterreich und der katholiſchen Religion trotz der angeknüpften Friedensunter-

handlungen drohen, entschuldigte die Einberufung mit der Steuerverweigerung des letzten Ausschußtages, forderte Rath und Hilfe und versprach dafür, die Beschwerden noch während des Landtages zu erledigen. Auf diese Proposition antwortete der kleine Ausschuß im Namen des gesammten Landtages, ohne den Uebrigen davon Mittheilung zu machen und nahm den Protest der Stifter und Capitel ohne Gegenprotest auf. Er hob die Not der Landschaft hervor, die Manchen den Besuch des Landtags schwer gemacht, beklagte sich, daß man die ganze Landesvertheidigungslast den Ständen aufbürden wolle, und begründete die Verweigerung der bei der letzten Versammlung geforderten Steuern; der Mahlpfenning treffe vorzüglich die ärmern Parteien und der Schenkpfenning die ohnehin hochbesteuerten Etschländer, die Collectio alla minuta sei eine bedenkliche Neuerung. Der Ausschuß erbot sich, die früher bewilligte Hilfe zur Unterhaltung von 1000 Mann und Aufstellung von 1500 Schützen auf ein weiteres halbes Jahr bis Ende Jänner 1648 auszudehnen. Diese Antwort erbitterte den Erzherzog hoch; er machte dem Ausschusse heftige Vorwürfe, daß er den Protest der Stiftsgesandten unerwidert gelassen und die andern anwesenden Stände nicht gefragt hatte, als ob sie bloß pro umbra (als Schatten der Ausschüsse) beschrieben worden. Die Ausschüsse erhielten gemessenen Befehl, die Vota aller Anwesenden einzuholen und den Protest der Stiftsgesandten zu verwerfen; auch verlangte der Erzherzog, daß man größere Gleichheit in Vertheilung der Lasten einführe und alle neuen Bewilligungen ihm zur Disposition überlasse. Auf diese Resolution müssen verletzende Worte seitens der Landschaft gefallen sein; denn am 17. Juli replicirte der Erzherzog mit nicht geringer Gereiztheit. Er drang nochmals auf Einführung „gottliebender" Gleichheit in's Steuerwerk, behielt sich die Besteuerung seiner Beamten gänzlich vor, erklärte, an den Protest der Stiftsgesandten sich gar nicht kehren zu wollen, nahm die Direction der gesammten Landesvertheidigung ganz für sich in Anspruch und hielt sich für berechtigt, nach dem Landlibell die Zuzüge und ihren Sold, ja selbst den Unterhalt geworbener Truppen von den Ständen zu fordern. Die Landschaft sollte auch noch für weitere Hilfe Sorge tragen und an die Befestigung der Grenzpässe denken, da sie in gutem Stande sich befinde, und solle nicht die völlig ruinirte Kammer durch die Bitte um Aufhebung der Zölle aller Gefälle berauben wollen. Den Anwuchs der Restanten

legte er den Landschaftsmitgliedern zur Last und verbat sich, daß man ihn noch weiter für die Ursache der Not des Landes ansehe; eine solche respectlose und undankbare Gesinnung hätte er nicht erwartet. Schließlich versprach er die gewünschten Visitationen im Lande, besonders bei den Gerichten, anstellen zu lassen und mit der verlangten Controlle der hohen und den Landschaftssteuern schädlichen Gemeindewustungen ehestens zu beginnen. In der Duplik protestirten alle vier Stände gegen den Protest der Stifter, der modum et jus collectandi (die Art und das Recht der Steuereinsammlung) betraf, die beiden niedern Stände reservirten aber auch ihre Rechte gegenüber dem von den höhern Ständen beliebten neuen Steuererhebungs-Modus, den schon der Landesfürst für ungerecht erklärt hatte. Die ganze Landschaft sprach die Erwartung aus, man werde sie nicht von ihren stets vorbehaltenen Freiheiten drängen wollen, verlangte die Entfernung der mehr schädlichen als nützlichen fremden Völker, versprach dem Landesfürst 30—40.000 fl. zu freier Disposition für die Landesvertheidigung einzuhändigen und bedauerte, daß man von den frühern Hilfen, nach dem vorgelegten Ausweise, soviel auf auswärtige Defension verwandt habe. Die landesfürstliche Triplik kehrte den absolutistischen Standpunkt des Erzherzogs noch mehr hervor. Gegenüber der Forderung der Stände, ohne ihr Vorwissen keine Truppen in's Land zu bringen, verwies er auf sein Fürstenthum von Gottesgnaden, auf seine göttliche Einsetzung und dann erinnerte er noch die Stände, wie sehr sie früher, zur Zeit der Feindesgefahr nach einem fremden Kriegsvolke geseufzt; er ließ nicht gelten, daß das Landlibell seinem Vorgange entgegenstehe. Indem er sie auf die Wichtigkeit der Vertheidigung der vorarlbergischen Päße aufmerksam machte, verlangte er nochmals von der Landschaft, daß sie die bewilligte Kriegshilfe und die Collecte für so lange gewähre, als sie nötig und die 1000 Mann completire. Die 40.000 fl. Befestigungshilfe wurde angenommen. Darauf entschlossen sich die Stände außer den 40.000 fl. noch 60.000 fl. zu verabreichen, also im ganzen 100.000 fl.; dagegen wollten sie von der Completirung der 1000 Mann und der Aufstellung der 1500 Schützen entbunden sein. Die bischöflichen Gesandten beharrten bei ihrem Proteste, den die Landschaft in ihre Schrift aufnehmen zu müssen glaubte, um den Schein einer gefährlichen Separation zu vermeiden. In der Quintuplik erklärte Karl Ferdinand die be-

willigte Hilfe für ganz unzureichend, und begehrte außer dem Beitrag für Befestigungen, der Completirung der 1000 Mann und der Aufstellung von 1500 Schützen noch für die Monate August 1647 bis Jan. 1648 im ganzen 120.000 fl. und für jeden weitern Monat, falls die Gefahr fortdauere, 20.000 fl. Er hielt diese Hilfen nicht für schwer einbringlich, wenn die landschaftlichen Commissäre eifriger wären, und wollte zur Erleichterung das Land möglichst mit den Zuzügen verschonen und auf die eigene Einhebung dieser Steuern verzichten. Den Stiftsgesandten erklärte er ganz offen, er könne sich die durch die Entscheidungen der beiden Kaiser Ferdinand II. und Ferdinand III. dem Landesfürsten in Steuersachen zuerkannten Rechte nicht disputiren lassen, da das Verhältniß der Bisthümer zur Grafschaft Tirol mit ihrer reichsfreien Stellung, wie andere Beispiele zeigen, nicht unvereinbar sei; auf das Recht der Besteuerung hätten auch seine Vorfahren nie verzichtet und wenn seine Eltern bezüglich der Art der Einsammlung und der Quote aus angestammter Milde Nachsicht geübt, so könne man das nicht für immer verlangen. Die hohen Forderungen veranlaßten die Stände zu bittern Klagen über des Landes Not; es sei so weit gekommen, sagten sie, daß man nicht mehr bloß gegen die ärmern, sondern auch gegen die „mehrern“ Stände schimpfliche Execution anwenden müsse. Die Forderung der Collecte und die Aeußerung über Steuereinhebung traf die Stände empfindlich, da sie darin Mißachtung ihrer Privilegien sahen, und sie äußerten darum, sie hätten eher eine Vermehrung als Verminderung ihrer Privilegien erwartet und wüßten letztere vor ihren Nachkommen nicht zu verantworten. Ihre Hilfsbereitwilligkeit blieb aber noch weit hinter des Erzherzogs Forderungen zurück, denn sie wollten diesem nur den ganzen Ertrag der freiwilligen Kriegshilfe für die sechs Monate abtreten und ermächtigten den Ausschuß, nach Ablauf dieser Zeit noch weitere Hilfe zu gewähren, falls noch eine solche nötig; dagegen rechneten sie auf ungestörten Genuß ihres Steuereinhebungsrechtes und auf kräftige Unterstützung des Landesfürsten gegen die Renitenten. Noch entschiedener, als in der Triplik, traten in der Sextuplik die absolutistischen Ansichten und Tendenzen des Landesfürsten hervor. Der Landesfürst stellte es schlechtweg in Abrede, daß er die Privilegien verletze, und wollte fortan mit derlei „unziemlichen Anzeigen“ verschont sein. Er behauptete, daß den Ständen das Steuereinhebungsrecht im Jahre 1573 nur für jenen Fall,

aber nicht für immer verliehen worden. Wie in den frühern Schriften, gieng er auch diesmal von der Forderung des Fleischpfennings nicht ab. Die Stände hingegen beharrten bei ihrer Ansicht, daß das Steuereinhebungsrecht nicht bloß auf die Ordinari — sondern auch auf alle außerordentlichen Steuern sich beziehe, und bewilligten nichts weiter. In seiner Schlußschrift (v. 20. Aug.) begnügte sich der Erzherzog zwar mit dem Bewilligten, aber was die Stände wegen des jus exactionis aus dem Landtagsabschiede vom J. 1573 („impertinenter") angeführt, das wies er entschieden zurück und berief sich dagegen auf seine frühere Erklärung. Während dieses Landtages, der über acht Wochen gedauert, erfolgte auch die erzherzogliche Resolution auf die im Jahre 1646 vorgelegten Beschwerden. Was die allgemeinen anbelangt, so wurde wegen der Erhebung des Schenkpfennings und der Einfuhr ausländischer Weine auf den Landtag vom J. 1640 verwiesen, wegen Branntweinbrennens und Bierbrauens Moderation versprochen, der Salzpreis auf 4 fl. 30 kr. per Fuhr herabgesetzt und wegen der an Fremde verkauften Güter das Einstandsrecht zugestanden [3]).

In der zweiten Hälfte des Jahres 1647 wurden die Gefahren wieder geringer. Baiern schloß sich im Kampfe von neuem Oesterreich an und rüstete. Dagegen gestalteten sich im Jahre 1648 die Verhältnisse wieder ungünstiger; nach der unglücklichen Schlacht bei Zusmarshausen mußte sich die österreichisch-baierische Armee über die Isar und den Inn zurückziehen und Südbaiern den Feinden preisgeben. Damit stand ihnen auch der Zugang zu den tirolischen Alpenpässen offen und hatte unser Vaterland alle Ursache, auf der Hut zu sein. Sogleich nach dem unglücklichen Vorfalle bei Zusmarshausen forderte Ferdinand Karl von den im Mai zu Sterzingen versammelten Ständen neue Hilfe. Als sie diesmals nichts bewilligten, hielt er Ende Juni 1648 zu Innsbruck die zweite Ausschuß-Versammlung und begehrte zwei Extrasteuertermine zu Rüstungen. Da sich die ersten Vorposten schon bei Kufstein hatten sehen lassen, so bewilligte die Landschaft zur viermonatlichen Unterhaltung der 1000 Mann einen Extrasteuertermin und eine Capital- und Gewerbesteuer von ¼ %. Bald darauf wuchs die Gefahr so an, daß alle Gerichte ihre Compagnien ausrücken lassen sollten. Selbst nach dem im September 1648 abgeschlossenen Frieden wurde zum Zwecke der Geldbewilligungen für Rüstungen noch eine Aus-

ſchuß-Verſammlung, die dritte in dieſem Jahre, nach Bozen einberufen. Durchlaucht verlangte, daß die Stände die angeworbenen 1000 Mann noch ferner erhalten, bis der Feind aus den nahe gelegenen ſchwediſchen Feſtungen abgezogen ſei, die Feſtungen completiren und Munition ankaufen ſollten. Die Landſchaft bewilligte aber nur den dreimonatlichen Unterhalt für 300 Mann und 20.000 fl. zur Armirung des Zeughauſes. Die Furcht vor einem neuen Friedensbruch dauerte ſelbſt noch im Jahre 1649 fort. Darum verlangte auf dem Ausſchußtage im Auguſt 1649 der Erzherzog abermals eine Kriegshilfe und die Stände votirten den monatlichen Unterhalt für 100 Mann, die zur Grenzbewachung beſtimmt waren. Dieſe Hilfe ward ſelbſt noch im Jahre 1650 für zehn weitere Monate gewährt und hiefür wie für Grenzbefeſtigung und Sterbhut 45.000 fl. ausgeworfen. Der weſtfäliſche Frieden hat außer der Bedeutung, die ihm für alle deutſchen Lande und Fürſten zukommt, für Tirol und ſeinen Fürſten noch eine beſondere, denn durch ihn kamen bedeutende Gebiete, die ſeit langer Zeit mit unſerem Vaterlande dieſelbe Verwaltung gehabt hatten, an Frankreich. Im Artikel XI § 73 des Friedenstractates begab ſich nämlich der Kaiſer für ſich und das ganze Haus Oeſterreich wie auch für das Reich aller Rechte, welche ſie bisher über die Stadt Breiſach, über die Landgrafſchaft des obern und untern Elſaſſes und über die Landvogtei der im Elſaß liegenden zehn Reichsſtädte gehabt und übertrug all' dieſes an die Krone Frankreich. Dieſe hingegen ſtellte im XII. Friedensartikel dem Hauſe Oeſterreich und beſonders dem Erzherzog Ferdinand Karl die vier Waldſtädte: Rheinfelden, Seckingen, Laufenburg und Waldshut, desgleichen die Grabſchaft Hauenſtein, den Schwarzwald, das ganze obere und untere Breisgau ſammt den darin liegenden Städten Neuenburg, Freiburg, Endingen, Kenzingen, Waldkirch, Villingen und Breunlingen, weiter die ganze Ortenau mit den Reichsſtädten Offenburg, Gengenbach und Zell am Hammersbach zurück, übernahm zwei Drittel der auf allen Vorlanden liegenden Schulden und zahlte dem Erzherzog in den Jahren 1649—51 noch drei Millionen Livres. Der abgetretene Theil der Vorlande betrug ungefähr die Hälfte des Geſammtgebietes. Da alle Vorlande beſten Falles nur 80.000 fl. jährlich abgeworfen, und Frankreich ſtatt der Hälfte zwei Drittel der Schulden ſich auflud,

ſo war der Verluſt, den Ferdinand Karl erlitt, immerhin verſchmerzlich, wenn auch bitter [4]).

Mit dem dreißigjährigen Kriege verſchwanden für Tirol bis zum Ende des Jahrhunderts alle unmittelbaren Gefahren und erſt gegen Ende der Regierung des Erzherzogs Ferdinand Karl wurde das Land nochmals von den großen europäiſchen Conflicten ein wenig in's Mitleid gezogen. Im Jahre 1658 war es der ſpaniſch-franzöſiſche Krieg, der den Erzherzog veranlaßte, im Auguſt den kleinen Ausſchuß nach Hall einzuberufen. Beſorgt wegen der Fortſchritte der Franzoſen im Mailändiſchen und deren heimlicher Anſchläge auf eine Stadt, die Tirol zur Vormauer diente, verlangte Ferdinand Karl vom Ausſchuſſe die Erhaltung des Priamiſchen Regimentes, das monatlich 33.000 fl. koſtete, für die Zeit der Gefahr und eine Summe zur Herbeiſchaffung von Munition. Die Landſchaft bewilligte gegen Ablieferung des im Lande befindlichen fremden Kriegvolkes einen außerordentlichen Steuertermin im Betrage von 60.000 fl. Als mit Abſchluß des pyrenäiſchen Friedens (1659) von dieſer Seite jede Gefahr aufhörte, drohte den öſterreichiſchen Erblanden wieder einmal der alte Erbfeind im Oſten, die Türken. Dieſe eroberten im Jahre 1660 die Grenzfeſtung Großwardein und öffneten ſich damit den Weg nach Oeſterreich. Daher verſammelte der Erzherzog bereits Anfangs März 1661 den kleinen Ausſchuß zu Hall und ſuchte bei den verſammelten Ständen und Stiftsgeſandten eine beträchtliche Hilfe nach, wenigſtens 150.000 fl. Auf die nachdrücklichſten Vorſtellungen über die Größe der Gefahr, wurden endlich zwei Steuertermine im Betrage von 120.000 fl. bewilligt [5]).

Die Zeit der Ruhe, welche bald nach dem weſtfäliſchen Frieden eintrat, benützte Ferdinand Karl zunächſt dazu, um die Beziehungen zu einigen Nachbarn durch Verträge zu ordnen und weitern Differenzen vorzubeugen. Beſonders wichtig war das Verhältniß zu den Bünden, von denen ja während des dreißigjährigen Krieges Tirol mehrmals ernſtliche Gefahr gedroht hatte. Der Hof zu Innsbruck hatte ſich allmählich überzeugt, daß die Rechte der Grafen von Tirol im Bündnerlande eher eine Laſt als ein Vortheil wären, und darum gieng Erzherzog Ferdinand Karl um ſo lieber auf den Rath ſeines Miniſters, des Freiherrn (ſeit 1650 Grafen) Maxim. Moor, dieſelben an die Bünde zu verkaufen, ein, je geldbedürftiger er war.

Man wartete nur auf eine günſtige Gelegenheit, den Verkauf mit Ehren zu thun, und dieſe war erſchienen, als die Bündner ſich zum Auskauf herwärts erboten; man achtete nun nicht mehr auf die Einwendungen des ſpaniſchen Hofes und des Papſtes. Doch zogen ſich die Verhandlungen durch einige Jahre hin. Den Anfang machte der Erzherzog mit dem Gerichte und Landſchaften zu Davos, zum Kloſter, zu Caſtels, zu Schierſch und Seewies in Prättigau und in dem Gerichte Churwalden; er überließ am 15. Juni 1649 den Gemeinden dieſer Gerichte und Landſchaften, auf ihr Anlangen, alle ſeine landesfürſtlichen Beſitzungen und Rechte, wie ſie von weiland Grafen Gaudenz von Matſch an ſeine Vorvordern gekommen, um 75.000 fl. baren Geldes Tiroler Münze in Form eines unwiderruflichen Kaufes. Dasſelbe that er drei Jahre ſpäter mit ſeinen übrigen Anſprüchen, Rechten und Beſitzungen. Am 3. Juli 1652 trat er den ſechs Gemeinden Ob-Monfalon, Steinsberger Gerichts, mit Namen Zernetz, Süſs, Lavin, Guarda, Steinsberg und Vettan in Unterengadin alle ſeine landesfürſtlichen Rechte um 14.000 fl. baren Geldes Tirol. Münze ab, wobei noch weiter ausgemacht wurde, daß die geſteigerten Zölle an den tiroliſchen Zollſtätten auf die Ziffer von 1620 herabgeſetzt werden ſollen. Am nämlichen Tage einte er ſich auch mit den noch übrigen Gemeinden in Unterengadin, mit Schuls, Sins, Ramüſs, Samnaun und Schleins; ſie erhielten alle von Oeſterreich daſelbſt beſeſſenen Oberherrlichkeits-Rechte für die Summe von 12.600 fl. Den Schluß aller dieſer Verkäufe machte der Erzherzog am 27. Juli mit den Gerichten und Landſchaften Belfort, in und außer dem Schloſſe Alvenau und Lenz, St. Peter und Langwis in Schanfik, die im Gebiete des X. Gerichtsbundes gelegen, indem er ſeine Rechte gegen die Kaufſumme von 21.500 fl. bar. Geldes Tiroler Währung auf ewige Zeiten überließ. Nur über die Feſte und Herrſchaft Trasp im Unterengadin konnte man ſich nicht vereinbaren und ſo blieb dieſe noch bei Tirol, doch wurden deren Beziehungen in Criminal- und Civilſachen zu Engadin nach beſtimmten Normen feſtgeſetzt. Auch die Erbeinigung mit Tirol dauerte fort, ſo weit obige Verträge ſie nicht aufhoben. Einige Jahre darauf, am 8. März 1657, kam ein Vertrag mit dem Biſchof Johann von Chur wegen der Gotteshausleute in Vintſchgau und anderer Streitigkeiten zu Stande, allein dieſer wurde erſt im Jahre 1665 zum endlichen Ausgleiche erhoben. Dagegen ſchloß Ferdinand

Karl am 22. September 1654 mit den 13 Orten der Eidgenoſſenſchaft ſammt dem Gotteshaus und der Stadt St. Gallen einen Hauptvertrag, der die öſterreichiſchen Zölle betraf. Demgemäß ſollten nach dem J. 1664 Schweizerwaaren nicht mehr um den halben Zoll durch die öſterreichiſchen Erblande paſſiren; im Uebrigen wurden die Beſtimmungen eines im Jahre 1561 geſchloſſenen Vertrags erneuert. Ein Handelsvertrag war auch jener, den der Erzherzog am 5. Aug. 1649 mit Baiern eingieng; es wurden nämlich Beſtimmungen über den Salzhandel getroffen. Um nicht durch fremde Handelsleute in ihrem Salzverſchleiß, der ein Haupteinkommen der landesfürſtlichen Kammer bildete, beeinträchtigt zu werden, kamen beide Fürſten über die Salzpreiſe und die Vortheile, die ſie den Salzkäufern gewähren wollten, überein [6]).

Wenn die Verträge mit den Bünden langjährige Streitigkeiten beendeten, ſo beſeitigte der am 27. Juli 1648 mit Salzburg geſchloſſene Vertrag die Urſache eines erſt vor zwanzig Jahren entſtandenen Zwieſpaltes. Darin verglich ſich nämlich der Landesfürſt mit dem Erzbiſchof Paris von Lodron über den Genuß des Zillerthaler Bergwerkes; ſie einten ſich vorläufig auf 5 Jahre dahin, die Einkünfte zu theilen; da aber von keinen weitern Verhandlungen verlautet und der Streit nicht wieder ausbrach, ſo erhielt dieſe Einigung wol dauernde Geltung. An demſelben Tage wurden auch die alten Differenzen und Irrungen zwiſchen den Grafen von Tirol und dem Geſchlechte der Lodron beigelegt, die wegen der Erbhuldigung und Contributionsſteuer beſtanden. Ferdinand Karl traf mit dem Erzbiſchof als Vertreter ſeines Hauſes folgendes Uebereinkommen: 1) die Grafen von Lodron huldigen dem Erzherzoge durch einen Deputirten aus ihrer Mitte als ihrem natürlichen Erbherrn, unbeſchadet ihrer Pflichten gegen das Reich und andere Lehnsherren; 2) die bisher aufgelaufenen Steuerrückſtände ſind ihnen erlaſſen; 3) von den Herrſchaften Caſtellano, Caſtelnovo, Caſtelromano und Lodron haben ſie auch in Zukunft weder Steuer noch Extrasteuer zu entrichten, für die übrigen zahlen ſie die Gebühr der Nachbargebiete; 4) die Unterthanen der Herrſchaften Caſtellano und Caſtelnovo ſteuern nach Verhältniß der vier Vicariate, die Unterthanen von Lodron nach Verhältniß der Leute von Condino, Pieve di Buono und Rendena; 5) desgleichen wird es wegen der Muſterung und Durchzüge gehalten; 6) die Grafen von Lodron bleiben

bei der freien Uebung ihrer Rechte und Privilegien und der hohen und niedern Gerichtsbarkeit innerhalb ihrer Herrschaften; 8) der Landesfürst theilt diese Resolution der Landschaft mit. Die angeführten Punkte zeigen, daß der Landesfürst zur Erzielung des gewünschten Ausgleiches erhebliche Opfer brachte; die Landschaft, welche darunter noch mehr litt, wurde gar nicht angehört [7]).

Wie die Friedensliebe und das Geldbedürfniß des Landesfürsten zum Abschluß obiger Verträge wesentlich beigetragen, so forderte hingegen sein und der Landschaft Interesse, in den Streitigkeiten mit den beiden Bisthümern sich nicht nachgiebig zu zeigen. Anderseits glaubten auch die gleichzeitigen Bischöfe den Rechten ihrer Stifter nichts vergeben zu dürfen und so dauerte der Federkampf unter der ganzen Regierung Ferdinand Karl's mehr oder weniger heftig fort. Dabei giengen die beiden Stifter wieder gemeinsam vor, nur daß sich Trient viel eifriger und heftiger zeigte. Die Wege, welche sie einschlugen, waren dieselben wie früher; sie wandten sich wiederholt mit ihren Klagen nach Rom und an den Reichstag und stellten letzterem dar, wie neben den Forderungen und Zumuthungen, die der Landesfürst an sie stelle, ihre fürstliche Würde und die Unabhängigkeit der Stifter nicht bestehen könne. Die katholischen Kurfürsten waren für solche Beschwerden niemals unempfänglich. So verwandten sie sich im Jahre 1649 wieder einmal eifrig für die beiden Bisthümer wie für das Stift Bamberg; sie verlangten vom Kaiser, daß er die Streitsache entweder gütlich beizulegen suche oder die Entscheidung dem Reichskammergerichte übertrage. Der Kaiser scheint aber wiederum taube Ohren gehabt zu haben. Da ersahen sich die beiden Bischöfe eine bessere Gelegenheit; dies war die Wahl Ferdinand IV. zum römischen Könige (1653). In der That kam in die Wahlcapitulation eine Stelle, die zu ihren Gunsten lautete; es wurde nämlich mit Nachdruck dem Hause Oesterreich aufgetragen, die Beschwerden der Hochstifte Bamberg, Trient und Brixen entweder in Güte oder auf dem Wege des Rechtes zu beseitigen. Die Folge hievon war, daß im nächsten Jahre die Verhandlungen zwischen den streitenden Theilen wieder aufgenommen oder wenigstens beiderseits Informationen eingeholt wurden; doch von einem Ausgleich war keine Rede. Darum versäumten die Stifter nicht, die neue günstige Gelegenheit, welche die Kaiserwahl (1658) bot, nach Kräften auszubeuten. Die an die

Kurfürſten gerichteten Bitten der Stifter blieben auch diesmal nicht fruchtlos; das bezeugt der 32. Capitulationsartikel, worin gefordert wird, daß Kurfürſten und Stände in ihren Klagen gegen das Erzhaus ungeachtet deſſen Einwendungen am kaiſerlichen Kammergerichte unparteiiſche, ſchleunige Reichshilfe erlangen ſollen. Durch die Klagen, die die Biſchöfe, namentlich der Trientiner, wegen verſchiedener Gewaltthätigkeiten gegen Ferdinand Karl vorbrachten, erwirkten ſie, daß das kurfürſtliche Collegium ausdrücklich noch eine Vorſtellung an den Erzherzog erließ und ihn ermahnte, die Stifter nicht wider die Reichsconſtitutionen zu beſchweren. Allein der Landesfürſt wich trotzdem von ſeinem Standpunkte nicht und wurde gegen Trient ſo aufgebracht, daß er es gar nicht mehr zur Verſammlung des kleinen Ausſchuſſes einberief. Das Stift antwortete mit heftigen Ausfällen, die zu Rom gedruckt wurden. So ſteigerte ſich die gegenſeitige Erbitterung. Da gab der Tod des Fürſtbiſchofes Karl Emanuel (1658) dem Streite eine neue Wendung, denn die Domherrn wählten nun des Erzherzogs Bruder Sigmund Franz zum Nachfolger und mit dieſem wurden die Verhandlungen von neuem aufgenommen. Der Erwählte erneuerte am 6. Sept. 1660 die Compactaten der Biſchöfe Georg und Johann und die Speierer Note vom Jahre 1571 mit den darin ausgeſprochenen Vorbehalten. Am 14. October des Jahres 1662 kam dann ein neuer Vertrag zwiſchen beiden Theilen zu Stande, dem auch das Capitel am 18. Oct. ſeine Zuſtimmung ertheilte. Derſelbe iſt das Ergebniß langer Erörterungen und ſcheint alle und jede zwiſchen den tiroliſchen Landesfürſten und dem Stifte Trient obwaltenden geiſtlichen und weltlichen Streitigkeiten zu umfaſſen, aber dieſer Schein trügt. In der That ſind die wichtigſten nur berührt und unausgemacht geblieben, andere hingegen mit ſolchen Reſervationen eingezäunt, daß man Mühe hat zu errathen, was die Compaciscenten damit ſagen wollten, und zweifeln muß, ob ſie trotz aller Nachforſchungen den wahren Sachverhalt kannten. Obwol der Landesfürſt ſcheinbar in einigen Vertragspunkten auf frühere Anſprüche verzichtet, ſo verwahrte er ſich doch in der Schlußclauſel ausdrücklich dagegen und erklärt, daß die Speirer Note von 1571 und der Vergleich von 1578 ſammt den Reſervaten noch volle Geltung haben ſoll. Auch dem Vertrag von 1613 wurde dieſelbe zuerkannt; nur behielt ſich der Erzherzog die Ernennung der Milizofficiere vor. Wie wenig mit dieſem Ver-

trage erreicht war, zeigen die sogleich wieder ausbrechenden Irrungen. Derselbe erhielt auch nicht die Zustimmung des Kaisers Leopold I., des Chefs des Hauses Habsburg. Der Streit mit Brixen führte während Ferdinand Karls Regierung zu keinem Vergleich.

Von diesen Streitigkeiten mit dem Grafen und den Ständen Tirols abgesehen, war das Verhältniß der Bischöfe von Trient und Brixen zum Hause Habsburg keineswegs feindlich. Karl Emanuel von Trient hatte allerdings nicht den Einfluß und die Bedeutung für den kaiserlichen Hof, wie seine Vorgänger, doch suchte auch er den Mitgliedern desselben sich gefällig zu erweisen und fand hiezu mehrmals Gelegenheit. So oft eine solche Persönlichkeit durch sein Fürstenthum reiste, empfieng und bewirtete er sie ehrenvollst. Während seiner langen Regierung sprachen zwei deutsche Kaiserinnen, Erzherzog Leopold, dessen Gemahlin Claudia von Medici, die Söhne dieser beiden, die Erzherzoge Ferdinand Karl und Sigmund Franz, die Braut des erstern, Anna von Medici, nebst vielen andern Fürsten, Cardinälen, Gesandten u. a. an seinem Hofe ein. Der Kronprinz Ferdinand IV., der 1653 zum römischen Könige erwählt wurde, aber schon 1654 starb, und seine Schwester Maria Anna, die Braut König Philipps IV. von Spanien residirten vom 21. Dec. 1648 bis zum 19. Mai 1649 mit großem Gefolge im Schlosse Bonconsil und zu ihren Ehren fanden die glänzendsten Festlichkeiten statt. Aus diesen Beziehungen ersieht man, daß nicht persönliche Abneigung oder Unverträglichkeit, sondern die hohe Meinung von der fürstbischöflichen Würde und Freiheit den Bischof in einen so heftigen Federkampf mit den Landesfürsten verwickelte. Er hielt es für seine Lebensaufgabe, den Glanz und das Ansehen des Stiftes zu wahren und fand damit die Abhängigkeit von der Grafschaft Tirol nicht vereinbar. Sein unabhängiger Geist und thatkräftiger Sinn brachte ihn auch in Conflict mit seinem Capitel und der Stolz auf den Ruhm seines erlauchten Hauses hätte ihn bald verleitet, trotz seines Keuschheitsgelübdes und seines frommen Sinnes den Bund der Ehe einzugehen, um sein Geschlecht nicht aussterben zu lassen. Das Geschlecht der Madrutze, das mit seinem Tode (am 15. Dec. 1658) endet, hatte den Stuhl des hl. Vigilius 119 Jahre im Besitze. Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß ihm dies nicht ohne Nepotismus gelang; ja man wird gestehen müssen, daß sie sich desselben nicht im geringen Grade schuldig gemacht. Doch alle

vier Mitglieder dieſes Hauſes haben ihre Stelle vollkommen ausgefüllt und ihr Bisthum zu bisher nicht gekanntem Anſehen erhoben. Die katholiſche Kirche verdankt ihnen die Ausrottung der Irrlehren im ſüdlichen Tirol, die Wiſſenſchaft jener Zeit nennt ſie unter ihren eifrigen Verehrern. Biſchof Johannes Platzgumer von Brixen überlebte den Regierungsantritt Ferdinand Karl's nicht lange; nach ſeinem am 12. Mai 1647 erfolgten Tode wählten die Capitulare den bisherigen Weihbiſchof Anton v. Croſini, der einer alten Trientiner Adelsfamilie entſtammte und zu Innsbruck, Dillingen, Rom und Bologna ſtudirt hatte. Zwiſchen dem Stifte Brixen und der Grafſchaft Tirol gab es zwar außer den mit Trient gemeinſamen Streitobjecten noch manche andere, wie die Huldigung des Brixner Adels, des Kloſters Sonnenburg und ſeiner Unterthanen, die Zollaufſchläge im biſchöflichen Gebiete, die Viſitation der Kloſtertemporalien u. ſ. w. Allein Johann Platzgumer zeigte ſich im allgemeinen viel fügſamer und anderſeits mußte auch der Erzherzog auf gute Beziehungen mit dieſem unmittelbaren Nachbar mehr ſehen. So traf es ſich, daß beide Theile trotz obiger Streitigkeiten ſonſt friedlichſt mit einander verkehrten. Im Jahre 1653 verpfändete der Landesfürſt z. B. dem Biſchofe die Herrſchaft Michaelsburg um 24.000 fl. auf 25 Jahre, im Jahre 1654 überließ er ihm die Herrſchaft Schöneck und ein Drittel der Herrſchaft Rodeneck gegen die Herrſchaft Anraß um 21.000 fl. Wie zu Trient, ſo fanden auch zu Brixen die Mitglieder des Hauſes Habsburg jederzeit freundliche Aufnahme [8]).

Obwol die Streitigkeiten des Landesfürſten mit den Stiftern auch für die Stände von hoher Wichtigkeit waren, namentlich der darunter begriffene Contributionsſtreit, ſo iſt doch nirgends etwas von einer Theilnahme derſelben zu ſehen. Die Landſchaft verlor überhaupt mit dem Schluſſe des weſtfäliſchen Friedens an Bedeutung und Einfluß. Ferdinand Karl berief keinen allgemeinen Landtag mehr ein und auch an die wenigen Ausſchußtage ſtellte er keine namhafte Forderung. Auf dem Ausſchußtage des Jahres 1652 verlangte er nur im allgemeinen eine Beiſteuer zur Befeſtigung der Grenzen und Verproviantirung des Landes und die Landſchaft gewährte 40.000 fl.; auf der Verſammlung vom Jahre 1653 wurde keine beſtimmte Forderung geſtellt. Der kleinen Ausſchußverſammlung vom Jahre 1654 muthete der Fürſt nur zu, daß ſie ihm die

Landschaftsschuld von 106.120 fl., die er übernommen, zahle, das Land mit Proviant und Gewehren versehe und eine Beisteuer zur Förderung der Bergwerke gebe. Die Stände beschlossen obige Schuld durch Erhebung von zwei Extraterminen zu tilgen und davon noch 15.000 fl. zur Aufrichtung des Magazins zu spenden. Von einem allgemeinen Landtage im Jahre 1654 verlangte der Landesfürst Uebernahme landesfürstlicher Schulden und Mittel zur Hebung des materiellen Landeswoles, stand aber von ersterem Begehren ab, als die Stände sich nicht willig zeigten. Da der Landesfürst in diesen Jahren die Steuerkraft der Stände so wenig anspannte, so fanden sie auch keine Gelegenheit, an den öffentlichen Angelegenheiten sich hervorragend zu betheiligen. Um so mehr hätten sie Zeit und Mittel gehabt, ihre eigenen zu ordnen; aber es geschah verhältnißmäßig wenig. Auf dem Ausschußtage des Jahres 1653 kam es einmal zu ernsten Berathungen über Förderung des Landeswoles und über Beseitigung der landschaftlichen Schuldenlast. Damals wählten Stifter und Stände auf des Landesfürsten Verlangen Deputationen aus ihrer Mitte und diese beriethen mit den fürstlichen Commissären über folgende Hauptpunkte: Ablediguug der Schuldenlast, Richtigmachung der Steuer, Einführung von Commerzien, Erleichterung des Getreidehandels, Verbesserung der Landmilizordnung und Aufrichtung der Polizeiordnung. Dabei wurde dem Punkte von der Steuerreform die eingehendste Berücksichtigung zu Theil; man erkannte wiederum die früher beliebte Universalsteuerbereitung als das beste Mittel zur Begründung besserer Gleichheit und erklärte sich für die Fortsetzung dieses Werkes, doch sollten nicht so große Unkosten darüber auflaufen. Auch die andern Punkte wurden eingehender als bisher erwogen, namentlich schenkte man der materiellen Cultur des Landes endlich einmal die verdiente Aufmerksamkeit. Es war in der That die höchste Zeit hiezu. Ein Ausweis über Einkünfte und Ausgaben Tirols, der um diese Zeit verfaßt zu sein scheint, gibt erstere auf 700.000 fl., letztere auf 1.400.000 fl. und befürchtet, in zwei bis drei Jahren das höchste Verderben, wenn nicht Abhilfe geschaffen würde. Mögen diese Zahlen auch übertrieben sein, so ist doch außer allem Zweifel, daß es schlimm genug stand. Die Hilfsmittel, auf welche die Berathungen führten, waren manigfaltiger Art und im Werte sehr ungleich, wenigstens nach den Begriffen unserer Tage. Zur Förderung der Landschaft wurde vorgeschlagen,

die Unterthanen zur fleißigen Bebauung und Urbarmachung des Bodens aufzufordern und Arme dabei mit Geld zu unterstützen, die Gemeinweiden und Plätze in Aecker und Wiesen zu verwandeln, aus Mösern Fischteiche und Krebsgräben zu machen, die Seidenbäume in's Vintschgau, Eisackthal und Unterinnthal einzuführen, übermäßigen Bierverschleiß zu untersagen, das Schwarz- und Rothwild zu fällen, ungebührlich hohe Weisater und Grundzinse der Grundherrn abzustellen und übermäßige Strenge zu verbieten. Die inländische Industrie wollte man heben durch Verbot der französischen Waaren, durch Belebung bestehender und Schaffung neuer Industriezweige und natürliche Vertheilung derselben auf die einzelnen Orte des Landes (Rovereto: Seide, Bozen: allerlei Tücher, Bruneck: allerlei Geschirr u. s. w.), durch Errichtung eines Eisenwerkes und einer Glashütte. Die dadurch entfallenden Zölle sollten durch Aufschläge auf Waaren und Freigebung des Viehhandels ersetzt werden. Zur Vermehrung des Wolstandes hielt man ferner auch größere Sparsamkeit in Kleidung, Essen und Trinken für nötig. Um die vielen Processe und den Anfall des Vermögens an Klöster zu verhindern, wünschten die Stände, daß Processe für Schuldforderungen unter 50 fl. untersagt und über das Erbe der Klosterpersonen in der Landesordnung genauere Bestimmungen getroffen würden. Durch Errichtung einer Akademie zu Meran, wozu reiche Pfarren und Beneficien beitragen und die Ersparungen im Milizwesen verwendet werden sollten, hoffte man die Erziehungskosten zu vermindern und das Geld hiefür im Lande zu behalten. Diese zum Theil sehr praktischen Beschlüsse, deren Ausführung dem Lande gewiß zu großem Segen gereicht hätte, blieben leider auf dem Papiere stehen, ungeachtet daß sie die Billigung des offenen Landtages vom Jahre 1654 fanden und die Not zu deren Verwirklichung drängte. Obwol mit größern landesfürstlichen Forderungen verschont, kamen die Stände nicht sogleich zur Regelung ihres zerrütteten Haushaltes. Im Jahre 1651 hatten sie bei 3.265.778 fl. Landschaftsschulden und jährlichen 151.645 fl. Gesammtausgaben ein Deficit von 35.645 fl. und noch im Jahre 1660 mußten sie sich vom Erzherzoge ermahnen lassen, den großen Ausstand an Verzinsungen und die andern Landschaftsschulden zu tilgen und hiezu auf neue Zahlungsmittel zu denken. Doch waren im Jahre 1663 ihre Capital- und Zinsschulden auf 2.377.400 fl. herabgebracht worden [9]).

Noch weniger Lob als das Gebahren der Stände verdient die Haltung der Regierung des Landesfürsten. Seit Ferdinands II. Tagen war Tirol nie mehr weniger durch äußere Verhältnisse behelligt worden und nie hatte der Zustand des Landes die schon lange als nötig erkannten Reformen mehr gefordert; dessenungeachtet ist außer den früher erwähnten Verträgen nicht eine erhebliche That zur Regelung und Besserung der innern Verhältnisse geschehen. Nur das Eine kann man an der Regierung Ferdinand Karl's rühmen, daß sie das landesfürstliche Ansehen auch gegenüber dem Klerus zu wahren bemüht war. So ließ sie sich das Recht, die Temporalien der Geistlichkeit zu visitiren, trotz aller Ausflüchte und Einwendungen der Bischöfe nicht nehmen und trug kein Bedenken, gegen den Klerus an der Etsch, der die Steuern nicht zahlen wollte, nötigenfalls auch mit Execution vorzugehen. Strenge sah sie auch auf Erhaltung der katholischen Religion und untersagte damals allen Unterthanen, die zeitweise auswanderten, ernstlich, sich an unkatholischen Orten aufzuhalten. Im übrigen machte sich Ferd. Karl's Regierung großer Fahrlässigkeit schuldig. Der wundeste Fleck in der ganzen Verwaltung war die Finanzgebahrung. Die landesfürstlichen Finanzen befanden sich, wie die frühern Capitel dargethan, zwar schon seit lange in schlimmem Zustande, aber in solche Zerrüttung, wie unter Ferdinand Karl, sind sie weder vor noch nachher bis in unser Jahrhundert gerathen. Bei seinem Regierungsantritte betrugen die Schulden, welche auf dem Pfannhausamte, auf der tirolischen Kammer und den übrigen tirolischen, schwäbischen und arlbergischen Aemtern lagen, vier und eine halbe Million, die zu 5% 225.000 fl. Zinsen verlangten. Die tirolischen Aemter warfen rein 415.335 fl. ab, wozu die Zinsen eines noch ausständigen Heiratsgutes von 22.500 fl. und der Ertrag der arlbergischen Aemter mit 21.030 fl. kamen. Diese Einnahmen überstiegen die Ausgaben, worunter die Hofhaltung mit 150.000 fl. beziffert war, um das Deficit von 119.305 fl. Der durchschnittliche Reinertrag der drei Jahre 1661—3 belief sich nach Einführung eines neuen Salzaufschlages von 1 fl. per Fuhr auf 513.280 fl., von welchen auf das Pfannhausamt zu Hall allein 269.548 fl., auf das Münzamt 19.146 fl. und auf das erste Zollamt zu Bozen 32.638 fl. fielen. In ungleich höherm Maße aber, als das Einkommen, hatten sich die Schulden gemehrt. Obwol Ferdinand Karl seit dem westfälischen

Frieden keine Kriegsauslagen hatte, obwol er in dieſem Frieden drei Millionen Livres von den Franzoſen erhielt und obwol er für die an die Bünde verkauften Rechte und Beſitzungen und für die an Brixen verpfändeten Herrſchaften nicht unerhebliche Summen empfieng, ſo wuchſen doch ſeine Schulden ſo an, daß am Ende ſeiner Regierung ein völliger Bankerott drohte. Die Schulden des Pfannhauſes von Hall z. B., die im Jahre 1647 1,671.269 fl. mit 84.455 fl. Zinſen ausmachten, waren im Jahre 1663 bis auf 3.200,000 geſtiegen, wovon 1.400,000 fl. allein Zinsſchulden, und auch die übrigen Aemter, Zölle und Herrſchaften beſchwerten unerträgliche Debite, wie Erzherzog Sigmund Franz ſelbſt in ſeiner Replik auf dem Landtage vom Jahre 1663 klagt [10].)

Dieſe arge Finanzwirtſchaft erklärt ſich vollkommen aus der Lebens- und Regierungsweiſe des Erzherzogs. Als Ferdinand Karl ſeine Regierung antrat, mochten die Stände ſich goldene Zeiten verſprechen. Denn ſeine ſchöne Geſtalt und ſeine anmuthigen Geberden zogen Aller Herzen an und das Feuer und Leben der Rede, mit der er die Landſchaft zur Erbhuldigung aufforderte, weckte bei den Zuhörern enthuſiaſtiſche Bewunderung und allgemeines Jubelgeſchrei. Aber des Erzherzogs Erziehung war nicht darnach angethan geweſen, um ihn zu einem guten Regenten heranzubilden. Geboren am 17. Mai 16_8, hatte er ſchon im Alter von vier Jahren ſeinen Vater verloren. Seine Mutter fand über den vielen Staatsgeſchäften kaum Zeit, ſich viel um ihre Söhne zu kümmern und ſcheint auch gegen ſie den allgemeinen Fehler der Frauen, zu große Milde, begangen zu haben. Unter dieſen Verhältniſſen fiel die Sorge für das leibliche und geiſtige Gedeihen der Prinzen vorzüglich ihren Erziehern, den Jeſuiten, anheim. Dieſe machten aus ihm wol einen ſehr angenehmen Privatmann, der gerne ſein Leben genießt und Alles um ſich her durch ſeine Freigebigkeit zu beglücken wünſcht; ſie pflanzten ihm auch große Liebe zur Kirche, Andachtseifer und Sehnſucht nach einem unthätigen Leben ein und nährten ſeinen Hang zum Vergnügen oder traten ihm wenigſtens nicht entgegen. Allein ſie bildeten den jungen Fürſten zu nichts weniger als zu einem willensſtarken, kriegeriſchen und zugleich ſparſamen Regenten heran, wie die Not der Zeit es gefordert hätte. Die Geiſtesanlagen des Zöglings wurden vernachläſſiget, dagegen ſeine Leibeskräfte durch zeitweiſe Strapazen, wie anhaltende Jagd, zu allen

Ungemächlichkeiten des Lebens abgehärtet. So kam es, daß er wol ein sehr stattlicher Herr voll blühender Gesundheit, gewandt im Reiten, Jagen und Ritterspiel, ein Mann von lebhafter Gemütsart, natürlicher Anmut und bezaubernder Beredsamkeit wurde, aber ohne jene Männereigenschaften blieb, denen die genannten Vorzüge nur zum Schmucke dienen sollten. Wenn aber seine Erzieher ihn dadurch zu einem willigen Werkzeug ihres Ordens machen wollten, so haben sie sich freilich zum Theil verrechnet. Denn blieb er den Jesuiten auch jederzeit sehr gewogen, so erlangten doch in den spätern Jahren nicht sie, sondern sein Beichtvater, der Franciscaner Leguil und zwei Italiener, nämlich Marchese Luniati und Graf Bernhard v. Ferrari, den größten Einfluß. Ihre Gewandtheit wußte den jungen und offenen Fürsten so zu lenken, daß er selbst zu herrschen glaubte und nicht einmal einen Günstling zu haben vermeinte, während doch Ferrari Alles über ihn vermochte. Der feine und politische Geist der Italiener siegte überhaupt bald über die Geradheit der deutschen Männer am Hofe und bei der Regierung. Nach und nach wurden die Staatsämter sowie die Hofbedienstungen nur mehr durch sie besetzt und die Landeseingebornen verdrängt. Um den Erzherzog dauernd an sich zu fesseln und von seiner Gunst Gewinn zu ziehen, thaten sie seiner Prachtliebe und seinem Freigebigkeitssinn allen Vorschub und nährten seinen Hang zu Vergnügungen. Zu diesem Zwecke suchte man ihm alle möglichen Ergötzlichkeiten zu verschaffen, damit er ja nicht Zeit finde, an ernste Dinge viel zu denken. Es wurden Schauspieler, Tonkünstler, italienische Sänger und Sängerinnen herbeigerufen und auf das reichlichste unterhalten; ja der Erzherzog ließ zur Aufführung ihrer Stücke sogar zwei stehende Theater bauen, zuerst das später in eine Reitschule umgewandelte Gebäude, und als dies zu groß erschien, das an der Stelle des jetzigen Theaters gestandene alte Schauspielhaus, das damals eines der schönsten in Deutschland war. Der Marstall wurde mit mehrern hundert Pferden, worunter allein 150 schulgerechte Reitpferde waren, versehen, die Anzahl der Jäger, Hatschiere und Livrebedienten immer vergrößert (22 Truchsesse, 70 Hatschiere, 35 Trabanten, 27 Lakeien, 37 Pagen). Die vielen fürstlichen Besuche gaben Gelegenheit, besondern Prunk und Luxus zu entfalten. Die erste bot sich, als im Jahre 1646 dem Erzherzog der Orden des goldenen Fließes feierlich umgehängt ward, die nächste bei seiner Vermählung mit Anna v. Toscana, der Tochter

des Großherzogs Cosmus II.; weitere noch geeignetere fanden sich bei den Durchreisen des Herzogs Karl v. Mantua, der kurbairischen Braut Henriette Adelheid von Savoyen und der Königin Christina von Schweden. Bei solchen Gelegenheiten wurden kostbare Ritter- und Schauspiele und mancherlei andere Festlichkeiten veranstaltet und der Zusammenfluß von Leuten war z. B. bei der Anwesenheit der schwedischen Königin so groß, daß sie in der Stadt fast keine Unterkunft fanden. Nicht minder prächtig und kostspielig waren des Erzherzogs wiederholte Reisen nach Italien und nach Baiern. Diese Festlichkeiten und Reisen verschlangen um so größere Summen, je freigebiger der Erzherzog von Natur war. Diesen Charakterzug bezeichnet treffend die Aeußerung, die er oft that: Gott habe die edeln Metalle den Fürsten gegeben, damit sie diese Geschenke der Natur ausspenden, nicht aber in Kisten aufgehäuft verwahren und verschließen sollen. Bei diesem Grundsatz ist es begreiflich, daß der Fürst nicht Maß zu halten verstand und nur zu häufig von Wolbienern ausgebeutet wurde. Der Jesuit Bidermann, der seine Leichenpredigt hielt, rühmt von ihm: er meinte einen Tag verloren zu haben, wenn er nicht im geheimen seine Mildthätigkeit geübt, und bemerkt weiter, daß er viele arme Mädchen zur Heirat ausgestattet und die studierende Jugend vielfach beschenkt habe. Auch Klöster und Kirchen zogen viel von ihm. So schenkte er der Capelle des hl. Borromäus zu Mailand einen goldenen mit Edelsteinen besetzten Kelch von 16.000 Reichsthaler Wert. Darum folgte ihm auch der Dank Vieler ins Grab nach, als er am 26. December 1662 an einer hitzigen Krankheit oder an den Kindsblattern zu Kaltern im Etschlande starb. Karl Ferdinand hinterließ von seiner um 10 Jahre ältern Gemahlin (gest. 12. September 1676) nur zwei Töchter: Claudia Felicitas (geb. 9. August 1654) und Maria Magdalena (geb. 7. August 1656, gest. 1669) und keinen Sohn; eine dritte Tochter war vor ihm gestorben. Von seinen Schwestern hatte er die jüngere Maria Leopoldine (gest. 19. August 1649) an Kaiser Ferdinand III. (1648) und seine ältere, Isabella Clara (gest. 1685), an Herzog Karl III. von Mantua und Montferrat (1649) vermählt und für erstere von den Ständen 25.000 fl., für letztere 20.000 fl. Heiratsbeitrag erlangt, wogegen aber die Stifter protestirten. Auch zu seiner eigenen Hochzeit hatten ihm die Stände ein schönes Geschenk verehrt [11]).

§ 12. Erzherzog Sigmund Franz.

Inhalt: Allgemeine Charakteristik. Sigmund Franzens Charakter und Erziehung. Bischof von Gurk, Augsburg und Trient. Reduction des Hof- und Beamtenstatus. Finanzoperationen. Erbhuldigungslandtag. Propositionen und Antworten. Allgemeine Beschwerden. Replik und Duplik. Triplik und Quadruplik. Schluß des Landtages. Verhandlungen mit Baiern, Chur, Brixen und Trient. Heiratsabsichten und Unterhandlungen. Plötzlicher Tod. Charakterbild.

Nachdem vier Herrscher Tirols fast gleich lang, etwas weniger als ein halbes Menschenalter, die Geschicke unseres Vaterlandes geleitet hatten, folgte die kürzeste von allen Regierungen, Erzherzog Sigmund Franzens Regiment. Und doch hat dieselbe in den paar Jahren mehr für die Heilung der innern Schäden gethan und das Uebel gründlicher angefaßt, als die drei unmittelbar vorhergehenden. Es wurde endlich einmal mit Einführung der weisen Oekonomie, die man den Ständen schon so oft versprochen, Ernst gemacht und auch an gründliche Beseitigung der Streitigkeiten mit den benachbarten Bischöfen gegangen. Da aber des Geschickes Mißgunst den strebsamen Fürsten so früh aus dem Kreise der Lebenden riß, so geriethen leider seine heilsamen Reformen und weitern Unternehmungen in ihrem besten Gedeihen ins Stocken und blieben dann größtentheils unvollendet. Auch S. Franz huldigte der absolutistischen Richtung seiner Vorgänger und wußte die gegenüber den Ständen bereits errungenen Vortheile zu behaupten.

Es ist eine gar nicht seltene Erscheinung im geschichtlichen Leben, daß die größten Gegensätze unmittelbar sich folgen; an den Charakteren und Regierungsweisen der beiden Söhne Leopolds tritt sie uns auch vor Augen. Obwol sie Vater und Mutter und den Geburtsort gemein, obwol sie unter ähnlichen Verhältnissen und von den gleichen Erziehern erzogen worden, so waren sie doch an Körper und Geist sehr verschieden, ja in mancher Beziehung völlige Gegensätze. Geboren am 18. November 1630, war Sigmund Franz als der Zweitgeborne schon von Jugend auf zum geistlichen Stande bestimmt und das mag allerdings seine Erzieher bewogen haben, ihn vielfach anders zu behandeln, als seinen ältern Bruder. Durch übertriebene Huldigungen nicht verdorben und von Natur mehr gelassenen als lebhaften Temperamentes, verlegte er sich früh mit allem Ernste auf jene Wissenschaften, die er für seinen künftigen Beruf brauchte. So

bekam er wirkliche Neigung zum geiſtlichen Stande und dieſe wurde beſtärkt durch die frühen und großen Erfolge, die er in ſeiner Laufbahn fand. Es iſt begreiflich, daß es dem Abkömmling des deutſchen Kaiſerhauſes, dem Vetter des regierenden Kaiſers und Königs und dem Anverwandten vieler Mächtigen Europas an Protection nicht fehlte, um mit Pfründen und Bisthümern, gleich ſeinem Vater, ſchon im Knabenalter verſehen zu werden. Noch nicht 10 Jahre alt, erhielt er ein Canonicat zu Brixen und kaum 12 wurde er zum Biſchof von Brixen empfohlen. Erlangte er auch diesmal die biſchöfliche Würde noch nicht, ſo bekam er doch ſchon im 14. Lebensjahre das Bisthum Gurk und im 16. das von Augsburg. Wir habem gehört, daß er im Jahre 1658 auch zum Biſchof von Trient poſtulirt wurde. Als ſolcher bekam er zwar nie die päbſtliche Beſtätigung, aber der Kaiſer verlieh ihm im April 1660 die Temporalien und er ergriff durch ſeinen Delegaten J. Georg Grafen v. Königseck noch in demſelben Jahre vom Stifte Beſitz. Im Jahre 1659 ſollte er die Verwaltung der Niederlande übernehmen und machte darum eine Reiſe nach Wien. Konnte er ſich auch dazu, wie es ſcheint, nicht entſchließen, ſo war er doch nach dem Ableben ſeines Bruders feſt entſchloſſen, die Regierung Tirols und der Vorlande in ſeine Hände zu bringen. Der kaiſerliche Hof ſah ſein Verlangen nicht gern, da er die erledigten Erblande lieber mit den übrigen vereinigt hätte; aber weil Sigmund Franz auf ſeinem Begehren beharrte und dabei in den Wünſchen des Landes eine kräftige Stütze fand, ſo ward ihm ſein Wille gewährt [1]).

Erzherzog Sigmund Franz hatte in ſeinem bisherigen Wirken nicht bloß Eifer in geiſtlichen Geſchäften, ſondern auch Geſchick in den weltlichen Dingen an den Tag gelegt; er zeichnete ſich durch anhaltenden Fleiß, Betriebſamkeit in den Geſchäften, Bedachtſamkeit in ſeinen Anordnungen und Mäßigkeit in ſeiner Haushaltung aus. Durch ſeine Regententugenden erwarb er ſich in ſolchem Maße das Vertrauen des Königs von Spanien, daß ihn dieſer vom Kaiſer zum Statthalter der Niederlande begehrte. Darum begrüßten die Tiroler ſeinen Regierungsantritt mit unbeſchreiblicher Freude und in der That rechtfertigten ſeine erſten Regierungshandlungen das in ihn geſetzte Vertrauen vollkommen.. Er begann mit der Reduction des unter ſeinem Bruder maßlos angewachſenen Hofſtaates. Die Italiener ſchickte er nach Hauſe und viele, worunter nebſt andern

anſehnlichen Cavalieren auch der Marcheſe Luniati, entließ er ſogar in Ungnaden. Es wehte wieder deutſche Luft am Innsbrucker Hofe. Eine gleiche Muſterung wie mit ſeinen Miniſtern nahm er mit ſeinem Hofgeſinde vor. Von den Hatſchieren wurden nur 30, von den Trabanten 24, von den Edelknaben 16, von den Lakaien 16, von den Trompetern 10, von den Truchſeſſen 4 behalten, die Reitpferde auf 60 herabgeſetzt und von den Jägern 8 entlaſſen, die Comödianten und Sänger aber durchgehends abgedankt und ſämmtliche Jagdhunde auf einmal weggegeben. Doch ließ der Erzherzog der Dienerſchaft den Lohn bis auf den letzten Heller ausbezahlen. Auch den Beamtenſtatus und deſſen Beſoldungen verminderte er erheblich. Bei ſeinem Ableben beſtand die Hofkanzlei nur mehr aus drei Geheimräthen mit 6000 fl. Gehalt, 10 Secretären und 14 Kanzleiverwandten, das Regiment aus 16 Räthen, 16 Secretären und 22 „Kanzleiverwandten“ und die Hofkammer aus 16 Räthen, 8 Kammerrechnungsräthen und 9 Schreibern; alle drei Stellen zählten zuſammen nicht über 164 Perſonen mit 45.200 fl. Beſoldungen. Die zweite Angelegenheit, an deren Erledigung der Erzherzog energiſch gieng, war die Regelung des Staatshaushaltes. War hiefür durch Reduction des Hof- und Beamtenſtatus ſchon tüchtig vorgearbeitet, ſo ſuchte er noch durch weitere Erſparungen und geſchickte Finanzoperationen dem Uebel abzuhelfen. Zuerſt holte er das Gutachten berühmter Juriſten über die Frage ein, wie weit er als Nachfolger ſeines Bruders deſſen Verbindlichkeiten zu halten verpflichtet ſei. Als jene erklärten, er ſei nur gebunden, jene Verpfändungen, Schenkungen und Schulden zu beachten, die wegen unentbehrlicher Nothdurft des Vaterlandes und mit deſſen Zuſtimmung gemacht worden, da erbot er ſich, die Parteien, welche ihre Forderungen genügend begründen könnten, auf die eine oder die andere Art zu befriedigen; mit dieſen trat er dann auf billige Bedingungen in Unterhandlung und ſuchte dabei gute Pfandſchaften wo möglich wieder für die Kammer abzulöſen, wie z. B. von Brixen die Herrſchaften Michaelsburg, Schöneck und ein Drittel von Rodeneck. Um den Schuldenſchwall nicht weiter anwachſen zu laſſen, griff er dann ſogar zu den gewaltſamen Mitteln der Zinſenreduction und der vollſtändigen Zinsverweigerung, ja er focht, wie die Stände auf dem Landtage 1665 klagen, die Eigenthümer wider ihre Verſchreibungen im Beſitze ihrer Herrſchaften,

Lehen und Zollfreiheiten an und entzog selbst einzelnen die bisher genossenen Besitzungen und Rechte. Es mochten darunter gar manche von sehr zweifelhafter Berechtigung sein. Endlich versäumte er auch das Mittel nicht anzuwenden, mit dem sich seine Vorfahren meist geholfen; er nahm seine Zuflucht zu der Hilfe der Stände, die er ohnedies zum Erbhuldigungslandtage nach Innsbruck bemühen mußte [2]).

Der Erbhuldigungslandtag trat am 2. April 1663 zusammen. Der Erzherzog verlangte in der Proposition von den Ständen, daß sie ihm nach der gewöhnlichen Eidesformel den Treueid leisten, und versprach für diesen Fall, ihre Freiheiten zu bestätigen und handhaben. Nach Leistung der Erbhuldigung wollte er ihnen besondere Anträge zu reiflicher Beratung vorlegen. Die Antwort der Stände erklärte sich zur Erbhuldigung und Beratung der Anträge bereit, dankte für das Versprechen der Privilegiumsbestätigung, bat um Erledigung der allgemeinen und besondern Beschwerden und wünschte dem Erzherzog zu langer Regierung Glück, indem sie zugleich ihre Freude darüber ausdrückte, einen im Lande geborenen Landesfürsten zu erhalten. Tags darauf legte der Erzherzog in einer weitern Proposition folgende Punkte zur Berathung vor: wie bei den gefährlichen Conjuncturen die Landesdefension einzurichten, wie dem erschöpften Kammerwesen und der großen Schuldenlast abzuhelfen, wie und durch welche Mittel eine nützliche Oekonomie angestellt werden könne. Auf diese zweite Proposition entgegneten Stifter und Stände: sie hätten mit innerster Herzensfreude vernommen, wie Durchlaucht als Landesfürst und sorgfältigster Vater des Vaterlandes dessen Wolstand, Ruhe und Sicherheit sich angelegen sein lasse; man verspüre seit seinem Regierungsantritte die reiflich erwogene und ganz nützliche Anstellung zuträglicher Oekonomie und wollte deshalb um so lieber mit Rath und That helfen, wenn die Mittel vorhanden wären; das sei aber leider nicht der Fall. Zu dessen Begründung und zur Information des neuen Landesfürsten gaben sie dann eine kurze Deduction über ihre Leistungen seit dem Bestand der Ordinaristeuer, über die vielen Extrasteuern und Landtage und ihre gegenwärtige Schuldenlast (2.377,400 fl.), weiter über einige der wichtigsten und schädlichsten Beschwerdepunkte. Sie schlossen mit der nochmaligen Versicherung ihrer Hilfsbereitwilligkeit und mit der flehentlichen Bitte um Beseitigung der Uebel-

ſtände. An dieſe Antwort knüpften ſie dann eine Darlegung ſämmtlicher allgemeinen Beſchwerden. Sie brachten deren 25 vor. Die eine Hälfte ſtimmt mit den entſprechenden der 29 Beſchwerdeartikeln v. J. 1646 vollkommen überein; die Punkte 6, 8, 9, 12, 13, 17, 19, 22, 23, 24, 26, 27 jedoch (S. 400) kamen nicht mehr vor; die Punkte 14, 15 in etwas veränderter Geſtalt; neu waren diesmal die Klagen über die hohen Zölle gegen Baiern (Punkt I), die Bitte, jemanden zu Bozen mit der Auswechslung ſchlechter Münzen zu betrauen (Punkt 16), die früher öfter vorgebrachte Beſchwerde des Brixner Adels wegen des Jurisdictionsſtreites (P. 19) die ebenfalls ſchon vorgekommene Klage über Vermengung der Gemeindewuſtungen mit der Landſchaftsſteuer (P. 20), die Beſchwerde gegen die Uebergriffe der Forſtknechte (P. 21), die Bitten um Erwirkung des Erſatzes der für das Priamiſche Regiment erlaufenen Unkoſten und um Abſtellung des beim gemeinen Mann einreißenden Trinktabaks uud endlich die Bitte, die im Jahre 1653 über allgemeine Landesanliegen geſchehene Conſultation, von der bisher wenig ausgeführt worden, vor Handen zu nehmen und in's Werk zu richten. (P. 23—25).

Die Replik des Landesfürſten war ganz kurz. Er führte der Landſchaft zu Gemüthe, wie ihre Schulden von ihrem Verſäumniß, die ausſtändigen Knechte einzubringen herrühren und zeigte, daß er ohne außerordentliche Landſchaftshilfe bei dem großen Schuldenſchwall der Kammer nicht ſeine Reformen durchführen und Tirol gegen die gefährlichen Kriegsverfaſſungen anderer Mächte in gehörigen Vertheidigungszuſtand zu verſetzen vermöge. Er forderte 6 Extratermine, aber mit dem Verſprechen, ihre Beſchwerden bald zu erledigen. Die Stifter und Stände ſtellten in ihrer Duplik vor allem in Abrede, daß ihre Säumigkeit die Landſchaftsſchulden verurſacht habe; dann bemühten ſie ſich die Unerſchwinglichkeit der begehrten Steuer und die Ungerechtigkeit des Umgeldes darzuthun. Sie nannten Letzteres eine ſehr ungleichmäßige Laſt, indem viele Theile Tirols (die beiden Stifter und mehrere wälſche Herrſchaften) ſie nicht trügen oder wenig darunter litten und beſtritten, daß es ein landesfürſtliches Regal ſei. Sie bewilligten zwei Steuertermine (120.000 fl.) für die Jahre 1664 und 1665 und überdies 80.000 fl. wälſche Reſtanten. Zum Schluſſe baten ſie, die Landſchaft von der Zahlung der im Jahre 1636 übernommenen Officiersbeſoldungen zu

befreien, bisher unversteuerte Güter zur Steuer heranzuziehen und ernstliche Mandate zu erlassen, daß jede Person unter Vermeidung von Geldstrafen Veränderungen im Besitze von Gülten und Zinsen den Steuereinnehmern anzeige. Mit der Triplik versprach der Erzherzog, die Landschaft bei der Einbringung der verlorenen Knechte möglichst zu unterstützen, verlangte aber dafür völlige Ausführung der noch immer unvollendeten Steuerbereitung. Unter den jetzigen Verhältnissen auf den Schenkpfenning zu verzichten und die Officiersbesoldungen aufzuheben, erklärte er geradezu für eine Unmöglichkeit; seine Forderung ermäßigte er diesmal auf 4 Steuertermine oder wenigstens 200.000 fl. und 60—80.000 fl. richtiger Restanten. Da bewilligte der Landtag in der Quadruplik zu den 120.000 fl. Extrasteuer und 80.000 fl. Restanten noch weitere 30.000 fl. Extrasteuer und 20.000 fl. Restanten und bat die Fuhr Salz doch wenigstens auf 5 fl. herabzusetzen. Diese Hilfen nahm Sigmund Franz an, auch ermäßigte er den Salzpreis um 1 fl. Damit endete der Landtag, am 27. April nach beinahe vierwöchentlicher Dauer [3]).

Des Erzherzogs reformatorische Thätigkeit und namentlich sein Streben, den landesfürstlichen Haushalt zu ordnen, wurde leider nur zu bald durch auswärtige Angelegenheiten gehemmt und zuletzt durch seinen frühen Tod ganz unterbrochen. Von den auswärtigen Ereignissen war es wieder einmal der Türkenkrieg, der Tirols Fürsten und Volk in Anspruch nahm. Noch Ende Juni 1663 mußte deshalb Sigmund Franz den kleinen Ausschuß nach Sterzingen berufen. Der Kaiser hatte nämlich von ihm 2000 Mann, 1000 Zentner Pulver und 300.000 fl. Hilfgeld begehrt. Der landesfürstliche Commissär und Regimentsrath Freiherr v. Fieger zu Friedberg machte den Ausschuß mit diesem Verlangen des Kaisers und mit des Erzherzogs Entschluß, 600 Mann in den Vorlanden und 600 in Tirol werben zu lassen bekannt. Die Stände bewilligten aber zum Unterhalte dieses für den Türkenkrieg bestimmten Volkes nur 15.000 fl. Die Fortdauer des Türkenkriegs nötigte den Erzherzog im Februar 1664 abermals einen Ausschußtag nach Innsbruck zu beschreiben. Derselbe sollte berathen, wie die Grenzpässe besetzt, was für Officiere zu gebrauchen, wie 2—3000 Mann aufgebracht, wie das Land verproviantirt, Munition und Gewehre herbeigeschafft und eine bedeutende Summe in Bereitschaft gehalten werden könnte. Die Versammlung entschloß sich im Drange der

Gefahr, zu einem ungewöhnlichen Mittel zu greifen und eine Gewerbe-, Kopf- und Leibsteuer zu erheben, die 75.000 fl. eintrug. Bei dieſem Congreſſe wurde ausdrücklich erkärt, daß die Landſchaft die Steuereinnehmer einzuſetzen habe, weil der Landesfürſt einen ſolchen entſetzt und einen andern dafür angeſtellt. Montecuculi's glückliche Schlacht bei St. Gotthard a. d. Raab (22. Juli 1664) machte aber der Türkengefahr ein Ende [4]).

Trotz des Türkenkrieges und ſeines frühen Todes hat aber Erzherzog Sigmund Franz doch den Zuſtand der Landesverwaltung um viel gebeſſert. Durch ſeine weiſe Sparſamkeit und ſeine geſchickten Finanzoperationen ſcheint ein nicht geringer Theil landesfürſtlicher Schulden getilgt und das Einkommen ſehr beträchtlich gemehrt worden zu ſein. Kherenhüller behauptet in ſeinen Annales Ferdinandi geradezu, er hätte letzteres auf 800.000 Reichsgulden gebracht, alſo um faſt 300.000 fl. gemehrt, was wol übertrieben iſt. Die koſtbare Landesdefenſionsordnung von 1636 wurde abgeſchafft, und Alles wieder auf's Libell v. J. 1511 zurückgeführt. Außer dieſen Maßregeln zeigen aber noch manche Schritte des Erzherzogs eifriges Wirken. So knüpfte er mit Baiern wegen Herabſetzung der Zölle Verhandlungen an; ſo erließ er ein Wuchergeſetz und erneuerte die von ſeinem Bruder unter öftern ergangenen Verbote für zeitweilige Auswanderer, betreffend den Aufenthalt an unkatholiſchen Orten und die Einſchleppung akatholiſcher Lehren. Auch die Beziehungen zu den Stiftern Chur, Brixen und Trient war er zu regeln bemüht. Mit dem Biſchofe Ulrich v. Chur ſchloß er in den Streitigkeiten wegen der Gotteshausleute in Vintſchgau und anderer Anſprüche nachſtehenden ewigen Vergleich: 1. das Stift Chur übt fortan unbehindert ſeine Jurisdiction in Schanfik und Engadin; 2. dagegen überläßt dasſelbe den prätendirten Stab über die Gotteshausleute im Gericht Nauders, Glurns, Schnals und Schlanders dem Hauſe Oeſterreich und bekommt dafür das Patronatsrecht über die Pfarre zu Tirol und über die Pfründe zu Burgſtall, muß aber jedesmal eine dem Landesfürſten genehme Perſon dahinſetzen; 4. der Landesfürſt wird das Erbrecht der Prieſter nicht beirren; 5. der Klerus verſteuert das erworbene Vermögen wie die Widumsgüter und im Falle der Not kann auch der Biſchof von ihm Hilfe fordern; 6. bezüglich der Abhandlung von Verlaſſenſchaften und Kirchenrechnungen gilt der mit Brixen 1605 geſchloſſene Vergleich; 7. der

Landesfürſt erhält das Schenkenamt und 8. bekommt die Lehen in genere (im allgemeinen) ertheilt; 10. wegen Fürſtenburg bleibt es bei den alten Rechten; 11. erhält der Biſchof gegen Verzicht auf weitere Anſprüche von der tiroliſchen Landſchaft 4000 fl. und 12. verharrt das Bisthum, wie von altersher, in der Protection des Grafen von Tirol. Die Verhandlungen mit Brixen fanden, da der ſchlichte Biſchof Croſini ſein eifriges, vorzüglich ſeinem apoſtoliſchen Berufe gewidmetes Leben nach einer wohlthätigen ſechzehnjährigen Regierung am 14. März 1663 beſchloß, mit deſſen am 21. Mai d. Js. erwählten Nachfolger Sigmund Alfons von Thun ſtatt. Einer erlauchten Familie entſtammend, aus der 11 Biſchöfe hervorgiengen, und ſchon 1638 Domherr zu Brixen und 1641 zu Trient geworden, trat der neue Biſchof viel ſelbſtbewußter, als ſein Vorgänger auf und begann ſogleich die Erneuerung der Streitigkeiten mit dem Landesfürſten. Er brachte ſeine Beſchwerden bei der Errichtung einer beſtändigen königl. Wahlcapitulation in ausführlicher Darſtellung vor, die fünf Hauptpunkte enthält. Der Biſchof beſchwert ſich: 1. daß das Stift zur Förderung des Kameralweſens und Anſtellung guter Oekonomie beitragen, 2. daß es an die Beſchlüſſe der Landtagsmehrheit ſich binden ſoll, 3. daß demſelben das jus collectandi über den der tirol. Landesmatrikel einverleibten Brixner Adel beſtritten werde, 4. daß der Landesfürſt die volle Botmäßigkeit über dieſen Adel verlange und endlich 5. daß er dem Bisthum die Territorialhoheit über die zur Herrſchaft Buchenſtein gehörigen drei Thäler, Abtei, Enneberg und Wengen entziehen wolle; er erreichte aber damit ſo wenig wie ſeine Vorgänger. Auch weigerte er ſich anfangs dem Landesfürſten die früher genannten Herrſchaften herauszugeben, als dieſer den zwiſchen ſeinem Bruder und A. Croſini geſchloſſenen Vertrag kündigte; er nahm den beinahe gewaltſam in ſeine Reſidenz gebrachten Pfandſchilling (50.000 fl.) durchaus nicht an. Doch Sigmund Franz gab hierin ebenſo wenig nach, legte den Pfandſchilling nach Neuſtift in Verwahrung und griff nach den Herrſchaften. Die Würde eines Biſchofes von Trient, wie die eines Biſchofs von Augsburg und Gurk, legte der Landesfürſt mit ſeinem Regierungsantritte nicht ſogleich ab, ſondern behielt ſie bis um das Jahr 1665, erſtere bis am 28. Mai, wo er ſie erſt in die Hände der Capitel zurücklegte. Die nächſte Veranlaſſung war wol ſeine Abſicht, ſich zu vermählen. Nach Niederlegung ſeiner kirchlichen

Würden ſchritt er ernſtlich zur Ausführung dieſes Planes und ſuchte ſich eine Braut. Zuerſt bewarb er ſich um Maria Hedwig, die Tochter des Landgrafen Georg von Heſſen-Darmſtadt, die er zu Neuburg beim Pfalzgrafen Philipp 1663 kennen gelernt hatte. Da aber ihre proteſtantiſche Religion ein nicht zu beſeitigendes Hinderniß bot, knüpfte Sigmund Franz diesbezügliche Unterhandlungen mit dem Markgrafen Friedrich zu Baden-Durlach an, die noch weniger gediehen. Da entſchied er ſich für Hedwig Auguſta, des Pfalzgrafen Chriſtian Auguſt zu Sulzbach Tochter. Der kaiſerliche Hof ſah aber ſeine Verwähluug nicht gern und ſuchte ihn durch den abermaligen Antrag der Statthalterſchaft der Niederlande davon abzuziehen, aber der Erzherzog blieb in ſeinem Entſchluſſe ſtandhaft und ſein Bevollmächtigter Graf Johann Georg von Königseck vollzog am 3. Juni 1665 durch Procuration die Vermählung. Als er nun die Ankunft ſeiner Braut erwartete, wurde er am 12. d. M. in Folge eines Trunkes Waſſer, den er erhitzt auf der Jagd genommen hatte, plötzlich krank und am 25. Juni 1665 war er bereits eine Leiche. Die ſpätere Sage, die überall als hiſtoriſche Wahrheit in Geſchichtsbücher Eingang fand, ſchreibt ſein plötzliches Ende einer Vergiftung zu; ſie behauptet, der italieniſche Leibarzt Agricola hätte ihm Gift beigebracht, um die Vertreibung ſeiner Landsleute zu rächen. Dagegen ſpricht das ausdrückliche Zeugniß des Leibarztes Doctor Kaſpar Meinhart, der den raſchen Todfall ganz natürlich aus ältern Leiden, gemachten Diät- und Kurfehlern erklärt [5]).

Der verſtorbene Fürſt war ein ſchöner Herr, mit einet wolgebildeten Stirne, großen, ſanften Augen, etwas aufgeworfenen Lippen, mit ſtarkem Kinne und lockichtem Haare. Was ſeine Geiſtes- und Charaktereigenſchaften anbelangt, ſo hat er die früher erwähnten während ſeiner kurzen Regierung erſt recht bethätigt. Nur durch ſeine Beharrlichkeit, Betriebſamkeit, Bedachtſamkeit und Mäßigung konnte er in zwei und ein halb Jahren Erfolge erzielen, die ſchon von ſeinen Zeitgenoſſen für ein Werk von mehr als zehn Jahren geachtet worden. Dabei kamen ihm ſeine Klugheit und Vorſicht, ſeine Freundlichkeit, Milde und Gerechtigkeit gegen jedermann und eine wolberechnete Freigebigkeit ſehr zu ſtatten. Seine hervorſtechendſten Eigenſchaften waren aber, wie bei allen tiroliſchen Landesfürſten, ſeine Anhänglichkeit an die katholiſche Kirche und ſeine Frömmigkeit, die ihn aber nicht hinderten, ſeine Rechte als Landes-

fürſt gegenüber dem Klerus jederzeit entſchieden geltend zu machen. Er war andächtig nach den Begriffen ſeiner Zeit, betete täglich ſein Brevier bis zu ſeiner letzten Stunde, trug einen Dorn von der Krone des Erlöſers (!) beſtändig am Halſe, küßte morgens und abends einen Kreuzpartikel, den er unter ſeinem Kopfkiſſen hatte, mit großer Andacht, beſuchte vor dem Schlafengehen jederzeit das Altarsſacrament und verrichtete andere geiſtliche Uebungen. Beſondere Verehrung trug er zur Mutter Gottes, die ihn nach ſeiner Meinung einſt aus augenſcheinlicher Lebensgefahr errettet hatte; er ließ zum Andenken an dieſe Rettung auf der Waldraſt einen prächtigen Altar erbauen, ſchickte von Zeit zu Zeit koſtbare Geſchenke dahin und machte jährlich eine Wallfahrt zu dieſem Gnadenbilde; er betete täglich die Tagzeiten der unbefleckten Empfängniß Mariens, faſtete alle Samstag zu Ehren derſelben und befahl der Jeſuitenſchule zu Innsbruck, dieſes Geheimniß zu vertheidigen [6]).

Elftes Buch.

Die Kaiſer Leopold I., Joſef I. und Karl VI. (1665 bis 1740.)

Kaiſer Leopold I.

§ 1. Regierungsanfang und äußere Verhältniſſe.

Inhalt: Allgemeine Charakteriſtik des Zeitraumes von 1665—1740. Allgemeine europäiſche Ereigniſſe. Oeſterreichs innere Entwicklung in Verfaſſung und Verwaltung. Neuerungen in Tirol. Charakter des Landes. Fortdauer alter Uebelſtände. Charakter der Landesbehörden und der Landesvertretungen. Uneinigkeit unter den Ständen; allgemeiner materieller Verfall. Anzeichen einer beſſern Zeit. Leopold's Reiſe nach Tirol und Empfang daſelbſt. Erſte Zuſammenkunft der Stände. Aufforderung zur Erbhuldigung und Antwort der Stände. Erbhuldigung und weitere Landtagsproposition. Antwort der Stände. Replik und Duplik. Triplik, Quadruplik und Quintuplik. Kaiſerl. Reſolution auf die Beſchwerden. Regelung der Verwaltungsbehörden. Kriegsbeſorgniſſe. Landtag vom Jahre 1668 und Ausſchußverſammlungen in den Jahren 1670, 1671 und 1672. Der zweite Raubkrieg Ludwig's XIV. Gefährdung der Vorlande. Deren Vortheile für Tirol. Geldhilfen der Tiroler auf den Ausſchußtagen der Jahre 1675 und 1676. Offener Landtag im Jahre 1678. Weitere Ausſchußtage und Bewilligungen wegen der Franzoſengefahr. Türkenkrieg. Offener Landtag vom Jahre 1683. Propoſition und Antwort der Stände. Replik und Duplik. Schließliche Forderung und Bewilligung. Ausſchußtage und Bewilligungen in den Jahren 1684, 1685 und 1687. Doppelkrieg mit Frankreich und der Türkei. Der offene Landtag des Jahres 1691 und die Ausſchußtage von 1688 und 1692. Die offenen Landtage der Jahre 1693 und 1695 und die Ausſchußtage von 1696 und 1698 und deren Bewilligungen. Geſchenke und Verehrungen. Herzog Karl von Lothringen.

Durch die Wiedervereinigung Tirols mit den übrigen Erblanden des Hauſes Habsburg-Oeſterreich mußte das Land mehr als bisher

unter die Herrſchaft der allgemein europäiſchen Ereigniſſe treten; der nächſte Zeitraum ſeiner Geſchichte fällt daher auch völlig zuſammen mit den beiden erſten Zeiträumen der zweiten Periode der Geſchichte des europäiſchen Staatenſyſtemes: mit dem Zeitalter des Uebergewichtes Frankreichs und dem Zeitalter des politiſchen Gleichgewichtes. Die Raubkriege Ludwig XIV. und die Türkenkriege haben zwar Tirol nicht unmittelbar berührt, aber es mit bedeutenden Kriegshilfen und Durchzugskoſten belaſtet. Der ſpaniſche Erbfolgekrieg verlangte von ihm nicht nur ſolche Opfer, ſondern auch die Vertreibung des in's Land eingefallenen Feindes und machte für einige Zeit ſeine Thäler zu einem Hauptkriegsſchauplatze. Der ſiciliſche Krieg und die beiden Türkenkriege in der erſten Hälfte des 18. Jahrhunderts hingegen verurſachten Tirol nur wieder Opfer an Geld und Mannſchaft, ſowie die Laſt neuer Durchzüge. In höherem Grade nahm es der polniſche Thronfolgeſtreit in Anſpruch, indem er die Tiroler zur Grenzvertheidigung nötigte. Dieſe Kriege hatten die wichtigſten Folgen für die innere Entwicklung des Landes. Viel weniger als ſie, ſpiegeln ſich die friedlichen Umwälzungen Europa's in Tirols Geſchicken wieder. Bekanntlich geht von der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein Zug neuen Lebens durch Europa. Die religiöſen Intereſſen haben ihre Zugkraft verloren und dafür treten die politiſchen und ſocialen in den Vordergrund. In allen Staaten Europas vollzieht ſich mehr oder weniger vollkommen der Uebergang vom mittelalterlichen Feudalſtaat zum modernen Rechtsſtaat und das Princip der Souveränität ſiegt über das ſtändiſche. Allenthalben, in Preußen, Frankreich, Rußland, fanden Veränderungen ſtatt, in welchen einzelne Beſtandtheile des alten hiſtoriſchen Rechtes weggeräumt wurden, wenn ſie der Entwickelung des neuen Staates hinderlich ſchienen. Man erkannte die Einheit und Kraft der monarchiſchen Gewalt für ein viel beſſeres Mittel, die poſitiven ſtaatlichen Intereſſen zu fördern, als die Stände, die ihre urſprüngliche Bedeutung im Laufe der Zeit verloren hatten, nach allen Seiten hin nur ihren ſelbſtändigen Intereſſen dienten und ebenſo die freie Thätigkeit der Regierung wie die Lebensbewegung des Volkes hemmten. Die Fürſten und ihre Regierungen ſtrebten naturgemäß dahin, ihre Gewalt zu ſtärken, Verwaltung und Juſtiz zu uniformiren und zu verbeſſern, das Heer zu vervollkommnen, den Staatshaushalt zu ordnen, die Einkünfte zu vermehren und die

materielle und geiſtige Cultur der Länder zu heben. In Nachahmung Frankreichs, das auch hierin vorangieng, erwachte überall ein neuer Geiſt, Handel und Induſtrie, die militäriſche, wiſſenſchaftliche und geſellſchaftliche Cultur hob ſich. Von dieſen Veränderungen iſt in der Geſchichte Tirols verhältnißmäßig wenig zu verſpüren, der Grund hievon liegt in ſeiner neuen Verbindung mit Oeſterreich und in ſeiner bisherigen Entwickelung.

Oeſterreich konnte ſich allerdings, als eines der größten Reiche Europa's, der allgemeinen europäiſchen Staatenentwickelung nicht ganz entziehen. Allein da ſeine Fürſten als Kaiſer ihre Intereſſen mit denen des Katholicismus und des Pabſtthumes notwendig identificirten, hegten ſie eine ungemeine Scheu vor allen Neuerungen und hatten meiſt weder das Verſtändniß noch den Muth für zeitgemäße Reformen. Dazu kam ihr Beſtreben, niemanden wehe zu thun, namentlich die Stände und vor allen Geiſtlichkeit und Adel nicht zu kränken, und ihre Furcht vor den untern Volksclaſſen. Trotzdem drängte ſie die Macht der Verhältniſſe doch einige Male entſchieden mit dem Alten zu brechen. Der Aufruhr der böhmiſchen, mähriſchen, ſchleſiſchen und öſterreichiſchen Stände am Beginn des 30jährigen Krieges nötigte den energiſchen Ferdinand II., ſie mit Waffengewalt niederzuwerfen und die ſouveräne Gewalt von den bisherigen Feſſeln zu entbinden; in den Jahren 1627 und 28 gab er den böhmiſchen, mähriſchen und ſchleſiſchen Ständen eine erneuerte Landesordnung und ſchuf damit in den deutſch-öſterreichiſchen und böhmiſchen Erblanden die Grundlage eines einheitlichen Verfaſſungsorganismus. Der Aufſtand der Ungarn und der neue Türkenkrieg führten nicht nur zum äußern Ausbau des Reiches durch Eroberung von ganz Ungarn, ſondern auch zur innern Conſolidirung desſelben, indem auch in Ungarn das Erbrecht der Dynaſtie zur Geltung gelangte. Die Furcht vor einer Zerſtückelung der Monarchie beſtimmte Kaiſer Karl VI. zum Erlaß der pragmatiſchen Sanction und in deren Annahme ſeitens der einzelnen Länder und Völker gelangte zum erſten Male die Idee der Zuſammenhörigkeit aller klar zum Ausdruck. So wichtig aber auch dieſe wenigen Neuerungen ſind, die nationalen Gewalten wurden dadurch nicht geſtört, die Sonderrechte der Länder und die landſtändiſchen Verfaſſungen nicht beſeitigt, die Schranken im Verkehre der einzelnen Theile nicht gehoben, eine Gemeinſamkeit in Verwal-

tung und Gesetzgebung nicht geschaffen und die Krone von den hemmenden Fesseln der ständischen Macht nicht befreit, und des Weiteren, was hiefür geschah, ist nicht viel zu erwähnen. Wol traten die Einheitsbestrebungen in Verwaltung und Gesetzgebung immer kräftiger auf, aber zu folgenreichen und dauernden neuen Schöpfungen führten sie noch nicht. So blieb denn in den genannten Beziehungen im wesentlichen Alles beim Alten und Oesterreich bis zu den Tagen der Maria Thresia ein Conglomerat von einzelnen Staaten, ein Föderativstaat im vollen Sinne des Wortes. Unter den noch nicht hervorgehobenen gemeinsamen Momenten verdient nur eines besondere Betonung: das ist die systematische Abschließung der österreichischen Ländergruppe gegen die andern Culturstaaten, namentlich gegen Deutschland, mit dem sie doch den Herrscher gemein hatte und zum Theile durch nationale und historische Bande verbunden war. Nebst den vielen Kriegen und den Verfassungsverhältnissen hat wol diese Abschließung am meisten den materiellen und geistigen Aufschwung der Länder gehemmt und sie auf einer niedern Culturstufe erhalten. „Fast anderthalb Jahrhunderte vegetirten die Stämme, Böhmen und Deutsche, wie in einem unheimlichen Traumleben."

Bei diesem Zustande Oesterreichs war die Wiedervereinigung Tirols mit ihm gewiß nicht geeignet, das Alpenland aus seinen bisherigen Bahnen heraus auf ganz neue zu lenken. Die neuen Landesfürsten hatten um so weniger Ursache, in demselben gewaltige Reformen vorzunehmen, je mehr es ihrem Ideale entsprechen mochte, und je größere Berücksichtigung es bei der allbekannten Anhänglichkeit an das Haus Habsburg verdiente; sie haben auch darum keinen Anstand genommen, wiederholt seine Privilegien, Freiheiten und „guten alten Gewohnheiten" zu bestätigen. Indeß ein und die andere Neuerung mußte doch trotz aller Rücksichtnahme die veränderte Stellung mit sich bringen. Seit der Landesfürst zu Wien residirte, mußte auch da die letzte Entscheidung in den wichtigsten Angelegenheiten fallen und dahin die Einkünfte des Landes fließen, die nicht zu den Verwaltungsauslagen benötigt wurden. Wiederholte Sendung von Regierungs- und Ständedeputationen nach Wien und von Hofdeputationen nach Innsbruck und der Verbrauch von Landesgeldern außer Landes waren die nächsten Folgen. Nicht unmittelbar gestützt und beaufsichtigt vom Landesfürsten, konnten die Lan-

desbehörden ihre bisherige Machtstellung und ihr Ansehen gegenüber den Ständen nicht behaupten und waren nur zu sehr in Gefahr, in Schlaffheit zu fallen oder eigennützigen Bestrebungen zu huldigen. Die stets sich wiederholenden Kriegsauslagen und die Erhaltung eines stehenden Heeres nötigten, auch von Tirol zuletzt regelmäßige Postulate zu verlangen, hier wie in den andern Kronländern neue Auflagen zu erheben, den Ertrag der Kammerämter, wie z. B. des Pfannhausamtes, durch Reformen zu steigern, die oberösterreichische Kammer mit der Wiener Hofkammer zu vereinigen und in Innsbruck wie in andern Kronlandshauptstädten eine Bankalität zu errichten; dagegen hielten sich die neuen Landesfürsten nicht für verpflichtet, die von der ausgestorbenen tirolischen Linie hinterlassenen Schulden zu bezahlen und verzinsten dieselben nur aus gutem Willen. Die großen Durchzugskosten führten zu den Anfängen einer allgemeinen Marschconcurrenz im Lande. Auch die ersten Anfänge einer mit den übrigen deutschen Erblanden gleichen Behandlung Tirols in andern Verwaltungssachen, als in der Finanzverwaltung, und in Gesetzgebung fallen in diesen Zeitraum. So wurde Tirol in manchen Militärsachen den benachbarten Kronländern gleichgestellt und ebenso erhielt für unser Vaterland die Sanctio pragmatica Geltung. Und wie konnte es auch anders sein? Die gesammtstaatlichen Einheitsbestrebungen der Regierungen Leopold's I., Josef's I. und Karl's VI. mußten sich notwendig auch auf Tirol erstrecken, wenn gleich seine Verfassung, seine Freiheiten und Rechte beim Regierungsantritt Leopolds I. noch nicht so verfallen und geschwächt waren, wie die der deutsch-böhmischen Ländergruppe.

Das waren also die vorzüglichsten Folgen der Verbindung Tirols mit Oesterreich; diese konnten aber unmöglich seine bisherige Eigenthümlichkeit zerstören und seinem Entwickelungsgang eine ganz andere Richtung geben. Der letztern Beschaffenheit war hingegen nicht geeignet, den im übrigen Europa auftretenden neuen Culturelementen in Tirol schnellen Eingang zu gewähren und noch weniger hatte das Land in sich die Bedingungen für einen gedeihlichen Fortschritt. Die allgemeinen Betrachtungen des § 1 des 10. Buches und die in den folgenden Paragraphen gegebenen Ausführungen haben, hoffe ich, hinlänglich gezeigt, in welch' traurigen Zustand es unter den einheimischen Regenten allmählich gerieth; welchen Charakter das Volk Tirols annahm; wir haben gesehen, wie

der politiſche und religiöſe Freiheitsſinn der Tiroler, ihre Religiöſität, ihre Thatkraft und Unternehmungsluſt und ihre rege Theilnahme an den allgemeinen Reichsangelegenheiten ungeſundem Conſervatismus und politiſcher Engherzigkeit, religiöſer Unduldſamkeit und Frömmelei, Aberglauben und Wunderſucht, einer unbegreiflichen Zaghaftigkeit und Furcht vor energiſchen Schritten, kleinlichem Geiſt und wahrer Kirchthurmspolitik Platz machte; wie der kriegeriſche Sinn der Bevölkerung und namentlich des Adels einer faſt lächerlichen Scheu vor dem Kriegsdienſt wich; wie bei allen Ständen die frühere Arbeitsluſt und Lebensfreude, ihre Vorliebe und ihr Sinn für Kunſt und Wiſſenſchaft in Arbeitsſcheu, rohe Genußſucht und geiſtigen Stumpfſinn übergiengen, und wie die Zeichen des geiſtigen Lebens immer ſeltener wurden; wie infolge dieſer Umwandelung die politiſchen Freiheiten des Landes vermindert und der ſchon durch die unglücklichen allgemeinen Zeitverhältniſſe herbeigeführte materielle Verfall um ſo mehr geſteigert wurde, als man gegen denſelben keine Mittel mehr zu finden wußte. War auch trotz dieſer Umbildung der geſunde Kern des tiroliſchen Volkes nicht ganz erſtickt worden, ſo war dasſelbe davon doch durch Jahrzehnte lange ſyſtematiſche Bearbeitung und lange Angewöhnung bis in's Mark angefreſſen und bei der Zähigkeit des Volkscharakters und der Abgeſchloſſenheit ſeiner Exiſtenz konnte eine Aenderung erſt nach langer Zeit und infolge mächtiger Einflüſſe eintreten. Am Beginne dieſes Zeitraumes und während desſelben fehlte es noch an den wichtigſten Bedingungen zu einem gedeihlichen Fortſchritt.

Bei der in den vorigen Abſätzen geſchilderten Sachlage wird es begreiflich, daß das Land während der vorliegenden Periode im ganzen den Charakter einer ungeſunden Stabilität zeigt, während die meiſten Länder Europas einen ſichtlichen Aufſchwung nehmen. Es geſchah in Tirol wenig oder nichts, um die neuen Culturelemente für das Land fruchtbringend zu machen oder durch die neuen Zeitereigniſſe geſchaffenen Uebelſtänden kräftig zu begegnen. Ja man vermochte nicht einmal alte, ſchon längſt als ſolche erkannte Uebelſtände zu beſeitigen. Zahlreiche Belege haben gezeigt, wie das Steuerreformwerk ſchon in der vorigen Periode als eine dringende Sache erkannt worden. Aber obſchon bei den zahlreichen Extraordinariſteuern die ungleiche Steuervertheilung noch drückender wurde und faſt jeder Land- oder Ausſchußtag über neue Steuerbe-

reitung verhandelte, ſo war dieſes Werk am Ende der Regierung Karl's VI. doch noch nicht durchgeführt, die renitenten Steuerparteien noch zum größern Theil nicht zum Gehorſam gebracht und ebenſo wenig die Streitigkeiten mit den Bisthümern gründlich gelöst. Mehr als für das Steuerweſen geſchah für das Landesvertheidigungsweſen, da hiezu der feindliche Einfall einen beſondern Impuls gab; aber über eine beſſere Ordnung des Schützenweſens kam man auch nicht hinaus; im übrigen blieb noch das Landlibell maßgebend, über deſſen Mangelhaftigkeit man ſchon längſt im Reinen war. Trotz der zahlloſen Kriege fehlte es noch immer an einem Marſchreglement. Ein alter Uebelſtand war auch der Mangel einer Polizeiordnung, aber man ſchob deren Abfaſſung immer wieder hinaus, ließ Luxus und Verſchwendung in Kleidern, Speis und Trank immer weiter um ſich greifen und Vagabunden und Bettler zu einer wahren Landplage werden. Auch die mangelhafte Landesordnung wurde nicht verbeſſert und nichts geſchah zur Abkürzung des ſchleppenden Juſtizganges wie zur Beſeitigung einer parteiiſchen und koſtbaren Juſtizpflege. Daß das Land trotz ſeiner mannigfachen Naturerzeugniſſe keine Fabriken, keine Induſtrie hatte, war ſchon während Ferdinand Karl's Regierung als ein großer Uebelſtand empfunden worden, aber es blieb bei Wiederholung der damals gefaßten Beſchlüſſe und zur Ausführung kam nichts. Mit den Bisthümern beſtanden nicht bloß die alten Streitigkeiten fort, es tauchten auch neue auf; allein weder die einen noch die andern wurden zu einem dauernden Abſchluß gebracht, ja es gelang nicht einmal ſtets die bereits errungenen Vortheile zu behaupten, geſchweige irgend einen nennenswerten neuen zu erzielen. In dieſer Beziehung iſt die Periode gegenüber der frühern eher als ein Rückſchritt zu bezeichnen.

Fiel dieſer Mangel eines geſunden Fortſchrittes auch der Befangenheit der ganzen Bevölkerung zur Laſt, ſo waren daran doch noch vorzüglich die Landesbehörden und die landſchaftlichen Organe ſchuld. Nach dem Verluſt eines Theiles der Vorlande noch ſeltener mit erfriſchenden fremden Elementen verſehen, beſtanden die Landesbehörden größtentheils aus einheimiſchen Adeligen, die in den Vorurtheilen der Heimat aufgewachſen, möglichſt einſeitig erzogen und gewöhnlich nicht über die Grenzen der Heimat hinausgekommen waren. Dazu kam noch, daß nicht die tüchtigſten und fähigſten Köpfe zu den oberſten Aemtern gelangten, ſondern die, welche den einfluß-

reichſten und älteſten Geſchlechtern angehörten, und daß ſie dieſe Würden erſt in höherem Alter erhielten. Es fehlte aber den tiroliſchen Behörden nicht bloß an Unbefangenheit des Blickes und Einſicht, an Bildung und Thatkraft, ſondern ſie entbehrten auch, was noch viel ſchlimmer, die erforderliche Unparteilichkeit; nur zu häufig beherrſchten ſie perſönliche und Standesintereſſen. Nicht ſelten benützten ſie ihre Stellen und die Gunſt des Landesfürſten, um ſich zu bereichern. Alle dieſe Mängel erſchwerten aber ihr Auftreten gegenüber den Ständen und Unterthanen ungemein; auch da, wo ſie entſchieden das Richtige wollten, kämpften ſie vergeblich gegen Sonderintereſſen und Vorurtheile, veraltete Privilegien und Lebensformen. Viel hemmten ihre Wirkſamkeit auch der weitläufige und verwickelte Geſchäftsgang, die Verquickung der verſchiedenartigſten Materien, die Unbeſtimmtheit des Amtskreiſes u. ſ. w. Nur aus dieſen Uebelſtänden iſt es begreiflich, daß trotz der ſehr vermehrten Anzahl von Beamten nicht einmal die gewöhnlichſten Geſchäfte ſchnell und richtig ſich abwickeln und daß zu den wenigen Neuerungen und Verbeſſerungen der Anſtoß meiſt von Wien kommen muß.

Noch ſchlimmer, zum wenigſten nicht beſſer, als mit den Landesbehörden, ſah es mit den Landesvertretungen aus, denn dieſe entſprachen ihrer urſprünglichen Aufgabe immer ſchlechter und wurden nur zu häufig ein Hemmniß, ſtatt eine Förderung des allgemeinen Landeswoles. Die vollen Landtage waren ein viel zu ſchwerfälliger Apparat geworden, ſeitdem die Zahl derſelben ſich ſo gemehrt, und wurden dem Tiroler Volke ſelbſt zur Laſt; daher wurden ſie mit Eintritt des neuen Jahrhunderts ſehr ſelten (in den Jahren 1700—1740 kamen nur drei vor) und machten den Verſammlungen der Ausſchüſſe Platz, und zwar nicht denen des großen ſondern des kleinen Ausſchuſſes. Da dieſe aber bei der Seltenheit der vollen Landtage nicht mehr von der Geſammtheit gewählt wurden, ſondern öfters ſich ſelbſt ergänzten, ſo mußten ſie noch häufiger Vertreter von Partei- und Standesintereſſen werden und konnten um ſo weniger als eine vollgültige Vertretung des Landes gelten, als ja darin die einzelnen Landestheile ſehr verſchieden und gerade einige der wichtigſten ſehr mangelhaft oder gar nicht vertreten waren. Aber ſelbſt wenn die Ausſchußverſammlungen den natürlichen Verhältniſſen entſprechend geweſen wären, ſo konnten ſie doch bei der Kürze ihrer Dauer und der Unregelmäßigkeit ihrer Wiederkehr die

gefaßten Beſchlüſſe nicht zur Ausführung bringen. Wie der Ausſchußtag vom Jahre 1717 ſelbſt behauptet, hatten bis dahin die Land- und Ausſchußtage wol die beſten Beſchlüſſe gefaßt, aber von allen nichts ausgeführt. Mit der Gründung der ſtändiſchen Activität war dieſem Uebelſtande nicht abgeholfen. Das Steuerreformwerk kam doch nicht vorwärts, die renitenten Steuerparteien konnten trotz der erlangten Judicatur in Steuerſachen nicht zur Steuerleiſtung genötigt werden, ein großer Theil der Schuldenlaſt blieb ungeachtet manch' neuer landſchaftlicher Steuern und den durch die Militärdurchzüge hartbedrängten Landestheilen wurde aus der Landescaſſe nur eine geringe vorübergehende Hilfe zu Theil. Die Landesausſchüſſe wußten nicht einmal das Recht der Steuerfreiheit zu behaupten, die landesfürſtlichen Poſtulate wurden allmählig zu einer regelmäßigen Forderung von beſtimmter Höhe und es handelte ſich zuletzt gar nicht um das „ob", ſondern nur um das „wie" der Bewilligung. Trotz aller Klagen und Bitten und wiederholter Deputationen an den Landesfürſten nach Wien blieben nicht bloß die alten Landtagsbeſchwerden unerledigt, ſondern es kamen noch neue hinzu. Der Widerſtand der Ausſchüſſe hatte meiſt nur den Erfolg, daß dann die Landesbehörden, zum Nachtheil des allgemeinen Woles, auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen ſuchten. Von den Inſtituten der Landesausſchüſſe und Activitäten haben großen Nutzen in dieſer Zeit wol nur mehr die wenigen Familien gezogen, die regelmäßig als Mitglieder derſelben erſcheinen; denn dieſelben für ihre Dienſte zu lohnen, wurde man nie müde, man zeigte ſich vielmehr jederzeit ſehr ſplendid und ſelten lehnte Einer das Angebotene ab. Es gewinnt faſt den Anſchein, als ob dieſe Inſtitute nur dazu vorhanden geweſen, um einzelnen Familien ein ſchönes Einkommen zu verſchaffen.

Die Fortdauer und theilweiſe Vermehrung der Uebelſtände in Verfaſſung und Verwaltung des Landes erzeugte zunächſt eine gar ſchlimme Folge: die Eintracht unter den Ständen ſchwand immer mehr. Die weltlichen Stände wurden gegen den geiſtlichen Stand erbost, der durch die ganze Richtung des Landes begünſtigt, wol immer mehr Laiengüter an ſich brachte, aber den öffentlichen Laſten ſich zu entziehen ſtrebte. Die untern Stände geriethen mit den beiden obern in Zwieſpalt, weil dieſe den größeren Theil der Laſten auf jene abwälzen und doch nicht eines ihrer bisherigen vielfach gemeinſchädlichen Vorrechte aufgeben wollten. Unter den Städten und

Gerichten trat ein Zwieſpalt ein zwiſchen den deutſchen Etſchvierteln einerſeits und zwiſchen den übrigen deutſchen und den wälſchen Vierteln anderſeits, indem erſtere zum Schaden der letztern und ſomit des größern Theiles der Bevölkerung mit rückſichtsloſer Zähigkeit an ihren veralteten Privilegien feſthielten. Die obgenannten Uebelſtände und die dadurch entſtandene Uneinigkeit erzeugten aber, im Verein mit der Ungunſt der äußern Zeitverhältniſſe, noch eine zweite ſchlimme Folge: den weitern Verfall des Wolſtandes Tirols. Da von Seiten des Landes keine Gegenmittel ergriffen wurden, mußten die vielen Kriege, die neu entſtehenden Handelswege und die neu eröffneten Märkte von Chiavenna und Trieſt den tiroliſchen Tranſito und die Bozner Märkte auf das empfindlichſte ſchädigen. Die zahlreichen Militärdurchzüge ruinirten bei dem Mangel einer allgemeinen Marſchconcurrenz einzelne Landestheile völlig; ebenſo der franzöſiſch-bairiſche Einfall; die wiederholten Zuzüge fielen den untern Ständen ſehr beſchwerlich. Unter der ungleichen Steuervertheilung litten auch dieſe und der edelſte Theil des Adels am meiſten. Die unſinnige Verſchwendung und der Hang zu rohen Sinnesgenüſſen, die ſeit dem Erſterben des Sinnes für edlere Vergnügungen, für Pflege der Kunſt und Wiſſenſchaft, immer mehr um ſich griffen, Arbeitsſcheu und Schlaffheit vollendeten den materiellen Ruin vieler Familien. So bot das Land am Schluſſe der Periode ein gar trauriges Bild. Die tiroliſche Regierung ſchreibt hierüber im J. 1734 an den Kaiſer Karl VI. bei Gelegenheit eines Verſuches zur Reform der Landesdefenſion: „Dabei muß vor allem die äußerſte Unvermögenheit (des Landes) mit gründlicher Wahrheit angezeigt werden. Der Adel iſt bereits in größter Armuth, die Bürger, Gewerbetreibenden und Bauern haben abgehaust, die Gerichter ſind von allem Vorrat entblöst und mit Schulden beladen, die Landſchaft in corpore iſt ſo verſchuldet, daß ſelbe in größter Gefahr ſteht, den mit harter Mühe erhaltenen Credit zu verlieren; es wird der gänzliche Verfall des Oeffentlichen und Privaten folgen, wenn nicht bei Zeiten Abhilfe geſchieht.“ Und doch war kein Land von den drei Kaiſern Leopold I., Joſef I. und Karl VI. ſchonender behandelt worden, als Tirol!

Obwol aber der vorliegende Zeitraum der Geſchichte Tirols im ganzen ein trauriges Bild bietet, ſo fehlen doch die düſtern Wolken des vorigen an ſeinem politiſchen Horizont und beginnt bereits ein

und der andere Lichtpunkt ſichtbar zu werden. Seitdem die Gegenreformation durchgeführt, beleuchten nicht mehr ſchreckliche Autodafé's grell die eintretende Nacht und die ſtarre Eisdecke, welche die ganze Bevölkerung gefeſſelt, fängt an unter dem erwärmenden Hauche allgemeiner Zeitereigniſſe und Ideen an manchen Stellen aufzuthauen. Geſundere Anſchauungen brechen ſich Bahn, geiſtige Beſtrebungen finden allmählich bei einem Theile des Volkes wieder einen fruchtbarern Boden, die alte Thatkraft erwacht wieder. In der vorigen Periode glaubten die tiroliſchen Stände ihre Habe nicht beſſer anwenden zu können, als wenn ſie dieſelbe der Geiſtlichkeit und den Klöſtern ſchenkten; ſie erſehnten für ihre Kinder kein größeres Glück, als die Aufnahme in Klöſter; daher die große Zahl und der reiche Beſitz derſelben. Aber in dieſer Periode erkannten ſie die abſolute Schädlichkeit ſo vieler Klöſter, die wol polypenartig die Habe der Laien an ſich zogen, dafür aber zu den allgemeinen Laſten wenig beitrugen; ſie erklärten ſich darum trotz ihrer großen Ehrfurcht vor Kirche und Geiſtlichkeit und ihrer abergläubiſchen Frömmigkeit ganz entſchieden gegen weitere Vermehrung ſolcher Stätten, wo nur zu häufig wenig gearbeitet, aber viel geſchlemmt wurde: ſie beklagten ſich bitter über deren Begierlichkeit nach dem Vermögen der Laien. In dem vorigen Zeitraum hatten die Stände um die geiſtige Bildung des Volkes ſich wenig bekümmert, dabei faſt ausſchließlich auf den Unterricht im Katechismus geſehen und nur einmal den Wunſch nach einer höhern Unterrichtsanſtalt ausgeſprochen. In dieſem Zeitraum erbaten ſie ſich vom Kaiſer Leopold die Errichtung der Innsbrucker Univerſität und zahlreich waren die Jünglinge, die zu deren Beſuche wie zum Beſuche der Gymnaſien aus allen Landestheilen heranſtrömten. Freilich leitete die Stände bei ihrer Bitte nicht ſo ſehr die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Verallgemeinerung höherer Bildung, als vielmehr das Streben nach Verminderung der Erziehungsauslagen und auch die ſtudierende Jugend trieb viel weniger der Wiſſensdurſt, als der Hunger nach Brod in die Hörſäle nach Innsbruck; denn ſolche Studien waren allmählich die notwendige Vorbedingung zur Erlangung von Aemtern geworden. Dieſe Auffaſſung herrſchte namentlich im Adelſtande, unter dem in der frühern Periode doch einzelne eine edle Liebe zu Kunſt und Wiſſenſchaft bethätigt hatten, und daher wollten auch die Edlen die Bürgerlichen, namentlich die Armen, wo möglich von der höhern Bildung aus-

ſchließen, damit ſie ihnen bei Erlangung von geiſtlichen und weltlichen Würden nicht eine gefährliche Concurrenz machten. Da den Studierenden aller wiſſenſchaftliche Geiſt mangelte, konnte begreiflicher Weiſe die Innsbrucker Univerſität keine Leuchte werden, um ſo weniger, als auch die Profeſſoren, zum größern Theile Jeſuiten und Weltprieſter, keine ſonderlich aufklärende Thätigkeit, wie es ſcheint, weder als Lehrer noch als Gelehrte entfalteten. Lehrte ja noch am Anfange des 18. Jahrhunderts der Prof. v. Frölich, ein Laie, die ſtrengſte Uebung der Hexenprozeſſe! Doch war mit Errichtung der Univerſität Innsbruck immerhin ein geiſtiger Mittelpunkt geſchaffen, von dem ein und der andere Lichtſtrahl in's Land hinaus drang. Gleichzeitig mit dem Wiedererwachen des geiſtigen Lebens lebte in den Tirolern auch der alte kriegeriſche Geiſt wieder auf, geweckt durch die Türkenkriege und den feindlichen Einfall des Jahres 1703. Mit Freuden begrüßt man dieſe erſten Anzeichen einer beſſern Zeit!

Mit dem Regierungsantritt des Kaiſers Leopold beginnt eine Periode des Friedens, die bis zum Schluſſe des Jahrhundertes dauert. Aber deſſenungeachtet bleibt das Land mit Kriegsauslagen nicht verſchont; da ſein Landesfürſt zugleich Herr aller Erblande des Hauſes Habsburg-Oeſterreich und Kaiſer von Deutſchland iſt, ſo muß es zu ſeinen Kriegen mit Frankreich und den Türken wiederholt große Geldbeiträge, auch Mannſchaft ſtellen und die Laſt zahlreicher Durchzüge fremden Kriegsvolkes tragen. Dieſe Kriegshilfen und Durchzugskoſten einerſeits, ſowie die Fortdauer alter Uebelſtände anderſeits laſſen Tirol aus ſeinem materiellen Verfalle nicht aufkommen und hemmen auch ſeinen geiſtigen Aufſchwung ſehr. Mangel an Einſicht und politiſchem Geiſt, an Arbeitsliebe und Thatkraft, Parteirückſichten und Selbſtſucht hemmen die Landesbehörden wie die maßgebenden Landſchaftsmitglieder an der Wirkſamkeit für das Gemeinwol. Indem die Mißverhältniſſe ſich ſteigern und anderſeits das Selbſtbewußtſein der bisher beeinträchtigten Claſſen der Bevölkerung wächst, vermehren und verſchärfen ſich die bisher vereinzelt aufgetretenen Streitigkeiten unter den Ständen und gleichzeitig dauern die alten Zerwürfniſſe mit den Stiftern fort; zeitweiſe mit erhöhter Heftigkeit, namentlich nehmen die mit Trient einen heftigen Charakter an. Ohne das nötige Anſehen und nicht unparteiiſch genug, ſind die Landesbehörden nicht im Stande, dagegen energiſch aufzutreten und

der fern weilende Landesfürſt greift ſelten unmittelbar in die Landesangelegenheiten ein und tritt dann möglichſt ſchonend auf. Doch vergibt er ſeinen Rechten nichts, ſondern ſchreitet vielmehr, wenn auch langſam, auf der abſolutiſtiſchen Bahn vorwärts. Die Stifter müſſen ſich fügen. Trotz der vielen Klagen bleiben die alten Landesbeſchwerden unerledigt und neue Auflagen und andere Anordnungen vermehren dieſelben. Hierin zeigen ſich auch die erſten Anfänge einer dem Lande Tirol mit den übrigen Erblanden gemeinſamen Behandlung, ſo ſehr auch ſonſt dasſelbe noch einer geſonderten Verwaltung ſich erfreut. Erkennt darin der Freund eines ſtarken Oeſterreichs einen Lichtpunkt, ſo wird der Freund eines freien Tirols das wachſende Selbſtgefühl und Selbſtbewußtſein der untern Stände und das Aufdämmern freierer Anſchauungen mit Freude begrüßen. Mit hoher Befriedigung wird aber jeder Patriot auf den glorreichen Kampf blicken, den am Schluſſe der Regierung die Tiroler gegen den in ihre freien Thäler eingedrungenen Feind kämpfen; denn iſt auch dieſer von dunkeln Schatten nicht frei, ſo brachte er doch den Tirolern den verlorenen Kriegsruhm und Kriegsmuth zurück, weckte ihre Tapferkeit und kriegeriſchen Sinn von neuem und wirkte auf ihr ganzes Leben mannigfach anregend; er bildet einen Wendepunkt in einem großen europäiſchen Kriege und documentirte abermals die welthiſtoriſche Bedeutung des kleinen Alpenlandes.

Hatten die verſchiedenen Anſprüche, welche nach Ferdinand's II. Tode auf ſeine Lande erhoben wurden, zu Schwierigkeiten und längern Verhandlungen zwiſchen den einzelnen Intereſſenten geführt, ſo vollzog ſich nach dem Ableben des Erzherzogs Sigmund Franz der Uebergang Tirols und der Vorlande an die kaiſerliche Linie und deren Verbindung mit den übrigen Erblanden ohne jedes Hinderniß, in vollſter Ruhe. War ja die Erbberechtigung Kaiſer Leopold's außer allem Zweifel und niemand vorhanden, der ihm ſein Recht ſtreitig machen wollte. Leopold ſandte ſogleich nach Empfang der betrübenden Nachricht den Reichshofrath Wallenſtein nach Innsbruck. Die tiroliſche Landſchaft erklärte wenige Wochen nach dem Todfalle, ſchon am 14. Juli, in einem Condolenz- und Gratulationsſchreiben ihre Ergebenheit und ſandte damit eine eigene Deputation nach Wien, deren Mitglieder J. Dom. Graf v. Wolkenſtein, Auguſtin Prälat von Stams, H. Georg Graf Künigl, oberöſterr. Rath und Landeshauptmann, Gaud. Peiſſer und Paul Pair waren. Der

Kaiſer nahm ſie mit beſonderem Wohlgefallen auf und verſprach in mündlicher und ſchriftlicher Erwiderung, er wolle ſie und das Land „in guter Recommandation und Protection erhalten.“ Bald hernach berief er auf den 26. October einen allgemeinen Landtag ein, um ſich in altherkömmlicher Weiſe von der Landſchaft huldigen zu laſſen und andere wichtige Anliegen mit ihr zu verhandeln. Er beſchloß ſelbſt die Erbhuldigung aufzunehmen und ſo Tirol, wie vorher ſeine übrigen Erblande, mit ſeinem Beſuche zu erfreuen. Deßhalb brach er am 10. September mit ſeinem Hofſtaat zu Wien auf und langte noch im ſelben Monat innerhalb Tirols Grenzen an. Sein Empfang war ein feſtlicher. Zu Schwaz ergötzten ihn die Knappen mit Tänzen und ländlichen Spielen; auf der Arzler Wieſe kamen ihm die Geheimräthe: Graf H. Georg v. Königsegg, Baron Barth. Bertoldi, Graf Joh. v. Spaur, Joh. Domin. Graf v. Wolkenſtein, Landeshauptmann und Chriſt. Ulr. v. Pach mit vielen andern Cavalieren und Weſensbeamten entgegen; eine ungeheure Volksmenge harrte ſeiner vor Innsbruck; auf der Stadtbrücke überreichte ihm der Bürgermeiſter in einem ſilbernen Handbecken die Schlüſſel der Stadt, während auf dem Saggen die anweſende Landmiliz und die Artillerie ihre Geſchütze erdröhnen ließ. Darauf geleiteten ihn acht Bürger unter einem koſtbaren Traghimmel vom Innthor bis zur Hofkirche, und die fremden und einheimiſchen Cavaliere nebſt zwei Compagnien Leibgarde folgten in wolgeordnetem Zuge. Vor der Kirchenpforte empfieng ihn die Cleriſei unter einem prächtigen Baldachin und führte ihn in die Kirche. Nach Vollendung des Tedeum verfügte er ſich unter dem Donner der Geſchütze mit ſeinem Gefolge in die Burg; da fand er die verwittwete Erzherzogin Anna und deren beide Töchter zu ſeinem Empfange bereit [1]).

Der Kaiſer verweilte über drei Wochen, bis am 26. October, in Innsbruck. Er verbrachte die Zeit mit Audienzen, Geheimrathsſitzungen und andern wichtigen Geſchäften. Da er um acht Tage früher abreiſen mußte, als er urſprünglich wollte, ſo berief er den Landtag nachträglich ſchon auf den 19. October ein. An dieſem Tage fand die erſte feierliche Zuſammenkunft ſtatt. Die Stände erſchienen im hohen Saal der alten Burg, wo auch der Kaiſer in Begleitung der drei Fürſten, Herzogs Wenzel v. Schleſien-Sagan, Oberhofmeiſters, Herzogs Johann Winkhart von Schleſien, Kämmerers und Don Hannibals Gonſaga, Hofkriegspräſidenten ſich ein-

fand. Der kaiſerliche Vicekanzler Joh. Paul Hocher hält den Vortrag, der Geheimſecretär Chriſtof Uebele verliest die Propoſition. Die Stände werden nochmals zur Erbhuldigung aufgefordert, erhalten aber zugleich die tröſtliche Verſicherung: der Kaiſer wolle ihre Privilegien beſtätigen und mit Gottes Hilfe eine gute Regierung anſtellen. Hierauf bedankt ſich der Landeshauptmann im Namen der Landſchaft und erbittet ſich die kaiſerliche Propoſition zur Beratſchlagung. Seine Bitte wird erfüllt, doch verlangt der Kaiſer, daß die Stände ſchon am nächſten Tage ihre Antwort geben. Darum kommen die Geſandten und Stände noch am ſelben Tage auf Befehl des Landmarſchallamts-Verwalters H. Georg Künigl im Rathshauſe der Stadt zuſammen und beſchließen die Antwort, ohne vorher die Ausſchüſſe erwählt zu haben. In dieſer Antwort drücken ſie ihre Freude aus, einen ſolchen mächtigen Schutzherrn und Landesfürſten zu bekommen, wünſchen dem Kaiſer zu ſeinem Regierungsantritt Glück, danken für die perſönliche Eröffnung des Landtages, erklären ſich zur Erbhuldigung bereit und bitten die Landes- und Particularprivilegien zu beſtätigen, ſowie die Landtagsbeſchwerden und bittlichen Anſuchen, die auf dem Landtage vom Jahre 1663 gemacht worden und noch vorgebracht werden, anzuhören und in Gnaden zu erledigen. Am 20. verſammelten ſich die Stände abermals im Ritterſaal der alten Hofburg vor dem Kaiſer und ſeinen Räthen. Auf den Vortrag des Hofvicekanzlers gelobt die Landſchaft Leopolden als ihrem natürlichen Erbherren und Regenten treu, gehorſam und gewärtig zu ſein. Dann erfolgt die Kundmachung der weitern Landtagspropoſition. Darin legt der Kaiſer den Stiftern und Ständen nachſtehende Gegenſtände zur Berathung vor: 1. wie das Landmilizweſen wieder in den Stand vor das Jahr 1664 geſtellt, 2. wie die baufälligen Confinen unverzüglich reparirt, 3. mit Waffen und Munition verſehen, und 4. wie das Land im Notfalle verproviantirt werden ſoll. Er verſpricht dabei, möglichſte Hilfe zu leiſten, um die Förderung des darnieder liegenden Handels ſich zu bemühen und die geſammte Landſchaft nicht wider ihre Privilegien und guten Gewohnheiten zu beſchweren, ſondern Stifte und Stände in ihren Rechten zu ſchirmen. Nach Vornahme der Erbhuldigung werden die Stände zur Hoftafel geladen. Zwei Tage darauf werden die beiden Ausſchüſſe gewählt, von den höhern Ständen im Landhauſe, von

den Städten und Gerichten im Rathshause und damit beginnt die regelmäßige Thätigkeit des Landtages.

Die Antwort der Stände auf die Landtagsproposition war ebenso allgemein gehalten, wie diese selbst. Die Stände zeigten ihren guten Willen zu helfen, versicherten aber, bei der Erschöpfung des Landes nicht helfen zu können. Zur Begründung dessen gedachten sie all der Opfer, die sie seit Jahren, namentlich während des schwedischen und engadinischen Krieges und während der letzten Durchzüge gebracht hätten, und klagten über die continuirlichen Steuern, die Erhöhung des Salzpreises und der Zölle, den Verfall des Commerzes, die Vorenthaltung der Capitalszinsen seitens der Kammer und Anfechtung oder Entziehung bisher genossener Verschreibungen. Sie baten zugleich, Justiz- und Lehensachen nicht außer Land zu ziehen, sie beim Landlibelle vom Jahre 1511 zu belassen, die Tiroler bei Diensten und Aemtern vor Ausländern zu begnaden, die rückständigen Zinsen zu bezahlen und das überhäufige Wild von dem Landvolke unter Zuziehung der Jäger fällen zu lassen. An die Antwort schlossen die Stände mit Bezug auf die in der Proposition gezeigte Bereitwilligkeit ihre Beschwerden. Dieselben stimmen meist wörtlich mit jenen überein, die der Landtag des J. 1663 dem Erzherzog Sigmund Franz vorgelegt; vor allem drangen sie auf Abschaffung des Schenkpfennings. Die Replik des Landesfürsten gab vorläufig auf fast alle Klagepunkte trostreiche Versicherungen und versprach, dieselben förderlichst überlegen und möglichst remediren zu lassen; nur auf den Schenkpfenning, der nicht das ganze Land, sondern nur die Weingegenden träfe, zu verzichten, erklärte sie bei dem damaligen Schuldenlaste der Kammer für unmöglich; auch verlangte sie, daß die Stände dieser noch weiter mit einem erklecklichen Beitrage, wenigstens mit zwei ganzen Steuerterminen zu Hilfe kämen. In der Duplik wiederholten die Stände ihre Klagen, besonders sprachen sie sich gegen den Schenkpfenning sowie gegen die Depossedirung von Pfandschaften und erkauften Gütern, die Inhibirung der Zinsen und anderer Gefälle aus. Man könne sich, bemerkten sie über letztere Beschwerde, am wenigsten einbilden, daß derlei vorher nie erhörte Neuerungen von dem hochlöblichsten, mildesten und gerechtesten Erzhause eigenen Gemüthes herfließen. Zur weitern Beratschlagung über Miliz- und Polizeiwesen ließen sie sich herbei, aber Geldhilfe bewilligten sie keine. Da äußerte die landesfürstliche

Triplik, ſie werden dem Kaiſer doch nicht geringere Ergebenheit bezeigen wollen, als dem verſtorbenen Erzherzoge und ſtellte in Ausſicht, daß die Pfand- und Lehensinhaber wegen ihrer Güter, ſowie die Gläubiger wegen ihrer Zinſen möglichſt befriedigt werden ſollen. Darauf bewilligten die Stände in der Quadruplik gegen einen Revers die Erhebung des Schenkpfennings auf weitere fünf Jahre, doch dann ſollte er von ſelbſten und ohne weitere allerhöchſte Entſchließung abgethan ſein. Auch zur Erhebung eines Extraſteuertermines, d. i. 60.000 fl., ließen ſie ſich herbei. Doch von der Forderung, das Milizweſen in den Stand vor dem Jahre 1664 zu ſetzen, wollten ſie auch jetzt noch nichts wiſſen. Deſſenungeachtet verlangten dies die Geheimräthe in der Quintuplik abermals und noch dazu einen weitern halben Steuertermin. Doch die Stände erklärten, nicht mehr leiſten zu können und baten dringend um die Erlaubniß zur Heimkehr. Sie erhielten dieſelbe, nachdem ſie noch den Receß an den Kaiſer unterzeichnet, worin dieſem der Gang der Verhandlungen berichtet und Alles ſeiner Ratification anheim geſtellt wurde. Der Landtag hatte bis am 22. Nov. 1665 gedauert [2]).

Die Reſolution des Kaiſers auf die Landtagsbeſchwerden erfolgte zwar erſt nach faſt drei Jahren, am 12. April 1668, ſie war aber ſehr wolwollend und gnädig. Der Kaiſer ertheilte den Ständen in den meiſten Punkten einen ganz befriedigenden Beſcheid, mehrere legte er ihnen zur weitern Beratſchlagung vor, nur über wenige forderte er weitern Bericht oder erklärte ſie für unbegründet. Zu der erſten Claſſe gehörten die Klagen über Einfuhr fremder Weine, Ertheilung von Patenten, Geſtattung übermäßigen Branntwein- und Bierverſchleißes, Uebergriffe des Fiscus, Vermengung der Gemeindewuſtungen mit der Ordinariſteuer, Verkauf des Trinktabakes, über Wildſchäden. Der Kaiſer verſprach, die Landeskinder bei Pfarreien und Benefizien beſonders zu bedenken und ermäßigte den Preis der Salzfuhr auf 5 fl. Auf den Schenkpfenning wollte er verzichten, ſobald ihm andere genügende Mittel zu Gebote ſtünden. Weiter berathen ſollte die Landſchaft über die Deputate, mit denen ins Kloſter tretende Perſonen ſich begnügen müßten, über Abzug und Zuſatz in Executionsſachen, ſowie über den grundherrlichen Conſens, über Einführung nützlicher Gewerbe- und Polizeiſachen, wegen Freigebung des Eiſenverkaufes. Als nicht begründet ſah Leopold die Klagen über die Durchzüge und Beſchwerung des Ausſchuſſes an

Viel früher hatte Leopold für eine geregelte Verwaltung des Landes Sorge getragen, da er ſie nicht ſelbſt führen konnte. Dies geſchah, wenigſtens zum Theil, ſchon bei ſeiner Anweſenheit in Innsbruck. Er nahm hiebei keine bedeutende Veränderung vor; es verblieben, wie bisher, die drei oberſten Landesſtellen: Regierung, Kammer und Geheimrath. Letztern ſetzte er aus folgenden Perſonen zuſammen: Joh. Graf v. Königsegg, Freiherr Bartholomäus Bertoldi, Joh. Graf v. Spaur, oberöſterr. Regimentspräſidenten, W. Bernh. Graf v. Ferrari, der verwitw. Erzherzogin Anna Oberſthofmeiſter, Joh. Dominic. Graf v. Wolkenſtein, Landeshauptmann, Generalwachtmeiſter Freih. v. Kayſerſtein (für Militärſachen) und Chriſtof Ulrich v. Pach, der Rechte Doctor. Ihre Inſtruction lautete im weſentlichen gleich mit jenen, welche die beiden Kaiſer Ferdinand II. und Ferdinand III. ihren Geheimräthen ertheilten. Das volle Gubernium der Ober- und Vorlande mit aller Souveränität und allen Hauptdispoſitionen, ſowie die Uebung der Vormundſchaft über die beiden Prinzeſſinnen Claudia Felicitas und Maria Magdalena behielt ſich der Kaiſer ausdrücklich vor [8]).

Die Fortdauer der alten Verbindung mit den Vorlanden und die erneuerte Vereinigung mit den übrigen Erblanden des Hauſes Habsburg forderte ſchon in den erſten Jahren der Regierung Leopold's von Tirol Opfer an Geld und Mannſchaft und verwickelte es mit in die großen europäiſchen Conflicte. Nach dem Tode König Philipp's IV. v. Spanien erhob König Ludwig XIV. von Frankreich auf die ſpaniſchen Niederlande Anſprüche, rückte mit ſeinem Heere in deren Gebiet ein und machte reißende Fortſchritte. Dies ſetzte die hohen Stellen Tirols in große Beſorgniß bezüglich unſeres Vaterlandes und der Vorlande, und ſie flehten den Kaiſer dringend um Hilfe an, indem ſie ein klägliches Bild von den ihrer Verwaltung untergebenen Ländern entwarfen. Ihre Furcht erwies ſich zwar diesmal als eitel, denn der ſogenannte Devolutionskrieg brachte Oeſterreich keine Gefahr und ward ſchon im Jahre 1668 durch den Aachener Frieden beendigt. Allein die Rüſtungen Frankreichs und anderer Mächte erhielten doch die Furcht vor kriegeriſchen Ereigniſſen wach, denn man wußte nicht, weſſen man ſich von der Raubſucht Frankreichs zu verſehen hatte. Dieſe Beſorgniſſe waren es auch, die Kaiſer Leopold bewogen, ſchon im dritten Jahre ſeiner Regierung abermals einen vollen Landtag auf den 16. April 1668

nach Innsbruck auszuſchreiben; die Stände ſollten ihm die Mittel zu kräftiger Landesvertheidigung gewähren. Demgemäß legte er dem Landtage die von allen Seiten drohenden Anſchläge und Gefahren dar und verlangte Rath und Hilfe. Die Landſtände blieben über einen Monat, bis am 18. Mai, beiſammen. Sie verlangten gleich anfangs die kaiſerliche Entſchließung auf ihre Beſchwerden vom J. 1665 und nachdem ihnen der früher erwähnte Beſcheid zu Theil geworden, begannen die Ausſchüſſe ihre Berathungen. Der Schriftenwechſel ſtieg bis zur Sextuplik. Der Kaiſer hatte im Verlaufe desſelben drei ganze Extratermine begehren laſſen, aber die Stände bewilligten ſchließlich nur, wie im Jahre 1664, eine Kopf-, Gewerbe- und Intereſſenſteuer, letztere bloß für Ausländer, deren Geſammtertrag auf 60.000 fl. veranſchlagt wurde, und weiter einen halben Extratermin. Der Geſandte des Stiftes Brixen proteſtirte feierlich gegen die Schlußſchrift, weil ſie die Stifter an die Beſchlüſſe der Stimmenmehrheit gebunden wiſſen wollte, doch man kehrte ſich nicht daran. Zu dieſen Gefahren von außen geſellten ſich bald noch ſolche im Innern Oeſterreichs, es war der Ausbruch einer Revolution in Ungarn. Beide zuſammen veranlaßten zwei Jahre nachher die Einberufung des engern Ausſchuſſes. Der Kaiſer verlangte von den Ständen, daß ſie 1200 Mann anwürben und acht Monate lang unterhielten. Dazu wären wenigſtens zwei ganze Extratermine nötig geweſen. Bewilligt wurden drei Viertel Termine für die Jahre 1671 und 1672 und 20.000 Reſtanten. Doch fügte man zu dieſer Bewilligung noch die weitere hinzu, daß das Umgeld noch vier Jahre erhoben werde. Wegen der drohenden äußern Gefahren mußte auch im November des Jahres 1671 der engere Ausſchuß zu Innsbruck zuſammentreten. Der Kaiſer entſchuldigte die abermalige Einberufung der Stände mit der Eröffnung, daß er zur Sicherheit des Landes und der Leute viel Volk halten müſſe, da man nicht wiſſe, wohinaus die verſchiedenen „Praktika“ wollten. Er verlangte von Stiftern und Ständen den Ankauf einer Anzahl Obergewehre und die Bewilligung dreier Halbtermine. Die Landſchaft ließ ſich zur Beiſteuer von 60.000 fl. herbei, von denen 5000 fl. der Landſchaft zum Ankaufe von Gewehren verbleiben ſollten. Die hiefür beſtimmten Jahre waren aber noch kaum zur Hälfte abgelaufen, als Leopold ſchon wieder mit neuen Forderungen vor die tiroliſche Landſchaft trat. Veranlaſſung und Schlagwort

waren gleich wie in den frühern Jahren: die Stände sollten wegen der Gefährlichkeit der Zeit und der bedenklichen Kriegsrüstungen anderer Mächte einen Beitrag von 120.000 fl. gewähren. Dieselben verspürten aber diesmal wenig Lust zur Hilfe und wollten anfangs nichts hergeben. Schließlich bewilligten sie aber doch 80.000 fl.[4])

Wenn auch in diesen Jahren alle Hilfen vom Kaiser unter dem Titel der Landesdefension gefordert worden, so war doch die Gefahr dem Lande sehr ferne. Anders wurde es hingegen, als Ludwig XIV. von Frankreich im Jahre 1672 den zweiten Raubkrieg begann. Denn da der Kaiser und das Reich mit den hartbedrängten Niederlanden eine Allianz schlossen, so wurde bald auch der Mittel- und Oberrhein ein Hauptschauplatz des Krieges und da bedurften die Vorlande ernstlicher Hilfe, sollten sie nicht in die Hände der französischen Feldherrn fallen. Von allen österreichischen Erblanden hatte aber keines mehr Ursache, denselben zu helfen, als Tirol. Waren doch beide Ländergebiete beinahe hundert Jahre unter den nämlichen Fürsten gestanden und seit Maximilians I. Zeiten gemeinsam verwaltet worden! Und dann zogen die Tiroler aus den Vorlanden gar viele Vortheile. Wenn auch die vorländischen Steuern und Gefälle in letzter Zeit der tirolischen Kammer nichts mehr eingebracht hatten, so hatten sie doch in frühern Zeiten einen erheblichen Ueberschuß geliefert. Andere Vortheile hatten aber auch in letzter Zeit nicht aufgehört, obschon sich gemindert. Noch immer wurde ein großer Theil des tirolischen Salzes nach den Vorlanden und andern Gebieten Schwabens abgesetzt und von diesen dagegen Waaren auf die Haller und Bozner Märkte gebracht. Dieser Wechselverkehr bereicherte die tirolischen Zölle und verschaffte vielen Bewohnern des Landes, namentlich den Gerichten Taur, Hörtenberg, Petersberg, Imst, Ehrenberg und Vils Nahrung und Unterhalt. Wenn die Vorlande in Franzosenhand geriethen, war mit Grund zu besorgen, daß die tirolischen Salzstraßen gesperrt würden und der Waarenzug eine ganz andere Richtung nähme. Auch die Ausfuhr tirolischer Weine in jene Gegenden schien gefährdet. Mit dem Verluste der Vorlande giengen für den tirolischen Adel auch die Aussichten auf eine Menge einträglicher Aemter und ergiebiger Pfand- und Lehenschaften verloren und was noch weit wichtiger, wurde die Vertheidigung des Landes selbst sehr erschwert. Trotz dieser wichtigen Gründe, die für die Hilfeleistung sprachen, gab es aber doch in Tirol Viele, die davon nichts wissen wollten. Doch

ihr Kleinmuth, ihre Selbſtſucht und ihre ſeparatiſtiſchen Beſtrebungen bekamen glücklicher Weiſe in der Landſchaft nicht die Oberhand, die Mehrheit entſchloß ſich vielmehr, obigen Erwägungen folgend, zur Hilfeleiſtung, obſchon mit ſchwerem Herzen: man wollte von zweien Uebeln doch das kleinere wählen. Daher fand der Kaiſer, als er im Jahre 1675 den engern Ausſchuß zweimal einberief, bereitwilliges Entgegenkommen. Als er von der im März und April tagenden Ausſchußverſammlung unter dem Vorwande, zum Schutze des Landes vor den Franzoſen und deſſen Anhängern 4000 Mann geworbenen Volkes an deſſen Grenzen zu verlegen und deren Befeſtigung zu vervollſtändigen, die hohe Summe von 300.000 fl. forderte, da bewilligte ſie eine univerſale Perſonal- und Vermögens-Steuer im Werte von 120.000 fl., welche Stifter und Stände nach eigenem Gefallen erheben konnten. Die zweite im Auguſt zuſammentretende Verſammlung gewährte wegen fortwährender Feindesgefahr unter dem Titel: „zur weitern Verſicherung der Confinen und zur Landesdefenſion“ ein und ein halb Steuertermine und noch überdies 100.000 fl. Reſtanten. Im folgenden Jahre, wo die Franzoſen den Breisgau und die Ortenau durchſtreiften, votirte die Landſchaft auf einer Zuſammenkunft im Auguſt von den verlangten 200.000 fl. die Hälfte, unter dem früheren Titel. Im Jahre 1678 mußten die Tiroler noch größere Opfer bringen. Die Franzoſen hatten ſich nämlich im Nov. 1677 der Stadt Freiburg im Breisgau bemächtigt und waren bis in's Herz des Schwarzwaldes vorgedrungen. Auch die Stadt Rheinfelden ſchien bedroht. Da berief Leopold den dritten offenen Landtag mitten im Winter auf den 24. Jänner 1678 nach Innsbruck. Er ſchilderte den verſammelten Landſtänden, wie die Feinde den Vorlanden immer näher gekommen und endlich Freiburg genommen, und verlangte, daß ſie zur Beſchützung des Vaterlandes Volk und andere Notdurft gewähren; ſie ſollten hiezu in ſechs Monaten wenigſtens 280.000 fl. auswerfen. Die Stände beſchloſſen, 150.000 fl. durch eine Perſonal- und Vermögensſteuer zu erheben, von der niemand, weder Geiſtlich noch Weltlich, frei ſein ſollte, da es ſich um Aller Sicherheit und Intereſſe handle. Davon wollten ſie 85.000 fl. der oberöſterr. Hofkammer zuſtellen, 65.000 fl. in der Landſchaftscaſſa für den Zuzug zurückbehalten. Hiemit waren aber die Opfer, die der zweite Raubkrieg Ludwig's XIV. Tirol verurſachte, noch nicht beendet, obwol bald

hernach, am 5. Febr. 1679, der Kaiſer zu Nymwegen mit Frankreich Frieden ſchloß. Dieſer günſtige Friedensſchluß reizte nur den Uebermuth des Franzoſenkönigs noch mehr und darum glaubte Leopold I. gegen deſſen gefährliche Ausbrüche ſich durch neue Rüſtungen ſchützen zu müſſen. Dies war der Grund, warum er an die Ausſchußverſammlung vom Aug. 1679 das Begehren von wenigſtens 100.000 fl. Hilfsgeld ſtellen ließ. Die Stände votirten 70.000 fl. Extraſteuer unter der Bedingung, daß davon 32.000 fl. den Oberinnthalern an Quartierkoſten bezahlt würden. Wie begründet des Kaiſers Befürchtungen waren, zeigten die gleich nach dem Frieden im Elſaß und in den Niederlanden verübten Gewaltthätigkeiten, die ſogenannten Reunionen. Dieſe bewogen natürlich Leopolden noch mehr, ſeine Rüſtungen fortzuſetzen. Daher wurden auch in den Jahren 1681 und 1682 Ausſchußtage wegen der franzöſiſchen Kriegsgefahr in Tirol gehalten. Im April 1681 richtete der Kaiſer an die tiroliſchen Stände die Zumuthung, ſie möchten zur Aufrichtung des Innsbrucker Magazines, zum Aufkauf von Munition, zur Perfectionirung von Grenzhäuſern und Erhaltung von 1000 Mann 150.000 fl. bewilligen und noch überdies zur Bezahlung der Sterbhutwachen ſich herbeilaſſen. Auf letztere Forderung gieng die Landſchaft nicht ein, für erſtere Zwecke votirte ſie jedoch 90.000 fl. Dem engern Ausſchußtage vom April 1682 ließ Leopold darſtellen, wie die gefährlichen Anſchläge der Feinde ihn zwängen, ein Heer von 90.000 Mann zum Schutze der Erblande auf den Beinen zu halten, wie er aber deſſen auf mehrere Millionen ſich belaufende Unterhaltskoſten unmöglich aus ſeinen Kammergefällen beſtreiten könne, ſondern hiezu notwendig der Hilfe der Lande bedürfe; er müſſe daher von Tirol fordern, daß es zwei Regimenter ſo lange verpflege, als es die Not erheiſche. Die Ausſchüſſe hielten dieſer neuen Forderung wol die Not des Landes, den Mißwachs der letzten Jahre, die Elementarſchäden, den Mangel an Gewalt u. ſ. w. entgegen und meinten, ſo beſchwert ſei man ſelbſt bei offenem Kriege nicht geweſen. Allein ſie konnten doch nicht umhin, wenigſtens die größere Hälfte (90.000 fl. von 150.000 fl.) zu bewilligen, die durch Extraſteuertermine in dieſem und dem folgenden Jahre aufgebracht werden ſollten. [5]).

Die letztbewilligte Hilfe war für einige Zeit das letzte Geldopfer, zu dem franzöſiſche Raubſucht das Land Tirol zwang; denn

es bildete ſich eine neue Allianz zwiſchen Spanien, Kaiſer und Reich, Schweden und der Republik gegen Ludwig XIV. und vermochte ihn mit erſtern Mächten am 15. Auguſt 1684 zu Regensburg einen zwanzigjährigen Waffenſtillſtand zu ſchließen. Allein deſſenungeachtet blieb Tirol auch nach dem Jahre 1682 nicht mit Hilfeleiſtungen verſchont; ſeine Opfer wurden vielmehr immer größer; innerhalb 16 Jahren mußten die Stände nicht weniger als viermal zu einem vollen Landtage zuſammentreten und noch überdies auf vielen Ausſchußtagen große Summen bewilligen. Zuerſt war es der im Jahre 1682 ausgebrochene Türkenkrieg, der ihre Steuerkraft in Anſpruch nahm, und zu dieſem geſellte ſich dann der dritte franzöſiſche Raubkrieg. Gereizt von Ludwig XIV. rüſteten die Türken im Jahre 1683 ſich zu einem Kriegszuge gegen den Kaiſer, um den in Ungarn im Jahre 1682 ausgebrochenen Aufſtand, an deſſen Spitze der Graf Emmerich Tökely ſtand, zu unterſtützen und bis ins Herz Deutſchlands vorzudringen. Leopold erkannte leider zu ſpät das drohende Ungewitter und ſuchte darum gegen dasſelbe erſt im Spätfrühjahre 1683 bei ſeinen Ländern Hilfe. Die Stände Tirols beſchied er auf den 26. Juni zu einem offenen Landtage nach Innsbruck. In ſeiner Propoſition legte er der Landſchaft die Gefahren dar, die ſeinen Erblanden und insbeſondere auch Tirol bevorſtehen, und die Mittel, die zu deren Rettung nötig ſeien. Da ſeine erſchöpfte Kammer, fügte er hinzu, dieſe Mittel nicht zu beſchaffen vermöge, ſo müßten ihn die Lande nach Kräften unterſtützen. Er erwartete, daß auch Tirol ſich möglichſt angreifen werde, und ſtellte eine Hilfsforderung von 300.000 fl. mit dem ausdrücklichen Wunſche, es mögen dabei die Armen von den Vermöglichen der Laſt in etwas überhoben werden. Dieſe neue hohe Forderung gab den Ständen Veranlaſſung, ihrem gepreßten Herzen Luft zu machen. Sie wollten gerne, verſicherten ſie, in die Fußſtapfen ihrer Väter treten, aber in dieſen Drangſalen, in denen ſich deutlich der Finger Gottes zeige, müſſe man vor allem Gott durch geiſtliche und weltliche Mittel zu verſöhnen trachten, damit er die Waffen ſegne. Tirol ſei, klagten ſie weiter, noch nie ſo beſchwert worden, wie in der letzten Zeit, des Landes Beſchwerden hätten immer zugenommen, deſſen Mittel ſich von Tag zu Tag mehr erſchöpft und ſeien durch keine neuen erſetzt worden. Nun brachten ſie eine lange Reihe der altbekannten Beſchwerden vor und ſchloſſen dieſelbe mit einer der Hauptklagen, nämlich, daß im

Jahre 1681 wider alles Herkommen ohne Wiſſen und Willen der Landſchaft bei 2500 Mann im Lande einquartiert worden, die noch darin lägen. Sie meinten, das Land müſſe doch genug befeſtigt ſein, da alle letzten Bewilligungen zu dieſem Behufe geſchehen, und gewährten nur eine Hilfe von 100.000 fl., wovon ſie 30—40.000 fl. für die Landesdefenſion und im Falle der Not auch das Uebrige ſich vorbehielten. Mit einer ſolchen Hilfe war natürlich dem Kaiſer, der raſcher Unterſtützung bedurfte, wenig gedient. Darum legte die Replik den Ständen nochmals die Größe der Gefahren vor Augen, wies auf die Hilfeleiſtungen der andern Erblande hin, ſtellte die Verwendung der bewilligten Mittel zu andern Zwecken als zur Vertheidigung des Vaterlandes in Abrede, entſchuldigte die Anweſenheit des Militärs mit den drohenden Gefahren und ermäßigte die Forderung auf 240.000 fl., von denen 100.000 fl. innerhalb eines Monates, die übrigen 140.000 fl. innerhalb eines Jahres gezahlt werden ſollten. Mit der Replik war eine vorläufige Antwort auf die vorgebrachten Beſchwerden verknüpft, die die Stände aufforderte, Deputationen zu deren eingehender Erwägung abzuordnen. Auf die Replik verwahrten ſich die Stände in der Duplik ausdrücklich dagegen, als ob ſie den Vorlanden oder andern Erblanden Hilfe zu leiſten verpflichtet wären, und verwieſen diesbezüglich auf die an alle Bewilligungen geknüpften Bedingungen. Sie erhöhten die bewilligte Summe nur auf 120.000 fl., beharrten auf allen Bedingungen, ſo namentlich auch darauf, daß das Militär aus dem Lande gebracht werde, und ließen ſich weder auf die Anticipation eines Theiles der Bewilligungsſumme noch auf die geforderte Entſchädigung der Gerichter des Inn-, Wippthales und Vintſchgaues ein. Da ermäßigte der Kaiſer abermals die Summe und verlangte nur mehr 180.000 fl., zur Hälfte bis Ende October, zur Hälfte bis Neujahr zahlbar. Nun votirte die Landſchaft noch weitere 30.000 fl. und kürzere Termine, doch mit der ausdrücklichen Bitte, daß die ganze Hilfe zur Landesdefenſion verwendet werde. Die Geheimräthe nahmen dieſe Hilfe an, als die Landſchaft ſich herbeiließ, hievon 90.000 fl. durch eine Vermögensſteuer, wie im Jahre 1678, allſogleich zu erheben. So endete der Landtag am 12. März, nach mehr als ſechswöchentlicher Dauer. Die Oeſterreich und Deutſchland ſeitens der Türken drohende Gefahr wurde noch im Herbſte desſelben Jahres glücklich abgewandt. Nachdem der türkiſche Großweſſir Kara Muſtapha

vom 14. Juli bis 12. September die Stadt Wien durch ununterbrochene Belagerung und 18 Stürme auf's heftigſte bedrängt hatte, beſiegten ihn die vereinigten Polen und Deutſchen unter dem edlen Polenkönig Sobiesky und Herzog Karl von Lothringen vor den Mauern der Stadt und zwangen ſein Heer zu wilder Flucht. Dieſer glückliche Erfolg reizte, den Krieg gegen den Erbfeind fortzuſetzen und dieſen ganz aus Ungarn zu vertreiben. Das Glück begleitete die kaiſerlichen Waffen auch fortan; im Jahre 1686 fiel Ungarns Hauptſtadt in Oeſterreichs Gewalt; nach dem Siege bei Mohacz (12. Aug. 1687) unterwarf ſich das ganze Land dem Kaiſer und in den nächſtfolgenden beiden Jahren wurden die Türken völlig daraus vertrieben. Dieſe Kämpfe verlangten natürlich von den Erblanden neue Opfer und Tirol konnte dabei um ſo weniger ganz zurückbleiben, als ſein Glaubenseifer es zum Kampfe gegen die Ungläubigen beſonders verpflichtete und ſein Gubernator, Herzog Karl von Lothringen, gerade der Hauptheld in dieſer Periode des Türkenkrieges war. In der That leiſtete unſer Vaterland wiederholt Hilfe. Die Bewilligungen geſchahen freilich immer nur unter dem Titel der Landesdefenſion, aber doch mit dem vollen Bewußtſein von deren Verwendung zum Türkenkriege. Auf dem Ausſchußtage vom Juni und Juli 1684 wurden 160.000 fl. von der Landſchaft begehrt; ſie bewilligte die im vorigen Jahre reſervirten 30.000 fl. und noch weitere 100.000 fl. In dieſem Jahre mußte die Brixner Geiſtlichkeit ein Drittel ihres ſeit 60 Jahren erworbenen Vermögens beiſteuern. An die Ausſchußverſammlung vom November 1685 ſtellte der Kaiſer die Forderung, ſie ſoll 130.000 fl. zur Fortſetzung des ſo blutigen Türkenkrieges und 30.000 fl. als Hochzeitsgeſchenk für die kaiſerliche Prinzeſſin Maria Antonia bewilligen. Die Stände erklärten ſich bereit, zu einem und andern Zwecke 100.000 fl. herzugeben, die Stifter aber proteſtirten gegen das Geſchenk. Bevor im Jahre 1687 Herzog Karl von Lothringen den Feldzug gegen die Türken eröffnete, mußten die Stände Tirols abermals eine anſehnliche Beiſteuer hiezu liefern. Im Frühling zu einer Ausſchußverſammlung berufen, ſpendeten ſie 150.000 fl., unter der Bedingung, daß man von der damals geplanten Einführung des Stempelpapieres abſehe [6]).

In dem Jahre 1688 erneuerte König Ludwig XIV. die Feindſeligkeiten gegen den Kaiſer und das Reich durch ſeinen Einfall in

die Pfalz, Baden, Würtemberg und Trier und erklärte auch den Generalſtaaten den Krieg. Zu Anfang d. J. 1669 rüſteten ſich die Reichsfürſten und Oeſterreich zum Kampfe gegen ihn und erſchreckt durch die Greuel, welche die Franzoſen in der Pfalz verübten, verbanden ſich auch die Seemächte mit dem Kaiſer, dem ſich auch der Herzog von Savoyen angeſchloſſen hatte. Ward auch Ludwig's Flotte von der engliſchen vernichtet, ſo kämpften doch ſeine Landheere in Italien und Deutſchland glücklich und ſeiner klugen Politik gelang es, den Herzog von Savoyen im Auguſt 1697 auf ſeine Seite zu ziehen. Zur Zeit dieſes Franzoſenkrieges nahm der Türkenkrieg auch ein paarmal eine ungünſtige Wendung und Oeſterreich mußte ſich doppelt anſtrengen, um die in den Jahren 1690 und 1695 ſiegreich vordringenden Feinde wieder aus Ungarn hinauszuwerfen, die Siege von Salankemen und Zentha zu erfechten und ſchließlich einen günſtigen Frieden zu erkämpfen. Dieſer Doppelkrieg mußte die Steuer- und Wehrkraft der öſterr. Erblande auch doppelt anſpannen. Tirol verſpürte es; denn raſcher als ſeit langer Zeit folgten ſich in unſerem Vaterlande in den neunziger Jahren die vollen Landtage und ſo hohe Summen waren in ſo kurzer Zeit für auswärtige Anliegen noch nie gefordert worden. Allerdings wurden wieder alle Forderungen unter dem Titel der Landesdefenſion gemacht, aber es konnte ſich doch niemand über die eigentliche Verwendung derſelben täuſchen. Schon das erſte Jahr des wieder ausgebrochenen franzöſiſchen Krieges verurſachte Tirol ein neues Opfer. Der Gubernator Herzog Karl von Lothringen wünſchte zur Sicherheit des Landes ein Corps von 1000 Mann an den Grenzen aufzuſtellen. Die Landſchaft bewilligte hiefür auf einem Congreſſe im Dec. 1688 zu Bozen 25.000 fl. zu deren Anwerbung, wozu ſpäter noch eine Mehrauslage von 7000 fl. kam; auch beſchloß man daſelbſt mancherlei Vorſichtsmaßregeln. Der erſte offene Landtag in dieſer neuen Kriegsperiode fand im März 1691 ſtatt. Der Kaiſer ließ wegen der beiden ſchweren Kriege zur Defenſion des Vaterlandes 375.000 fl. begehren und zugleich vorſtellen, daß er damit ein ſchweizeriſches Regiment anwerben und nach den Vorlanden verlegen wolle. Zu einer Hilfe für den Franzoſenkrieg ließ ſich die Landſchaft nicht herbei, aber für den Türkenkrieg und zur Landesdefenſion reichte ſie 225.000 fl. dar, die durch eine Perſonal- und Vermögensſteuer und drei halbe Extraſteuertermine in den Jahren 1691 und 1692 her-

eingebracht werden ſollten. Die erſtere traf die Geiſtlichkeit ſo gut wie die Adeligen und Exempten und war ſehr verſchieden berechnet. Auf dieſem Landtage wurden auch wieder die allgemeinen und Particularbeſchwerden nachdrücklich und im einzelnen erneuert. Noch vor Ablauf eines Jahres, im Jänner 1692, trat Leopold abermals mit einer Hilfsforderung vor die Landſchaft Tirols. Er wollte die in Savoyen ſtehende Armee mit 4000 Mann Fußvolk verſtärken und verlangte von dem zu Innsbruck tagenden engern Ausſchuſſe deren Anwerbung auf Landeskoſten. Die Stände giengen nur auf die Hälfte der geforderten Summe ein; dieſe 2000 wollten ſie alſogleich anwerben, mit Kleidern und Gewehren verſehen, bis Ende April verpflegen und dann nach Naſſareit liefern. Man beſtimmte zur Deckung der Unkoſten 30.000 fl., es wurden aber mehr als 50.000 fl. verbraucht. Und doch waren nicht viel über 1300 Mann zuſammengebracht worden. Die Bauernburſche hatten eine ſchreckliche Scheu vor dem Militärdienſte und verliefen ſich in die höchſten Almen, um nicht Soldat werden zu müſſen. So hatten ſich die Zeiten geändert! Das Land, das früher faſt ein unerſchöpflicher Hort von Kriegsknechten geweſen, vermochte jetzt kaum einige Hundert zu ſtellen!

Die Siege der Franzoſen und deren Heranzug gegen die Vorlande ſowie die Vermehrung der Gefahren ſeitens der Türken bewogen den Kaiſer, im April des Jahres 1693 den zweiten offenen Landtag zu halten. Die Forderung war gleich hoch wie i. J. 1691, nämlich 375.000 fl. Obwol es ſich vorzüglich um den franzöſiſchen Krieg handelte, ſo zeigten ſich die Stände doch etwas bereitwilliger; ſie gewährten diesmal 250.000 fl. Davon ſollten 130.000 fl. wieder durch eine Perſonal- und Vermögensſteuer und 120.000 fl. durch vier halbe Extratermine gedeckt werden. Dieſe Verſammlung warf auch den Gerichten, welche durch die kaiſerlichen und kurbaieriſchen Durchzüge (im Jahre 1691) nach Savoyen Schaden gelitten hatten, eine Entſchädigungsſumme von 15.000 fl. und einzelnen Männern, die dabei beſondere Mühe gehabt, wie dem Landeshauptmann (4000 fl.), beſondere Belohnungen aus. Die ſiegreichen Fortſchritte der Franzoſen und Türken in den nächſten Jahren nötigten Leopolden im December 1695 den dritten offenen Landtag in den neunziger Jahren auf den 18. Jänner zu berufen. Es wurde diesmal eine etwas geringere Hilfe von 350.000 fl. verlangt, der

Landtag bewilligte dieſelbe Summe, wie im Jahre 1691, doch mit dem Unterſchiede, daß die ganze Bewilligung durch Extraſteuertermine in den Jahren 1695—98 erhoben werde. Zur Bedingung ſetzte er die Caſſirung des inzwiſchen eingeführten Papieraufſchlages und Abhilfe in dem Münzunweſen. Im Jahre 1696 trat der Kaiſer mit derſelben hohen Forderung ſogar vor den engern Ausſchuß, der im Juni zu Innsbruck verſammelt war. Allerdings erkannte er an, daß eine ſo wichtige Angelegenheit vor einen vollen Landtag gehöre, und glaubte ſein Vorgehen mit der durch den Verzug drohenden Gefahr und mit dem Beſtreben, unnötige Ausgaben zu vermeiden, entſchuldigen zu müſſen. Allein im Weſen änderte das doch nichts, das Präjudiz blieb trotz der ausdrücklichen Verſicherung des Gegentheiles und eine öftere Wiederholung dieſes Vorgehens mußte notwendig zur Verkümmerung der Verfaſſung und Verkürzung der Landesrechte führen. Es wäre Sache der Ausſchüſſe geweſen, ſich dagegen gleich anfangs energiſch zu wehren. Aber ſie thaten es nicht; ſie gefielen ſich zu gut in ihren einträglichen Rollen und hatten vielleicht auch nicht den Muth, dem Kaiſer ernſtlich zu widerſtehen oder meinten wirklich ihren Standesgenoſſen damit eine Wolthat zu erweiſen. Darum bewilligten ſie nach vielen Vorſtellungen doch ſchließlich 225.000 fl., die wiederum als Extraſteuer auf die Jahre 1697—1700 vertheilt wurden; da aber die Hilfe drängte, ſo mußten dieſelben wie bei dem letzten Landtag durch Anlehen aufgebracht werden, was wieder einige tauſend Gulden koſtete. Mit dem Frieden zu Ryswijk (1697) hörten endlich die Beiſteuern für den franzöſiſchen Krieg auf, doch der Türkenkrieg dauerte auch nach der ſiegreichen Schlacht bei Zentha noch mehr als ein Jahr fort, bis zum Frieden von Karlowitz (26. Jan. 1699). Darum wiederholte ſich ſchon im Jahre 1698 der oben gerügte verfaſſungswidrige Vorgang; damals ſtellte Leopold an den im Jänner und Februar zu Innsbruck tagenden Ausſchuß dieſelbe Forderung wie im Jahre 1696, nämlich auf 350.000 fl. Hilfe zur Fortſetzung und glücklichen Beendigung des Türkenkrieges. Und auch diesmal widerſtrebten die Stände nicht ernſtlich. Obwol der Biſchof von Brixen ſich entſchieden gegen jede Hilfeleiſtung erklärte, weil der Krieg mit Frankreich beendigt ſei und von den Türken dem Lande keine Gefahr mehr drohe, ſo wurden doch noch 180.000 fl. bewilligt und zur Tilgung der durch Anlehen anticipirten Summen Extratermine in den Jahren

1701—1703 angesetzt. Man begnügte sich auch diesmal mit der Versicherung des Kaisers, die Einberufung des Landtages sei bloß aus Ersparungsrücksichten unterlassen worden und dies solle keine gefährlichen Consequenzen nach sich ziehen. Das 18. Jahrhundert in dem nur vier volle Landtage zusammentraten und doch so viele wichtige Anliegen vorkamen, hat freilich etwas ganz anderes gelehrt! Doch ermannten sich diesmal die Stände wenigstens zu einem energischen Schritt; sie beschlossen, eine Deputation nach Wien zu schicken. Diese sollte dem Kaiser den Zustand des Landes schildern, die an obige Hilfe geknüpften Bedingungen, wie die Abschaffung der Stempelsteuer und die Vergütung der Durchzugskosten, zu behaupten suchen, und noch andere Anliegen vorbringen, nachdem der Geheimrath die Ausschüsse verhindert, während der Berathungen durch einen Courier dem Kaiser die Unmöglichkeit solcher Leistungen vorstellen zu lassen. Mit dem Karlowitzer Frieden hörten die sog. Türkenhilfen für längere Zeit auf [7]).

Diese Kriegshilfen waren, wenn auch die größten, doch nicht die einzigen Opfer, welche die Tiroler seit der Wiedervereinigung ihres Landes mit Oesterreich bis zum Jahre 1700 hatten bringen müssen. Es kamen dazu auch noch wiederholte Geschenke, die sie den Mitgliedern der Dynastie bei feierlichen Anlässen zu machen hatten. Zu den drei Vermählungen des Kaisers, mit Margaretha von Spanien (1666), Claudia Felicitas von Tirol (1673) und Eleonore Magdalena v. Pfalz-Neuburg (1677) bewilligten die Stände auf den Ausschußversammlungen im Jänner 1666 zu Bozen, im September 1673 zu Innsbruck und im Mai 1677 zu Innsbruck je 30.000 fl. Wie erwähnt, war in der bewilligten Hilfe der 100.000 fl. vom Jahre 1685 auch ein Hochzeitsgeschenk für die kaiserl. Prinzessin Maria Antonia einbegriffen. Bei Gelegenheit der Wahl und Krönung Josef's I. zum römischen Könige spendete die Landschaft als Dankgeschenk für Defensionsanstalten 8000 Ducaten und als Verehrung weitere 3000 fl. Im Jahre 1697 verehrte sie dem römischen Könige 15.000 Kremnitzer Ducaten und seinem Hofmeister v. Salm 500; der Ausschußtag vom März 1699 machte ersterem ein Hochzeitspräsent von 30.000 fl. und seiner Braut Wilhelmine Amalie, Herzogin von Braunschweig-Lüneburg, 5000 fl. Der Landtag v. J. 1678 ließ dem Herzog Karl von Lothringen, der durch seine Vermählung mit des Kaisers Schwester, Eleonore

Maria, verwitw. Königin von Polen, ebenfalls ein Mitglied des Kaiserhauses wurde, zum Danke für das glücklich geführte Commando der kaiserlichen Waffen 10.000 fl. als Gedenkzeichen überreichen. Der Bozner Particularcongreß vom Nov. 1686 votirte dem Herzog ein Geschenk von 5000 Ducaten, das er aber nicht annahm. Zu diesen Geldspenden kamen noch die großen Opfer, welche in den neunziger Jahren die Stände, namentlich die an den Hauptstraßen gelegenen Ortschaften, für die durchziehenden Kriegstruppen zu bringen hatten. Diese betrugen am Ende des 17. Jahrhunderts nicht weniger als 1.007,059 fl[8]).

In diesem Türken- und Franzosenkriege spielte der Gubernator Tirols eine hervorragende Rolle. Sein Aufenthalt in seiner Residenz zu Innsbruck war daher nie von längerer Dauer, er mußte immer wieder auf den Kriegsschauplatz. Kaum hatte er Innsbruck zum ersten Male betreten (am 17. Juni 1679), und sich daselbst häuslich niedergelassen, rief ihn die Türkengefahr vor die Mauern Wiens und nach seinem Siege daselbst (Sept. 1683) setzte er den Kampf gegen die Ungläubigen in Ungarn fort. Er eroberte noch im October mit Hilfe des Königs von Polen die Festung Gran und kehrte erst nach Jahresfrist heim. Da er nach dem Abzuge des Königs von Polen das Obercommando über die Armee in Ungarn übernehmen mußte, so verbrachte er die folgenden Jahre größtentheils im Felde und konnte immer nur zu kurzer Ruhe nach Innsbruck zurückkehren. Im Jahre 1684 machte er einen Versuch, die Festung Ofen zu nehmen, der jedoch mißlang. Mit um so größerem Glück kämpfte er in den Jahren 1685 und 1686, wo er die Türken bei Gran auf's Haupt schlug, durch den General Caprara Neuhäusel eroberte und Ofen mit Sturm nahm. Auch die Campagne des Jahres 1687 war glücklich; denn er brachte nicht nur dem Großvezier bei Mohacz eine entscheidende Niederlage bei, sondern unterwarf auch ganz Siebenbürgen dem Kaiser. Hinderte ihn auch im folgenden Jahre eine Krankheit an der Eroberung der Hauptfestung Belgrad, so führte er doch im Jahre 1689 das Commando am Rhein gegen die Franzosen mit Glück, indem er am 9. Sept. 1689 die bereits vom Feinde besetzte Stadt und Festung Mainz wieder eroberte. Doch war dies sein letzter Feldzug, denn er starb schon am 18. April 1690 zu Wels, auf einer Reise nach Wien. Damit erlitt die Sache des Kaisers in Deutschland einen harten Schlag; denn an dem Herzoge

verlor Leopold I. den ausgezeichnetſten Feldherrn, der ſeit Montecuculi ſein Heer befehligt hatte. Unter ſeiner Leitung hatte das kaiſerliche Heer eine bisher noch nie gekannte Stufe der Vortrefflichkeit erreicht, insbeſondere die Reiterei: ſeine ruhmreiche Führung trug gar viel bei, um den alten kriegeriſchen Geiſt der deutſchen Nation zu wecken. „Das große Verdienſt des Herzogs fand aber auch bei niemanden freudigere Anerkennung, als von Seite des Kaiſers. Mit herzlicher Zuvorkommenheit hatte er ihn durch ſeine Verheiratung mit ſeiner Schweſter in den Kreis ſeiner Familie aufgenommen. Dem Wunſche des Herzogs gemäß, welcher das Hofleben nicht liebte, räumte ihm Leopold das kaiſerliche Schloß zu Innsbruck als Aufenthaltsort ein. Dorthin bezog der Herzog jährlich die für jene Zeit ungemein beträchtliche Summe von 120.000 fl., mehr als ein Procent ſämmtlicher Staatseinkünfte. Auch ſonſt gab es keinen Vortheil und keine Auszeichnung, welche der Kaiſer nicht gern und mit Freuden ſeinem tapfern Feldherrn zu Theil werden ließ.“

§ 2. Innere Verhältniſſe.

Inhalt: Allgemeine Charakteriſtik: Unabhängigkeit Tirols; Beamtenwirtſchaft; materieller Verfall; Verhältniß der Stände zur Regierung und zu einander. Nähere Charakteriſtik der oberſten Landesbehörden. Stand der landesfürſtlichen Finanzen. Vorſchläge zur Beſſerung derſelben. Ergriffene Maßregeln und Mittel. Erträgniſſe Tirols und Landſchaftshilfen. Weitere Einnahmsquellen. Vernachläſſigung des Militzweſens. Die Generalpragmatik. Mandate bezüglich der Steuerreform. Das Gravatoriale der Viertel Inn-, Wipp- und Puſterthal vom Jahre 1677. Die allgemeinen Beſchwerden des Landtags v. J. 1683. Das Gravatoriale der Weinviertel vom J. 1690. Die allgemeinen Beſchwerden des Jahres 1691 und die kaiſerliche Antwort. Das Uebergewicht der Etſchviertel über die nördlichen und der höhern über die niedern Stände. Gründe dieſer Erſcheinung und der Verzögerung der Reformen. Unzufriedenheit und Aufruhr. Conflict mit dem niedern Klerus in Wälſchtirol. Streitigkeiten mit den Stiftern Brixen und Trient. Beziehungen des Stiftes Brixen zur Grafſchaft Tirol: Biſchof Sigmund Alfons v. Thun, die Biſchöfe Paulinus Mayr, Joh. Frz. Khuen und Kaſpar Ign. Graf v. Künigl. Streitigkeiten mit Trient: Biſchof Graf Harras. Erhitzung des Streites unter Biſchof Sigmund Alfons; Nachlaß desſelben unter Franz v. Alberti. Die Biſchöfe Joſ. Victor v. Alberti und Joh. Michael Freih. v. Spaur.

Wie in den äußern Verhältniſſen, ſo machten ſich auch in den innern ſchon während Leopold's I. Regierung die Folgen der Wiedervereinigung Tirols mit Oeſterreich in mancherlei Weiſe geltend, indem die Fälle, wo tiroliſche Anliegen nach Wien gezogen wurden, im Laufe der Zeit ſich mehrten. Doch in Leopold's Re-

gierungszeit nahm dieſe Entwickelung noch einen trägen Verlauf; der Kaiſer huldigte zwar auch den abſolutiſtiſchen und centraliſirenden Tendenzen der Fürſten ſeiner Zeit, aber er verfolgte dieſelben überall mit großer Mäßigung, Ungarn ausgenommen, und ließ die Formen und Geſchäfte landſtändiſcher Verſammlungen und die bisherige Verwaltungsart der Länder im weſentlichen unbeanſtandet fortdauern. Tirol als das jüngſt erworbene Land wurde noch mit beſonderer Schonung behandelt. Wir haben geſehen, daß er den Geheimrath, der ſeine Stelle vertreten ſollte, mit derſelben Machtvollkommenheit ausſtattete, wie ſeine Vorfahren, die beiden Ferdinande, und ſpäter gab er dem Lande ſogar einen Gubernator mit noch größern Befugniſſen. Aber dieſe große Unabhängigkeit der Landesbehörden gereichte Tirol keineswegs zu ſeinem Vortheile; wenigſtens iſt das Bild, welches das Land während Leopold's Regierung darbietet, durchaus nicht erfreulich; es haben ſich in derſelben die Uebelſtände, die beim Erlöſchen der einheimiſchen Dynaſtie beſtunden, nicht gebeſſert, im Gegentheil, ſie ſind ſchlimmer geworden. Bei dem Mangel einer unmittelbaren Beaufſichtigung und Anregung durch den Landesfürſten verfielen die oberſten Landesbehörden in völlige Schlaffheit und ließen ſich immer mehr von kleinlichen Rückſichten oder eigennützigen Motiven leiten. Trotz des immer zahlreicher werdenden Beamtenheeres erblicken wir nirgends einen raſchern Fortgang in den Geſchäften, nirgends einen merklichen Fortſchritt. Kein neuer Gedanke, keine energiſche That in dieſer langen Reihe von Jahren! Man wird ſich nicht wundern, daß ſo ſchlaffe und ideenarme Behörden bei den Ständen nicht in ſonderlich hohem Anſehen ſtunden. Wenn dieſe zuletzt ſich doch immer gefügig zeigten, ſo lag der Grund wol vorzüglich darin, daß die herrſchenden Geſchlechter der Stände theils mit den Beamtenfamilien identiſch waren, theils dieſelben Intereſſen hatten. Darin iſt aber gerade die Hauptſchwäche der Behörden und der Hauptübelſtand zu ſuchen: ſie ſtanden weniger über als in dem Parteigetriebe. Dieſer Mangel an Macht und Einfluß auf die Stände und Stifter war um ſo beklagenswerter, als gerade in dieſer Zeit die Uneinigkeit zwiſchen den Landſchaftsmitgliedern immer größer wurde. Die Leiden der ſchlechten Verwaltung und ſolch innerer Zerriſſenheit wurden noch vermehrt durch eine Reihe von Elementarunglücksfällen, die einzelne Landestheile

trafen; Mißernten, Ueberſchwemmungen, Erdbeben, Seuchen und dergleichen.

Die nun folgenden Ausführungen werden, ſo kurz ſie auch ſein müſſen, hinlänglich zeigen, daß dies allgemeine Bild nicht zu ſchwarz gemalt iſt. Was zunächſt die oberſten Landesbehörden anbelangt, ſo zeigt ein kurzer Vergleich der Jahre 1665, 1686, 1703 und 1704, wie deren Mitgliederzahl angewachſen. Während es im letzten Regierungsjahre des Erzherzogs Sigmund Franz nur 3 Geheimräthe, 16 Regiments- und ebenſo viele Hofkammerräthe gab und alle drei Directorien zuſammen nicht mehr als 164 Perſonen zählten, deren Beſoldungen 46.200 fl. betrugen, treffen wir im Jahre 1686 ſchon 9 Geheimräthe, 21 Regimentsräthe und 14 Hofkammer- und 10 Raiträthe und die Zahl der untergeordneten Beamten: Secretäre, Kanzliſten u. ſ. w. hat in ähnlichem Verhältniſſe, die Beſoldungen aber noch in viel höherm Grade zugenommen; im Jahre 1703 gibt es gar 22 Geheimräthe, im folgenden ſteigt die Zahl der Geheimräthe auf 23, die der Regimentsräthe auf 39, der Hofkammerräthe auf 37 Perſonen und das erſte Dikaſterium beſteht aus 47 Perſonen mit 25.908 fl. Beſoldungen, das zweite aus 101 Perſonen mit 28.523 fl. Beſoldungen und das dritte aus 114 Perſonen 30.877 fl. Beſoldungen. Außerdem gibt es noch zu Wien eine geheime tiroliſche Kanzlei mit 11 Perſonen und 5776 fl. Gehalt. Von welchem Eifer viele dieſer Männer beſeelt waren, bezeugt ein Erlaß des Kaiſers vom 23. Juli 1686, worin er ausdrücklich befiehlt, es ſollen nicht, wie zuweilen geſchehen, die Sitzungen auf zwei oder drei Monate verabſäumt und Ferien gehalten werden. Nicht viel beſſer ſcheint es mit der Gerechtigkeitsliebe und Unparteilichkeit beſtellt geweſen zu ſein. Das geht aus den weitern Beſtimmungen desſelben Erlaſſes hervor. Darin heißt es: die Parteien ſollen nicht mit Commiſſionen beſchwert, zu denſelben nicht Räthe, welche die Parteien oder Referendare wünſchen, gebraucht, das Recht ohne Rückſicht auf Mächtigere ertheilt werden. Noch deutlicher ſpricht dafür ein Brief des Biſchofs Alexander von Augsburg ddo. 13. Jan. 1704, worin ſich folgende Stelle findet: Es ſei aller Orten bekannt, daß ſeit einigen Jahren die gottliebende Juſtiz, das Publicum und Cammerale alſo ſchlecht adminiſtrirt worden, daß ſich faſt männiglich Unintereſſirter darüber ſcandaliſirt habe. Sonderheitlich ſeien die Armen, ſo keine Mittel oder Adhärenz gehabt, am meiſten gravirt

und gedrückt worden, wodurch man den gerechten Zorn Gottes auf ſich geladen u. ſ. w.“ Leopold ſah ſich genötigt, im obgenannten Jahre 1686 eine eigene Commiſſion zur Unterſuchung der Cammeralien zu beſtimmen und alle Vierteljahre von den Kammerämtern ſtrenge Rechnungen abzufordern. Ja es wurden ſogar mehrmals hochgeſtellte Beamte, wegen Verletzung ihrer Amtspflicht, ihrer Würden entſetzt und ihnen der Proceß gemacht. Wie ſehr die Landesſtellen durch ihre wirklich oder ſcheinbar ungerechten Entſcheidungen einzelne Parteien erbitterten und dabei alles Anſehen verloren, das thut eine zu Verona in Druck gegebene Vertheidigungsſchrift der vier Vicariate dar, worin dieſe den Geheimrath, die Regierung und die aus ihnen entſandte Commiſſion auf's heftigſte angreifen [1]).

Vergegenwärtigt man ſich dieſen Charakter der Landesbehörden, denkt man an die vielen Kriegsauslagen des Kaiſers, dann wird man den ſchlimmen Stand der landesfürſtlichen Kammer ſehr begreiflich finden. Leopold hatte den tiroliſchen Finanzbehörden großes Vertrauen bewieſen, auf ihre Vorſtellungen gieng er von ſeinem urſprünglichen Plan, die oberöſterreichiſche Hofkammer mit der kaiſerl. Hofkammer in Wien zu vereinen, ab; Tirol wurde fortan apart verwaltet; ſeine Erträgniſſe genoſſen die Ehre gleichſam als kaiſerl. Sparpfenning behalten und aufgehoben zu werden. Die tiroliſche Kammer hat aber das ihr geſchenkte hohe Vertrauen nicht gerechtfertigt, ihre Mitglieder haben weder die nötige Selbſtverläugnung bewieſen, um nicht ihre Stellen zu ihren Gunſten auszubeuten, noch Mittel und Wege zur Beſſerung der landesfürſtlichen Finanzen zu finden ſich bemüht oder ſolche zu finden gewußt. Wir kennen das traurige Bild, das dieſe beim Tode des Erzherzogs Sigmund Franz boten. Mitten in ſeinen Finanzreformen war der gute Fürſt hinweg geſchieden und ſein Werk in's Stocken gerathen. Als Leopold den Stand der tirol. Finanzen kennen gelernt hatte, verlangte er Vorſchläge von den tirol. Behörden, um die Gläubiger befriedigen und das Gleichgewicht zwiſchen Einnahmen und Ausgaben herſtellen zu können. Aber die Vorſchläge der tiroliſchen Stellen ſtimmten unter ſich nicht überein und erwieſen ſich theils als undurchführbar. Die Kammer ſchlug unter anderem gar extreme Mittel vor; ſie meinte, man ſolle einen allgemeinen Concurs eröffnen oder die Zinſen, die von nun an bezahlt würden, vom Capital abziehen. Darauf einzugehen erregte beim Kaiſer gerechte Bedenken und ſo blieb es bei

halben Maßregeln. Man trat mit den Gläubigern in Unterhandlungen, ſcheint aber wenig Erfolge erzielt zu haben. Doch wurden einige Capitalien und 70—80.000 fl. Zinſen getilgt. Die Verzögerung einer Einigung gereichte allerdings mehr den Gläubigern, als der Kammer zum Schaden, denn dieſe wußte ſich durch ein leichtes Mittel zu helfen. Sie zahlte einfach lange keine oder nur niedrige Zinſen. Noch im Jahre 1683 beklagt ſich der Landtag, daß der Genuß der einſt den Landesfürſten geliehenen Capitalien ausſtändig ſei; ſo müßten manche Parteien, die ſonſt wenig beſäßen, wie geiſtliche Stiftungen, Witwen und Waiſen, Not leiden. Im Jahre 1691 wurden dieſe Klagen abermals laut. Darauf beſchloß man endlich den ausländiſchen Gläubigern die Hälfte, den inländiſchen zwei Drittel der Intereſſen zu bezahlen; auch forderte man nicht mehr ſo ſtrenge Beweismittel zum Belege der Guthaben. Aber eine Verpflichtung, die von der tiroliſchen Linie hinterlaſſenen Schulden zu zahlen, erkannte der Kaiſer niemals an. Den Adel ſcheint dieſe Maßregel der Zinſenreduction wenig betroffen zu haben, denn er ließ ſich für ſeine Anlehen meiſt ergiebige Pfandſchaften verſetzen, die er in eigene Verwaltung nahm. Doch trotz dieſer harten Maßregeln müſſen die Erträgniſſe Tirols den Kaiſer nicht ſonderlich befriedigt haben; jedenfalls waren ſie in keinem Verhältniß zu den großen Auslagen, die er zur Vertheidigung der Erblande zu machen hatte. Daher ſah ſich Leopold immer wieder genöthigt, die Hilfe der Stände anzuſprechen. Während ſeiner ganzen Regierung hatten dieſelben neben den ordentlichen Steuerterminen, die zur Verzinſung der Landſchaftsſchulden und zur Bezahlung der regelmäßigen landſchaftlichen Verwaltungsausgaben erforderlich waren, außerordentliche Termine aufzubringen, und mehrere Male mußten ſie ſich noch überdies die Intereſſen- und Vermögensſteuer gefallen laſſen. Auf dieſe Art zog Leopold von der Landſchaft bis zum Jahre 1700 nahe an drei Millionen Gulden. Aber auch dieſes Mittel reichte bei den ungewöhnlichen Reichsbedürfniſſen nicht zu. Die Finanzbehörden ſuchten weitere Einnahmsquellen zu eröffnen, die aber nichts anders als neue Laſten waren und gerade wieder vorzüglich den gemeinen Mann trafen. Ein Salzaufſchlag von 48 kr. wurde allerdings ſchon im nächſten Jahre abgethan. Dagegen blieb das im Jahre 1687 eingeführte Papier- und Stempelgeld, ſo oft auch die Landſchaft deſſen Abſchaffung bei ihren Bewilligungen zur Bedingung machte, und

darum dringend bat. Ebenſo wenig konnte die Abſchaffung des Umgeldes oder deſſen Ueberlaſſung an die Landſchaft erwirkt werden. Hingegen ſtrengten ſich die tiroliſchen Behörden mit Erhöhung der Pfandſchillinge nicht ſehr an. Obſchon Grund und Boden inzwiſchen wol auf das Doppelte und Dreifache geſtiegen waren, wurden die Pfandſchaftsſummen doch nur um ein Sechstel oder höchſtens ein Viertel des Betrages und erſt am Ende der Regierung Leopold's I. erhöht. Der Geſammtbetrag derſelben zeigt, daß auch ſo manche neue Verpfändung in dieſen Zeiten gemacht wurde. Nach freilich nicht ganz verläßlichen Angaben beliefen ſich im Jahre 1564 alle Pfandſchaften der tiroliſchen Kammer auf 1.227.000 fl., beim Tode Ferdinand's II. auf 1.450.000 fl. und am Ende des 17. Jahrhunderts auf 3,638.491 fl. welche zu 5 % 181.924 fl. Zinſen abwarfen. Die übrigen landesfürſtlichen Einkünfte, namentlich Zölle und Bergwerke, wurden nicht nur zu keinem höhern Ertrage gebracht, ſondern geriethen in noch weitern Verfall. Regierung und Kammer verſtanden es nicht, den ungünſtigen Zeitverhältniſſen entgegenzuwirken. Von den vielen Tauſenden von Gulden, die der Kaiſer nach der Verſicherung ſeiner Räthe auf dem Landtage vom J. 1683 zur Beförderung des Handels und der Kammergefälle beigetragen hat, iſt leider gar wenig zu verſpüren, und es iſt ein grober Irrthum, wenn eine Quelle angibt, Tirol habe der Kammer jährlich 800.000 fl. eingebracht [2]).

Auf den andern Gebieten ihres Wirkungskreiſes entfalteten die oberſten Stellen eine nicht viel gedeihlichere Thätigkeit. Obwol die Stände alle ihre Hilfen ausſchließlich für die Landesdefenſion bewilligten, ſo geſchah doch für Befeſtigung und Ausrüſtung der Grenzfeſten, für Verproviantirung des Landes, Regelung und Bewaffnung der Landmiliz verhältnißmäßig wenig, geſchweige denn, daß man eine Reformation des Landlibelles vorgenommen hätte. Es herrſchte eine ſolche Nachläſſigkeit im Milizweſen, daß die Oberſte und die ihnen untergeordneten Landesmilizausſchüſſe im Jahre 1693 vom Kaiſer ausdrücklichen Befehl erhielten, auf den Muſter- und Sammelplätzen zu erſcheinen und den militäriſchen Exercizien beizuwohnen. Von dem Gebiete der Rechtspflege, der Juſtiz-, Gewerbe- und Polizeiſachen iſt ebenſo wenig eine Verbeſſerung zu berichten. Es fanden zwar darauf bezügliche Berathungen ſtatt, gleich in den erſten Jahren in Gewerbe- und Polizeiſachen, gegen Ende des Jahrhundertes auch über eine Erläuterung und Ergänzung ein-

zelner Artikel der Landesordnung; allein ſie müſſen zu keinem gedeihlichen Abſchluſſe geführt haben, da von Reſultaten derſelben nichts wahrzunehmen iſt. Auf dem Gebiete der Geſetzgebung iſt überhaupt nur eine kaiſerliche Verordnung von Belang, die ſogenannte Generalpragmatik, sanctio pragmatica, die auf die dringenden Bitten der Stände, namentlich der beiden untern, zuerſt 1679 erſchien und ſchon 1684 erneuert wurde. Sie ſollte verhindern, daß noch ferner bewegliche Güter, indem ſie durch Kauf oder auf andere Weiſe an die Geiſtlichkeit gelangten, dadurch für immer den weltlichen Ständen und hiemit zum großen Theil den öffentlichen Laſten entzogen würden; ſie enthält darum folgende drei Punkte: 1. Die Weltlichen mögen Güter, welche die Geiſtlichen unter irgend einem Titel an ſich gebracht, haben, durch Bezahlung des Wertes derſelben wieder an ſich bringen; 2. die Billigkeit erfordert, daß unbewegliche Güter nicht mehr an die Geiſtlichkeit, die viel geringere Laſten trägt, gebracht werden und darum 3. iſt es unterſagt, fortan liegende Güter an Geiſtliche, namentlich an Ausländer, zu verſchenken oder unter welchem Vorwande immer zu veräußern oder zu vermachen; Vermächtniſſe ſollen in Geld und beweglicher Habe beſtehen. Aber ſelbſt dieſe Verordnung trat bald außer Kraft. Eine etwas größere Thätigkeit, als auf dieſem Gebiete, entwickelten die oberſten Stellen auf dem der Steuerreform. Das erſte Steuermandat erſchien im J. 1675; es fordert zur genauen Beſchreibung aller Realien auf und gibt den bei der Schätzung anzuwendenden Maßſtab an, der aber als ſehr roh und unbeſtimmt erſcheint. Nach einem kurzen Stillſtand wurde in den erſten achtziger Jahren dieſe Angelegenheit wieder lebhafter aufgenommen. Im Jahre 1680 erließ der Landesfürſt ein neues Mandat mit einer Anleitung, wie die Beſchreibung und Taxirung vorzunehmen und namentlich bisher unverſteuerte Gebiete heranzuziehen ſeien. In den beiden folgenden Jahren fanden hierüber Berathungen ſtatt. Dann gerieth aber die ganze Angelegenheit wieder in's Stocken und Alles blieb beim Alten. Nur ein Werk haben die hohen Stellen energiſch gefördert und früh zu glücklichem Ende gebracht: die Errichtung der Univerſität Innsbruck, die im Jahre 1670 begann und am 26. April 1677 mit Ausfertigung der Stiftungsurkunde ihren Abſchluß erreichte. Damit war ein ſchon in den Zeiten Ferdinands I. in Vorſchlag gebrachtes und von den Ständen mehrmals erbetenes

Institut in's Leben gerufen, das dem Lande zu großem Heile gereichen konnte [3]).

Die eben gegebenen Ausführungen zeigen zur Genüge, wie wenig die Versprechungen, welche der Kaiser in seiner Antwort auf die ersten Landtagsbeschwerden machte, in Erfüllung giengen. Man wird sich darum nicht wundern, wenn man die Stände bei jeder Gelegenheit dieselben Beschwerden wiederholen und durch neue vermehren sieht. Auf jedem offenen Landtage und auf vielen Ausschußtagen ist davon die Rede. Es wird genügen, nur einige derselben zu erwähnen. Hochinteressant ist das Gravatoriale der Viertel Ober- und Unterinnthal, Pusterthal und Wippthal vom Jahre 1677. Darin steht an der Spitze aller Beschwerden die wegen Verzögerung des Steuerreformwerkes, der Universalbereitung. In vortrefflicher, für jene Zeit geradezu überraschend einsichtsvoller Ausführung wird dargethan, wie im Laufe eines Jahrhundertes die Besitzverhältnisse sich völlig geändert und die ursprünglich bestehende Ungleichheit in der Steuervertheilung sich sehr vergrößert habe. Dörfer, Märkte und Städte, die damals in hoher Blüte gestanden und darum hochangeschlagen worden, hätten alles Gewerb verloren, viele ansehnliche Schlösser, Adelsansitze, Häuser und Gebäude, Felder, Wiesen und Gilten, die damals in hohem Bestand gewesen, seien durch Wassergüsse und andere Elementarunfälle vernichtet. Hingegen seien viele Neureute, viele stattliche Gebäude und Wohnungen, viele Zehnten und Grundgilten aufgekommen, die keine Lasten trügen, und Dörfer, Märkte und Städte hätten neue Einnahmsquellen erworben, für die sie nichts entrichteten. Trotz der völlig veränderten Sachlage bestünde noch derselbe Anschlag; ja die Ungleichheit sei um so drückender, je zahlreicher die ordentlichen und außerordentlichen Steuern, je größer die Steuerrückstände geworden. In den Punkten 2, 3, 4 und 7 bitten die Viertel um die Erlaubniß zur Einfuhr der Veltliner Weine, um Abschaffung des Weinpfennings und der Weintaxe, und um Aufhebung des Verbotes, Bier zu brauen. In den Punkten 6, 8—12 beklagen sie sich über die Extrawirtschaften der Privaten, über den Handel der Savoyarden, Friauler und anderer Ausländer, über die herumvagirenden Zigeuner, über die hohen Salzpreise, über die Fieger'sche und Loibmische Eisenhandlung und die Fiscalprocesse. Die Punkte 13 und 14 sind gegen die Forst- und Waldmeister gerichtet, die den Landleuten wegen des Wild-

ſchießens alle Waffen abgenommen hätten und die freie Ausnutzung ihrer Wälder ſehr beſchränkten. Der zweitmerkwürdigſte Klagepunkt iſt der fünfzehnte. Er wendet ſich mit aller Entſchiedenheit gegen die maßloſe Bereicherung der Klöſter. Die Geiſtlichen, ſo klagen die Viertel, hätten alles Hauptvermögen in ihren Beſitz gebracht und den armen Unterthanen ſeien allein die ohnedies hochbeſteuerten Güter übrig geblieben. Das ſei daher gekommen, weil die Klöſter wider den klaren Wortlaut der Landesordnung das ganze Vermögen oder Erbe ihrer Conventualen immer an ſich gezogen, bei Sterbefällen nie aber etwas herausgegeben hätten. Die Viertel bitten den Kaiſer dringend, die Laien im Beſitze des wenigen unbeweglichen Vermögens zu ſchützen und den Klöſtern die bisher genoſſene Freiheit von Weggeldern und Zöllen zu entziehen. Punkt 5 betraf die Ausfuhr von Trientiner Weinen und der letzte Punkt den grundherrlichen Conſens bei Veräußerung von Grundſtücken, den die Bauern von ihren Grundherrn, wie von den Klöſtern Stams, Wilten und Georgenberg, nur mit Aufwendung übermäßiger Unkoſten erlangen konnten. Dieſe Beſchwerden hatten keinen weitern Erfolg, als die oben angeführten geringen Anläufe zur Durchführung der Steuerreform und den Erlaß der kaiſerlichen Generalpragmatik, in deren Einbegleitung ausdrücklich geſagt wird, daß dieſelbe in Folge der auf allen Landtagen und Zuſammenkünften vorgebrachten Klagen und der dringenden Bitten der Stände erfloſſen ſei. Der Landtag vom Jahre 1683 brachte eine Reihe von Generalbeſchwerden, worunter die meiſten allbekannt und ſchon oft wiederholt, einige aber auch neu ſind. Zu den neuern gehört jene wider die Klöſter, wider das im Lande einquartirte Militär und die Beſchwerde der Ritter und Adeligen wider ein den Boznern wegen Einführung der Weine ertheiltes Privileg. Wie gewöhnlich, folgte auf dieſe Beſchwerden ein ganz gnädiger Beſcheid, der in den meiſten Punkten Abhilfe oder wenigſtens weitere Unterſuchung zuſagte, und es wurden auch beiderſeits Deputationen abgeordnet, um dieſelben zu berathen und Abhilfe zu ſchaffen. Dazu kam es aber nicht, wie die Folge lehrt, denn im Jahre 1690 legten die Viertel Etſch, Burggrafenamt und Eiſack ein Gravatoriale vor und im folgenden Jahre wiederholte der Landtag abermals die Landesbeſchwerden. Das Gravatoriale der Weinviertel betont den Weinbau als ihre Haupterwerbs- und Unterhaltsquelle und wendet ſich faſt ausſchließlich (in 15 Punkten) gegen die Maßregeln,

die den Weinverſchleiß beeinträchtigen. Da wird geklagt gegen die Einfuhr fremder Weine und als ſolche werden nach der alten engherzigen Anſchauung nicht bloß die italieniſchen, Veltliner oder vorländiſchen, ſondern auch die Trientiner und Nonsberger Weine angeſehen; es wird verlangt, daß auch die Puſterthaler auf ihre bisherige Freiheit, fremde Weine einzuführen, verzichten und gebeten, die Ertheilung von Weinpaß-Patenten möglichſt einzuſchränken; ja man erklärt die Einfuhr jedes fremden Weines für überflüſſig, da doch die einheimiſchen beſſer und wolfeiler ſeien. Um die fremden Weine abzuhalten, ſollen die Einfuhrſtätten, wie in Cembra und Fleims, an der Rocchetta, am Gampen und an der Grenze Veltlins, genau überwacht und um die Ausfuhr der einheimiſchen zu befördern, eine Ermäßigung der ſchwäbiſchen, bairiſchen und ſalzburgiſchen Ausfuhrzölle erwirkt, der inländiſche Conſum ſoll durch Einſchränkung des Bierbrauens erhöht werden. Die letzte Beſchwerde betraf den Vorkauf, den Vertrieb und die Vertheuerung des inländiſchen Viehes durch Ausländer. Die allgemeinen Beſchwerden vom Jahre 1691 waren zahlreicher und mannigfacher, als ſeit Jahren. Der erſte Punkt fordert die Erläuterung einzelner Artikel der Landesordnung, wie ſie von Erzherzog Sigmund Franz beabſichtigt worden, und die Artikel 2—4, 9, 16, 20, 25, 26 verlangen Aufhebung des Umgeldes, Verbot der Einfuhr fremder Weine, Ermäßigung der Grenzzölle, Erniedrigung des Salzpreiſes, Einführung neuer Commerzien, Verſchonung mit Durchzügen, Fällung des Roth- und Schwarzwildes, Verbot des Trinktabaks und Ermäßigung der Brieftaxen. Die Artikel 5, 17, 21 und 28 enthalten die bekannten Bitten wegen Verleihung von Aemtern, Aufrichtung einer Polizeiordnung, Milderung der ſtrengen Jagd- und Forſtverordnungen und wegen der Erhebung in den Adelsſtand. In den Punkten 6, 7, 8, 10, 11, 19, 23, 24 wird gebeten, daß die tiroliſchen Gläubiger für ihre auf tiroliſchen Gütern liegenden Schulden beſſer bezahlt, daß Bettelleute, die wider die landesfürſtlichen Mandate heiraten, aus dem Lande vertrieben, daß die Leute bei Aufrichtung von Fideicommiſſen, Majoraten u. dgl. nicht geſchädigt, daß beim ordentlichen Gerichtsgange verblieben und beſchwerliche Commiſſionen vermieden, daß die Stände nicht wider die Landesordnung mit Ausſteckung von Grundſtücken beſchwert, daß von der oberöſterr. Lehenskanzlei und andern Aemtern keine ungebührlichen Taxen erhoben, daß die

tiroliſchen Landmilizchargen von der Kammer bezahlt werden. Artikel 12 wendet ſich gegen die Notare, Artikel 13 beklagt ſich über Nichtvollzug der zum öffentlichen Wol erlaſſenen Mandate, Artikel 14 wiederholt die Beſchwerde wider die Klöſter, namentlich wider die übermäßige Vermehrung der Mendicantenklöſter, und will auch die Zahl der Studierenden eingeſchränkt wiſſen, Artikel 15 bittet um die Wiedereinführung des ſeit etlichen Jahren nicht mehr abgehaltenen Hofgerichtes zu Bozen und endlich Artikel 22 bringt die Bitte, den Ständen möge nach alter Sitte der Vorſchlag mehrerer Landräthe geſtattet ſein. Dieſen allgemeinen Beſchwerden ſchloſſen die Prälaten und der Adel noch beſondere an; die erſtern beſchwerten ſich wider die Türkenſteuer und die Generalpragmatik, letzterer klagte wegen Beſetzung der Hauptmannſchaft zu Trient und wegen Verletzung ſeiner Zoll- und Mautfreiheit. Des Kaiſers Antwort auf die allgemeinen Beſchwerden lautete wieder ſehr gnädig; denn ſie verhieß Unterſuchung und Abhilfe in faſt allen vorgebrachten Beſchwerden, nur die Aufhebung des Umgeldes wurde verſagt und die Klage über die Durchzüge für unbegründet erklärt. Auch die Sonderklagen des Adels erfuhren erwünſchte Erledigung. Dagegen wies Leopold die der Prälaten ab [4]).

Ein Vergleich dieſer Beſchwerdeſchriften unter einander thut zwei Thatſachen unwiderleglich dar. Die erſte iſt die Uebermacht der ſog. Weinviertel und der obern Stände über die andern Viertel und die beiden untern Stände. Alle Beſchwerden der Viertel Etſch, Eiſack und Burggrafenamt erſcheinen auch als allgemeine Landtagsbeſchwerden, hingegen von den Beſchwerden der nördlichen Viertel nur ein Theil und gerade die nicht, welche direct den Beſchwerden jener Viertel widerſprechen. Die ſog. Weinviertel vermochten alſo ihre dringendſten Anliegen auch im vollen Landtage durchzuſetzen, nicht ſo die nördlichen Viertel. Ganz dieſelbe Bewandtniß hat es mit den Beſchwerden des Adels im Vergleiche zu denen der untern Stände. Dies Verhältniß hatte wol ſeit dem Revolutionsjahr 1525 beſtanden, die Beſchwerden und Anliegen der obern Stände nnd der ſog. Weinviertel, ihr Wol und Intereſſe hatte bei allen Landtagsverhandlungen den Ausſchlag gegeben und man wird dieſes Uebergewicht begreiflich und für lange Zeit auch wol begründet finden. So lange noch die höhern Stände den meiſten Grundbeſitz hatten und mit den Weinvierteln die größten Laſten

trugen, ſo lange die übrigen deutſchen Viertel wenig Bedeutung beſaßen und die wälſchen mit allen deutſchen locker verbunden waren, ſo lange entſprach ein ſolches Uebergewicht nur den natürlichen Verhältniſſen. Als aber der Adel verarmte und ſeine Güter an Bürger und Bauern übergiengen, als die Prälaten zum Theil dasſelbe Schickſal traf und die geſammte Geiſtlichkeit trotz ihres Vermögensanwuchſes nicht mehr leiſten, ja nicht einmal mehr die alten Laſten tragen wollte; als hingegen die niedern Stände immer höhere Opfer für die Landesdefenſion und für die Durchmärſche bringen mußte, und die Beziehungen zwiſchen Wälſch- und Deutſchtirol immer lebhafter und enger wurden: da hätte auch eine Aenderung in den Rechten und Privilegien und in dem Einfluß auf die Geſchicke des Landes eintreten ſollen; da hätte es die Billigkeit und Gerechtigkeit erfordert, den Wünſchen und Intereſſen der niedern Stände gegenüber den höhern und der andern Viertel gegenüber den Weinvierteln beſſer Rechnung zu tragen; da hätte man auch die wälſchen Antheile nicht mehr als Ausland behandeln ſollen. Dies geſchah aber leider nicht in entſprechender Weiſe. Wie nach dem Zeugniſſe der Geſchichte die meiſten bevorrechteten Stände und Claſſen, ſo ſuchten auch die tiroliſchen ihre bevorzugte Stellung zu behaupten. Darin iſt wol auch ein Hauptgrund zu ſuchen, warum es mit der Steuerreform und der Verbeſſerung der Landesordnung nie vorwärts gehen wollte, warum man ſich ſo gegen eine Reform des Landlibells wehrte, warum die wälſchen Confinen nie zur Steuer herangezogen werden konnten. Man kann ſich die ewige Verzögerung nur daraus erklären, daß den zur Durchführung beſtimmten Organen, den meiſt adeligen Beamten, Obrigkeiten und einflußreichen Mitgliedern der Landſchaft, ſelbſt nie voller Ernſt war. Sie fürchteten offenbar ſich ſelbſt und ihren Standesgenoſſen hiedurch zu ſchaden, ſie fürchteten den bisher genoſſenen Einfluß zu verlieren. Die Wirtſchaft der Landesausſchüſſe war in Leopold's I. Regierungszeit auch nichts weniger als löblich. Sie ließen ſich und ihre Helfer wol ſtets für ihre Dienſte gut entlohnen, aber auf die ſo nötige Schuldentilgung und die Einbringung der verlorenen Steuerknechte wandten ſie nicht den erforderlichen Fleiß. Daher ſchuldete die Landſchaft im Jahre 1696 noch 1.747.808 fl., ungeachtet die Laſt der Durchzüge faſt ausſchließlich die Particularen trugen. Es iſt begreiflich, daß dieſe Haltung der maßgebenden tiroliſchen Familien und Perſönlichkeiten

bei denen, die dadurch beſonders verkürzt wurden, Unzufriedenheit und Widerſtreben erregte. Da die wälſchen Confinanten nie den gebührenden Antheil an der Landesverfaſſung erhielten und die ihnen ſchädlichen Privilegien der andern Viertel fortdauern ſahen, ſo wollten ſie um ſo weniger von den Landesſteuern etwas wiſſen, als ſie überhaupt, wegen ihrer exponirten Lage, davon frei zu ſein vermeinten. Die Bauern und Bürger Deutſchtirols verloren auch endlich die Geduld im Gehorſam; wurden doch ihre Laſten immer größer und die Herrſchaft der obern Stände immer unerträglicher. Sie ſollten ihre Leiſtungen fortwährend ſteigern, Geiſtlichkeit und Adel aber wollten den alten Einfluß genießen, obwol ſie nicht mehr den frühern Beſitz hatten und verhältnißmäßig viel weniger leiſten konnten und wollten, als ehemals! Darf's da wundernehmen, wenn die Stände in große gegenſeitige Erbitterung geriethen? wenn es auf den Landtagen des letzten Jahrzehntes im 17. Jahrhundert bald zum Dreinſchlagen gekommen wäre? wenn endlich im Jahre 1699 ein förmlicher Bauernaufruhr ausbrach? Die nächſte Veranlaſſung hiezu gaben allerdings einige beſondere Beſchwerungen. Trotz wiederholter Bitten verwüſteten noch immer zahlreiche Wildſchaaren die Felder der Landleute, die Anpflanzung des Tabakes, den ſie ſo gern genoſſen, ward ihnen ſtreng unterſagt, viele ledige Bauernburſche reihte man gewaltſam in das Militär ein. Dieß brachte die Langmuth der Bauern zum Riſſe. Mit gewaffneter Hand fielen ſie über das Wild her und erſchlugen oder erſchoſſen, was in ihre Hände kam. Aber auf den Wegen frevler Gewalt entſank ihnen bald der Muth. Kaum hörten ſie vom Anzuge eines Regimentes ausländiſcher Krieger, ſo kehrten ſie reuig zur Ruhe zurück [5]).

Die verſchiedenen Landesanliegen, insbeſondere die Steuern, brachten aber nicht bloß die Stände unter ſich in Zwieſpalt, ſondern nährten auch den Conflict mit dem niedern Klerus, namentlich der Diöceſe Trient und mit den beiden Stiftern. Ein Theil des Trientiner Klerus war noch immer renitent und die Landſchaft vermochte ihn nicht zur Theilnahme an den Landesſteuern zu bewegen. Da griffen widerum Regierung und Kammer ein und ſchickten eine Commiſſion ab, deſſen Einkünfte zu ſequeſtriren. Um dies zu hindern, ſcheute aber der Klerus das ſtärkſte Mittel nicht; man drohte dem Commiſſär Dr. Mayr mit der Excommunication und der Erzprieſter von Rovereto regte durch deren feierliche Verkündigung

das Volk gegen ihn auf. Dergleichen ereignete ſich auch in andern Pfarreu. Darauf befahl der Geheimrath mit der Execution einzuhalten. Aehnlich hatte es auch anfänglich der Klerus in und um Trient gemacht, aber hernach ſich gefügt, der Klerus der Diöceſe Feltre jedoch ließ ſich ſogleich mit Güte zum Gehorſam bringen. Viel hartnäckiger war der Widerſtand und der Kampf mit den Stiftern. Zur Haltung derſelben trug ohne Zweifel die veränderte Lage Tirols viel bei. Die Stifter mochten glauben, der Zeitpunkt der Vereinigung Tirols mit den übrigen öſterreichiſchen Erblanden habe den günſtigen Moment herbeigeführt, wo ſie eine freiere Stellung erringen könnten, und darum ſetzten ſie ihre bisherigen ſeparatiſtiſchen Beſtrebungen mit erneuertem Eifer fort. Allein Leopold und die Stände Tirols waren zu keinen Conceſſionen geneigt, ſondern ſuchten im Gegentheil die Stifter noch enger mit der Grafſchaft Tirol zu verbinden. Der Widerſtand der beiden Stifter war ein gemeinſamer, ſoweit ſie dieſelben Intereſſen hatten. Die gemeinſamen Angelegenheiten ſind einmal die allbekannten: die Stifter wollten noch immer nicht als einfache Landtagsmitglieder gelten und erkannten darum die Giltigkeit der landtäglichen Majoritätsbeſchlüſſe nicht an; ſie wollten nur zur Landesdefenſion verpflichtet ſein und wehrten ſich deshalb gegen jede andere Hilfe; ſie wollten ſich das Beſteuerungsrecht in ihren Bezirken wahren und behielten ſich darum immer die Art und Weiſe der Steuereintreibung vor. Zu dieſen Streitpunkten geſellten ſich aber noch einige weitere Differenzen, welche die Perſonal- und Vermögensſteuer veranlaßte. Die Landſchaft und die landesfürſtlichen Räthe verlangten, daß die Stiftsunterthanen für die Güter, die ſie auf tiroliſchem Boden beſitzen, und die Geiſtlichkeit, die auf dieſem wohne, ſowie die darin befindlichen frommen Orte, in die Landſchaftscaſſe zahlen und daß der unbeſteuerte Klerus fortan mit Steuern belegt werde und ſie ebenfalls dahin entrichte; die Stifter hingegen wollten alle dieſe Steuerparteien in ihre Quoten einbezogen wiſſen; ebenſo die Steuern der öſterr. Unterthanen für die Güter, die ſie in den Stiftsbezirken hatten. Weder die alten noch die neuen Streitpunkte kamen zu einer endgiltigen Erledigung. Die Biſchöfe proteſtirten zwar immer wacker gegen die landſchaftlichen Geſchenke für die kaiſerliche Familie und ſträubten ſich anfänglich nach Kräften gegen ſolche Hilfen. Allein die Landſchaft erwirkte im Jahre 1673 die Sequeſtrirung der Stifts-

gefälle auf landesfürſtlichem Gebiete und dieſe ward nach kurzer Aufhebung abermals verhängt. Da zeigten ſich die Stifter nachgiebiger und leiſteten fortan auch zu ſolchen Geſchenken ihren Beitrag, doch immer nur unter dem Titel einer Landesdefenſionshilfe. Der von den landesfürſtlichen Behörden gezeigte Ernſt ſtimmte ſie auch in den andern Differenzpunkten zur Nachgiebigkeit. Nach einem Vergleiche, den das Stift Brixen im Jahre 1676 mit der Landſchaft ſchloß, machte es ſich anheiſchig, über ſeine bisherige Quote (7200 von 120.000 fl. Steuer) noch 600 fl. zu zahlen, wenn dann die Kleriſei und alle Brixner Unterthanen von jedem weitern Beitrag frei wären. Zwei Jahre darauf verſtand es ſich, wegen des Görziſchen Klerus 100 fl. zu zahlen. Dafür gab die Landſchaft ihre Forderung wegen des unbeſteuerten Klerus auf und überließ man dem Stifte auch das Directorium bei der Einhebung der von Bruderſchaften, Hoſpitälern, Kirchen und Klöſtern herrührenden Beiträge. Bei dieſem Vergleich blieb es auch in den folgenden Jahren [6]).

Außer dieſen gemeinſamen Streitpunkten gab es mit Brixen nur noch einen: dies Stift weigerte ſich nämlich auch die Steuerbereitung vorzunehmen oder vornehmen zu laſſen; doch da dies Werk überhaupt läſſig betrieben wurde, ſo hatte die genannte Differenz keine weitern Folgen. Im übrigen ſtand das Bisthum Brixen während Leopold's Regierung zur Grafſchaft Tirol ſtets in guten Beziehungen. In dem Streite wegen der puſterthaliſchen Herrſchaften Schöneck, Michaelsburg und Anras verglich ſich Biſchof Sigmund Alfons v. Thun mit dem Kaiſer noch während deſſen Anweſenheit in Innsbruck. Er mußte zwar Schöneck, Michaelsburg und das untere Drittel der Herrſchaft Rodeneck dem Landesfürſten zurückſtellen, doch erhielt das Stift über den Pfandſchilling von 50.000 fl. noch 9000 fl. und ſollte ihm außerdem die Herrſchaft Anras mit Tilliach und Pomberg wieder eingeräumt werden. Des Biſchofs Renitenz gegen die landſchaftlichen Geſchenke an den kaiſerl. Hof trübte ſein Verhältniß zu Leopold nicht. Dagegen gerieth der unruhige, leidenſchaftliche Fürſt mit ſeinem Capitel in einen heftigen Streit, den Leopold und ſeine Räthe wol vorübergehend beruhigen, aber nicht ſchlichten konnten. Die Neuerungen des Biſchofs und ſeine Verletzung der Wahlcapitulationen brachten das Capitel ſo in Harniſch, daß man ſogar zu öffentlichen Beſchimpfungen und Gewaltthaten

griff und mit einer Menge hitziger Schriften sich bekämpfte. Nach dem Tode des Bischofs S. Alfons (2. Febr. 1677), der im Jahre 1668 auch zum Bischof von Trient postulirt wurde, folgte Paulinus Mayr. Von bürgerlichen Eltern, im Jahre 1628 zu Sterzingen geboren, besuchte er die Jesuitenschule in Hall und studierte Theologie in Wien. Im Jahre 1661 erhielt er ein Canonicat zu Brixen. Seine Wahl zum Bischof wurde von dem Pabste nur unter der Bedingung bestätigt, daß er in dem Streite seines Vorgängers mit dem Capitel sich vergleiche. Bischof Paulin blieb bis an sein Lebensende (29. Sept. 1685) in gutem Einvernehmen mit dem Landesfürsten und seinen Organen und stand zum damaligen Gubernator Karl von Lothringen in freundschaftlichen Beziehungen. Ihm folgte Johann (VIII.) Franz Khuen in der Regierung des Bisthums Brixen. Dieser gehörte der uralten Familie von Khuen von Auer und Belasi an und erblickte im Jahre 1649 zu Hall das Tageslicht. In der Haller Jesuitenschule erhielt er seine erste und im deutschen Collegium zu Rom seine weitere Ausbildung. Im Jahre 1680 bekam er ein Brixner Canonicat, mit dem er noch zwei andere (Freisingen und Passau) vereinte. Seine Wahl zum Bischof von Brixen geschah am 15. Nov. 1685. Auch er war dem Kaiser aufrichtig ergeben und unterhielt mit den tirolischen Stellen, besonders aber mit dem Gubernator und seiner Frau, freundschaftliche Beziehungen. Unter seiner Regierung kam der langwierige Streit des Bisthums mit dem Kloster Sonnenburg und dem Landesfürsten zum endlichen Austrag; er wurde dadurch beigelegt, daß Brixen die hohe Gerichtsbarkeit, die ihm als Besitzer der Herrschaft Buchenstein über das sonnenburgische Gebiet in Enneberg, Wengen und Abtei zustand, dem Landesfürsten überließ, wogegen es von diesem 6000 fl. Vergütung und vom Kloster die niedere Gerichtsbarkeit über einige Bauerngüter im brixnerischen Gebiete Thurn erhielt. Bischof Joh. Franz sank am 3. April 1702 in's Grab, begleitet von den Segenswünschen der vielen Armen und Kirchen, für die sich seine mildreiche Hand geöffnet, und an seine Stelle trat, durch die Wahl vom 8. Juni 1702, Kaspar Ignaz Graf v. Künigl. Künigl war im J. 1671 zu Innsbruck geboren und der Sohn des Joh. Georg Grafen v. Künigl, kaiserl. Geheimrathes, Kämmerers und Landeshauptmannes von Tirol. Er machte seine Studien zu Brixen und erhielt schon 1687 ein Brixner Canonicat und 1701 die Würde des

Dekans. Er ſollte bald Gelegenheit bekommen, mehr als irgend einer ſeiner Vorfahren ſeine Anhänglichkeit an das Haus Habsburg zu bethätigen [7]).

Waren nach dem Geſagten die Beziehungen Brixens zum Landesfürſten im ganzen freundſchaftlicher Natur, ſo erneuerten ſich hingegen zwiſchen den Biſchöfen von Trient und dem Grafen von Tirol wieder die alten Streitigkeiten wegen des Abhängigkeitsverhältniſſes der erſtern vom letztern, nur daß dieſelben den neuen Zeitumſtänden gemäß eine andere Form annahmen. Beim Regierungsantritt Leopold's war das Bisthum Trient noch erledigt, aber bald darauf wurde Ernſt Adalbert Graf v. Harras, Erzbiſchof von Prag, von den Domherrn poſtulirt, der am 11. Nov. d. Js. die päbſtliche Beſtätigung erhielt. Doch trat er die Regierung erſt nach einem Jahre wirklich an und in dieſer Zwiſchenzeit geriethen Landesfürſt und Capitel an einander. Leopold verweigerte die Beſtätigung des Vertrages v. J. 1662, weil er als Chef des Hauſes um ſeine Einwilligung nicht angegangen worden war, und verhängte, als nun das Capitel Miene machte, ſich von Tirol loszuſagen, über alle ſeine Einkünfte, die es aus Tirol bezog, eine Generalſperre. Doch ſchien aller Zwieſpalt behoben, als am 16. Juni 1666 Capitel und Biſchof die Compactaten mit dem Landesfürſten in einer der frühern gleichlautenden Form unterzeichneten und dieſer als Kaiſer den Fürſten mit den Regalien belehnte. Indeß erhoben ſich ſchon, wie Domprobſt Graf Lidwin Piccolomini im Namen des Biſchofs vom Bisthum Beſitz ergriff, neue Schwierigkeiten, welche die Uebergabe des Schloſſes Bonconſil betrafen. Doch hinderten dieſe Harrach an ſeinem feierlichen Einzug nicht, den er im Sept. 1666 mit aller Pracht vollzog, und weitern Differenzen beugte ſein ſchon am 25. Oct. 1666 zu Wien erfolgter Tod vor. Um ſo heftiger entbrannte hingegen der Streit mit ſeinem Nachfolger, dem Biſchof Sigmund Alfons von Brixen, der am 9. Jänner 1668 von einem Theile der Domherrn gewählt, aber erſt nach dem Tode ſeines Gegners, des von einem andern Theil des Capitels poſtulirten Erzbiſchofs Guidobald von Salzburg, vom Pabſte, am 13. Sept. 1669, beſtätigt wurde.

Dieſer Streit nahm folgenden Anfang und Verlauf. Während der Sedisvacanz legte das Capitel dem Kaiſer eine Reihe von Beſchwerden vor und bat ihn um Beſtätigung des im Jahre 1662 geſchloſſenen Vergleiches. Der Kaiſer ertheilte hierauf im Oct. 1669

den Beſcheid, es ſoll bei demſelben verblieben und das Stift nicht weiter beſchwert werden; doch verlangte er zugleich, daß vor der Einſetzung des Erwählten in die Temporalien dieſer und das Capitel gleichmäßig ausführlich ſich verbinden, auch ihrerſeits alle alten Verträge, die zwiſchen Tirol und Trient jemals errichtet worden, halten zu wollen. Hierauf beſtätigten Sigmund Alfons und der Dekan Joſ. Victor de Alberti am 31. März 1670 die gewöhnlichen Compactaten und erſterer ergriff vom Bisthum Beſitz. Aber da erhoben ſich wieder Schwierigkeiten und der Kaiſer erklärte den bereits vollzogenen Immiſſionsact für nichtig. Die Urſache des neuen Zerwürfniſſes lag in der verſchiedenen Auffaſſung dieſes Actes. Biſchof und Capitel hielten Leopolden hiezu nicht als Landesfürſten, ſondern als Kaiſer für berechtigt und wollten ſich die Uebergabe der Schlüſſel des Schloſſes Bonconſil durch landesfürſtliche Commiſſäre nicht gefallen laſſen, weil ſie die jura temporalitatis nach ſich ziehe; das Capitel weigerte ſich noch überdies, dem Stadthauptmann den Vortritt zu geſtatten und auf die päbſtliche Bulle vom Jahre 1487 zu ſchwören. Es kam hierüber zu Verhandlungen in Innsbruck, aber ſie blieben reſultatlos und das Schloß wurde gewaltſam von tiroliſchen Soldaten beſetzt. Da wandten ſich Biſchof und Capitel unmittelbar an den Kaiſer und erſterer compromittirte auf die Erzherzogin Anna, wogegen letzteres proteſtirte. Demgemäß fanden im Jahre 1674 zu Bozen unter Vermittelung der Erzherzogin und der Stände Verhandlungen ſtatt und das Schloß wurde dem Biſchofe eingeräumt. Aber der Biſchof und ſeine Räthe zeigten geringe Luſt, auf die Vermittlungsvorſchläge einzugehen, ſie fuhren vielmehr fort, die landesfürſtlichen Rechte und Hoheiten zu ſtören und die Compactaten umzuſtoßen. Nun ließen die landesfürſtlichen Räthe das Schloß Bonconſil abermals beſetzen. Auf die Anzeige derſelben, wie ſchlecht Trient dem Vergleiche vom Jahre 1662 nachlebe, erklärte dann der Kaiſer im folgenden Jahre, er könne ſich um ſo weniger daran halten, als das Capitel ſelbſt deſſen weitere Berathung verlangt habe. Da erklärten ſich allerdings Biſchof und Capitel wieder für denſelben, aber Leopold gab ihnen keine Antwort mehr. So blieb der Streit ungeſchlichtet bis zu Biſchof Sigmunds Tode (2. Febr. 1677). Sigmund Alfons war ein leidenſchaftlicher, aber energiſcher Mann. Er wandte ſeine ganze Sorge auf Abſtellung von Mißbräuchen und Scandalen und ſuchte ſeine Unterthanen in

ſtrengem Gehorſam zu erhalten. Das bereitete ihm viele Feinde, und dieſe griffen ihn in Flugſchriften auf's heftigſte an, aber er ließ ſich nicht ſchrecken und in ſeinen durchgreifenden Maßregeln beirren.

Während der neuen Sedisvacanz dauerten die Streitigkeiten fort. Das Capitel erließ einen Proteſt, als die landesfürſtlichen Commiſſäre von den Temporalien Beſitz nahmen. Am 3. April 1677 wurde der Canonicus und Archidiakon Franz v. Alberti aus Judicarien einſtimmig zum Biſchof gewählt. Alberti, der ſeine theologiſchen Studien in Deutſchland und Italien gemacht und den Doctorgrad erworben, war ein allgemein beliebter, gelehrter, frommer Mann. Kein Freund von Streit und Zank, ſuchte er mit dem Kaiſer Frieden zu machen und wußte auch das Capitel hiefür zu gewinnen. Beide ſtellten am 25. Nov. 1677 die vom Kaiſer verlangte Verſchreibung aus und das Domcapitel gelobte dabei insbeſondere die Bulle vom Jahre 1487 zu halten. Schon am 27. d. M. erfolgte die Einſetzung des Biſchofes in die Temporalität. Biſchof Franz war redlich beſtrebt, ſeine Verpflichtungen zu erfüllen. So zahlte er z. B. der Landſchaft 10.000 fl. Steuerrückſtände aus; für den Türkenkrieg ſpendete er herwärts 2000 fl. Sein friedlicher, milder Sinn war ganz auf eine ſparſame, beglückende Regierung gerichtet; insbeſondere wandte er ſeine Sorge den geiſtlichen Geſchäften und der Heranbildung der Jugend zu. Seinen Pflichteifer, ſeine Mäßigkeit, ſeine Gelehrſamkeit in göttlichen und menſchlichen Dingen und ſeine andern Vorzüge haben bereits ſeine Zeitgenoſſen rühmend anerkannt. Trotz dieſer friedliebenden Geſinnung des Biſchofes erneuerten ſich aber gegen Ende ſeines Lebens doch die Streitigkeiten mit dem Landesfürſten. Dieſe betrafen den Recurs der biſchöflichen Unterthanen von den biſchöflichen Beamten an den Landesfürſten und die Verwaltung des Stiftes zur Zeit der Sedisvacanz. Leopold war nicht gewillt, auf erſtern zu verzichten und wollte dem Capitel während der Sedisvacanz nur die Juſtiz- und Polizeiverwaltung überlaſſen, wenn dieſe in ſeinem Namen geführt und der Stadthauptmann bei ſeinen Verrichtungen ohne Hinderniß belaſſen würde. Dieſe Streitigkeiten wurden noch heftiger nach des friedlichen Biſchofs Ableben (am 4. Febr. 1689), und es trat infolge deſſen eine längere Interimsregierung ein. Zwar wurde ſchon am 28. April 1689 Joſef Victor von Alberti aus Pergine,

der seit 1656 Domherr, seit 1658 Generalvicar und seit 1670 Domdekan war, einstimmig zum Bischof erwählt, aber in den Besitz der weltlichen Gewalt gelangte er erst Ende 1692. Während dieser Zeit war das Capitel außerordentlich bemüht, die Verwaltung des Stiftes an sich zu bringen und wandte sich zu dem Behufe sogar an den Reichstag zu Regensburg. Dies scheint gefruchtet zu haben, wenigstens überließ ihm Leopold in der That schließlich die Verwaltung. Dagegen mußten aber Bischof und Capitel am 9. Dec. 1692 sich ausdrücklich auf die Verträge der Jahre 1454, 1460 und 1468 verpflichten. Während seiner kurzen Regierung wachte Josef Victor streng über die Handhabung der Gerechtigkeit und verwandte besondere Sorgfalt auf die Prüfung der öffentlichen Notare und Beichtväter. Nach seinem Tode (31. Dec. 1695) wählten die Domherrn am 7. März 1696 Johann Michael, Freiherrn v. Spaur und Valör, der seit 1662 die Würde eines Capitulars bekleidete, zu seinem Nachfolger. Dieser gehörte einem der edelsten und ältesten Geschlechter des Landes an und verband mit seiner vornehmen Abkunft vortreffliche Charaktereigenschaften. Johann Michael war bei Erlangung der weltlichen Gewalt glücklicher, als sein Vorgänger. Obwol nicht ohne Hindernisse, empfieng er doch schon um die Mitte des folgenden Jahres die Regalien und trat, nachdem er eine mit allen vorhergehenden gleichförmige Verschreibung am 3. Juni 1697 abgegeben hatte, die Regierung an. Noch mehr als dem gleichzeitigen Bischof von Brixen bot sich ihm bald Gelegenheit, seine Anhänglichkeit an das Haus Habsburg und seinen Patriotismus zu bewähren [8]).

§ 3. Der französisch-bairische Einfall [1]).

Inhalt: Bedeutung des französisch-bairischen Einfalles. Karl's II. von Spanien Tod und Ausbruch des spanischen Erbfolgekrieges Prinz Eugens Zug nach Italien. Ausschußtage und Rüstungen in Tirol. Einbruch der Franzosen am Gardasee. Die Ausschußversammlungen vom Februar und Mai 1703. Streit zwischen den Landesstellen und der Landschaft. Einbruch des Kurfürsten in Tirol und Rüstungen daselbst. Vordringen der Baiern im Innthale. Deputation des Geheimrathes. Vorkehrungen Max Emanuel's zur weitern Eroberung des Landes. Aufstand der Südtiroler. Sieg der Oberinnthaler an der Pontlatzer Brücke. Schutzdeputationen und Plan zum allgemeinen Aufstand. Vorgänge am Brenner. Max Emanuel's politische und kriegerische Vorkehrungen während seines Aufenthaltes zu Innsbruck. Sein Aufbruch nach dem Brenner. Aufstand der Innthaler. Befreiung des mittlern und obern Innthales. Rückzug des Kurfürsten nach Innsbruck. Erstürmung der Schanzen am schwarzen

Kreuz und an der Martinswand. Verlegung des Lagers nach Hötting. Abzug vom Brenner und von Hötting. Einzug des kaiserl. Militärs und der Schützen in Innsbruck. Verfolgung des Feindes. Dessen Umkehr. Umschließung Kufsteins und Eroberung Ehrenbergs. Abzug der Baiern und Franzosen durch die Scharnitz. Raubzug der Tiroler. Vendome's Aufbruch gegen Südtirol. Rüstungen daselbst. Vendome's Vordringen bis Arco. Weitere Rüstungen der Südtiroler. Belagerung und Beschießung der Stadt Trient. Rückzug Vendome's. Verfolgung und Abzug der Feinde. Zerrissenheit und Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung. Bitten und Beschwerden. Deren Erledigung. Fortdauer der schwierigen Stimmung. Der allgemeine Landtag v. J. 1704. Proposition und Antwort der Stände. Verhandlungen über Errichtung von 10 Schützencompagnien. Gelübde. Beschwerden. Kaiserliche Resolution. Neue Zuzugsordnung. Vorgänge auf dem deutschen und italienischen Kriegsschauplatze i. J. 1704. Leopold's I. Charakter und Persönlichkeit.

Wenn das Volk von Tirol im Verlaufe des 16. und 17. Jahrhundertes manche seiner ehemaligen Vorzüge ganz oder zum Theil verlor, zwei treffliche Eigenschaften hatte es doch in allen Bedrängnissen erhalten: seine Liebe zur Heimat und zur Dynastie. Ja je mehr es auf andere Güter verzichten mußte, je mehr es sich auf die Heimat beschränkt sah und je weniger es die Fremde kennen und würdigen lernte, desto inniger mußte es mit den heimatlichen Bergen und Thälern verwachsen, desto größer seine Anhänglichkeit an dieselben werden. Die Strenge der Habsburger, mit der sie in Religionssachen auftraten, vermochte bei der Mehrzahl der Tiroler doch nicht die alte Treue zu erschüttern und ihnen dieselben dauernd zu entfremden, da sie sonst sich meist als leutselige, wolwollende und volksfreundliche Fürsten zeigten; es wuchs vielmehr, nachdem man einmal in die neue Richtung sich hineingewöhnt und zuletzt sich ihr vollends hingegeben hatte, diese Treue nicht minder, als die Heimatsliebe und beide bildeten von nun zwei Hauptzierden des Charakters der Tiroler. In diesen beiden Eigenschaften wurzelt aber auch die dritte Hauptzierde des Tiroler Volkes: seine Tapferkeit. Als ihm ernstlicher als je der Verlust der Unabhängigkeit seiner Heimat und des bisherigen Regentenhauses drohte, da ermannte es sich aus seiner bisherigen Schlaffheit zu einer ganz überraschenden Thatkraft und legte den Grund zu jenem Ruhm, den es seitdem in ganz Europa genossen hat. Der französisch-bairische Einfall hat aber dem Lande noch den weitern Vortheil gebracht, daß er wie ein Gewitter nach vielen Seiten hin reinigend, erfrischend und belebend wirkte, einige Uebelstände recht grell beleuchtete und dadurch zu Besserungen drängte. Die nächsten Folgen waren eine neue Zuzugs-

ordnung und eine neue Organisation der Landesbehörden. Freilich hat dieser Einfall durch Verwüstung des Landes und Vermehrung der Schuldenlast großen Schaden gebracht. Man wird aber in diesen mächtigen Wirkungen nichts Unbegreifliches finden, wenn man bedenkt, daß Tirol seit seinem Bestehen noch keiner so großen Gefahr unterlegen war; die Einfälle König Karl's von Böhmen, der Baiern im 14. und 15. Jahrhundert, der Venetianer, Bündner, Schmalkaldner und des Moriz von Sachsen dürfen dem französisch-baierischen vom Jahre 1703 in keinem Falle gleichgestellt werden.

Am Ende des 17. Jahrhunderts stand Europa ein großartiges Ereigniß bevor, auf das nicht nur die Aufmerksamkeit aller Cabinette, sondern des ganzen Erdtheiles gerichtet war: der baldige Tod des Königs Karl II. von Spanien, des letzten Zweiges des Hauses Habsburg-Spanien. Vier der bedeutendsten Fürsten erhoben auf sein eine große Ländermasse umfassendes Erbe Ansprüche: Kaiser Leopold I., König Ludwig XIV. von Frankreich, Kurfürst Max Emanuel von Baiern und Herzog Victor Amadäus von Savoyen. Darunter waren die des Kurfürsten für seinen Sohn Josef und des Kaisers am begründetsten. Leopold war nicht nur das Haupt der Linie Habsburg-Oesterreich, sondern auch der Sohn und Gemahl einer spanischen Prinzessin. Bei so verschiedenartigen Ansprüchen kam es vor allem auf die Haltung des spanischen Hofes an. Karl II. empfand für Frankreich sehr geringe Neigung, war aber auch für Oesterreich nicht eingenommen. Doch Frankreich sandte einen sehr gewandten Diplomaten an den spanischen Hof, den Marquis v. Harcourt, während Oesterreich durch den Grafen Ferd. v. Harrach schlecht vertreten war, und machte jenes zur Einschüchterung des Königs im Jahre 1698 ein Theilungsproject mit den Seemächten England und Holland. Im Schrecken darüber setzte Karl II. zwar den Kronprinz von Baiern als Erbe ein. Als aber dieser starb, verstand der französische Gesandte den durch einen weitern Theilungsvertrag (1700) erschreckten König so mit seinen diplomatischen Künsten zu umgarnen, daß er trotz innern Widerstrebens Ludwig des XIV. Enkel, Philipp von Anjou, den zweitgebornen Sohn des Dauphin, zum Erben einsetzte. Als Karl II. am 1. November 1700 starb, wußte der französische König noch den Kurfürsten von Baiern, seinen Bruder, den Kurfürsten von Köln und den Herzog von Savoyen durch glänzende Versprechungen zu Bundesgenossen zu gewinnen, Mailand

rasch zu besetzen und seinen Enkel auf den spanischen Thron zu bringen. Die Seemächte und der Kaiser waren über diesen Verlauf der Dinge allerdings äußerst erbittert und bestürzt, aber es gab hiegegen kein anderes Mittel als Waffengewalt. Leopold war auch sogleich hiezu entschlossen, im Vertrauen auf die Unterstützung der Seemächte und des Reiches, die patriotische Gesinnung seiner Völker und die Tapferkeit seines in den Türkenkriegen herangezogenen Heeres von 80.000 Mann. Die davon nach Italien bestimmten 30.000 Mann sollten ihren Weg durch Tirol nehmen und so wurde dieses Land schon im ersten Jahre des spanischen Erbfolgekrieges ins Mitleid gezogen.

Kaiser Leopold zeigte dem Geheimrath durch Rescript vom 24. Nov. 1700 und den beiden Bischöfen durch eigene Handbillete den Durchzug der Kriegsvölker an. Ersterer lud sogleich den Landeshauptmann, Sebastian Grafen v. Künigl nach Innsbruck, und dieser berief den engern Ausschuß auf den 16. Dec. dahin. Die Stände beschlossen zur Deckung der Durchzugskosten 100.000 fl. zu anticipiren, lehnten aber die vom Landeshauptmann vorgeschlagene Centesima ab und schickten den Landschaftssecretär F. J. Säle und Dr. Phil. Bartl nach Wien zur Repräsentirung der Durchzugsbeschwerden. Mitte Februar 1701 betraten die ersten Kriegsvölker den tirolischen Boden, im ganzen kamen 19.800 Mann zu Fuß und 12.000 Pferde mit etlichen sechzig Stücken schweren Geschützes. Sie sammelten sich zu Rovereto und dehnten sich allmählich über das ganze Lagerthal von Trient bis Peri aus, versäumten aber die Felsenthore in der Tiefe des Etschthales und die Uebergänge am Monte Baldo zu besetzen. Den Oberbefehl über dieses Heer erhielt Prinz Eugen von Savoyen, der in den Türkenkriegen seine Feldherrnanlagen zu hoher Vollkommenheit ausgebildet hatte und eine vollendete Kenntniß des Kriegswesens besaß. Ihm stellten die Franzosen den tüchtigen Feldherrn Catinat entgegen. Da dieser alle Ausgänge aus Tirol rasch versperrte und mit dem Reste seines Heeres sich bei Rivoli verschanzte, faßte Eugen den kühnen Plan, über die unwegsamen Gebirge im Osten des Lagerthales den Durchbruch zu versuchen. Er ließ daher in aller Eile und Stille drei neue Wege über die Alpenhöhen anlegen, während er durch verstellte Angriffe im Lagerthale die Aufmerksamkeit des wachsamen Feindes täuschte. Als er unter eifriger Theilnahme der Landbevölkerung seine

Vorbereitungen vollendet hatte, trat er am 27. Mai 1701 mit ſeinem Heere den ewig denkwürdigen Zug in drei Abtheilungen an; eine Abtheilung des Fußvolkes gieng von Ala durch das Val fredda, die zweite durch das Vallarſa und die Reiterei von Rovereto durch Terragnolo. Die Fortſchaffung des ſchweren Geſchützes und Gepäckes unterlag außerordentlichen Schwierigkeiten und koſtete vielen Menſchen und Thieren das Leben. Aber der tapfere Kriegsheld überwand alle Hemmniſſe und ſtand in wenigen Tagen, zum Staunen der Welt und zum Schrecken des völlig überraſchten Feindes, hinter deſſen Rücken in der venetianiſchen Ebene. Schon am 9. Juli ſchlug er Catinat bei Carpi, am 1. September deſſen unfähigen Nachfolger Villeroi bei Chiari und die Tiroler hatten die Genugthuung, erſteren Gegner gefangen in ihren Bergen zu erblicken. Doch ohne alle Unterſtützung gelaſſen, vermochte ſich Eugen in den beiden folgenden Jahren nur durch ſein außerordentliches Talent in Italien zu halten; in der Schlacht von Luzzara (15. Aug. 1702) machte ihm ſein ebenbürtiger Gegner Prinz Ludwig Joſ. v. Vendome das Schlachtfeld ſtreitig.

Die Fortdauer des Krieges in Italien ſtellte neue Durchzüge in Ausſicht. Zugleich rückte aber von Norden her die Gefahr Tirol immer näher. Kaiſer Leopold ſchloß am 7. September 1701 ein Bündniß mit den beiden Seemächten England und Holland zu gemeinſamer Bekämpfung Frankreichs; ihnen ſchloſſen ſich bald der König von Preußen und der Kurfürſt von Trier an und ſchließlich verband ſich das ganze Reich mit Oeſterreich, die beiden Kurfürſten von Köln und Baiern ausgenommen. Dieſe hingegen ſtellten ſich auf Frankreichs Seite und der Kurfürſt von Baiern, der vom Anfange an Oeſterreich große Schwierigkeiten bereitet hatte, begann mit der Ueberrumpelung der Reichsſtadt Ulm (8. Sept. 1702) den offenen Kampf. Leopold war auf dieſe Eventualität ſchon lange gefaßt und darum begehrte er von dem im Juli 1701 zu Sterzingen verſammelten Ausſchußtage, daß er Anſtalten zur Vertheidigung des Landes treffe und namentlich es durch Errichtung eines Magazins mit Proviant verſorge. Er verſprach zugleich mit einer namhaften Quantität Getreide zu Hilfe zu kommen und 100.000 fl. zur Entſchädigung der Durchzugskoſten zu ſenden. Die Stände bewilligten aber nur zur Verproviantirung die geringe Summe von 35.000 fl. und entſchuldigten ſich im übrigen. Da ermahnte Leopold durch das

Reſcript vom 31. Dec. 1701 die Tiroler nochmals zur Wachſamkeit und zur Landesvertheidigung. Allein die im Februar 1702 zu Bozen tagende Verſammlung gab hierauf eine Antwort, die ganz den Charakter einer Klageſchrift annahm, und ſandte Ad. Tſchiderer zu Gleisheim als landſchaftlichen Agenten nach Wien, um die Anliegen der Stifter und Stände zu vertreten; wegen der Landesvertheidigung wurde aber nichts beſchloſſen. Erſt nach der Ueberrumpelung von Ulm dachte man in Tirol an ernſtliche Gegenwehr. Der Geheimrath erließ nun an die Landmiliz, Landjäger und Scheibenſchützen Befehl, ſich marſchfertig zu halten und traf weitere Vorkehrungen. Auf ſeine Bitte verblieben eben 2000 von Italien her durchziehende Soldaten im Lande und ward General Gſchwind zum abſoluten Militärdirector und Leiter der Landesvertheidigung vom Kaiſer ernannt, der von nun alle Militärgeſchäfte allein zu beſorgen hatte. Der Geheimrath berief auch den engern Ausſchuß im October nach Innsbruck, um bei der völligen Erſchöpfung der landesfürſtlichen Kammer von ihm Hilfe zu erlangen. General Gſchwind ſtellte an die Landſchaft folgende Forderungen: 1. Regulirung des Zuzuges und Beiſchaffung des Soldes für den erſten Monat, 2. Verproviantirung des Landes, 3. Aufbeſſerung der Gewehre und Herbeiſchaffung der Munition und 4. Bereithaltung einer Geldſumme für alle Fälle und Abordnung einiger Deputirten zur Verhandlung mit dem Militärdirectorium. Die Stände zeigten ſich aber ſelbſt jetzt noch widerſpänſtig und bewilligten bloß einen halben Steuertermin zur Verproviantirung und Verbeſſerung der Gewehre; auch wählten ſie die geforderte Deputation, die aus dem Prälaten Gregor v. Wilten, Leopold v. Roſt, Jakob Kolb und Dr. Bartl beſtand.

Es wäre aber höchſte Zeit zu energiſchen Rüſtungen geweſen, denn entfernte ſich auch im Norden nochmals die Gefahr, ſo rückte ſie dafür im Süden und Weſten dem Lande um ſo näher. Am 29. December 1702 überrumpelten die Franzoſen Deſenzano und noch in der folgenden Nacht wollten ſie, im Einverſtändniſſe mit dem verrätheriſchen Grafen Pyrrhus von Arco, der Orte Riva und Torbole und der ganzen Nordküſte des Gardaſees ſich bemächtigen. Doch von dem Patrioten Nicolo Corlera v. Salò hievon in Kenntniß geſetzt, bot der fürſtbiſchöfliche Commandant von Riva den Landſturm auf, vor deſſen Kugelregen die feindlichen Schiffe unverrichteter Dinge ſich zurückziehen mußten. Auf die Kunde von dieſem feind-

lichen Ueberfalle rüſtete man ſich im Süden zu allgemeiner Gegenwehr; der Fürſtbiſchof von Trient, der kaiſerl. Commiſſär zu Lavis, Gaudenz Carlini, der Stadthauptmann von Trient und der Schloßhauptmann von Rovereto boten den Landſturm auf; auch der Landeshauptmann erließ an alle Städte und Landobrigkeiten an der obern und untern Etſch das allgemeine Aufgebot und am 10. Jan. 1703 brach der erſte Ausſchuß der Landmiliz und Scheibenſchützen von Bozen auf. Doch noch im ſelben Monat verſchwand im Süden die Gefahr, indem gegen deſſen Ende Vendome ſeine Schaaren von den Grenzen Tirols zurückzog und damit war auch die im Weſten drohende vorüber, welche von den im Lande der Bündner aufgeſtellten Franzoſen herrührte. Aber die Vorſicht erforderte, die Südgrenze zur Verhinderung eines zweiten Ueberfalles zu decken, darum blieben die Regimenter Lichtenſtein und Lodron zu deren Schutz im Lande, die Grenzgemeinden unter Waffen und die Grenzſchlöſſer mit Beſatzungen verſehen.

Noch viel größere Aufmerkſamkeit hätten aber in den Frühlingsmonaten des Jahres 1703 die Nordgrenze und die Vorgänge in Deutſchland verdient, ſeitdem die Baiern ernſtlich die Vereinigung mit den Franzoſen anſtrebten und dieſe endlich Mitte Mai erzielten. Allein trotz der immer ſich ſteigernden Gefahr war man in Tirol noch weit von energiſchen Rüſtungen entfernt, es fehlte hier ſogar an den nothwendigſten Vorbedingungen, an Einigkeit und Opferwilligkeit. Die Landesausſchüſſe haben in dieſen Tagen der Gefahr nichts weniger als wahren Patriotismus bewieſen. Anſtatt den Landesbehörden bei der Erſchöpfung der landesfürſtlichen Kammer mit großmütigen Bewilligungen zu Hilfe zu kommen und deren Rüſtungen möglichſt zu fördern, erhoben ſie unzeitige und unfruchtbare Streitigkeiten wegen Vergütung der Durchzugskoſten und der Militärverpflegung und behelligten den bedrängten kaiſerlichen Hof mit ihren unnützen Bitten und Beſchwerden, an deren Erfüllung in ſo außerordentlicher Lage am wenigſten gedacht werden konnte. Als die landſchaftliche Deputation ſich herbeiließ, für das Solariſche Militär, das, bei 6000 Mann ſtark, zum Schutze des Landes nach Tirol gezogen werden ſollte, vom Anfange des Jahres 1703 an monatlich 6000 fl. Sold zu bezahlen, da lärmte man, als ob ſchon das ganze Landlibell und die ganze Landesverfaſſung umgeſtürzt worden, und der Landeshauptmann berief eigenmächtig einen Aus-

ſchuß auf den 16. Februar nach Bozen. Da mußte die ſtändiſche Verſammlung ſelbſt die Unzulänglichkeit der verfallenen Landesmiliz anerkennen und wußte eben auch kein anderes Mittel, als die Grenzen mit 2000 Mann regulären Kriegsvolkes zu beſetzen, wozu ſie die Hälfte der Unkoſten beitragen wollte; dieſe Hilfe war jedoch ſehr ungenügend, aber man ließ ſich davon durchaus nicht überzeugen und meinte genug gethan zu haben, wenn man für dieſen Fall das Aufgebot der Zuzüge erlaubte. Zur Bildung eines Fondes für die Militärverpflegung hielt der Ausſchußtag 50.000 fl. für genügend und für das errichtete Magazin wurde diesmal nichts beigeſteuert. Hingegen verſäumte man die Gelegenheit ja nicht, abermals durch einen Geſandten an den Wiener Hof, den Viertelsvertreter und Landrichter von Bozen, Fenner, alle Beſchwerden vorbringen und die „unbeſchreibliche" Landesnot ſchildern zu laſſen, die durchaus nicht ſo groß war. Alle Beſchlüſſe dieſes Ausſchußtages waren unzureichend und nur einer iſt dem Lande wirklich zu großem Nutzen geworden: die Errichtung der landſchaftlichen Filialcaſſe zu Bozen, denn dieſe Anſtalt war ſeit ihrer Gründung in den Tagen der Not „das lebenskräftige Herz der Vaterlandsvertheidigung, das ſeine belebenden Pulsſchläge durch alle Adern unſerer Heimat verbreitete." Dagegen wurde dieſe Ausſchußverſammlung der Grund zur Vergrößerung des Zwieſpaltes, der zwiſchen den Behörden und der Landſchaft beſtand. Denn erſtere erwirkten vom Kaiſer eine Rüge gegen letztere wegen ihres eigenmächtigen Zuſammentrittes und dieſe erbitterte die Stände gegen die Räthe und machte ſie noch mißtrauiſcher. Anderſeits geriethen die Landesbehörden bei den kargen Bewilligungen der Landſchaft in große Verlegenheit und ſahen ſich genötigt, den Kaiſer mit Hilfserſuchen zu überlaufen, um die in's Land gezogenen 6000 Mann unterhalten zu können und das Landvolk vor deren Exceſſen zu ſchützen; auch ſahen ſie ſich gezwungen, im Mai ſchon einen neuen Ausſchußtag anzuberaumen, als der kurze Termin für die bewilligte Kriegshilfe abgelaufen war.

Die Geheimräthe verlangten über die 2000 Mann regulären Militärs noch 2—3000 Mann Landvolk, die wie das Militär verpflegt werden müßten, zu Befeſtigungen 50.000 oder wenigſtens 40.000 Reichsthaler, für Getreideanſchaffung 20.000 fl., eine Summe zur Unterſtützung der völlig verarmten Gemeinden und die Aufgebote nach der Zuzugsordnung vom Jahre 1605. Die Nachricht von der

Einnahme Kemptens und von den Rüſtungen des Biſchofs von Augsburg ließ die Größe der Gefahr nicht mehr verkennen und machte die Stände diesmal zur Hilfe geneigter. Sie bewilligten die Verpflegung von 4000 Mann zur Grenzhut, wovon die Hälfte reguläres Militär ſein ſollte, und bildeten zu dieſem Behufe einen Fond von 100.000 fl., den man durch freiwillige Beiſteuer aufbringen wollte. Aber die Verhandlungen waren ſehr hitzig, theils weil die Landſchaft mit der Hofkammer wegen Zahlung rückſtändiger Hilfen ſich herumſtritt, theils weil die niedern Stände über die höhern erbittert waren, die ſelbſt in dieſer Not ſich möglichſt den Laſten entziehen wollten. Auch konnten es die Ausſchüſſe nicht unterlaſſen, in ſolcher Bedrängniß wiederum den kaiſerl. Hof mit ihren Beſchwerden und Bitten zu beläſtigen. Dieſelben betrafen die Renitenz der vier gräflichen Häuſer und des Trientiner Klerus und die unrichtigen Zahlungen der Hofkammer, die Rückſtellung des Umgeldes, die Anſtellung von Officieren, die Externirung von Rechtshändeln und die Forderung der Adelſteuer. Die Antwort der Geheimräthe verſprach alle Bitten und Beſchwerden bis auf die vom Umgelde der Berückſichtigung zu empfehlen.

Nachdem der franzöſiſche Feldherr Villars bei Deutlingen mit dem Kurfürſten ſich vereinigt hatte (12. Mai), ſtanden ihrer Macht von 50,000 Mann alle Wege offen und Oeſterreich befand ſich, da gleichzeitig ein Aufſtand in Ungarn ausbrach, in ſo bedenklicher Lage wie nie. Der Anſicht Mazarin's huldigend, daß man Oeſterreich keine größere Wunde ſchlagen könne, als durch Entreißung Tirols, faßte der Kurfürſt Max Emanuel den Plan, in dieſem Land ſich mit Vendome, dem Commandanten der franzöſiſchen Armee in Italien, zu vereinigen und fand, obwol Villars damit nicht einverſtanden war, hiefür den Beifall des franzöſiſchen Hofes. Er brach daher am 14. Juni an der Spitze von 9000 eigenen Truppen und 2500 Franzoſen von Roſenheim gegen Tirol auf. In ſeinem Gefolge befanden ſich die Geſandten von Frankreich und Savoyen und eine Reihe der tüchtigſten Feldherrn wie: J. Wilh. v. Lützelburg, Gabr. Graf v. Veritá, Marquis v. Novion, Graf Monaſterol, Taufkirchen, Porzia, Graf Joh. Bapt. v. Arco, ein Vaſall des Kaiſers, Ferd. Graf v. Arco und der Brigadier Borbet, der an der Spitze der Franzoſen ſtand. Mit ſolchen Streitkräften mochte er um ſo ſicherer auf das Gelingen ſeines Planes hoffen, als Tirol für einen Ein-

fall ganz unvorbereitet war. Da die fremden Truppen wieder aus dem Lande gezogen worden und nur Recruten zurückgeblieben waren, so schien bei dem Verfalle des Milizwesens, dem schlechten Zustande der nördlichen Grenzfesten und dem Zwiespalt zwischen Landschaft und Landesstellen kein ernstlicher Widerstand möglich. Darum traf auch die Nachricht von seinem Aufbruche die Tiroler wie ein Donnerschlag und dumpfer Unwille gab sich im Lande kund. Man beschuldigte die Landesstellen und den General Gschwind der sträflichsten Sorglosigkeit. In der That scheinen sie selbst die geringen Mittel, die ihnen zu Gebote standen, nichts weniger als eifrig zur Sicherung des Landes verwendet zu haben; der General hatte sich nicht einmal die Mühe gegeben, die Pässe ordentlich zu besichtigen und zu besetzen, viel weniger natürlich an die Vorbereitung der Zuzüge und des Landsturmes gedacht. Und doch hätten diese, da sie so lange nicht mehr in Anspruch genommen worden und die Zuzugsordnung mangelhaft war, doppelte Aufmerksamkeit erheischt. Die Gewißheit vom Anzuge der Feinde riß nun freilich die Landesstellen und den General aus ihrer bisherigen Sorglosigkeit, man bot jetzt alle waffenfähige Mannschaft von 16—60 Jahren im Innthale auf und schon am 17. Juni fanden sich viele Tausende von Bauern zu Innsbruck ein, theils um Munition zu fassen, theils um weitere Befehle zu erhalten; aber es fehlte an allen Vorbereitungen zur Organisirung solcher Massen und General Gschwind verlor bei dem entstandenen Lärm und Tumult ganz den Kopf; zudem kam man, wenngleich schon am 18. die Landmiliz ihren Marsch in's Unterinnthal antrat, bereits viel zu spät, um das Eindringen des Feindes abzuwehren; der am 20. Juni aufgebotene Landsturm vermochte auch dessen weiteres Vordringen nicht zu verhindern.

Am 17. Juni stund nämlich der Kurfürst an der Grenze vor Wintshausen, dem ersten Vorwerk der Festung Kufstein, dessen Besatzung er am 18. zur Uebergabe zwang. Dann marschirte er auf die Stadt und Festung Kufstein los. Obwol sie damals für unüberwindlich galt, wurde sie doch, bei der Uneinigkeit zwischen dem Stadt- und dem Festungscommandanten und des letztern Kopflosigkeit, nach kurzer Gegenwehr eine Beute des Feindes. Die geringe Besatzung von 400 Mann Gschwindischer Recruten und eine Beigabe der Landmiliz fiel zur Hälfte in die Hände der Feinde, ebenso 70 Stück Geschütze und bedeutende Vorräthe in den Kellern. Der Kurfürst

übergab das Commando über die halbverbrannte Stadt und Feſtung dem tapfern Baron v. Seefeld und drang, den allgemeinen Schrecken und die Rath- und Hilfloſigkeit benützend, raſch bis Rattenberg, der zweiten Grenzfeſte, vor; nach dreitägiger tapferer Gegenwehr gieng auch dieſe, am 23. Juni, verloren. Hatte ſchon die Nachricht vom Falle Kufſteins unter den Bauern eine fieberhafte Aufregung erzeugt und ihren ganzen Haß gegen die Landesſtellen und den General gekehrt, von denen ſie ſich verrathen glaubten, ſo löſten ſich nach dem Verluſte Rattenbergs alle Bande des Gehorſams und in ganz Unterinnthal trat ein entſetzlicher Zuſtand ein. Von der aufgeregten Bevölkerung mit dem Tode bedroht, zog ſich General Gſchwind mit der Garniſon von Rattenberg, dem Reſte der Garniſon von Kufſtein und einer Schaar Landmiliz zuerſt nach Amras und dann, am 25. Juni, nach Matrei zurück. Die bis Schwaz vorgedrungenen Landſturmmaſſen, die nach drei Tagen des Zankens und Streitens endlich am 23. nach Unterinnthal aufgebrochen waren, liefen nun auseinander oder kehrten unter dem Grafen Paris von Lodron, einem populären Mann, nach Innsbruck zurück; die Landeshauptſtadt erlebte von Seiten der zurückkehrenden Bauern angſtvolle Stunden, denn man hörte von ihnen nichts als Vorwürfe über Verrath und Drohungen von Plündern und Todtſchlagen. Von keinem Feinde mehr aufgehalten, rückte der Kurfürſt bis Hall vor, wo er noch am 25. Juni mit aller Pracht einzog.

Die Furcht vor den geſetzloſen Bauernbanden hatte die geheimen Räthe ſchon während der Belagerung Rattenbergs bewogen, den Jeſuitenrector Paul Rueſtorf an den Kurfürſten zu ſenden und durch ihn hatten ſie deſſen Milde und Schirm angefleht; nach Max Emanuels Einritt in Hall ſchickten ſie eine förmliche Geſandſchaft an ihn, während ſie gleichzeitig ihre Schritte in einem Schreiben an den Kaiſer mit ihrer Notlage rechtfertigten. Die Abgeſandten, der Präſident Graf Vinciguerra von Arco, der Regimentskanzler Anton Graf v. Troyer und der Regiments-Vicepräſident Graf Ludobald v. Spaur, empfahlen ſich der kurfürſtlichen Huld und Gnade. Sie wurden vom Kurfürſten mit größter Herablaſſung und Freundlichkeit empfangen, aber Baron Prielmayr, der Kriegskanzleidirector, verlangte nichts weniger als unbedingte Unterwerfung und eine alle Kräfte überſteigende Contribution (18.000 Mund- und 5000 Pferd-Portionen und 120,000 fl. in Geld für den laufenden Monat); man mußte

trotz der flehentlichen Bitten die Contributionsmandate ausfertigen. Die Ständeausschüsse glaubten in dieser Not durch möglichste Zurückhaltung und Neutralität ihrer Pflicht zu genügen! Am 27. Juni verlegte der Kurfürst sein Hauptquartier von Hall nach Mühlau und hier traf er Vorkehrungen zur weiteren Eroberung des Landes. Er schickte den Brigadier Bordet mit 3 Bataillonen zur Besetzung der Brennerpässe ab, der bis Sterzing vordrang; 200 Grenadiere und Füsiliere unter General Marquis v. Novion zogen in's Oberinnthal und 1500 Mann Reiterei und Fußvolk unter dem General Lützelburg nach Ehrenberg. Mit 300 Mann wurde die Scharnitz besetzt und 150 Monasterolische Dragoner sollten dem Herzog v. Vendome die Ankunft der Baiern in Innsbruck ankünden. Auf die Nachricht von Rüstungen in Südtirol rief Max Emanuel den General Maffei, der bei München stand, mit sämmtlicher Reiterei, allem Fußvolk und Geschütze auf der kürzesten Linie über die Scharnitz zu sich nach Innsbruck und zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther erließ er offene Patente voll Schmeicheleien und Drohungen, indem er den ruhigen Gemeinden liebevolle Behandlung, den bewaffneten strenge Bestrafung in Aussicht stellte. Den Bischof von Brixen ersuchte er um freundlichen Durchpaß, falls er für notwendig erachte, an die wälschen Confinen zu ziehen. Nach einem Besuche der Scharnitz ordnete er die Verwaltung des Landes und forderte vor allem von den Landesstellen die Eidesleistung. Die reichen Geheimräthe ließen sich nicht hiezu herbei, sondern verzichteten lieber auf ihre Würden; die Regiments- und Kammerräthe hingegen, meist dem unbemittelten Adel angehörig, erklärten sich nach einigem Zaudern zur bedingungsweisen Leistung des Handgelübdes erbötig. Im übrigen blieb Alles möglichst beim Alten, nur daß des Landes Einkünfte nun in die bairische Cassa flossen. Nach diesen Anordnungen hielt der Kurfürst am 2. Juli seinen feierlichen Einzug in Innsbruck mit aller Pracht, die sich nur entwickeln ließ. Sein Kriegsdirector, Baron v. Prielmayr, nahm aus besonderer Vorliebe mit seinem ganzen Kanzleipersonale im Collegium der Jesuiten Quartier; das Heer lagerte auf den Feldern von der Mühlauer Brücke bis Wilten.

Die Trauerbotschaft von dem Falle der Festen Kufstein und Rattenberg und dem Vordringen des Feindes im Unterinnthal rief in dem Etschlande, im Burggrafenamte und Vintschgau eine gewaltige Bewegung hervor, die Contributionsforderung

erzeugte hohe Erbitterung. Je größer die Furcht vor fremder Unterdrückung war, desto glühender entflammte die Liebe zum Vaterlande, zum heimischen Boden und zur alten Dynastie, desto theurer erschienen die bisher genossenen Freiheiten und Rechte. Darum erhob man sich allerorten zur Vertheidigung dieser hohen Güter. Der Landeshauptmann ernannte sogleich zu Bozen eine Deputation, die sich zu einem Landesvertheidigungsausschuß bildete und zu Meran trat ein Ausschuß des Adels, Stadtrathes und der Nachbargemeinden zu gleichem Zwecke zusammen. Als die Kreidenfeuer blitzten und die Sturmglocken erschollen, griffen Tausende von Landleuten zu den Waffen und der Adel stellte sich an ihre Spitze oder trat in ihre Reihen. Am 27. Juni brachen die Massen, die sich zu Bozen gesammelt hatten, gegen Brixen auf, geführt von dem umsichtsvollen Ant. v. Cazan, dem Hauptmann Ignaz v. Troyer u. A. Ihr Muth und namentlich die Entschiedenheit Cazan's bewog den schwankenden Bischof und seine furchtsamen Räthe, sowie den in seinem Vertrauen wankend gewordenen Landeshauptmann zum Anschluß an ihre Sache; die vereinigten Schaaren lagerten sich am Brixner Kläusel und verschanzten sich, durch neue Zuzüge von den benachbarten Bergen verstärkt, daselbst und vorne im Sackwalde. Die Schaaren hingegen, welche in Meran zusammenströmten, kamen erst nach längerem Gezänke und einer gefährlichen Meuterei zum Aufbruche und waren auch bei ihrem Weitermarsche in's Passeier nicht glücklich. Denn als das Gerücht sich verbreitete, die Feinde hätten schon den Jaufen besetzt, erschlugen die wüthenden Bauern den Oberstwachtmeister Vigil v. Hohenhauser, den man für einen Verräther hielt, und zugleich trat im ganzen Burggrafenamt eine völlige Anarchie ein; die allgemeine Bestürzung veranlaßte den Rath und Bürgermeister von Meran sogar zu einer demüthigen Unterwerfungsschrift. Doch zogen dessenungeachtet zahlreiche Schaaren von Adeligen, Scheibenschützen und Bauern, sowie 150 Nigrellische Soldaten unter Anführung des Grafen v. Brandis, Freiherrn v. Hausmann und des ränkesüchtigen Flugi über den Jaufen und trafen am 1. Juli in Sterzingen mit Etschländern unter Anführung Mirdingers zusammen. Da die Feinde auf den Brenner zurückgewichen waren, so folgte ihnen Brandis mit seinen Scheibenschützen noch am selben Tage dahin nach; am 2. und 3. marschirten auch Cazan und Mirdinger *mit Etschländern*, Hauptmann Geldorf mit 300 Mann vom Re-

gimente Nigrelli und Flugi mit der Meraner Fahne auf den Berg; die Tiroler befestigten sich nicht nur daselbst in einer Schanze, sondern wollten schon den zückweichenden Feind aus seiner festen Stellung bei Lueg vertreiben. Da kam General Guttenstein von den wälschen Confinen herangeeilt (4. Juli) und ertheilte aus unbegreiflichen Gründen den Befehl zum Rückzug nach Sterzingen. Voll Aerger darüber kehrten Scheibenschützen und Landfahnen dahin zurück, die Meraner Landfahne eilte aber ohne Aufenthalt noch weiter bis auf den Jaufen, die Bozner in der Nacht bis zum Kläusel und die Brixner Milizen wurden gar entlassen. Doch von den beim Generale zurückbleibenden Scharf- und Scheibenschützen unter Brandis, Flugi und Cazan besetzten die Etschländer, von einigem Militär unterstützt, am 7. den Brenner wieder, während in die Salernen Klause und in die Schanze am Sack 1500 Gschwindische Recruten einrückten, die vom Fern und Innthal durch's Vintschgau herangezogen waren.

Inzwischen hatte den Feind ein heftiger Schlag im Oberinnthale getroffen. Hier hatten einzelne patriotische Männer, wie der Postwirt Linser von Landeck und der Pflegverwalter von Landeck, Mart. Andr. Sterzinger, schon während die Feinde durch das Unterinnthal heranzogen, Anstalten zur Rettung des Vaterlandes getroffen und als sie den Unterinnthalern nicht mehr helfen konnten, beschlossen sie, wenigstens die in ihr Thal vordringenden Feindesschaaren zu vernichten. Eben hatten 300 Mann theils französische Dragoner, theils Grenadiere das Schloß Landeck besetzt und ihre Officiere zechten im Linser'schen Gasthause. Da versammelten sich am (29. Juni) die Patrioten mit unerhörter Kühnheit im selben Hause, um den Plan zur Vernichtung des Feindes zu beratschlagen. Man beschloß, ihn bis in die Schluchten von Prutz vorzulassen und dann zu überfallen. Demgemäß bot Sterzinger sogleich die Sturmmassen von Landeck, Pfunds und Naudersberg auf und begeisterte sie durch eine muthvolle Ansprache zum Kampfe. Dann zog er am 30. Juni mit seinen Schaaren zur Pontlatzer Brücke. 400 Mann, unterstützt von Scharfschützen, versteckten sich ober der Straße, um den Feind durch herabgeschleuderte Felsstücke oder durch Flintenkugeln zu tödten, die übrigen bewachten mit zwei kleinen Geschützstücken hinter einer aufgeworfenen Schanze die Brücke. Ahnungslos drangen die unglücklichen Feinde bei lautloser Stille am 1. Juli zwischen die Um-

melanſtrebenden Berge ein, während in ihrem Rücken ſich der Landſturm von Landeck erhob und durch Verhauung des Weges, Abtragung, Befeſtigung und Beſetzung der Brücken jeden Rückweg unmöglich machte. Als ein franzöſiſcher Officier die drohende Gefahr wahrnahm, war es zu ſpät. Da blitzten ſchon die Lärmzeichen, hinter jedem Baum, jedem Fels knallte ein Feuerrohr hervor, von allen Hügeln rollten Felsblöcke auf die Straße und jauchzender Siegesruf ſcholl in das Erdröhnen der Felsſtücke und Knattern der Gewehre. Schrecklich war die Lage der Feinde, der Tag des jüngſten Gerichtes ſchien für ſie gekommen! Nirgends Rettung, nirgends ein Ausweg! Vorne und rückwärts der Feind, an der einen Seite der Abgrund des wildtoſenden Inn, an der andern ſteile Felswände, von den Feinden beſetzt. Die unglückliche Schaar litt furchtbar von den ſtürzenden Felsblöcken und daherſauſenden Kugeln, die Straße wurde mit todten und verwundeten Menſchen und Pferden völlig überſäet und viele ſtürzten ſich aus Verzweiflung in den Abgrund. Kein Mann entkam. Die Fliehenden empfiengen die Landſtürmer von Landeck mit ihrem Kugelregen und zwangen ſie zur Ergebung. Der Feind hatte einige ſechzig Todte und viele Verwundete, die Tiroler bloß einen Todten und mehrere Verwundete. Die Gefangenen wurden zuerſt in's Schloß Landeck gebracht, dann theils nach Bregenz, theils noch Südtirol abgeführt. Nach dieſem glänzenden Siege rückten die Landſturmgenoſſen, bei 4000 Mann, noch denſelben Tag bis Mils vor, von wo ein Theil nach Imſt und mit den dortigen Scharfſchützen nach Naſſereit voraneilte, obwol ſich die Gerichte Hörtenberg und Petersberg nicht anſchloſſen. Nachdem die Beſatzung am Fernſtein zur Uebergabe gezwungen worden war, eilte man weiter zur Entſetzung Ehrenbergs. Doch die Hilfe kam zu ſpät. Von den muthloſen Gerichtsleuten im Stiche gelaſſen, konnte ſich der Feſtungscommandant J. Gaudenz bis zu ihrer Ankunft nicht halten und capitulirte bereits am 4. Juli.

Dieſe einzelnen Erfolge hätten aber den Feind ſchwerlich an weiterem Vordringen gehemmt, wenn nicht eine gemeinſame Landesvertheidigung, ein allgemeiner Aufſtand organiſirt und die Landesvertheidiger kräftig durch Militär unterſtützt worden wären. Zum Glücke unſeres Vaterlandes hatte ſich aber ſchon am 30. Juni zu Brixen eine Art Schutzdeputation, ein Interimsdirectorium gebildet, dem vom Kaiſer die Leitung der Landesanliegen förmlich übertragen

wurde, als ſich ſeine Räthe dem Feinde ergeben hatten. Mitglieder dieſer proviſoriſchen Landesregierung waren: der Landeshauptmann, der den Vorſitz führte, der Biſchof von Brixen, Graf Bernhard v. Künigl, der Bruder der beiden früher genannten, Graf Chriſtof Franz v. Wolkenſtein, Graf Paris von Lodron, Andr. Freiherr v. Troyer und Freiherr v. Winkelhofen. Ihr ſchloß ſich eine Deputation zu Bozen an, unter dem Vorſitze des Landeshauptmannſchafts-Verwalters. Dieſe beiden Deputationen trieben nun die Geldmittel aus den von den Feinden noch nicht beſetzten Vierteln ein, organiſirten die Zuzüge und entwarfen im Verein mit dem Militär den Plan zum gemeinſamen Aufſtande; die Innthaler ſollten ſich danach im Geheimen rüſten und wenn man den Kurfürſten von Süden her heftig angreife, darin das Signal zur allgemeinen Erhebung erblicken; ſie ſollten dann nach Iſolirung der feindlichen Beſatzungen im Ober- und Unterinnthal, auf Innsbruck losgehen. Noch in der erſten Hälfte des Monates Juli ſandte man den Oberinnthalern den Obriſtwachtmeiſter vom Max-Starhembergiſchen Regiment Frz. Freiherrn v. Heindl mit 550 Mann regulären Militärs und den Aufgeboten der Scheibenſchützen und Landmilizen aus dem Burggrafenamt und Vintſchgau zu Hilfe. Indeſſen wurde auf dem Brenner ein kräftiger Angriff vorbereitet. Dahin zogen die Truppen vom Brixner Kläuſel und der Schanze am Sack, 500 Knappen von Goſſenſaß und Schneeberg und Zuzüge von Scharfſchützen und Milizen aus dem Puſterthal, Burggrafenamte, Etſchlande, Sarnthal und andern Thälern. Die Leute verſchanzten ſich auf dem Brenner ſüdlich von der Kirche, theils im freien Felde, theils an den Bergſeiten, ſo gut als möglich. Die Scharfſchützen bewährten ſich trefflich, mit dem Leben im Gebirge und mit den Oertlichkeiten vollkommen bekannt und mit einer vorzüglichen Waffe verſehen, waren ſie ſelbſt dem regulirten Militär überlegen und richteten unter dem Feinde große Verheerungen an, ohne daß ihnen dieſer in ihren gedeckten Stellungen etwas anhaben konnte; er verlor in kurzer Zeit bei 1500 Mann. Dadurch ermuthigt wagten die Tiroler am 17. Juni einen allgemeinen Angriff auf das gegenüber ſtehende Lager der Feinde und drängten dieſelben nach einem hitzigen Gefecht bis zum Paſſe Lueg hinab, wobei ſie über 700 erſchoſſen.

Während dieſer Vorgänge war der Kurfürſt nicht unthätig geblieben. Die Nachrichten von den Bewegungen jenſeits des Brenners

und im Oberinnthal verlaßten ihn zu Mandaten, die die Bevölkerung theils beruhigen, theils vom weitern Widerstande abschrecken sollten. Zugleich fuhr er in der Organisirung der Landesverwaltung fort, er setzte den Geheimrath ab und nahm sämmtliche Beamten der Regierung und Kammer in Eid und Pflicht; auch bestellte er in München einen eigenen Ausschuß für die tirolischen Collegien und gebot diesen, nicht mehr nach Wien, sondern dahin ihre Berichte zu senden. An alle Obrigkeiten der unterworfenen Bezirke ergieng die Weisung, die zur Landesvertheidigung erhaltenen Vorschüsse und sonstige Barschaft abzuliefern. Die Pfannhausbeamten und viele Obrigkeiten kamen den kurfürstlichen Weisungen eifrig nach. Ueber diesen politischen Vorkehrungen wurden aber die kriegerischen keineswegs vernachlässigt. Am 4. Juli kamen 4000 Mann zur Verstärkung des bairischen Heeres nach Innsbruck und davon zogen 3000 sogleich weiter zu den Pässen im Wippthal bis Lueg. Am 7. besichtigte der Kurfürst selbst die Lage seiner Truppen im Wippthal und ließ dabei eine Schiffsbrücke auf 300 Wagen nachführen, womit wahrscheinlich der Brennersee im Falle eines Angriffes überbrückt werden sollte. Am 11. Juni trafen die Truppen des Generals Maffei in Innsbruck ein und davon wurde auch ein großer Theil, 3000 sogleich, in's Wippthal geschickt. Als man aber auch jetzt noch nicht am Brenner durchzudringen vermochte und die Zahl der Verwundeten und Gefallenen sich täglich mehrte, da trat auf einige Tage in alle Unternehmungen der Feinde ein sichtbares Schwanken, sie verzettelten ihre Kraft in unfruchtbaren Märschen und Gegenmärschen und die Folge davon war die Niederlage vom 17. Juli. Da sandte der Kurfürst den Bedrängten drei Bataillone unter Anführung des Grafen Emanuel v. Arco zu Hilfe, verordnete die Befestigung der Stadt Hall zu einem Stützpunkt seiner Macht und beschloß in eigener Person den Durchbruch am Brenner zu versuchen; er zog daher am 19. Juni alle Leute aus den drei vor Innsbruck gelegenen Lagern in eins zu Wilten zusammen und traf die Anstalten zum Aufbruche nach dem Brenner. Während im Lager noch drei Bataillone mit einigen Schwadronen Reitern und sechs Geschützen unter dem Grafen Verità verblieben, marschirten 2500—5000 in der Nacht auf den 20. in's Wippthal; ein Bataillon Franzosen warf der Kurfürst in's Schloß Matrei, mit dem Kern des Heeres rückte er *bis zum* Brenner vor und warf die Feinde von Staflach auf die

Höhen zurück. Aber von dem ernstlichen Sturm, auf den er sich in der Nacht vom 21. bis 22. vorbereitete, rief ihn der Aufstand der Unterinnthaler ab.

Die Gewaltthätigkeiten, welche die Soldaten auf ihren Streifzügen verübten, die unabläßigen ämtlichen Forderungen nach Proviant, Fuhren, Schanzarbeiten und andern Leistungen, die Abforderung der Gewehre und die rücksichtslose Eintreibung der Steuern und Gibigkeiten, endlich die Beschlagnahme aller Geldmittel und Gefälle, aller Getreidemagazine und Getreidevorräthe und die Theuerung der letztern weckten im untern und mittlern Innthale auch allmählich die Sehnsucht nach Befreiung. Die glänzenden Erfolge der eigenen Leute im Oberinnthale und jenseits des Brenners und wahre und falsche Gerüchte von Siegen der kaiserlichen Heere hoben Selbstvertrauen und Muth und erzeugten die Lust zum Anschluß an die tapfern Südtiroler. Die Gerichte Hörtenberg und Petersberg und die des mittlern Innthales wandten sich an die Brixner Schutzdeputation um Hilfe und rüsteten sich auf deren tröstliche Versicherungen zum Aufstande; auch die Gerichte des untern Innthales trafen hiezu Anstalten. Der Abzug des Kurfürsten nach dem Brenner gab die Losung zum allgemeinen Aufstand. Sogleich erhoben sich die Knappen und Bauern in der Gegend von Schwaz und in dem Gerichte Rettenberg, ihnen schlossen sich 1000 Zillerthaler, die Leute von Werdenberg und von der Herrschaft Rottenburg an. Zahlreiche Schaaren lagerten sich an der Volderer Brücke und die Straße hinab bis Rattenberg. Diese Festung und das Schloß Kropfsberg wurden überrumpelt und die Besatzung sammt dem Commandanten gefangen genommen. Darauf eilte der größte Theil der Sturmmannschaft zur Volderer Brücke und noch am selben Tage erschienen über 4000 Mann aus den Gerichten Rothholz, Schwaz, Rattenberg und Taur vor Hall. Umsonst bemühte sich der vom Wiltener Lager herangeeilte Graf Veritä, die Bauern zu beschwichtigen und die Stadt zu retten; die Sturmmassen ergossen sich in die Gassen und nahmen ihn gefangen. Viele Franzosen und Baiern in der Stadt wurden theils erschossen, theils erschlagen, die übrigen entwaffnet und gefangen genommen. Während der ehemalige Commandant von Leutasch, Joh. Mohr v. Sonnegg, die Leitung der Vertheidigungsmaßregeln antrat, zogen 2000 gut bewaffnete Bauern mit drei Feldstücken gegen Innsbruck und nahmen bei Mühlau feste Stellung. So waren

einem Tage (21. Juli) drei feſte Punkte mit bewunderungswürdiger Tapferkeit, ohne Geſchütz und Militär, von beinahe unbewaffneten Bauern dem Feinde entriſſen worden und damit hatte das mittlere Unterinnthal ſeine Freiheit erlangt. Nicht minder glücklich verliefen die Dinge in Oberinnthal. Auch da erhob man ſich ſogleich auf die Kunde vom Aufbruche des Kurfürſten. Baron Heindl zog am 21. mit 300 Soldaten und einer Auswahl der Zuzüge von Imſt über Telfs und Seefeld gegen die Scharnitz und überrumpelte die Schanze in der Leutaſch und die Feſte Scharnitz. Auch die Aufhebung des bairiſchen Poſtens zu Zirl gelang ihm, doch erſt nach einem blutigen Gefechte mit den dort lagernden Dragonern, von denen der größere Theil erſchlagen oder gefangen wurde. Inzwiſchen beſetzten die Bauern von Flaurling bis Inzing die Wege jenſeits des Inn, namentlich am Ranggen. Aber man verſäumte den rechten Moment, die Verbindung mit den Bauern in Mühlau herzuſtellen, bevor dies die Rückkehr des Kurfürſten unmöglich machte. Auf die Nachricht von dem Aufſtande der Innthaler gab Max Emanuel noch in der Nacht vom 21. auf den 22. Juli den Befehl zum Aufbruch nach Innsbruck. Graf Monaſterol mußte an der Spitze der Dragoner mit verhängtem Zügel voranſprengen; der Kurfürſt folgte mit den übrigen Truppen und nahm die Beſatzung Matrei's, das franzöſiſche Bataillon Monaſterols, mit ſich, während er den Brigadier Bordet mit einigen Bataillonen auf dem Brenner zurückließ und nach Matrei ein Bataillon vom Regimente Maffei verlegte. Bei ſeiner Ankunft in Innsbruck (am 22. Juli) erkannte er erſt die Größe ſeiner Verluſte; da beſchloß er vor allem die Verſchanzungen, welche die Tiroler dies- und jenſeits des Inn, am ſchwarzen Kreuz und bei der Martinswand, inzwiſchen aufgeworfen hatten, zu erſtürmen und ſich ſo den Rückzug nach Baiern zu öffnen. Indeß er hiezu die Anſtalten traf, ſtellten ſich die Sturmmaſſen auf den Höhen von Ampaß und Amras, von Mutters und Natters und von Mühlau auf.

Am 23. Juli um 2 Uhr Morgens ließ der Kurfürſt die eine ſeiner beiden Heeresabtheilungen unter dem Commando des Marſchalls Ricourt und des Generals Lützelburg gegen die Verſchanzung am ſchwarzen Kreuz, die andere unter der Anführung des Marſchalls Graf Sanfré und des Generals Maffei gegen die Martinswand vorrücken. Jene hielten die Schützen und Sturmmaſſen aus den

Gerichten Sonnenburg, Axams, Oberperfuß, Inzing und Oberhofen zwei Stunden an der Schanze auf, dieſe fand vor der Martinswand einen noch viel größern Widerſtand. Denn die daſelbſt errichtete Schanze war ungemein befeſtigt: vor derſelben hatte man Verhaue angelegt, 150 Mann Heindl'ſchen Militärs lagen zu deren Vertheidigung darin, zahlreiche Schützen deckten ſie von den zur rechten Seite aufſteigenden Berghöhen herab und im Rücken diente das von Soldaten und Schützen beſetzte Martinsſchlößl zum Schutze. Nachdem die Baiern über die Verhaue mit großer Mühe vorgedrungen, trafen ſie an der Schanze ſelbſt auf ſo tapfere Gegenwehr, daß ſie nach vierſtündigem Kampfe und Verluſte von 700 Leuten noch nichts ausgerichtet hatten. Da kamen ihnen aber ihre Freunde vom jenſeitigen Innufer nach der Wegnahme der dortigen Schanze zu Hilfe, Dragoner ſchwammen durch den Fluß und faßten die Tiroler im Rücken, gleichzeitig drangen die andern Truppen bis Kematen vor und beſchoſſen die Schanze von der Seite. Von drei Seiten angegriffen, mußten die Tiroler und die kaiſerl. Soldaten endlich weichen, die flüchtige Beſatzung wurde größtentheils niedergemacht oder gefangen genommen, die Schützen retteten ſich glücklich über das Gebirge auf die Zirler Mäder. Es war das glücklichſte Gefecht, das die Feinde während des ganzen Einfalles lieferten, obwol ſie 8—900 Mann, die Unſerigen aber nur 80 Soldaten und 50 Schützen verloren haben ſollen. Nach der Eroberung der Schanzen rückten die Baiern ungehindert vor, Mord und Brand bezeichneten ihre Spuren. Durch den heftigen Widerſtand erbittert, verwandelten ſie Zirl, Kematen, Unterperfuß, Aſling und Völs in Schutt und Trümmer und verübten unmenſchliche Grauſamkeiten. Inzwiſchen ſchickte der Kurfürſt den General Saufré zur Eroberung der Scharnitz ab, die bereits geräumt war. Dann kehrte er über den Ranggen glücklich nach Innsbruck zurück. Vergeblich ſuchte ihn hiebei der kaiſerliche Revierförſter Anton Lechleitner mit ſeinem ſichern Rohr zu tödten, durch die Kleidung getäuſcht, erſchoß er nicht den Kurfürſten, ſondern Ferdinand Grafen v. Arco, den er für Max Emanuel hielt. Nach ſeiner Rückkehr warf der Kurfürſt die Bauern, die indeß mit Mühe vom Wiltener Lager abgehalten worden, nach Mühlau hinab und zwang ſie auch dies zu verlaſſen; dann dachte er ernſtlich daran, Hall, auf das er beſonders erbost war, zu bombardiren; als aber die Bauern von hier zur Volderer Brücke ſich zurückgezogen, blieb

Hall verſchont. Nachdem er die in Waffen ſtehenden Gemeinden vergeblich zur Entwaffnung aufgefordert, verlegte er in der Nacht vom 25. auf den 26. in aller Stille ſein Lager von den Wiltener Feldern nach Hötting und nahm hier eine drohende Stellung gegen die Stadt, während er alle Kranken und einen Theil des Geſchützes nach der Scharnitz vorausſchickte. Mittlerweile war auch am Brenner eine entſchiedene Wendung eingetreten. Die daſelbſt lagernden Schützen erhielten neue Verſtärkung durch die Aufgebote aller waffenfähigen Mannſchaft in den Vierteln am Eiſack und an der Etſch, hiezu kam noch neue Militärhilfe. Am 23. Juli traf endlich die ſchon lange vom Kaiſer verſprochene Hilfstruppe unter General Solari zu Brixen ein und ſchon am 25. erſchien dieſer mit General Guttenſtein auf dem Brenner. Vor ſolchen Streitkräften vermochte Brigadier Bordet nicht länger Stand zu halten und darum wich er noch am 25. bis Matrei zurück. Von da trat er auf Befehl des Kurfürſten am folgenden Tag unter großen Beſchwerden den Rückzug nach Innsbruck an, wo er um Mitternacht eintraf. Nachdem der Kurfürſt ſich mit ihm vereinigt hatte, zogen Franzoſen und Baiern in Eilmärſchen nach Baiern ab.

Am 27. Juni zog General Guttenſtein mit 1500 Mann regulären Kriegsvolkes und zahlreichen ſüdtiroliſchen Schützenſchaaren unter den Fahnen von Bozen und Meran in Innsbruck ein. Lauter Jubel begrüßte ſie, Freudenſchüſſe donnerten überall und alle Glocken erklangen zu Lob- und Dankgeſängen. Nur die, welche es mit dem Feinde gehalten, drückte düſterer Trübſinn. Verachtung und Haß traf die Geheimräthe, die nicht mehr als kaiſerliche Miniſter anerkannt wurden, und die Jeſuiten, welche man des geheimen Einverſtändniſſes mit dem Feinde zieh. Das Volk ſchalt letztere Verräther, wo ſie ſich blicken ließen, und das Kloſter Wilten konnte nur durch eine Sicherheitswache gegen ſeine Wuth geſchützt werden. Ueber dem allgemeinen Jubel vergaß man aber, den Feind ſogleich zu verfolgen und indes verrauchte die Begeiſterung. General Guttenſtein ſchickte erſt am 28. den Oberſten Wetzel mit 400 Mann Fußvolk und 50 Reitern den Baiern auf der Zirler Straße nach, ordnete noch 100 Mann Schützen über den Salzberg zu deren Verfolgung ab und entbot auch hiezu den Obriſtwachtmeiſter Heindl aus dem Oberinnthal. Das übrige Militär verzettelte er durch Beſetzung von Hall und Rattenberg, die Landesſchützen aus dem Etſch-

lande entließ er am 30. nach dem Süden, wohin General Solari auf die Nachricht von Bedrohung der wälschen Confinen bereits gezogen war. Inzwischen hatte Max Emanuel seinen Rückzug fortgesetzt, war aber nur langsam vorgerückt, und wurde daher von dem nachgesandten Kriegsvolk bald erreicht. Als jedoch der Kurfürst von der Schwäche der Verfolgungstruppen und dem Abzuge des Generals Solari und der Etschländer hörte, beschloß er die Rückkehr in's Innthal und General Lützelburg warf sich am 30. mit 4000 Mann auf das kleine Häuflein österr. Militärs, das auseinander gesprengt wurde. Dann lagerte sich die baierische Armee in und um Seefeld und machte von da Streifzüge in's Innthal, am 1. Aug. kam der Feldmarschall Graf v. Arco selbst gegen Zirl herunter. Darüber entstand in Innsbruck große Bestürzung und die Haltung der Bauern und des Generals Guttenstein war nur geeignet, dieselbe zu vermehren. Die Bauern erklärten zur Rettung der Landeshauptstadt keinen Fuß rühren zu wollen und drohten wieder einmal die Beamten und Cavaliere todt zu schlagen; in der That wurden in Unterinnthal von ihnen einige Obrigkeiten erschlagen. General Guttenstein beabsichtigte, Innsbruck im Stiche zu lassen und sich nach dem Brenner zurückzuziehen und ersuchte sogar auf Bitten des Geheimrathes den Jesuitenrector E. Furtenbach, den Kurfürsten um Schonung der Stadt zu bitten. Dadurch verlor er aber alles Vertrauen und eine allgemeine Verwirrung riß ein, indem niemand mehr auf seine Befehle achtete. Die zunächst Bedrohten halfen sich selbst, so gut sie konnten. Die Oberinnthaler besetzten alle Punkte des Innufers von Pfaffenhofen bis in die Nähe von Innsbruck und die Bürger von Innsbruck und Hall vereinigten sich zur Wiedererbauung der beiden Schanzen, die früher bei der Martinswand und am Ranggen angelegt worden waren. Die eine vertheidigten sie selber nebst einem Ausschuß der wehrfähigen Mannschaft des Gerichtes Sonnenburg, die andere nebst ein paar hundert Bürgern Sterzinger und Pusterthaler Schützen, sowie Zuzüge der Gerichte Sonnenburg, Axams und Hörtenberg.

Als General Guttenstein in Innsbruck seinen Einzug gehalten hatte, erboten sich die Bauern gemeinschaftlich mit ihm die Festung Kufstein zu erobern, und als er an alle Schützen des Unterinnthales das Aufgebot zur Eroberung der Feste erließ, zogen am 2. August 3—4000 vor dieselbe. Die Hauptmasse verschanzte sich hinter drei-

fachen Verhauen bei Glem dies- und jenſeits des Innſtromes, Abtheilungen erſtürmten den Paß Wintshauſen, nahmen die Galla'ſche Schanze am rechten Innufer und ſchnitten der Feſtung die Zufuhr ab; ringsum abgeſchloſſen konnte der Feſtungscommandant dem Kurfürſten keine Kunde von ſeiner Lage geben. Während Kufſtein ſo bedrängt wurde, fiel die Feſte Ehrenberg in die Hände der Tiroler. Die günſtigen Erfolge der Unternehmungen im Innthal und die Hoffnung auf Hilfe ermuthigten auch die Ehrenberger Gerichtsleute zum Aufſtand. Die wehrfähige Mannſchaft aller Pfarreien rüſtete ſich und am 30. Juli begann man die Feindſeligkeiten gegen die Beſatzung des Schloſſes. Durch die Beſetzung des im Weſten gelegenen Schloßkopfes brachten die Belagerer dieſelbe in's Gedränge, und als ihnen 200 Mann regulären Militärs zu Hilfe kamen, ergaben ſich die Baiern am 9. Auguſt. Sie erhielten freien Abzug, der Kurfürſt aber beſtrafte den Commandanten mit dem Tode und die Officiere mit anderu harten Strafen.

Während dieſer Tage hatten die Tiroler im Innthal nichts weiteres gegen den Feind unternommen und auch in der nächſtfolgenden Zeit beſchränkte man ſich ganz auf die Defenſive. Der Grund dieſer Unthätigkeit iſt wol darin zu ſuchen, daß General Guttenſtein, der den größern Theil ſeiner Truppen nach dem Süden hatte entſenden müſſen, ſich zu ſchwach fühlte, um den Feind in ſeiner vortheilhaften Stellung anzugreifen und auf General Heiſter wartete, der weitere Hilfe bringen ſollte. Dieſer erſchien wol ſchon am 8. Auguſt in Brixen mit einer bedeutenden Militärmacht, blieb aber längere Zeit jenſeits des Brenners ſtecken, ſei es, daß ſeine Streitigkeiten mit dem Landesdirectorium daran ſchuld waren oder die Vorgänge in Südtirol, und gab auf das Hilfserſuchen der Innthaler nur ſchöne Worte. Darüber riß dieſen die Geduld, und die Oberinnthaler ſuchten deßhalb bei dem kaiſerlichen Feldherrn Ludwig von Baden Unterſtützung, während die Unterinnthaler eine Deputation nach Wien ſchickten, um ſich nebſt Beſtätigung ihrer Privilegien und Erſatz der gebrachten Geldopfer Mannſchaft zur ſchnellern Eroberung Kufſteins zu erbitten. Beide Theile erhielten die troſtreichſten Verſicherungen und die Geſandtſchaft der Unterinnthaler hatte ſich des ehrenvollſten Empfanges von Seiten der Bevölkerung Wiens und des Hofes zu erfreuen. Indes hatte General Heiſter ſich zum Angriffe vorbereitet. Nachdem er den Plan hiezu mit den

Generalen Solari und Vaubone und einem ständischen Ausschuß entworfen, wurden alle Scharf- und Scheibenschützen der Viertel Ober- und Unterinnthal, des Eisack- und Pusterthales, des Burggrafenamtes und Vintschgaues auf den 21. August nach Innsbruck bestellt; am 17. rückten die Besatzungen des Wippthales dahin vor. Die Aussicht auf Beute lockte dichtgedrängte Schaaren aus allen Thälern herbei, die Masse des Landsturms und Militärs stieg angeblich auf 20.000 Mann. Mit dieser Macht brach Heister am 24. nach Seefeld auf. Der Kurfürst war aber schon am 21. von Seefeld mit allen seinen Truppen gegen Mittewald abgezogen und General Maffei folgte ihm nach Zerstörung des Schlosses Scharnitz. So verließ der Feind nach zweimonatlichem Aufenthalte des Landes Grenzen wieder, nachdem er in dessen Bergen 2—5000 Mann eingebüßt hatte, und als er seinen ganzen Plan vereitelt sah. Die Tiroler begnügten sich aber nicht damit, die Baiern aus ihrem Lande vertrieben zu haben, sondern Rache und Beutelust bewog sie jetzt zu einem Einfalle in Baiern. Sie brachen an drei Orten, bei der Scharnitz, im Achenthal und bei Kufstein in das bairische Gebiet ein. Am 27. August erstürmte Heister die Schanze zwischen Partenkirchen und dem Kloster Etal und Streifpartien drangen bis 5 Stunden vor München. Schrecklich hausten die Tiroler im Verein mit dem kaiserlichen Militär in den Herrschaften Werdenfels, Etal, Hofmark und Waldeck. Die Klöster Pollingen, Etal, Raitenbuch, Steingaden und Tegernsee, der schöne Flecken Murnau und die Dörfer Oeschella und Schwaiganger giengen in Rauch auf. Da half kein Bitten und kein Jammern, es ward den Unglücklichen zur Antwort gegeben: „Man habe die Grausamkeit von den Baiern gelernt.“ Aber die Tiroler scheinen ihre Lehrmeister übertroffen zu haben; nach Jahren glaubte man die durch den Krieg verwilderten Gemüther durch Jesuitenmissionen mildern zu müssen! Bei der am 29. August erfolgten Rückkehr wurden beiläufig 6000 Stück Rindvieh, 136 Pferde und große Contributionen und kostbare Mobilien mitgenommen. General Guttenstein blieb mit 1000 Mann regulären Kriegsvolkes und vielen Schützen in der Scharnitz und auf dem Seefelde; General Heister eilte den in Südtirol einbrechenden Franzosen entgegen.

Als der Kurfürst von Baiern in Tirol einbrach, erhielt der Oberfeldherr der französischen Armee in Italien Vendome vom französischen Hofe die Weisung, die Vereinigung mit den Baiern in

unſerem Vaterlande auszuführen, möge es gehen, wie es wolle. Daher mußte er ſeine natürliche Abneigung gegen dies Unternehmen überwinden und brach mit einem Heere von 20.000 Mann ungefähr um die Mitte des Juli nach den Alpenpäſſen auf. Auf dieſe ſchreckliche Nachricht wurden die bisherigen Rüſtungen in Südtirol mit verdoppeltem Eifer fortgeſetzt. Zu Trient trat am 14. Juli eine Schutzdeputation, die aus Mitgliedern des Magiſtrates und des Domcapitels beſtand, zur gemeinſchaftlichen Berathung der Vertheidigungsmittel zuſammen. Man bot die benachbarten Gemeinden zum Schutze der Stadt auf und ſchickte die Zuzüge der Bauern an die gefährdeten Grenzen. Die Päſſe alla Pietra bei Conegliano und al Covelo wurden in Vertheidigungszuſtand geſetzt. Die Roveretaner ſchickten ihre Stadtmiliz auf den Monte Baldo zur Vertheidigung der Uebergänge und der daſelbſt angelegten Schanzen. Im Val di Ledro wurde alle waffenfähige Mannſchaft aufgeboten, zu Storo ſammelten ſich die Zuzüge aus dem Valſugan und die Aufgebote aus Judicarien. Die Mittel zu dieſen Rüſtungen gewann man durch Anleihen und eine Kriegsſteuer auf die Gleba; dabei zeichneten ſich namentlich die Bürger von Trient durch ihren Patriotismus aus, die freiwillig ihr Geld auf den Altar des Vaterlandes legten. Die einheimiſchen Streitkräfte wurden noch vermehrt durch kaiſerliches Militär und Zuzüge vom deutſchen Südtirol und vom nördlichen Kriegsſchauplatz. Der kaiſerl. Feldherr Stahremberg ſandte den General Vaubon mit 800 Pferden und 1000 Mann Fußvolk zu Hilfe, welche die vier Vicariate und gemeinſchaftlich mit der Landmiliz die Uebergänge des Monte Baldo beſetzten. Bei Lodron ſammelte ſich nach und nach eine Truppe von 1000 Mann und verſchanzte die Feſte d'Anfò. Dazu kamen noch zwei Bataillone vom Solariſchen Regiment, die ſich um Rovereto lagerten. Nigrelli deckte mit ſeinem Regiment bei Rivoli die Etſch und Stahremberg ſelbſt ſtellte ſich zu Caſtelnuovo auf. Die Schutzdeputation zu Bozen berief die Etſchländer Schützen aus dem Innthal zurück, bot in den nächſten Umgebungen, wie in den Gerichten Altenburg, Tramin, Kurtatſch und Deutſchmetz auf, was noch an waffenfähiger Mannſchaft zu Hauſe war, und ſchickte ſie nach Judicarien. Zugleich war ſie eifrigſt bedacht, den Bedarf an Geld und Lebensmitteln zum Unterhalte der Landesvertheidiger aufzubringen und entwickelte dabei eine bewunderungswürdige Findigkeit.

Indes hatte ſich Vendome zu Peschiera und Deſenzano zum Angriff gerüſtet und ließ ſein Heer in drei Abtheilungen vorrücken. Die erſte, welche über Lodron und Judicarien vordringen ſollte, fand an den Päſſen beim Idroſee unüberwindliche Hinderniſſe. Um ſo glücklicher war die zweite unter General Medavi, denn ſie gelangte ohne erheblichen Widerſtand über das Ledrothal und das Gebirge Giumela im Rücken aller Schanzen in die Ebene von Riva, nahm dieſes ſammt dem Schloſſe ein und rückte nach Arco vor. Die dritte, welche Vendome ſelbſt führte, erzwang nach einem hitzigen Gefecht den Uebergang über den Monte Baldo und ſtieg nach Mori hinab. Hier aber die Etſch zu überſetzen, wagte Vendome nicht und darum theilte er ſein Corps in zwei Abtheilungen. Während er die eine am rechten Etſchufer vordringen ließ, führte er die andere ſelbſt nach Riva, zerſtörte dabei das Schloß Penede und vereinigte ſich dann mit Medavi, um gemeinſam mit ihm über Cavedine nach Trient zu marſchiren. Allein die Stadt und Feſtung Arco, die 700 Mann vom Regiment Nigrelli und 70 Schützen nebſt der entſchloſſenen Bürgerſchaft tapfer vertheidigten, hielten ſie mehrere Tage auf; die Stadt fiel erſt nach heftiger Belagerung am 9. Auguſt in ihre Hände; die Feſte behauptete ſich ſogar bis zum 17. und mußte ſich ſchließlich mehr aus Mangel an Munition und Lebensmitteln als vom Feinde bezwungen ergeben. Nach deren Falle ſetzte Vendome ſeinen Marſch ſogleich fort und ertheilte zugleich der andern Abtheilung den Befehl, gleichzeitig die Päſſe von Ravazzone zu erzwingen.

Während ſo die Gefahr dem Herzen Wälſchtirols immer näher gerückt war, hatten die Tiroler ſich eifrig gerüſtet, dasſelbe zu vertheidigen und dem weitern Vordringen der Feinde ein Ziel zu ſetzen. Die Roveretaner ſtellten an allen gefährlichen Punkten der Etſch Wachen auf, die Trientiner machten die Zugänge zur Stadt durch Anlegung von Schanzen und Abtragung von Brücken ungangbar und raſirten die ganze Umgebung derſelben. General Solari erwählte Trient zum Mittelpunkt ſeiner Operationen und war entſchloſſen, die Stadt und die Etſchübergänge bis zum letzten Athemzuge zu vertheidigen. Er zog daher in Trient eine Macht von 4000 Soldaten zuſammen. Seine zweckmäßigen Anordnungen, die Verſchanzung des Etſchſtromes, die Abtragung der Brücken von Neumarkt und Salurn weckten allgemeine Begeiſterung und Vertrauen. Seinen Aufgeboten folgten zahlreiche Landesvertheidiger in der nächſten

Umgebung, ſowie in den Vierteln an der Etſch und am Eiſack. Davon behielt er den Grafen Franz Ad. von Brandis mit ſeinen 400 Scharfſchützen und Flugi mit ſeiner Schaar bei ſich, alle übrigen Schützen und Milizen wies er unter dem Hauptmann Cazan auf den Nonsberg. Cazan ſammelte am 28. Aug. nahe an 1200 auserleſene Schützen zu Molveno und vertheilte ſie dann nebſt einer Abtheilung Militär von 100 Mann zweckentſprechend auf die bedrohten Punkte, um ſich vor jedem unvorgeſehenen Ueberfall zu ſichern.

Dieſe Rüſtungen brachten jedoch Vendome von ſeinem Vorhaben nicht ab; er brach vielmehr nach der Eroberung Arco's ungeſäumt nach Trient auf. Er nahm den Weg über Dro, Vezzano und Cadine und fand außer einem kleinen Gefechte bei Ranzo keinen ernſtlichen Widerſtand. Am 1. Sept. erſchien er im Angeſicht der Stadt Trient. Sogleich bemächtigte er ſich des Hügels von Sardagna und des Pié di Caſtello und begann das Lager und die Verſchanzungen der Kaiſerlichen zu beſchießen. Am 2. und 3. ward die Kanonade noch heftiger, nachdem auf den Dos di Trento und auf die Höhe der Straße della Scala Geſchütze geſchleppt worden. Dann forderte Vendome zweimal die Stadt zur Uebergabe auf; aber Beſatzung und Bürgerſchaft waren zur äußerſten Gegenwehr entſchloſſen und vertrauten auf die Stärke der Mauern und den Schutz des Stromes. Daher waren beide Aufforderungen vergeblich. Nun eröffnete Vendome am 5. von neuem das Feuer und gleichzeitig verſuchte eine Abtheilung ſeines Heeres bei Terlago einen Durchbruch. Doch das Feuer that keinen großen Schaden und die bei Terlago und Gaza am 6. errungenen Vortheile wurden nicht verfolgt; denn ſchon am 7. trat Vendome, nachdem er noch zum Abſchiede eine mörderiſche Kanonade auf die Stadt gerichtet, den Rückzug an. Der Hauptgrund davon war wol die Ueberzeugung, daß nach der Vertreibung des Kurfürſten für ihn in Tirol nichts zu ſuchen ſei, und der Uebertritt des Herzogs von Savoyen auf die Seite der Kaiſerlichen. Vendome eilte voraus und überließ das Commando General Medavi. Der Rückzug erfolgte unter gräulichen Verwüſtungen, vier Tage loderten die zerſtörenden Flammen, alle Dörfer wurden ausgeraubt und niedergebrannt, ſelbſt die Kirchen ſchonte man nicht. Solari konnte dem nicht Einhalt thun, denn er mußte mit einigen Tauſend Mann dem kaiſerlichen Heere unter Starhemberg zuziehen. Da übernahm General Heiſter, der eben mit einem Dragoner Regiment und einigen

Hundert Kroaten nach Trient gekommen war, mit dem noch vorhandenen Militär und den Schützen und Milizen die Vertreibung des Feindes. Der Mangel an Schiffen nötigte Medavi, einen Theil seines Heeres über Judicarien zu schicken. Daher sandte Heister die unter dem Befehle des Grafen v. Brandis stehenden Schaaren auch dahin. Diese drängten im Verein mit den kaiserlichen Soldaten, die ihnen von Lodron her die Hände reichten, nach schwierigen Märschen über unwegsame Gebirge den Feind vom 16. bis 20. Sept. nach Italien hinunter, nachdem er die ganze Cavallerie und einen großen Theil der Beute zurückgelassen hatte; doch mußten sie dann durch ganz verödete Gebiete den Rückzug nehmen. Nicht so erfolgreich kämpfte das Hauptheer; erst Mitte October räumte der Feind, unbekannt wie, das Vaterland gänzlich. Vor seinem völligen Abzuge sprengte und verbrannte er noch der Reihe nach die Schlösser und Dörfer Nago, Torbole, Tenno, Arco und Riva, wie er schon früher Brentonico und Mori den Flammen übergeben. Arco wurde zweimal gebrandschatzt. Mit schwerer Beute beladen, verschwanden endlich die Franzosen über den Gardasee, indem sie überall Schaaren verwundeter und kranker Soldaten zurückließen. Der Schaden, den sie angerichtet hatten, war ungeheuer; die schönsten Landschaften Tirols glichen buchstäblich einer Wüste, viele Tausend Menschen waren obdachlos geworden. In letzter Zeit hatten nur mehr die Soldaten allein die Verfolgung des Feindes bewerkstelligt, die Schützen und Milizen hatte Heister schon am 25. Sept. nach Hause entlassen.

Nach diesen Kämpfen war das Land bis auf die Feste von Kufstein vom Feinde wieder gänzlich befreit, aber die Folgen derselben waren überall sichtbar: Tirol bot ein gräßliches Bild von Zerrissenheit und Auflösung jeder gesellschaftlichen Ordnung. Wenn die Geheimräthe und das Militärdirectorium vor dem Erlasse der Aufgebote eine große Scheu gezeigt hatten, so waren sie von einem nicht ganz unrichtigen Gefühle geleitet worden. Bei der Unzufriedenheit, die unter den Bauern herrschte, bei dem Mangel einer entsprechenden Zuzugsordnung konnte unter ihnen um so leichter Unordnung und Widersetzlichkeit einreißen, als sie im Kampfe einer bisher lange nicht mehr gewohnten Freiheit genossen und zum Bewußtsein ihrer Kraft und Bedeutung kommen mußten, womit ihre bisherige Geltung in großem Widerspruche stand. Wir haben ge-

ſehen, wie dieſe Befürchtungen theilweiſe ſchon während der Anweſenheit des Feindes ſich erfüllten, und man darf ſich nicht wundern, wenn dies nach der Vertreibung der Baiern und Franzoſen noch mehr der Fall war. Als Sieger und im Beſitze der Waffen, hatten die Bauern vor den Obrigkeiten und jeder geſetzlichen Gewalt alle Achtung verloren, glaubten ihre Verdienſte nicht hoch genug anſchlagen zu können und zeigten große Begehrlichkeit nach den Rechten der Pfandherrſchaften, der landesfürſtlichen Regalien und nach einer Freiheit, welche von jener des weſtlichen Nachbarlandes nicht weit entfernt war. Ein Directorium ohne Anſehen, Generale voll Willkür und ein ſuſpendirtes und intrigantes Gubernium waren allerdings gar wenig geeignet ihnen zu imponiren, um ſo weniger, als dieſe Behörden ſelbſt unter einander fortwährend uneins waren. Die ſchreckliche Geldnot, die infolge der großen Kriegsauslagen und der ſchlechten und unredlichen Finanzgebahrung eintrat, mußte die Unzufriedenheit ſteigern und nötigte auch das Directorium zu ſehr bedenklichen Mitteln. Man zog nämlich faſt alle den Baiern gehörigen Güter, die in Tirol lagen, ein, verkaufte ſie und verwendete den Erlös für die Bedürfniſſe des Landes. Die Confiscation erzeugte aber den Wahn, daß jede Gemeinde nach den nächſt gelegenen bairiſchen Gütern greifen dürfe, und ſchwächte den bei vielen Bauern damals ohnehin ſchwachen Sinn für fremdes Eigenthum. Hiedurch entſtanden, in Verbindung mit andern Urſachen, höchſt bedeutende Zerwürfniſſe im Lande. Da einzelne Exceſſe nicht gehörig beſtraft wurden, ſo durchbrach die Zügelloſigkeit bald alle Schranken. Im Eiſack- und Puſterthal erhoben ſich die Gemeinden förmlich gegen ihre Pfandherrſchaften und im Unterinnthal überfielen die Bauern ſogar das Schloß Trazberg und plünderten es rein aus. Man hörte nicht auf die Abmahnungen der Obrigkeiten, und ſelbſt die Mahnſchreiben des Kaiſers thaten geringe Wirkung. Erſt die Ausſicht auf baldige Einberufung eines Landtages, wo alle Beſchwerden zur Sprache kommen ſollten, erzeugte eine beruhigtere Stimmung. Die Gemeinden rüſteten ſich nun, ihre Klagen, Bitten und Wünſche zuſammen zu ſtellen, wobei hie und da die Forderungen an's Uebermaß ſtreiften. So verlangte das Viertel Puſterthal und Stadt- und Landgericht Lienz Befreiung von allen Steuern und dem Umgeld. Beſonders vorlaut war auch das Gericht Hörtenberg in Oberinnthal und ungeſtüm traten die Gerichte Landeck, Laudeck, Pfunds und Naudersberg

auf. Die italieniſchen Confinen ſchrieen ebenfalls nach Erleichterung von der drückenden Militärverpflegung und ſchilderten ihre Not in düſtern Farben. Zu dieſen Particularforderungen und Bitten kamen die Bitten und Beſchwerden ſämmtlicher Städte und Gerichte an der Etſch, im Burggrafenamte, Vintſchgau, Eiſack-, Inn- und Wippthale. Sie verlangten 1. Ausrüſtung des Landes mit Gewehren und Munition, Ordnung des Zuzugsweſens und gleichmäßige Vertheilung der Landesvertheidigungslaſten; 2. Reducirung der oberöſterreichiſchen Stellen, Selbſtändigkeit der oberöſterr. Hofkammer, Verwendung der ſchweizeriſchen Salzgelder für das Land, gleiche Juſtiz für alle u. ſ. w.; 3. Verſchonung mit Durchzügen; 4. und 5. betreffs der Militärverpflegung die Sendung von Hilfsgeldern und die Ueberlaſſung des Umgeldes zur Tilgung der Verpflegsſchulden; 6. Schadenerſatz für die im Kriege Verunglückten; 7. Gleichheit in Steuerſachen; 8. Abſchaffung des Appalto- (Verpachtungs)- Syſtems; 9. Beſtätigung und Vermehrung der Freiheiten. Der Kaiſer antwortete auf dieſe allgemeinen und die meiſten Particularforderungen mit väterlichem Wolwollen, zeigte ſich zu möglichſter Abhilfe bereit und verwies hiebei auf bereits getroffene oder beim nächſten Landtage zu berathende Maßregeln; nur die übertriebenen Forderungen der Gerichte Hörtenberg, Landeck, Laudeck, Pfunds und Naudersberg und des Viertels Puſterthal erfuhren zum Theil eine tadelnde Abweiſung. Aber der Landtag ließ lange auf ſich warten, indem der Kaiſer Bedenken trug, bei der herrſchenden Aufregung denſelben einzuberufen, und ſo gewann des Landes Zuſtand wieder ein düſteres Ausſehen. Die Bauern im Innthal erbitterten die Vorgänge vor Kufſtein. Trotzdem dieſe Feſte ſeit Mitte October ernſtlich belagert wurde, lag ſie noch immer in Feindeshand; ja die Belagerer ließen ſich ſogar durch ein nahendes bairiſches Entſatzcorps zur Flucht verleiten. Da verloren die Bauern alle Achtung vor dem General Heiſter und wollten ihm nicht mehr gehorchen. Gleichzeitig erweiterte ſich die Kluft zwiſchen den Geheimräthen und dem Directorium, da letzteres beim Kaiſer eine Unterſuchung gegen erſteres und ſeine Organe beantragt hatte. Die Räthe baten den Kaiſer in gereizter Stimmung um Aufhebung des Directoriums. Der Kaiſer vollzog dieſelbe wirklich am 12. Dec. und ordnete die Wiederherſtelluug der alten Behörden an, aber er ſchloß mehrere Mitglieder ausdrücklich davon aus und befreite nie-

manden von der bereits verhängten Unterſuchung. Dieſe Anordnungen waren jedoch zu nichts weniger geeignet, als zur Beruhigung der Bevölkerung; die ſchwierige Stimmung dauerte fort, bis im Frühjahr 1704 die Unterſuchungscommiſſion unter Leitung des Grafen Adam v. Saurau und Freih. Zach. Gottfr. v. Webersberg ihr ſchwieriges Geſchäft eröffnete und der Landtag zuſammentrat.

Der allgemeine Landtag, den der Kaiſer am 16. Jan. 1704 einberief, verſammelte ſich am 26. Febr., nachdem ein widerlicher Streit zwiſchen dem immatriculirten und nichtimmatriculirten Adel zu Gunſten des erſtern beglichen worden war. Die landesfürſtliche Propoſition enthielt in ziemlich allgemeinen Ausdrücken die Aufforderung, den Bedürfniſſen und der Not des Landes zu Hilfe zu kommen, wogegen der Kaiſer das Seinige zu thun verſprach. Bevor die Stände aber auf deren Berathung eingiengen, erörterten ſie die Frage, ob ſie ſich nicht einen Gubernator erbitten ſollten. Die Anſichten hierüber waren ſehr getheilt und es wurde eine Reihe von Gründen dafür und dawider geltend gemacht. Doch ſchließlich ſiegten erſtere und die Mehrzahl beſchloß, den Prinzen Karl Philipp von Pfalz-Neuburg vom Kaiſer ſich zu erbitten. In dieſem fand man alle nötigen Eigenſchaften: hohe Autorität und Kriegserfahrung und was beſonders berückſichtigenswert ſchien, eigene Mittel zur Hofhaltung, vereint. Der Kaiſer gewährte dieſe Bitte durch das Ernennungsdecret vom 15. Juni 1704. Nach Erledigung dieſes Anliegens gaben die Stände die Antwort auf die Propoſition: ſie war ebenſo allgemein wie dieſe gehalten und es wurde darin kaum etwas anderes geſagt, als daß man zur Hilfe bereit ſei. Da traten die Geheimräthe mit einem Projecte hervor; ſie beantragten die Errichtung von 10 Scheibenſchützen-Compagnien zu je 200 Mann, da dieſe Waffengattung ſich im letzten Kriege vorzüglich bewährt hatte. Dieſer Vorſchlag ſtieß auf vielfachen Widerſpruch, doch entſchied ſich zuletzt die Mehrzahl dafür; es ſollten durch die Landesobrigkeit 10 ſolche Compagnien aufgerichtet und die Officiere hiezu ernannt werden; nebenher wollte man aber beim Kaiſer um Belaſſung des im Lande befindlichen Militärs anhalten. Große Schwierigkeiten verurſachte aber die Frage, von welchem Fonde die Schützencompagnien unterhalten werden ſollten. Die Sitzung, die über dieſen Punkt berieth, war die bewegteſte von allen. Es drohte eine ernſtliche Spaltung, namentlich zwiſchen

Klerus und Laien. Letztere meinten: die Geistlichen sollen jetzt auch einmal in ihren Beutel greifen, bisher seien alle Kriegs- und Durchzugslasten auf den gemeinen Mann gefallen, hingegen die wolbegüterten Gotteshäuser, Pfarreien und Benefizien verschont geblieben. Dagegen ließ sich nichts Stichhaltiges vorbringen; aber die Geistlichkeit wehrte sich nach Kräften gegen die unliebsame Zumuthung. Nach langen Verhandlungen kam man zu folgenden Beschlüssen: 1. es soll auf ein Fuder Salz 48 kr. Accis gelegt und der Landschaft überlassen werden; 2. es sei eine Kopf- und Vermögenssteuer von 15—20.000 fl. nach dem Steuerfuß v. J. 1691 und mit Einschluß des Klerus zu erheben; 3. man bitte den Kaiser, das Umgeld und die baierischen Güter der Landschaft zu überlassen; 4. man lege auf die fremden Weine, die in's Land kommen, und auf das Vieh, das in's Ausland gehe, einen Aufschlag. Graf Urban Fieger aus Dornsberg, ein geistreicher und populärer Mann, wußte durch eine treffliche Rede den heftigen Widerspruch, den diese Vorschläge vielseitig erregten, zu dämpfen und namentlich den Adel zur Opferbereitwilligkeit zu entflammen. Hierauf legten die Stände gemeinsam ihre Wünsche und Bitten in einem Memorial an den Kaiser nieder (am 8. März) und traten mit der oberösterreichischer Kammer wegen ihres Beitrages zur Landesdefension in Unterhandlung. Als diese einige Angebote machte, beschloß die Landschaft: sie wolle die Anwerbung und Erhaltung der Schützencompagnien für die Dauer der Gefahr auf sich nehmen, und bewilligte hiezu 150.000 fl.; dagegen verlangte sie, daß alle weitern Defensionskosten die Kammer trage. Den Landesvierteln, die bis auf's Blut erschöpft waren, wurde ein Steuernachlaß von 120.000 fl. gewährt. Hatten diese pecuniären Fragen unter den Ständen heftigen Zwiespalt erweckt und häßliche Leidenschaften aufgeregt, so fanden sich alle Parteien in dem Glauben zusammen, daß der feindliche Einfall und alle damit verbundenen Uebel eine Strafe Gottes seien und man daher den göttlichen Zorn durch bußfertige Gesinnung sühnen müsse. Die Städte Rovereto, Trient, Brixen und Innsbruck hatten schon in diesem Sinne Gelübde gethan und man brauchte bloß ihrem Beispiele zu folgen. Der Landtag zögerte nicht; schon am 7. März wurden folgende Punkte durch Stimmenmehrheit zum Schlusse erhoben: 1. im ganzen Lande wird fortan das Fest der unbefleckten Empfängniß gefeiert; 2. am Vorabend desselben ist allgemeiner Festtag; 3. vor dem Landhaus

wird eine Gedenksäule (Annasäule) errichtet; 4. am Annatag findet eine feierliche Procession statt; 5. da werden 12 fl. unter Hausarme vertheilt und 6. die Landschaft spendet zur Vollendung des Anna-Altars in der Spitalkirche 300 fl.

Der Geheimrath war mit der landschaftlichen Antwort nicht zufrieden und verlangte höhere Bewilligungen. Da ließ sich der Landtag herbei, die 150.000 fl. auf 200.000 zu erhöhen und überreichte die eingebrachten Beschwerden, die in 25 Punkten bestanden. „Sie enthielten theils Klagen über Mißbräuche, theils Vorschläge zur bessern Administration des Landes und waren entweder allgemeiner Natur oder hervorgegangen aus localen Verhältnissen." Sowol die einen als die andern enthielten fast nichts Neues und bestanden meist nur in Wiederholung schon oft vorgebrachter Klagen und Bitten. In der Triplik erklärten sich die Geheimräthe mit der gemachten Bewilligung zufrieden, mahnten zur Ausführung der Beschlüsse und versprachen die Beschwerden allerhöchsten Ortes anzubringen. Am 5. April erschien die kaiserliche Resolution auf die Landtagsbeschlüsse. Darin ertheilte Leopold I. den Tirolern hohes Lob für ihre Treue und Hingebung im Kriege und die während des Landtages bezeigte Hilfsbereitwilligkeit; er äußerte sein höchstes Wolgefallen über die Errichtung der Schützencompagnien, genehmigte den Salzaccis und die Capitalsteuer und versprach, das Umgeld wie den Ertrag der kaiserlichen Kammergefälle zur Vertheidigung des Landes zu verwenden; aber die Bitte, ersteres den Ständen zu überlassen, erhörte er nicht, auch ertheilte er der Landschaft einen bittern Verweis über ihr eigenmächtiges Vorgehen in der Schützenangelegenheit mit den Worten: „Es habe fast das Ansehen, als seien die 2000 Schützen nicht bestimmt, dem Kaiser als Landesherrn, sondern der Landschaft zu schwören." Zur Ausführung seiner Beschlüsse hatte der Landtag Landräthe aufgestellt und ihnen Bozen und Innsbruck als Mittelpunkte ihres Wirkens angewiesen. Ihre Wirksamkeit unterstützten patriotische Männer, wie Freih. v. Cazan und Graf Urban Fieger, durch lehrreiche Schriften über das tirolische Defensionswesen und über die Mittel zur sittlichen Hebung der Bevölkerung. Auf Grundlage der landschaftlichen Berathungen erließ dann am 29. Mai 1704 der Kaiser eine neue Zuzugsordnung. Dieselbe bestimmte, von den Schützencompagnien abgesehen, im wesentlichen nichts Neues, und setzte nur einige Punkte genauer fest oder brachte sie wieder

in Erinnerung. Hienach ſollten die Zuzüge nach Ausweis des Landlibelles vom Jahre 1511 und der Zuzugsordnung vom Jahre 1605 erfolgen, die Viertelshauptleute mit Hilfe der Gerichtsobrigkeiten die Contingente der einzelnen Orte und Gerichte beſtimmen und die Einrollirungen vornehmen, für Aufbringung der Gewehre, Fuhren und Vorſpannen ſorgen und jedem Fähnlein die nötige Anzahl Officiere verſchaffen.

Mit dem Jahre 1704 trat auf dem deutſchen Kriegsſchauplatze eine entſchiedene Wendung zu Gunſten der kaiſerlichen Waffen ein; Marſchall Marlborough und Prinz Eugen errangen bei Höchſtädt einen glänzenden Sieg über das franzöſiſch-bairiſche Heer (13. Auguſt 1704). Infolge deſſen brachen die Oeſterreicher in Baiern ein und berannten die Plätze, wo noch bairiſche Beſatzungen lagen, darunter auch Kufſtein. Dieſe Feſte, ſowie Ingolſtadt und Neuburg am Inn wurden infolge des Ilbersheimer Vertrags übergeben und Prinz Eugen ſchlug im darauf folgenden Winter ſein Quartier in München auf: die Oeſterreicher waren Herren von Baiern. Damit war im Norden für Tirol jede Gefahr geſchwunden. In Italien hatte ſich ein Theil der Kaiſerlichen im Laufe des Jahres 1704 aus dem Ferrareſiſchen nach Tirol zurückziehen müſſen; als ſie aber Verſtärkung bekamen, rückten ſie in das Breſcianiſche nach Gavardo und Salò vor. So war auch von dieſer Seite für Tirol nichts zu befürchten, als der Kaiſer am 5. Mai 1705 ſtarb.

Leopold I. ſtand an ausgezeichneten Geiſtesgaben und Kenntniſſen keinem ſeiner Vorgänger nach. Alle, die mit ihm zu thun hatten, lobten die Schärfe ſeiner Auffaſſung, die Klarheit ſeines Urtheiles. Er wußte ſich ſelbſt in den Schlangengängen der damals ſo ſehr verkünſtelten Politik gleich dem erfahrenſten Miniſter zurecht zu finden. Hiebei kam ihm die Geläufigkeit, mit der er in verſchiedenen Sprachen ſich ausdrückte, nicht wenig zu ſtatten. Gerechtigkeit, Herzensgüte und Frömmigkeit ſeien, ſo berichten die venetianiſchen Geſandten einſtimmig, die einzigen Triebfedern ſeines Handelns geweſen. Leidenſchaftlicher Ausbrüche war er ganz unfähig, und nichts mußte mehr bewundert werden, als der wahrhaft großherzige Gleichmuth, mit welchem er die Schläge des Schickſals ertrug, die ihn oft in empfindlichſter Weiſe trafen. Leicht fand man Zutritt zu ſeiner Perſon und ſeine perſönliche Liebenswürdigkeit, ſeine bekannte Freigebigkeit bewirkten, daß er von Bittenden und

Klagenden wahrhaft bestürmt wurde. Aber es fehlten Leopold's Charakter gerade jene Eigenschaften, die einem Fürsten am unentbehrlichsten sind: Energie, Entschlossenheit, durchgreifendes Handeln und Selbstvertrauen. Darum gab er sich nur zu gern dem Einflusse seiner Umgebung hin, namentlich auch seiner Beichtväter. Der Kirche und Geistlichkeit war er sehr ergeben, und nicht leicht versagte er etwas, was zu deren Aufnahme, besonders des Jesuitenordens, diente. Dieser hatte großen Einfluß auf seinen Hof und bestimmte lange fast ausschließlich dessen innere und äußere Politik. Die Tugenden des Privatmannes entwickelte der Kaiser in weit höherem Grade als die Eigenschaften des Herrschers. In äußerlicher Devotion und genauer Beobachtung der Kirchengebräuche fand er kaum Seinesgleichen unter den Fürsten seiner Zeit, und nichts Schöneres kann gedacht werden, als das Band, welches den Kaiser an seine Familie knüpfte. Leopold hat sich dreimal vermählt. Der spanischen Margaretha war die stolze Claudia Felicitas gefolgt, die Erbtochter Tirols, eine Frau von großer Schönheit, prachtliebend, starken und männlichen Geistes, und an deren Stelle trat Magdalena Theresia von Pfalz-Neuburg, die in den meisten Beziehungen der entschiedenste Gegensatz ihrer Vorgängerin war. Von dieser hinterließ Leopold I. bei seinem Tode zwei Söhne: Josef und Karl[2]).

§ 4. Kaiser Josef I.

Inhalt: Charakteristik der Regierung Josef's I. Der Gubernator Karl Philipp von Pfalz-Neuburg. Der spanische Erbfolgekrieg in Oberitalien während Josef's Regierung und der Aufstand der bairischen Bauern. Ausschußtage in den Jahren 1705 und 1707. Hochzeitsgeschenke auf den Ausschußtagen der Jahre 1708 und 1709. Deputation nach Wien, deren Vorschläge und Bitten. Antwort des Kaisers. Incorporation der oberöst. Hofkammer in die Wiener Hofkammer gegen die Bitte der Stände. Andere unerfüllbare Bitten und unterbliebene Reformen. Erwünschte Resolutionen. Josef's I. Beziehungen zu den beiden Stiftern Brixen und Trient. Charakteristik Josef's I.

Die Regierung Josef's I. fällt ganz in die Zeit des spanischen Erbfolgekrieges und ist, da zu demselben sich noch der Aufstand der Ungarn gesellt hatte, ganz mit kriegerischen Ereignissen erfüllt. Berühren diese auch unser Vaterland nicht unmittelbar, so wird es davon doch, weil mitten zwischen zwei Kriegsschauplätzen, Deutschland und Italien, gelegen und einer der kriegführenden Hauptmächte unterthan, wiederholt in's Mitleid gezogen und es naht sich *selbst seinen* Grenzen die Gefahr. Dies macht öftere Ausschußver-

ſammlungen nötig und verhindert den Landesfürſten und die Landſchaft, ſich ernſtlich mit der Heilung der in den erſten Kriegsjahren geſchlagenen Wunden zu befaſſen. Aber während dieſe in dem alten Zuſtande bleiben, ſchreitet die Entwickelung des Abſolutismus und der Centraliſation fort. Joſef's Regierung iſt die erſte, in der kein Erbhuldigungslandtag gehalten wurde, und bietet in der Unterordnung der tiroliſchen Hofkammer unter die von Niederöſterreich das erſte Beiſpiel, daß eine tiroliſche Stelle einer Wiener Hofſtelle unterſtellt wurde. Doch wurde im ganzen auch von Joſef I. Tirol mit der altgewohnten Milde regiert, wie aus ſo manchen Maßregeln und insbeſondere auch aus dem Umſtande erhellt, daß er ihm den erbetenen Gubernator gab.

Karl Philipp von Pfalz-Neuburg, der bisher in Schleſien ein vergnügtes Ruheleben geführt hatte, traf zum erſten Male in ſeiner neuen Reſidenz am 19. Febr. 1706 ein, aber nur mit wenigem Gefolge und zu einem kurzen Aufenthalte. Dauernd und mit ſeinem ganzen Hofſtaate überſiedelte er erſt im September 1607, am 11. d. M. hielt er mit ſeiner Gemahlin und einzigen Tochter ſeinen feierlichen Einzug in Innsbruck, wobei ihm die vornehmſten Herren aus der Stadt und eine Compagnie Bürger bis Wilten entgegen kamen, die übrige Bürgerſchaft aber in der Neuſtadt, auf dem Stadtplatze und in der Hofgaſſe in Parade ſeine Ankunft erwartete. Dieſer Einzug ſoll ſo prächtig geweſen ſein, daß man dergleichen hier ſonſt nicht geſehen; denn die herzoglichen Livreen allein, ohne die prachtvollen Leibkutſchen, wurden auf 45.000 fl. geſchätzt, und nur der ſechsſpännigen Wagen vom Hofſtaate und hieſigen Adel zählte man ſechzig. Beim Stadtthore war ein Triumphbogen mit verſchiedenen Inſchriften errichtet. An den Einzug ſchloſſen ſich die gewöhnlichen Feſtlichkeiten. Als ein lebensluſtiger Herr, traf der Herzog die Einrichtung, daß, wie er es in Schleſien gepflogen hatte, täglich in der Woche, den Freitag und Samstag ausgenommen, bei Hofe Geſellſchaft ſein ſollte. Die Stände machten ihm bei bei ſeinem Regierungsantritt ein Geſchenk von 3000 Species-Ducaten, die gewünſchte Leibgarde wurde ihm aber nicht bewilligt [1]).

Bevor der Gubernator nach Tirol kam, gerade in den beiden erſten Jahren der Regierung Kaiſer Joſef's zog der ſpaniſche Erbfolgekrieg in dem weitern Verlaufe, den er nach Leopold's Tode nahm, unſer Vaterland am meiſten in's Mitleid. Denn in

den Jahren 1705 und 1706 wurde Oberitalien wieder ein Hauptſchauplatz desſelben, und gleichzeitig erhoben ſich die bairiſchen Bauern gegen die öſterreichiſche Regierung. So entbrannte am Nord- und Südfuße der Alpen, in unmittelbarer Nähe Tirols, der Kampf. Im Frühjahre 1705 ſetzte Vendome, der Feldherr der franzöſiſchen Armee in Italien, ſeine Eroberungen in Piemont fort und brachte den Herzog in große Bedrängniß, ohne daß dieſem die im elendeſten Zuſtande befindliche kaiſerliche Armee zu helfen vermochte. Darum ſandte noch Kaiſer Leopold I. den Prinzen Eugen wieder nach Italien. Dieſer ſammelte im April zu Rovereto ſeine Streitkräfte, führte ſie bei Pescantina über die Etſch und ſchlug ſein Hauptquartier zu Salò auf. Als er aber von da in die Lombardei vorrückte, vermochte er mit ſeinem kleinen und das Notwendigſte entbehrenden Heere den Feind bei Caſſano (16. Auguſt 1705) nicht entſcheidend zu ſchlagen; er mußte ſich wieder in ſeine frühere Stellung an dem Gardaſee zurückziehen und die großen Verluſte in der blutigen Schlacht und der Mangel an Kriegsbedarf hinderten ihn für dies Jahr an jeder ausſchlaggebenden Unternehmung. Als er im April des folgenden Jahres ſich wieder durch Tirol nach dem Kriegsſchauplatze begab, fand er ſeine Völker aus ihren Stellungen verdrängt und in völliger Auflöſung auf dem Rückzug in unſer Vaterland begriffen. Der Prinz mußte der Stärke ſeines Gegners weichen und ſeine Streitkräfte bis nach Riva zurückziehen. Aber in Tirol war ſeines Bleibens nicht lange. Nachdem er ſich durch deutſche Hilfstruppen verſtärkt, rückte er trotz aller Bemühungen Vendome's, ihm den Ausgang aus den Alpen zu verſperren, durch das Etſchland in die venetianiſche Ebene vor, ſetzte dann über den Po und eilte jenſeits desſelben zum Entſatze Turin's. Nachdem er hier am 7. Sept. 1706 einen glänzenden Sieg über den doppelt ſtarken Feind erfochten, ergab ſich in Oberitalien ein Platz nach dem andern an die Kaiſerlichen und von da an kamen die Franzoſen nicht mehr gegen ſie auf; in den Jahren 1709 und 1710 gelangte dann der Krieg auf dieſem Kriegsſchauplatz völlig zur Ruhe. Von noch kürzerer Dauer war die Gefahr, die Tirol von dem Aufſtande der Bauern in Baiern drohte; denn dieſer Aufſtand ward bald wieder unterdrückt. Die genannten Ereigniſſe veranlaßten die tiroliſche Regierung zweimal eine Ausſchußverſammlung einzuberufen. Die in den Monaten September und October 1705 zu Innsbruck gehal-

tene Versammlung bewilligte 20.000 fl. zur Verpflegung der im Lande cantonirenden Marodeure und 40.000 fl. zur leichten Bestreitung der militärischen Durchzüge, besonders zur Errichtung eines Magazins an den wälschen Confinen. Verlangt hatte man aber, daß zur Vertheidigung des Vaterlandes 2000 oder wenigstens 1500 Mann geworben würden. Auf dem Innsbrucker Ausschußtage im Jan. 1707 wurden die Mittel zur Ausrüstung und Erhaltung von 2000 Mann gefordert, und die Landschaft votirte 30.000 fl. Restanten für Durchzugskosten und weitere 6000 fl. für Munition, Montur und Proviant.

Die weitern Ausschußtage wurden zur Bewilligung von Geschenken und zur Ordnung der innern Angelegenheiten des Landes abgehalten. Im Jahre 1708 wurden Anstalten getroffen zur Vermählung Karl's, des Bruders Josef's I. und Königs von Spanien, mit der Prinzeß Elisabeth Cristina von Lüneburg-Wolfenbüttel. Eine im Januar zu Bozen tagende Ausschußversammlung gewährte zur Bestreitung der Hochzeitskosten ein Geschenk von 12.000 fl. Im folgenden Jahre wurde des Kaisers Schwester Maria Anna Braut König Johann's V. von Portugal, und die Stände sollten auf einem Ausschußtage im Mai 1709 auch für sie ein Hochzeitsgeschenk gewähren. Aber sie schickten damals einen eigenen Deputirten nach Wien, der nebst andern Angelegenheiten ihre Bitte, sie damit zu verschonen, vorbringen sollte. Doch diese Bitte wurde ihnen nicht gewährt, und sie mußten auf einem weitern Ausschußtage im September 12.000 fl. zu genanntem Zwecke bewilligen. Die innern Angelegenheiten, die es zu ordnen gab, waren zahlreich. Die immerwährenden Durchzüge, Cantonirungen und Winterquartiere der kaiserlichen Kriegsvölker, die Landeszuzüge, die Unterhaltung der Schützen und die hohen Contributionen in Leopold's letzten Regierungsjahren hatten dem Lande etliche Millionen Unkosten verursacht und es so erschöpft, daß man überall nur Klagen hörte, Glauben und Vertrauen schwand und die landschaftlichen Steuern in's Stocken geriethen. Da die Landschaft bei der Unfruchtbarkeit des Landes in ihm keine Hilfsmittel zu finden hoffte, so beruhte bei der Thronbesteigung des Kaisers Josef ihre einzige Hoffnung auf diesem. Darum schickte sie auch sogleich nach seinem Regierungsantritte eine Deputation nach Wien, ließ dem kaiserlichen Hof Tirols Zustand schildern und schlug ihm folgende Haupthilfsmittel vor: 1. Stifter und Stände sind bis zu ihrer Erholung mit

weitern Anforderungen zu verſchonen; 2. für die gewährten Etappen und Vorſpann wird namhafter Erſatz geleiſtet; 3. die Durchmärſche kaiſerlicher Völker von und nach Italien werden auf andere Wege gelenkt oder rechzeitig Vorrath hiefür herbeigeſchafft; 4. die königliche Hand unterſtützt die landſchaftliche Steueradminiſtration; 5. die Inſolenz etlicher unruhiger Patrioten, welche wider das landſchaftliche Weſen ohne Fug und Gewalt Proteſtſchriften einreichen, wird abgeſtellt; 6. das darniederliegende Landesdefenſionsweſen richtet man im Einvernehmen mit den Stiftern und Ständen wieder auf; 7. die Reiſe des Gubernators nach Tirol wird möglichſt befördert und 8. das Land beim alten Herkommen gelaſſen, bei welch letzterem Punkte man vorzüglich an die ſchon mehrmals beantragte Einverleibung der tiroliſchen in die Wiener Hofkammer dachte. Gegen dieſe Incorporation wurde noch eine beſondere Vorſtellung gemacht, worin man in weitläufiger Ausführung die Schädlichkeit, Unzweckmäßigkeit und Unbilligkeit derſelben darzuthun ſich bemühte. Die Stände glaubten (durch ihre letzten Verdienſte) nicht eine Verminderung, ſondern eine Vermehrung ihrer Privilegien verdient zu haben und hofften auch von dem neuen Landesfürſten, er werde die früher genannten Theile Baierns für Tirol erwerben, damit es ſeinen Bedarf an Getreide nicht länger mehr vom Ausland beziehen müſſe. Kaiſer Joſef gab den Deputirten eine troſtreiche und ſchmeichelhafte Antwort; ſie lautete: „Wir haben gar wol vernommen, was ihr im Namen der Stände in Tirol in ein und anderem vorgetragen; Wir machen auf dieſes getreue Land eine ſonderbare Reflexion und werden uns befleißen, demſelben in allem zu helfen, was zu unſeren Dienſten und des Landes Aufnahme gereichen kann, und bleiben den Ständen insgeſammt und euch in particulari (im beſondern) mit landesfürſtlichen Gnaden gewogen.“

Der Kaiſer war aber nicht in der Lage, die Hoffnungen der Stände zu erfüllen. Wir haben geſehen, wie die Fortdauer des Krieges in Italien immer neue Truppendurchzüge nötig machte, die die Tiroler auf eigene Koſten unterhalten mußten; wie es auch an weiteren Contributionen nicht fehlte. Die Bitte, die oberöſterreichiſche Hofkammer nicht der niederöſterreichiſchen einzuverleiben, konnte ebenſo wenig für die Dauer berückſichtigt werden. Schon waren die ſteiriſche und andere Landeskammern der Wiener Hofkammer incorporirt und da mußte die oberöſterreichiſche wol auch bald dasſelbe Schickſal treffen, denn die geſteigerten Bedürfniſſe des Reiches, die Zunahme

der gemeinſamen Intereſſen und Beziehungen der Reichstheile forderten eine größere Centraliſation in der Verwaltung der Kronländer. Die Incorporirung der oberöſterreichiſchen mit der Wiener Hofkammer geſchah in der That ſchon im zweiten Regierungsjahre Joſefs (1706). In der Einleitung der betreffenden Verordnung ſagt der Kaiſer ausdrücklich, die Beförderung des Allerhöchſten Dienſtes habe ſie nötig gemacht, und im Punkte 5 befiehlt er insbeſondere, fortan mit beſſerer Ordnung und Beſchleunigung vorzugehen. Dieſer Befehl erlaubt wol den Schluß, daß bisher nicht ſonderlich gut gewirtſchaftet worden, und daß dies wol nicht der letzte Grund zur genannten Maßregel geweſen ſein mag. Mit der vorliegenden Maßregel wurden aber nur die reinen Kammerſachen der kaiſerlichen Hofkammer, die politiſchen und gemiſchten Gegenſtände dagegen der geheimen Hofkanzlei und die Militärſachen dem Hofkriegsrathe zugewieſen, doch mußten alle den oberöſterreichiſchen geheimen Rath und die Kanzlei des Gubernators paſſiren, und wurde in der Verwaltung der untergeordneten Kammerämter nichts geändert. Eine weitere Vorſtellung gegen dieſe Einverleibung vom Jahre 1709 hatte keinen beſſern Erfolg und vermochte dieſelbe nicht rückgängig zu machen. Desgleichen blieb die Bitte um Einverleibung der erwähnten Bezirke Baierns vergeblich. Zwar wiederholten die Stände dieſelbe auf dem Ausſchußtage im September 1709 und verwieſen dabei auf den ähnlichen Fall in Kaiſer Maximilian's I. Regierung; ja ſie ließen dieſelbe im Jahre 1710 ſogar durch eigene Geſandte (Landeshauptmann Künigl, Adam Wenſer und Johann Arbogaſt Ruedl) abermals in Wien vorbringen und der Kaiſer verſprach ihnen beſtimmt Schadloshaltung, indem er die ehrende Aeußerung that: „(Wir) erkennen auch mit unvergeßlicher Danknehmigkeit gnädiglich die von denſelben in tapferer Vertheidigung des Vaterlandes und Zurücktreibung des Feindes, auch Wiedereroberung der verlorenen Feſtungen zu ihrem ewigen Lobe erwieſene, ungemeine Treue.“ Allein es lag nicht in Joſef's Macht, die genannten Bezirke mit Tirol zu vereinen und deren Genuß auf einige Zeit den Ständen zu überlaſſen, und eine andere Entſchädigung war ihm bei ſeinen zerrütteten Finanzen ebenſowenig möglich. Am 13. Juli 1709 hob er auch das Sequeſter auf den bairiſchen Gütern auf. Desgleichen konnte er auch nicht an eine Bezahlung der Etapengelder denken. Die Unruhen der Zeit, perſönliche Intereſſen und Mangel an Geld ſcheinen auch die Verbeſſerung des Landesdefenſionsweſen verhindert

zu haben, und ähnliche Hinderniſſe ſtanden wol auch dem Steuerreformationswerk entgegen, in dem man wieder einmal, beſ. im Jahre 1709, einen kleinen Anlauf nahm. Doch gewährte Joſef I. der Landſchaft die erbetene Executionsgewalt in Steuerſachen. Die ſehnlichſt erwünſchte Hofreſolution im Betreff der Wiederherſtellung der oberöſterreichiſchen Landesſtellen erfolgte bereits Mai 1706; daß im Jahre darauf der Gubernator ſeinen Sitz in Innsbruck nahm, wurde bereits erwähnt. Auch einige andere den Ständen gewiß nicht unwillkommene Reſolutionen erfolgten. So wurde verboten, Ausländer zu Obern in Klöſtern aufzunehmen, Güter an Fremde ohne kaiſerliche Bewilligung zu verkaufen und nach Amerika auszuwandern. Da ein großer Theil der Pfarren von Miethlingen oder ſogenannten Vicaren verwaltet wurde, ſo wurden Schritte zur Abhilfe dieſes Uebelſtandes gethan. Ebenſo gieng man an die Erweiterung und Verbeſſerung der Straßen, deren elender Zuſtand ein Haupthinderniß des Verkehres war. Zur Reform der Landesordnung wurden die Mandate der Jahre 1663 und 1695 wiederholt und im Jahre 1709 eine Dienſtbotenordnung erlaſſen. Um der unter den Ständen ſeit Jahren herrſchenden Verwirrung abzuhelfen und für ſtändiſche Anlehen mehr Sicherheit zu ſchaffen, machte die Regierung der Landſchaft den Vorſchlag, eine Landtafel, das iſt ein Buch, in welchem der geſammte ſtändiſche Beſitz und deſſen Veränderungen verzeichnet werden ſollten, einzuführen, wie dergleichen in Böhmen und Oeſterreich beſtünden. Die Landſchaft hielt dieſelbe in Tirol für unnötig und ſchädlich, das letztere, weil dadurch die mißlichen Vermögensverhältniſſe mancher Familien aufgedeckt und aller Credit ihnen entzogen würde. Wie in Cameralſachen, ſo wurde unter Joſef I. Tirol auch in militäriſcher Beziehung mit Geſammtöſterreich enger verbunden. Zwar hatte ſchon Leopold I. bei ſeinem Regierungsantritte einen General nach Tirol geſchickt, der Mitglied des Geheimrathes wurde und gewiſſer Maßen ein Expoſitus des Hofkriegsrathes war. Allein er übte ſeine Gewalt doch im Auftrage der tiroliſchen Stellen und hatte keinen ſelbſtändigen Wirkungskreis, da es in Tirol noch kein reguläres Militär gab. In Joſef's erſten Regierungsjahren wurde die erſte ſtehende Militärtruppe geſchaffen, ein regelmäßiges Landbataillon, und zugleich auch die reinen Militärſachen von dem Civile getrennt. Die erſten wurden im Jahre 1707 der Direction des Generals Winkhofen unterſtellt, der fortan über *alle ſtehenden* mobilen Truppen im Lande, über die hieſigen Feſtungen

und deren Garnisonen, über die Pulver- und Saliter-Erzeuger, Zeughäuser, Kanonen- und Kugelgießereien verfügte; er wurde unmittelbar dem Hofkriegsrath untergeordnet und hatte dessen Aufträge ohne weitere Dazwischenkunft der Wiener Hofkanzlei, des oberösterreichischen Geheimrathes und der beiden Wesen zu vollziehen [3]).

Die Beziehungen der Grafschaft Tirol zu den beiden Stiftern waren während Josef's I. Regierung im ganzen gut und durchweg friedlich. Bischof Kaspar Ignaz Graf von Künigl stellte sich mit dem Gubernator auf guten Fuß, leistete die vertragsmäßigen Hilfen ohne Weigerung, ließ sich auch zu einer außerordentlichen Beisteuer herbei und förderte die Durchmärsche nach Kräften, so daß der Kaiser dem Stifte im Jahre 1707 bereits 133.000 fl. Etapengelder schuldete. Anderseits sah er aber eifersüchtig auf Erhaltung der Rechte des Stiftes. So willigte er nicht in die Geschenke für den Gubernator und den Hof, ließ, um das Recht der Münzprägung zu behaupten, einige Münzen prägen und verfocht eifrig seine Rechte auf die im brixnerischen Territorium gelegenen Bergwerke. Sein Eifer in Behauptung der Territorialrechte führte wol Streitigkeiten mit den landesfürstlichen Beamten herbei, eine ernste Trübung des Verhältnisses zum Landesfürsten hatten sie aber nicht zur Folge. Der Bischof stand vielmehr beim Kaiser so gut angeschrieben, daß ihn dieser sogar um Vermittelung in seinem Streite mit dem Pabste ersuchte. Nicht so gut fuhr Kaspar Ignaz mit dem Kapitel, mit dem er wiederholt Zwist bekam, und durch Abschaffung unnützer und schädlicher Feiertage brachte er auch die Bauerschaft gegen sich auf. Und doch übertraf er durch Abhaltung öfterer Visitationen und Einberufung einer Provincialsynode in kirchlichen Dingen nicht minder, als in weltlichen, seinen nächsten Vorgänger an Eifer. Dagegen ist von der Thätigkeit seines Amtsbruders zu Trient, Bischofs Johann Michael Freiherrn von Spaur, aus diesen Jahren wenig Erhebliches zu melden. Dieselbe scheint sich mehr auf kirchlichem Gebiete bewegt zu haben, wobei er sich einer zweimaligen Anerkennung seitens des apostolischen Stuhles zu erfreuen hatte. [4])

Kaiser Josef I. starb schon nach nicht ganz sechsjähriger Regierung, am 17. April 1711. Von Geburt an zur Nachfolge auf den Thron bestimmt, hatte Josef in seiner ersten Jugend ganz andere Eindrücke, eine ganz andere Erziehung erhalten, als sein zum geistlichen Stande erzogener Vater. Er hatte zwar auch einen Priester

zum Erzieher, aber nicht einen Jeſuiten, ſondern den Weltprieſter Franz Rummel, den man für einen Anhänger einer freiern Richtung hielt. Es war ein Mann von exemplariſcher Reinheit der Sitten, von wahrer Frömmigkeit und von der gewiſſenhafteſten Pflichttreue; darum gewann er ſich die Liebe und Anhänglichkeit ſeines Zöglings in hohem Grade. Unter ſeiner ausgezeichneten Leitung entwickelten ſich Joſef's Gemüths- und Geiſtesanlagen vortrefflich. „Sowie ſein Vater war auch Kaiſer Joſef mit leichter Faſſungskraft, ja ſcharfem Verſtande, insbeſondere mit einem ſtarken Gedächtniſſe begabt. Gleich Kaiſer Leopold war Joſef von ungemeiner Herzensgüte, von einer wahrhaft unbegrenzten, für den bedenklichen Zuſtand der Finanzen oft zu weitgehenden Freigebigkeit. Wie jener war er bewandert in der Kenntniß fremder Sprachen, deren er ſich mit Gewandtheit und Eleganz zu bedienen wußte. An Schnelligkeit des Entſchluſſes und des Urtheils übertraf er ſeinen Vater, und im Gegenſatze zu ihm zeigte er den regen Willen, je nach Bedürfniß entweder reichlich zu belohnen oder ſtrenge zu beſtrafen.“ Aber an Pflichteifer und Luſt zu Regierungsgeſchäften ſtand er ſeinem Vorgänger weit nach und glich hierin, wie an der leidenſchaftlichen Vorliebe für die Jagd und das Kriegshandwerk, einem Erzherzog Ferdinand II., einem Ferdinand Karl von Tirol viel mehr. Wie dieſer, liebte auch er Pracht und Glanz, und ſeine heitere lebensluſtige Natur ſtach ſehr ab von dem ſtillen, ernſten, oft faſt mönchiſchen Weſen ſeines Vaters. Joſef war klein von Statur, nach einer von ſchwerer Krankheit heimgeſuchten Jugend aber ſtark und kräftig geworden. Sein Haar war blond, faſt in's Röthliche ſpielend, die Stirne hoch, die Augen blau, lebhaft und glänzend, die Naſe länglich, die Geſichtsfarbe weiß, an den Wangen aber ſtark geröthet. Die dichten und ſchön gebogenen Augenbrauen gaben ihm oft ein nachdenkliches, etwas finſteres Ausſehen, aber der regelmäßige Mund, war meiſt von einem freundlichen und gewinnenden Lächeln umſpielt. Dieſe Züge bildeten zuſammen ein höchſt einnehmendes Ganzes, voll Geiſt und Leben. [5])

Kaiſer Karl VI.

§. 5. Aeußere Verhältniſſe.

Inhalt: Allgemeine Charakteriſtik. Regentſchaft der Kaiſerin Eleonora Magdalena. Kaiſer Karl's Reiſe nach Innsbruck. Erbhuldigungs-Landtag. Vorſchläge und Beſchwerden. Fremde Gäſte in Innsbruck. Fortdauer des ſpaniſchen Erbfolgekrieges. Ausſchußverſammlungen i. J. 1713. Friede v. Raſtadt. Der Türkenkrieg. Der ſiciliſche Krieg. Die Regelung der Erbfolge. Das Geſetz v. 19. April 1713. Zuſtimmung der Töchter Joſef's I. Einberufung der Landtage. Der tiroliſche Landtag v. J. 1720. Separatiſtiſche Gelüſte der Tiroler. Antwort v. 20. Dec. 1720. Weitere Verhandlungen. Haltung der übrigen Erblande. Ausſchußverſammlungen und Militärhilfen i. d. Jahren 1722, 1723 u. 1724. Die widerſtrebenden Ausſchußverſammlungen der Jahre 1725—28. Weitere Bewilligungen. Der polniſche Erbfolgekrieg. Rüſtungen Tirols i. d. Jahren 1733 u. 1734. Ausſchußverſammlungen. Aufgebote i. J. 1735. Wiener Friede v. J. 1736. Türkenkrieg. Verehrungen und Geſchenke.

Die Regierung Karl's VI. war viel friedlicher, als die ſeines Vorgängers; aber Europa befand ſich doch während derſelben ſtets in einem ſchwankenden Zuſtande; raſch wechſelten Bündniſſe und Verträge und auch an Kriegen fehlte es keineswegs. In den erſten Jahren dauerte noch der ſpaniſche Erbfolgekrieg fort. Kaum hatte dieſer geendet, brach wieder einmal ein Krieg mit den Türken aus und zu dieſem geſellte ſich bald der ſiciliſche Krieg. Dieſe Kriege führten zu den wichtigſten Friedensſchlüſſen, durch die Oeſterreich zu einer Größe emporſtieg, welche es weder vorher je gehabt noch nachher je wieder erreichte. Tirol erlangte dadurch, als Verbindungsland zwiſchen den deutſchen und italieniſchen Erblanden, erhöhte Bedeutung. Indes haben die genannten Kriege Tirol nicht unmittelbar getroffen, ſeine Grenzen blieben ungefährdet, es hatte nur wiederholte Truppendurchzüge zu ertragen und Kriegshilfen zu leiſten. Dagegen brachte der polniſche Erbfolgekrieg, der nach zwölf Friedensjahren und mancherlei diplomatiſchen Schachzügen entbrannte, unſerem Lande unmittelbare Gefahren und nötigte deſſen Bewohner in drei aufeinanderfolgenden Jahren, zur Grenzvertheidigung die Waffen zu ergreifen. Zahlreich waren die Durchzüge nach Italien und ſchließlich bildete gewiſſermaßen Tirol den Rettungshafen, in den ſich die geſchlagene kaiſerliche Armee von der Poebene zurück zog. Der durch den unglücklichen Wiener Frieden bedingte Verluſt der neugewonnenen ſüditaliſchen Beſitzungen nahm auch Tirol die erhöhte Bedeutung wieder. Der zweite Türkenkrieg zog wie der erſte unſer

Vaterland nur indirect ins Mitleid; doch der dabei offenbar gewordene Verfall der öſterreichiſchen Monarchie ließ für alle Erblande in nächſter Zukunft das Schlimmſte befürchten.

Nach dem Tode des Kaiſers Joſef I. übernahm deſſen Mutter Eleonora Magdalena bis zur Ankunft des jüngern Sohnes Karl, der in Spanien weilte, die Regentſchaft. Sie ſetzte ſogleich ihren Bruder, den Gubernator Tirols, Pfalzgraf Karl Philipp und die beiden Biſchöfe davon in Kenntniß und verordnete, daß die tiroliſchen Stellen proviſoriſch die bisherige Verwaltung fortführen. Auf die Nachricht vom Tode Joſef's richteten der Gubernator, die oberöſterreichiſchen Dikaſterien, die beiden Biſchöfe von Trient und Brixen und die tiroliſchen Stände ihre Condolenz- und Beglückwünſchungsſchreiben an den neuen Landesfürſten, König Karl von Spanien. Die Kaiſerin Mutter aber machte es ſich zur angelegenſten Sorge, nicht nur ihres Sohnes Erwählung zum deutſchen Kaiſer eifrigſt zu betreiben, ſondern auch die nötigen Reiſekoſten für deſſen Reiſe nach Deutſchland und Oeſterreich beizuſchaffen. Dieſelbe ſollte durch Tirol geſchehen, und um ſo mehr hielt ſie es für billig, daß auch die Tiroler, die zuerſt den neuen Landesherrn begrüßen ſollten, hiezu ihr Schärflein beitragen. Darum entbot ſie die tiroliſchen Landesausſchüſſe auf den 22. Juni nach Innsbruck und verlangte von ihnen einen Reiſekoſtenbeitrag von 50.000 fl. Die Landſchaft entſchuldigte ſich wol anfangs mit der Not des Landes, bewilligte aber ſchließlich doch den ganzen Betrag, da der Landeshauptmann Graf Leopold von Künigl, den ſie mit dem Condolenzſchreiben nach Spanien geſchickt hatte, die beſten Nachrichten von dort zurückgebracht. Karl hatte nämlich ihr Schreiben auf's huldvollſte entgegengenommen und die früheren wie dieſen letzten Beweis ihrer treuen Anhänglichkeit an ſein Haus rührend anerkannt. Nicht minder ehrenvoll war ſeine Antwort auf das Schreiben des Gubernators, in dem er deſſen Ergebenheit und Dienſteifer mit hohem Lobe lohnte. Während Karl von Barcelona, das er am 27. September verließ, nach Mailand reiste, wählte ihn die Mehrzahl der Kurfürſten trotz aller Einſtreuungen ihrer beiden Collegen in München und Köln und der drohenden Haltung eines nahen franzöſiſchen Armeecorps zum deutſchen Kaiſer (12. Oct.) und beauftragte den Pfalzgrafen Karl Philipp als Legatus des Reiches mit der Uebertragung des Wahlinſtrumentes. Derſelbe traf Kaiſer Karl Ende

October in Mailand und erlangte daſelbſt am 31. ein Schreiben an die tiroliſchen Stände, worin dieſe auf den 20. Nov. zum Erbhuldigungslandtage nach Innsbruck einberufen wurden; der neue Landesfürſt wollte nicht bloß Tirol mit ſeiner Durchreiſe, ſondern auch mit perſönlicher Eröffnung des Landtags beglücken. Daher kehrte Karl Philipp eilends wieder hieher zurück, um die für den feſtlichen Empfang bereits vor Monaten begonnenen Vorbereitungen zu Ende zu führen. Kaiſer Karl folgte ihm bald und hielt am 15. Nov. in Ala zum erſten Male auf tiroliſchem Gebiet Nachtruhe. Am 16. langte er zu Trient, am 17. zu Bozen, am 18. zu Brixen, und am 20. Mittags zu Steinach und Abends zu Innsbruck an. Obwol er ſich alle Feierlichkeiten verbeten, wurde er doch überall feſtlich empfangen und Freude herrſchte aller Orten. Trient, Bozen und Innsbruck errichteten Triumphpforten und ſtellten Landmilizen als Ehrengeleite auf, die erſt- und letztgenannte Stadt illuminirten auch einzelne Gaſſen. Zu Bozen waren der Landeshauptmann, mehrere Landesausſchüſſe und die Vertreter der Stadt zum Empfange bereit und die Ausſchüſſe überreichten ein Geſchenk von 5000 Species-Thalern. Zu Steinach bezeigte der Gubernator mit einem kleinen Gefolge ſeine Reverenz. [1])

Der Kaiſer hatte Eile, weil er zur Krönung nach Frankfurt mußte. Daher ließ er den Ständen ſchon am folgenden Tage ſeine Propoſition mittheilen und verlangte, daß die Erbhuldigung und der offene Landtag an einem Tage abgehalten werden. Sofort verfügten ſich die Stände zur Wahl des engern und weitern Ausſchuſſes, welche von den niedern Stäuden am 23. um 7 Uhr Früh im Rathhauſe, von den höhern am ſelben Tage um 8 Uhr Früh im Landhauſe vollzogen wurde. Am 24. beſchloß der engere Ausſchuß die Erbhuldigung zu erſtatten, wenn die Beſtätigung aller Freiheiten, Privilegien und „wolhergebrachten Gewohnheiten“ zugeſichert würde, und die andern Stände traten ſeinem Beſchluſſe bei. Darauf verſammeln ſich alle im Ritterſaale der Burg zum Erbhuldigungsacte. Der Kaiſer läßt die Landtagsproposition nochmals mündlich durch ſeinen oberſten Hofkanzler Exc. Grafen v. Sinzendorf vortragen. Darin entſchuldigt er die Verzögerung ſeiner Abreiſe aus Spanien und ſpricht die Erwartung aus, daß ſie die Erbhuldigung leiſten und Alles berathen werden, was zu einer beſtändigen, glorreichen Regierung nötig ſei. Nachdem Referendar v. Buol die Propoſition

vorgeleſen, wiederholt der Kaiſer perſönlich das Lob, das er den Tirolern ſchon zu Bozen bei der Aufwartung der Landſchafts-Deputation geſpendet hatte, mit den folgenden Worten: „Sonderbar aber trage ich in friſcher Gedächtniß die zu unauslöſchlichem Ruhme bezeigte Tapferkeit, durch welche dies getreueſte Land vor wenig Jahren die zwei eingedrungenen mächtigen Feinde herzhaft abgetrieben.“ Daran knüpfte er den Ausdruck der Hoffnung, daß ſie auch fortan in der altgewohnten Devotion verharren werden, und verſprach jeden Stand bei ſeinen Rechten zu erhalten und eine ſolche Regierung anzuſtellen, daß ſie nicht ſo ſehr die milde Herrſchaft eines Regenten, als die große Liebe und Sorgfalt eines getreuen Vaters empfinden ſollen; auch erbot er ſich die Privilegien zu beſtätigen, ja ſogar zu vermehren. Für dieſe troſtreichen Worte ſprach der Landeshauptmann im Namen der Stände den wärmſten Dank aus und fügte bei, ſie erböten ſich nicht bloß zur Erbhuldigung, ſondern tragen das innigſte Verlangen, dem allermildeſten Monarchen mit Gehorſam und Eidpflicht auf's allerkräftigſte ſich zu verſtricken und wünſchen ihm zahlreiche Nachkommenſchaft und den höchſtnotwendigen Beiſtand Gottes. Darauf leiſteten die Stände den Huldigungseid nach der gewöhnlichen Formel und ſie wurden dann zur Hoftafel geladen.

In den folgenden Tagen hielt der Kaiſer wichtige Conferenzen mit ſeinen Miniſtern, worin theils die Landesangelegenheiten unterſucht, theils die Kriegsoperationen der nächſten Zeit in Ueberlegung gezogen wurden. Auch die Stände ſetzten ihre Berathungen fort. Am 25. Nov. wurden ſie über den zweiten Punkt der Propoſition ſchlüſſig, der die dringendſten Landesanliegen betraf, und legten dem Kaiſer eine Reihe von Vorſchlägen vor, welche die Verſicherung des Landes, die Ordnung des Steuerlaufes, die Milderung der Durchzugslaſten, die Abſchaffung der neuen Impoſto's und Zollserhöhungen, die Verbeſſerung des Juſtizweſens, die Verzinſung der landesfürſtlichen Schulden und das Verbot der Einfuhr fremder Weine zum Gegenſtande hatten. Hiebei baten die Stände abermals um Beſtätigung ihrer Privilegien, und der Kaiſer verſprach, ihnen dieſelbe ſogleich nach ſeiner Ankunft in Wien zu geben, als ſie ſich vor ihm durch eine Deputation am 2. Dec. verabſchiedeten. Aber auf obige Vorſchläge antwortete er nicht mehr, denn er mußte ſchon am 4. Dec. nach Frankfurt zur Krönung abreiſen, die am 22. d. Mts. ſtatt fand. Am 5. December kehrten auch die Stände heim, nach-

dem ſie noch vorher ihre Beſchwerden dem Geheimrath übergeben hatten. Es waren deren vierzehn. In den Punkten 1 und 3 verlangte die Landſchaft Verbeſſerung der Landmiliz und Herſtellung eines guten Defenſionsweſens ſowie Abſchaffung der neuen Zolls- und Weggeldserhöhungen und insbeſondere Beſeitigung der unbilligen venetianiſchen Holzordnung; im Punkte 6 wollten ſie Heiraten mittelloſer Perſonen verboten und fremdes Bettelvolk aus dem Lande ausgeſchloſſen wiſſen. Die Punkte 4, 5 und 8 wiederholten die alten Klagen gegen vermeintliche oder wirkliche Mißbräuche in der Juſtizpflege, gegen die rigoroſen Waldordnungen und gegen ungebührliche Taxenforderungen bei Lehensverleihungen. In den Punkten 9—12 beſchwerte man ſich, daß dem Ausſchuß zu hohe Bewilligungen zugemuthet, daß zum Schaden des Allgemeinen Particularprivilegien ertheilt, daß unbeſcheidene Poſtgebühren begehrt und daß Alles ohne Unterſchied, auch Kinder von armen Leuten und Bauern, zu den Studien zugelaſſen werden. Der ſiebente Punkt lautet: „Der überhäufte und wie vor entworfen, in dieſem engen Gebirgsland kaum die eigene Unterhaltung aufbringende Unterthan fühlt ebenfalls eine Beſchwerde von den in dieſem Lande gelegenen und vor kurzen Jahren her ſich namhaft vermehrten Mendicantenklöſtern, deren vieler Orten ganz neuerlich angſtellten und vermehrten Samulungen ſehr hart, wie auch die vorab von unwürdiger Geiſtlichkeit und Klöſtern ſo namhaft erfolgenden Güter- und Giltenerkaufungen beſchwerlich und nachtheilig fallen.“ Die Stände wünſchten durch eine „höchſt notwendige“ Generalpragmatik von dieſen Uebelſtänden befreit zu ſein, die namentlich gegen die ausländiſche Weltgeiſtlichkeit und ausländiſche Klöſter ſich richten ſollte. Mit Punkt 2 erneuerte der Adelſtand die alte Klage und Bitte wegen der Aemter- und Pfründenverleihung, mit Punkt 13 verlangte der Herrenſtand zu den Durchmarſchconcurrenzrechnungen beigezogen zu werden, mit Punkt 14 baten die an der Etſch Geſeſſenen um Reſtriction des Bierbrauens. Die Erledigung dieſer Beſchwerden und Bitten iſt mir nicht bekannt, die Beſtätigung der Privilegien erfolgte am 18. März 1712.

Gleichzeitig mit dem Kaiſer waren viele vornehme Herren in Innsbruck anweſend; es befanden ſich unter andern dahier die Prinzen Joh. Karl v. Sulzbach und Franz Joſef v. Lothringen, der päbſtliche Nuntius u. Cardinal Hannibal Albani, der Erzbiſchof v. Valencia, der Herzog v. Medina Cöli und vier andere Granden, die Biſchöfe

von Conſtanz, Olmütz und Brixen, die Grafen Frobenius von Fürſtenberg, Auguſt von Witgenſtein, Franz Georg v. Schönborn u. Karl v. Wied als Deputation des Reichsgrafencollegiums; außer Sinzendorf die kaiſerlichen Miniſter: Prinz Eugen, der Oberſthofmeiſter Fürſt von Lichtenſtein, der königlich-böhmiſche oberſte Kanzler Graf v. Wratislaw u. A.[2])

Während der erſten Regierungsjahre Karl's VI. dauerte bekanntlich der ſpaniſche Erbfolgekrieg noch fort und wurde für Oeſterreich eine noch größere Laſt als früher. Denn England zog ſich ſeit Joſef's I. Tode vom Kampfe zurück und trat mit Frankreich in Friedensunterhandlungen; auch die andern Bundesgenoſſen erlahmten und zuletzt ſtand Oeſterreich faſt allein dem Feinde gegenüber. Daher mußten die Erblande neue Opfer für ihre Dynaſtie bringen. In Tirol wurden im Jahre 1713 zwei Ausſchußverſammlungen zum Behufe der Bewilligung von Kriegshilfen einberufen. Die erſte tagte im Febr. und es wurden 150.000 fl. von den Stiftern und Ständen zur Landesdefenſion verlangt. Die Verſammelten erinnerten an die großen Opfer, die ſie in den letzten zwölf Jahren gebracht hatten, und ließen ſich erſt nach längern Verhandlungen, die bis zur Sextuplik ſtiegen, zu dem Beitrage von 120,000 fl. herbei, wovon 10,000 für ein Landeszeughaus, das Uebrige aber ganz zur Landesdefenſion verwendet werden ſollte. Zur Aufbringung dieſer Hilfe wurde beſchloſſen, den landſchaftlichen Salzaccis noch vier Jahre zu erheben. Der Einbruch der Franzoſen ins Reich und die Eroberung der Feſtung Landau hatte die zweite Einberufung der Stände zur Folge. Der zu Bozen im Nov. verſammelte Ausſchuß bewilligte von dem 120.000 fl. hohen Poſtulat 50.000 fl. und erſuchte wegen der Kriegsgefahr und der nahenden Gefahren von Peſt und Hungersnot die Biſchöfe um Anſtellung von Gebeten und den Kaiſer um Erlaß einer Polizeiordnung, ſowie um gute Juſtizpflege, damit die alten Laſter geſühnt und neue verhindert würden. Die Franzoſengefahr ſchwand jedoch ſchon im nächſten Jahre mit dem Abſchluſſe des Friedens von Raſtadt und Baden (1714). Darin bekam Oeſterreich die ſpaniſchen Niederlande, das Königreich Neapel, das Herzogthum Mailand, Mantua und die Inſel Sardinien. Die Kurfürſten v. Baiern u. Köln wurden wieder in ihre Länder und Würden eingeſetzt.

Kaum waren aber die öſterreichiſchen Erblande der Laſt des

ſpaniſchen Erbfolgekrieges überhoben, ſo erwuchs ihnen eine neue in dem Türkenkrieg, der im Jahre 1716 ausbrach. Schon am 9. Dec. 1715 berief Karl VI. wegen des androhenden Türkenkrieges den engern Ausſchuß nach Innsbruck und verlangte zur Sicherung des Landes und Deckung der „immenſen“ Kriegskoſten 150.000 fl. Es wurde hierüber quadruplicirt und ſchließlich 115.000 fl. gewährt, wovon wenigſtens 40.000 fl. anticipirt werden ſollten. Obwol Prinz Eugen im Aug. 1716 bei Peterwardein einen glänzenden Sieg über den Großvezier erfocht, ſo ſtellte doch Karl VI. an den auf den 15. Febr. 1717 nach Innsbruck beſchriebenen Ausſchußcongreß das hohe Poſtulat von 230.000 fl.; denn da Eugen zur Belagerung der hochwichtigen Feſtung Belgrad's ſchritt, bot der türkiſche Sultan große Heeresmaſſen zu deren Entſatze auf. Die Tiroler bewilligten zur glorreichen Fortſetzung des Kampfes 170.000 fl und hatten die Freude, noch im Sommer desſelben Jahres von dem glänzenden Siege Eugens über das 200.000 Mann ſtarke türkiſche Entſatzheer und dem Falle Belgrad's zu hören. Nach dem Falle dieſer Feſtung forderte der Kaiſer aber auf dem Ausſchußtage vom März 1718 zur Verfolgung der ſiegreichen Fortſchritte eine weitere Hilfe von 170.000 fl. Die Stände bewilligten diesmal 110.000 fl Bald darauf, am 21. Juli 1718, wurde mit der Pforte der Friede von Paſſarowitz geſchloſſen, der dem Türkenkriege ein Ende machte und Oeſterreich vortheilhaftere Bedingungen als je verſchaffte. Der Sultan mußte an Karl VI. das Banat, die Walachei bis zur Aluta und Belgrad nebſt einem beträchtlichen Stücke von Bosnien und Serbien abtreten.

Während des Krieges mit den Türken eröffnete der ſpaniſche Miniſter Cardinal Alberoni durch die Wegnahme der Inſel Sardinien (im Aug. 1717) die Feindſeligkeiten gegen Oeſterreich und beſetzte im folgenden Jahre auch die im Utrechter Frieden an Savoyen abgetretene Inſel Sicilien. Darum ſchickte der Kaiſer noch im Herbſte 1718 zehn Regimenter durch Tirol zum Schutze ſeiner Beſitzungen nach Italien. Wegen dieſes Durchmarſches und der beabſichtigten Errichtung eines Marktes zu Chiavenna fanden in den Monaten vom Sept. 1718 bis Mai 1719 vier Ausſchußtage in Tirol ſtatt, wobei über eine allgemeine Marſchconcurrenz verhandelt wurde. Für dieſen ſiciliſchen Krieg verlangte der Kaiſer auf einem weitern im Juni und Juli 1719 abgehaltenen Ausſchußtag

eine beträchtliche Geldhilfe. Aber die Stände wollten ſich zu einem Beitrag für einen „auswärtigen" Krieg durchaus nicht verſtehen und ließen es bis zur neunten Wechſelſchrift kommen, bis ſie 50.000 fl. bewilligten. Indeß hatte aber Karl VI. ſich mit Frankreich und England gegen Spanien verbündet, und nach Alberoni's Sturz nahm auch Spanien (i. Jan. 1720) die von den Verbündeten geſtellten Bedingungen an, wodurch Sardinien als Königreich an Savoyen kam u. Oeſterreich dafür Sicilien erhielt. Damit war wieder der bedrohte Friede hergeſtellt, aber die Spannung zwiſchen Oeſterreich und Spanien noch nicht beſeitigt. [3])

Während dieſer Zeit hatte der Kaiſer eine hochwichtige friedliche Reichsangelegenheit mehrmals beſchäftigt, die auch für Tirol von höchſter Bedeutung war: die Regelung der Erbfolge. Karl VI. erhielt nämlich lange keine Kinder, und der Sohn, den er im J. 1716 bekam, ſtarb bald nach der Geburt. Dieſem folgte wol ſchon im nächſten Jahre eine Tochter, Maria Thereſia, aber die Ausſicht auf weitere männliche Nachkommenſchaft ward nun ſehr gering. Für dieſen Fall drohte die Gefahr, daß die öſterreichiſchen Erblande zerſplittert wurden. Zwar hatte ſchon Kaiſer Ferdinand II. in ſeinem Teſtamente vom 10. Mai 1621 und im Codicill vom 8. Aug. 1635 die männliche Erbfolge nach dem Rechte der Erſtgeburt feſtgeſetzt, und in der am 12. Sept. 1703 von Leopold I. vorgenommenen Erbtheilung, worin Joſef I. die deutſchen und Karl VI. die ſpaniſchen Erblande zugewieſen wurden, war die Primogenitur auch auf die weiblichen Mitglieder des Hauſes ausgedehnt worden. Allein in dem Königreiche Ungarn galt die weibliche Erbfolge gar nicht und in Böhmen nur bedingt; dann ſollten nach der letztgenannten Erbfolge-Ordnung Joſef's I. Töchter denen Karl's vorangehen. Dies drängte den Kaiſer ſchon im J. 1712, mit den Ungarn über die weibliche Erbfolge in Unterhandlung zu treten, und als er auf die von ihnen geſtellten Bedingungen nicht eingehen zu können glaubte, ohne weitere Befragung irgend welcher Stände, aus eigener Machtvollkommenheit über die Thronfolge auf Grundlage der ältern Hausverträge zu entſcheiden. Das am 19. April 1713 in einer Verſammlung von geheimen Räthen und Miniſtern erlaſſene Geſetz beſtimmt, daß die von Leopold I. und Joſef I. ihm zugefallenen Erbkönigreiche und Länder auf ſeine Nachkommen „unzertheilt" übergehen ſollen; zunächſt wurden ſeine männlichen Nachkommen, dann ſeine Töchter und erſt in dritter Linie die Töchter ſeines verſtorbenen Bruders Jo-

ſef I. zur Nachfolge berufen. Dieſer Veranſtaltung konnten aber von drei Seiten Schwierigkeiten erwachſen, von Seiten der Töchter Joſef's I., von Seiten der einzelnen Kronländer und von Seiten der europäiſchen Mächte. Die Zuſtimmung der beiden Töchter Joſef's erfolgte; als Maria Joſefa ſich mit dem Kurprinz Auguſt v. Sachſen i. J. 1719 vermählte, verzichtete ſie ſammt ihrem Bräutigame auf alle Erbrechte, und dasſelbe geſchah i. J. 1722 bei der Vermählung ihrer Schweſter Maria Amalia mit dem Kurprinzen Karl Albert von Baiern. So leicht war die zweite Schwierigkeit nicht zu beheben. Hiezu that Karl VI. i. J. 1720 den entſcheidenden Schritt, Im Verlaufe dieſes Jahres wandte er ſich an alle Landtage der Monarchie um ihre Zuſtimmung zu dem früher erlaſſenen Erbfolgegeſetz und ſtellte dabei als deſſen Zweck hin: „die Befeſtigung des Thrones, die Klarſtellung der Erbfolge und die bleibende, unauflösbare Verbindung der Königreiche und Provinzen, durch welche das öffentliche Wol derſelben, ſowie das Heil und der Ruheſtand der Völker, Stände und Unterthanen vornehmlich bedingt ſei.“ Die Einberufung der Landtage geſchah aber nicht überall zu gleicher Zeit. Zuerſt tagten die Stände von Inner- und Vorderöſterreich, dann die von Böhmen, Mähren und Schleſien. Der tiroliſche Landtag wurde zu dieſem Zwecke anfangs auf den 26. Nov., hierauf auf den 9. Dec. beſchrieben. In der Propoſition vom 10. Oct. verwies der Kaiſer auf das Teſtament und das Codicill Ferdinand's II., auf die Erbtheilung vom J. 1703 und ſeine Anordnung vom J. 1713, legte dieſe Documente ſammt der Verzichtleiſtung der Maria Joſefa in Abſchrift vor und erinnerte an die von den Ständen Vorder- und Inneröſterreichs gegebene Zuſtimmung. Er verlangte dann von den Tirolern „mildväterlichſt,“ daß ſie die von ihm und ſeinen Vorfahren getroffenen Dispoſitionen, „die allein die Sicherung der Thron- und Erbfolge, wie auch die ewige und unzertrennliche Vereinigung und Zuſammenhaltung der jetzt beſitzenden Erbkönigreiche, Fürſtenthümer und Länder zu Abſicht haben, mit unterthänigſtem, willigſtem Danke als eine Sanctio pragmatica, lex perpetuo valitura und unzertrennliche Norm für die männliche und weibliche Primogenitur annehmen und unverbrüchlich beobachten.“ Es handelte ſich hiebei aber nicht um einen förmlichen Conſens des offenen Landtags, ſondern um purum obsequium per modum legislationis (um den reinen Gehorſam im Wege der Geſetzgebung), wie

der Brixner Stiftsgesandte in seinen Aufzeichnungen über diesen Landtag ausdrücklich bemerkt.

Die Tiroler bethätigten bei den Verhandlungen über diese wichtige Frage keineswegs die altgewohnte Bereitwilligkeit. Sie nahmen Anstoß, daß der Innsbrucker Geheimrath nicht ermächtigt worden, „dises hochwichtige österr. Successionsgeschäft, soviel das allergethreieste Erbland Tirol betrifft, mit uns, den threigehorsamsten Ständen, wie vormals in derlei wichtigen Begebenheiten öffters beschehen, consultando zu überlegen.“ Die Stiftsgesandten betheiligten sich an dem ganzen Geschäft gar nicht, sondern gaben die Erklärung ab, daß dasselbe die Stifter als Reichsfürstenthümer gar nicht berühre und für sie allein das Libell v. J. 1511 und der Reichstagsabschied v. J. 1548 maßgebend seien. Von den vier Ständen äußerten die Prälaten bei der Abstimmung über die Anträge der besonderen Deputation, welcher man die Vorberathung der Regierungs-Vorlage aufgetragen, die meisten Bedenken. Sie meinten, eine solche Vorlage sei etwas Unerhörtes; sie gefährde die Landesprivilegien in hohem Grade, drohe Tirol auf immer der Aussicht, eigene Landesfürsten zu besitzen, zu berauben und bezwecke einen Abschnitt in der Thronfolge, welcher, bevor man ihn billigen könne, nicht nur mit den päbstlichen Constitutionen zusammengehalten, sondern auch dahin geprüft werden müsse, ob nicht die folgenden Thronerben darauf hin etwa gar der Anerkennung der Schulden, welche von ihren Vorgängern contrahirt wurden, sich entschlagen könnten. Erst nach langem Hin- und Herreden und auf die Erinnerung des Landeshauptmannes, daß „kein Land das Recht habe, gegen den Willen eines Herrschers die Successionsordnung zu bestimmen, reducirten die tirolischen Stände ihre Forderung eines eigenen Landesfürsten auf den Wunsch, daß in Abwesenheit des Landesfürsten „beständig“ ein „Gubernator“ in Tirol residiren möge, und schließlich ließen sie auch diesen Passus fallen. So zeigten die Tiroler, die zur Zeit des Kaisers Ferdinand I. sehr eifrig um eine engere Verbindung mit den übrigen Erblanden sich bemüht hatten, jetzt ganz *separatistische Gelüste*, und nur ungern einten sich Stifter und Stände zuletzt *zur Antwort vom* 20. Dec. 1720. Darin erwiderten die Stifter eingangs im obgenannten Sinne, worauf die vier Stände mit folgenden Worten fortfuhren: „Wür die samentliche vier Stände der fürstl. Grafschaft Tyrol aber haben uns allerhöchstens zu er-

freuen das gleich ouch vorhin in derlei wichtige begebenheiten Ein und andersmohl mit Rath und wiſſen der gethreuiſten Ständen gehandelt Eben alſo auch dermahlen ſothanes Succeſſionsgeſchäft uns umb unſer allergehorſamſts erklären allgnädigiſt vorgetragen worden.“ An dieſe Worte knüpften ſie den Dank für ſolche Gnade und bemerkten dann weiter: Wie ſie ſich von den väterlichen Intentionen des Landesfürſten überzeugt, „Eben alſo wollen gegen Eur Röm. Kayſ. vnd Königl: Kathol. Mayeſtät als Erzherzogen von Oeſterreich vnſeren Rechtmäſſigen Erb-Landtsfürſten vnd herrn Wür vier Tyroliſche Ständte nach diſer ſachen vorhero gemainſamb vnd Reiflich gepflogene Conſultation vnd yberlegung vns auch wolbedachten Mueth vnd freyen willen für vns vnd all vnſere Nachkhimlinge hiemit vnd in Crafft diſes allergehorſamb allvnterthänigſt erklärt verſprochen vnd zvgeſagt haben, das von vns vnd vnſeren Nachkhomenden ſothane öſterreichiſche Succeſſions-Regul von nunahn in Ewige weltzeith nicht allain für vöſt, giltig vnd vnzerprechlich ſelbſte gehalten: Erkhent vnd beobachtet ſondern auch auf all vnd jeden notfall gegen Maniglich mit vngeſparter ausſetzung gueth vnd Bluets Crafftigiſt verfechtet vnd verthediget werden ſolle, welches dan jedesmahlen threu gehorſamſt zu thuen vnd volziehen wür vnd alle vnſre Nachkomende von nun an auf Ewige Weltzeit gehorſamb ſchuldigiſt Verpflichtet vnd Verbunden ſein wollen vnd ſollen.“ Dieſer Erklärung fügten ſie bei, daß ſie nicht bezweifeln, man werde ſie auch in Zukunft bei ihren althergebrachten Rechten, Freiheiten, Satzungen, Gewohnheiten und Uebungen verbleiben laſſen, dieſelben handhaben und bei jedem Regierungsantritt beſtätigen, wie erſt letzthin im J. 1711 geſchehen ſei; es werde ſonach die angenommene Succeſſionsordnung niemanden an ſeinen bisherigen Freiheiten und Rechten einen Eintrag thun.

Die in der Propoſition ebenfalls geſtellte Forderung einer Geldhilfe von 100.000 fl., die für Befeſtigungen und die Erhaltung des Heeres beſtimmt waren, lehnten die Stände in der erſten Antwort ab; nach weitern Verhandlungen aber, die bis zur Quintuplik ſtiegen, ließen ſie ſich doch endlich zur Zahlung von 75.000 fl. herbei. Damit endete dieſer allgemeine Landtag, der um ſo merkwürdiger erſcheint, als er für ein ganzes halbes Jahrhundert der letzte iſt; und als auf ihm auch die entſcheidenden Schritte zur Errichtung der lange erſehnten landſchaftlichen Activitäten geſchahen. Obſchon der Zuſtimmungsbeſchluß zur Succeſſions-Ordnung nicht einſtimmig ge-

faßt wurde, so wurden in das Protokoll doch die Worte aufgenommen: „per unanimia penitus vota“ (ganz einstimmig), hingegen mußten die Stifter ihre Erklärung auf Verlangen des oberösterr. Geheimrathes wieder zurücknehmen, indem jedes Präjudiz für die Zukunft vermieden werden sollte. Aehnlich wie die Antwort der Tiroler Stände war auch die der übrigen Erblande ausgefallen. „Von keiner Seite erfolgte eine Ablehnung; vielmehr gelobten fast alle Ständeversammlungen, denen die neue Erbfolgeordnung vorlag, mit Gut und Blut für deren Durchführung einstehen zu wollen. Aber der damit bezweckten Vereinigung aller habsburgischen Lande zu einem einzigen, untrennbaren Staatskörper gedachten nur wenige Landtage in ihren bezüglichen Beschlüssen auf eine den Intentionen der Regierung entsprechende Weise.“ Darum legte sie auch auf die Zustimmung der Stände wenig Wert, wurden deren Zustimmungserklärungen nicht von ständischen Deputationen feierlich entgegengenommen und geriethen bald in Vergessenheit. Alle diese aus einer einheitlichen Initiative hervorgegangenen Urkunden, die mit der Kundmachung der vereinbarten Erbfolgeordnung in den Niederlanden (v. 6. Dec. 1724) und in der Lombardie ihren Abschluß erhielten, machen die pragmatische Sanction aus; diese ist also weder ein bloßes Hausgesetz, noch ein einheitliches Staatsgrundgesetz. [4])

Nachdem der Kaiser für seine Erbfolgeordnung auch die Zustimmung der Stände aller Länder erlangt hatte, hätte dieselbe vom Rechtsstandpunkte nicht weiter angefochten werden können, aber der größeren Sicherheit wegen suchte er sich noch die völkerrechtliche Garantie der europäischen Mächte zu erwerben. Daher war seine äußere Politik fortan vorzüglich eine Politik des Friedens, und so blieben seine Erblande durch zwölf Jahre (1720—32) von jedem Kriege verschont. Doch fehlte es dessenungeachtet nicht an wiederholten gespannten Beziehungen zu einzelnen Mächten, und darum forderte die Sorge für die Sicherheit und Integrität des Reiches unbedingt, daß Oesterreich ein stehendes Heer bereit hielt, wie andere Staaten Europas. Dessen Erhaltung verursachte jedoch so bedeutende Auslagen, daß der Kaiser sich außer Stande sah, sie ohne ständische Hilfe zu decken, und sich daher fast jährlich mit Postulaten an die Stände wenden mußte. Auch die tirolischen konnten damit nicht verschont werden; von 1722—32 ward jedes Jahr eine Versammlung des kleinen Ausschusses zur Bewilligung von

Militärhilfen einberufen. Doch die tiroliſchen Ausſchüſſe hatten weder Opferwilligkeit noch Verſtändniß für allgemeine Reichsbedürfniſſe, ſie glaubten genug gethan zu haben, wenn ſie das Landmilizweſen nicht ganz in Verfall gerathen ließen. In den erſten Jahren, wo der Landesfürſt noch den „ſpaniſchen Krieg" als Grund der Hilfsforderung angeben konnte, widerſtrebten ſie zwar noch nicht ſehr. Als Karl VI. auf dem Congreſſe vom J. 1722 die Summe von 170.000 fl. für Militär und Defenſion poſtulirte, bewilligten ſie hievon ohne viele Widerrede 130.000 fl. Schwieriger zeigten ſie ſich ſchon im folgenden Jahre, wo zum ſelben Zwecke ein Beitrag von 120.000 fl. verlangt wurde. Da ſchickten ſie den Abt von Gries und Dr. Egger, den Vertreter des Viertels Unterinnthal, an den Hof nach Wien, um das Poſtulat abzubitten. Als ſie darüber getadelt und ihnen verboten wurde, künftig ohne kaiſerliche Erlaubniß ſich nach Wien zu wenden, geriethen ſie in hohe Entrüſtung und wollten ſich den freien Recurs an den Thron nicht nehmen laſſen. Die Wechſelſchriften ſtiegen bis zur Octuplik. Erſt nachdem man jenes Verbot zurückgenommen und das Poſtulat auf 70.000 herabgeſetzt hatte, bewilligten ſie dieſe. Ruhiger verlief, wie es ſcheint, der um dieſelbe Jahreszeit beſchriebene Ausſchußtag des Jahres 1724. Die Stände votirten wegen des noch fortwährenden ſpaniſchen Krieges wieder einen Beitrag von 70.000 fl., die Hälfte des Poſtulates. Weit mehr widerſtrebten hingegen die Stände, ſeitdem Karl mit der Krone Spanien den Frieden von Wien (20. Apr. 1725) geſchloſſen. Der Ende Juni nach Innsbruck beſchriebene Ausſchuß wollte nun durchaus nichts mehr von Geldbewilligungen wiſſen. Obwol die kaiſerliche Propoſition hervorhob, daß das Heil der Monarchie von der Fortſetzung der bisherigen Militärverfaſſung abhänge, ſo hielten die Stände doch jede andere Armatur als die durch das Libell v. J. 1511 geſchaffene für unnötig und klagten bitter über die bisher gebrachten Opfer, namentlich über die ausſtändigen Etapen- u. Durchmarſchskoſten. Als der Kaiſer die Durchzugskoſten der letzten drei Jahre zu vergüten verſprach, Unterſtützung gegen die Steuerrenitenten zuſagte und ihre Beſchwerden zu hören verlangte, da brachten ſie einen ganzen Schwall von Klagen vor und bewilligten anfangs nur einen geringen Theil des Poſtulates. Erſt nachdem es bis zur Sextuplik gekommen, ließen ſie ſich auf den frühern Beitrag von 70.000 fl. ein. Noch längern Widerſtand leiſteten ſie im folgenden Jahre; man marktete viel, ſtellte allerlei Be-

dingungen und wechselte hiebei nicht weniger als 12 Schriften, bis man 65.000 fl. votirte. Selbstverständlich vergaß man auch diesmal nicht, wieder ein mit Klagen gefülltes Memorial vorzulegen. Zur schließlichen Nachgiebigkeit der Stände mag viel die Erlangung der Steuerjudicatur beigetragen haben. Derselbe Geist des Widerspruches, dieselbe Widerspänstigkeit der Stände machte sich in den beiden folgenden Jahren geltend. Ihre Armuth und Unvermögenheit und ein oder die andere vorzüglich drückende Beschwerde bot hiezu immer willkommenen Vorwand. So wurden im J. 1727 erst nach vielen Deliberationen die bisher üblichen 70.000 fl. gewährt, wobei die Steuerbereitung wieder einmal und die Universal-Marschconcurrenz zum ersten Male zu eingehenderer Erörterung gelangten. Auf dem Ausschußtage des J. 1728 erkühnten sich die Stände zur Aeußerung: dies werde hoffentlich das letzte Begehren sein, bevor sie die Hälfte des Postulates, 70.000 fl., bewilligten. In dieser Hoffnung täuschte sich die Landschaft nun allerdings gründlich, doch trotzdem scheint ihr Widerstreben in den nächsten Jahren nicht so heftig gewesen zu sein; sie bewilligten im Jahre 1729: 75.000 fl., im J. 1730: 70.000 fl. und im J. 1731: 75.000 fl. und im J. 1732: 65.000 fl. Die Stände mochten sich allmählich an die so regelmäßig auch in Friedenszeiten wiederkehrenden Anforderungen mehr gewöhnen, obwol sie sich noch im J. 1731 gegen den Ausdruck „ordentliches Postulat" mit aller Macht sträubten; auch mußten sie in diesen Jahren sich durch größere Bereitwilligkeit die Gunst Karl's VI. zu erhalten trachten, damit er ihre Bitten wegen der Freihäfen von Triest und Fiume, von denen sie den Ruin des Tiroler Transites befürchteten, möglichst berücksichtige. [5])

Während dieser Friedensjahre gelang es dem Kaiser, von Spanien und Preußen die Anerkennung der pragmatischen Sanction zu erwirken; der im Jahre 1733 beginnende polnische Erbfolgekrieg gab ihm Gelegenheit, ähnliche Zustimmungen von dem Kurfürsten v. Sachsen August III. und dem König von Frankreich zu erwerben. Nach dem Tode des Königs August II. v. Polen wählte nämlich eine Partei dessen Sohn, den Kurfürsten August III. v. Sachsen, die andere Stanislaw Lesczinsky, der bereits früher einmal diesen Thron kurze Zeit inne gehabt hatte. Während dieser von Frankreich unterstützt wurde, begünstigten Oesterreich und Rußland den Kurfürsten, theils um den französischen Einfluß von Polen fern zu

halten, theils weil Auguſt beiden Höfen große Vortheile in Ausſicht ſtellte, dem öſterreichiſchen namentlich die Anerkennung der pragmatiſchen Sanction. Da verbündete ſich Ludwig XV. von Frankreich mit Spanien und Sardinien, und alle drei Mächte erklärten im October 1733 an Oeſterreich den Krieg. Drei franzöſiſche Heere rückten ins Feld, eines zog an den Oberrhein, ein zweites brach in Lothringen ein und das dritte unter Villars griff im Verein mit dem ſardiniſchen das Herzogthum Mailand an. Spanien ſchickte zur See ein Heer gegen Neapel. So war der Kaiſer von allen Seiten bedrängt und ſah ſich dabei faſt ganz auf ſeine eigenen Kräfte verwieſen, denn die Seemächte verſagten ihm ihren Beiſtand, das deutſche Reich gewährte geringe Unterſtützung, die ruſſiſche Hilfe zögerte. Um ſo mehr mußte Karl VI. die Hilfe ſeiner Länder in Anſpruch nehmen. Die Stände Tirols mußten ihm ſchon im April 1733 einen Kriegsbeitrag von 65.000 fl. bewilligen. Bald ſollten ſie viel mehr leiſten! Denn der Krieg begann und verlief unglücklich. Vergebens ſuchte der alte kränkelnde Prinz Eugen mit ſeinen unzureichenden Mitteln den ſiegreichen Fortſchritten der Franzoſen am Rhein Einhalt zu thun. Noch ſchlimmer gieng es aber in Italien. Die franzöſiſch-ſardiniſche Armee eroberte noch im J. 1733 den größten Theil Mailands, deſſen militäriſcher Statthalter Feldmarſchall Daun ihr nur geringe Streitkräfte entgegenſetzen konnte. Die Eröffnung des italieniſchen Krieges und die ſiegreichen Fortſchritte der Feinde zogen Tirol ſogleich in Mitleidenſchaft. Es wurden nicht nur der kaiſerlichen Armee alsbald durch unſer Land Verſtärkungen zugeſendet, ſondern die Tiroler mußten auch ſelbſt zur Vertheidigung ihrer Landesgrenzen die Waffen ergreifen. Am 9. Nov. erſchien das Aufgebot der bewaffneten Mannſchaft, und unverzüglich brachen Miliz- und Scheibenſchützen-Compagnien nach den wälſchen Confinen auf. Den ganzen Winter hindurch ſcheinen daſelbſt abwechſelnd Milizen und Schützen geſtanden zu ſein. Im Verlaufe des Jahres 1734 fanden noch größere Rüſtungen ſtatt; es wurden eingehend die Mängel und Gebrechen des Landesdefenſionsweſens erwogen und der Kaiſer um ſeine Hilfe gebeten. Man ließ ſelbſt das zweite und dritte Aufgebot Waffenübungen anſtellen und zum Auszug ſich vorbereiten. Auch wurden in dieſem Jahre für zwei Regimenter in Tirol geworben, Alcantetti und Schaunſtein, in die man liederliche, aber kriegstüchtige Burſche mit Gewalt einreihte. Die höchſt be-

schwerlichen und kostspieligen Militärdurchzüge dauerten das ganze Jahr hindurch fort und machten zwei Ausschußversammlungen nötig. Auf der ersten, die im Juli zu Innsbruck statt fand, beschlossen die Ausschüsse, den Landschafts-Syndicus Dr. Egger nach Wien zu senden, um Vorstellungen gegen die übergroßen Kriegslasten zu machen. Die Landschaft hatte nämlich bisher für den Durchmarsch allein 500.000 fl. verwendet, wovon 300.000 noch rückständig waren. Doch muß der Wiener Hof keine Hilfe zu bieten vermocht haben, denn die zweite im Nov. zu Bozen abgehaltene Versammlung hielt es für nötig, eine Kopf-, Stand- und Notsteuer im Ertrag von jährl. 70.000 fl. zu beschließen, um damit der erschöpften Landschaftscasse in Abzahlung der in die 800.000 fl. bestehenden (neuen) Schulden zu Hilfe zu kommen. Trotz der zahlreichen Truppen, die nach Italien zogen, wandten sich hier die Dinge auch im J. 1734 nicht viel zum Bessern. Das kaiserliche Heer wurde bei Parma (29. Juni) und Guastalla (19. Sept.) geschlagen, und Graf Königsegg vermochte sich nur mit Not gegen die Franzosen im Felde zu halten. Noch unglücklicher als in der Lombardie waren für den Kaiser die Kriegsereignisse in Unteritalien; Neapel und Sicilien nahmen die Spanier in Besitz. Da diese hierauf zur Unterstützung der französisch-sardinischen Armee nach Oberitalien rückten, so konnten sich die Kaiserlichen auch hier nicht mehr behaupten, und Königsegg zog sich nach Tirol zurück. So kam im Jahre 1735, in dem der Krieg noch fortdauerte, unser Vaterland in erneuerte Gefahr und schon im März ergieng das Aufgebot an die Landmiliz. Die Tiroler Landesvertheidiger mußten wieder an die Grenzen marschiren, obwohl das kaiserl. Heer durch neue Zuzüge bis auf 30.000 Mann anwuchs. Die vielen Unglücksfälle auf dem italienischen und deutschen Kriegsschauplatze drängten jedoch den Kaiser noch in diesem Jahre zum Abschlusse des Wiener Friedens (3. Oct.), so hart für ihn auch dessen Bedingungen waren. Darin mußte er Neapel und Sicilien an Don Carlos v. Spanien und einige Districte von Mailand an Sardinien abtreten. Lothringen und Bar fielen an Stanislaw Lesczinsky, der auf Polen zu Gunsten August's III. verzichtete, und Herzog Franz Stephan von Lothringen sollte dafür beim Tode des letzten Mediceers das Großherzogthum Toscana bekommen. Frankreich erkannte die pragmatische Sanction an. Ebenso unglücklich für den Kaiser endete der Türkenkrieg, in den er sich

als Verbündeter Rußlands im J. 1736 einließ und von dem er einen Ersatz für die erlittenen Verluste hoffte. Die österreichischen Heere wurden überall geschlagen und der im Sept. 1739 geschlossene Friede zu Belgrad kostete Oesterreich ganz Serbien nebst dem österreichischen Theile von Bosnien und der Walachei, sowie die Festung Belgrad, welche Besitzungen an die Türkei zurückfielen. Dieser Krieg gab Karl VI. Veranlassung, auch in jedem der Jahre 1736—40 von dem tirolischen Landesausschusse eine Kriegshilfe von 70.000 fl. sich gewähren zu lassen und wiederholt Werbungen im Lande anzustellen. Diese Bewilligungen überließ er jedoch größtentheils der Landschaft zur Bestreitung der Durchzugskosten. [6])

Diese vielen Kriegshilfen und die Kosten der Landesdefension und Durchzüge waren die größten Opfer, die das Land dem Kaiser Karl VI. zu bringen hatte, denn sie betrugen wol nahe an drei Millionen. Dagegen kommen die wenigen Verehrungen und Geschenke fast nicht in Betracht und sind nur als Beweise der loyalen Gesinnung der Landschaft bemerkenswert. Als die Kaiserin im Jahre 1713 durch Tirol ihrem Gemahl nachreiste, wurde sie nicht nur ehrenvoll und festlich empfangen, sondern erhielt auch von den Ausschüssen ein Präsent von 2500 Ducaten. Bei der Vermählung der beiden Töchter Kaiser Josef's I. spendeten dieselben je 12.000 fl Hochzeitsgeschenk. Das Hochzeitsgeschenk für Karl's VI. älteste Tochter Maria Theresia, die sich im J. 1736 mit Franz v. Lothringen vermählte, wurde zwar aus dem Postulate dieses Jahres bestritten; als sie aber im J. 1738 mit ihrem Gemahle nach Toscana reiste, verehrte man ihr als künftiger Landesfürstin 2000 Ducaten Die Stifter betheiligten sich an diesen Spenden nicht. [7])

§. 6. Innere Verhältnisse.

Inhalt: Charakter der innern Regierung. Absolutistisch-centralistische Richtung. Selbstständigkeit der Verwaltung Tirols. Die drei obersten Landesstellen. Zustand der landesfürstlichen Finanzen. Die Bancalität. Errichtung des neuen Sudhauses in Hall. Waldordnung und Forstmandat. Verbesserungen und Uebelstände im Justiz- und Polizeiwesen. Landesdefensionswesen. Reorganisation der Landmiliz. Schießstandsordnung. Trennung der Militärverwaltung von der Civilverwaltung. Hebung der materiellen und geistigen Cultur: Münzmandate, Fontine; Kirche und Schule, Innsbrucker Universität. Thätigkeit der landschaftlichen Organe. Beschwerden in den Jahren 1715, 1717, 1721, 1723, 1725 u. 1728. Die Errichtung der ständischen Activität. Deren Instruction. Mitglieder beider Deputationen. Erfolge. Würdigung der Haltung des Kaisers und der Stände. Das Steuerbereitungswerk. Abgängige Knechte. Steuerpatente und Ausschuß-

beschlüsse. Die Marschconcurrenz: Berathungen und Beschlüsse der Congresse; Versicherungen und Spenden des Kaisers. Landschaftliche Finanzen und Finanzgebahrung, Einnahmen und Ausgaben, Gewerb- und Vermögenssteuer. Haltung der Stifter, ihre Sonderbestrebungen. Bischöfe von Trient: Joh. Michael Freih. v. Spauer, Joh. Benedict Gentilotti, Ant. Dominicus Graf v. Wolkenstein-Trostburg, Dom. Anton Graf v. Thun. Stift Brixen: Bischof Kasp. Ignaz Graf v. Künigl. Streitigkeiten. Deputationen zu Innsbruck und Wien. Weitere Zusammenkünfte und Verhandlungen. Charakteristik Kaiser Karl's VI.

Die innere Regierung Tirols unter Karl VI. unterscheidet sich wenig von der seines Großvaters, Leopold's I. Es fehlt ihr durchaus der lebensfrische Hauch, der so manche gleichzeitige Regierungen kennzeichnet. Die vielen Kriege waren innern Reformen hinderlich und der Kaiser war nichts weniger, als der Mann um trotz dieser Hindernisse eine folgenreiche Thätigkeit nach Innen zu entwickeln. Selbst kein Politiker von größerer Befähigung und von krankhafter Vorliebe für spanisches Wesen beherrscht, gab er sich zu seinem Unglücke noch dem Einflusse von Männern hin, die weder das Verständniß noch den Willen hatten Oesterreich zu regeneriren. Daher lief die Staatsmaschine meist in dem bisherigen alten Geleise, und wenn sie einmal dasselbe verließ, so war es nicht immer zu ihrem Heile. Wie seine nächsten Vorgänger, huldigte zwar auch Karl VI. der absolutistischen und centralistischen Richtung, aber bei seinem milden Charakter und seiner heiligen Ehrfurcht vor alten Lebensformen dachte er an nichts weniger, als an gewaltsame Beseitigung der bisherigen Eigenthümlichkeiten, die die einzelnen Länder in Verfassung und Verwaltung hatten. So hieng die innere Entwickelung der Erblande im wesentlichen von der Thätigkeit der Landesbehörden und der landschaftlichen Organe ab.

Tirol hat unter Karl's VI. Regierung vielleicht noch weniger als die andern deutschen Erblande, die Wirkungen der absolutistisch-centralistischen Richtung verspürt, denn der Monarch scheint die Tiroler, in denen er manchen Charakterzug seiner geliebten Spanier entdecken mochte, besonders geliebt zu haben. Die Fälle, wo er selbst oder seine Hofstellen in tirolische Anliegen eingriffen, sind aber dennoch nicht selten. Die Verbindung der oberösterreichischen Kammer mit der Wiener Hofkammer wurde natürlich nicht mehr aufgehoben und Reformen im Finanzwesen des Reiches erstreckten sich selbstverständlich auch auf das tirolische. Wie die Erb[illegible]ter Kronländer, flossen begreiflicher Weise auch die Ueber-

ſchüſſe der tiroliſchen Kammer nach Wien, zur Deckung der Reichsbedürfniſſe, das Umgeld ſo gut als die übrigen. Das bereits von Leopold I. zuerſt eingeführte Stempelpapier wurde gleichfalls, wenigſtens eine Zeit lang, behoben, und mit den neuen Aufſchlägen auf Tabak, Tanz und Muſik blieb auch Tirol nicht verſchont. Ebenſo mußten ſich die Tiroler, wie die übrigen Oeſterreicher, die Erhöhung der Zölle, der Lehentaxen u. a. Auflagen gefallen laſſen, zu den Beiträgen für die Bancalität ſich bequemen. Das war ein Inſtitut, das nicht einem Landes-, ſondern einem Reichsbedürfniß ſeinen Urſprung verdankte. Die Poſtulate ergiengen zuletzt ſo regelmäßig an die tiroliſchen Stände wie an die andern und wurden zu regulären Beiträgen für das Militärweſen des Reiches. Dieſe Bewilligungen wurden mit Ausnahme eines Falles immer den Landesausſchüſſen zugemuthet, und mochten ſie auch die gewöhnliche merklich überſteigen, Landtage berief man darum doch nicht ein. Ja man erlaubte ſich ſogar Congreßbeſchlüſſe zu ändern. Nur wiederholte Beſchwerden retteten die Lehenträger vor dem Schickſal, fortan in Wien ihr Lehen anmelden zu müſſen und ſie vermochten es wenigſtens nicht zu hindern, daß dort die Ausfertigung der Lehensbriefe erfolgte. Wichtigere Proceſſe wurden öfters nach Wien gezogen und dort in letzter Inſtanz entſchieden. Die allgemeinen Münzmandate erhielten für Tirol dieſelbe Geltung, wie für die andern deutſchen Erblande und ebenſo das Marſchreglement. Im Jahre 1740 wurden ſogar Vorkehrungen getroffen, das tiroliſche Miliz- und Militärweſen für immer dem Hofkriegsrathe direct unterzuordnen. Nicht ſo ſelten waren die Fälle, wo der Landesfürſt bei Verleihung von Aemtern und Würden den tiroliſchen Adel übergieng oder Privilegien auf Koſten der Landesfreiheiten oder einzelner Privaten ertheilte. Oefters erſchienen Hofdeputationen im Lande, um herrſchende Uebelſtände zu heben und vorgebrachte Beſchwerden zu unterſuchen, und die Tiroler Stellen hatten wiederholt über ihre Amtsgebahrung oder andere Gegenſtände nach Wien Bericht zu erſtatten. Die Stände und Privaten Tirols nahmen in ihren Anliegen immer häufiger dahin ihren Weg und ſchon i. J. 1717 ward darum das Verbot erlaſſen, ohne vorläufige Bewilligung Deputirte nach Wien zu ſchicken, das in den folgenden Jahren zweimal wiederholt wurde. [1])

Obige Fälle ausgenommen, erfreute ſich Tirol jedoch während Karl's VI. Regierung einer völlig ſelbſtändigen Verwaltung. Baden

ersten Jahren behielt es sogar seinen eigenen Gubernator, den Pfalzgrafen Karl Philipp und als dieser im J. 1717 die Regierung seiner Erbländer antrat, führten die alten drei obersten Stellen, Geheimrath, Regiment und Kammer die Administration allein fort. Karl VI. nahm in dieser Organisation keine Aenderung vor, die drei Wesen mit ihren bisherigen Wirkungskreisen blieben bis an sein Lebensende. Nur bezüglich der Mitgliederzahl der einzelnen Collegien und ihrer Besoldung traf er einige neue Anordnungen. Im Jahre 1722 reducirte er das Regiment auf einen Präsidenten mit 3000 fl. Gehalt, einen Kanzler mit 2000 fl. einen Vicepräsidenten mit 1300 fl., einen Vicekanzler mit 1400 fl., die acht Räthe der Herrenbank mit je 1000 fl. und zwölf der Ritterbank mit je 1200 fl Im J. 1736 ist der Status der drei Wesen folgender: 27 Geheimräthe, 34 Regierungsräthe und 25 Kammerräthe. Somit fehlt es auch unter der Regierung Karl's VI. an Beamten nicht. Aber ihre Leistungen stehen in keinem Verhältnisse zu ihrer Zahl. So lange der Pfalzgraf an ihrer Spitze steht, geht durch das Personale ein frischer Zug, und nützliche Neuerungen treten in's Leben; nach seinem Abgange reißt die alte Schlaffheit ein. Die Wesen gerathen unter sich in Uneinigkeit oder streiten sich mit den Landesausschüssen herum und bringen nichts vom Flecke, daher die ständigen Klagen und Beschwerden der Ausschußversammlungen. Wie ihren Vorgängern zur Zeit Leopold's I. fehlen auch den Behörden Karl's VI. häufig die zur Regierung unentbehrlichsten Eigenschaften: Einsicht und Thatkraft, Zusammenhalt und Unparteilichkeit, Eifer und Pflichttreue. Sie wissen in ihrer Not keine Mittel zur Abwehr zu finden und haben nicht den Mut, was sie als richtig und gut erkannt, durchzuführen, sobald sie Widerstand besorgen müssen. Und dies darf nicht Wunder nehmen. Waren doch darunter so viele alte, betagte Männer, die weder geistige noch körperliche Spannkraft hatten! Alle Verwaltungszweige wurden vernachlässigt und das Interesse des Landesfürsten wie der Bevölkerung theils aus Faulheit, theils aus Selbstsucht und Eigennutz arg geschädigt. Die vielen Landesklagen wie die Klagen und Reformen der Maria Theresia sind hiefür vollgiltige Beweise. [2])

Bei diesem Charakter der Landesbehörden darf es nicht Wunder nehmen, wenn die landesfürstlichen Finanzen in keinem erfreulichen Zustande sich befanden. Um Bezahlung der landesfürst-

lichen Schulden und Verringerung der beschwerten Kammergüter kümmirte man sich blutwenig und trug auch geringe Sorge, letztere zu höherem Ertrage zu bringen und fällig gewordene Lehen einzuziehen. Im Gegentheil ließ man manche Lehen und Regalien in Verlust gerathen, indem durch Vernachlässigung der Lehenbereitung Lehen verschwiegen, zu Allodien wurden und Private einzelne Regalien ungehindert sich anmaßen konnten. Die uneinbringlichen Schulden häuften sich bei den öffentlichen Aemtern und die Verschenkungen und andere Veräußerungen des Krongutes dauerten fort. Bekanntlich war auch Kaiser Karl VI., wie seine Vorgänger, Josef I. und Leopold I., stets bereit, seine Diener für wirkliche oder vorgebliche Dienste zu lohnen, und diesen schönen Charakterzug wußten auch die höhern Stände Tirols für sich auszunützen. Um die immer größer werdenden Verwaltungsauslagen zu decken, brachten die Behörden neue Gefälle und Steuern in Vorschlag. Es wurden daher nicht nur die Postgelder, Zölle, Salzpreise und Lehenstaxen erhöht und ein neues Laudemium gefordert, sondern auch allerlei neue Impostо's auf Musik und Tanz, auf Karten, Tabak und Bier gelegt und für das aus dem Lande gehende Vieh ein neuer Ausfuhrszoll verlangt. Was wirklich zur Besserung der landesfürstlichen Finanzen und Erleichterung des Landes geschah, das ging entweder von Wien aus oder fand wenigstens dort die kräftigste Förderung. Der Kaiser gab 1721 der tirol. Kammer eine neue Instruction und ordnete 1723 eine eigene Commission zur Untersuchung des Cameralwesens ab. Er erwirkte, um den Klerus besteuern zu können, vom Pabste eine eigene Bulle. Noch viel wichtiger sind zwei andere Neuerungen: Die Einführung der Bancalität und die Errichtung eines neuen Sudhauses zu Hall.

Schon Josef I. hatte durch Errichtung der Wien. Stadtbank ein neues Finanzinstitut geschaffen, das die Verlegenheiten der österr. Finanzverwaltung beseitigen und neuen Credit erwerben sollte. Karl VI. glaubte bei seinem Regierungsantritte nicht füglicher die Staatsfinanzen ordnen, den Credit heben und die Last der Königreiche und Länder verringern zu können, als dadurch, daß er die auf alle Königreiche u. Länder sich erstreckende Bancalität ins Leben rief. Dieselbe war ein von allen Aemtern freies Institut und sollte die von diesen herrührenden Rechnungsausstände ins Reine bringen. Zu diesem Behufe wurden ihr mancherlei Einkünfte: die Fahrgelder der Landeskammern, die Fiscalitäten, Tax- und Strafgelder und verschiedene Arrhen (Legitimations-, Dienst-, Assignations-,

Reservations- und Judenarrha) zugewiesen. In Tirol wurde dieses Institut am 12. Febr. 1715 eingeführt. Das Bancalcollegium bestand anfänglich aus einem Director, einem Rath, zwei Assessoren und zehn Beamten und Dienern. Der erste Director war Ferd. Karl Reichsgraf v. Wicka, Freiherr zu Kirchburg und Reinegg, oberösterr. Hofkammerrath; der erste Rath: Heinrich Asperger, Hofkammerrath. Durch strenge Erlässe verhielt der Kaiser die, welche dieses Institut betraf, zum Beitritt und wollte selbst die ausständigen landschaftlichen Steuern unter dessen Beiziehung einbringen lassen. Aber hiezu ließen sich die Stände um so weniger herbei, als sie vom Anfang das Institut nicht als ein freies, sondern als ein landesfürstliches Finanzorgan ansahen. Im J. 1718 wurde eine Aenderung mit der Universal-Bancalität vorgenommen, um die Geschäftsführung zu vereinfachen und die Kosten zu vermindern, und diese traf auch das Tiroler Institut. Dasselbe hatte fortan ein Colleg von 15 Personen, worunter zwei Räthe, und kostete jährlich 7250 fl. Es gieng aber, wie es scheint, noch in Karl's VI. Regierungszeit ganz ein. Die Errichtung des neuen Haller Sudhauses zielte auf eine Kostenersparung, namentlich auf mindern Holzverbrauch ab und bezeichnet jedenfalls eine wesentliche Verbesserung in dem einträglichsten landesfürstlichen Regal. Sie ist aber zugleich dadurch besonders merkwürdig, daß hiebei einzelne der in der allgemeinen Einleitung dieses Zeitraumes betonten Schattenseiten so recht zu Tage traten: blinder Eifer für alte Dinge, thörichte Scheu vor allen Neuerungen, Mangel an Gemeinsinn und Selbstsucht, Neigung des Volkes zur Gewaltthat und Energielosigkeit der Behörden. Der Salzmair Adam Ant. Tschiderer, der auf unterschiedlichen Reisen andere Salinen kennen gelernt hatte, fand, daß die Haller einen untergeordneten Rang einnehme; denn sie erzeugte bei einem Verbrauch von 378 Klftr. Holz nur 1032 Zentner Salz, während in Gmunden mit 360 Klftr. Holz 3696 Ztnr. gewonnen wurden. Nachdem er die Mängel des alten Sudhauses dargelegt und für seine Vorschläge das Gutachten aller tirolischen Stellen erwirkt hatte, ertheilte ihm der Kaiser den Auftrag zur Erbauung eines neuen, das im Sommer 1713 fertig wurde. Kaum war aber der erste Versuch damit gemacht, so bildete sich eine heftige Opposition gegen das nützliche Werk, und diese erstarkte fortwährend. Vergeblich suchte der Gubernator durch wiederholte Untersuchungen der Pfanne

und durch scharfe Mandate die gereizte Stimmung zu beruhigen. Die Arbeiter im alten Sudhause, die Beamten daselbst und die Haller Bürgerschaft gaben ihrem Widerwillen gegen das neue Sudhaus immer kräftigern Ausdruck und fanden selbst unter den Behörden Unterstützung. Das Salz der neuen Pfanne, dem die erste Commission den Vorzug vor dem alten geben mußte, wurde für völlig wertlos erklärt und im ganzen Lande, ja selbst bei den ausländischen Salzkäufern verschrien; selbst Mitglieder des Landesausschusses ließen sich zu solchen grundlosen Verdächtigungen hinreißen. Der arme Salzmair war des Lebens nicht sicher. Erst als sich mehrere Arbeiter gewaltthätig am neuen Werke vergriffen und am 10. Juni 1716 das Röhrwerk zerhackten, that man diesem wüsten Treiben Einhalt. Vom Kaiser, der sich vom Anfange dem neuen Werke günstig gezeigt hatte, beauftragt und bevollmächtigt, machte die Regierung den Rädelsführern den Proceß und verschaffte dem Urtheil Geltung, das eine von Wien heraufgeschickte unparteiische Commission nach genauer Nachforschung zu Gunsten des neuen Werkes gefällt hatte. Nun fand auf einmal das neue Sudhaus im ganzen Lande Lobredner, und die Ausschußversammlung vom März 1718 pries es als ein vollkommenes Werk. Die Sorge für das Haller Salzwerk bewog den Kaiser, die Holz- u. Waldordnung Erzh. Leopold's für Inn- und Wippthal (vom 3. Aug. 1626) im J. 1719 zu erneuern. Dieser folgte eine Waldordnung für Vintschgau im J. 1729. Wie diese Erlässe die landesfürstlichen Wälder vor weiterer Verwüstung schützen sollten, so bezweckten das Jagdnormale v. J. 1733 und das Generalforstmandat v. J. 1737 den Schutz des Hochwildes vor Jagdfrevlern. [3])

Mit dem Justiz- und Polizeiwesen war es in Karl's VI. Regierung noch schlimmer bestellt, als mit dem Finanzwesen, denn auf diesen Gebieten drängten die Zeitumstände nicht so sehr zu Neuerungen und Verbesserungen, und darum kümmerte man sich auch zu Wien um sie nicht viel. Trotz der wiederholten Bitten und Klagen der Stände gieng man daher nie ernstlich an die Verbesserung der mangelhaften Landesordnung und schob stets die Abfassung der Polizeiordnung hinaus. Man begnügte sich, die dringendsten Bedürfnisse durch einzelne Verordnungen zu befriedigen. Da die Vormünder nicht selten ihre Pupillen in ihrem Erbe arg schädigten oder gar desselben beraubten, so erneuerte und bekräftigte man die be-

treffenden Artikel der Landesordnung. Ueber das Erbe abweſender Perſonen wurden einzelne Beſtimmungen getroffen, und durch ein Auswanderungsverbot weitere Entvölkerung des Landes zu verhindern geſucht. Gegen Luxus, hohes Spiel, Unzucht und Giftmiſcherei erſchienen gleichfalls beſondere Verordnungen. Dem immer mehr zunehmenden Bettler- und Vagabundenweſen ſuchte man durch wiederholte Mandate zu ſteuern und dadurch den Mangel einer Bettelordnung, die trotz mehrmaligen Bittens der Landſchaft nicht zu Stande kam, zu erſetzen. Die allgemeine Pragmatik, die bereits Leopold I. bezüglich der geiſtlichen Güter erlaſſen hatte, hielt auch Karl VI. aufrecht, obwol nicht bloß die Prälaten, ſondern der ganze Landesausſchuß auf deren Beſeitigung oder wenigſtens auf theilweiſe Milderung drang. Wie dieſe wenigen Verordnungen keinen genügenden Erſatz für die Reform der Landesordnung boten, ſo war auch das Wenige, was für eine beſſere Organiſation der Juſtiz- und Polizeibehörden geſchah, unzureichend. Im J. 1719 erließ der Kaiſer eine Hauptentſcheidung und Erläuterung, wie es in Jurisdictions- und Polizeiſachen zwiſchen den Berg- und Landrichtern gehalten werden ſoll, und wollte damit den häufigen Competenzſtreitigkeiten dieſer Obrigkeiten vorbeugen. Drei Jahre darauf erneuerte er Leopold's I. Verordnung vom J. 1700, wodurch den ſubſtituirten Bann- und Achtrichtern die Criminalgerichtsbarkeit abgenommen und den Pflegern und Richtern übertragen wurde, denen ſie von rechtswegen gebührte. Der tiefe Verfall, der das Obergericht des Landes, das ſog. Regiment, getroffen hatte, bewog Karl VI., auch dieſem eine beſſere Einrichtung zu geben, um ſein im In- und Auslande ſehr geſunkenes Anſehen wieder zu heben. Er beſtimmte daher die Zahl der Mitglieder und die Gehalte in der früher angegebenen Weiſe und ſuchte eine Menge der in die Adminiſtration eingeſchlichenen Gebrechen zu beſeitigen. Da die Verbeſſerungen im Juſtiz- und Polizeiweſen ſo gering waren, ſo iſt es begreiflich, wenn die alten Uebelſtände zum großen Theil noch fortdauerten und ſogar neue ſich dazu geſellten. Die Proceſſe ſchleppten ſich jahrelang fort und wurden häufig von dem ordentlichen Rechtswege abgezogen. Die Competenz des Hofgerichtes zu Bozen wurde beeinträchtigt und das Hofgericht zu Meran gar mit Aufhebung bedroht. Man beſchwerte die Parteien mit Commiſſionen und gab der Vielſchreiberei immer größern Raum. Die Zahl der Advocaten nahm zu, und ihr Colleg

gerieth dennoch in Verfall. Die Berg- und Waldrichter maßten ſich eine ihnen nicht zuſtehende Strafgewalt an und verfuhren ſehr ſtreng. [4])

Mehr Aufmerkſamkeit, als dem Juſtiz- und Polizeiweſen, wurde von den Landesbehörden und vom Kaiſer dem Landesdefenſionsweſen gewidmet, das bei des letztern Regierungsantritt ganz darniederlag. Schon im erſten Jahre machten Regierung und Kammer im Auftrage Karl's VI. einen neuen Entwurf über Organiſation der vier Landmilizregimenter. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß die alten zu groß ſeien und darum von den wenigen Offizieren nicht gehörig eingeübt werden könnten. Daher wurde die Zahl von 8393 auf 6000 herabgeſetzt, wovon das erſte Regiment aus dem Innthal (ſtatt 2350) 1680, das zweite aus Wipp-, Eiſack- und Puſterthal (ſtatt 1975) 1412, das dritte vom obern und untern Etſchland und obern Nonsberg (ſtatt 2214) 1583 und das vierte von den wälſchen Confinen und untern Nonsberg (ſtatt 1854) 1325 zählten. Dieſe Landmiliz ſollte in auserleſenem Volke, zunächſt aus Angeſeſſenen im Alter von 18—50 Jahren beſtehen und die Anlagen nach Proportion des Beſitzes, ohne Parteilichkeit, ausgehoben werden. Die Einrollirten ſollten ſich den vorgeſchriebenen Uebungen fleißig unterziehen, welche für die äußern Viertel auf die Sonntage von Galli bis Georgi, für die innern auf die Sonntage von Andrei bis Ende Mai angeſetzt wurden. Die 2000 Scharfſchützen ſollten ein eigenes Regiment bilden. Dieſen Entwurf legten die Weſen dem ſtändiſchen Ausſchuſſe 1713 zur Berathung vor, und beiderſeitige Deputationen traten zu mehrmaligen Conferenzen zuſammen. Die Landſchaft war im weſentlichen mit dem Entwurfe einverſtanden, nur wünſchte ſie das Alter auf 60 Jahre erhöht, ſtatt der wochentlichen zwölf monatliche Particular-Uebungen und zwei Hauptübungen eingeführt und zwei Schützenregimenter von 4000 errichtet zu ſehen. Sie übernahm freiwillig die Hälfte der Landmilizofficiers-Saläre zu bezahlen. Trotzdem kehrte man wieder zur alten Zuzugsordnung zurück und beſtimmte nur, daß die Zuzüge von 6-, 9- und 12,000 Mann bereit zu halten ſeien. Aber auch das wurde lange ſchlecht ausgeführt, die Mannſchaft nicht einrollirt, die Compagnien nicht eingerichtet u. ſ. w. wie die in den nächſten Jahren laut werdenden Klagen bezeugen; der alte Schlendrian dauerte fort, bis die Not zu einem neuen Schritte drängte. Als im Jahre 1734 von Italien her Gefahr drohte, legte die Regierung dem

Kaiſer weitläufig dar, was zur Beſchützung des Vaterlandes vor einem feindlichen Einfalle nötig ſei. Sie rieth bei den mit der Landſchaft getroffenen Vereinbarungen, die 1716 in Druck erſchienen, zu bleiben und nur folgenden drei Hauptgebrechen abzuhelfen: dem Mangel an Ober- und Untergewehren, an Uebung und tauglichen Officieren. Sie hielt es für gut, den Milizen die Gewehre zu belaſſen und meinte, es ſollten ſtets 12.000 in Uebung ſein und davon nach zwei Jahren nicht mehr die Hälfte, ſondern nur ein Drittel entlaſſen werden. Als Tagsgage ſchlug ſie vor: für einen Oberſt 6 fl., Oberſtlieutnant 4 fl., Oberſtwachtmeiſter 3 fl., Hauptmann 1 fl. 30, Fähndrich 1 fl., Weibel 30 kr. Auch hielt ſie den Zeitpunkt für geeignet, die 4000 Schützen in geordnete Compagnien zu bringen, die vier Regimenter bilden ſollten. Zugleich machte ſie Vorſchläge über Beſetzung der Feſten Kufſtein, Rattenberg, Scharnitz und Ehrenberg, wozu ſie 1000 Mann regulären Militärs für nötig erachtete. Damit die Koſten dieſer Verbeſſerungen und Rüſtungen getragen und dem durch die vielen Durchzüge erſchöpften Lande aufgeholfen werde, machte ſie den Antrag, einen Fond mit einem jährlichen Ertrage von 30—40.000 fl. zu gründen und die bereits bewilligten Poſtulate der Landſchaft zur Tilgung der Etapenſchulden zu überlaſſen, ſowie ſie mit neuen zu verſchonen. Die Rüſtungen und Feldzüge, welche in dieſem, dem vorhergehenden und nächſtfolgenden Jahre notwendig wurden, mögen manche der beſtehenden Mängel beſeitigt und die vollſtändigere Durchführung der Defenſionsordnung bewirkt haben; jedenfalls haben ſie den kriegeriſchen Geiſt und den Patriotismus des Volkes, namentlich des Adels, mächtig gehoben. Letzteres bezeugt inſonderheit auch der Umſtand, daß von jetzt an häufiger Recrutenwerbungen mit Erfolge im Lande ſtattfinden konnten. Bekanntlich ſchickte in den nächſten Jahren ſogar der König von Preußen ſeine Werber wiederholt nach Tirol, um manch hochſtämmigen Tiroler in ſein Lieblingscorps der Grenadiere einreihen zu können. Das Schützenweſen erhielt eine noch feſtere Organiſation durch die Schießſtandsordnung v. J. 1736, die folgende fünf Punkte enthält: 1. Jeder Schütze muß dem oberſten Landesſchützenmeiſter gebührenden Reſpect erweiſen, 2. er ſoll guten Leumund haben, die Schießſtätte wirklich beſuchen und einrollirt ſein, 3. die Aufnahme ſteht dem Schützenmeiſter frei, 4. gleich nach Martini erfolgt die Wahl des Schützenmeiſters und der vier Räthe und

5. dieſe müſſen dem Oberſtſchützenmeiſter angezeigt werden und Gehorſam geloben. Da die Schützen in den letzten Feldzügen ſich beſonders ausgezeichnet hatten, ſo erhöhte der Kaiſer die Schießgaben von 1058 fl. 30 kr. auf 1477 fl. 10 kr. Nach vielen Bitten und Beſchwerden erließ Karl VI. gegen Ende ſeiner Regierung endlich auch eine Marſchreglement. In ſeinem letzten Regierungsjahre trug er ſich noch mit dem Plane, die Militärverwaltung von der Civilverwaltung zu trennen und unmittelbar unter den Hofkriegsrath zu ſtellen und ſandte einen eigenen Commiſſär nach nach Tirol, um dieſelbe vorläufig zu übernehmen und einzurichten. Dem Pfalzgrafen Philipp war nämlich auf ſein Verlangen das Militärweſen ebenfalls übertragen worden, indem man ihn zur Hintanhaltung aller Irrungen zum Feldmarſchall ernannte und ſeitdem blieb es, wie es ſcheint, wieder mit dem Civile vereint. Die Separirung und neue Einrichtung ſollte nach der Norm der andern Erblande erfolgen, wo ſie bereits vollzogen war. Die oberſte Leitung des Militare im Lande ſollte, falls dasſelbe einen Gubernator hätte, dieſem und ſonſt einem Militärdirector mit Sitz und Stimme im Geheimrathe übertragen werden, der in unmittelbarer Abhängigkeit vom Hofkriegsrathe zu ſtehen hätte. Um das Land von dem vielen Geſindel zu ſäubern, wurde im J. 1713 eine berittene Gensdarmerie von 6 Mann errichtet und 1726 die Aufſtellung einer Dienſtpatrouille aus dem Landbataillon vom Kaiſer bewilligt. Karl VI führte auch in dem erſten Regierungsjahre Etapengelder ein, für eine Mundportion 12 kr., für eine Pferdeportion 15 kr., für ein Vorſpannpferd 24 kr., die bis zum Jahre 1724 von der Kammer bezahlt, von da an bis 1729 aber von den Soldaten ſelbſt bezahlt werden ſollten. Von 1730—34 ließ er unter 3 Malen 100.000 fl. anticipiren, ſeit 1734 die Poſtulate hiezu größern Theils verwenden. [5])

Noch weniger, als für die bisher berührten Gebiete, geſchah ſeitens der Behörden und des Kaiſers zur Hebung der materiellen und geiſtigen Cultur des Landes. Allerdings wurden ſie hierin mehr als ſonſt durch die unglücklichen Zeitverhältniſſe und die Landesfreiheiten und Particularprivilegien ſowie durch einzelne verkehrte Anſchauungen der Bevölkerung gehemmt. Aber immerhin hätte viel Größeres geleiſtet werden können, da die Landſchaft, durch die Not belehrt, nicht geringe Empfänglichkeit für Neuerungen auf

nationalökonomiſchem Gebiete zeigte. Das Bedeutendſte, was vom Kaiſer in dieſer Richtung gethan wurde, waren außer den bereits erwähnten Waldordnungen, die zunächſt und vorzüglich das landesfürſtliche Intereſſe zu fördern berufen waren, die vielen kaiſerlichen Münzmandate. Sie ſollten verhindern, daß Tirol noch länger mit fremden ringhältigen Münzen überſchwemmt wurde, und die Tiroler dadurch vor großen Verluſten bewahren. Aber ſo zahlreich die Mandate waren, ſo wollte es doch lange nicht gelingen, das hartnäckige Uebel zu heilen. Da unſer Vaterland mit den übrigen Erblanden in faſt gar keinem, mit ſolchen Nachbarländern aber, die ſchlechte Münzſorten hatten, in regem Verkehre ſtand, ſo wurden ringhaltige Münzen immer wieder ins Land und die guten hinaus geſchleppt oder von gewinnſüchtigen Händlern beſchnitten. Eine ſtrenge Durchführung der Verbote erwies ſich als unmöglich, weil es den Regierungsorganen und Obrigkeiten an Eifer gebrach, die Bevölkerung widerſtrebte und bei dem herrſchenden Geldmangel immer wieder der ſchlechten Sorte ſich bediente. So blieben die Mandate aus den Jahren 1715, 1725, 1726 und 1732 fruchtlos; erſt mit dem Patente vom 22. Oct. 1735 kam ein größerer Ernſt in die Sache, wurden die eingeſchlichenen Unordnungen ausgerottet und das Münzweſen in ziemlichen Stand geſetzt. Von dieſen Münzmandaten abgeſehen, hat Karl VI. nur noch ein paarmal zur Förderung des Landeswoles unmittelbar in Tirols Geſchicke eingegriffen. Als im J. 1729 die tiroliſche Landſchaft ihn durch eine eigene Geſandtſchaft dringend bat durch Errichtung des Trieſter Seehafens und Begünſtung der Handelsſtraße durch Inneröſterreich den tiroliſchen Tranſit und die Bozner Märkte nicht ganz zu ruiniren, gewährte er mehrere Erleichterungen und verſprach mit Baiern, Salzburg und Venedig wegen Ermäßigung der Zölle und mit Mailand wegen Verhinderung der Graubündner Straße zu verhandeln. Im J. 1737 errichtete er zu Bozen eine Fontine oder ſog. Leibgeding, da er gehört hatte, daß davon in auswärtigen Ländern dem gemeinen Weſen großer Nutzen entſprungen war, und wies dem Mercantilmagiſtrat als Verwaltungsorgan den Mitbeſitz der Haller Salzgefälle ſowie die einmalige Summe von 170.000 fl. zu. Was weiter noch für das materielle Gedeihen des Landes ausgeführt wurde, iſt kaum der Rede wert. Alle die vielen Vorſchläge, welche die Stände den Landesbehörden und dem Kaiſer in den Jahren

1716 und 1717 machten, blieben auf dem Papiere; nirgends ist ein Anstoß zur Errichtung von Fabriken und neuen Gewerben, zur Austrocknung der Möser u. s. w. wahrzunehmen; die weitläufigen Ausführungen, die übrigens nur eine Wiederholung jener vom J. 1653 sind, waren völlig umsonst; das Einzige, was geschah, war die Errichtung eines Zuchthauses, das zugleich eine Art Spinnfabrik war. Wolle, Flachs, Häute, Eisen, Blei und andere Roherzeugnisse des Landes giengen, wie bisher, zur Verarbeitung ins Ausland, und manche Naturerzeugnisse blieben ganz ungenützt. Zölle, Ein- und Ausfuhrverbote, Monopolien und Privilegien hemmten Handel und Verkehr, und dieselben wurden eher vermehrt als vermindert. Einführung neuen Commerzes und Beförderung des Weinverschleißes wurde wol öfters versprochen, aber nirgends sind darauf bezügliche Maßregeln zu bemerken. Das Wichtigste, was in dieser Richtung geschah, scheint darin bestanden zu haben, daß man der Stadt Trient, zum Verdrusse der Etschländer, die Einfuhr weiterer 4800 Yhren Wein erlaubte und einer Gesellschaft in Sacco ein Speditionsprivileg für den Waarenverkehr auf der Etsch verlieh. Was die Bodencultur anbelangt, so ist nur dies Eine bemerkenswert, daß in den letzten Regierungsjahren Karl's VI. die ersten Mandate zur Beschränkung des übermäßigen Weinbaues veröffentlicht wurden. Die geistige und moralische Cultur erfuhr eine noch geringere Förderung. Hieher wären die früher erwähnten Erlässe gegen einzelne Laster, die Mandate wegen Abhaltung emsiger Kinderlehren und Einsammlung der Osterbeichtzettel und die Begünstigung der Jesuitenmissionen zu rechnen, die vom Hofkammerrath Joh. v. Fenner gestiftet und vom Kaiser i. J. 1718 nicht bloß bestätigt, sondern auch mit einem Beitrag von 5000 fl. unterstützt wurden. In der Förderung der Kirche und kirchlicher Institute sah man noch immer den einzigen Weg zur Bildung des Volkes, und obwol die Stände sich schon wiederholt gegen eine Vermehrung der Klöster erklärt hatten, fuhr man doch noch mit Begünstigung derselben fort. Doch verbot man wenigstens, Personen ohne Consens der Regierung in Klöster aufzunehmen, und verlangte von Geistlichen, die landesfürstliche Benefizien erstrebten, eine Prüfung. An Gründung von Volksschulen dachte man nicht, solche Sorgen blieben noch der Kirche, den Gemeinden und einzelnen Privaten überlassen. Für die Mittelschulen erschien im J. 1735 die erste allgemeine Verordnung, womit die

Regierung deren Leitung in die Hände zu nehmen begann. Diese Verordnung beschränkte die Aufnahme durch Forderung strengere Aufnahmsprüfungen, drang auf Vervollständigung des Studienplanes auf Einführung einer bessern Methode und Anstellung gereifterer Lehrer und verlangte Bericht über den Studiengang. Auch die Hochschule zu Innsbruck, die Pflanzstätte der Beamten und des Weltklerus, fieng man an mehr ins Auge zu fassen, wozu auch die Anregung wieder von Wien ausging; dieselbe verlor einen Theil ihrer bisherigen Unabhängigkeit; der Einfluß der Jesuiten wurde beschränkt und die Umwandlung der bisher ganz kirchlichen Anstalt in eine staatliche vorbereitet. In andern als in den genannten Beziehungen wurde die Kirche kaum mehr als bisher überwacht, die Anzeige von Visitationen hatte man auch früher verlangt und das brachium saeculare wurde auch jetzt nicht versagt. Die Erhaltung der Glaubenseinheit galt selbstverständlich auch den Landesbehörden zur Zeit Karl's VI. als höchste Culturaufgabe, und man wird sich nicht wundern, wenn sie alle möglichen Vorsichtsmaßregeln gegen die ketzerischen Engadiner und gegen die aus Salzburg vertriebenen ketzerischen Emigranten ergriffen. Letztere hätten um so gefährlicher werden können, als sie ihren Weg zum Theil durch Tirol nahmen und hier, namentlich bei den benachbarten Ziller- und Pusterthalern, noch nicht alle Neigung zur Ketzerei erloschen war. [6])

Wie die Thätigkeit der drei Wesen sehr wenig befriedigt, so kann auch die Wirksamkeit der landschaftlichen Organe kein besonderes Lob beanspruchen. An Einsicht fehlt es zwar diesen nicht in demselben Grade, wol aber an Thatkraft, Eifer, gutem Willen, Opferwilligkeit und Unparteilichkeit. Nur in einem Punkte bewiesen sie unverdrossene Rührigkeit, in der Wahrung der alten Privilegien, Rechte und Freiheiten, und hiezu hatten sie reichliche Gelegenheit, da dieselben gar oft nicht beachtet wurden. Solange der Gubernator im Lande war, wollten sie nur mit ihm und nicht mit den Wesen verkehren. Sie wehrten sich gegen Beschränkungen ihrer bisherigen Freiheit in Aufnahme landschaftlicher Beamten und weigerten sich Mitglieder der Bancalität zur Steuerrevision beizuziehen. Sie erklärten sich wiederholt gegen die Bewilligung so hoher Summen, wie man ihnen zumuthete, und ließen sich die Freiheit, gegen die gestellten Postulate an den Kaiser zu recurriren nicht nehmen. Gegen Bewilligungen zur Erhaltung des Reichsheeres

ſträubten ſie ſich nach Kräften und wollten durchaus nichts von „regelmäßigen,“ „ordentlichen“ Poſtulaten wiſſen. Sie wagten ſelbſt dem Kaiſer und ſeinen Organen Veränderung der Congreßbeſchlüſſe und Verfaſſungsbruch vorzuwerfen. In Vorbringung von Beſchwerden waren ſie ganz unermüdlich. Jeder der faſt jährlich wiederkehrenden Ausſchußtage wurde mehr oder weniger hiezu benützt. Davon ſeien nur einige der vorzüglichſten Fälle hier erwähnt. Die im Dec. 1715 tagende Verſammlung des engeren Ausſchuſſes brachte folgende Beſchwerden vor: 1. die dermalige Unordnung in der Landmiliz, 2. Präterirung des Adels bei Aemtern und Benefizien, 3. Zollserhöhungen, 4. Ueberhandnahme der Proceſſe und ſchweren Commiſſionsſpeſen, Vermehrung der Advocaten, 5. allzugroßer Rigor in der Waldordnung, 6. Zulaſſung von Heiraten unbemittelter Leute, 7. Vermehrung der Mendicantenklöſter, 8. Erhöhung und neuerlich begehrtes Laudemium, 9. Zumuthung allzuhoher Bewilligungen an den engern Ausſchuß, 10. Ertheilung verſchiedener Privilegien ohne Einvernehmen der dadurch Beeinträchtigten, 11. Poſttaxerhöhung, 12. Zulaſſung armer Kinder zu den Studien, 13. Steueranlagen in den Gerichten ohne Zuziehung des intereſſirten Adels, 14. Vermehrung der Bierbrauereien (unter Widerſpruch der Innthaler), 15. Vorenthaltung des Umgeldes, als eines landſchaftlichen Einkommens, 16. Verſchiebung der Polizeiordnung 17. neue Reſtriction der Prälaten in ihren Rechten. Im Jahre 1717 ſchickte die Landſchaft eine eigene Deputation, den Prälaten v. Wilten, den Grafen Trapp, die Vertreter der Stadt Bozen und des Oberinnthales mit einer ausführlichen Inſtruction nach Wien und ließ dem Kaiſer, der Abhilfe verſprochen hatte, den beſchwerlichen Zuſtand des Landes darlegen, wie ihn der im Febr. und März verſammelte Congreß befunden hatte. Noch nie hatte man ſich ſo eingehend, gründlich und ausführlich darüber ausgeſprochen. Die Inſtruction enthielt nachſtehende zehn Hauptpunkte: 1. Der Grafſchaft Tiro eigenthümliche Beſchaffenheit im Unterſchied von andern Kronländern, 2. der Vermögensſtand, Unterhalt und Verdienſt der Einwohner, 3. deren Freiheiten, Verträge und altes Herkommen, 4. die Conföderation mit den Stiftern Trient und Brixen, 5. des Steuerwerkes Mängel und die Notwendigkeit einer Verbeſſerung, 6. wie im Lande eine Verbeſſerung der notdürftigen Lebensmittel und Commerzien angerichtet, das erworbene Geld darin behalten und Bar-

schaft hereingebracht werden könne, 7. Wiederholung oft vorgebrachter Landesbeschwerden und Bitte um Abhilfe, 8. Urgierung der versprochenen Bezahlung der ganz ausständigen Durchmarschkosten, 9. endliche Regulirung der Landmiliz und Landesdefension, 10. Vorstellung, wie nötig es sei, daß der Landschaft Anliegen durch eigens Verordnete mittels beständiger Activität besorgt werden. In den beiden ersten Punkten wurde besonders die Unfruchtbarkeit Tirols und die Armuth seiner Bewohner im Vergleich zu den reichen Kronländern hervorgehoben. Der sechste Punkt verbreitete sich sehr ausführlich über Handel, Gewerbe und Industrie des Landes und machte eine Reihe von Vorschlägen zur Hebung des Commerzes, denen die Berathungen des J. 1653 zu Grunde liegen. Die meisten der eben angeführten 10 Punkte wurden i. J. 1721 auch dem Geheimrath (Gremium) vorgelegt und dabei namentlich die hohen Durchmarschkosten betont. Im J. 1723 fügten die ständischen Ausschüsse zu den bisher erwähnten einige neue, wie die Klagen über Veränderung der Congreßbeschlüsse, Beseitigung der stipulirten Bedingungen, neue Aufschläge auf Tabak, Karten, Tanz, Bier und auf das aus dem Lande gehende Vieh und meinten, die Beschwerden würden statt erledigt vermehrt. Zahlreich waren wieder die Beschwerden, welche der Ausschußtag v. J. 1725 vorbrachte. Die Prälaten beschwerten sich über die geistliche Pragmatik, der Adel gegen erhöhte Lehentaxen und Lehenregalien und gegen die Art der Verleihung und Lehensmeldung, alle Stände gegen die Durchmarschkosten, das mangelhafte Steuerwerk und den infolge des hohen Geldpreises herrschenden Geldmangel. Weitere allgemeine Beschwerden betrafen die Uebergriffe der Bergrichter und Waldmeister, Ausfuhrverbote, neue Imposte's, die schlechten Erfolge des Zuchthauses, rückständige Verzinsungen der landesfürstlichen Schulden und den Mangel einer Polizei- und Bettlerordnung. Es wurde bereits erwähnt, daß die Stände gegen die Errichtung des Triester Seehafens höchsten Ortes eine Vorstellung sich zu machen erlaubten. Sie schickten damals, nachdem sie den Gegenstand auf einem Congresse im Dec. 1728 zu Bozen berathen, eine eigene Deputation nach Wien, die aus den Landschaftsmitgliedern Graf Paris v. Wolkenstein und Joh. Kasp. Egger v. Marienfeld und aus dem Mercantil-Consulenten Joh. Gummer bestand. [7])

Die frühern Blätter haben vielfach dargethan, daß die Aus-

schüsse mit all' diesen Bitten und Beschwerden verhältnißmäßig geringe Erfolge erzielten. Wie die immer wiederkehrenden Klagen selbst bezeugen und die Stände ausdrücklich besagen, dauerten nicht nur die gerügten Uebelstände fort, sondern sie wurden noch vermehrt und zum Theil vergrößert. Nur eine wichtige Bitte wurde ganz erfüllt, die um Errichtung einer ständischen Activität; aber auch die erst nach oftmaligem Anhalten. Der Gedanke an ein solches neues ständisches Institut scheint vom Gesandten des Brixner Stiftes, Hofrath Bartl, ausgegangen zu sein, und er hat auch den ersten Entwurf gemacht. Die Stände führten sich zu Gemüthe, wie wenig sie trotz der zahlreichen Landtage und Ausschußversammlungen ausgerichtet hatten, wie „wol die trefflichsten Ratschläge gepflogen, aber niemals zur Wirklichkeit gebracht worden" und meinten, die Ursache davon in dem Mangel eines bleibenden ständischen Organes suchen zu müssen. Sie glaubten, diesem Mangel könnte nicht anders abgeholfen werden, als durch Errichtung einer tirolischen Landschafts-Activität, die in einer vom offenen Landtag, engern Ausschuß und Steuercompromiß abhängigen, beständigen Deputation zu bestehen hätte, wie solche in Salzburg, Baiern und andern Ländern sich fänden; deren Hauptaufgabe sollte sein: Ausführung der Landtagsbeschlüsse und insbesondere Vollendung des Steuerwerkes. An der Berechtigung, von dem Landesfürsten eine solche Institution zu verlangen, zweifelten sie um so weniger, als ihnen ja schon Ferdinand II. die Direction des Steuerwerkes überlassen und Leopold I. ihnen im Jahre 1704 hiezu zwei landräthliche Collegien und die Executionsgewalt zur nötigen Verbesserung gewährt hatte. Die ersten Berathungen über dieses Werk fanden wahrscheinlich im Jahre 1716 statt, ein Jahr darauf ließen sie durch ihre nach Wien gesandte Deputation, wie erwähnt, auch dies Anliegen dem Kaiser vortragen. Die Ausschußtage der Jahre 1718 und 1719 wiederholten dasselbe. Der offene Landtag vom Jahre 1720 beschloß einhellig, vermittels zweier in Innsbruck und Bozen aufzustellender Deputationen eine landschaftliche Activität mit solchen Pflichten einzuführen, wie sie das landschaftliche Steuercompromiß laut seiner 1573 erlangten Gewalt und Instruction ohnehin zu thun schuldig sei, zur Herstellung guter Richtigkeit und bessern Laufes des Steuerwerkes, und dieselbe so lange fortzusetzen, bis die bei Landschaftscongressen gefaßten Beschlüsse ausgeführt und die höchst

nötige Verbeſſerung des Steuerweſens in's Werk gerichtet wäre; derſelbe ernannte auch bereits die Mitglieder dieſer Activität und übertrug deren Inſtruirung dem Ausſchuſſe. Der Landeshauptmann erbat hierauf vom kaiſerlichen Hof die Genehmhaltung genannter Landtagsbeſchlüſſe und eine vollkommene Executionsgewalt in Steuerſachen. Die Ausſchußverſammlung v. J. 1721 brachte das Anliegen nochmals dem Geheimrath vor, und bald darauf muß die kaiſerliche Genehmigung der Activität erfolgt ſein. Der im folgenden Jahre tagende Congreß verfaßte bereits die Inſtruction. Dieſelbe enthielt folgende Hauptpunkte. 1. Beide Deputationen haben ſich an die Befehle und Beſchlüſſe des offenen Landtages und engern Ausſchuſſes oder Steuercompromiſſes zu halten zu halten und ihre Verrichtungen ſich gegenſeitig ſogleich mitzutheilen; 2. wenn die Abänderung gemeinſamer landſchaftlicher Beſchlüſſe nötig, ſollen ſie ſich an den großen und kleinen Landesausſchuß und an den Steuercompromiß wenden; 3. ihre Hauptaufgabe iſt die Gleichſtellung der allgemeinen Landesſteuer nach den bereits berathenen oder noch weiter feſtzuſtellenden Syſtematen und die Heranziehung bisher unverſteuerter Güter, 4. bis zur Verrichtung der allgemeinen Steuerbereitung bleibt die jetzige Steuer aufrecht erhalten; 5. ſaumſelige Steuereinnehmer werden auf eigene Koſten zur Eintreibung verhalten; 6. bisherige uneinbringliche Steuerrückſtände ſollen vermittels der erlangten Executionsgewalt hereingebracht werden; 7. die Steuereinnehmer erſtatten den Deputationen über den Steuerritt Relation; 8. dieſe ſollen die Steuerrenitenten heranzuziehen ſuchen; 9. ſie werden die Stifter zu ihren Berathungen einladen; 10. ſie haben mit den Weſen und dem kaiſerl. Kriegscommiſſariate wegen der Etapenbezahlung in Correſpondenz zu treten; Sold und Gehalt ſind bis zum nächſten Steuercompromiſſe beſtimmt, das Weitere bleibt dem offenen Landtag vorbehalten; 12. die Deputationen werden ſich die Beförderung der landſchaftlichen Anliegen, die ſchon bei der Huldigung vorgebracht worden, aber noch nicht erledigt ſind, angelegen ſein laſſen. Die Mitglieder der Innsbrucker Deputation waren: Excellenz Landeshauptmann Sebaſtian Graf Künigl, Präſident, der Prälat von Stams, Leopold v. Roſt, von den Städten abwechſelnd die Vertreter von Innsbruck und Hall, der Viertelsvertreter des Unterinnthales; die Mitglieder der Bozner Deputation waren: Excellenz Graf Franz Karl v. Trapp, Landes-

Landeshauptmannsſchafts-Verwalter, der Prälat von Gries, Ad. Ludwig Wenſer, von den Städten abwechſelnd die Vertreter von Bozen und Meran, der Viertelsvertreter an der Etſch, zur Information der Generaleinnehmer Tſchiderer. Der Landeshauptmann erhielt 500 fl., der Landeshauptmannsſchaftsverwalter 450 fl., die beiden Prälaten mitſammen 700 fl., die von Adel je 300 fl., die Deputirten der Städte und Gerichte je 250 fl. jährl. Salär. Am 29. Mai 1722 ertheilte der Kaiſer der tiroliſchen Landſchaft die vollkommene Executionsgewalt in Steuerſachen, und dieſe beſtätigte er im J. 1725 mit dem Beiſatze cum derogatione omnium instantium (mit Beſeitigung aller Inſtanzen). [8])

Wenn die Stände trotz aller Bitten und Beſchwerden, trotz wiederholter Deputationen im ganzen doch ſo wenig erreichten, ſo lag der Grund hievon nicht im Mißwollen des Landesfürſten. Im Gegentheil Karl VI. war, wie namentlich der huldvolle Empfang der Deputation v. J. 1729 bezeugt, ſehr geneigt, die Tiroler möglichſt zufrieden zu ſtellen; aber die Rückſicht auf das Wol der übrigen Erblande und des ganzen Reiches ſowie die Sorge für das wahre Gedeihen des Landes geſtatteten ihm meiſt nicht, den oft einſeitigen und ſelbſtſüchtigen Wünſchen der tiroliſchen Congreſſe zu willfahren. Die Bitten und Klagen der tiroliſchen Landesausſchüſſe faßten durchaus nicht immer das Wol des ganzen Landes, ſondern nur zu häufig das bloß einzelner Theile, einzelner Stände ins Auge Die früher gezeichnete Herrſchaft der obern Stände und der deutſchen Etſchviertel dauerte, wenn auch mit geſchwächter Kraft, fort und darum erſcheinen auch in den Beſchwerdeſchriften ihre Intereſſen vor allen betont. Vergeblich ſtrebten die Beeinträchtigten zu ihrem Rechte zu kommen. Die Weinviertel ſteiften ſich auf ihre alten, bis ins 14. Jahrhunderte zurückreichenden Privilegien und warfen den Innthalern Mangel an Patriotismus vor, dieſe hingegen wollten nicht länger eine Bevorzugung der Etſchländer dulden, die unter den veränderten Verhältniſſen zu einem Unrechte geworden. So ſcheiterten mehrere Vergleichsverſuche und der Streit beſtand, da die um ihre Vermittelung angerufene Regierung nichts that, noch am Ende der Regierung Karls VI. Denſelben Mangel an Opferwilligkeit zeigte die herrſchende Partei gegenüber der Stadt Trient. Als dieſe im J. 1718 Gleichſtellung mit den übrigen Städten Tirols verlangte, ſo wurde ſie auf den Proteſt des Stiftesgeſandten hin abgewieſen, ungeachtet ſie ſeit alten Zeiten ein Mit-

glied der Landschaft war und weit mehr leistete, als z. B. die Städte Glurns und Sterzing. [9])

An dieser innern Uneinigkeit der Landschaft, an der Selbstsucht ihrer Mitglieder fand ohne Zweifel auch das so dringend erforderte Steuerwerk seinen größten Feind. Die Notwendigkeit dieses Werkes wurde von allen Ständen immer mehr anerkannt. Es bildete daher auch vom Anfange der Regierung Karls VI. an einen Hauptgegenstand der ständischen Berathungen. Im Jahre 1716 beschlossen die Ausschüsse, die Renitenten während des Congresses einzuladen, um mit ihnen zu verhandeln, da sie sich über zu hohe Ansätze beklagten. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Verzeichniß der fehlenden Knechte entworfen. Daraus geht hervor, daß zu den im Jahre 1574 bereits abgängigen Knechten noch 751¾ gekommen waren. Hievon entfielen auf das Stift Trient 480 (nämlich Levico 15, Stenico 20, Judicarien 80, Tenno 10, Fleims 40, Nons- und Sulzberg 280, Riva 15, Val di Ledro 20), auf das Stift Brixen 36½ (Buchenstein 10, Evas 4, Hofgericht Brixen 22½), auf das Bisthum Chur und die Churer Geistlichkeit 26¼, auf die vier gräflichen Häuser mit Ausnahme Arco's (mit 6) 62, somit im ganzen 624¼ aus der Adelssteuer; aus der Gemeinsteuer mangelten das Gericht Wolkenstein mit 5, Castelcorn mit 15, Neuspauer mit 15, Altspaur mit 5, Pflaum mit 8, Heiden mit 4, Stadt Hall mit 15, Viertel Pusterthal (wegen des infolge eines Vergleiches entfallenen Beitrags des Klerus) mit 60, zusammen 127. Die Summe aller an den 5000 Knechten fehlenden, die vor d. J. 1574 abgängigen miteingerechnet, betrug nicht weniger als 1420, nämlich 808 aus den 1800 der Adelsteuer, 469 aus den 2400 der Gemeinsteuer und 143 aus den 300 der Pusterthalischen Steuer. Auf dem obenerwähnten Congresse wurde jedoch nichts weiter ausgemacht, und so erscheint das Steuerwerk auch als eins der 10 Anliegen, die die Deputirten im J. 1717 dem Kaiser unterbreiteten. Die Stände beschuldigten damals die Landesbehörden der Connivenz der Renitenten, warfen ihnen vor, sie hätten eine kaiserliche Resolution für die vier gräflichen Häuser erwirkt, die ihnen den Fortgenuß der bisherigen Steuerfreiheit zusicherte, und zeigten keinen Ernst gegen die Widerspänstigen. Da an ihrer Aussage nicht zu zweifeln ist, so kann sie nur als Beweis gelten, daß persönliche Rücksichten bei den Behörden mehr vermochten, als das allgemeine Landeswol. Durch

dieſe und weitere Vorſtellungen erlangten die Stände, wie bereits bemerkt, ein ſtändiges Steuerorgan, die landſchaftl. Activität und die volle Judicatur in Steuerſachen; der Kaiſer erklärte ſogar ausdrücklich im Patente vom 17. März 1722, daß in Tirol niemand ſteuerfrei ſei, und ſetzte als Regel feſt, daß jeder, der in Tirol Güter beſitze, ſie verſteuern müſſe. Ohne Zweifel unterſtützte er die Stände auch noch fortan, wenigſtens verſprach er ihnen im J. 1725 ernſte Mandate gegen die Renitenten zu erlaſſen. Man ſollte deshalb glauben, die Stände würden nun das Werk raſch gefördert haben. Dem war aber nicht ſo. Die Activität leiſtete, wie die Regierung 1744 urtheilt und die Thatſachen beweiſen, wenig oder faſt nichts. Die Ausſchußverſammlung v. J. 1721 entwarf ein Project, das die Zahl der Steuerknechte von 5000 auf 4000 herabſetzte (144.000 fl.) und Beſtellung zweier Steuerinſpectoren forderte; es kam nicht zur Ausführung. Auf den Ausſchußtagen der Jahre 1728 und 1729 wurden wol Taxationsprojecte vorgelegt, wovon das erſtere vier verſchiedene Reviere unterſchied (das Jauch zu 100 fl., 75 fl., 50 fl. und weniger), aber ſie gelangten nicht zu allgemeiner Annahme. Auch wurde auf mehreren Verſammlungen gegen Renitente Execution beſchloſſen, und i. J. 1729 gegen die widerſpänſtige Stadt Rovereto die Sperre verhängt, allein im ganzen richtete man damit wenig aus; es fehlte, wie die Stände ſelbſt ſchon im J. 1723 einbekennen mußten, den Richtern, die auf gleicher Stufe mit den Gerichteten ſtunden, die Autorität. So kam es, daß im Verlaufe der Zeit die Zahl der mangelnden Knechte ſogar auf 1600 ſtieg und i. J. 1740 nicht viel niedriger ſtand, als im J. 1716. Daher berieth die Ausſchußverſammlung dieſes Jahres ernſtlichſt über die Modalität, die verlorenen Knechte wieder hereinzubringen und der Kaiſer fand ſich bewogen, abermals der Landſchaft zu Hilfe zu kommen, indem er ein ſtrenges Bereitungsmandat erließ, worin er an das v. J. 1723 erinnert und auf unverzügliche Durchführung der Univerſalbereitung dringt. Doch ſein Tod trat dem lange verzögerten Werke neuerdings hindernd in den Weg. [10])

Ganz ähnlich, wie mit der Steuerbereitung, gieng es mit der allgemeinen Marſchconcurrenz. Die Beſtreitung der Durchmärſche war nach dem Libell vom J. 1511 eigentlich Sache der Landesfürſten und wurde bis zum Jahre 1700 auch von ihnen im

ganzen richtig geleiſtet, wenn auch zeitweiſe die Stände die Laſt zu tragen hatten. Seit Beginn des 18. Jahrhunderts mußten jedoch die an den Straßen gelegenen Orte die Laſt tragen und trotz der Verſicherungen der Kaiſer Leopold I., Joſef I. und Karl VI. war im Jahre 1718 noch keine Vergütung erfolgt. In den 18 Jahren hatte dieſe Laſt aber nebſt den von einigen Orten und Gerichten beim Einfalle 1703 erlittenen Schäden und Zuzugskoſten ſchon die hohe Summe von 7,938.953 erreicht. Man wird ſich darum nicht wundern dürfen, wenn die davon betroffenen Particularen ſich nicht länger mit Vertröſtungen abſpeiſen laſſen wollten und die Concurrenz der übrigen Landestheile forderten. Doch davon wollten Stifter und Stände nichts wiſſen, und der Brixner Geſandte äußerte auf dem Ausſchußtage vom Jahre 1718, in einer ſo wichtigen Sache ſei nur der offene Landtag competent. Trotzdem berieth der Landtag v. J. 1720 dieſelbe nicht und begnügte ſich mit einer abermaligen Vertröſtung ſeitens des Geheimrathes. Die erſte Univerſalconcurrenz, doch nur verſuchsweiſe und für diesmal, fand im J. 1722 ſtatt; es war ein kleiner Zuſchuß zu den ſeit dem Jahre 1711 beſtehenden kaiſerlichen Etapengelder, die bei weitem nicht ausreichten, nämlich für die Mundportion 3 kr. und für das Vorſpannpferd 30 kr., und wurde durch einen Salzzuſchlag von 6 kr. beſtritten. In den nächſten Jahren hingegen gab man ſich wieder mit an den Kaiſer gerichteten Bitten und deſſen troſtreichen Verſicherungen zufrieden. Erſt auf den Ausſchußtagen v. J. 1727 und 28 bildete die Marſchconcurrenz wieder den Gegenſtand einer ernſtlichern Berathung, und man ſuchte für dieſelbe einen Fundus aufzufinden. Da aber der projectirte Weingroſchen den Stiftern und Prälaten mißfiel, einigte man ſich nicht So war bei Beginn der großen Durchzüge v. J. 1730 noch keine Vorſorge getroffen, und es wurde wiederum nur für ein Jahr ein kleiner Zuſchuß bewilligt, nämlich für die Portion 2 kr. und Vorſpann 1 fl. Da aber trotz der großen Laſt der Durchzüge in den folgenden Jahren von der Landſchaft keine weiteren Hilfen, ſondern nur Vorſchüſſe gewährt wurden, ſo nötigte die Regierung wenigſtens die an den Straßen liegenden Exempten ſich zu betheiligen, ſo ſehr auch dieſe ſich dagegen ereiferten, und der Kaiſer gewährte auf ihren Vorſchlag die früher erwähnten Hilfen. Aber dieſe waren ſo ungenügend, daß am Ende ſeiner Regierung zu den auf Millionen ſich belaufenden alten Forderungen eine mehrere hundert Tauſende zählende neue Forderung gekommen war. [11])

Obwol aber die Landschaft so wenig für die Universalmarschconcurrenz that und die Gerichte und Ortschaften an den Heerstraßen gegen alle Billigkeit allein unter den Lasten der Durchzüge schmachten ließ, so waren doch ihre Finanzen nichts minder als gut bestellt und konnte die Art des größern Theiles der erhobenen Steuern die Unbilligkeit, ja Ungerechtigkeit der ganzen Finanzgebahrung nur erhöhen. Im Jahre 1712 betrugen die Landschafts-Schulden 1,967.299 fl., im Jahre 1732: 2,411.853 fl. (Zins 120.592 fl.), im Jahre 1740 nahe an drei Millionen (Zins 148.900 fl.), also um eine ganze Million mehr. Und doch hatte sich das jährliche Einkommen der Landschaft während dieser Zeit erheblich gesteigert! Die Ordinaristeuer wurde wieder zu einem etwas höheren Ertrag gebracht (am Ende 137.578 fl.); zu dieser bisher einzigen regelmäßigen Einnahme kamen seit 1704 allmählich der Salzpfennig (ungefähr 20.000 fl.), der Zoll in Sacco (bei 124 fl.), das brescianische Weggeld (2000 fl.), ein Weingroschen (bei 6000 fl.), ein auf 15 Jahre erhaltenes Weinumgeld-Contingent (10.000 fl.) und schließlich das erlangte Umgelddrittel (20,000 fl.); vorübergehend auch eine Kaminsteuer. Demnach belief sich die Gesammteinnahme auf nahe an 200.000 fl., davon wurden außer obgenannten Zinsen die Congreßkosten (9500 fl.), die Ordinaribesoldungen (6500 fl.), die Activitätsbesoldung (4000 fl.), die Landmiliz (8000 fl., und einige kleinere Auslagen bestritten. Mußte man noch ein Postulat (70.000 fl.) bewilligen, so war schon eine Extraordinaristeuer nötig und wenn sich noch die Marschconcurrenz (100.000 fl.) dazu gesellte, so sah man sich zu Anleihen gezwungen. Ungeachtet häufiger Deficite war aber das financielle Gebahren kein sonderlich haushälterisches. Auf Deputationen nach Wien wurde viel Geld ausgelegt und die landschaftlichen Abgeordneten bei diesen und andern Gelegenheiten mehr als spendid bezahlt. So kosteten z. B. die Deputation v. J. 1719 nicht weniger als 9000 fl., und i. J. 1729 erhielt Graf Wolkenstein 1200, von Egger 700 und Gumer 200 Spezies-Ducaten „Verehrung" für ihre Sendung nach Wien. Die neuen Einnahmsquellen flossen vorzüglich aus dem Beutel der untern Stände. Eine noch drückendere und ungerechtere Last waren aber für einen großen Theil der Bevölkerung die Ordinari- und Extraordinaristeuern, da deren ungleiche Vertheilung noch immer fortdauerte und die reichen Capitalisten von ihr gar nicht betroffen wur-

den. Stände und Regierung erkannten dies an, indem sie den Schuldnern zu ihrer Erleichterung wiederholt erlaubten, einige Procente von den Zinsen der Gläubiger zurückzubehalten und unversteuerte Güter zur Steuer heranzuziehen. Doch trotzdem wurde das Mittel, welches man während Leopold's Regierung öfters angewandt hatte, um die Grundbesitzer zu schonen, nur zweimal ergriffen: nämlich die Gewerb- und Vermögenssteuer. Eine solche bewilligte der Ausschußtag v. J. 1717 für den Türkenkrieg und die Ausschußverversammlung v. Dec. 1734 für die Landesdefension. Zu letzterer steuerten die Stifter die gewöhnlichen Procente (Trient 7%, Brixen 6%,) die auswärtigen Besitzer ein Drittel der Ordinaristeuer, die vier tirolischen Deutschordens-Commenden 100 fl., Neustift 60 fl., Wilten 50 fl., die Klöster Stams, Welsch. Michael, Mariaberg, Georgenberg, die Frauenklöster zu Meran und Maria-Steinach je 40 fl., Probst, Dekan und Capitel zu Innichen und die Ursulinen zu Innsbruck je 35 fl., das Kloster Gries, die Jesuiten zu Innsbruck, die zu Hall, die Serviten auf der Waldrast, das Regelhaus zu Innsbruck, die Frauenklöster zu Sonnenburg und Bozen je 30 fl. die Serviten zu Innsbruck, das Frauenkloster Mariathal je 25 fl. und die noch übrigen ärmeren Klöster und Convente 20, 15, 10, 8, 6 und 5 fl. (alle ohne die Laien); vom weltlichen Klerus, der nicht in den Stiftsquoten und Klosterseelsorgen einbegriffen war, zahlte ein Pfarrer erster Klasse 4 fl., zweiter Klasse 2, Curaten und Beneficiaten 1 fl, Hilfspriester 30 kr., das königliche Stift Hall (bloß für die Stiftfräulein) 100 fl.; von den weltlichen Ständen hatte eine Cavalier erster Classe 6 fl., zweiter 4, dritter 3 fl., Gemahlinnen oder Schwestern die Hälfte, Kinder unter 5 Jahren den fünften Theil, Witwen ein Drittel, Pupillen mitsammen 3 fl., ein kaiserl. Rath, der nicht Cavalier war, 4 fl., ein Immatriculirter vom niedern Adel erster Classe 4 fl., zweiter 3 fl., dritter 2 fl., Beamte und Professoren erster Classe 3 fl., zweiter 2 fl., Minderbesoldete 1 fl. 12 kr., und 36 kr. zu erlegen. Diese Ansätze mögen einen ungefähren Maßstab für das Vermögen und Einkommen der einzelnen Stände geben. [12])

Bei der hohen Verehrung, die Kaiser Karl VI. dem gesammten Klerus und insbesondere den Bischöfen entgegenbrachte, und bei dem großen Ansehen, in dem die Geistlichkeit bei den tirolischen Ständen war, konnten die Beziehungen derselben zu einander im ganzen nur gute sein. An einzelnen Streitigkeiten fehlte es jedoch nicht. Die tirolischen

Landesbehörden und Stände hatten mancherlei Urſachen, mit den Stiftern und dem Klerus unzufrieden zu ſein. Zwar waren ihre Separationsgelüſte nicht mehr ſo groß, wie in den früheren Zeiten. Die niedere Geiſtlichkeit verweigerte die Steuern meiſt nicht mehr und die Stifter fügten ſich in der Regel den Majoritätsbebeſchlüſſen, aber ihre Sonderbeſtrebungen traten noch bei verſchiedenen Gelegenheiten zu Tage. Die Stifter entzogen ſich den Steuern für die Dynaſtie auch jetzt noch meiſt und wollten von einer weitern Verbindlichkeit, als der zur Landesdefenſion, nichts wiſſen, ſie verwahrten ſich gegen den Ausdruck „Stifter und andere Stände" und wollten ſich den vier Ständen keineswegs gleichgeſtellt wiſſen; ſie verlangten als Auszeichnung bei den Sitzungen rothe Seſſel, während die übrigen Ausſchüſſe grüne hatten; ſie weigerten ſich in der Wahl der Stiftsgeſandten ſich auf Einheimiſche zu beſchränken und an der Wahl der Ausſchußmitglieder ſich zu betheiligen; ſie behielten ſich das Recht der Steuereinhebung in ihren Gebieten ſtets vor und ließen bei Gelegenheit der Türkenſteuer die landesfürſtlichen Commiſſäre zur Beſchreibung der Effecten und Einkommen nicht zu. Dem Werke der Steuerbereitung legten ſie mancherlei Hinderniſſe in den Weg. Bald ſchützten ſie vor, ſie hätten die Steuerbereitung in ihren Gebieten ſchon vorgenommen, bald behielten ſie ſich dieſelbe vor oder verlangten bei ihren bisherigen Quoten zu bleiben. Gegen die vielen Renitenten zeigten ſie wenig Ernſt und ergriffen gern einen Vorwand, um nicht gegen ſie einſchreiten zu müſſen. Brixen ſtimmte auch gegen den Abzug von den Zinſen der Gläubiger und betrachtete die Univerſalmarſchconcurrenz als einen Gegenſtand, der ſeine Föderation mit Tirol nicht berühre; ebenſo das Münzweſen, in dem es ſich jedoch wegen des territorialen Zuſammenhangs möglichſt conformiren wollte. Trient berief ſich in letzterer Beziehung auf einen mit Erzherzog Ferd. Karl geſchloſſenen Vertrag, demgemäß es ſich bedingungsweiſe der Grafſchaft Tirol anſchloß, und ließ noch 1718, wie Brixen bereits i. J. 1710 einige Münzen ſchlagen, um ſein Münzrecht zu behaupten. Beide betonten jederzeit ihre reichsfreie Stellung und ihre blos „föderative" Verbindung mit Tirol. Welche Haltung die Stifter gegenüber der pragmatiſchen Sanction beobachteten, iſt bekannt. Man kann dieſe Haltung den Stiftern nicht durchaus zum Vorwurfe machen, da ſie häufig in ihrem Rechte waren, aber den Landesbehörden wurde ſie unbequem und meiſt auch den Ständen, wenn

letztere nicht deren Widerstand dazu benützen konnten, den eigenen zu vermänteln.

Diese gemeinsamen Streitpunkte hinderten aber nicht, daß das Verhältniß zu Trient stets gut blieb und es darüber zu keiner weiteren Erörterung kam. Der Grund hievon lag vorzüglich in dem Charakter der Bischöfe, die gleichzeitig mit Karl VI. den Stuhl des h. Vigilius inne hatten. Es waren Männer, zu deren Eigenschaften die Herrschsucht nicht gehörte, die um die weltliche Regierung sich wenig kümmerten. Von dem ersten dieser Bischöfe, dem bereits genannten Johann Michael Freiherr v. Spaur und Valör, ist nichts weiter mehr zu berichten, als daß er des Bisthums alte Rechte auf die Markgrafschaft Castellaro, welche der Kaiser sammt dem Herzogthum Mantua einziehen wollte, behauptete, daß er Karl VI. bei seiner Durchreise i. J. 1711 in seinem Castell ehrenvoll bewirtete, daß er das Schloß Dos Trento und andere von den Franzosen zerstörte Gebäude wieder herstellte, daß er 1716 ein neues Ritual herausgab und zwei Verordnungen wegen Tragung des geistlichen Kleides an die Geistlichkeit erließ. Er starb am 22. April 1725. Sein nächster Nachfolger, der sehr gelehrte Joh. Benedict Gentilotti, schied noch vor Antritt seiner Regierung aus dem Kreise der Lebenden (20. Sept. 1725), und es folgte ihm im selben Jahre, am 26. Nov., Anton Dominicus Graf von Wolkenstein-Trostburg. Dem Zweige des berühmten Geschlechtes, der sich auf die Schlösser Toblino und Ivano verpflanzt hatte, entstammend, hatte er sich auf den Schulen seiner Vaterstadt Trient, Ingoldstadt's und Padua's gebildet und 1679 eine Trientiner-Domherrnstelle erlangt. Als Bischof zeichnete er sich wol durch reinen Lebenswandel und große Freigebigkeit gegen die Armen, nicht aber durch Herrschertalente aus; wie sein Vorgänger Michael von Spaur angeblich seinen Verwandten Graf Franz Spaur und Gräfin Giuditta regieren ließ, so betraute er seinen Bruder Kaspar v. Wolkenstein mit den Sorgen der weltlichen Regierung. Bischof Anton Dominicus endete nach einer kaum vierjährigen Regierung sein Leben, am 5. April 1730. Darauf wählten die Domherrn, am 19. Juli 1730, Dominicus Anton Graf v. Thun, von der Linie Castel-Thun, der zu Trient geboren und erzogen war und schon im Alter von 15 Jahren eine Dompräbende erlangt hatte. Dieser regierte in den ersten zehn Jahren mit Würde und Kraft und publi-

cirte während dieſer Zeit verſchiedene wichtige und heilſame Geſetze, die das Leben und Wirken der vielfach verkommenen Geiſtlichkeit zu heben beſtimmt waren; er genoß daher bei Karls VI. Tode allgemeine Achtung und Verehrung.

Das Verhältniß zum Bisthum Brixen trübten obgenannte und andere Differenzpunkte in mancherlei Weiſe. Bei dem engen territorialen Zuſammenhang des Bisthums mit der Grafſchaft Tirol mußten dieſelben notwendig zu Streitſachen führen, um ſo mehr, als die Landesbehörden manchmal ſich Bedrückungen gegen das Bisthum erlaubten und es in größere Abhängigkeit zu bringen ſtrebten. Biſchof Kaſp. Ignaz Graf v. Künigl war aber nicht der Mann, der ſich Solches ruhig gefallen ließ; energiſch und vom Bewußtſein ſeiner hohen Würde erfüllt, bot er viel mehr Alles auf, um die reichsunmittelbare Stellung ſeines Stiftes und die Rechte der Kirche zu behaupten und fand dabei an ſeinem Hofrathe Dr. Filipp Bartl kräftige Unterſtützung. Schon im Jahre 1712 ſchickte er dieſen nach Wien, um bei Gelegenheit des Empfanges der Regalien auch mehrere Beſchwerden gegen verſchiedene Bedrückungen des Hochſtiftes vorzubringen und erwirkte die Aufſtellung einer kaiſerlichen Deputation zu Innsbruck. Dieſe ſollte nicht nur die alten Streitigkeiten wegen der Bergwerke, wegen der fürſtlichen Hoheit, wegen der unmittelbaren Beſteuerung u. ſ. w. beilegen, ſondern auch die neuen Händel zwiſchen dem Landgerichte Altraſen und den brixneriſchen Unterthanen im Amtgericht Bruneck, zwiſchen den Leuten v. Natz und den Gerichtsleuten zu Salern, und Grenzſtreitigkeiten zwiſchen Niedervintel und Schöneck ſchlichten. Der Streit wegen der Bergwerke und damit auch der über die Territorialhoheit war dadurch von neuem entbrannt, daß der Bergrichter von Sterzing im J. 1707 ein auf brixneriſchem Gebiete gelegenes Bergwerk gewiſſen Unterthanen zu bebauen verliehen hatte. Das Stift hatte dagegen proteſtirt, der Fiscal aber die Unterthanen bei ihrem Rechte geſchirmt und dem Biſchof das Bergwerks-Regal abgeſprochen. Gleichzeitig wollte man zu Innsbruck auch einige Anſtände wegen der geiſtlichen Gerichtsbarkeit in Ordnung bringen. Die Regierung verlangte, daß die neu anzuſtellenden Pfarrer um ihre Einſetzung in die Temporalien bei ihr ſchriftlich anhalten, und begnügte ſich nicht mehr mit der bloßen Anzeige der Inſtallation; ebenſo verlangte die Regierung, daß der Biſchof ſeine Paſtoral-Viſitationen vorher anmelde, und ver-

bot ihm die Rechnungen der Gotteshäuser und anderer milden Orte zu exhibiren. Nach längern mühsamen Unterhandlungen brachte man in den weltlichen Angelegenheiten endlich am 15. Jan. 1716 ein Vergleichsproject zu Stande. Als es aber zur Finalerklärung kommen sollte, forderte der stiftische Kanzler Bartl viele Abänderungen und wandte sich, da man auf dieselben in Innsbruck nicht eingehen wollte, nach Wien. Im folgenden Jahre begab sich der Bischof persönlich dahin und hielt sich bis in's Jahr 1718 in der Kaiserstadt auf. Er war so glücklich, den Kaiser zur Bestellung einer eigenen Hof-Deputation zu bewegen und setzte nun alle Hebel in Bewegung, um eine vorläufige Erklärung zu erlangen, bevor die Innsbrucker Behörden ihre Deductionen und Gutachten eingereicht hätten. Der gütige Kaiser würdigte seine Vorschläge gleich anfangs solcher Achtung, daß er am 18. Sept. 1717 dem oberösterreichischen Geheimrathe die Antretung neuer Conferenzen, dem Cameral-Fiscal die Erstattung eines Gutachtens und der Deputation die Fertigung dieses Gutachtens anbefahl; bis dahin sollte Alles im Status quo bleiben. Damit noch nicht zufrieden, wußte der Bischof vom obersten Hofkanzler Grafen v. Sinzendorf am 21. März 1718 eine Erklärung zu erwirken, worin den tirolischen Behörden aufgetragen wurde, das Stift nicht an seinen althergebrachten Rechten und Regalien zu beeinträchtigen, sondern dabei zu handhaben und künftig dergleichen die gute Nachbarschaft störende Controversen zu vermeiden. Der Kaiser ertheilte am 23. April sogar der oberösterr. Regierung und Kammer für ihren Eifer in seiner Sache einen derben Verweis und untersagte ihr jedes eigenmächtige Vorgehen, bis ein endlicher Beschluß gefaßt worden wäre. Die beiden Wesen erhielten zugleich den Auftrag, binnen Jahresfrist die Rechte des Landesfürsten in ausführlicher Darstellung ins klare Licht zu setzen. Nun wurden abermals Zusammenkünfte und Untersuchungen zu Innsbruck angestellt. Diese betrafen auch die strittigen kirchlichen Punkte. Aber weder in den einen noch in den andern Zwistigkeiten wurde ein Ausgleich erzielt, die Streitigkeiten dauerten vielmehr fort und es kamen noch neue dazu, wie wegen des bischöflichen Bannes, wegen des Stiftes Sonnenburg, Neustiftischen Brückenbaues, Corfarazolles u. s. w. Obwol aber von denselben nur die minder wichtigen beglichen wurden, so traten sie doch in den nächsten Jahren sehr in den Hintergrund und störten das gute Einvernehmen zwischen Re-

gierung und Bischof nicht länger. Vielleicht trug dazu der Tod des Hofkanzlers Bartl (1722) und der Ausbruch eines Streites zwischen Bischof und Capitel viel bei. Erst im J. 1736 verlautet wieder von einer Conferenz. Sie betraf vorzüglich die landesfürstlichen Ansprüche auf ein Kupferbergwerk in Pfunders im brixnerischen Gerichte Niedervintel. Darüber fand auf einer zweiten Zusammenkunft im J. 1738 ein Vergleich statt, der aber in Wien nicht bestätigt wurde. Nichts desto weniger empfieng der Bischof des Kaisers Tochter Maria Theresia und ihren Gemahl Herzog Franz von Lothringen bei der zweimaligen Durchreise zu Brixen freundlich und ehrenvoll. [13])

Der ehrwürdige Muratori, ein berühmter italienischer Historiker des vorigen Jahrhundertes, zählt Karl VI. zu den besten Regenten, deren sich Europa seit langen Jahren zu erfreuen gehabt, und rühmt insbesondere seine Frömmigkeit, seine Weisheit und Güte. In der That besaß Karl VI. diese Eigenschaften in einem nicht gewöhnlichen Grade. So fromm er aber auch war, so gestattete er doch der Geistlichkeit nicht den unter seinem Vater genossenen Einfluß in die Regierungsgeschäfte und nahm keinen Anstand, die ersten Beschränkungen gegen das übermäßige Klosterwesen zu erlassen. Die Verwickelungen der damaligen Politik der europäischen Höfe gaben ihm oft Gelegenheit, eine tiefere Einsicht zu zeigen, aber noch viel mehr seine hohe Gerechtigkeitsliebe und seine Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung eingegangener Verpflichtungen. Er sah seine höchste Ehre darin, Treue und Glauben zu halten. Besonders glänzt seine treue Anhänglichkeit an die Spanier. Die spanische Krone war das höchste Ziel seines Strebens und die Vorliebe für die spanische Nation gieng so weit, daß er darüber selbst das Wol seiner österr. Unterthanen vergessen konnte. Diese mußten nicht allein um des Erwerbes der spanischen Monarchie willen die größten Lasten tragen, sie sollten sich auch die Herrschaft der spanischen Camarilla am Wiener Hofe gefallen lassen. „Es konnte in der That nichts Auffallenderes geben, als die unglaubliche Vorliebe, welche der Kaiser für die Spanier zeigte. Er hatte dieselbe während seines Anfenthaltes im Lande eingesogen und blieb ihr auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland treu. Von Jugend auf schon ernst, in sich verschlossen und einem gewissen Hange zur Melancholie hingegeben, sagte ihm das

abgemeſſene, gravitätiſche Weſen der Spanier beſonders zu. Der hohen Meinung, welche er ſelbſt von ſeiner kaiſerlichen Würde hegte, entſprach die an göttliche Verehrung gemahnende Art und Weiſe, welche die Spanier gegen ihren Monarchen zu beobachten pflegten. So mild und wohlwollend das Gemüth des Kaiſers, ſo weit entfernt es von jeglicher Verachtung der Menſchen war, ſo liebte er es, wenn ſich dieſe vor ihm demüthigten.“ Dieſe Vorliebe für die Spanier beherrſchte ihn während ſeines ganzen Lebens und mehrern ſpaniſchen Räthen und ein paar andern Günſtlingen gelang es, ſelbſt den um Oeſterreich verdienteſten Mann, Prinz Eugen v. Savoyen, für einige Zeit faſt ſeines ganzen Einfluſſes zu berauben. Karl VI. zeichnete ſich durch rege Theilnahme an den Regierungsgeſchäften und Sinn für Kunſt und Wiſſenſchaft aus. Am liebſten beſchäftigte er ſich mit Plänen zur Gründung einer Seemacht, zur Entwickelung des Handels und der Induſtrie, und wer mit darauf bezüglichen Vorſchlägen kam, konnte ſeiner Gunſt ſicher ſein. [14])

Verzeichniß der Quellen und Behelfe.

Es sind nicht alle Werke, die benützt wurden, sondern öfters nur die wichtigern angeführt; Mangel an Raum und der Umstand, daß manche Quellen nicht paginirt sind, gestatteten nicht immer eine genaue Stellenangabe. Die Abkürzung Bibl. tirol. D. heißt: Bibliotheca tirolensis Dipauliana, eine meist aus Manuscripten und seltenen Drucken bestehende Abtheilung der Bibliothek des Ferdinandeums zu Innsbruck; die Abkürzung Ferd. Bibl. bezeichnet den übrigen Theil dieser Bibliothek.

Zur neunten Periode (neuntem Buche.)

Zu §. 1.

1. Geschichte der Regierung Kaiser Maximilian's I. Von D. H. Hegewisch. Hamb. 1782. Geschichte des Kaisers Maximilian I. v. K. Haltaus. Leipzig 1865. Aufenthaltsorte K. Maximilians I. seit sr. Alleinherrschaft 1493 bis zu seinem Tode. V. Chr. F. Stälin (Forschungen zur deutschen Geschichte 1, 346—383.) **2.** Haltaus, 1 ff. Volks- und Landwirthschafts-Kalender, 1868, **3.** Haltaus, 78 ff. Brandis, Landeshauptleute 321. Lichnowsky, Geschichte des Hauses Habsburg. 8 Bd. NN. 1446, 1511, 1512. Sinnacher, Beiträge 7; 15, 21. Alberti, Annali del principato eccles. di Trento 389. **4.** Haltaus, 84 ff. **5.** Burglechner, Tiroler Adler 1, 2 f. 372. — Brandis, Landeshauptleute 321 ff. — Lichnowsky, 8 Bd. NN. 1765, 1824, 1982. — Bibliothek des literar. Ver. v. Stuttg. X, 12. — Sinnacher 7, 21 ff. — Tirol. Archiv 3, 329 f. **6.** Alberti Annali 389 ff. — Bonelli, Monumenta 163 ff. — Lichnowsky, 3 Bd. n. 1511. — Bibliothek des literar. Ver. zu Stuttg. X, 48. **7.** Burglechner 1, 2, 376. — Brandis 325, 347. Lichnowsky, 8, Bd. Reg. n. 1921, 1931 ꝛc. Sinnacher 7; 32, 35, 42 ff. Ranke, Geschichten der romanischen und germanischen Völker 100 ff. — Bibliothek des liter. Ver. v. Stuttg. X, n. 84. — Neue Zeitschr. des Ferdin. 4, 71. **8.** Hegewisch 1; 112 ff., 163 ff., 182 ff. **9.** A. Jäger, Der Engedeiner Krieg im Jahre 1499. (Neue Zeitschrift des Ferdinandeums 4, 1—162. — C. v. Moor, Geschichte v. Currätien 1, 402—487. — **10.** A. Jäger 72 ff. **11.** Ibid. 80 ff, Stälin, Wirtembergs Geschichte 4 Bd. **12.** A. Jäger 83 ff. **13.** Ibid. 94 ff. **14.** Henne Am Rhyn 1, 544 ff. — A. Jäger 109 ff. **15.** A. Jäger ff. 113. **16.** Ibid. 117 ff. — Moor 1, 448 ff. **17.** A. Jäger 127 ff. — **18.** Ibid. 136 ff. — Moor 1, 473. **19.** A. Jäger 140 ff. — Moor 1, 480. **20.** A. Jäger 152 ff. — Moor 1, 486 f. **21.** A. Jäger, Das Verhältniß Tirols z. d. Bischöfen v. Chur 18 f. Brandis, Landeshauptleute 495 ff, 411. Henne Am Rhyn 1, 553 f. Burglehner 1, 2, 384. Henne Am Rhyn 2, §. 1. Sinnacher 7, 124.

Zu §. 2.

1. Ranke, Geſchichten 149 ff. — Hegewiſch 2, 3 ff. Zoller, Geſch. der der St. Innsb. 1, 173. Sinnacher 7, 93. **2.** Hegewiſch 2, 34 ff. Sinnacher 7, 87 ff. Hormayr, Archiv 1, 291 f. **3.** Sinnacher 7, 83 ff. Burglechner 1, 2, 384. Zeitſchr. d. Ferdin. 3 F. 15, 105 ff. **4.** Hormayr, Taſchenbuch 1849 S. 45 ff. — Hegewiſch 2; 36, 49 ff. — Buchner, Geſch. v. Baiern 6, 533. Sinnacher 7, 101. — **5.** Burglechner 1, 2, 386. Buchner 6; 533, 557. **6.** Burglechner 1, 2, 587. — Tirol. Almenach 1804 S. 122 ff. Buchner 6, 562 ff. — Zauner, Chronik v. Salzburg 4, 260. — Biblioth. d. hiſtor. Ver. zu Stuttg. XIV. 1514. —

Zu §. 3.

1. Hegewiſch 2, 77 ff. — Th. Mairhofer, Tirols Antheil am Venedigiſchen Krieg. (Brixener Gymnaſialprogramm 1852.). — **2.** Hormayr, Archiv 1, 292 f. — Burglechner 1, 2, 392 ff. — Ranke, Geſchichten 296 f. — **3.** Burglechner 1, 2, 394. — R. Zotti, Storia della valle Lagarina 1, 416 ff. Forſchungen zur Deutſch. Geſch. 1, 71 ff. — Leo, Geſch. Ital. 5, 193. — Font. rec. austr. ss. 1, 425. — **4.** Burglechner 1, 2, 394 f. — Bibliothek des literar. Ver. v. Stuttg. X. n. 221. — Ranke, Geſchichten S. 299. — **5.** Bibliothek, X. nn. 223, 224, 225, 300. — Burglechner 1, 2, 395 ff. — Mairhofer Anm. 7, S. 12. — Flavian Orgler, Leonhard Colonna Freiherr v. Völs (Bozner Gymnaſialprogr. 1859 S. 12.) — **6.** Tirol. Almanach 1803 S. 59—84. — Burglechner, 1, 2, 397. — Zotti, Storia, 425 f. — **7.** Hegewiſch 2, 95 ff. — Leo, Geſch. Ital. 5, 197 ff. — **8.** Leo, Geſch. Ital. 5, 200 ff. — Zotti 1; 429, 438, 444 ff. — Burglechner 1, 2, 405. — Hermann, Geſch. Kärntens 1, 242. — **9.** Leo 5, 206 ff. — Hormayr, Taſchenbuch 1846 S. 69—75. Zotti, 1, 449. **10.** Leo 5, 208 ff. — Ranke, Geſchichten 216 ff. — Burglechner 1, 2, 405. — Mairhofer 13 Anm. 12. **11.** Leo, Geſch. Ital. 5, 217 ff. — Hegewiſch 2, 119 ff. — Burglechner 1, 2, 405. — Mairhofer S. 15 Anm. 13 und S. 20 Anm. 16. — Bibl. tirol. D. n. 1181. — Orgler 13 f. — Neue Zeitſchr. des Ferd. 9, 15—66. — **12.** Biblioth. d. literar. Ver. v. Stuttg. XXXI, 54. — Brandis, Landesh. 412 ff., 422. — **13.** Hormayr, Archiv 1812 S. 574. — Burglechner 411 ff. — Fl. Orgler 14 f. — Brandis Landesh. 423 ff. — Mairhofer, 22 f. Anm. — Bibl. tirol. D. n. 1181. **14.** Leo, Ital. 5, 236. — Ranke, Geſch. 372 ff. — Sinnacher 7, 130 ff. **15.** Leo, Geſch. Ital. 5, 236 ff. — Leo Geſch. Ital. 5, 260 ff. — Muratori, Annali d. J. 14, 164 ff. — Romanin, Storia doc. di Venezia 5, 287 f. — Burglechner 1, 2, 414 ff. — Brandis, Landesh. 427 ff. — Sinnacher 7, 140. **16.** Leo, Geſch. Ital. 5, 263 ff. — Romanin 5, 293 ff. — Sinnacher 7, 138 ff. — Brandis, Landesh. 429. — **17.** Leo, Geſch. Ital. 5, 273 ff. — Brandis, Landesh. 432. — Sinnacher 7, 147 ff. — Biblioth. des liter. Ver. zu Stuttg. B. XXX, 106, 109. B. XXXII, 112. — G. Kirchmayr's Denkwürdigkeiten ſr. Zeit 1519—53. (Font. rer. austriac. ss. 1, 417—534.) S. 436, Muratori 14, 203 f. **18.** Leo, Geſch. Ital. 5, 289. — Kirchmayr 436 f. — Muratori. 207 ff. — Brandis 434 f. — Flav. Orgler 16 f. **19.** Leo, Geſch. Ital. 5, 290 ff. — Brandis, Landesh. 435 ff. — Romanin, 5, 319. — Leo, Geſch. Ital. 5, 292. **20.** Xav. Liske, Der Congreß zu Wien i. J. 1515. — (Forſchungen zur deutſch. Geſch. 7. 463—588). — Kirchmayr, 440 f. — **21.** Boneli, Mon. 166, 169, 172 u. a. a. O. Alberti 390, 396, 402, 403. u. a. a. O. Sinnacher 7; 23, 28, 29, 42, 43 u. a. a. O. — Brandis, Landesh. 347, 433, 434. — Burglechner 4, 2, 257 Biblioth. des literar. Ver. zu Stuttg. X, 48. Die Kirche des h. Vigilius 1, 295 ff.

(Das Manuſcript der nächſtfolgenden Quellenangaben bis zur Nummer 21 des §. 6 wurde vom Setzer verloren; ſie mußten daher, ſo gut es eben ohne nochmalige Durcharbeitung des ganzen Materiales gieng, wiederhergeſtellt werden.)

Zu §. 4.

1. H. J. Bidermann, Geſchichte der landesfürſtl. Behörden in und für Tirol (Tirol. Archiv 3, 330.) **2.** A. Jäger, Der Engadinerkrieg (Neue Ferdinandeums-Zeitſchr. 4, 160. — Rapp, Statutenweſen (Beiträge zur Geſch. Statiſt. u. ſ. w. v. T. u. V. 5, 163 ff.; 5, 9. — Bidermann, Geſch. (Arch. 3 334.) **3.** Dr. J. Rapp, Ueber vaterländ. Statutenweſen (Beiträge zur Geſchichte u. ſ. w. 5; 145 ff., 154 ff.) — Brandis, Landesh. 330 ff., 357, 380. — A. Jäger, Der Engedeiner Krieg (Neue Zeitſchr. des Ferdinandeums 4, S. 161). **4.** Rapp, Statutenweſen (Beiträge 5, 11—22 Urk. Nr. 37.) **5.** Rapp, Statutenweſen (Beiträge S. 24 ff.) — Brandis, Landesh. S. 395 f., — Tirol. Almanach v. J. 1503 S. 59. — Tiroler Almanach v. J. 1803 S. 77. **6.** Brandis, Landeshauptleute S. 411. — Tiroler Almanach v. J. 1802 S. 68. — Darſtellung des tirol. Landesvertheidigungsweſens. Innsbr. 1861 S. 1. — A. Jäger, Der Engedeiner Krieg. — Zeitſchrift des Ferdinand. 3. Folge 15 S. 108. — Tiroler Bote v. J. 1826 Nr. 93. — **7.** G. Kirchmayrs Denkwürdigkeiten (Font. rec. austr. ss. 1. S. 443. — Lichnowsky, Geſch. d H. Habsburg 8 Bd. Nr. 1366. — Alberti, Annali p. 389, 394, 400. — Burglechner 4, 2, 238. — Sinnacher 7, 50 f. 84 ff., 94. — Bibl. tirol. D. n. 1108. — Tirol. Archiv 5, 264. **8.** Brandis, Landesh. S. 440 ff. — Dr. H. J. Zeibig, der Ausſchußlandtag der geſammten öſterr. Erblande zu Innsbruck 1518. (Archiv f. öſterr. Geſch. 13, 201—316. S. 205 ff.) **9.** Zeibig, der Ausſchuß-Landtag. (Archiv f. öſterr. Geſch. 13; 207 ff., 217 ff.) — Brandis, Landesh. S. 450 ff. **10.** Brandis, Landesh. S. 441 f., 449, 454. — Zeibig, Der Ausſchuß-Landtag. (Archiv f. öſterr. Geſch. 13 SS. 210, 225 f. 256, 259, 280 u. a. o. O.) **11.** Zeibig, Der Ausſchuß-Landtag, (Archiv 13 SS. 224, 262, 269, 279 u. a. o. O.) Brandis, Landesh. S. 456—62. **12.** Zeibig, Der Ausſchuß-Landtag, (Archiv 13 SS. 258, 270, 286.) — Brandis, Landesh. SS. 454, 465. **13.** Zeibig, Der Ausſchußlandtag. (Archiv 13, 227.) — Brandis, Landesh. S. 469. **14.** Zeibig, Der Ausſchuß-Landtag (Archiv 13 SS. 230 ff., 274 f. — Brandis, Landesh. SS. 468, 477 ff. **15.** Zeibig, Der Ausſchuß-Landtag. (Archiv 13 SS. 236, 244, 283, 293 u. a. a. O.) — Brandis, Landesh. S. 482. **16.** Zeibig, der Ausſchuß-Landtag. (Archiv 13, 293.) — Brandis, Landesh. SS. 487, 488, 490, 491, 494, 495. **17.** Brandis, Landesh. S. 483, 485, 443 ff. **18.** Zoller, Geſch. d. Stadt Innsbr. 1, 187. — D. D. Schönherr, Ueber Max Treyß-Sauerwein. Wien 1873. — D. Schönherr, Beiträge zur Kunſtgeſchichte. (Tirol. Archiv 1, 1. — D. Hegewiſch, Geſch. Maximilians I. Hamb. 1782. C. Haltaus, Geſch. K. Maximilians I. Leipz. 1850. — A. Koberſtein, Geſch. der Deutſchen Nationalliteratur 1; 266, 313, 404. **19.** Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 1, 187 ff. — Weißegger, Hiſtor. Gemälde 3. Bd. — Tirol. Almanach v. J. 1803 S. 229. — Tir. Bote Jahrg. 1827 Nrn. 31, 67. **20.** D. H. Hegewiſch, Geſch. Maximil. — C. Haltaus, Geſch. Maximilians. — Ranke, Deutſche Geſchichte 1 Bd. Die weitern Belege bringt der folgende Paragraph.

Zu §. 5.

1. J. Greuter, Die Urſachen und die Entwickelung des Bauernaufſtandes i. J. 1525, mit vorzügl. Rückſicht auf Tirol. (Programm des k. k. Staats-Gymn. zu Innsbr. J. 1857. S. 37 ff. — Die Reformation in Tirol. Geſch. Beitr. (Reform 1865 Nr. 50—52). — Der Bauernkrieg in Tirol (Grenzboten 1865 Nr. 30—31). —

2. L. Ranke, Deutſche Geſchichte im Zeitalter der Reformation. 6 Bde. Berl. 1839—47. 1, 200 ff. — J. C. Jörg, Deutſchland in der Revolutionsperiode von 1522—26 aus den diplomat. Correſpondenzen und Original-Acten Bayriſcher Archive. Freib. 1851. — K. Hagen, Deutſchlands literar. und religiöſe Verhältniſſe im Reformationszeitalter. 3 Bde. Frankf. 1843. 44. — J. Greuter, Die Urſachen u. ſ. w. (Programm S. 4 ff.) **3.** K. A. Menzel, Neuere Geſchichte der Deutſchen von der Reformation bis zur Bundesacte. Breslau 1826. 1 Bd. 1. und 4. Capitel. — Ranke, Deutſche Geſch. 1. Bd. 2. Buch. 1—4 C. 2. Bd. 1. u. 3. Bch. — Jörg, Deutſchland in der Revolutionsperiode SS. 7 ff., 41, 52, 63. — J. Greuter, Die Urſachen u. ſ. w., (Programm S. 8 ff.) **4.** J. Greuter, Die Urſachen (Programm S. 37 ff. — Brandis, Landesh. SS. 505, 507, 512, 525. - Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Fontes rer. austr. ss. 1; 442 f. 446 f. — Beda Weber, Die Stadt Bozen SS. 71, 72. — Rapp, Statutenweſen (Beiträge 5; 54 f., 83, 191 ff., 198, 203. — Sinnacher 7; 18, 113, 119. — **5.** Zeibig, Der Ausſchuß-Landtag (Archiv f. Kunde öſterr. Geſchichtsquellen 13, 244—51.) — Hiſtoriſch-ſtatiſtiſches Archiv f. Süddeutſchland 1, 305 ff. — Neue Ferdinandeums-Zeitſchrift 2, 377 ff. — Sinnacher 7; 9 ff. 25, 156 ff., 159, 165, 481. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 454) **6.** Zeibig, Der Ausſchuß-Landtag (Archiv 240 ff.) — Beda Weber, Die Stadt Bozen S. 71 f. 74. **7.** Brandis, Landesh. SS. 501, 503, 510 ff. 520 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten Font. rer. austr. 1, 442). — Selbſt-Biographie Siegmunds — Freiherrn v. Heberſtein 1486—1553 (Font. rer. austr. ss. 1, 97—396.) 1; 147, 161, 171, 195. — Tagebuch Joh. Caſpimian's 1502—1527 (Font. rer. Austr. ss. 1, 397—416. S. 412.) **8.** Brandis, Landesh. SS. 503, 516. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. 1; 443 f. 445.) — Zotti, Storia della valle Lagar. 2, 61. — Sinnacher, Beiträge 7, 168 f. — Beda Weber, Die Stadt Bozen S. 72. **9.** Brandis, Landesh. SS. 517, 520, 525, 526 ff. 533. — F. B. von Buchholtz, Geſchichte der Regierung Ferdinands I. 9 Bde. 1831—38. 1, 177. — Sinnacher, Beitrage 7, 169. — Hiſtor. ſtatiſt. Archiv f. Süddeutſchl. 1, 301 f. **10.** Brandis, Landesh. SS. 530, 533, 534 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 446 f.) — Brixner Gymnaſial-Programm v. J. 1862. S. 8. — Sinnacher, Beiträge 7, 171 ff. — Beda Weber, Die Stadt Bozen S. 72. — Bibl. tirol. D. n. 1179. **11.** Kirchmayr, Denkwürdigkeiten. (Font. rer. austr. ss.) 747 ff. 454 f., 457 f. — Sinnacher 7; 177 ff., 185 ff. — Brixner Gymnaſialprogramm v. J. 1862 S. 11 f. — Zotti, Storia 2, 55. — Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1, 302. **12.** Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. 1; 452, f. 457.) — Franz Schweyger's Chronik der Stadt Hall S. 80 ff. — J. Greuter, Urſachen (Innsbrucker Gymnaſial-Programm S. 25 ff.) — Sinnacher, Beiträge 7; 191, 193 ff. — Beda Weber, Die Stadt Bozen S. 73. **13.** Buchholtz, Geſchichte der Regierung Ferdinand's I. 1, 156 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1; 459, 461, 463 f. — Brandis, Landesh. SS. 537 f. 539 f. — Ferdinandeumszeitſchrift 3 F. 15, 111. **14.** Ranke, Deutſche Geſchichte 2, 142. — Buchner, Geſch. Baierns 7, 51 f. — Sinnacher 7, 199 f. — Bon. Monumenta p. 178. — Alberti, Annali 442 f. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. 1; 466, 469.) — Brixner Programm vom J. 1862 S. 14 f. — Brandis, Landesh. SS. 541 f. 543. — Jörg, Deutſchland im Revolutionszeitalter S. 511. — Hormayr's Archiv Jahrg. 1817 S. 332. — Tiroler Archiv 2, 82 ff. **15.** Beda Weber, Die Stadt Bozen S. 75 ff. — Buchner, Geſch. Baierns 7, 66. — Jörg, Deutſchland im Revolutionszeitalter S. 431. **16.** Forſchungen 1, 385. — Buchholtz, Geſchichte der Regierung Ferdinands I. 8, 324; 264, 269. — Kirchmayrs, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. 1, 468.) — Sinnacher, Beiträge 7, 202. — F. Schweygers Chronik d. St. Hall S. 83 f. — Sinnacher, Beiträge 7, 203. **17.** Kirch-

mayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 469.) — Buchholtz, Geſch. d. Reg. Ferd. I. 2, 266. — Sinnacher, Beiträge 7, 202. — Brandis, Landesh. S. 542 ff. — J. Greuter, Die Urſachen (Programm S. 48 ff.) **18.** Brixner Programm v. J. 1852 S. 17. — Beda Weber, Die Stadt Bozen S. 85 ff. — Buchholtz, Geſch. der Regierung Ferd. I. 8; 329 f. 447 ff. — Tirol. Archiv 2, 92 ff. — I. P. Pincius lib. 9 f. 68. — Alberti, Annali p. 445. — Stälin, Geſch. v. Wirtemberg 4; 255, 259 u. a. O. — Rapp, Statutenweſen (Beiträge 5; 189 f. 195 ff.) — J. Greuter, Urſachen (Innsbr. Gymn.-Programm v. J. 1857 S. 49.) — Beda Weber, Die Stadt Bozen S. 93. **19.** und **20.** Brixner Programm S. 16 ff. — Beda Weber, Die Stadt Bozen S. 93 ff. — Sinnacher 7, 205 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 470 ff. — J. Greuter, Die Urſachen (Programm S. 52. Anm. 1.) — Schweyger's Chronik v. Hall S. 85 f. — Tirol. Almanach v. J. 1805. S. 8 f. — Jörg, Deutſchland im Revolutionszeitalter S. 487 Anm. **21.** P. Juſt. Ladurner, Der Bauernrebell im Nons- und Sulzberge (Tirol. Arch. 4, 85—179). **22.** Montebello, Notiz. p. 118. — J. P. Pincius f. 68 ff. — Alberti, Annali 447 ff. **23.** Buchholtz, Geſch. der Regierung F. I. 7, 333 f. — J. Ladurner, Der Bauernrebell (Tirol. Arch. 4, 92 ff. 98.) — Ferdinandeums-Zeitſchr. 3, 15, 113 ff. — Jörg, Deutſchland im Revolutionszeitalter S. 482, 487, 537. — J. Buchholtz, Geſch. d. Regierg. Ferdinands I. 7, 328 ff. 333 ff. — Rapp, Statutenweſen (Beiträge 5; 189, 195.) — Brandis, Landesh. S. 546. — Schweygers Chronik v. Hall S. 86. **24.** Buchholtz, Geſch. d. Reg. F. I. 7, 334 ff. — J. Ladurner, Der Bauernrebell (Tir. Arch. 4, 99 f.) — Alberti, Annali p. 453 f. — Jörg, Deutſchland im Revolutionszeitalter S. 537. **25.** Rapp, Statutenweſen (Beiträge 5, 202.) — Jörg, Deutſchland im Revolutionszeitalter S. 538 ff. **26.** Jörg, Deutſchland im Revolutionszeitalter S. 472—537. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 472 f. — Hiſtor. ſtatiſt. Archiv f. Süddeutſchld. 1, 303. — J. Greuter, Die Urſachen (Programm S. 54 ff. **27.** Rapp, Statutenweſen (Beiträge 5, 33—61) — Buchholtz, Geſch. der Regierung F. I. 7, 336 f. **28.** Hiſtor. ſtatiſt. Archiv f. Süddeutſchl. 1, 305. — Buchholtz, Geſch. der Regierung Ferdinand's 7, 338. **29.** Buchholtz, Geſch. d. Regierung K. Ferdinand's I. 7, 340 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 473.) **30.** J. Ladurner, Der Bauernrebell (Tirol. Arch. 4, 106 ff.) — Alberti, Annali p. 462 ff. — J. P. Pincius f. 72 f. — Montebello, Notiz. p 121 f. **31.** Buchholtz, Geſch. der Regierung Ferdinands I. 7, 341 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 473. — Tirol. Archiv 4; 132 ff. — J. P. Pincius f. 73. **32.** Brandis, Landesh. 546. — J. P. Pincius f. 74 f. — Tirol. Archiv 4, 147 f. **33.** Tirol. Archiv 4; 154, 459 f. — Alberti, Annali p. 467 f. — Montebello, Notiz, 124 f. **34.** J. Ladurner, Der Bauernrebell (Tirol. Arch. 4, 145 ff.) **35.** Buchholtz, Geſch. d. Reg. Ferd. I. 7, 343 ff. — Sinnacher, Beiträge 7, 229. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten S. 474 f. — J. P. Pincius f. 78. — Brixner Programm v. J. 1862 S. 21. — Brandis, Landesh. S. 547. **36.** J. P. Pincius f. 86. — J. Zauner, Geſch. v. Salzburg 5, 3 ff. — Brandis, Landesh. S. 548. — Sinnacher, Beiträge 7, 252. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 476 f. — Programm des Bozner Gymnaſiums v. J. 1859 S. 24. — Bibl. tirol. D. n. 1182.

Zu §. 6.

1. Leo, Geſch. v. Italien 5, 349 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 478.) — Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1, 308 ff. — Brandis, Landesh. S. 549 ff. — Gaßler, Schilderungen aus Urſchriften unſerer Voreltern. Innsbr. 1789. — Moriggl, Leben und Heldentod d. G. Ludw. v. Lodron (Ferd. Zeitſchr. 3, 11, 8. Abſch.) **2.** Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1, 311 ff. — Brandis, Landesh. S. 553 f. 557 f. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. S. 481 ff.) — Bibl. tirol. D. n. 1121.; n. 1343, II. 177 Ms.

— Leo, Geſch. v. Italien 5, 391 ff. **3.** J. P. Pincius f. 81 b. — Hiſtor. ſtat. Archiv 1, 308. — Brandis, Landesh. S. 552. — Bibl. tirol. D. n. 1343 II. Ms. **4.** Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1, 314 ff. — Brandis, Landesh. S. 555 f. — Buchholtz, Geſch. der Reg. Ferd. I. 3, 255. — Mailath, Geſch. des Oeſterr. Kaiſerſtaates 2, 8 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. a. ss. 1. 483 ff. **5.** Hiſtor. ſtatiſt. Arch. 1; 324, 325 f. 327. — Sinnacher, Beitr. 7; 286, 294 ff. — Schwengers Chronik d. St. Hall SS. 92, 93 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1; 486, 487, 489 f. — Bibl. tirol. D. n. 1343; IV. V. — Zotti, Storia, 2, 87. — Mailath, Geſch. d. Oeſt. Kaiſerſtaates 2, 34 ff. **6.** Sinnacher, Beitr. 7; 257, 284 ff. — J. P. Pincius f. 84 f. — Zotti, Storia 1, 81 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 486.) — Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 1, 210 ff. — Burglechner 1, 2; 448, 470. **7.** Buchholtz, Geſch. der Reg. Ferd. I. 4 Bd. 4 Abſchn. — Ranke, Deutſche Geſch. 3, 448 ff. — Hiſtor. ſtat. Arch. 1, 327, f. — Brandis, Landesh. S. 569. — Sinnacher, Beiträge 7, 304 f. — Bibl. tirol. D. n. 1343, VI.; Ms.; n. 1343, VII. Ms. **8.** Ranke Deutſch. Geſch. 4, 20 ff. — Leo, Geſch. v. Ital. 5, 467 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. S. 493.) — Hiſtor. ſtat. Archiv 1, 328. — Sinnacher, Beiträge 7, 312. — Bibl. tirol. D. n. 961. Ms ; n. 1343 VII. Ms. **9.** Brandis, Landesh. S. 560. — Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1, 328 f. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. rer. austr. ss. 1, 505 f.) — Buchholtz, Geſch. der Reg. Ferd. I. 5. Bd. 2. Abſchn. — Mailath 2, 48 ff. — Sinnacher, Beiträge 7; 360 f. 370. — Bibl. tirol. D. n. 961 Ms.; n. 1343; VIII; Ms. **10.** Buchholtz, Geſch. der Reg. Ferd. I. 5, 196 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1343, IX. Ms. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (F. r. a. ss.1; 510, 515 f.) — Sinnacher, Beitr. 7; 376, 397. — Hiſtor. ſtat. Arch. 1, 329. **11.** Ranke, Deutſche Geſch. 4, 243 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (F. r. a. ss. 1, 511 ff.) — Burglechner, Tirol. Adler 1, 2, 488. Ms. — Sinnacher, Beiträge 7, 386. — Hiſtor. ſtatiſt. Arch. 1, 330. **12.** Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1, 333. — Buchholtz, Geſch. der Reg. Ferd. I. 5, 215 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1343, XI. Ms. **13.** Sinnacher, Beiträge 7; 224 ff., 257—332. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten (Font. r. austr. ss. 1, 497 f.) **14.** Der Sammler für Geſch. und Statiſt. v. Tirol 5, 174. — J. P. Pincius, de Vitis lib. VI—XII. — Bonelli. Notiz 3, 366—98.; Monum. 175—94. — Alberti, Annali 424—85. — Sinnacher, Beiträge 7, 331—47. — Bibl. tirol. D. n. 904 f. 173 ff.; 820 p. 1, 153, 155, 259, 265. — Zotti, Storia 2. **15.** Bonelli, Monumenta p. 195; f. — Tirol. Almanach v. J. 1804 S. 223 ff. **16.** Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1; 313, 321. — Sinnacher, Beiträge 7, 276. — Rapp, Statutenweſen (Beiträge 5, 65—96. **17.** Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1; 309, 311 f., 316 ff., 324 f., 330 ff. — Bibl. tirol. D. n. 961. Ms.; n. 1343, X. — Sinnacher, Beiträge 7, 403. **18.** Bibl. tirol. D n. 1343; VII, VIII, X. **19.** Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1; 314, 328. — Brandis, Landesh. S. 555. — Bibl. tirol. D. n. 1012, V.; n. 961. — S. v. Heberstein (Font. rer. austr. ss. 1, 318) — Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 1, 208 ff. — Kirchmayr, Denkwürdigkeiten S. 487. — J. P. Pincius f. 99. **20.** Joh. v. Kripp, Ein Beitrag zur Geſchichte der Wiedertäufer in Tirol (Programm d. kk. Staatsgymnaſium zu Innsbr. 1857). 27 ff. — Sinnacher 7; 246 f., 259, 262 ff. — S. Ruf, Zur Geſch. der Wiedertäufer. (Tirol. Bot. 1862. S. 987.) — Kirchmayr (Font. rer. austr. ss. 1, 482.) **21.** v. Kripp, Ein Beitrag 30 ff. — Haller Chron. S. 88. — Katholiſche Blätter 1868 S. 13 f. — Sinnacher 7; 288, 293, 300 f. — Kirchmayr 487. **22.** v. Kripp, Ein Beitrag, 37 ff. — Sinnacher 7, 300 ff. — Kathol. Blätter 1867 N. 34. — Chronik v. Merau 1. A. S. 37. — Kirchmayr 491. **23.** v. Kripp, Ein Beitrag 42 ff. — Sinnacher 7; 342 ff., 363 f., 366 ff. **24.** Tirol. Arch. 4, 205 ff. — Sinnacher 7; 274 f., 314, 320, 363 f. — Hormayr, Archiv für Geographie, Hiſtorie, Staats- und Kriegskunſt 1817. S. 332. Die Landtagsverhandlungen der vierziger Jahre.

Zu §. 7.

1. Der Einfall der Schmalkaldner in Tirol 1546 v. P. J. Ladurner (Archiv f. Geſch. u. Alterth. Tirols 2, 145—291). — Theodor Herberger, Sebaſtian Schertlin v. Burtenbach. Augsb. 1852. **2.** Ranke, Deutſche Geſch. 4. Bd. **3.** Bibl tirol. D. n. 1343, XII. — Tirol. Archiv 2, 284 ff. — Hormayr's Arch. 1, 334 ff. — **4.** Kirchmayr 529. — Haller Chron. 114. — Buchholtz 8, 717. — Mariani, Trento 357 ff. — Zotti 2, 110. — Sinnacher 7, 434. — Bonelli, Monum. 223. — Tirol. Archiv. 4, 193. **5.** Bibl. tirol. D. n. 908, 300 ff. **6.** Bibl. tirol. D. n. 1343, XII. — Tirol. Archiv. 4, 417 ff. **7.** Der Einfall des Kurfürſten Moritz v. Sachſen in Tirol 1552 v. Dr. D. Schönherr (Tirol. Archiv 4, 193—336.) — Ranke, Geſchichte Deutſchlands 5. Bd. S. 169, 174, 110 u. ſ. f. **8.** Haller Chronik, 120 ff.; 126 f. — Ranke, Geſchichte Deutſchlands 5, 253 ff.

Zu §. 8.

1. Tirol. Archiv 4, 312 f. — Sinnacher 7, 444 f. — Hormayr, Archiv 1, 343. — Bibl. tirol. D. n. 1343, XIV. Ms. **2.** Bibl. tirol. D. n. 1343, XIV. Ms. — Hormayr, Archiv 1, 343 f. **3.** Bibl. tirol. D. Ms. 1343, XV. — Buchholtz 8, 358 ff. **4.** Bibl. tirol. D. n. 1343, XV. S. 30 f. Ms.; 904, II. Ms. **5.** Bibl. tirol. D. n. XVI. Ms. **6.** P. Juſt. Ladurner, Bartlmä Doſſer v. Lüſen oder der projectirte Bauernrebell im Jahre 1561—62 (Tirol. Archiv 3, 261—310.) — Tirol. Archiv 4. 309 f. — v. Kripp, Ein Beitrag (Gymnaſialprogramm 1857 S. 46.) — Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 1, 233 f. — Burglechner, Tirol. Adl. 1, 2, 498. — **7.** Mariani, Trento 79 ff. — Sinnacher 7; 380, 386, 403, 405 u. ſ. f. — Buchner 7, 221 ff. — Perini, Statistica 1, 91. — **8.** Bibl. tirol. D. n. XVII. 1—33 Ms. **9.** Bonelli, Mon. 195 ff. — Bonelli, Notizie 3, 399 ff. — Barbacovi 2, 119. — Sinnacher 7, 399 ff. — Landtagsacten. — **10.** Brandis, Landesh. 436, Archiv f. Kunde öſterr. Geſchq. 30, 81. — Buchholtz 8. Bd. 3. Abſchn. — L. v. Ranke, Zur deutſchen Geſchichte vom Religionsfrieden bis zum 30jähr. Krieg. Leipz. 1868. S. 23 f. (7, 23 f.) —

Zur zehnten Periode (zum zehnten Buche).

Zu §. 1.

1. Erzherzog Ferdinand, eine biographiſche Skizze (Alpenblumen aus Tirol, ein Taſchenbuch für das Jahr 1829, 13—62.) — Erzherzog Ferdinand in Tirol 1567—95. Leben und Wirken aus archivaliſchen Quellen v. Georg Pfaudler. Manuscript Ferdin.-Bibliothek XXXIII. b. **2.** Zoller, Geſch. d. Stadt Innsbruck 1, 248 f. — Pfaundler f. 67. — Zotti, Storia della valle lagarina 2, 121 ff. — Burglechner, Tir. Adler 1, 3, 524. **3.** Bibl. tirol. D. n. 1343, XVIII. Ms. — Hormayr, Archiv 1, 352 f. — Pfaundler f. 67. — Sinnacher 7, 544 ff. — **4.** Zoller, Geſch. d. Stadt Innsbr. 1, 250 f. — Burglechner 1, 3, 528 f. Buchholz 8, 749 ff. — Bibl. tirol. D. n. 612, III, 15 ff. Ms. — Pfaundler f. 45. — Landtagsacten v. J. 1573. — **5.** Nachrichten über Philippine Welſer von Freiherrn Joh. Michael Welſer. Nürnberg 1864. — Philippine Welſer von Augsburg, Gemahlin des Erzherzogs Ferdinand v. Oeſterreich, Landesfürſten in Tirol 1548—80. (Urania, Taſchenbuch für Damen auf das Jahr 1818.) — Ferdinand Erzherzog v. Oeſterreich und Philippine Welſer (Klio und Euterpe, ein Taſchenbuch auf das Jahr 1804 1—46). — Buchholtz 8, 749 ff. — Wiener Jahrbücher der Literatur 80. Bd. Anzeigeblatt 30 ff. — Bibl. tirol. D. n. 612, III, 75—78. — Burglechner 1, 3, 523. — **6.** Hormayr, Archiv 1, 353 ff. — Pfaundler f. 46. — Bibl. tirol. D. n. 1344, I, 1—24. — **7.** Bibl. tirol. D. n. 1344, II, 1—66. **8.** Zoller 1, 253 ff. — Burglechner 1, 3, 531 ff. —

Sinnacher 7, 579. — Bibl. tirol. D. n. 1344, III, 1—42 Ms. — Hormayr, Archiv 1, 388. — Geschichten der k. k. vorderösterreichischen Staaten 2, 257. **9.** Zoller 1, 258 ff. — Burglechner 1, 3, 535 f. — Bibl. tirol. D. n. 1344, IV, 1—22 Ms. — Hormayr 1, 309. — **10.** Bibl. tirol. D. n 1344, V, 1—29 Ms. **11.** Bibl. tirol. D. n. 1344, V, Ms. — Hormayr 1, 310 ff. — Zoller 1, 273 ff. — Mailath, Gesch. Oesterr. 2, 250. **12.** Bibl. tirol. D. n. 1163 Ms. Hormayr 2, 313. **13.** Bibl, tirol. D. n. 1344 VI. 1—37 Ms. — Hormayr, Archiv 2, 313 ff. — **14.** Archiv f. österr. Geschichtsq. 13, 286. — Ibidem 30, 81 f.

Zu §. 2.

1. Burglechner 1, 3, 330 f — Bibl. tirol. Dip. n. 885, 809, 1207, 1080 Ms. — Bonelli, Mon. 212. — Bonelli, Notiz. 3, 450 f. — Jahresbericht der k. k. Oberrealschule 1863—64. **2.** Kirche des h. Vigilius 1, 330 ff. — Bibl. tirol. D. n. 647, IV. — Sinnacher 7; 439, 541, 610 u. f. f. Brandis, Landeshauptl. IV. **3.** Burglechner 1, 3, 535 ff. — Zotti, Storia 2, 134 f. — Bibl. tirol. D. n. 1201, II. — Die Landtagsacten vom Jahre 1582, die landesfürstl. Propositiion. **4.** Pfaundler f. 54—59. — Sinnacher 7; 569, 575, 603, 626. — **5.** Sinnacher 7; 571, 584, 606, 620, 621, 624, 635, 682 u. f. f. — Pfaundler f. 56 ff. — v. Kripps Programm S. 48. — Adam Wolf, Lucas Geizkofler und seine Selbstbiographie, Wien 1873. S. 19 ff. 23 ff., 119, 121, 122. **6.** Sinnacher 7, 550. — Pfaundler f. 59, 60. — Buchner, Gesch. v. Baiern 7, 240. **7.** Pfaundler. — Ferdinandeumsbibliothek IV. f. 19/1. — Ferdinandeumsbibliothek IV. f. 19/3. — v. Kripp 49 f. — Zoller 1, 255. — Sinnacher 7, 743. — Kathol. Blätter 1865 S. 389—95. — Arch. für K. öster. Geschichtsq. 15,208. **8.** Pfaundler. — Ferdinandeums-Biblioth. IV. 19/I. **9.** Sinnacher 7; 533, 535, 537, 551, 558, 565 ꝛc. — v. Kripp 50. — Kirche des hl. Vigilius 2, 13 ff. — Bonelli, Mon. 214, 216 f. — Bonelli, 3, 450 f.

§. 3.

1. Bibl. tirol. D. n. 1344, III. Ms. — Bibl. tirol. D. n. 1344, I, 1 Ant. Ms. — Rapp, Statutw. (Ferdinandeums-Beitr. 5, 97 ff). — **2.** Hormayr, Archiv 1, 353. — Pfaundler f. 60 ff. — Bibl. tirol. D. 1168 1—27 Ms. — Ferdinand. Bibl. IV. f. 19/1. **3.** Ferdinand. Beitr. 5, 102 f. Anm. 89. — Pfaundler f. 60 ff. — Bibl. tirol. D. 449 II. §. 21. **4.** v. Sperges, Bergwerksgesch. 125 ff. — Rhevenhüller's Annalen (Tirol. Bothe 1826 n. 22). — Bibl. tirol. D. n. 449, II. §. 15. — **5.** Pfaundler f. 64, 67 ff. — Ferd. Bibl. III. f. 5. **6.** Pfaundler f. 14—40. — Burglechner, Tirol. Adler 2, 1, 406 ff. **7.** Al. Primisser, die k. k. Ambraser Sammlung S. 33 n. IV. **8.** Zoller, Gesch. d. Stadt Innsbruck 1, 258 ff. — Pfaundler f. 41 ff. — Bibl. tirol. n. II. (Stephani Vinandi Pighii Hercules prodicus.) **9.** Al. Primisser, Die k. k. Ambraser Sammlung. Wien 1819. — Klio u. Euterpe, ein Taschenbuch für das Jahr 1804. S. 18 ff. **10.** Welser, S. 8, 22 f — Dr. G. Roneri oratio funebris in abitum serenessimiae principis ac dominae Philippinae. — Burglechner, 1, 3, 537. — Pfaundler f. 10. **11.** J. A. Weißegger, Historische Gemälde, oder biografische Schilderungen aller Herrscher und Prinzen des durchlauchtigsten Erzhauses Habsburgs von Rudolf I. bis Marta Theresia 4; 81 ff; 92 ff. — Welser 30. — Burglechner 1, 5, 549 f. — Fr. Hurter, Geschichte Kaiser Ferdinand's II. u. sr. Eltern. Bd. 1, 586. 2, 566. Bd. 3; 26, 484, 513. — Zoller 1; 261 f. 273, 275 u. f. w. **12.** Bibl. tir. D. n. 612, III. 27. — Pfaundler 10 f. — Bibl. tirol. D. n. 612, III. 42. **13.** Weißegger 4, 76 ff. — Zoller 1, 282. — Burglechner 1, 3, 550 ff.

Zu §. 4.

1. Beiträge zur Geschichte der Verhandlungen über die erbfällig gewor-

deue gefürſtete Grafſchaft Tirol nach dem Tode des Erzherzogs Ferdinand II. V. A. Jäger. (Archiv f. öſt. Geſch. 50, 103—212.) — Hurter, Geſch. K. Ferdinand II. u. ſ. w. Eltern 3, 277—89. **2.** Beiträge 106 f. — Bibl. tirol. D. n. 612, III. 55 Ms. — Zoller 1, 285. — Bibl. tirol. D. n. 1090. **3.** Beiträge 109 ff. **4.** Beiträge 114 ff. — Bibl. tirol. D. n. 431, 125. ff. **5.** Bibl. tirol. D. n. 1201, II.; n. 901, ff. 123, 124; n. 1030, III f. 173; n. 1161, VI f. 134; n. 1090. — Beiträge 128. **6.** Bibl. tirol. D. n. 1344, VIII. Ms. **7.** Beiträge 128 ff. **8.** Bibl. tirol. Dip. n. 1117, f. 611; n. 961 II., VII.; n. 836; n 1344 IX.; n. 1163 Extracte der Landtagsacten; Ferd. Bibl. XXXI. b. 4 f. 149. — Hormayr, Archiv S. 2, 318. **9.** Beiträge 136. — Hurter, K. Ferdinand II. 3. Bd. — Ferd. Bibl. XXXIII. b. 1. n. 63. — Sinnacher 8, 34. — Zoller, Geſch. d. St. J. 1, 28.

Zu §. 5.

1. Weißegger, Hiſtor. Gemälde 4, 229. — Burglechner 1, 3, c. 16. — Hurter, Geſch. K. Ferdinands II. 3, 165. — Khevenhüller, Annales Ferdinandei 1, 95. **2.** Burglechner 1, 3 c. 16; 4, 2, f. 419. — Bibl. tirol. D. n. 1028; 520, 529. **3.** Tirol. Almanach 1804. S. 237. — Bonelli, Mon. 211, 221. — Bonelli, Notiz. 3, 471, 474, 475, 476, 477. — Lünig, Reichsarchiv Cont. II. pars gen. p. 1533. — Mariani 368 f. — Bibl. tirol. D. n. 1207; 821½, 75 u. 91. **4.** Sinnacher 8, 675 ff. — Weißegger 4, 81. — Tir. Bot. 1819 S. 101. **5.** Sinnacher 8, 7 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1146, VI.; n. 1170, I. **6.** Weißegger 4, 92 ff. — Burglechner 1, 3. c. 16. — Ferd. Bibl. III. f. S. 95 u. 163. **7.** Bibl. tirol. D. n. 836, 50 ff. — Ferd. Bibl. XXXIII, b. n. 65. **8.** Bibl. tirol. D. 961, II, 25. — Darſtellung des tirol. Landesvertheidigungsweſens. Separatabdruck a. d. Volks- und Schützenzeitung. Innsbr. 1861. **9.** Sinnacher 8; 39, 48, 68. — Bibl. tirol. D. n. 836, 57 ff. — Ferd. Bibl. XXXI. b. 4. f. 150. — Hormayr, Archiv 2, 321. **10.** Moor, Geſch. 2, c. 4. — Eichhorn, Episc. cur. 177 ff. — Bibl. tirol. 836, 82 ff. — Sinnacher 8, 74 f. — Romanin, Stor. doc. di Venez. 7, c. 1. **11.** Hammer-Purgſtall, Khleſl's Leben 2. Bd. 4. Bch. — Sinnacher 8, 83 f. — Bibl. tirol. D. n. 836, 120 ff. **12.** Menzel, Geſch. d. Deutſchen 5. Bd. c. 29. — M. Ritter, Die deutſche Union. 2 Bd. Schaffhauſen 1867. 1873. — Sinnacher 8, 87 f. **13.** Hammer-Purgſtall, Khleſl's Leben, 2. Bd. 6. Bch. — Brandis, Landeshauptleute p. XI. — Bibl. tirol. D. n. 836, 125 ff. **14.** Bibl. tirol. D. n. 836; 89, 101, 117, 129. — Brandis, Landeshauptleute XII f. — Sinnacher 8, 64 f. — Lünig, Reichsarchiv Cont. II. pars. gen. p. 1534. **15.** Bibl. tirol. D. n. 836, 117 ff. Ms. — Hormayr, Archiv 2, 321. — Brandis, Landeshauptl. p. II. — Zotti, Storia 2, 163. — Ferd. Bibl. IV. f. 19 f. 7. **16.** Brandis, Landesh. XIII, f. — Bibl. tirol. D. n. 836, 129 ff. Ms. — Hurter, Geſch. K. Ferdinands, II. 7, 2. — Khevenhüller, Annales 7. Thl. S. 480 f.

Zu §. 6.

1. Bibl. tirol. D. n. 791, V, 1 ff. Ms.; n. 836 Ms. **2.** Bibl. tirol. D. n. 791, V, 14—48. — Brandis, Landesh. p. XV ff. **3.** Bibl. tirol. D. n. 791, V, 48—92. **4.** Weißegger, Gemälde 5, 313. — Sinnacher 8; 162, 176, 183 u. ſ. f. — Brandis, Landesh. p. XVIII ff. **5.** Bibl. tirol. D. n. 1201, II. Ms. — Burglechner, Tirol. Adler 1, 3, c. 16. **6.** Brandis, Landesh. p. XIX ff. — Bibl. tirol. D. 836, 158 ff. — Hurter, Geſch. K. Ferdinands II. 7, l. 59. **7.** Moor, Geſch. v. Currätien 2, c. 5. — A. Jäger, Ueber das Verhältniß u. ſ. w. S. 25. — Oeſter. Arch. 15, 378 f. **8.** Hurter, Geſch. K. Ferdinands II. 7. Bd. 58. 60. u. 61. Bch. — Hammer-Purgſtall, Khleſl's Leben, 4. Bd. 10. u. 11. Bch. — P. Ph. Wolf, Geſchich. Maximilians I, u. ſr. München. 1807—11. 4 Bde. 3, 315; 4, 52 ff. — Bibl. tirol. D. n. 836, 154. — Bran-

dis, Landesh. p. XIX. — Sinnacher 8, 174 f. **9.** Landtagsacten d. J. 1619. — Ferd. Bibl. II. d. 10 Ms. **10.** Volks- und Schützenzeitung Jahrg. 1872. n. 2 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1090 n. 81; 655, IX. — Sinnacher 8, 253. — Sammler 5, 259. **11.** Bibl. tirol. D. n. 1207, I. — Sinnacher 8, 246 ff. — Burglechner 1, 3, c. 16. — Brandis, Landesh. p. XXV.

Zu §. 7.

1. Hurter, Geſch. K. Ferdinand's II. 3. Bd. 30. Bch.; 6, 345. — Weißegger, Gemälde 5, 326 ff. — Khevenhüller, Annales, 1, 89 f.; 7, 160. — Hurter, Friedensbeſtrebungen K. Ferdinands II. Wien, 1860. p. 233 f. **2.** Ferd. Bibl. III. h. 35 Ms.; II. d. 10 Ms. — Sleidani Contin. IV. p. 593 F. **3.** Bibl. Tirol. D. n. 1176, XI p. 42 Ms. **4.** Ferd. Bibl. II. d. 10, 195 ff. Ms. — Brandis, Landesh. XXVI, f. **5.** Ferd. Bibl. II. d. 10, 204—356. — Brandis, Landesh. XXVI. ff. — Bibl. tirol. n. 836, 173 ff. — Hormayr, Archiv 2, 326—31. — Sinnacher, Beiträge 8, 305 ff. **6.** Ferd. Bibl. III. h. 35. 15.; XXXI. b. 4. — Brandis, Landesh. p. XXXIV f. — Hormayr 2, 331 ff. — Sinnacher 8, 214. **7.** A. Jäger, Ueber das Verhältniß u. ſ. w. S. 24 ff. — Moor, Geſch. v. Currätien 2; 428 f., 497 f. — Brandis, Landesh. p. XXXVI. **8.** Brandis, Landesh. p. XXXVI. — Ferd. Bibl. III. h. 35, 15. — Moor, Geſch. v. Currätien 2, cc. 11 u. 12. **9.** Hurter, Geſch. K. Ferdinands II. 8. Bd. — Brandis, Landesh. p. XXXVII. — Moor, Geſch. v. Cur. 2, 589 ff. **10.** Bibl. tirol. D. n. 859, III. Ms, — Brandis, Landesh. XXXVII. — Hormayr, 2, 333. **11.** Moor, Geſch. v. Currätien 2, 599 ff.; c. 17. — Archiv f. öſter. Geſchichtsq. 15, 380 f. **12.** Moor, Geſch. v. Currätien 2, 631 ff. — Brandis, Landesh. p. XLII. — Ferd. Bibl. XXXI. b. Anotat. 188 ff. — Hormayr, Arch. 2. 334 f. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 16. **14.** Moor, Geſch. v. Currätien 2, 742 ff.; c. 20 u. 21. — Ferd. Bibl. I. h. 12. III f. **15.** Moor, 2, 822 ff. — Archiv f. öſter. Geſchichtsq. 15, 383 f. — Brandis, Landesh. p. XLIII f. Hormayr 2, 385. — Sinnacher 8, 239. — Ferd. Bibl. XXXI. b. Anotat. f. 190 f.; III. h. 35 f. 16. — Tiroler Almanach 1847 S. 1—13. — Theatrum Eucopacum J. 1620. 1, 455. — J. Zauner, Neue Chronik v. Salzburg 2, 131 f. — Bibl. Tirol. n. 1108, V. — Brandis, Landesh. p. XXXIX ff. — Landtagsacten v. J. 1621. **17.** Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 1, 308 ff. Mariani, Trento 370 ff. **18.** B. v. Renner, Die Erbtheilung Kaiſer Ferdinands I. mit ſn. Brüdern. Innsbr. 1873.—Hurter, Geſch. K. Ferdinands II. 9, 188 ff. — Hurter, Friedensbeſtrebungen S. 234. — Khevenhüller, Annales 10; 158 ff., 166, 478. — Bibl. Tirol. D. n. 1030, IV. 17.

Zu §. 8.

1. Theatr. Eucop. 1, 953. — Sinnacher 8, 292 ff. — Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 1, 315—30. — Bibl. tirol. D. n. 647, 651, 803, 897, 1370. **2.** Hurter, Geſch. K. Ferdinands II. 9, 192. — Bibl. tirol. D. n. 1030. IV. f. 101. Ms. — Brandis, Landesh. XLV f. — Hormayr 2, 336. **3.** Brandis, Landesh. p. XLVI f. — Hormayr, Archiv 2, 336 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1042, 289 ff. — Ferd. Bibl. XXXI. b. 4. Anotat. 195 ff. **4.** Ferd. Bibl. III. d. 27. — Bibl. tirol. D. n. 1039, II., 23.; n. 1168, II.; n. 1170, IV. **5.** Moor, Geſch. v. Cur. 2, 845 ff. — Archiv f. öſterr. Geſchichtsq. 15, 384 f. — Ferd. Bibl. I. h. 12. III. — Hiſtor. ſtatiſt. Archiv f. Süddeutſchl. 1, 205. **6.** Hormayr, Archiv 2, 340 f. — Ferd. Bibl. I. g. h. 8. III.; XXXI. b. 4. Anot. 198 ff. — Theatr. Eucop. 2, 104. **7.** Bibl. tirol. D. n. 794, I., 1—28 Ms. — Hormayr, Archiv 2, 341 f. — Sinnacher 8, 371. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 19. **8.** Hormayr Archiv 2, 341 f. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 19. **9.** Bibl. tirol. D. n. 921, 1—183 Ms. **10.** Ibid. — Hormayr, Archiv 2, 345 ff. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 19. **11.** Zeitſchrift des Ferdinandeums, 3. Folge 15, 160 ff. — Hor-

mayr, Archiv 2, 347. — Theatr. Eucop. 2, 657. — Ferd. Bibl. III. h. 35. 20.; I. f. 7, 54. — Sinnacher 8, 373 ff. — Zoller 1, 339. **12.** Ferd. Bibl. III. h. 32.; XXXIII. I. n. 80. — Bibl. tirol. D. n. 1176, XI. p. 45.; n. 1030, II. f. 40.; n. 1091. **13.** Neue Ferdinandeums-Zeitschrift 2, II. — Ferd. Bibl. XXXIII. I. nn. 75, 86. **14.** Hurter, Friedensbestrebungen 233 ff. — Hurter, Gesch. K. Ferd. II. 9, 194 f. — Neue Ferd. Zeitschr. 2; 43, 47. — Weißegger, Gemälde 5, 362. — Dietrich, Lobrede und Leichenpredigt. Innsbr. 1646. (Bibl. tirol. D. n. 432, III.) **15.** Bibl. tirol. D. a. 1030, IV. Ms. — Sinnacher 8, 378 ff. — Zoller 1, 306 ff. **16.** Sinnacher 8 Bd. — Landtagsacten. **17.** Tirol. Almanach 1804 p. 204. — Bonelli, Mon. 221—228. — M. Mohr, Von der fürstlichen Grafschaft Tirol 4 f. 20.

Zu §. 9.

1. Hormayr, Arch. 2, 348 f. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 21. **2.** Bibl. tirol. D. n. 1137, VI. Ms.; n. 901 p. 152 Ms. — Ferd. Bibl. III. d. 27. **3.** Hormayr, Archiv 2, 349. — Bibl. tirol. D. n. 1046, III. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 22 f. — Sinnacher 8, 386 f. — Landtagsacten des J. 1640. **4.** Histor. Frising 2, 386. — Barthold, Gesch. des deutsch. Krieges 1; 98 f., 108. — Hormayr, Archiv 2, 350 ff. — Theatr. Eucop. 3, 165. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 23 f. **5.** Theatr. Eucop. 3, 320. — Barthold 1, 182. — Hormayr 2, 353 f. — Ferd. Bibl. III. 35. f. 23 ff. **6.** Moor, Gesch. v. Currätien 2; 878 ff., 915, 919, 932 ff., 950 ff. — Sinnacher 8, 412 ff. — Hormayr 2, 356. — Lünig, Reichsarchiv. Pars spec. contin. I. p. 244. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 26 f. Landtagsacten d. J. 1640. **7.** Bibl. tirol. D. n. 995, III.; n. 1046, III.; n. 1042 f. 356. — Hormayr, Archiv 2, 355 f. **8.** Sinnacher 8, 414 ff. — Hormayr, Archiv 2, 356 ff.; Taschenbuch 1822 S. 404. — Bibl. tirol. D. n. 1081, IV f. 53 f. Ms.; n. 821 p. 67, 161, 173, 217. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 25 **9.** Sinnacher 8, 437 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1236, V. **10.** Sinnacher 8, 442 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1081, IV f. 54; n. 821; 67, 161, 173, 217, 263, 296. — Hormayr, Archiv 2, 361. **12.** Hormayr, Archiv 2, 359 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1046, III. Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 29. — Lünig, Reichsarchiv P. spec. contin. I. p. 241. — Landtagsacten d. J. 1640.

Zu §. 10.

1. Hormayr, Archiv 2, 358 f. — Bibl. tirol. D. n. 961, II, 77. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 28. **2.** Hormayr, Archiv 2, 359 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1046, III. Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 29. — Lünig, Reichsarchiv P. spec. cont. I. p. 241. — Landtagsacten v. J. 1640. **3.** Bibl. tirol. D. n 1044, 1—286. **4.** Hormayr, Archiv 2, 363. — Sinnacher 8, 540 f. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 31.; XXXI. b. 4 f. 236 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1208, I. Ms. **5.** Moor, Gesch. v. Curr. 2, 965 ff. — Bibl. tirol. D. 1103, II. Ms. — M. Koch, Gesch. d. deutsch. Reiches unter der Regier. Ferdin. III. 1, 332. — Bibl. tirol. D. 1081, IV. 55 f. Ms.; 961, II, 99.; 1176, 52 ff.; 1147 III., 115 ff. — Sinnacher 8; 531, 464, 522 ff. **6.** Die Landtagsacten d. J. 1646. **7.** Bibl. tirol. tirol. D. n. 1208, IV.; n. 1005, 572; n. 1176, XI: 49, 50 u. 52. — Ferd. Bibl. I. f. 7.; XXXI. b. 4. 236.; XXXIII. 1. n. 87; I. h. 12. — L. Rapp, Die Hexenprocesse und ihre Gegner aus Tirol. Innsb. 1874. S. 18 ff. **8.** Hormayr, Taschenbuch der vaterländischen Geschichte. Jahrg. 1822. S. 402 ff. — Tiroler Bote. Jahrg. 1829 nn. 35—39; 1873 nn. 77—86. — Hormayr, Archiv f. Geogr. Jahrg. 1815 SS. 698, 699. — Volks- und Schützenzeitung Jahrg. 1869 Nrn. 102—107. **9.** Bibl. tirol. D. n. 432, III.; n. 235 f. 105; 1091 Ms. — Zoller 1, 358.

Zu §. 11.

1. Landtagsacten d. J. 1646. (Innsbrucker Statthalterei-Archiv). — Hormayr, Archiv 2, 364 ff. 2. Hormayr, Archiv 2, 366 ff.; 1, 159 ff. — Sinnacher 8, 548 ff. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 32. f. 3. Landtagsacten d. J. 1647. (Innsbrucker Statthalterei-Archiv.) — Ferd. Bibl. III. g. — Theatr. Eucop. 5, 1066. — Hormayr, Archiv 2, 369 ff. 4. Hormayr, Archiv 2, 372 ff. — Sinnacher 8, 566 f. — Bibl. tirol. D. n. 961, II, 104 ff. Ms.; n. 1046, III. Ms.; n. 1081, II f. 3 Ms.; n. 235 f. 109 Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 34 f. Ms. 5. Sinnacher 8, 594. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 36 f. — Bibl. tirol. D. n. 1081, II. 6. Hormayr, Hiſtor. ſtatiſt. Archiv 1; 213, 215, 218, 221. — Archiv. f. Kunde öſter. Geſchichtsq. 15, 386 f. — A. Jäger, Ueber das Verhältniß u. ſ. w. S. 34 ff. — Moor, Geſch. v. Currätien 2, 1014 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1163, II. Ms.; n. 1049 Ms.; n. 235 f. 121 Ms.; n. 906 S. 417. Ms. 7. Hormayr, Archiv 2, 342. — Bibl. tirol. D. n. 906. S. 409. Ms. — Moor, V. d. gef. Grafſchaft Tirol 4. Thl. f. 112. Ms. 8. Sinnacher 8; 550, 568, 571, 576, 580, 582, 586, 589, 591, 596. — Bonelli, Monumenta 226 ff. — Barbacovi 2, 140 ff. — Die Kirche des heil. Vigilius 2, 63. — Mariani, Trento 372, 393 u. ſ. w. — Bibl. tirol. D. n. 808, I. Beil. 42. Ms.; n. 1081, IV, 55 ff. Ms.; n. 961, II. 110 Ms.; n. 916 f. 114, Ms.; n. 1122 f. 212, 217 Ms; n. 821 p. 99, 111 257. Ms.; n. 1334 f. 101 Ms.; n. 818 p. 1 Ms.; n. 819 p. 125, 207 Ms.; n. 1334 f. 81. 9. Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 36 f. Ms.; III. f. 1 p. 1—12. Ms.; — Landtagsacten v. J. 1663. — Antw. der Stände. Ms. — Bibl. tirol. D. n. 862 f. 276 Ms.; n. 1046, III. 10. Bibl. tirol. D. n. 1176, XI. Ms.; n. 235, III. 111 Ms. — Ferd. Bibl. I. f. 7 f. 37. Ms.; II. h. 18, II. Ms. — Landtagsacten d. J. 1663. 11. Khevenhüller, Annales Ferdinandi 1; 116 b., 117 m., 117 n. — Theatrum Europ. 5, 1093; 6, 479; 7, 637; 7, 745. — Weißegger, Hiſtor. Gemälde 4, 365 ff. — Zoller, Geſchichte d. St. Innsbruck 1, 351 ff. — Bibl. tirol. D. n. 835, II. (Ehren-Leben Oeſter. Heldentugenden v. P. C. Bidermann. Innsbr. 1663.) — Brandis, Ehrenkränzel 1, 223.

Zu §. 12.

1. Khevenhüller, Annales Ferdinandi 1, 1172. — Weißegger, Hiſtor. Gemälde 4, 376 ff. — Sinnacher 8; 448, 521, 2595, 600. — Theatr. Europ. 8; 1018, 1024. — Bibl. tirol. D. n. 1334 f. 101 Ms.; n. 821 p. 99. Ms. 2. Theatrum Europ. 9, 862. — Bibl. tirol. D. n. 919, V. p. 225 ff. Ms. — Ferd. Bibl. II. h. 7. Ms. — Bibl. tirol. D. n. 1076, IX. Ms.; n 1127, VI. Ms. — Landtagsacten v. J. 1665, Antw. der Landſchaft. 3. Bibl. tirol. D. n. 829. Ms. 4. Landtagsacten v. J. 1663. Schluß. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 38. 5. Khevenhüller, Annales Ferd. 1, 117 r. — Bibl. tirol. D. n. 1091. Ms.; n. 1176, XI. Ms.; n. 1084, VII. Ms.; n. 1334 f. 101. Ms. — Archiv f. K. öſter. Geſchichtsq. 15, 387. — Sinnacher 8; 601, 621, 656. — Tirol. Bot. Jahrg. 1823 nn. 53, 54. — Kurtze, jedoch Begrund- vnd Wahrhaffte Vorſtellung der Irrungen vnd Beſchwerden u. ſ. w. Briren 1664. 6. Weißegger, Hiſtor. Gemälde 4, 382. — Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 1, 385. — Bibl. tirol. D n. 917, I, 1. (Ehrenkrone Unſterblicher Heldentugenden v. P. C. Bidermann, Innsbr. 1865.)

Zur eilften Periode (zum eilften Buche.)

Zu §. 1.

1. Theatrum Europ. IX. p. 1496, 1511. — Fr. Wagner, Historia Leopoldi M. Augustae Vindel. 1719. 2. Part. 1, 200. — Zoller, Geſchichte und Denkw. der Stadt Innsbr. 2, 2 ff. — Brandis, Tiroler Ehrenkränzel 229 ff. —

Bibl. tirol. D. 1222, III. Ms. — Ferd. Bibl. I. c. 42. **2.** Bibl. tirol. D. 1222. III. Ms. — Ferd. Bibl. 1. c. 42. **3.** Bibl. tirol. D. 1008, III. Ms.; n. 1033, III., 97. Ms. — Wagner, Historia Leopold. 1, 200. — Brandis, Ehrenkränzlein 231. **4.** Bibl. tirol. D. n. 1008, VII, 283. Ms. — Landtagsacten des J. 1668 im Besitze des Ritter v. Altenburg. (Gütige Mittheilung). Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 39 ff. Ms. — Bibl. tirol. D. f. 1327, 12. Ms.; n. 1083, III. Ms. — Sinnacher 8, 677. **5.** Bibl. tirol. D. 1008, VII, 361. Ms.; 1137, II. Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35. 42 ff. Ms. — Sinnacher 8, 693. — Bibl. tirol. D. n. 1327, 12. Ms.; 1329. f. — Ferd. Bibl. III. f. 1. 215. Ms. **6.** Bibl. Ferd. II. g. 14. Ms.; III. h. 35 f. 47 ff. Ms. — Bibl. tirol. D. n. 1042, 208 ff. Ms. — Sinnacher 8, 718 ff. 9; 5, 13 ff. **7.** Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 52 ff. Ms. — Bibl. tirol. D. n. 1083, III. Ms. — Sinnacher 9; 40, 48, 52, 55, 61. **8.** Bibl. Ferd. III. h. 35 f. 39, 42, 44, 45, 49, 56, 59. — Bibl. tirol. D. 1083, III. — Sinnacher 8, 678 u. a. O.; 9, 5 u. a. O. — A. Jäger, Tirol und der baierisch-franz. Einfall S. 62 Anm. **9.** Zoller, Gesch. d. St. Innsbr. 219 ff. — A. Arneth, Prinz Eugen 1, 42 f.

Zu §. 2.

1. Bibl. tirol. D. n. 919, V, 225 Ms.; n. 1033; 139, 183 Ms.; n. 1176, XI. Ms.; n. 1049, VI. Ms.; n. 919, V Ms. — Ferd. Bibl. I. h. f. 7. — A. Jäger, Tirol und der franz.-bair. Einfall i. J. 1703. S. 223 A. **2.** Bibl. tirol. D. n. 1023, Schluß. Ms. — Helbig, Bericht über Kaiser Leopold I. S. 79. — Bibl. tirol. D. n. 1121, VII, 373. Ms. — Ferd. Bibl. II. g. 14. Vierte Beschwerde und Replik d. Kaisers. — Bibl. tirol. D. n. 1042, 34. Ms.; n. 1170, IV. Ms.; n. 1192. Ms.; n. 620, II. Ms.; n. 1142, II. n. 30. Ms. **3.** Ferd. Bibl. XXXIII. b. n. 98. Ms.; I. f. 6. Ms.; III. h. 35 f. 52. Ms. Bibl. tir. n. 1008, III. P. 24. Ms.; n. 1142, II, n. 34 P. 1.; n. 1109, I. f. 14. Ms.; n. 855, III, Ms.; n. 1176, XI. Ms.; n. 1052, VIII. Ms.; n. 808, I.; n. 1093, Jahr 1695. n. 992, II, 276. — Ferd. Bibl. III. f. 1, 258. **4.** Bibl. tirol. D. n. 1042, 39. Ms. — Bibl. Ferd. II. g. 14. Landtagsacten. — Bibl. tirol. D. n. 1042, 85. Ms; n. 1142, II. n. 34. Ms.; n. 1042, 34. Ms. **5.** Bibl. tirol. D. n. 1208, I. Ms.; n. 1176, XI. — H. J. Bidermann, Die Italiener im tirol. Provinzialverb. Innsbr. 1874. S. 129. f. Anm. 2. **6.** Ferd. Bibl. I. f. 7. Ms.; III. h. 35, 42. ff.; III. f. 1, 258. — Sinnacher Bd. 8, 662, 676 f., 683. Bd. 9; 5 f. **7.** Sinnacher Bd. 8; 658, 661, 666, 667, 680, 687, 696, 707, 712, 718, 721 Bd. 9; 13, 27, 40, 48, 51, 55, 59, 80. — Ferd. Bibl. II. h. 7. f. 205, 207. **8.** Bonelli, Monum. 235 ff (—250). — Bibl. tirol. D. n. 819 p. 33, 61, Ms.; n. 1334 f. 99, 101, 106, 113, Ms.; n. 821½ p. 111, 119, 127, 132, 143, 151, 154, 156, 168, 186, 193, 197, 249. Ms.; n. 822 p. 267, 269, 283, 297. Ms.; n. 1042 f. 330. Ms.; n. 820 p. 152, 159, 161, 243. Ms.; n. 809 f. 65. Ms.; n. 906 f. 430, 445. Ms.; n. 987, I, II, III. Ms.; n. 823 p. 24, 118, 205, Ms.; n. 1132 f. 24, 37, 65, 89, 98. Ms.; n. 1134 f. 150, 156, 160 u. s. w. Ms.; n. 885 f. 121, 126; n. 1126, III.; n. 821 p. 259.; n. 1181, IV. f. 61 ff.

Zu §. 3.

1. Tirol u. d. bair.-franz. Einfall i. J. 1703. Von P. Albert Jäger. Innsbr. 1844. **2.** Ferd. Bibl. I. h. XIV p. 93. — Bibl. tirol. D. n. 846, I.; n. 1327 7, 12. — Leo, Gesch. Ital. 5, 716 ff. — Buchner, Gesch. Baierns 9, 118 ff. — Alf. Arneth, Prinz Eugen. Wien, 1858. 1, 189 ff. — K. G. Helbig, Pufendorf's Bericht über K. Leopold, sn. Hof u. d. öster. Politik 1671—74. Leipz. 1862 S. 58 ff.

Zu §. 4.

1. Bibl. tirol. D. n. 1327, 12. Ms. — Sinnacher 9, 179. — Ferd. Bibl.

XXXIII. b. I. n. 104. Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 2, 63 ff. **2.** A. Arneth, Prinz Eugen v. Savoyen 1; 309 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1327, 12. Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 78 f. Ms. — Sinnacher 9, 172. **3.** Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 78 ff. Ms.; I. h. 14. — Bibl. tirol. D. n. 1327, 12. Ms.; n. 1168, III, 1. Ms.; n. 1161 f. 197. Ms.; n. 1187, IV, 1. Ms.; 1176, XI. Ms.; 1193, Ms.; Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 2, 67 f. — Bidermann, Geſchichte der landesfürſtl. Behörden in Tirol (Tirol. Archiv 3, 341 ff.) — Ferd. Bibl. I. h. 4/67. Ms. **4.** Sinnacher 9; 165, 174, 187, 196 u. ſ. w. — Die Kirche des hl. Vigilius 2, 123 ff. **5.** Alfr. Arneth, Prinz Eugen 1, 198 ff., 339 f.

Zu §. 5.

1. Bibl. tirol. O. n. 714, I, 1. Ms.; n. 1042 f. 454. Ms.; n. 807. Ms. — Ferd. Bibl. II. f. 19. — Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 2, 72. **2.** Bibl. tirol. D. n. 1094. Ms. — Ferd. Bibl. II. f. 19.; III. d. 27. Ms. — Zoller, Geſch. der St. Innsbr. 2, 75 ff. — Sinnacher 9, 220 ff. **3.** Bibl. tirol. D. n. 1327, 12. Ms.; n. 995, III. Ms.; n. 714, I. f. 5 Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 97 ff. Ms.; I. h. 14 S. 93. — Sinnacher 9; 275, 284, 291, 292, 304. **4.** Herm. J. Bidermann, Entſtehung und Bedeutung der Pragmatiſchen Sanction (Separat-Abdruck der Zeitſchrift f. d. Privat- und öffentliche Rechte der Gegenwart 1874) — Bibl. tirol. D. n. 1226, I.; n. 1181, IV. 75 ff. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 100 ff. **5.** Bibl. tirol. D. n. 1327, 12 Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 144 ff. Ms. — Sinnacher 9; 321, 328, 336, 341, 345, 346, 353, 357, 367. **6.** Sinnacher 9, 375 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1095. Ms.; n. 847, I.; n. 1096. Ms.; n. 1327, 12. Ms. **7.** Bibl. tirol. D. n. 744, I. f. 4 Ms.

Zu §. 6.

1. Bibl. tirol. D. n. 1094 f. 625, 655. Ms.; n. 1170, V. Ms.; n. 1226, I. Antw. Ms.; n. 1153, II. Grav. Ms.; n. 1130, III. Ms.; n. 1208, IV. Ms.; n. 1076, VI. Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 105, 114, 147, 150.; XXXI. a. 5. Ms. **2.** Zoller, Geſch. d. St. Innsbr. 2, 72 ff. — Bibl. tirol. D. n. 1187, IV; 23, 69. Ms.; n. 1227, 135. Ms. — Ferd. Bibl. XXXIII. b. 1. n. 112. Ms. **3.** Bibl. Ferd. XXXIII. a. 5. 2. St. Ms.; III. h. 35. 105. Ms.; XXX. a. 5. Ms.; III. h. 35. f. 108, 114, 147.; IV. d. 26.; V. g. 2. — Bibl. tirol. D. n. 1227, IV; 79, 135 ff.; n. 1199 f. 55. Ms.; n. 1094, 589 ff. Ms.; n. 972, III.; n. 1095 J. 1723.; n. 1153, II. Grav.; n. 744, I. f. 4.; n. 1157.; n. 1096.; n. 1326, III.; n. 1224, II. 1. Ms.; n. 1199 f. 196.; n. 1127, I. — Maria Thereſia's erſte Regierungsj. V. A. R. v. Arneth 1, 68. — Karl v. Noorden, Europ. Geſch. i. 18. Jahrh. 2, 131. — Dr. D. Schönherr, Die fünf Galeerenſträflinge von Hall. (Tirol Bote 1875.) **4.** Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 105 Beſch. Ms.; XXX. a. 5 P. 10. Ms.; I. h. 2.; III. h. 35 f. 105.; I. d. 7.; III. h. 35 f. 105.; XXX. a. 5. — Bibl. tirol. D. n. 1153, II. Grav. 10. Ms.; n. 1096 J. 1739; n. 1094 J. 1712, 1715, 1722.; n. 1053, III. Ms.; n. 919, II. 4 P. Ms.; n. 829. II. 7. P. Ms.; n. 855, III. Ms.; n. 1094 f. 675. Ms.; n. 1187, IV. 30 ff. Ms.; n. 1142, II. n. 33.; n. 1227, 134 ff. **5.** Bibl. tirol. D. n. 995, II. Ms.; n. 474, II.; n. 829 II, P. 9. Ms.; n. 846, I.; n. 1096 J. 1735.; n. 995, III. Ms.; 1228, IV. Ms.; n. 741, I. f. 4 Ms.; n. 1153, II. Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35. f. 105. Ms.; f. 147. Beſchw.; f. 150. — Darſtellung des tirol. Landesvertheidigungsweſens S. 16 f. **6.** Bibl. tirol. D. n. 1324, III.; n. 460. V.; n. 829, II P. 6.; n. 1163, III, 1. Ms.; n. 919, II. Beſchw. P. 5.; n. 1363, I. f. 9.; n. 714, I. f. 5. Ms.; 1228, 68. Ms.; n. 1096 J. 1736. — Ferd. Bibl. III. h. 35. f. 150. Ms., 155 Ms.; f. 108, 122, 131.; XXX. a. 5. P. 4. u. 5. — Sinnacher 9; 295, 362 ff. 374. **7.** Ferd. Bibl. III. h. 35. f. 97, 100, 106, 147, 160.; XXX. a. 5. Anfangs der landſchaftl. Confer. — Bibl. tirol. D. n. 829. II. 1—20.; n. 1153, II. Ms.; n. 1168 f. 250. Ms. **8.** Ferd

Bibl. III. h. 35. f. 110, 122, 150. Ms. — Bibl. tirol. D. n. 829, II P. 10. Ms.; n. 1030, V 184. Ms.; n. 1094, f. 683. Ms. **9.** Ferd. Bibl. III. h. 35. f. 105, 114, 122, 136.; XXX. a. 5. L. Conferenzen. — Bibl. tirol. D. n. 1130, I. Ms. **10.** Ferd. Bibl. III. h. 35. f. 100. Ms.; XXX. a. 5. Landsch. Conferenz. P. 7. Ms. — Bibl. tirol. D. n. 929, II. P. 5. Ms.; n. 1130, I. Ms.; n. 1029, II, 250, 263. Ms.; n. 1153, II. Grav. 3. Ms. **11.** Bibl. tirol. D. n. 1306, I. Ms.; n. 829, II. P. 8.; n. 1030, V. Ms.; n. 1153, II.; n. 905, J. 1733; n. 1130 III. — Ferd. Bibl. III. h. 35. f. 104, 122, 150, 152, 155. **12.** Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 104, 108, 160, 131; I. h. 2. — Bibl. tirol. D. n. 1208, II. Ms.; n. 1029, III.; n. 1227, f. 71; n. 1153, II. Decupl.; n. 995, III. Ms. **13.** Bibl. tirol. D. n. 829, II. P. 4, 5.; n. 875, II. Ms.; n. 1108, IV, f. 65 ff. Ms. — Ferd. Bibl. III. h. 35 f. 100, 106, 110, 114, 131, 135, 152, 160. — Barbacovi, Memorie Storiche II, 158 ff. — Die Kirche des hl. Vigilius 2, 115 ff. — Bonelli, Mon. 249 ff. — Sinnacher 9; 213, 215, 221, 228, 262, 281, 293, 304, 332, 342, 387, 390, 393. **14.** Arneth', Prinz Eugen v. Savoyen Bd. 2, 346, Bd, 3, 30 u. a. a. O. — Weißegger, Histor. Gemälde 5, 462.